Purdue University Libraries
3 2754 081 838 017

PURDUE UNIVERSITY
Libraries

Die Internationale

Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Jahrgang 1921

Verlag Neue Kritik

2

Die Internationale
Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
Jahrgang 1921

Verlag Neue Kritik

320.53205
In 8
V. 3
1921

[2]

Die Internationale 2
ISBN 3 8015 0075 6
Erschienen 1971 im Verlag Neue Kritik KG Frankfurt
Umschlagentwurf Christian Chruxin Westberlin
Gesamtherstellung Graphischer Betrieb Heinz Saamer Frankfurt

Die Internationale

Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring

★

Herausgegeben von der

Zentrale der Komm. Partei Deutschlands
(Sektion der 3. Internationale)

Jahrgang 3

Vereinigung Internation. Verlags-Anstalten G.m.b.H.
Berlin SW61

Die Internationale

Jahrg. 3 * Erscheint am 1. u. 15. jeden Monats. * Heft 1

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Bildung der einheitlichen proletarischen Kampffront.

Von Paul Bremer.

Die Forderungen, die die Zentrale der V. K. P. D. in ihrem offenen Schreiben aufgestellt hat, haben bei den Führern der Unabhängigen, der Mehrheitssozialisten einerseits und der K. A. P. D. andererseits eine ganz verschiedene Beurteilung gefunden. Für die Führer der Mehrheitssozialisten sind natürlich die Forderungen, die die Machtpositionen des Bürgertums ernstlich bedrohen, von vornherein eine Sünde gegen den heiligen Geist. Die Theoretiker und Führer der Unabhängigen erklärten durch den Mund der „Freiheit", ein Teil unserer Forderungen sei sehr vernünftig, weil er dem Hallenser Manifest der Rechten Unabhängigen entlehnt sei, der andere Teil aber sei vollkommen blöde. Jedenfalls bedeuteten aber — so sagten sie — diese Forderungen einen vollkommenen Bankerott der kommunistischen Taktik, die sich bisher geweigert habe, Teilforderungen zu stellen, Teilkämpfe zu führen. Da aber die V. K. P. D. erst jetzt die Teilkämpfe und Teilforderungen anerkannt habe, so sei sie natürlich nicht imstande, die richtigen auszuwählen. Das erkläre das Fehlen einer der wichtigsten und nächsten Kampfziele, der Forderung der Kohlen-Sozialisierung. So die Unabhängigen. Die K. A. P. D.-Leute ihrerseits erklärten, unsere Forderungen seien opportunistisch, demagogisch und illusionär. Opportunistisch, weil wir uns an den kapitalistischen Staat wenden, demagogisch, weil wir von ihm fordern, was nur die proletarische Diktatur geben könne, und illusionär, weil wir dadurch im Proletariat gefährliche Illusionen erwecken. In allen diesen Urteilen kommt nicht nur die polemische Sucht der Gegner der Kommunistischen Partei und ihrer Aktion zum Ausdruck, sondern auch die vollkommene Konfusion über den Charakter und über die Ziele, die sich eine revolutionäre Partei in einer Epoche, wie die heutige, stellen kann und darf. Es unterliegt keinem Zweifel, dass auch in den Reihen unserer Partei keinesfalls eine vollkommene Klarheit

in diesen Fragen herrscht. Darum ist es notwendig, sich nicht mit ein paar polemischen Hieben gegen unsere Gegner zu begnügen, sondern es gilt, die Frage mit vollkommener Ruhe und Sachlichkeit zu behandeln.

I.

Worin bestand das Programm der Sozialdemokratie vor dem Kriege und welchen Zweck verfolgte es? Die Sozialdemokratie bekannte sich zur Revolution. Sie erstrebte die Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaft durch den Sozialismus, aber sie ging von der Voraussetzung aus, dass die soziale Revolution eine Frage einer verhältnismässig fernen Zukunft sei, dass vorerst das Proletariat während einer langen Epoche die Aufgabe haben werde, sich Ellenbogenraum für seine Bewegung zu schaffen, soziale Reformen zu erringen, die seine Not lindern, um sich auf diese Weise für den Kampf um weitere Ziele zu befähigen. Die Sozialdemokratie hatte also ein Gegenwartsprogramm, das im kapitalistischen Staate durch Reformen an seinem Organismus durchgeführt werden sollte. Erst im Kampfe um diese Reformen, erst nach ihrer Durchsetzung sollte das Proletariat befähigt sein, für seine endgültigen Ziele zu kämpfen. In den Gegenwartsprogrammen der Sozialdemokratie waren verschiedene stark utopische Forderungen enthalten. Diese entsprangen jedoch nicht der Taktik, das Proletariat durch die Aufstellung revolutionärer Forderungen, die innerhalb der kapitalistischen Ordnung nicht durchzusetzen waren, reif zu machen für den Entscheidungskampf zur Ueberwindung des Kapitalismus. Der utopische Charakter einzelner Forderungen war vielmehr ein Resultat der Tatsache, dass die Sozialdemokratie viele Forderungen des Kleinbürgertums übernommen hatte, das, selbst voller Illusionen über den Kapitalismus, oft illusionäre Forderungen an ihn gestellt hatte. Im grossen und ganzen stimmt von den Forderungen der Sozialdemokratie das, was Karl Marx in der Kritik des Gothaer Programms sagt: Seine politischen Forderungen enthalten nichts ausser der alten weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr usw. Sie sind blosses Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes. Sie sind lauter Forderungen, die, soweit sie nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits realisiert sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten usw." Was die ökonomischen Forderungen der Sozialdemokratie anbetrifft, so waren sie alle bewusst reformistisch. Sie bezweckten weder die Durchführung des Sozialismus, noch die Auslösung von Kämpfen um den Sozialismus. Verwirklicht, sollten sie nur den Aufstieg der Arbeiterklasse beschleunigen und sie für zukünftige Kämpfe fähig machen.

Die Sozialdemokratie war vollkommen im Recht, wenn sie ein solches Programm aufstellte. Die Epoche, in der sie zu wirken hatte, erlaubte den Gedanken an die nahe Zertrümmerung des Kapitalismus nicht. Die Arbeitermasse war nicht nur unfähig, um den Sozialismus zu kämpfen, sondern der Sozialismus selbst war noch unmöglich. Die kapitalistische Wirtschaft war noch zer-

splittert. Sie liess sich gar nicht vergesellschaften. Ja, noch mehr. Das Proletariat war nicht nur unfähig, um den Sozialismus zu kämpfen, es war in seiner überwiegenden Mehrheit noch unfähig, gegen den Kapitalismus um die Besserung seiner Lage zu kämpfen. Es hatte noch kein entwickeltes Klassenbewusstsein und Solidaritätsgefühl, keinen Glauben an seine eigenen Kräfte. Man konnte kleine Gruppen der Arbeiter hinreissen durch die Idee des endgültigen Sieges, durch das höhere Ideal des Sozialismus. Aber grössere Massen in den Kampf hineinzuziehen, war nur möglich, indem man, an ihre tägliche Not anknüpfend, sie in den Kampf um nahe, durchführbare Forderungen führte. Die revolutionierende Bedeutung des sozialistischen Gegenwartsprogrammes bestand nicht darin, dass es, Unmögliches vom Kapitalismus fordernd, den Kampf über den Rahmen des Kapitalismus hinaus erweiterte, sondern umgekehrt darin, dass der Kapitalismus keinesfalls willig war, sogar das vollkommen Mögliche, dem Proletariat absolut Notwendige zu gewähren. Nur darum, weil die Arbeiter sahen, dass sie ihre Lage wohl verbessern könnten, wenn sie auf das Kapital energischer drückten, wenn sie es zwangen, auf einen geringen Teil des Profits zu verzichten, nur darum sammelten sie sich in immer grösseren Massen um die Sozialdemokratie, der Trägerin ihres Daseinskampfes.

Kann die V. K. P. D. heute die Proletarier zum Kampfe um ein solches Programm der Reformen auffordern? Es ist klar, dass sie es nicht tun kann. Die V. K. P. D. geht von der Voraussetzung aus, dass die imperialistische Entwicklung der letzten 25 Jahre die Epoche der friedlichen Entwicklung in die der sozialen Revolution übergeleitet hat, dass der Weltkrieg nur eine Form dieses Ueberganges war, dass wir uns jetzt in einer Periode der allmählich sich entwickelnden proletarischen Weltrevolution befinden. Natürlich ist es theoretisch denkbar, dass der Kapitalismus noch Herr seiner Zersetzung wird, dass er sich noch zu einer Organisation auf höherer staatskapitalistischer Basis aufrafft. Diese theoretische Möglichkeit einzusehen, ist nicht nur zulässig, sondern sogar politisch, revolutionär zweckmässig. Lenin hatte vollkommen Recht, als er in der Eröffnungsrede des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale ausführte: In der Geschichte gäbe es keine unlösbaren Fragen. Falls das Proletariat nicht genügend revolutionäre Energie entfalte, um den in der Zersetzung begriffenen Kapitalismus zu besiegen, so würde er Wege und Mittel finden, dem Proletariat von neuem das Joch der Lohnsklaverei aufzuerlegen. Darum gelte es, sich nicht damit zu trösten, dass der Kapitalismus sterben müsse, sondern alle Energie zu sammeln, um ihm den Genickfang zu geben. Aber es ist klar, dass diese theoretische Hypothese keinen Ausgangspunkt bilden kann zur Schaffung eines Programms für den Fall des Sieges des Kapitalismus. Die Kommunistische Internationale ist die bewusste Vorhut des Proletariats, das um die Niederwerfung des kapitalistischen Staates kämpft. Das kommunistische Programm muss darum dem Proletariat sagen, wie es am besten den Kapitalismus besiegt, nicht aber, welche Forderungen es an den siegreichen Kapitalismus stellen wird. Die offen reformistische proletarisch-kleinbürgerliche Partei, die Mehrheitssozial-

demokratie, die jetzt daran geht, sich ein neues Programm an die Stelle des auch für sie überholten Erfurter Programms zu setzen, sie beschäftigt sich mit der Frage: Wie richtet sich die Arbeiterklasse in der bevorstehenden Epoche des kapitalistischen Neu-Aufbaues, den die Mehrheitssozialdemokratie kommen sieht, am besten ein? Wie sie es tut, kann man in dem von Braun herausgegebenen Buche: „Das Programm der Sozialdemokratie, Vorschläge für seine Erneuerung, Vorwärts 1920", nachlesen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie geht formell von derselben Voraussetzung aus wie die Kommunistische Internationale, nämlich von der Auffassung der jetzigen Epoche als der Epoche der sozialen Revolution. Sie verzichtet darum auf die Aufstellung eines Minimalprogramms und stellt ein Aktionsprogramm auf, dessen Name schon besagen will, dass die von ihr aufgestellten Forderungen nicht die Reform des Kapitalismus bezwecken, sondern die Mobilisierung der Arbeiter zum Kampf um den Sozialismus. Aber in Wirklichkeit verrät dieses Aktionsprogramm und noch mehr die von Zeit zu Zeit von der U. S. P. D. in den Vordergrund gerückten Forderungen, dass die U. S. P. D. an ihrer formell angenommenen Voraussetzung, den sozial-revolutionären Charakter dieser Epoche, faktisch nicht festhält. Viele ihrer Forderungen sind darauf berechnet, ein neues Minimalprogramm aufzustellen, das verwirklicht werden soll auf dem Boden, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, und dass diese kapitalistische Gesellschaft als Wohnhaus für das Proletariat einrichten soll. Als z. B. die U. S. P. D. die Losung der Verankerung des Räte-Systems in der „demokratischen" Verfassung aufstellte, hatte diese Forderung zur Voraussetzung, dass es eine lange Zeit geben werde — nur für längere Perioden stellt man Verfassungsforderungen auf —, in der das Proletariat stark genug sein werde, um die Anerkennung der Arbeiterräte von der Bourgeoisie zu ertrotzen, aber zu schwach sein werde, um die Herrschaft der Bourgeoisie aufheben zu können. Aus diesem Grunde suchte die U. S. P. D. nach einer Form, in der nebeneinander in verfassungsmässigem Verhältnis die Arbeiterräte mit dem bürgerlichen Parlament zusammen die Macht teilen sollten. Von der gleichen Voraussetzung gehen die Sozialisierungs-Forderungen der U. S. P. D. aus, in erster Linie ihr Programm der Kohlensozialisierung. Wenn dieses Programm irgendeinen Sinn hat, so nur den, dass das Proletariat zwar noch nicht imstande sei, die kapitalistische Herrschaft durch die proletarische zu erstzen, aber stark genug sein würde, den kapitalistischen Staat zu zwingen, nicht nur die wichtigsten Produktionsmittel zu enteignen, sondern auch ihre Bewirtschaftung so einzurichten, dass erstens des Proletariat an der Leitung der betreffenden Industriezweige ausschlaggebend teilnimmt, und zweitens, dass die von ihm geschaffenen Werte nicht im Interesse der Bourgeoisie, sondern im Interesse der Volkswirtschaft verwendet werden. — Es ist also ein Minimalprogramm, wie es im Buche steht. Wenn die U. S. P. D.-Leute gegen diese unsere Ausführungen einwenden würden, dass doch auch die Theoretiker des Kommunismus der Auffassung sind, die Periode der sozialen Revolution werde ein Menschenleben in Anspruch nehmen, sie sei also auch ein langes Stadium zwischen der heutigen privatkapitalistischen

und der morgigen Periode der proletarischen Diktatur, so ist das ein vollkommenes Missverständnis der kommunistischen Theorie. Die kommunistische Theorie geht von der Voraussetzung aus, dass die soziale Revolution kein einzelner Akt, sondern ein Prozess ist. Schon deswegen, weil der Sieg des Proletariats nicht gleichzeitig in allen Ländern eintritt, weil zweitens das Proletariat in jedem Lande nicht auf einmal siegen kann, dass sein Weg zum Siege in jedem einzelnen Lande je nach den Verhältnissen lang und schwer sein kann, und dass sogar, zur Macht gelangt, das Proletariat keine Bürgschaft besitzt, dass es in jedem Lande diese Macht endgültig erobert hat. Die Kommunistische Theorie geht seit der Polemik Rosa Luxemburgs gegen Eduard Bernstein, in der diese Fragen zum ersten Mal aufgeworfen worden sind, von der Ueberzeugung aus, wie es Rosa Luxemburg im Jahre 1898 ausgeführt hatte, dass „die sozialistische Umwälzung einen langen und hartnäckigen Kampf voraussetzt, wobei das Proletariat allem Anschein nach mehr als einmal zurückgeworfen werden wird". Diese Perspektive ist grundverschieden von der Auffassung, in der Periode der sozialen Revolution gäbe es Stadien des Kompromisses, in denen das Proletariat zusammen mit der Bourgeoisie, mit ihrer schliesslichen Einwilligung sozialisiere, seine Arbeiterräte in der Verfassung verankere usw. Die Stadien des Kampfes in der Periode der sozialen Revolution bestehen im Wechsel der Siege und Niederlagen, zwischen denen im besten Falle kurzfristige Waffenstillstände möglich sind. Die Siege des Proletariats bedeuten die Niederwerfung der Bourgeoisie oder wenigstens die Entreissung von Machtpositionen, um die sofort von neuem der Kampf entbrennt. Die Niederlage des Proletariats bedeutet: Weissen Terror, Illegalität, Steigerung der Teuerung, Verlängerung der Arbeitszeit, Minderung der Löhne. Zeiten des Waffenstillstandes bedeuten: Neue Gruppierungen des Proletariats zu weiterem Kampfe, Heranziehung neuer Massen vermittels von Agitation, Propaganda und Teilaktionen, über deren Charakter wir weiter sprechen werden. In dieser Perspektive gibt es keinen Platz für Minimal-Forderungen, wie sie die Sozialdemokratie offen und die Unabhängige Sozialdemokratie versteckt aufstellen. (Fortsetzung folgt.)

Die neuen Ereignisse auf dem Balkan.

Von Christo Kabaktschieff (Sofia).

Der Sturz Venizelos, des Präsidenten der griechischen Regierung und bekanntesten Vertreter der nationalistischen Balkanbourgeoisie, ist ein Ereignis von grosser Bedeutung auf dem Balkan. Was sind die Ursachen für den Sturz Venizelos, dessen Lage als sicherste unter den Balkanstaatsmännern galt, weil Griechenland die grössten und leichtesten Erfolge im Kriege hatte? Diese Ursachen ruhen tief in der nationalistischen und imperialistischen Politik der griechischen Bourgeoisie und ihres Vertreters Venizelos. Die griechische Bourgeoisie, getrieben von unersätt-

lichen Haschern nach Eroberungen nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in Kleinasien, zwang das griechische Volk, den Krieg zur Eroberung Smyrnas und anderer Gebiete weiterzuführen. In diesen Krieg wurde Griechenland auch durch den Ententeimperialismus getrieben, der das griechische Volk als Kanonenfutter zur Verwirklichung seiner eigenen imperialistischen Pläne in Kleinasien benutzte. Dieser imperialistische Krieg, geführt im Interesse der griechischen, englischen und französischen Bourgeoisien, erschöpfte die Geduld des griechischen Volkes und enthüllte ihm die wahren Absichten der nationalistischen Politik Venizelos. Der Rausch über die Erfolge Griechenlands im Kriege war bald vorüber. Die arbeitenden Massen Griechenlands erkannten, dass die Opfer, die sie in den kleinasiatischen Wüsten brachten, nicht für ihre eigenen Interessen waren, sondern für die ihrer Ausbeuter und Unterdrücker in Athen, Paris und London. Dies ist die tiefe innere Ursache, die den Sturz Venizelos verständlich macht.

Der Bankrott des Präsidenten Venizelos ist gleichzeitig der Bankrott der nationalistischen Politik der griechischen Bourgeoisie und der imperialistischen Politik der Entente auf dem Balkan. Die griechische Bourgeoisie will die Krise, die den Bankrott verursachte, durch eine Personenänderung verschleiern. Ohne die Politik und das Regime Venizelos zu ändern, hat die griechische Bourgeosie den König Konstantin anstelle Venizelos erhoben, um dieselbe Politik weiter betreiben und um ihre unsichere Herrschaft befestigen zu können. Sie stürzte einen Kultus und erhob einen anderen, um die Massen zu verwirren, die wahren Ursachen der Krise zu verschleiern, die Sache so darzustellen, als ob die Krise nicht durch den Bankrott ihrer eigenen nationalistischen Politik erfolgt sei, als ob diese Krise nicht die Folge der tiefen ökonomischen und sozialen Krise sei, die Griechenland bis auf den Grund erschüttert, sondern nur eine Niederlage der persönlichen Politik Venizelos. Mit der Erhebung des Königs Konstantin lenkt die griechische Regierung die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen nicht nur von der wirklichen Ursache des Sturzes Venizelos ab, sondern sie verschleiert die Notwendigkeit der Aenderung der bisherigen Politik und des alten Regimes, welche Aenderung das einzige Mittel zur Befreiung des griechischen Volkes wäre.

Der Ententeimperialismus ist auf dem Wege, sich mit König Konstantin, der während des Krieges ein treuer Bundesgenosse der Zentralmächte und ein Feind der Entente war, zu verständigen. Und warum soll er sich nicht verständigen, wenn selbst König Konstantin die Bereitschaft ausgesprochen hat, die Politik Venizelos fortzusetzen und dem Ententeimperialismus zu dienen, wenn König Konstantin ein genau so gutes Werkzeug der Entente sein kann, wie es Venizelos war? So gab König Konstantin feierlich seine Bereitschaft kund, nach der Front von Smyrna zu gehen, um den Aufmarsch zur Eroberung, Verteilung und Unterjochung des griechischen Volkes von Franzosen, Engländern und ihrem kleinen Satelyt Griechenland fortzusetzen. Besonders nachgiebig — weil es weitsehend ist — hat sich England dem Schwager des deutschen Kaisers gegenüber erwiesen. Um Griechenland in ihre Hände als Werkzeug ihrer imperialistischen Politik zu behalten, wird die englische Regierung König Konstantin heute ausnutzen, wie sie gestern Venizelos ausnutzte.

So wenig die griechische Bourgeoisie die bisherige nationalistische und imperialistische Politik fort führen kann, so wenig wird der Ententeimperialismus auf eine ernste und sichere Hilfe seitens Griechen-

lands für die Verwirklichung seiner Pläne in Kleinasien rechnen können. Das griechische Volk, das so viel Opfer während des imperialistischen Krieges gebracht hat, und das nach Kriegsende immer noch viel grössere Opfer in den Wüsten Kleinasiens für die fremden Interessen zu bringen hat, hat nicht mehr die Kraft und kann und will nicht mehr sein Blut für die griechische Bourgeoisie und den Ententeimperialismus vergiessen. Die griechische Armee in Kleinasien zerfällt in sich, demobilisiert sich selbst und kehrt nach Hause zurück. Die griechischen Arbeiter und die wenig besitzenden Bauern, die zusammen die überwiegende Mehrheit des griechischen Volkes bilden, merken schon den grossen Betrug, mit dem man sie einschläferte und von einer Front zur anderen schleppte. Die Begeisterung für König Konstantin wird viel schneller, als die für Venizelos vorübergehen, wenn Konstantin von Worten zu Taten übergehen wird, d. h. wenn er die Eroberungspolitik der griechischen Bourgeoisie und den Krieg in Kleinasien und in anderen Gegenden weiterführt, wird sich das griechische Volk sofort mit der grössten Entrüstung gegen ihn wenden.

Der beste Beweis dafür, dass durch die Aenderung der Dekoration die griechische Bourgeoisie ihre Bankrotteurpolitik und ihr bankrottes Regime nicht retten können wird, ist die Tatsache, dass inmitten der Begeisterung für den König Konstantin es der Kommunistischen Partei Griechenlands gelang, bei den letzten Wahlen mehr als 100 000 Stimmen zu erhalten und zwei Mandate zu erlangen. Es wären sicher mehr Mandate erlangt worden, wenn die griechische Bourgeoisie nicht ein Wahlsystem geschaffen hätte, das die Erfolge der Kommunistischen Partei zu vereiteln bezweckt. Trotzdem ist der Erfolg der Kommunistischen Partei gross, und das ist der beste Beweis für die immer mehr anwachsende Unzufriedenheit der arbeitenden Massen, ein Beweis für den revolutionären Kampf der Arbeiter und kleinbesitzenden Massen. Die ökonomische und politische Krise in Griechenland spitzt sich nach dem Sturz Venizelos immer mehr zu. Die Wiederkehr Konstantins wird die Krise nicht beseitigen, sie wird sie im Gegenteil vertiefen und beschleunigen. Nach der nahen und unvermeidlichen Kompromittierung Konstantins gibt es keinen Kultus, keine Fahne, unter welcher die griechische Bourgeoisie sich retten könnte. Dann wird sie sich dem Ende ihrer Herrschaft nähern.

* * *

Die Wahlen für die Konstituante in **Jugoslawien** zeigten, dass auch dieser Sieger auf dem Balkan von der ökonomischen und politischen Krise, die nach dem Kriege alle kapitalistischen Staaten, Sieger und Besiegte, von Grund auf erschütterte, tief berührt ist. Die Kommunistische Partei ging aus diesen Wahlen mit einem glänzenden Sieg hervor. Sie gewann mehr als 160 000 Stimmen und 59 Mandate. Die beiden regierenden Parteien — Bürgerlich-Radikale und Demokraten — konnten keine Mehrheit in der Konstituante schaffen. Die Radikalen und Demokraten vertreten die serbische nationalistische Bourgeoisie, die heute ihre Eroberungspolitik, mit dem Balkankrieg angefangen, durch Schaffung eines „grossen" serbischen Staates, eines grossen und mächtigen Jugoslawiens, unter der Hegemonie der serbischen Bourgeoisie, ergänzen will. Die Demokraten vertreten ganz offen das Prinzip der Zentralisation in dem neuen Staat; die Radikalen machen den zu Jugoslawien vereinigten Nationalitäten Konzessionen, aber die einen wie die anderen streben nach der Stabilisierung eines zentralistischen, bürokratischen und militaristischen Staates, regiert von der ser-

bischen Bourgeoisie im Bunde mit der grossfinanziellen Bourgeoisie von Kroatien und Slawonien. Gerade diese Politik hat bei den Wahlen eine völlige Niederlage erlitten und dieser Zustand ist ganz erklärlich.

Die Siege Jugoslawiens sind auf den Knochen der Hälfte des serbischen Volkes und auf den Ruinen des ganzen serbischen Landes aufgebaut, das von Deutschen, Oesterreichern und Bulgaren besetzt und geplündert wurde. Der neue „grosse" serbische Staat ist wie ein Gebäude, das auf Sand aufgebaut ist — seine Einheit und Selbständigkeit sind künstlich geschaffen und unhaltbar. Das haben die Wahlen gezeigt, bei denen die Macht zweier mächtiger Gesellschaftsströmungen in Jugoslawien hervortrat: der Kampf der Arbeiter und kleinbesitzenden Klassen für die soziale Befreiung und der Kampf der unterjochten Völker für die nationale Unabhängigkeit. Die Vertreter dieser zwei Strömungen überwiegen in der Konstituante, so dass die Politik der Hegemonie der serbischen Bourgeoisie eine völlige Niederlage erlitt. Die Demokraten und Radikalen, die bis vor kurzem regierten, hatten keine Mehrheit in der Konstituante, und konnten keine selbständige neue Regierung bilden. Der serbischen Bourgeoisie bleiben jetzt zwei Auswege: der eine ist der der Verständigung und der Konzessionen gegenüber den unterjochten Nationalitäten. Dieser Ausweg bedeutet für die serbische Bourgeoisie, die Hegemonie aufzugeben, was aber die Nationalkämpfe nicht vermindern, sondern im Gegenteil sie zuspitzen wird, weil dadurch die unterjochten Nationalitäten verstärkt werden. Der andere Ausweg ist: die Hegemoniepolitik und die Zentralisation durch militärischen Terror durchzuführen, den Willen der Konstituante zu verachten und sogar sie selbst auseinanderzujagen. Welchen von diesen beiden Wegen sie auch einnimmt, die serbische Bourgeoisie wird nicht imstande sein, ihre erschütterte Herrschaft zu befestigen und die sich zuspitzende ökonomische, politische und nationale Krise in Jugoslawien aufzuhalten.

Der grosse Erfolg der Kommunistischen Partei bei den Wahlen ist ein untrügliches Zeichen für die anwachsende revolutionäre Stimmung der arbeitenden Massen. Wie in Griechenland, ist auch in Jugoslawien die Begeisterung für die Siege schon seit langem vorüber. Der Bankrott der Raubpolitik der Bourgeoisie in Griechenland und Serbien hat dem Kampfe des Proletariats in diesen Ländern einen neuen, mächtigen Vorstoss gegeben. Die Bedeutung der Wahlerfolge der Kommunistischen Parteien in Jugoslawien und Griechenland erhöht sich dank der Tatsache, dass die Wahlkämpfe ohne illusionäre Versprechungen durchgeführt worden sind. Die kommunistischen Erfolge sind das Resultat der klaren und grundsätzlichen Agitation für das Programm der Kommunistischen Internationale und für die Schaffung einer Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik der Balkan- und Donaustaaten. Im Lichte der Gesamtentwicklung gesehen bilden sie eine neue Etappe in dem Kampf und in der Entwicklung der kommunistischen Balkanföderation, d. h. des Bundes der Kommunistischen Parteien in den Balkan- und Donaustaaten, die gemeinsam ihre Kräfte organisieren, um die Bedingungen für den Sieg der Kommunistischen Revolution in diesen Ländern vorzubereiten.

* * *

In **Rumänien** setzt die herrschende Bourgeoisie und die Oligarchie der Grossgrundbesitzer (Tschokoen) ihre Politik der Provokation und des Terrors der Arbeiterklasse und den Bauern gegenüber fort. Sie benutzt die Schwäche der rumänischen Sozialistischen Partei, um die Arbeiter-

bewegung in Rumänien zu korrumpieren und zu unterdrücken. Nach der Vereinigung der Transilvanischen und Bukowinischen Sozialistischen Parteien mit der rumänischen überwogen leider die opportunistischen Elemente in der letzteren und brachten sie fast zum völligen Zerfall. Die rumänischen Arbeiter, gezwungen durch die niedrigen Löhne sowie durch die kolossale Teuerung und die Ungerechtigkeit, führen grosse und schwere Kämpfe gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker. Es fehlen ihnen aber feste Gewerkschaftsorganisationen sowie eine revolutionäre politische Partei, die sie in diesem Kampfe führen könnte. Der letzte grosse Streik in Rumänien wurde mit blutigen Gewalttaten erstickt. Alle Rechte der Arbeiterklasse sind aufgehoben worden. In Rumänien herrscht die unbegrenzte Willkür einer zügellosen militärischen Diktatur. Wie die rumänischen Kapitalisten den Arbeitern alle Forderungen und Rechte versagen, genau so weigern sich die rumänischen Tschokoen jetzt, nachdem sie die Bauern mit leeren Versprechungen einer Agrarreform betrogen haben, ihnen das versprochene Land zu geben. Die rumänischen Bauern aber wollen nach der Befreiung der Bauern in Russland die fürchterliche Knechtschaft der Tschokoen nicht mehr dulden. Die Bedingungen für einen diesmal unaufhaltsamen Bauernaufstand in Rumänien reifen schnell. Andererseits wird die Arbeiterklasse, vom blutigen Terror unterdrückt, entrechtet, betrogen und dem anwachsenden Elend preisgegeben, sich nicht mehr lange unterdrücken und massakrieren lassen, obwohl sie noch keinen richtigen Führer hat. — Der kommunistische linke Flügel in der rumänischen Partei ist am Anfang seiner Formierung. Das auf den Senat ausgeübte Attentat nach der Unterdrückung des grossen Streikes zeigt, dass die Stille in Rumänien nur eine Ruhe vor dem Sturme ist. Die rumänische Bourgeoisie und die Grossgrundbesitzer, die den Arbeitern kein Brot und den Bauern kein Land geben wollen, auch nicht dazu imstande sind, den Staat aus der Finanzpleite herauszubringen und die zerstörte Produktion des Landes wieder herzustellen, tragen selbst zur Entstehung und Zuspitzung der revolutionären Krise in Rumänien bei.

* * *

In **Bulgarien** ist das Regime S t a m b o l i j s k y s in der Periode seiner Liquidierung. Die Regierung Stambolijskys hat sich im Laufe eines einzigen Jahres so stark kompromittiert, dass sie nicht nur die Arbeiterklasse und die wenig besitzenden Bauern, sondern auch die städtische Bourgeoisie gegen sich aufbrachte. Das Fiasko des links orientierten Bauernregimes bedeutet die völlige Niederlage der linken kleinbürgerlichen und rechtssozialistischen Parteien in Bulgarien überhaupt. Nachdem die Bürgerlich-Radikalen und die Rechtssozialisten, denen die bulgarische Bourgeoisie die Macht anvertraut hatte, um ihre Herrschaft zu retten, binnen 1—2 Jahren sich kompromittierten und durchfielen, trifft jetzt die Bauernbündler dasselbe Los. Die beiden Flügel der bulgarischen Bourgeoisie — der russenfreundliche und der deutschfreundliche —, um die sich sämtliche bürgerlichen Parteien gruppierten, sind durchgefallen, der erste im Balkankrieg 1912/13, der zweite im Weltkriege. Nach dem Kriege kompromittierten sich an der Spitze der Regierung alle linken bürgerlichen Parteien, die während zweier Jahre vollständig bankrottierten. Auf diese Weise ist die ganze bulgarische Bourgeoisie im Antlitz aller ihrer kleinen und grossen, rechten und linken Parteien vollständig kompromittiert und geniesst kein Vertrauen bei den arbeitenden Massen. Ihre nationalistische und imperialistische Politik erlitt eine volständige Niederlage und brachte dem bul-

garischen Volke zwei Katastrophen, die erste im Jahre 1913, die zweite im Jahre 1918. Nach dem Kriege zeigte sie sich nicht nur unfähig, den Staat vor der Finanzpleite zu retten, sondern durch dauernde Vermehrung der Staatsschulden und Ausgabe neuer Banknoten vergrösserte sie die Schulden und machte den Bankrott unvermeidlich. Die Bourgeoisie gibt sich der Ausplünderung und Spekulation, der rücksichtslosen Verschwendung der nationalen Reichtümer hin, sie vergrössert damit die ökonomische Krise und stösst die arbeitenden Massen in tiefes Elend, Hunger und Tod.

* * *

Die neuen Ereignisse auf dem Balkan spitzen die dort herrschende ökonomische und politische Krise zu. Sie sind ein neuer Beweis für die Niederlage der nationalistischen und eroberungssüchtigen Politik der Balkanbourgeoisie. Sie sind aber auch ein Beweis dafür, dass der Ententeimperialismus durch den von ihm geschaffenen Frieden in Zentraleuropa, wie auch auf dem Balkan, nicht imstande ist, das ökonomische Leben der Völker sowie den Frieden unter ihnen wieder herzustellen. Die Balkanbourgeoisie ist nicht fähig, die Balkanvölker aus der Krise, die sie hervorgerufen hat, herauszubringen. Die Entente, die die Balkanländer ökonomisch und finanziell eroberte, hat daran kein Interesse und denkt gar nicht daran, diese ökonomischen Kräfte wieder herzustellen; im Gegenteil: sie strebt danach, diese Völker noch fester an sich zu ketten und sie endgültig zu kolonisieren. Sie bereitet umgekehrt die Erschöpfung der letzten Mittel vor, die die Balkanvölker noch zur Verfügung haben, und als Belohnung dafür will sie diese Völker als Kanonenfutter in ihrem konterrevolutionären Aufmarsch gegen Sowjetrussland verwenden. Mit dieser Politik aber treibt die Entente die Balkanbourgeoisie in den Abgrund, rüstet gegen diese und damit gegen sich selbst die breiten Arbeitermassen in den Balkanländern.

Der Kampf der Balkanvölker für die soziale Befreiung vom Joche der Bourgeoisie ist gleichzeitig ein Kampf für ihre nationale Befreiung vom Ententeimperialismus. An der Spitze dieses Kampfes stehen die Kommunistischen Parteien, vereinigt in der Föderation der Balkan- und Donauländer. Ihre Losung für die Föderative Sozialistische Sowjetrepublik der Balkan- und Donauländer gewinnt immer mehr die Unterstützung der arbeitenden und wenig besitzenden Klassen. Die neuen Ereignisse auf dem Balkan und in den Donauländern bereiten die Bedingungen für neue, noch schwerere Kämpfe unter dem Banner dieser Losung vor, die allein die Balkan- und Donauvölker vereinigen, befreien und retten können.

Der Kampf um die Gewerkschaften.

Von Fritz Heckert.

Nach der Novemberrevolution war in weiten Kreisen der deutschen revolutionären Arbeiterschaft die Meinung vertreten, die Gewerkschaften würden in Zukunft nur noch Organe von untergeordneter Bedeutung sein. Diese Ansicht war entstanden daraus, dass die Gewerkschaften mit vielen ihrer Einrichtungen (vor allem dem Unterstützungswesen) ganz auf den bürgerlichen Staat eingestellt waren. Bei den meisten Arbeitern und auch bei sehr vielen

Vorständen der Gewerkschaften entstand nach dem Umsturz die Ansicht, der Staat werde die ganzen sozialen Einrichtungen der Gewerkschaften überflüssig machen, weil er jetzt die sozialen Pflichten erfüllen werde, die die Sozialdemokratie im Erfurter Programm als soziale Aufgaben des Staates bezeichnete. Die deutsche Republik nannte sich bekanntlich in den ersten Monaten ihrer Existenz eine „sozialistische". Zum andern aber waren die Gewerkschaften belastet mit der Erbschaft der Kriegspolitik. Hatte schon in der Sozialdemokratie ein wüster Sozialpatriotismus und Sozialchauvinismus sich Platz verschafft, so waren die Gewerkschaften die eigentlichen Träger dieser Kriegskrankheit gewesen. Dazu kam weiter, dass die Gewerkschaften im Kriege durch ihre prominentesten Führer eine ausserordentlich reaktionäre Arbeiterpolitik getrieben hatten. Der Burgfrieden und die aus ihm geborene Streikverhinderung, das Hilfsdienstgesetz und die vielen Dienste, die die Gewerkschaftsbürgkraten den Staatsanwälten Wilhelms II. und den Generalkommandos geleistet hatten, hatten in der Arbeiterklasse während der ersten Revolutionswochen eine lebhafte Abneigung gegen die Gewerkschaften hervorgerufen. Die in den Betrieben spontan gewählten Arbeiterräte, denen in den Monaten November und Dezember 1918 die tatsächliche Macht zugefallen war, erschienen den Arbeitern als die stärksten Träger ihrer Interessenvertretung. Während vor der Kriegszeit und bis zum 9. November 1918 die Gewerkschaftsführer und die Gewerkschaftsverbände einen beherrschenden Einfluss in der deutschen Arbeiterbewegung ausübten, traten sie in den ersten beiden Revolutionsmonaten überhaupt nicht in Erscheinung. Fast niemand kümmerte sich um die von Karl Legien am 3. Oktober 1918 mit Hugo Stinnes gegründete Arbeitsgemeinschaft.

Bei den kommunistisch gesinnten Arbeitern herrschte eine direkte Gewerkschaftsfeindschaft. Die vielen Verrätereien der Gewerkschaftsbürokratie und die durch die Gewerkschaftszentralinstanzen in der Arbeiterschaft bewirkte Kadaverdisziplin hatten unter den revolutionären Arbeitern lebhafte Strömungen erweckt, die in den Parolen „Heraus aus den Gewerkschaften", „Zertrümmerung dieser reaktionären Bollwerke", „Unterordnungen der Gewerkschaften unter die Partei" und „Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation" ihren Ausdruck fanden. Es hat in der kommunistischen Bewegung eines langen und heftigen Kampfes mit den sogenannten revolutionären aber doch nur revolutionsopportunistischen Elementen bedurft, bis sich in der Partei die allgemeine Ansicht durchsetzte, dass man den Gewerkschaften nach wie vor die grösste Bedeutung schenken müsse und zwar schon deshalb, weil in den Gewerkschaften die einzig wahren Massenorganisationen des Proletariats vorhanden sind. (In ihnen sind bekanntlich 9½ Millionen Arbeiter und Angestellte unter der Führung rechtssozialistischer Elemente vereint.) Diese Anschauung wurde noch verstärkt durch die Erfahrung, die im Laufe der zwei Revolutionsjahre gemacht wurde. In dem Umfange, wie die Revolution von der Strasse verdrängt wurde, musste man erkennen, dass die Gewerkschaften für die Beherrschung des politischen Lebens der Arbeiterklasse nicht nur noch dieselbe Rolle spielten wie vor und während dem Kriege,

sondern, dass die Macht und der Einfluss der Gewerkschaftsbürokratie auch auf die politische Bewegung der Arbeiter ausserordentlich stark gewachsen war. Ganz besonders erkennt man das daran, dass in den Orten, wo die Gewerkschaftsbewegung sozialistische Führer hat, die Arbeitermassen bei den Wahlen für die Sozialdemokratische Partei stimmten. In den Orten, wo eine unabhängige Gewerkschaftsführung war, dagegen für die Unabhängige Sozialdemokratie. So stimmten z. B. die Metallarbeiter vornehmlich für die Unabhängigen, die Landarbeiter, die Transportarbeiter, die Mehrzahl der Textilarbeiter dagegen für die S. P. D.

Im Anfang des Jahres 1919 trat in die Arbeiterbewegung ein neues Moment, das in der Gewerkschaftsfrage die Anschauungen noch mehr durcheinanderwarf. Im grossen rheinisch-westfälischen Industriegebiet, an der Ruhr, traten die Bergleute in den Kampf um die unmittelbare Sozialisierung des Bergbaues. Die vier verschiedenen Bergarbeiterverbände machten eine einheitliche Leitung des Kampfes unmöglich, ja die Verbandsvorstände sabotierten sichtlich diese Bewegung. Da kam den Bergarbeitern der Gedanke, die vier Bergarbeiterverbände in eine einheitliche Union zu verschmelzen. (Die Allgemeine Bergarbeiter-Union, jetzige Freie Arbeiter-Union, Gelsenkirchen.) Dieser Gedanke zündete rasch bei allen Bergleuten und mit rapider Schnelligkeit wuchs die Union. Dem vereinten Bemühen der sozialistischen Verräter in der Regierung und der Gewerkschaftsbürokratie gelang es aber, diese Bewegung kaput zu machen. Die Union konnte nicht ihre Aufgabe erfüllen, sämtliche Bergarbeiter Deutschlands in eine Organisation zu vereinigen, sondern blieb neben den alten Organisationen als ein neuer Verband bestehen. Angeregt durch diese Unionsbewegung und durch die fortgesetzten Verrätereien der Legien u. Co. entstanden in rascher Folge in vielen deutschen Städten alle möglichen Unionen, teils syndikalistische, teils solche, die aus einer festeren Verbindung der Betriebsräte mit den Arbeitern der Betriebe hervorgingen — sogenannte Betriebsorganisationen. Deren Existenz später die Kommunistische Arbeiter-Partei veranlasste, eine ganz neue Betriebsorganisationstheorie zu erfinden. In Hamburg und einer Anzahl anderer Hafenstädte betrieb Fritz Wolffheim eine Propaganda für die sogenannte Allgemeine Arbeiter-Unionen, die ihrem Wesen und ihrem Aufbau nach den Organisationen der amerikanischen „Industriearbeiter der Welt" (I. W. W.) entsprechen sollten. Der Heidelberger Parteitag der Kommunistischen Partei versuchte innerhalb der Reihen der Kommunisten Klarheit in der Gewerkschaftsfrage zu schaffen. Seine Entscheidungen, die in den Heidelberger Gewerkschaftsthesen niedergelegt sind, wurden eines der Hauptmomente der Absplitterung beträchtlicher Teile der Arbeiterschaft vom Spartakusbund und eine Ursache für die Gründung der Kommunistischen Arbeiter-Partei.

Die Konsequenzen der Heidelberger Gewerkschaftsbeschlüsse zwangen die Kommunisten, der Gewerkschaftsbewegung grössere Beachtung als bisher zu schenken, sie zwangen die Kommunisten zur Gründung von Fraktionen in den Betrieben und in den Verbänden, um die kommunistischen Anschauungen mit Erfolg den andersgesinnten Arbeitern gegenüber verteidigen zu können. Die

Kleinheit der Partei und die kolossalen Aufgaben, die auf den einzelnen Mitgliedern lasteten, aber auch die immer noch bei vielen Genossen bestehende falsche Einschätzung der Bedeutung der Gewerkschaften in der Revolution liessen die Bewegung nicht recht vorwärts kommen.

Gegen Ende 1920, schon Wochen vor der Vereinigung der Kommunisten mit den Linken der U. S. P. zur Vereinigten Kommunistischen Partei, erkannten breitere Schichten der kommunistisch gesinnten Arbeiter Deutschlands, dass eine intensive Arbeit in den Gewerkschaften zwecks ihrer Revolutionierung und Erfüllung mit kommunistischem Geist eine Lebensfrage für die Revolution sei. Die auf dem zweiten Weltkongress der Dritten Internationale beschlossenen Thesen über die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften wurden ein weiterer Ansporn. Kurz vor dem Parteitag der V. K. P. D. kamen aus einer grösseren Anzahl Verbänden und aus den verschiedensten Bezirken Deutschlands eine Anzahl Genossen zusammen, um über die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zu beraten. Das Ergebnis der Beratung wurde die Grundlage des Vortrags auf dem Vereinigungsparteitag und der dort gefassten Beschlüsse zur Gewerkschaftsfrage. Freudig wurden die Beschlüsse von den Parteimassen aufgenommen und überall gang man sofort daran, die organisatorische Grundlage für ihre Durchführung zu schaffen. Da erschien ein Gegner auf dem Plan, mit dem unsere Genossen bisher nicht so stark gerechnet hatten, die Gewerkschaftsbürokratie. Sie erkannte sofort, dass ein organisierter Widerstand der Kommunisten gegen ihre Praktiken, eine kommunistische Leitung der Opposition gefährlich für sie werden würde. Auf der Tagung der Verbandsvorstände am 15. bis 18. Dezember 1920 beschloss die Gewerkschaftsbürokratie, eine allgemeine Offensive gegen die Kommunisten zu beginnen. Die kommunistischen Fraktionen wurden mit dem Bann belegt, die Vertretung kommunistischer Ideen in den Gewerkschaften als organisationszerstörend deklariert, gegen eine Anzahl kommunistischer Führer wurde das Ausschlussverfahren eröffnet oder sie wurden kurzerhand ohne Verfahren aus der Organisation herausgeworfen. Die Provokation der Gewerkschaftsmitglieder durch die Verbandsbürokratie wurde bis in das Unglaubliche gesteigert. Der Bauarbeiterverband drohte, die Ortsorganisationen, die sich mit den Ausgeschlossenen solidarisch erklärten, aufzulösen und „wenn dadurch auch alles drunter und drüber gehe". Im Eisenbahnerverband legte man den Funktionären, auch den nichtangestellten, einen Revers vor, in dem sie durch Unterschrift sich verpflichten müssen, für die Amsterdamer Internationale zu arbeiten. Andere Verbände schritten zu ähnlichen Massnahmen. Ein Spitzeldienst wurde in den Gewerkschaften gegründet, der die Kommunisten ausfindig machen soll, um sie entweder aus den Gewerkschaften herauszuwerfen oder sie von den Vertrauensposten zu verdrängen. Je weniger die Kommunisten auf die Provokationen der Gewerkschaftsführer durch Austritt reagierten, je fester sie bei der einmal eingeschlagenen Richtung „Eroberung der Verbände von inner heraus", „Erfüllung der Gewerkschaftsmitglieder mit revolutionärem Geist" beharrten, um so frecher und rücksichtsloser tritt

die Gewerkschaftsbürokratie auf. In manchen Verbänden haben die Amsterdamer Bürokraten vor sinnloser Wut schon ganz den Kopf verloren, z. B. brachte es der Vorsitzende der Angestelltenorganisation in Hamburg, Herr Jonny Ehrentheit, fertig, nicht nur einige Kommunisten aus der Organisation auszuschliessen, sondern er lief auch zu ihrem Arbeitgeber und erwirkte bei diesem ihre Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis. Wir sind keineswegs im Zweifel, dass es unter den Amsterdamer Ehrenmännern noch viele Hunderte solcher Ehrentheits gibt. In einigen Orten haben sich leider die Mitglieder unserer noch jungen Partei zu unbesonnenen Schritten verleiten lassen. Sie sind auf die Provokationen der Gewerkschaftsbürokratie hereingefallen und haben uns dadurch die Summe der Schwierigkeiten erhöht. Im grossen und ganzen kann aber festgestellt werden, dass die Mitglieder der V. K. P. D. verstehen, wie absolut es notwendig ist, in den Gewerkschaften für den Kommunismus zu arbeiten. Die Gründung der Fraktionen macht sehr gute Fortschritte. Zum erstenmale sehen wir, wie auf breitester Front in unzähligen Verbandsortsgruppen und Betrieben die Kommunisten ganz einheitlich arbeiten. Die Anregungen und Ratschläge der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale werden gern befolgt. Der Offene Brief der Vereinigten Kommunistischen Partei an die anderen Arbeiterorganisationen zwecks Einleitung einer einheitlichen Aktion zur Verteidigung des Arbeiterdaseins gibt der Diskussion mit den andersgesinnten Arbeitern eine sehr brauchbare Grundlage.

Wenn es uns gelingt, die eingeschlagene Richtung einzuhalten, wenn alle Genossen bei der Stange bleiben, auch dann, wenn hie und dort den Massnahmen der Gewerkschaftsbürokratie etliche oder auch grössere Teile kommunistisch orientierter Genossen zum Opfer fallen, so kann es unmöglich ausbleiben, dass unser Einfluss bald ein beherrschender wird.

Klagen doch jetzt schon der „Vorwärts“ und die „Freiheit“, dass die Kommunisten in sehr vielen Versammlungen die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer für ihre Anschauung gewinnen, und das käme nicht daher, weil die Arbeiter mit dem kommunistischen Irrsinn einverstanden seien, sondern weil die Kommunisten eine Aktivität und Ausdauer entwickelten, die leider bei den S. P. D.- und U. S. P.-Mitgliedern nicht vorhanden sei. Wenn wir also nach zweimonatlicher systematischer Tätigkeit in den Gewerkschaften nicht nur ein solches Lob ernten, sondern dieses bekommen trotz der mit aller Wucht gegen uns geführten Offensive, so beweist das, dass wir auf dem richtigen Wege sind und dass es den anderen nicht gelingt, uns im Vorwärtsschreiten aufzuhalten. Wir haben aus all dem gelernt, mit noch grösserer Einheitlichkeit und Geschlossenheit, und mit noch mehr Aktivität unsere Aufgaben in den Gewerkschaften zu erfüllen. Durch alle Widerstände und trotz des Geschreies der K. A. P., „die Gewerkschaften lassen sich nicht revolutionieren“, sehen wir in nicht so weiter Ferne den endgültigen Erfolg unserer Taktik winken.

Zur Russischen Gewerkschaftsdebatte.

a) Die Gegensätze in der Russischen Kommunistischen Partei.

Von S. Preobrashenski.

Die ausländischen Genossen erhalten in letzter Zeit eine ganze Reihe von Nachrichten, denen zufolge jetzt vor dem X. Parteitage Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern unserer Partei über die Frage der Rolle der Gewerkschaftsverbände in Räterussland aufgetaucht seien. Da diese Meinungsverschiedenheiten von der bürgerlichen Presse Westeuropas äusserst übertrieben und ausgeschmückt werden, scheint es notwendig zu sein, unsere ausländischen Genossen über den tatsächlichen Sachverhalt zu unterrichten.

Zunächst einige Worte aus der Geschichte unserer Partei. Auch in viel schwereren Zeiten herrschten vor Kongressen in unserer Partei immer grössere oder geringere Meinungsverschiedenheiten über die Fragen, die auf den bevorstehenden Parteitagen entschieden werden sollten.

So gab es vor dem VII. Kongress unserer Partei grosse Meinungsverschiedenheiten über die Frage: Für den Brester Frieden oder für den Revolutionskrieg mit den deutschen Imperialisten. Der Kongress entschied sich mit Stimmenmehrheit für den Frieden und dieser Entschluss wurde von der ganzen Partei einmütig durchgeführt.

Vor dem VIII. Kongress gab es eine lange Diskussion über die Frage der Politik in der Armee. Ein Teil der Partei bestand auf der Verringerung der Befugnisse der militärischen Spezialisten aus der alten Armee, die zum Aufbau der Roten Armee herangezogen worden waren, Kommandostellen an den Fronten bekleideten und nicht selten zum Feinde überliefen. Die Opposition machte hier ein Drittel sämtlicher Stimmen des Kongresses aus, ein Teil ihrer praktischen Vorschläge wurde als richtig anerkannt und die Resolution über die Streitfrage wurde einstimmig angenommen. Vor dem IX. Kongress gab es eine Diskussion über die Frage der Verwaltung der Fabriken durch eine Person oder durch ein Kollegium. Die meisten Gewerkschaftsarbeiter und die besten Vertreter der wirtschaftlichen Organisationen waren für die Verwaltung durch Kollegien.

Die Mehrheit der Partei war für die Verwaltung durch eine Person, als einer geeigneteren Methode zur Durchführung der Proletarierdiktatur in einem Bauernland, wo die Partei in der Minderheit ist und Mangel an organisatorischen Kräften herrscht. Der IX. Parteitag sprach sich für die Verwaltung durch eine Person aus und die Genossen, die für die kollegiale Verwaltung waren, unterstützten nun energisch bei der praktischen Arbeit die Entscheidung, die von der Mehrheit getroffen worden war.

Infolge der Liquidierung der Fronten haben wir vor dem X. Parteitag die volle Möglichkeit zu eingehenderen Diskussionen, im Vergleich zu den vergangenen Kongressen. Dadurch erklärten sich hauptsächlich die weitgehende Polemik und die eingehenden Diskussionen über sämtliche Fragen. Doch bei und nach dem Kongress werden die Dinge wahrscheinlich ebenso stehen, wie früher in ähnlichen Fällen. Die Resolution, die mit verschiedenen Verbesserungen von der Konferenz gefasst wird, wird einmütig von allen Parteigenossen im ganzen Lande durchgeführt.

So war es früher bei uns und so wird es auch jetzt gehen. Und die weissen Wölfe, die in der offenen Schlacht besiegt wurden und jetzt auf unseren inneren Zwiespalt hoffen und eine Spaltung in unserer Partei erwarten, werden sich hundertundeinmal in ihren Hoffnungen getäuscht sehen.

Jetzt wollen wir von den Meinungsverschiedenheiten über die Fragen von den Gewerkschaftsverbänden selbst sprechen.

Sie beziehen sich durchaus nicht auf die prinzipielle Frage von der Rolle der Gewerkschaftsverbände im Proletarierstaate. Was das betrifft, sagt unser Programm: „Der Organisationsapparat der verstaatlichten Industrie muss sich in erster Linie auf die Gewerkschaftsverbände stützen." Ausserdem heisst es dort: „In Zukunft müssen die Gewerkschaftsverbände, die unter lebendiger Teilnahme aller Verwaltungsorgane der Industrie sowohl in der Provinz als in den Zentren gebildet werden, in Uebereinstimmung mit den Gesetzen der Räterepublik, die tatsächliche Vermittlung der ganzen Verwaltung sowohl des Volkswirtschaftsapparats als der geeinigten Wirtschaft im ganzen übernehmen. Während die Gewerkschaftsverbände auf diese Weise ein unzertrennbares Verbindungsglied zwischen der staatlichen Zentralverwaltung der Volkswirtschaft und den breiten arbeitenden Massen bilden, müssen sie bemüht sein, diese letzteren in möglichst grossem Masstabe zur unmittelbaren Anteilnahme an den Wirtschaftsarbeiten heranzuziehen." Das sind die Worte unseres Programms. Die ganze Partei teilt seine Auffassung, mit Ausnahme eines einzigen, des Genossen Rjasanow, der seit der Oktoberrevolution einsam, wie eine Säule, mit seinen Ansichten dasteht, die darauf hinauslaufen, dass man die Gewerkschaftsverbände nur bis auf einen Kilometer Entfernung an den Verwaltungsapparat des Produktionswesens herankommen lassen darf und dass ihnen eine andere, nicht weniger wichtige Arbeit, nämlich die Unterstützung und der Schutz der Arbeitskräfte des Proletariats, obliegt.

Worüber streiten aber, abgesehen von dem einen Rjasanow, diejenigen in der Partei, die auf der Plattform der Partei stehen?

Die Meinungsverschiedenheit besteht hier hauptsächlich über die Art der Verwirklichung des Programms und weiter über die Zeitdauer seiner Durchführung. Mit Ausnahme einiger kleiner Gruppen bestehen augenblicklich fünf Auffassungen über die strittigen Fragen.

1. Die Gruppe des Genossen Schlapnikow.

Die Genossen, die seine Auffassung teilen, halten es für möglich, bereits jetzt an die Verwirklichung des Programmes zu schreiten,

durch Uebergabe der Verwaltungsgeschäfte des Wirtschaftswesens an die Gewerkschaftsverbände und die Bildung von Verwaltungsorganen durch Wahlen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von unten nach oben. In groben Worten heisst das: es muss aus dem Obersten Volkswirtschaftsrat der Allrussische Rat der Gewerkschaftsverbände werden.

Bei dem hohen Prozentsatz der Bauern und halbbäuerlichen Elemente im russischen Proletariat, bei dem zahlenmässigen Uebergewicht der rückständigen Massen über die vorgeschrittenen, kommunistischen Kreise, bei der umgreifenden Erschlaffung der rückständigen Massen durch Hunger und Not und ihren Drang, durch Anspannung aller Kräfte auf dem Gebiete der Produktion aus dieser Krisis herauszukommen, würde eine derartige Methode, unser Programm zu verwirklichen, nichts anderes als die Uebergabe der Leitung der Produktion an die zurückgebliebenen und rückständigen Schichten des Proletariats bedeuten und ein Aufblühen des Wirtschaftslebens des Landes auf lange Jahre hinaus unmöglich machen. Andererseits könnte eine derartige Abweichung zum Syndikalismus bei der gegenwärtigen Beschaffenheit der Gewerkschaftsverbände der Spaltung zwischen der Avantgarde des Proletariats, die den ganzen Staatsapparat in den Händen hat, und den rückständigen Schichten, in deren Hände die Verwaltung der gesamten Industrie gelangen würde, organisatorisch den Weg ebnen.

2. Die Ansicht des Genossen Nogin und einiger Wirtschaftsarbeiter.

Genosse Nogin, ein Arbeiter und alter Kommunist, der Vorsitzende der Hauptverwaltung der Textilindustrie, ist der Ansicht, dass die Gewerkschaftsverbände, als die ökonomischen Organisationen des Proletariats zum Kampf gegen den Kapitalismus, als solche ihre historische Aufgabe durch die Unterstützung der Kommunistischen Partei bei der Ergreifung der Macht und der Schaffung des Apparats des Arbeiterstaates erfüllt haben. Jetzt, wo der Apparat des proletarischen Staates vollendet ist, müssen die Gewerkschaftsverbände mit den Wirtschaftsorganen der Republik verschmolzen werden, und dieser geeinigte Verwaltungsapparat der Industrie muss als einheitliches Verwaltungsorgan der Produktion, ohne einen Konkurrenten in Gestalt der Gewerkschaftsverbände neben sich zu haben, die Produktion heben.

Bei der Schwäche unserer Gewerkschaftsverbände und dem Ueberwiegen von bürokratischen Elementen und bourgeoisen Spezialisten, die vom Kommunismus weit entfernt sind, in unseren Wirtschaftsorganen, Hauptkomitees, würde die sofortige Verwirklichung des Programms des Genossen Nogin zur Vernichtung der Gewerkschaftsverbände als solcher und zu ihrer Verwandlung in ein überflüssiges Beiwerk zu den heutigen Organen der Wirtschaftsverwaltung, d. h. zu ihrer Verwandlung in äusserst überflüssige Elemente und teilweise sogar in Fremdkörper in unserem Organismus, führen.

Die dargestellten Auffassungen haben bei der Partei nur eine ganz geringe Anzahl von Anhängern gefunden, wobei zu bemerken ist, dass mit Genossen Nogin noch weniger Genossen, als mit Genossen Schlapnikow einverstanden sind. Auf der Parteikonferenz werden diese beiden Gruppen keine wesentliche Bedeutung haben.

Ein wirklicher Kampf spielt sich zwischen den drei Auffassungen ab, von denen jetzt die Rede sein soll.

3. Es ist erstens die

Auffassung Trotzkis, Rakowskis und Krestinskis

und der Minderheit des Präsidiums des Allrussischen Rates der Gewerkschaftsverbände. Ihre Bedeutung besteht in folgendem:

Während das Land zum friedlichen Aufbau seines Wirtschaftslebens übergeht und das Hauptgewicht auf die Hebung der Produktion verlegt wird, muss die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsverbände in der allmählichen Besitzergreifung der Produktion bestehen. Da jedoch gegenwärtig die Gewerkschaftsbewegung infolge der Schwäche der Gewerkschaftsverbände und der Unbestimmtheit ihrer Funktionen eine Krisis durchmacht, müssen vor allen Dingen die Gewerkschaftsverbände verstärkt und auf ein höheres Niveau gebracht werden, müssen mehr Energie, Schnelligkeit und Genauigkeit bei ihren Arbeiten an den Tag legen, müssen ein für die Wirtschaftsarbeiter besser geeignetes Personal in ihre Organe aufnehmen und dann Schritt für Schritt an die Lösung der Produktionsaufgaben an der ganzen Front des wirtschaftlichen Aufbaues schreiten. Mit der Vergrösserung der Rolle der Gewerkschaftsverbände im Verwaltungswesen der Industrie muss auch ihre tatsächliche Verantwortlichkeit für die Resultate der Produktion vor dem proletarischen Volke wachsen. In dieser Beziehung muss bereits jetzt ein weiterer Schritt vorwärts gemacht werden im Vergleich zu den Entschlüssen des IX. Parteikongresses, die, was die Annäherung der Gewerkschaftsverbände an die Produktion betrifft, eigentlich nicht erfüllt wurden.

Die Gewerkschaftsverbände können nur durch Teilnahme an der Produktion zum neuen Leben aufblühen; anderenfalls werden sie dahinsiechen und eines natürlichen Todes sterben, da sie ihrer Hauptfunktion im Arbeiterstaate, die früher ihre Mitglieder begeisterte — des ökonomischen Kampfes mit dem Kapitalismus — beraubt sind.

4. Die Auffassung der sogenannten „Puffergruppe": Bucharin, Preobrashenki, Serebrjakow, Larin u. a.

Diese Gruppe steht in der Frage von der Rolle der Gewerkschaftsverbände der Hauptsache nach der Auffassung Trotzkis nahe, besteht jedoch besonders energisch auf der Anwendung der Methoden der Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaftsverbänden, d. h. auf der Wählbarkeit aller Organe der Gewerkschaftsbewegung und der Beseitigung der Ernennungsmethoden. Mit der Gruppe des Genossen Trotzki ist sie für die Anwendung der Methoden der sogenannten Produktionsdemokratie, die darin bestehen dass in erster Linie zur Verstärkung der Verbände Genossen auf die Kandidatur bei den Wahlen kommen, die sich als Wirtschaftsarbeiter bewährt haben, von Pflichtgefühl durchdrungen sind und ihre Fähigkeit bewiesen haben, am Verwaltungsapparat der Produktion teilzunehmen. Diese Arbeiterschicht muss das Rückgrat des Wirtschaftsapparates bilden und allmählich die bürokratischen Elemente und bürgerlichen Spezialisten aus dem Verwaltungsapparat verdrängen.

Diese Gruppe hält es für möglich, im Falle der Verstärkung einzelner Gewerkschaftsverbände und ihrer tatsächlichen Heranziehung zum wirtschaftlichen Aufbau und im Falle, dass der ganze Apparat der Verbände gestärkt und geeigneter zur Verwaltung der entsprechenden Industriezweige wird, als das entsprechende Hauptkomitee, die Spezialisten und die Verwaltung des betreffenden Industriezweiges ihm zu übergeben, so dass sie damit selbst in die Rolle eines Teiles des Obersten Volkswirtschaftsrates hineinwächst. Die Gruppe hält es ferner für notwendig, die Gewerkschaftsverbände als Schule des Kommunismus beizubehalten, insoweit ihre wirtschaftlichen Funktionen und ihre Verbandsarbeiten, die noch bedeutend intensiver durchgeführt werden sollen, dadurch nicht beeinträchtigt werden.

5. Die Auffassung Lenins, Sinowjews und Losowskis,

der die Mehrheit des Allrussischen Rates der Gewerkschaften beipflichtet. Sie vertreten folgende Ansicht:

Letzten Endes besteht die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsverbände darin, dass sie eine Schule des Kommunismus für die rückständigsten und am wenigsten klassenbewussten Proletariermassen bilden. Eine plötzliche Heranziehung der Gewerkschaftsverbände zur Verwaltung der Industrie und folglich ihre plötzliche Verstaatlichung, d. h. ihre Verwandlung in ein Organ des Rätestaates, würde sie in der Erfüllung ihrer Funktion als Schule des Kommunismus behindern, weil die Arbeiter auf sie ebenso wie auf alle anderen Staatsorgane blicken würden, die häufig nicht nur mit den Methoden der Ueberzeugung, sondern des Zwanges zu arbeiten haben.

Im Gebiete der Verwaltung der Industrie müssen die Gewerkschaftsverbände ihre gegenwärtige Rolle beibehalten, d. h. ihre Kandidaten für die Verwaltungsorgane der Produktion vorschlagen, und ausserdem müssen die Führer der Verbände in den höchsten Organen des Volkswirtschaftsrates vertreten sein. Auserdem müssen die Gewerkschaftsverbände an der Ausarbeitung der Wirtschaftspläne teilnehmen. Was ihre übrigen Funktionen (Teilnahme an der Arbeiter- und Bauerninspektion, Kontrolle über die Wirtschaftsorgane, Teilnahme an der Registration und Verteilung der Arbeitskräfte, Teilnahme an den Arbeiten der Verpflegungsorgane, Aufstellung von Tarifen, Unterstützung der Arbeitsdisziplin) betrifft, so müssen sie beibehalten und teilweise noch erweitert werden.

Im allgemeinen, mit einfachen Worten und doch ganz genau ausgedrückt, steht diese Gruppe in der Frage der Rolle der Gewerkschaftsverbände oder, richtiger, ihrer Rolle in der Produktion auf dem konservativen Standpunkt. Die grössten Parteiorganisationen, die von Moskau und Petrograd, haben sich nach reiflicher Beratung und Abstimmung für diese Auffassung, hinter der auch die Autorität des Genossen Lenin steht, ausgesprochen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie am Parteitage die Grundauffassung bilden und die übrigen Auffassungsgruppen werden nur noch einige Verbesserungen beisteuern können. Es ist kaum nötig, zu wiederholen, dass keine Spaltung in der Partei eintreten und der von der Mehrheit auf der Parteikonferenz gefasste Entschluss einmütig durchgeführt werden wird.

b) Die Leitsätze Lenins, Sinowjews, Kamenews, Tomskis u. a.

In bezug auf die Fragen von der Rolle der Gewerkschaftsverbände in der Epoche der Diktatur konstatieren die Leitsätze, dass die Hauptaufgaben und die Rolle der Gewerkschaftsverbände in der Epoche der proletarischen Diktatur vollkommen richtig durch eine ganze Reihe von Entschlüssen früherer Tagungen und Konferenzen, sowohl parteipolitischer als staatlicher, festgelegt worden sind. Wenn man die entsprechenden Punkte aus der Resolution der I. allrussischen Gewerkschaftskonferenz in Betracht zieht, so muss das Hauptgewicht der Arbeiten der Gewerkschaftsverbände gegenwärtig auf das Gebiet des organisatorischen Wirtschaftsprogrammes der K. P. R. verlegt werden, das darauf hinweist, dass der Organisationsapparat der verstaatlichten Industrie sich in erster Linie auf die Gewerkschaftsverbände und auf die Beschlüsse der IX. Tagung der R. K. P. stützen muss, in denen davon die Rede ist, dass die Hauptaufgaben der Gewerkschaftsverbände auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und der Organisations- und Beziehungsarbeiten liegen. Diese Aufgaben müssen die Gewerkschaftsverbände erfüllen, aber nicht als isolierte, für sich bestehende organisatorische Kräfte, sondern als Hauptapparat des Rätestaates unter der Leitung der Kommunistischen Partei.

Diese Bestimmungen bleiben in voller Kraft bestehen und bedürfen keiner Aenderung. Die Aufgabe des X. Parteikongresses ist es nicht, neue theoretische Formulierungen für die Rolle der Gewerkschaftsverbände in der Epoche der proletarischen Diktatur zu finden, sondern den Weg zur Verwirklichung der bereits angenommenen festzulegen.

Die Arbeit der Verbände.

Die erschwerenden Umstände, die der erbitterte dreijährige Krieg mit sich brachte, haben die Gewerkschaftsverbände an der erfolgreichen Erfüllung der oben erwähnten Aufgaben verhindert. Die Gewerkschaftsverbände mussten, wie fast alle anderen Arbeiter-Organisationen, ihre ganzen Kräfte der Front zur Verfügung stellen. Allein im Jahre 1919 meldeten sich an den Aufnahmestellen bei einer gewerkschaftlichen Mobilisation (die grössere Resultate als alle übrigen Mobilisationen aufwies), 79 368 Mitglieder der Gewerkschaftsverbände. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 gaben sie für die Verpflegungsabteilungen 31 000 Mitglieder ab. Bei wiederholten Mobilisationen, kam es so weit, dass viele Verwaltungen der Gewerkschaftsverbände einige Monate hindurch ohne Vorsitzende und Sekretäre blieben. Nichtsdestoweniger spielten sie eine wichtige Rolle bei der Hebung des Wirtschaftslebens. Unmittelbar nach der Oktoberrevolution erwiesen sich die Gewerkschaftsverbände als die einzigen Organe zur Organisation der Produktion und Verwaltung der Unternehmungen. In dieser Arbeitsperiode auf dem Gebiete der Organisation der Produktion mussten die Gewerkschaftsverbände hauptsächlich an der Bildung von Hauptkomitees, Zentren und Fabriksverwaltungen teilnehmen und hatten die Möglichkeit, die Ausbreitung dieser Organe in Angriff zu nehmen.

Nach Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates machen im Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates der Gouvernements-Volkswirtschaftsräte, in den Kollegien der Abteilungen der Hauptverwaltungen und Zentren, in den Kollegien und unter den Leitern von Fabriken die Arbeiter 61,6 Proz., die Angestellten 7,7 Proz. und die Spezialisten 30 Proz. aus.

Die ganze gegenwärtige Lage erfordert dringend die unmittelbare Teilnahme der Gewerkschaftsverbände an der Organisationsarbeit in der Produktion, nicht nur durch die Delegierung ihrer Mitglieder in die Wirtschaftsorgane, sondern als Gewerkschaftsverbände im ganzen. Nur mit den organisierten Arbeitermassen zusammen, in Gestalt ihrer Gewerkschaftsverbände und auf der Basis ihrer weitgreifenden eigenen Tätigkeit, können wir bedeutende Erfolge an der Wirtschaftsfront erringen.

Keine Krisis, sondern ein Aufblühen.

Der Beginn der neuen Periode trifft die Gewerkschaftsverbände in einem organisatorisch sehr schwachen Zustande, im Vergleich zu den gewaltigen Aufgaben, die ihnen an der Wirtschaftsfront bevorstehen. Aber nichtsdestoweniger bedeutet der Zustand, den sie gegenwärtig durchmachen, keine Krisis, keinen Zerfall, sondern er ist ein Symptom ihres Aufblühens.

Die Gewerkschaften als Schule des Kommunismus.

Die wichtigste Rolle der Gewerkschaften bleibt auch in Sowjetrussland ihre Rolle als Schule des Kommunismus. Nur der Gewerkschaftsverband, der sich systematisch um alle Seiten der Lebensweise des Arbeiters, sowohl in der Fabrik als auch ausserhalb derselben, bekümmert, kann die Anfangsschule der organisatorischen Fertigkeiten und der politischen Erziehung für die breiten und sogar rückständigen werktätigen Massen bilden

Ihre Rolle als Schule des Kommunismus werden die Gewerkschafter im Leben insoweit durchführen, als sie die Führer der proletarischen Massen in der Sache der kommunistischen Praxis, d. h. der praktischen Umgestaltung und des Aufbaues der Wirtschaft nach kommunistischen Grundsätzen, sein werden.

Die Verstaatlichung der Gewerkschaften.

Die schnelle Verstaatlichung der Gewerkschaften wäre ein grober politischer Fehler, und gerade deshalb, weil sie auf der gegebenen Entwicklungsstufe die Durchführung der angeführten Aufgaben seitens der Gewerkschaften im höchsten Grade stören würde.

Die Aufgabe besteht darin, diese parteilosen Massenorganisationen, denen Arbeiter verschiedener politischer Richtungen und Stimmungen, zur Partei gehörende und parteilose, gebildete und Analphabeten, religiöse und religionslose usw., frei angehören, mehr und mehr für den Sowjetstaat zu gewinnen.

Die Methoden der Ueberzeugung und des Zwanges in den Gewerkschaften.

Die Hauptmethode der Gewerkschaften ist nicht die Zwangsmethode, sondern die Methode der Ueberzeugung, was durchaus nicht ausschliesst, dass die Gewerkschaften nötigenfalls auch mit Erfolg die Grundsätze des proletarischen Zwanges in Anwendung bringen können (Zwangsmobilisationen Zehntausender von Gewerkschaftsmitgliedern für die Front, Disziplinargerichte usw.). In den Gewerkschaften muss vor allem die Wählbarkeit der Gewerkschaftsorgane verwirklicht werden.

Die Partei und die Gewerkschaftsverbände.

Die K. P. R. in Gestalt ihrer zentralen und in der Provinz befindlichen Organisationen, beeinflusst natürlich wie früher ideell die Arbeiten der Gewerkschaftsverbände. Dabei legt jedoch ein Vorschlag der K. P. R. den

Parteiorganisationen sowie den einzelnen Parteigenossen ans Herz, jede kleinliche Bevormundung und übermässig grosse Einmischung in die laufenden Arbeiten der Gewerkschaftsverbände unbedingt zu verbieten.

Im zweiten Teile der Thesen wird festgestellt, dass die wirtschaftlich organisatorischen Arbeiten der Gewerkschaftsverbände nicht im genügenden Maße ihre alltägliche Praxis durchdrungen haben und dass die Verwirklichung ihrer Aufgaben der Reihe nach in ihr Tagesprogramm aufgenommen werden muss. Der Vorschlag fasst ferner eine ganze Reihe organisatorischer Massnahmen im Gebiete der Arbeiten der Wirtschaftsabteilungen der Gewerkschaftsverbände, die Formierung von Wirtschaftsorganen, die Teilnahme der Gewerkschaftsverbände an der Ausarbeitung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes und der Produktionsprogramme, im Gebiete der Registration und Verteilung der Arbeitskräfte, Tarifizierung der Arbeit, bei der Frage der richtigen Ausnützung der Spezialisten bei der Produktion, bei der Produktionspropaganda, bei der Arbeitsdisziplin und Disziplinargerichten, den Organisationsaufgaben der Verbände und ihrer Arbeit im Dorfe, ins Auge.

c) Die Leitsätze des Genossen Trotzki.

Unsere Gewerkschaftsverbände durchleben eine schwere Krisis. Eine der unbestreitbarsten Ursachen dieser Krisis bildet die Schwächung und Lähmung der Gewerkschaftsverbände infolge der schweren Opfer, die sie während der ganzen Zeit des Bürgerkrieges zu tragen hatten.

Die übermenschliche Anspannung aller Kräfte, die der Krieg von der Arbeiterklasse forderte, wirkte mit unausbleiblicher Notwendigkeit lähmend auf die Selbsttätigkeit der Arbeiterorganisationen, darunter auch der Gewerkschaftsverbände. Die Methoden der Arbeiterdemokratie (Behandlung der brennenden Fragen in der breiten Oeffentlichkeit, Kritik, Ideenkampf, Wahlprinzip u. a.) waren in dieser Zeit auf ein Minimum beschränkt.

Die Hauptursache der Gewerkschaftskrisis liegt in der Nichtübereinstimmung zwischen den Aufgaben, die unseren Gewerkschaftsverbänden auf dem gegebenen Entwicklungsstadium objektiv erwachsen, und denjenigen Denk- und Arbeitsgewohnheiten und Methoden, von denen die Gewerkschaften, hierin Erben der Vergangenheit, beherrscht werden. Das Missverhältnis zwischen der Gewerkschaft, wie sie ist, und der Gewerkschaft, wie sie sein soll, ist gegenwärtig zum stärksten Widerspruch innerhalb des Arbeiterstaates geworden. Solange wir dieses Widerspruches nicht Herr geworden sind, vermögen wir auf dem Wirtschaftsgebiete keinen ernstlichen Schritt nach vorwärts zu tun.

Genosse Trotzki zitiert das Programm der K. P. R. und findet, dass wir uns in der letzten Periode dem im Programm vorgesehenen Ziel in der Praxis nicht genähert, sondern uns von ihm entfernt haben. Ginge die Entwicklung auf diesem Wege weiter, so würde dies eine sehr grosse Gefahr sowohl für die Gewerkschaften, wie überhaupt für die Wirtschaft bedeuten.

In der bürgerlichen Gesellschaft vereinigten die Gewerkschaften die Arbeiterklasse zum Kampf für die Verbesserung der Lage der Arbeitenden, sodann zur Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise durch die revolutionäre Tat.

In der Kerenski-Epoche gingen die Gewerkschaften zur Kontrolle der Industrie über; dies war eine der Formen des Kampfes, der zwischen Arbeit und Kapital tobte.

Nach dem Oktoberumsturz schied die Arbeiterklasse, vor allem durch Vermittlung der Gewerkschaften, primitive Organe aus zur Beherrschung der nationalisierten Unternehmen. Diese Bewegung hat, ohne hinreichenden Grund, die Bezeichnung eines elementaren Syndikalismus erhalten. In Wirklichkeit haben die Arbeitermassen in dieser ersten Zeit der Revolution mit ebendenselben Mitteln der halb-elementaren Massenschöpfung stattliche Räteorgane, den Wirtschaftsapparat, Armeen und anderes geschaffen.

Das, was in der bürgerlichen Gesellschaft das Wesen der Gewerkschaft ausmacht, ist fortgefallen; im Arbeiterstaate kann der Gewerkschaftsverband keinen wirtschaftlichen Klassenkampf führen, andererseits ist die Anteilnahme der Gewerkschaften am Wirtschaftsaufbau in dem Maße immer beschränkter, systemloser und oberflächlicher geworden, als die Wirtschaftsorgane, die sich von den Gewerkschaften losgelöst hatten, sich immer selbständiger entwickelten, die ihnen notwendigen Arbeiter aufnahmen und ihren Apparat ein- und umschalteten. Gerade daraus ist die tiefe Krisis in unserer Gewerkschaftsbewegung entsprungen, gerade das gab den Boden ab zum Anwachsen dieser Krisis.

Das Abrücken der Gewerkschaften von der tätigen und verantwortlichen Aufbauarbeit begünstigte ausserordentlich die Entwicklung einer konservativ-gewerkschaftlichen Gesinnung unter den führenden Gewerkschaftsbeamten.

Die Gewerkschaften sind während der drei abgelaufenen Jahre des Sowjetregimes in weit geringerem Maße als alle übrigen Organisationen des Arbeiterstaates, Veränderungen in ihrer Struktur, ihren Arbeitsmethoden und in den Personen ihrer leitenden Organe unterworfen worden. Nachdem sie ihre alte Existenzgrundlage, die der wirtschaftliche Kampf bildete, verloren hatten, waren die Gewerkschaften aus einer Reihe von Gründen ausserstande, die nötigen Kräfte in ihre Reihen zu ziehen und die erforderlichen Methoden auszuarbeiten, die sie zur Lösung der neuen Aufgabe zu befähigen vermocht hätten, vor die sie durch die proletarische Revolution gestellt worden waren und die in unserem Programm ihre Formulierung gefunden hat: zur Organisierung der Produktion.

Im Arbeiterstaate kann es keine in organisatorischer Hinsicht von einander abgesonderten Spezialisten für die Organisierung der Produktion einerseits und für die Gewerkschaftsbewegung andererseits geben. Als allgemein gültiges Prinzip muss anerkannt werden, dass jeder, der für die sozialistische Produktion gebraucht wird, schon dadurch für die Gewerkschaft unentbehrlich ist und umgekehrt, dass jeder wertvolle Gewerkschaftsarbeiter so wie so an der Organisierung der Produktion teilnehmen muss.

Die Konzentrierung der gesamten Produktionsverwaltung in den Händen der Gewerkschaften, wie sie unser Programm fordert, bedeutet die planmässige Umgestaltung der Gewerkschaften zu Apparaten des Arbeiterstaates und die allmähliche Verschmelzung der Gewerkschafts- mit den Wirtschaftsorganen. Nicht um eine formelle Proklamierung der Gewerkschaften zu staatlichen Organen handelt es sich, sondern um ihre tatsächliche Umwandlung zu Produktionsorganisationen, die jeden Industriezweig allseitig umfassen und für die Interessen sowohl der Produktion als auch der Produzenten verantwortlich sind.

Die Aufgabe besteht sonach nicht in einer Revision der programmatischen Voraussetzungen in der Gewerkschaftsfrage, sondern darin, tat-

sächlich einen neuen Schritt auf dem Wege der Verwirklichung des Prinzips zu tun, das von der Partei anerkannt und in ihrem Programm erhärtet ist.

Während des Jahres, das seit dem IX. Parteikongress verflossen ist, haben die wirtschaftlichen Organisationen einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht. Auf einzelnen Gebieten der Produktion sind gewichtige Resultate erzielt worden. Das Problem der Aufstellung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes nimmt immer bestimmtere praktischere Formen an. Indes kommt dies innerhalb der Gewerkschaften fast überhaupt nicht zum Ausdruck. Da die allgemeine Richtlinie der Entwicklung im Sinne einer allmählichen Verschmelzung der Gewerkschafts- mit den Produktionsorganen für alle unbestreitbar feststeht, so ist es sonnenklar, dass jede Etappe auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Entwicklung gleichzeitig eine neue Etappe auf dem Wege der Zusammenschweissung der Gewerkschaften mit den Wirtschaftsorganen sein muss. Solange dies nicht erreicht ist, wird sich die Krisis immerwährend verschärfen.

Wenn die Frage richtig gestellt wird, so ergibt sich mit Gewissheit, dass die Organisierung der Arbeit im Arbeiterstaat einzig und allein auf der Produktion fussen und nur in ihr gipfeln kann. Mit anderen Worten, die Organisation der Arbeit und die der Produktion müssen in eins zusammenfallen. Daher auch die allmähliche „Verschmelzung" der gewerkschaftlichen mit den Wirtschaftsapparaten. Dies ist, wie wir gesehen haben, der Standpunkt des Parteiprogramms.

Die Umwandlung der Gewerkschaftsverbände in Produktionsverbände — nicht nur den Namen, sondern dem Arbeitsinhalt nach — stellt die riesenhafte Aufgabe der Epoche dar, in die wir eintreten. Der Gewerkschaftler darf in sich nicht einen Fürsprecher für die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter sehen, sondern einen Organisator, der die Werktätigen für die Produktion auf der Grundlage einer immer mehr sich vervollkommenden Technik organisiert.

Im Arbeiterstaat hat die Gewerkschaft nur insoweit Sinn und Daseinsberechtigung, inwieweit sie tatsächlich über die Produktion gebietet, indem sie alle Produzenten in ihre Reihen zieht, die Organisation, die Mechanisierung der Arbeit verbessert, die Produktivität erhöht und auf diese Weise die materielle Lage der Arbeitenden und ihr geistiges Niveau hebt.

Die gesamte übrige Tätigkeit der Gewerkschaften, sei es auf dem Gebiete der Aufklärung, sei es auf militärischen oder anderen Gebieten, vollzieht sich ohne Störung ihres Grundcharakters von Produktionsorganisationen der Werktätigen.

Der Produktionsverband muss alle für den gegebenen Wirtschaftszweig unentbehrlichen Arbeiter, angefangen vom Schwarzarbeiter bis zum qualifiziertesten Ingenieur, umfassen.

Die auf das Produktionskriterium eingestellte Umerziehung muss sich selbstverständlich vor allem auf die Gewerkschaftsarbeiter (die „Funktionäre") erstrecken, deren Reihen durch neue Kräfte gründlich gestärkt und belegt werden müssen. Die Leiter der Gewerkschaften im Zentrum und in der Provinz werden in die Sphäre der rein wirtschaftlichen Fragen eintreten müssen und werden schon dadurch das Produktionskriterium in ihre alltägliche Arbeit in den Gewerkschaftsverbänden hineintragen. Andererseits sind die Leiter der Wirtschaftsorgane verpflichtet, an alle Fragen der Produktion, auch an die rein technischen, mit wachsender Erkenntnis und Solidarität heranzugehen, als an Fragen, die vor allem die Organisierung der lebendigen Kraft betreffen. Nur die wechselseitige Fruktifizierung

dieser beiden Gesichtspunkte wird die notwendige psychologische Grundlage schaffen für die organische Verschmelzung zweier parallel existierender Apparate in einen einheitlichen Apparat, der in gleichem Maße sowohl die allgemeinen Interessen der Produktion als auch unmittelbar die Interessen der Produzenten sicherstellt.

Am Schlusse seiner Leitsätze schlägt Genosse Trotzki eine Reihe praktischer Massnahmen vor.

d) Die Leitsätze Bucharins, Preobrashenskis, Larins u. a.

Ueber die Aufgaben und den Aufbau der Gewerkschaften.

Allgemeine Einführung.

Der gegenwärtige Augenblick wird durch zwei Besonderheiten charakterisiert. Erstens ist es bei den gegebenen politischen Verhältnissen notwendig, den klassenbewussten Schichten des Proletariats die führende Rolle zu sichern, und zweitens müssen um jeden Preis in der kürzesten Zeit die Produktionskräfte des Landes gehoben werden, um auf wirtschaftlichem Gebiete bedeutende Erfolge zu erzielen.

Die wichtigste Organisationsaufgabe in der Politik ist die Schaffung der völligen Einheit des Proletariats. Dies kann erreicht werden: erstens durch Festigung der Partei, durch Belebung des Parteigedankens und durch Heranziehung aller Parteimitglieder zum aktiven Parteileben, die Voraussetzung des Systems der Arbeiterdemokratie; zweitens durch richtige Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der sie leitenden Partei; drittens durch Einheitlichkeit und Aktivität der Gewerkschaften selbst, und viertens durch richtige Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der breiten parteilosen Masse.

Die wichtigste Organisationsaufgabe auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Festigung und Hebung der Aktivität des Verwaltungsapparates, der Kontakt mit den Massen des Proletariats und das Anpassen zur Verwirklichung der planmässigen Arbeiten des Wirtschaftslebens. Dies kann nur durch die Hebung der Bedeutung der Gewerkschaften in der Produktion erreicht werden.

Die Gewerkschaften und ihre Rolle.

Die Gewerkschaften haben in der Periode, da das Proletariat die Macht erobert hat, aber die Massen in die Wirtschaftsleitung noch nicht genügend hineingezogen sind, eine doppelte Aufgabe: sie sind einerseits „Schulen des Kommunismus", Vermittler zwischen der Partei und der parteilosen Masse, die die breiten unteren Schichten des Proletariats in das aktive Leben hineinziehen, andererseits sind sie, und zwar in wachsendem Maße, der bleibende Teil des Wirtschaftsapparates und des Apparates der staatlichen Gewalt im allgemeinen.

Die Schwierigkeit im Organisationsproblem der Gewerkschaftsbewegung entspringt namentlich der Doppelseitigkeit der Aufgaben der Gewerkschaften, die in der Praxis die objektiven Widersprüche der Uebergangsperiode überwinden müssen.

Die Gewerkschaften, die immer mehr staatliche Funktionen erfüllen, müssen zeitweise formell parteilos und unabhängig von der Sowjetregierung bleiben. Das geht unausbleiblich daraus hervor, dass sie „Schulen des Kommunismus" sind. Ihre Parteilosigkeit und die formelle Unabhängigkeit, bei einer tatsächlichen Abhängigkeit von der Partei, ist

ein vorsichtiges, taktisches Heranrücken an die parteilosen Massen, die man schrittweise belehrt, ohne dass man seine Rolle als Lehrer hervorkehrt.

Wenn die allgemeine Linie der Entwicklung die Linie der allmählichen Verschmelzung der Gewerkschaften mit den Organen der Staatsgewalt, d. h. die Verstaatlichung der Gewerkschaften ist, so ist dieser Prozess andererseits ein Auflösungsprozess des Staates. Das logische und historische Ende dieses Prozesses wird nicht die Aufsaugung der Gewerkschaften durch den Proletarierstaat sein, sondern es werden beide Kategorien, der Staat und die Gewerkschaften, verschwinden und es wird ein Drittes, die kommunistisch organisierte Gesellschaft, entstehen.

Die Hauptaufgaben des Augenblicks und die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften, die schon in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundlage für die wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse bildeten, müssen selbstverständlich auch bei der Diktatur des Proletariats den Charakter einer Vereinigung haben, die das Wirtschaftsleben des Landes organisiert. Ihre Aufgabe ist die Erziehung der Erbauer, sie sind „Schulen des Kommunismus", und zwar in erster Linie Schulen für den Ausbau der kommunistischen Produktionsbeziehungen. Der Widerspruch zwischen den wirtschaftlichen Verwaltungs- und den Erziehungsfunktionen muss beseitigt werden, und zwar dadurch, dass die Erziehung immer mehr und mehr eine kommunistische Vorbereitung für die Produktion und in der Produktion wird und die produktive Tätigkeit in den Gewerkschaften zu gleicher Zeit und im höchsten Masse mit der praktischen Heranziehung der Arbeitermassen zur Produktion verbunden wird. Nur durch eine derartige Einheitlichkeit in der Arbeit der Gewerkschaften kann die Einheit der ganzen Organisation erhalten bleiben.

Da der gegenwärtige Augenblick die höchste Konzentration der Energie auf die Wirtschaftsfronten erfordert, und wegen der besonderen herrschenden politischen Bedingungen stehen die Gewerkschaften vor folgenden Aufgaben: Konzentration der Arbeit auf die Wirtschaft (verhältnismässige Einschränkung der unwirtschaftlichen Funktionen und Verstärkung der wirtschaftlichen), Zunahme der Verschmelzung der Gewerkschaftsapparate mit den wirtschaftlichen Verwaltungsapparaten, entschiedene und allmähliche Anwendung des demokratischen Prinzips im Inneren der Gewerkschaften, die Anpassung der Erziehungsarbeit an die Arbeit der Wiederherstellung der Wirtschaft des Landes.

Auf dem Gebiete der Erziehung haben die Gewerkschaften die Erziehung der breiten Massen zur Produktion zu verstärken.

Da namentlich die politischen Verhältnisse die erziehende Rolle der Gewerkschaften erheischen und mehr als jemals richtige Beziehungen zwischen den leitenden Organen der Gewerkschaften und den breiten parteilosen Massen erforderlich sind, muss innerhalb der Gewerkschaften das Prinzip der Arbeiterdemokratie durchgeführt werden.

Andererseits erfordern die wirtschaftlichen Verhältnisse, dass die Arbeitsmethode der Demokratie innerhalb der Gewerkschaften die Form einer Produktionsdemokratie annimmt. Darunter versteht man, dass auf Kosten des Gewerkschaftsapparates, der durch Wahl besetzt wird, auch Kommunisten bestellt werden können, die sich durch wirtschaftliche und administrative Fähigkeiten auszeichneten. Diese Art von Arbeitern muss namentlich unterstützt, erzogen und gepflegt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus muss von unten her allmählich die Umgestaltung des

Personalbestandes im Gewerkschaftsapparat durchgeführt werden, damit die Gewerkschaften mächtige Apparate werden, die gleichzeitig und im höchsten Masse zur ihrer produktiven, organisatorischen Rolle befähigt sind. Nur auf dem Wege einer derartigen inneren Umgestaltung kann in der Tat, und nicht nur in Worten, diese Grundorganisation der Arbeiterklasse ihre wirtschaftliche Aufgabe erfüllen.

Auf dem Gebiete der Verwaltung der Industrie muss im Vergleich mit der Resolution des IX. Parteikongresses ein Schritt nach vorwärts gemacht werden. Dieser Schritt muss in folgendem bestehen: Während die Resolution des IX. Kongresses von einem Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit den entsprechenden staatlichen Apparaten nur auf der Grundlage bestimmter, von den Gewerkschaften aufgestellter Kandidaturen spricht, müssten diese Kandidaturen obligatorisch werden. Zweitens muss die Teilnahme der Gewerkschaften an der Verwaltung der Industrie vergrössert werden bis zur vollständigen Uebertragung des gegebenen Wirtschaftszweiges an die entsprechende Gewerkschaft, selbstverständlich auf der Grundlage der allgemeinen staatlichen Programme und Aufgaben und in Abhängigkeit von der konkreten Beschaffenheit der entsprechenden Gewerkschaft. Drittens muss das Prinzip durchgeführt werden, nach dem alle oder ein Teil der Genossen, die in die Organe der wirtschaftlichen Leitung delegiert werden, auch eine verantwortungsvolle Rolle in ihren Gewerkschaften selbst gespielt haben müssen. Nur unter solchen Bedingungen kann die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion gesichert werden.

Andererseits müssen die Gewerkschaften auf dem Gebiete der Organisation der Arbeitskräfte in immer grösserem Masse zur Organen der Verwaltung werden.

Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verwaltung funktionieren die Gewerkschaften als Anstalten, die unmittelbar staatliche Funktionen erfüllen, auf der Grundlage des Zentralismus, dessen Notwendigkeit aus der Natur der gestellten Aufgaben hervorgeht.

„Auflösung der Fideikommisse"

Von Friedrich.

Eine der grossen Heldentaten, die die Regierung der Republik Preussen vollbracht hat, ist die **„Auflösung der Fideikommisse"**.

Was ein Fideikommiss ist.

Der Eigentümer eines Gutes bestimmt — meist gemeinsam mit anderen Familienmitgliedern („Familienschluss") —, dass das Gut **für immer Eigentum der Familie** bleiben soll. Dabei wird eine bestimmte Erbfolge festgesetzt, oft fällt es an den jüngsten, oft auch an den ältesten Erben des Mannesstammes (Agnaten). Eine solche Regelung wird dann ins Grundbuch eingetragen und erhält **gesetzliche Kraft.** Weder der heutige Besitzer noch nach seinem Tode sein Sohn, noch überhaupt jemand kann ein solches Gut verschenken oder verkaufen. Auch die grösste Schuldenlast kann nicht bewirken, dass der Besitzer das Gut los wird. Einer Zwangsversteigerung unterliegt es nicht mehr; im Falle vollkommener Verschuldung kann höchstens Zwangsverwaltung eintreten. Fideikommiss ist also gebundenes, kein freies Eigentum. Eine solche unerschütterliche Bindung

von Grund und Boden, eine solche Isolierung dieser Ländereien vom Markte widerspricht der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, hat doch der Kapitalismus alle übrigen Schranken des freien Wettbewerbs und des freien Handels gesprengt.

Geschichtliches.

In der Tat ist das Fideikommiss viel älter als der ganze moderne Kapitalismus. Es war jahrhundertelang vorher schon üblich, dass die adligen Familien ihre Besitzungen zum grossen Teil als „Erbgut" inne hatten, ein solches Gut gehörte der ganzen Familie und vererbte sich im Mannesstamme weiter. Das Fideikommiss ist nichts als eine Verjüngung dieser Einrichtung. Die Handelsfreiheit und Ausbeutegier der industriellen Bourgeoisie betrachtete diese feudale Schutzmauer als störende Schranken ihrer Macht. In diesem Kampf gegen die Feudal-Aristokratie, gegen die politische, wirtschaftliche und soziale Bevorzugung des Adels hatte sie also auch die Fideikommisse zu zerstören. Die französische Revolution 1789 beseitigte sie denn auch im ersten Ansturm. Anders in Deutschland. Mehr als ein halbes Jahrhundert später, im Jahre 1848, sollte sie zwar durch die „Grundrechte des deutschen Volkes", die die Frankfurter Nationalversammlung aufstellte, verschwinden, und auch in Preussen wurde kurze Zeit hindurch die Errichtung neuer Fideikommisse gemäss der preussischen Verfassung von 1850 verboten. Aber bald war wieder alles beim alten, ja noch während des Weltkrieges wurde die Einrichtung der Fideikommisse gesetzlich erweitert. Die Zerstörung dieser Einrichtung ist nach alledem eine Arbeit, die zu den geschichtlichen Aufgaben der Bourgeoisie gehört hätte. Dass ein Anlauf zu dieser Arbeit 130 Jahre später als in Frankreich gemacht wird, zeugt von der bisherigen Stärke des deutschen Junkertums.

Bedeutung der Fideikommisse in Preussen.

Das preussische Junkertum kämpfte um die Erhaltung und Erweiterung der Fideikommisse, weil dieser Posten von grösster Wichtigkeit für seine Existenz war. Jahr um Jahr wuchs der Fideikommissbesitz in Preussen um etwa 100 000 Morgen. 1915 waren etwa 10 000 000 Morgen (2 486 192 ha) im Fideikommiss gebunden, d. h. mehr als 7,1 Prozent des gesamten preussischen Staatsgebietes oder 8,2 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Fläche Preussens. Etwa 46 Prozent dieser Besitzungen bestanden in Waldungen, so dass 14 Prozent der gesamten preussischen Waldfläche im Fideikommiss waren. Naturgemäss bestanden in den verschiedenen Provinzen ungleiche Verhältnisse, am geringsten waren Fideikommisse im Westen und im Süden Preussens verbreitet. In verschiedenen Kreisen Pommerns und Schlesiens waren jedoch etwa 20 Prozent des gesamten Grund und Bodens im Fideikommiss gebunden, im Kreise Oppeln z. B. die Hälfte allen Waldes, Insgesamt zählte man 1912 in Preussen 37 Kreise, in denen mehr als 20 Prozent, zum Teil bis 53 Prozent der ganzen Kreisfläche fideikommissarisch gebunden waren. In ganz Preussen besassen im Fideikommiss:

25	Mitglieder der regierenden Häuser . .	227 941 ha
37	Standesherren	291 511 ha
29	Angehörige sonstiger fürstlicher Häuser	276 799 ha
269	Grafen	825 621 ha
664	sonstige Adlige	773 948 ha
136	Bürgerliche	53 406 ha

Der Grundsteuerreinertrag allein der Fideikommisse betrug in Preussen zu Beginn des Krieges etwa 30 000 000 Mk., also etwa 7 Prozent des gesamten Grundsteuerreinertrages in Preussen. Es waren somit Unmengen Landes, die das Junkertum unter den Bann der Fideikommisse gebracht hatte, ein fester Schutzwall, hinter dem es Misswirtschaft, Verschuldung, Unglück nicht zu fürchten brauchte; das Fideikommiss war ein Passierschein gegen alle Nöte des Lebens, mochte man sich anstellen, wie man wollte. Es kommt nun aber noch hinzu, dass es nicht nur Fideikommiss-Bildung des Grund und Bodens gibt, sondern dass auch noch andere Arten von Stammgütern ähnlichen Schutz gewähren, wenn auch nicht so weitgehend und ohne derartigen gesetzlichen Schutz. Eine Statistik darüber gibt es nicht.

Die Interessen des Proletariats.

Wenn die Regierung der Braun, Heine, Lüdemann, Severing in Preussen die Fideikommisse auflösen wollte, so lässt sich also zusammenfassend sagen:

1. dass dies an sich weniger eine proletarische, als vielmehr eine bürgerliche Aufgabe war;
2. dass es eine besonders starke Position des Junkertums zu zerbrechen galt.

Wenn der Kampf gegen die Fideikommisse nicht ein spezifisch proletarischer genannt wird, so bedeutet das natürlich nicht, dass das Proletariat an der Ausfechtung dieses Kampfes kein Interesse habe. Ganz im Gegenteil. Die industrielle Bourgeoisie hat den Feudaladel zum Nebenbuhler, das Proletariat aber hat alle beide zu überwinden. Das Bürgertum wird jedoch aus dem Kampf gegen den Feudaladel etwas ganz anderes machen als das Proletariat. Das Bürgertum wird ihn kapitalistisch auswerten. Es wird sich ein neues Ausbeutungsobjekt, eine neue Marktware schaffen. Das Proletariat wird, wenn es kommunistisch arbeiten **will**, durch die **Enteignung und Vergesellschaftung aller landwirtschaftlicher Grossbetriebe** auch die ganze Fideikommissfrage mit einem Schlage lösen. Der einzige Fideikommissinhaber nämlich, der unter proletarischer Herrschaft noch übrig bleiben wird, ist die kommunistische Gesellschaft selber, deren Eigentum niemand je mehr antasten wird.

Es ist also zu untersuchen:

1. ob es gelungen ist, radikal mit den Fideikommissen aufzuräumen,
2. ob man dabei dem kapitalistischen oder dem proletarischen Interesse gedient hat.

Statt Taten: „Tunlichste Rücksichtnahme".

Wollte die deutsche Revolution vom November 1918 mit den Fideikommissen aufräumen, so hätte sie das ohne den geringsten Schaden für die Volkswirtschaft **unverzüglich** tun können. Die notwendigen Taten geschahen aber nicht, die Sache sollte ganz allmählich in der Gesetzgebungsmaschine durchgearbeitet werden. Endlich, am 10. März 1919, hiess es in einer Verordnung: „Die Fideikommisse sind aufzulösen", und wenn dies bis zum 1. April 1921 (!) nicht geschehen sei, solle „Zwangsauflösung" erfolgen. Immerhin: auch das wäre, wenn es durchgeführt worden wäre, ein Schlag gegen das Junkertum gewesen. Aber da das Junkertum auch nach 1918 stark geblieben ist, und da die Bourgeoisie dem gemeinsamen Feind gegenüber, dem Proletariat, im Junkertum ihren Freund sah, so war die Reaktion stärker als alle Bestrebungen der Rechts-Sozialisten, die

Fideikommisse gemäss der Verordnung aufzulösen. Das **allmähliche Wiedererstarken der Reaktion** spiegelt sich in den folgenden Gesetzen und Verordnungen in voller Deutlichkeit wieder. Im Gesetz vom 23. Juni 1920 hiess es, dass Hausvermögen erst bis zum 1. April 1923 aufgelöst werden sollen. Für Fideikommisse sollte die „Regelung" (nicht etwa „Durchführung"!) der Auflösung bis zum 1. April 1921 erfolgen, unter Umständen jedoch auch erst bis zum 1. April 1922 (Verordnung vom 22. September 1920 § 4). Andernfalls sollte statt einer solchen „freiwilligen Auflösung" die „Zwangsauflösung" eintreten. Vollkommen über den Haufen geworfen wurden die ursprünglichen Bestimmungen durch die „Verordnung über die Zwangsauflösung der Familiengüter" vom 19. November 1920. Dort heisst es in § 1:

„Das Fideikommissvermögen geht beim Wegfalle des am 1. April 1921 vorhandenen Besitzers auf den zunächst folgeberechtigten Abkömmling des Besitzers über und wird in dessen Hand freies Vermögen."

Das heisst: Eine Auflösung findet vorläufig überhaupt nicht statt, erst dann, wenn der am 1. April 1921 vorhandene Besitzer gestorben ist, also je nach dem, in 10 oder 25 oder noch mehr Jahren. Eine Zwangsauflösung tritt nur dann ein, wenn die „Regelung" nicht bis zum 1. April 1921, event. auch 1922 nicht erfolgt ist.

Der Wortlaut des Gesetzes gibt also trotz der Nennung der Termine auch nicht die geringste Gewähr dafür, dass in absehbarer Zeit überhaupt irgend etwas „aufgelöst" wird. Die Rechnung des Junkertums ist vollkommen klar. Es hofft, die Regierungs- und Verordnungsmaschinerie bald in die Hand zu bekommen, und dann wurde natürlich die „Auflösung der Fideikommisse" totes Aktenmaterial der preussischen Gesetzsammlung sein. Die Braun, Severing, Lüdemann, Heine haben so der Reaktion in die Hände gearbeitet. Sie haben es **bewusst** getan. Sie hielten es für richtig, „tunlichste Rücksichtnahme" auf „Hausgesetze, Observanzen, Familienverträge, Gesetze, Staatsverträge und Rezesse" ausdrücklich anzuordnen. (Verordnung vom 19. November 1920 § 37.) Im übrigen enthalten die zahllosen Paragraphen genaue Angaben über die „Stammgüter der Ritterschaft des Herzogtums Bremen", über die „Stammgüter der Calenberg-Göttingen-Grubenhagschen Ritterschaft", befassen sich mit den kleinlichsten Angelegenheiten der schwergetroffenen Familien, insbesondere mit dem Beschwerderecht gegen die Entscheidungen der richterlichen Behörden, um den Observanzen der Hohen Häuser nicht unangenehm zu erscheinen. So zeugt das Gesetz trotz der äusseren Fassade davon, dass der Gesetzgeber eine wirkliche Auflösung der Fideikommisse **überhaupt nicht gewollt hat.**

Man hat die Gelegenheit, volkswirtschaftlichen Nutzen aus der angedeuteten „Auflösung" der Fideikommisse zu schlagen, versäumt, und so sind all diese Gesetze und Verordnungen nicht nur Dokumente einer absoluten wirtschaftlichen Unfähigkeit, sondern zugleich ein glänzendes Reifezeugnis der Braun, Severing, Lüdemann und Heine zu vollendeten Lakeien der Herzöge, Grafen, Ritter und Barone.

Das Proletariat wird den ehrwürdigen Observanzen und Firlefanzen weder Rücksicht, noch überhaupt irgendwelche Beachtung schenken. Es wird allen Grossgrundbesitz enteignen und dann die vergesellschafteten Betriebe so abgrenzen und so bewirtschaften, wie der **Wirtschaftsbedarf** es verlangt.

Literatur.

Karl Marx und Friedrich Engels über die Diktatur des Proletariats. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Ernst Drahn. Berlin-Wilmersdorf. 1920. Verlag „Die Aktion".

Die lebende Generation der Sozialisten ist aufgezogen worden in der Verehrung von Marx und Engels. Alle Parteikontroversen sind mit Zitaten aus den Werken der beiden Meister bestritten worden. Von jemand behaupten, er sei kein Marxist, hiess seine sozialistische Ehre antasten. Wer aber hat gewusst, dass Marx und Engels Revolutionäre waren? Für den echten „Marxisten" waren sie Revolutionäre in dem Sinne, wie die „Internationale Völkerbefreiende" auch „revolutionär" war. Wer von diesen „Marxisten" hat einen konkreten Begriff mit dem Worte revolutionär verbunden, der über die landläufige Phrase hinausging? Vierzig Jahre lang hat Karl Kautsky die Diktatur des Proletariats im Munde geführt. Solange wir seine Schüler waren — das war in seiner Gipfelperiode 1902 bis 1908 — haben wir ihm deshalb zugejubelt, und jetzt hat dieser Kautsky nichts anderes zu tun, als gegen die Diktatur des Proletariats loszupoltern, sie zu verlästern und der Gegenrevolution das „wissenschaftliche" Rüstzeug zu liefern. Und siehe, geht man dem Rätsel auf den Grund, forscht man in den besten Schriften dieses „Erben von Marx", in seiner Polemik mit Bernstein, seiner Sozialen Revolution, seinem Weg zur Macht, dann stellt sich heraus, dass er sein Lebtag nur von der Diktatur des Proletariats geschwafelt und sich bei dem Worte nie etwas gedacht hat. Dabei war Kautsky in jener Periode in der Tat von den Kühnsten einer, den von den spezifisch deutschen Sozialisten keiner übertraf. Wie war das möglich? Es war deshalb möglich, weil der Sozialdemokratie der Opportunismus so tief in den Knochen stak, dass sogar ihre geistigen Führer stumpf und dumpf über das hinweglasen, was das Wesen des Marxismus ausmachte, nämlich „dass der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führe". (Marx an Weydemeyer am 5. März 1852.) Dank jener Erziehung in gedankenlosem Opportunismus ist heute der Nachweis nötig, dass Marx damit nicht eine dröhnende Floskel prägte, sondern mit dem Wort den ganz realen Sinn der Klassenherrschaft des Proletariats während einer Uebergangsperiode zum Zwecke der Unterdrückung der Bourgeoisie und zur gewaltsamen Beseitigung der alten Produktionsverhältnisse bis zur Beseitigung der Klassen und der Klassenherrschaft überhaupt verband.

Lenin hat diesen Nachweis in seiner Schrift Staat und Revolution erbracht, und er hat dabei gezeigt, wie konkret Marx und Engels auf alle Einzelheiten des Problems eingegangen sind. Er hat zugleich die Unverfrorenheit oder bornierte Einfalt aufgedeckt, mit der die Marxpfaffen die Auffassung von der Diktatur kastriert haben. Aber gerade wegen der eindringlichen Polemik in dieser Schrift wird für den oberflächlichen Leser der Gesamteindruck von den Marxschen Lehren über die Diktatur leicht etwas verwischt. Für solche Leser wirkt die Zusammenstellung von Ernst Drahn überraschend und überzeugend. Die kleine Schrift sollte aber jeden ihrer Leser veranlassen, das Buch von Lenin gründlich durchzuarbeiten. Erst dann wird das Kernproblem der proletarischen Revolution in seiner ganzen Tragweite erkannt und seine Lösung zum geistigen Eigentum werden. Die Drahnsche Zusammenstellung wird

zugleich als Extrakt des Leninschen Buches und zur schnellen Vergegenwärtigung seines Inhaltes dienen können.

Das kann sie, obwohl sie nicht alles wiedergibt, was Marx und Engels über das Problem der Diktatur geschrieben haben. So fehlen wichtige Stellen aus dem Achtzehnten Brumaire, der Kritik der anarchistischen Staatsfeindschaft und der Kritik des Erfurter Programms. Dafür gräbt Drahn einige interessante Dokumente aus, die m. W. ganz verschollen waren. So einen Brief von Engels aus den achtziger Jahren, in denen dieser die letzte Konsequenz der proletarischen Diktatur zieht und erklärt: „Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion". Engels hat damit die demokratische Front von Helfferich bis Hilferding vorausgeahnt und ihr die kommunistische Front gegenüber gestellt.

Weiter veröffentlicht Drahn Auszüge aus einer Ansprache der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten vom März 1850, in der die Taktik der Partei bei Ausbruch einer neuen Revolution festgelegt wird. Das interessanteste Dokument bilden „Verhaltungsmassregeln für den Bund vor, während und nach der Revolution". Sie sind den Stieberschen Enthüllungen entnommen und waren bei der K.A.P.-Fraktion des Kommunistenbundes Willich-Schapper gefunden worden. Drahn hat nicht feststellen können, ob sie von dieser Fraktion allein oder vom ganzen Bund herausgegeben worden sind. Mir scheint festzustehen, dass das Dokument nicht von Marx oder Engels verfasst ist. Der Gebrauch des Wortes „vierter Stand" und gewisse Unklarheiten in der Definition schliessen eine solche Autorschaft aus. Aber der Einfluss von Marx auf die ganze Auffassung ist unverkennbar. Eine ganze Reihe praktischer Hinweise hat heute noch volle Gültigkeit. Besonders interessant ist folgender Grundsatz: „Diese politische Macht muss gegründet sein . . . auf Institutionen, welche den vierten Stand in materieller Beziehung unabhängig von der Bourgeoisie machen, indem sie ihn in unmittelbares Verhältnis zum Staate bringen, derart, **dass die Arbeitsorganisation die Grundlage für die politischen Wahlkörper und die bewaffnete Macht bildet . . .**" Ist das nicht ganz modern? Sind hier nicht die Arbeiterräte und die Organisation der Roten Armee vorausgesehen?

Das Bändchen wird abgeschlossen mit der Austrittserklärung des Herausgebers aus der Sozialdemokratischen Partei, einem tapferen Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats.

P. F.

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. — Neustädt. Vereinsdruckerei

Die Internationale

Jahrg. 3 * Erscheint am 1. u. 15. jeden Monats. * Heft 2

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die zerrissene Maske des Friedens.

„Einen wirklichen Frieden kann nur das revolutionäre Eingreifen der Arbeiterklasse bringen, einen wirklichen Abschluss kann dem Kriege nur geben die proletarische Weltrevolution". Das war die These des Spartakusbundes, die ihn leitete während der vier Jahre der Weltschlächterei. Die Tatsachen schienen uns Lügen zu strafen. Nicht die proletarische Revolution, die Bourgeoisie schloss den Frieden. Auf der Seite der Sieger eine scheinbar unerschütterte, ja stärker befestigte Bourgeoisie, auf der Seite der Besiegten eine Bourgeoisie, die nach kurzer revolutionärer Erschütterung die Macht wieder aus den Händen einer Arbeiterklasse genommen hatte, die sie nicht festzuhalten wagte, die zufrieden war, dass die monarchische Spitze der Bourgeoisherrschaft verschwand, dass das Kapital statt der altehrwürdigen Kronen sich den Schlapphut der bürgerlichen Republik aufstülpte.

Wieder sprechen die Tatsachen und sie widerlegen grausam den hohlen Schein, der sich als Tatsache ausgab. Es ist nicht nur, dass die alte imperialistische Gruppierung, aus deren Kampf um die Weltmacht der Krieg hervorging, schon durch ein neues Gruppenpaar ersetzt ist, das in unerhört raschem Tempo die Elemente eines neuen Weltkrieges erzeugt: Die Friedensschlüsse, mit denen der letzte Weltkrieg endete, erweisen sich heute vor aller Welt als fauler Zauber, als eine dürftige Maske, hinter der die alten blutigen Züge des Weltkrieges hervorgrinsen. Der Scheinfriede ist nach Paris und London wieder in den offenen Krieg umgeschlagen. Wieder spricht das Schwert und die Blockade, wieder fallen die Proletarier zu Hauf, still hinweggemacht durch Hunger und Krankheit, die im Gefolge der Arbeitslosigkeit einherziehen.

Das Kapital, hüben und drüben, sieht wohl, dass es in unlösbare Widersprüche verstrickt ist. Nur die Zusammenfassung aller kapitalistischen Mächte könnte der Kapitalsherrschaft noch eine längere Lebensfrist gönnen. Aber das Lebensgesetz des Kapitalismus lässt keinen Raum für die Verwirklichung dieser Tendenz. Die kapitalistische Konkurrenz baut immer riesenhaftere Monopolgruppen auf, aber nur um die Weltmachtkonkurrenz zu verschärfen und zu verbreitern. Den niedergerungenen Weltmachtrivalen wieder aufbauen, das heisst auf den Preis des Sieges verzichten. Aber diesen Rivalen vernichten, das heisst auf den eigenen Aufbau verzichten.

Die Lloyd George auf der einen, die Simons auf der anderen Seite, habe diese Widersprüche in aller Klarheit ausgesprochen. Aber die Gesetze des kapitalistischen Getriebes erlauben diesen Einsichten Sterbender nur, fromme Wünsche zu bleiben, phantastische Sehnsüchte nach einem Jenseits der kapitalistischen Welt. Zwischen den Polen dieser Grundwidersprüche treibt der Kapitalismus hin und her, bald das Schwert, bald den Vertrag in der Hand, bald den Vertrag mit dem Schwert durchbrechend, bald das Schwert durch den Vertrag abstumpfend, bald den besiegten Rivalen zerstampfend, bald seine Fesseln lockernd. Und in diesem wilden Tanz gehen die Reste der Weltherrschaft zugrunde, stürzen immer neue Teile des kapitalistischen Baues zusammen. Das ist, auf den kürzesten Ausdruck gebracht, die Geschichte der 2½ Jahre seit dem Ende des „grossen Krieges".

Diese Todeskrise des Kapitals ist wieder in eine akute Phase getreten. Der französische Imperialismus, dem der Krieg die tiefsten Wunden geschlagen, hat wieder über den Rhein gesetzt. Die Sieger sind verzweifelt. Sie haben so gründlich gesiegt, dass die Frucht des Sieges dieselbe ist wie der Niederlage. Also muss man noch mehr siegen, also muss man den Besiegten noch mehr ausplündern. Es ist schierer Wahnsinn, aber dieser Wahnsinn ist die logische Spitze der dem Kapital innewohnenden Vernunft und die praktische Gestalt dieses Wahnsinnes ist: eine neue nicht abbrechende Kette kriegerischer Katastrophen, die sich mit den wirtschaftlichen Katastrophen verschlingen, immer neu aus ihnen hervorbrechen, immer neue sie vertiefen.

Die deutsche Bourgeoisie antwortet mit der passiven Resistenz. Der Trumpf, den sie auf den Tisch wirft, ist — ihr Bankrott. Aber der Trumpf kann gestochen werden. Denn auch auf der anderen Seite ist diese Karte und dazu das Schwert. Wenn die deutsche Bourgeoisie damit auftrumpft, dass sie existieren muss, um den Gläubiger zu erhalten, so wird Frankreich am Ende antworten:

Ich sehe diese Notwendigkeit nicht ein. Die Zerstückelung Deutschlands, die direkte Expropriation durch den Gläubiger, das ist der logische Schluss, der sich dem Gläubiger aufdrängt, wenn der Schuldner den Gläubiger in seinen Bankerott hinabzuziehen droht. Dieser Schluss aber ist „auf dem Marsch". Die bestimmte politische Form dafür hat der deutsche Imperialismus Frankreich schon vorgezeichnet. Es ist die „Randstaatenpolitik", die der deutsche Imperialismus Russland gegenüber praktizierte. Und für die innere Wirkung haben die Hugo Stinnes und Konsorten den Weg gewiesen. Sie haben gezeigt, wie man mit Kohle, Eisen und den Verkehrswegen in der Hand sich Industrieherzogtümer schafft. Frankreich wird diese Herzöge sich unterwerfen mit ihren eigenen Waffen.

Wieder ist so eine Situation eingetreten, die nach dem Eingreifen der proletarischen Revolution ruft. Wieder tritt einer jener schicksalsvollen Augenblicke ein, wo nur der Wille der Arbeiterklasse die Lösung, die Entscheidung bringen kann und wo der Weg, den die Arbeiterklasse gehen wird, entscheidend abhängt von der Kraft der Initiative, die die Kommunistische Partei Deutschlands zu entwickeln versteht.

Das „Bündnis mit Sowjetrussland", die Umstellung der äusseren Orientierung muss begleitet sein von dem Willen, die inneren Voraussetzungen dafür zu schaffen: die Bourgeoisie zu stürzen. Nur dann ist es wirkliche Lösung. Darum muss notwendig die innere revolutionäre Kampffront gleichzeitig mit der äusseren aufgerichtet werden. Nur sie kann verhindern, dass die akute Krise wieder verschleppt wird.

Und darum ist entscheidend in diesem Augenblick in Deutschland der Wille der Kommunistischen Partei, durch kühne Initiative die proletarischen Massen zu mobilisieren und dadurch ihre Richtung in die Hand zu nehmen, um so der Bourgeoisie, die die Krise wieder zu verschleppen, ihr die Spitze abzubrechen sucht, den Pass zu verlegen.

Jetzt ist die Stunde, wo die Kommunistische Partei Deutschlands beweisen muss, dass sie der grossen geschichtlichen Aufgabe, zu der sie berufen ist, gewachsen ist, dass sie Geschichte zu machen versteht.

Die erste proletarische Diktatur.

Zum 50. Jahrestag der Pariser Kommune.

Von Paul Werner.

Schlägt man irgend ein Blatt in der Geschichte der Revolutionen auf, so drängen sich einem jedesmal zuerst die Parallelen zur revolutionären Gegenwart auf. Um so deutlicher wird die Parallelität, je näher wir der proletarischen Weltrevolution kommen.

Die Pariser Kommune steht an der Schwelle der Revolutionen proletarischen Charakters. Die revolutionäre Bewegung von 1870/71 wird ausgelöst durch die Niederlage des Bonapartismus bei Sedan. Aber sie ist darum nicht das Zufallsprodukt des 70er Krieges. Wie zum Weltkrieg neben anderen Ursachen auch die Furcht vor der wachsenden Macht der Arbeiterklasse trieb, wie er eine Ausflucht sein sollte aus den inneren Schwierigkeiten der Grossmächte, die objektiv die revolutionäre Lösung forderten, so suchte der napoleonische Imperialismus seine wankende Position im Innern durch einen Sieg im Kriege gegen den äusseren Feind zu untermauern und die revolutionären Bewegungen, die sich drohend genug in immer neuen Verschwörungen zeigten, im Chauvinismus zu ertränken. In der Tat wurde dieser Zweck zunächst erreicht. Bis zur entscheidenden Niederlage war die Klassensolidarität Tatsache. Aller revolutionärer Wille war erstickt. Boustrapa hatte noch einmal das ganze Volk hinter seine Adler gebracht.

Der 2. September wurde zum Beginn der Revolution. Ein verhängnisvoller Anfang. Ganz wie 1918 war die Regierungsmacht nicht im Klassenkampfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie geschlagen worden, sondern im Kriege mit der konkurrierenden Kontinentalmacht. Die herrschenden Klassen hatten einen betäubenden Schlag erhalten. Dem Proletariat und den opponierenden Schichten des Bürgertums war plötzlich eine unbegrenzte und unbestrittene Möglichkeit zum Handeln gegeben. Aber die Fesseln waren gefallen, nicht durch eigene Kraft gebrochen. Ein Wunder war geschehen und der politische Wunderglauben mit einer unbekümmerten Vertrauensseligkeit in alles und alle, nur nicht in sich selbst und die eigene Kraft mit üppig wuchernden Illusionen und unbestimmten Erwartungen, war die notwendige Folge.

Als am 3. und 4. September die Massen in Bewegung kommen, ihre Arme und Leiber für die Rettung des Landes zur Verfügung stellend, als sie nach einer Regierung der revolutionären Verteidigung rufen, rennen die tapferen Männer der Parlamentslinken wie aufgescheuchte Hühner umher. Macht um Gotteswillen keine Revolution! Das ist das einzige, was sie zu stammeln wissen. Als die Revolution Tatsache ist, sitzen sie, die Thiers, Favre, Ferry, Gambetta gespreizt parat: Hier, wir sind eure Führer und Retter.

Das erste Wort dieser neuen Herren ist eine Lüge, ihre erste Tat ein Verrat.*) Trochu wird die Leitung der Verteidigung übergeben, einem Mitschuldigen an Napoleons Staatsstreich. Die Verteidigung ist eine einzige Sabotage innerhalb und ausserhalb der Mauern von Paris. Sie wird vorgetäuscht, um das Pariser Proletariat im Zaum zu halten, das nicht willens ist, zur Ausbeutung durch die eigenen Kapitalisten noch das Joch fremder Kriegslasten zu tragen. Damit aber die Täuschung gelingt, müssen die Verräter die Volksbewaffnung zulassen. Die Nationalgarde wächst zu einer militärischen Macht. Der preussische Ring um Paris schliesst sich dichter und dichter. Die Nationalgarde erzwingt wiederholt von den Generälen den Angriff. Sie kämpft mit der Erbitterung und Tapferkeit kampferprobter Truppen. Sie hat Erfolge. Aber die schuftigen Militärs lassen sie verräterisch im Stich. Man muss 10 000 Nationalgardisten ins Gras beissen lassen, damit sie zur Ruhe kommen! Das ist das Motiv der strategischen Verbrechen. Inzwischen schachert die Regierung mit Bismarck.

Wiederholt empört sich das bewaffnete Proletariat und Kleinbürgertum. Immer wieder lässt es sich betören durch Geschwätz der Regierungsmänner und niederträchtige Hetze gegen die Revolutionäre. Immer wieder tritt die revolutionäre Bewegung auf unter der Parole der Kommune, jener Organisation der revolutionären Masse der Pariser Vorstädte, die 1792 die Revolution rettete, die nationale Verteidigung organisierte und das Parlament beherrschte. Die Kommune ist zugleich die gegebene Organisation der revolutionären Staatsmacht dieser Tage. Ehe die Kommune aber Wirklichkeit werden kann, muss das Proletariat die bittersten Erfahrungen

*) Den Nachfolgern dieser Sippe, den Spiessbürgern von menschewistischer Geistesverfassung ist die Diktatur der Pariser Arbeiter von 1871 eine harte Nuss. Sie können sich, wollen sie den modernen Kommunismus bekämpfen, um eine Auseinandersetzung mit dem Kommune-Problem nicht herumdrücken. Je nach dem Prinzip ihrer Geschichtskarrikierung kommen sie dabei zu den erheiternsten Widersprüchen. Einst konnte Bernhard Becker, jener traurige Geselle, in dem sich Lassalle so schwer getäuscht hat, eine Schmähschrift über die Kommune zusammenschmieren, die sich heute liest wie eine Sudelei Kautskys über den Bolschewismus. Inzwischen aber war es in der deutschen Sozialdemokratie Tradition geworden, die Kommunekämpfer von Paris als Ahnen zu betrachten, wozu diese Partei gewiss ebensoviel Recht hat, wie die betriebsamen Schacherer von Athen und Korinth, die ihren Stammbaum auf Aristides, Perikles und Plato zurückführen. Kann man deshalb Kautsky den Wunsch versagen, seine vermeintlichen Grossväter möchten ihm, dem Enkel, gleichen? Er macht die Männer vom März und Mai 1871 zu braven Spiessbürgern, die ängstlich darauf achteten, dass bei der Riesenaufgabe, die ihnen die Geschichte stellte, ihr weissgestärktes Hemd weder zerknittert noch bestaubt wurde. Pfiffiger und niedriger zugleich ist Conrady, einst der Nachfolger Mehrings in der Parteischule. Dieser zeitlose Kritikaster radiert und kritzelt in dem genialen Porträt herum, das Marx in seinem „Bürgerkrieg" entworfen hat, bis ihm glücklich eine verzerrte Fratze gelungen ist. Diese eingetrocknete Wanze der Gelehrsamkeit stinkt, obwohl sie blutleer ist.

durchmachen. Es muss gefoppt werden durch die Nationalversammlung der Junker und Bourgeois. Es muss sich durchhungern durch die Belagerungsmonate. Es muss Opfer über Opfer bringen. Es muss sich eine Organisation schaffen, die es im Zentralkomitee der Nationalgarde, dem ersten Soldatenrat, erhält. Es musst erst in den Abgrund geblickt haben, der aufklafft zwischen Paris und Versailles, der Revolution und der Konterrevolution, dem Proletariat und der Bourgeoisie mit ihrer Regierung von radikalen Parlamentseseln, Schwätzern, Stellenjägern, Lakaien, aus denen Schakale der Weissen werden, ihrer Nationalversammlung von Börsenjobbern und Krautjunkern und ihren monarchistischen Säbelrasslern, die im Blute der Arbeiter die Schmach abwaschen wollen, die sie sich auf dem Schlachtfelde geholt. Es muss die Konterrevolution leibhaftig vor sich sehen.

Der März bringt täglich eine neue Provokation der Pariser durch die Versailler. Am 7. werden 21 000 Mobilgardisten entlassen, für die Betroffenen die Verurteilung zum Hunger, für die Revolution der Beginn der Entwaffnung. Am 11. werden vier revolutionäre Zeitungen unterdrückt. Am gleichen Tage werden die Wechsel, die seit einem halben Jahre durch Gesetz gestundet sind, wie die Mietzinse für den 13. März als verfallen erklärt. Vom 13. bis 17. März werden daraufhin 150 000 Wechsel protestiert. Das ist der Bankrott des Kleinbürgertums. Die Versailler Regierung wirft die Pariser Bevölkerung den Wucherern als Beute vor. Ebenfalls am 11. März werden Todesurteile gegen die Führer der revolutionären Bewegung vom 31. Oktober gefällt. Am 12. wird der erste Versuch gemacht, die Kanonen der Nationalgarde zu stehlen. Er schlägt fehl. Das ist der Alarmruf an die Pariser. Jetzt wissen sie, dass es ernst wird. Sie wollen sich nicht entwaffnen lassen. Das Zentralkomitee wird energisch. Es etabliert sich als Nebenregierung, erlässt Aufrufe und Befehle. Unter den Augen der Gewalthaber bereitet es den Widerstand, den Aufstand vor.

Der 18. März bringt die Entscheidung. Der fast geglückte Versuch, die Kanonen der Nationalgarde zu stehlen, führt zu einem kurzen Kampfe und durch ihn zum Siege der Pariser Arbeiter über Versailles. Die Bourgeoisie gibt die Hauptstadt auf, um sie militärisch zu erobern. Alle Feinde des Proletariats fliehen, sie nehmen vom Verwaltungsapparat mit, was sie retten können. Nur die Spione und Provokateure bleiben zurück. Arbeiterklasse und Kleinbürgertum sind die unbestrittenen Herren der Stadt.

Paris ist sich über die Situation durchaus nicht klar. Es ist voll Jubel und Freude und denkt nicht an den Bürgerkrieg, der jetzt beginnt. Es lässt die Versailler Truppen ungehindert abziehen, die es in der Hand hat und überliefert seinem Feinde damit den Grundstock des Heeres, das Paris niedermetzeln wird.

Paris denkt nur daran, schleunigst seine Revolution zu legalisieren. Das Zentralkomitee hat keinen anderen Gedanken, als seine Macht in die Hände der gewählten Bezirksvertreter, der Kommune, zu legen. Acht Tage lang — wie kostbar sind die ersten Tage einer Revolution! — schlägt es sich herum mit den Schwierigkeiten und Widerständen, die der Wahl im Wege stehen. Aus der Wahl geht

hervor ein Kollegium von Romantikern, Journalisten, Verschwörern mit einer längst erledigten Tradition und doktrinären Proudhonisten. Nur wenige Arbeiter sind darunter. Viele hochherzige Männer, die verstanden, für die Kommune zu sterben, wenige mit festem Willen und dem praktischen Verstand des Organisatoren.

Unter dieser Leitung musste die Kommuneherrschaft eine Kette verpasster Gelegenheiten werden. Zu spät wurde erkannt, dass ein Kampf auf Leben und Tod mit den Versaillern bevorstand. Eingeschworen auf die Lehre von dem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Gemeinden, versäumte man die Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte im Lande. Die grossen Städte, die dem Beispiele von Paris gefolgt waren, überliess man ihrem Schicksal, das sich bald erfüllte. Eingelullt in Illusionen und humanitären Faseleien, vergass man das erste Gesetz der Revolution, die Offensive gegen den Feind. Kompetenzstreitigkeiten im Innern verhinderten die Bildung einer straffen Zentralgewalt. Wo die Notwendigkeit grosszügiger Massregeln erkannt wurde, blieb es bei Versprechungen, bestenfalls bei Plänen. Missgriffe bei Besetzung wichtiger Posten, namentlich der militärischen, richteten Unheil an, das selbst durch energische, sachverständige Männer nicht wieder gutgemacht werden konnte. So wurde die Kommune zu einem einzigen Todeskrampf.

Gross sind die Schwächen, die Unfähigkeiten in der Leitung der Kommune, grösser aber, erhaben die Hingebung, der Opferwille, der Heroismus des Pariser Proletariats. Kein Misserfolg, keine Niederlage vermag seinen Mut zu lähmen. Unter dem Eisenhagel der Versailler hält es aus in den Forts, bis sie zusammengeschossen sind, ohne Schlaf, ohne Nahrung, bis die Munition ausgeht. Es verteidigt jede Barrikade; bis sie zusammengeschossen, jeden Fussbreit seines Bodens und verröchelt zu Tausenden unter den Kugeln von Gallifets Mörderbanden, auf den Lippen den trotzigen Ruf: Es lebe die Kommune! Dieser Namenlosen Grösse verkörpert ihr Bester, der alte Revolutionär Delescluze. Dreissigjährige Gefängnishaft hat seinen Körper zerfressen. Seine schwindenden Kräfte verschleisst er im Dienste der Kommune, aufrecht gehalten nur durch einen eisernen Willen. Und als alles verloren ist, schleppt es sich wortlos zur Barrikade, erklimmt sie, steht droben, aufrecht, gross, herausfordernd und stürzt, zu Tode getroffen, herab.

II.

„Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats." So urteilt Engels in seiner Vorrede zum „Bürgerkrieg". Er hat recht. Aber er hätte hinzufügen sollen: Eine verfrühte Diktatur. Es war die Diktatur eines Proletariats, das zum ersten Male selbständig auftrat, nicht mehr bevormundet von der Bourgeoisie, der es die Kastanien aus dem Feuer holt, um dann von ihr niedergetreten zu werden, wenn es seinen Anteil am Siegespreis fordert. Zum ersten Male verfocht es seine eigenen Interessen, aber es war sich weder über seine Ziele noch über die Mittel klar. Kleinbürgerliche Ideen stritten mit seinem gesunden Instinkt. Wohl

hatte es von 1789, 1830, 1848 her eine revolutionäre Tradition, die sich von Generation zu Generation fortgepflanzt und stets erneuert und gekräftigt hatte. Jenes revolutionäre Feuer im Charakter dieser Klasse, das im deutschen Proletariat durch schwere Kämpfe entzündet werden musste, war dort nie erloschen. Aber mit dieser Tradition schleppte es auch einen Ballast verwelkter Erinnerungen mit sich, an deren Wiederbelebung es Zeit und Kraft verschwendete, um darüber das Nächstliegende zu übersehen.

Ein Teil der Schwächen der Kommune erklärt sich daraus und aus der Tatsache, dass sie kein Vorbild einer proletarischen Herrschaft hatte. Ihr schlimmstes Missgeschick war, dass die Arbeiterklasse keine Partei hatte. Achtzehn Jahre Kaiserreich bedeuteten die fast vollkommene Unterdrückung der Arbeiterorganisationen. Wohl hatte die Internationale auch in Paris ihre Sektionen. Aber sie hatten keine Wirkung auf die Massen und keine klare Auffassung vom Klassenkampf. Blanquisten und Proudhonisten stritten über die Unfehlbarkeit ihrer Rezepte. An die Massen kam nur der Schall ihrer Namen heran. So wurde es möglich, dass die Kommunewahlen vorgenommen wurden ohne den Kampf um ein Programm, das will sagen, ohne die Selbstverständigung der Arbeiterklasse und der zur Leitung Berufenen über die Aufgaben der Stunde. Man wählte Personen, keine Prinzipien.

Die Partei fehlte, die selbst in der Minderheit durch ihren organisierten Willen der Politik der Kommune Schwergewicht, Richtung und Stetigkeit hätte geben können. Die Partei hätte die gestaltlose Masse des Proletariats kristallisieren können. Sie allein konnte den Verwaltungsapparat zu einer Einheit verschmelzen, indem sie ihn durch die eigene organisatorische Einheit durchtränkte. Sie hätte die verschiedenartigsten Talente aus der Masse herausholen und zweckentsprechend verwenden können. Sie konnte leichter ausmerzen, was sich nicht bewährte. Viel fruchtbarer als die Zeitungen, die das Sprachrohr einzelner Schriftsteller und oft verwirrender Ideen waren, konnte die Partei durch ihre Parolen auf die Massen einwirken. Und was konnte an Kräften mobilisiert und konzentriert werden durch ihr Beispiel und ihre einheitliche Aktion!

Bis zu einem gewissen Grade hätte die militärische Organisation der Nationalgarde mit ihrer Spitze im Zentralkomitee die Partei ersetzen können. Aber dessen hatte sich das Zentralkomitee begeben, als es seine Macht an die Kommune abtrat. Als es dennoch später in die politische und militärische Leitung eingriff, machte es den Fehler nicht etwa wieder gut, sondern es stellte sich neben die Institutionen der Kommune als unabhängige, unverantwortliche Zentralgewalt, die Verwirrung noch vermehrend. Eine Partei dagegen hätte die verschiedenen Institutionen der Kommune durchdrungen, um über kurz oder lang die Diktatur auszuüben. Wie gewaltig musste das Resultat sein, wenn die gigantischen Kraftentladungen des Pariser Proletariats zielbewusst benutzt worden wären! Petersburg hat es wiederholt bewiesen.

Dennoch ist es klar, dass die Kommune nicht siegen konnte. In der Unmöglichkeit ihres Sieges liegt gerade die Erklärung für

ihre Mängel, ihr Tasten, ihre Halbheiten, ihre Fehler. Die Bourgeoisie war durch die Kriegskatastrophe nur erschüttert, aber noch überaus lebens- und entwicklungsfähig, das Proletariat dagegen viel zu unentwickelt und schwach. Die Proletarierherrschaft in einer einzelnen Stadt kann sich nicht halten, sie muss untergehen. Und um so blutiger muss ihr Ende sein, je kräftiger ihr Lebenswille ist und je sicherer die rachedurstige Bourgeoisie ihrer Macht.

War es dann nicht vernünftiger, dieses verhängnisvolle Experiment zu vermeiden? Nun, über das Ende waren sich die Pariser Arbeiter durchaus nicht klar. Wenige nur sahen es voraus oder ahnten es, und diese Wenigen stemmten sich den Ereignissen nicht entgegen, sie stellten vielmehr in den Kämpfen ihren Mann. Sind sie darob zu tadeln? In den Fällen Ungarn und München, den Wiederholungen der Pariser Kommune, haben kluge Politiker diesen Tadel ausgesprochen. Sie haben erklärt, weil die Niederlage vorauszusehen war, durfte die Macht nicht übernommen werden. Diese wohlfeile Vernunft entspringt einem trockenen Gehirn. Es gibt einen unwiderstehlichen Zwang in der Geschichte. Wo eine Kraft ist, muss sie sich auswirken. Wo die tatsächliche Macht, und sei sie noch so vorübergehend, muss sie sich politisch manifestieren und sich im Kampfe erproben.

Die Pariser Arbeiterklasse hatte tatsächliche Macht. Sie war als Klasse bewaffnet und Thiers hatte weder eine Armee, noch Kanonen, noch grosse Städte. Sie sah sich in ihren Hoffnungen und Ansprüchen betrogen. Sie sollte um ihre Machtmittel begaunert werden. Sie sah eine Junischlacht vor sich und musste deshalb die Niederlage des Mai in Kauf nehmen. Es gab kein Entrinnen, in Paris nicht und nicht in Ungarn und München. Der Politiker aber, der in solcher Situation seiner Partei sagt, du darfst nicht in den Strudel hinein, beweist gerade dadurch, dass er kein Revolutionär ist. Er hat nicht Lenins Lehre begriffen, dass der Revolutionär unter allen Umständen, in noch so verhängnisvoller Situation bei dem Proletariat ist, das kämpft. Und wie unsere Altmeister über solchen Fall dachten, das sagt Engels 1853 in einem Briefe, in dem er mit einer ganz ähnlichen Situation rechnet:

„In der Praxis werden wir immer darauf reduziert sein, vor allem auf resolute Massregeln und absolute Rücksichtslosigkeit zu drängen. Und da liegt das Pech. Mir ahnt so was, als ob unsere Partei, dank der Ratlosigkeit und Schlaffheit aller anderen, eines schönen Tages an die Regierung forciert wird, um schliesslich doch die Sachen durchzuführen, die nicht in unserem, sondern im allgemeinen revolutionären und spezifisch kleinbürgerlichen Interesse sind; bei welcher Gelegenheit man dann, durch den proletarischen Populus getrieben, durch seine eigenen mehr oder weniger falsch gedeuteten, mehr oder weniger leidenschaftlich im Todeskampf vorangedrängten gedruckten Aussprüche und Pläne gebunden, genötigt wird, kommunistische Experimente und Sprünge zu machen, von denen man selbst am besten weiss, wie unzeitig sie sind. Dabei verliert man den Kopf, hoffentlich nur physisch und nicht auch psychisch, eine Reaktion tritt ein und bis die Welt imstande ist, ein historisches Urteil über so was

zu fällen, gilt man nicht nur für eine Bestie, was Wurst wäre, sondern auch für bête, und das ist viel schlimmer."

So urteilte 20 Jahre vor der Kommune und 70 Jahre vor der Weltrevolution Engels, der selbst in seinen Spekulationen sich die historischen Situationen nur lebenswarm und pulsierend vorstellen konnte und der dafür hielt, dass St. Justs Wort auf jede revolutionäre Situation passe:

„Wir müssen wagen! Dieses Wort enthält die ganze Politik dieser Stunde!"

Die Bildung der einheitlichen proletarischen Kampffront.

Von Paul Bremer.

II. (Schluss.)

Die erste Mobilisierung der Kommunistischen Kräfte erfolgte in Deutschland natürlich unter der Losung der proletarischen Diktatur, der Räte-Herrschaft. Es ist klar, dass zuerst das für die ganze Epoche richtunggebende Ziel aufgestellt werden musste, dass sich unter dem Schlachtruf der Räte-Diktatur die reifsten revolutionärsten Elemente des Proletariats von der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Nachläufern trennen mussten. Dies geschah in der Zeit, wo die Herrschaft der Bourgeoisie äusserlich zusammengebrochen war, wo sie alle Herrschaftsmittel aus der Hand gegeben hatte, wo die Arbeiter-Räte die einzigen Regierungsorgane waren. Es schien, es gälte die Arbeitermassen nur zu lehren, wie sie ihre Macht auszunützen hätten, als sei es möglich, durch Agitation und Propaganda aus der Periode des Schein-Räte-Systems heraus zur wirklichen Räte-Herrschaft zu gelangen. Als aber die Bourgeoisie mit Hilfe der abhängigen und unabhängigen Sozialdemokratie ihre Herrschaft restaurierte, die Nationalversammlung einberief, die Arbeiter- und Soldaten-Räte zum Teufel jagte, da stand die Kommunistische Partei vor der Frage: Wie kämpft sie weiter? Es war klar, dass die grosse Mehrheit der Arbeiterklasse Deutschlands sich die Diktatur noch nicht zum Ziele gesetzt hatte, dass sie sogar Gegnerin der proletarischen Rätemacht war. Sollte nun die Kommunistische Partei mit ihrem Kampfe solange warten, bis ihre Agitation und Propaganda, bis die Erfahrung die Massen zum Räte-Diktatur-Gedanken heranreifen liess, sollte sie als geringe Minderheit versuchen, die Diktatur durch Aufstände zu erobern, oder gab es noch ein Drittes: das Anknüpfen an die Teilbewegungen des Proletariats, die sich gegen seine einzelnen Leiden wenden, die aber in unserer Epoche zu scharfen Kämpfen führen, in denen die Massen um so schneller zum Kommunismus heranreifen, je mehr

wir in diesen Kämpfen nicht nur propagierend und agitierend, sondern leitend teilnehmen? In der Kommunistischen Partei gab es in dieser Frage drei Richtungen, die nicht immer ganz klar auseinander zu halten waren, die jedoch das aufmerksame Auge gut erkennen konnte. Es gab eine putschistische Richtung, die es für möglich hielt, durch revolutionäre Aktionen kleinerer Gruppen der Arbeiter zur Macht zu gelangen. Neben dieser putschistischen Richtung gab es eine proudhonistische, die einerseits durch Propaganda und Agitation, andererseits durch den stillen Aufbau von revolutionären Betriebsräten usw. die Zeit abwarten wollte, bis die Massen reif seien für den Kampf um den Kommunismus. Je nach der Situation nahmen oft in derselben Gruppe der Arbeiter die eine oder die andere Auffassung Oberhand, wobei den beiden der Gedanke gemeinsam war, alle Kämpfe um Teilforderungen seien Reformismus. Sie befestigten im Proletariat die Illusion, als ob es ohne die Räte-Diktatur auf dem Boden des Kapitalismus sich menschlich einrichten könnte. Diese beiden Richtungen flossen schliesslich zusammen zur K. A. P. D., deren Grundauffassungen — die in der Broschüre von Anton Pannekoek: „Weltrevolution und Kommunistische Taktik" und im „Offenen Briefe Gorters an Lenin" dargelegt werden — darin bestehen, auf die grossen revolutionären Kämpfe zu warten, wobei die Wartezeit mit Agitation, Propaganda und Organisation der revolutionären Minderheit zum zukünftigen Kampfe um die Diktatur ausgefüllt wird. Es ist zu charakteristisch, wie Anton Pannekoek in seiner Broschüre die Aufgaben der Kommunistischen Partei definiert:

> „Ebensowenig wie von einer kleinen radikalen Partei, kann eine Revolution von einer grossen Massenpartei oder einer Koalition verschiedener Parteien gemacht werden. Sie bricht spontan aus den Massen hervor: Aktionen, die von einer Partei beschlossen werden, können bisweilen den Stoss geben (das geschieht jedoch nur selten), aber die bestimmenden Kräfte liegen anderswo, in den psychischen Faktoren, tief im Unterbewusstsein der Massen und in den grossen weltpolitischen Ereignissen. Die Aufgabe einer revolutionären Partei besteht darin, dass sie im voraus klare Erkenntnisse verbreitet, so dass überall in den Massen die Elemente vorhanden sind, die in solchen Zeiten wissen, was zu tun ist und selbständig die Lage beurteilen können. Und während der Revolution hat die Partei die Programme, Losungen und Direktiven aufzustellen, die die spontan handelnde Masse als richtig erkennt, weil sie darin ihre eigenen Ziele in vollkommenster Gestalt wiederfindet und sich an ihnen zur grösseren Klarheit emporhebt; dadurch wird die Partei die Führerin im Kampfe. Solange die Massen untätig bleiben, mag es scheinen, dass dies erfolglos bleibt; aber innerlich wirkt das klare Prinzip auch bei vielen, die zuerst fern bleiben, und in der Revolution zeigt sich seine aktive Kraft, ihr eine feste Richtung zu geben." (Seite 9 und 10 der Wiener Ausgabe.)

In seiner ganzen Beschreibung der Arbeit der Kommunistischen Partei fehlt jeder Hinweis auf irgendwelche Aktion und auf die Losungen, unter denen sie sich vollziehen soll. Ebenso in der

Broschüre von Gorter, in der alle Fragen der Taktik untersucht werden, nur nicht die Frage von dem Tun und Handeln der Kommunistischen Partei. Und das, obwohl die beiden Verfasser den Ausgangspunkt der Trennung der K. A. P. D. von unserer Partei die Ueberzeugung von der kurz bevorstehenden Erhebung, von dem unmittelbaren Entscheidungskampf vollkommen fallen gelassen haben, wie Pannekoek ausführt, „die Revolution müsse in Westeuropa ein langsamer und langwieriger Prozess sein". Die K.A.P.D., die diese Auffassung Pannekoeks und Gorters als die ihre verbreitet, in den beiden ihre führenden Theoretiker sieht, muss natürlich in der Praxis diese Theorie des Wartens sehr oft durchbrechen. Pannekoek, der als Astronom von seiner holländischen Sternwarte, isoliert von jeder revolutionären Bewegung, den ewigen Gang der Gestirne beobachtet, und, wenn sein Auge müde wird von dem Starren in die weite Ferne, sein Auge der leidenden und kämpfenden Menschheit zuwendet, kann natürlich das Warten und das Propagieren als die Aufgabe des Kommunismus darstellen. Ist doch diese Theorie nur der Ausdruck seiner „revolutionären" Tätigkeit. Hermann Gorter, ein Mann der klassischen Philologie und der Dichtkunst, der sogar an dem Kampfe der holländischen Arbeiter keinen Anteil nimmt, weil er ihm zu armselig und zu klein gilt, hat seine revolutionäre Pflicht getan, wenn er sich von Zeit zu Zeit von den Musen und von der Natur abwendet und seinen K. A. P. D.-Freunden einen Artikel oder eine Broschüre zusendet, in der seine dichterisch philologische Abgeklärtheit und sein holländisches Phlegma als revolutionäre Theorie aufgetischt wird. Die K. A. P. D.-Leute brauchen irgendwelche artikulierte Theorie. Sie klammern sich an die der holländischen Weltbeobachter. Aber ungeduldige, von Not zerriebene Proletarier, die der K. A. P. D. angehören, sie können nicht warten und sich damit begnügen, die Lehren der holländischen Genossen zu kauen. Sie neigen umgekehrt in alter K. A. P. D.-Weise zum Losstürmen, und wo nur eine Möglichkeit eines Streiks, einer Demonstration bevorsteht, da sind sie dabei, und das ist ihre gute Seite. Wenn man aber streikt, streikt man um die Erhöhung des Lohnes oder um die Verringerung der Arbeitszeit. Wenn man demonstriert, so demonstriert man nicht nur deshalb, um der Bourgeoisie zu zeigen, was man fühlt, sondern um an sie auch gewisse Forderungen zu stellen. Nun, der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der K. A. P. D. ist zu gross, als dass er ihren Führern (die Guten mögen uns diese Beschimpfung verzeihen) nicht bewusst würde. Sie beruhigen ihr revolutionäres Gewissen, das nicht warten will, damit, indem sie erklären: durch die Streiks, durch die Demonstrationen, durch die Zusammenstösse mit den Organen der Staatsmacht drücken sie nur eine Forderung aus: dass die Bourgeoisie der Teufel hole. Und diese Forderung, diese ihre Aktionsparole sei, Gott behüte, nicht an die Bourgeoisie gerichtet — es wäre doch eine Illusion, von der Bourgeoisie ihren Selbstmord zu fordern, und Illusionisten dürfen so bewusste Revolutionäre nicht sein —, sondern sie seien an das Proletariat gerichtet, das der Bourgeoisie das Genick brechen soll.

Das hört sich sehr gut an. Nur hat es einen Haken. Mit den Arbeitern, die sich schon auf den Boden der Räte-Diktatur gestellt

haben, können wir leider die Macht nicht erobern, die Räte-Diktatur nicht aufrichten. Die K. A. P. D. und ihre gepumpten Theoretiker unterstreichen doch immerfort als ihre besondere Einsicht — obwohl sie diese Einsicht uns entlehnt haben —, dass in Westeuropa das Proletariat viel schwerere Kämpfe um die Macht zu führen haben wird, als es in Russland der Fall war. Wenn dem aber so ist, so ist es klar, dass wir die entscheidenden Massen des Proletariats gewinnen müssen, bevor wir in entscheidende Kämpfe treten. Wenn diese Massen aber nicht in ihrer Mehrheit auf unserer Seite stehen, wenn wir sie zum Kampfe erst mobilisieren müssen, so müssen wir sie doch zu mobilisieren versuchen unter Losungen, die für sie verständlich sind. Es ist klar, dass die Arbeiter uns nicht in den Kampf folgen, wenn wir ihnen sagen: stellt solche Forderungen, dass die Bourgeoisie kaput gehen muss: kommt mit uns, wir schlagen alles klein. Das ist amüsanter, temperamentvoller, aber die Frage: wie sammeln wir die Arbeiterklasse zum revolutionären Kampf? wird auf diese Weise nicht gelöst.

Aus diesem Grunde musste die V. K. P. D. erkennen, dass die Mobilisierung des Proletariats darin bestehen muss, immer wieder mit voller Energie zu versuchen, die Arbeitermasse in den Kampf zu führen für die nächstliegenden Lebensinteressen dieser Masse, den Interessen, die sie vereinigen und nicht trennen. Denn nur diese Aktion kann den Boden abgeben, auf dem die Arbeitermasse durch ihre Erfahrungen kommunistisch wird, den Boden vorbereiten, auf dem die sich verschärfenden, vertiefenden und verallgemeinernden Kämpfe zum Kampfe um die Macht, um die Diktatur auswachsen. Dieses Problem stand vor der V. K. P. D. seit dem Frühjahr des Jahres 1919. Auf dem Heidelberger Parteitag hat sie dieses Problem gelöst, indem sie erklärte: es gäbe keinen revolutionären Kampf ausserhalb des Klassenkampfes des Proletariats und ausserhalb seiner grossen Massenorganisationen. Jetzt gilt es nur, noch schärfer als es bisher geschah, die Wesensart der Losungen zu beleuchten, unter denen wir den Kampf führen, sich noch schärfer abzugrenzen vom Reformismus der U. S. P. D. und der Gedankenlosigkeit der K. A. P. D. Eben weil wir die Masse im Kampfe vereinigen wollen, um sie zum Kampfe um den Kommunismus zu führen, müssen wir haarscharf unsere eigene Linie verstehen, unsere taktische Methode, die Methode des kommunistischen Kampfes. Nur wenn wir uns in dem gemeinsamen Kampf des Proletariats als der gedanklich reifste und zielbewussteste Teil des Proletariats konstituieren und bewähren, werden wir die Arbeitermasse zum Kommunismus führen.

III.

Prüfen wir die Forderungen, die das Offene Schreiben aufstellt, so erkennen wir Forderungen, die sich auf die Lebensnotwendigkeiten der proletarischen Masse beziehen, die durch die Zersetzung des Kapitalismus mit jedem Tage mehr in ihrer Lebenshaltung degradiert wird. Sie fordern für die Arbeitslosen eine Unterstützung, damit diese nicht verkommen. Sie fordern für die Invaliden, Verwundeten, für alle Rentenbezieher, dass ihre Rentenbezüge

der jetzigen Teuerung angepasst werden. Sie fordern die Abgabe der Lebensmittel an die Arbeiterklasse zu erschwinglichen Preisen. Sie fordern die Requirierung der Wohnungen für die notleidende Masse. Schon die Prüfung dieser Forderungen nach ihrer finanziellen Bedeutung ergibt, dass sie bei dem jetzigen finanziellen Zustande des kapitalistischen Staates hart an die Grenze des Möglichen gelangen. Da aber der Zweck dieser Forderungen keinesfalls darin besteht, die Finanzen des zusammenkrachenden Kapitalismus in Ordnung zu bringen, sondern die Bedürfnisse, die Lebensnotwendigkeiten des Proletariats zu vertreten, sind sie in den Augen der Arbeiterklasse vollkommen berechtigt. Jede von diesen Forderungen entspricht einem unaufschiebbarem Bedürfnis der Arbeitermasse, und sie wird je nach der Lage in den Vordergrund treten. Und je nach dem Drucke der Masse wird die Bourgeoisie sich genötigt sehen, eine oder die andere dieser Forderungen zu befriedigen. Obwohl sie in ihrer Gesamtheit nicht vom kapitalistischen Staate befriedigt werden, ist die Annahme einzelner Forderungen bei entsprechendem Druck des Proletariats keinesfalls von vornherein ausgeschlossen. Aehnlich liegt die Sache mit den Forderungen, die sich auf die Kontrolle der Rohmaterialien, Industrie und Landwirtschaft beziehen. Sie können zum Teil verwirklicht werden, indem das Proletariat sie dem kapitalistischen Staate abpresst, indem es sie durch selbständige Aktionen auf eigene Faust verwirklicht. Ebenso steht es mit der Forderung der Auflösung und Aufhebung der bürgerlichen Selbstschutz-Organisationen. Sie kann verwirklicht werden in günstiger Situation als Resultat des Druckes auf die Regierung: zum Beispiel, wenn das Proletariat ihre Konflikte mit der Entente ausnützt. Sie kann verwirklicht werden im Moment einer revolutionären Aktion durch diese Aktion selbst.

Diese Forderungen, ausgehend von den einfachsten täglichen Bedürfnissen der proletarischen Masse, sind Aktionsforderungen. Das heisst, sie wenden sich gleichzeitig an den in seinen Grundlagen erschütterten kapitalistischen Staat, wie an die Masse selbst, damit sie im Namen ihrer Lebensnotwendigkeiten aufstehe und den höchstmöglichen Druck auf den kapitalistischen Staat ausübe. Wird dieser Druck so wachsen, dass er in einen direkten Kampf mit der Bourgeoisie auswächst, indem die Arbeitermasse selbst zur Verwirklichung ihrer Forderungen schreitet, so werden diese Kämpfe Machtkämpfe im wirklichen Sinne des Wortes. Die Forderungen, die insgesamt ausgeführt, die ersten Schritte der proletarischen Diktatur darstellen, führen dann zum Kampfe um die proletarische Diktatur. Sie sind somit in ihrer Gesamtheit revolutionäre Forderungen, wenn auch jede einzelne von ihnen realisierbar ist. Sie reformieren nicht die kapitalistische Gesellschaft, sondern leiten ihre Ueberwindung ein. Sie sind Aktionsforderungen der noch nicht kommunistischen Masse und werden zu Uebergangsforderungen der kommunistisch werdenden Masse.

Was man als einen Fehler dieser Forderungen ansehen könnte, ist, dass sie Lassalles strategischem Gesetz widersprechen, das die Konzentrierung aller Kräfte der mobilisierenden Arbeiterklasse auf einen ausschlaggebenden Punkt fordert, der zum Hebel der Bewegung gemacht werden muss. Aber was Routiniern als Fehler,

als Mangel an Konzentration erscheint, ist ein Resultat der Aenderung der Lage seit Lassalles Zeiten. Um das Proletariat zu mobilisieren, musste Lassalle für die Arbeiterklasse die Organisationsmöglichkeit erobern. Zu diesem Zwecke musste er das Proletariat zu einem Faktor im politischen Leben machen, indem die Arbeiterklasse das allgemeine Wahlrecht eroberte. Das allgemeine Wahlrecht war das dominierende Interesse in der Situation, in der Lassalle den Deutschen Arbeiterverein bildete. In der späteren Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie änderten sich je nach der Situation die dominierenden Fragen. Es war in den achtziger Jahren die Aufhebung des Sozialistengesetzes. Es war später der Kampf um die Gewerkschaften, der Kampf gegen den Schutzzoll, der Kampf gegen die Rüstungen. Wenn die Arbeiterklasse, je nach der Lage, auf eine dieser Forderungen ihre Bemühungen konzentrierte, konnte sie hoffen, einen Schritt vorwärts zu tun.

Gibt es jetzt ein solches dominierendes Interesse, einen solchen Punkt, wo der Vorstoss und der Sieg einen Schritt vorwärts bedeuten würde? Der zerfallende Kapitalismus verurteilt das Proletariat zu unendlichen Leiden. Wenn es früher möglich war, nicht monate-, sondern jahrelang den Kampf auf eine Frage zu konzentrieren, so ändern sich jetzt die Situationen von Woche zu Woche, von Tag zu Tag. Es ist unmöglich, sich nur auf eine Frage zu konzentrieren. Das Proletariat ist genötigt, immer auf der ganzen Front anzugreifen, und nur von Tag zu Tag drängt sich eine der Fragen mehr in den Vordergrund. Wenn die Unabhängigen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zu einer solchen Hauptfrage machen wollen, so — ganz abgesehen von dem reformistischen Gedanken, es könne eine Sozialisierung geben vor der Eroberung der Macht des Proletariats —, haben wir hier ein Produkt der professoralen Systematik, die vollkommen weltfremd ist. Weil Hilferding als gelahrter Mann weiss, dass die Kohle eins der Hauptelemente der Produktion ist, glaubt er, es werde möglich sein, monate- und vielleicht jahrelang die Arbeiter auf die Kohlenfrage zu konzentrieren, um später vielleicht der Reihe nach die „Sozialisierung" des Eisens oder die Nationalisierung von Grund und Boden in eben solchen Kampagnen zu erobern. Wenn während dieser Zeit die Wohnungsfrage brennend wird, wird man den Arbeitern sagen: zerstreut Eure Kräfte nicht; um Wohnungen zu bauen, muss man erst Kohle und Eisen haben. Also kämpft vorerst um die Sozialisierung der Kohle. Es genügt dies, um die Unmöglichkeit einer solchen Politik zu beweisen.

Nicht eine einzelne Forderung, sondern die Einigkeit der Arbeiterklasse, ihre gemeinsame Aktion, das ist der Hebel der jetzigen Lage, das ist der Punkt von Archimedes, aus dem heraus die Arbeiterklasse den Schritt vorwärts, d. h. den Schritt zur Ueberwindung des Kapitalismus machen kann. Und diese Einigkeit kann nicht herbeigeführt werden, indem man doktrinär eines der Leiden der Arbeiterklasse herausgreift und es zum zentralen Punkt einer Aktion zu machen versucht. Es gilt jetzt, an alle Leiden der Arbeitermasse anzuknüpfen, sie alle zusammen zu benutzen, zur Entfaltung

einer proletarischen Massenaktion. Wenn die Arbeitermasse im Flusse ist, wird sie natürlich versuchen müssen, dem Gegner Machtpositionen abzuringen. Zwei Hauptmachtpositionen sind es, um die sich die Kämpfe konzentrieren werden: die Entwaffnung der Selbstschutz-Organisationen der Bourgeoisie und Bewaffnung des Proletariats, und seine organisatorische Zusammenfassung in Betriebsräte, die die Kontrolle der Produktion ausüben müssen. Es ist möglich, dass die Kämpfe sich so überstürzen, dass wir gar nicht zu diesen Kämpfen im Vorgelände gelangen. Es ist möglich, dass der Zusammenbruch des Kapitalismus viel schneller eintritt, als man jetzt annehmen kann. Aber eins ist sicher: er wird um so schneller, sicherer eintreten, je energischer wir die Arbeitermasse zusammenfassen, um Forderungen, die, wenn sie auch nicht die Formel des Kommunismus enthalten, Kämpfe herbeiführen werden, in denen sich die Masse zusammenfindet und den Willen zum Kommunismus aus sich heraus gebärt.

Die Spaltung in der italienischen sozialistischen Partei.

Von Christo Kabaktschieff. (Sofia.)

Genosse Paul Levi ist unzufrieden mit der in Livorno vorgekommenen Spaltung der italienischen sozialistischen Partei. Er beschuldigt unsere italienischen kommunistischen Genossen und die Vertreter der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Livorno, mit ihrer Unversöhnlichkeit Serrati und seiner Gruppe gegenüber einen grossen taktischen Fehler gemacht zu haben. Sie hätten, meint er, mit mehr „Geschicklichkeit und Takt", wenn nicht die ganze Gruppe Serratis so wenigstens den linken Flügel derselben auf unsere Seite ziehen können.

Zum ersten Mal kam es in der Geschichte der Italienischen Sozialistischen Partei zu grossen und prinzipiellen Auseinandersetzungen. Mit grosser Deutlichkeit traten die beiden gegensätzlichen Auffassungen hervor — die der Kommunisten und die der Opportunisten, die sich seit langem in der Partei bekämpfen. Die Erfahrungen der Partei, besonders der letzten zwei Jahre, alle Tatsachen und Argumente für und gegen die revolutionäre kommunistische Taktik wurden klargestellt und warfen reichliches Licht auf die Unversöhnlichkeit dieser Taktik mit der Taktik der Reformisten und Zentristen. Eben die Debatten in Livorno bestätigten den von den italienischen Kommunisten und den Vertretern der Exekutive vertretenen Standpunkt und bewiesen die Unvermeidlichkeit der Spaltung. Genosse Levi aber erwähnt nichts von der Arbeit des Kongresses in Livorno, er kritisiert den Standpunkt der Vertreter der Exekutive, ohne ihre Erklärungen und Haltung in Livorno mitzuteilen.

Genosse Paul Levi hat schon in seinem ersten Artikel („Rote Fahne" vom 23. 1. 21) erklärt, die Ausschliessung der Reformisten **muss sofort,** unmittelbar und in der Form eines offenen Bruches, **nicht in** der Form der stillen Eliminierung erfolgen, damit eben durch die schroffe Form der Eliminierung den Massen die Bedeutung der Spaltung bewusst wird. Aber für einen solchen Ausschluss waren in Livorno nur die kommunistische Gruppe und die Vertreter der Exekutive. Serrati und seine Gruppe widersetzten sich unversöhnlich und unnachgiebig diesem Ausschluss. Das gesteht selbst der Genosse Paul Levi, wenn er in demselben Artikel beifügt, „die Gruppe Serrati meint, der Ausschluss der Reformisten sei noch nicht spruchreif". Wie ist es möglich, diese zwei entgegengesetzten Auffassungen miteinander zu versöhnen, von welchen die eine den Ausschluss der Reformisten sofort, unmittelbar und in der Form eines offenen Bruches fordert, während die andere die Ausschliessung der Reformisten als noch nicht spruchreif hinstellt? Da die Gruppe Serratis nicht nachgab und nicht abging von ihrem Standpunkt, so ist es klar, dass die Versöhnung zwischen diesen beiden Standpunkten nur dann erreicht werden konnte, wenn die Kommunisten von ihrem Standpunkt zurückgetreten wären. Ist der Genosse Paul Levi mit einem solchen Zurücktritt einverstanden, nachdem er erklärt hatte, dass er den Standpunkt der italienischen Kommunisten für den sofortigen Ausschluss der Reformisten aus der Partei annahm? Aus dieser sich widersprechenden Lage kommt er heraus mit der Erklärung: „von bekannter Seite wurde der Anstoss gegeben, eine Resolution zu fassen, welche den Ausschluss der Gruppe Turati durchführt, welche aber in ihrer Form Konzessionen der Gruppe Serrati gegenüber enthält". Jetzt ist klar, wessen der Genosse Paul Levi die kommunistische Fraktion und die Vertreter der Exekutive beschuldigt: des Mangels an Diplomatie, die, ohne im Wesen etwas abzulassen, durch Geschick in den Verhandlungen und Kunst in den Formen die Gruppe Serrati ausspielt und die beiden entgegengesetzten Standpunkte miteinander versöhnt.

Genosse Levi aber war in Livorno. Dort hatte er eine zweistündige Unterredung mit Serrati. Wenn er das Zaubermittel besass, warum hat er es nicht angewandt und warum hat er nicht die Verhandlungen mit Serrati zu einer Verständigung mit ihm gebracht? Nach der Zusammenkunft mit Serrati erklärte Genosse Levi dem Schreiber dieser Zeilen, dass er keine Verständigung mit Serrati erreicht habe. Genosse Paul Levi nahm an der Konferenz teil, welche am 15. Januar abends in Livorno zwischen den Vertretern der Exekutive (den Genossen Kabaktschieff und Racoszi) und den Vertretern der Gruppe Serrati (Serrati selbst, Vella und anderen) stattfand. Der Zweck dieser Konferenz war, eine Verständigung mit der Gruppe Serrati zu erreichen. Diese Konferenz dauerte einige Stunden und endete fruchtlos, **weil Serrati und Vella erklärten, sie könnten sich auf keinen Fall mit dem Ausschluss der Reformisten auf dem Kongress einverstanden erklären. Sie forderten, dem Zentralkomitee der Partei das Recht zu erteilen, die Reformisten in Zukunft auszuschliessen, und zwar heute den einen, morgen den anderen, dann, wenn sie die Partei kompromittieren würden.** Das war die von der Gruppe Serrati auf dem Kongress

vorgeschlagene Resolution. Genosse Paul Levi nahm das Wort, aber er schlug keine neue Formel vor, sondern erklärte sich ausdrücklich und vollständig mit unseren Deklarationen — mit dem Standpunkt der Exekutive — solidarisch.

Einwendungen gegen unseren Standpunkt machte Genosse Paul Levi vor dem Verfasser dieser Zeilen in der Sitzung des Zentralkomitees der kommunistischen Fraktion, an welcher wir mit ihm zusammen teilnahmen. Auch dort aber machte Genosse Paul Levi keinen konkreten Vorschlag. Er gab weder eine neue Formulierung noch Angaben darüber, durch welche Nachgiebigkeiten die zwei entgegengesetzten Auffassungen versöhnt werden könnten. In dieser Sitzung wurde aber klar, dass Genosse Paul Levi eine von unserer und der italienischen Kommunisten Auffassung abweichende Meinung über die Gruppe Serrati hat, und wenn er konsequent wäre, müsste er nicht der Form, sondern dem Wesen nach neue Vorschläge machen. Diese neuen Vorschläge konnten nur zum Ziele haben, dass wir unsere Forderung auf Ausschluss der Reformisten auf dem Kongress aufgäben und dass die Reformisten weiter in der Partei blieben, wie Serrati es will. Genosse Paul Levi hatte nicht den Mut, seinen eigenen Gedanken zum logischen Schluss zu bringen, er wagt auch heute nicht, das zu tun. Seine Inkonsequenz zeigt sich gerade in der Klage über Mangel an Takt und Geschicklichkeit bei den Verhandlungen und Mangel an der nötigen diplomatischen Tüchtigkeit. Wenn er sie wirklich besass, dann hätte er sie nicht verbergen sollen. Er hätte sie vielmehr offenbaren und anwenden müssen. In Livorno hatte er die beste Gelegenheit dazu. Es ist wahr, dass der Verfasser dieser Zeilen dem Genossen Paul Levi gegenüber darauf bestand, er solle sich dem Standpunkt der Exekutive nicht widersetzen. Das, glaube ich, war nicht nur mein Recht, sondern auch meine Pflicht, um so mehr, als Genosse Paul Levi in unserer gemeinsamen Sitzung kein Argument angeführt hatte, mit welchem er mich und die Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Fraktion vom Gegenteil unserer Auffassung hätte überzeugen können. Konnte aber Genosse Paul Levi einen konkreten Vorschlag machen, so musste er es tun, und er hätte es sicher getan. Warum machte er das nicht?

Und endlich, wenn Genosse Paul Levi in Livorno versäumte, seine rettende Formel mitzuteilen, welche die Reformisten ausschliessen sollte und die Serratisten in der Partei hielt — warum teilt er uns diese heilige und wunderwirkende Formel nicht jetzt mit? Ohne diese Offenbarung erscheinen alle seine Anschuldigungen und die ganze Polemik als nicht stichhaltig und nutzlos.

In Livorno aber suchten auch die Genossen Graziadei und Marabini eine „Formel" für Verständigung mit der Gruppe Serratis. Sie stellten einen kleinen Flügel der kommunistischen Fraktion dar, welcher sich den Zweck gesetzt hatte, eine Verständigung wenn nicht mit der ganzen Gruppe Serratis, so wenigstens mit einem Teil derselben, mit ihrem linken Flügel, zu erzielen. Wir, die Vertreter der Exekutive und die Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Fraktion, hielten einige Konferenzen mit den Genossen Graziadei und Marabini ab. Aber unsere Bemühungen, die viel-

gesuchte Formel zu finden, waren ergebnislos. Selbst die Genossen Graziadei und Marabini haben keine neuen Vorschläge gemacht und konnten keine neue Redigierung der kommunistischen Resolution formulieren. Endlich, besonders nach den Debatten auf dem Kongress, wurde ihnen klar, dass, **da die Gruppe Serrati bis zum Ende unversöhnlich gegen den Ausschluss der Reformisten geblieben war,** eine Verständigung mit dieser unmöglich sei und dass diese Verständigung nicht künstlich durch formelle Konzessionen herbeigeführt werden könne. Dann erklärten die Genossen Graziadei und Marabini auf dem Kongress entschlossen, dass sie für die kommunistische Resolution stimmen werden.

Aber der Kern dieser Frage liegt nicht dort, wo ihn Genosse Paul Levi sucht. Die Verschiedenheit zwischen den italienischen Kommunisten und der Kommunistischen Internationale einerseits und der Gruppe Serratis andererseits beruht nicht in der „Form", sondern in dem „Wesen". Serrati bildete nach dem Moskauer Kongress ein Zentrum in der italienischen sozialistischen Partei, welches die Unterstützung der Prinzipien der Kommunistischen Internationale mit Worten fortsetzt, in der Tat aber immer mehr die Taktik der Reformisten annimmt. Die Erklärung der Haltung Serratis auf dem Kongress in Livorno ruht in dem Bestand und der Taktik dieses Zentrums, welches er führt. Die Gruppe Serratis erlangte die Mehrheit, weil zu ihr der grösste Teil der Parteibürokratie überging, welche stark angewachsen war durch den Zustrom von hunderten Abgeordneten und tausenden Gemeindevertretern sowie auch von der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie. Diese Bürokratie, welche auf dem Kongress in Bologna das revolutionäre Programm benützte, um mehrere Mandate zu erlangen und welche in den Gewerkschaften und in den kooperativen Genossenschaften nicht ihren Opportunismus zu offenbaren wagte, zeigte nach dem Krieg, als die sich zuspitzende Krise die Aufgaben der Revolution stellte, offen ihre Feindseligkeit gegen die Revolution und setzte sich in Widerspruch mit den lebendigsten Interessen des revolutionären Proletariats. Und weil diese opportunistische und reaktionäre Bürokratie nicht den Mut hatte, sich unter das Banner Turatis zu scharen, da die Reformisten schon zu sehr kompromittiert sind und keinen Einfluss auf die Massen geniessen — suchte sie ein anderes Banner und fand es in dem Lager Serratis. Alle halbreformistischen Elemente in der italienischen sozialistischen Partei, welche gegen den Krieg gewesen, aber unfähig waren, von der pazifistischen Position zu dem aktiven revolutionären Kampf überzugehen, kamen zum Zentrum und verstärkten dasselbe.

Wie ist die Tätigkeit Serratis und seiner Gruppe nach dem Moskauer Kongress? Das habe ich in meiner Rede, gehalten auf dem Kongress in Livorno, und in meinen Artikeln, welche schon in der deutschen Presse erschienen sind, erklärt. Deswegen werde ich mich hier sehr kurz fassen und nur auf einige Erklärungen, welche Serrati und seine Leute in seiner Antwort an Lenin gab, hinweisen. (Gedruckt im Mailänder „Avanti" vom 16. 12. 20.) Unter anderem erklärte er, dass er mit Lenin und den italienischen

Kommunisten in der Auffassung des geschichtlichen Augenblickes, zu dem Italien gekommen sei, nicht übereinstimmt, dass in Italien, abgesehen von der Episode in Ancona, es noch zu keinem wirklichen Aufstand gekommen sei. Ferner erklärt er: die Besetzung der Fabriken sei keine revolutionäre Bewegung, sondern nur eine grosse ganz friedliche gewerkschaftliche Aktion gewesen. Er weist ferner darauf hin, dass die Bewegung der Kleinbauern zur Besetzung der Güter einen durchaus friedlichen Charakter getragen habe, und dass es sich auch in diesem Fall nicht um einen wirklichen Aufstand handelte. Und fügt hinzu: „Es gab dabei freilich leider einzelne Erschiessungen". In derselben Antwort an Lenin erklärt Serrati: „Und dann denke ich, sind wohl die Leute sehr selten, die mit Ihnen übereinstimmen bezüglich der Hilfe, die der italienischen Revolution nicht allein aus Mitteleuropa, sondern auch aus Russland, Frankreich und den Vereinigten Staaten kommen könnte und in welchen Ländern die Revolution auf Ihren Befehl sich beschleunigen müsste."

Was ist der Sinn dieser Erklärung Serratis? Er leugnet den revolutionären Charakter der Kämpfe des Proletariats und der Bauern in Italien während der letzten zwei Jahre. Und er leugnet, dass Italien sich in einer revolutionären Situation befindet. Und er leugnet die revolutionäre Situation für die ganze kapitalistische Welt, er verspottet diejenigen, welche überzeugt von der nahen Revolution sind, und welche die Bedingungen für ihren Sieg vorbereiten. Für Serrati existiert nicht die dauernde revolutionäre Krise, in welcher sich Italien seit zwei Jahren befindet. Für ihn existieren nicht die grossen Massenbewegungen gegen die Teuerung im Jahre 1917 in Turin, im April und September 1920 in ganz Norditalien — Bewegungen, an welchen Millionen von Arbeitern teilnahmen, wo es bis zur Besetzung von tausenden von Betrieben und zur teilweisen Bewaffnung des Proletariats kam. Für ihn existieren keine Erschiessungen von Arbeitern und Zerstörungen von Volkshäusern durch die „Faszisten". Für ihn existiert nicht mehr der jeden Tag in Italien sich entflammende Bürgerkrieg!

Begibt sich Serrati auf diese Weise nicht auf denselben prinzipiellen Boden, auf welchem die Reformisten stehen? Wodurch unterscheiden sich jetzt die Reformisten von den Kommunisten? Nicht vor allem dadurch, weil die ersten behaupten, dass das kapitalistische Regime noch eine lange Periode friedlicher Entwicklung vor sich hat, und die letzteren, dass wir uns in einer revolutionären Periode befinden? Unterstützt nicht Serrati in der Tat die Reformisten, indem er durch seine Agitation die revolutionäre Aktion des Proletariats und der Bauern hemmt und bestrebt ist, die Aktion in das friedliche Fahrwasser der Reformisten zu steuern, sie in einen gewerkschaftlichen Kampf umzuwandeln und sie so vollständig den Händen D'Aragonas und Turatis zu überlassen.

Hier, Genosse Levi, ist „das Wesen" der Frage. Serrati bildete ein Zentrum in der italienischen sozialistischen Partei, und dieses Zentrum **will sich nicht von den Reformisten trennen, weil es sich in der Tat auf deren theoretische und praktische Positionen stellte, und weil die in diesem Zentrum herrschende Partei- und Gewerkschaftsbürokratie genau so reaktionär und feindlich der Revolution gegenübersteht wie die Reformisten selbst.**

Das trat am klarsten hervor bei den Debatten auf dem Kongress. Serrati versuchte, die grossen prinzipiellen Verschiedenheiten in einer polemischen Rede, in welcher er sich nur mit Nebensächlichkeiten beschäftigte, zu verschleiern. Er hatte es auch gar nicht nötig, eine prinzipielle und programmatische Rede zu halten, weil Turati an seiner Stelle sie schon gehalten hatte. Turati wiederholte alle Argumente Kautskys gegen die Kommunistische Partei, er erklärte, dass der Reformismus der einzige wahre und folgerichtige Marxismus ist, dass die russische proletarische Revolution und die Sowjetmacht anarchistische Experimente wären, welchen des westeuropäische Proletariat nicht folgen werde usw. Und nicht nur der rechte Flügel, sondern auch das Zentrum applaudierten Turati. Der rechte Flügel und das Zentrum manifestierten während der ganzen Debatten überhaupt ihre Uebereinstimmung. Bezeichnend ist, dass diese ins Auge springende Tatsache keinen Eindruck auf den Genossen Paul Levi gemacht hat.

Es ist wahr, dass ein grosser Teil Arbeiter sich unter dem Einfluss dieses Zentrums befindet. Ein Teil unter ihnen geht mit dem Zentrum, weil es den Zentristen gelungen ist, sich bis jetzt als Verteidiger der Kommunistischen Internationale hinzustellen, und weil sie sehr geschickt mit der Einheit der Partei spekulierten. Der andere Teil der Arbeiter, welche mit dem Zentrum gehen — eine Minderheit — ist von den pazifistischen und reformistischen Illusionen durchdrungen, sie sind Gefangene der opportunistischen Fäulnis in der Partei. Aber die sich zuspitzenden revolutionären Kämpfe in Italien, die Ereignisse im April und September vorigen Jahres, die Haltung der Reformisten und Zentristen diesen Ereignissen gegenüber, und endlich die Klärung, welche die grossen Debatten auf dem Kongress in Livorno über die prinzipiellen und taktischen Verschiedenheiten zwischen den Reformisten und Zentristen einerseits und den Kommunisten andererseits verbreiteten — das alles schuf eine starke Strömung vom Zentrum nach links. Die Spaltung der Gruppe Serratis, oder besser gesagt, die Befreiung der Arbeitermassen, die hinter dem Zentrum standen, von dem Einfluss der Zentristenführer und ihre Vereinigung mit der italienischen Kommunistischen Partei wird nicht durch „Formeln", die, um annehmbar zu sein, die Gegensätze verschleiern und die Verwirrungen unter den Arbeitern unterstützen sollen, sondern durch Kampf gegen die reformistische und halbreformistische Ideologie und Politik Serratis und Genossen erreicht.

Die Zentristen verbrauchten in Livorno ihren letzen Vorwand: die Einheit. Im Namen der „Einheit der Partei" trennten sie sich von 58 000 Kommunisten, um die Einheit mit 14 000 Reformisten zu bewahren. Jetzt, denken wir, ist für alle klar geworden, dass die Frage für den Ausschluss der Reformisten aus der Partei nicht eine formelle Frage war, sondern eine Frage von grosser politischer und taktischer Bedeutung. Die verschiedenen Standpunkte zwischen den Kommunisten und Zentristen über diese Frage waren nicht eine Frage nur des Datums, der Zeit des Ausschlusses — wie das der Genosse Levi fälschlich annimmt —, sondern eine Frage des Ausschlusses selbst. Das Verbleiben der Zentristen zusammen mit den Reformisten in der Partei bewies dies glänzend, und der Vorschlag

für den Ausschluss der Reformisten war der Prüfstein, an welchem, bei der geschaffenen Lage in der italienischen sozialistischen Partei, die in ihr kämpfenden Strömungen zu prüfen waren, wo die Wege der entgegengesetzten und unvereinbaren Strömungen auseinandergingen. Die Spaltung der Kommunisten und die Schaffung der italienischen Kommunistischen Partei war in dieser Lage nicht nur der einzige unvermeidliche Ausweg für die italienischen Genossen, sondern auch ein Akt von grosser historischer Bedeutung. Denn nur die sofortige Schaffung einer Kommunistischen Partei, die einheitlich geschlossen, diszipliniert und zentralisiert, mit einem klaren Bewusstsein für ihre revolutionären Aufgaben und mit voller Entschlossenheit für die Vorbereitung der proletarischen Revolution und der proletarischen Diktatur arbeitet, wird das italienische Proletariat retten und den Sieg der proletarischen Revolution in Italien sichern.

Das Problem des „Lumpenproletariats".

Von Carl Stucke.

Der Genosse Levi hat in der „Internationale" Nr. 26 eine Frage angeschnitten, deren grundsätzliche Klärung für die Einstellung der Taktik der neuen Partei von entscheidender Wichtigkeit ist. Mit der Aufwerfung des Problems der Rolle des Lumpenproletariats in der deutschen Revolution schiebt sich zugleich in den Vordergrund der Erörterungen, die Debatte über den Charakter der Revolution, über die Ziele und Methoden des Kampfes. So stehen wir bei der Aufwerfung des angeschnittenen Problems im Brennpunkt der die revolutionäre Entwicklung beherrschenden Fragen überhaupt.

Das Problem des Lumpenproletariats wird vom Genossen Levi in einer Form zur Debatte gestellt, die weder eine klare Abgrenzung des Begriffes, noch eine Umschreibung der aktiv in die Erscheinung getretenen Aeusserungen der Bewegungen des Lumpenproletariats während der hinter uns liegenden zwei Jahre revolutionärer Entwicklung gibt. Und indem hier weder darstellend noch analysierend zu diesem für die Revolution und im besonderen für die Kommunistische Partei äusserst wichtigen Problem Stellung genommen wird, fehlt es an der Hauptsache: die aufgeworfene Frage klar und eindeutig zu beantworten. Dass diese Frage überhaupt aufgeworfen wurde, ist unzweifelhaft ein Verdienst, weil die vor uns liegenden neuen Aufgaben der Partei eine klare und sichere Einstellung zu allen Kräften im eigenen als auch im Lager des Gegners erfordern. Dass Genosse Levi aber zu dem von ihm aufgeworfenen Problem nicht klar Stellung nimmt, ist um so bedauerlicher, weil die Problemstellung in einer Form geschieht, deren Ausdeutung die verschiedensten Möglichkeiten bietet.

Am klarsten und im historischen Zusammenhang stehend wurde der Begriff des Lumpenproletariats von Marx im 18. Brumaire gegeben. „Das Kommunistische Manifest" beschränkt sich auf die Feststellung, dass „das Lumpenproletariat die passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft darstellt und auf Grund seiner Lebenslage sich bereitwilliger zu reaktionären Umtrieben erkaufen lasse". Im 18. Brumaire zeigt Marx an Hand der Ereignisse der französischen Revolution von 1848, welche Rolle und Bedeutung das Lumpenproletariat in der Revolution gewinnen kann.

Wollen wir heute zu dem Problem Stellung nehmen, so gilt es, die Ereignisse der letzten zwei Jahre zu untersuchen, inwieweit und in welcher Rolle das Lumpenproletariat ein mitwirkender oder gar massgebender Faktor gewesen ist. Wenn es in dem Aufsatz Seite 43 der „Internationale" heisst: „Wie in jeder Revolution und zumal in einer Revolution, die sich anschloss an einen Krieg, der eine völlige Verwilderung grosser Volksteile und eine Demoralisierung weiter Schichten herbeigeführt hatte, trat ein besonderer Faktor in die Revolution ein: das Lumpenproletariat. Wir sehen in ihm durchaus nicht eine Absplitterung des Proletariats. Im Gegenteil: das Lumpenproletariat, das der Weltkrieg hervorgebracht hat, entstammt vielmehr bourgeoisen und halbbourgeoisen Klassen. Die waren während des Krieges innerlich noch viel mehr zersetzt worden als das Proletariat, und das ganze Geschmeiss von Schiebern und Betrügern, Spitzeln und Banditen, das die Revolution von 1918 mit an die Oberfläche brachte, stammt mehr aus der Bourgeoisie als aus dem Proletariat", so haben wir hier allerdings den sehr schwachen Versuch, den Begriff des Lumpenproletariats zu formulieren. Aber an einem fehlt es, und das ist die scharfe Trennung des Lumpenproletariats von den durch die wirtschaftlichen Folgen des Krieges proletarisierten Schichten der Kleinbourgeoisie, des Bauern- und Beamtentums, bei denen sich bei ihrem Herabsinken ins Proletariat zum Teil **lumpenproletarische Tendenzen** durchsetzen. Indem hier die scharfe Scheidung fehlt, wird die Levische Umgrenzung hinfällig. Und diese Umgrenzung wird auch nicht dadurch gegeben, dass der Genosse Levi im folgenden sagt: „Aber, und das ist das Bedenkliche, vielfach hefteten sie sich an den Namen von Spartakus. Nicht als ob Spartakus jemals in irgendeiner Verbindung mit jenen Elementen gestanden hätte — jene Elemente bemächtigten sich des Namens Spartakus und identifizierten so vor weiten Kreisen, auch des Proletariats, ihre Räubereien und Schurkenstreiche mit der Politik des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei".

Gehen wir kritisch die Bewegung der letzten zwei Jahre deutscher Revolution durch und sehen wir, wo die vom Genossen Levi gegebene Darstellung, dass das Lumpenproletariat die Aktionen beeinflusst oder eigene „Aktionen" unter dem Deckmantel der K. P. D. inszeniert hat, zutrifft; und zwar so zutrifft, dass das Vorgehen lumpenproletarischer Schichten an der Partei haftet.

Die Januar-, die Märzkämpfe in Berlin, die Niederschlagung Bremens und des Ruhrgebiets, die Münchener Bewegung, die Bewegung des Proletariats zur Niederschlagung des Kapp-Putsches

bis in seine Steigerung der Kämpfe im Ruhrgebiet, Thüringen und im Voigtlande, die Bewegung der Eisenbahner zurzeit des russischen Vormarsches tragen rein proletarischen Charakter. Die Putsche in Sangerhausen und Velbert, denen durch die bürgerliche Presse der kommunistische Stempel aufgedrückt wurde, leben heute in der Ideologie des Proletariats als das, was sie sind, als Putsche konterrevolutionärer Abenteurer. Hier schält sich gewiss ein Einschlag lumpenproletarischer Elemente heraus. Die Partei jedoch steht diesen Bewegungen fern, und auch die übrige Arbeiterpresse sieht sich im Laufe der Zeit gezwungen, die Denunziation, diese Bewegungen der K. P. D. anzuhängen, fallen zu lassen.

Aber eine Bewegung noch dürfen wir nicht vergessen, die sogenannte Kirschenrevolution des Juni-Juli 1920. Das Zentralorgan der Partei, „Die Rote Fahne", hat in jenen Tagen klar und eindeutig Stellung genommen. Sie hat unwidersprochen die Bewegung gewertet als die Verzweiflungstat der proletarisierten Mittelschichten, denen sich die hungernden Arbeitslosen anschlossen. Die Aeusserungen des Genossen Levi lassen heute die Deutung zu, dass er diese Bewegung als unter dem Einfluss des Lumpenproletariats stehend rechnet. Entspricht das der Meinung des Genossen Levi, so wäre die Einstellung der Partei in jenen Tagen eine falsche gewesen, so würde sich weiterhin aus diesen Gedankengängen ergeben eine grundsätzlich andere Einstellung der Partei gegenüber den Schichten, die durch den fortschreitenden Wirtschaftszerfall immer mehr ins Proletariat hinabgestossen werden. Die Worte des Genossen Levi in diesem Sinne zu deuten, gewinnen dadurch mehr an Boden, wenn wir uns auf folgende Aeusserung in demselben Aufsatz stützen: „Wir sagen durchaus nicht, dass eine Kommunistische Partei Bewegungen auch des Lumpenproletariats als nicht existierend betrachten solle, und sagen durchaus nicht, dass das Proletariat unter allen Umständen dazu verpflichtet sei, Bewegungen dieser ganzen Klasse aus eigenen Kräften niederzuschlagen. Aber von einem sind wir allerdings tief überzeugt: jede auch nur moralische Gemeinschaft mit lumpenproletarischen Elementen muss von seiten der Kommunistischen Partei gemieden werden im Interesse des Einflusses dieser Kommunistischen Partei auf die proletarische Klasse selbst."

Ist das Lumpenproletariat nach dem „Kommunistischen Manifest" „die passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft", so heisst das doch nichts anderes, als dass all jene Schichten, die bisher als Beamte des Staates, als Kleinbürger usw. materiell über dem Proletariat standen, durch die Zerrüttung der wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Existenz ins Proletariat und teilweise unter das Lebensniveau desselben hinabgedrückt und in jene Kategorie des Lumpenproletariats gedrängt wurden.

Denn auch das schliesst der Begriff des Lumpenproletariats in sich, das in diese Kategorie *) gerechnet werden müssen diejenigen proletarischen Schichten, die auf Kosten der Gesellschaft eine bevor-

*) Hier, wie es Genosse Levi tut, von „einer ganzen Klasse" zu sprechen, scheint mir sachlich nicht richtig und ausserdem die Lösung des Problems zu erschweren.

zugte Stellung einnehmen. Wie ist da die Lage? Auf Grund ihrer wichtigen Stellung im Produktionsprozess haben unbestreitbar die Kapitalisten den Bergarbeitern Konzessionen gemacht. Erwähnt sei nur die besondere Zuweisung von Lebensmitteln an die Arbeiterschaft des Kohlenbergbaues.

Meint der Genosse Levi jene Schichten? Es scheint nicht so! Auf Grund ihrer wichtigen Stellung im Produktionsprozess sind heute die Arbeiter der sogenannten lebenswichtigen Betriebe, die Elektriker, die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke, in der Lage, auf Kosten der Gesamtheit sich eine Sonderstellung zu erkämpfen. Dass der Genosse Levi diese Schichten meint, scheint unglaubhaft. Die Haltung der Partei im letzten Berliner Elektrikerstreik widerspricht dem.

Eine weitere Schicht, bei der stark die Tendenzen des Lumpenproletariats in die Erscheinung treten, sind die Beamten. Die schlechteste Entlohnung drückte wirtschaftlich jene Schichten unter das Proletariat, während es ihnen politisch alle dem Proletariat zur Verbesserung der Lebenshaltung zustehenden Rechte (das Recht der freien Koalition und das Streikrecht) vorenthielt. So entwickelten sich in den Kriegsjahren im Beamtentum stark lumpenproletarische Tendenzen, die ihren Ausdruck fanden in der stark grassierenden Korruption, und die durch die Revolution des November 1918 geschaffene grössere Bewegungsfreiheit hat das Beamtentum erst heute ideologisch in die Reihen des Proletariats gestellt und beginnt, sie mit den Methoden des proletarischen Klassenkampfes vertraut zu machen, ohne dass indess die lumpenproletarischen Tendenzen bereits ganz überwunden sind. Aber auch hier ist wohl nicht anzunehmen, dass die Kommunistische Partei darum auf die Kampfgemeinschaft mit diesen Schichten verzichten will.

Und auch die Deutung scheint mir nicht zutreffend, dass die Bewegung der Arbeitslosen in die Reihe der Bewegungen lumpenproletarischer Elemente zu rechnen ist. Klar und eindeutig hat der Gründungsparteitag der V. K. P. D. die Sache der Arbeitslosen zu seiner eigenen gemacht, hat sich restlos hinter die Arbeitslosen gestellt.

Bleibt eine weitere Deutung der Ausführungen Levis. Der Kampf einzelner Schichten des Proletariats um Verbesserung ihrer Lebenshaltung kann bei dem heutigen fortschreitenden Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft nur geschehen auf Kosten wirtschaftlich schwächerer Teile. Folgt in der Taktik der Partei daraus: die Einstellung jeder gewerkschaftlichen Teilkämpfe. Auch das aber kann der Genosse Levi nicht meinen; diese Auffassung würde ihn taktisch in die Reihen der K. A. P. stellen.

Der Deutungen sind noch mehr. Uns aber kam es nicht darauf an, Deutungen, sondern Anregungen zur Lösung des Problems zu geben.

So wie das Problem zur Debatte gestellt ist, macht es missverständliche Auffassungen möglich. Meine Aufgabe sollte sein, darauf hinzuweisen. Vielleicht äussert sich nun der Genosse Levi eingehender, um das nachzuholen, was in früheren Stadien der Kommunistischen Partei versäumt worden ist.

Literatur.

R. Bucharin und E. Preobrashenski: „Das ABC des Kommunismus". Erster Band: Entwicklung und Untergang des Kapitalismus. 126 Seiten. Wien 1920. Arbeiterbuchhandlung.

I.

Bis in die neueste Zeit hat es an einem Buch gefehlt, das, ohne platt zu sein, die Arbeiter mit den Hauptproblemen der marxistischen Oekonomie vertraut macht und sie befähigt, an das Studium aller drei Bände des **„Kapitals"** heranzugehen. **Karl Kautskys** bekannte Einführung: **„Karl Marx' ökonomische Lehren"** ist populär geschrieben. Aber sie erkauft diesen Vorzug durch schwere Nachteile. Nicht nur versandet das Buch oft in Flachheiten, die die Eigenart und Schärfe der marxistischen Problemstellungen vollkommen verwischen, die die Besonderheit der dialektischen Forschungs- und Klarstellungsmethode bei **Karl Marx** nicht hervortreten lassen; das Buch Kautskys ist auch um deswillen unzulänglich, weil es sich im wesentlichen nur auf den ersten Band des „Kapitals" bezieht.

So wichtig und grundlegend das Verständnis der Wert- und der Mehrwerttheorie für das marxistische Gedankensystem ist, es erschöpft sich bei weitem nicht in den Problemen des innersten Bandes, der den Produktionsprozess des „Kapitals" darstellt. Je mehr der Kapitalismus gerade in der Auswirkung seiner im ersten Band aufgedeckten Bewegungsgesetze sich entfaltet, je mehr er sich seiner Blüte im Imperialismus genähert hat und sich nun in seiner Endkrise auf frühere Formen zurückbildet: um so mehr sind die Probleme des zweiten und dritten Bandes, die Gesetze der Zirkulation des Kapitals, wie die Gesetze des kapitalistischen Gesamtprozesses, Ausgleichung der Profitrate und Akkumulation, in den Vordergrund getreten. Sie haben sich nicht nur des wissenschaftlichen Interesses bemächtigt, sie sind von lebendigster ökonomischer und politischer Aktualität für das Proletariat geworden. Denn diese im zweiten und dritten Band aufgedeckten Bewegungsgesetze des Kapitals führen uns direkt in den Zusammenstoss der kapitalistischen Staaten im Weltkriege hinein; sie geben dem revolutionären Marxisten, dessen Tatendrang nicht mit theoretischer Erkenntnis befriedigt ist, sondern der, dem Beispiel von Marx und Engels folgend, seine Erkenntnis in revolutionäre Tat umsetzen will, die Richtschnur für das politische Handeln in der proletarischen Revolution.

Für sich allein genommen ist der erste Band, so bedeutend er ist, ein Torso, genau so wie es der erste Teil des „Faust" für sich allein genommen ist. Wie dieser seine volle Bedeutung erst vom zweiten Teile empfängt, den er trägt, so auch der erste Band des „Kapitals" vom zweiten und dritten Band, die das Wertgesetz erst in voller Auswirkung zeigen, und die ihrerseits vom Wertgesetz getragen werden. Und es spricht nichts so sehr für das Genie von Karl Marx, wie eben die Aufdeckung gerade jener Gesetze des kapitalistischen Gesamtprozesses, die uns das Geheimnis der letzten Entfaltung des Kapitalismus im Imperialismus

enthüllen und die ökonomische Notwendigkeit der Aufhebung des Kapitalismus durch den Sozialismus begründen. Umgekehrt spricht nichts so sehr für die trockene Stubengelehrsamkeit Karl Kautskys, wie eben der Umstand, dass er Jahre hindurch es fertig gebracht hat, Auflage um Auflage der Oekonomischen Lehren herauszubringen, ohne überhaupt die stürmische Entfaltung des Kapitalismus, die wirtschaftlichen und politischen Probleme des Imperialismus auch nur zu sehen.

II.

Diese Lücke in der marxistischen Literatur will das „ABC des Kommunismus" von **Bucharin** und **Preobaschensky** nach den eigenen Worten der Verfasser ausfüllen. Das Vorhandensein dieser Lücken musste gerade den russischen Genossen aufstossen, die im täglichen Kampf um den Aufbau des Kommunismus auf den Trümmern der kapitalistischen Wirtschaft das Rüstzeug für ihre Tätigkeit aus der Gedankenwelt von Karl Marx holen, und die für ihre zahlreichen Helfer und Mitarbeiter aus den Massen des russischen Proletariats das Fehlen einer aktuellen politisch und wirtschaftlich zugespitzten Einführung in den Marxismus sicher entbehrt haben. Die Verfasser sagen über diesen praktischen, aus den politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der russischen Revolution selbst sich ergebenden Zweck des Buches:

> „Wir betrachten unser ABC als einen Elementarkurs, der in den Parteischulen durchgenommen werden soll; wir bemühen uns aber so zu schreiben, dass es von jedem Arbeiter und Bauern selbständig gelesen werden kann, der das Programm unserer Partei kennen lernen will."

Von diesem Zweck aus muss das Werk betrachtet werden, nach seiner Methode sowohl wie nach seinem Inhalt. Dass es bei dieser Absteckung seiner Aufgaben von vornherein nicht mit dem Anspruch auftritt, das Studium des „Kapitals" selbst zu ersetzen, ist selbstverständlich.

Anlage und Darstellung des Buches sind dieser seiner Einstellung entsprechend einfach und durchsichtig. Es zerfällt in zwei Hauptteile in zwei Bänden. Der erste Teil behandelt die Entwicklung und den Untergang des Kapitalismus, der zweite Band die Diktatur des Proletariats und den kommunistischen Aufbau.

Der erste Teil, der allein hier besprochen wird, ist von **Bucharin** verfasst. Er zerfällt in eine Einleitung und fünf Kapitel, die sich organisch eines aus dem andern ergeben.

In einer kurzen Einleitung wird ganz elementar, fast fibelmässig, der Begriff und das Wesen der Partei, ihr Zusammenhalt durch ein gemeinsames Programm und der besondere Charakter des kommunistischen Programms als eines wissenschaftlichen entwickelt. Wissenschaftlich ist es deshalb, weil es nicht im Kopfe erdichtet ist, sondern auf den objektiven Vorgängen des ökonomischen Lebens sich aufbaut. Diese, die Bewegungsgesetze des Kapitalismus, hat der Marxismus aufgezeigt. Sie sind deshalb verständlich zu machen, wenn das Programm der Kommunistischen Partei verständlich werden, aus einem toten Buchstaben vom Proletariat lebendig ergriffen und verwirklicht werden soll. So ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, die Lehren von Karl Marx dem Proletariat nahezubringen.

In vier Kapiteln geschieht das. In den ersten beiden Kapiteln schildert Bucharin die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre Entwicklung. Im dritten stellt er ihr den Kommunismus und die Diktatur des Proletariats entgegen, um dann im vierten Kapitel die Vermittlung und Ueber-

windung des Gegensatzes zwischen kapitalistischer und kommunistischer Gesellschaftsordnung durch die Entwicklung der Produktivkräfte im Finanzkapital und Imperialismus darzustellen. Ein fünftes Schlusskapitel erörtert kurz die Zweite und Dritte Internationale.

So durchsichtig, wie der Aufbau, so einfach ist die Darstellung. Von Anfang an wird der Unterschied von Kautsky klar. Von der Erklärung des Wertgesetzes, des Warenaustausches an über die Erscheinungen der Arbeitslosigkeit und Krisen bis zur Schilderung der modernsten Formen des Kapitalismus als Finanzkapital und Trusts, nirgendwo trockene langweilige Gelehrtenarbeit, sondern stets der Hinweis auf das pulsierende wirtschaftliche und politische Leben der Gegenwart und seine Probleme. Das zeigt sich nicht nur äusserlich an den Beispielen, mit denen Bucharin seine Darstellung illustriert. Es zeigt sich auch an der aktuellen Zuspitzung, die er überall den ökonomischen Fragen gibt. So entwickelt er die Funktion des Staates als der Unterdrückungsmaschine der Bourgeoisie, die den Demokratiegläubigen heute noch ein Rätsel, unmittelbar aus der Klassenscheidung der kapitalistischen Ordnung, und er leitet daraus die Aufgabe des Proletariates her, sich als herrschende Klasse zu organisieren, damit er nach Ueberwindung der Bourgeoisie zugleich mit der Aufhebung der Klassengegensätze im Kommunismus absterbe. So entwickelt er aus den Erscheinungen der Konkurrenz die Versuche der Trusts, sie auf dem Inlandsmarkt aufzuheben, damit das Finanzkapital unter der Herrschaft der Banken den Kampf um den Weltmarkt nur noch wirksamer und rücksichtsloser führen kann, die ökonomischen und politischen Zuspitzungen, die zu den Eroberungskriegen in den Kolonien, zum Weltkrieg, zum Aufstand des Proletariates und schliesslich zum kapitalistischen Zusammenbruch geführt haben.

Ueberall widerlegt Bucharin populäre Einwände gegen den Kommunismus und Versuche der Bourgeoisie und ihrer Lakaien zu seiner Abwendung, z. B. wenn er der durch den Stinnesplan modern gewordenen Arbeiter-Kleinaktie mit ein paar Worten den Garaus macht. Er gibt Daten über die zunehmende Proletarisierung der Bevölkerung, über die wachsende Konzentration des Kapitals, einen Abriss der verschiedenen sozialistischen und proletarischen Strömungen, die im Gegensatz zum Kommunismus stehen, vom Anarchismus, dem kleinbürgerlichen Sozialismus, dem bäuerlichen Agrar-Sozialismus bis hinauf zum grosskapitalistischen Trust-„Sozialismus" und dem Staatskapitalismus. Dazu kommt eine Literaturangabe am Schluss jedes der übersichtlich in Paragraphen eingeteilte Kapitel.

So vermitteln die 126 Seiten einen Ueberblick über die Gesamterscheinungen des modernen Kapitalismus. allerdings für den, der sich mit dem Büchlein nicht begnügt, sondern es als das benutzt, was es ist: als eine Einleitung und Anleitung zum Studium von Karl Marx selbst. Bucharins Schrift ist keine Eselsbrücke, sondern — darin besteht ihr pädagogischer Wert — eine Einführung in die marxistische Oekonomie, die eigene grosse Arbeit verlangt und fördern soll.

Das gilt auch für die deutschen Genossen, die das Buch als Leitfaden ihren Kursen zugrunde legen. Sie dürfen sich nicht genügen lassen, einfach Bucharins Sätze wiederzugeben; dazu sind manche Partien des Buches viel zu skizzenhaft und kurz gehalten und müssen es seinem ganzen Zwecke nach sein. Sie dürfen sich auch damit nicht zufrieden geben, die oft aus den russischen Verhältnissen hergenommenen Bei-

spiele ins Deutsche zu übersetzen. Sie müssen die häufig thesenhaft geformten Sätze erläutern, indem sie sich mit der von Bucharin angeführten Literatur vertraut machen und die Schrift ergänzen, wo es die Verhältnisse des deutschen Kapitalismus erfordern.

Ein wichtiger Umstand kommt hier in Betracht: Wir stehen in Deutschland erst noch vor den entscheidenden Kämpfen um die Machtergreifung, während sie in Russland bereits geschlagen sind. Während es also Bucharin für Russland darauf ankommt, die Ideologie der dem Kommunismus noch fernstehenden Schichten ihm zu gewinnen, indem er ihnen die Notwendigkeit dieses Kampfes um die Macht und des Sieges des Proletariates als etwas schon Vergangenes darlegt und daraus die Verpflichtung, am kommunistischen Aufbau mitzuwirken, herleitet, kommt es für Deutschland darauf an, die Masse des Proletariates für die Kämpfe selbst noch zu gewinnen, indem ihm der Untergang des Kapitalismus und der Sieg der Arbeiterklasse als unabwendbar schon nach den Gesetzen des Kapitalismus selbst dargetan wird.

III.

Ein Problem wird dabei in den Vordergrund treten, das bei Bucharin wohl nicht nur aus dem eben angedeuteten Unterschied zwischen der Lage des russischen und deutschen Proletariates, sondern auch deshalb etwas zu kurz kommt, weil es für den russischen Kapitalismus sich nicht mit der Schärfe gestellt hat, wie für den westeuropäischen Imperialismus: **das Problem der Akkumulation des Kapitals** und des daraus sich ergebenden Zerfalls des Kapitalismus in Deutschland.

Bucharin sieht in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise und in der mit ihr verbundenen bis zur Unerträglichkeit sich zuspitzenden Verschärfung der Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat die Hauptursache für die Aufhebung des Kapitalismus und den Sieg des Proletariates. Mit der Feststellung aber, dass die kapitalistische Produktion anarchisch ist, und dass die kapitalistische Gesellschaft eine Klassengesellschaft mit sich verschärfenden Klassengegensätzen ist, ist noch nicht die ökonomische Begründung für den Untergang der kapitalistischen Produktionsweise, für die Beseitigung der Klassengegensätze durch den Sieg der einen der beiden Klassen, das Proletariat, gegeben.

Die **Anarchie** der kapitalistischen Produktionsweise hat in den Jahrzehnten ihres Bestehens verheerende Wirtschaftskrisen verursacht, in denen eben die Produktionsnotwendigkeiten der Gesellschaft durch Produktionsstockungen sich durchsetzten, und die so den anarchisch-arbeitenden Wirtschaftsapparat schlecht und recht aufrecht erhielten. Zur Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaft aber haben die früheren Wirtschaftskrisen trotz des unendlichen für das Proletariat mit ihnen verbundenen Elends nie geführt. Im Gegenteil waren diese Krisen stets die Vorbereitung zur neuen grösseren Entfaltung der kapitalistischen Produktionskräfte.

Die **Klassengegensätze** führen zwar mit ihrer zunehmenden Verschärfung zum Aufstand der unterdrückten Klasse und ihrem Sieg, aber dieser Aufstand und Sieg schliesst noch nicht die **ökonomische** Notwendigkeit der Aufhebung der Klassengegensätze überhaupt durch den Sieg der ausgebeuteten Klasse in sich ein.

Weshalb ist aus ökonomischer Gesetzlichkeit die Weltkrise des Krieges und der Nachkriegszeit die Endkrise des Kapitalismus? Weshalb ist der Aufstand des Proletariates, den die

Endkrise des Kapitalismus hervorruft, und der sie zum Abschluss bringt, der erste Schritt zur Aufhebung der Klassengegensätze überhaupt? So steht die Frage.

Die Antwort darauf geben die Bewegungsgesetze des Kapitalismus, die seine Entfaltung zu immer höheren Formen regieren und die gleichzeitig zeigen, wie diese Gesetze seiner Entfaltung auch die seiner Aufhebung in sich schliessen. Das sind die Gesetze des kapitalistischen Gesamtprozesses, der kapitalistischen Reproduktion, die unter dem Druck der kapitalistischen Konkurrenz nur Reproduktion auf höherer Stufenleiter, Entwicklung zu immer höher organisierten Kapitalien, **Akkumulation**, sein kann, wenn der Kapitalismus überhaupt bestehen soll. Diese Gesetze hat Rosa **Luxemburg**, auf Karl **Marx** weiterbauend, in ihrem für das ökonomische Verständnis des Imperialismus grundlegenden Buch: **‚Die Akkumulation des Kapitals‘** aufgedeckt. Das Werk, das Bucharin in seinem Literaturverzeichnis überhaupt nicht angeführt hat, beweist, dass das nur die Erscheinungsformen des Imperialismus beschreibende „Finanzkapital“ Rudolf **Hilferdings**, an die Grundprobleme des Imperialismus gar nicht rührt. Rosa Luxemburg stellt die kapitalistische Wirtschaftsweise in den Fluss des geschichtlichen Geschehens hinein und zeigt die dialektischen Widersprüche auf, an die der Kapitalismus in seiner Entwicklung und Ausbreitung gebunden ist, und erweist die Notwendigkeit seiner Aufhebung durch den Kommunismus als Bewegungsgesetz des Kapitalismus selbst.

Das Kapital, das Einzelkapital sowohl wie das gesellschaftliche Gesamtkapital, muss, um zu existieren, akkumulieren. Es muss immer grössere Teile des Mehrwertes in neues Kapital verwandeln und zwar in Kapital von höherer organischer Zusammensetzung. Denn nur das grössere und zugleich höher organisierte Kapital kann im kapitalistischen Konkurrenzkampf siegen, weil es billiger produziert und gleichzeitig Extra-Profit einheimst. Die Akkumulation, die zunehmende Verwandlung von Mehrwert in zusätzliches Kapital unter gleichzeitiger Höherorganisierung in der Zusammensetzung des Kapitals, aber ist — das hat Rosa Luxemburg nachgewiesen — an die Existenz nichtkapitalistischer Wirtschaftsformen gebunden. Das Kapital bedarf, um seine Produktivkräfte immer mehr zu steigern, sich in immer höheren Formen zu entfalten, der Rohstoffe der nichtkapitalistischen Wirtschaftsformen, der Arbeitskräfte dieser Wirtschaftsformen wie deren Märkte. Nur auf diesen Märkten kann es den Mehrwert realisieren, wie es nur mit den Rohstoffen und den Arbeitskräften dieser nichtkapitalistischen Wirtschaften den realisierten Mehrwert in neues Kapital verwandeln und auf erweiterter Stufenleiter produzieren kann. Aber das Kapital zerstört durch seine Akkumulation diese seine eigenen Existenzbedingungen, indem es, um zu akkumulieren, die nichtkapitalistischen Wirtschaftsformen in die kapitalistische Produktionsweise verwandelt. So entzieht es sich im Gange seiner gesetzmässigen Entwicklung selbst die Grundlagen seiner Entfaltung und schliesslich seiner ganzen Existenz. Damit ist der Untergang des Kapitalismus in den Bewegungsgesetzen seiner Ausbreitung selbst beschlossen.

Von der Theorie der Akkumulation aus werden erst die charakteristischen Erscheinungsformen des Imperialismus, auf die Bucharin mit Recht hinweist, in ihrer Bedeutung völlig klar: der **Funktionswandel der Schutzzölle**, die aus Mitteln zum Schutze der heimischen Industrie, zum Mittel der Eroberung fremder, nichtkapitalistischer Märkte und Wirtschaftsformen und deren Monopolisierung für die imperialistischen

Staaten geworden sind; die Entwicklung weiter der **Trusts** unter der **Herrschaft der Banken** als Mittel, mit höchstorganisiertem Kapital in der Weltkonkurrenz zu siegen, Extra-Profit zu machen und den Fall der Profitrate aufzuhalten; schliesslich die **Kapital-Ausfuhr** als Mittel, die nichtkapitalistischen Wirtschaftsformen in die kapitalistische Produktionsweise zu verwandeln. Schutzzoll, Trusts und Kapitalausfuhr sind die Erscheinungsformen, unter denen sich die Kapital-Akkumulation nach den von Rosa Luxemburg gezeigten Gesetzen durchsetzt.

So ergibt sich aus dieser Entwicklung des Kapitalismus, die nach seiner eigenen Gesetzmässigkeit zur zunehmenden Verengerung seiner Existenzbedingungen führt, die wachsende Konkurrenz der imperialistischen Grossmächte um den Weltmarkt, die schliesslich, um die Existenz des Kapitalismus zu sichern, zum Weltkrieg führen musste. So erweist sich die augenblickliche Wirtschaftskrise deshalb als die Endkrise des Kapitalismus, weil dem Kapitalismus gerade durch den Weltkrieg, der ihn retten sollte, die Akkumulationsbedingungen durch die Vernichtung von Millionen von Arbeitskräften, durch die Zerstörung einer ungeheuren Masse von Produktionsmitteln wie Rohstoffen und schliesslich durch das Hineinziehen der Kolonialvölker in den Strudel des Krieges und des Kapitalismus endgiltig genommen worden sind.

Diese Endkrise des Kapitalismus, in der er um sein Leben ringt, führt notwendig zur wachsenden Verelendung des Proletariates und zu seiner steigenden Ausbeutung. Der Aufstand des Proletariates ist die unvermeidliche Folge. Er kann nur enden mit dem Siege der unterdrückten Klasse, der zum Kommunismus führen muss. Denn die kapitalistische Wirtschaftsweise hat als erste unter allen Wirtschaftsweisen, die bisher die Menschheitsgeschichte gekannt hat, sich eben unter dem Antrieb der Bewegungsgesetze des kapitalistischen Gesamtprozesses sich der ganzen Welt bemächtigt, den Zersetzungskeim in alle vorkapitalistischen Wirtschaftsweisen hineingetragen. Die Gesetze der Akkumulation, die die Anarchie der Produktion und die Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Klassengegensätze im Weltmaßstab sich ausbreiten lassen, zeigen gleichzeitig, dass Anarchie und Klassengegensätze nicht ewig fortgehen können, dass sie auf eine Schranke stossen, die die Schranke des Kapitalismus selbst ist. So gibt es ökonomisch keine andere Wirtschaftsform mehr, die den Kapitalismus ablösen könnte, ausser dem Kommunismus, wie es hinter dem Proletariat keine neue Klasse mehr gibt, die ausgebeutet werden könnte.

E. Ludwig.

Eingegangene Schriften.

(Besprechung behält sich die Redaktion vor.)

Kommunistische Propaganda Nr. 22. Inhalt: **Sechs Monate U. S. P.-Politik.** — Der Antibolschewismus. Ledebours Mörderzentrale. **Staatsanwalt** und U. S. P. gegen Marx. Flensburg. Die Entwaffnung. Die Munitionstransporte nach Polen. Die U. S. P. als Regierungspartei. Wirtschaftlicher Reformismus. Streik der Elektriker in Berlin. Der offene Brief der V. K. P. D. . . . . Preis 0,40 Mk.

Brandler, **Betriebsräte und politische Arbeiterräte** nebst Anhang: **Leitsätze** über die Aufgaben der Betriebsräte. Organisation der Betriebsräte und Leitsätze für die politischen Arbeiterräte . Preis 1,50 Mk.

Russische Korrespondenz Nr. 19-20. Aus dem Inhalt: Das dritte Jahr des Kampfes der Sowjet-Republik gegen das Weltkapital. Entente und Sowjet-Russland. Bucharin: Das Neue in der russischen Revolution. Drei Jahre Rote Armee. Der Schöpfergeist Sowjet-Russlands usw. Preis 5,— Mk.

Karl Radek, **Theorie und Praxis der 2½ Internationale.** Verlag der Kommunistischen Internationale . . . . . Preis 1,50 Mk.

Waldemar, **Das Problem der Kriegsopfer.** Richtlinien für die Arbeit der kommunistischen Fraktionen. Herausgegeben von der Reichsgewerkschaftszentrale der V. K. P. D. . . . . Preis 1,50 Mk.

Der Kommunistische Gewerkschaftler. Nr. 1—11. Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin, Blücherplatz 2 III. Preis pro Heft 0,40 Mk.

Die rote Gewerkschafts-Internationale. Nr. 1—10. Mitteilungsblatt aller für den Zusammenschluss im Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände wirkenden Arbeiter und Angestellten. Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin, Blücherplatz 2 III . . Preis pro Nummer 0,20 Mk.

Die Kommunistin. Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei (Sektion der Kommunistischen Internationale.) Herausgegeben vom Reichsfrauensekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin. Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin, Blücherplatz 2 III. Preis pro Nummer 0,30 Mk.

Lichtstrahlen. Zeitschrift für Wissenschaftlichen Kommunismus. Nr. 10. Inhalt: Und dennoch nationale Einheitsfront? Kommunistische Demokratie. Das wirtschaftliche Argument im politischen Kampf. Herausgeber: Julian Borchardt . . . . . Preis pro Nummer 1,20 Mk.

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. — Neustädt. Vereinsdruckerei.

Die Internationale

Jahrg. 3 * Erscheint am 1. u. 15. jeden Monats. * Heft 3

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr, 38.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Offensive.

Von Paul Frölich.

I.

Seit Jahresfrist, seit dem Kapp-Putsch ist das deutsche Proletariat zum ersten Male wieder in eine grosse Aktion eingetreten. In Mitteldeutschland setzte sie ein und gedieh bis zu schweren bewaffneten Kämpfen. In Hamburg kam es zu ersten Versuchen, die Werftbetriebe mit Unterstützung der Arbeitslosen zu besetzen. Sie wurden blutig erstickt und der Bewegung an diesem Orte ein vorläufiges Halt geboten. In Berlin herrscht praktisch der Belagerungszustand mit Zeitungsverboten, Besetzung der „Roten Fahne" durch Sipo, Verbot von Demonstrationen, mit Ausnahme derjenigen loyaler Staatsbürger, und Schiesserlassen, schamloser als die Mordbefehle des blutigen Noske. Im Rheinland wird die Sipo teilweise entwaffnet. Der Generalstreik ist proklamiert. Er ist zur Stunde, wo wir dies schreiben, in ständigem Anwachsen begriffen.

Der Ausgang des Kampfes ist noch nicht abzusehen. Es wäre müssig, darüber Kalkulationen anzustellen oder zu prophezeien. Ueber die endgültigen Wirkungen der Bewegung ist noch nichts zu sagen, und die Schwächen zu kritisieren, die bisher bereits erkannt sind, ist es noch nicht an der Zeit. Wohl aber lässt sich heute schon mit Nutzen sprechen über die Ursachen des Kampfes, über taktische Grundsätze, die angewandt worden sind und über bestimmte, schon heute erkennbare Wirkungen.

Es wird bereits darüber gestritten, wer diesen Ausbruch des Bürgerkrieges verschuldet hat. Die „Freiheit" spielt sich als Staatsanwalt-Anwalt des Bourgeoisstaates auf und klagt die Kommunisten an, sie hätten freventlich den Kampf vom Zaune ge-

brochen. Von der anderen Seite wird auf die Tatsache hingewiesen, dass Hörsing den Kampf provozierte durch seinen Einmarsch in Mitteldeutschland, der von der kreischenden Musik hahnebüchener Beschimpfungen, Verleumdungen und Bedrohungen der Arbeiterschaft begleitet war. Für das Tagesbedürfnis der Agitation beider Seiten mag eine solche Argumentation zur Not genügen, nicht aber einer sachlichen Untersuchung. Es würde einem sonst gehen wie dem alten Trottel Kautsky, der den imperialistischen Charakter des Krieges leugnete, weil ein Fürstenmord zu seinem Anlass wurde, und der auf Grund des Aktenstudiums zunächst die Schuld und dann die Unschuld der Bethmann-Regierung bewies.

In Wirklichkeit bestand diesmal der Wille zum Angriff sowohl bei der Kommunistischen Partei als bei der Bourgeoisregierung und man kann wohl behaupten, dass gerade der zaghaftere Teil zum Losschlagen gezwungen wurde, die Regierung. Das ergab sich aus der Situation. Sie findet den deutschen Kapitalismus und seine Regierung in der verhängnisvollsten Lage seit dem Abschluss des Waffenstillstandes. Durch den Zusammenbruch des europäischen Kapitalismus ist der Gegensatz zwischen der Entente und Deutschland zugespitzt wie nie zuvor. Frankreich und England wollen die Befriedigung ihrer Forderungen durch Deutschland erzwingen. Der Wirtschaftskrieg hat mit den Sanktionen, Gebietsbesetzungen und Zollmassregeln begonnen. Die oberschlesische Frage ist durch die Abstimmung nicht gelöst, sondern in ihrer ganzen Schwere erst gestellt. Die Gefahr, dass die deutsche Wirtschaft die Verfügung über Oberschlesien auf Grund neuer Sanktionen verliert, ist ebenso gross wie ein Krieg mit Polen. In der Entwaffnungsfrage hat sich der Gegensatz zwischen Bayern und dem Reich verschärft. Er ist notdürftig überbrückt durch die Demagogie der Regierung, die nur scheinbar der Entente nachgibt. Die Brücke aber kann sehr bald einstürzen, wenn Frankreich sich diese Verhöhnung nicht mehr bieten lässt.

Für die Arbeiterklasse sind diese Schwierigkeiten der Bourgeoisregierung nicht gleichgültig. Der Konflikt mit der Entente, ob ausgetragen durch Sanktionen oder durch Verhandlungen, bedeutet in jedem Falle eine ungeheure Verschärfung der Ausbeutung des deutschen Proletariats, wahrscheinlich verbunden mit starkem Niedergang der Produktion, Anwachsen der Arbeitslosigkeit und Massensterben. Um so katastrophaler müssen die Wirkungen auf die Arbeiterklasse sein, wenn es der Bourgeoisie gelingt, sich mit der Entente zu vertragen. Nach der heutigen Zuspitzung der Situation können die Bedingungen einer Verständigung für Deutsch-

land nur furchtbar hart werden und der deutsche Kapitalismus wird diese Bedingungen zu erfüllen suchen, indem er die Sklavenketten des Proletariats fester anzieht. Das Programm ist da: Aufhebung des Achtstundentages, Akkordarbeit, Herabsetzung der Löhne durch planmässige Aussperrungen, die die Arbeiterschaft kirre machen, vollkommene Demoralisation des Proletariats.

Gegen ein solches Geschick muss sich die Arbeiterklasse wehren, wenn sie nicht von vornherein verloren sein will. Das hiesse sonst kampflos verrecken wollen. Das hiesse sonst auf die Revolution endgültig verzichten und in der Aternative: Sozialismus oder Untergang in die Barbarei! das zweite wählen.

Im Klassenkampfe spielt eine wichtige Rolle die Regierungsgewalt, die gegebene Organisation der herrschenden Klasse. Seit zwei Jahren gab es keinen Zeitpunkt, wo die Regierung so geschwächt war wie jetzt. Es kostet Ueberwindung für jede Partei, die Regierung zu übernehmen. Namentlich die Rechte ist gelähmt. Wo ist die Möglichkeit für eine aggressive Politik nach aussen, zu der sich die Deutschnationalen durch ihre seitherige Haltung verpflichtet haben? Die Regierung der Mittelparteien, die wir heute haben, muss nach allen Seiten Rücksicht üben und steht deshalb den Schwierigkeiten ziemlich hilflos gegenüber. S. P. D. und U. S. P. haben einen starken Einfluss auf die Regierung und zugleich den Vorteil, keine Verantwortung zu tragen.

Diese Regierung kann durch einen einigermassen starken Stoss gestürzt werden, und jede neue Regierung, wie sie auch aussehen mag, wird für die Revolution von Vorteil sein, weil sie eindeutigere Verhältnisse bringt. Besteht aber die Möglichkeit zu solchem Stoss, dann muss eine revolutionäre Partei ihn führen. Unter diesen Umständen beschloss die V. K. P. D. die Offensive zu ergreifen.

Die Partei wollte die Aktion nach Ostern beginnen lassen, sobald die politischen Schwierigkeiten in ihr kritisches Stadium eingetreten waren. Sie wollte sich die Zeit zur organisatorischen und agitatorischen Vorbereitung schaffen und über die toten Punkte der Osterwoche hinwegkommen. Das wurde durch die Hörsingsche Provokation verhindert. Diese Hörsingsche Provokation war derselbe Gaunertrick, der im Januar 1919 mit der Massregelung Eichhorns angewandt wurde und nach dem Zeugnis von Eugen Ernst die revolutionäre Aktion vorzeitig auszulösen hatte. Man wird zugeben müssen, dass Hörsing mit grossem Geschick vorgegangen ist und der U. S. P. ihre Verräterrolle sehr erleichtert hat. Indem er künstlich ein lokales Kampfzentrum schuf, indem er vorzeitig die Aktion in einem Einzelfalle auslöste, nahm er der Gesamtaktion das Gesicht und verwirrte er das Proletariat.

Dadurch war die Situation für die V. K. P. D. sehr verschlechtert. Sie entschied sich für die Annahme der Herausforderung in der Erkenntnis, dass selbst eine Niederlage in Kauf zu nehmen sei gegenüber der zermürbenden Wirkung, die eine kampflose Anerkennung der Uebermacht der Gegenrevolution haben musste. Sie entschied sich für den Kampf, weil er die Arbeiterklasse aus ihrer bleiernen Lethargie herausreissen musste. Sie entschied sich in dem Bewusstsein, dass wir an der Schwelle einer neuen Kampfperiode stehen und dass es verhängnisvoll auf die Moral der Truppen wirken kann, wenn das Vorpostengefecht ausgeschlagen wird.

II.

Dieser Entschluss bedeutete in der Tat nichts anderes als einen Bruch mit der Vergangenheit der Partei und zwar mit der Vergangenheit beider Teile, aus denen sie vor vier Monaten entstanden ist. Die Genossen, die aus der U. S. P. heraus in die Partei gekommen sind, haben wegen ihrer organisatorischen Verbindung mit den Hilferdingen so gut wie niemals eine eigene aktive Politik führen können. Sie konnten nur verhindern, dass der konterrevolutionäre Charakter der Hilferdingpolitik sich so deutlich demaskierte, wie es heute der Fall ist. Um so schwerer wiegt die Verantwortung des Spartakusbundes, dessen Politik die Stellung des linken Flügels in der U. S. P. stärken oder schwächen musste. Es ist an der Zeit, seine eigenen Fehler einzugestehen.

Entscheidend für die Politik des Spartakusbundes ist die Niederlage im Januar 1919 gewesen. Es ist noch in der Erinnerung, dass von den Führern des Spartakusbundes jedenfalls Rosa Luxemburg und Leo Jogisches die Situation für einen Entscheidungskampf Anfang Januar durchaus noch nicht für reif hielten und dass sie ebenso wenig einverstanden waren mit der von den eigentlichen Führern des Aufstandes, den revolutionären Obleuten, eingeschlagenen Taktik. Aber sie legten ein glänzendes Zeugnis ab für ihren revolutionären Geist, indem sie nicht abseits blieben, auf ihre klarere Einsicht trumpfend und neunmal weise krittelnd, sondern trotz der voraussichtlichen Niederlage mit aller Kraft vorwärts trieben. Nie wieder ist eine so hinreissende revolutionäre Sprache gesprochen worden, wie damals in der „Roten Fahne". Rosa Luxemburg hat sich damals gehütet, die Massen zu beirren durch eine Kritik der Zielsetzung durch Ledebour und seine Anhänger, die revolutionären Obleute, einer Zielsetzung, die den revolutionären Kräften durchaus nicht entsprach. Sie tat es nicht, obwohl sie darin schwere Gefahren sah. Sie rechnete mit dieser Zielsetzung als einer Tatsache.

Sie kannte das grosse historische Gesetz der Revolution, das sie formuliert: „Sobald das Grundproblem der Revolution klar aufgestellt worden ist — und das ist in dieser Revolution der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann als des ersten Hindernisses für den Sieg des Sozialismus — dann taucht dieses Grundproblem immer wieder in seiner ganzen Aktualität auf und jede einzelne Episode des Kampfes rollt es mit Fatalität auf, mag die Revolution zu seiner Lösung noch so unvorbereitet, mag die Situation noch so unreif sein." Ihre Kritik galt den Schwächen, den Halbheiten, den Unentschiedenheiten, die sich im Verlaufe der Aktion zeigten. Ihr Ziel war, aus der Bewegung so viel revolutionäre Kraft als irgend möglich herauszuholen.

Der Januarkampf musste zu einer Niederlage des Berliner Proletariats führen und diese Niederlage bedeutete für die junge Kommunistische Partei eine Katastrophe. Zu furchtbar waren die Opfer, die sie zu bringen hatte. Der kühnste ihrer Stürmer, ihre klarste Führerin waren der Partei genommen worden. Es war kein Wunder, dass die Entschlossenheit gelähmt wurde, Zaghaftigkeit und Verwirrung sich einnisteten. Die Furcht vor dem, was man Putschismus nannte, setzte sich in der Partei fest und hat sie seitdem in vielen Situationen übel beraten.

Die Märzkämpfe von 1919 waren die erste Probe darauf. Damals erschütterte der grosse mit unerhörter Zähigkeit und Energie durchgeführte Generalstreik in Mitteldeutschland die mit Blut gekittete Macht der Scheidemann-Regierung. Die rheinisch-westfälischen Bergleute hatten starke Machtpositionen in ihren Händen und rüsteten sich zu ihrem grossen Kampf für die Sozialisierung des Bergbaus. Es schien zu einer Machtprobe zwischen Revolution und Gegenrevolution in allen Gauen Deutschlands zu kommen. In Berlin kam es zum Generalstreik, der den gesamten Verkehr still legte und die Scheidemann-Regierung auf das ernsteste bedrohte. Soweit diese Bewegungen gingen, hat die Kommunistische Partei an ihnen starken entscheidenden Anteil. Es lag damals auf der Hand, dass die Generalstreikparole: Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann nur verwirklicht werden konnte durch den Aufstand. Es war klar, dass die Gegenrevolution versuchen würde, die Bewegung mit allen Mitteln niederzuwerfen. Da weder Verleumdungen (Spartakistengreuel) noch Versprechungen („Und das ist der Sozialismus") genügten, blieb ihr nur ein Mittel: Noske! Darüber bestand kein Zweifel. Und deshalb gab es nur eine Entscheidung: Die militärische Offensive musste pariert werden durch den Aufstand. Vor dieser Entscheidung aber schrak die Partei zurück. Und doch war der Aufstand bereits Tatsache! Die Matrosen,

verbündet mit einem Teil der Republikanischen Soldatenwehr, hatten die Waffen gegen die Weissen Garden erhoben. Die falschen Konsequenzen aus den Januarerfahrungen hinderten die Partei, diesen Aufstand durch den Appell zum bewaffneten Kampf, gerichtet an das Berliner und an das gesamte deutsche Proletariat, zu unterstützen. Die Parteileitung hat damals ihre Haltung sehr einfach begründet. Sie erklärte, dieser Kampf der Matrosen ist in Wirklichkeit gar kein revolutionärer Kampf, sondern ein Kampf um die Brotstelle, die durch die Weissen Garden gefährdet ist. Die Richtigkeit dieser Behauptung werde gerade durch die Beteiligung der Republikanischen Soldatenwehr bewiesen, mit deren Hilfe zwei Monate vorher die Revolutionäre niedergeworfen waren. Mochte die Beurteilung der aufständischen Soldaten selbst so absolut richtig sein, wie sie es nicht war, so litt die Beweisführung doch darunter, dass sie das Wesentlichste übersah: Durch ihre Frontstellung gegen die Noskegarden wurde die „Lohnbewegung" der Soldaten zum revolutionären Kampf. Und die revolutionäre Partei liess diese Kämpfer im Stich! Die Partei hat auch nach dem Zusammenbruch der Märzaktion aus diesem Fehler nicht gelernt. Viel später noch widerlegte sie in einem Flugblatt die Legende vom Putschismus der Kommunistischen Partei mit folgenden Beweisen:

> Der schlagende Beweis dafür ist erbracht durch die Ereignisse des März in Berlin. Die Kommunistische Partei hatte vor und während des März-Generalstreiks keinen Tag vergehen lassen, an dem sie nicht die Arbeiter eindringlichst warnte vor bewaffneten Aktionen, die in der damaligen Lage putschistisch sein mussten. Der Aufruf selbst, durch den die Kommunistische Partei das Berliner Proletariat zum Generalstreik rief, enthielt die ernsteste Mahnung vor putschistischen Streichen.

In der Tat, die Partei hat damals nicht den Aufstand gerufen, sondern vor dem Aufstand gewarnt. Und sie hat damit nicht nur die Soldaten, sondern auch die Arbeiter im Stich gelassen, die sich über die Parteiparolen hinwegsetzten und ihrem revolutionären Instinkt folgend zur Waffe griffen. Sie hat damit den Geist der Initiative in der Partei und in der Arbeiterklasse getötet.

Die Folgen davon haben sich gezeigt in der schwankenden Haltung, die die Zentrale den Münchener Ereignissen gegenüber einnahm und der entnervenden Kritik, die nach der Niederlage gegen die Münchener Kommunisten einsetzte. Sie zeigten sich in der Unentschiedenheit und Haltlosigkeit beim Kapp-Putsch und bei mancher anderen verpassten Gelegenheit. Sie haben auch nachgewirkt in dem Kampfe, in dem wir jetzt stehen.

Aber die Gegenwirkung ist da. Die gegenwärtige Weltkrisis, die den deutschen Kapitalismus dahinraffen kann, hat eine heilsame Krisis in der grösseren Kommunistischen Partei erzeugt. Mag dieser Kampf ausgehen wie er will: Wenn die Partei in ihm ihre alten Schwächen überwunden hat, dann wird er die Einleitung zu einer Reihe von Kämpfen sein, in denen die Vereinigte Kommunistische Partei mit immer wachsender Kraft und Entschlossenheit die Revolution zum Siege führt.

29. März 1921.

Die Krise in der V.K.P.D.

Von Karl Radek.

Die deutsche Kommunistische Partei erlebt eine Krisis. Wer dies bisher nicht verstand oder leugnete, für den musste die Situation klar werden, nachdem die Genossen Paul Levi, Ernst Däumig, Klara Zetkin, Adolf Hoffmann und Brass aus der Parteileitung ausgetreten sind. Man mag so gute Mienen zu diesem bösen Spiel machen, wie man will oder kann, es bleiben doch nur zwei Möglichkeiten übrig: entweder handelt es sich hier um ein paar überhebliche Führer, die die Flinte ins Korn werfen, weil dies ihr linker Fuss will, oder der Rücktritt dieser Genossen ist durch ernste politische Differenzen verursacht worden.

Nun, Genosse Levi hat die deutschen Kommunisten gelehrt, seine Rücktrittsdrohungen und seine Rücktritte leicht zu nehmen. Seit Sommer 1919 hat er die K. P. D. ununterbrochen mit Rücktrittserklärungen aus den nichtigsten Gründen bombardiert, und es war ein grosser Fehler manches Genossen — darunter auch meiner Wenigkeit — dass wir, durch unsere Einschätzung der Befähigung des Genossen Levi bestimmt, ihn immer wieder beschworen, sein Vorhaben nicht auszuführen, statt ihm zu sagen, er möge doch einmal Ernst mit seinen Drohungen machen, da es nicht zulässig sei in einer Arbeiterpartei, dass ein Mitglied, mag es noch tausendmal talentierter sein als Genosse Levi, sich erlaube, die Parteileitung wie ein Spielzeug zu behandeln. Aber die Genossin Zetkin, Däumig und Hoffmann sind keine hochnäsigen Intellektuellen und keine hysterischen Opernsänger. Sie sind alte disziplinierte Klassenkämpfer. Wenn sie aus der Parteileitung einige Monate nach der Gründung der Vereinigten Partei austreten, so mögen auch bei ihnen persönliche Gründe mitgespielt haben, ausschlaggebend aber waren bei ihnen zweifelsohne politische Motive. Ihr Rücktritt bedeutet, dass sich die **Parteileitung in einer Krise befindet,** und eine Krise der Parteileitung ist immer ein **Symptom gewisser Schwächezustände der Partei, wenn nicht ihrer Krise.** Ueber diese Schwächezustände

kann man sich im Rahmen eines Artikels nicht mit genügender Ausführlichkeit aussprechen. Sie resultieren aus der Geschichte der linken Unabhängigen wie des Spartakusbundes, aus dem Uebergangscharakter der politischen Situation in Deutschland, und es ist der Umfang einer Broschüre nötig, um all die Fragen zu klären. Der Frühjahrseisgang in Russland, der russische Parteitag, erlauben mir nicht, diese Broschüre zu schreiben, und ich muss mich einstweilen mit diesem Artikel begnügen. Ich hoffe jedoch, die springenden Punkte auch in diesem engen Rahmen genügend hervorheben zu können.

Die Bedingungen, unter welchen die Vereinigung des Spartakusbundes mit den linken Unabhängigen erfolgte, brachten es mit sich, dass beide Parteien als Erbe ihre alten Fehler in die neue Partei in viel höherem Masse mitbrachten, als es gewesen wäre, falls sie sich im gemeinsamen Kampfe gegen den kapitalistischen Staat vereinigt hätten. Das Erbe der K. P. D. bestand eben darin, dass ein Teil der Führer des Spartakusbundes aus der Notwendigkeit der Zurückhaltung der jungen Kommunistischen Partei vor Zusammenstössen mit der Staatsgewalt nach den Januar- und Märztagen des Jahres 1919 eine Theorie des notariell gesicherten Sieges machten. Wenn man bedenkt, dass sogar nach dem beschämenden Versagen der Parteileitung in den Kapptagen Genosse Levi es noch im Juni 1920 für notwendig hielt, in der „Internationale" in seinem polemischen Artikel gegen meine Einleitung zur Szantoschen Broschüre über die Ungarische Revolution vor der Gefahr der Putsche zu warnen, so ist das gewiss ein genügender Beweis dafür, wie schwer es einem Teil der führenden Genossen des Spartakusbundes wurde, aus der **aufgezwungenen Defensive des Jahres 1919 zu der sich steigernden Offensive überzugehen, wie sie seit der Radikalisierung der Arbeitermassen der U. S. P. D. im Jahre 1920 möglich wurde.** Die linken Unabhängigen wieder schleppten besonders in ihren Führerkreisen manche organisatorischen und politischen Schrullen und Behäbigkeiten mit, deren sie natürlich nicht ledig wurden durch die noch so ehrliche Annahme der 21 Bedingungen. Vielen von ihnen wurde die Scheidung von den Dittmännern sehr schwer — es genügt doch, darauf hinzuweisen, dass noch in Halle Genosse Brass, das jetzt zurückgetretene Mitglied der Parteileitung, in der Spaltungsfrage geschwankt hat. Und wer wird behaupten, dass all die Fragen, die in den 21 Punkten der Moskauer Beschlüsse formuliert wurden, für die Mehrheit der Führer der linken Unabhängigen erlebte, nicht erlernte Fragen darstellten. Würde die V. K. P. D. im Prozess des lebendigen revolutionären Kampfes aus der in diesem Kampfe entstandenen Solidarität der Tat hervorgegangen sein, sie würde viel leichter die Schwergewichte der Tradition überwunden haben. Sie entstand auf Grund der Bilanz der Erfahrung der vergangenen Periode, in der die Arbeiter der U. S. P. D. gelernt haben, dass die bürgerliche Demokratie sie aus dem wachsenden Elend nicht retten kann und nachdem sie sich für die proletarische Diktatur aussprachen auf Grund der Erfahrung der Periode, in der sie gelernt haben, wie man die Macht **nicht** erobern kann. **Wie man aber um die Macht kämpft, das wussten sie noch nicht.** Die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale zeigten ihnen

den Weg des Kampfes im allgemeinen, aber ihn konkret zu finden, die Beschlüsse auszuführen, bedeutete eben, selbständig die hemmenden Traditionen zu überwinden, zur schöpferischen Tat zu schreiten. Man musste angesichts der früher angeführten Tatsachen damit rechnen, dass sich dieser Uebergang nicht ohne Schwierigkeiten vollziehen kann, **nicht ohne Kampf der verschiedenen Tendenzen.**

Denn wenn in der K. P. D. Genosse Levi in vielen Fragen eine rechtsgerichtete Tendenz vertrat — seine Polemik gegen mich im Juni 1920 formuliert sie — so war in den Artikeln des Genossen Frölich, in manchem Auftreten des Genossen Meyer eine linke Tendenz bemerkbar, die oft sehr unglücklich nach theoretischen und politischen Formeln rang und in der Aktion im Dunkeln herumtappte, aber dem Bedürfnis nach verschärfter Aktion entsprang. Dass bei den linken Unabhängigen verschiedene Tendenzen nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch unter den Führern gegen einander rangen — wenn sie auch sogar den Trägern nicht immer klar waren — das sah jeder Mensch mit revolutionärer Erfahrung, der die stark proudhonistischen wirtschaftlich-organisatorischen Bemühungen der Genossen Däumig und Müller und die blanquistischen Tendenzen in der schriftstellerischen Tätigkeit Kurt Geyers verfolgte. Die Frage war nur, **wie werden diese Tendenzen in der Vereinigten Partei sich neu gruppieren, an welchen Fragen werden sie sich von neuem kristallisieren?** Die ersten Monate der Existenz der Partei geben darauf eine gewisse, wenn auch nicht endgültige Antwort.

II.

Die ersten Gegensätze, die in der V. K. P. D. zum Vorschein traten, war ihr Gegensatz zu der Exekutive der Kommunistischen Internationale wegen der **Anerkennung der K. A. P. D. als sympathisierende Partei der Kommunistischen Internationale.** Es schien, als sei in dieser Frage die ganze V. K. P. D. einig gegen die Exekutive. Aber es genügte, die Debatte über diese Frage in der Parteipresse aufmerksam zu lesen, um zu sehen, dass dies nur Schein war. Nicht nur sah man, wie eine Reihe von Genossen ausgezeichnet verstand, dass die K. A. P. nur dem Mangel an revolutionärer Agitationskraft bei der Leitung der V. K. P. D. ihre jetzige Existenz verdankt, sondern auch, dass sie verstand, man dürfe die Beziehungen zu den revolutionär empfindenden, wenn auch gedanklich nicht klaren Arbeiterkreisen nicht abbrechen. Darum haben die linken Kreise der Partei von Levi und Genossen gefordert, das Greinen wegen des Beschlusses der Exekutive aufzugeben und durch Aktivisierung der Politik der Partei für die Verschmelzung mit der schwachen K. A. P. D. zu arbeiten, einstweilen aber das Verhältnis der Exekutive zur K. A. P. D. zu ihrer Beeinflussung im revolutionären Sinne auszunutzen. In dieser ganzen Frage der K. A. P. D. wurde eine viel wichtigere und tiefere Differenz ausgetragen. In seinem Artikel über den Parteitag der Kommunistischen Partei, den Levi in der „Internationale" Heft 26 veröffentlichte, äussert er Gedanken, die dunkel, wie sie sind, auf eine **Warnung vor dem Lumpenproletariat** auslaufen. Mit seinem revolutionären Instinkt fühlte Ge-

nosse P. Frölich sofort, dass es sich hier um irgend etwas Faules handelt. Es handelte sich um nicht mehr und nicht weniger, als um die Tatsache, dass bei dem rapiden Verfall des Kapitalismus und der langsamen Entwicklung der Revolution immer grössere proletarische Massen in die Reihen der Arbeitslosen hineingedrängt werden. Sie verelenden und verlumpen. Wer jetzt nach alter sozialdemokratischer Manier seine theoretische Nase über dieses „Lumpenproletariat" zu rümpfen beginnt, der wird diese Massen niemals zur revolutionären Aktion zu mobilisieren verstehen. Ihre dumpfe Ungeduld, ihre Verzweiflung ist der Boden, der K. A. P. D.-Stimmung. In Lumpen gehüllt, ohne eine Tasse warmen Kaffee im Leibe, sind sie schlechte Schüler der Parteischule, und es ist wenig zu hoffen, dass sie bald klare Kommunisten werden. In seinem Referat vom 7. Februar, das er vor den Berliner Vertrauensmännern gehalten hat und dessen Stenogramm mir vorliegt, erklärt Genosse Levi, dass, während in den wilden Gefilden Asiens alle, die gegen den Imperialismus kämpfen, zum Heerbann der Kommunistischen Internationale gehören, in Westeuropa revolutionär sei, wer klarer Kommunist ist.

Nun unterliegt es keinem Zweifel, dass klar und bewusst den Kampf um die Macht nur die marxistisch geschulten Revolutionäre führen können, aber man muss doktrinär vernagelt sein, um nicht einzusehen, **dass sich auch in Westeuropa an dem Kampfe um die Macht grosse proletarische Massen beteiligen werden, die nichts von Marxismus wissen oder sogar wissen wollen, und dass wir auch zu diesen Massen in ein Verhältnis kommen müssen,** das uns erlauben wird, sie im revolutionären Kampfe zu leiten. Wenn man bedenkt, wie wenig Genosse Levi und Genosse Däumig als Vorsitzende der Partei getan haben, damit die V. K. P. D. die **Arbeitslosenfrage** als revolutionären Faktor ausnutze, dann ist es klar, **dass es sich bei den theoretischen Betrachtungen des Genossen Levi über das Lumpenproletariat, bei seiner Behandlung Asiens und Europas, wie bei seinem Verhalten der K. A. P. D. gegenüber, um nicht mehr und nicht weniger handelt, als um die Tatsache, dass er und ein Teil von führenden Genossen es nicht verstehen, den Hebel der revolutionären Aktion anzusetzen bei den Arbeitslosen, bei allen den revolutionären Massen, die nicht marxistisch sind, aber eine grosse Rolle in der proletarischen Revolution spielen werden.**

Somit handelt es sich bei der K. A. P. D.-Frage nicht um einen Protest gegen einen richtigen oder unrichtigen Beschluss der Exekutive, der, einmal erfolgt, der Geschichte angehört, sondern um eine höchst **wichtige Aktionsfrage der Zukunft,** um das mangelnde Verhältnis zu den revolutionären, nicht-marxistischen Elementen des Proletariats, die tausendmal zahlreicher sind, als die Mitgliedschaft der K. A. P. D.

III.

Der zweite Gegensatz, der plötzlich auftauchte, schien noch exotischer zu sein, als die wehleidigen Klagen wegen der Verleihung des Titels der „sympathisierenden" Partei an die K. A. P. D. Die Zentrale der Kommunistischen Partei stand auf einmal vor einer schweren Krise wegen der Haltung des Genossen Levi in der

italienischen Frage. Als es sich zeigte, dass Serrati, der Führer der Mehrheit der Italienischen Sozialistischen Partei, den Beschluss des II. Kongresses über die Pflicht des Ausschlusses der Reformisten aus der Kommunistischen Partei zu sabotieren versuchte, erklärte das Zentralorgan der V. K. P. D., die „Rote Fahne", Serrati als **Scheinkommunisten.** Vor der Wegreise Levis zum Kongress nach Livorno stellte die Zentrale wie der Vertreter der Exekutive die Uebereinstimmung mit ihm fest, dass alles gemacht werden muss um Serrati zur Ausführung des Beschlusses des internationalen Kongresses zu bewegen, und dass im Falle seiner Weigerung der Trennung von den Reformisten der Bruch mit ihm notwendig ist. Die „Rote Fahne" behandelte diesen Bruch, als er eingetreten war, als eine Folge der Politik Serratis,*) aber Levi veröffentlichte nach seiner Rückkehr aus Italien einen Artikel, in dem er die Verantwortung für die Spaltung den italienischen Kommunisten und der Exekutive zuschiebt. Obwohl ihm an Hand der Dokumente bewiesen wird, dass er im Unrecht ist, hält er seine Auffassung aufrecht. Nach schweren Auseinandersetzungen, in denen die **Mehrheit der Zentrale in ihrem Urteil schwankt,** wird von ihr eine Resolution angenommen, die Serrati desavouiert, die Solidarität der Zentrale mit den italienischen Kommunisten feststellt. Diese Resolution wurde angenommen, nachdem er, Levi, die seine zurückgezogen hat, die der Vertreter der Exekutive als eine verwirrende zentristische Resolution charakterisieren musste. Die von der Zentrale angenommene Resolution war eine Desavouierung der Politik Levis in der italienischen Frage. An dieser Tatsache änderte nichts der Passus, der sich für Verhandlungen mit den Serratianern aussprach, die bereit waren, die Beschlüsse des internationalen Kongresses auszuführen. Trotzdem verteidigte Levi nach der Abreise des Vertreters der Exekutive seine italienische Politik in der Sitzung der Berliner Vertrauensmänner. Gleichzeitig führten Genosse Levi und Däumig Verhandlungen nicht mit den Arbeitern aus der Serratipartei, sondern mit Serrati. Das nötigte den linken Flügel der Zentrale, noch schärfer Stellung zu der italienischen Frage zu nehmen. Er stellte fest, dass die hinter Serrati stehenden Arbeitermassen nur durch den Kampf gegen die Serrati-Elemente für die Kommunistische Internationale zurückgewonnen werden können. Nachdem die betreffende Resolution mit 28 gegen 23 Stimmen vom Zentralausschuss angenommen wurde, traten die Genossen Levi, Däumig, Zetkin, Brass und Hoffmann aus der Zentrale zurück. Ihren schwerwiegenden Entschluss begründen sie in einer Weise, die zwar das, was sie zu beweisen suchen, nicht imstande ist, zu beweisen, aber dafür beweist, dass sich eine opportunistische Richtung in der V. K. P. D. zu bilden beginnt.

Die ausgeschiedenen Genossen suchen zu beweisen, dass die Exekutive durch ihre italienische Politik den Weg betreten hat, **„durch den mechanischen Prozess des Spaltens reinere und festere**

*) Angesichts der Artikel und Notizen der „Roten Fahne" gegen Serrati sind alle Berufungen Levis auf die angebliche Aenderung der Haltung des Vertreters der Exekutive eine Legende, durch die Levi seine Rechtsabschwenkung verdeckt.

Kommunistische Parteien zu bilden". Diese Behauptung wirft vorerst ein sonderbares Licht auf die Unterzeichner selbst. Haben sie doch, Levi miteingeschlossen, die Resolution angenommen, in der sie sich mit der Politik der Exekutive einverstanden erklärten. Sie haben diese Resolution sogar dem Zentralausschuss vorgelegt, der sie nur angesichts der Versuche Levis, trotz dieser Resolution Serrati weiter zu verteidigen, so ergänzte, dass jedem Versuch zur Verwirrung, der Weg durch die detaillierte Charakterisierung der Politik Serratis verlegt wurde. Was lag **neues** vor; welche **Tatsache,** die Levi erlaubte, von mechanischer Spaltung zu sprechen. Es lag absolut **nichts** vor, was den Genossen Levi zu solchen Schlussfolgerungen irgendwie berechtigen würde. Die Spaltung in Italien erfolgte nicht **mechanisch,** sondern politisch, nachdem sich Serrati klipp und klar geweigert hat, den Beschluss des Kongresses über die Trennung von den Reformisten auszuführen. Nachdem sich Serrati auf diese Weise selbst ausserhalb der Kommunistischen Internationale gestellt hat, konnte diese nur eins tun: die italienische Kommunistische Partei als ihre einzige Vertreterin in Italien anzuerkennen. Die Partei Serrati hat danach bis zum heutigen Tage keinen Finger gerührt, um sich mit der Exekutive in Verbindung zu setzen, eine Aussprache mit ihr herbeizuführen. Sie hat nicht einmal einen offiziellen Bericht über den Kongress nach Moskau gesandt. Trotzdem hat die Exekutive ihr Appellrecht an den III. Kongress ohne weiteres anerkannt. Also was bleibt von dem Versuch, durch den mechanischen Prozess des Spaltens, durch den angeblich die Exekutive festere und reinere Kommunistische Parteien in Westeuropa zu bilden sucht, übrig? Dieser Versuch existiert allein in der **Phantasie** Levis, der sich auf eine angebliche Aeusserung des ungarischen Genossen Rakoczy beruft, der in Italien als Vertreter der Exekutive war, und der nach der Behauptung Levis gesagt haben soll, auch die V. K. P. D. müsse gereinigt werden. Genosse Rakoczy, der an der Sitzung des Berliner Zentralausschusses als Privatperson teilnahm, leugnet, irgend was ähnliches gesagt zu haben. Aber selbst, wenn Genosse Rakoczy dies gesagt hätte, war er dazu nicht bevollmächtigt. Was bleibt also von der Legende übrig, durch die Genosse Levi seinen Rücktritt begründet? Die opportunistische Politik der zentristischen Masse gegenüber, menschewistische Schlagworte, mit denen Levi die angebliche Spaltungstheorie der Exekutive bekämpft. Der Opportunismus beginnt immer mit der Verdeckung der Gegensätze. Auch in diesem Falle. Die Erklärung Levis behauptet, die Haltung der Zentrale in der italienischen Frage sei bisher einheitlich gewesen. Die früher angeführten Tatsachen, seine veröffentlichten Artikel beweisen, dass dies eine Unwahrheit ist. Wenn er jetzt in der Erklärung wieder jammert, dass in Italien Arbeitermassen aus der Internationale ausgeschlossen worden sind, die „ihrer Vergangenheit und ihrem revolutionären Willen nach der Internationale angehören" müssten, so verdeckt er wieder die Tatsache, dass, vor die Wahl gestellt, mit Turati oder mit der Internationale zu brechen, diese Massen mit der Internationale gebrochen haben. Was beweist das? **Dass bei diesen Massen das revolutionäre Bewusstsein schwach ist, dass sie sich von Serrati irreführen lassen.** Wie kann ihre Ab-

spaltung von der Internationale rückgängig gemacht werden? Durch die Zulassung dieser Masse zur Kommunistischen Internationale? Aber auf diese mechanische Weise kriegt die Kommunistische Internationale diese Massen nicht nur nicht zurück — denn mit ihrem Geiste werden sie noch immer mit Serrati zusammenhängen —, sondern sie kriegt Turati leibhaftig in ihre Reihen zurück. Nicht mechanisch, sondern nur durch politischen Kampf gegen Serrati können sie wiedergewonnen werden. Levi zeigt einen andern Weg. Er erklärt: unklare kommunistische Parteien „können nur auf dem Wege des organischen Wachsens und des gemeinsamen Erlebens und Kämpfens solcher Massen erzielt werden, die sich in der Partei zusammengefunden haben auf Grund der Voraussetzung, die der II. Kongress der Kommunistischen Internationale gegeben hat". Nun, wenn diese Parteien aber die Voraussetzungen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale nur in Worten anerkennen, in der Praxis aber nicht ausführen? Was bleibt da übrig als Spaltung? **Wenn Levi keine 2½ Internationale befürworten will, in der die Taten den Worten widersprechen, dann redet er zusammenhangloses Zeug von organisiertem Wachsen und mechanischem Spalten,** die jedem russischen Kommunisten zum Halse heraushängen, weil er sie tausendmal von den russischen **Menschewisten** gehört hat. Und was steht praktisch hinter der Befürchtung Levis, dass die Exekutive die mechanische Spaltung nach Deutschland übertragen könnte? Dahinter steckt der Versuch der Einschüchterung der Arbeiter aus der V. K. P. D., als wolle man sie spalten, wenn man opportunistische Tendenzen der Führer bekämpft. Er weiss sehr gut, wie teuer den deutschen Kommunisten ihre errungene Einigkeit ist. Da sucht er diese Gefühle auszunutzen, um einen Wall um sich zu schaffen gegen die Exekutive, die ihm sagt: Sie, Genosse Levi, treiben eine opportunistische Politik, wenn Sie nichts tun, um die kommunistisch klaren Arbeiter und die revolutionären aber unklaren Elemente zu gemeinsamen Aktionen zu bringen; Sie, Genosse Levi, treiben eine opoprtunistische Politik, wenn Sie Serratis Opportunismus mit dem Mantel der christlichen Liebe verdecken. Aber Levi ist nicht die V. K. P. D., und es unterliegt keinem Zweifel, dass jeder Tag der begonnenen Diskussionen die Zahl der Genossen mindern wird, die in ihm bisher den Führer der Partei sahen. Es besteht keine Gefahr, dass die opportunistische Politik Levis die Mehrheit der Partei gewinnen wird, was die Kommunistische Internationale nötigen würde, die deutsche Partei an die 21 Bedingungen zu erinnern.

Wo liegen aber die **Quellen der Serrati-Politik Levis? Seine Politik des „organischen Wachsenlassens" auf der rechten Seite ist nur eine Ergänzung seiner Politik des „mechanischen Spaltens" nach links. In Heidelberg trieb Levi, entgegen meinem Rate, zur Spaltung,** nachdem er selbst mit Mühe und Not sich erst vor kurzem zur Klarheit in der Gewerkschaftsfrage durchgerungen hatte. Aber auf diese Einigung mit den damals noch sehr unklaren linken Unabhängigen segelte er mit aller Kraft. Und noch heute erklärt er stolz: Wir haben mit den linken Unabhängigen **nicht** gekämpft, was nur wahr ist, inwieweit es sich um seine Person, nicht aber, inwieweit es sich um den Spartakusbund handelt. Was bildet die Grund-

lage dieser Politik? Den revolutionären linken Arbeitern fremd durch den Mangel des revolutionären Empfindens, durch den Mangel der Fähigkeit, die Partei von der politischen Abwehr zum Angriff zu führen, fühlt er sich eins mit den erst in der Entwicklung nach links begriffenen Massen, einmal, weil er selbst, der klaren Einsicht bar, in Entwicklung begriffen ist, zum andern, weil diese Massen gross und er ein **revolutionärer Erfolgspolitiker** ist.

Aus dieser seiner Haltung, den unklaren radikalen revolutionären Minderheiten und den auch unklaren, aber possibilistisch gesinnten Zentrumsmassen gegenüber ergibt sich seine Einstellung zur Exekutive der Kommunistischen Internationale. Weil sie den Kontakt mit den vorwärtstreibenden revolutionären linken Massen fordert, selbst wenn sie unklar sind, und eine kritischere Einstellung zu den gärenden, erst in die Revolution eintretenden Zentrumsmassen, weil sie vom revolutionären Führer fordert, dass er den beiden Flügeln der Kommunistischen Internationale vorausschreitet, indem er sich von dem ersten in revolutionärer Tatkraft nicht überflügeln lässt, den zweiten aber durch scharfe Formulierung der revolutionären Ziele vorwärts treiben muss, fühlt sich Levi immerfort von der Exekutive missverstanden, angetrieben. Er gerät, ohne es zu wollen, in einen Konflikt nach dem andern zu ihr und reisst in diese Konflikte die V. K. P. D. mit.

Wir können in diesem Artikel nicht ausführlich auf die Naturgeschichte des Genossen Levi eingehen. Nachdem er die Genossen Brass, Däumig, Hoffmann und die Genossin Zetkin mit in sein Wirrwarr hineingerissen hat, ist seine **persönliche Krise zur Krise der Parteileitung geworden und kann zur Krise der Partei werden.** Es steht uns fern, alle die genannten Genossen mit dem Genossen Levi in einen Topf zu werfen, obwohl sie sich mit ihm durch eine gemeinsame Erklärung identifizieren. Am Anfang der Kristallisierung von Richtungen beziehen viele Genossen Positionen, auf denen sie nicht beharren werden. Die Genossin Zetkin ist mit Levi durch die Bande der Kameradschaft im Spartakusbund, durch gemeinsame Freundschaft zur Genossin Luxemburg verbunden, deren Andenken sie mit rührender Liebe behütet. Zu diesen Gefühlen gesellt sich die Furcht der Rückentwicklung der Partei zur kleinen Gruppe. Die greise Revolutionärin, die wie niemand im Spartakusbunde die Fühlung mit der Masse hatte, hat das Vertrauen zu dem revolutionären Wollen der deutschen Arbeiter und fürchtet, dass die Konflikte mit Levi der Exekutive deren Vertrauen rauben könnten. Darum stellt sie sich vor ihn. Für einen Volksmann, wie Genossen Hoffmann, ist das Empfinden der kommunistischen Massen ausschlaggebend, die Einheit und Aktion will. Er verfolgt nicht den Gang der Ereignisse in Italien, die Politik der Exekutive, glaubt an die von Levi aufgebrachten Gespenster der „mechanischen Spaltung", während er nicht sieht, **dass die Politik Levis die Partei durch ihre Unaktivität bedrohte.** Ob die Genossen Däumig und Brass daran sind, mit Levi die Führung des rechten Flügels der Partei zu übernehmen, wissen wir nicht. **Dreiundzwanzig Stimmen, die die Politik Levis im Zentralausschuss gegen 28 gesammelt hat,** weisen auf Gefahren hin, dass es sich nicht um eine Krise der Parteileitung allein, sondern auch der Partei handelt.

Tatsache ist, dass die **parlamentarische Fraktion** keine aufweckende revolutionierende Politik treibt. Tatsache ist, dass die **Parteipresse** keine volkstümliche revolutionäre Agitation treibt, sondern mehr dem Typus der Vereinsorgane entspricht. Tatsache ist, dass die Partei nicht imstande war, sich an die Spitze der Arbeitslosen zu stellen, in ihnen das Gefühl zu erwecken, dass sie ihr Sprachrohr ist. Tatsache ist, dass die Aktion, die auf die Initiative des Vertreters der Exekutive durch den Offenen Brief eingeleitet wurde, nicht genügend energisch getrieben, nicht genügend aufrüttelnd, konzentrisch geführt wird. **Das sind Beweise, dass die bisherige Parteileitung nicht auf der Höhe stand.** Das bewusste Ankämpfen gegen die opportunistischen Tendenzen, wie sie in der Politik Levis ihren Ausdruck findet, wird ganz gewiss dazu beitragen, die Partei zu befähigen, ihre Pflicht zu tun. **Darum ist es ein Fehler, wenn die neuergänzte Parteileitung mit Brandler und Stöcker an der Spitze und wenn Genosse Thalheimer nach einem Mittel, nach der Tagung des Zentralausschusses die Gegensätze zu verschleiern, sucht.** Ich weiss ihre Gründe zu würdigen. Ich habe dieselbe Politik oft gegenüber dem Genossen Levi getrieben, in der Ueberzeugung, dass es sich um Seitensprünge und Wachstumskrisen dieses talentierten Politikers handle. Ich habe auf seine Theorie des notariell gesicherten Sieges nicht geantwortet, obwohl sie gegen mich gerichtet war. Ich habe mit dieser Politik gebrochen, als ich sah, dass sie bei Levi nur zur Stärkung seiner rechtsgerichteten Tendenzen führt. Jetzt, wo die Levische Politik zu einer Krise in der Parteileitung geführt hat, müssen die Gegensätze ausgekämpft werden, **damit die Partei weiss, dass sie sich in Gefahr befindet.** Keine einzige der Streitfragen ist eine Frage der fernen Zukunft. Alle sind entweder konkrete Fragen unserer jetzigen Aktion oder unserer taktischen Einstellung als Avantgarde der breiten Massen. Und darum, wenn sie durch Diskussionen geklärt werden können, ausgekämpft können sie nur durch Aktionen werden. Darum wird der geistige Kampf nur dann zur Ueberwindung der Levischen Theorie der Aktionslosigkeit führen, wenn der linke Flügel sich nicht allein mit der Kritik Levis und seiner Freunde beschäftigt, sondern durch konkrete Vorschläge, durch energisches Drängen die Revolutionierung der Partei fordert. Es ist leichter, 21 kommunistische Thesen anzunehmen, als die Massen einen Schritt praktisch im Kampfe voranzuführen. Die V. K. P. D. hat diesen ersten Schritt noch nicht getan. War doch die Aktion des Offenen Schreibens eben nur vorbereitet. Dies ist der beste Beweis der Krise der Partei. Sie kämpft noch nicht.

15. März 1921.

Die Sanktionen.

I. Die in London gegen Deutschland beschlossenen Strafmassnahmen der Entente sehen vor:

1. die Besetzung von Rheinhäfen,
2. die Erhebung einer Ausfuhrabgabe von deutschen Waren,
3. die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein.

1. Die **Besetzung** von Düsseldorf, Duisburg und anderer Städte des Ruhrgebiets hat neben ihren politischen Konsequenzen auch erhebliche wirtschaftliche Folgen. Die „Deutsche Allgem. Zeitung", Nr. 126, vom 16. März 1921 schreibt darüber:

> Es ist ganz klar, dass durch die Besetzung der drei wichtigsten Städte des Industriegebietes die Entente die Ueberwachung der industriellen Arbeiten und die Kontrolle über den Versand der Kohle und der Rohstoffe für die Eisen- und Stahlwarenindustrie in die Hände bekommt. Aehnlich ist es auf dem Gebiete des Verkehrswesens. Die Folge der militärischen Besetzung wird sich schon dadurch in kürzester Zeit fühlbar machen, dass die Kosten und Lasten für die Besetzung sehr erheblich anschwellen, was ein weiteres Sinken unserer Mark im Gefolge haben wird. Die Entente ist durch die Besetzung in der Lage, den Versand aller Eisen- und Stahlwaren völlig zu unterbinden oder einzuschränken, und dies nicht nur in das unbesetzte Gebiet, sondern auch nach einem grossen Teil des Auslandes.

Die Besetzungen wirken so nach derselben Richtung hin, nach der auch die beiden anderen Strafmassnahmen wirken: der Unterbindung der deutschen Konkurrenz und der Abschnürung des besetzten Gebietes vom unbesetzten, unter gleichzeitiger Kontrolle des deutschen hauptsächlichen Industriegebietes.

2. Die **Ausfuhrabgabe.**

Der **Plan** ist: Bis 50 Prozent der Preise der ins Ausland verkauften deutschen Waren sollen beschlagnahmt werden und auf Rechnung der Wiedergutmachungsforderungen der Entente zurückbehalten werden. Die deutschen Verkäufer sollen durch Staatsbons des beschlagnahmenden Staates entschädigt werden. Diese Staatsbons sollen dann von der deutschen Regierung eingelöst werden.

Die Durchführung dieser Massnahmen geschieht auf Grund besonderer Gesetze, die die einzelnen Ententeländer erlassen.

Das **englische Gesetz,** das bereits erlassen ist, sieht vor, dass die Höhe des zu beschlagnahmenden Preisanteils jeweils der Schatzkanzler bestimmt. Die in London beschlossene 50 prozentige Ausfuhrabgabe kommt nur als Höchstgrenze in Betracht. Die englischen Importeure sind verpflichtet, den beschlagnahmten Preisanteil an die englische Zollverwaltung abzuführen. Als deutsche Waren gelten solche, die aus Deutschland nach England kommen, aber

auch Waren, die auf anderem Weg nach England kommen, wenn weniger als 25 Prozent des Wertes nicht deutscher Produktion oder Fabrikation zuzuschreiben sind.

Nicht anwendbar ist das Gesetz auf deutsche Waren, die nur zur Wiederausfuhr nach Deutschland eingeführt worden sind oder nur zur Durchfuhr oder Umladung nach England kommen.

Der **französische Gesetzentwurf**, der noch nicht beschlossen ist, sieht ähnliche Bestimmung vor. Sie sind insofern schärfer als die entsprechenden englischen, als die unterste Grenze für den Anteil nichtdeutscher Produktion am Gesamtwert der der Ausfuhrabgabe unterworfenen Waren auf 50 Prozent (nicht wie in England 25 Prozent) festgesetzt ist.

Der **Zweck** der Massnahmen ist, unter dem Vorwand der Wiedergutmachung, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkte auszuschalten. Das hat der englische Schatzkanzler bei Beratung des Gesetzes im Parlament offen zugegeben:

> Deutschland sei gezwungen, mit der Welt im Handelsverkehr zu stehen, auch dann, wenn eine Exporttaxe auf deutsche Fabrikate erhoben wäre. Das deutsche Volk müsse einfach höher besteuert werden, in dem Masse, wie die Völker der Alliierten besteuert seien. Dann werde auch die unlautere Konkurrenz, die gegenwärtig deutscherseits den Alliierten gegenüber wieder getrieben werde, ein Riegel vorgeschoben.

Die **Wirkungen** der Ausfuhrtaxe sind:

Unterbrechung und Störung des Handelsverkehrs mit den Alliierten. Der deutsche Export in die beschlagnahmenden Länder wird aufhören. Damit aber wird das Eintreiben der Wiedergutmachungsforderungen, dass sich auf diesen Export stützt, illusorisch. Die deutsche Konkurrenz auf den Ententemärkten wird unterbunden. Gleichzeitig wird sich aber die deutsche Konkurrenz auf den neutralen Märkten verschärfen. Um diese vorauszusehenden Wirkungen der Sanktionen zu verhindern, haben einige Stimmen, auch aus den Kreisen der Alliierten, namentlich Teile des englischen Handelskapitals, sich gegen sie gewendet. Ihr Widerspruch hat jedoch keinen Erfolg gehabt. Die „Deutsche Allgem. Zeitung" schreibt in ihrer Nr. 126 vom 16. März über die Wirkung der Ausfuhrtaxe:

> Schon jetzt macht sich die Unsicherheit der ganzen Lage dadurch bemerkbar, dass nicht nur der deutschen Eisen- und Stahlwarenindustrie zahlreiche Aufträge aus dem Ausland annulliert wurden, sondern dass auch die einzelnen industriellen Werke selbst gar nicht mehr wissen, ob sie die in Auftrag genommenen und bereits fabrizierten Waren nach den gegnerischen Ländern zum Versand bringen sollen oder nicht. . . . . Die unmittelbaren Folgen der Ententegewaltmassnahmen werden sich natürlich in dem ausserordentlichen Zurückgehen des Exorts nach dem Auslande bemerkbar machen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" schreibt in ihrer Nr. 60 vom 12. März über die Wirkungen der Ausfuhrtaxe auf die Eisenindustrie:

> Für die Eisenindustrie wird die Exporttaxe unhaltbare Zustände im Gefolge haben. Am Inlandsmarkt herrscht zurzeit noch immer stärkste Zurückhaltung, so dass das Ausfuhrbedürfnis in vielen Erzeugnissen sehr gross ist. . . . Von den Ententeländern kommt für den

deutschen Eisenexport in der Hauptsache England in Frage, und es ist bezeichnend, dass gerade die Engländer es sind, die sich der 50prozentigen Abgabe bedienen wollen. . . . Die deutschen Werke werden zukünftig versuchen, in erhöhtem Masse Eisen ins neutrale Ausland abzustossen, wodurch der Konkurrenzkampf am Weltmarkt für Eisen naturgemäss verschärft werden muss. England kann wohl die deutsche Konkurrenz aus dem eigenen Lande fernhalten, da es aber selbst exportbedürftig ist, wird es ihr im neutralen Ausland nach Einführung der Exporttaxe noch mehr begegnen als früher.

Für die Steinkohlen-Nebenproduktion sieht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" Nr. 232 vom 22. März ähnliche Wirkungen, insbesondere das Aufhören von Auslandsaufträgen, vorher.

Ueber die Wirkung der Exportabgabe auf die **Sächsische Textilindustrie** schreibt die „Frankfurter Zeitung" Nr. 121 vom 15. März:

In welchem Umfange Sachsen betroffen würde, beweisen folgende Zahlen: Im Jahre vor dem Krieg führte Sachsen etwa sechs Millionen Tonnen Güter aus. Von 731 näher untersuchten sächsischen Fabriken wurden neben der Versorgung des deutschen Marktes Waren im Werte von 273 Millionen ausgeführt. Unter ihnen hatten 151 Fabriken der Industrie, der Maschinen, Instrumente und Apparate bei einer Warenerzeugung von 170 Millionen allein 90 Millionen Ausfuhr. Nahezu fünfhunderttausend sächsische Industriearbeiter wurden vor dem Kriege mit der Erzeugung von Auslandsware beschäftigt. Ganze grosse sächsische Bezirke sind auch heute noch von der Ausfuhrindustrie abhängig. Eine Vernichtung des sächsichen Exportes durch jene Abgabe würde die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Landes völlig zersplittern und ungeheures neues Elend bringen.

Ueber den Einfluss der Exportabgabe auf die **rheinische Textilindustrie** schreibt die „Frankfurter Zeitung" Nr. 185 vom 11. März:

Wenn vollends auch unsere Ausfuhr belastet würde, so wären wir einfach ruiniert. Um nach England verkaufen zu können, müssen wir zurzeit unsere Preise unter den deutschen halten; wir sind aus diesem Grunde schon hart an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit angelangt.

Zahlenmässige Unterlagen für den in diesen Pressestimmen angekündigten Rückgang des Exportes infolge von Auftragsannullierungen sind nicht vorhanden. Statistiken darüber werden nicht veröffentlicht. Nach einer Mitteilung des „Lokal-Anzeigers" vom 27. März schätzt Lloyd George den Rückgang des deutschen Handels infolge der Sanktionen auf 100 Millionen Pfund Sterling, selbst wenn Belgien und Italien nicht mitmachen sollten.

3. Die **Zollgrenze am Rhein.**

Nach dem Vorschlag der Rheinlandkommission soll der Zoll für den Eingang aus dem nicht besetzten deutschen Gebiet in der ersten Periode der Sanktionen 25 Prozent des deutschen Tarifs, in der zweiten Periode 50 Prozent und in der dritten Periode 100 Prozent des deutschen Zolls betragen. Sämtliche Zahlungen sind in Goldmark zu entrichten. Hinsichtlich des Ausgangszolls geht der Vorschlag auf die Erhebung von Zöllen, die dem deutschen Tarif in Papiermark gleichkommen.

Die Absicht ist:

bei **Frankreich:** unter dem Vorwand der Wiedergutmachung das besetzte Gebiet sich politisch und wirtschaftlich anzugliedern;

bei **England:** eine weitere Ausschaltung der deutschen Konkurrenz.

Die **Wirkungen** der Zollgrenze sind:

Abschnürung der Industrie im besetzten Gebiet, das Zollausland wird, von der Industrie des unbesetzten Gebietes. Das bedeutet den Ruin für viele Industriezweige sowohl hier wie dort.

Der Generaldirektor eines Werkes der Eisenindustrie schreibt in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" Nr. 232 vom 22. März über die Bedeutung des Rheinzolls auf die Eisenindustrie:

> Das eine lässt sich heute wohl schon mit voller Sicherheit sagen, dass die Erhebung von Zöllen unter allen Umständen eine Erschwerung des Verkehrs und eine Verteuerung der Erzeugung hervorrufen muss. Bei der engen und ganz unlöslichen Verflechtung der gewerblichen Tätigkeit diesseits und jenseits der Grenze des besetzten Gebietes werden die Nachteile und Schäden für beide Bezirke in jeglicher Schärfe fühlbar werden. Es wird das, worauf man zur **Aufklärung der Arbeiterschaft** nicht früh und ernst genug hinweisen kann, unweigerlich zur Folge haben, dass Betriebseinstellungen und Stillsetzungen erfolgen Hierzu zwingt die Absatzkrise, die in der ganzen Welt herrscht und die es verbietet, beliebige Lohnsteigerungen eintreten zu lassen.

Aehnlich schreibt die „Frankfurter Zeitung" Nr. 185 vom 11. März über den Einfluss der Zollgrenze auf die Textilindustrie:

> Für den Bezug unserer Rohstoffe sind wir durchaus auf das unbesetzte Gebiet, speziell Süddeutschland angewiesen, denn München-Gladbach allein reicht absolut nicht für uns aus. Wir beziehen Ware aus Baden, Bayern und Sachsen; die grossen Webereien aus Augsburg z. B. sind uns unentbehrlich. Manche Zutaten, Spitzen, Bänder usw. können wir überhaupt nur ausserhalb des besetzten Gebietes einkaufen. Wenn wir das in Zukunft verzollen müssen, so würde uns das natürlich schwer schädigen.

Die Durchführung der Zollgrenze bedeutet also für grosse und wichtige deutsche Industriezweige eine Katastrophe, deren Folge nach dem Eingeständnis der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" das Unternehmertum auf die Arbeiterschaft abzuwälzen sucht.

II. Deutsche Gegenmassnahmen gegen die Sanktionen.

Die Abwehr des deutschen Unternehmertums und der Regierung ist darauf eingestellt, die Wirkungen der Sanktionen für den deutschen Kapitalismus aufzuheben und gleichzeitig die Konkurrenz auf den neutralen Märkten durch Forcierung der deutschen Ausfuhr zu verschärfen.

Das **Unternehmertum** hat bisher folgende Gegenmassnahmen getroffen:

1. Eine systematische Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Presse dahin, dass die Sanktionen in letzter Linie nur die Entente treffen und die deutsche Wirtschaft nicht berühren würden. Der Fälschungsapparat arbeitet heute genau so wie während des Krieges.

2. Boykott der Einfuhr aus den alliierten Ländern. Der Appell an den Patriotismus, die Ententewaren zu boykottieren, verdeckt nur den Versuch, die zu teuer eingekauften Rohstoffe, namentlich Baumwolle, deren Preis dauernd sinkt, und die heute bereits unter dem Preis der Vorkriegszeit notiert wird, abzubestellen. Mit dem aus patriotischen Gründen herbeigeführten Mangel an Rohstoffen will das Unternehmertum auch die Betriebsstillegungen rechtfertigen, zu denen die fortdauernde Weltkrise zwingt.

3. Steigerung der Ausfuhr ins neutrale Ausland. In der Unternehmerpresse wird ganz offen mit der Verdrängung der Entente vom neutralen Markt durch systematische Schleuderkonkurrenz gedroht.

Die Regierung, als Agentin des Unternehmertums, unterstützt dessen Abwehrmassnahmen durch Anordnungen der Behörden. Es kommen hier vor allem folgende Verfügungen der Regierung in Betracht:

1. Der Beschluss, die Staatsbons der alliierten Länder über die beschlagnahmte Ausfuhrabgabe nicht einzulösen. Das bedeutet eine Unterstützung des Boykotts gegen den Handel mit der Entente.

2. Die Aufhebung der Ausfuhrabgabe und der Ausfuhrkontrolle, die der Reichswirtschaftsrat empfohlen hat. Das bedeutet eine Förderung der Schleuderkonkurrenz auf den neutralen Märkten.

Die Aufhebung der Ausfuhrkontrolle hat für die deutschen Unternehmer Vorteile nach zwei Richtungen: 1. wird unter dem Deckmantel einer vaterländischen Notwendigkeit das Unternehmertum von einer Fessel befreit, die seine Bewegungsfreiheit hemmt zu einer Zeit, da in zunehmendem Masse die Exportfähigkeit der deutschen Industrie sich nur durch Schleuderkonkurrenz aufrechterhalten lässt. 2. bedeutet der Wegfall der Ausfuhrabgabe, voraussichtlich auch der Exportzuschläge durch eine staatliche Subventionierung der Schleuderkonkurrenz, die in der jetzigen Situation nicht nur deshalb geboten ist, weil die Weltwirtschaftskrise den Absatzmarkt überhaupt verengert hat, sondern weil durch die Sanktionen eine weitere Verengerung eingetreten ist, die ein verschärftes Dumping erfordert.

3. Die Regelung des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet in der Weise, dass verhindert wird, dass die im Inland gebrauchten Waren entzogen und andererseits entbehrliche Auslandswaren im Uebermass in das besetzte Gebiet eingeführt werden. Das bedeutet den Versuch, die Zollgrenze am Rhein unwirksam zu machen.

4. Der Versuch, die Vereinigten Staaten auf die deutsche Seite zu ziehen. Dieser Versuch ist gescheitert. Die Vereinigten Staaten haben in ihrer Antwortnote deutlich zu erkennen gegeben, dass sie sich nicht zugunsten Deutschlands einmischen werden.

Im Gegenteil, es ist zu erwarten, dass die Vereinigten Staaten ihren Anteil an der Beute fordern werden, voraussichtlich in der Gestalt von Ueberseekabeln und amerikanischen Kolonien. Die Wirtschaftskrise spitzt sich im Gegensatz zwischen dem englischen und dem amerikanischen Imperialismus mehr und mehr zu einem Konflikt zu. Der Anteil der Vereinigten Staaten an der Beute soll

dem amerikanischen Imperialismus Positionen verschaffen, von denen aus er offensiv gegen den englischen Konkurrenten vorgehen und seine Mattsetzung ins Werk setzen kann. Das Interesse an diesen Positionen ist für den amerikanischen Imperialismus, der gezwungen ist, sich neue Absatzmärkte zu verschaffen, viel wichtiger als das Interesse an der Bezahlung der Entente-Schulden, auf die der deutsche Kapitalismus seine Hoffnungen baut.

Alle diese Gegenmassnahmen des Unternehmertums und der Regierung lassen deutlich erkennen, dass beide entschlossen sind, den Wirtschaftskampf mit der Entente aufzunehmen.

III. Schlussfolgerungen.

1. Der mit den Sanktionen einsetzende Wirtschaftskrieg zwischen dem Ententeimperialismus und dem deutschen Imperialismus ist nichts weiter als die Fortsetzung des Weltkrieges mit anderen Mitteln. Der Weltmarkt ist trotz aller Verheerung des Krieges für den Imperialismus so eng geworden, dass ihm nicht die Ausschaltung und Vernichtung nur einzelner Unternehmer genügt, sondern dass er sich nur noch halten kann durch Ausschaltung und Abschnürung ganzer kapitalistischer Länder vom Weltmarkt. Das ist der Sinn der Sanktionen, wie es der Sinn der Blockade und des Wirtschaftskrieges während des Weltkrieges war.

2. Die Sanktionen müssen sich, wenn sie überhaupt wirksam werden sollen, notwendig verschärfen. Einmal deshalb, weil der Zweck, den der englische Kapitalismus, und der, den der französische Kapitalismus mit den Sanktionen verfolgt, miteinander im Widerspruch stehen. Im ersten Falle handelt es sich um die Knebelung der deutschen Konkurrenz, also um die Behinderung der deutschen Ausfuhr, im zweiten Falle um die Inanspruchnahme der deutschen Ausfuhr zu finanziellen Zwecken. Wird der erste Zweck erreicht, so ist der zweite illusorisch geworden. Der finanzielle Misserfolg wird heute schon, noch bevor die Sanktionen voll in Wirksamkeit getreten sind, erkannt. Daher der Schrei nach der Verschärfung nach dem 1. Mai und die offene Drohung Briands mit kriegerischen Massnahmen in seiner Rede im französischen Senat am 5. April.

Aber auch England ist gezwungen, dem Widerstand der deutschen Regierung und des deutschen Unternehmertums mit verschärftem Druck zu begegnen.

Die Weigerung der deutschen Regierung, die deutschen Unternehmer für den beschlagnahmten Warenpreis zu entschädigen, zwingt diese, entweder die Produktion einzustellen oder die neutralen Märkte mit Schleuderpreisen zu erobern.

Die deutschen Kapitalisten merken sehr wohl, dass die Politik der Sanktionen, wenn sie voll zur Durchführung kommt, ihr Schicksal als Klasse besiegeln muss. Ein Kapitalismus wie der deutsche, mit seinem reich entwickelten Produktionsapparat kann auf die Dauer die Einschnürung, die die Kontrollmassnahmen der Entente zur Folge haben müssen, nicht ertragen. Er ist gezwungen, den Kampf dagegen aufzunehmen, er wird daher soweit wie möglich die Produktion aufrecht zu erhalten suchen, um wenigstens den Versuch zu machen, durch sein Dumping die Entente so zu schädigen, dass

die Sanktionen gegen sie selbst zurückschlagen. Es ist die Frage, ob und in welchem Umfange sich das durchführen lässt. Die Antwort hängt davon ab, ob die neutralen Länder ein grösseres Interesse an dem Bezug billiger Waren von Deutschland oder an der Niederwerfung der deutschen Konkurrenz haben, von der sie selbst bedroht sind. Denn das Dumping der deutschen Industrie würde seine Wirkungen nicht allein auf die Ententeländer, sondern auch auf die neutralen Länder ausüben. Der Durchgangsverkehr deutscher Waren über Holland, hauptsächlich nach den alliierten Ländern, ist zweifellos sehr gross.

Das Reichsstatistische Amt hat eine Statistik veröffentlicht, aus der sich der Anteil der verschiedenen Länder ergeben soll. Man muss die amtlichen Aussenhandelstatistiken mit grossem Misstrauen betrachten. Erfahrungsgemäss sind sie meist ad hoc zurecht gemacht. In diesem Fall für den Zweck, die Möglichkeit der Umgehung der Ententekontrolle durch die Benutzung des Weges über die neutralen Länder nachzuweisen. Trotz des zweifelhaften Wertes der Statistik ist anzunehmen, dass, wenn auch wahrscheinlich nicht die Zahlen, so doch die Tendenz der amtlichen Feststellungen zutreffend ist. Danach betrug der Anteil an der Gesamtausfuhr Deutschlands von

Vereinigten Staaten . .	7,2 %
Niederlande	21,2 %
Schweiz	9,2 %
Schweden	7,1 %
Norwegen	8,0 %
Grossbritannien	6,4 %
Frankreich	8,0 %
Belgien	3,1 %
Italien	3,0 %

Eine wirkliche Durchführung der Sanktionen ist nur möglich durch eine wirkliche Blockade, durch eine scharfe Kontrolle auch des neutralen Handels, wie sie während des Krieges bestanden hat. Man rechnet in Deutschland offenbar damit, — die Rechnung ist ebenso trügerisch wie ähnliche im Kriege — dass die neutralen Länder der Forderung, sich in den Dienst der Durchführung der Blockade zu stellen, Widerstand entgegensetzen werden. Es ist aber klar, dass die Schleuderkonkurrenz die von der Wirtschaftskrise schwer bedrohten neutralen Länder ebenso gefährdet wie die Ententeländer. Sie hatten schon längst durch Schutzzölle und sonstige Antidumpingmassnahmen sich gegen die deutsche Schmutzkonkurrenz zu wehren versucht. Sie werden jetzt, mögen auch einzelne kapitalistische Schichten in den neutralen Ländern von der Schädigung des deutschen Aussenhandels betroffen werden, gezwungen sein, sich gegen das deutsche Dumping noch mehr zur Wehr zu setzen als bisher. Die „Vossische Zeitung" meldet am 6. April aus Götheborg, die Generalzollverwaltung habe den schwedischen Zollkammern mitgeteilt, dass, nachdem der deutsch-schwedische Handelsvertrag abgelaufen sei und nicht mehr erneuert werden wird, deutsche Fahrzeuge nicht mehr das Recht haben, den Küstenverkehr zwischen schwedischen Häfen auszuführen. Das ist der erste Schritt zum Anschluss Schwedens an die Sanktionen-

politik der Entente. Dieselbe Nummer der „Vossischen Zeitung" meldet aus Kopenhagen, die britischen Konsule in Dänemark seien von ihrer Regierung beauftragt worden, anlässlich der 50 proz. Abgabe Ursprungszertifikate für alle nach England zu exportierenden Fabrikate auszustellen. Die deutschen Unternehmer, die gehofft hatten, es sei der englischen Regierung mit einer faktisch wirksamen Durchführung der Sanktionen nicht ernst, werden sich arg getäuscht sehen. Wir gehen also einem regelrechten Kriege entgegen, bei dem sowohl militärische wie wirtschaftliche Mittel zur Anwendung kommen werden.

Für das deutsche Proletariat ist die Durchführung der Sanktionen von verheerender Wirkung. Sie bedeuten verschärfte Arbeitslosigkeit, verbunden mit verstärkter Ausbeutung. Unter dem Vorwand der Sanktionen werden alle Betriebe, die unter der Wirtschaftskrisis leiden, stillgelegt werden, während die Industriezweige, die für die Schleuderkonkurrenz in Betracht kommen, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Lohndrückerei alle Lasten der Strafmassnahmen auf die Arbeiter abwälzen werden.

Eines von den Mitteln, die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse, die wirksamste Waffe im Kampf gegen die Sanktionen, durchzusetzen, ist die Spaltung des Proletariats, das oft geübte Ausspielen einer Arbeiterschicht gegen die andere. Daher die Werkspolizei, die den ausgesprochenen Zweck hat, die Unternehmer mit Brachialgewalt zu unterstützen bei dem Versuch, missliebige Elemente gegen den Willen des Betriebsrates und der Gesamtarbeiterschaft aus dem Werk zu entfernen. Daher nicht zuletzt der Einmarsch der Sipo in Mitteldeutschland auf Hörsings Befehl, der zweifellos unter der falschen Flagge des Kampfes gegen das Verbrechertum den Zweck hatte, die Betriebe von Arbeitern zu reinigen, die nicht gewillt sind, sich dem Machtgebot der Unternehmer zu fügen und die die Phrase von der nationalen Einheitsfront längst als das erkannt haben, was sie ist.

In dem Wirtschaftskrieg kann es so wenig wie im Weltkrieg Neutralität und Burgfrieden für die Arbeiterschaft geben. Die nationale Arbeitsfront ist nur eines der Mittel, die Verheerungen des Wirtschaftskrieges auf das Proletariat überzuwälzen. Schon wird ganz systematisch versucht, auch die Arbeiterschaft für die Boykottbewegung zu gewinnen. Nach einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" Nr. 129 vom 18. März hat eine Versammlung der Wuppertaler Textilindustrie, an der auch Arbeiter teilgenommen haben, den Boykott gegen Frankreich beschlossen. Hier werden die Arbeiter, die ersten Opfer des Boykotts, ganz systematisch vom Unternehmertum und der ihm dienstbaren Gewerkschaftsbürokratie als Kanonenfutter im Wirtschaftskriege missbraucht.

Im rücksichtslosen Kampf gegen die nationale Einheitsfront, gegen Burgfrieden und Gewerkschaftsbürokraten muss das Proletariat gegen die Sanktionen und die mit ihnen verbundene wachsende Verelendung sich erheben durch Fortführung seiner Offensive. Für diese Offensive sind die breiten Massen des Proletariats auch durch wirtschaftspolitische Kampfforderungen, die sich aus der zunehmenden Verschärfung der internationalen Beziehungen ergeben, zu gewinnen.

Internationale Rundschau.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Die gewaltige Arbeiterbewegung, die das kapitalistische England dieser Tage in seinen Grundfesten erschüttern lässt, ist ein neues Anzeichen dafür, dass die Krise, welche in der kapitalistischen Ordnung mit dem Weltkrieg ausgebrochen ist, nunmehr auch die stärkste Säule seines Systems ins Wanken gebracht hat. Der Reihe nach sind zuerst die besiegten Länder diesen Weg gegangen, dann ist ihnen einer nach dem andern der Siegerstaaten gefolgt, und jetzt kommt England an die Reihe, bisher scheinbar der ruhige Pol in der rasenden Abwärtsbewegung, mit Riesenschritten. Schon seit einiger Zeit war für den genaueren Beobachter zu sehen, dass die englische Wirtschaft aus dem verhältnismässigen Gleichgewicht gekommen ist, dass die englische Finanzlage ins Gleiten geriet, so sehr auch noch lange Monate nach dem Friedensschluss England das Bild neuer Festigung und innerer Konsolidierung bot. Vor allem die in den letzten Monaten sprunghaft zunehmende Arbeitslosigkeit, die jetzt etwa 1½ Millionen Feiernde umfasst, war das erste Anzeichen. Sie ist erzeugt worden dadurch, dass die englische Industrie nicht mehr ihre Absatzmärkte beschicken konnte wie früher, da die früheren Käufer zum Teil, wie Russland, vollkommen ausgeschaltet, zum Teil, wie Mitteleuropa, verarmt und zahlungsunfähig geworden sind, da ferner die amerikanische Konkurrenz mächtig wirksam auftrat, zum Teil aber auch dadurch, dass die Kuliarbeit der deutschen Lohnsklaven die englischen Erzeugnisse vom Markt verdrängt hat.

Nirgends ist das alles so sehr zum Ausdruck gekommen, wie an der englischen Kohlenindustrie. Mit einem Male war es mit den Riesenkriegsgewinnen vorüber. Die englische Kohlenproduktion erforderte in der letzten Zeit sogar Staatszuschüsse, wenn die Unternehmer weiter die Höhe ihrer Profite einheimsen und weiter den englischen Arbeitern die bisher bezahlten Löhne auszahlen sollten.

Schon einmal im November des vorigen Jahres war es im grossen Bergarbeiterstreik zu ernsten Auseinandersetzungen gekommen. Damals versuchte die Unternehmerschaft dem Wandel der Geschäftslage durch eine grosse Lohnreduktion bei den Arbeitern Rechnung zu tragen. Die Arbeiter antworteten mit dem Streik, brachen ihn aber ab auf Versprechungen einer künftigen Regelung und die Zusage der Regierung, dass sie die Kontrolle der Gruben bis zu einer endgültigen Klärung übernehmen wolle. Man versprach bis Ende März einen neuen Landestarif, aber nicht nur ist der Landestarif ausgeblieben, die Regierung hat auch den Gesetzbeschluss der Parlamente, sogar die Staatskontrolle mit dem 31. März aufgehoben und die Arbeiter ihrem Schicksal überlassen.

Die Besitzer verlangen nun einfach eine Rückkehr zu den 1914er Löhnen und sie verlangen weiter, dass kein allgemeiner Lohntarif, sondern ein Lohn nach einzelnen Bergwerksdistrikten und ihren jeweiligen Produktionskosten gesondert vereinbart werde. Sie begründen dies mit dem schlechten Geschäftsgang, und die Regierung erklärt, sie kann nicht wie bisher Zuschüsse geben, die „zu Lasten der Allgemeinheit der Steuerträger" fallen würden, „nur damit die Bergarbeiter ihre hohen Löhne beibehalten können". Die Unternehmer wollen nichts davon hören, dass sie von den etwa 700 Pfund Millionen Sterling Kriegsgewinnen nunmehr ihren Teil zu einem Ausgleich beitrügen, wie es sogar die reformistischen Gewerkschaftsführer verlangen, sie verweisen nur darauf, dass im Monat Februar allein die Bergindustrie ein Defizit von vier Millionen Pfund aufweise, dass der Kohlenexport Englands beinahe auf Null gesunken sei, woran grösstenteils die Arbeiter durch ihren letzten Streik schuld seien, der England seine Kohlenmärkte gekostet habe. Man braucht nicht hinzuweisen auf das Lügenhafte dieser kindischen Begründung. Jeder weiss, dass die oben angeführten Ursachen der kapitalistischen Weltkrise, vor allem aber das Kohlenabkommen von Spaa die unmittelbare Ursache der englischen Kohlenkrisis ist, und es ist klar, dass auch nur eine nationale englische Lösung vorläufig tatsächlich nur denkbar wäre durch eine vollkommene Unterdrückung der englischen Bergarbeiter zu einer ähnlichen Kuliexistenz, wie sie die Arbeiter Mitteleuropas unter dem Joch der chaotischen kapitalistischen Willkürherrschaft schon führen, eine wirkliche Lösung aber nur durch ein internationales Kohlenproduktionsübereinkommen denkbar ist, das wieder nur auf kommunistischer Grundlage entstehen kann. Richtig ist, dass trotz der Krise einzelne englische Gruben wie Yorksire und Lancestershire sogar imstande sind, noch jetzt Lohnerhöhungen vorzunehmen. Aber ebenso richtig ist, dass die Mehrzahl der Gruben, wenn man die bisherigen Produktionsgrundlagen beibehält und den Unternehmern weiter die Profitraten sichern will, Lohnherabsetzungen um 10 bis 50 Prozent vornehmen müssen. Die schottischen Gruben wollen um 120 Schilling den Monatslohn reduzieren, die Gruben von Nord Cumberland um 180 bis 200 Schlling, die Gruben von Bristol und Südwales um 200 Schilling und mehr. Das heisst auf die Hälfte des bisherigen Einkommens der Bergarbeiter heruntergehen. Und dies soll geschehen mit der Parole: Zurück zu den Löhnen von 1914. Seit 1914 ist aber die Lebenshaltung in England um mindestens 50 Prozent gestiegen, so dass dies bedeuten würde, auf einen Lohn herunterzugehen, der nur mehr Zweidrittel des kümmerlichen Friedensexistenzminimums der englischen Bergarbeiterschaft ermöglicht. Und so hat die englische Bergarbeiterschaft die Aufhebung der Regierungskontrolle und die Auslieferung an die Unternehmer und ihre Absichten energisch mit einem vollkommen durchgeführten Streik beantwortet.

Der „Daily Herald" schrieb, die Arbeiterschaft halte sich drei Dinge vor Augen. Erstens, dass dies kein Streik sei, sondern eine Aussperrung. In den Bergwerken sind überall Tafeln angeschlagen, arbeiten könne, wer wolle, wenn er die Unternehmerbedingungen annimmt. Die Unternehmerbedingungen aber bedeuten Sklaverei,

sind unannehmbar, und deshalb betrachtet sie die Arbeiter in gemeinsamer Abwehr als ausgesperrt. Zweitens: das ganze geschieht nur zu dem Zweck, um den Standart der englischen Arbeiter mit brutaler Gewalt noch unter den Friedensstandart herunterzudrücken. Drittens: Das ganze aber soll gleichzeitig eine Waffe sein, um die Macht der Gewerkschaft durch die notwendig werdenden Teilverhandlungen bei der geplanten Rückkehr zum Distriktssystem zu zersplittern und zu zerbrechen. Und sogar der reformistische Bergarbeiterführer Dunker Graham aus Schottland hat in der letzten Unterhaussitzung erklärt, wenn die Regierung die Grubenbesitzer nicht zwingt, einen Teil ihrer Kriegsgewinne in Form von Löhnen wieder herauszugeben, so gebe es für ihn nur noch den Weg, die Bergleute aufzufordern, sich in den Besitz der Gruben zu setzen.

Die englischen Bergarbeiter haben, so kann man sagen, trotzdem ihr Streik die ganze englische Industrie sehr schnell stillegen muss, — Reserven sind wohl für die ersten Tage vorhanden und die Regierung hat Sparmassnahmen angeordnet, die Betriebe auf den halben Verbrauch und die Privathaushalte auf einem Siebentel des Normalverbrauchs gesetzt —, die Sympathie der englischen Gesamtarbeiterschaft hinter sich, weil diese sehr gut weiss, dass die Bergarbeiter nur im Kampf voraus gehen und die Sache des Gesamtproletariats führen. Denn der Kampf um die Lohnherabsetzung durchtobt alle englischen Industrien, während die Eisenbahner z. B. sich bis jetzt durch eine Schlittenskale in Sicherheit wiegten, rückt immer näher der August heran, wo die Regierungskontrolle auch bei ihnen aufgehoben werden soll, und wie der „Daily Herald" meldet, haben schon jetzt 96 Prozent von ihnen sich dafür ausgesprochen, dass sie jetzt mit den Bergarbeitern eine gemeinsame Entscheidung herbeiführen. Die Bauarbeiter stehen vor der Aussperrung, den Metallarbeitern soll gekündigt werden, überall die gleiche Parole: Zurück zu den 1914er Löhnen. Und so entsteht trotz der reformistischen Beschwichtigungen überall die gleiche Entschlossenheit, den Kampf gemeinsam mit den Bergarbeitern führen. Schon haben sich die Transportarbeiter dem Streik vollkommen angeschlossen. Der gefürchtete Arbeiterdreibund, der Berg-, Transportarbeiter und Eisenbahner, wird sein starkes Schwert führen, kündigte ein Arbeiterführer im Parlament an, und wenn erst einmal noch die Eisenbahner in den Streik getreten sind, was in jeder Stunde erwartet wird, dann feiern in England schon über fünf Millionen Arbeiter, dann ist nicht abzusehen, was noch alles mitgerissen wird in den Streik, und dann ist die unerhörte Tatsache da: **ein Generalstreik in England.** Und diesmal, wie der Kampf auch ausgehen mag, wird man nicht mehr mit halben Zugeständnissen beschwichtigen können. Die Vorschläge des Bergarbeitersekretärs Frank Hodges, welcher auf Smilie, der vor dem Sturm gegangen ist, folgte, verlangen 100 Millionen Pfund Regierungszuschüsse für die Erhaltung der Bergarbeiterlöhne. Die Regierung kann sie nicht bewilligen. Schon ist das Defizit Englands enorm angewachsen, die Schuldenlast Englands auf über 20 Milliarden Pfund gestiegen, die bürgerlichen Kreise fragen sich mit Wut und Angst, was erst geschehen wird, wenn man den Bergarbeitern nachgegeben hat und alle anderen mit derselben Berechtigung von der Regierung dieselben Zuschüsse verlangen

werden. Bei etwa acht Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern berechnen sie mit Entsetzen über eine Milliarde jährlichen Staatszuschuss zu den Löhnen. Und sie sehen das Gespenst des Bankrottes immer deutlicher vor sich, sie sehen das kapitalistische England demselben Abgrund zutreiben, der Verbündete und Besiegte schon zu verschlingen begonnen hat. Die englische Bourgeoisie durchlebt jetzt schwere Tage. Zu den Kämpfen, die sie mit Irland zu bestehen hat, zu den Unterdrückungsmassnahmen, die die Unabhängigkeitsbewegungen der Kolonien, vor allem Indien, verlangen, zu den Misserfolgen in der Politik des nahen Orients durch die Niederlage der griechischen Vasallen, zu der Abhängigkeit von dem todkranken und unerbitterlichen Bundesgenossen Frankreich in Europa, der England zu immer neuen Verwicklungen zwingt, zu dem Zusammenbruch des englischen Handels mit dem verarmten Mitteleuropa, das von England so abgeschnitten ist, als hätte ein Naturereignis alle Verbindungen unterbrochen; zu der immer gefährlicher auftretenden amerikanischen Konkurrenz, die England überall zu verdrängen beginnt, während gleichzeitig die amerikanische Flottenmacht, wie man schon jetzt ausrechnen kann, die englische bald überflügelt haben wird, zu alledem jetzt noch die Erhebung der Arbeiterklasse im Heimatland.

Und dass diese Arbeiter entschlossen sind, den Kampf zu führen, so weit es geht, zeigen schon die ersten Nachrichten. Aus allen Teilen des Reiches kommen Meldungen, dass die Gruben verlassen sind, dass man freiwillige Pumpmannschaften hindert, das Ersäufen der Gruben aufzuhalten, Brände und Zusammenstösse werden gemeldet, und die Verhandlungen, die die reformistischen Führer immer wieder anknüpfen wollen, die Lloyd George beständig versucht, missglücken bis jetzt vollkommen an der entschlossenen Haltung der Bergarbeiter. **Clynes** erklärt im Unterhaus, er würde sich für Vermittlung einsetzen, man solle den Kampf doch besser **durchdenken als durchkämpfen.** Thomas versucht die Eisenbahner hinzuhalten, aber unterdessen breitet sich der Streik aus, man will keine Kompromisse mehr.

Die Revolutionierung der englischen Arbeiter ist im letzten Jahre unerhört schnell fortgeschritten. Sie beginnen zu durchschauen, dass das reformistische Gaukelspiel allein bisher die Krise des Kapitalismus zu verheimlichen vermochte. Mit dem offenen Ausbruch dieser Kämpfe steht die englische Gewerkschaftsbewegung, die von den Bürokraten aller Länder vergöttert und der Arbeiterschaft der ganzen Welt als Vorbild aufgeführt wird, vor furchtbaren Tatsachen. Die Reformpolitik ist am Ende ihrer Künste angelangt. Vor einer Woche noch konnten sogenannte Unabhängige in Southport erklären, die englischen Kommunisten übersähen ganz, dass die englische Revolution schon vor 150 Jahren erfolgt sei und hinken mit ihren Theorien um 150 Jahre nach. Vor einer Woche ist der grössere Teil der unabhängigen Arbeiterpartei den Schlafmützen à la Familie Snowden und dem Sozialkamäleon Macdonald gefolgt, der gleichzeitig in der zweiten Internationale Sekretär und bei den „revolutionären Unabhängigen" Vorsitzender ist, die sich mit Hilferding und 2½ gegen Moskau entschieden haben. Schon jetzt aber wird gemeldet, dass die Arbeiter in verschiedenen Bezirken

Bewaffnung verlangt haben. Bis in die allerletzte Zeit ist zwar der Aufschwung der Arbeiterpartei in einem Masse erfolgt, dass Lloyd George seine bekannte Kampfansage gegen sie gerichtet hat. Sie hat bei den Nachwahlen über 200 000 Stimmen den Koalitionsparteien abgenommen, aber jetzt schon ist die kommunistische Partei auf ¼ Hunderttausend Mitglieder angewachsen, und wenn man das Parteiwesen Englands kennt, und weiss, dass die sogenannte Arbeiterpartei keine eigentliche Partei im deutschen Wortsinne ist, sondern eine Zusammenfassung von Gewerkschaftsorganisationen und einzelnen Parteigruppen, dass die Sozialisten in ihr 1918 nur etwa 40 000 Mitglieder der drei Millionen starken Gesamtorganisation ausmachten, so weiss man, was schon jetzt die kommunistische Partei für ein ausschlaggebender Faktor geworden ist, jetzt, wo noch Tausende von syndikalistisch gesinnten Arbeiter, die auch ihr bisher noch ferngeblieben sind, die Shop Stewards und die revolutionären Betriebsorganisationen, die sich in der Aktion nunmehr mit ihr vereinigen werden. **Der Klassenkampf im kapitalistischen England ist zum ersten Male wirklich entbrannt.** Die bisherige Vormachtstellung hat das Klassenbewusstsein der Arbeiter aufgehalten. Der Zusammenbruch der englischen Wirtschaft holt jetzt mit Riesenschritten die zurückgebliebene Entwicklung nach.

Die Regierenden wissen, woran sie stehen. Sie haben über England den Ausnahmezustand verhängt. Aus allen Teilen der Welt ziehen sie Truppen zusammen in das Mutterland, sogar aus Irland und Indien und verteilen sie auf die Industriegebiete. In London ist Garde aufmarschiert. Der Ausnahmezustand gibt der Regierung das Recht, in lebenswichtige Betriebe einzugreifen, das Recht über die Verkehrsmittel. Der Ausnahmezustand, die „Emergenci-Bill", bricht Homerule, er erlaubt die Unterdrückung von Versammlungen, er erlaubt vor allem, mit der bewaffneten Macht, wo es nötig ist, einzugreifen, und die bewaffnete Macht hat schon eingegriffen. In Schottland und Wales haben Marinetruppen die Streikenden an dem Ersäufen der Gruben gehindert und eine Art technische Nothilfe aus Kleinbürgern und Studenten geschützt. Aus dem Wust von Meldungen von Zusammenstössen lässt sich jetzt genaueres noch nicht sehen. **Gewiss ist nur eines. Die grosse Zeit des sozialen Reformismus in England ist vorüber.** Die Stunde der Gewerkschaftsbürokratie schlägt mit der letzten Stunde der „friedlichen Unterdrückung" der Arbeiterschaft. Es heisst, Lloyd George will Neuwahlen ausschreiben, um das ganze Land entscheiden zu lassen. Eher aber kann man annehmen, dass er sich hüten werde, dies zu tun. Wie dieser Kampf auch ausgeht, ob die englischen Arbeiter schon diesmal einen Sieg erringen oder ob sie noch einmal zurück müssen zu neuen Kämpfen, der jetzige Bergarbeiterstreik ist das Ende des Musterreformismus und der Beginn der revolutionären Massenbewegung des englischen Proletariats, vor dem die englische und die Weltbourgeoisie zittert und von welchem Marx schon vor Jahrzehnten den entscheidenden Anstoss zur Weltrevolution erwartete. kf.

Der Kongress der Confederazione Generale del Lavoro

Von Guido F. Gregorio.

Sieben Jahre lang hatte man keinen Kongress einberufen, ihn, der alle drei Jahre stattfinden sollte, immer wieder statutenwidrig hinausgeschoben und nun plötzlich diese verdächtige Eile. In den Sphären der Gewerkschaftsbürokratie spürte man eben von links einen neuen Luftzug kommen, man erkannte, dass je eher desto besser für sie der Kongress ausfallen würde, dass man den Kampf aufnehmen müsse, bevor der Gegner noch genügend gerüstet sei, bevor nämlich die Kommunistische Partei Italiens genügend Zeit gehabt hätte, eine grosszügige Propaganda innerhalb der Gewerkschaften zu entfalten. Denn einige wenige Abstimmungen waren sehr symptomatisch ausgefallen. So in Rom z. B., wo die Kommunisten sich mit den Anarchisten auf ein Programm einigten, welches in der schärfsten Weise die bisherige Haltung der Confederazione Generale del Lavoro missbilligt und ihren völligen Bruch mit Amsterdam sowie den bedingungslosen Anschluss an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale fordert. Und auf Grund dieses Programmes gelang es ihnen, die Arbeitskammer von Rom zu erobern und sie den Händen der Sozialisten zu entreissen. Dies musste wie ein Alarm wirken, und deshalb entschloss man sich, gleich einen Monat nach dem Spaltungsparteitag der italienischen sozialistischen Partei den ordentlichen Kongress der C. G. d. L. nach Livorno einzuberufen.

Die C. G. d. L. ist heute der bedeutendste Gewerkschaftsorganismus Italiens. Denn wenn ihr auch grosse Gewerkschaften, wie z. B. der Eisenbahnerverband, der Seeleuteverband und die syndikalistische Union nicht angehören, so vertritt sie doch mit ihren 2·020 100 Mitgliedern den weitaus grössten Teil des italienischen Proletariats. Wenn nun trotz alledem ihren Kongressen lange nicht jene Bedeutung zukommt, die denselben im Verhältnis zu der Zahl der Arbeiter, die hinter den Delegierten stehen, zukommen sollte, so liegt dies vor allem darin, dass zufolge eines gut ausgeklügelten Statutes wirkliche Vertreter der Massen fast niemals zu Worte kommen, diese Kongresse vielmehr fast stets blosse Redeakademien von Berufsfunktionären bleiben und solchen, die es werden wollen. Und der eben abgehaltene Kongress hat es wieder einmal gezeigt, und zwar so deutlich wie noch nie, welcher Abgrund diese verknöcherte Gewerkschaftsbürokratie von den Massen trennt. Während der Kongress der sozialistischen Partei, der in demselben Theater Goldoni in Livorno vor einem Monat stattfand, ganz Italien in Atem hielt, nahmen die Massen vom Kongresse der C. G. d. L. fast gar keine Notiz. Dafür rächten sich allerdings die Teilnehmer des Kongresses und gaben sich persönlichen Angriffen und Intriguen hier in dem durch den Eisenbahnerstreik vom übrigen Italien abgeschlossenen Livorno hin, während draussen in Apulien und der Toscana die Arbeiter auf den Barrikaden kämpften.

All dies müssen wir uns vor Augen halfen, wollen wir die Resultate dieses Kongresses in ihrer richtigen Bedeutung einschätzen. Denn trotz jenes Beschlusses, der im Auslande solches Aufsehen erregte, welcher den Austritt der C. G. d. L. aus der Amsterdamer Internationale erklärte, brachte dennoch dieser Kongress einen vollen Sieg der alten opportunistischen Führer, jener Männer, die von demselben Moskau, an das sie sich nun anschliessen wollen, rücksichtslos als Verräter an der proletarischen Sache gebrandmarkt worden waren.

Die Hauptdebatte wurde ja auch tatsächlich nicht so sehr um den Austritt aus der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale geführt, als vielmehr um den Tätigkeitsbericht des Exekutivkomitees. Und da erklärte sich die sozialistische Mehrheit des Kongresses im allgemeinen für die Billigung der bisherigen Haltung der C. G. d. L. Der Verrat an dem Turiner Generalstreik im April des Jahres 1920, die feige Haltung während des Aufstandes von Ancona, das Abbremsen der Metallarbeiterbewegung — all dies erhielt nun die posthume Bewilligung der sozialistischen Mehrheit. Kommunisten und Anarchisten stimmten dagegen. Diese Einheitsfront zwischen Kommunisten und Anarchisten, die hier in der Gewerkschaftsbewegung zutage tritt, ist von grosser Bedeutung, denn sie beweist, dass tatsächlich der Anarchismus zum grossen Teile nur eine Reaktion auf den Reformismus ist und dass es der Kommunistischen Partei dagegen gelingen wird, auch diese revolutionären Kräfte unter ihren Einfluss zu bringen.

Es erhielten insgesamt die sozialistische Resolution 1 435 873 Stimmen, die kommunistische 432 564 Stimmen bei 17 371 Stimmenthaltungen. Die Abstimmung fand jedoch unter einem Modus statt, der zwar dem Statut entspricht, aber auch alle bürgerliche Wahlgeometrie weit in den Schatten stellt. Es sind nämlich auf den Kongressen der C. G. d. L. sowohl die Arbeiterkammern als auch die Gewerkschaftsverbände vertreten. Und nun werden die vorhandenen Stimmen zur Hälfte unter den Vertretern der beiden Körperschaften aufgeteilt. Die Arbeiterkammern stellen nun die von der Masse leichter kontrollierbare, die Gewerkschaftsverbände dagegen die bürokratischere Organisationsform dar. Dies zeigte sich auch deutlich bei der Abstimmung, denn während von den Vertretern der Arbeitskammern 293 428 Stimmen für die kommunistische Resolution abgegeben wurden, gaben die Vertreter der Gewerkschaftsverbände nur 139 136 Stimmen dafür ab. Die Gesamtzahl der Stimmen war, wie gesagt, zur Hälfte unter den Arbeitskammern und Gewerkschaftsverbänden aufgeteilt worden, wollen wir deshalb feststellen, wieviel Kommunisten ungefähr innerhalb der C. G. d. L. sich befinden, so müssten wir die Zahl der durch die demokratischere Institution, und das sind in diesem Falle die Arbeitskammern, abgegebenen Stimmen verdoppeln, wodurch sich das Resultat bedeutend zugunsten der Kommunisten verschiebt. Diese Richtigstellung ist aber berechtigt, da ja alle Mitglieder der C. G. d L. auch Mitglieder einer Arbeitskammer sind.

Doch kehren wir nun zu den Beschlüssen des Kongresses wieder zurück. Der oben angeführte Beschluss, die bisherige

Haltung der C. G. d. L. zu billigen, erfuhr eine Ergänzung durch den Beschluss, das Bündnis zwischen der C. G. d. L. und der sozialistischen Partei zu erneuern. Und diesen beiden Beschlüssen folgte nun jener, aus der Amsterdamer Internationale auszutreten und sich der Moskauer roten Gewerkschaftsinternationale anzuschliessen. In diesem Zusammenhang erscheint der Beschluss unverständlich und gerade in diesem Zusammenhange muss er verstanden werden. Denn dass es denjenigen, die vorher den Verrat der Führer der C. G. d. L. billigten und dann das Bündnis mit der opportunistischen sozialistischen Partei erneuerten, nicht ernst sein kann mit dem Austritt aus der Amsterdamer Internationale, das muss einem jeden einleuchten. Was man aber damit bezweckte, ist folgendes: entweder die III. Internationale zu zwingen, die italienische sozialistische Partei, welche nun als Morgengabe über zwei Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter mitbringt, aufzunehmen oder die III. Internationale, welche den Anschluss der C. G. d. L. unter solchen Bedingungen zurückweist, vor den italienischen Massen ins Unrecht zu setzen. Und um besonders vorsichtig zu sein, verschob man auch den Austritt aus der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erst auf die Zeit nach dem Moskauer Kongress. Dieser Beschluss lautet nämlich:

„Der Kongress der Konföderation beschliesst:

1. den bedingungslosen Anschluss **an die Initiative** zur Schaffung einer Internationale der roten Gewerkschaften, mit der Verpflichtung jedoch, **die Beziehungen der Konföderation mit der Sozialistischen Partei zu bewahren,** wenn nur für Italien das Prinzip der konföderierten gewerkschaftlichen Einheit anerkannt wird.

2. die Trennung von der Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam **auf Grund der Beschlüsse, die vom Gewerkschaftskongresse in Moskau werden gefasst werden.**"

Und Fimmen, der als Vertreter Amsterdams zum Kongresse erschienen war, zürnte gar nicht so sehr ob dieses Beschlusses. Er hatte ja doch mehr Verständnis für die „besonderen Verhältnisse" Italiens, als es die Moskauer Diktatoren gemeinhin zu haben pflegen, und als er abreiste, soll er sogar sehr zufrieden mit dem Ergebnis dieser Tagung gewesen sein. Ja, einem bürgerlichen Journalisten gegenüber erklärte er sogar, heuer noch den internationalen Gewerkschaftskongress in Italien abhalten zu wollen.

Es wird jedoch Aufgabe der III. Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens sein, dieses niedrige Doppelspiel der C. G. d. L. vor dem italienischen Proletariat zu enthüllen.

Die sozialistische Mehrheit war zu diesem Kongresse gekommen, um die Beschlüsse, die sie vor einem Monate am Parteikongresse in Livorno gefasst hatte, auszuführen und die gewerkschaftliche Bewegung der politischen unterzuordnen, die C. G. d. L. gänzlich der Sozialistsichen Partei zu unterwerfen. Was geschah jedoch tatsächlich? Aus der Unterwerfung der C. G. d. L. unter der Sozialistischen Partei wurde die Erneuerung des auf die Parität

der wirtschaftlichen und politischen Bewegung aufgebauten Bündnisses zwischen diesen beiden Organismen, aus dem Diktat der Partei über die Gewerkschaft das Diktat der Gewerkschaft über die Partei. Denn tatsächlich wächst infolge des erdrückenden Uebergewichtes ihrer Organisation von Tag zu Tag der Einfluss der C. G. d. L. auf die italienische sozialistische Partei. Das Bündnis zwischen beiden wird aber dem letzten Rest revolutionären Empfindens, das noch innerhalb der sozialistischen Partei sein mag, den Todesstoss versetzen.

Dieses sind die wahren Resultate des Kongresses der C. G. d. L., aus denen uns, nachdem ihnen die Maske der revolutionären Phraseologie heruntergerissen wurde, die Fratze des offenen konterrevolutionären Opportunismus entgegengrinst. Dieses sind die Resultate des zweiten Kongresses von Livorno, und sie beweisen uns, dass die italienische sozialistische Partei seit dem ersten Kongresse in dieser Stadt sich mit Riesenschritten immer weiter von der III. Internationale und den Grundsätzen des revolutionären Kommunismus entfernt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Produktionssabotage von Staatswegen.

Es gehört die ganze Ahnungslosigkeit menschewistischer Wirtschaftstheoretiker dazu, der deutschen Stinnesregierung zumuten zu wollen, sie könne der Produktionssabotage des Unternehmertums Einhalt gebieten. Die Hilferdinge haben noch nicht begriffen, dass diese Produktionssabotage ein in gleicher Weise innerpolitisch wie aussenpolitisch zu verwendendes Mittel ist, die gegenwärtige Regierung über Wasser zu halten und die immer häufiger auftretenden organischen Katastrophenmöglichkeiten zu umschiffen. Ein Schulbeispiel hierfür bietet die deutsche Kaliindustrie. Die Unabhängigen haben sich es aus demagogischen Gründen nicht nehmen lassen wollen, dem von ihr noch immer verdummten Teile der Arbeiterschaft zu zeigen, was sie zu leisten imstande sind. Sie haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die die Regierung auf die zunehmende Stillegung der Kalibergwerke aufmerksam macht, und die mit der bescheidenen Anfrage schliesst: wann gedenkt die Regierung endlich ihr ehemaliges Versprechen der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der Kaliindustrie einzulösen? Nun, die Regierung möchte schon gern und die Kali-Barone selbst lieber heute als morgen, wenn nicht dabei wohl oder übel ein Situationsbild der Industrie der breiten Oeffentlichkeit entrollt werden müsste, das das Produktionschaos und den völligen Zusammenbruch des kapitalistischen Staates in einer Weise enthüllen würde, die gerade demjenigen Teil der Bevölkerung, der zwar uninteressiert, aber gutgläubig ist und damit die eigentliche Stütze der Regierung bildet, nämlich der Masse der Rentner, der Kleinkapitalisten, des Geschäftsmittelstandes, in einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig lässt, die Augen öffnen würde. Herr Justizrat Kempner, der Leiter des Kalisyndikats, eine der dunkelsten Persönlichkeiten unter den deutschen Industrie-Dunkelmännern, scheint in die Reihen der Unabhängigen hinübergewechselt zu sein.

Denn worum handelt es sich für die deutsche Kaliindustrie? Diese Industrie hat vor dem Kriege in einem Gründungsschwindel von riesenhaftem Ausmass Anlagekapital der sogenannten kleinen Leute verschluckt. Die Zahl der Schächte, die ihre Quotenbeteiligungen beim Kalisyndikat anmeldeten, verdoppelte und verdreifachte sich zeitweilig von Jahr zu Jahr durch Kapitalisierung und Gründung von eigenen Gesellschaften auf Grund der im Gesetz vorgesehenen Notschächte, deren Ausbau zu selbständigen Grundschächten für die im Aktienschwindel vorgesehene spätere Zeit in Aussicht gestellt wurde. Abteufarbeiten wurden in Angriff genommen, um die Hergabe der ersten Grundanleihe seitens der Schachtbau-Firma sicherzustellen, die ihrerseits auf Grund eines solchen Auftrages wiederum

ihr Kapital verdoppelte und der Gründung von zahllosen Bankgeschäften Vorschub leistete. Denn lediglich zu dem Zweck solcher Transaktionen wurden diese Bankgeschäfte gegründet, um für die so gebildeten Luftgesellschaften dann Käufer für Aktien, Kuxe und Obligationen auf dem freien Kapitalmarkt, nämlich der Rentner und Sparer, zu suchen. Damit schloss sich der engere Kreis, um in erweitertem Umfange und in breiterem Ausmass damit von neuem zu beginnen, dass die Grossbanken diese Winkelbanken aufsogen, dass die staatlichen Bergbauverwaltungen in Form des Kalisyndikats die Geschäftsgemeinschaft mit dem Privatunternehmertum eingingen, um unter der Flagge des deutschen Kalimonopols die Waffe für die Durchsetzung der imperialistischen Ziele auf dem Weltmarkt in die Hand zu bekommen. Dafür wurde den Kali-Baronen freie Hand gelassen für ihre Ausplünderungs- und Bewucherungspolitik im Inlande, die jetzt direkt von Staatswegen begünstigt wurde. Dann kam der Krieg und seine Folgewirkungen sind ja bekannt.

Seit drei Jahren klagt nun die Kaliindustrie aufs Gotterbärmlichste. Der Absatz geht zurück. Der Auslandsabsatz ist gesperrt. die niedrige Valuta, hohen Löhne, Transportnot usw. Man muss staunen. Das Ausland war während des Krieges von Kali, das doch deutsches Monopol war, so gut wie abgeschlossen. Man konnte doch lesen, dass der amerikanische Baumwollanbau ruiniert ist durch den Mangel an deutschem Kali, man konnte lesen von der Katastrophe der russischen Landwirtschaft, der die fünf Millionen Doppelzentner Kali, die Deutschland jährlich lieferte, fehlen, und ähnliches. Man erinnert sich der ersten Wirtschaftsforderungen der Entente bei Abschluss des Waffenstillstandes, die eine sehr erhebliche sofortige Lieferung von Kali nach England brachte. Dann wurde es still. Dann hätte nämlich erklärt werden müssen, dass die übergrosse Zahl der Luftgesellschaften in der Kaliindustrie ihren Zinsendienst für die auf Schwindelwege aufgenommenen Obligationen einstellen müssten. Und der Bankier liebt es eben, lieber Zubussen einzuziehen als Zinsen zu zahlen. Daher schwieg man und die Regierung mit ihren Regierungssozialisten und der Sozialisierungskommission schwieg mit. Denn der eingestandene Bankrott der Kaliindustrie hätte den Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft zu deutlich demonstiert. Dafür fasste man die Sache von der anderen Seite an. Der Staat an sich besitzt ja den entscheidenden Einfluss in der Verkaufstaktik des Kalisyndikats und einen sehr wesentlichen im Produktionsbugdet. Und was den Reedern recht ist, ist den Kalibaronen schon lange billig. Man operierte zunächst noch recht weit von hinten herum mit der Frage einer Reichsentschädigung für die arme Kaliindustrie. So steht zur Zeit noch immer der Fall und will nicht weiter kommen, weil man die Lösung dieses Problems ohne Schädigung der Staatsautorität noch nicht gefunden hat.

Versuche sind inzwischen genug gemacht worden. Die grosse Auslandsanleihe spukte in den Köpfen der Finanzdezernenten. Die Sanierung der bankrotten Industrie durch den einen oder anderen amerikanischen Kapital-Trust, der die Industrie allerdings dann saniert als Pfand erhält, schien erwünschtes Ziel. Aber die Ameri-

kaner bissen nicht an. Rathenau, die A.E.G. und die Elektrifizierung Deutschlands schienen ihnen bei dem Bedarf des deutschen Produktionszentrums an elektrischer Energie besser. Und zudem bekommt derjenige, der heute dem deutschen Staat in dieser Form Geld gibt, die Kaliindustrie als Zugabe, an der er im übrigen zweifellos sich dann den Magen verdirbt.

So steht das Problem. Sic transit gloria mundi, der Ruhm ist dahin. Die Schulden und der Staatsanwalt bleiben, wobei natürlich nicht an den kapitalistischen Staatsanwalt zu denken ist, obwohl die Vorbedingungen dafür zweifelsohne gegeben sind, sondern an das Proletariat, das zugleich Ankläger und Richter sein wird. Die braven Unabhängigen werden sich dem nicht in den Weg stellen können. Die Lage ist jetzt so, dass der bereits gefasste Beschluss des Kalisyndikats, Kalidüngesalz von 38 bis 40 Prozent nicht mehr herzustellen, eine deutliche Sprache genug spricht. Nach aussen aufgemacht als Erpressung gegen die Regierung, die eine 50 proz. Preiserhöhung abgelehnt hat oder die auf dem Boden des Reichskaligesetzes stehend einer solchen Preiserhöhung automatisch die entsprechende Lohnerhöhung folgen lassen muss, bereitet dieser Drohungsbluff die Aufhebung des Reichskaligesetzes vor. Die Kalibarone finden, dass die Stickstoffausbeuter besser behandelt werden. Die Regierung, die aus Kriegsinteresse die Riesenstickstoffindustrie während des Krieges aus der Luft gezaubert hat, die unter Zuhilfenahme der Reichsentschädigungen rein technisch noch mit ungeheuren Verlusten arbeitet und dem Staat als Privatunternehmer noch heute schwerer im Magen liegt als je, sorgt für den Absatz von Stickstoff, mit dem sie allerdings im Ausland nicht konkurieren kann. Sie hat ein Interesse daran, die Kaliindustrie verfallen zu lassen, genau dasselbe, wie die Kaligrossaktionäre und das Syndikat, weil sie sie jeweils für ihre aussenpolitischen Verhandlungen braucht. Man denke sich das Unglück, dass die Entente von Simons als Reparationsforderung die Lieferung von Kalisalzen fordern könnte, die Privatunternehmer würden ihre Aktien-Portofeuille im Stich lassen und der Staat selbst müsste die Betriebe in Gang bringen. Denn wenn der Schornstein zu rauchen beginnt, kommen die Gläubiger und treiben das Geld ein und zwar mit den gleichen Rechtsmitteln, die der Staat selbst für seine Kreditverpflichtungen gemacht hat. Darum steigen die Aktien, je schlechter es der Kaliindustrie geht. Und die Aktien werden ein Vielfaches über pari stehen, wenn der letzte Arbeiter aus den Kalibergwerken herausgeworfen sein wird. Der Kredit, die Aussicht auf die Kapitalisierung des Scheins und sei es in noch so ferner Zeit, hat mehr Geldwert, als die Produktion. Es ist eine Satyre, aber es ist die letzte Form der kapitalistischen Wirtschaft.

In keiner Industrie ergeben sich für die Arbeiterschaft so konkrete Forderungen, wie für die im Kalibergbau beschäftigten und in den mit diesen produktionstechnisch oder rein kapitalistisch verbundenen Industrien und Verkehrsunternehmungen. Kapitalsverbunden mit der Kaliindustrie ist ein grosser Teil der mitteldeutschen und rheinischen Braunkohlenindustrie, der Zementindustrie, der mitteldeutschen Maschinenindustrie, der Tiefbauunter-

nehmungen, der Sackindustrie und insbesondere der Fluss-Schiffahrt. Die Produktion von Kali ist ein wichtiger Faktor im Budget eines kommunistischen Rätedeutschlands. Die bourgeoise Regierung ist unfähig, das Kaliproblem zu lösen, will sie sich nicht selbst an den Pranger stellen. Sie zieht die Produktionsvernichtung wie jeder Bankrotteur einem Eingeständnis vor. Das muss die Arbeiterschaft begreifen lernen. Die Aufrechterhaltung der Kaliindustrie, die Errettung vor dem völligen Niederbruch ist eine der Lebensnotwendigkeiten der allgemeinen Wirtschaft, sie ist eine der Existenzfragen der künftigen, kommunistischen Gemeinwirtschaft. Russland benötigt das deutsche Kali in einem Masse, dass es die gesamte Jahresproduktion schlankweg für sich allein aufnehmen müsste. Wo bleibt dann der eigene deutsche Bedarf? Die ungeheure Nachfrage nach Kali in Amerika, in den englischen Dominiens? Glaubt jemand im Ernst, dass die elsässischen Kaliwerke in der Lage sind, den Welthunger nach Kali zu stillen? Ist denn genügend bekannt, dass die elsässischen Kaliarbeiter in derselben Situation stehen, wie ihre deutschen Genossen? Auch dort bei der allgemeinen Kalinot Stillegungen und Produktionssabotage. Wie kann es auch anders sein, wo ja die Franzosen nur die Erbschaft ihrer deutschen Kapitalfreunde angetreten haben.

Es gibt für die Kaliindustrie nur eine Lösung: die Arbeiter müssen die Produktion selbst in die Hand nehmen. Sie müssen die Regierung zwingen, den Tatbestand der Produktionssabotage von Staatswegen offenbar zu machen und darauf ihre Aktion stützen. Der Solidarität der elsässischen Genossen sind sie sicher. Man hat solange über dieses Kaliproblem geschwiegen, weil die Regierung noch immer es verstanden hat, einer direkten Beantwortung auszuweichen. Die Kalifrage eignet sich nicht zu nationalistischer Aufputschung, sie ist das Blümchen Rühr-mich-nicht-an in den Versailler, Brüsseler und Londoner Verhandlungen. Die Lebensinteressen im internationalen Ausmass für das Proletariat aller Länder liegen so offen auf der Hand und ein wirtschaftliches Lebensinteresse Sowjet-Russlands ist zu eng damit verknüpft. Gerade darum muss von der deutschen Arbeiterschaft die eindeutige Lösung jetzt erzwungen werden.

Der Aufmarsch des Petroleumkapitals.

Der kapitalimperialistische Kampf um das Petroleum hatte vor dem Kriege schon Formen angenommen, die die kommende grosse Auseinandersetzung um die Beherrschung dieses ungeheuer wichtigen Kraft-, Heiz- und Beleuchtungsmittels erkennen liess. In Amerika, in England und in Mitteleuropa hatten sich kapitalistische Gruppen gebildet, die den Wettbewerb finanzierten. Das russisch-

englische Abkommen, das die englischen Erdölinteressen in Persien sichern sollte, der englisch-amerikanische Streit um Mexiko, eines der bedeutendsten Petroleumländer, das Vordringen englischer Kapitalisten nach Baku, der russischen Erdölzentrale, die Bemühungen des deutschen Grosskapitals unter Führung der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft, um im Kampfe mit dem amerikanischen Petroleumtrust in der galizischen und rumänischen Petroleumindustrie Fuss zu fassen, die Streitigkeiten um ein deutsches Petroleummonopol, die Hineinbeziehung anderer Finanzierungsgruppen, beispielsweise des holländischen Oelkapitals, in die Konkurrenz, alles das waren Zeichen des kommenden Riesenkampfes. War früher die Gier des Grosskapitals hauptsächlich nach der Beherrschung der Produktionsstätten und der Lagerungen von Kohle und Eisen, der Motoren der modernen Wirtschaft, gegangen, so richtet sich der Hunger nunmehr auf ein vielleicht noch zukunftsreicheres Kraftmittel, das Erdöl. ' Die moderne Motorentechnik, die riesige Erweiterung des Automobilverkehrs, die wachsende Abhängigkeit der Kriegsflotten von der Beheizung mit Rohöl, die Beschickung der Kolonialländer, sowie auch Chinas und Japans mit Petroleum hatte die englische und deutsche Gruppe veranlasst, gegeneinander oder auch miteinander den Kampf mit Rockefeller, dem amerikanischen Petroleumkaiser, um die Erdölquellen der Welt aufzunehmen. Es handelte sich hier um Werte von vielen Milliarden, die sozusagen aus der Erde aufsprudelten und durch ein grosszügiges Röhrenverfahren leicht auf den Weltmarkt geleitet werden konnten.

So hatten sich drei grosse Petroleumgruppen herausgebildet: die amerikanische, die englisch-(holländische) und die deutsche Gruppe. Die Finanzpolitik der Diskontogesellschaft und der Deutschen Bank, besonders der letzteren, mit der politischen Spitze gegen England, und auf dem Wege nach Osten war offensichtlich auf Erringung bedeutender östlicher Petroleuminteressen in Galizien, Rumänien, Mesopotamien gerichtet. Auch während des Krieges war der englisch-amerikanische Petroleumgegensatz keineswegs aus der Welt geschafft. England hat im Gegenteil an der Steigerung seiner Petroleumpositionen in Mesopotamien gearbeitet. Der deutsch-englische Petroleumgegensatz kam in dieser Zeit scharf und offensichtlich zum Ausdruck. Wenn man will, kann man den Riesenkampf um die Linie Berlin—Bagdad einen Kampf um das Erdöl nennen.

England benutzte den Krieg, um seine Petroleuminteressen in Mesopotamien, Persien und nicht zuletzt in Baku zu erweitern und zu sichern. Die Unterstützung des kapitalistischen Anrennens gegen Sowjetrussland von Süden her, besonders Denikins und Wrangels, war nicht zuletzt die Gier des englischen Oelkapitals nach den riesigen Zisternen von Baku. Man wusste: die dauernde Unterbindung dieser Ader würde eine Blutleere Sowjetrusslands zur Folge haben.

Es ist anzunehmen, dass sich in den nächsten Jahren der Petroleumgegensatz ausserordentlich verschärfen wird. Vielleicht wird es dem englischen Oelkapital gelingen, Mexiko in den Krieg

mit den Vereinigten Staaten zu treiben. Vielleicht wird der Konflikt auf andere Weise zur Explosion kommen. Jedenfalls sind die Petroleumkapitalisten der ganzen Welt eifrig an der Arbeit und setzen jenen Feldzug zum Monopol hin auch nach dem Kriege fort.

Für das deutsche Petroleumkapital, das insbesondere in Rumänien sich verankert hatte, ist die Situation zunächst ungünstig geworden. Die Beherrschung der Petroleuminteressen des nahen Ostens ist diesem Kapital zunächst unmöglich gemacht. Seine Initiative ist wesentlich abgeschwächt, und es sieht sich daher nach Verbündeten um. Deshalb hat kürzlich die deutsche Erdölgesellschaft, der Petroleumkonzern der Diskontogesellschaft, eine Interessengemeinschaft mit Société pétrole de Dabrover in Paris abgeschlossen, die die Firma „Internationale Petroleum-Union" führt. Das Unternehmen, dessen Sitz Zürich ist und dessen Kapital 210 Millionen Schweizer Franken beträgt, hat 75 Prozent der Aktien der deutschen Erdöl-Akt.-Ges. und ebenfalls 75 Prozent der Aktien der französischen Gesellschaft übernommen. Die deutschen Interessen der deutschen Erdöl-Akt.-Ges. liegen in Galizien und Rumänien, das französische Unternehmen hat hauptsächlich ostgalizischen Petroleumbesitz. Die deutsche Erdöl-Akt.-Ges. hatte vor dem Kriege und während des Krieges eigene wichtige Erdölunternehmungen im Elsass, ferner hat sie Petroleumbetriebe in der Provinz Hannover, in Mecklenburg usw.

Es ist also eine Verkoppelung von deutschen und französischen Petroleuminteressen, die die Ueberantwortung deutscher Petroleumgerechtsame an das die Züricher Union beherrschende französische Petroleumkapital bedeutet. Selbstverständlich hat diese Transaktion die Deutsche Bank, deren nach Osten gerichtete Kriegs-Petroleum-Politik völlig fehlgeschlagen ist, in Harnisch gebracht. Unter der Vorgabe „Vaterländische Gesinnung" kommt der alte Petroleumstreit zwischen der Diskontogesellschaft und der Deutschen Bank, der zeitweise in eine Interessengemeinschaft auszulaufen schien, wieder zum Ausbruch. Dieser Gegensatz war in der Vorkriegszeit am schärfsten — gelegentlich des Gesetzentwurfes über ein deutsches Petroleummonopol, als dessen Gegner die Diskontogesellschaft und als dessen Befürworter die Deutsche Bank auftraten. In Wirklichkeit handelt es sich um den Vorrang einer der Banken in der östlichen Petroleumindustrie, der durch den Erwerb holländisch-rumänischer Petroleuminteressen gesichert werden sollte. Der Petroleumkonzern der Diskontogesiellschaft hatte die holländischen Interessen an sich gerissen, worauf die Deutsche Bank mit dem Vorwurf des Landesverrats antwortete, der in der Generalversammlung der deutschen Petroleum-Akt.-Ges., des Erdölkonzerns der Deutschen Bank, am 9. März d. J. behandelt wurde. Diesmal handelt es sich um jenes Bündnis Paris-Diskontogesellschaft, das der Deutschen Bank nicht in den Kram passt. Wie dieser Kampf enden wird, ob mit einer Einfügung der Petroleuminteressen der Deutschen Bank in den von französischem Kapital beherrschten Schweizer Trust oder durch eine andere Art des Zusammenschlusses, lässt sich nicht sagen. Sicher ist nur, dass das deutsche Petroleumkapital schon jetzt in den Dienst jener grossen

weltkapitalistischen Auseinandersetzung gestellt wird. Wahrscheinlich ist, dass der Riesenkampf zwischen England und Amerika ausgefochten wird, wobei beide Gruppen versuchen werden, die übrigen Petroleuminteressen sich zu verbünden. In diesem Kampfe wird Sowjetrussland eine ausserordentlich wichtige Rolle spielen, und es ist jetzt schon zu sehen, dass das Werben um Sowjetrussland nicht zuletzt ein Werben um die Petroleumbeherrschung und damit die Sicherung der Weltmarktposition Englands und Amerikas ist. Das englisch-russische Handelsabkommen ist von seiten Englands eine Etappe auf diesem Wege. Das deutsche Proletariat jedoch ist in Gefahr, für diese Auseinandersetzung der beiden grosskapitalistischen Gruppen das Hauptopfer zu sein. Seine Verbündung mit Sowjetrussland würde sofort die Situation verändern. Sie wäre auch in dieser Hinsicht eine Klärung. Mindestens würde das deutsche Proletariat in dem kommenden Kampfe eine viel bessere Position haben als jetzt, wo es Gefahr läuft, im kapitalistischen Grosskrieg um das Erdöl geopfert zu werden.

Literatur.

Dr. A. Charasch: „Lenin". Mit einem Vorwort von Paul Axelrod. 36 Seiten. Preis 15,— Mk.

Lenin ist nicht etwa unmoralisch sondern amoralisch. Er ist skrupellos in der Wahl seiner Mittel, weswegen er, der nur der Idee fanatisch ergebene „sozialistische Despot", mit Hilfe von allerhand niedrigem Gesindel, von Sansculotten, Zuchthäuslern, Brasseurs d'affaires, eine neue Welt aufzimmern will. Seine Hauptkraft ist seine Demagogie, er ist ein Sklave der Masse, freilich sind auch die Massen seine Sklaven. Im übrigen ist er durchaus ein Theoretiker, freilich hat er eine ganz unmarxistische Lust an Zerstörung. Immerhin besitzt Lenin durchaus einige positive Eigenschaften, Schlichtheit, einen eisernen Willen etc. Der Menschewist Axelrod, der das Vorwort zu dieser Broschüre liefert, stellt gekränkt fest, dass es von Charasch durchaus nicht notwendig gewesen wäre, einige positive Eigenschaften als Lenins seltene Tugend hervorzuheben. Denn, sagt Arelrod, unter den Besten der russischen revolutionären Bewegung sind solche Tugenden keine Ausnahmen. Womit P. Axelrod recht hat, wenn auch nicht mit der Anspielung auf sich und Konsorten als jene Besten.

Die Methode, mit der Charasch die Darstellung der Persönlichkeit Lenins zu geben versucht, hat nichts mit der historisch-materialistischen gemein, aber alles mit der bürgerlichen und menschewistischen „Geschichtsschreibung", durch Sammlung von Anekdoten, moralische und ethische Entrüstung, den Bolschewismus dadurch zu vernichten, dass man aufzeigt, wie schlecht geartet seine Repräsententen sind. Charasch ist übrigens „objektiv" genug, ein abschliessendes Urteil darüber, ob Lenin mit goldenen oder blutigen Lettern in die Geschichte eingemeisselt wird, der Geschichte zu überlassen. Wir müssen freilich schon heute feststellen, ehe dies die Geschichte tut, dass das Werk des Dr. A. Charasch ein Dutzend-Machwerk ist. ge.

Eingegangene Schriften.

(Besprechungen behält sich die Redaktion vor.)

Arcos, **Abendland.** Verlag Erich Reiss, Berlin W. 62. . Preis 6,— Mk.

Michel, **Mensch.** Verlag Erich Reiss, Berlin W. 62. . Preis 5,— Mk.

Rilla, **Politik.** Verlag Erich Reiss, Berlin W. 62. . . . Preis 7,— Mk.

Dr. A. Charasch, **Lenin.** Mit einem Vorwort von Paul Axelrod, Zürich, Orelli Füssli. , , , ... Preis 15.— Mk.

W. M. Brown, **Communism and Christianism.** Galion, Ohio, Bradford Brown, Educnational Company, Inc. Publishers.

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. — Neustädt. Vereinsdruckerei.

Die Internationale

Jahrg. 3 * Erscheint am 1. u. 15. jeden Monats. * Heft 4

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der erste Versuch.

Von A. Thalheimer.

Berlin, den 15. April 1921.

Die Märzkämpfe sind niedergeschlagen. Der bewaffnete Aufstand in Mitteldeutschland ist niedergekämpft, der Generalstreik beendet. Der Rachefeldzug der Bourgeoisie ist im Gange. Eberts ausserordentliche Gerichte wüten. Tausende der besten kommunistischen Kämpfer liegen auf der Strasse, schmachten in Gefängnissen und Zuchthäusern, viele liegen erschlagen. Das Zentralorgan der Partei ist unterdrückt. Die Provinzpresse der Partei wird von der ausserordentlichen „Justiz" nicht minder summarisch behandelt.

Der erste wirkliche Kampf, den die Vereinigte Kommunistische Partei geführt, hat schwere Opfer gekostet. Es ist ganz in der Ordnung, wenn die menschewistischen Parteien, die als Vorhut der Gegenrevolution die Bewegung niederschlugen, das Erwachen des Gewissens der revolutionär fühlenden Proletarier in ihren Reihen zu übertäuben suchen mit einer wilden Hetze gegen die Kommunisten. Es ist erklärlich, aber nicht in der Ordnung, wenn in den Reihen der Partei selbst sich Stimmen vernehmen lassen, die verteufelt ähnlich klingen, wie die Stimmen aus dem menschewistischen Lager, Stimmen der Kleinmut, ja Stimmen der Anklage. Es ist nicht das erste Mal, dass die kommunistische Bewegung in Deutschland eine Niederlage im Kampf erleidet. Sie stand immer stärker aus diesen Niederlagen auf. Sie tat es, nicht nur weil sie verstand, fruchtbare Lehren aus ihnen zu ziehen, sie tat es vor allem auch, weil sie trotzig und kühn sich zu ihren Schlachten bekannte. Die Revolution ist mehr als ein strategisches Rechenexempel. Wenn der erste Napoleon sagen konnte, dass der moralische Faktor im Kriege 80 Prozent ausmacht, so gilt das noch in höherem Masse

für den Bürgerkrieg. Die moralische Kraft, der Schwung, der heroische Opfermut, dessen die proletarische Revolution bedarf, um zu siegen und um den Sieg zu behaupten, kann nur durch den Kampf selbst geschaffen werden. Die Januar- und Märzkämpfe des Jahres 1919 waren die Märtyrerweihe des Kommunismus in Deutschland. Sie schufen die erste Tradition der proletarischen Revolution, sie wurden der Kraftquell, aus dem die Besten des deutschen Proletariats Stärke, Zuversicht, trotzigen Kampfwillen schöpften. Sie wären das nicht geworden, wenn die deutschen Kommunisten diese ihre ersten schweren Kämpfe verleugnet hätten, wenn sie in den grossen Opfern dieser Kämpfe Opfer politischer Abenteuer erblickt hätten, statt die Märtyrer der geschichtlichen Sendung des Proletariats. Von „Putsch" und „Abenteuer" zu sprechen, war bisher der Konterrevolution überlassen und ihren Mameluken im Lager der Arbeiterklasse.

Die Stimme der konterrevolutionären Verzagtheit und Verleumdung und der Unfähigkeit, die ehernen Notwendigkeiten der Revolution zu verstehen, die die Januar- und Märzkämpfe des Jahres 1919 anfänglich begleiteten, wo sind sie geblieben? In den Herzen des Proletariats sind sie längst verklungen. Es hat längst den Januar und März 1919 aufgenommen in die Tafeln nicht der Revolutionsabenteuer, sondern der Revolutionsgeschichte. Die grossen Opfer dieser Kämpfe entehrt es nicht mit Tränen der Reue und der Zerknirschung, sie leben in seinem Herzen, umstrahlt vom Purpurglanz der revolutionären Märtyrerschaft.

Wenn aber heute vereinzelte Stimmen in der Partei klagen und anklagen, nicht die Konterrevolution, sondern die Partei, die in den Kampf gegangen ist, wenn sie die Gefallenen und die Gefangenen aufrufen, um zu zeugen wider den Kampf, so muss die Partei klar und offen sagen: Das ist nicht meine Stimme, das ist nicht mein Geist!

Die Partei hat das gesagt. Der Zentralausschuss der Partei, der am 7. und 8. April tagte, hat mit erdrückender Mehrheit (44 gegen 5 Stimmen bei 3 Stimmenenthaltungen) ausgesprochen, dass die Märzkämpfe 1921 so wenig ein Putsch oder ein politisches Abenteuer waren, wie die Januar- und Märzkämpfe des Jahres 1919. Er hat mit 26 gegen 14 Stimmen (bei Stimmenenthaltung der Zentrale) die Leitsätze der Zentrale zu den Märzkämpfen anerkannt, die die Linie der revolutionären Offensive festlegen, die erklären, dass die Märzaktion in dieser Linie liegt und die der Zentrale den Auftrag geben, die Partei auf volle Kampfkraft einzustellen.

* * *

Die Partei ist es ihrer revolutionären Ehre und Zukunft schuldig, streng abzurechnen mit den vereinzelten Führerelementen, die im eigenen Lager die Linie und die Haltung der Menschewisten vertreten. Die ersten deutlichen Anzeichen, dass Reste menschewistischer Auffassung in der Partei vorhanden sind, zeigten sich bei der italienischen Frage. Die Partei wandte sich gegen diese Strömung. Der Zentralausschuss entschied mit 28 gegen 23 Stimmen gegen sie, obwohl sie geführt war von Paul Levi und obwohl so gewichtige Namen wie die Klara Zetkins, Däumigs, Adolf Hoffmanns in dieser Frage sich auf die Seite Paul Levis stellten und obwohl die taktischen Gegensätze, die der italienischen Frage zugrunde lagen, nicht so deutlich ans Licht traten, dass ihre volle Tragweite von der gesamten Partei sofort begriffen worden wären. Jetzt, wo auf deutschem Boden diese Gegensätze sich zeigen, wo die taktische Frage gestellt ist im Anschluss an einen Kampf, dessen Führung in den Händen der Partei lag, tritt erst ans volle Tageslicht, was bei der italienischen Frage noch im Zwielicht lag, und jetzt hat die Partei durch ihren Zentralausschuss mit erdrückender Mehrheit diese Linie verworfen. Und sie hat positiv mit nahezu Zweidrittel-Mehrheit die Linie anerkannt, die der Märzaktion zugrunde lag. Das ist ein gewaltiger Fortschritt gegenüber der Entscheidung in der italienischen Frage, aber es zeigt an, dass doch ernste Arbeit zu tun ist, um in der gesamten Partei die Einstellung auf die Aktion und auf die Offensive zum Grundgesetz des Handelns zu machen.

* * *

Abgesehen von den einzelnen führenden Genossen, die die taktische Einstellung der Partei verneinen, die der letzten Aktion zugrunde lag, und die dabei zu einer Haltung gekommen sind, die sich kaum mit der Lupe von der der Unabhängigen unterscheiden lässt, heftet sich die Parteikritik nicht an die Linie selbst, sondern an ihre Durchführung. Hin und wieder versteckt sich die Kritik an der Linie der Partei hinter der Kritik ihrer Durchführung. Wo das der Fall ist, muss vollkommene Klarheit geschaffen werden, denn es ist dies sicherlich gefährlicher als die offene Verneinung dieser Linie. Aber zweifellos ist eine Reihe von Genossen vorhanden, die ehrlich und aufrichtig die Linie der Partei anerkennen, denen aber die Schwächen und Fehler des ersten Versuches erschweren, diese Linie klar zu sehen. Schon darum ist es nötig, sie klar herauszuheben, wenn es nicht an sich eine Lebensnotwendigkeit für die Partei wäre, die Fehler und Schwächen des ersten Versuches sich klar zu machen, um sie in Zukunft zu vermeiden.

* * *

Mit der Märzaktion trat die Partei zum ersten Mal seit ihrem Bestehen als Vereinigte Kommunistische Partei in die Aktion. Sie war zusammengeschmolzen nicht in der Aktion, sondern in einer Zeit verhältnismässiger Ruhe. Organisatorisch vollzog sich der Zusammenschluss rasch und fast ohne Reibungen. Aber es ist selbstverständlich, dass die innere Verschmelzung der Partei, ihre lebendige Einstellung auf den revolutionären Kampf nicht hergestellt werden konnte durch theoretisch-taktische Diskussion und durch organisatorische Massregeln, sondern nur durch den Kampf selbst. Die K. P. D., der alte Spartakusbund, hatte die längere Kampferfahrung hinter sich. Aber gerade die Kämpfe, die er durchgefochten, die Januar- und Märzkämpfe 1919 und dann die lange Periode der Legalität hatten in manchen Köpfen des alten Spartakusbundes eine gewisse Scheu vor der Aktion herangezüchtet. Einen Antiputschismus, der sich dem Opportunismus, dem Quietismus näherte. In der ehemaligen Unabhängigen Partei zeigten die Massen eher Neigung, K. A. P. istischen Stimmungen zugänglich zu sein. Aber auch in vereinzelten Führern hatten sich opportunistische Neigungen eingenistet. Alles in allem war klar, dass die Partei sich einen gewissen Ruck geben musste, um aktiv zu werden und dass sie nur in der Aktion die überkommenen Schwächen und Fehler erkennen und ablegen konnte. Die ehrlichste Anerkennung der sämtlichen Thesen der Kommunistischen Internationale kann nicht die eigene Kampferfahrung ersetzen, zumal nicht bei einer Massenpartei. Nur die eigene Kampferfahrung kann den allgemeinen Thesen zum Leben verhelfen, kann politisch und organisatorisch die revolutionären Kampfmethoden entwickeln. In dieser Hinsicht haben die Märzkämpfe für die Partei trotz aller schweren Verluste an kühnen Kämpfern, die sie erlitten hat, Ungeheures und Unersetzliches geleistet.

* * *

Sobald durch die Pariser und Londoner Verhandlungen die Bourgeoisie in eine internationale und innere Krise geriet, war für das deutsche Proletariat die Lage gegeben, in der es selbständig handelnd aufzutreten hatte und in der der Vereinigten Kommunistischen Partei die Pflicht oblag, der Arbeiterklasse führend voranzugehen. Die Partei war zu stark geworden, um in dieser Situation sich mit blosser Propaganda und Agitation zu begnügen, wie der Spartakusbund dies notgedrungenermassen hatte tun müssen. Sie war verpflichtet, alle inneren Konflikte, die sich ergaben, zu verschärfen und zu verbreitern, um eine umfassende proletarische Massenaktion zu befördern. Der Zentralausschuss der

Partei stellte sich auf gesteigerte Aktivität ein. Das war für die Konterrevolution das Signal, der Vorbereitung und Entfaltung der Aktion zuvorzukommen. Hörsing marschierte ins Mansfeldische ein, nicht von wegen einer Polizeiaktion, wie er vorgab, sondern um die revolutionäre Front vorzeitig aufzurollen, wie er nachher, bedrängt von dem rechten Flügel der Konterrevolution, offen zugab.

Die Mansfeldische Arbeiterschaft nahm den gebotenen Kampf auf. Das übrige Mitteldeutschland griff ein. Die Partei rief die gesamte Arbeiterschaft auf zum Generalstreik, um Mitteldeutschland zu Hilfe zu kommen. Den Verlauf der Aktion im einzelnen können wir als bekannt voraussetzen. Hier genügt es, die allgemeinen Ergebnisse hervorzuheben und den Charakter dieses Kampfes zu beleuchten.

* * *

Das Ergebnis ist, äusserlich besehen, eine Niederlage der V. K. P. D. Der Gegenangriff, den sie einleitete, kam nicht zur vollen Entfaltung. Er wurde abgefangen durch den Flankenstoss der Partei- und Gewerkschaftsführerschaft der U. S. P. und der S. P. D., die breite Arbeitermassen in Untätigkeit hielt oder gar wider die Kommunisten führte. Und trotzdem war es ein Massenkampf, den die Kommunistische Partei zu entfalten verstand. Hunderttausende von Proletariern gingen in den Kampf. Die Massen, die der Kampf mitriss, waren weit grösser als etwa diejenigen, die im Januar oder März 1919 kämpften. Und es zeigte sich in diesen Kämpfern ein Geist der Kühnheit und des Heldenmuts, der sich würdig anreiht dem Geist, der die Januar- und Märzkämpfe 1919 geleitet hat. Rein militärisch gesprochen mussten die Severing und Hörsing trotz aller öffentlicher Prahlerei sich selbst gestehen, dass die Proletarier sich heldenmütig geschlagen haben und dass die Heldentaten der Sipo, der Reichswehr und der Orgeschmannschaften rein geflunkert waren.

Das allgemeinste Ergebnis des Kampfes ist das, dass die bleierne Stagnation, in die die Arbeiterschaft versunken war, gebrochen ist. Alle politischen Erdschichten sind ins Rutschen geraten. Die Führerschaft der U. S. P. und der S. P. D. ist durch die Tat als konterrevolutionär demaskiert. Schon beginnt es zu gären in den Reihen der unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter. Der weisse Schrecken saust auf die Köpfe der Kommunisten nieder und er trifft nicht bloss die Kommunisten. Das instinktive Klassengefühl dieser Proletarier ist, trotz aller Lügen und Verleumdungen der Führer, angesichts der Schläge der Konterrevolution, im Erwachen. Aus allen Bezirken laufen die Nachrichten ein, dass jetzt in den öffent-

lichen Versammlungen unabhängige und sozialdemokratische Arbeiter sich gegen ihre Führer wenden, teilweise in der schärfsten Form. Der Nimbus der parlamentarischen Scheinopposition der S. P. D. ist zerfetzt. Die scheinrevolutionäre Phraseologie der U. S. P. ist enthüllt.

Und die offene Konterrevolution, die noch während des Kampfes im Rücken der Hörsingtruppen aufmarschierte, beeilt sich, rücksichtslos die Stellungen zu besetzen, die die Scheidemänner und Hilferdinge frei gemacht haben. Die sozialdemokratischen und unabhängigen Sieger in Mitteldeutschland werden von ihren Herren rücksichtslos an die Wand gedrückt. Klar zeigt sich das bei der Regierungsbildung in Preussen. Die Deutsche Volkspartei fordert ihren Lohn. Und die Deutschnationalen drängen nach. Die Bildung der preussischen Regierung ist in dem Augenblick, wo wir dies schreiben, noch nicht abgeschlossen. Aber so viel ist jetzt schon klar, dass die Scheidemänner jetzt offen oder verkappt sich der Herrschaft der Stinnespartei auch in Preussen unterwerfen, oder dass sie aus der Regierung verschwinden müssen.

Ausserhalb der Regierungsbildung stehen rechts von der Stinnespartei die Deutschnationalen, links von den Mehrheitssozialisten die Unabhängigen. Die Deutschnationalen, bei denen Junker, Offiziere, Grossindustrielle, akademische Intelligenz und ein Teil des Kleinbürgertums sich zusammenfinden, halten sich noch ausser der Regierung, um volle Handlungsfreiheit zu haben, um ungehindert den illegalen Machtapparat der Konterrevolution erweitern und spielen lassen zu können. Die Unabhängigen auf der anderen Seite, obwohl praktisch noch aufs engste verbunden mit der Sozialdemokratie durch die gemeinsame Kampffront gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft in den Gewerkschaften und die gemeinsame Stellung in den ausserpolitischen Fragen, halten sich noch ausserhalb der Regierung, weil sie nur auf diese Weise die bei ihr organisierten Arbeiter an die Konterrevolution fesseln können.

Aber gerade die Zuspitzung der Wiedergutmachungskrise kann rascher, als heute jemand glaubt, dazu führen, dass die deutsche Bourgeoisie den Unabhängigen und Sozialdemokraten das undankbare Geschäft überweist, die Kapitulation vor der Entente zu vollziehen.

Wenn jetzt wieder die „Ordnung" in Preussen-Deutschland herrscht, so ist das nicht mehr dieselbe Ordnung, die vor den Märzkämpfen herrschte. Es ist nicht mehr die kampflose Ergebung der Arbeiterschaft in den Willen der Bourgeoisie, es ist die Herrschaft mittels des weissen Schreckens wider eine Arbeiterschaft, die ge-

zeigt hat, dass sie zu kämpfen versteht, und die dem Gegner kühn ins Gesicht schleudert, dass sie zu neuen Kämpfen rüstet, dass sie dem ersten Gefecht grössere, umfassendere Gefechte folgen lassen wird. Der feuerspeiende Vulkan ist für den Augenblick gedämpft, aber ein neuer Ausbruch bereitet sich vor.

Die Bourgeoisie wird ihren momentanen Sieg benutzen, um sich mit der Entente zu verständigen. Sie wird rücksichtslos die Lasten der Wiedergutmachung auf die Arbeiter abwälzen. Und wenn nicht vorher schon die äussere Krise zu Entladungen führt, so werden dann, unter den Wirkungen der doppelten Versklavung, die breitesten Arbeitermassen unter der Führung der Kommunisten in den Kampf gehen müssen.

* * *

Es ist nicht leicht, die Fehler und Schwächen dieses ersten Versuches der Partei, eine Massenaktion zu führen, zu kritisieren in einem Augenblick, wo die weisse Justiz sich ungezügelt gegen unsere Partei austobt und wo einer der bisherigen Führer der Partei, Paul Levi, sich offen an die Seite der Hilferdinge stellt, ihre Sprache spricht und Eberts Staatsanwälten und Richtern die Argumente liefert. Und dennoch muss es geschehen um der Partei willen, und es kann mit aller Offenheit geschehen, weil die Fehler und Schwächen dieses ersten Versuches leicht wiegen gegenüber der Tatsache, dass die Partei gekämpft hat und dass sie aus dem Kampf hervorgeht mit dem Entschluss, erst recht zu kämpfen.

Levis Anklage von wegen bakunistischen Putschismus können wir hier ruhig mit einer Handbewegung beiseite schieben. Der Kampf, den die Partei geführt hat, unterscheidet sich im Wesen nicht im geringsten von den Januar- und Märzkämpfen des Jahres 1919, wo die Partei auf eine Provokation des Gegners mit Kampf geantwortet hat. Was diesmal anders ist, ist folgendes: Die Provokation erfolgte nicht in Berlin, sondern in Mitteldeutschland. Sie erfolgte nicht als Endglied vorhergehender Provokationen, sondern kam wie aus der Pistole geschossen. Im Januar 1919 blieb der Kampf auf Berlin beschränkt, wo er allerdings ungeheure Arbeitermassen mit sich riss. Diesmal ergriff er das ganze Reich, wenn auch in sehr verschiedenem Grade. Im Januar 1919 befanden sich die proletarischen Massen noch in einem weit flüssigeren Zustande als im März 1921. Die S. P. D. und die Gewerkschaftsbürokratie hatten vielfach ihren Halt in den Massen verloren. Die U. S. P. war noch schwach. Die letzten Märzkämpfe fanden statt unter Bedingungen, wo die S. P. D. und U. S. P. wieder breitere Massen in ihren Organi-

sationsrahmen fest eingespannt hatten. Dafür stellte die kommunistische Bewegung eine ganz andere organisatorische Kraft dar, als dies im Januar 1919 der Fall war.

Rosa Luxemburg hat damals streng von sich gewiesen, den Januarkampf als einen Putsch gelten zu lassen, obwohl sie sehr wohl wusste, dass die Kampfleitung, die damals nicht in den Händen der Kommunisten war, die Ziele des Kampfes weiter gesteckt hatte als es der Situation entsprach. Diesmal war die Leitung des Kampfes in kommunistischer Hand und keinem Menschen ist es eingefallen, ihm schon das Ziel der Eroberung der Staatsgewalt zu setzen. Das blieb Paul Levi vorbehalten, der darauf ausging, in der ersten grossen Aktion der Partei ein politisches Abenteuer, einen „bakunistischen Putsch grössten Stils" zu entdecken. Den Beweis dafür ist er allerdings schuldig geblieben. Er versucht ihn dadurch zu erbringen, dass er die Aktion des Gegners einfach aus der Rechnung ausschaltet, und nachdem das geschehen ist, ist es kinderleicht, einen Putsch ins Blaue hinein zu konstruieren. Sein weiteres Beweismaterial besteht in vereinzelten putschistischen Begleiterscheinungen des Kampfes, von denen er sorgfältig verschweigt, dass sie nicht mehr als Begleiterscheinungen waren, dass die Zentrale der Partei nicht nur nichts mit ihnen zu tun hat, sondern alles tat, um sie zu beseitigen, und wobei er die paar armseligen Fliegen, die er erwischen konnte, vermittels der Auswertung der Verleumdungen der Scheidemänner und der Hilferdinge zu Elefanten aufbläst. Das alles sind Dinge, mit denen die Partei sich organisatorisch auseinandersetzen muss, über die sich aber ernsthaft politisch nicht reden lässt.

* * *

Worin bestanden die wirklichen Fehler und Mängel dieses ersten Versuches?

Die Aktion erschien „künstlich" und „plötzlich", nicht genügend politisch vorbereitet. Worin bestand diese nicht genügende politische Vorbereitung? Wenn gesagt wird, die Partei hätte die Aktion Hörsings nicht mit einer Gegenaktion sogleich beantworten dürfen, sondern sie hätte sich Zeit lassen müssen, um sie auswirken zu lassen, so ist das, mit Verlaub zu reden, Klugscheisserei, aber nicht revolutionäre Strategie. Die mitteldeutsche Arbeiterschaft konnte diesen Streich, der gegen ihre Brust gerichtet war, nicht übersehen und sie konnte sich auch nicht wochenlang Zeit lassen, um ihn zu parieren. Das hätte praktisch nichts anderes bedeutet, als ihn n i c h t zu parieren, dem Kampfe auszuweichen. Das war im März 1921 ebenso unmöglich, wie es im Januar 1919 unmöglich war, die

damalige Provokation Ernst durch die Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn solange sich auswirken zu lassen, bis etwa in ganz Deutschland die revolutionären Arbeiter bereit gewesen wären, den Schlag zu parieren. Genau wie damals, so musste jetzt der Streich auf der Stelle pariert werden, wie ungenügend vorbereitet auch politisch die Arbeiterschaft war, wie „verfrüht" der Kampf sich entspann.

Die Propaganda für den Offenen Brief und für das Bündnis mit Sowjetrussland ruhig fortzusetzen, als wäre nichts geschehen, das ist Studierstubenstrategie, wie es im Buche steht.

Die „ungenügende" politische Vorbereitung liegt auf einem ganz anderen Felde, als die Kritiker von rechts das meinen. Sie liegt darin, dass die Partei nicht frühzeitig genug bei der Verschärfung der äusseren Krise zugleich die innere Kampffront aufrollte, dass sie sich viel zu lange begnügte mit der äusseren Kampffront, der Propaganda des Bündnisses mit Sowjetrussland.

Es war falsch, zu glauben, dass die Parole des Bündnisses mit Sowjetrussland genüge, um sozusagen automatisch die innere Kampffront aufzurollen.

Aber bei alledem ist es die reine Phantasie, zu glauben, unter den gegebenen Verhältnissen hätten Propaganda und Agitation für sich allein das Wunder bewirken können, die U. S. P.- und S. P. D.-Arbeiterschaft in ihrer ganzen Breite von ihrer Führung loszulösen und sie unter kommunistische Führung zu stellen.

Wenn wir überhaupt irgend etwas von Rosa Luxemburg gelernt haben sollten, so sollte es das sein, dass es eine kindliche Spielerei, wenn nicht Schlimmeres ist, zu klügeln, was hätte sein können, wenn diese oder jene geschichtliche Situation, die der oder jener reale Faktor nicht gewesen wäre, Rosa Luxemburg hat dafür immer nur den grimmigsten Spott gehabt.

Um eine geschichtliche Parallele der neueren Revolutionsgeschichte anzuführen, so war es bekanntlich während der ersten russischen Revolution von 1905 und 1906 einer der Hauptvorwürfe der Menschewisten gegen die Bolschewiki, dass sie die Frage des Achtstundentages aufgeworfen und damit die Bourgeoisie wieder in die Arme des Zarismus getrieben hätten. Die guten Leute übersahen die Kleinigkeit, dass das Proletariat, wenn es in den Kampf hineingeht, sei es auch in eine „bürgerliche" Revolution, es als Proletariat in diesen Kampf hineingeht, woraus zwingend folgt, dass es in diesem Kampfe notwendig auch seinen sozialen Gegensatz gegen die Bourgeoisie revolutionär hervorkehren muss, mag das nach dem geschichtlichen Schema noch so „verfrüht" sein.

Allemal sind es solche „verfrühten" Kämpfe, die selbst die Voraussetzungen schaffen, um das Proletariat reif zu machen für die kommenden Kämpfe, die eben nur darum nicht verfrüht sind, weil ihnen die verfrühten Kämpfe vorausgegangen sind.

Die Kommunistische Massenpartei bestünde nicht in Deutschland ohne die Niederlagen des Jahres 1919. Und das kolossale Mass von Kampfkraft, das die deutsche Arbeiterschaft in den letzten Märzkämpfen aufgebracht hat und das vollgültig bezeugt wird durch das rasende Umsichschlagen der Bourgeoisie nach dem Kampf, stammt diese Kampfkraft aus den parlamentarischen Tournieren der Hilferdinge und der Scheidemänner, oder stammt sie aus den Strassenkämpfen von 1919 und 1920?

Ueber die organisatorischen Mängel, die dieser Kampf aufzeigte, brauchen wir hier nicht des längeren zu reden. Das wird Sache der Organisatoren der Partei sein und wird an anderer Stelle geschehen.

Wären die Märzkämpfe nicht das erste Heraustreten der Vereinigten Kommunistischen Partei aus der blossen Propaganda und Agitation, so wäre nicht nötig, zu sagen, dass die Partei alles in allem diese ihre erste Probe ehrenvoll bestanden hat. Revolutionäre Parteien bedürfen am wenigsten des Selbstlobs, sie bedürfen nichts so sehr als der Selbstkritik. Aber wenn vereinzelte Stimmen sich hören lassen, die die Mängel und Fehler dieses ersten Versuches ins Groteske aufbauschen und aus eigenem neues hinzuphantasieren, um die Partei zurückzuschleudern auf den Punkt, den sie überwunden hat, so ist es wohl angebracht, zu sagen, dass die Partei alles in allem mehr geleistet hat als erwartet werden konnte. Und wenn jetzt die Partei die Schlüsse aus diesem ihren Kampf nach vorwärts zieht und nicht nach rückwärts, wenn sie, noch blutbedeckt von der Schlacht, ihre Reihen neuordnet zum Kampfe, so hat sie unseres Erachtens dadurch noch mehr als durch den Kampf selbst erwiesen, dass sie berufen ist, die deutsche Arbeiterklasse zum Siege zu führen.

Der Fall Levi.

Von Paul Frölich.

I. Auch eine Methode.

Als Paul Levi aus der Zentrale der Partei austrat, war es für jeden, der ihn und die Dinge kannte, klar, dass Levi zwischen sich und die Parteimehrheit das blanke Schwert gelegt hatte. Es war klar, und diese Ueberzeugung ist von mehr als einem Genossen mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden, lange bevor die italienische Frage auf die Tagesordnung kam, lange bevor die Möglichkeit eines Austritts Levis aus der Zentrale infolge akuter sachlicher Differenzen ins Auge gefasst wurde, dass Levi, ausserhalb der Parteileitung stehend, eine Opposition schaffen werde. Und zwar eine besonders geartete Opposition, eine solche nämlich, die sich nicht mit dem Ziele begnügen würde, die eigenen Auffassungen in der Parteipolitik durchzusetzen, sondern die einen Kampf auf Leben und Tod zwischen ihn und seinen Gegnern bedeuten würde. So stark war diese Ueberzeugung, dass Genossen, die damals sachlich mit ihm einverstanden waren, erklärten: Paul Levi gehört entweder in die Leitung der Partei oder aus der Partei!

Dass die Frage so scharf gestellt werden konnte, zu einer Zeit, als die sachlichen Gegensätze noch nicht in die Erscheinung getreten waren, und von Genossen, die damals einig waren mit ihm, das ist begründet in der impressionistisch-opportunistischen Politik Levis und seiner geringen Verbundenheit mit den Massen.

Die Gefahr ist jetzt handgreiflich da, grösser, als sie erwartet werden konnte. Paul Levi hat zur Begründung seiner ungerechtfertigten Demission das Gespenst einer Parteispaltung an die Wand gemalt. Jetzt sorgt er dafür, dass er Recht behält. Er unternimmt den aussichtslosen Versuch, die Spaltung der Partei herbeizuführen.

Diesem Zwecke dient, klar ausgesprochen, eine Schrift: „Unser Weg. Wider den Putschismus", die er dieser Tage im Verlag Seehof herausgegeben hat. Die Mittel, mit denen er operiert, lassen vollkommen das vermissen, was man zuerst von jedem Parteigenossen verlangen müsste, auch von ihm selbst, wenn er der einfache Parteisoldat wäre, als der er gelten will: das Verantwortlichkeitsgefühl. Levi nimmt nicht an der Aktion teil. Er kommt aus den Ferien zurück nach Abschluss der Aktion. Er hört ein paar Genossen, die Gegner der Aktion sind und schreibt in zwei Tagen eine Broschüre zusammen, ohne sich genau zu informieren. Er schreibt über die inneren Vorgänge im Zentralausschuss und in der Zentrale, gestützt auf unterschlagene, nicht korrigierte Protokolle — wer hat lauter über die Unzuverlässigkeit von Protokollanten gewettert als Paul Levi? —. Er legt nicht den Gedanken dar, gegen den er sich wendet, sondern klammert sich an einzelne Worte aus einem nicht korrigierten Protokoll. Er fälscht Worte in die Zitate

hinein. Er macht den Mitgliedern der Zentrale die tollsten Unterstellungen, baut darauf die Anklage wegen Putschismus auf und bricht in seinen Zitaten gerade an den Stellen ab, wo der Gegenbeweis gegen seine Anklage kommt. Er stützt sich weiter auf private Aufzeichnungen einer Person, die aus dem Recht, an den Sitzungen teilzunehmen, den Beruf machte, den Gegnern der Zentrale die Stricke zu liefern, an denen die Zentrale gehängt werden könnte. Ueber die Beweiskraft solcher sporadischen, von böswilligen Leuten gesammelten Aeusserungen ist sich Levi keinen Augenblick im Zweifel gewesen. Er brauchte sie für seine Absichten und da verliess ihn selbst das primitivste Reinlichkeitsgefühl, das vor der Benutzung solcher Quellen warnt. Er arbeitet mit allen Mitteln der Stimmungsmache in der Erwartung, dass dem Gegner Anstand und Pietät verbieten, auf dieses Gebiet zu folgen. Er will die Parteispaltung und deshalb behauptet er heute schon: „Es kann sich in Wochen, in Tagen vielleicht schon entscheiden, ob die Kommunistische Partei Deutschlands, ob der Kommunismus in Deutschland als Partei noch weiter besteht". Diese und ähnliche Aeusserungen macht er, um die Partei nervös zu machen, während Zentralausschuss und Mitgliedschaft trotz eifriger Wühlarbeit von gewisser Seite auch nicht einen Augenblick den Gedanken einer Spaltung aufkommen lassen.

Das zur Kennzeichnung der Levischen Aktion, ihrer Bedeutung und ihrer Methoden. Bei der Behandlung der Grundfragen werden wir die Beweise für die einzelnen Behauptungen bringen.

II. Ueber Putschismus.

Die Anklage Levis gegen die Zentrale lautet auf Putschismus. Nun ist es eine alte Erfahrung, dass es eine eindeutige und gegen jeden Einwand gesicherte Definition für den Begriff „Putsch" nicht gibt. Keinesfalls darf man sagen, dass etwa jede bewaffnete Aktion, die mit einer Niederlage endet, ein Putsch sei. Levi hütet sich, in diese jammervolle U. S. P.-Theorie zu verfallen. Er beruft sich gewöhnlich auf den Januarkampf 1919 und bemängelt dabei, dass dieser Kampf zum Kampf um die Macht wurde. Darin sieht er das Putschistische dieses Falles.

Viel klarer hat Rosa Luxemburg in ihrer Bilanz des Januarkampfes die Dinge gesehen in jenen Worten, die ich hier schon einmal zitierte und die für die Beurteilung des revolutionären Kampfes von ausserordentlicher Bedeutung sind:

> Auch hier stehen wir vor einem der grossen historischen Gesetze der Revolution, gegen die alle Klügeleien und Besserwissereien jener kleinen „Revolutionäre" vom Schlage der U. S. P. zerschellen, die in jedem Kampfe nur nach Vorwänden zum Rückzug haschen. Sobald das Grundproblem der Revolution klar aufgestellt ist — und das ist in dieser Revolution der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann, als des ersten Hindernisses für den Sieg des Sozialismus —, dann taucht dieses Grundproblem immer wieder in seiner ganzen Aktualität auf, und jede einzelne Episode des Kampfes rollt es mit Fatalität auf, mag die Revolution zu seiner Lösung noch so unvorbereitet.

mag die Situation noch so unreif sein. „Nieder mit Ebert-Scheidemann", — diese Losung taucht unausweislich in jeder Revolutionskrise auf, als die einzig erschöpfende Formel aller partiellen Konflikte, und treibt dadurch von selbst, durch ihre innere objektive Logik, ob man es will oder nicht, jede Kampfepisode auf die Spitze.

Das ist so einleuchtend, dass man kein Wort hinzuzusetzen braucht und damit wird jene Argumentation wesentlich eingeschränkt. Auch das spezielle Argument, das Levi zur Kritik des Januarkampfes regelmässig anführt, hat nicht die grundlegende Bedeutung, die ihm beigelegt wird, nämlich das Dokument der Regierungsbildung Ledebour-Scholze-Liebknecht. Das war zweifellos ein schwerer politischer Fehler, weil dieses Dokument eine Waffe in den Händen der Scheidemänner werden musste. Aber ein Dokument macht keine Aktion zu einem Putsch. Paul Levi spielt sich als politischer Testamentsvollstrecker Rosa Luxemburgs auf. Wollte er diese Rolle mit Recht und Ehren durchführen, dann müsste er nicht nur seine Auffassung über den Januarkampf, sondern noch manche andere revidieren.

Soweit hat Levi vollkommen unrecht, als er sich gegen die extremen Kampfesziele wendet, die aus Elementen einer Aktion herauswachsen, selbst dann, wenn die Macht der Arbeiterklasse für diese Ziele noch nicht ausreichen. Soweit aber kann man ihm Recht geben, als es notwendig ist, bei Beginn einer Aktion die nächsten Etappenziele zu setzen und nicht von vornherein einen Kampf um die Macht zu proklamieren, für den die Situation noch nicht reif ist. Und da kommt Levi mit seiner Anklage. Nachdem er die Machtverhältnisse in Deutschland in seiner Weise geschildert hat, ruft er aus:

> Wer unter diesen Umständen j e t z t; in dieser S i t u a t i o n, eine Aktion beginnt, um die Staatsgewalt zu erobern, der ist ein Narr, und wer der Kommunistischen Partei vorerzählt, sie, die Kommunistische Partei, brauche nur zuzugreifen, der ist ein Lügner.

Hier haben wir die Grundlage für Levis Kritik, und diese Grundlage ist in der Tat eine Narretei und eine Lüge. Es wird Levi nicht gelingen, auch nur eine Tatsache anzuführen, durch die seine pathetisch aufgestellte Behauptung bewiesen würde. Und wenn er die Beweise für die andere Säule seiner Argumentation, den Satz nämlich:

> Dass dieses, was hier in Deutschland vorging, ein aus der Pistole geschossener Aufstand gegen die Bourgeoisie und vier Fünftel des Proletariats, ein Putsch sei, bedarf wohl keines weiteren Wortes.

Wenn er die Beweise für diese Behauptung erbringen will, dann muss er schon zu den Zitierkunststücken greifen, in denen er Meister ist.

Was hat die Zentrale getan? Sie hat vor einer Konferenz, bestehend aus dem Zentralausschuss und verantwortlichen Funktionären der Partei, auf die ereignisschwere politische Situation hingewiesen. Sie hat hingewiesen auf den Konflikt zwischen der

deutschen Regierung und der Entente und seine wahrscheinlichen Folgen, auf den Konflikt zwischen der bayrischen und der Reichsregierung, auf den Konflikt zwischen Polen und der Reichsregierung und auf die wirtschaftlichen Kämpfe der Landarbeiter und Bergarbeiter, die sich in der Entwicklung befanden. Das alles weiss Paul Levi aus dem Protokoll. Für alles das hat er in seiner Schrift kein Wort. Er beweist aber seine höhere historische Einsicht dadurch, dass er mit dem gröbsten Geschütz auf einen Satz über die Möglichkeit eines englisch-amerikanischen Krieges lospulvert, der noch dazu im Protokoll erweislich falsch wiedergegeben ist, in der Debatte so gut wie keine Rolle gespielt hat. Die Zentrale hat aus all jenen Konflikten den Schluss gezogen: Die Partei hat in Alarmbereitschaft zu gehen, sie hat durch ihr Handeln die Konflikte zu verschärfen, und nach Möglichkeit zu verhindern, dass diese Konflikte auf dem Wege des Kompromisses einzeln erledigt oder hinausgeschoben werden. Sie hat bei Ausbruch eines dieser Konflikte mit genauer Kraft dafür zu sorgen, dass möglichst im einheitlichen Kampf alle brennenden Fragen auf die Tagesordnung kommen. Die Zentrale erkannte, dass die erste Voraussetzung für die Lösung der wichtigsten Fragen der Sturz der Regierung sei (wohlgemerkt: der Sturz der Regierung! Niemand dachte an den Sturz der Bourgeoisie!), dass mit den Parolen angeknüpft werden solle an die bisher propagierten Parolen des Offenen Briefes und des Bündnisses mit Sowjetrussland.

Niemand dachte an einen unmittelbaren Vorstoss ohne starken Anstoss durch neue Tatsachen. Und wenn Levi von einer aus der Pistole geschossenen Aktion spricht, so lügt er in doppelter Hinsicht. Einmal deshalb, weil die tatsächliche Aktion nicht aus der kommunistischen, sondern aus der Hörsingschen Pistole geschossen wurde, zweitens, weil er genau wusste, dass die Zentrale an keine unvermittelte Aktion dachte, als sie die Partei in den Alarmzustand brachte. Er wusste es, denn er hält bei einem seiner Zitate genau an der Stelle inne, wo es im Protokoll weiter heisst:

> Wie haben wir als Kommunistische Partei auf einen solchen nationalen Putsch, auf einen Krieg zwischen Polen und Deutschland zu reagieren? Das sind Fragen, die wir heute in dieser Parteikörperschaft unserer Ueberzeugung nach eingehend besprechen müssen, dass Sie in der Richtung der heute gefassten Beschlüsse den Parteiapparat so einstellen, dass er in der Lage ist, wenn diese Ereignisse, die hier in greifbarer Nähe liegen, eintreten, darauf so zu reagieren, wie es den gefassten Beschlüssen entspricht.

Klar und deutlich heisst es: die Partei wird in Aktion treten, sobald die erwartete Verschärfung kommt, ganz gleich, ob sie früher oder später kommt.

Die Partei und ihre Zentrale tat also nichts als ihre simple revolutionäre Pflicht. Was aber tut Levi? Was sagt er, hätte die Partei tun müssen, als Hörsing aufmarschierte? Jeder Mensch versteht, dass eine Kritik, die die Gegenaktion der Partei in Bausch und Bogen verdonnert, vor dieser Frage nicht halt machen darf, denn erst durch die Beantwortung dieser Frage könnte die Kritik

Schwergewicht bekommen. Ein Pfeil darf nicht nur spitz sein, wenn er treffen soll, er muss am hinteren Ende belastet sein, sonst überschlägt er sich. Und so überschlägt sich Levis Kritik, denn wie immer bei seiner Kritik von Aktionen weiss er nicht zu sagen, was die Partei hätte tun sollen. Nur durch Deduktionen kann man seine Taktik erraten und dabei gleich eine interessante Entdeckung machen.

Mit gelassener Hand streut er seine Geistesblitze aus, und wir können diesen fixieren:

> Aber unter einer Teilaktion verstehen wir n u r e i n e s — nämlich das In-den-Kampf-treten der Proletarier eines Teiles Deutschlands, einer grossen Stadt, eines Wirtschaftsbezirks.

Himmlischer Vater! Auf der Tagesordnung des nächsten Weltkongresses steht auch die Frage der Teilaktionen und offenbar hat Levi etwas davon gehört, dass die Exekutive für Teilaktionen eintritt. Also darf man in Berlin oder in Mitteldeutschland eine Aktion machen, der das Reich wohlwollend zuschaut. Bisher hat aber niemand an territoriale Teilaktionen gedacht. Es handelt sich vielmehr um solche Aktionen, in denen nicht sofort die Machtfrage aufgeworfen wird, sondern die ein scheinbar reformistisches Ziel verfolgen. Es handelt sich um einen Gegensatz zwischen der kommunistisch-dialektischen und der K. A. P.-Auffassung. Da ist zu sagen — soweit uns die Frage hier interessiert — solche Aktionen mit scheinbar reformistischem Ziel können auf bestimmte Arbeiterschichten oder bestimmte Gebiete beschränkt bleiben, solange sie etwa im Rahmen des rein wirtschaftlichen Kampfes bleiben, und selbst dann müsste die Partei streben, sie auszudehnen. Wenn aber die Gegenrevolution ihre schärfsten Machtmittel mobilisiert, wenn sie zum Angriff auf eine wesentliche Position ausholt, wenn es gar zu bewaffneten Kämpfen kommt, dann wird es „revolutionäre Pflicht, die Position mit aller Energie zu verteidigen. Und es liegt dann im Wesen der revolutionären Taktik, dass sie sich nicht auf die reine Defensive beschränken kann, sondern dass sie selbst zur Offensive übergehen muss".*) Mit anderen Worten: Dann ist es der Ausdruck primitivster Solidarität und Selbsterhaltung, dass man die in einem bestimmten Gebiet kämpfenden Arbeiter nicht ihrem Schicksal überlässt, sondern die Kampfbasis nach Kräften erweitert. Dann ist es die selbstverständliche Aufgabe der Revolutionäre, die Arbeiterschaft aufzupeitschen, sie an ihre Pflicht zu erinnern und so viel revolutionäre Kraft in den Kampf zu werfen, als irgend möglich ist. Das ist aktive revolutionäre Politik.

Jeder kommunistische Arbeiter versteht das. Paul Levi aber sagt — kein anderer Schluss ergibt sich aus seiner rein negativen Kritik und seiner wundervollen Ansicht über die Teilaktionen —: Ueberlasst die Mansfelder Arbeiter den Bluthunden, sorgt dafür, dass Hörsings Plan in all seinen Einzelheiten gelingt, lähmt die Arbeiterklasse durch eure eigene Passivität, euren Verrat, und ihr erspart den Hamburgern, den Essenern, den Mannheimern ihre

*) Aus einem Flugblatt „Ueber Putschismus", das von der Zentrale des Spartakusbundes herausgegeben wurde.

Leichen. Das ist das Musterbeispiel des Opportunismus. Nichts anderes tat die U. S. P. Und nachdem so Paul Levi den Verrat zum Inbegriff wahrer kommunistischer Taktik gemacht hat, wagt es dieser Mensch, die Opfer des mansfeldischen Feldzuges seinem Defaitistenbanner voranzutragen und sie anklagend gegen die Parteizentrale zu erheben:

> Es ist eine feige Verleumdung von toten Helden, die im guten Glauben gefallen sind, wenn jetzt diese selben mansfeldischen Arbeiter als die „Disziplinbrecher" hingestellt werden.

Die Wunden der toten Helden beginnen aufs neue zu bluten, wenn Hagen-Levi an ihre Bahre tritt. Es ist eine feige Verleumdung und eine schuftige dazu, wenn Levi behauptet, die Zentrale habe sich ihrer Verantwortung zu entledigen gesucht, indem sie die Kämpfer im Mansfeldischen als Disziplinbrecher behandelt. Kein Opportunist vom Schlage Levis kann so tiefe Genugtuung über die Aktivität und Entschlossenheit unserer Genossen im Mansfelder Gebiet empfinden, als die Mitglieder der Zentrale. Aber das darf man der Zentrale doch wohl nicht verübeln, dass sie nicht für dumm verkauft werden will, dass sie nicht als bar aller politischen Einsicht angesehen werden will. Sie wusste, dass Ostern vor der Tür stand, dass es nötig war, erst die Massen in Deutschland aufzupeitschen (und die „Rote Fahne" hat freilich keine Rosa Luxemburg gehabt, die das in den Januartagen und vorher noch viel schärfer verstand). Sie riet deshalb den Genossen in Mansfeld und Halle, eine Steigerung des Konflikts vor Ostern nach Möglichkeit zu vermeiden. Sie wusste dabei, dass dies nicht von einem Befehl abhing, sondern wesentlich auch von dem Grad der revolutionären Stimmung in jenem Gebiet. Die Zentrale durfte, musste zur Verteidigung ihrer Politik hinweisen auf jenen politischen Rat, den sie erteilte. Sie musste mehr tun. Sie musste feststellen, dass ein Genosse, der wegen Unfähigkeit längst (wohl noch zu Levis Zeiten) seines Postens enthoben war, der die Disziplin brach und sein Amt nicht übergab, dann von neuem einen Disziplinbruch beging, indem er wesentlich für den Ausbruch des offenen Kampfes wirkte. Dass dieser selbe Genosse jetzt im Katzenjammer allen Opportunisten in den Ohren liegt und über den Putschismus der Zentrale greint. Solche Erbärmlichkeit sucht sich hinter den toten Helden zu verkriechen, die Levi aufmarschieren lässt!

III. Bakunismus.

„Durch das alles wird die Märzbewegung als das charakterisiert, was sie ist: der grösste Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte." Das musste natürlich kommen und Levi hat triftige Beweise. Fouché, Napoleons Polizeiminister, soll einmal gesagt haben, er brauche bloss ein paar Worte, um einen Menschen an den Galgen zu bringen. Levi lässt sich von Fouché nicht schlagen und er hat einen ganzen Satz, der genügt, um die ganze Zentrale daran aufzuhängen: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!" So stand über einem Artikel an die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter. Das ist ärger als Bakunismus, so erklärt Levi, denn Bakunin habe wenigstens bloss gesagt: „Wer nicht für uns ist, der ist wider uns". Ein Arbeiter in einer Berliner Funktionär-

versammlung rief Levi schon zu, dass Bakunin den Satz nicht zu prägen brauchte, sondern dass er in der Bibel stehe. Wir haben also noch andere Stammväter. Levi hat noch grösseres Pech, denn er muss selber zugestehen, dass in dieser „Kriegserklärung für vier Fünftel der deutschen Arbeiter" eigentlich nichts steht, was angreifbar wäre. Es bleibt die Ueberschrift und es bleibt noch ein Satz, in welchem steht, dass die unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter, die mit den Kommunisten gegen die Banden Hörsings kämpfen wollen, auch kämpfen müssen gegen die Scheidemänner und Hilferdinge. Levi fühlt sich getroffen. Wie kann man den Arbeitern zumuten, nicht nur gegen ihre offenen Feinde, sondern auch gegen ihre Verräter ins Feld zu ziehen! Das ist Bakunismus. In dieser gepressten, an den Haaren herbeigezerrten Argumentation liegt schon der Beweis für die Verkehrtheit seines Standpunktes.

Es ist richtig, dass diesmal ein grosser Teil der Arbeiterklasse den Kämpfen gleichgültig zusah, und es ist wahr, dass unabhängige und sozialdemokratische Arbeiter sich den Aktionen der Arbeitslosen mit Gewalt widersetzten. Durften deshalb solche Aktionen nicht gemacht werden? Mussten deshalb die kommunistischen, unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter im Stiche gelassen werden, die im Mansfeldischen kämpften? Der Kampf gegen die Bourgeoisie wurde zu einem Kampf gegen einen Teil der Arbeiterklasse! Damit verurteilt Levi die ganze Aktion. Er übersieht, dass er damit jeden Kampf der Arbeiter verurteilt, denn nur so lange ist die Bourgeoisie überhaupt kampffähig, als sie sich auf die Passivität und Aktivität grosser Arbeiterschichten stützen kann. Das ist bisher so gewesen und es wird bis zum Siege des Proletariats so sein. Wer das Furchtbare eines solchen Kampfes nicht in Kauf nehmen will, der will im Ernst nicht den Sieg des Proletariats. Keine noch so gute Propaganda kann diese konterrevolutionäre Aktivität und Passivität besiegen. Das kann nur das revolutionäre Beispiel und die aufklärende Wirkung des Kampfes selber. Die Beweise sind da, dass auch diesmal die heilsame Nachwirkung des Kampfes nicht ausgeblieben ist. Aber das freilich hat Paul Levi erreicht, dass wesentliche Erfolge bei den Massen, namentlich bei der Unabhängigen Partei, gegen ihre Führer jetzt zunichte gemacht sind.

Genau so verhält es sich mit dem anderen Argument, mit dem Levi unseren Bakunismus erweisen will. Es ist richtig, dass lumpenproletarische Elemente die Gelegenheit für ihre Art „Aktion" benutzten. Aber auch das ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung revolutionärer Explosionen, und diese Elemente können nur dann zurückgedrängt werden, wenn das Proletariat mit ganzer Kraft und Entschlossenheit auftritt und die Taktik anwendet, die dem revolutionären Kampfe entspricht. In der Taktik sind im Einzelnen gewiss Fehler gemacht worden. Eine Kritik ist notwendig und wir werden nicht verfehlen, sie zu üben. Aber diese Kritik darf nicht darauf hinausgehen, die Aktionskraft des revolutionären Proletariats zu brechen, sondern sie zu disziplinieren.

Es ist kein Zufall, dass Paul Levi gegen die revolutionäre Aktion den Vorwurf des Bakunismus erhebt. Er befindet sich in der Gesellschaft, in die er gehört. Karl Kautsky war der erste, der den

Vorwurf des Bakunismus gegen die Bolschewiki erhob. Franz Diederich hat ihn nachgeplärrt und Wilhelm Blos, der Noske Württembergs, hat zur Rechtfertigung seiner eigenen Taten eine Schrift herausgegeben unter dem langatmigen, aber den Vorwurf des Bakunismus gegen Revolutionäre völlig erschöpfend charakterisierendem Titel: „Karl Marx oder Bakunin? Demokratie oder Diktatur? Eine Kampfschrift gegen den Vorläufer des Bolschewismus. Zeitgemässe Neuausgabe der Berichte an die sozialistische Internationale über Michael Bakunin, von Karl Marx und Friedrich Engels."

Die Tatsache, dass jene Schrift, abgesehen von einer niederträchtigen Vorrede des Blos, der Neuabdruck einer alten Schrift von Marx und Engels ist, ändert absolut nichts an der Tatsache, auf die es hier ankommt, dass nämlich alle Menschewisten versuchen, alles Revolutionäre als Bakunismus abzutun. Levi unterscheidet sich von den Kautsky, Diederich und Blos nur darin, dass jene die Revolution überhaupt, er nur die revolutionäre Aktion verwirft. Und wie alle jene sozialdemokratischen und unabhängigen Führer kommt er konsequent in den Konflikt mit der Kommunistischen Internationale. Seit seiner Rückkehr vom II. Weltkongress führt er einen Kampf gegen die Moskauer Exekutive, in den er, zum Glück vergeblich, die ganze deutsche Partei hineinzuzerren versuchte. Es ist verständlich, aber deshalb nicht entschuldbar, dass er nach seinem jetzigen tiefen Fall diesen Kampf mit den Mitteln der Denunziation führt, damit aber auch ist Paul Levi für die deutsche Partei und die Internationale erledigt.

Paul Levis Fall hätte in früherer Zeit der Partei gefährlich werden können, heute ist sie so stark innerlich gefestigt und gehärtet durch einen grossen Kampf, dass dieser Fall ihr nur zur Gesundung gereichen kann. Und diese Wirkung wird um so stärker sein, je entschiedener die Partei auf dem Wege weiter geht, den sie mit der Märzaktion eingeschlagen hat.

Leitsätze über die Märzaktion.

I.

Der Abbruch der Londoner Verhandlungen, der Eintritt der Sanktionen, die Entscheidung der oberschlesischen Frage leiteten für die deutsche Bourgeoisie einen Abschnitt verschärfter Krise ein. Der Friede, den die Bourgeoisie zusammen mit den sozialpatriotischen Parteien geschlossen, schlug aufs neue um in offenen Kampf: Den Wirtschafts- und Hungerkrieg. Der Krieg, den die Bourgeoisie nur scheinbar abschliessen konnte, kehrte zu seinem Ausgangspunkt zurück. Die inneren Widersprüche des imperia-

listischen Krieges und des imperialistischen Friedens traten grell zutage. Der Bankrott des Sieges und der Bankrott der Niederlage stiessen offen aufeinander.

Im Lager der Bourgeoisie wirkte die verschärfte Krise sich aus, einerseits im rapiden offenen Vormarsch der Konterrevolution: Kahr schlug mit dem Degen auf den Tisch. Andererseits in der Verbreiterung und Vertiefung des Bündnisses der Parteien des Sozialverrates mit der Bourgeoisie. Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen, schon zuvor zusammengeschweisst durch ihren gemeinsamen Feldzug gegen die kommunistische Vorhut in den Gewerkschaften, bildeten einen Schutzwall um die Konterrevolution. Die Front der Konterrevolution ward verlängert von Westarp bis Ledebour. Die unabhängige und sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbürokratie verwandelten sich in die offenen und heimlichen, unter oppositioneller Maske versteckten Regierungswerkzeuge der Bourgeoisie, durch die die Bourgeoisie das revolutionäre Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft verdunkelte, ihre Kampfkraft lahmlegte und sie in den Dienst ihrer bankrotten imperialistischen Friedenspolitik stellte, so wie sie durch den 4. August 1914, durch den Verrat der Sozialdemokratie die Arbeiterschaft an den Wagen des imperialistischen Krieges gefesselt hatte.

Die Wiederaufstehung des Burgfriedens von 1914 in der Gestalt des offenen und versteckten Regierungsbündnisses der Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie und den Unabhängigen liess der deutschen Bourgeoisie freie Hand, die Brücke zu einer Vereinbarung mit der Ententebourgeoisie zu schlagen. Das Bündnis der sozialistischen Parteien sicherte ihr die Abwälzung der eigenen und der fremden Kriegskosten auf die deutsche Arbeiterklasse. Dieses Bündnis lieferte die deutschen Arbeiter gefesselt in die Hände der deutschen und der Ententebourgeoisie.

II.

Diese gesamte Lage erforderte von der deutschen Arbeiterklasse gebieterisch die Zerreissung des Bandes, das sie an den zerbrochenen Wagen der Bourgeoisie kettete und in den Zusammenbruch hineinschleppte, sie erheischte die Eröffnung der schärfsten Klassenkämpfe, sie gebot der Arbeiterklasse, die revolutionäre Initiative zu ergreifen. Die Stunde gebot der Arbeiterklasse, sich zu selbständigem Handeln aufzuraffen, der Gegenrevolution in mächtigem Gegenangriff entgegenzutreten und ihr das Gesetz des Handelns vorzuschreiben.

Entweder untätig unter dem Befehl der Bourgeoisie und gehorsam dem Gesetz, das die Konterrevolution ihr vorschrieb, oder revolutionär handelnd, um aus eigenem Entschluss, aus eigener Macht der Konterrevolution das Gesetz des Handelns aufzuzwingen: So war die Frage an die deutsche Arbeiterklasse gestellt.

III.

In allen bisherigen Krisen der deutschen Bourgeoisie (beim Abschluss des Versailler Vertrages, in der Frage der Bestrafung der Kriegsverbrecher, im russisch-polnischen Krieg) hat die Kommunistische Partei die proletarischen Massen hingewiesen auf die Not-

wendigkeit, ihrerseits die Krise zu verschärfen und selbständig die revolutionäre Lösung anzubahnen. Die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) war jedoch nicht stark genug, um diese Krisen anders als propagandistisch auszuwerten.

Die V.K.P.D. jedoch war vermöge ihrer Stärke verpflichtet, über die blosse Propaganda und Agitation hinauszugehen. Sie musste — wozu sie sich auch in ihrem Gründungsmanifest bekannt hatte — der Arbeiterklasse in der Aktion vorangehen, sie musste in der Stunde, die vom Proletariat den Kampf erheischte, zeigen, dass sie bereit und willens war, ihm voranzukämpfen.

Sie musste den Versuch machen, gestützt auf die eigene Kraft, die Massen mitzureissen, selbst auf die Gefahr hin, dass sie vorerst nur einen engen Kreis der Arbeiterschaft mit sich in den Kampf riss.

IV.

Die V. K. P. D. trat in die Krise ein mit einer breiten parlamentarischen und ausserparlamentarischen Propaganda für das Bündnis mit Sowjetrussland. Die parlamentarische Aktion stiess nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen auf die feste Mauer der nationalen Front von Westarp bis Hilferding. Die eingeleitete parlamentarische Aktion und die ausserparlamentarische Propaganda erforderten, an diesem Punkt angelangt, das Hinausschreiten aus dem Rahmen der parlamentarischen Aktion und der blossen Massenpropaganda, sie erforderte den Uebergang zur Massenaktion, das Fortschreiten zum Massenangriff auf der inneren Klassenfront.

V.

Die Massenaktion ward ausgelöst durch den frechen Vorstoss Hörsings, das Werkzeug der Konterrevolution, gegen die Mansfelder Arbeiter. Dieser Vorstoss war der erste Schritt einer umfassenden Kampagne, um die revolutionäre Vorhut niederzuwerfen. Diese Besetzungsaktion sollte der Bourgeoisie die Hand frei machen für die Fortführung der passiven Resistenz und der schliesslichen Vereinbarung mit der Bourgeoisie auf Kosten der Arbeiter. Vor den Arbeiterparteien stand die Wahl, entweder mit Hörsing gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu gehen, oder sich an die Seite der mitteldeutschen Arbeiter gegen Hörsing und gegen die Konterrevolution zu stellen. Die Unabhängigen und die Sozialdemokratie zögerten keinen Augenblick, sich hinter Hörsing gegen die Arbeiterschaft zu stellen. Die Kommunistische Partei konnte ebensowenig zögern, ihre ganze Kraft aufzubieten, um die Arbeiterschaft an der Seite Mitteldeutschlands zum Gegenangriff zu führen: Die V. K. P. D. rief in ganz Deutschland auf zum Generalstreik.

VI.

Der Gegenangriff, zu dem die V. K. P. D. die Massen aufrief, ist abgeschlagen worden: nicht durch die offene, sondern durch die verkappte Konterrevolution, die unabhängigen und sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsleitungen.

Dieser Versuch, die revolutionäre Initiative zu ergreifen, stiess einen Teil der unter dem Einfluss der S. P. D. und U. S. P. D. und der Gewerkschaftsbürokratie stehenden Arbeiterschaft vor den

Kopf. Diese Arbeiterschichten, die einen grossen Teil der besser gestellten Arbeiter umfassen, glaubten, noch kampflos warten zu können. Auf der anderen Seite aber wächst die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter, jener proletarischen und ins Proletariat versinkenden Kleinbürgerschichten, die wegen des steigenden Elends nicht warten können. So äussert sich die Verzweiflung breiter Arbeiterschichten an der umwälzenden Kraft der eigenen Klassenaktion einerseits in passivem Hinnehmen der Diktatur der Bourgeoisie, andererseits in Verzweiflungsakten einzelner und kleiner Gruppen.

Der Glaube an die rettende Wirkung der bürgerlichen Demokratie und an die erlösende Kraft des Einzelterrors, der Sabotage, des Dynamits, sind die sich ergänzenden und gegenseitig bedingenden Pole derselben Verzweiflung am revolutionären Massenkampf. Nicht nur die allgemeine politische Lage, auch die Verfassung der Arbeiterklasse selbst schrie nach der Massenaktion. Die Beschränkung auf blosse Propaganda, das Ausweichen vor der Aktion war unmöglich für eine revolutionäre Partei, war ein glatter Verzicht auf ihren Beruf, die Revolution zu führen, war ein Verrat an der Arbeiterklasse in entscheidender Stunde.

In den Kreisen der revolutionären Vorhut ist die Erkenntnis und Bereitschaft zu ernstem Kampf gewachsen. Es ist unmöglich, die Kräfte dieser revolutionären Vorhutschichten, sowie den aus dem zunehmenden Elend entstandenen Kampfwillen durch Einstellung der V. K. P. D. auf blosse Propaganda und durch Ausweichen vor Aktionen aufzusparen bis auf den Zeitpunkt, wo man den Sieg der Aktion glaubt von vornherein in der Tasche zu haben. Die V. K. P. D. kann nicht warten, bis die Kampfunlust und Passivität der ökonomisch noch besser gestellten und ideologisch rückständigen Arbeiterschichten durch blosse revolutionäre Propaganda durchbrochen sind. Vom Gesichtspunkt dieser Schichten aus, wird anfänglich jeder revolutionäre Vorstoss als verfrüht, als Putsch, als politisches Abenteuer erscheinen.

Aber in Zeiten politischer Hochspannung sind solche Aktionen, auch wenn sie zu einer vorübergehenden Niederlage führen, die Voraussetzung künftiger Siege, und für eine revolutionäre Partei die einzig mögliche Art, die Massen für sich und den siegreichen revolutionären Kampf zu gewinnen, die objektiv politische Lage den indifferenten Massen erst zum Bewusstsein zu bringen. Die Aktion hat zur Voraussetzung neben der objektiven Zuspitzung der Klassengegensätze eine bestimmte Massenstimmung, die Aktion ist aber andererseits selbst ein Faktor zur Auslösung der revolutionären Massenstimmung.

VII.

Diese revolutionäre Offensive hat, äusserlich gesehen, mit einer Niederlage der V. K. P. D. geendet. Die V. K. P. D. ist vorübergehend von breiten Teilen der Arbeiterschaft isoliert.

In Wahrheit aber enthält dieses Ergebnis die fruchtbaren Keime neuer breiterer revolutionärer Aktionen, es bricht der revolutionären Propaganda neue Breschen, es muss im Endergebnis das Zutrauen der Arbeiterschaft zur V. K. P. D. und mit ihr die revolutionäre Stosskraft der Arbeiterklasse stärken.

Mit Niederlagen endeten die Kämpfe des Dezember 1918, des Januar und des März 1919, aber in ihnen und durch sie vollzog sich der Vormarsch des Kommunismus in Deutschland. Wenn damals jedoch die revolutionäre Vorhut in der Verteidigung kämpfte, so kämpft sie heute im Angriff. Das ist der gewaltige Fortschritt. Die Märzaktion ist der erste natürlicherweise noch mangelhafte Schritt, durch den die V. K. P. D. die deutsche Arbeiterklasse zur revolutionären Offensive überleitet.

In der reinen Abwehr kämpfte die deutsche Arbeiterklasse geschlossen in den Kapptagen. Die Früchte dieser Abwehr zerrannen aber unter den Händen der Arbeiterschaft. Nur der Uebergang zur Offensive hätte sie den Arbeitern sichern können. Die Früchte der Defensive erntete die Konterrevolution.

Der Entscheidungskampf um die Macht kann von der Arbeiterklasse nur in einer mächtigen, umfassenden Offensive geführt werden. Diese zusammenfassende Offensive kann sich aber nur entfalten, wenn die Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung lernt, ihre Teil- und Etappenkämpfe offensiv zu führen.

VIII.

Die revolutionären Ergebnisse dieser ersten Angriffsaktion sind:

1. Allgemein: Die Verschärfung der Klassenkämpfe, die Durchbrechung der Front der Passivität und des Burgfriedens und dadurch die objektive Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, in breiterem Masse zum Angriff überzugehen.

Zu Beginn der Aktion existierte das Bündnis zwischen den bürgerlichen Parteien, der Sozialdemokratie und der Unabhängigen Partei und der Gewerkschaftsführerschaft, dank der Passivität der Arbeiterklasse. Heute, am Ende der Aktion, existierte es als offene Kampffront gegen den Widerstand der revolutionären Vorhut, gegen den wachsenden Widerstand der Arbeitermassen. Die unabhängigen und sozialdemokratischen Führer sind durch die Aktion, die sie gegen die revolutionäre Vorhut geführt haben, die Gefangenen der offenen Konterrevolution geworden.

2. Die Demaskierung der U. S. P. D. und S. P. D. und ihrer Gewerkschaftsbürokratie als konterrevolutionäre Mächte durch die Tat und die Folgen der Tat, ihre offene Einreihung in die Kampffront der Bourgeoisie. Die parlamentarische Scheinopposition der Sozialdemokratie, das revolutionäre Maulheldentum der Unabhängigen sind vor den breitesten Massen entlarvt. Die Märzaktion hat die Demaskierung vollendet, die der offene Brief der V. K. P. D. einleitete.

3. Die Aufrüttelung der Arbeiter aus der Stagnation, aus der untätigen Unterwerfung unter die bürgerliche Diktatur.

4. Im Endresultat tiefere und breitere Propagandawirkung für den Kommunismus, der gezeigt hat, dass er in entscheidender Stunde zu kämpfen versteht.

5. Die Märzaktion hat dem internationalen Klassenkampf des Proletariats einen neuen Anstoss gegeben, sie hat die menschewistischen Parteien aller Länder gezwungen, sich zu demaskieren, sich auf die Seite der Unabhängigen und Sozialdemokraten, auf die Seite der Severing und Hörsing zu stellen. Die Märzaktion hat

schliesslich den Arbeiterklassen der Entente gezeigt, dass die nationale Einheitsfront zwischen Bourgeoisie und Proletariat eine freche Lüge, dass die deutsche Revolution eine lebendige Wahrheit ist.

6. Die Märzaktion hat schliesslich der Vereinigten Kommunistischen Partei selbst ermöglicht, die organisatorischen Schwächen und Mängel, die der Partei noch anhaften, festzustellen.

IX.

Die V. K. P. D. hat sich durch die Aktion zu den Methoden des revolutionären Massenkampfes bekannt. Sie hat während der Aktion alle Methoden streng von sich gewiesen und als Taten der Konterrevolution vor der Arbeiterschaft denunziert, die den Massenkampf durch Terrorakte ersetzen wollen. Sie denunziert heute, nach Abbruch des Kampfes, vor der gesamten Arbeiterschaft die Sozialdemokratie und die Unabhängige Partei, die die terroristischen Akte der Orgesch und ihrer Spiessgesellen zur Verwirrung der Arbeiter der V. K. P. D. in die Schuhe schieben wollen.

X.

Die V. K. P. D. muss die organisatorischen und taktischen Mängel dieses ersten Versuches abstellen. Sie muss, wenn sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen will, festhalten an der Linie der revolutionären Offensive, die der Märzaktion zugrunde liegt, und sie muss entschlossen und sicher auf diesem Wege fortschreiten.

XI.

Aus dieser Einstellung ergibt sich für die V. K. P. D. die Pflicht, alle Konflikte zu steigern, die geeignet sind, die Massen in Bewegung und Aktion zu bringen. Entstehen Teilaktionen aus wirtschaftlichen oder politischen Ursachen, so hat die Partei die Aufgabe, diese Teilaktionen mit allen zweckdienlichen Mitteln zu unterstützen, sie zu verschärfen und zu verbreitern.

XII.

In Anerkennung der vorstehenden Leitsätze sieht der Zentralausschuss in der Märzkampagne der Partei eine dieser taktischen Einstellung entsprechende Aktion, die, obgleich sie mit einer Niederlage endete, notwendig war, da die Partei trotz der ungünstigen Umstände des Kampfbeginns dem planmässigen Aufmarsch der legalen und illegalen Gegenrevolution nicht kampf- und tatenlos zusehen durfte, wenn die Partei nicht zur Partei der revolutionären kommunistischen Phrase, statt zur Partei der revolutionären Aktion werden wollte.

Der Zentralausschuss billigt deshalb die politische und taktische Haltung der Zentrale und

verurteilt aufs schärfste die passive und aktive Gegnerschaft einzelner Genossen während der Aktion

und fordert die Zentrale auf, die Organisation auf die grösste Kampfkraft einzustellen und alle dazu erforderlichen organisatorischen Massregeln durchzuführen.

Kohlen- und Weltkrise.

Von K.

Vor dem Weltkriege (1913) betrug die Weltkohlenproduktion 1350 Millionen Tonnen. Nach dem Weltkriege (1920) etwa 1200 Millionen Tonnen. Also ist 1920 die Gesamtkohlenproduktion um 12 Prozent zurückgegangen, der Gesamtabsatz ist aber in noch viel grösserem Masse eingeschränkt. Die Hälfte bis zwei Drittel der Kohlen verbraucht die Eisen- und Metallindustrie. Sie ist heute — Stillegungen und Betriebseinschränkungen zusammengerechnet — in Europa auf etwa 40 Prozent, in der ganzen Welt auf etwa 50 Prozent zusammengeschrumpft. Das heisst, dass sich der Gesamtabsatz um 25 bis 30 Prozent eingeengt hat. Hinzu kommt, die Verkehrseinschränkung der Eisenbahn, das Auflegen von 1,5 Millionen Tonnen Schiffsraum in England und 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum in Amerika, die verminderte Belieferung der nicht mehr zahlungsfähigen proletarisierten Bevölkerungsteile mit Hausbrand, dazu das milde Wetter. Im ganzen ist also der Absatz um 40 Prozent gegen nur 12 Prozent Produktionsrückgang zusammengeschrumpft. Bis vor kurzem waren die Verhältnisse noch nicht klar zu überblicken, 1. weil die sonst üblichen Verbrauchs- und Zwischenläger nicht mehr vorhanden waren und erst neu angelegt werden mussten; 2. ein nicht unwichtiges Produktionsgebiet — Nordfrankreich und ein Teil Belgiens — zerstört waren und zunächst als Produzenten ausfielen; 3. wurde durch die Abwirtschaftung der Anlagen, die Verelendung der Arbeiterschaft und die politischen Unruhen und Streiks das Wiedereinsetzen eines — im kapitalistischen Sinne — geregelten Produktionsgangs und damit die klare Erkenntnis der ökonomischen Lage verzögert.

Die ganze Tragweite des Kohlenüberflusses wird erst Anfang 1920 klar und übersichtlich: Bei Betrachtung der Weltkohlenlage interessieren nur die Exportländer. Es gibt deren vier: U. S. A., England, Deutschland und Belgien. Es förderten in Millionen Tonnen:

	U. S. A.	England	Deutschland	Belgien
1913	500	292	190	24
1920	über 600	240	130	24

Der grösste Kohlenproduzent sind die U. S. A. Infolge der Ansprüche, die der Krieg stellte, erhöhten sie ihre Produktion um 20 Prozent, um mehr als 100 Millionen Tonnen. Da in den U. S. A. die Absatzkrise bereits 1919 einsetzte, konnten die Mehrmengen nicht mehr im Inland abgesetzt werden, es musste exportiert werden, und zwar in erster Linie nach Europa, das ja kohlenhungrig war. Der Export der U. S. A. nach Europa, der 1913 unter einer halben Million Tonnen geblieben war, betrug 1919 bereits vier Millionen Tonnen, 1920 schon 13½ Millionen Tonnen, d. h. das 28,5fache der Vorkriegszeit in 10 Monaten und im Februar 1921

allein 6 Millionen Tonnen, d. h. es wurden in diesem Monat des Jahres 1921 etwa so viel Kohlen nach Europa exportiert, wie in fünf Monaten des Jahres 1920, d. h. für Februar 1921 ist der amerikanische Kohlenexport nach Europa auf das 140fache gegenüber einem Friedensmonat angestiegen. Trotzdem sehen sich die U. S. A. zu einer Produktionseinschränkung auf wöchentlich 12 Millionen Tonnen gezwungen, gegenüber 14¾ Millionen Tonnen im Dezember 1920. Das bedeutet eine Fördereinschränkung um 20 Prozent, d. h. um den vierfachen Betrag des Spaa-Abkommens. Zugleich haben die Amerikaner, um konkurrenzfähig zu bleiben, die Löhne bereits mehrfach herabgesetzt, insgesamt etwa um 20 Prozent. Die verhältnismässig reibungslose Art, in der dies erfolgen konnte, liegt an dem starken Angebot fremder arbeitssuchender Arbeitskräfte, an der bereits erfolgten Herabsetzung der Lebensmittelpreise und an dem M. S. P.-Verhalten der Labour Union (Gompers). Den jetzigen englischen Streik nutzen die amerikanischen Kohlenhändler zur Gründung einer grosszügigen Exportorganisation in Europa aus und schaffen Niederlassungen in den deutschen, französischen, holländischen, belgischen und schweizerischen Verbrauchszentren. Voraussichtlich wird trotz Betriebseinschränkung die amerikanische Kohlenexportmenge (nämlich die Menge, die im Inland keinen Absatz finden kann) über 100 Millionen Tonnen betragen, also viermal so viel, wie das Spaa-Abkommen von Deutschland verlangt.

England, der zweitgrösste Kohlenproduzent, exportierte nach dem Kontinent 1913 beinahe 59 Millionen Tonnen, d. h. 20 Prozent seiner Förderung. 1919 aber nur noch unter 28 Millionen Tonnen, d. h. gegen 1913 nur die Hälfte und nur 13 Prozent seiner Förderung, und 1920 nur mehr unter 20 Millionen Tonnen, d. h. gegen 1913 nur mehr ein Drittel und nur noch 8 Prozent seiner Förderung. Seine Bedeutung als Produzent ist also im Schwinden (1920 gegen 1913 um 20 Prozent) und noch schneller seine Bedeutung als Exporteur nach Europa (1920 gegen 1913 um 60 Prozent). Trotzdem sind ihm die produzierten Mengen noch zu gross und die englische Unternehmerschaft hat daher im Januar 1921 ihre Wochenförderung auf 4,6 Millionen Tonnen gegenüber 5,3 Millionen Tonnen Wochenförderung im Dezember 1920 eingeschränkt, d. h. um 20 Prozent oder anders ausgedrückt, um das Doppelte der Spaa-Forderung. Tatsächlich bedeutet eine erfolgreiche Durchführung des augenblicklichen englischen Streiks die vollständige Vernichtung des englischen Kohlenexports nach Europa, ebenso wie der englische Herbststreik 1920 Amerika die Ueberflügelungsmöglichkeit gegeben hat.

Deutschland steht an dritter Stelle in der Kohlenproduktion. Es produzierte 1913 190 Millionen Tonnen, 1920 130 Millionen Tonnen, also ein Rückgang um 30 Prozent unter Ausserachtlassung der Gebietsverminderung (Saar) und der Tatsache, dass sich die Braunkohlenproduktion im gleichen Zeitraum um 30 Prozent erhöhte. Sein Export betrug vor dem Kriege unter 10 Prozent der Förderung, nach dem Kriege einschliesslich der 24 Millionen Tonnen des Spaa-Abkommens 25 Proz. der Förderung etwa. Der deutsche Kapitalismus ist also durch Spaa in die eigentümliche Lage versetzt worden, trotz der Weltkrise 1920 bis zur Höchstbeschäftigungs-

grenze produzieren zu können, weil er den Zwangsabsatz von 24 Millionen Tonnen erfüllen musste. Im Januar 1921 veränderte sich die Situation insofern, als die 5 Goldmark-Prämie gestrichen wurde, während die Lieferungsverpflichtung bestehen blieb. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, dass das Entente-Kapital zwar weiter die Spaa-Kohlenmenge zum Lohndrücken gegen seine eigene Arbeiterschaft brauchen konnte, dass ihm aber diese Mengen nicht so wichtig sind, um der deutschen Unternehmerschaft dafür weiter Prämien zu zahlen. Man denke an die wiederholten Lohnherabsetzungen, Betriebseinschränkungen an der Loire und in übrigen französischen Gebieten, in Belgien und an der Saar. An der Saar ist z. B. die Monatsleistung durch Feierschichten fast auf eine halbe Million Tonnen gedrückt worden, gegen früher mehr als eine Million Tonnen, also um 50 Prozent, und die Löhne sind zugleich um mehr als 20 Prozent herabgesetzt worden.

Nachdem im März der Ueberfluss auf dem Weltkohlenmarkt derartig geworden war, dass z. B. amerikanische Kohlen in Duisburg 20 Mark billiger als deutsche Kohlen ab Zeche angeboten wurden, boten die Sanktionen im übrigen Deutschland den geeigneten Vorwand zur Lohn- und Produktionskürzung. Man muss anerkennen, dass Stinnes hierbei mit ausserordentlichem Geschick zu Werke geht; es wurde nämlich das Ueberschichtenabkommen aufgehoben und zugleich eine Kohlenpreiserhöhung um 23 Mark durchgesetzt mit der Klausel, dass weitere Lohnerhöhungen in diesem Betrag nicht einbegriffen seien, d. h. die deutsche Schwerindustrie sicherte sich von der Regierung das Recht, die Löhne um 25 Prozent zu senken (Aufhebung des Ueberschichten-Abkommens) und die Produktion um beinahe den Betrag des Spaa-Abkommens zu verkürzen.

Belgien hat 1920 dieselbe Produktionsziffer wie 1913. Es leidet unter einem ausserordentlichen Kohlenüberfluss, der durch die deutsche Spaa-Kohle noch verschärft wird. Die überschüssigen Mengen sucht es nach Holland, Frankreich und Deutschland (hier ist die Fertigindustrie infolge der Minderbelieferung ein dankbarer Abnehmer) zu Schleuderpreisen abzusetzen. Selbstverständlich hat auch Belgien bereits erhebliche Betriebseinschränkungen und Lohnverkürzungen vorgenommen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Haupt-Kohlenproduzenten der Welt trotz Einschränkung der Förderung um ein Fünftel und trotz Senkung der Löhne um etwa ein Fünftel einer solch unerhörten Hochflut an Kohlen gegenüberstehen, dass die Ueberproduktion vor dem Kriege gegen die jetzige gering erscheint und weiter, dass der Weltkrieg lediglich eine Unterbrechung der grossen Endkrise des Kapitalismus bedeutet und dass es falsch ist, von den getrennten Krisen 1914 und 1921 zu sprechen. 1920 beschränkten sich die Krisen zunächst auf die Fertigindustrie und gingen erst Ende des Jahres auf die Frachten und das Eisen über, um im Anfang 1921 den wichtigsten industriellen Rohstoff, die Kohle, in einem bis dahin für unmöglich gehaltenen (sonst wäre das Spaa-Abkommen ein Widersinn) Ausmasse zu ergreifen. Die Kohle schliesst den Ring der Teilkrisen zur Totalkrise. Durch sie werden

betroffen: in den U. S. A. 3,5 Millionen Arbeiter, in England 2 Millionen Arbeiter, in Deutschland über 1 Million Arbeiter und in den übrigen Kohlenproduzierenden Ländern eine halbe Million Arbeiter, insgesamt also 7 Millionen Arbeiter. Die Weltkrise der kapitalistischen Anarchie schafft ein neues Millionenheer für die Dritte Internationale.

Kronstadt.

Von Karl Radek.

Ungeheure Freude ergriff die weissgardistische Presse der ganzen Welt, als am 2. März die Nachricht ins Ausland kam, die Kronstädter Matrosen hätten sich zum Aufstand gegen die Sowjet-Regierung erhoben. „Ich habe dich erzeugt — ich werde dich töten" so stand es unter einem in einem weissgardistischen Pariser Blatte erschienenen Bilde, auf dem ein baumlanger Matrose seinen Revolver gegen Trotzki richtet. „Die verhassten Kronstädter Matrosen, die die Revolution in alle Winkel Russlands getragen haben, die rücksichtslosen Bekämpfer der Bourgeoisie, sie sind von der Sowjet-Regierung abgefallen. Auf wen wird sie sich denn jetzt stützen?", so hiess es in allen möglichen Organen der russischen Konterrevolution. Und manches dieser Organe berechnete schon die Tage der weiteren Existenz der Sowjet-Regierung. Es ist anders gekommen. Der Kronstädter Aufstand ist in ein paar Tagen unterdrückt worden. Die Leiter des Aufstandes haben sich keinesfalls unter den Trümmern Kronstadts begraben lassen, wie sie stolz ankündigten, sondern sie rissen aus nach dem Lande Kanaan, nach Finnland, wo jetzt die Gräber der von den finnischen Weissgardisten ermordeten 30 000 Proletariern zu grünen beginnen, und überliessen die Matrosen dem revolutionären Strafgericht Sowjet-Russlands. Aber die militärische Unterdrückung der Matrosenrevolte schafft die Bedeutung dieses Ereignisses nicht aus der Welt. Die klare Erfassung des Wesens des Kronstädter Aufstandes hat nicht nur eine entscheidende Bedeutung für das Verständnis der jetzigen Lage in Russland, sondern sie beleuchtet gleichzeitig eines der wichtigsten Probleme der Weltrevolution überhaupt, die Probleme des Verhältnisses der Kommunistischen Partei zur proletarischen Masse, die Frage der Form der Diktatur: Diktatur der Partei oder Diktatur der Klasse (wie man diese Frage gewöhnlich falsch formuliert). —

I. Der Aufstand.

Der Kronstädter Aufstand war zweifelsohne kein lokales Ereignis, obwohl er natürlich viele lokale Sonderzüge trägt. Die Besonderheit des Kronstädter Aufstandes besteht in erster Linie

darin, dass er keinesfalls durch grosse materielle Not erzeugt worden ist. Die Kronstädter Matrosen leben besser als andere Teile der Armee oder der Arbeiterklasse. Sie sind gut gekleidet und ihre übrigen materiellen Lebensbedingungen stehen zweifelsohne über dem Durchschnitt der Lebenshaltung der russischen Proletarier. Wogegen sich in erster Linie die lokale Unzufriedenheit der Matrosen richtete, war die Zucht und Ordnung, die von der Sowjet-Regierung eingeführt wurde. Das bestätigt ausdrücklich das führende weissgardistische Organ, die Pariser „Letzten Nachrichten", die von Miljukow redigiert werden, indem sie auf Grund der Worte eines geflüchteten Matrosen schreiben, dass die Unzufriedenheit der Matrosen schon im vorigen Jahre begann und durch die Bemühungen der Sowjet-Regierung, durch radikale Massregeln der Zersetzung der Flotte ein Ende zu bereiten, hervorgerufen wurde. Die Matrosen waren überall und in Russland im besonderen ein zu Exzessen veranlagtes, ungebundenes Element. Das ergibt sich schon aus den Bedingungen ihres Lebens, aus der Tatsache, auf dem Schiffe gebunden zu sein, und dem Bedürfnis sich auszutoben beim Verlassen des Schiffes.

In der Revolution 1905 und 1917 spielten die Matrosen von Kronstadt eine grosse, revolutionäre Rolle als Zersetzungselement des staatlichen Apparates der Bourgeoisie, dank dieser Ungebundenheit wie dank der Tatsache, dass sie einen hohen Prozentsatz hoch qualifizierter Arbeiter enthielten. Diese hoch qualifizierten Arbeiter in der Flotte waren ihr geistiges Bindeglied, sie erlaubten es, die Ungebundenheit der Matrosen zu einem revolutionären Faktor zu gestalten. Diese revolutionären proletarischen Elemente wurden in der Flotte in den letzten drei Jahren ausserordentlich geschwächt. Die alten Kronstädter Matrosen gaben der Sowjet-Regierung Tausende und Abertausende von Kämpfern, die in allen Armeen, in allen Sowjet-Institutionen an der Verteidigung und dem Wiederaufbau Sowjet-Russlands teilnahmen. In Kronstadt blieb nur ein sehr geringer Teil dieser alten Genossen, und dieser ist an den kommandierenden Stellen der Flotte, er bildet den kommunistischen Apparat der Flotte und er ist eben der Teil, gegen den die neuen Mannschaften rebellierten. Aus welchen Kreisen rekrutiert sich die neue Mannschaft der Flotte? Da Finnland und die baltischen Provinzen Sowjet-Russland nicht angehören, so kann sie sich nur aus Elementen aus Südrussland, aus den Gestaden des Schwarzen Meeres, rekrutieren. So ist die Flotte in ihrer Mehrheit zusammengesetzt aus bäuerlichen, ukrainischen Elementen. Das technische Element in der Flotte war früher hauptsächlich durch Metallarbeiter vertreten. Die Notwendigkeit, die qualifizierten Arbeiter in der Kriegsindustrie zu behalten, führte dazu, dass bürgerliche Elemente in die Flotte eintraten, die wegen des Krieges oder der Revolution ihre technische Ausbildung auf den Technischen Hochschulen abbrechen mussten und die durch die verhältnismässig günstigen Lebensbedingungen in der Flotte angezogen wurden. Wenn man dazu in Betracht zieht, dass die Petersburger Kommunistische Organisation in der letzten Zeit sehr geschwächt war durch die Zehntausenden ihr entzogenen Kommunisten, die buchstäblich an allen Ecken Russlands die Wacht der

Revolution hielten, so kann man sich vorstellen, dass dadurch auch die politische Arbeit unter den Matrosen schwer gelitten hat. Und zum Schluss: die Kronstadter Matrosen haben ein ganz besonderes Machtgefühl. Sie sind umstrahlt von der Aureole der revolutionären Vergangenheit; sie bewachen die Tore Petersburgs und ihre kleine Insel ist das russische revolutionäre Helgoland. Das sind die lokalen Momente, die den Kronstädter Aufstand möglich machten und ihm eine besondere Färbung geben. Im allgemeinen kam in diesem Aufstand in erster Linie die Unzufriedenheit des Bauerntums, des ukrainischen Bauerntums, zum Ausdruck. Nach der Liquidierung der weissgardistischen Fronten waren die Matrosen zum grossen Teil zu Hause auf Urlaub. Ueberall hörten sie, es drohe keine weissgardistische Gefahr mehr, überall hörten sie klagen über die Requisitionen der Lebensmittel. In der Ukraine hörten sie von dem rücksichtslosen Kampf, den die Sowjet-Regierung gegen die Banden führt, die unter der anarchistischen Flagge Machno's die Bevölkerung brandschatzten und die Eisenbahnverbindungen unterbrechen. Mancher Matrose ist von dem Urlaub gar nicht zurückgekehrt, mancher von ihnen ist den Machno-Leuten zugestossen. In einem Artikel, den ein flüchtiger Matrose in dem oben genannten Miljukow'schen Organ zur Charakteristik des Kronstädter Aufstandes schreibt, wird offen zugestanden, dass den Matrosen die räuberischen Losungen des Räuberhauptmanns Machno sehr gefallen und ihrer Natur sehr entsprochen haben. (Nr. vom 17. März 1921.) Es ist charakteristisch, dass vier Mitglieder des Aufstand-Komitees der Matrosen ukrainische Bauernsöhne sind und der hervorragendste von ihnen, Petritschenko, von seinen Freunden direkt Petlura genannt wurde. — Der Bauer glaubt der Bedrohung durch die Gutsbesitzer los geworden zu sein. Er fordert von der Sowjet-Regierung die Erleichterung der Lasten. Diese Stimmung brandete sogar um die kleine Insel, auf der sich Kronstadt befindet. Und der Bauernsohn, der dort auf dem Schiffe in straffer Zucht gehalten wird, sah in den kommunistischen Matrosen — in den Kommunisten — die Leute, die von ihm die Unterordnung und Zucht forderten, obwohl jetzt keine Schiffe der Entente gegen Kronstadt liefen. Und die Kommunisten, die von ihm Unterordnung und Zucht fordern, sind dieselben, die von den Bauern das Getreide verlangen. Aber der Kronstadter Matrose fühlt sich als Revolutionär. Er denkt nicht daran, dem weissen General, den Grossgrundbesitzern und Kapitalisten zur Herrschaft zu verhelfen. Sein Protest gegen die dem Bauern durch die Revolution auferlegten Lasten, sowie der Protest gegen die revolutionäre Zucht und Ordnung waren nach seiner Meinung keine konterrevolutionären Tendenzen. Umgekehrt, sie sind nach seiner Meinung die Weiterentwicklung der Oktober-Revolution. „Wir haben sie gemacht, wir haben die Macht der Sowjets proklamiert und wer übt diese Macht aus? Die Kommunistische Partei. Die Sowjets müsse die Macht ausüben, die ganze Masse muss diese Macht ausüben. Es muss eine wirkliche Sowjetmacht erst gegründet werden." In diese Stimmung hinein kam die offene Diskussion in der Kommunistischen Partei über alle Fragen, die sich in den drei Jahren des Krieges angesammelt haben und die Partei aufwühlten. Oeffentlich

wurde in der kommunistischen Presse und in kommunistischen Versammlung davon gesprochen, dass in den langen Jahren des Kampfes der Organismus Sowjet-Russlands überwuchert wurde von parasitären, bureaukratischen Elementen. Man sprach von der Notwendigkeit, die Kommunistische Partei von karrieresüchtigen Elementen zu reinigen. Dies alles hörte Kronstadt. Und die im Grunde bäuerlich gestimmte, durch die Lebensbedingungen der Matrosen umgestaltete Psychologie wurde zu einer allgemeinen Auffassung der Lage Sowjet-Russlands umgebaut. Diese allgemeine Auffassung enthält alle Elemente des Anarchismus, der jede Bureaukratie und jede Zentralisation ablehnt, wie der Auffassungen der Sozial-Revolutionäre, die im Bauerntum die erste revolutionäre Kraft sehen, wie endlich syndikalistischer Tendenzen, die darin gipfeln, der Arbeiter müsse ebenso wie der Bauer der Herr seines Produktes sein. Alle diese Tendenzen konzentrieren sich in der Losung: Neuwahl der Sowjets, die von dem Einfluss der Kommunistischen Partei, wie überhaupt jeder Partei befreit sein soll. Die syndikalistischen Tendenzen zogen einen Teil der Arbeiter in Kronstadt heran, denn für sie bedeutet die direkte Herrschaft des Proletariats auf jeder Fabrik, die Aneignung des Produktes der Arbeit durch den Arbeitenden, die legale Möglichkeit, die Not zu lindern durch direkten Ausverkauf der Instrumente der Arbeit wie eventuell ihrer Produkte. Und die Kronstadter fühlten sich nicht allein. Sie hörten von Bauernbewegungen, über die die Fama übertrieben Nachrichten verbreitete (sie bekamen aus Finnland russische weissgardistische Zeitungen), sie hörten von der Not in Petersburg, von Streiks, sie hörten, dass die Arbeiter überall nach der Beendigung des Krieges eine Erleichterung ihrer Lage erwarteten und erhofften. In dieser Atmosphäre wirkten geheime Organisationen der rechten und linken Sozial-Revolutionäre, der Anarchisten, vereinzelter Menschewiki und ganz im Hintergrunde — von den Matrosen nicht gesehen — die offene, konterrevolutionäre, monarchistische Verschwörung des Kommandanten der Artillerie, Koslowski —. Die Matrosen dachten nicht an den Aufstand. Sie kamen in stürmischen Versammlungen, wo sie sich mit dem von ihnen sehr geachteten Kommissar der Flotte, mit Kusmin, und mit Sinowjew auseinandersetzten, zusammen. Noch am Tage des Aufstandes sprach zu ihnen auf dem Ankerplatze in Kronstadt Kalinin, der Vorsitzende des Zentralen Vollzugsausschusses der Sowjets, den sie mit voller Achtung behandelten. Zur Mittagszeit versammelten sich die Delegierten der Matrosen, um über die Neuwahlen der Sowjets zu beraten. Während der Beratungen kam die Nachricht, dass grössere Truppenabteilungen gegen sie anrückten. Diese Nachricht war eine Provokation, durch die — seien es die Sozial-Revolutionäre, seien es die Monarchisten — den Konflikt zu einem Zusammenstoss zuzuspitzen suchten. Um sich vor Ueberraschungen zu sichern, stellten die Matrosen Patrouillen auf. Da wird ihnen zugeflüstert: es hilft nicht, der Petersburger Sowjet wird eingreifen, da die Kommunisten keine Neuwahlen zulassen; man müsse sich für die Neuwahlen von Petersburg sichern, was man nur könne, indem man die Kommunisten einstweilen verhaftet und niemanden von Petersburg nach Kronstadt zulässt. Die

Matrosen blockieren Petersburg und verhaften die Kommunisten. Der Konflikt ist da. Die Sowjetregierung kann natürlich nicht dulden, dass ihre Vertreter verhaftet werden, dass die Festung, die die Zugänge Petersburg bewacht, sich in den Händen derer befinden, die nicht der Sowjetregierung gehorchen. Die Radiostation des Dreadnaughts „Petropawlowsk" sendet chiffrierte Telegramme nach Reval und Finnland. Es ist klar, dass in Kronstadt eine Organisation wirkt, für die die Neuwahlen der Sowjets nur einen Vorwand darstellen. Diese Organisation kann Kronstadt der Entente ausliefern. Von Finnland aus suchen die weissgardistischen Elemente die Verbindung mit Kronstadt herzustellen. Die Sowjetregierung fordert von den Matrosen die Streckung der Waffen, aber die Matrosen hoffen, dass ihr Beispiel auf Petersburg und Moskau ansteckend wirken wird. Ihre Führer versprechen ihnen, dass in einigen Tagen die Sowjet-Regierung genötigt sein wird, allgemeine Neuwahlen zu allen Sowjets durchzuführen, die eine parteilose Sowjet-Regierung als Resultat geben werden, eine Sowjetregierung, die alles gleich macht, die alle befriedigt. Der Bauer wird kein Getreide zu geben haben und der Arbeiter wird trotzdem nicht hungrig sein. Und schliesslich sind die Matrosen überzeugt, dass, nachdem sie sich einmal gegen die Sowjetregierung erhoben haben, sie dafür bezahlen werden müssen, und sie versteifen sich in Widerstand. Und die Sowjetregierung kann nicht lange warten. Sie kann nicht lange warten aus dem einfachen Grunde, weil, — falls das Eis des Finnischen Meerbusens und der Neva schmilzt, — die Konterrevolutionäre in Kronstadt die Matrosen direkt in den bewaffneten Kampf gegen Petersburg hineinhetzen könnten. Und so muss das Schicksal den Lauf nehmen: der geschürzte Knoten muss mit dem Schwerte zerhauen werden. Die von der Front herangeholten Truppen werden unter der Führung der Sturmbataillone der roten Offiziersaspiranten von den Delegierten des Parteitages in der Nacht über das schon schwankende Eis des Finnischen Meerbusens geführt. „Noch niemals hat die Infanterie gegen die Kriegsschiffe vom Eis her gekämpft", klagten die Rotarmisten, aber das Beispiel Woroschilows, Satonskis, Bubnows usw., das Beispiel der Coursanten, riss die Truppen mit, und bei Anbruch des Tages standen die Truppen schon auf festem Boden in Kronstadt, im Strassenkampf gegen die Aufständischen. Der Widerstand war hartnäckig, aber nicht so, wie er bei den Kriegsmitteln Kronstadts geführt werden konnte; denn in den letzten Tagen war in den Matrosen nicht der Glaube an den Sieg erschüttert worden, vielleicht sogar der Glaube an die Gerechtigkeit ihrer Sache.

Das letztere war der Tatsache zu verdanken, dass die vorerst im Hintergrunde gehaltene Konterrevolution immer mehr ans Licht des Tages rückte. Der Führer der Sozialrevolutionäre, Tschernow, forderte von den Matrosen die Herausgabe der Losung der Einberufung der Konstituierenden Versammlung und von Finnland kamen als Vertreter des Roten Kreuzes echte russische Weissgardisten mit jenem Korvettenkapitän Wilkens an der Spitze, den die älteren Matrosen als Soldaten- und Matrosen-Schinder kannten, der im Jahre 1917 sich nur durch Flucht ihrer Rache entzogen hatte. Das alles sickerte durch in die Matrosenmasse und unterwühlte

ihren Glauben an die Sache. Und auch die Koslowski-Leute forderten immer offener die Unterordnung der Matrosen unter ihre Befehle, denn ohne Disziplin konnte natürlich die Verteidigung der Stellung nicht durchgeführt werden. Von Petersburg brachten ihre Spione die Nachricht, dass der Aufstand nicht nur die Arbeiter nicht mitriss, sondern sie sehr ernüchterte, dass sogar die unruhigsten Fabriken arbeiteten, während von Kronstadt her das Getöse der Kanonen hörbar war.

So gelang es, Kronstadt in einem Ansturme zu nehmen. Als die Opfer Kronstadts zu Grabe getragen wurden, kamen gleichzeitig nach Russland die weissgardistischen Zeitungen von Paris, Berlin und Prag, die zeigten, wie recht die Sowjetregierung hatte, als sie den Aufstand nicht als Beginn der dritten Revolution, sondern als einen Versuch eines neuen konterrevolutionären Anschlages bezeichnete.

II. Der neue Plan der Konterrevolution.

Sobald die russischen Konterrevolutionäre vom Aufstand in Kronstadt erfuhren, vergassen sie die Kluft, die sie von Kronstadt trennt. Sawinkow, der Gehilfe Kerenskis, der 10 000 Bauern und Arbeiter an der galizischen Front niederknallen liess, als sie sich weigerten, an der verbrecherischen Juni-Offensive 1917 teilzunehmen, Sawinkow, der in seinem mit dem Geld der polnischen Regierung herausgegebenen Organ, der Warschauer „Swoboda" (in der Nr. vom 24. Februar) prahlt: „Ich kämpfe gegen die Bolschewiki, ich kämpfe an der Seite aller, die gegen sie gekämpft haben, mit Koltschack, Denikin, Wrangel und sogar mit Petlura, wie sonderbar es auch klingen mag. „Sawinkow, der Freund von Belach Belachowitsch, des Helden der jüdischen Progrome in Weissrussland, schreibt in seinem Blatte, die Kronstädter Matrosen hätten durch ihren Aufstand alle ihre alten Sünden gutgemacht. Wenn der Kreuzer „Aurora" Petersburg beschiesst (diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen), so ist das seine Busse dafür, dass er am 25. Oktober 1917 das Winterpalais, in dem die Minister Kerenskis sassen, beschossen hat. Die Berliner „Rul", das Organ des rechten Flügels der Kadettenpartei schreibt: „Der Kronstadter Aufstand ist heilig, weil er der Aufstand gegen die Ideen der Oktober-Revolution ist", und der Verein der russischen Industriellen und Finanzleute in Paris beschloss, als er die Nachrichten über Kronstadt erhielt, sich um die „linken" Losungen, unter denen die Matrosen von Kronstadt aufgestanden sind, nicht zu kümmern, angesichts der Tatsache, dass die Matrosen für den Sturz der Kommunistischen Regierung sind. (Die „Letzten Nachrichten", Paris, vom 8. März.) Die russischen Banken, mit dem alten zaristischen Finanzminister Kokowzew an der Spitze, begannen Geld für Kronstadt zu sammeln. Gutschkow, das Haupt der imperialistischen Partei in Russland, setzte sich mit der englischen und amerikanischen Regierung in Verbindung, um Getreide für Kronstadt zu bekommen, und die

französische und amerikanische Regierung instruierten sofort ihre Agenten in Helsingfors und in Estland, alles zu tun, um den Kronstadter Meuterern Getreide zuzustellen.

Mit einer ungewöhnlichen Klarheit und Elastizität ergriffen die Konterrevolutionären das Wesen der Kronstadter Vorgänge. Das Organ Miljukows, die „Letzten Nachrichten" sowie die „Allgemeine Sache", das Organ Burzews, erklärten sich sofort entschieden und bestimmt nicht nur für die Unterstützung der Kronstädter Matrosen, sondern sie bauten sofort einen taktischen Plan auf, der auf der Akzeptierung der Kronstadter Losung beruht. Dieser taktische Plan, den diese Presseorgane entwickeln, besteht in der Erkenntnis, dass jeder konterrevolutionäre Anschlag zum Misslingen verurteilt ist, so lange er mit den Kräften der Allierten offen operiert und die Männer des alten Regimes, Vertreter der Junker und den Kapitalismus an seiner Spitze hat. Die Volksmassen glauben nicht an die reinen Absichten der Alliierten. Sie wissen genau, dass, falls die Alliierten Kräfte gegen Sowjetrussland einsetzen, sie es tun, um Russland zu einer Kolonie zu machen. Die Ursache der Niederlage Denikins, Koltschaks usw. bestand nach der Ueberzeugung von Miljukow in erster Linie darin, dass sie als Vertreter der russischen Junker, die Bauern von sich abstiessen. Der erste Schluss also, den Miljukow zieht — und darin unterstützt ihn Sawinkow mit grösster Energie — ist, dass die konterrevolutionäre Bewegung in Russland nur dann siegen kann, wenn sie von innen kommt und äusserlich von feudalen Tendenzen bar ist.

Auf Grund der Kronstädter Ereignisse aber macht Miljukow den zweiten Schritt. Er erkennt an, dass weder für den Bauern, noch Arbeiter oder Rotarmisten die Losung der konstituierenden Versammlung eine Anziehungskraft besitze. Die Matrosen sind unter der Losung der wirklichen Sowjetmacht aufgestanden. Aber gleichzeitig mit der Losung: Nieder mit den Kommunisten! Dieses „Nieder-mit-den-Kommunisten" ist der Preis, wegen dem Miljukow gern die Losung der wirklichen Sowjetmacht mit in Kauf nimmt. Fällt die Kommunistische Regierung, dann fällt die einzige Kraft, die Sowjetrussland im Kampfe gegen das Weltkapital geführt hat, die fähig ist, jetzt, wo sie den Frieden hat, an den Wiederaufbau des wirklichen Lebens zu gehen, die fähig ist, als reifster Teil der revolutionären, proletarischen Bauernmassen das Schiff durch alle Klippen hindurchzubringen und endgültig das Werk der Revolution zu sichern. Die Sowjets ohne Kommunisten werden die wankelmütigen, zerstreuten und ermüdeten Arbeitermassen darstellen und sie werden genötigt sein, alle bürgerlichen Kräfte, die von der Kommunistischen Sowjetregierung verwendet, sich unter ihrer strengen Kontrolle befanden, unkontrolliert arbeiten zu lassen. Die konterrevolutionäre Emigration wird zurückkehren können, sie wird alle Institutionen dieser parteilosen Sowjets mit ihren Leuten ausfüllen und faktisch

die Macht ergreifen. Dann wird die Zeit kommen, diese faktische Gewalt in die juridischen Formen zu kleiden, die die Konterrevolution als notwendig erachten wird. Das Miljukow'sche Organ geht so weit, dass es in einer Polemik gegen einen doktrinären Sozial-Revolutionären die Sowjets nicht nur als Verwaltungsorgane, sondern direkt als das Organ der Staatsgewalt verteidigt. „Die Sowjets sind nicht nur beratende oder gesetzgebende Organe, sondern Organe der Staatsgewalt im ganzen. Nur als solche können sie die bolschewistische Staatsgewalt ersetzen, nur als solche können sie den Ausgangspunkt bilden für eine regelrechtere Organisation der Provinz, ohne dass mit der Provinz gebrochen wird. Es ist selbstverständlich, dass sie diese zeitweilige Rolle nur ausführen können, nachdem sie neu gewählt sind." (Nr. vom 18. März 1921.) Miljukow, der Gründer und führende Ideologe der liberalen Kadettenpartei, der ein blinder Doktrinär des westeuropäischen Parlamentarismus zu sein schien, hat es verstanden, dass, da der Sieg über die Kommunistische Partei Russlands die einzige Kraft vernichten würde, die erlaubt, Sowjetrussland als grossen revolutionären Weltfaktor zu erhalten, Sowjetrussland ohne die Diktatur der Kommunistischen Partei ein Opfer der Konterrevolution sein wird. So richtet er die Augen der Konterrevolution auf den einzigen, entscheidenden Punkt, auf die Vernichtung der Kommunistischen Partei Russlands und sagt ihr: stosst die bäuerlichen Massen, stosst die Arbeitermassen nicht zurück mit der Forderungen der Rückkehr zu bürgerlichen Staatsformen. Nicht auf die Form kommt es an, sondern auf den Inhalt. Im bäuerlichen Russland wird sich in der Form der Sowjets nach der Vernichtung der Kommunistischen Partei das Bauerntum als konservative und bürgerliche Klasse konsolidieren und alles andere wird sich später finden.

(Schluss folgt.)

Weltpolitische Umschau.

Von „Explorator".

I. Zur Dynamik der Ententepolitik.

II. Der französische Imperialismus und die deutsche Revolution. — Die Lage im Orient.

Die Konstellation, wie sie die imperialistischen Kräfte im Frühjahr 1921 schaffen, lässt sich, soweit Beziehungen zu Deutschland und dem Fortgang der deutschen Revolution bestehen, in wenigen Strichen etwa folgendermassen kennzeichnen. In Osteuropa haben das Verschwinden Wrangels und der kleineren antibolschewistischen Unternehmungen sowie der endgültige russisch-polnische Friedensschluss zunächst eine Entspannung bewirkt. Dem entspricht auch die allgemeine Wendung in der Russlandpolitik Frankreichs. Frankreich hat, indem es sich an die veränderten Verhältnisse angepasst und rasch die Methoden gewechselt hat, den Uebergang von den reaktionären Faktoren zu den russischen Menschewisten gefunden, aber sein Ziel der demokratisch-kapitalistischen Restauration Russlands — ohne es je aus den Augen zu verlieren — infolge der augenblicklichen Unmöglichkeit einer neuen, konzentrierten „Randstaatenaktion", hinter anderen, dringenderen und auch erreichbarer erscheinenden imperialistischen Zielen vorläufig zurückstellen müssen. Zugleich ist zwischen England und der Sowjetregierung ein wirtschaftlich-politisches Abkommen zur Unterzeichnung gelangt und damit in dem Weltkampf London—Moskau zunächst ein Szenenwechsel eingetreten. Für Russland bedeutet das Abkommen den Durchbruch zur Weltwirtschaft und, zusammen mit den anderen angebahnten Handelsbeziehungen, vermehrte Möglichkeiten inneren Aufbaus und staatlicher Konsolidierung. An Stelle der Sowjetrepublik als Objekt des französischen Imperialismus ist nun erneut Deutschland in den Brennpunkt der weltpolitischen Spannung gerückt. Denn Frankreich schreitet nun, um den im Weltkrieg errungenen militärischen Sieg auszubauen, an die Verwirklichung des ersten und grössten Teilzieles seiner kontinentaleuropäischen Hegemoniepolitik: durch Entwaffnung und ständige militärische Bedrohung, Zerreissung der territorialen Einheit, volkswirtschaftliches Ausblutenlassen, organisierte Arbeitsfron bis zur physischen und moralischen völligen Degeneration des deutschen Volkes und seines Nachwuchses (nach dem Clemenceau'schen Leitmotiv: „Es gibt 20 Millionen Deutsche zu viel!") Deutschland als politischen Faktor endgültig zu vernichten. Frankreich geht daran, durch direkte oder indirekte Kontrolle über das Ruhrgebiet und Oberschlesien sich auch wirtschaftlich die Hegemonie über Festlandeuropa zu sichern, und zugleich durch Abschneidung dieser lebenswichtigen Rohstoffquellen, durch Einkreisung vom Westen und Osten her, Hand in Hand mit der Aufrichtung eines reaktionären Staatensystems im Süden und Südosten, die kommende proletarische deutsche Revolution abzuwürgen.

Möglich gemacht wird eine solche französische Politik dadurch, dass in allen europäischen Fragen England Frankreich immer uneingeschränkter freie Hand lässt. In dieser unverkennbaren Einwirkung auf die Dynamik dessen, was man die Ententepolitik zu nennen pflegt, findet die rasche Zuspitzung des englisch-amerikanischen Gegensatzes — der immer mehr zur Achse des weltpolitischen Spannungssystems wird — ihre Projektion auf die europäischen Verhältnisse. Seinerseits kann Amerika, das seit der Aera Harding sich zu einer Weltpolitik des reinen Amerikanismus zurückgefunden hat, nicht daran denken, Frankreich auf dem Wege der methodischen Vergewaltigung Deutschlands Hindernisse zu bereiten. Nicht nur, weil es formell bereits aus dem Obersten Rat ausgeschieden ist, sondern auch weil es im Hinblick auf den kommenden Konflikt der grossen Seemächte nicht hinter dem englischen Liebeswerben um Frankreich zurückbleiben darf.

Zugleich sehen wir, eingeleitet durch den Regimewechsel in Griechenland und gipfelnd in der Londoner Konferenz zur Neuregelung des türkischen Friedens, ein Wiederaufleben der „Orientfrage" im alten imperialistischen Sinne zu voller Aktualität. Ein System der Kompensationen europäischer gegen orientalische Interessen hat bisher noch erlaubt, die tieferen englisch-französischen Gegensätze in dieser Sphäre zurückzudrängen. In ziemlich enger diplomatischer Bindung beider Mächte versucht das westeuropäische Kapital, die Türkei in ihr Fahrwasser zu lenken und in Gegensatz zu Sowjetrussland zu bringen. Der britische Imperialismus ist im gesamten Osten, von Aegypten über Mesopotamien bis nach Indien, bemüht, durch pseudokonstitutionelle „Reformen" und Gewährung von scheinbarer Unabhängigkeit, bei um so festerer Verstrickung in die Bande der von England kontrollierten kapitalistischen Wirtschaft, seine Ausbeutungssphäre gegen die nationalrevolutionäre Gärung zu konsolidieren. Sowjetrussland, als Hort der Völkerbefreiung, arbeitet dem entgegen, indem es im Kaukasus den Gürtel der mit ihm im Föderativverhältnis stehenden Sowjetrepubliken möglichst weit vorwärts schiebt, um die unmittelbare territoriale Berührung mit den unterdrückten oder der Gefahr der Einbeziehung in das System des westlichen Kapitalismus ausgesetzten Nationen zu gewinnen. Im übrigen betreibt es namentlich in der letzten Zeit eine systematische echt proletarische Vertrags- und Freundschaftspolitik mit den Völkern des Ostens, unter Verzicht auf jegliche Einmischung in die inneren, politischen und sozialen Verhältnisse dieser Länder. Die letzten Wochen haben schon den Abschluss von nicht weniger als vier Verträgen nach diesen Grundsätzen gebracht, mit der Türkei, Persien, Afghanistan und Buchara. Das imperialistische England natürlich — bei dessen Unterzeichnung des Handelsabkommens mit der Sowjetrepublik das Bestreben nach Abdämmung des von Moskau ausstrahlenden politischen Einflusses eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat — erblickt selbst in einer solchen, auf alle und jede Expansion verzichtenden und nur auf Wahrung der nationalen Unabhängigkeit der vorderasiatischen Völker bedachten sowjetrussischen Aussenpolitik eine Durchkreuzung seiner Pläne politischer Bevormundung und kapitalistischer „friedlicher Durchdringung" und eine direkte Bedrohung Indiens. Und nur das dringende Bedürfnis der an schwerer Absatzstockung leidenden kapitalistischen englischen Volkswirtschaft nach Verwertung der neuerschlossenen Handelsbeziehungen mit dem rohstoffreichen und ungeheuer aufnahmefähigen weiten russischen Osten wird aller Voraussicht nach verhindern, dass

diese asiatische Vertragspolitik der Sowjetrepublik den unversöhnlichen Konflikt zwischen der Vormacht des Kommunismus und der Vormacht des altweltlichen kapitalistischen Imperialismus schon in allernächster Zeit wird wieder akut werden lassen. Weltpolitisch besteht zwischen dem Orient im engeren Sinne und Indien der Unterschied, dass das Durchdringen der nationalrevolutionären Bewegungen, die Herstellung der Einheitsfront aller unterdrückten Völker in Vorderasien gegen den europäischen und namentlich den englischen Imperialismus mehr eine Lebensfrage für das in Europa eingeengte Sowjetrussland ist, als dass diese Durchdringung die Aussicht auf eine unmittelbare Erschütterung der kapitalistischen Westmächte eröffnet, denn diese verfügen auch anderwärts noch über riesige Ausbeutungssphären, während die neuerdings, und trotz aller englischen „Reformen", bedenklich zunehmende englandfeindliche revolutionäre Unterwühlung Indiens, des grössten Kräftereservoirs der englischen kapitalistischen Volkswirtschaft und Eckpfeilers der englischen Weltstellung, sich allmählich zu einer positiven Gefahr für England auswächst.

Zusammenfassend kann man sagen, dass augenblicklich Deutschland, als Objekt des an die volle Verwirklichung seiner Pläne gehenden französischen Imperialismus, und der Orient, als Schauplatz des zähen Ringens zwischen dem westeuropäischen Kapitalismus und Sowjetrussland als Vormacht der Völkerbefreiung, im Vordergrund des weltpolitischen Interesses stehen. Versuchen wir, einen Ueberblick über die neueren Entwicklungstendenzen in beiden Beziehungen zu gewinnen. Die anderen weltpolitischen Verknüpfungen sollen nur insoweit herangezogen werden, als sie die Dynamik jener imperialistischen Entwicklungen beeinflussen.

* * *

Im Frühjahr 1920, anderthalb Jahre nach Beendigung der militärischen Feindseligkeiten, versuchte Frankreich zum ersten Mal, durch weitere Gewaltanwendung gegen Deutschland den Versailler Vertrag der kapitalistischen Ausbeutung und nationalen Erwürgung ein Stück auszubauen. Damals blieb wegen des Widerspruchs der Verbündeten die Besetzung von Frankfurt und einigen anderen Orten Episode. Es hat verhältnissmässig lange gedauert, bis die mit der Konferenz von San Remo von England zuerst eingeschlagene Politik des Gewährenlassens Frankreichs in der Durchführung des Versailler Vertrages, namentlich in der Entwaffnungs- und Wiedergutmachungsfrage, für Frankreich weitere Früchte trug. Im Jahr 1920 folgte eine interalliierte Konferenz der anderen, und Phasen der englisch-französischen Spannung und Verstimmung selbst bezüglich der Deutschlandpolitik der „Entente" (von anderen, ungleich kritischeren Episoden, wie der französischen Anerkennung der „Südrussischen Regierung" Wrangels, ganz abgesehen) fehlten durchaus nicht. In Hythe II-Boulogne war Frankreich wohl schon einen entscheidenden Schritt gegenüber England weitergekommen, indem als Kompensation gegen den französischen Verzicht auf die territorialen Mossulinteressen — die wirtschaftlichen Interessen an der dortigen Petroleumproduktion fanden dann durch Abschluss der schon in San Remo angebahnten englisch-französischen Konvention, die alle Petroleuminteressen beider Mächte in der Alten und Neuen Welt, natürlich unter englischer Führung, und mit anti-amerikanischer Spitze, vertrustet, ihren

Ausgleich — sowie auf eine selbständige französische Türkeipolitik England seine rückhaltslose Zustimmung zu dem französischen Programm gab, das dann in der Konferenz von Spaa gegen Deutschland zum ersten Mal konkrete Gestalt gewann. Im Orient erntete England dafür das französische Einverständnis und sogar, durch Beteiligung an der Anleihe an Griechenland, Mitwirkung an der Politik Lloyd Georges, den Vertrag von Sèvres durch Betrauung des griechischen Vasallen mit dem Mandat zum militärischen Vormarsch in Thrazien und Anatolien. England selbst opferte ohne alle Bedenken seinen Verbündeten im Weltkrieg und wertvollen Mithilfer an der Niederwerfung der türkischen Herrschaft in Vorderasien, Emir Feissal, dem gierigen französischen Imperialismus in Syrien. Mit dieser Opferung war der Plan verbunden, der schon jetzt durch die bevorstehende Ernennung Feissals auf den Thron des „Unabhängigen" Königreiches Mesopotamien sich verwirklicht, den durch seine Verjagung aus dem Lande zum unversöhnlichen Gegner Frankreichs gewordenen arabischen Herrscher als Gegengewicht gegen zu weit gehende französische Expansionspläne im Orient jederzeit zur Verfügung zu haben. Mit dem endgültigen englisch-französischen Ausgleich in der Mossulfrage, der Beschränkung, aber zugleich englischen Unterstützung der französischen Orientpläne auf Syrien, und dem Scheitern jenes letzten Versuchs der Erzwingung der Zerstückelung der Türkei durch griechische Waffengewalt entfiel dann zunächst die Möglichkeit und Notwendigkeit für die beiden Ententepartner, orientalische gegen europäische Interessen zur Kompensation zu bringen. Erst mit dem Wiederaktuellwerden der „Orientfrage" durch den griechischen Regimewechsel trat eine ähnliche Konstellation abermals ein. Inzwischen war aber die Bindung zwischen England und Frankreich schon sehr viel weiter vorgeschritten. Im Sommer 1920 noch hatte England, das zur Ausbalanzierung Europas gegen das in zielbewusster Verfolgung seiner kontinentalen Hegemoniepläne immer mächtiger werdende Frankreich den „Völkerbund" braucht und in Wahrheit sein alleiniger Träger unter den Grossmächten ist, in nicht misszuverstehender, wenn auch durchaus inoffizieller Weise, — durch die Rede Barnes' auf der Genfer Tagung und manche Aeusserungen der Lloyd George nachstehenden Presse, — die baldige Aufnahme Deutschlands in diese internationale Organisation kapitalistischer Ausbeutung ganz offen angeregt. Damals war die englische Haltung in der „Wiedergutmachungsfrage" noch recht massgebend von gewissen Ideen Keynes' beeinflusst, d. h. im Sinne einer wirklich internationalen Regelung der deutschen Schuldzahlungen mit Berücksichtigung der tatsächlichen deutschen Leistungsfähigkeit, orientiert, wenn auch in voller Anerkennung der schon in San Remo englischerseits verbürgten sehr hohen französischen Gesamtforderungen. Namentlich vertrat England auch den Gedanken, die endgültige Festsetzung der deutschen Zahlungsverpflichtung von dem Verbleiben oder Nichtverbleiben Oberschlesiens beim Deutschen Reiche abhängig zu machen, oder doch bis nach der Plebiszitentscheidung zu vertagen. Frankreich hat ja auch im November vergangenen Jahres England seine formelle Zustimmung im letzteren Sinne geben müssen. Spannungen zwischen den beiden Ententepartnern blieben, wie gesagt, nicht aus. Namentlich komplizierte der englische Entschluss, auf das laut dem Versailler Vertrag England zustehende Recht auf Beschlagnahme der deutschen Vermögenswerte in England auch für den Fall absichtlicher deutscher Nichterfüllung der Vertragsklauseln zu verzichten, um den

deutschen Handel über den Kanal zu ziehen, die sich über viele Wochen hinziehenden intimen englisch-französischen Besprechungen in der Wiedergutmachungsfrage. Aber schon diese Besprechungen endigten im letzten Herbst damit, dass Lloyd George in einem aufsehenerregenden Interview mit dem „Petit Parisien" seinen Entschluss verkündete, künftig in der Durchführung des Versailler Vertrages mit Frankreich „Schulter an Schulter zu gehen und nötigenfalls gemeinsam mit Millerand beide Fäuste auf den Konferenztisch zu schlagen". Und als dann nach Beginn der Orientkrise durch die Rückkehr Konstantins der französische Ministerpräsident und Aussenminister Leygues auf der Londoner Konferenz von Ende November und Anfang Dezember in Inaugurierung einer neuen selbständigen französischen Türkeipolitik die Revision des Vertrages von Sèvres durchsetzen wollte, da konnte er schon darum nichts nennenswertes Konkretes von England erreichen, weil bei der an sich schon so gut wie vollständigen Bindung Englands an Frankreich in der Politik gegenüber Deutschland nicht zu erwarten war, dass England auch noch in solchen von ihm als absolut vital betrachteten aussereuropäischen Fragen, und namentlich in einer Frage seiner maritimen Machtpolitik, wie sie sein Verhalten zu dem griechischen Vasallen aufwarf, Frankreich nachgeben würde. Erst später haben die konkreten Veränderungen der Lage im Orient, namentlich in Armenien und Persien und die Erkenntnis von der Unbesiegbarkeit des nationaltürkischen Widerstandes gegen das Türkeizerstückelungsdiktat, sowie der verhängnisvollen Wirkungen auf die indischen Mohammedaner, eine gewisse Wendung der englischen Politik auch in der Frage des türkischen Friedens herbeigeführt.

Seit jenem drastischen Ausspruch des englischen Premiers, der den Abschluss der englisch-französichen Verstimmung in der Wiedergutmachungsfrage im vergangenen Herbst bezeichnet, konstatieren wir, dass England immer völliger ins französische Fahrwasser geraten ist und jetzt — bei auffallend starkem Entgegenkommen gegenüber Frankreich selbst im Orient — in der europäischen Politik überhaupt nur noch die Rolle als Sekundant Frankreichs spielt. Längst wäre die, wie erwähnt, noch im letzten Sommer inoffiziell von englischer Seite angeregte Erörterung über die baldige Aufnahme Deutschlands in den „Völkerbund" auch bei grösster Bereitwilligkeit Deutschlands zur Schuldzahlung nicht mehr denkbar. Auf der Pariser Konferenz vom Januar d. J. wurde dann unter gänzlichem Fallenlassen aller Keynes'schen Ideen und stillschweigendem englischen Verzicht auf die doch noch im November von Frankreich formell angenommene Verknüpfung der Wiedergutmachungsfrage mit der oberschlesischen Frage ein Entschädigungsprogramm zahlenmässig aufgestellt und am 29. Januar Deutschland mitgeteilt. Dies bedeutet nichts weniger sowohl nach der Höhe der Gesamtleistungen, wie durch seine Erstreckung über mehrere Jahrzehnte und die rigorosen Sanktionsbestimmungen, die es vorsieht, den vollen Sieg der französischen Politik der methodischen Ausblutung und Vernichtung der deutschen Wirtschaft, freilich sehr zum Schaden der englischen Volkswirtschaft, die inmitten der bedenklichen Absatzkrise ihre Interessen viel besser erkennt. Und seitdem es dann auf der Londoner Konferenz von Februar-März zum Bruch mit Deutschland gekommen ist, macht sich Lloyd George förmlich zum Sprecher des französischen schrankenlosen Imperialismus, so oft er nur das Wort ergreift.

Im vorigen Jahre noch hat England stets, sobald seine eigenen, ganz und gar auf Handel gestimmten, territorialpolitisch dagegen weit unbedeutenderen Europainteressen in Mitleidenschaft gezogen zu werden drohten, den „Völkerbund", dessen Träger es ist, gegen den zügellosen Imperialismus Frankreichs und seiner Vasallen ausgespielt. Z. B. in der Danziger und Wilnaer Frage, wo es durch das Bestehen auf einem Völkerbundstatut und der Plebiszitidee dem polnischen reinen Annexionismus entgegenarbeitete, der die auf die Ostseehäfen und die baltischen Staaten sich stützenden englischen Osteuropahandelspläne zu stören drohte. Der englisch-französische Gegensatz in der oberschlesischen Frage war notorisch: Die englischen Bestrebungen der Monopolisierung der Donauschiffahrtsstrasse, als Hauptader des englischen Handels mit dem nahen Osten, die durch den französisch-ungarischen Geheimvertrag von Gödöllö gefährdet wurden, hat England durch diplomatischen Einspruch sofort zu Fall gebracht, wodurch es, nebenbei bemerkt, Frankreich zu einer Umorientierung seiner — sowohl anti-deutschen wie antibolschewistischen — Donaupolitik gezwungen. Im Jahre 1921 wäre ein solches Eingreifen in die französischen kontinentaleuropäischen Pläne seitens Englands nicht mehr denkbar.

Immer mehr nähert sich heute jenes Verhältnis zwischen der englischen und der französischen Politik seiner Verwirklichung, das die „französisch" orientierte englische Presse, voran die „Times", in weitgehendem Masse auch die „Morning Post", stets als wünschenswert propagiert hat: eine enge Entente zwischen den beiden Ländern „vom Rhein bis nach Mesopotamien" zu schaffen. Winston Churchill hat in seiner neuen Eigenschaft als Kolonialminister und — sehr einflussreicher — Leiter des Departements des „Mittleren Ostens" neulich formell erklärt, dass die Herbeiführung einer engen französisch-englischen Cooperation auch im Orient ein Hauptzweck seiner Reise nach Kairo und Jerusalem sei. Die Bearbeitung der öffentlichen Meinung in England in diesem Sinne durch jene Blätter bildet nur die Ergänzung zu der noch kontreteren Propaganda für ein wirkliches englisch-französisches Bündnis, die — sicher auf Anregung der englischen Regierung selbst — Politiker wie der ehemalige englische Botschafter in Paris, Lord Derby, betreiben. Noch im Frühjahr 1920 stiessen, wie schon angedeutet, die französischen Rheinpläne auf den entschiedenen Widerstand Englands, das gewiss kein Interesse daran haben kann, die machtpolitische und wirtschaftliche Position des zielbewusst imperialistischen Frankreich gerade am Unterrhein gewaltig gestärkt zu sehen. Heute findet die französische „Rheinbundpolitik" — so aktuell geworden mit der Errichtung der neuen Zollgrenze bei der Durchführung der „Sanktionen" seit dem Abbruch der letzten Londoner Konferenz — schon die stillschweigende Billigung Englands. Auch gegen das französisch-belgische Militärbündnis, das für England bei einer stärkeren englisch-französischen Auseinandersetzung gefährlich werden kann, hat England in keiner Weise mehr wirksam durch den Völkerbund protestieren lassen, so sehr ihm dessen Statuten gegen eine solche Geheimabmachung eine Handhabe zum Einspruch geboten hätten. Englands Interesse wäre es durchaus, in Mitteleuropa ein zwar nicht offensivfähiges, aber immerhin lebensfähiges, einen politischen Faktor bildendes Deutschland erhalten zu sehen, um die französischen kontinentalen Hegemoniepläne einigermassen zu paralysieren. Statt dessen hat sich England in der Entwaffnungsfrage immer mehr von seinem noch in Spaa vertretenen, auch später noch

platonisch betonten Standpunkt entfernt, dem für England nach Vernichtung der Flotte völlig harmlos gewordenen Deutschland noch ein gewisses Mindestmass an Bewaffnung zu lassen — das jede Bedrohung Frankreichs jetzt oder später ausschliessen würde, wie das zwischen den beiden Westmächten bereits in San Remo ausgemacht worden ist —, und sich ganz der französischen Entwaffnungspolitik angepasst, bei der sogar die gegenrevolutionären Fronvogtinteressen hinter den rein militärischen Erwägungen gänzlich zurücktreten. Das französische Bewusstsein von dem englischen Gewährenlassen am Rhein ist so vollständig, dass selbst ein Annexionist wie Poincaré es sich leisten kann, in einem bekannten Interview mit dem „Observer" England die unbedingte französische Bereitwilligkeit zur Solidarität mit England bei jeder eventuellen Ostverschiebung der französischen Grenzen und Besetzung des Ruhrgebietes zu versichern. Die Erkenntnis davon, dass England bereits ganz im französischen Fahrwasser segelt, macht eine solche Solidaritätsversicherung für Frankreich sehr billig. Und nicht einmal mehr im Orient hat es Frankreich nötig, für die englische Zustimmung zur Verfolgung seiner Pläne noch einen Preis auf anderem Gebiet zu zahlen. Bereits Ministerpräsident Leygues hat sich auf der Londoner Novemberkonferenz entschieden gegen jede neuerliche Verquickung der türkischen mit der Wiedergutmachungsfrage wehren können. Und als dann jetzt im Februar und März die Ereignisse in Vorderasien dennoch eine veränderte Haltung des bisher der Angoraregierung gegenüber intransigenten Regierung Lloyd Georges notwendig gemacht hatten, da hat Frankreich ohne jede ersichtliche Beeinflussung der europäischen Fragen durch englisches Entgegenkommen die englische Zustimmung zu einem direkten Vertragsabschluss mit Mustapha Kemal erlangen können. Dieser Vertragsabschluss läuft auf nichts weniger heraus als auf einen Separatfrieden und eine früher ganz unerhört erscheinende französische Kontrolle über ein bedeutendes Stück der für England so vitalen Bagdadbahn. Im Falle der Ratifikation durch Frankreich würde dieser Vertrag die äusserste Gefährdung des die britischen Meerengenpositionen verteidigenden griechischen Vasallen durch die in Cilicien freiwerdenden kemalistischen Truppen mit sich bringen. Allerdings, was eine solche Ratifikation anbelangt, kann sich auch England auf die — durch die neue Regierung Briand viel stärker gewordene — solidarische englisch-französische Bindung verlassen.

Rein wirtschaftlich lag die Vernichtung der Kapazität Deutschlands als Abnehmer englischer Waren durch die aussaugende französische „Wiedergutmachungspolitik" — nach dem Brüsseler interalliierten Verteilungsabkommen würde das mit etwa einem Schilling vom Pfund der deutschen Zahlungen beteiligte England übrigens einen recht unbedeutenden konkreten Gewinn ziehen — ebenfalls gewiss nicht in der Linie der englischen Interessen. Der Widerspruch zwischen der Politik Englands noch im vorigen Herbst, wo es in der Absicht der Gewinnung intensiver Handelsbeziehungen mit Deutschland durch die Verzichterklärung auf Beschlagnahme deutscher Vermögenswerte eine sehr ernstliche Verstimmung mit Frankreich in den Kauf genommen hatte, und seiner mit den Londoner wirtschaftlichen Sanktionen eingeschlagenen Politik ist auch allzu drastisch, um in der erhofften Nebenwirkung namentlich der fünfzigprozentigen Zwangseinhebung von der deutschen Ausfuhr, die deutsche Warenkonkurrenz in England damit abzuwürgen, ihre genügende Moti-

vierung zu finden vermöchte. So sehr diese englische Absicht der Vernichtung der deutschen Konkurrenz auch schon in der eiligen Weise zum Ausdruck kommt, mit der die ja auch von Lloyd George, und nicht von Briand, vorgeschlagene Massnahme in Gestalt der „German Reparation Bill" im Parlament durchgepeitscht wurde, so muss sich doch England sagen, dass bei der Nichtbeteiligung einer ganzen Reihe von Staaten an dieser englisch-französischen Politik der deutsche Exportindustrialismus nur auf gewisse andere Länder hingedrängt werden wird, in denen bisher die englischen Waren ebenfalls günstigen Absatz fanden. Gerade die sehr naheliegende Möglichkeit aber, dass durch ein solches Aufrichten einer Schranke zwischen Deutschland und Westeuropa der Export selbst eines kapitalistischen Deutschland veranlasst wird, sich nach Russland zu wenden, würde die einzige Erwägung illusorisch machen müssen, aus der heraus England einer den englischen Handelsinteressen sonst durchaus zuwiderlaufenden methodischen wirtschaftlichen Ausblutung Deutschlands durch die französische Wiedergutmachungspolitik zustimmen könnte: dass eine durch gewaltige Zwangsleistungen an die Ententegläubiger überanstrengte und geschwächte deutsche Wirtschaft unfähig würde, in Russland als Konkurrent des englischen Handels aufzutreten. Vielmehr müssen wir, alles in allem abwägend, auch bezüglich dieser Politik der wirtschaftlichen Sanktionen zu der Schlussfolgerung kommen, dass England einfach Frankreich auf einem Wege folgt, der in der Hauptsache zu keinerlei positiven wirtschaftlichen Ergebnissen führen, sondern nur die Handhaben bieten soll zu weiterer rein imperialistischer Vergewaltigung.

Die Feststellung, dass England, in so vielfacher Beziehung anscheinend seinen eigenen wirtschaftlichen und an die politische Dynamik Festlandeuropas geknüpften Interessen aus anderen, aussereuropäisch-weltpolitischen Erwägungen direkt zuwiderhandelnd, der französischen Deutschlandpolitik so gut wie freie Hand lässt, gibt uns Veranlassung, auch einige Worte über das Verhältnis der englischen zur französischen Russlandpolitik zu sagen, wo die weit vorausschauende englische Spekulation ebenfalls eine gewisse Gewähr dafür schafft, dass Frankreich seine Pläne mit englischer Zustimmung ziemlich weit wird verfolgen dürfen, ja, wo England den aggressiven französischen Imperialismus bis zu einem gewissen Grade sich selbst sogar dienstbar zu machen versteht. Bei der engen inneren Verknüpfung der Russlandpolitik mit der Deutschlandpolitik Frankreichs — beide sind nur Phasen und Teilziele derselben kontinentaleuropäischen französischen Hegemoniepolitik — ist daher auch von diesem Gesichtspunkt aus zu erwarten, dass England der methodischen Vergewaltigung Deutschlands durch Frankreich keinerlei Hindernisse bereiten wird.

Abgesehen von allgemeinen gegenrevolutionären Erwägungen und dem Bedürfnis, aus dem an natürlichen Reichtümern so unerschöpflichen weiten Osten neue Kräfte für die kranke kapitalistische eigene Volkswirtschaft zu saugen, wurzelt die französische Russlandpolitik in der Erkenntnis, dass die französische Hegemonie über Festlandeuropa nur zu verwirklichen, zugleich auch eine „deutsche Gefahr" der Zukunft nur zu bannen ist, wenn es Frankreich gelingt, ein demokratisch restauriertes, durch das französische Kapital kontrolliertes Russland wieder zum Verbündeten zu gewinnen. Letzten Endes gewinnt diese Russlandrestaurationspolitik für Frankreich Bedeutung im Hinblick auf die später einmal unvermeidliche bewaffnete Auseinandersetzung mit England um die imperialistischen Inter-

essen im Orient und in Afrika. England ist sich darüber natürlich vollkommen klar, ebenso wie es sich darüber klar ist, dass auch die ganzen Bemühungen Frankreichs um die Revision des türkischen Friedens die Verdrängung Englands aus seinen Positionen an den türkischen Meerengen und in der islamischen Welt zum Endziel haben. Das wird England nicht abhalten, die französischen Machtbestrebungen wenigstens im jetzigen, noch sehr unreifen Stadium seinen eigenen weltpolitischen Berechnungen nutzbar zu machen, da vorläufig das Risiko minimal ist. Durch seine komplizierteren Interessen und auch durch seine innerpolitischen Verhältnisse, namentlich die starke Arbeiterbewegung, weniger als Frankreich zu einer geradlinigen und offen militärisch gegenrevolutionären Russlandpolitik imstande, durch die Absatzkrise seiner hochempfindlichen Exportindustrie auch auf Eröffnung von Handelsbeziehungen mit Russland unbedingt angewiesen, bei der Schwäche seiner noch unfertigen Ausbeutungsorganisation in dem durch den Krieg neugewonnenen Nahen und Mittleren Osten gegen die nationalrevolutionären Gefahren bei offenem Konfliktszustand mit der Sowjetrepublik bedenklich wenig abwehrfähig, daher bemüht, diese womöglich durch politische Bindung von der Expansion in dieser Richtung abzuhalten, ist England als Ergänzung seiner eigenen, mehr versteckten gegenrevolutionären Russlandpolitik in hohem Masse auf Verwertung der antibolschewistischen Kräfte angewiesen, die der zu ganz offenem Vorgehen fähige, aggressive französische Imperialismus bei den osteuropäischen „Randstaaten" und durch materielle Förderung der russischen Gegenrevolution zur Auslösung zu bringen vermag. Die Leitlinien der eigenen, englischen gegenrevolutionären Russlandpolitik sind namentlich seit dem Zusammenbruch Wrangels — dessen Unternehmen wegen seines für England grundsätzlich bedenklichen „grossrussischen" Charakters von der englischen Regierung stets nur in sehr vorsichtiger Dosierung, niemals aber mit der Absicht, ihm zu vollem Erfolg zu verhelfen, unterstützt worden ist — auch öffentlich programmatisch festgelegt worden, und zwar am unzweideutigsten in der bekannten Guildhall-Rede Lloyd George's vom 10. November vergangenen Jahres. Diese englische Politik gipfelt weit weniger in dem Bestreben einer Russlandrestauration, als darin, durch kapitalistische Durchdringung Sowjetrusslands im grossen Stil, bei gleichzeitiger — dringend notwendiger — Befriedigung der englischen Handelsinteressen, das kommunistische Regime „von innen heraus zu unterwühlen" und ihm seine revolutionäre Schwungkraft zu rauben, ohne jedoch die Sowjetregierung wirklich zum Sturz zu bringen. Die Politik, die der englische Premier seit mehr als einem Jahre mit den Verhandlungen mit Krassin eingeschlagen und die im Abschluss des Handelsabkommens vor einigen Wochen ihre Frucht gezeitigt hat, soll dieses Ziel erreichen lassen. England weiss sehr wohl, dass selbst ein durch englisches Kapital restauriertes und mit demokratischem Anstrich notgedrungen wieder imperialistisch werdendes Russland früher oder später wegen der vitalen Notwendigkeit, einen Ausgang sowohl zum südlichen Meer wie zur Ostsee zu gewinnen, sich gegen England wenden müsste, das an den türkischen Meerengen und im Baltikum sich monopolartige maritime und Handelspositionen geschaffen hat. Aus dieser Erwägung heraus ist also England an jeder eigentlichen russischen „Restauration" durchaus negativ interessiert, es würde ein sehr abgeschwächt kommunistisches oder noch mehr ein menschewistisches und seinem Wesen nach nichtimperialistisches Russland, das eine Anziehungskraft und revolutionäre Ausstrahlungskraft auf

die unterdrückten Völker verloren hätte, bei weitem einem kapitalistisch restaurierten Russland vorziehen. Vor allem so lange, bis England selbst seine koloniale Sphäre in Vorderasien und Indien demokratisch-scheinkonstitutionell konsolidiert hätte. Wohl aber ist die Wirkung der antibolschewistischen osteuropäischen Randstaatenpolitik Frankreichs England hochwillkommen, die darin besteht, dass die stete Bedrohung von Westen her die Energien der Sowjetrepublik grossenteils von Asien ablenkt und in Europa absorbiert, und schon aus diesem Grunde wird England die französische Russlandpolitik sehr weitgehend versteckt fördern oder doch voll gewähren lassen. Der Gefahr einer sich unvermeidlich einmal anti-englisch orientierenden grossrussischen Restauration in Verwirklichung der französischen Pläne aber hat England bereits dadurch wirksam begegnet, dass es in geschickter Ausnutzung der diplomatischen Situation auf der Pariser Konferenz im Februar d. J. im Kompensationswege gegen seine Zustimmung zum Wiedergutmachungsprogramm Briand-Loucheur die formelle französische Anerkennung der territorialen Lostrennung sowohl der baltischen wie der kaukasischen „Randstaaten" erlangte. Der föderativ-dezentralisierte Charakter, den mit dieser Tatsache die französische Russlandpolitik selbst im Falle des vollen Gelingens der gegenrevolutionären Restauration notwendigerweise erhalten würde, ist wohl nach englischer Auffassung bei der engen Verknüpfung der westrussischen peripherischen Randstaaten mit dem ganzen System der „Kleinen Entente" eine genügende Garantie für die Gravitation nach Westen, und damit der Abschwächung der asiatischen und baltischen Expansionstendenzen.

Was schliesslich die Verknüpfung der Russlandpolitik mit der Deutschlandpolitik Frankreichs anbelangt, so kann man wohl sagen, dass sowohl im Falle des Misslingens wie der Durchführung der französischen Russlandpläne die vollständige Niederwerfung und Einkreisung Deutschlands eine unbedingte Notwendigkeit für den französischen Imperialismus wird. Gelingt Frankreich die Gewinnung eines restaurierten Russlands als abermaligen Verbündeten nicht, so wird es um so dringender, Deutschland als politischen Faktor endgültig zu vernichten, zu verhindern, dass in der weltpolitischen Depressionszone, dem „Vacuum", das Deutschland jetzt darstellt, durch die proletarische Revolution wieder ein aktives Element entsteht, das Russland, und dann sicher gegen Frankreich, die Hand reicht. Ergibt sich dagegen die Gelegenheit zu einer neuen gegenrevolutionären Aktion Frankreichs gegen die russische Sowjetrepublik, sei es durch Aufhetzung der osteuropäischen Randstaaten, sei es durch Anstiftung der russischen menschewistischen Gegenrevolution und ihre bewaffnete französische Unterstützung, dann darf Frankreich kein Deutschland im Rücken seiner Vasallen und Handlanger haben, das durch den noch vorhandenen Willen zur nationalen Befreiung durch proletarische Erhebung imstande ist, die Aktion zum Scheitern zu bringen.

Die Methoden der französischen Russlandpolitik mögen wechseln, wie die Reihenfolge der Verwirklichung der französischen kontinental-europäischen Hegemoniepläne wechseln mag; das Endziel, in den weltpolitischen Spannungsverhältnissen allzu fest verankert, bleibt unverrückt: die Niederwerfung sowohl Sowjetrusslands wie Deutschlands. Beides geht mit einander Hand in Hand, und schon die Erkenntnis von dieser Dynamik des französischen Imperialismus muss das deutsche Proletariat auf die Lebensnotwendigkeit des revolutionären Bünd-

nisses mit der russischen Sowjetrepublik zur Errettung vom eigenen Untergang zwingend hinweisen. Die Veränderung der Situation im Osten, die siegreiche Abwehr aller gegenrevolutionären Banditenunternehmungen durch die russische Rote Armee, insbesondere der Zusammenbruch Wrangels und der Friedenschluss des morschen Polen, hat es mit sich gebracht, dass augenblicklich wieder Deutschland den Vortritt hat in der Verwirklichung der über ganz Kontinentaleuropa ausgreifenden Pläne des über ungeheure militärische Mittel verfügenden französischen Imperialismus. Auch hat es von jeher der Orientierung des jetzigen Kriegsministers im Kabinett Briand, Barthou, entsprochen, zuerst Deutschland und dann erst Russland erledigen zu wollen. Seit dem Abbruch der Wiedergutmachungsverhandlungen in London geht Frankreich in diesem Sinne mit äusserster Entschlossenheit ans Werk, während unsere elende, weltpolitisch so kurzsichtige kapitalistische Regierung sich noch in allen möglichen Illusionen wiegt, auf Amerika und die Neutralen spekuliert, auf eine Gelegenheit zu neuen Einigungsversuchen mit dem Ententekapital auf Kosten der Lebensinteressen des deutschen Volkes nur allzu gierig lauert, und in ihrem antiproletarischen Wesen auch bei akutester Bedrohung durch den französischen Militarismus gar nicht in der Lage ist, den einzigen Weg zur Rettung zu weisen: das Schicksal des deutschen Volkes auf Gedeih und Verderb zusammenzuketten mit der proletarischen Grossmacht, die sich mit ihrer von der ganzen Entente gefürchteten Roten Armee nun schon seit vielen Jahren aller gieriger Angriffe des englischen und französischen Imperialismus siegreich zu erwehren vermocht hat.

Es sei einem zweiten Aufsatz vorbehalten, die gegen Deutschland gerichteten Pläne des imperialistischen Frankreich im einzelnen blosszulegen, dessen Politik sich seit der Londoner Wiedergutmachungskonferenz in der — voraussichtlich mit dem 1. Mai zum Abschluss kommenden — Phase des Uebergangs von der sozusagen positiv reparativ, wirtschaftlichen Orientierung zum offenen territorialen Annexionismus und Einkreisungs-, Erwürgungs- und Zerreissungssystem befindet. Heute schon kann jedenfalls mit Sicherheit vorausgesagt werden, dass nur noch die Alternative besteht: entweder die Regierung unterschreibt bedingungslos die Schuldknechtschaft des deutschen Proletariats, oder aber das gesamte linksrheinische Gebiet und das Ruhrgebiet sind verloren, Norddeutschland und Süddeutschland werden auseinandergerissen, ein seiner wirtschaftlichen Lebensquellen beraubtes Norddeutschland siecht hoffnungslos dahin, falls es sich nicht unter unendlich viel schwierigeren Bedingungen als jetzt doch noch zur befreienden, revolutionären Tat aufrafft. Ebenso wird das oberschlesische Industriegebiet von Deutschland abgetrennt werden.

In einem zweiten Artikel sei dann auch die bereits angedeutete Entwicklung des Kampfes zwischen dem kapitalistischen Imperialismus Westeuropas und Sowjetrussland um den politischen Einfluss im Orient, sowie die Lage in Indien und ihre Wirkungen auf die britische Weltherrschaft skizziert.

Zum Abschluss der heutigen Betrachtung aber wollen wir versuchen, noch die weltpolitische Begründung der hier ausgeführten Tatsache zu geben, dass England heute Frankreich in allen europäischen Fragen so gut wie schrankenlos freie Hand lässt.

* * *

Der französische Admiral Fournier hat vor kurzem gesagt, im kommenden Krieg zwischen England und Amerika werde diejenige der beiden Seemächte siegen, der Frankreich seine atlantischen Häfen zur Benutzung als Flottenbasis öffnen werde.

Damit ist eigentlich alles gesagt, und das englische und amerikanische Liebeswerben um Frankreich, dieses „Zünglein an der Wage" im nächsten Weltkrieg, genügend erklärt. Diesem Liebeswerben beider Mächte verdankt der französische Imperialismus seine selbst vor recht vitalen wenigstens europäischen Interessen Englands kaum mehr zum Haltmachen gezwungene Entfaltungsmöglichkeit.

Die englische Flottenpolitik hat von jeher auf dem Grundsatz des „Zweimächte-Standards" beruht, d. h. es wurde die absolute zahlenmässige Ueberlegenheit über die vereinigten Flotten der seemächtigsten, als eventuelle Gegner in Betracht kommenden Staaten angestrebt. Schon heute muss unter der Wirkung der ungeheuren finanziellen Ueberlastung durch den Weltkrieg England auf dieses Prinzip verzichten und hat den „Einmächtestandard" schon formell erklärt. England kommt in dem Wettrüsten mit Amerika schon nicht mehr mit. Lloyd George hat sich aus zwingenden finanziellen Gründen schon für eine bedeutende Reduktion des vorgesehenen Flottenbauprogramms einsetzen und vom Etat Abstriche von einem vollen Drittel verlangen müssen. Krampfhaft bemüht sich England, durch internationale Besprechungen mit Amerika und Japan dem zur sicheren Katastrophe führenden Wettrüsten Einhalt gebieten zu lassen. Bei dem konsequenten amerikanischen Imperialismus, der über ungeheure Mittel verfügt, ohne jeden Erfolg. Die Bemühungen Englands geschehen aber durchaus nicht aus Friedensliebe. Im Gegenteil hat die Situation eine auffallende Aehnlichkeit mit jener in Europa in den Jahren kurz vor dem grossen Krieg, als die imperialistischen Mächte sich bestrebt zeigten, durch das Haager Schiedsgericht zu einer teilweisen Abrüstung zu gelangen. Als Deutschland sich darauf nicht einliess, da war es in den Augen der Welt als Störenfried gebrandmarkt. Aehnliches hat England mit seiner Politik der Besprechungen über die Einschränkung der Flottenrüstungen im Auge. Amerika soll jetzt schon die Schuld am kommenden Weltkrieg zugeschoben werden. Lässt sich aber Amerika nicht auf Rüstungsbeschränkungen ein — und es hat schon sehr deutlich gezeigt, dass es nicht daran denkt — dann in aller Voraussicht nach England entschlossen, den Präventivkrieg gegen Amerika zu führen, ehe es zu spät ist. Im Jahre 1925 würde bei dem bisherigen relativen Tempo des Neubaus von Kriegsschiffen die englische Flottensuprematie aufhören zu bestehen. Bei den Erfahrungen, die die Welt mit der imperialistischen Kriegspolitik aller Mächte gemacht hat, sagt diese eine Tatsache mehr als genug. Sie wirft ihre Schatten schon auf die kontinentaleuropäische Politik voraus. Frankreich profitiert davon in vollstem Masse.

In der berüchtigten Merchant Marine Act („Jones Bill"), dem noch von Wilson, allerdings widerstrebend, unterschriebenen und von Harding sicher zur rigorosen Durchführung kommenden neuen amerikanischen Handelsschiffahrtsgesetz, hat Amerika den konkurrierenden Seehandelsmächten, also vor allem England und Japan, eine richtige Cromwell'sche „Navigationsakte" neuer Auflage vorgelegt. Sie soll die fremde Schiffahrt aus allen amerikanischen Gewässern völlig verdrängen. Das kleine Holland hat seinerzeit gegen die ganz gleiche Schiffahrtspolitik

Cromwells den offenen Kampf aufnehmen und drei blutige Kriege gegen England führen müssen; zuletzt erlag es dann der englisch-französischen Koalition. England wird in einer sehr kurzen Zeit vor der Alternative stehen, entweder sich von den hochimperialistischen Handelsinteressen Amerikas aus der gesamten westlichen Hemisphäre verdrängen, in seinen bisherigen Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten schwer schädigen lassen, kurz weltpolitisch und weltwirtschaftlich einen richtigen Akt der Abdankung auf sich zu nehmen, oder aber den Präventivkrieg gegen Amerika zu führen. Auch die Vereinigten Staaten werden es an der Schaffung von Gelegenheiten zum Eingreifen gegen sie selbst nicht fehlen lassen. Aller Voraussicht nach ist in einer sehr absehbaren Zeit Mexiko, mit seinen reichen Oelinteressen, das Objekt einer bewaffneten amerikanischen Intervention; der Senator Fall, der in der Politik Hardings eine bedeutende Rolle spielt, hat bekanntlich seinen amtlichen Bericht über die in Mexiko zu befolgende Politik in der klaren und dürren Aufforderung zum Krieg resumiert. England und wohl auch Japan werden sich die Gelegenheit mexikanischer Verwickelungen Amerikas nicht entgehen lassen.

So steht das Weltbarometer schon heute, noch nicht drei Jahre nach Beendigung des grossen Krieges, auf baldigen abermaligen Sturm, auf neuen Weltkrieg, und immer mehr beginnt sich diese Tatsache auch schon in der Dynamik der europäischen „Ententepolitik" auszuwirken. Wie die englisch-amerikanischen Spannungsverhältnisse sich auch im einzelnen gestalten mögen, der französische Imperialismus, der die deutsche Nation und die kommende deutsche proletarische Revolution abzuwürgen sich anschickt, erhält dadurch erhöhte Handlungsfreiheit.

Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus.

März 1921.

Zusammengestellt von Ernst Drahn.

a) Deutsche Literatur.

Arbeitnehmer-Taschenbuch, Wirtschaftliches. 1 Band. (208 S.) Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr. Stuttgart 1921. 9.— Mk. Oktavformat.

Aufwärts. Bericht des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Jugend-Internationale. (68 S.) Verlag Jugend-Internationale durch Buchhandlung Junge Garde, Berlin 1921. 6.— Mk. Oktavformat.

Bauer, Otto: **Bolschewismus oder Sozialdemokratie.** 3. Aufl. (120 S.) Wiener Volksbuchhandlung. Wien 1921. 9.— Mk. Oktavformat.

Barbusse, Henri: **Wir andern.** Novellen. (308 S.) M. Rascher. Zürich, 1921. 20.— Mk. Oktavformat.

Boom, Emil van den: **Die Sozialdemokratie nach der Revolution.** (32 S.) Volks-Verlag M.-Gladbach, 1921. 1.— Mk. Oktavformat.

Das schwarze Buch des weissen Ungarn. (20 S.) Verlag Jugend-Internationale durch „Junge Garde", Berlin 1921. 1.50 Mk. Oktavformat.

Carpow, Edwin und Hermann Kranold: **Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues?** (47 S.) Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin 1921. 5.— Mk. Oktavformat.

Crispien, Artur: **Ueberflüssige Menschen.** (23 S.) Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin 1921. 3.— Mk. Oktavformat.

Dortu, Max: **Ein buntes proletarisches Skizzenbuch.** (56 S.) Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin 1921. 6.— Mk. Oktavformat.

Einerseits — Andererseits. Der denkenden Arbeiterjugend. (19 S.) Internationaler Jugendverlag, Wien 1921. 1.— Mk. Oktavformat.

Eisenbahner-Jugend, Freie. Red. G. Pietsch. 1. Jahrg. Nr. 1. 24 Nummern pro Jahr. F. Scheffel, Berlin 1921. Vierteljährlich 3.— Mk. Quartformat.

Fahrwig, Heinrich: **Die Pariser Kommune.** (32 S.) Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau 1921. 2.— Mk. Oktavformat.

Frauen, Die, und der Landtag. (15 S.) Frankes Verlag, Leipzig 1921. —.50 Mk. Oktavformat.

Hacknack, Hans: **Arbeiterjugend und sexuelle Frage.** 2. Auflage. (24 S.) Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin 1921. 2.50 Mk. Oktavformat.

Huszàr, Karl: **Proletarier-Diktatur in Ungarn.** (212 S.) J. Kösel und F. Pustet, Regensburg. 14.— Mk. Oktavformat.

Hollitscher, Arthur: **Drei Monate in Sowjet-Russland.** S. Fischer. Berlin. 12.50 Mk.. Oktavformat.

Jung, Franz: **Proletarier-Erzählung.** (87 S.) Malik-Verlag. Berlin 1921. 10.— Mk. Oktavformat.

Kabaktschieff, Chr.: **Die Gründung der Kommunistischen Partei Italiens.** (56 S.) Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. 1.50 Mk. Oktavformat.

Kampfruf, Der. Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Nr. 1. März 1921. —.30 Mk. Folioformat.

Karten-Auskunftei für Betriebsräte. Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr. Stuttgart 1921. 15 Hefte je 4.80 Mk. Oktavformat.

Kongress, Der erste, der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis 19. März 1919. (202 S.) Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. 4.— Mk. Oktavformat.

Krapotkin, Fürst Peter: **Einführung in den Sozialismus.** (16 S.) Verlag des „Alarm", Hamburg 1921. 1.— Mk. Oktavformat.

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. — Neustädt. Vereinsdruckerei.

Die Internationale

Jahrg. 3 * Erscheint am 1. u. 15. jeden Monats. * Heft 5

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Sanktionen und die deutsche Bourgeoisie.

Von gi—k.

Die gesamte europäische Industrie befand sich bei Einstellung der Feindseligkeiten in äusserster Rohstoffnot, insbesondere die deutsche. Von den ausserordentlichen Rohstoffquellen war sie durch Mangel an Austauschmitteln abgeschnitten. Diese Zwangslage der deutschen Industrie, sich um jeden Preis Rohstoffe verschaffen zu müssen, bildete die Grundlage der Machtentfaltung des Stinnes. Er hatte die Kohle und damit die Macht in dem Produktionszweig; der den Schlüssel für jede weitere Art von Produktion bietet. Die Folgen sind, dass es ihm gelingt, eine aus Rohstoffmangel vor der Stilllegung stehende Fabrik nach der anderen — deren Aktien infolgedessen gesunken, also billig zu haben sind — aufzukaufen. Oder er erreicht die Angliederung auf andere Weise — durch Lieferungsverträge, indem er nämlich Kohle nur dann liefert, wenn ihm dafür der entscheidende Einfluss in dem betreffenden Werk zufällt.

Auf diesem Wege hatte sich Stinnes zu einer Macht ausgewachsen, die vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat die gesamte deutsche Industrie beherrscht. Nachdem ihm das gelungen war, hatte er nunmehr zur Realisierung keine Kohle mehr zur Verfügung; denn sie ist ja bereits in Ware umgewandelt, sondern er steht vor der Frage, wo er seine Fertigfabrikate absetzen soll. Konnte er früher seine überall benötigte Kohle bei den deutschen Unternehmungen gegen Anteile an der Fertigfabrikation — also im Inland — verkaufen, so ist er heute, nachdem die Fertigindustrie in seiner Hand ist, gezwungen, seine Fertigwaren im Auslande zu realisieren; denn die deutsche Fertigindustrie realisiert ihren Profit gerade dort.

Das Inland kommt für das Absatzgebiet wenig in Frage. Ja noch mehr: ihre Konkurrenzfähigkeit und ihre Profitmacherei besteht ja gerade darin, dass sie den Konsum im Inlande drückt, wodurch allerdings der inländische Markt ruiniert wird. Das gibt ihr aber erst die Möglichkeit, die auf Kosten des Konsums der Arbeiterschaft erzielten Mehrprodukte im Auslande zu realisieren. Es ist ja eine bekannte Tatsache, dass Stinnes zur Absatzschaffung für seine ausserordentlich vielgestalteten Fertigprodukte eine besondere Exportabteilung in Hamburg eingerichtet hat, dass er weiter über diese Exportabteilung hinaus mit der amerikanischen Reederei und den Stahlinteressenten, sowie Film- und Baumwoll-Leuten Beziehungen angeknüpft hat. Aber über die reine Absatzfrage hinaus schafft er sich in den Ländern, die von seinen Rohstoffen ähnlich abhängen wie die deutsche Fertigfabrikation, auch im Auslande eine Produktionsbasis. Auch hier unterwirft er sich durch Lieferung von Kohlen die notleidenden Industriezweige, deren Fertigfabrikate dann wieder der englischen und französischen Industrie Konkurrenz machen.

Es ist bekannt, dass er über die lothringischen Erzgruben, die von seinem Koks abhängen, einen sehr wichtigen, preisbestimmenden Einfluss in der französischen Industrie erlangt hat (Loucheur). Es ist bekannt, dass er sich um Konzessionen in Sowjetrussland bewirbt und dass er in Polen einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Industrie ausübt (zwei Drittel der polnischen Einfuhr kommt aus Deutschland). Der weittragendste Auslandsplan betrifft aber die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder im Südosten Europas. Nachdem sich sein Einfluss durch Aufkauf der Max-Hütte und anderer Werke bereits bis an die Grenze Deutsch-Oesterreichs vorgeschoben hatte, hat er vor nicht langer Zeit das einzige wirtschaftlich wirklich bedeutende Stahl- und Eisenunternehmen Deutsch-Oesterreichs, die Alpine-Montan-Gesellschaft aufgekauft. In ihrem Besitz befindet sich der Steirische Erzberg, aus dem im Tagebau aussergewöhnlich grosse Mengen von Eisenerz gewonnen werden können, und die gewaltige Hochöfenanlage in Donawitz bei Leoben. Nach dem Zusammenbruch des alten Oesterreich war die Aktienmehrheit der A. M. G. in die Hände der italienischen Fiat-Gruppe übergegangen. Aber die Italiener machten bei ihrem Kauf ein schlechtes Geschäft. Da weder Oesterreich noch Italien Kohle bzw. Koks in nennenswertem Umfange besitzen, waren sie zur Fortführung des Betriebes auf tschechoslowakischen Koks angewiesen, dessen Bezüge so unzulänglich blieben, dass von sechs Hochöfen nur einer in Betrieb gehalten

werden konnte. Obendrein musste noch ein Teil des gewonnenen Eisenerzes als Kompensation an die Tschechoslowakei geliefert werden. Es ist ausserordentlich bezeichnend für die Anarchie des kapitalistischen Systems, dass selbst ein Werk mit so ausserordentlich günstigen natürlichen Vorbedingungen nicht ausgenutzt werden konnte. So machtvoll ist die Kohle, dass Stinnes diesen Aufkauf selbst gegen englische und französische Interessen vornehmen konnte. Da der schlechte Kronenstand und die niedrigen Löhne in der österreichischen Industrie, sowie die Ausbeutungsmöglichkeiten in den wenig entwickelten weiter östlich gelegenen Ländern sehr verlockend waren, haben die Westländer ähnlich wie Stinnes sich um Einfluss auf die österreichische Industrie bemüht. Der Hauptvertreter der englischen Interessen ist die Anglo-Bank, der Frankreichs die Oesterreichische Länderbank, die ihren Sitz von Wien nach Paris verlegte und jetzt Banque des pays de l'Europe Centrale heisst. Diesem Vordringen des englischen und französischen Kapitals hat Stinnes ein Ende gemacht, indem er das wertvollste Objekt, die Alpine-Montan-Gesellschaft an sich riss. Darüber hinaus schafft er durch Wiedererstehenlassen der Produktion eine Verschärfung der Konkurrenz auf dem Absatzmarkt, dem er neue Fertigprodukte zuführt. Gerade zur Gewinnung dieses Absatzmarktes aber hatten sich die Engländer und Franzosen bereits eingerichtet. Das englische Handelsministerium ist ermächtigt, in Oesterreich geschäftetreibenden Handelsgesellschaften Kredite zu eröffnen. Zwecks Absatz französischer und Saarkohle in Oesterreich ist eine besondere Exportgesellschaft gegründet, der monatlich 300 000 Tonnen zur Verfügung stehen.

Mit welchen Mitteln Stinnes seiner Konkurrenz entgegen tritt, zeigt folgende Notiz des „Berliner Tageblatt" vom 25. April:

„Wie aus Wien gemeldet wird, hat die Alpine-Montan-Gesellschaft an das Handelsministerium eine Eingabe gerichtet, in der unter Hinweis auf die umfangreiche Eisenproduktion und ihren Absatz ein Zollschutz verlangt wird, der 33 Prozent vom Wert der eingeführten Eisenproduktion zu betragen hätte."

Wie nun Frankreich auf die Störung seiner Interessen antwortet, geht hervor aus einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 22. April:

„Der „Temps" beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Anschlussbewegung in Oesterreich und benutzt diese Gelegenheit, um Deutschland wieder einmal des wirtschaftlichen Imperialismus anzuklagen. Deutsche Grossindustrielle wollen auf wirtschaftlichem Wege die Annektion Oesterreichs betreiben wie Friedrich der Grosse einst auf militärischem Wege Schlesien für das Reich eroberte. Bei der Besetzung des Ruhrgebietes werde man daran zu denken haben, dass

Deutschland von dort nicht nur seine Kohlen beziehe, das Ruhrgebiet sei vielmehr auch der hauptsächlichste Sitz „jener furchtbaren germanischen Eroberer", die den Krieg im vollen Frieden fortsetzen und die, indem sie gegen Russland und den Orient vordringen, indem sie sich gegen Polen wenden, die Donau nach dem Osten hinabsteigen und nach Süden gegen Italien vorrückend, auf wirtschaftlichem Gebiet und durch politische Propaganda das wieder zu erlangen suchen, was Ludendorff mit militärischen Mitteln nicht festhalten konnte. Diese grosse Zerstörung gegen den Weltfrieden muss tötlich getroffen werden."

Frankreich braucht sich heute nicht auf leere Klagen zu beschränken, es hat die Macht und es hat bewiesen, dass es willens ist, diese auszunutzen. Die erste Massnahme der Sanktionen vom März war die Sperrung der Ruhrhäfen.

— ——

Laut Versailler Friedensvertrag sah die Entente zunächst ihr Hauptinteresse darin, aus Deutschland eine Zahlung herauszupressen. Infolge der Weltkrise kam vor allem England zu einer diesem widersprechenden Forderung, nämlich der Vernichtung der deutschen Konkurrenz. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt die Entente folgende Wege ein:

Erstens verlangt sie 50prozentige Ausfuhrabgaben auf alle deutschen Produkte. England, Frankreich, Belgien, Jugoslavien, Rumänien, Tschechoslowakei, Griechenland und Italien haben die Abgabe teils schon zum Gesetz erhoben, teils sich dazu bereit erklärt. Die Ausfuhr über die neutralen Länder wird durch Kontrollorganisationen (Ursprungserzeugnis) wie seinerzeit im Kriege geknebelt. Dazu kommt, dass im Westen seit dem 20. April der Verkehr nach dem linksrheinischen Gebiet durch neue Zollgrenze abgedrosselt wird.

Ein zweiter Weg, der inzwischen wieder aufgegeben worden ist, war die vom „Temps" eingeleitete Propaganda für eine sozialistische Regierung in Deutschland. Man hoffte, durch die Sozialisierung Stinnes die Kohle entreissen zu können.

Ein dritter Weg, der ausser dem ersten beschritten werden soll, ist eine Industriebeteiligung an den deutschen Unternehmungen. Angeboten sind zwar nur 20 bis 30 Prozent und zwar unter der Bedingung, dass man dem deutschen Markte durch den Wiederaufbau Nordfrankreichs ein neues Absatzgebiet schafft. Aber auch in dieser Frage sind die Auffassungen der deutschen und der Entente-Bourgeoisie verschieden. Der „D. A. Z." Nr. 191 vom 25. April 1921 wird von „besonders geschätzter Seite" geschrieben:

„Eine Beteiligung von 30 Prozent an einem Aktienunternehmen kann bereits eine sehr grosse Macht präsentieren. In den Generalversammlungen sind häufig nicht einmal 30 Prozent des Aktienkapitals

vertreten und eine Gruppe ausländischer Aktionäre, die über einen solchen Stamm an Aktien verfügt, der möglicherweise durch Käufe an der Börse vermehrt werden kann, würde sich bald zur Beherrscherin der betreffenden Gesellschaft aufschwingen. Damit würden wir aber unser Fabrikationsmethoden preisgeben, wir würden keine nationale Industrie mehr haben, sondern eine internationalisierte, und es würden der deutschen Volkswirtschaft — auch auf Kosten der Wiedergutmachungsmöglichkeiten — die Vorteile entgehen, die eine nationale Industrie und besonders eine so hoch entwickelte wie die deutsche bietet.

Eine andere Frage ist, ob eine Gewinnbeteiligung unter Ausschluss eines Einflusses auf die einzelnen Unternehmungen selbst gewährt werden kann. Obligationen würden hierzu nicht ohne weiteres das geeignete Mittel sein, man könnte hingegen an eine Art Genussscheine denken, die mit einer festen Mindestverzinsung ausgestattet werden und darüber hinaus ein Gewinnanteilrecht haben. Da insbesondere bei Privatunternehmungen, die nicht eine Gesellschaftsform haben, die praktische Durchführbarkeit eines solchen Genuss-Scheinplanes zweifelhaft ist, liesse sich die Frage prüfen, ob man für den besonderen Zweck die einzelnen Unternehmungen eines Industriezweiges zu Körperschaften zusammenschliesst, an die Mitglieder Teile des Gewinns als Zinsen bzw. Dividenden für die Genuss-Scheine auszufolgen hätten. Der Genuss-Schein würde einen unmittelbaren Anspruch nur an die Körperschaft haben. Diese Zusammenfassung hätte für den Genussinhaber den Vorteil, dass er in seinen Bezügen nicht so sehr von der Entwicklung des einzelnen Unternehmers abhängig ist, sondern dass sein Gewinn sich nach der im gesamten Geschäftszweige jeweilig herrschenden Konjunktur richtet. Der Industrie könnte ein solcher Vorschlag freilich nur dann akzeptabel erscheinen, wenn seine Durchführung keine einseitige Belastung eines Teiles der Volkswirtschaft darstellt.

Die kurze Skizzierung des Genuss-Scheinplanes soll nicht seine Befürwortung bedeuten, er wird vielmehr als Ganzes und in allen Einzelheiten sorgfältig geprüft werden müssen; die unmittelbare Industriebeteiligung ist abzulehnen."

Stinnes ist also keinesfalls willens, auf seine Selbständigkeit zu verzichten, die er nötig braucht, um sich im Konkurrenzkampf erhalten zu können. Wie sich aber die Entente diese Beteiligung denkt, entnimmt man aus dem „Berliner Tageblatt" vom 21. April:

„Der „Temps" berichtet über die Stimmung in England: Die Beteiligung an den deutschen Unternehmungen sei ein ausgezeichnetes Mittel. Wenn die Reparationskommission 30 bis 50 Prozent der grossen deutschen Trusts erhält, dann könnten die Verbündeten nicht nur auf unbegrenzte Zeit am Gewinn dieser Unternehmungen teilhaben, sondern sie könnten auch einen katastrophalen Einfluss ausüben."

Das heisst mit anderen Worten: durch seine Industriebeteiligung hofft die Entente-Bourgeoisie das Machtmittel in die Hand zu bekommen, um die deutsche Industrie, falls sie ihnen als Konkurrent lästig wird, stillegen zu können.

Als retardierendes Moment für eine alsbaldige Stillegung der deutschen Werke durch die Ententebourgeoisie kommt vor allem, aber auch nur vorübergehend, der englische Streik in Frage und zwar fallen durch den englischen Streik täglich 800 000 Tonnen aus. Um den Streik durchhalten zu können, braucht die englische Bourgeoisie Streikbrecherkohle und die muss sie in erster Linie aus Deutschland bekommen, zumal ihr das politische Machtelement des Spaa-Abkommens zur Durchführung ihrer Forderung, d. h. zur Bekämpfung des eigenen Proletariats zur Verfügung steht. Aber trotz dieser besonderen Lage auf dem Kohlenmarkt besteht die Konkurrenz der Fertigfabrikate fort und drängt die Entente-Bourgeoisie zur Beseitigung des lästigen deutschen Konkurrenten, der ja zugleich der Besiegte ist und gegen den man also politische Machtmittel in der Hand hat.

Der Expansionsdrang eines Stinnes ist deshalb zum Scheitern verurteilt, weil es ihm, trotzdem wir seit dem vorigen Sommer im Reich das Stinneskabinett Fehrenbach und jetzt in Preussen das Stinneskabinett Stegerwald haben, nicht gelingt, trotz Orgesch, Orka, Einwohnerwehr und Tirpitz-Dampfern eine politische Macht zu schaffen, die diesen wirtschaftlichen, imperialistischen Plänen den nötigen politischen Rückhalt geben könnte. Stinnes sitzt in dem toten Muschelgehäuse fremden wilhelminischen Ursprungs wie der Einsiedlerkrebs und benutzt das Regierungsgehäuse zum Schutz seiner verletzbaren Weichteile.

Der Widerstand der deutschen Kapitalisten gegen die Sanktionen hat zur Folge, dass ihre Wirkung ausserordentlich abgeschwächt wird. Es hat zur Folge, dass der politische Konflikt sich verschärfen muss. Der Kampf des von Stinnes geführten deutschen Unternehmertums ist vor allem ein Kampf um die Erhaltung der Stinnesschen Machtposition und um die Erhaltung der Bewegungsfreiheit des deutschen Kapitalismus, die er braucht, um sich die Valutakonjunktur zu sichern. Die französische Bourgeoisie dagegen hat das gegenteilige Interesse: einerseits an die Stelle des Stinnes-Trusts einen Trust Loucheur zu setzen, d. h. einen Trust auf breitester Rohstoffgrundlage zum Zwecke der wirtschaftlichen Beherrschung Kontinental-Europas und um Deutschland als politisches und wirtschaftliches Aufmarschgebiet gegen Sowjetrussland in die Hand zu bekommen. Daher ist es für die französische Bourgeoisie eine unbedingte Notwendigkeit, die Rohstoffbasis in die

Hand zu bekommen, die bisher die Grundlage des Stinnes-Trusts war. Das kann geschehen, erstens mittelbar durch eine sozialistische Regierung in Deutschland, unmittelbar durch die Besetzung des Ruhrreviers, die für die französische Bourgeoisie ein zweischneidiges Schwert ist. Die sozialistische Regierung würde der französischen Bourgeoisie den Kampf gegen Stinnes ersparen. Sie wäre gezwungen, ihn selbst politisch und wirtschaftlich zu führen und durch „Sozialisierung" der Kohle die Kontrolle über die Kohle im Dienste der französischen Bourgeoisie zu übernehmen. Ausserdem wäre sie im Gegensatz zur Stinnesregierung in den Augen der französischen Bourgeoisie eine Garantie für die Durchführung der deutschen Verpflichtungen gegenüber der Entente durch das deutsche Proletariat. Aber eher als mit einem Ersatz der Fehrenbach-Stinnesregierung durch eine Regierung Hermann Müller-Breitscheid ist mit einem Ersatz durch eine unverhüllte Stinnesregierung zu rechnen. Die deutsche Bourgeoisie fühlt sich zu stark, um jetzt schon politisch und wirtschaftlich abzudanken. Daher ist die Besetzung des Ruhrreviers also der unmittelbare Weg des Kampfes gegen Stinnes unvermeidbar. England wird das Vorgehen Frankreichs dulden müssen, trotzdem ein kontinental-europäischer Trust unter französischer Führung für England lebensgefährlich ist, weil es freie Hand in Asien braucht und weil es angesichts der sich zuspitzenden Konflikte mit den Vereinigten Staaten nicht isoliert werden darf. Wahrscheinlich trägt es sich heimlich mit der Hoffnung auf die Entstehung chronischer Konflikte durch die Besetzung des Ruhrreviers, wodurch gleichzeitig zwei gefährliche Konkurrenten mattgesetzt werden.

Mit der Besetzung des Ruhrreviers bekommt Frankreich unter gleichzeitiger Besetzung des oberschlesischen Industriebezirks die deutsche Wirtschaft in die Hand. Sie wird versuchen, ihre Macht zu benutzen, um den Teil der Industrie des nicht besetzten Deutschland, deren Konkurrenz für sie gefährlich ist, mattzusetzen und den anderen Teil zur Steigerung der Ausfuhr zu benutzen, da die Ausfuhr nicht nur die momentanen Profite der französischen und deutschen Unternehmer decken sollen, sondern auch die vergangenen Profite, die in den Schulden des französischen Staates zum Ausdruck kommen, so würde nicht nur eine Steigerung der Erwerbslosigkeit, sondern auch eine verschärfte Ausbeutung bei den in Arbeit Gebliebenen die Folge sein. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der von Stinnes geführte Teil der deutschen Bourgeoisie sich bei Besetzung des Ruhrreviers militärisch in die Macht zu setzen versuchen wird. Schon um dem zuvorzukommen, werden die S. P. D.

und Gewerkschaften gezwungen sein, bei Besetzung der Ruhr den Streik zu eröffnen. Die Tatsache, dass S. P. D., U. P. P. D. und Gewerkschaften in die Opposition gedrängt sind, wie die Aussicht auf einen Generalstreik bei Besetzung der Ruhr, gibt der V. K. P. D. die Möglichkeit einer Taktik auf breitester Grundlage.

War die Märzaktion der V.K.P.D. eine „Bettelheimerei"?

Von Ruth Fischer.

I.

Im Verlauf der revolutionären Bewegung seit 1918 hat es ein paar besonders kritische Monate gegeben, in denen über das Tempo der mittel- und westeuropäischen Revolution die Entscheidung fiel. Es waren dies die Frühjahrsmonate 1919, in denen die beiden ersten und vorläufig letzten mitteleuropäischen Räterepubliken entstanden, die ungarische und die bayerische, und wo es streckenweise so aussah, als ob die mitteleuropäische Revolution in rasendem Lauf ihrem Ziel zueilen würde. Die schwere Niederlage des deutschen Proletariats hat natürlich ihre nachteiligen Wirkungen auf die Gesamtbewegung Mitteleuropas ausgeübt. Ein entscheidender Faktor war aber ebenso der Zusammenbruch der ungarischen Sowjetrepublik. Die ungarische Räterepublik verdankte ihre Existenz keineswegs nur glücklichen und unglücklichen Zufällen, Ereignissen, Kuhhändeln. Die ungarische Räterepublik erwuchs aus einer Situation, in der die ungarische Bourgeoisie, durch die Niederlage des Weltkrieges völlig kopf- und kraftlos gemacht, ohne Kampf dem Proletariat den Platz räumte. Und trotz aller Schönheitsfehler der jungen ungarischen Sowjetrepublik hätte das ungarische Proletariat im Kampfe nicht unterliegen müssen, hätte sich behaupten können, wie sich das russische Proletariat auch in tausendmal schwereren Situationen behauptet hat; aber die Ursache der Niederlage des ungarischen Proletariats war nicht die militärische Ueberlegenheit der Rumänen und Tschechoslowaken, sondern die Schwäche der ungarischen Partei. Und ebenso wie die Schwäche der ungarischen Kommunistischen Partei die Niederlage der ungarischen Räterepublik herbeiführte, so war auch die Schwäche der Kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Bewegungen in den Nachbarländern ein weiterer unmittelbarer Faktor des ungarischen Zusammenbruchs. Die äussere politische Situation war in den Ländern der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie der Arbeiterklasse sehr günstig, denn die Befestigung der europäischen Konterrevolution befand sich erst im Anfangsstadium. Doch hinderte

diese Situation der Scheindemokratie zunächst die Bildung starker und kampffähiger kommunistischer Parteien. Der Fall Sowjetungarns aber bedeutete eine Verzögerung des Tempos der mitteleuropäischen Revolution.

Diese Situation war im Frühjahr 1919 schon ganz klar und war auch den führenden ungarischen Genossen klar. Und in diesem Sinne war es nicht nur richtig, sondern eine selbstverständliche Pflicht der ungarischen Genossen im Interesse der Weltrevolution alles zu versuchen, was nur möglich war, um zunächst das österreichische Proletariat zum Kampfe gegen seine Bourgeoisie zu bewegen. In gewissem Sinne lag damals in Deutschösterreich die Entscheidung über die Weiterentwicklung der mitteleuropäischen Revolution.

Wie war damals die Lage in Oesterreich? In einer schweren wirtschaftlichen Zerrüttung, die eintrat unmittelbar mit der Niederlage der schwarz-gelben Monarchie auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges, hatte die österreichische Sozialdemokratie es verstanden, eine Scheindemokratie aufzurichten, und die Arbeiterschaft mit Versprechungen über eine baldige grosse „Sozialisierung" irrezuführen. Die kommunistische Bewegung Oesterreichs war ausserordentlich schwach, da sich keine einzige namhafte Gruppe der Sozialdemokratie, dank der geschickten Taktik Fritz Adlers, von der Sozialdemokratischen Partei abgespalten hatte, und da die jungen Kommunistischen Elemente es nicht verstanden, in den Betrieben und den Gewerkschaften festen Fuss zu fassen und ihr Einfluss sich hauptsächlich auf die Arbeitslosen und Heimkehrer erstreckte. Trotzdem hatte die kommunistische Propaganda und noch mehr das Vorbild Sowjet-Russlands einen stark revolutionierenden Einfluss auf die Arbeiterschaft, auch auf die sozialdemokratisch organisierte. Unter dem Druck dieser Stimmung beschlossen die sozialdemokratischen Organisationen im Einvernehmen mit den Kommunisten, an die Neubelebung der seit dem Januarstreik 1918 eingeschlafenen politischen Arbeiterräte zu gehen. In dieser Situation hätte eine starke kommunistische Führung, die es verstanden hätte, in die Betriebe und Gewerkschaften einzudringen, wahrscheinlich mit grossem Erfolge die Masse in die kommunistische Bewegung hineinführen können. Die unleugbare Schwäche der kommunistischen Bewegung und Führung in Oesterreich gab Anlass zu einem merkwürdigen Abenteuer, eben zu jener „Bettelheimerei", die uns Levi jetzt höhnisch als „Vorbild" der Märzaktion aufzeichnen will.

Bettelheim tauchte im April und Anfang Mai in Wien auf, mit grossen Geldmitteln und einem Stab von terroristischen Mitarbeitern ausgerüstet, mit einem angeblichen Mandat der 3. Internationale. Die 3. Internationale hat später Bettelheim vollkommen desavouiert, ebenso die Parteileitung der ungarischen Partei, so dass nur die Vermutung übrig bleibt, dass irgend eine Gruppe der ungarischen Kommunistischen Partei Bettelheim nach Wien gesandt hat. Er erklärte die österreichische Parteileitung für abgesetzt, sich selbst als Diktator und als seinen Auftrag: die Errichtung der österreichischen Räterepublik.

Dem Auftreten Bettelheims gingen unmittelbar folgende Ereignisse vorher: Ungefähr zehn Tage vor Ostern hatten irgendwelche ungarische Gruppen es verstanden, ohne Wissen der österreichischen Parteileitung eine gemeinsame Demonstration der Invaliden, Heimkehrer und Arbeitslosen vor dem österreichischen Parlament zu arrangieren. Unter diesen Demonstranten, die unter den Losungen ganz bestimmter wirtschaftlicher Forderungen marschierten, befanden sich Terrorgruppen, die beim Parlament mit der dort stationierten Polizei einen Zusammenstoss zu provozieren suchten. Sie hatten es auch verstanden, auf irgend eine Weise eine Portion Petroleum mitzubringen, und es gelang ihnen tatsächlich, einen Teil des Parlaments in Brand zu stecken. Es kam auch zu Zusammenstössen zwischen der Menge und der Polizei, aber zwischen 10 Uhr abends dieses Gründonnerstages gelang es der Volkswehr, den Platz von der Menge zu säubern und auch des Brandes Herr zu werden. In derselben Nacht verlangten österreichische und ungarische Genossen auf Grund des stattgefundenen Zusammenstosses die Ausrufung der österreichischen Räterepublik und schlugen vor, dass zu diesem Zwecke die wichtigsten Gebäude von den kommunistisch gesinnten Soldaten besetzt werden sollten. Da dieser Vorschlag der Besetzung der Gebäude sich als praktisch undurchführbar erwies, da die kommunistisch gesinnten Soldaten der Volkswehr weder zusammen waren, noch zusammen gerufen werden konnten, da sie bis auf eine Ausnahme eines 500 Mann starken Bataillons auf verschiedene Kasernen verteilt und organisatorisch mit den sozialdemokratischen Volkswehrleuten gebunden waren, auch kaum der „Befehl" ausgeführt worden wäre, wurde ein neuer Vorschlag gemacht, der dahin lautete, dass am nächsten Tage wieder Demonstrationen stattfinden sollten zum Zwecke der Provokation weiterer Zusammenstösse mit der Volkswehr und der Polizei. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls abgelehnt, und man einigte sich schliesslich darauf, dass man versuchen wollte, den „Generalstreik" zu propagieren und zu organisieren. Dieser Vorschlag trug die Unmöglichkeit der Ausführung in sich, da weder die Kommunistische Partei in den Betrieben irgend einen nennenswerten Einfluss hatte, noch durch die Form des Zusammenstosses beim Parlament ein genügend hinreissender Anlass geschaffen worden war, der imstande gewesen wäre, die sozialdemokratischen Arbeitermassen gegen den Willen ihrer Führer in eine revolutionäre Bewegung hineinzutreiben. Die Vorgänge dieses Gründonnerstages und dieser Gründonnerstagsnacht waren für Bettelheim der Anlass zu der Erklärung, dass die Parteileitung Aktionen nicht wolle, dass sie daher abgesetzt werden müsse. Innerhalb der österreichischen Partei bestanden damals drei Gruppen: die eine Gruppe, die die Möglichkeit der Errichtung einer österreichischen Räterepublik auf jeden Fall ablehnte, und die Aufgabe der Kommunistischen Partei in diesem Zeitpunkt rein propagandistisch organisatorisch ansah, die zweite, die die Aufgabe der Kommunistischen Partei in diesen Monaten darin erblickte, eine breite Bewegung innerhalb der Betriebe für die Errichtung einer proletarischen Diktatur zu entfesseln, eine dritte, die vollkommen den Standpunkt Bettelheims teilte.

Infolge der Unterstützung Bettelheims durch eine Gruppe des Parteivorstandes gelang es ihm tatsächlich, den Parteiapparat in seine Hände zu bekommen; seine Taktik ging nun dahin, durch eine ungeheuer intensive Propaganda Demonstrationen zu veranstalten, in deren Verlauf es programmässig zu Zusammenstössen mit der bewaffneten Macht und zur Besetzung der Staatsgebäude kommen sollte. Gleichzeitig versuche er auch, in Industrievierteln der Provinz die Ausrufung von lokalen Räterepubliken zu erzwingen, um dadurch einen Druck auf Wien auszuüben, was nebenbei misslang und misslingen musste, da die Stimmung dieser Industrieviertel des Wiener Industriebeckens zwar radikal, aber keineswegs kommunistisch klar war. Es gelang Bettelheim für den 15. Juni wieder eine Demonstration zustande zu bringen, deren durchaus ruhige Stimmung keinen Grund zu einem Zusammenstoss mit der bewaffneten Macht abgegeben hätte, wenn nicht die Polizei so ungeschickt gewesen wäre, am Tage vorher 150 kommunistische Vertrauensmänner zu verhaften. Die Demonstranten wollten diese Genossen befreien, wobei es zu blutigen Zusammenstössen mit der Polizei und der Befreiung der 150 Vertrauensmänner kam. Aber mit diesem Zusammenstoss war die Bewegung auch erledigt. Der Teil der österreichischen Partei, der bis zu diesem Tage Bettelheim Gefolgschaft geleistet hatte, wandte sich von ihm ab. Einige Eulenspiegeleien Bettelheims, wie die Forderung an den österreichischen Parteivorstand, bis zu einem bestimmten Datum (ich glaube es war der 30. Juli) die österreichische Räterepublik zu proklamieren, warfen nur noch einiges Licht auf den Geist und Charakter dieses vielleicht ehrlich gesinnten, aber völlig unklaren Kopfes. Genosse Radek hat später im Namen der 3. Internationale ihn und sein ganzes Abenteuer desavouiert und dieser Artikel ist nun Levis Kronzeuge.

Diese Ereignisse sind hier deshalb etwas ausführlich erzählt worden, weil sich schon daran sehr deutlich aufzeigen lässt, welch krasser Unterschied zwischen der Bettelheimerei und der Märzaktion der V. K. P. D. besteht.

1. Die Einstellung Bettelheims, dass die österreichische kommunistische Partei in dieser Situation eine aktive Offensive zur Unterstützung Sowjet-Russlands treiben musste, war prinzipiell richtig.

2. Die Mittel dieser Politik waren rein putschistisch, denn es wurde nicht versucht, anknüpfend an konkrete Gegenwartsforderungen des österreichischen Proletariats eine breite Massenbewegung innerhalb der Betriebe zu entfesseln sondern man wollte mit einer kleinen und nicht einmal entschlossenen Minderheit die Proklamation einer Räterepublik erzwingen, die gar keine Stütze und gar keinen Halt in der österreichischen Arbeiterschaft gehabt hätte und dazu die Gegnerschaft einer noch so ungebrochenen konterrevolutionären Partei, wie die der österreichischen Sozialdemokratie.

Diese Bettelheimsche Putschtaktik hat der österreichischen Bewegung sehr geschadet, weil sie der vollkommen p a s s i v e n Richtung innerhalb der Partei zum Siege verhalf. Diese Folgen zu untersuchen, ist hier nicht der Platz. Betrachtungen darüber, dass eine wirklich kommunistische Bewegung in Oesterreich damals hätte keinen Fuss fassen können, weil das österreichische Proletariat noch

gar keine Erfahrungen im Kampf mit der Konterrevolution gesammelt hatte, ändern nichts an der Tatsache, dass in diesen Monaten alles daran zu setzen war, um aktive, offensive Politik zu treiben, um anknüpfend an wirtschaftliche und politische Forderungen breite Arbeitermassen in den Kampf gegen die sozialdemokratische Scheindemokratie zu führen. Der Bettelheimsche Putsch hat die ohnehin nicht gesunde österreichische Partei an dieser Entwicklung gehindert und ihr schwer geschadet.

II.

Die Märzoffensive der V. K. P. D. war das gerade Gegenteil der Bettelheimerei. Sie entsprang einer allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Situation Deutschlands, in der die Klassengegensätze aufs Aeusserste zugespitzt sind. Die Wirtschaftskrise des deutschen Kapitalismus verbündete sich mit einem militärischen und politischen offensiven Vorgehen der deutschen Konterrevolution. Denn die Herrschaft der Bourgeoisie in dieser Lage des ungeheuersten wirtschaftlichen Elends kann nur durch die Einsetzung starker Machtmittel aufrecht erhalten werden. Dass diese wirtschaftliche Krise in Deutschland besteht, dass sie in breitestem Umfange sich auswirkt, darüber bestand in den Reihen der V. K. P. D. kein theoretischer Streit. Aber diese Wirtschaftskrise und dieser allgemeine politische Spannungszustand, sie wurden in den politischen Rechnungen der V. K. P. D. gewissermassen nur als ein ständiger Nährboden revolutionärer Bewegungen betrachtet, aus dem das deutsche kommunistische Proletariat Kraft und Wachstummöglichkeiten schöpfte. Um aber das Proletariat selbst in Bewegung zu bringen, da brauchte man stärkeren Toback, als die ständigen, bald grösseren, bald geringeren innenpolitischen und wirtschaftlichen Anlässe, da brauchte „das aussen- oder innenpolitische Ereignis", das mit einem Schlage das elende, das unterdrückte deutsche Proletariat zum Aufstand treiben würde. So primitiv drückten diese opportunistischen, passiven Gedanken das Heer der zahllosen Redner in Stadt und Land aus. Aber auch unsere hohen Theoretiker beschäftigten sich Parteitag für Parteitag, Zentralausschuss für Zentralausschuss mit den „aussenpolitischen Spannungen" und die brennendsten Fragen der deutschen Wirklichkeit wurden mit einigen Sätzen nebenbei abgetan.

Das „aussenpolitische Ereignis" wechselte je nach der weltpolitischen Konstellation.

Die Hauptkarte, auf die man hohen Einsatz setzte, war die Verschärfung des Entente-Deutschland-Konflikts, vor allem des Frankreich-Deutschland-Konflikts, die eintreten musste mit dem Heranrücken der Termine für die „Wiedergutmachung". Das Eintreten der Sanktionen, kriegerische Zusammenstösse durch die oberschlesische Abstimmung, vielleicht sogar erneute kriegerische Verwicklungen zwischen der Entente und Deutschland. Auf all das bauten und hofften die theoretischen Führer der V. K. P. D. nicht von gestern und von heute, sondern seit dem Beginn der Periode der grossen und kleinen Niederlagen des deutschen Kommunismus. Man verstehe ja nicht falsch: selbstverständlich darf ein Kommunist

nicht politisch arbeiten und handeln ohne die aussenpolitische und weltwirtschaftliche Lage aufs bestmöglichste zu verfolgen und ohne ständig zu untersuchen, in welcher Beziehung und Wechselwirkung die deutschen revolutionären und konterrevolutionären Vorgänge zur allgemeinen Krise des Weltkapitalismus stehen. Aber die Sorte „Aussenpolitik", die von den führenden Köpfen mit besonderer Vorliebe getrieben wurde, war unter der täuschenden Maske der marxistischen Weisheit ein breiter Mantel für jeden Opportunismus und jede Passivität in den Angelegenheiten der deutschen revolutionären Wirklichkeit. Diese Einschätzung der Art wie und zu welchem Zwecke man kommunistische Aussenpolitik treibt, lässt sich an vielem nachweisen (ganz besonders der „Bündnisparole"). Aber schlagender als alles übrige ist dies durch die Beurteilung der Märzaktion ins Licht getreten. Denn die Gegner der Märzaktion operieren nicht wenig mit dem Argument: der Zeitpunkt war ganz unglücklich, ganz verfrüht, das grosse aussenpolitische Ereignis war noch nicht eingetreten, das vielleicht Wochen oder Monate später — Oberschlesien — den günstigsten Rahmen für ein „besseres" Losschlagen geschaffen hätte.

Mit dieser opportunistischen Rederei hat die V. K. P. D. durch die Praxis — noch nicht durch die Theorie — gebrochen.

Das Sterben eines einzelnen Menschen lässt sich selten selbst von den besten Aerzen ganz auf die Minute vorausbestimmen; noch weniger ist es uns gegeben, im Todeskampf einer Welt die einzelnen Phasen auf den Punkt berechnen zu können. Wir können als Mitlebende nur die gröbsten Formen erkennen. Und das wird jetzt von Stufe zu Stufe deutlicher: mit dem wachsenden Klassenbewusstsein des Weltproletariats steigt auch das Klassenbewusstsein des Weltkapitals. Und trotz der Schärfe der Gegensätze zwischen den einzelnen Mächten sieht man deutlich die Tendenz, solange als möglich heftige Aufeinanderprallungen zu vermeiden, weil man die Wirkung auf die Weltarbeiterschaft fürchtet. Das kann freilich die Krise verschleppen, aber nicht heilen. Der härteste Zusammenstoss seit dem Waffenstillstand erfolgte in London, und trotzdem begannen schon in London sicherlich hinter den Kulissen neue Verhandlungen. Das Rheinland wird besetzt — ein Vorgang, von dem wir uns ungeheuer viel versprachen für die Verschärfung der allgemeinen Situation und für die Aufrüttelung des Proletariats in Deutschland im besonderen, und — die Wirkung bleibt aus, bleibt aus, weil sich trotz der Poltereien und Säbelrasseleien der Franzosen die wirtschaftlichen Folgen nicht auf einmal, sondern Schritt für Schritt bemerkbar machen und man von allen Seiten zögert, weiterzugehen. Und augenblicklich gibt es „ein neues deutsches Angebot". (Wie oft noch?) Ebenso spricht manches für eine Verschleppung des oberschlesischen Konfliktes, z. B. die Ablösung der französischen Besatzungstruppen durch die Engländer kurz vor der Abstimmung.

Auch gegen die Wiederholung des Kapp-Abenteuers spricht manches. Kapp musste im März 1920 aus Deutschland flüchten, die Baltikumtruppen mussten sich zurückziehen, aber die Gegenrevolution hat ihre damaligen Augenblicksziele, Aenderung der Regierung, Einberufung der Nationalversammlung, erreicht und

seither Schritt für Schritt an militärischer und politischer Macht gewonnen. Nur durch sehr starke Provokationen würden sich die militärischen Kreise zur offenen Aufrichtung der Militärdiktatur verführen lassen.

Verfolgt man nun die Politik der V. K. P. D. zurück bis zum März 1920 und noch darüber hinaus, so sieht man die ganze Propaganda, die ganze Presse, die ganzen Kundgebungen der Partei im Hauptsächlichen auf diese Rechnungen eingestellt.

Die Kampfkraft, die Kampffähigkeit des deutschen Proletariats und seiner Vorhut, der Kommunistischen Partei, wurde nicht ohne Grund nur nebensächlich behandelt und in die Rechnung mit eingestellt. Diese Politik ist und war opportunistisch, und das ausschliessliche Rechnen mit den „Weltfaktoren" wirkte sich praktisch aus in fast vollkommener Passivität, vollkommener passiver Haltung der Kommunistischen Partei vor und nach der Vereinigung mit den linken Unabhängigen. Alle sogenannten Aktionen, „Bündnis mit Sowjet-Russland", der „Offene Brief", waren rein propagandistisch gedacht als Mittel der Aufrüttelung der S. P. D. und der U. S. P. D.-Massen. Das war die Linie der Politik des deutschen Opportunismus, und die „Praktiker" dieser Theorie sahen ihr Heil in dem Ausbau möglichst grosser und gut funktionierender Organisationskörper, die am Tage der „Generalschlacht" fix und fertig bereit stehen sollten. Es war klar, dass man zu dieser Generalschlacht nicht schreiten dürfte, bevor nicht dieser Organisationsapparat bis ins kleinste Rädchen funktionierte.

Diese Einstellung der deutschen Kommunisten zeigt ihre verderbliche, opportunistische, antirevolutionäre Auswirkung bei jeder praktischen Gelegenheit, bei jedem wirtschaftlichen und politischen deutschen Konflikt. Das erste Jahr nach den Niederlagen im Januar und März 1919 fand sich der Spartakusbund zusammen im Kampf gegen den Putschismus, und darunter verstand man allmählich jede politische Tätigkeit, die über Artikelschreiben und Versammlungen abhalten hinausging. Aber da konnte man sagen: „aufgezwungene Defensivpolitik", um mit Radek zu sprechen; aufgezwungen durch die Kleinheit des Spartakusbundes, die Stimmung des deutschen Proletariats und die Stärke der Gegenrevolution.

Schlimmer war das völlige Versagen nicht nur der U. S. P. D., sondern auch des Spartakusbundes in der grössten und relativ klarsten Massenbewegung des deutschen Proletariats, im Generalstreik gegen den Kapp-Putsch.

Aber da sprach man zur Entschuldigung von den schlimmen Nachwirkungen der aufgezwungenen Anti-Putschperiode, die eben überwunden werden müsste. Aber die Wirkung wurde nicht überwunden, und bei jedem einzelnen Konflikt zeigte sich die passive Einstellung und Haltung aufs neue. In der Steuerbewegung wurde das kämpfende Württembergische Proletariat, das neun Tage im Generalstreik stand, vollständig isoliert und im Stich gelassen. Im polnisch-russischen Kriege versuchte man ein wenig aus der Linie der reinen Propaganda herauszugehen durch die Parole der politischen Arbeiterräte und der Sabotage der Truppentransporte, ging aber praktisch nicht weit genug, um die Stimmung der Massen wirklich auszunutzen. Im Berliner Elektrizitätsstreik, in der Flens-

burger Mordaffäre, in den vielen andern kleinen und kleineren Anlässen war die Politik der Partei immer zurückbremsen, anhalten, aufsparen für den Tag des grossen Kladderadatsches, wobei die Gescheiteren dieser Richtung, ähnlich wie die Sozialdemokratie, an diesen grossen Kladderadatsch nicht mehr glaubten. Diese Taktik ist in der gegenwärtigen Situation der deutschen Revolution besonders gefährlich. Trotz der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise, trotz des Uebertritts breiter Massen in das Lager der Kommunistischen Internationale ist die Kampffreudigkeit des deutschen Proletariats seit den Niederlagen des Winters 1919 nicht gewachsen. Das revolutionäre Bewusstsein der deutschen Massen ist unleugbar gewachsen seit den Novembertagen 1918, dafür spricht nicht nur die Existenz der Kommunistischen 500 000-Mann-Partei, sondern auch die Haltung der U.S.P.D. und selbst S.P.D. in den Fragen der Stellung zur Orgesch und zur Konterrevolution, jene Haltung, die sich zusammendrängen lässt in dem einen Satz: Wenn sie uns noch einmal angreifen, dann werden wir besser zu antworten und zu kämpfen wissen, als bei den bisher verpassten Gelegenheiten. Diese Haltung der S.P.D., die Erkenntnis von der Macht und Stärke der Gegenrevolution, die in die breitesten Massen hineingedrungen ist, dass sie darum wissen, und ganz anders darum wissen als in jenen Novembertagen 1918, wo man den Kommunisten nicht glauben wollte, dass die Gegenrevolution im Anmarsch sei. Die deutsche Arbeiterschaft steht dieser Gegenrevolution gegenüber in geduckter Haltung und mit der Drohung: „Wenn Ihr zuschlagt, dann werden wir uns wehren". Die Bourgeoisie aber ist sich klar über diese Kräftekonstellation und sie fürchtet nichts mehr als diese „Einheitsfront" des Proletariats, denn sie weiss, dann ist sie verloren. Daher hütet sie sich vor dem Generalangriff und ihre Taktik geht dahin, Schritt für Schritt, Provinz für Provinz, Industriebezirk für Industriebezirk wirtschaftlich und politisch niederzuschlagen, an einzelnen Stellen anzugreifen, einzelne proletarische Schichten zu isolieren, wirtschaftlich oder politisch niederzuschlagen, und diese Methode hat Erfolg. Die einzelnen angegriffenen Schichten gehen schon ohne wirkliche innere Kraft in den Kampf hinein, weil sie auf keine Unterstützung zu rechnen wagen. Und das deutsche Proletariat lässt die angegriffenen Vorkämpfer im Stich, weil auch diese revolutionären Teile eingestellt sind auf den grossen Kladderadatsch. Die Zuspitzung in der allgemeinen Situation in Deutschland selbst ist soweit gediehen, dass es sich jetzt in dieser Periode darum handelt, diese Teilangriffe der Gegenrevolution nicht mehr unbeantwortet zu lassen, sondern durch Teilaktionen zu versuchen, Posten für Posten zu erobern; dass es sich darum handelt, diese Teilaktionen zusammenzuschliessen zu grossen und tiefgehenden Bewegungen, zumeist aber die Kampfkraft und den Kampfmut des Proletariats wieder zu erwecken und zu steigern. Ob der grosse Kladderadatsch bald kommt oder nicht, darüber lässt sich debattieren, aber nicht mehr allein als Gegenstand der Debatte gelten darf die Frage: Wie stellen wir uns zu den akuten wirtschaftlichen und politischen Krisen als V.K.P.D., wie unterstützen

wir sie, wie treiben wir sie vorwärts, wie holen wir heraus, was herauszuholen ist? Das war die Einstellung der V. K. P. D. in der Märzoffensive, zum ersten Mal die Einstellung seit den Januar- und Märzkämpfen 1919. Und das ist kein Putsch à la Bettelheim, weil es sich dabei nicht darum handelt, ein unreifes und unklares Proletariat durch den Willen einer kleinen Minderheit militärisch vor die Tatsache einer „Diktatur" zu stellen, sondern weil es sich hier darum handelt, in einem Lande wie Deutschland, in dem wirtschaftlich und politisch längst der Zeitpunkt für die Vertreibung der Bourgeoisie gekommen ist, in dem sich ein fortgeschrittenes bewusstes Proletariat befindet, das aber durch diese Niederlage allzusehr vom defensiven Geist erfüllt ist, aus dieser Defensive herauszutreiben und Dinge, die reif sind, ins Rollen zu bringen. Es ist ein anderes, ob Bettelheim mit terroristischen Gruppen und Petroleumfässern in einem Lande, noch ohne scharfe politische und wirtschaftliche Gegensätze die „Diktatur des Proletariats" proklamieren will, oder ob eine 500 000-Mann-Partei der Kommunistischen Internationale in Deutschland nach drei Jahren revolutionärer Kämpfe und revolutionärer Erfahrung in einer Situation schärfster innen- und aussenpolitischer Zuspitzungen zum Kampf aufruft.

III.

Das hier Gesagte würde genügen, um den tiefen Unterschied zwischen dem Bettelheim-Abenteuer und der Offensivpolitik der V. K. P. D. aufzuzeigen. Da aber scheinbare äussere Gleichheiten, wie Provokation der gegenrevolutionären Kräfte, terroristische Attentate, Versuch eines Generalstreiks den Opportunisten ein neues Wässerchen auf ihre Mühlen treiben könnten, seien hier nochmals die Unterschiede heraus gehoben.

1. Die Bettelheimer hatten Recht in ihrer Forderung nach einer offensiven Politik der österreichischen Kommunisten in jenem Frühjahrsmonat 1919 zur Unterstützung der ungarischen Räterepublik. Im Interesse der allgemeinen weltrevolutionären Bewegung ebenso ist die Beschleunigung des Tempos der deutschen Revolution heute eine zwingende Notwendigkeit für die allgemeine Bewegung des Weltproletariats.

Aber die Bettelheimer wollten offensive Politik treiben in einem Lande, in dem die Demokratie noch nicht demaskiert war, in dem das Proletariat das Wort „Gegenrevolution", „Weisser Schrecken", „Diktatur der Bourgeoisie" weder theoretisch noch praktisch erlebt hatte, in dem die Sozialdemokratie noch die Mehrheit des Proletariats unter den Fahnen des „friedlichen Sozialismus" vereinigt hat. Die deutschen Kommunisten schreiten zu einer offensiven Politik in einem Lande, in dem kein Proletarier, und sei es der indifferenteste, mehr an die Demokratie oder an den Sozialismus durch die Demokratie glaubt. Die deutschen Kommunisten schreiten zur offensiven Politik in einem Lande, in dem 2½ Jahre Noske und Kapp-

Regiment den Proletariern unter Blut und Tränen praktisch eingeprügelt hat den politischen und wirtschaftlichen Begriff der Diktatur der Bourgeoisie.

2. Bettelheim versuchte eine offensive Politik zu treiben in dem durch bestimmte Verhältnisse allgemeiner und besonderer Art erst der Ansatz einer kommunistischen Partei bestand, die weder bewährte und erfahrene revolutionäre Führer, noch erprobte und geschulte Arbeitermassen umfasste. Die deutschen Kommunisten schreiten zur offensiven Politik mit einer Kommunistischen Massenpartei von 500 000 Mitgliedern, die unter ungeheuren Mühsalen und schweren Erfahrungen den Weg zu einander gefunden haben und zu einander gekommen sind durch schmerzhafte Lehren gemeinsamer Niederlagen und an deren Spitze stehen geschulte und erprobte Führer, gross geworden in jahrzehntelanger, revolutionärer Arbeit.

3. Die Bettelheimer wollten die offensive Politik machen mit einer kleinen, völlig unklaren und dazu noch meist personell untähigen Minderheit, ohne irgendwie den ernsthaften Versuch zu machen, eine Massenbewegung an Hand konkreter wirtschaftlicher und politischer Forderungen ins Rollen zu bringen, die sich ihre Ziele im Verlauf der Bewegung selbst stecken würde. Das beweist: die Bettelheimer kannten überhaupt kein anderes Ziel, als die sofortige Errichtung der proletarischen Diktatur, Demonstrationen waren für sie eine Art notwendige Staffage, aber die eigentliche „Aktion" war für ihn der Putsch kleiner, revolutionär gesinnter Haufen, die Gebäude besetzen wollten, Proklamierung einer „Rätediktatur" ohne Räte. (Es ist charakteristisch, dass die Bettelheimer nichts mehr verachteten, als die vorhandenen politischen Arbeiterräte und jeden Versuch, diese Arbeiterräte zu erziehen und politisch weiterzubringen, hohnlachend ablehnten.)

Die deutschen Kommunisten knüpften in ihrer Politik an gegebene politische und wirtschaftliche Konflikte an, an das Arbeitslosenproblem in Hamburg, an die Hörsingbesetzung in Mitteldeutschland. Ihre Politik war nicht die, durch bewaffnete Gruppen Gebäude zu besetzen und eine deutsche Räterepublik auszurufen, sondern das deutsche Proletariat zur Solidarität, zur Streikbewegung aufzurufen, um die angegriffenen Genossen in Mitteldeutschland und in Hamburg nicht allein zu lassen. In die sich aufrollende Massenbewegung wurde nicht die Parole der „Ausrufung" der Räterepublik geworfen, sondern die heute jedem deutschen Proletarier verständliche und nahe Forderung nach der Entwaffnung der Orgesch und der Konterrevolution und der Bewaffnung des Proletariats. Als diese Massenbewegung durch den Verrat der S. P. D. und U. S. P., durch den Opportunismus in den Reihen der V. K. P. D. selbst und dadurch, dass das deutsche Proletariat erst wieder Solidarität und offensive Taktik lernen muss, scheiterte, brach die V. K. P. D. den Kampf ab, ohne den Versuch zu machen, mit den geringen Kräften, die vorhanden waren, zum „Generalaufstand" zu schreiten. Nichts ist also unberechtigter als der Vorwurf Paul Levis, die V. K. P. D. hätte versucht, gegen den Willen des Proletariats die Diktatur zu errichten. Die V. K. P. D. hat versucht und muss weiter versuchen.

die Massen durch offensives Vorgehen in eine revolutionäre Bewegung hineinzuführen und in dieser Bewegung um das Ziel der Eroberung der politischen Macht zu ringen.

Ja, aber, so schreit der Chor der Opportunisten, die „Bombenattentate!". Das heisst, die Diskussion auf ein Nebengleis abschieben. Denn während das Petroleumfass der ungarischen Bettelheimer vom Gründonnerstag 1919 eine Haupt- und Staatsaktion war, waren die terroristischen Akte in Mitteldeutschland individuelle Aktionen einzelner verzweifelter Proletarier.

4. Die V. K. P. D. hat eine Niederlage erlitten, sie hat die Ziele, die sie sich für den Kampf steckte, nicht erreicht. Aber „in ihren Grundfesten erschüttert" ist sie nicht, „ihren Bestand in Frage gestellt" (Levi) hat sie nicht.

Eine Kommunistische Partei von 500 000 Mann, die nicht kämpft, muss ein Sumpf werden und war schon ein Sumpf geworden. Das ist für uns sehr wichtig, aber nur ein Nebenprodukt der allgemeinen Situation. Denn nicht aus „Parteiegoismus" ist die Partei in den Kampf hineingegangen, um die Rechten los zu werden und dafür Menschen zu opfern, wie Levi klagend ausruft; die wären wir auf andere Weise los geworden und werden wir auch los werden. (Uebrigens nebenbei, Paul Levi, wo bleibt das Prinzip und die Ueberzeugung davon, dass der Aufbau und die Kampffähigkeit der Kommunistischen Partei ein ausschlaggebender, ja, der ausschlaggebende Faktor jeder revolutionären Bewegung ist?) Nein, in erster Linie ist diese augenblickliche Niederlage ein Sporn zur Weiterzuspitzung der deutschen Revolution. Es ist keine Mauer zwischen uns und den Massen, die im andern Lager stehen. Die Mauer ist nur verstärkt zwischen U. S. P. und S. P. D.-Führerschaft, aber die Massen werden wieder Vertrauen zur Kommunistischen Partei gewinnen, weil die Kommunistische Partei gezeigt hat, dass sie bereit ist, ihren Worten die Taten folgen zu lassen. Das spürt man im ganzen Reich und sogar in dem verfluchten und berüchtigten Wasserkopf Berlin. Auch die Organisation ist nicht zerschlagen, sondern erst geboren. Es gibt keine papierne Sammlung von Kampfestruppen und die lebendige Zusammenschweissung von Kommunisten in dieser Aktion ist eine Tatsache, die nur von denen geleugnet werden kann, die heute um der Behauptung ihrer eigenen Taktik willen um jeden Preis schwarz sehen müssen oder von denen, die die Organisation nie gekannt haben, während der Aktion abseits standen und nach der Aktion auf Grund von Erzählungen wehleidiger Spiesser ihr „massgebliches" Urteil abgeben.

Diese Niederlage der V. K. P. D. leitet ein eine Epoche grosser und schwerer Kämpfe, eine Epoche von Teilstreiks, Teilaktionen, vielleicht sogar Teilaufständen. Wer das heute für Deutschland Putschismus nennen will, der muss zur Internationale 2½ auswandern. Dort berät man über die Mittel, Aktionen zu machen unter der Garantie des sicheren Sieges. Wer in dieser Zauberküche mitkochen will, der mag es tun. Die V. K. P. D. aber wird ihren Weg bis zum Ende gehen trotz der Widersacher in ihren eigenen Reihen.

Vom Bakunismus.

Von W. Stoecker.

Durch die Debatten über die Märzaktion ist auch die Frage des Bakunismus aufgerollt worden. Levi nennt diese Aktion den „grössten Bakunisten-Putsch der bisherigen (!) Geschichte". Die Grundeinstellung der gesamten Aktion war nach Levi nicht marxistisch, sondern bakunistisch, weil die Aktion begonnen habe mit einer „Kriegserklärung an die deutschen Arbeiter", was er durch einen Artikel der „Roten Fahne" zu beweisen sucht, der die Bemerkung erhielt: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich", eine Konstruktion, die nur Paul Levi in seiner gekränkten Eitelkeit und seinem Hass gegen die Zentrale fertig bringt. Zur Vertiefung der Diskussion erscheint es uns angebracht, einiges über Bakunin zu sagen.

Wer war Bakunin und was wollte er?

Aus einer adligen Familie Russlands stammend, stürzte sich der junge Michael Bakunin in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in die revolutionäre Bewegung Europas. An allen revolutionären Ereignissen nahm er aktiv und tatkräftig Anteil, war er doch z. B. der eigentliche Leiter der Dresdener Kämpfe im Frühjahr 1849. In Deutschland und Oesterreich wegen seiner Beteiligung an der Revolution zum Tode verurteilt, nach langer Kerkerhaft an Russland ausgeliefert, wurde er dort nach dreijähriger Haft nach Sibirien verbannt, konnte dort nach einigen Jahren über Japan flüchten und so wieder in Westeuropa an der revolutionären Bewegung teilnehmen. Hier wurde er bald zu einem der Begründer des theoretischen Anarchismus. Seiner ganzen Veranlagung und seinem Temperament nach zog es ihn in die wirtschaftlich unentwickelten romanischen Länder, nach Italien, der französischen Westschweiz, wo er dann auch bis zu seinem Tode tätig war. Mit Karl Marx und Friedrich Engels ist er als Mitglied der ersten Internationale wegen seiner anarchistischen Einstellung in schwere Kämpfe geraten. Lange Zeit hindurch hatte Bakunin grossen Einfluss auf die Sektionen der Internationale in der Westschweiz, Italien, Spanien und Frankreich, die stark anarchistisch orientiert, ja zeitweise völlig davon beherrscht waren. Während Marx damals in dem grossindustriellen Proletariat Englands, Frankreichs und Deutschlands die Kerntruppe der Revolution erblickte, zog es Bakunin in die romanischen Länder, vor allem nach Italien. Dort fand er für seine Rebellenschar sympathische Elemente: die deklassierte Intelligenz, die, einer bestimmten gesellschaftlichen Stellung entbehrend, stets bereit war, sich in allerlei Verschwörungen und revolutionäre Konspirationen einzulassen. Ferner gab es in Italien ein Element, das ganz zu den Ansichten

Bakunins passte: das Lumpenproletariat und das landarme oder landlose Bauerntum, das durch den beginnenden Kapitalismus bedrängt, in blinden Aufständen gegen das Ausbeutungssystem protestierte. Auf diese Schichten glaubte sich Bakunin bei seiner Tätigkeit stützen zu können, schrieb er doch: „Im Lumpenproletariat und nur in ihm, durchaus nicht in der oben erwähnten bürgerlichen Schicht der Arbeitermasse, ist die ganze Klugheit und die ganze Kraft der zukünftigen sozialen Revolution enthalten." *)

In der Mitte der sechziger Jahre schien die Reaktionsperiode nach 1848 vorüber. Deshalb glaubte Bakunin an die unmittelbar bevorstehende soziale Revolution. Durch seine überragende Natur verstand er es bald, sich zahlreiche Anhänger und Freunde zu schaffen. Immer mehr entwickelte er sich zum Anarchismus. Er und seine Freunde fingen an, politischen Indifferentismus zu predigen, sprachen sich gegen die Organisation einer selbständigen politischen Partei aus und lehnten entschieden die Idee der Diktatur des Proletariats ab. Bakunins ganze soziale Auffassung war wesentlich antipolitisch. Jede Aktion, die nicht als Ziel den völligen Sturz der bürgerlichen Gesellschaft habe, sei abzulehnen. In seinem Buche „Staatlichkeit und Anarchie" wendet sich Bakunin vor allem gegen jede politische Zentralisation, gegen jedwede Autorität, insbesondere auch gegen jegliche Beteiligung der Arbeiterklasse an politischen Kämpfen. In seiner Schrift: „Föderalismus, Sozialismus und Antitheologismus" (1868) entwickelt er die typisch anarchistischen Gedanken des Föderalismus. Jede revolutionäre Aktion von oben nach unten sei verderblich. Alles müsse von unten nach oben durchgesetzt werden. Ideen, die später von dem sogenannten „revolutionären Syndikalismus" angenommen und vertreten wurden. Fast alle Argumente Bakunins für diese Ansichten entsprechen ganz dem damaligen Kindheitsalter der Arbeiterbewegung.

Wenn das Ideal Bakunins in der Anarchie bestand, so seine Methode, dieses Ziel zu verwirklichen, im Putschismus. Seine Rebellennatur war ganz auf Verschwörungen und revolutionäre Handstreiche eingestellt. Sein Tatendrang liess ihn zu jedem revolutionären Abenteuer verleiten. Erhielt in jenen Jahren den Aufruhr für stets möglich, sagt er doch: „Das Volk ist immer zur Revolution, zur Darbringung aller möglichen Opfer bereit, da es sehr wenig oder gar kein Eigentum hat und folglich durch dasselbe nicht verdorben ist." Von diesen Illusionen hat sich Bakunin erst kurz vor seinem Tode befreit. Da der Aufruhr für ihn immer möglich, entstand die Frage, ob er immer nützlich sei. Ohne Zaudern bejaht Bakunin auch diese Frage: „Jeder Aufruhr ist immer nützlich - so erfolglos er immer sein mag." Und zwar in zweifacher Hinsicht: erstens lehrt er das Volk, an seine Kräfte zu glauben und entwickelt seine Energie (mit Recht bemerkt dazu Genosse Steklow in seiner Biographie Bakunins: „Dass es sehr häufig gerade umgekehrt ist und fehl-

*) Steklow: Michael Bakunin. Ein Lebensbild. Dietzgen, Stuttgart. S. 59.

geschlagene, voreilige Aufstände die Ansätze zur Organisation dort, wo sie existieren, zerstören und die Massen mutlos machen, darüber hat Bakunin einfach nicht nachgedacht"); zweitens, „weil bei einer allgemein revolutionären Stimmung des Volkes jeder einzelne Aufruhr unter gewissen günstigen Umständen in einen allgemeinen Volksaufstand, eine Revolution übergehen kann". Eine besondere Untersuchung und Prüfung der „revolutionären Stimmung" und der „gewissen günstigen Umstände" hielt Bakunin nicht für angebracht, weil er der einfachen Ansicht war: jeder Aufruhr bringt uns vorwärts. Wie sich Bakunin die Konspiration dachte, schildert Gustav Jaeckh in seiner bekannten Geschichte der Internationale*): „Die Geheimorganisation Bakunins war die Uebersetzung eines Ordens mit verschiedenen Graden in die Arbeiterorganisation. Hinter der öffentlichen Alliance in Genf verbarg sich von Anfang an die geheime Alliance: die internationalen Brüder und die halb öffentliche, halb geheime internationale Alliance. Die internationalen Brüder, deren Zahl 100 nicht überschreiten darf, bilden das heilige Kollegium. Sie stehen unter einem Zentralkomitee und unter Nationalkomitees, die als Vollziehungsbureaus und Ueberwachungsausschüsse organisiert sind. Diese Komitees selbst sind vor der „Constituante" von mindestens zwei Dritteln der internationalen Brüder verantwortlich. Die internationalen Brüder haben kein politisches Geheimnis untereinander. Die nationalen Brüder werden nach demselben Plane wie die internationalen Brüder organisiert; doch dürfen sie in keinem Fall die Existenz einer internationalen Organisation auch nur ahnen." Also eine typische Verschwörergesellschaft, selbst wenn Jaeckh etwas übertrieben haben sollte. Bakunin war so tief von der Nützlichkeit der aufrührerischen Methode überzeugt, dass er sich sogar einmal zu einer Verherrlichung des Räuberwesens hergab. Dabei unterschätzte er keineswegs die Bedeutung der Massen im proletarischen Kampf und betonte immer wieder die Notwendigkeit der Organisation. Dass sich die Propaganda des beständigen Aufruhrs, der immer zu wiederholenden Aufstände einerseits, ganz gleich wie sie ausliefen, und die Aufforderung zur Organisation der Massen widersprachen, darüber dachte er nicht nach, wie überhaupt Folgerichtigkeit und Konsequenz nicht die ersten Eigenschaften Bakunins waren.

In schärfstem Gegensatz zu all diesen Aeusserungen standen natürlich Marx und Engels, beide durchdrungen von der Notwendigkeit mit den breiten, proletarischen Massen der Industrie als Vorhut der anderen Schichten die kommenden revolutionären Kämpfe führen zu müssen. Da sich solch verschiedene Auffassungen, zumal in der damaligen Periode der Arbeiterbewegung nicht miteinander vereinbaren liessen, kam es zu scharfen Kämpfen und schliesslich zum Bruch der ersten Internationale. Dabei sind Marx und Engels in ihrem Kampfe gegen die Bakunisten weit übers Ziel geschossen, vor allem haben sie Bakunin persönlich bitter Unrecht getan und ihn als den Zerstörer der ersten Internationale hingestellt. Persönlich war Bakunin unantastbar. Es ist nötig, dies festzustellen, weil die ältere marxistische Schule (so auch Jaeckh) ihn als einen

*) Gustav Jaeckh: „Die Internationale." Leipzig 1904. S. 205.

ganz gefährlichen Ausbund und Intriganten geschildert hat. Die spätere Geschichtsforschung hat dies erfreulicherweise wieder gut gemacht und die Persönlichkeit Bakunins ins richtige Licht gestellt. Wer sich über Bakunin und seine Ansichten unterrichten will, der lese die beiden Biographien von Brupbacher (Zürich) und Steklow (Stuttgart). Beide haben allerdings gewisse Mängel: die erste, weil Brupbacher selbst zu sehr anarchistischen Gedanken huldigt und Bakunin zu wenig kritisch nimmt; die letztere, weil sie die eigentlich theoretischen Gedankengänge Bakunins zu wenig herausarbeitet.

Es entspricht ganz dem Wesen und den Anschauungen Paul Levis, wenn er als belehrende Lektüre über den Bakunismus die Schrift von Marx und Engels: „Die Allianz der sozialistischen Demokratie und die internationale Arbeiterassoziation empfiehlt. Mitten im Kampfe gegen die Bakunisten geschrieben, wimmelt sie nicht nur von Klatsch- und Tratschgeschichten, sondern ist sogar voller Spitzelmaterial. Es scheint fast, als ob Levi sich diese Schrift als Muster seiner Broschüre genommen hat. (Sie ist übrigens verfasst von Lafargue und Engels; Marx war nur an der Redaktion einiger Schlusszeilen beteiligt, wenngleich er natürlich dieselbe Verantwortung trägt.) Ein Mann, der wohl auch — natürlich neben dem „grossen" Paul Levi — ein wenig vom Marxismus versteht, ein Mitbegründer des Spartakusbundes: Franz Mehring, sagt in seiner Marxbiographie, die er Klara Zetkin widmete, in erbitterten Worten, dass das Material, mit dem in dieser Broschüre gegen die Bakunisten vorgegangen wurde, sei „unentschuldbar" und der Internationale nicht „würdig" gewesen. Es war wirklich ähnliches Material, wie es heute Paul Levi gegen die Zentrale der V. K. P. D. vorbringt. Mehring lehnt eine Untersuchung über das Material ab und sagt weiter: Es ist auch ein anderer Gesichtspunkt, der diese Schrift unter allem, was Marx und Engels veröffentlicht haben, auf die unterste Stufe stellt. Was ihren sonstigen polemischen Schriften den eigentümlichen Reiz und den dauernden Wert verleiht, die positive Lust der neuen Erkenntnis, die durch die negative Kritik entbunden sind, das fehlt diese Schrift vollständig." Diese positive Lust neuer Erkenntnis fehlt nicht nur in der Allianzbroschüre, sondern auch in dem Machwerk Paul Levis.

Mit scharfen Worten wendet sich Mehring übrigens auch gegen die Anschauung, dass Bakunin der „Zerstörer" der ersten Internationale gewesen sei. Er verteidigt Bakunin gegen den Vorwurf des Sektierers mit folgenden Worten: „Das entscheidende Kennzeichen der Sektenstifter ist ihr feindlicher Gegensatz zu jeder proletarischen Massenbewegung; feindlich insofern, als sie von einer solchen Bewegung nichts wissen wollen, wie auch insofern, als eine Massenbewegung von ihnen nichts wissen will. Bakunin hat es, so erbittert sich der Kampf zwischen ihm und Marx sich gestaltete, diesem doch fast bis zuletzt als ein unsterbliches Verdienst angerechnet, in der Internationale den Rahmen einer proletarischen Massenbewegung geschaffen zu haben. Was ihn von Marx unterschied, war die Verschiedenheit ihrer Ansichten über die Taktik, die diese Massenbewegung verfolgen müsse, um an ihr Ziel zu gelangen; aber verkehrt Bakunins Ansichten darüber sein mochten, so hatten

doch mit Sektenspielerei nichts zu tun." Wozu zu sagen ist, dass Bakunin allerdings kein Sektierer sein wollte, seine Politik aber mit Naturnotwendigkeit zu einer Sektenbewegung führte, wie sich ja denn auch tatsächlich die proletarische Internationale auf ganz anderer Grundlage entwickelte und die von Bakunin gegründeten Sektionen nach wenigen Jahren zerfielen.

In das Material der von Paul Levi gepriesenen Allianzbroschüre passt übrigens auch gut der billige Hohn, den die klugen Männer seinerzeit über Bakunin schütteten, als er sich wenige Monate vor der Pariser Kommune an einer revolutionären Erhebung in Lyon beteiligte und auf den ersten Ruf dorthin eilte. Franz Mehring findet in seiner Marxbiographie zu dieser Tat Bakunins andere Worte: „Der Spott über diesen misslungenen Versuch hätte billigerweise der Reaktion überlassen werden sollen. Ein Gegner Bakunins, dem alle Abneigung gegen den Anarchismus noch nicht die Unbefangenheit des Urteils geraubt hat, schreibt zutreffend: ‚Leider liessen sich auch in der sozialdemokratischen Presse spöttische Stimmen hören, was Bakunin durch seinen Versuch wahrlich nicht verdient hat. Selbstverständlich können und müssen diejenigen, die die anarchistischen Ansichten Bakunins und seiner Anhänger nicht teilen, sich kritisch zu seinen grundlosen Hoffnungen verhalten. Doch abgesehen davon war sein damaliges Auftreten ein mutiger Versuch, die eingeschlafene Energie des französischen Proletariats zu wecken, und sie gleichzeitig gegen den äusseren Feind und die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu richten. Ungefähr dasselbe versuchte später die Kommune, die Marx bekanntlich warm begrüsste.' Das ist jedenfalls sachlicher und vernünftiger gesprochen, als wenn der Leipziger „Volksstaat" die von Bakunin in Lyon erlassene Proklamation nach bekannter Melodie ansang, sie hätte im Berliner Pressbureau nicht passender für Bismarck gemacht werden können."

Und den Abschluss über Bakunin schliesst Franz Mehring mit folgenden Worten: „Bei all seinen Fehlern und Schwächen wird ihm die Geschichte einen Ehrenplatz unter den Vorkämpfern des internationalen Proletariats sichern, mag dieser Platz auch immer bestritten werden, solange es Philister auf diesem Erdenball gibt, gleichviel ob sie die polizeiliche Nachtmütze über die langen Ohren ziehen oder ihr schlotterndes Gebein unter dem Löwenfell eines Marx zu bergen suchen."

Aus dieser kurzen Darstellung der Ideen Bakunins kann man sich einen Vers machen, wie es mit der Behauptung Levis steht, die Märzaktion sei der grösste Bakunistenputsch. Im einzelnen wird über diesen Vergleich noch manches zu sagen sein.

Kronstadt.

Von Karl Radek.

(Schluss.)

III. Die Lehren des Kronstadter Aufstandes.

Der taktische Plan der russischen Konterrevolution, Sowjet-Russland zu zerschmettern, indem sie die kleinbürgerlichen, bäuerlichen und halbproletarischen Massen gegen die Kommunistische Partei in den Kampf führt und die Kommunistische Partei niederwirft, der Plan der russischen Konterrevolution, unter der Losung der wirklichen Sowjetregierung durch eine „dritte Revolution" zu siegen, wird nicht durchgeführt werden. Die Kommunistische Partei Russlands ist klug und elastisch genug, sie ist genug mit den Massen verbunden, um diesen Plan zu durchkreuzen. Indem sie die internationale Atempause ausnützt, um den Umfang der Roten Armee zu mindern, und so die auf den Bauern ruhende Last zu erleichtern und gleichzeitig die Industrie und den Aussenhandel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bauernmassen auszunützen, wird sie ihr Verhältnis zum Bauerntum von neuem stärken. Sie wird gleichzeitig die Initiative der proletarischen Massen in Bewegung setzen, um ihre materielle Lage zu erleichtern und die zurückgebliebenen Arbeitermassen den kommunistischen Vorderreihen mehr zu nähern. Schon jetzt, paar Wochen nach dem Parteitag der Kommunistischen Partei, bevor noch sich ihre neue Politik in allen Konsequenzen gezeigt hat, spürt man einen neuen Hauch in den Volksmassen, spürt man und kann es mit den Händen greifen, dass die Sowjetregierung den Plan der Konterrevolution, auf dem Rücken des Kleinbürgertums sich emportragen zu lassen, niederschlagen wird. Aber die Tatsache, dass die russische Konterrevolution in ihrem Kampf um die Macht sogar versuchte, die Losung der Sowjets, unter der sie gestürzt wurde, gegen die Kommunistische Partei zu verwenden, ist von weltgeschichtlicher Bedeutung.

Wenn die Proletarier Westeuropas in ihrem Solidaritätsgefühl mit Sowjetrussland als dem Hort der Weltrevolution sich sagten: „Right or wrong, my country", wenn sie in Bezug auf die Kommunistische Partei sich durch keine Nachrichten, sei es über ihren „Terrorismus", sei es über ihren „Opportunismus", irre machen liessen, so kam darin ihr grosser revolutionärer Instinkt zum Ausdruck. Sie empfanden es, dass es sich nicht darum handele, inwieweit der Kommunismus in Russland durchgeführt worden ist — die Kommunismus kann weder schnell durchgeführt werden, noch kann er isoliert in einem agrarischen Lande durchgeführt werden — sondern dass es sich darum handelt, dass Russland aus den Händen der europäischen Konterrevolution herausgerissen worden ist, dass hundert Millionen Bauern und die wirtschaftlichen Kräfte

des grössten europäischen Landes nicht gebraucht werden zur wirtschaftlichen und militärischen Stützung des um sein Leben kämpfenden Kapitalismus, sondern zur Unterstützung des Weltproletariats, das um eine neue Weltordnung kämpft. Und das Weltproletariat verstand es, dass, wenn dem so ist, dann die Kommunistische Partei Russlands im Recht ist, wenn sie nur die Macht in ihren Händen behält. Alles was sie tut, ist allein unter dem Gesichtspunkt zu behandeln, ob es diesem Zwecke dient; je nach dem terroristische Massregeln, wenn der Feind anstürmt, straffste Zusammenraffung aller Ressourcen des Landes, um die Konterrevolution zu besiegen oder Zurückweichen vor den kleinbürgerlichen Elementen, um sie von dem Junkertum und dem Kapital, den Trägern der Konterrevolution, zu trennen. Das haben die Vorderreihen der Proletarier mit ihrem revolutionären Instinkt erfasst und sie sehen jetzt, wie recht die hatten, die sagten: man könne nicht die russische Revolution unterstützen und die Kommunistische Partei Russlands bekämpfen. Das, was die Hilferding, Dittmann, Longuet, Bauer taten, der Versuch, das Verhältnis zur Kommunistischen Partei Russlands von dem Verhältnis zur Existenz Sowjetresslands, zur Existenz der russischen Revolution zu trennen, ist nichts anderes, im Lichte der Haltung der russischen Konterrevolution während der Kronstädter Ereignisse gesehen, als ein Betrug, im besten Falle ein Selbstbetrug. „Hoch die russische Revolution! Hoch Sowjetrussland! Nieder mit den russischen Kommunisten, mit den Diktatoren aus Moskau!", schrien die Hilferding und die Bauer, die Longuet und die Grimm. „Nieder mit den Diktatoren von Moskau!" antwortet ihnen der zarische Finanzminister Kakowzew und der Dardanellenheld Miljukow, antwortet ihnen die Pariser Börse und der General Wrangel. Und sie fügen zu: „Ist erst die Kommunistische Partei Russlands geschlagen, dann kann die Konterrevolution sich für einige Zeit sogar mit dem Mantel der Sowjets drapieren". Nicht um den Mantel, um den Herzog, handelt es, Paris ist der Messe wert. Die Hilferding, die Dittmann, die Adler und die Bauer, die Longuet und all die Helden der 2½ Internationale, sie zeigen sich in diesem Lichte nicht als der rechte Flügel der revolutionären Arbeiterbewegung, sondern als der linke Flügel der kapitalistischen Welt-Konterrevolution. Und der zukünftige Historiker des grossen Befreiungskampfes des Weltproletariats wird es buchen, dass an den Tagen, wo die Kommunisten Russlands mit ihren Leibern die Bresche auszufüllen suchten, die die Kronstädter Matrosen im Schutzwall Petrograds geschlagen haben, die „Freiheit" schrieb: „Sinowjew, der Verderber des russischen Proletariats!", dass Herr Longuet wie Herr Bauer seine Sympathien nicht den Kommunisten zuwandten, die auf dem Eise des Finnischen Meerbusens aus ihren Leibern einen neuen Schutzwall um Petersburg legten, sondern den Kronstädter unbewussten Werkzeugen der Weltreaktion.

Die Kronstadter Ereignisse nötigen aber das westeuropäische Proletariat, auch weitere Schlussfolgerungen zu ziehen. Sie bilanzieren unseren Streit mit dem Teile des kommunistischen Prole-

tariats, der glaubte, der russischen Diktatur, der Kommunistischen Partei, die Idee der Diktatur der Masse, der ganzen proletarischen Klasse entgegenstellen zu müssen. Die Laufenberg und Wolffheim, die im Jahre 1919 die Diktatur der Masse der Diktatur der Partei entgegenzustellen können glaubten, sie sind offen abgeschwenkt ins Lager der Konterrevolution. In ihrer letzten Broschüre „Moskau und die deutsche Revolution" treten sie vollkommen offen auf, nicht nur als Gegner der Kommunistischen Partei Russlands, sondern als Gegner Sowjet-Russlands, indem sie die Sowjetregierung als eine schlechtere Ausgabe des Zarismus den deutschen Arbeitermassen denunzieren. Die Rühle und Konsorten, die in ihrem Hass gegen die Idee der revolutionären Partei sich so weit treiben liessen, dass sie zusammen mit dem Dittmann den Enthüllungfeldzug gegen den „Despotismus" der russischen Kommunistischen Partei führen, sie sind sogar von den kommunistischen Elementen Deutschlands, die sich bisher in geistiger Verbindung mit ihnen befanden, als Konterrevolutionäre erkannt worden. Aber dieser Prozess kann nur bewusst zu Ende geführt werden, wenn die Kommunistische Internationale in allen ihren Teilen, in den Kronstädter Ereignissen, in dem taktischen Plan der russischen Konterrevolution, nicht nur die Momente erfasst, die speziell russisch sind, sondern auch die, die international sind.

Speziell russisch ist an den Ereignissen die Tatsache, dass erstens die proletarische Schicht in Russland viel schmäler als in Westeuropa ist, zweitens, dass die kleinbürgerlichen Schichten in Russland viel stärker sind als in England oder Deutschland, dass darum in Russland ihr Einfluss auf die Arbeiterklasse viel stärker ist, als es der Fall sein wird in Westeuropa, dass darum schliesslich die Möglichkeit kleinbürgerlicher Wankungen und Schwankungen der Arbeiterklasse in Russland viel grösser ist, als in Europa. In Westeuropa aber wird der Kampf viel schwerer sein, weil die Bourgeoisie dort viel organisierter ist als sie es in Russland war. Die Lebensmittelschwierigkeiten werden in Westeuropa zehnmal grösser sein, als es in Russland der Fall ist. Und da wird es viele Situationen geben, wo breite Arbeitermassen wanken werden, in denen sie an die Kapitulation vor der Bourgeoisie denken werden, in denen die Diktatur des Proletariats sich nur als die Diktatur der stahlharten Vorderreihen, der Kommunistischen Partei, halten kann. Wie die Erklärung der Zentrumsleute, sie seien zwar für die Diktatur, aber gegen den Terrorismus, nichts anderes bedeutet, als dass diese Elemente nicht bereit sind, mit allen Mitteln für den Sieg der Arbeitermasse zu kämpfen, dass sie bereit sind, in jeder schwierigen Situation zu versagen und zu verraten, so ist das Geschrei für die Diktatur der ganzen Klasse gegen die Diktatur der Kommunistischen Partei ein Beweis, dass diese Elemente nur dann bereit sind zu kämpfen, wenn auch die zurückgebliebenen Elemente der Arbeiterklasse auf dem Posten ausharren, das heisst, wenn der Kampf leicht ist, wenn man in ihm nicht hungern, nicht frieren, nicht bluten muss. In unserer Broschüre „Die Diktatur der

Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei" die wir im Sommer 1919 gegen Laufenberg und Wolffheim veröffentlichten, schrieben wir:

„Die Kommunistische Partei wird keinesfalls nach der Eroberung der Macht in den Massen und ihren Kampfesorganen aufgehen. Sie wird ihre Mitglieder, die besten Vertreter der Diktatur, eng zusammenfassen, mit ihnen immer besprechen, welche Massregeln in den Machtorganen des Proletariats durchzuführen sind. Die Kommunistische Partei wird als geschlossene Macht den Massen und ihren Organisationen vorangehen, um die Diktatur zu sichern. Denn die Diktatur des Proletariats wird nicht ein für allemal erobert. Sie muss bis zum endgültigen Siege täglich neu erobert werden. Die Arbeitermasse, die heute gespalten ist in Schichten, die in verschiedenen Masstäben kampffähig sind, muss im Prozess der fortschreitenden proletarischen Revolution von allgemeiner Kampfentschiedenheit ergriffen werden, damit überhaupt die proletarische Diktatur möglich ist. Aber diese „Allgemeinheit" ist eine relative. Immer noch werden Teile des Proletariats bei der Aufrichtung der proletarischen Diktatur feindlich oder teilnahmslos beiseite stehen. Und die Masse, die am Tage des Sieges jubeln wird, kann in den Tagen der grossen Schwierigkeiten, der Niederlagen wanken, ja, am Siege verzweifeln und an die Kapitulation denken. Die proletarische Revolution bringt keine sofortige Linderung der Not, unter Umständen kann sie vorübergehend eine Verschlechterung der Lage des Proletariats bringen. Dies nützen die Gegner des Proletariats aus, um die Arbeiterregierung zu stützen, und da muss vor ihr eine starke, zentralisierte, die Machtmittel des Proletariats beherrschende Kommunistische Partei stehen, entschlossen, eine gewisse Zeitlang, wenn sich die Bedingungen des Kampfes nicht bessern und der Mut der Masse sich nicht hebt, sogar als Partei der revolutionären Minderheit die Macht behaupten. Natürlich, falls die Mehrheit der Arbeiterklasse in der trügerischen Hoffnung, dass sie selbst in den Ketten der kapitalistischen Sklaverei besser leben kann als kämpfend für ihre Befreiung, gegen die proletarische Diktatur in einer schwierigen Lage aktiv vorgeht und ihr dauernd in den Arm fällt, so wird die Kommunistische Partei ihre Position nicht halten können. Aber solange die Hoffnung auf die Besserung der Lage vorhanden ist, muss sie ausharren und versuchen, die Positionen zu halten. Dann bessern sich die Bedingungen, dann steht hinter ihr wieder die Klasse, und sie kann den Kampf führen bis zum endgültigen Siege. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein, der kämpfenden Mehrheit des Proletariats. Aber in seinem Befreiungskampfe können Situationen eintreten, wo die revolutionäre Minderheit der Arbeiterklasse die ganze Last des Kampfes auf sich nehmen muss, wo sich die Arbeiterdiktatur nur als Parteidiktatur der Kommunisten vorübergehend halten kann. So war manchmal die Lage in Russland."

* * *

Wir sind überzeugt, dass im Lichte der Kronstädter Ereignisse die kommunistischen Elemente, die die Rolle der Partei in der

Revolution nicht hoch genug schätzten, diese Ausführungen wie die Resolution des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale über die Rolle der Partei richtig zu würdigen lernen werden. Es wäre nicht genug gewonnen, wenn sie es nur für Russland akzeptieren würden, dass die Partei des Proletariats die Macht in ihren Händen zu behalten hat, selbst dann, wenn gegen sie die kleinbürgerliche Konterrevolution in der Form der Unzufriedenheit einiger Arbeiterschichten auftritt. Es gilt zu verstehen, dass, wie sehr die kommunistische Partei endgültig nur gestützt auf die grossen Massen der Arbeiterschaft siegen kann, auch in Westeuropa Situationen eintreten können, wo es gelten wird, die Macht mit den Kräften der Avantgarde allein eine Zeitlang zu halten. Es gilt zu verstehen, dass unter jeden Umständen die Kommunistische Partei die Seele der Revolution ist, und dass sie den Rückgrat der proletarischen Diktatur bildet.

Der Kampf, den jetzt die Kommunistische Partei Russlands führt um die Stärkung ihres Einflusses auf die noch nicht kommunistischen Arbeitermassen, der Kampf, den sie führt, um die Weckung der Initiative dieser Massen, er ist die Ergänzung ihrer eisernen Entschlossenheit, die Macht mit allen Mitteln zu halten. diese Entschlossenheit soll ein Beispiel für die Kommunisten der anderen Länder sein. Das ist die grösste Lehre der Kronstädter Ereignisse, ihre internationale Lehre.

Moskau, den 1. April 1921.

Historischer Materialismus und Kunstkritik.

Von G. G. L.

Die Frage ob und in welchem Masse es möglich ist, die Entwicklung der Künste historisch-materialistisch zu erklären, wird immer wieder aufgeworfen, zu lösen versucht und bezweifelt. Der Zweifel, die Einschränkung, dass mit solcher Kritik Kunst dem Verständnis nicht restlos erschlossen werden könne, kommt von Lauen, die behaupten, ein Kunstwerk könne überhaupt nicht historisch-materialistisch, also verständnismässig begriffen, es müsse „erlebt" werden. Hier müssen wir von vornherein unterscheiden. Ein Kunstwerk erleben bedeutet, dass es durch Farbe, Form Linie oder Klang, durch die künstlerischen Ausdrucksmittel, die das Genie seines Urhebers geschaffen, auf uns in besonderer Weise wirkt, uns ergreift, unsere Seele in Schwingung versetzt, durch etwas Verwandtes, das aber ausser uns zu sein scheint und über unser Persönliches hinausgreift zu überzeitlicher Gültigkeit. Solche Wirkung beruht gewiss auf seelischen Vorgängen. Aber es ist damit so, dass die Möglichkeit, ob wir ein Kunstwerk überhaupt zu der Zeit, da wir es schauen, erleben können, nicht nur psychisch, sondern als Voraussetzung für die Auslösung solcher psychischen Vorgänge, auch historisch-materialistisch bedingt ist, gesellschaftsverknüpft.

weil der Mensch ein vergesellschaftetes Wesen ist. Die Frage nach dem psychischen Erleben wird also ausgelöst werden innerhalb der historisch-materialistischen Betrachtung. Es wird sich zeigen, dass diese Frage nach dem psychischen, im Sinne von individuellem Erleben in unserer Zeit nur so abgeschieden und aus dem Zusammenhange gelöst aufgeworfen werden konnte, weil es in der in Individuen zerstückelten bürgerlichen Gesellschaft nur Einzelerlebnis, kein Kollektiverleben gibt, mit dem der historisch-materialistische Zusammenhang ohne weiteres auch für das psychische Erlebnis eines Kunstwerks gegeben ist.

Eine weitere Frage, die umgekehrt die Künste nicht aus dem psychischen, sondern aus dem handwerksmässigen Untergrund des Kunstschaffens erklären will, wirft Lu Märten in ihrer Broschüre „Historisch-Materialistisches über Veränderungen der Künste" (Internationale Jugendbibliothek Nr. 5, Verlag der Jugendinternationale, Berlin, 67 Seiten) auf. Es dürfte von Interesse sein, auf diese Schrift näher einzugehen, da sich von dem hier entwickelten Gesichtspunkt aus die Frage nach dem Verhältnis des historischen Materialismus zur Kunstkritik entrollt. Lu Märten fragt, ob neue Aufgaben für die Künste erkannt werden können auf Grund historisch-materialistischer Untersuchungen über die Ursachen des Verfalls der Künste, und wie dem Arbeiter das zu solcher Erkenntnis und Aufgabe notwendige „Wissen, Denken und Verstehen von Kunst und geistigen Dingen am besten zu vermitteln sei". Ob es z. B. den Arbeiter interessiere, über jene Zusammenhänge durch die Kritik der täglichen bürgerlichen Kunst- und Literaturerscheinungen in der Tagespresse zu erfahren, oder ob es nicht richtiger sei, „dem Arbeiter überhaupt erst solches Denken zu ermöglichen" dadurch, „dass Wissen über dies Gebiet ihm vermittelt werde, um Resultate sich daraus ergeben zu lassen". (Dies will die Broschüre.)

Man sollte meinen, dass solche Fragen müssig sind, denn gewiss hat beides Berechtigung und es kommt nur darauf an, eben jene historisch-materialistische Methode d i a l e k t i s c h und nicht mechanisch und äusserlich anzuwenden. Es wird sich zeigen, dass die Form dieser Aufklärung und Belehrung sich notwendig aus seinem Kampfe als Teil von ihm ergeben muss. Denn nach der Auffassung der Verfasserin selbst wachsen die Formen der geistigen Betätigung und Orientierung organisch aus dem schöpferischen Daseinsgrund der Gesellschaft, der Klassen. Wenn Lu Märten z. B. sagt, „dass es einen Arbeiter doch mehr interessieren müsse, zu erfahren, — durch historischen Hinweis — warum ein roher Holztisch schöner sein könne als ein Salontisch mancher Bürger", oder „warum es keine Volkspoesie mehr gibt, wo doch alle Poesie ursprünglich Volkspoesie sei", dass dies zu erfahren, dem Arbeiter interessanter sein müsse „als die Feststellung, ob ein heutiger Versuch, da und dort auf dem Gebiet, was man nun einmal Kunst nennt, proletarischen oder bürgerlichen Geist verrät", so muss daran erinnert werden, dass doch einer so scharfen Denkerin wie Lu Märten nicht entgehen sollte, dass die Frage nach der „bürgerlichen" Ausrichtung eines Kunstwerks auch h i s t o r i s c h - m a t e r i a l i s t i s c h gefasst und erörtert werden kann und in der Tagespresse erörtert werden muss. Gerade solche Erörterung ergibt sich aus

der täglichen kämpfenden Stellungnahme des Proletariats zu aller Bürgerlichkeit, und es kann kein Zweifel sein, dass solches den Proletarier angeht und interessiert, wenn die Frage nur danach behandelt wird. Wenn gewiss „von Kunst reden" für uns nicht heissen kann, „von Wilde und Shakespeare in erster Linie handeln", so kann es ebensowenig heissen „sondern vom Geist des Volkes", wie Lu Märten will. Denn der „Geist des Volkes" ist ein so weitschweifender und unbestimmter Begriff für Proletarier, ein Begriff, der ihnen viel zu häufig von der Gegenseite und im nationalen Sinne entgegenklingt, als dass sie ihn nicht mit Misstrauen auffassen sollten. Seine Bedeutung wäre eben auch historisch fassbar zu machen — nicht aber als ein schon Erwiesenes und Berechtigtes an solcher Stelle anzuführen. Ebenso kann aber — und es ist auch wiederholt geschehen — an Künstlern, wie Wilde und Shakespeare und anderen, revolutionär bewusst gemacht werden, welche Bedeutung solche Künstler und Kunst überhaupt historisch für uns haben, und was sie im Gegensatz dazu der bürgerlichen Auffassung heute bedeuten können, was dort aus ihnen gemacht wird — dies als Symptom des bürgerlichen Intellekts und der bürgerlichen Mentalität und in Beziehung zu ihrem Gesamt-Charakter, den zu erkennen im Interesse des täglichen Klassenkampfes des Arbeiters liegt.

Lu Märten gibt sich alle Mühe, mit ihrer Belesenheit dem Arbeiter das ersehnte Rüstzeug zum Verständnis geistigen und menschlich-gesellschaftlichen Werdens und Wesens zu geben und nach allen Richtungen die Frage nach dem historisch-materialistischen Zusammenhang aufzurollen, aber es fehlt überall das geistige Band, es gelingt der Verfasserin nicht, bis zur Erkenntnis der Dialektik der Erscheinungen durchzudringen. Sie denkt zwar gründlich, dies tritt aber äusserlich in Erscheinung in einer etwas umständlichen Darstellungsweise. Es fehlt ihr das intuitive Erschauen von Zusammenhängen und ihr klares Zusammenfassen und abgerundetes Aussprechen.

Diese Kleinarbeit des Denkens lässt sie die grosse Linie nicht sehen, in der Kunst sich manifestiert und führt sie zu einem Irrtum, der in seiner weiteren Verstrickung verhängnisvoll wird und zu einem schiefen Resultat führt, das gar nicht notwendig in der von ihr ursprünglich gezeichneten Bahn liegt.

Lu Märten kommt immer wieder auf die Bedeutung des Volkstümlich-Handwerklichen für die Entwicklung der Künste zurück. Sie stellt die Bedeutung der technischen Möglichkeiten und Hilfsmittel einer Kunstbetätigung in den Vordergrund und kommt zu dem Schluss, dass die Verdrängung des Handwerks durch die Maschine den Ruin der Kunst bedeutet und hauptsächlich bewirkt habe. Sicherlich ist die Bewältigung der Technik ein wichtiger Faktor für den Künstler, aber nicht in dem Masse wesentlich, wie Lu Märten meint. Selbst von dem vollendetsten Handwerker trennt den Künstler eine Welt. Denn das Wesen des Künstlers, das, was ihn unterscheidet, ist seine Intuitionskraft, sein Gestaltenwollen und -müssen in einzigartig notwendigen Formen, in denen der grosse Künstler den überzeitlichen und überindividuellen Ausdruck für Zeitliches findet. Wo diese Kraft gross genug ist und zwingend,

wird das Technische spielend überwunden, und zwar gilt dies nicht nur für den Künstler als Einzelerscheinung, sondern auch für den Gestaltungswillen einer Gesamtheit. Ich erinnere daran, dass Marx einmal gesagt hat, „jede Zeit schafft sich die ihr notwendigen Ausdrucksformen und -mittel".

In demselben Masse, wie Lu Märten gegen das Ende ihrer Abhandlung immer mehr dem Arbeitstechnischen, der handwerklichen Grundlage der Künste ausschlaggebenden Einfluss auf ihren Charakter und ihre Entwicklung zuschreibt, kommt sie vom eigentlichen Wesen des Historisch-Materialistischen ab, da sie als die ökonomischen Grundlagen der Künste in erster Linie ihre technischen Grundlagen, ihre Arbeitsmittel ansieht. Das bedeutet aber nicht nur eine Verengerung des weitgesteckten Horizonts, den Marx gerade uns eröffnet hat, indem er unter „ökonomischen Grundlagen" den ganzen Komplex der Vergesellschaftung der Menschen, seiner gesamten Daseinsbedingungen in ihrer Wandelbarkeit und die damit verknüpfte praktische Arbeitsorganisation erkannte und daraus sich aufbauen sah die Organisation, das bewusste Bilden und unbewusste Werden ihrer geistigen Orientierung und ihres geistigen Schaffens.

Auf Seite 56 sagt Lu Märten:

„Die ökonomischen Ursachen für die Veränderung und den schliesslichen Zusammenbruch der bildenden Künste sind in erster Linie in dem F e h l e n der ökonomischen Grundlagen für sie zu suchen. Das heisst: indem das eigenpersönliche Handwerk Maschinenarbeit wurde, indem die Grundlagen einer so bestimmten Produktion immer restloser zerstört wurden, wurden auch die technischen Grundlagen der bildenden Künste, wie sie im alten Handwerk wurzelten und entstanden, zerstört. Das zeigt sich nicht gleich; denn die Künste versuchten auf bestimmten Gebieten mit den ihnen übrigbleibenden und ihnen nunmehr allein überantworteten Mitteln auszukommen. Im Grunde aber hat es zum Beispiel namhafte Bildhauer seit den grossen süddeutschen Handwerksmeistern nicht mehr gegeben. Jahrhundertelang war Kunst und Handwerk identisch, identisch jedenfalls in ihren Mitteln; sie war *selbst* in der neubürgerlichen Kunst der Städte nur die höchste Qualität des Handwerks im Vermögen des Einzelnen."

Dies letzte muss vor allem zurückgewiesen werden, da es direkt als falsch gelten kann. Denn nie waren Kunst und Handwerk identisch. Dies kann doch nur den Anschein dort haben, wo Kunst nur als handwerkliche Betätigung in Erscheinung tritt, auf frühen Kulturstufen also, wo sich noch nicht höchste Blüte und Konzentration geistiger Aeusserungen eines Gesellschaftskörpers darstellt. Kunst im Gegensatz zum Handwerk bezieht stets ideelle Inkarnation ein. Der Behauptung, dass es seit den grossen süddeutschen Handwerksmeistern — ich nehme an, dass Lu Märten die Meister der Gothik um Erwin von Steinbach meint — keine namhaften Bildhauer mehr gegeben habe, steht doch die italienische Renaissance entgegen, die eine Hochblüte gerade der Bildhauerkunst, und zwar der Architektur wie der Plastik, bedeutet und deren Künstler man gewiss nicht Handwerksmeister nennen kann. Abgesehen davon, dass auch die gothischen Dome ideelle Inkarnation sind, dass gerade die Gothik w e s e n t l i c h Kunstausdruck spiritueller Kräfte ist.

Um so hohe Kunst möglich zu machen, kommen so viele fein verschlungene materielle und ideelle Faktoren in Betracht, die gar nicht alle grob an der Oberfläche liegen und sichtbar sind, dass jene handwerkstechnische Grundlage nur ein, und nicht einmal ein so wesentliches Moment unter anderen sein kann. Es hiesse den historischen Materialismus mechanisieren und verflachen, wollte man wie Lu Märten diese technischen Fragen entscheidend in den Vordergrund stellen. Kunst kann nie höchste Qualität des Handwerks sein, da sie ihrem W e s e n nach etwas ganz anders ist als dies, nämlich etwas höchst Geistiges, höchste Empfindungskraft vereint mit der Fähigkeit, sie in einer dem Kollektiven, dem sie entstammen, fassbaren aber aussergewöhnlichen Form auszudrücken. Dies vom einzelnen Künstler auf den Volkskörper angewandt, hat Lu Märten selbst gefunden, dass da, wo ein Ausdruckmittel versagt, diese Empfindungskraft zu verlebendigen und zu gestalten, ein Anderes unbedingt gefunden wird, so dass z. B. anstelle des poetischen oder sonst bildlichen Ausdrucks im 17. Jahrhundert der musikalische tritt; aber nicht, wie sie ausführt, w e i l plötzlich die Anfertigung von Tonwerkzeugen, Instrumenten, technisch möglich gemacht werden konnte — warum sollte auch auf einmal dies Handwerk blühen, da alle anderen verfallen? Sondern es ist so, dass aus der Notwendigkeit dieses neuen musikalischen Ausdruckmittels, das die Sprache, die Malerei, die Plastik ersetzen muss, auch die technischen Möglichkeiten zu dieser neuen Ausdrucksform entwickelt werden. Hier sehen wir deutlich, dass innerhalb der Kunstsphäre das Technische eine sekundäre Bedeutung hat; es entsteht erst mit dem neuen Kunstausdruck, mit der Notwendigkeit musikalischer Gestaltungen der geistigen Wesenheit, die Folge von wirtschaftlich-ideologischen Beziehungen und Veränderungen ist, um rückwirkend dann auch die Kunstentwickelung zu beeinflussen.

Der Verfall der bildenden Künste setzte schon viel früher ein und in den verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten, als dass die Erfindung der Maschine solchen Zusammenbruch erklären könnte. Es ist wohl kein Zufall, dass die Hochblüte der bildenden Künste — Architektur, Plastik und Malerei — stets zusammenfallen mit dem materiellen, d. h. wirtschaftlichen Aufschwung einer Klasse und zwar dann, wenn diesem ökonomischen Fortschreiten und Emporkommen ein geistiges Erobern und Wachsen parallel geht, der geistige Horizont der Gesamtheit sich weitet, wie z. B. in der italienischen Renaissance, wie auch in der niederländischen und wie in Frankreich bis zum XIV. Ludwig und im 18. Jahrhundert der bürgerlichen Revolution. Die Gotik als Kunstblüte bedeutete den höchsten Aufschwung der siegenden Kirche. An diesen drei Kunstepochen sehen wir, in welcher Art, in welchem Grade und in wie vielfacher Bedeutung Kunst gesellschaftlicher Ueberfluss, Luxus ist.

Inkarniert in einem gothischen Dom war die Kunst noch im Bewusstsein des Volkskörpers, Gemeingut, gesellschaftlicher Luxus überhaupt, materiell wie spirituell; es existierte sonst kaum Luxus, ausser an Fürstenhöfen; die Wohnungen der Bürger sind, gemessen an einem solchen Dom, um den sie sich klein und meist hässlich scharen, alle elende Löcher.

Ebenso war die Baukunst und die Kunst der Steinbehandlung schon längst so reif und weit entwickelt, um ein Formproblem, wie das der Gotik, zu lösen. Aber gelöst wurde es erst, als es sich ökonomisch-ideologisch stellte, aus den spiritualistisch-religiösen Bedürfnissen (die Widerspiegelung bestimmter ökonomischer Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse sind) heraus, die jene Zeit erfüllen. Jene Kollektivität des Volkes durch die handwerkliche Tätigkeit, die Lu Märtens sieht, ist wohl auch vorhanden, aber sie würde nicht allein genügen, für die Formung jenes kollektiven Bewusstseinsinhalts, aus dem allein Kunst geboren werden kann, und die Seelenstimmung eines Kollektivskörpers, wie z. B. der der katholischen Christenheit, kann nicht durch das Handwerk geschaffen oder erklärt oder ausgedrückt werden. Die Entwicklung der Kunst zur Gotik hin hat zur Voraussetzung die Verinnerlichung und Vertiefung der religiösen Vorstellungen bis zum höchsten Grad von Innigkeit in dem Komplex der konsolidierten, festgegründeten über die fronenden Massen herrschenden Kirche, deren Lehren endlich als spiritualistische Notwendigkeiten empfunden werden, nicht, wie im ersten Mittelalter, nur mehr aufgezwungener Glaube sind. Dieser gotische Spiritualismus bedeutet Flucht aus dem für die breiten Volksmassen immer unerträglicher sich gestaltenden chaotischen Diesseits (Zeit der Kreuzzüge), in jenes bessere Jenseits, das die Kirche lehrte. So auch gedacht von der Kirche selbst, die im Gegensatz zu ihrer Lehre, die ins Jenseitige gerichtet ist, immer mehr weltliche Macht, Herrschaftsapparat wurde, was ihr wieder wirtschaftlich- und materiell-technisch den Bau und die Ausführung so grosser und reicher Bauwerke gestattete. In ihrer künstlerischen Ausdrucksweise sind die in den Himmel strebenden, die Materialität der steinernen Massen auflösenden gotischen Dome aus jenem Jenseitsglauben der Christenheit geboren, die im Mittelalter als katholische Kirche das grosse Kollektiv ist, in dem Völker und Klassen geeinigt erscheinen, weil sie der Kirche, in der die herrschende Klasse sich konstituiert, tatsächlich und ideologisch unterworfen sind. (Das architektonische Formproblem der Gothik war die Auflösung der Mauern, die Durchbrechung der Wände.)

In der Renaissance ist Kunst Luxus des reichgewordenen Bürgertums und erhält mehr und mehr individuelles Gepräge, denn die Renaissance ist die Geburtsstunde des Individualismus, aber doch nicht so ausschliesslich, dass der Zusammenhang mit dem Kollektivkörper schon ganz verloren wäre, besonders in Italien, wo in Kirchen und in den öffentlich errichteten und aufgestellten Kunstwerken alle einen gewissen Anteil daran haben und ihn auch geistig noch haben können, da die Kunst noch in die Ideologie der Kirche verpflichtet ist.

Diese geistige Anteilnahme geht aber immer mehr verloren, je stärker die individualistischen Strebungen in den Vordergrund treten mit der Entwicklung des Bürgertums zur Macht erobernden Klasse.

Die Kunst in Frankreich unter Ludwig XIV. ist ganz Inkarnation des Königtums geworden, in dem sich nur noch die obere Schicht der Gesellschaft als ein kleiner Teil des Volkskörpers ausgedrückt finden kann. Das Volk hat an diesem Ueberfluss und Luxus keinen Anteil mehr, weder ideell, noch materiell.

Daran, dass die Gothik verfällt, und dass die Renaissance im Barock sich auflöst, ist nicht die Maschine schuld, denn sie existierte ja noch nicht, wie nicht das durch sie verdrängte Handwerk das Wesentliche ihres Werdenkönnens und Seins ausmachte. Von solchen Höhepunkten geht es abwärts, wenn die zu ihnen führenden Bewusstseinsinhalte ihre höchste Potenz und Wirkungskraft überschritten haben, weil die Produktionsverhältnisse sich umgestalteten. Dass „der Feudalismus schöner stirbt als der Kapitalismus", liegt nicht daran, dass „im Frankreich des XVIII. Jahrhunderts die handwerkliche Tradition noch vorhanden war". Die handwerkliche Tradition schuf nur jene wundervolle Innenkunst— wundervoll aber auch nur da, wo noch nicht der Verfall der feudalen Gesellschaft ihre Formen diktierte, wie im Rokkoko, das Auflösungscharakter trägt, wie heute die expressionistischen Kunstformen. Aber die noch bestehende handwerkliche Tradition konnte nicht verhindern, dass statt grosser Renaissance-, Götter- und Menschengestalten jetzt leichte Nymphen und zärtliche Amoretten, verweichlichte Venusgestalten und daneben als Nachfolger des Roi Soleil (Sonnenkönig Louis XIV.) Standbilder Ludwigs XV. und Ludwigs XVI., statt grosszügiger Monumentalbauten, Luftschlösser und Liebestempel erschienen.

Was aber macht die Grösse des sterbenden Feudalismus aus? Etwa jene handwerkgeborene Kunst, die wesentlich Innenkunst ist? Ist vielmehr das XVIII. Jahrhundert nicht das Jahrhundert der französischen Revolution? Ist es nicht der G e i s t des Bürgertums, der den sterbenden Feudalismus verklärt in den unsterblichen Werken eines Diderot, Voltaire, Rousseau und vieler anderer, die die soziale Revolution der Bourgeoisie vorbereiteten durch die Erschliessung eines geistigen Rüstzeugs zur Erkenntnis der Geschichte usw., und in der Kunst durch die Musik eines Haendel, Mozart, Beethoven? Sind nicht auch die Gemälde eines Watteau trotz ihrer Gebundenheit im Stoff und im Vorwurf an die vornehme feudale Gesellschaft von demselben lyrischen und dramatischen Geiste gebildet, wie die Musik Mozarts? (Ich denke an Watteaus „Gilles", an seine „Einschiffung nach Cythere".) Und ist in dieser Musik nicht der Triumph und die Beseeltheit der neuen Klasse (Figaro, Don Juan, Zauberflöte)? In all dieser Musik von Bach an ist schon die Kraft, jene ganze Welt des Verfalls und der Schwäche zu überwinden, die dann in der französischen Revolution sich verwirklichen sollte.

Ich habe schon einmal ausgeführt, warum das Rokkoko, der Menuett-Tänzer „schöner stirbt" als der Foxtrott-Tänzer: weil die zur Eroberung der Macht sich anschickende Klasse von damals, das Bürgertum, seine geistige Emanzipation vom Feudalismus schon vollendet hatte, bevor es sie wirtschaftlich und politisch vollstreckte in der grossen Revolution von 1789. Aus dieser Tatsache erwächst der vornehmen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts Nutzen, Ruhm und Glanz. Es ist der bürgerliche Geist, der die Sterbestunde des Feudalismus verklärt. Heute aber liegen die Dinge so, dass die sich zur Diktatur bereitende Klasse, das Proletariat, noch selbst schwer um seine geistige Emanzipation ringt und auf geistigem Gebiete noch nichts zu leisten imstande war ausser in dem wissenschaftlichen Werk von Karl Marx, der aber als Persönlichkeit und seiner Herkunft nach der bürgerlichen Klasse angehört.

Was die Technik betrifft, so hätten wir heute doch alle Möglichkeiten, zu jeglicher Kunstentfaltung — und technisch sowohl als handwerklich-mechanisch — sahen wir auch Vollendetes entstehen, besonders auf dem Gebiet des Kunstgewerbes. Was uns aber fehlt, und wozu kein privater und gesellschaftlicher Reichtum und Ueberfluss (wie in der Renaissance) uns hilft, ist die Beseelung dieser Materie durch neue leuchtende Horizonte, durch einen kollektiven Willen innerhalb der Klasse, die über diesen Reichtum verfügt. Dies letzte sieht Lu Märten wohl auch; sie meint aber, dass die Unproduktivität unserer Zeit auf den Gebieten der Künste in der Verdrängung des Handwerks durch die Maschine liege, weil der kollektive Boden, der durch eine Vereinigung in gemeinsamer handwerklicher Tätigkeit gegeben war, dem Volksganzen entzogen ist. Abgesehen davon, dass man von einem Volksganzen in der Klassengesellschaft von heute nicht reden kann, und dass ferner der Kollektivgeist nicht aus der manuellen Betätigung des Menschen, sondern aus dem Komplex seiner ökonomisch-sozialen Beziehungen erwächst, brauchte auch das blosse Erscheinen und Wirken der Maschine kein Hinderungsgrund für die Entstehung vollendeter Kunstwerke im Umfange der handwerklichen Sphäre zu sein. Sie sind entstanden trotz und mit der Maschine. Seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat das Kunstgewerbe — besonders in Deutschland — einen grossen Aufschwung genommen. Wir sahen in verschiedenen Städten, in München, Dresden, Paderborn, Berlin, schönste und vollendetste Dinge entstehen in Kunstwerkstätten, in denen sich Hand- und Maschinenarbeit vereinigte. Aber freilich, am Volksganzen gemessen, waren diese Dinge bestimmt, Einzelerscheinungen zu bleiben, für Wenige berechnet in ihrer Kostbarkeit; das Volk oder besser die breiten Massen vom Mittelstande an, hatten keinen Teil daran, weder materiell noch ideell. Kein Zusammenhang bestand und besteht mehr zwischen diesen Kunstdingen des täglichen Gebrauchs und dem Durchschnitts-Charakter der bürgerlichen und proletarischen Lebenssphäre. Aber dies ist nicht Schuld der Maschine, die ja hilft, diese Dinge vollendet zu machen, sondern Schuld hat das kapitalistische System, die Art der Benutzung und Ausnutzung der Maschine durch den kapitalistischen Ausbeuter. Der Arbeiter schafft für ihn die schönsten Dinge in einer technisch und handwerklich vorbildlichen Vollendung, denn zu allen diesen kunsthandwerklichen Gebrauchsgegenständen ist ausser der Maschine die Tätigkeit, die Erfindungskraft, Phantasie menschlichen Geistes und die Geschicklichkeit der menschlichen Hand nötig. Diese Tätigkeit ist jetzt so organisiert, dass ein Künstler die Entwürfe macht und Handwerker sie ausführen, während in der mittelalterlichen Arbeitsweise die Phantasietätigkeit und Erfindungskraft des Handwerkers selber von Anbeginn an das Werk schuf bis zum letzten Handgriff. Dies wäre aber auch heute mit der Maschine, trotz der Maschine möglich. Verhängnisvoll für die heutige Entwicklung der handwerklichen Tätigkeit wurde, dass der Arbeiter den Zusammenhang mit seinem Produkt verlor, und zwar erstens schon während des kapitalistischen Arbeitsprozesses, der ihn zur Teilarbeit verurteilt, anstatt dass jeder Gegenstand von einem Arbeiter vollständig ausgeführt wird — und dann auch im

Konsumtionsprozess, der ihn von allen jenen schönen, erlesenen Dingen, die im Handel „Qualitätsware" genannt werden, ausschliesst. Für den Arbeiter wie für den nicht wohlhabenden Bürger werden jene Massenartikel ebenso billig als hässlich fabrikmässig hergestellt, die seinem Dasein ein so unpersönliches, lieb- und seelenloses Gepräge geben, die er nicht zu lieben und als „Werte" als schön zu achten verpflichtet und gedrängt ist. Das Leben der breiten Massen wurde so jeder Schönheit, jeden künstlerischen Einschlags beraubt, das Verbundensein mit der Phantasie der arbeitenden Massen oder eines anderen Kollektivs existierte für die grosse Mehrzahl nicht mehr. Es gibt für sie keinen Zusammenhang mehr mit dem Sinn und den Notwendigkeiten seiner Lebenssphäre, die ein billiger Abklatsch der Gegenstände aus einer anderen Sphäre wurde. Das bedeutet für das Volk Stillosigkeit. Der Proletarier lebt ausser dem Zusammenhang mit der höchsten möglichen Schönheit und Kunstentfaltung der Zeit.

Wenn man von hier aus das Problem einer „proletarischen Kunst" als zukünftiger Kunst überhaupt angreifen will, so mag Lu Märten wohl recht haben wenn sie meint, dass neue Kunst durch ein innigeres Verbundensein mit dem Arbeitsprozess der Gesellschaft, durch „die Verwirklichung einer materiellen Kultur der Menschen" erst ganz denkbar sei. Aber ich kann auch hier nicht das letzte und endgültige Motiv in den technischen Möglichkeiten sehen. Vor allem glaube ich nicht, dass Kunstentfaltung gebunden sein muss an eine handwerkliche Betätigung der Arbeiter auf diesem Gebiet, damit sich aus ihr künstlerisches Schaffen ergeben könne und müsse. Vielmehr glaube ich, dass eine vollkommene Durchdringung des täglichen Lebens und seiner Gegenständlichkeit mit höherwertigen und sinngemässen Dingen, als es bisher in breiten Massen möglich war, sowie eine allgemeine höhere Erziehung des Geistes und mehr noch das Hineinwachsen in ein neues Ethos, also eine allgemeine höhere Lebenslage aller Schichten, durch die Verwirklichung einer materiellen Kultur der Massen, vor allem aber das Verbundensein und Fühlen aller im Kommunismus durch ein gemeinsames Arbeits- und Lebensziel die Voraussetzung zu einer neuen Entfaltung der Künste sind. Denn es kann sich ja nicht nur um die Neuschöpfung der bildenden Künste handeln, die allein befruchtet werden könnten durch die gesteigerte handwerkliche Tätigkeit, oder wie Lu Märten schreibt, wenn dem Kunstschaffen eine Diktatur über die Maschine eingeräumt wird. Diktatur über die Maschine aber wird überhaupt die bewusste neue Arbeitsorganisation sein, durch die die Anarchie in der Produktion aufgehoben und in sinngemässen Aufbau verwandelt wird, aus dem organisch auch Kunst sich neu entfalten wird.

Dies ist letzten Endes auch der Sinn von Lu Märtens Schrift — in dem sie anzuerkennen ist — und der Verwahrung gegen die Verflachung und Verengerung des historisch-materialistischen Horizonts durch die Zurückführung einer Erscheinung auf eine Ursache, anstatt die Dialektik aller — materieller wie geistiger — zu verfolgen.

Literatur.

N. Lenin: „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?" Materialien zur Geschichte der proletarischen Revolution in Russland. Heft 2. Verlag der Arbeiter-Buchhandlung. Wien 1921 (64 Seiten).

Es ist sehr zu bedauern, dass diese Schrift Lenins erst jetzt, drei Jahre nach ihrem Erscheinen in Russland, in Westeuropa herausgegeben wird. Ist es doch die Arbeit Lenins, die geistig den letzten Anstoss zur Ergreifung der politischen Macht durch die Bolschewiki gab und die Zweifel innerhalb der Reihen der bolschewistischen Partei beseitigte, ob die Zeit gekommen sei, das Kerenskiregime zu stürzen.

Wenn man die Schrift heute liest, nach drei Jahren russischer Sowjetrepublik, ist man erstaunt, mit welch seltener Klarheit Lenin damals die Zukunft Russlands vorgezeichnet und wie klar er die Situation erkannt und die sich aus ihr ergebende Entwicklung vorausgesehen hat. Allen Zweiflern gegenüber — und es gab damals viele auch in den bolschewistischen Reihen — stellte er fest, dass die objektiven und subjektiven Bedingungen für die soziale Revolution gegeben waren. Er sagte: „Wenn es einer revolutionären Partei unter der Avant-Garde der revolutionären Klassen und unter der Landbevölkerung an einer Mehrheit fehlt, so kann von einem Aufstand keine Rede sein. Ausser dieser Mehrheit ist dafür notwendig: 1. das Anwachsen der revolutionären Welle im ganzen Lande; 2. der völlige moralische und politische Bankerott der alten — z. B. der „Koalitions" — Regierung; 3. tiefgehende Unsicherheit im Lager aller schwankenden Elemente, d. h. jener, die nicht voll und ganz hinter der Regierung stehen, obwohl sie gestern noch voll und ganz hinter ihr standen". Lenin zeigte, dass diese Voraussetzungen gegeben waren. Er beweist, dass die Diktatur des Proletariats, dass die Räterepublik die einzige Möglichkeit sei, aus dem Chaos und dem Ruin herauszukommen, dem imperialistischen Kriege ein Ende zu machen, die Agrarreform durchzuführen und das wirtschaftliche Leben — auf sozialistischer Grundlage — wieder aufzubauen. Er zeigt, dass in den Hauptparolen, die die Bolschewiki damals ausgaben: „Sofortiger Friedensschluss. Sofortige Uebergabe des Grossgrundbesitzes an die Bauernkomitees. Aufhebung der nationalen Unterdrückung. Beseitigung der bürgerlich - menschewistischen Koalitionsregierung", die Mehrheit der Arbeiter und Bauern — und das war die Mehrheit des Volkes — auf Seiten der Bolschewiki standen, zum mindesten mit ihnen sympathisierten.

Im einzelnen widerlegt er dann die vielen (meist typisch menschewistischen) Argumente, die gegen eine rein proletarische Machtergreifung damals in der russischen Presse vorgebracht wurden: das Proletariat sei von den übrigen Klassen des Landes noch zu sehr isoliert; es sei zu unreif und nicht imstande, sich technisch des Staatsapparates zu bemächtigen und ihn in Gang zu halten, die Situation sei nicht günstig; das Proletariat werde nicht fähig sein, dem Druck der feindlichen Kräfte zu widerstehen usw. In den Abschnitten, die Lenin der Widerlegung dieser Einwände widmet, zeigt er in klaren Linien das Wesen und die Methoden der kommenden proletarischen Diktatur. Allen Zweiflern ruft er zu: „Russland wurde nach der Revolution von 1905 von 130 000 Gutsbesitzern regiert, die 150 Millionen Menschen vergewaltigten und verhöhnten und die ungeheure Mehrzahl davon zu Sklavenarbeit und allerdürftigster Existenz zwangen". Und dann fragt er: „Und da sollen angeblich die 240 000 Mitglieder der Par-

tei der Bolschewiki nicht imstande sein, Russland im Interesse der Armen und gegen die Reichen zu regieren?" Immer wieder weist er auf das „wunderbare Mittel" hin, den Staatsapparat des Proletariats zu verbessern und dessen Kräfte zu verzehnfachen: die Heranziehung der Werktätigen, die Heranziehung der Besitzlosen zur täglichen Verwaltungsarbeit des Staates. Die Machtergreifung werde „unter den Massen einen in der Geschichte nie dagewesenen revolutionären Enthusiasmus wecken und die Volkskräfte im Kampfe mit dem Elend gewaltig vermehren". Drei Jahre des heldenmütigsten Kampfes der Sowjetrepublik haben gezeigt, wie recht Lenin hatte. Der Behauptung, dass Russland, in den Händen der Arbeiter und Bauern sich nicht gegen den Imperialismus des Westens werde halten können, stellt Lenin folgenden prächtigen Satz entgegen: „Die Herren begreifen nicht, dass die Verteidigungsfähigkeit eines Landes, das das Joch des Kapitals abgeworfen, den Boden den Bauern gegeben, die Banken und die Fabriken unter die Kontrolle der Arbeiter gestellt hat, um das Vielfache grösser wäre, als die Verteidigungsfähigkeit eines kapitalistischen Landes."

Von besonderem Interesse ist es übrigens, dass Lenin, der die allgemeinen Linien der politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Rätemacht sehr klar herausarbeitet, fast gar nicht von der Sozialisierung spricht. Lenin dachte tatsächlich damals nicht an eine allgemeine und so weitgehende Sozialisierung, wie sie dann später Tatsache wurde. Er spricht dann immer nur von der Arbeiterkontrolle über das gesamte Wirtschaftsleben. Er sagt sogar: „Nicht die Konfiskation des kapitalistischen Privateigentums wird die Hauptsache sein, sondern eben die allgemeine, allumfassende Arbeiterkontrolle über die Kapitalisten. Mit der Konfiskation allein wird nichts gemacht sein, denn sie enthält kein Element der Organisation, der Bestandsaufnahme, der richtigen Verteilung. Die Konfiskation werden wir leicht durch die Erhebung einer gerechten Steuer ersetzen können; es würde sich hauptsächlich darum handeln, zu verhindern, dass der Kapitalist sich um die Abgabepflicht herumdrückt, die Wahrheit verheimlicht und das Gesetz zu umgehen versucht. Und das wird nur die Arbeiterkontrolle des Arbeiterstaates verhindern können". Diese Gedanken lehnen sich zum Teil noch an die Ideen Kautskys an, die er in seiner bekannten Schrift: „Am Tage nach der sozialen Revolution" entwickelt hatte. Die wirkliche soziale Revolution hat dann gezeigt, dass diese Uebergangsformen an dem harten Widerstand der Kapitalistenklasse scheiterten, dass es auch hier nur ein „Entweder-oder" gab. Die russische Räteregierung sah sich bekanntlich bald nach der Machtergreifung gezwungen, die völlige Konfiskation, die Enteignung der Kapitalisten vorzunehmen. Dies ist die einzige Frage, von der man sagen könnte, dass Lenin sie nicht klar vorausgesehen habe. Im übrigen ist aber das gesamte Programm, das von der Sowjetregierung in den folgenden drei Jahren durchgeführt wurde, in dieser Broschüre vorgezeichnet. Und deshalb ist gerade diese Schrift Lenins von besonderer Bedeutung. Sie ist ein glänzendes Dokument der Klarheit und Folgerichtigkeit der Ideen des Kommunismus; für das russische Proletariat hat sie nur noch geschichtliche Bedeutung, für uns aber gibt sie auch heute noch eine höchst praktische Belehrung für die Kämpfe, die uns bevorstehen

wst.

Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus.*)

März 1921.

Zusammengestellt von Ernst Drahn.

a) Deutsche Literatur.

Lang, Paul: **Karl Burkli, ein Pionier der schweizer Sozialdemokratie.** (112 S., 1 Bild.) Grütli-Verein, Zürich 1921. 4,— Fr. Oktavformat.

Lassalle, Ferdinand: **Nachgelassene Briefe und Schriften.** 1. Band. (X u. 357 S.) Herausgegeben von Dr. Gustav Mayer. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin 1921. Geh. 50,— Mk., in Halbb. 64,— Mk.

Lenin, N.: **Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus.** (100 S.) Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. 4,— Mk. Oktavformat.

– **Die drohende Katastrophe und wie soll man sie abwenden?** Uebersetzt von Sophie Liebknecht. (48 S.) Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Wien. 16,— Kr.

Lensch, Dr. Paul. **Sozialdemokratie und Sozialismus.** (16 S.) Der Firn, Berlin 1921. 1,50 Mk. Oktavformat.

Liebknecht, Lenin, Trotzki: **Gegen den bürgerlichen Militarismus.** (40 S.) Verlag der Jugendinternationale durch Buchhandlung Junge Garde, Berlin 1921. 3,— Mk. Oktavformat.

Luxemburg, Rosa: **Die Akkumulation des Kapitals. Anhang: Was die Epigonen aus der Marx'schen Theorie gemacht haben.** (Eine Antikritik.) 2 Bände in 1 Band. (VIII, 446 u. 120 S.) Frankes Verlag, Leipzig. Geb. 50,— Mk. Oktavformat.

Marx, Karl: **Das Kapital.** Volksausgabe von K. Kautsky. 4. Ausgabe (mit Sachregister. (XLVIII u. 768 S.) J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart. 36,— Mk. Oktavformat.

– **Theorien über den Mehrwert.** 3. Bd. (XX, 430 — XII, 344 u. 384 — XIV, 602 S.) 4. Aufl. J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart 1921. 80,— Mk. Oktavformat.

Maurenbrecher, Max: **Das Ende des Marxismus.** (51 S.) Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft, Berlin 1921. 1,— Mk. Oktavformat.

Neurath, Dr. Otto: **Betriebsräte, Fachräte, Kontrollrat und die Vorbereitung der Vollsozialisierung.** (35 S.) Buchverlag Rätebund 1921. 5,— Mk. Oktavformat.

---

*) Siehe Nr. 4 der „Internationale".

Pertz, Otto: **Die Notwendigkeit der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.** (4 S.) Deutsche wirtschaftspolitische Gesellschaft, Berlin 1921. —,50 Mk. Oktavformat.

Rück, Fritz: **Vom 4. August bis zur Revolution.** (31 S.) Frankes Verlag, Leipzig. 2,— Mk. Oktavformat.

Radek, Karl: **Das dritte Jahr des Kampfes der Sowjetrepublik gegen den Weltkapitalismus.** (64 S.) A. Seehof u. Co., Berlin 1921. 2,— Mk. Oktavformat.

Reményi, Wilh.: **Petersburg 1920.** (44 S.) Dr. F. A. Pfeiffer u. Co., München 1921. 5,— Mk. Oktavformat.

Sering, Prof. Dr. M.: **Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung.** (20 S.) Deutsche Landbuchhandlung, Berlin 1921. 3,— Mk. Oktavformat.

Sinowjew, G.: **Zwölf Tage in Deutschland.** Carl Hoym Nachf., Hamburg. (Im Erscheinen.)

Stammler, Rud.: **Die materialistische Geschichtsauffassung.** (89 S.) C. Bertelsmann, Gütersloh 1921. 8,— Mk. Oktavformat.

Der weisse Schrecken in Polen. (31 S.) Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. 1,— Mk. Oktavformat.

Tönnies, Prof. Dr. Fred: **Marx, Leben und Lehre.** 1. Bd. (XI u. 148 S.) E. Lichtenstein, Jena 1921. 8,— Mk. Oktavformat.

Trotzki, L. **Terrorismus und Kommunismus.** Anti-Kautsky. 2. Aufl. (161 S.) Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. 4,50 Mk. Oktavformat.

Varga, Prof. Dr. Eugen: **Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur.** 2. Aufl. (158 S.) Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. 5,50 Mk. Oktavformat.

Vérlès, Marcel: **Zeichnungen aus der ungarischen Hölle.** (51 S. mit Abbildungen.) J. Halmi, Wien 1921. 10,— Mk. Oktavformat.

Verhandlungen der Sozialisierungs-Kommission über die Kalliwirtschaft. (164 S.) Rob. Engelmann, Berlin 1921. 30,75 Mk. Oktavformat.

Was wir den arbeitenden Frauen zu sagen haben. (15 S.) Arbeiterbuchhandlung, Wien 1921. —,30 Mk. Oktavformat.

Winokwiow, A.: **Soziale Fürsorge in Sowjetrussland.** (23 S.) Kommunistische Jugend, Wien 1921. —,50 Mk. Oktavformat.

Zetkin, Klara: **Die Frauen und die Kommunistische Partei.** (20 S.) Frankes Verlag, Leipzig 1921. —,60 Mk. Oktavformat.

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. — Neustädt. Vereinsdruckerei.

Die Internationale

Jahrg. 3 * Erscheint am 1. u. 15. jeden Monats. * Heft 6

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Galgenfrist.

Von Paul Frölich.

Es ist ein eigen Ding um das Sterben der kapitalistischen Klasse. Sie liegt im Todeskrampf, aber das Proletariat trägt Schmerzen und Leiden. Das Proletariat steht an der Schwelle der Macht, an der Schwelle seines eigentlichen Lebens und es stirbt dahin, als sei es ohnmächtig allen Schlägen des Geschickes überantwortet. Die bankrotte, aus ihrer Weltmachtstellung geschleuderte Bourgeoisie aber wälzt sich in frivolem Luxus und perverser Ueppigkeit. Stockt ihr das Blut, droht das Herze still zu stehen, dann hilft ein Aderlass — am Proletariat. Das „Nach uns die Sintflut", die Maxime aller untergehenden Klassen von den Beherrschern des römischen Weltreiches bis zur Aristokratie von 1789, belebt sie, und bei Foxtrott und Jazzband brüllt sie im Chor:

Lustig, Brüder, trinkt's an Schampus!
Holderi dirallala!
Morgen kommt der Gerichtsvollzieher,
Gestern war er auch schon da.

Selbst dann, wenn der Gerichtsvollzieher wirklich auftritt und den Zahlungsbefehl präsentiert, glaubt diese Gesellschaft noch im Freudenhause zu sein. Als bei der Beratung des Ultimatums der Entente im Reichstage die Kommunisten die historische Bedeutung des Augenblicks aufdeckten, antwortete die Bourgeoiskanaille, die sich zur Volksvertretung zählt, mit wieherndem Gelächter. Vielleicht kann man sie entschuldigen damit, dass ihr wiederum eine Galgenfrist beschert worden ist. Für eine Spanne Zeit, wie klein auch, ist sie der grössten Sorgen enthoben. Und die ihr diese Frist geschenkt haben, das sind die sozialdemokratischen Parteien männlicher wie weiblicher Linie. Es ist dieselbe Geschichte wie seiner-

zeit beim Versailler Friedensvertrag. Damals war Scheidemann der grosse Patriot. Mit grosser Geste rief er aus: Die Hand soll verdorren, die diesen Vertrag unterschreibt! Dann kam Herr Müller-Franken; ward Reichskanzler, unterschrieb und „rettete die Nation". Heute schmetterte Herr Müller-Franken sein „Niemals!" ins Land. Als es aber an die Gräten ging, da saß Herr Bauer in der Regierung. Er unterzeichnet und „rettet" wiederum das deutsche Volk. So wie heute die S. P. D. ihre Rechts- und Linksschwenkungen von 1919 vorexerziert, so übt auch die U. S. P. wie damals ihren Parademarsch in falscher Front. Wie damals schrien sie von Anfang an: Unterzeichnen, unterzeichnen! Wie damals spielten sie jetzt das Spiel der Bourgeoisie.

Der Abschluss des Versailler Friedens war nur möglich geworden, weil Noske die Arbeiterklasse niedergeworfen hatte. Die Voraussetzung für die Anerkennung der Londoner Forderungen durch die deutsche Bourgeoisie war die neue Niederwerfung und Fesselung des Proletariats. Nur dies konnte der Bourgeoisie die Hoffnung geben, das aus der Arbeiterklasse herauszupressen, was die Entente befriedigen kann. Hörsing wurde der Retter, und er konnte es werden dank der tatkräftigen Unterstützung Hilferdings und Rosenfelds.

Die Folge des Versailler Friedens war die Stärkung der deutschen Konterrevolution, eine Konsolidation des deutschen Kapitalismus. Das musste vorausgesehen werden. Das wurde von uns vorausgesagt. Dass die Unabhängigen damals unsere Warnungen in den Wind schlugen, das machte ihre historische Schuld aus. Heute ist ihre Schuld viel schwerer. Sie haben ihren Weg vollenden müssen. Sie sind offen konterrevolutionär geworden, wie es das Schicksal jedes Pazifismus ist. Sie haben dazu beigetragen, dass sich zwar nicht der Kapitalismus weiter festigen kann, aber dass der Leidensweg des deutschen Proletariats um einige Stationen verlängert wird. Denn das ist objektiv die Folge des Reichstagsbeschlusses, für den sie die Bahn freigemacht haben.

* * *

Alle Versuche der Bourgeoisie, die Weltwirtschaft von den Schlägen des Weltkrieges zu heilen, bedeuten nur eine verlängerte Agonie. Die Kampfereinspritzungen befördern zwar die Herztätigkeit, aber sie befördern zugleich den Zerfall der anderen Organe. Ueberaus lehrreich ist dafür die Wiedergutmachungspolitik. Sie zielte darauf ab, den mitteleuropäischen Ländern die Kriegslasten aufzubürden und so den Entente-Kapitalismus zu retten. Das führte

zunächst zur vollkommenen Verrottung und Vermorschung Oesterreichs und Polens. Das deckte aber zugleich auch die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft auf, die jeden Rettungsversuch zum Anstoss neuer Zerrüttung werden lassen. Von grossem Interesse ist in dieser Hinsicht das, was Herr Dr. Simons in einer seiner letzten Reichstagsreden aus einem Vortrag des Amerikaners John Forster Dulles zitieren konnte:

> Ich bin bei der Friedenskonferenz ausgegangen von dem Gedanken des Unrechts Deutschlands und der Schäden, die Deutschland verursacht hat, ich habe mitgeholfen, diese Schäden zu prüfen und festzustellen. Mehr und mehr habe ich mich überzeugt, dass das keinen Zweck hat, da man so von Deutschland mehr verlangt, als es leisten kann. Ich habe also meine Aufmerksamkeit auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands gerichtet und festgestellt, was Deutschland alles leisten kann und leisten soll. Dann aber habe ich eingesehen, dass man auch auf diese Weise nicht das findet, was die Welt haben will. Ich habe eine Leistung Deutschlands nach der anderen geprüft und immer wieder gefunden, dass diese Leistungen Deutschlands für die, die sie bekommen sollten, keine Wohltat, sondern ein Schade waren. Ich habe gefunden, dass den Alliierten durch die von Deutschland gelieferten Schiffe der Markt für Schiffsraum verdorben wurde und dass sie jetzt nicht mehr viel von deutschen Schiffen wissen wollen. Ich fand, dass die Sendungen der deutschen Kohle eine Katastrophe auf dem englischen Kohlenmarkte hervorriefen. Ich habe gesehen, dass die Leute, die so sehr auf die deutschen Farben erpicht gewesen waren, schliesslich durch die deutschen Lieferungen ihre eigene Farbenindustrie ruinierten. Ich habe gesehen, dass diejenigen, die anfangs 500 000 deutsche Arbeiter als Fronknechte nach Frankreich und Belgien schicken wollten, damit sie dort unter Aufsicht der Alliierten beim Wiederaufbau hülfen, nichts mehr von den deutschen Arbeitern wissen wollten und froh waren, wenn man sie aus dem Lande fern hielt. Ich habe mir gesagt, was ist das für eine sonderbare Reparation, wo man zwar Leistungen und Leistungsfähigkeit feststellt, aber schliesslich niemand findet, der sie annehmen will.

Die Tatsachen sind richtig. Sie enthalten nicht mehr und nicht weniger, als das Todesurteil des Kapitalismus. Das einzusehen ist die Bourgeoisie als Klasse nicht imstande. Einzelne nur können es und sie werden entweder absolute Skeptiker oder Revolutionäre. Selbst die Simons und Dulles suchen nach einem neuen Trick, um der Geschichte bei der Urteilsvollstreckung zu entgehen. Die Bourgeoisie als Klasse aber schreit: Rette sich, wer kann! und fran-

zösisch hallt der Ruf am lautesten: Sauve qui peut! Die schwerverwundeten siegreichen Kapitalsmächte können nicht mehr daran denken, ihre eigenen Wunden zu heilen, wenn auch der andere Balsam und Binden liefert. Sie sehen ihr Heil nur noch darin, den anderen vollkommen niederzuschlagen und zu erledigen.

Deutschland in eine Kolonie verwandeln, es unter die Vormundschaft vor allem des französischen Kapitals bringen und dadurch den französischen Kapitalismus zur unangefochtenen Vormacht auf dem Kontinent machen, das soll die Rettung bringen. Keine Konkurrenz durch die deutsche Wirtschaft, aber Ausnutzung dieser Wirtschaft und, soweit es nötig ist im Interesse des eigenen Kapitals, ihre Vernichtung. Dieser Politik dient das Ultimatum in ganz ausgesprochenem Sinne. Ihr dienen die zerrüttenden Milliardenzahlungen mit der ihnen innewohnenden Gelegenheit zu neuen Sanktionen, die Abschnürung wichtiger Provinzen vom Mutterlande durch die neue Zollinie, die Einfuhrzölle in den alliierten und assoziierten Ländern auf deutsche Waren, die deutschen Ausfuhrzölle, die Beschlagnahme der Zolleinnahmen mit der Ottomanisierung, die Forderung der Entwaffnung mit ihren innerpolitischen Verwicklungen und der Verschärfung des Gegensatzes zwischen Nord und Süd. Der Plan ist mit einem Raffinement sondergleichen ausgearbeitet. Man mache sich folgende Einzelheit klar. Deutschland darf seine Milliarden in Reichsschatzwechsel bezahlen. Die nützen den Ententefinanzen nichts, wenn sie nicht zu Gelde gemacht werden können. Wer aber soll sie kaufen angesichts der allgemeinen Verhältnisse auf dem Finanzmarkt und gar der geringen Sicherheit, die das bankrotte Reich leisten kann? Die Finanzleute der Entente sind auf einen genialen Ausweg verfallen. Die deutschen Kapitalisten sollen diese Schuldscheine kaufen und um ihnen die Sache schmackhaft zu machen, sollen diese Schuldscheine in Deutschland steuerfrei bleiben. Die Ententekapitalisten packen ihre deutschen Brüder an der Stelle, wo sie sterblich sind, an der Steuerscheu. Wer den Franzosen deutsche Schatzwechsel abkauft, der bekommt zwar seine Zinsen vom Reich, er selber aber hat von Vermögens-, Erbschafts- und dergl. Steuern nichts mehr zu befürchten. Welch ein Anreiz für den deutschen Patrioten, sein ganzes Vermögen in solchen Papieren anzulegen! Er kann dafür seine übrigen Staatspapiere verkloppen und damit einen halsbrecherischen Kurssturz herbeiführen. Er kann seine Aktien hinterher schicken, die dann gute Beute des Ententekapitals werden. Da es sich hierbei um Summen handelt, die weit über die Höhe des deutschen Nationalvermögens hinausgehen, kann auf diese Weise das fremde Kapita

zum unumschränkten Beherrscher der deutschen Wirtschaft werden. Der Reichsfinanzminister aber mag sehen, wo er bei diesem Geschäft bleibt.

Es interessiert uns hier nicht, ob der Ententekapitalismus sich selber durch all diese Massregeln aus dem Bankrott erretten kann. Jedenfalls zeigt sich deutlich genug, dass er diese Rettung nur mit kapitalistischen Mitteln versuchen kann und dass sie in jedem Falle zum Unheil des Proletariats ausschlagen, denn wie schon wiederholt nachgewiesen, wird die Folge all dieser Massregeln der Wiedergutmachung sein: Rückgang der deutschen Ausfuhr, Betriebsstilllegungen, Arbeitslosigkeit, Rückgang der Einfuhr, Preissteigerung, Hunger, Anziehung der Steuerschraube bis zum äussersten Punkt der Spirale, Degeneration, Massensterben.

Das Ultimatum ist angenommen, die Regierungsparteien vom Zentrum bis zur U. S. P. haben sich zur bedingungslosen Durchführung verpflichtet. 150 Millionen Goldmark (fast 2 Milliarden Mark in Papierwährung) will die deutsche Regierung in diesen Tagen bereits zahlen. Am Ende des Monats ist eine volle Milliarde Goldmark fällig. Schon die Wirkung dieser Zahlungen muss verhängnisvoll für die deutsche Wirtschaft sein, weil der Kurs des deutschen Papiergeldes auf dem Weltmarkte unbedingt fallen muss. Die Folgen werden sich in Preissteigerungen zeigen. Der nächste Schritt der Regierung wird darin bestehen, Deckung für diese Milliarden in neuen Steuern zu suchen. Da das Finanzministerium einem sogenannten Fachmann übergeben werden soll, kann man sich heute schon über die Tendenz des Sanierungsplanes der Reichsfinanzen klar werden.

In zweiter Linie haben sich die Unternehmer mit der neuen Tatsache auseinander zu setzen. Sie sagen schon deutlich genug, welche Mittel sie anwenden wollen, um die ganze Last der Ententeforderungen und ihrer allgemeinen wirtschaftlichen Folgen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und sie dadurch zugleich noch zu verschärfen. Es ist unsern Lesern bekannt, dass sich Stinnes z. B. bereits über die Hüttenindustrie Oesterreichs hergemacht hat. Er versucht dort, sein Monopol durch ein starkes Schutzzollsystem zu sichern, das seine Spitze unmittelbar gegen die deutsche Konkurrenz richtet. Stinnes schliesst damit den Ring, den die Entente durch ihre Einfuhrzölle auf deutsche Waren geschmiedet hat. Indem er seine wirtschaftliche Macht ausnutzt, um durch politische Massregeln seinen Profit zu heben, sperrt er der deutschen Industrie in der Zeit höchster Not ein wichtiges Absatzgebiet ab und befördert damit die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Textilindustriellen

haben bereits klar ausgesprochen, dass sie angesichts der Unterbindung ihrer Konkurrenzfähigkeit einen wesentlichen Teil ihrer Betriebe nach dem Auslande verlegen wollen. Die Industrien, die nicht durch technische Notwendigkeiten an den deutschen Boden gebunden sind, werden zum guten Teil diesen rettenden Sprung nach dem Auslande nachmachen. Der Abbruch der deutschen Wirtschaft wird also in beschleunigtem Tempo fortgesetzt und immer wieder heisst der Schluss daraus: die Arbeitslosigkeit wächst. Damit werden zugleich wachsen die Bedrängnisse der Reichskasse, denn irgendwie und wenn auch noch so notdürftig müssen doch die Hunderttausende erhalten werden, die da aufs Pflaster fliegen. Also wiederum: Neue Steuern!

Für die Unternehmer, die nicht mit ihrem Betrieb über die Grenze ziehen können oder wollen, ist die Taktik klar gegeben. Sie verschärfen die Ausbeutung auf das Aeusserste. Aus Mitteldeutschland wird gemeldet, dass den Arbeitern eine Verlängerung des Arbeitstages um zwei Stunden bei gleichbleibendem Tagelohn zugemutet wird. Das Gesetz über den Achtstundentag existiert für diese Gesellschaft praktisch schon nicht mehr. Und sie haben ganz recht, denn die Hörsingsche Provokation und die Niederschlagung des Aufstandes unter dem Beifall der U. S. P. musste einen Sinn und muss ihre Konsequenzen haben. Die Arbeiter sind niedergeschlagen worden durch die sozialdemokratischen Parteien, jetzt trampelt das Unternehmertum auf ihnen herum. Die Arbeiterschaft mag sich dafür bei der U. S. P. bedanken. Im Ruhrgebiet, wo die Arbeiter seit mehr als einem Jahre nach der Sechsstundenschicht streben, antworten die Unternehmer jetzt mit der Forderung einer neuen Sonntagsschicht. Die Unternehmerverbände haben bereits ein ganz ausführliches Programm aufgestellt, dessen wichtigste Grundsätze sind: Lohnabbau, Verlängerung des Arbeitstages, allgemeine Durchführung der Akkordarbeit. Die Kämpfe zwischen Kohlenkapital und Bergarbeiterschaft in England, die bevorstehenden Kämpfe in Belgien usw. beweisen, dass es sich hierbei um internationale Bestrebungen handelt und sie zeigen die ungeheuren Gefahren, die daraus gerade für die deutsche Arbeiterschaft erwachsen. Die Rettungsversuche des Kapitals bedeuten also einerseits die Beschleunigung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, andererseits die Verelendung und Versklavung des Proletariats.

* * *

Damit ist es ganz klar, was es mit der Rettung des deutschen Volkes durch die S. P. D. und was es mit der Galgenfrist auf sich hat, welche die U. S. P. durch ihre aussenpolitische Taktik glücklich

erreicht hat. Die verschärften Sanktionen sind zwar vorläufig vermieden worden, aber gerade dadurch ist es den deutschen Kapitalisten möglich geworden, ihren Feldzugsplan gegen die deutsche Arbeiterklasse folgerichtig durchzuführen. Die Initiative der deutschen Arbeiterklasse ist gelähmt. Mit der Begründung, dass die Londoner Forderungen restlos durchgeführt werden müssen, werden S. P. D. und U. S. P. gezwungen sein, alle Rettungsversuche der kapitalistischen Regierung zu unterstützen. Sie werden notgedrungen auf der Bahn des Arbeiterverrats weitergehen müssen, indem sie tränenden Auges den Arbeitern versichern, dass es nun einmal gelte, die Entente zu befriedigen. Es gab angesichts der kritischen Situation vor der Annahme des Ultimatums zwei Wege für die deutsche Arbeiterklasse: die Unterwerfung unter das Diktat, das heisst der Versuch der kapitalistischen Lösung oder die Anbahnung der proletarischen Lösung durch den Sturz des Kapitalismus in Deutschland. Gerade Hörsings Provokation hatte die Möglichkeit dieses Sturzes erhöht. Eine gemeinsame Aktion auch nur der U. S. P. mit uns hätte diesen Erfolg sichern können. Das war ausgeschlossen, weil sich die U. S. P. bereits für die kapitalistische Lösung entschlossen hatte.

Jetzt ist die Situation für die deutsche Arbeiterschaft viel schwieriger geworden. Wir müssen in unserer Taktik mit dieser neuen Situation rechnen. Sie gibt uns nicht unmittelbar, wie das angesichts der Drohungen mit verschärften Sanktionen der Fall war, die Möglichkeit zu Aktionen, die sich zu einem Kampf um die Macht auswachsen konnten. Aber die neue Situation mit dem Zwang für den Kapitalismus, alle Rettungsversuche schleunigst zu unternehmen, gibt die andere Gewähr, dass die Schichten der deutschen Arbeiterklasse, die nicht rechtzeitig auf uns hörten, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen konnten, die ihre ganze Hoffnung darauf setzten, durch geschickte Schachzüge dem unmittelbaren Verhängnis zu entgehen, jetzt durch die Erfahrungen unmittelbar am eigenen Körper in den Kampf hineingetrieben werden. Es wird sich dabei wahrscheinlich zunächst erst um wirtschaftliche Einzelkämpfe handeln. Es ist aber zu erwarten, dass wir uns im Galopptempo dem Ende jener Galgenfrist nähern und dass die Zustände in Deutschland katastrophaler werden, je näher wir diesem Ende kommen. Die Partei wird sich mit ihrer Taktik ganz und gar auf diese Möglichkeiten einstellen müssen. Sie wird jetzt zugleich mit der Verbesserung ihres organisatorischen Apparates eine aufs Aeusserste angespannte Propaganda zu treiben haben, die sich sowohl den kleinsten und unmittelbarsten Bedürfnissen der Arbeiterschaft und all ihrer Schichten anzupassen hat und zugleich den Blick zu lenken hat auf

die grossen Zusammenhänge, Kampfmöglichkeiten und Kampfaufgaben. Die Partei wird mit aller Kraft die Kämpfe fördern müssen, durch die sich einzelne Arbeiterschichten vor dem unmittelbaren Ertrinken zu retten versuchen. Diese Kämpfe werden von den Gewerkschaftsführern zu einer Generalprobe in der Demagogie benutzt werden. Die Partei steht daher erneut vor der Aufgabe, diese Gesellschaft zu entlarven. Sie wird die Gelegenheit benutzen, z. B. dadurch, dass sie gerade die Forderungen des D. A. G. B. benutzt, um die Gewerkschaftsführer zu zwingen, Farbe zu bekennen. Aber dabei darf es nicht bleiben. Die Partei muss beweisen, dass sie nicht nur gewillt, sondern auch fähig ist, die Führung der Massen in diesen Kämpfen zu übernehmen. Und mehr noch als das. Wenn auch das erste Wort Propaganda und wirtschaftliche Teilaktion sein wird, so muss die ganze Partei bis in die letzten Winkel hinein erfüllt sein von der Erkenntnis, dass sich aus diesen wirtschaftlichen Kleinkämpfen gewaltige Massenaktionen mit weitgespannten Zielen ergeben können und dass zugleich die allgemeine Katastrophe in Kürze die höchsten Anforderungen an den politischen Willen und die Entschlossenheit der Partei stellen können. Die Galgenfrist, die S. P. D. und U. S. P. dem Kapitalismus verschafft haben, hat im Augenblick die Möglichkeit der Aktion grössten Stils genommen. Aber diese Galgenfrist konnte die Katastrophe nur verschärfen, indem sie sie hinausschob. Die Linie, auf die sich die Partei vor der Märzaktion zaghaft noch eingestellt hat, die sie während der Aktion unsicher und schwankend beschritt, sie muss jetzt bewusst und energisch beschritten werden. Ausnützung aller Möglichkeiten der Propaganda und des Kampfes auf begrenztem Gebiet. Aber zugleich Bereitschaft zum Machtkampf und Entschlossenheit, die Machtkämpfe zu beschleunigen. Initiativwillen, Offensivgeist, darauf kommt es an!

Oberschlesien.*)

Von K—M.

Geh' aus dem Wege!
Feucht meine Kleider und schwarz meine Hände
Ich nur ein Bergmann, du edel und träge,
Dich wirten Paläste, mich bretternde Wände,
Die phrygische Kappe fällt mir ins Gesicht.
Mir folgt nicht der Waisen Schluchzen und Kläffen,
Weil deine Hasen die Felder auffressen,
Herzlos du, schamlos — der Blitz soll dich treffen
Ich, Sohn der Beskiden, geh niedrig im Licht,
Bedien' deine Oefen, bedien' deine Essen,
Indes meine Adern heiss sich vergällen,
Ich fang dir die Stämme auf schäumenden Wellen,
Mit triefender Stirne, voll Russ und entrechtet;
Hab' nicht im Gebirg' die Waisen geknechtet,
Nicht Witwen gepresst und Besitz abgeschnitten,
Denn ich bin der Bettler und du bist reich —
Die phrygische Kappe folgt hart deinen Schritten.
Du kommst in die Berge? Achtung — entweich!

Petr Bezruc:

Oberschlesien, das heute grell beleuchtet im Vordergrunde der politischen Bühne steht, ist durch seine ganze Geschichte hindurch der Zankapfel zwischen den angrenzenden Ländern gewesen. Warum? Selber ein Mischland, in dem sich die verschiedenen angrenzenden Völkerschaften (Polen, Deutsche, Tschechen) vereinigen, zu klein und für den Neid der Nachbarn wirtschaftlich zu bedeutend, um selbständig bestehen zu können (wie etwa die Schweiz), liegt es zwischen Deutschland, Polen und den Teilen der ehemalig österreich-ungarischen Hausmacht, die heute zur Tschecho-Slowakei gehören. Infolgedessen war es das Streitobjekt der Nachbarn, ganz gleich, ob es je nach der geschichtlichen Entwicklung Kolonisationsland, Manufakturzentrum oder schliesslich Industriegebiet war. In den letzten hundert Jahren hat es sich nun industriell ausserordentlich entwickelt (z. B. stieg von 1820 bis 1920 die Kohlenförderung von 150 000 auf 40 000 000 Tonnen), es wurde daher um so mehr begehrenswert, zumal es die besonders günstigen und grossen und gut entwickelten Kohlenvorkommen, sowie moderne Eisen- und Metallwerke hat und weiter, weil es durch seine günstige Lage der gegebene Ausgangspunkt zur „friedlichen" Durchdringung der östlich gelegenen kapitalistisch noch wenig ausgenutzten Gebiete ist. Damit ist das Interesse für Oberschlesien nicht mehr auf seine Grenznachbarn beschränkt, sondern Oberschlesien ist heute das Ziel der weitesten Kontinentalpolitik geworden.

* * *

Nach der militärischen Vernichtung Deutschlands und der Zurückziehung der englischen und amerikanischen Truppen stand Frankreich als militärische Vormacht Europas am Rhein. Aber das gab noch keine wirtschaftliche Vormacht, vor allem schloss sich dadurch das klaffende Loch

*) Die Redaktion behält sich zu manchen Gesichtspunkten dieses Artikels eine kritische Stellungnahme vor. Anm. d. R.

seiner Finanzen nicht. Frankreichs Imperialismus wuchs über die Möglichkeiten, die ihm der Versailler Vertrag bot, hinaus. Zur Sicherung und Ausbeutung des besetzten Gebiets und zur Festigung seiner Säbelvormacht auf dem Kontinent musste es — getreu dem Grundsatz jedes kapitalistischen Staates: mehr, mehr und noch mehr — weitergehen. Es musste, trotzdem es Elsass, Lothringen, Saar und das linksrheinische Gebiet bereits geschluckt hatte, seine Produktionsbasis noch mehr erweitern (Spaa-Abkommen, Rheinhäfen-Besetzung, das Streben nach Ruhrbesetzung). Für diese seine Expansionspolitik bedeutete Oberschlesien noch etwas ganz besonderes. Oberschlesien ist, ganz abgesehen von seiner industriellen Bedeutung, durch seine günstige Lage das gegebene politische Machtmittel zur Knebelung der kleinen Staaten in Zentral-Europa. Der Besitz Oberschlesiens macht Rückschläge in der französischen Politik in Zentral-Europa, wie die Bildung der kleinen Entente und die Durchkreuzung des Vertrags von Gödöllö im letzten Jahre für die Zukunft unmöglich. Darüber hinaus bedeutet Oberschlesien für Frankreich die vorgeschobene, gut eingerichtete Fabrik zur kapitalistischen Durchdringung der noch wenig entwickelten östlichen Länder und damit den Ausgangspunkt neuer Expansionsmöglichkeiten. Schliesslich ist Oberschlesien das gegebene Arsenal zur Bewaffnung der Randstaaten zwecks Niederwerfung Sowjet-Russlands. Nebenbei mag Frankreich noch darauf spekulieren, durch Oberschlesien die noch nicht verschmerzten Schulden aus Russland und Polen herauszuholen.

Unter Benutzung der heuchlerischen Formel von der Selbstbestimmung der kleinen Völker wurde in Oberschlesien die Abstimmungskommission unter französishcem Vorsitz eingerichtet. Diese gab der nationalpolnischen Propaganda eines Korfanty alle Möglichkeiten und knebelte zugleich die bisher frei schaltende deutsche Bourgeoisie. Damit bereitete sie die Loslösung Oberschlesiens vom Reiche vor und tat damit den ersten Schritt zur Eingliederung Oberschlesiens in das System der französischen Kontinentalpolitik. Der prodeutsche Ausfall der Wahl vom März 1921 widersprach den französischen Plänen. Man meinte, die Situation am besten auf die Weise retten zu können, dass man Korfanty zu seinem Aufstand ermutigte, indem man durchblicken liess, dass man die durch den Aufstand geschaffene Grenzlage bei den Verhandlungen des Obersten Rats als Basis verwenden könne. Der polnische Agent war der geeignete Mann, mochte nun das Ergebnis die völlige Einordnung Oberschlesiens in den von Frankreich finanzieli und politisch abhängigen polnischen Staat sein oder mochte eine von Deutschland bereits zugestandene und dem polnischen Staat daher voraussichtlich aufgezwungene Autonomie für Oberschlesien eine gewisse Selbständigkeit im polnischen Staatsverband ergeben. Ganz gleich, wie es kommt, Oberschlesien wird für Frankreich noch mehr bedeuten als für Polen. Mag dieses auch hoffen, durch Oberschlesien seine Ausfuhr so erhöhen zu können, dass es seine Finanzen ordnen oder gar von Frankreich unabhängig werden kann. Politisch bleibt das von allen Seiten angefeindete Polen jedenfalls auf seine einzige Stütze — Frankreich — angewiesen, wie die Behandlung der Fragen von Wilna und Danzig ja schon deutlich bewiesen haben.

Es ist noch sehr fraglich, ob der französische Imperialismus tragkräftig genug ist, um eine derartige Expansionspolitik vertragen zu können. Diese im Laufe der letzten zwei Jahre notdürftig zusammengeschlagene Baracke,

die imperialistische Kontinentalmacht, der aber die wirtschaftliche und politische Festigung noch mangelt, kann beim ersten heftigen proletarischen Erdbeben aus allen Fugen gehen.

Wird nun die Stellung Frankreichs zum oberschlesischen Problem vom Standpunkt der Kontinentalpolitik aus verständlich, so ist die englische Stellung zur oberschlesischen Frage nur im Rahmen der Weltpolitik zu verstehen. England war durch den Weltkrieg und seinen Abschluss, den Versailler Vertrag, in so hohem Masse in Europa engagiert worden, dass seine seit Jahrhunderten befolgte und die Basis seiner Macht bildende Welt-Kolonialpolitik dadurch erheblich an Kraft verlor und gestört wurde. So war denn auch das Ergebnis der zahlreichen Besprechungen von St. Remo, Rythe, Boulogne usw. das, dass England und ebenso Frankreich zu ihren „historischen" Aufgaben zurückkehrten, d. h. es erfolgte eine Teilung der Ausbeutungsziele nach der Formel: der Kontinent für Frankreich, der Orient für England. Zu diesem Gesichtspunkt tritt noch ein zweiter hinzu: der grosse latente Gegensatz in der Weltpolitik ist heute — durch die Weltkrise mehr denn je — England gegen das vordringende Amerika. Beide Gegner suchen Bundesgenossen; England hat Japan bereits gewonnen und ist darauf angewiesen, sich mit Frankreich gut zu stellen (z. B. wäre die französische Küste die gegebene U-Bootbasis zur Niederzwingung Englands im Falle eines kommenden Krieges). Entscheidend kommt hinzu, dass England Frankreich als seinen Landsknecht gegen Sowjetrussland betrachtet, wenn ihm dieses in Indien unbequem werden sollte. Auf Deutschland rechnet es in dieser Beziehung nicht, obgleich ihm eine Anzahl national kastrierter deutscher Söldner-Kontingente ebenso wie Sikhs oder Askaris schon recht wäre. Eine grenzenlose französische Expansion aber ist für England nicht nur sinnlos, sondern direkt schädlich. Denn es besteht dann für England die Gefahr, dass Frankreich selbständig wird und seine Abhängigkeit verliert; damit aber fielen für England die Kompensationsmöglichkeiten, die es für seine Weltpolitik dauernd braucht, weg. Wenn Lloyd George jetzt also die französischen Methoden in Oberschlesien kritisiert, so tut er es nur, um Frankreich in Europa Opposition zu schaffen (Italien hat schon angebissen). Er tut nur dasselbe, was er vor einem Jahre bei der Besetzung Frankfurts durch Frankreich getan hat, nur dass er heute weniger Eindruck auf Frankreich macht, denn die Bindung zwischen den zwei Ländern ist stärker geworden als vor einem Jahr. (Verschärfung des englisch-amerikanischen Gegensatzes, Angewiesenheit Englands auf französisch-deutsche Kohle). Sicher aber bezweckt Lloyd George mit seiner Rede nicht, in Oberschlesien eine Aenderung eintreten zu lassen oder gar Deutschland zum Einrücken aufzufordern. Selbst die „Deutsche Zeitung" glaubt nicht daran, sie hat das alte Problem des Zweifronten-Krieges nicht vergessen, zumal die Franzosen marschbereit im Rheinland stehen. Lloyd George malt nur den schwarzen Mann an die Wand, um bei der nächsten englisch-französischen Weltteilungs-Konferenz Frankreich zu zwingen, sich Englands Zustimmung zum französischen Vorgehen in Oberschlesien mit Hingabe von Orientinteressen zu erkaufen. Zugleich will es sich seine Zustimmung zur Ruhrbesetzung als Trumpf für spätere Ziele aufheben und hier so lang als möglich das Uebermächtigwerden Frankreichs hinauszuzögern und wenn möglich zu verhindern.

Amerika schliesslich hat an Oberschlesien nicht mehr Interesse als Deutschland an dem amerikanischen Bergbaustaat Colorado, es hat aber, da es Frankreich nicht als Bundesgenossen Englands sehen möchte, ein lebhaftes Interesse daran, Frankreich nicht zu verstimmen.

Deutschland sieht also, dass ihm die kapitalistisch-imperialistischen Staaten auch in dieser Frage geschlossen gegenüber stehen, da sie sich einstweilen auf Kosten Deutschlands vertragen können. Die deutsche Bourgeoisie, der 1914 die Erschiessung des österreichischen Thronfolgers in Serajewo als Anlass zum Weltkriege genügte, ist 1921 soweit herunter gekommen, dass sie bei der Gefahr des Verlustes einer der wertvollsten Provinzen — Oberschlesien erzeugt ein Viertel der deutschen Steinkohle, ein Zehntel des deutschen Roheisens; zwei Drittel seines Zinks und Bleis; Wert dieser Produktion 1913 = 1 Milliarde Goldmark — unschlüssig herumschwankt. Lloyd George wusste sehr gut, dass die deutsche Bourgeoisie sein willenloses Werkzeug ist, er wusste sehr gut, dass er sie ausnutzen konnte gegen Frankreich, ohne dass sie ihm durch allzu selbständige Regung das Konzept verderben würde. Soweit die deutsche Bourgeoisie überhaupt noch selbständige Politik treibt, so geht diese Politik in einer anderen Richtung, nämlich nicht gegen die Entente, sondern unter Anbiederung an die Entente gegen das Proletariat (Orgesch, Sondergerichte). Von Bourgeois lässt sie sich daher alles gefallen. Auch Faustschläge ins Gesicht schütteln sie nicht ab. In dieser Zeit des proletarischen Erdbebens greift die deutsche Bourgeoisie doch immer wieder nach der rettenden Hand der anderen Bourgeoisie; denn die deutsche Bourgeoisie steht dichter am Abgrund als die anderen.

In Oberschlesien hat die Bourgeoisie sich leicht abgefunden, denn sie erwartet von der Neuordnung Vorteile. Was ihr Deutschland nicht geben kann, nämlich den militärischen Rückhalt für eine Expansion, das erhofft sie durch Einbeziehung in das französische Kontinentalsystem zu erlangen. Jedenfalls entgeht sie durch die Angliederung den deutschen Steuern und, wie sie hofft, auch der Sozialisierungsgefahr. Sie traut der Entente zu, dass diese sie besser gegen das Proletariat werde schützen können, als es Deutschland heute noch kann; es ist ja bekannt, dass die oberschlesischen Magnaten — die Radolin, die Pless, die Donnersmarck, die Schafgotsch — die mehr als zwei Drittel des Bodens und den grössten Teil der Mineral schätze Oberschlesiens in der Hand haben, seit Jahr und Tag mit Polen, Franzosen und Tschechen Verhandlungen geführt haben und sich von diesen Regierungen die Zusicherung haben geben lassen, dass sie nicht „sozialisiert" werden würden (wie es die Korfanty'sche Propaganda in Aussicht stellte). Es ist bekannt, dass ausser der feudalen die grossbürgerliche Industrie Oberschlesiens ihre Erklärung für Deutschland am Tage der Wahl und keinen Tag früher trotz des energischen Betreibens der „Heimattreuen" in die Zeitung setzte. Zugeben muss man, dass das oberschlesische Kleinbürger- und Beamtentum mit ehrlicher Ueberzeugung für Deutschland eingetreten ist, und zwar aus dem naheliegenden Grunde, weil es fürchtete, bei paritätischer Besetzung der Stellen mit Polen und Deutschen seine Futterkrippe zu verlieren. Ihre Stellungnahme ist aber insofern belanglos, als das Kleinbürgertum schon wegen seiner Feigheit nie ein politisch offensives Element ist.

Hatten sich nun die politisch massgebenden Teile der oberschlesischen Bourgeoisie von der Angliederung an den französischen Imperialismus

noch wirtschaftliche Vorteile versprechen können, so fällt dieser Grund für die Bourgeoisie im Reich fort. Trotzdem genügt allein die Angst vor dem Proletariat, um die bayerische Regierung dazu zu bestimmen, ihre Einwohnerwehren, Orgesch usw. dem „Erbfeind" zur Kontrolle anzubieten; damit bietet sich Bayern dem französischen Imperialismus als fehlendes Glied der Etappenstrasse nach dem Osten an und unterstützt damit die französische Annexionspolitik in Oberschlesien. Die deutsche Bourgeoisie ist eben bereits ein Teil des französischen Imperialismus. Eine geschlossene Ideologie hat die deutsche Bourgeoisie überhaupt nicht mehr, wie sich schon aus der Tatsache der Scheu vor der Regierungsverantwortung ergibt. Daran ändert auch die Protesterklärung der zurzeit noch nicht besetzten westfälischen Industriellen (Deutsche Volkspartei) nichts. Sie werden von den Bayern lernen müssen und wahrscheinlich sehr damit einverstanden sein, dass Oberschlesien, das Frankreich auch als Waffenschmiede gegen Sowjetrussland benutzen möchte, auch als Waffenschmiede gegen Sowjetdeutschland verwendet werden kann. Die deutsche Bourgeoisie hat keine selbständige Ideologie mehr, ihr sind die Fusstritte Frankreichs lieber als der Bruch mit Frankreich.

* * *

Das Intriguenspiel der verschiedenen Bourgeoisien hat das oberschlesische Proletariat in die günstige Lage gebracht, dass bisher alle interessierten Bourgeoisien um seine Gunst buhlten. Die Folge war zunächst, dass das oberschlesische Proletariat besser als seine Klassengenossen im Reich oder in Polen ernährt wurde, dass man mit der Einführung der Ueberschichten zögerte, und vor allem, dass das oberschlesische Proletariat von beiden Seiten zu bourgeoisen Zwecken bewaffnet wurde. Bei der Bewaffnung blieb es nicht, Polen rief durch seinen Agenten Korfanty den bewaffneten Mai-Aufstand hervor, der, begonnen unter polnisch-nationalistischer Flagge, heute schon ganz eindeutig eine proletarische Bewegung ist. Das musste so kommen; denn rein national-polnische Parolen hätten in diesem polnisch-deutschen Verwachsungs- und Mischgebiet, wo es ebensowenig rein deutsche wie rein polnische Bevölkerung gibt, überhaupt nicht verfangen können. Korfantys Wahlparolen: freies Holz aus dem Wald, jedem seine Kuh, Aufteilung der Güter, waren also absolut keine polnisch-nationalen Parolen, sondern richteten sich gegen die fast ausschliesslich deutsche Bourgeoisie und appellierten an das proletarische Bewusstsein. Dieses konnte Korfanty in grosser Breite voraussetzen, denn in Oberschlesien ist das Proletariat geknechtet und gefesselt nicht nur durch den doch verhältnismässig noch recht jungen Kapitalismus, sondern ausserdem noch durch die Reste der feudalen Wirtschaft, die noch keineswegs überwunden sind. Die oberschlesischen Verhältnisse haben also mit den Vorbedingungen, die zu dem Gelingen der russischen Revolution beitrugen, eine nicht von der Hand zu weisende Aehnlichkeit: auf dem Land haben wir Grossgrundbesitz und stark niedergehaltene Landproletarier, in der Industrie stark konzentrierte Grossbetriebe mit verschwindend dünner bourgeoiser Schicht und grossen Massen schlechter wie in Westfalen gestellter Proletarier (die Löhne Oberschlesiens zu denen Westfalens verhalten sich wie 2 : 3 oder 3 : 4), in den nicht zahlreichen Städten eine Minderheit handeltreibender Kleinbürger. In Oberschlesien besteht also ein breites Proletariat, das, weil

stärker wie sonst noch niedergehalten, einen lebhaften revolutionären Willen besitzt, ein Proletariat, bei dem der Nationalitätsbegriff mit proletarischen Forderungen verschwimmt, ein Proletariat, dem schon heute vor der Aera der polnischen Unterdrückung das Rätesystem als die Form erscheint (Proklamation in Saborze usw.), die allein die Gewähr gibt für ein Zusammenarbeiten und nicht Gegeneinanderarbeiten der verschiedenen Nationalitäten. In Oberschlesien sind also trotz parteiorganisatorischer Zurückgebliebenheit stärkere revolutionäre Entwicklungsmöglichkeiten als im übrigen Reich vorhanden. Zudem kann Oberschlesien bei seiner günstigen Verkehrslage eine ungeheure Bedeutung für die Revolution bekommen. Oberschlesien hat die Rohstofflager, die entwickelten Industrien, die qualifizierten Arbeiter, liegt nicht unter den Kanonen der Entente wie das Ruhrgebiet. Es ist somit die gegebene Waffenschmiede für die aus Polen, Deutschland, Tschechei gegen die Konterrevolution am Rhein anrollende Rote Armee.

Zugleich wäre Oberschlesien das Mittel und der gegebene Ausgangspunkt, um die durch den kapitalistischen Krieg und seine Folgen zerrütteten und vernichteten Nachbarländer wieder aufzubauen.

Oberschlesien mit seiner gelernten Arbeiterschaft und seiner gut erhaltenen modernen Industrie wäre weiter die natürliche Ergänzung zu der durch die Arbeit des siegreichen russischen Proletariats neu erstehenden russischen Industrie.

Dazu ist natürlich die erste Voraussetzung, dass das Proletariat in Oberschlesien die Macht auf die Dauer in die Hand bekommt. Sind hierzu die Voraussetzungen gegeben oder nicht?

1. Wenn auch der Aufstand begonnen hat unter der nationalistischen Flagge eines Korfanty, so hat das Proletariat heute schon die Fahne des roten Adlers im weissen Feld zerrissen und die rote entrollt. Oberschlesien hat bereits heute eine ganz ausgesprochen proletarische Bewegung; Korfanty, der glaubte, gegen die deutsche Bourgeoisie das Proletariat missbrauchen zu können, steht heute mit leeren Händen da. Die Macht ist ihm entglitten. Oberschlesien ist dabei, seinen revolutionären Willen zu verwirklichen. Es hat bereits seine Arbeiterräte.

2. Wenn das Bewusstsein der oberschlesischen Proletariermassen heute noch nicht völlig von den nationalistischen Schlacken befreit ist, und wenn es immer noch grosse Mengen von bisher deutsch-nationalistisch unterdrückten polnisch fühlenden Arbeitern gibt, die vom polnischen Regime eine Besserstellung ihrer Lage erwarten, so wird es die Aufgabe der Partei sein, hier einzugreifen. Sie muss den radikalisierten deutsch fühlenden Arbeitern, die jetzt der polnischen Unterdrückung preisgegeben werden, zeigen, dass diese gar keine polnische, sondern eine bourgeoise ist, dass sich eine nationslose bourgeoise Wrangel-Armee auf sie stützt. Sie muss den noch immer auf bessere Zeiten unterm polnischen Adler hoffenden polnisch fühlenden Arbeitern zeigen, dass Korfanty sie betrogen hat und dass die Hoffnungen, die ihrem Kampf zugrunde lagen, nicht verwirklicht werden können von Polen, sondern nur durch die Diktatur des Proletariats, die allein die Nationalitätenfrage zu klären imstande ist.

Was steht denn dem oberschlesischen Proletariat von seiten des französisch-polnischen Imperialismus bevor, wenn nicht eine vollkommene militärische Unterdrückung, wenn nicht eine neue noch schärfere Ausbeutung?

Im jetzigen politischen Zustand ist Oberschlesien für die französisch-polnischen Ausbeutungspläne nicht brauchbar. Soll mit Erfolg eine polnisch-französische Dividendenpolitik in Oberschlesien eingerichtet werden, dann wird man Korfantys Parolen, gegen Dividendenpolitik, gegen Schichtverlängerung, gegen Stillegungen, vergessen müssen. Denn die Polen werden ebensoviel oder noch mehr herausholen wollen als die deutsche Bourgeoisie, die vor der Abstimmung schnell so viel als möglich ausgeschüttet hat. Die polnische Bourgeoisie aber wird vor den gleichen Schwierigkeiten stehen wie die deutsche, weil der Absatz nicht gesichert ist. Ein polnisches Oberschlesien wird ähnliche wirtschaftliche Schwierigkeiten haben wie heute das „umgestellte" Elsass, das zu zwei Dritteln stillgelegte Lothringen und die verkümmernde Saar. Soll mit Erfolg eine Ausbeutung des oberschlesischen Proletariats durch die neuen Machthaber eintreten (Frankeich hat die Löhne an der Saar gerade wieder um 20 Pozent gesenkt, abgesehen von den Feierschichten), soll mit Erfolg Oberschlesien zum Arsenal der Konterrevolution gegen Sowjetrussland und das proletarische Deutschland ausgestaltet werden, soll Oberschlesien ein zuverlässiger Stützpunkt der französischen Expansionspolitik im Osten werden, so ist dafür die erste Voraussetzung die Errichtung einer militärisch befestigten Macht, die Niederknüppelung des Proletariats. Dazu sind Frankreich als Hilfstuppen die Reichswehr wohl ebenso willkommen wie die Marokkaner.

Eine Beschränkung des Kampfes auf Oberschlesien muß verhindert werden. Das deutsche und polnische Proletariat muss seinen oberschlesischen Brüdern zu Hilfe kommen. Es darf sich nicht irre machen lassen durch die sozialistischen Pazifisten, die U. S. P.-Führer, die die Front des Proletariats mit ihrem „für Deutschland" durchbrechen. Trotz deutscher und polnischer Nationalhetzerei bleibt die Tatsache bestehen: In Oberschlesien stehen Proletarier unter Waffen. In Oberschlesien kämpfen Proletarier gegen ihre Ausbeuter. In Oberschlesien lodert unter nationalistischem Rauch der rote Brand und kann jederzeit international werden und über die Grenzen schlagen: nach Deutschland ebenso wie nach Polen und der Slowakei oder Tschechei.

Spontaneität der Massen, Aktivität der Partei.

Von Georg Lúkacs.

Die Diskussion über die Richtigkeit oder Falschheit der neuen, der offensiven Taktik der V. K. P. D. kann sehr wohl von der Diskussion über richtige oder unrichtige Führung der Märzaktion getrennt werden. Die Möglichkeit dieser Trennung kam deutlich zum Ausdruck in dem Abänderungsvorschlag des Genossen Paul Franken in der Zentralausschuss-Sitzung vom 7. bis 8. April, als er für den Abschnitt XII der Leitsätze der Zentrale aus dem Satze: „der Zentralausschuss billigt deshalb die politische und taktische Haltung der Zentrale" die Streichung der Worte „und taktische" vorschlug. Wenn dieser Abänderungsvorschlag auch von der grossen Mehrheit des Zentralausschusses abgelehnt wurde, so zeigt Abschnitt VI der Leitsätze, sowie der Aufsatz „Offensive" des Genossen Paul Frölich in der „Internationale", dass die Märzaktion keineswegs ein klassisches Beispiel für die neue Taktik war, sondern ein inmitten der Vorbereitung zur geistigen und organisatorischen Umstellung der Partei für die neue Taktik aufgezwungener Abwehrkampf. Dies festzustellen bedeutet keineswegs, dass die Lehren der Märzaktion für den inneren Ausbau der neuen Taktik nicht im vollen Umfange verwertet werden müssen. Es bedeutet nur, dass das Problem der Offensivtaktik — wenigstens teilweise — von den konkreten Ergebnissen und der konkreten Kritik der Märzaktion unabhängig diskutiert werden kann.

Die offen oder unbewusst opportunistische Opposition gegen die neue Taktik richtet ihre Argumente im Wesentlichen auf drei Punkte. Erstens versucht sie nachzuweisen, dass die revolutionäre Offensive, wenn sie nur „richtig" aufgefasst wird, in keiner Beziehung etwas Neues für die V. K. P. D. bedeutet; es soll bewiesen werden, dass die Taktik des „Offenen Briefes' bereits eine Offensivtaktik war. Zweitens will sie die Märzaktion als einen Putsch aus dem Geiste Bakunins oder Blanquis entlarven. Drittens ist sie bestrebt, den Beweis zu führen, dass der theoretische Gegensatz, der jetzt in der V. K. P. D. akut geworden ist, nichts als der alte Gegensatz von Rosa Luxemburg und Lenin ist, der bereits im Jahre 1904 anlässlich der Organisationsfragen der russischen Partei in den Artikeln Rosa Luxemburgs (Neue Zeit XXI. II.) klar zutage getreten ist.

Wir wollen weder eine Marx- noch eine Luxemburg-Philologie treiben. Es wäre ebenso müssig, mit Zitaten aus Marx für oder wider den Putschcharakter der Märzaktion zu operieren, wie es unwürdig wäre, das Andenken Rosa Luxemburgs vor einem Bündnis mit dem Opportunismus retten zu wollen. Es kommt vielmehr dar-

auf an — möglichst unabhängig von Zitaten und Schlagworten — das Wesen des theoretischen Gegensatzes, der jetzt innerhalb der V. K. P. D. unüberbrückbar geworden ist, um den sich alle drei oben erwähnten Gedankenreihen mehr herumdrücken als ihn offen aussprechen, klar zum Ausdruck zu bringen. Es handelt sich um die organisatorische, geistige und taktische Beziehung von Partei und Masse im akuten Stadium der proletarischen Revolution. Wenn die Frage so gestellt ist, so werden alle Berufungen auf Rosa Luxemburgs Theorien über Massenaktionen hinfällig. Denn sie beziehen sich auf ein anderes, weniger entwickeltes Stadium der proletarischen Revolution. Es darf nämlich nicht vergessen werden, dass Rosa Luxemburg, die niemals „zeitlose", ‚ewig geltende" Wahrheiten auszusprechen bestrebt war, sondern im Gegenteil durch konkrete Analyse konkreter historischer Lagen die aktuell notwendige Taktik zu bestimmen versuchte, ihre Betrachtungen über Massenaktionen und die Rolle der Partei in ihnen im Stadium der bürgerlichen Revolution vor, während und nach der ersten russischen Revolution formuliert hatte. Ihre Feststellungen dürfen also in keinem Fall ohne weiteres auf die heutige Lage angewendet werden. Oder richtiger: es muss früher die Frage aufgeworfen werden: bleibt die Beziehung von Partei und Masse im Laufe des ganzen revolutionären Prozesses dieselbe, oder ist diese Beziehung ebenfalls ein Prozess, der die dialektischen Vorwandlungen und Umschläge des Gesamtprozesses aktiv und passiv mitzuerleben gezwungen ist? Dies ist die Kernfrage der Diskussion, die von dem rechten Flügel — zumeist versteckt — verneint, vom linken Flügel — oft nicht in hinreichend klarer Weise — bejaht wird.

Die Minderheitsresolution des Zentralausschusses, von Genossin Klara Zetkin vertreten, verrät unwillkürlich diesen theoretischen und taktischen Grundgedanken des rechten Flügels. Der für uns wichtige Passus lautet:

„Der Zentralausschuss der V. K. P. D. missbilligt aufs schärfste, dass die Zentrale darauf verzichtet hat, die Forderungen des „Offenen Briefes" und des Bündnisses mit Sowjetrussland zu den Kampfobjekten einer kraftvollen Offensiv-Aktion gegen die Bourgeoisie und ihren Staat zu machen. Diese Aktion wäre dazu angetan gewesen, breite proletarische Massen zu mobilisieren, Teile des Klein- und Mittelbürgertums in den Kampf zu reissen, damit zwiefach die Macht des revolutionären Proletariats zu stärken und sie in zwangsläufiger (von mir gesperrt!) Steigerung über sich hinaus und zu weiter gestreckten Zielen zu führen."

Ich glaube, dass das von mir hervorgehobene Wort (zwangsläufig) den eigentlichen Mittelpunkt der Streitfrage bildet. Die Frage, ob die Massenaktionen im Laufe des ganzen revolutionären Prozesses diesen „zwangsläufigen" Charakter, den sie zu Beginn der revolutionären Periode, in der Epoche der spontanen und elementaren Massenaktionen zweifellos hatten, bewahren, oder ob hier im Laufe der revolutionären Entwicklung ein entscheidender

Wandel eintritt. Das Zwangsläufige der Massenaktionen geht auf die klassische — auch von Rosa Luxemburg übernommene — Beziehung von Ideologie und Wirtschaft zurück. Die Massenaktion wäre für diese Auffassung nichts anderes, als der ideologische (gedanken- und handlungsmässige) Ausdruck für das Vorhandensein und Akutwerden der Krise im objektiven Wirtschaftsprozesse. In diesem Falle entstehen die Massenaktionen „spontan"; d. h. als gewissermassen automatische Folgen der objektiven Wirtschaftskrise; ihre „Spontaneität" bedeutet nichts mehr, als die subjektive, ideologische Seite dieses objektiven Tatbestandes. Durch diese Sachlage ist zugleich die Rolle der bewusstesten revolutionären Vorhut, der Partei bestimmt. Ihre Bedeutung liegt darin, dass die Tätigkeit der Taktik der Partei „nie unter dem Niveau der tatsächlichen Kraftverhältnisse steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorauseilt." *) Die Partei ist also zwar eine beschleunigende, vorwärtstreibende Macht, aber nur innerhalb einer Bewegung, die sich — letzten Endes — unabhängig von ihrer Entscheidung abspielt, in der sie deshalb keineswegs die Initiative ergreifen kann.

Hinter solchen Ansichten steht zweifelsohne die klassische Anschauung von der „naturgesetzlichen" Notwendigkeit des wirtschaftlichen und demzufolge des politischen und ideologischen Prozesses. Die „Zwangsläufigkeit" in der Steigerung einer revolutionären Aktion bedeutet soviel, dass die in ihr obwaltenden „Gesetze" richtig erkannt und angewendet werden, genau so, wie in der Technik die von der Naturwissenschaft richtig erkannten Naturgesetze angewendet werden müssen. Wir betonen: diese Beschreibung des Verhältnisses von Wirtschaft und Ideologie (im weitesten Sinne des Wortes) und dementsprechend von gesellschaftlichem Geschehen, von seiner wissenschaftlichen Erkenntnis und von parteimässigem Handeln trifft auf die kapitalistische Gesellschaft unbedingt zu. Es fragt sich nur, ob es sich hierbei um „zeitlose" Gesetze über den vergesellschafteten Menschen überhaupt handelt oder nur um Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Marx und Engels haben sich über diese Frage nur andeutungsweise geäussert. Immerhin ist es anzunehmen, dass an gewichtigen Stellen benützte Ausdrücke, wie der berühmte „Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit", für sie mehr als blosse Bilder und Redewendungen waren. Auch ihre oft wiederholte Behauptung, dass die Aussagen der Oekonomie- und Gesellschaftswissenschaft nur für bestimmte Perioden und nicht übergeschichtlich Anspruch auf Geltung erheben können; dass sie Selbsterkenntnisse bestimmter gesellschaftlicher Zustände, mithin Aussagen über diese nicht nur im objektiven, sondern auch im subjektiven Sinne sind, scheinen mir einen wesentlichen Bestandteil ihrer Lehre zu bilden. (Historischer Materialismus als „Ideologie" des Proletariats.**)

Da es also nicht angängig ist — wie dies noch Gorter tut — für die Herrschaft des Proletariats dieselbe Struktur der Beziehung von

*) Luxemburg, Massenstreik. 2. Aufl. 38.
**) Elend der Philosophie 109.

Wirtschaft und Ideologie (wieder im weitesten Sinne des Wortes) anzunehmen, wie für das Zeitalter des Kapitalismus; da dieser Uebergang von der „Notwendigkeit" zur „Freiheit" ebenfalls unter keinen Umständen ein einmaliger, plötzlicher und unvermittelter Akt, sondern nur ein Prozess sein kann, dessen revolutionärer, krisenhafter Charakter von Engels sehr treffend mit dem Wort „Sprung" bezeichnet wurde — fragt es sich bloss: wann, wo, unter welchen Bedingungen und inwiefern setzt dieser „Sprung ins Reich der Freiheit" ein? Die Beantwortung dieser Frage, die, wie fast alle Fragen, von einschneidender, theoretischer Wichtigkeit leider so gut wie niemals aufgeworfen wurde, ist für die Bestimmung der Taktik der kommunistischen Parteien von höchster praktischer Wichtigkeit. Denn falls der Beginn dieses Prozesses in die Periode der letzten Krise des Kapitalismus gesetzt wird, müssen aus dieser theoretischen Stellungnahme die weitgehendsten taktischen Folgerungen gezogen werden. Und wir sind zu dieser Stellungnahme gezwungen. Nicht nur aus rein theoretischen Erwägungen, die es als unmöglich erscheinen lassen, die Freiheit, die Befreiung von der Notwendigkeit als Geschenk des Schicksals, als gratia irresistibilia aufzufassen, die uns am Ende der mechanisch-automatisch geführten Kämpfe unverdient in den Schoss fällt, sondern eine rein sachliche Betrachtung dieser Kämpfe und des Milieus, in dem sie sich abspielen, drängt uns notwendig diese Annahme auf. Lenin hat mit grossem Recht gegen die Auffassungen Front gemacht, die die imperialistische Krise des Kapitalismus, die er selbst durchaus als letzte Krise auffasst, mechanisch-fatalistisch als auswegslos bezeichnen; es gibt, sagt er, keine Lage, die abstrakt und an und für sich auswegslos wäre. Das Proletariat, die Tat des Proletariats versperrt dem Kapitalismus den Ausweg aus dieser Krise. Freilich: die Tatsache, dass das Proletariat hierzu imstande sein kann, dass die Lösung der Krise vom Proletariat abhängt, ist die Folge von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, von „Naturgesetzen". Diese „Naturgesetze" bestimmen aber nur die Krise, machen es nur ausgeschlossen, dass diese Krise (wie die früheren) im Sinne des Kapitalismus zur Lösung gelange; das ungehinderte Sichauswirken dieser Krise liesse aber auch eine andere Lösung zu: „den gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen", das Zurückfallen in einen Zustand der Barbarei.

Die „Naturgesetze" der kapitalistischen Entwicklung können also die Gesellschaft nur in die letzte Krise hineinführen, sind aber ausserstande, den Weg zu weisen, der aus der Krise herauszuführen vermag. Kein unbefangener Beobachter der bisher abgelaufenen Revolutionsperiode wird sich der Einsicht verschliessen können, dass die allerwesentlichsten, aber theoretisch und taktisch am wenigsten vorhergesehenen Hemmungen der Revolution und ihres Sieges weniger in der Stärke der Bourgeoisie liegen, als ideologische Hemmungen im Proletariat selbst sind. Es kann an dieser Stelle nicht das ganze Problem des Menschewismus aufgerollt werden. Es muss nur betont werden, dass dieses Problem in der vorrevolutionären Theorie so gut wie keine Rolle

gespielt hat: man war auf den gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie, nicht aber auf den Kampf proletarischer Parteien untereinander eingestellt. Der Revisionismus erschien in der nichtrussischen Literatur als ein Problem, das innerhalb der Partei gelöst werden muss. Dass es aber ein Problem von Weltbedeutung ist, ja vielleicht das Schicksalsproblem der Revolution, beweist, dass die fürchterlichste Krise des Kapitalismus, das rasche Aufeinanderfolgen von revolutionären Situationen, derartige ideologische Verwirrung der Bourgeoisie, dass die Staatsmacht ihren Händen entgleitet, keineswegs zwangsläufig eine revolutionäre Ideologie im Proletariat hervorzurufen vermochten. Aus dieser Sachlage aber müssen nicht nur taktische Folgerungen gegen die menschewistische Ideologie gezogen werden, die sonst in die bequeme Position gerät, aus dem Fehlen eines durchgehenden revolutionären Willens im Proletariat auf das Nichtvorhandensein einer objektiven revolutionären Gesamtlage zu schliessen. Es müssen vielmehr — vorerst theoretisch — jene Voraussetzungen des menschewistischen Vulgärmarxismus revidiert werden, aus denen jene Folgerungen folgen; d. h. die eben erwähnte und vom Menschewismus als konterrevolutionär symptomatisch ausgedeutete Sachlage muss zum Problem gemacht und die Ursachen dieser — seien wir nur aufrichtig! — überraschenden ideologischen Krise des Proletariats untersucht werden.

Diese Krise selbst ist freilich oft festgestellt und ihre Gründe eingehend analysiert worden. Es steht mir fern, die Richtigkeit solcher Analysen, die auf die ökonomische verschiedene Schichtung des Proletariats, auf die bevorzugte wirtschaftliche Stellung der Arbeiteraristokratie, auf die Verkleinbürgerlichung ihrer Lebenshaltung und Ideologie usw. hinweisen, zu bezweifeln. Ich bezweifle bloss, ob mit diesen Analysen die Totalität und damit der Mittelpunkt unserer Frage ganz getroffen wird. Denn erstens ist diese bevorzugte Stellung — heute schon — eine vielfach derart problematische, dass sie allein zur Erklärung des Menschewismus breitesten Massen nicht ausreicht. Zweitens ist es aber durchaus unbewiesen, dass die revolutionäre Entschlossenheit einzelner Proletarierschichten durchwegs im geraden Verhältnis zu ihrer schlechten Wirtschaftslage stände und umgekehrt. Noch wichtiger ist jedoch, dass die revolutionären Erfahrungen der letzten Jahre sehr scharf die Grenze der revolutionären Spontaneität aufgezeigt haben. D. h. die revolutionären Massenaktionen haben — für sich betrachtet — im Grunde genommen eine sehr ähnliche Wesensart gezeigt, wie die der vorrevolutionären Periode, wenn auch in ausserordentlicher quantitativer Steigerung: sie brechen spontan aus, fast ausnahmslos als eine Abwehr gegen einen wirtschaftlichen (oder seltener politischen) Vorstoss der Bourgeoisie und hören spontan auf, wenn ihre unmittelbaren Ziele als erfüllt oder als aussichtslos erscheinen. Sie haben also ihren „naturgesetzlichen" Verlauf beibehalten.

Dass dieser Sachlage gegenüber der Partei eine entscheidende, ja die Entscheidung bringende Rolle zufällt, wird unter Kommunisten

heute nicht mehr bezweifelt. Es fragt sich nur, wie diese Rolle der Partei theoretisch (und dementsprechend: taktisch) zu denken ist? Ob die bloss propagandische Aufklärung der Massen seitens der Partei ausreicht, um dieser Spontaneität eine sich ständig steigernde Bewusstheit zu verleihen, die dann einmal die Aktionen über den oben angedeuteten toten Punkt hinausführt? Oder ob die Partei verpflichtet ist, initiativ einzugreifen und das ganze Proletariat bei seinen unmittelbaren Interessen in einer Weise anzufassen, die geeignet ist, durch „zwangsläufige" Steigerung der Aktion, in ständiger Wechselwirkung von Masse und Partei, diesen toten Punkt zu überwinden? Die früheren Diskussionen zwischen K.P.D. und U.S.P.D. haben sich im Wesentlichen um diesen Punkt gedreht und die Taktik der V.K.P.D. vor der Märzaktion, die Taktik des „Offenen Briefes" und des Bündnisses mit Sowjetrussland war auf diese Einstellung begründet. Sie erschien um so bestechender, um so mehr als die — theoretisch — allein folgerichtige, weil sie sich nicht nur auf die eingebürgert-klassische Ideologienlehre, sondern auch auf die Erfahrungen der russischen Revolution stützen konnte. Denn die Parole des Friedens war (um nur ein Beispiel herauszugreifen) im Jahre 1917 zweifellos geeignet, die breitesten Massen, fast die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, unter den Flaggen des Bolschewismus in Aktion zu bringen, oder sie der Aktion gegenüber wenigstens zu einer wohlwollenden Neutralität zu verpflichten. Es fragt sich aber: ob diese Lage in allen Fällen die Lage des Proletariats vor dem Entscheidungskampf sein wird? Ob besondere, nicht notwendig wiederkehrende historische Umstände (und ihre geschickte Ausnützung seitens der Bolschewiki) die russische Revolution über diesen toten Punkt hinausgeholfen haben? Oder ob es im Wesen der proletarischen Revolution liegt, diese Hemmungen automatisch, mit „naturgesetzlicher" Notwendigkeit zu beseitigen?

Ist die Frage so gestellt, so muss sie verneint werden. Die Opportunisten vermeiden freilich so energisch diese Fragestellung, dass das ganze statistische Material in Paul Levis Broschüre keinen anderen Zweck hat, als diese Frage von vornherein aus jeder Diskussion auszuschalten, und jede Auffassung der Revolution, die nicht von der Bejahung dieser Frage ausgeht, als Rückfall in den Putschismus zu denunzieren. Es muss jedoch, wenn neue Verwirrungen vermieden werden sollen, der Versuch abgelehnt werden, die Diskussion auf das Gebiet des Putschismus hinüberzuspielen. Denn die Lage, die sich aus der Verneinung der oben gestellten Frage und den taktischen Folgen dieser Verneinung ergibt, hat mit Putschismus schlechterdings gar nichts zu tun. Es handelt sich, wie dies die Zentrale der V.K.P.D. richtig hervorgehoben hat, nicht um eine organisatorische Massnahme, durch die die kommunistische Partei (also eine, wenn auch noch so grosse „wohlorganisierte Minderheit" im Sinne Blanquis) die Staatsmacht erobern könnte, sondern darum, wie durch selbständige Initiativ-Aktionen der V.K.P.D. die ideologische Krise, die menschewistische Lethargie des Proletariats,

der tote Punkt der revolutionären Entwicklung überwunden werden kann. Denn Putsch und marxistisch-kommunistische Teilaktion des Proletariats oder seiner Vorhut unterscheiden sich nicht bloss durch die Zahl der an ihnen Beteiligten; obwohl eine bestimmte Quantitätsgrenze, das Bestehen der Massenpartei hier zur entscheidend qualitativen Bedeutung gelangt. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal liegt vielmehr darin: ob die geplante Aktion kraft ihrer organisierten Vorbereitung ein konkretes Ziel (Eroberung der Staatsmacht) zu verwirklichen bestrebt ist, ohne Rücksicht auf den Stand und die Reife des Klassenbewusstseins des Proletariats; oder ob das direkt gesteckte Ziel der Aktion nur ein Mittel ist, um auf das Klassenbewusstsein des Proletariats entscheidend einzuwirken und durch diese Einwirkung die Eroberung der Staatsmacht zu bewerkstelligen.

Die Notwendigkeit dieser Taktik folgt nicht bloss daraus, dass das Warten auf die spontanen Massenaktionen — wie die Resolution zur weltpolitischen Lage des Jugendkongresses sich ausdrückt — ein „quietistischer Wunderglauben" ist, sondern daraus, dass auf die „Zwangsläufigkeit" der spontanen Massenaktionen im akuten Stadium der Revolution, selbst beim Vorhandenein aller „objektiven" Bedingungen weder in bezug auf ihren Ausbruch, noch in bezug auf ihre Möglichkeit bis ans notwendige Ziel gesteigert werden zu können gerechnet werden kann. Denn erstens ist es durchaus möglich, dass eine Reihe von „ergebnislos" spontanen Massenaktionen einerseits eine grosse Handlungsbereitschaft und einen Offensivgeist der Bourgeoisie, andererseits eine gewisse Ermüdung und Lethargie des Proletariats hervorruft, so dass das Dasein und die Verschärfung der objektiven Bedingungen ohne entsprechende Reaktion des Proletariats bleibt. (Dies scheint in Italien als Folge der Taktik der Serratianer eingetreten zu sein.) Zweitens besteht nicht die geringste erfahrungsmässige und theoretische Gewähr dafür, dass Massen, die durch einen äusseren Anlass oder bloss unter dem geistigen Einfluss kommunistischer Parolen, ohne sich organisatorisch von ihrer menschewistischen Führerschicht abgelöst zu haben, in Aktion treten, in der Aktion wesentlich weitergetrieben werden können, als es den menschewistischen Organisationen passt. Es ist z. B. mehr als fraglich, ob es in den Kämpfen während und nach dem Kapp-Putsch dem Spartakusbund, selbst bei grösserer Zielklarheit und Entschlossenheit, gelungen wäre, gegen die Rückzugsparolen von S. P. D. und U. S. P. D. aufzukommen, sobald das „Ziel" der gemeinsamen Aktion verwirklicht, die Republik gerettet war. Hier liegt die grosse Gefahr der taktischen Linie des „Offenen Briefes" als alleinige Taktik der V. K. P. D. Zweifellos kann und muss sie durch diese und ähnliche Parolen den Kreis ihres geistigen Einflusses ausbreiten; zweifellos muss sie jede Aktion, die spontan (oder infolge solcher Einflüsse) entsteht, zu ihren Zwecken auszunützen trachten. Es geht aber nicht an, das Schicksal der proletarischen Revolution in Deutschland ausschliesslich auf diese eine Karte zu setzen. Wenn die revolutionäre Ent-

wicklung nicht der Gefahr einer Versumpfung ausgesetzt werden soll, so muss ein anderer Ausweg gefunden werden: die Aktion der V.K.P.D., die Offensive. Und Offensive bedeutet soviel: durch die im richtigen Moment, mit richtigen Parolen einsetzende selbständige Aktion der Partei die proletarischen Massen aus ihrer Lethargie zu erwecken, sie von ihrer menschewistischen Führerschaft durch die Aktion (also organisatorisch und nicht bloss geistig) loszureissen, den Knoten der ideologischen Krise des Proletariats mit dem Schwerte der Tat zu zerschneiden. Diese Zielsetzung widerlegt das opportunistische Gerede von dem putschistischen Charakter einer derartigen Aktion der Minderheit. Die Mehrheit und Minderheit des Proletariats sind ebenfalls keine statistischen, sondern geschichtlich-dialektischen Begriffe. Sie stehen nicht vor der Aktion fertig und berechenbar da, sondern entstehen in und während der Aktion, durch die Aktion. Bei allen Vorbehalten, die man gegen die Märzaktion als wirkliches Beispiel für die geplante neue Taktik haben mag, bei aller Kritik, die man gegen die in den begangenen taktischen Fehlern erheben kann und muss — diese ihre Wirkung (wenigstens in einigen Teilen Deutschlands) ist unbestrittbar. Und damit ist der Weg, der das deutsche Proletariat zur wirklichen revolutionären Handlung führt, endlich betreten. Jetzt kommt es darauf an, volle Klarheit über den Weg selbst und über die Art, wie er zu gehen ist, zu erlangen. Die Lehren der Märzaktion sind dem Wesen der Sache nach in erster Reihe organisatorische. Die taktische Klärung wird weniger Neues bringen; sie besteht mehr darin, die Motive, die zum Entschluss der Partei in die Offensive überzugehen, für die Partei selbst ganz bewusst und den Massen völlig verständlich zu machen. Organisatorisch müssen aber an allen Punkten entscheidende Konsequenzen gezogen werden.

Die Geburt einer Kommunistischen Partei.

Von K. S.

Tschechoslowakei, 1. Mai 1921.

I.

Der „Revolution", die dem militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte im Jahre 1918 folgte, war — trotz der aufopfernden Kämpfe proletarischer Vorhuten hier und dort — eine Revolution des Kleinbürgertums geblieben. Der Krieg hatte wohl durch die Unterhöhlung der kapitalistischen Weltwirtschaft die ökonomischen Bedingungen der proletarischen Revolution geschaffen, doch diese waren einerseits noch unter lügnerischen Budgets, Bilanzen, Kriegsprofiten und vielfach — Kriegslöhnen versteckt, andererseits durch den „Ausverkauf" paralysiert. Die katastrophalen Folgen des Krieges mussten sich erst in der Entwicklung

realisieren und den Massen in ihren Kämpfen bewusst werden. Der Krieg also solcher hat die psychologischen und auch die organisatorischen Bedingungen der proletarischen Revolution nicht geschaffen, denn die Unterdrückung, die er brachte, war nicht offen klassenhaft, entsprach sowohl dem Ort (sie fand nicht in der Fabrik, dem Kampfboden des Proletariat, statt) als auch den Mitteln nach nicht den durch die moderne Produktion geschaffenen ökonomisch fundierten Klassenverhältnissen, sondern trug erfolgreich den Mantel des Burgfriedens, der Nation, des Militarismus. Die Sprungfeder, die zusammengedrückt worden, war nicht die proletarische, sondern die kleinbürgerliche, und sie schnellte nach dem plötzlichen Niederbruch der Autokratie mit pazifistischen, demokratischen, nationalistischen Losungen aus. Das mitteleuropäische Proletariat aber wurde von diesen Parolen mitgerissen, musste mitgerissen werden. Erst vom Schlachtfeld in die Fabriken zurückgeströmt, grausam enttäuscht und aller kleinbürgerlichen Illusionen schmerzhaft beraubt in der harten Schule der Revolution, konnte es reif werden, für die eigenen Klassenziele zu kämpfen. Jetzt erst wurde die proletarische Sprungfeder gespannt, und die durch den Krieg begründete Zerrüttung der Oekonomie des Kapitals wurde zur Todeskrise des Kapitalismus, weil sie im Bewusstsein der Massen erschienen und ihr Widerspiel gefunden hatte in der Auflehnung des Proletariats.

Diese Epoche ist erfüllt von der qualvollen Umstellung der proletarischen Klassenbewegung auf die Revolution, jenes Fiebers, das unter augenblicklicher Schwächung des Klassenkörpers die Krankheitsstoffe der opportunistischen Degeneration ausscheidet und seinen Ausdruck findet im Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie. Die kommunistischen Losungen, einst verlachte Paradoxen, gewinnen erst jetzt Realität, die Massen haben sich an sie mühsam herangekämpft. Es schlägt die Geburtsstunde der III. Internationale, die im wahrsten Sinn des Wortes „als ein Produkt des Kampfes", eines Kampfes nach zwei Fronten, entsteht. Unter tausend Schwierigkeiten und dem Widerstand des vereinten Bürgertums und Sozialverrats werden die kommunistischen Massenparteien geboren. Das elementare Erwachen und Vorwärtsdrängen der Klasse wird von der konsequent revolutionären Taktik der Führer realisiert, es ballt sich in der Partei zusammen und schafft durch die korrespondierenden Beziehungen der Führerauswahl und Disziplin gestählte Kampftruppen. Trotz aller Fehler, trotz augenblicklicher Irrtümer und Irrwege erkämpften sich die Proletariate aller Länder ihre Kommunistische Partei. Der ökonomische Druck überwindet allmählich alle besonderen politischen und psychologischen Hemmungen, gleicht Differenzen der Entwicklung durch Beschleunigungen im Tempo aus und lässt die Weltrevolution trotz territorialer und nationaler Zerrissenheit immer geschlossener, gleichschreitender, gleichzeitiger werden.

II.

Jahrhundertelange nationale Unterdrückung hatte es bewirkt, dass nach dem Zusammenbruch der österreichischen Monarchie der tschechische Kleinbürger nicht nur die rasch platzenden demokratischen Seifenblasen seines deutschen Klassenbruders loslassen konnte, sondern einen nationalen Befreiungsrummel von weit grösserer Dauerhaftigkeit und Tiefe, der das ganze Volk aufwühlte. Denn er hatte nicht nur die Arbeiterschaft unter

kleinbürgerlich-sozialdemokratischer Führung, sondern auch die Gross-Bourgeoisie in seinen Reihen, die — obwohl vorher recht verdächtig schwarz-gelb — anfänglich sogar die Führung übernahm und einen nationalen Imperialismus erträumte. Das tschechische Bürgertum setzte sich in den Sattel, eine neue nationale Klasse mit all der Grosstuerei und Korruption installierte sich. Die ganze erste Periode der Republik ist gekennzeichnet durch einen Konkurrenzkampf mit der abgesessenen deutschen Grossbourgeoisie, der mit allen Mitteln der Demagogie und Betrügerei und Unterstützung der beiderseitigen Mittelständler und Sozialdemokraten geführt wurde. Hinter diesen nationalistischen Kulissen ging gleichsam vermummt die Zersetzung der Wirtschaft auch hier ihren Weg und ihr parallel die Desillusionierung der Massen. Der Kampf der Bourgeoisien wird mehr und mehr ein Scheingefecht und erlebt endlich nach dem letzten ernsteren Zusammenstoss, den für die Brandleger bedenklichen Novemberkrawallen 1920, ein Ende. Von nun an tritt die beiderseitige Bourgeoisie gemeinsam im Kampf gegen das Proletariat auf, und nur die Kleinbürger schlagen noch Lärm.

Die Weltwirtschaftskrise hat auch in der tschechoslowakischen Republik das politische Gefüge von Grund geändert. Die alten Koalitionen zerbrechen, die Parteien zeigen schwere Symptome des Verfalls und eine neue internationale Gruppierung scheint sich vorzubereiten. Die Idee der Nationalrepublik hat ihre tragende, politische Rolle ausgespielt. Parallel geht der grosse Wechsel in der aussenpolitischen Funktion der Republik für ihre Brotsklavin, die Entente und vor allem Frankreich. Anfangs — entsprechend der inneroplitischen nationalen Linie, vorwiegend Kettenbund gegen Deutschland — ist sie mehr und mehr Basis der antirussischen Politik geworden. Es wäre verfehlt, in der grossen Kampagne Frankreichs und seiner Vasallen gegen Sowjetrussland nur Sucht nach den verlorenen Milliarden oder Gehässigkeit zu sehen. Zweifellos ist der Feldzug der kapitalistischen Welt aus der ökonomischen Tendenz der Weltwirtschaft nach dem russischer Macht zu erklären, dessen Absperrung die Krisen dieser Wirtschaft verschärft. (Freilich ringt hier noch der Soldat mit dem Kaufmann um die Führung, und scheint in letzter Zeit die Entscheidung zu Gunsten dieses umzukippen.) Beide Arten der Annäherung an das proletarische Russland aber bedingen eine starke Hand gegen das eigene Proletariat und zwingen die verlogene nationalistische Politik zur klassenhaften Umgruppierung, die unter der täuschenden Deckung von nationalen Phrasen unaufhaltsam vor sich geht. Es ist bezeichnend für die Konstellation dieser Zeit, dass die Bourgeoisie hinter nationalen Losungen international, die Sozialdemokratie aber hinter internationalen Phrasen national handelt.

In diesem Milieu, auf einem jahrzehntelang systematisch national verseuchten Boden musste die Bildung der Kommunistischen Partei vor sich gehen, deren erste Bedingung die Internationalität war. Es ist ein schlagender Beweis für die Stärke der Klassenkräfte, dass sie in etwas über einem Jahr die erbliche Belastung von Jahrhunderten überwanden. Der Prozess der Geburt der K. P. musste aber naturgemäss langwieriger und komplizierter werden, weil er erst eine nationale und soziale Ernüchterung voraussetzte, weil erst Massen und auch Führer neu denken lernen mussten.

III.

Der Taumel der nationalen Befreiung machte den tschechischen Arbeiter für die Sprache der revolutionären Wirtschaftszersetzung unempfindlicher. Gleichzeitig aber wurde eben deshalb sein deutscher Klassengenosse im Banne nationalistischer Losungen zurückgehalten. So blieben beide in nationalem Gegensatz zu einander an revolutionärer Reife hinter dem reichsdeutschen Arbeiter erheblich zurück. Dieser Revolutionsverzug bedeutete eine Verlängerung der Lebenszeit der beiderseitigen Sozialdemokratie, die, noch ungespalten, vom Schmutz des nationalen Streits lebte, als in Deutschland schon die mächtige Spaltung (U. S. P.) stattfand. Es war eine Zeit der Phrase, der Impotenz und des Verrats.

Auf diese scheinbare Stagnation folgte eine Periode elementaren Massenerwachens, ein überraschendes Aufholen der Revolution auf das mitteleuropäische Niveau, befördert von der erhöhten revolutionären Temperatur infolge des Vormarsches der roten Truppen im Sommer 1920. Der wirtschaftliche und soziale Druck musste erst einen gewissen Grad erreichen, um die nationalen Widerstände zu überwinden, er wirkte aber eben deshalb um so vehementer. Eine ungeheure Summe von Tatsachen drängte sich in relativ kurzer Zeit in das Bewusstsein der Massen. Jeder kleine Streik war eine grosse Lehre. Was sie in Deutschland in zwei Jahren ver- und gelernt, mussten sie in einem halben bewältigen. Dies bedingte die Schnelligkeit des Umschwungs in der Massenstimmung, die selbst das organisatorische Moment der Revolution, die Bildung einer kommunistischen Partei, überholt hat, bestimmte aber auch den Charakter der Bewegung, die sowohl rasch nacheinander als auch territorial nebeneinander alle Formen der Aktion, alle Phasen der revolutionären Entwicklung zusammengedrängt erscheinen liess. Die Folge dieses jähen Auflohens war einerseits die schamlose Nacktheit des Sozialverrats, der die wissenschaftliche Würde gänzlich verlor, andererseits eine Härte im Auftreten der Konterrevolution, die gleichsam unter höherem Druck eine weitere Beschleunigung erzeugt hat. So war jenes revolutionäre Eiltempo angeheizt worden, das durch spontane Stösse der Masse sich vorgetrieben, sich in einem gewaltigen Ausbruch überhasten und zusammenreissen musste. Der Dezemberstreik ist der Abschluss jener Periode der unzentralisierten Teilkämpfe, er hat den Ausgangspunkt der bewussten kommunistischen Revolution geschaffen, die Massenbekenntnis der Unentbehrlichkeit von Führung und Disziplin, den Massenwillen zur K. P.

Parteigeschichtlich und politisch äussert sich diese Epoche in der tschechischen Partei durch die Auflehnung der Massen gegen die Koalitionspolitik, was den Losungen der „Linken" unter Smeral einen überwältigenden Erfolg gibt und zum Staatsstreich der Bonzen, zur Vertagung des September-Parteitages und zur Spaltung führt. Die Linke hält den Parteitag ab und konstituiert sich mit der grossen Mehrheit der tschechischen Arbeiter als eigene Partei.

Demgegenüber hatte die Reichenberger linke Richtung in der deutschen Partei am Karlsbader Parteitag ein Kompromiss geschlossen und war in den Parteischoss zurückgekrochen. Im revolutionären Kräfteparallelogramm des deutschen Arbeiters fehlte die gegenrevolutionäre Komponente des Staatsbewusstseins, die für den tschechischen Arbeiter sowohl als Partei als auch als Individuum grosse politische und

psychologische Umstellungen erforderte. Daher konnte die Stellung jener deutschen Arbeiter, die den Nationalismus überwunden hatten, (es waren relativ wenige) von vornherein viel prinzipieller und klarer sein als die ihrer tschechischen Klassengenossen. Dies findet seinen Ausdruck in einer Entwicklungsdifferenz des tschechischen und des deutschen klassenbewussten Proletariats der Republik, die bestimmend für die Taktik Reichenbergs werden musste. Während die revolutionären Energien der tschechischen Bewegung noch vollkommen im Streit um die Koalitionspolitik gebunden waren, kämpfte man in der deutschen Partei, die, weil aus der Staatspolitik ausgeschaltet, nicht vor derartige konkrete Prüfungen gestellt war, schon um die Thesen der III. Internationale. Das Karlsbader Kompromiss war nicht mangelnde Tatkraft, sondern revolutionäre Selbstbeschränkung, eine taktisch notwendige „Kreuzungshaltestelle" der deutschen Kommunisten, die es nicht riskieren konnten, im tschechischen Proletariat durch zu scharfes Vorprellen nationale oder staatliche Gegenkräfte zu wecken. Die revolutionäre Entwicklungsdifferenz bestimmte aber auch den Charakter der beiderseitigen linken Parteien und damit die Aufgaben der Kommunisten hier und dort. War der tschechische Weg, die Abspaltung der Ministersozialisten und Bildung einer Massenpartei von U. S. P.-Charakter, der normale, so ist es nur Ausnahmsverhältnissen zuzuschreiben, dass die deutsche Partei mit Rechtsbonzenführung und Gewerkschaftstross direkt in die prinzipiellen Debatten stürzte und daher durch die Schärfe, doch geringe Zugkraft der Theorie für die Massen, weit links gespalten wurde. Der Schwerpunkt der Revolution in der Republik lag damals zweifellos bei den tschechischen Kommunisten, die — teilweise in der Leitung der neuen linken Partei — die Aufgabe hatten, durch konsequent revolutionäre Politik die Verzögerung der tschechischen Bewegung auszugleichen, die Partei zu einer kommunistischen zurechtzuhämmern und die deutschen Linken in ihrer schweren Situation durch unzweideutig internationale, revolutionäre Aktionen zu Hilfe zu kommen. Statt dessen lenkt Smeral schon am Parteitag, nach der zweifellos geschickt inszenierten Trennung von Rechts, in jene opportunistischen Bahnen ein, die über Scheintätigkeit und Tatlosigkeit, Parteibüchelzählerei und krampfhafter Sorge um den Parteibesitz endlich zum ungewollten Zusammenstoss, dem Dezemberstreik, führen.

Es ist bezeichnend für jene Epoche des elementaren Erwachens der Klasse zur Revolution, dass diese offenbare Katastrophe der opportunistischen Taktik gleichzeitig ein mächtiger Sprung in der Entwicklung zur Revolution bedeutet, die Selbstregulierung ihres Tempos und die Geburtsstunde der kommunistischen Partei in den Massen. Es ist jene Zeit des Vorwärtsdrängens, Sammelns und Zusammenfliessens, da Taktik überhaupt etwas Sekundäres zu sein scheint und der Prozess selbst die Hauptsache, da jede taktische Finte, sei es die gegenrevolutionäre oder die falsche eigene, mit fortgerissen wird, und jeder Baumstamm, der den Strom zurückdämmen soll, seine Wucht verstärkt. Der Dezemberstreik ist der Abschluss jener Epoche. Er hat die Gesellschaft bis auf die Grundfesten gespalten, die Masse aufgerüttelt und sich gegen die vereinte internationale Meute der Gegenrevolution, jene Reife und Entschlossenheit, erkämpfen lassen, die ihr noch fehlte. Das tschechische Proletariat hat in den blutigen Kämpfen und grausamen Verfolgungen im Dezember und Januar den Vorsprung des deutschen, die „Entwicklungsdifferenz", ein-

gebracht und der gemeinsame Kampf hat beide verbunden. Damit war aber gleichzeitig die Notwendigkeit der Selbstbeschränkung der deutschen Kommunisten beseitigt, der tschechische Arbeiter hatte seinen revolutionären Platz gefunden und konnte ein scharfes Losgehen des deutschen nicht mehr national empfinden. Es galt nun, die revolutionäre Frucht der Kämpfe taktisch, organisatorisch zu realisieren. Die K. P. war reif, ihre Schaffung nicht mehr ein Problem der Entwicklung der Masse, sondern der Taktik der Führung.

IV.

Mit der Beendigung des Dezemberstreiks war die Revolution in der Republik zweifellos in ein anderes Stadium getreten. Die latenten Energien hatten sich im Sommer gelöst, es war eine stürmische Epoche des Massenerwachens eingetreten, jenes „Aufholen der Revolution" auf mitteleuropäisches Niveau, das sich endlich im Generalstreik überkollert und ausgeglichen hat. Diese Periode hat eine grosse Bresche in den bürgerlichen Bau geschlagen, viel Menschen, Gedanken, Aktionen verschiedener Reife zusammengeworfen, das Rohmaterial der Revolution. Es musste ihr eine Zeit der Verarbeitung und Verinnerlichung folgen, der Auswirkung jener Massenerlebnisse, vor allem gekennzeichnet durch die Kristallisation der internationalen K. P. Es ist jene zweite Phase, bei der infolge der Komplikation der Aufgaben (die nicht mehr einfach „Revolutionierung", sondern das organisatorische und willenmässige Sublimat dieser Revolutionierung bedeuten) die Taktik der Führung an Bedeutung sehr steigt, jene Periode, die auf dem dialektischen Hintergrund der steigenden Wirtschaftskrise und weltpolitischen Konflikte den Sturmtrupp schaffen muss, der das Proletariat in der sich ankündigenden dritten (taktisch schwierigsten) Etappe, dem Bürgerkrieg führen soll. Selbstverständlich kann diese Einteilung in „Phasen" keine exakte Takteinteilung der Revolution bedeuten, sondern nur den Versuch einer zeitlichen Erfassung zwischen bedeutenden Grenzen, deren einzelne „Perioden" nicht nur weit ineinander übergehen, sondern auch ständig nebeneinander stattfinden, da der Weg neuerwachender Massen im allgemeinen ähnlich läuft.

Obwohl derzeit noch nicht abgeschlossen (und auch die organisatorische Fertigstellung der internationalen K. P. schliesst sie noch nicht ab!), kann diese „zweite Phase" schon vollkommen überblickt werden. Gewinnt die Revolution in der tschechoslowakischen Republik durch die nationale Zweiteilung und doch wieder zwangsläufig internationale Koppelung ein kompliziertes Gepräge, so ist vor allem dieser zweite Teil interessant, da er recht eigentlich den Mechanismus im Werden, die Vereinigung des Proletariats nach dem gehemmten Vorwärtsdrängen und vor dem geeinten Marsch zeigt. Es ist verständlich, dass hier die Taktik jedes Teil schwieriger und für sich allein nicht verständlich werden muss, dass aber auch die einzelnen Faktoren der Entwicklung durch Spiel und Gegenspiel anders und charakteristischer zur Entfaltung gebracht werden als in der Geschichte einer national einheitlichen Arbeiterklasse. Die Beobachtung muss hier sowohl für die Soziologie der Politik und Partei, als auch rein taktisch interessante Ergebnisse zeitigen.

Die revolutionäre Position der tschechischen Linken nach dem Dezemberstreik war trotz aller Verluste, Verfolgungen und Einkerke-

rungen – so widersinnig es klingen mag — günstig: Der ungeheure Aufmarsch der Klassen hatte die grosse, noch unbewusste Masse aufgerüttelt, die „Rechte" war vor der Arbeiterschaft in ihrer gegenrevolutionären Rolle völlig entlarvt. Andererseits schien die Stellung der deutschen Linken, mangels einer eigenen Parteiorganisation, bei der durch die tapfere Solidarität mit den streikenden tschechischen Arbeitern unmittelbar akut gewordenen Spaltung sehr ungünstig, hatte doch auch die Rechte den Vorteil, dass der „fremde" Streik ein „Bruderkampf" der tschechischen Parteien und ausserdem — misslungen war, während ihr eigener Streikbruch den Augen der Masse nicht so offen lag. Dennoch hat sich die Lage im Lauf zweier Monate gänzlich verschoben. – Während Smeral ängstlich über die Halben und Halbundhalben wachte und es mit unglaublicher Geschicklichkeit trotz der Verlockungen der 2½ Internationale zuwege brachte, die Kämpfe ohne Verlust eines Parteibuchels zu überdauern, während er seine vermeintliche Aufgabe, jede Absplitterung zu verhüten, überraschend löste, die klärenden Einflüsse des Kampfes paralysierte und die Partei wieder in den Zentrumssumpf zurückzog, — nahm Reichenberg kühn den Kampf auf, zwang die Bonzen zur Spaltung, rief die Massen zur Gründung der K. P. auf und baute in überraschend kurzer Zeit einen Parteiapparat aus. Es ist nur der Kühnheit und Kraft dieses Vorgehens zuzuschreiben, dass ein grosser Teil der klassenbewussten deutschen Arbeiter sofort der kommunistischen Losung folgten und nach einem Monat beispiellos erfolgreicher Arbeit Mitte März in Reichenberg die K. P. (Deutsche Abteilung) gegründet werden konnte.

Der taktische Schwerpunkt der Bewegung war auf Reichenberg übergegangen. Die Massen der tschechischen Arbeiter horchten auf, und die Opposition gegen die „elastische" Politik Smerals, getragen vom Brünner Proletariat, gewann an Boden. Die Reichskonferenz der tschechischen Linken im März bedeutet eine Absage an die opportunistische Zögerpolitik und eben in der Verschiebung des Parteitags auf Pfingsten (um Zeit zur zielklaren Werbearbeit zu gewinnen) eine energische Kursänderung. Gerade dieser Abschnitt zeigt wieder deutlich die Eigentümlichkeit der zweinationalen Entwicklung der K. P. War es noch im Sommer 1920 das rapide Vordringen des tschechischen Proletariats, das die theoretischen Debatten der deutschen Partei mit revolutionärem Leben füllte, so ist es jetzt die Kühnheit der deutschen Kommunisten, die die tschechischen Massen vorwärts reisst und ihnen den Prozess der Ablösung von den Halbkommunisten, das letzte Zögern vor der Revolution erleichtert.

V.

Die parallele Taktik der beiden „Linken" seit dem Dezemberstreik, die geradezu das Gegenteil der damals registrierten „Folgen" erzeugte, beweist deutlich, dass der statische Begriff der „Folgen" rein äusserlich ist, dass man höchstens von Dispositionen sprechen kann, Spannungen, Ansatzpunkten der revolutionären Politik, die erst die wahren „Folgen" realisiert, dass diese Politik unbedingt in die Beurteilung mit hinein gehört. Die revolutionäre Politik nimmt dieses aktive Moment in ihr Urteil auf, das damit schon über sich selbst hinauswächst zum Willen, — setzt die Tat an die Stelle der fehlenden Prämisse und realisiert so den revolutionären Inhalt der Epoche. Der Opportunismus hingegen klebt ängstlich an

einzelnen „Folgen", an sich nichtssagenden Zahlen und starrt tatenlos die drohende Schlappe solange an, bis sie wirklich eingetreten ist.

Die Art der Auswertung der Dezemberkämpfe kann direkt als ein taktisches Schulbeispiel bezeichnet werden, um so mehr als sich beide Kurven, die opportunistische Smerals und die revolutionäre der Reichenberger in dasselbe zeit-örtliche Koordinatensystem eintragen lassen. Es soll versucht werden, in nachstehender Zusammenstellung eine schematische Uebersicht des Werdens der K. P. in der Republik zu geben.

	Tschechische Linke.	Deutsche Linke.
Sommer 1920	Praktischer Kampf in der sozialdem. Partei gegen die Koalitionspolitik. **Ergebnis:** Abspaltung der Rechten, linke Massenpartei.	Theoretische Arbeit in der deutschen Partei (Frage der dritten Internationale). **Ergebnis:** kleine, theoretisch klare Gruppe der „Reichenberger" in der Partei.
September	**Parteitag** der „Linken", Einlenken, Zögern, Sichern der Zentrumselemente.	
Oktober	**(Der taktische Schwerpunkt liegt bei Smeral.)**	**Parteitag** der deutschen Partei: Karlsbader Kompromiss, erzwungene „Haltestelle". (Abhängigkeit von der Politik Smerals.)
November	Aktionslosigkeit, Trachten nach Ruhe, um die Partei auszubauen.	
Dezember	Stolpern über den Volkshausstreit in den Generalstreik.	Entschlossene Solidarität im Streik.
Jänner 1921	**Ergebnis des Streiks:** Revolutionierung, Klärung und Zusammenschluss der Massen. Günstige Stellung gegen die Verräter der „Rechten".	**Ergebnis des Streiks: „Hinauswurf"** aus der deutschen Partei, Isolierung Reichenbergs, Fehlen eines Parteiapparats, schwache Stellung gegen die Rechte.
	(Die schwache Verbindung scheint unterbrochen, beide Gruppen arbeiten für sich, ohne sich taktisch stärker zu beeinflussen.)	
Februar	Zeit gewinnen, Beruhigen, Parteimarken zählen, ängstliches Verhüten einer Absplitterung. **Ergebnis:** Auseinanderfallen der Aktionen, Aktionsunfähigkeit. Wachsende Opposition.	Kühne Aufnahme des Kampfes. Aufbau der Parteiorganisation. Wachsender Einfluss auf die Massen. (Der Schwerpunkt gleitet herüber.)

	Tschechische Linke.	Deutsche Linke.
März	Reichskonferenz: Aufraffen der kommunistischen Opposition, Absage an Smeral. (Merklicher Einfluss Reichenbergs.)	**Parteitag:** Gründung der kommunistischen Partei (D. O.). (Uebernahme der Führung im Kampf um die internationale K. P.)
April	Umschwenken der Zentrumselemente unter dem Motto „Disziplin".	(Gefährliche Spanne.)
Mai	Parteitag: Gründung der K. P. (C. Akt).	

Vereinigung zur internationalen kommunistischen Partei.

Damit ist der Versuch gemacht, die Wirkungen der revolutionären und der opportunistischen Taktik (hier der Erkämpfung der K. P. und des Versuchs, sie zu erschleichen), wie sie nebeneinander in derartiger Handgreiflichkeit wohl selten vorkommen dürften, durch einen tabellarischen Vergleich zum Ausdruck zu bringen. Sicher besitzt eine derartige Zusammenstellung Mängel, Ereignisse passen nie ganz in die gedanklichen Schemata, die spitzfindig erscheinen mögen. Doch letzthin sollen sie ja nicht Dogma sein, sondern Hilfskonstruktionen, die uns Schlüsse über die weitere Entwicklung ermöglichen.

Dass die internationale K. P. kommt, ist sicher, ihre Gründung liegt auf einem viel weiter gespannten geschichtlichen Bogen. Unsicher ist freilich noch, wie sie kommt, sowohl dem revolutionären Inhalt als auch der Organisation nach. Konnte es vor der Märzkonferenz der tschechischen Partei noch möglich scheinen, Smeral und die Zentrumselemente zu eliminieren, so scheint es heute sicher, dass sie unter der Flagge der „Disziplin" in die neue Partei mitsegeln werden. Dies stellt eine grosse Gefahr für deren Klarheit und Tatkraft dar und bedingt ein neuerliches schwieriges Ausgären, schwächende innere Schwierigkeiten, die trotz der organisatorischen Zusammenfassung die gefährliche Spanne vor dem Bestehen einer wahrhaft schlagkräftigen Partei verlängern. Der Einfluss Smerals beginnt sich übrigens nun, nachdem er taktisch Schiffbruch gelitten, organisatorisch zu äussern, indem er den Gedanken getrennt nationaler Organisationen in den gemischtsprachigen Gebieten propagiert bei „gemeinsamem Oberbau", eine opportunistische Massnahme reinsten Wassers, die der internationalen K. P. die Wurzel in den Massen nehmen müsste. Ausserdem ist seitens der Führung eine zähe Sabotage aller Massnahmen fühlbar, die auf die Vereinigung der Parteien hinzielen.

Der Pfingstparteitag der tschechischen Linken ist der nächste Markstein auf dem Weg zur internationalen K. P. Er wird zeigen müssen, ob trotz der opportunistisch-weichlichen Taktik ihrer Führung die tschechischen Massen die Lehren des Dezemberstreiks verarbeitet haben, ob sie heute schon die Reife und Entschlossenheit besitzen, diese Führung zu beseitigen. Die Gründung der K. P. auf dem Papier ist wohl sicher. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es hier noch einen

grossen opportunistischen Augiasstall zu räumen gilt. Die Verzögerung dieser Arbeit wird immer kritischer, da die rapide Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Katastrophe Mitteleuropas dem Proletariat der Republik keinen Extraurlaub geben wird zur revolutionären Toilette. Die grosse Metallarbeiteraussperrung in Nordwestböhmen der mächtige Landarbeiterstreik in der Slowakei, der hirnverbrannte Versuch nationalistischer Kreise, an den „Sanktionen" teilzunehmen, sind nicht nur Vorboten der herannahenden grossen Offensive des Kapitals, sondern auch Flammenzeichen der kommenden neuen Periode der Revolution, da die Unfähigkeit und Ratlosigkeit der Bourgeoisie das Proletariat zwingen, selbst offensiv zu werden und in den Bürgerkrieg einzutreten. Die Schicksalsfrage wird sein, ob es dies mit einer kampfstarken K. P. zu tun in der Lage ist oder nicht.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Die kommunistische Bewegung in Frankreich.

Von E. S.

I.

Es wäre vermessen, in einem kurzen Ueberblick den Grund und die eigentümlichen, aber sehr charakteristischen Nuancen der kommunistischen Bewegung in Frankreich erschöpfend schildern zu wollen.

Nicht minder gewagt wäre eine übereilte, zu strenge und zu formelle Beurteilung. Denn die Gärung in der Arbeiterschaft Frankreichs ist so gross, so allgemein, dass, was heute festzustehen scheint, sich morgen ändert, so dass das Verhältnis der Kräfte täglichen Schwankungen unterworfen ist, während gleichzeitig die Konsolidierung bestimmter Tendenzen zu beobachten ist.

Trotzdem kann man jetzt schon sagen, dass das Wiedererwachen des französischen Proletariates sich unter dem Zeichen der kommunistischen Aspirationen vollzieht, als eine wahre Sturm- und Drangperiode der Arbeiter nach Moskau hin. Die kommunistische Bewegung in Frankreich besitzt alle charakteristischen Merkmale einer unleugbaren Massenbewegung, und diese Tatsache erklärt vollauf den häufig noch zu konstatierenden Mangel an Klarheit der Ideen, das Fehlen klarer Methoden, festen Zusammenhanges und rigoroser Disziplin in den Organisationen. Sind doch die französischen Arbeiter erst seit kurzem dem Nebelchaos des bürgerlichen Einflusses entronnen.

In ihrem Bemühen, zum Bewusstsein ihrer selbst zu gelangen, sich als Klasse zu begreifen, deren Interessen und Bestrebungen in unvereinbarem Gegensatz zu denen der herrschenden und unterdrückenden Klassen stehen, unternehmen die französischen Arbeiter zum ersten Male einen gigantischen vereinten Kampf gegen die Agenten, die die Bourgeoisie in ihren eigenen Reihen unterhält und inspiriert, gegen ihre Führer und Funktionäre, die bisher allmächtig waren und sich einer seltsamen Unantastbarkeit hinsichtlich der Kritik seitens der Arbeiter erfreuten.

Die Arbeitermasse selbst, bis zu den unwissendsten und darum am meisten vernachlässigten und hilflosesten Elementen, die der geführten Propaganda am unzulänglichsten waren und — weil am stärksten ausgebeutet und unterdrückt, auch am elendsten sind, — diese Masse setzt sich in allen ihren Schichten in Bewegung, um drohend auf der Szene der Ideenkämpfe zu erscheinen, der nicht minder praktischen, wie theoretischen und doktrinalen Diskussionen. Mit dem sozialistischen und syndikalistischen Opportunismus Unzufriedene und gegen denselben Protestierende gab es seit langem. Sie waren aber unorganisiert oder bildeten kleine, auseinanderstrebende und isolierte Gruppen ohne gemeinsames Programm. Meist genügte der Wechsel einiger Personen in den leitenden Stellen, um vorhandene Oppositionen zum Schweigen zu bringen.

Heute haben wir es mit einem Lawinen gleich wachsenden Strom zu tun. Heute stürzt sich die Masse selbst in den Streit. Die Arbeiter sind an den Auseinandersetzungen interessiert, sie reden nicht mehr von „Missverständnissen" und „persönlichen Streitigkeiten". Diese Masse ist nicht mehr die von früher, die schweigend zuhört und blind die Rezepte und Wundermittel der Schönredner akzeptiert; sie sucht selbst den Weg, sie grübelt und fragt, sie wird zornig und schimpft, sie müht sich ab, um die Finsternis zu durchdringen und sich Rechenschaft zu geben von der schwierigen Aufgabe, die ihr die nationale und internationale Situation stellt.

Diese Masse diskutiert die konkreten Probleme örtlicher und nationaler Natur, sie diskutiert das Sowjetsystem, die Diktatur, die Prinzipien, die Taktik, die Gewalt, den Terror, der an die Tore klopft, wenn nicht ein kräftiger revolutionärer Vorstoss sein Kommen verhindert.

Der Kommunismus als Idee wie als Lehre und Praxis, seine Methoden des Kampfes gegen den Kapitalismus und der Aufrichtung der neuen sozialen Ordnung, die Diktatur des Proletariates, wie sie in Russland existiert, die Lehren der revolutionären Niederlagen in Ungarn und Bayern, die Rolle der Gewerkschaften heute und in der Zukunft, die proletarische Kultur und die Industrialisierung der Landwirtschaft, das ist das Leitmotiv, das die Konversationen der französischen Arbeiter beherrscht, das ihre Wissbegierde weckt und ihre Furcht und Besorgnis vor dem daherbrausenden Frühling und dem grossen Unbekannten behebt.

In einer solchen Atmosphäre wurde der Kongress der Sozialistischen Partei Frankreichs in Tours abgehalten.

Und ganz naturgemäss wurde der Kongress von Tours das Grab der Opportunisten und die Wiege der neuen revolutionären Organisation.

Obgleich erwartet und vorausgesehen, hat dieses Resultat viele Genossen überrascht.

Die Kommunistische Partei sah sich nach der Erledigung der Opportunisten vor eine ungeheure Arbeit gestellt. Die Reorganisierung der Sektionen und Föderationen erfolgte ohne Schwierigkeiten. Die Föderalkongresse bestätigten die Beschlüsse des Kongresses von Tours.

Diese Arbeit der Wiederaufrichtung der Föderationen und der Reorganisation des ganzen Parteiapparates geschah unter einem von der Bourgeoisie und den bisherigen Freunden unterhaltenen mörderischen Kreuzfeuer. Der Kampf war hart. Man musste sich verteidigen und die eben geborene Kommunistische Partei vor der Raubgier der Geier der Bourgeoisie und dem Banditentum der „Dissidenten" retten. Die Partei hat alle Hemmnisse überwunden.

Ohne eine Minute zu zögern, stürzte sie sich in die kommunistische Propaganda und Agitation unter den Arbeitern. Wurde sie dort mit Vertrauen und Begeisterung empfangen? — Ohne Zweifel. Zehntausende der Partei zuströmende neue Mitglieder, die beseelt sind von dem einen Gedanken, die Revolution zu machen, weitere Zehntausende ausgezeichneter Proletarier, die zum Beitritt entschlossen sind, wenn sich die revolutionäre Orientierung der Partei als dauernd erweist, die proletarischen Sous, die in die Kasse der Partei fliessen — eine in den Annalen der früheren Jahre unbekannte Tatsache, die Steigerung der Auflage der „Humanité", die allein in Paris in 50 000 Exemplaren verkauft wird, die Herausgabe von Wochenschriften in den Departements und Arrondissements, diese wenigen Tatsachen beweisen, dass die Partei mit Riesenschritten marschiert. — Ihre täglich enger und unlösbarer werdenden Beziehungen zu den kommunistischen Jugendorganisationen und den revolutionären Syndikalisten, der bewunderungswürdige Eifer, mit dem sie zahllose marxistische Propagandaschulen aus dem Boden stampft, ihre „Voix Paysanne" (Stimme des Landmannes), die die kommunistische Idee in die entlegendsten Bauernhütten trägt, die Flugblätter, die der Parteivorstand herausgibt und in Tausenden von Exemplaren verbreitet, ihre Meetings, Versammlungen und Konferenzen zeigen ein für alle Mal, dass die Kommunistische Partei Frankreichs entschlossen ist, den ruhmreichen Namen der französischen Arbeiter wiederherzustellen und sich der alten Revolutionäre von 1848 und 1871 würdig zu erweisen.

Natürlich ist die Erneuerung noch nicht vollendet. Bald hier, bald dort zeigten sich die Spuren alter Gewohnheiten, und vielerorts sind diese Gewohnheiten heute noch nicht überwunden. Es wurden Fehler gemacht. Ernster aber ist das Schweigen der Partei bei Gelegenheiten, wo sie verpflichtet wäre, laut ihre Stimme zu erheben. Das Zentralorgan der Partei, die „Humanité", ist bemüht, ein Organ des kommunistischen Kampfes zu werden. Noch immer aber findet man in ihren Spalten Artikel, die an der Oberfläche der Geschehn-

nisse verweilen, anstatt jene durchdringende Kritik zu üben, die ein feuriger Appell zur Revolution sein würde. Die kommentarlose Wiedergabe von Informationen ist unserer Meinung nach gleichfalls wenig geeignet, die kommunistische Propaganda zu fördern. Die Klassenseite der Ereignisse ist nicht herausgearbeitet, und die herzbeklemmende Zaghaftigkeit bei der Präzisierung der dringlichen Aufgabe und der äusserst schwierigen Rolle, die die gegenwärtige internationale Situation dem französischen Proletariat zuweist, zeigen uns, dass hier noch viel zu wünschen ist.

Ein anderer überkommener Fehler, der aber jetzt zu einer gefährlichen Schwäche wird, sind die zahllosen unabhängigen Publikationen, die, wenn sie auch von tüchtigen Genossen ausgehen, doch einheitlicher Direktiven und ernsthafter Kontrolle seitens der Partei entbehren. Dieser Zustand der Dinge begünstigt ausserordentlich das Fortleben unklarer Ideen, wie intellektualistischer, individualistischer Neigungen. Er stört die Arbeit der Disziplinierung der Gehirne, des Willens und der Handlungen und vergeudet darüber hinaus unnützerweise Kraft und Mittel. Noch immer müssen wir konstatieren, dass das „Journal du Peuple" als Parteiorgan betrachtet wird, ohne es in der Tat zu sein. — Wir hätten weiter eine radikale Verbesserung der andern zentralen und provinzialen Publikationen der Partei gewünscht. Endlich wünschten wir, dass Kämpfer, wie der unermüdliche und produktive Kopf Paul Louis ihre Artikel nicht in der durchaus eklektischen Revue „Le Monde Nouveau", sondern in den Revuen der Partei veröffentlichen.

Alle diese Fehler und Schwächen werden von den Mitgliedern der Partei kritisiert. Wir sind überzeugt, dass die Partei sie überwinden wird.

II.

Sie muss sie überwinden; denn die „Dissidenten' suchen nach einer Bresche, durch die sie sich in unsere Reihen einschleichen können. In der Tat war die Partei nach Tours auf Hindernisse gestossen, die im ersten Moment unüberwindlich schienen. Eine der sehr ernsthaften Schwierigkeiten, die nach den Prophezeiungen aller Bourgeois bestimmt war, die Rolle der Höllenmaschine zu spielen, die die Partei zerschmettern sollte, war der Mangel intellektueller Kräfte, der Mangel an Rednern und Schriftstellern, der Spezialisten des Wortes und der Feder. Zeitweise hat die Furcht, sich von der Priesterkaste der Führer und Spezialisten verlassen zu sehen, viele Köpfe und vielen guten Willen zurückschrecken lassen. Zahlreiche Genossen erkannten mit schmerzhafter Besorgnis, dass diesem Verlassenwerden nicht zu entrinnen war, und sie fragten sich nicht ohne Unruhe: „Was werden wir ohne sie tun?". Denn die Mitglieder hatten sich daran gewöhnt, die Sorge und das Monopol des Denkens den berufsmässigen Kräften zu überlassen und nur auszuführen, was jene beschlossen. — Jeder hatte seinen Lieblingsgötzen. Der eine bewunderte die physische und stimmliche Kraft eines Renaudel, jener das Lächeln Brackes, ein Dritter den Phonographen in Gestalt Paul Faures und ein Vierter den immer sanften Dummkopf Leon Blum; was sie aber nicht sahen, war, dass sich hinter allen das Ungeheuer

„Bourgeoisie" verbarg, das sie inspiriert und sie besitzt, das sie bewegt, und dessen Diktat sie folgen. Die Bourgeoisie wirkt in ihren Gehirnen, sie schmeichelt ihrer persönlichen Ehrsucht und macht alle Fasern ihres Willens vibrieren, indem sie vor ihren unablässig nach einem fetten Posten gierenden Augen ihre Köder auswirft, sie macht sie zu ihren willigen Werkzeugen, die nur mit Worten fortgesetzt drohen. Viele Leiden, unendliche Verzweiflung, zahllose zerstörte Träume, eine aussergewöhnliche Anhäufung von Verrätereien und Wortbrüchen sind nötig gewesen, allzuviele Male musste man sie auf frischer Tat ertappen, bis sie als das gefährliche Gezücht erkannt wurden, das sie in Wirklichkeit sind. Dennoch war es schwer, wenn nicht unmöglich, die Erwägungen und Besorgnisse der Skeptiker zu überwinden. Aber die eigenwillige Dialektik der Geschichte hat auch hier wieder ihre mächtige Ironie bewiesen. Wenn die einfachen, ungelehrten, aber in ihrer instinktiven revolutionären Orientierung gesunden und starken Proletarier es nicht fertig brachten, die Brut der Sozialverräter auf den bürgerlichen Mist zu werfen, so haben diese, mehr aus Angst als aus Ueberlegung, mehr aus Selbsterhaltungstrieb als aus politischem Scharfblick der Partei den Rücken gekehrt, und heulend vor Wut, den fetten Bissen lassen zu müssen, ergehen sie sich in wüsten Drohungen. Noch setzten sie ihre blöde Hoffnung auf die Wirksamkeit ihrer tönenden Worte und bezaubernden Phrasen, sie wiegten sich in der Illusion, auch weiterhin auf die Unwissenheit der Masse spekulieren zu dürfen, die sie seit langen Jahren zu erhalten bestrebt waren.

Ein Glück, dass sie diese nicht mehr gut zu machende Dummheit begingen. Die Masse blieb ihren Rufen gegenüber taub und setzte sich in geschlossenen Reihen zur kommunistischen Partei hin in Bewegung. Eine wahrhafte Ueberschwemmung der Partei durch die Arbeiter — bisher unzufriedene Zuschauer — ist zu verzeichnen.

Und ein natürlicher Drang liess die Zentristen, d. h. Longuet und Renaudel, Paul Faure und Compère Morel in die offenen Arme der Jouhaux und Albert Thomas fliegen. Der „Populaire" erklärte den Kommunisten den Krieg. Alle Philosophie, alles politische Geschick, ihre ganze Kriegskunst, ihr Blut und ihre Seele, alle einstigen Bekanntschaften, Erinnerungen und Gefühle dienten dem einen Ziel: Vernichtung der Kommunisten!

„In dem Kohlenbecken des Pas-De-Calais, den „Gueules Noires" hat sich das Bergarbeiterproletariat seine Meinung über das Werk der russischen Sowjetrepublik völlig unabhängig von der Propaganda der Abgeordneten und im Gegensatz zu diesen gebildet", schreibt der Korrespondent des Pas-De-Calais. — L'Alger konstatiert die Rückkehr der Arbeiterelemente zur Partei, die sich aus Furcht vor dem Neuen und Unbekannten vorübergehend den „Dissidenten" angeschlossen hatten. In Chalon-sur-Sâone hat eine Versammlung der „Dissidenten" den Anschluss an die Kommunisten beschlossen. In Lyon, Paris, ja selbst in Lille, in Marseille, Toulon, in den Ostpyrinäen, in den Alpes Maritimes, in Saint-Etienne, fast in allen Städten, in allen Arbeiterzentren, wo die „Dissidenten" Versammlungen und Meetings einberufen, enden diese als kommu-

nistische Versammlungen mit dem Ausschluss der Redner der „Dissidenten". In zahlreichen Fällen erfolgt dieser Ausschluss gegen den Willen der kommunistischen Führer und Redner. Die Arbeiter wollen nichts mehr von ihnen wissen. Sie werden „intolerant". All dies spricht dafür, dass die Arbeitermasse fest entschlossen ist, den Klassenkampf rücksichtslos bis zu seinem logischen Schluss — die soziale Revolution zu führen. In ihrer Verblüffung, die ihnen jede Fähigkeit der Beobachtung, des Urteils und des Verstehens der Dynamik der Geschehnisse nimmt, blicken die „Dissidenten" dumm auf diese imposante, natürliche, logische und unerlässliche Entwicklung, die allein die politischen Cliquen der bürgerlichen Demokratie zu überwinden vermag.

Den letzten Rest von Energie, Fähigkeit des Denkens und Empfindens vergeuden sie in Lügen, Verleumdungen und Entstellungen im Kampfe gegen die Kommunisten.

Unfähig, den dichten Nebel zu durchdringen, der den wahren, objektiven, materiellen, fassbaren, fundamentalen Grund verhüllt, der die verschiedenen sozialen Schichten durcheinanderwirft und trennt, um sie als feindliche Klasse einander gegenüber zu stellen, ergehen sie sich in Klagegesängen über das Schicksal des Begriffes „Volk", der heute jeden Sinnes bar geworden ist, es sei denn, man versteht darunter die Mehrheit der menschlichen Wesen, die als Sklaven arbeiten, so dass die Volksinteressen sich mit denen des revolutionären Proletariates identifizieren.

Wie die Besessenen sind sie darauf erpicht, das „Volk" vor der Auflösung zu bewahren, das heisst, das Proletariat zu hindern, die Kanäle zu zerbrechen, durch die das bürgerliche Gift in die Adern der Arbeiter floss, um ihren Willen zu paralysieren.

Seit dem Kongress von Tours ist jede Meinungsäusserung der „Dissidenten" eine Verwünschung. Ihr politisches Glaubensbekenntnis beginnt und endet mit dem Worte „verflucht". Verflucht sei die „Pistole Zinowjews", die „Moskauer Tyrannei", der „Sozialismus der Tartaren", der „Asiatische Sozialismus", die „Mongolische Diktatur". Verflucht seien die „falschen Proletarier, die das rusische Volk unterdrücken", verflucht sei das „unsühnbare Verbrechen der Spaltung", verflucht die „schändliche Demagogie der Fanatiker", die „wahnsinnige Narrheit", die „Barbarei", verflucht sei das „unselige Experimentieren", die „zerstörende Anarchie", die „Provokation der bürgerlichen Unterdrückung", verflucht seien die „Jugendlichen, die begeisterte Reden halten und sogar schreiben", verflucht die „Lümmel", die „Säuglinge" usw.

In dem Moment, wo die Spürhunde des kapitalistischen Staates die kommunistische Jugend in die Gefängnisse warfen, brachten die „Dissidenten" es fertig, durch die Feder einer ihrer Weisheitszähne längst beraubten Dame, in deren Kopf es trotz ihres schönen Namens „Clar" gar nicht klar ist, der bürgerlichen Justiz zu raten, die schlechten Hirten, diese wahren und heimtückischen, aber heuchlerischen Anstifter der revolutionären Propagandabewegung unter den Soldaten gehörig zu strafen.

Die Tränen über den tragischen Bruch der Jahrzehnte alten persönlichen und kameradschaftlichen Freundschaftsbande waren noch nicht getrocknet, als — bald nach Tours — die „Dissidenten" ihre Masken plötzlich fallen liessen.

Mit Hilfe der bürgerlichen Gesetze, und diese selbst missachtend, der wohlwollenden und sympathischen Beihilfe der bürgerlichen Richter und Institutionen sicher, hatten sie einen Plan ausgeheckt, um sich der „Humanité" zu bemächtigen und im Falle des Misserfolges ihr Erscheinen zu sabotieren. Sie erlitten eine Niederlage, auch auf ihren nächtlichen Expeditionen gegen die Buchhandlung der Partei wurden sie geschlagen. Immerhin hatten sie auch Siege zu verzeichnen!!! Als entschlossene Feinde und aus „demokratischer Ueberzeugung" gegen die Minderheiten händelnd, als „treue Beobachter der die Eigentumsverhältnisse regelnden Gesetze und Traditionen", bemächtigten sie sich der Zentralkasse der Partei, mehrerer Provinzorgane und Sektionskassen.

Als die gleichen erbitterten Feinde der Kommunisten traten sie gelegentlich der Wahlen im 2. Sekteur von Paris auf den Plan, wo die Kommunistische Partei die Kandidatur der wegen ihrer kommunistischen Ueberzeugung eingekerkerten Genossen Loriot und Souvarine aufgestellt hatten.

Obwohl sie die Kunst, sich immer elegant, höflich, gewandt und manierlich auszudrücken verstehen, können sie doch nicht ihren Stolz, ihre geheime Befriedigung verbergen, der Kategorie der „europäischen, zivilisierten" Sozialisten anzugehören, und sie verraten in ihren Reden und Artikeln eine phänomenale Verachtung der „rückständigen Kononialvölker". Mit Entrüstung wenden sie sich gegen den Gedanken, der den Revolten der Kolonialvölker, im besonderen der Asiaten gegen die imperialistischen Mächte eine antiimperialistische Bedeutung beimisst. Französische Patrioten bis ins Mark ihrer Knochen, sind sie um marxistische Argumente nicht verlegen, die die Unterstützung der Kolonialrebellen als unbegreiflich und im Widerspruch zur abstrakten internationalen Idee stehend erweisen. Patrioten, Chauvinisten, Streber und Feiglinge — all das hindert sie aber nicht, nach Bern, Luzern, Genf, London, nach Wien zu gehen und dort im Namen der Internationale auf das Wohl der Revolution zu trinken. In jeder Nummer des „Populaire", in dem nicht Longuet, sondern Compère Morel bestimmt, zeigt und beweist dieser die Unmöglichkeit der Revolution. Er missbraucht einen von Marx vor mehr als sechzig Jahren geschriebenen Satz über die Folge der Bürgerkriege und die Niederlagen des Proletariates vor seinem endgültigen Siege, um „ruhiges Abwarten" zu predigen. Er kopiert, sei es wortgetreu oder verbrämt, sämtliche gegen den Bolschewismus gerichtete Broschüren und Artikel Kautskys, er bedient sich der ekelerregenden Produkte aus der Küche des rührenden Duos Burtzew-Hervé, er plagiert den „Temps" und die „Aktion Française" und denunziert unter einer großsprecherischen Geschwätzigkeit über die Vorzüge der Demokratie und des allgemeinen Wahlrechts den Bolschewismus als Zerstörer.

Rechts und links von nicht weniger zivilisierten Syndikalisten flankiert, bilden die „Dissidenten", Renaudel und Thomas einge-

schlossen, eine einheitliche Partei. Deren Doktrin ist aber weder die Longuets (er hat keine, es sei denn die des eifrigen Lesens englischer Zeitungen) noch die Mistrals, sondern es ist die bürgerlich-demokratische Doktrin der Thomas-Jouhaux, die im „Populaire" zum Ausdruck kommt. Und der „Populaire", sekundiert durch den „Peuple", das Organ Jouhaux's, befindet sich in der seltsamen Lage, die gleichen Ideen und Meinungen über alle ökonomischen, politischen und sozialen Probleme zu vertreten, wie die ausgesprochen bürgerliche Presse.

Longuet hat seinen Namen einer Partei zur Verfügung gestellt. Unter den schützenden Zweigen seines Stammbaumes (er fühlt manchmal, dass er nur einen unfruchtbaren Zweig darstellt) finden sich beschränkte Kleinbürger, gierige Streber und berufsmässige politische Charlatane zusammen. Solange Sowjetrussland blockiert war, lehnten sie es ab, dorthin zu gehen, um am Platze selbst das Werk der Revolution zu studieren. Sie besuchten aber alle Hauptstädte Europas und sind seit der teilweisen Aufhebung der Blockade einig in ihren Verleumdungen gegen Sowjetrussland, wenngleich sie es an heuchlerischen Freundschaftsbeteuerungen nicht fehlen lassen. Die französischen „Dissidenten" unterscheiden sich von den Sozialverrätern der andern Länder nur durch eine Eigenschaft, durch ihre grössere Feigheit und Phrasenhaftigkeit, die sich aus ihrer grösseren Beschränktheit erklärt. Compère Morel verzapft Kautskysche Weisheiten, Longuet jammert und wehklagt, Paul Faure deklamiert und flucht, Fanny Clar denunziert, Sixte-Quenin kaut ewig den gleichen Artikel wieder —, und wenn man hinzufügt, dass das Männchen Grumbach der Fachmann für die internationalen Probleme ist und der internationale Kretin Chapiro (der in den Armen des schweizerischen Don Quichote Graber ausgebrütet wurde) den französischen „Sozialisten" die sozialistische Doktrin erklärt, so hat man eine schwache Vorstellung von der Partei der „Dissidenten". Die „Humanité" enthält sich der Kritik einer Partei, die im Sterben liegt. Wir fürchten aber, dass sich hinter diesem Schweigen auch noch die alte Gewohnheit verbirgt, die im Lager des Feindes stehenden persönlichen Freunde zu schonen.

Wir sind überzeugt, dass die Kommunistische Partei Frankreichs kein Bedürfnis hat, sich anzupassen oder Schwierigkeiten auszuweichen, sondern dass sie sie entschlossen überwinden wird. Wir hoffen, dass die Partei ihre Kampfstellung bald noch besser präzisieren wird. Wir hoffen es, weil die Kommunistische Partei Frankreichs in dem Verlauf zweier Monate eine Propaganda von so grosser Kraft entfaltet hat, die alle Genossen in Erstaunen versetzte.

Die Partei steht vor neuen Prüfungen. Immer häufiger spricht man von Mobilisation und militärischen Vorbereitungen. Die ganze Regierungspolitik ist in wenigen Worten charakterisiert: Oekonomische Desorganisation, Spekulationen, Organisation der Armee und der Polizei. Die Partei muss auf der Wacht sein.

Der imperialistische Krieg, der letzte Krieg, der Krieg des Rechts und der Gerechtigkeit, der Befreiung der Völker, der Verteidigung der Wohltaten der Zivilisation und des kulturellen Fortschritts hat mit dem völligen Siege Frankreichs die nicht wieder gut

zu machende Desorganisation seiner Wirtschaft zur Folge gehabt, die sozialen Konflikte verschärft und die dem Kapitalismus eigentümlichen Kalamitäten: Arbeitslosigkeit, Elend, Krankheiten, Räuberwesen, Diebstahl, wahnsinnige Orgien, massenweises Vagabundentum — bewirkt durch den Wohnungsmangel — und als Folge die brutalen polizeilichen Verfolgungen, entfesselt. Das glückliche Frankreich, die Republik, wurde zu einem Riesengefängnis. Das Land Voltaires kerkert jeden Arbeiter, jeden Ausländer ein, wenn nur ein Hauswart das Haar seines Mieters als zu lang und darum gefährliche Ideen verdeckend erachtet. Dahin die Illusionen! Zerstört der Traum ruhiger und friedlicher Evolution, verschwunden der Glaube, den genossenschaftlich-gewerkschaftlichen Embryo in die Cadres der sich vervollkommnenden bürgerlichen Gesellschaft eindringen zu lassen. Die Epoche des Bürgerkrieges zieht herauf. Blutige Zusammenstösse beginnen, die Geister erhitzen sich, deutlich hört man das Klingen der Waffen, die Atmosphäre ist pulvergeschwängert.

Die Schlacht wird heiss sein. Unsere Freunde täuschen sich darüber nicht. Aber sie werden siegen trotz alledem.

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. — Neustädt. Vereinsdruckerei.

Die Internationale

Jahrg. 3 * 1. Juni 1921. * Heft 7

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Zum dritten Weltkongress.

Von Paul Frölich.

Der erste Weltkongreß der Kommunistischen Internationale war eine Demontration. Er rechnete ab mit der Vergangenheit und setzte neue Ziele. Er rief die Massen auf zum revolutionären Kampfe. Er leitete eine Propaganda ein gegen Sozialverrätertum und Menschewismus für die Weltrevolution.

Diese Propaganda hatte angesichts des gründlichen Bankrotts der zweiten Internationale binnen eines Jahres einen Riesenerfolg. Die Proletariermassen strömten der Dritten Internationale zu, alle erfüllt von den Idealen der kommunistischen Bewegung, aber nur ein Teil entschlossen zum Kampfe. Wie Odysseus und die Seinen mit der Herde aus Polyphems Höhle heraus, so versuchten erklärte Gegner des Bolschewismus und der revolutionären Taktik mit den Massen der Proletarier in die neue Internationale hineinzukommen. Sie versuchten, für ihre Schandpolitik Deckung zu finden durch eine unangefochtene Autorität. Sie versuchten zugleich, die Internationale opportunistisch zu verseuchen und sie auf diese Weise als feindliche Macht auszuschalten. Der zweite Kongreß hatte vorzüglich die Aufgabe, diese Versuche zu hintertreiben, indem er den Charakter der Kommunistischen Internationale scharf und hart herausmeißelte und die Pflichten der angeschlossenen Parteien fest umschrieb. Er schuf die organisatorische Basis und den Rahmen für die große internationale Partei.

Inzwischen haben sich Millionen innerhalb dieses Rahmens zusammengefunden. In Deutschland ist eine kommunistische Massenpartei entstanden, in Frankreich und Italien der Bruch mit den Longuetisten und Serratianern vollzogen. In der Tschecho-Slowakei

haben sich kommunistische Parteien gebildet, die große Massen eines tapferen Proletariats umschließen. Die Internationale ist eine Macht geworden.

Es hat sich gezeigt, daß diese stürmische Entwicklung nicht unbedenklich ist. Die Massenanziehungskraft der Internationale ist bereits so stark, daß Elemente von ihr ergriffen werden, die durchaus unerwünscht sind. Die Existenz der Kommunistischen Internationale sagt schon deutlich, daß wir über das Stadium der reinen Propaganda hinaus sind. Sie will eine internationale Kampforganisation sein und allein das gibt ihr die Existenzberechtigung. Eine Kampforganisation aber kann keine Abwiegler, kann niemand dulden, der ständig nach einer Ausflucht sucht, wenn es Aktivität gilt.

Der zweite Weltkongreß hatte sich in seinen wichtigsten Beschlüsen von diesem Gesichtspunkt leiten lassen. Ihre Richtigkeit haben die Beschlüsse erprobt in Deutschland, wo sie einen außerordentlich günstigen Schnitt innerhalb der U. S. P. zustande brachten und eine Partei schufen, die in überraschend kurzer Zeit zu einer Einheit verschmolzen wurde. Wir dürfen nicht vergessen, daß dieses Resultat wesentlich den vielen schweren Erfahrungen des revolutionären Proletariats zu danken ist, seinen Enttäuschungen — dieses Wort in seinem eigentlichen Sinne genommen — über die Führer der rechten U. S. P. Dort, wo diese Erfahrungen noch fehlten, wie in Italien und der Tschecho-Slowakei mußte die Trennung auf Schwierigkeiten stoßen, mußten sich neue Gegensätze zeigen.

War die Hauptaufgabe des 2. Kongresses die Trennung der revolutionären Arbeitermasse von den Opportunisten in den Parteien zu vollziehen, die noch außerhalb der Internationale standen so wagte sich jetzt der Opportunismus in den alten kommunistischen Parteien offen ans Tageslicht. Im Falle Serrati handelte es sich noch um den U. S. P.-Opportunismus, wenn auch die italienische Partei schon der Kommunistischen Internationale zugehörte. In Livorno handelte es sich im Wesen um dieselbe Erscheinung wie in Halle. Aber aus dem Fall Serrati wurde in Deutschland ein Fall Levi. Auch hierbei darf nicht vergessen werden, daß der Fall Levi soweit er die italienische Frage betrifft, schon in der U. S. P.-Frage eingeschlossen war. Levis Gegensatz zur Exekutive hat seinen Ursprung gerade in der Tatsache, daß er auf dem 2. Kongreß mit seiner U. S. P.-Politik nicht durchdrang. Fügte er sich in Halle, so glaubte er die Situation in Livorno günstig für einen Affront gegen Moskau. Er konnte es nicht anders, als daß er seinen Opportunismus überhaupt enthüllte und sich zugleich zum Führer eines rechten Flügels in der Internationale aufwarf.

Die Märzaktion hat die Gegensätze innerhalb der Internationale noch schärfer herausgearbeitet. Es charakterisiert die Opposition gegen die deutsche Märzaktion, und es ist zugleich eine indirekte Rechtfertigung der Märzaktion, daß diese Opposition verbunden mit dem Kampf gegen die deutsche Parteileitung und die deutsche Parteiauffassung einen Kampf gegen Moskau — mit echt antibolschewistischer Tendenz — für die Autonomie der einzelnen Parteien führt. Nicht zufällig war die Autonomie das Feldgeschrei der Hilferdinge in Halle. Der Kampf um die Autonomie ist der Kampf um das Recht — den anderen vorangehen zu lassen, eines Wesensmerkmals des Opportunismus.

Der 3. Kongreß wird der Kampf gegen diesen Opportunismus durchführen müssen. Er ist notwendig, und er wird schwer sein. Schon ist es soweit gekommen, daß der tschechische Parteiführer Smeral, ermutigt durch Levis Angriff, im selben Augenblick, wo er sich für die Kommunistische Internationale entschied, ein in seiner Art kühnes Bekenntnis zum Opportunismus aus Prinzip ablegen und das Wesen des revolutionären Kommunismus vollkommen verleugnen konnte. Das zeigt die Gefahr, und das erzwingt eine unzweideutige Stellungnahme des Kongresses nicht nur gegenüber Smeral, sondern gegenüber dem Opportunismus allgemein.

Dieser Kampf gegen den Opportunismus innerhalb der Internationale wird seine positive Auswirkung in den Debatten über die Taktik finden, die diesmal im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen. Auch dieses Zusammentreffen ist nicht zufällig. In einer Reihe von Ländern — Deutschland, Italien und die Tschecho-Slowakei kommen wohl zunächst in Frage — stehen wir in Kämpfen und vor Kämpfen, die nach der ökonomischen und politischen Situation und dem Kampfbewußtsein der Arbeitermassen zu urteilen, schnell in den Kampf um die Macht umschlagen können. Diese Uebergangsperiode erfordert eine besondere Taktik, sie deckt aber zugleich auch die letzten Schlupfwinkel des Opportunismus auf.

Mobilisierung der einzelnen Parteien muß das Ziel dieser Verhandlungen sein. Aber zum erfolgreichen Wirken der Landesparteien gehört zugleich die Mobilisierung der Internationale selbst. Je näher wir den Endkämpfen, zunächst in Mitteleuropa, kommen, umso klarer stellt es sich heraus, daß sie Kämpfe gegen das Weltkapital und die universelle Gegenrevolution sind. Da muß die gesamte Internationale eingesetzt werden. Sie war bisher ein starker moralischer Faktor im Weltgeschehen. Sie muß eine Kraft werden, die als Ganzes auf dem Blachfelde erscheint. Das setzt eine Re-

organisation, die hinzielt auf die Stärkung ihres Einflusses und ihrer Befugnisse — nicht auf ihre Schwächung.

Gegenüber diesen Aufgaben des Kongresses treten die anderen in den Hintergrund, so bedeutungsvoll sie an sich sind, wie z. B. die K. A. P.-Frage. Diese Hauptaufgaben werden sicherlich zu sehr heftigen Auseinandersetzungen führen, heftiger als alle bisherigen. Daß dem so ist, ist nur der Ausdruck dafür, daß die Aufgaben der Internationale selbst umfassender, spezialisierter, ernster und schwieriger werden. Die Beschlüsse dieses Kongresses werden von starkem Einfluß auf den Gang der Revolution in den einzelnen Ländern sein. Die Größe der Aufgaben dieses Kongresses ist ein Gradmesser für die Reife der Weltrevolution.

Die Krisis in der deutschen Kommunistischen Partei.

Die internationale Bedeutung der deutschen Ereignisse.

Von Karl Radek.

Die deutsche Kommunistische Partei machte während der Märzbewegung viele Fehler. Ihr hauptsächlichster „Fehler" — der unerwartete und ungestüme Uebergang von der Propaganda und Agitation zum aktiven Kampf — hat seine Ursache in der Vergangenheit, für die in erster Linie der rechte Flügel der Partei verantwortlich ist: Levi und Däumig, die früheren Vorsitzenden der Partei, die sie nicht genügend für den unausbleiblichen Kampf vorbereiteten. Als sie nun gezwungen war, zum Schutze der Grubenarbeiter von Mitteldeutschland aufzutreten, mußte dieser ihr Uebergang zur notwendigen Aktion mit einer Niederlage enden. Ihr zweiter Fehler war der, daß das Zentralkomitee der Partei die bewaffneten Arbeiter nicht in seinen Händen hatte, daß es ihnen erlaubte, zu handeln zu einer Zeit, als der Charakter der Bewegung sich noch nicht geklärt hatte und es noch nicht feststand, ob man sich nicht nur auf einen Streik beschränken müsse. Aber auch dieser Fehler war ein Resultat dessen, daß sich mit dieser Angelegenheit bis in die letzte Zeit einer der rechtsstehenden Genossen befaßte. Das Zentralkomitee als solches war bezüglich der konspirativen Seite der Dinge mit deren tatsächlichen Lage nicht vertraut. Was tatsächlich dem jetzigen linken Zentralkomitee als Schuld zugeschrieben werden kann, ist dies, daß es vom ersten Augenblick an nicht verstand, der Bewegung politisch die bestimmte

Form zu geben, und daß es auch jetzt nach dem Kampfe bezüglich ihres Charakters eine ganze Reihe von Fehlern begeht. Die Märzbewegung ist ihrer Art nach das, was die Kriegskunst „aktive Defensive" nennt. Statt den defensiven Charakter dieses dem Proletariat aufgezwungenen Kampfes zu betonen, sprach die Partei von einer Offensive, wodurch sie ihren Gegnern nur ein Mittel in die Hand gab, bei einem Teile des Proletariats den Eindruck zu erwecken, daß die Bewegung künstlich von den Kommunisten hervorgerufen sei. Und wenn jetzt eine Reihe von leitenden deutschen Genossen eine Theorie darüber aufgestellt hat, daß die Partei den Weg zur Offensive einschlagen muß, dann bedeutet diese Theorie eine Abweichung, die nicht genügend mit den tatsächlichen Umständen rechnet. Die Partei wird und muß von der konkreten Lage abhängig kämpfen. Sie kann zur Offensive übergehen, nur wenn sie mit der konkreten Lage rechnet. Ihre Politik hängt nicht nur von ihrem Willen ab, ihre Politik wird nicht auf der Grundlage einer von den Umständen unbeeinflußten, freien Entscheidung des Zentralkomitees geführt. Der Geist der Aktivität, der sich jetzt in den Reihen der Partei bemerkbar macht, der von der Kommunistischen Internationale nur begrüßt werden kann, dieser Geist muß sich vor allem in der Verstärkung der revolutionären offensiven Agitation, in der Hebung des gesamten legalen und illegalen Lebens der Partei, in ihrer immerwährenden Kampfbereitschaft ausdrücken. Nur dann, wenn die ganze Partei und ihre tägliche Tätigkeit von diesem Geist durchdrungen ist, nur dann wird die Partei in Augenblicken notwendiger bewaffneter Aufstände auf der nötigen Höhe sein.

Der Uebergang der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zur offenen Kampfpolitik ist schon an und für sich eine Tatsache von größter internationaler Bedeutung. Das, woran es der westeuropäischen Bewegung mangelt, das sind gerade Parteien, die zum Kampf geeignet, auch wirklich kämpfen und nicht nur Thesen diskutieren, für die Ideen des Kommunismus agitieren und sie propagieren wollen. Nicht nur das Zentralkomitee der deutschen Partei, sondern, was viel wichtiger ist, die Arbeitermassen und die Parteiorganisationen bewiesen ihren Willen zum revolutionären Kampf. Da die Zersetzung des deutschen Kapitals von Tag zu Tag zunimmt, so bedeutet die Entstehung einer kampfbereiten deutschen Partei tatsächlich, daß dadurch schon eine der wichtigsten Voraussetzungen des Umsturzes gegeben ist, und daß somit das erreicht ist, woran es in Deutschland bisher am meisten zum endgültigen Siege des Proletariats mangelte.

Gleichzeitig bewiesen die letzten Ereignisse auch noch etwas anderes: der Uebergang der Partei von der Agitation zur Aktion vollzieht sich nur im Kampf gegen Leute, die wir für Kommunisten, für Genossen hielten, die schon mehrere Jahre, oder wenigstens seit dem letzten Kongreß der Kommunistischen Internationale angehören. Um diese Genossen sammelte sich ein Teil der Organisatoren, Schriftsteller und Abgeordneten der früheren Fraktion der linken Unabhängigen. Dies beweist, daß es sich hier nicht um das Abweichen einer oder zweier Personen handelt, sondern um die Politik einer bestimmten bureaukratischen Schichte, die die Theorie des

Kommunismus annahm, sich aber vor dem Kampf fürchtet. Diese Schichte ist nichts anderes, als der jüngere Bruder der Dittmänner und Dißmänner, die sich sogar vor der Theorie des Kommunismus fürchteten. Das bureaukratische Element in der Partei, das es unternahm, sich öffentlich mit dem Renegatentum Levis zu solidarisieren, bewies, daß es in dem Moment, wenn die Partei gegen den Willen ihrer Bureaukraten entscheidet, bereit ist, die Parteidisziplin zu brechen.

Die deutsche Kommunistische Partei versteht schon, diese Elemente zu zwingen, sich dem Willen der Parteiorganisation zu unterwerfen. Sie erlaubt 17 Personen aus der Parlamentsfraktion nicht, über die Entscheidungen der Partei zu spotten. Sie erlaubt ihren Parteimitgliedern nicht, gemeinsam mit Personen, die wegen Verrats aus der Partei ausgeschlossen wurden, Journale herauszugeben. Sie findet in diesem ihrem Kampfe um die revolutionäre Disziplin die völlige und unbedingte Unterstützung der Kommunistischen Internationale, die sehr gut versteht, daß das, was jetzt in Deutschland vor sich geht, nur die Fortsetzung unseres Kampfes mit dem Zentrum ist. Die Kommunistische Internationale öffnete auf dem II. Kongreß weit ihre Tore für die Arbeitermassen, die sich ihren Losungen anschließen, sah aber bewußt der Gefahr in die Augen, daß mit der Menge der revolutionären Arbeiter auch Elemente in ihre Reihen eintreten können, die sich nur in Worten von den Hilferdings und Crispiens unterscheiden. Da der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale diese Gefahr im voraus erkannte, ergriff er eine Reihe von Vorsichtsmaßregeln. In erster Linie verpflichtete er die sich ihm anschließenden Parteien, von Zeit zu Zeit eine Umregistrierung ihrer Mitgliederschaft vorzunehmen. Vielen erschien dies damals unnötig. Das Ereignis in der deutschen Partei zeigt, daß diese Maßregel am Platze war. Das Proletariat kommt manchesmal in die Lage, seinen Kampf um die Macht unter solch schwierigen Verhältnissen zu führen, daß viele seiner Führer, besonders Leute aus der Intelligenz oder Bureaukraten der alten Epoche, beim Anblick dieser Schwierigkeiten erschrecken und zurückzuweichen beginnen. Und daran ist nichts, sich zu wundern. Die bewußtesten Arbeiter sehen die Schwierigkeiten, ziehen die Folgerungen aus den Fehlern, aber, und dies hat die Entscheidung aller örtlichen Organisationen bewiesen, nur um sie zu überwinden und vorwärts zu streben. Das ist die internationale Lehre der Märzereignisse in Deutschland.

Moskau, 17. Mai.

Leitsätze zur Taktik der Kommunistischen Internationale während der Revolution.

Uebergangsperiode, Teilforderungen, Teilaktion und revolutionärer Endkampf.

(Zu Punkt 3 der Tagesordnung des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.)

I.

In den wichtigsten europäischen Ländern ist die kommunistische Bewegung an einer Uebergangsperiode von besonderem Charakter angelangt. Diese Uebergangsperiode ist dadurch gekennzeichnet, dass die kommunistische Bewegung das Stadium der losen Richtungen und Gruppen innerhalb der sozialistischen Parteien überschritten hat und getragen wird von mehr oder weniger starken und festgefügten kommunistischen Parteien, dass aber noch nirgends diese kommunistischen Parteien die unbestrittene Führung der Mehrheit der Arbeiterklasse innehaben. Diese Uebergangsperiode hat ihre besonderen taktischen Erfordernisse. Die Taktik dieser Uebergangsperiode ist bestimmt durch die allgemeinen Bedingungen und Tendenzen des Kapitalismus wie der Arbeiterbewegung im jetzigen Stadium.

II.

Diese allgemeinen Bedingungen und Tendenzen des Kapitalismus sind gekennzeichnet durch folgende Erscheinungen:

Fortschreitender Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft, fortschreitende Herabdrückung der Arbeiterschaft unter ihre überkommene Lebenshaltung, Anschwellen der Arbeitslosenarmeen, Nivellierung der verschiedenen Schichten der Arbeiter und Angestellten.

Diese Periode fortschreitenden Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft erzeugt auf Seiten der Bourgeoisie die Tendenz, sich zu retten auf Kosten der arbeitenden Massen, durch immer tiefere Herabdrückung, Ausbeutung und Belastung der Arbeiterschaft. Immer breitere Schichten der Arbeiterschaft werden unter das Existenzminimum herabgedrückt, pauperisiert und müssen auf Kosten des Staates unproduktiv erhalten werden.

Gleichzeitig mit dem bewussten Druck des Kapitals auf die Arbeiterklasse, um auf sie alle Lasten des Zerfalls abzuwälzen, wirkt auf die Arbeiterklasse der Mechanismus des kapitalistischen Systems in derselben Richtung: die Geldentwertung, die rapid fortschreitende Kapitalskonzentration, die Handels- und Kreditkrise, der Rückgang der Lebensmittelproduktion usw.

Die Existenz der Arbeiterklasse als Arbeiterklasse wird in steigendem Masse unerträglich mit dem Weiterbestand der kapitalistischen Wirtschaft.

In dieser Periode sind Versuche der Arbeiterklasse, auch nur ihre Existenz als Lohnarbeiter aufrechtzuerhalten, sich ein Existenzminimum zu sichern, immer nur von vorübergehendem und nur teilweisem Erfolg: Im Ganzen und auf die Dauer müssten solche Versuche sich gegen die Grundlage der Arbeiterschaft selbst wenden, zu Hebeln revolutionärer Massenbewegungen werden (Bergarbeiterstreik in England, Landarbeiterstreik in der Tschechoslowakei, Eisenbahnerstreik in Polen usw.).

III.

Dieser Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft ist kein geradelinig fortschreitender und kein nur wirtschaftlicher Prozess.

1. Rein ökonomisch wirken auch im Zerfall des Kapitalismus die Bewegungsgesetze weiter, die bald ein rascheres, bald ein langsameres Tempo des Zerfalls bedingen. Scheinkonjunktur und offene Krise lösen sich ab.
2. Vor allem aber greift in diesem ökonomischen Verfallsprozess die politische Macht der kapitalistischen Staaten ein mit Versuchen, ihn gewaltsam aufzuhalten.

Die Sieger im Weltkrieg suchen sich zu retten auf Kosten der unterlegenen kapitalistischen Rivalen. Drei Methoden sind dabei wirksam. Die erste besteht darin, dass die besiegte Bourgeoisie in die Rolle des Zwischenmeisters für den Sieger herabgedrückt wird, dass sie die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter im Auftrage des Siegers übernimmt und einen Teil ihres Profits an den Sieger abliefert. Diese Kapitalistenklassen haben daher das Bestreben, ihren Profit entsprechend zu steigern, um sich den überkommenen Grad der Ausbeuter der Arbeiter zu sichern. Daraus ergibt sich eine so gewaltige Steigerung der Ausbeutung, dass sie die nackte Existenz der Arbeiter bedroht und wachsende Massen der Arbeitslosigkeit überantwortet.

Die andere Methode besteht darin, dass die Sieger die Kapitalsubstanz der Besiegten ganz oder teilweise aneignen, d. h., Landesteile annektieren und mit ihnen Grundeigentum, Bergwerke, Fabriken usw. rauben.

Die dritte Methode ist die direkte Beteiligung am Industrie- und Finanzkapital der besiegten Länder.

Diese drei Methoden schliessen sich nicht aus, sie ergänzen sich vielmehr.

Weiter sind die überkommenen Methoden der imperialistischen Ausdehnung wirksam, der politischen Beherrschung und der wirtschaftlichen Ausbeutung nichtkapitalistischer Gebiete mit ihrer Begleiterscheinung der Kolonialkriege, der Wettrüstung, der Gefahr des neuen imperialistischen Weltkrieges.

Der deutsch-englische Gegensatz, aus dem der Weltkrieg 1914-18 entsprang, wird ersetzt durch den englisch-amerikanischen Gegensatz, der das Verhältnis der imperialistischen Mächte in steigendem Masse verschärft.

Der dritte Faktor, der in dem kapitalistischen Element der Gewaltsamkeit, der politischen und militärischen, wirkt, ist die kapitalistische Abwehr gegen Sowjetrussland.

Die Abwehr schwankt ständig zwischen den beiden Polen, einen friedlichen Modus vivendi mit dem proletarischen Gemeinwesen zu finden,

an dem die Waffengewalt von aussen abgeprallt ist, und dessen Ausfall als Absatzmarkt (Rohstoff- und Lebensmittelquelle) die Krise in Westeuropa verschärft, und der gewaltsamen Niederwerfung dieses Staates, der durch sein blosses Dasein eine ständige Strömungsquelle revolutionärer Kraft für das Proletariat Westeuropas und für die unterdrückten Bauernvölker des Ostens ist. Alle diese allgemeinen Tendenzen greifen ständig ineinander, durchkreuzen und verstärken wechselseitig.

Die allgemeine Wirkung ist die gegenwärtige Periode des kapitalistischen Zerfalls, ist gekennzeichnet durch völlige politische Unsicherheit, durch eine nicht abreissende Kette politischer Krisen und Katastrophen. Hervorgegangen aus dem Bestreben, den wirtschaftlichen Zerfall aufzuhalten, sind sie die wirksamsten Kräfte seiner Beschleunigung — die kommenden Faktoren des wirtschaftlichen Zerfalls sind jeweils und vorübergehend; episodisch im Inneren des kapitalistischen Staates aber schaffen sie die Möglichkeit sprunghafter Zuspitzungen revolutionärer Massenerschütterungen.

IV.

Die Taktik der Kommunistischen Internationale während dieser Uebergangsperiode muss daher eingestellt sein sowohl auf die Ausnutzung des chronischen kapitalistischen Zerfalls als auf die sprunghaften politischen Krisen, die in jedem Augenblick einsetzen können.

V.

Die allgemeinen Bedingungen der europäischen Arbeiterbewegung sind heute fast durchweg die Einspannung des ausschlaggebenden Teils des Proletariats im festen Organisationsrahmen: die rechtssozialistischen, die zentristischen und die kommunistischen Parteien einerseits, die Gewerkschaften andererseits. Dadurch wird das Moment der spontanen Massenaktion eingeschränkt zugunsten der organisierten und zentralistischen Massenaktion.

Im selben Masse, wie sich die Sammlung und Zentralisierung der revolutionären Kräfte in und durch die Kommunistischen Parteien vollzieht, vollzieht sich auf der anderen Seite die Zusammenfassung der konterrevolutionären Elemente im Arbeiterlager, der rechtssozialistischen und zentristischen Parteien und ihr engerer Zusammenschluss mit der bürgerlichen Konterrevolution der Parteien der 2. und 2½-Internationale. Der breiteste Boden dieser Annäherung sind die Gewerkschaften.

VI.

In dieser Uebergangsperiode ist überall in Mittel- und Westeuropa die Lostrennung der Arbeiterschaft von den rechtssozialistischen und zentristischen Parteien und die Eroberung der Gewerkschaften unter kommunistischer Führung zum Kernproblem der Gewinnung der Führung des Proletariats geworden. Die Voraussetzung für die Führung der Mehrheit des Proletariats ist aber nicht unbedingt die zahlenmässige Mehrheit der Kommunisten in den Gewerkschaften, sondern die Gewinnung des aktiven Teils, der imstande ist, die Führung zu übernehmen.

VII.

Das entscheidende taktische Mittel, um in der Uebergangsperiode die Arbeiterschaft von den rechtssozialistischen und zentristischen Führerelementen loszulösen, ist, dass die kommunistischen Parteien mit der grössten Aktivität und Zähigkeit den Kampf gegen das Versinken der Arbeiter in Not und Elend aufnehmen, in diesen Kampf die breiten Massen hineinziehen, um sie von ihren rechtssozialistischen und zentristischen Führern und Illusionen loszulösen. Die Propaganda und der Kampf um solche Teilforderungen, die bereits der besonderen Lage der Arbeiterschaft entspringen, sind der Hebel revolutionärer Massenbewegungen.

Diese Kämpfe für Teilforderungen müssen ausgewertet werden zur Propaganda der kommunistischen Endforderungen und zur Zerstörung der Illusion der Arbeiterschaft, als ob im kapitalistischen Zerfall eine dauernde Besserung möglich sei.

Die Kommunisten haben insbesondere die Aufgabe, diese Kämpfe über den lokalen oder provinzialen Rahmen hinauszuführen, sie möglichst zu verbreitern und zu verschärfen.

Insbesondere gilt es für die Kommunisten, auch die Arbeitslosen in Aktionen zu führen, die verhindern, dass sie völlig verelendet und entwurzelt werden, und die Schranke niederzureissen, die Arbeitende und Arbeitslose trennt.

VIII.

Die Kommunisten haben in alle proletarischen Massenbewegungen hineinzugehen mit dem Ziel, sie so weit als möglich zu steigern und die Führung zu übernehmen. Die Anfangsparolen von Teilaktionen müssen anknüpfen an das Verständnis der in Bewegung zu setzenden oder in Bewegung befindlichen Massen und an die gegebene Situation. Mit dem Anwachsen des Kampfes nach Umfang und Energie sind die Kampflosungen zu steigern.

Umgekehrt müssen Kommunistische Parteien auch verstehen, wenn die Aktionen in ihrer Entfaltung gehemmt werden, die Losungen einzuschränken und gegebenenfalls den Kampf offen abzubrechen und die Massen geschlossen aus dem Kampfe zu führen.

IX.

Die Kommunisten, indem sie engste Verbindung mit den Arbeitermassen halten, sich aller ihrer Nöte aktiv annehmen, können aber ihre Aktionen nicht in jedem Falle nach den zurckgebliebensten und passivsten Teilen der Arbeiterschaft richten. Sie können sich nicht auf die blosse Propaganda beschränken, bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Massen von selbst in Bewegung geraten.

Sie müssen in zugespitzten Situationen, wo wichtige Interessen des Proletariats bedroht sind, den Massen einen Schritt vorausgehen und versuchen, sie durch ihre Initiative in den Kampf zu führen, auch auf die Gefahr hin, nur Teile der Arbeiterschaft mit sich zu reissen. Niemals sollen errungene wichtige Positionen ohne Kampf aufgegeben werden.

X.

Der Gang der Revolution in der Uebergangsperiode ist nicht so, dass die Arbeiterklasse Schritt für Schritt in gradlinigem Fortschreiten der Bourgeoisie eine Kampfposition um die andere entreissen kann. Auch der Gegner, die Konterrevolution, hat Initiative. Jede Aktion, die nicht zum vollen Ziel der Machteroberung führt, erlaubt dem Gegner, sich fester zu verschanzen, neue Kräfte zu gewinnen, bedroht stärker als zuvor die bereits errungenen Positionen. Jedes Zurücksinken der Arbeiterschaft in Passivität wird abgelöst durch die Aktivität der Konterrevolution.

Darum ist es ein taktisches Hauptgesetz für die Revolution, aus der Defensive in die Offensive überzugehen und die Aktivität der Arbeiterschaft ständig lebendig zu erhalten.

XI.

Der Generalaufstand ist erst das Endglied von Massenaktionen, die zur Ergreifung der Macht führen. Teilaufstände, bewaffnete Teilaktionen können notwendig werden an vorgeschobenen Punkten und in zugespitzten Situationen. Brechen solche Teilaktionen spontan aus, so ist es Pflicht der kommunistischen Parteien, die Führung zu übernehmen, diese Kämpfe offensiv, beweglich und möglichst breit zu führen und die politischen Ziele der Kämpfe entsprechend ihrer Verschärfung und Ausbreitung zu erweitern.

Einzelakte der Gewalt sind in der Uebergangsperiode zweckmässig als notwendige Bestandteile militärischer Aktionen. Sie sind zu verwerfen als Mittel, die die Massenaktionen ersetzen oder hervorbringen sollen.

XII.

Während der Aktionen haben kommunistische Parteien die Pflicht, bei aktiver oder passiver Sabotage einzelner Mitglieder oder Führer alle Massregeln zur Durchführung der straffsten Kampfesdisziplin zu treffen.

XIII.

Es ist Pflicht der kommunistischen Parteien, im Kampfe stehende Bruderparteien durch eigene, der Situation in ihrem Lande angepasste Mittel (Propaganda, Demonstrationen, Aktionen) zu unterstützen.

XIV.

Die V. K. P. D. wie die übrigen kommunistischen Parteien Mittel- und Westeuropas schleppten aus ihrer Vergangenheit noch Traditionen passiver und opportunistischer Einstellungen mit.

Die Märzaktion der V. K. P. D. war, trotz aller Unzulänglichkeit und Fehler, der erste Versuch, mit der Vergangenheit zu brechen und aus eigener Kraft aktiv in den Gang der Revolution einzugreifen, um sie zu beschleunigen und dadurch die Führung der Massen zu gewinnen.

Organisatorischer Aufbau der Kommunistischen Internationale und ihre Beziehungen zu den angeschlossenen Parteien.

(Zu Punkt 6 der Tagesordnung des Moskauer Kongresses.)

Die Zentrale der V. K. P. D. hält an der Auffassung fest, die von ihrer Vertretung auf dem 2. Moskauer Kongress zum Ausdruck gebracht wurde, dass der Sitz des Exekutivkomitees Moskau sein muss, die Hauptstadt des ersten proletarischen Staates. Aber die Zentrale der V. K. P. D. kann nicht umhin, festzustellen, dass sich Schwierigkeiten für die wirkliche Leitung der Kommunistischen Internationale durch die Exekutive ergeben aus den Hemmnissen der Verbindung mit Moskau und aus den Unterschieden, die zwischen den Aufgaben der kommunistischen Partei eines siegreichen Proletariats und den Aufgaben der kommunistischen Parteien in den Ländern bestehen, wo erst um die Diktatur des Proletariats gekämpft wird. Zur Ueberwindung oder Minderung dieser Schwierigkeiten schlägt die Zentrale dem Exekutivkomitee und dem Kongress vor:

1. Die Erhöhung der Zahl der Vertreter der Parteien in der Exekutive, die über 100 000 (einhunderttausend) Mitglieder zählen.

2. Die Entsendung nach Westeuopa und Amerika von vier Mitgliedern der Exekutive, von denen wenigstens zwei der Russischen Kommunistischen Partei angehören. Diese Vertreter hätten zur Aufgabe, das Exekutivkomitee mit den besonderen Bedingungen bekanntzumachen, unter denen die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder zu kämpfen haben und dafür zu sorgen, dass diese Parteien in der engsten, intimsten Verbindung mit der Exekutive verbleiben.

3. Die Exekutive soll in Westeuropa eine in allen wichtigen Sprachen erscheinende Zeitungskorrespondenz herausgeben, die die einzelnen Parteien öfter und schneller miteinander verbinden kann, als dies das Organ der Exekutive zu tun imstande ist: die in Moskau erscheinende „Kommunistische Internationale".

4. Die Exekutive muss dafür Sorge tragen, dass der Verkehr zwischen ihr und den einzelnen kommunistischen Parteileitungen schneller vor sich geht als bisher, so dass die einzelnen kommunistischen Parteien auf ihre Fragen und Anregungen eine prompte Antwort bekommen.

Um das sicherzustellen, wählt der Kongress für den Präsidenten der Exekutive einen Stellvertreter, der seinen Sitz in Moskau haben muss und die Arbeiten des Sekretariats überwacht. Es werden drei leitende Sekretäre bestellt, darunter mindestens ein Vertreter einer ausserrussischen Partei. Der Präsident, sein Stellvertreter, die drei Sekretäre und je ein Vertreter der Parteien mit mehr als 100 000 Mitgliedern bilden das engere Bureau. Die Mitglieder der Exekutive werden, soweit sie sich in Moskau aufhalten, verpflichtet, sich durch nationale Abteilungen an der Erledigung der laufenden Arbeiten der Exekutive und des Sekretariats zu beteiligen.

Die Zentrale der V. K. P. D. hält es für notwendig, dass die Exekutive Stellung nimmt zu allen Aktionsfragen des Proletariats, die Initiative ergreift zu allgemeinen Bewegungen, wie sie z. B. möglich und notwendig wurden durch die Verfolgungen der Kommunisten in einzelnen Ländern, Stellung nimmt zu Fragen, wie die Welle der Arbeitslosigkeit oder die Gefahr eines Wettrüstens zwischen Amerika, England und Japan. Die Kommunistische Internationale ist schon über die Stufe hinaus, wo sie

sich mit allgemeinen Aufrufen begnügen konnte. Sie muss bestrebt sein, die wirkliche Kommunistische Internationale der Tat zu werden, die wirkliche Internationale des gemeinsamen täglichen Kampfes des Proletariats aller Länder. Notwendig ist nicht die Lockerung der Internationale durch Erweiterung der sogenannten Autonomie der einzelnen Länder, sondern die noch straffere Zusammenfassung der Internationale zur gemeinsamen Aktion.

Probleme des dritten Weltkongresses.*)

Von A. Maslow.

23. Mai 1921.

In der vorliegenden Arbeit soll der Versuch gemacht werden, einige der Hauptfragen des Weltkongresses aus einem einheitlichen Gesichtswinkel heraus zu betrachten. So sehr sich auch die Tagung mit praktischen und taktischen Fragen befassen wird — die theoretische Grundeinstellung darf dabei nicht vernachlässigt werden. Einen Beitrag zur theoretischen Erfassung der Aufgaben des Kongresses will diese Arbeit liefern.

I.

Die Weltwirtschaftskrise.

1.

Will man an den Begriff der Weltwirtschaftskrise herangehen, die auf der Tagesordnung des Moskauer Kongresses der Kommunistischen Internationale steht, so muss man sich klar darüber sein, was die Untersuchung leisten soll. Es kann nicht Zweck des Kongresses sein, wieder einmal an Hand von Zahlen und Statistiken zu zeigen, dass es dem Kapitalismus sehr schlecht geht. Ebensowenig ist es Aufgabe des Kongresses, aus Kurven etwa und Vergleichstabellen nachzuweisen, dass die Wirtschaftskrise sich verschärft hat.

Wer den Tagesordnungspunkt „Wirtschaftskrise" so einschätzt, der schätzt den Kongress zu niedrig ein.

Zweierlei muss bei der Erörterung der Wirtschaftskrise geleistet werden. Einmal muss der theoretische Nachweis geführt werden, dass die Wirtschaftskrise, die wir durchleben, keine gewöhnliche, nur lang andauernde Krise des Kapitalismus ist. Es muss die Frage: Krise oder Zusammenbruch des Kapitalismus? be-

*) Da die Redaktion manche Schlussfolgerungen des Verfassers ablehnt, behält sie sich vor, darauf zurückzukommen. Anm. d. Red.

antwortet werden. Fragt man, warum diese Frage beantwortet werden muss, über die sich doch „die Kommunisten" einig sind, so muss man drei Gründe angeben.

Einmal nämlich hat sich im Laufe des verflossenen Jahres ein rechter Flügel der Kommunistischen Internationale herausgebildet, der an die Revolution nicht glaubt. Die Skeptiker des rechten Flügels sprechen ihren Unglauben nicht offen aus. Aber sie geben „theoretische" Aeusserungen von sich (wie etwa Levi in seiner berüchtigten Putschismus-Broschüre), die, ebenso wie ihre Taktik und ihre praktische Politik beweisen, dass sie eine Erholung des Kapitalismus für möglich halten.

Zum anderen aber hat die Kommunistische Internationale bisher noch diese theoretische Lücke offen gelassen. Bis auf eine, die allgemeine Theorie der Uebergangsepoche behandelnde (und ausserhalb Russland noch nicht erschienene) Arbeit Bucharins ist das Problem nicht einmal klar formuliert worden. Diese theoretische Arbeit muss mehr oder weniger der Weltkongress leisten.

Der dritte Grund für die Notwendigkeit der Untersuchung ist dieser: die Untersuchung der Wirtschaftskrise muss das feste Fundament bilden für die Taktik der Kommunistischen Internationale. Der Boden, auf dem sich die Kämpfe der sozialen Revolution abspielen, muss vermessen und mit Landmarken versehen sein. Alle Umstände des Kampfes richten sich nach dem Milieu, in dem sie sich abspielen. Dieses Milieu wird durch die Untersuchung der Wirtschaftskrise gezeichnet.

Der Umfang der Untersuchung ist demnach klar. Es müssen alle wirtschaftspolitischen Momente der Uebergangsperiode (wie man die Periode, das Resultat der Untersuchung vorwegnehmend, nennen kann) betrachtet und gewertet werden. Es muss überdies das Wirtschaftssystem der Welt als Ganzes wie in seinen Teilen eingehend betrachtet werden. Gerade weil es sich um eine kritische Epoche handelt, muss den Teilen und dem, was zwischen den Teilen liegt, den Verbindungen der Teile, grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es muss schliesslich die Tendenz der Bewegung des ganzen Systems beobachtet werden.

2.

Welches sind die Methoden, mit denen die Untersuchung zu führen ist?

Es ist klar, dass man eine Methode anwenden muss, die der Bewegung des Systems, die dem bewegten System angepasst ist, nicht dem ruhenden.

Nun ist für ökonomische Untersuchungen massgebend die Produktion. Aber, da wir nicht die Produktion in einem bestimmten Moment (z. B. in der Uebergangsperiode) betrachten wollen, sondern das Bewegungsgesetz des Wirtschaftssystems, so haben wir uns auf eine höhere Warte zu schwingen: wir werden die Untersuchung aus dem Gesichtswinkel der Reproduktion führen.

Das wird auf den ersten Blick vielleicht als blosse Wortspielerei gewertet werden. Tatsächlich aber ist eine Untersuchung nur von dieser Warte aus möglich. Uns interessiert die Produktion im Moment nur insofern, als sie Glied ist in der Kette der Reproduktion. Nur wenn wir die nächsten Zyklen der Reproduktion (rückwärts wie vorwärts) überschauen, werden wir der Produktion in der Epoche des Uebergangs ihre richtige Stelle anzuweisen verstehen. Und dabei ist Produktion wie Reproduktion nicht zu verstehen in dem primitiven Sinne, als handle es sich nur um Produktion und Reproduktion von Mehl, Maschinen, Tischlerleim, Kokottenstrümpfen, Büchern, Häusern, Aktien, kurz von Waren und Produktionsmitteln zur Herstellung von Waren: wir werden vielmehr gerade während der Uebergangsepoche ganz besonders sorgfältig die Reproduktion von Beziehungen innerhalb des menschlichen Apparates des Wirtschaftssystems zu betrachten haben.

Wir werden also zunächst die Struktur des kapitalistischen Systems und die Bewegungsgesetze der Struktur zu betrachten haben, dann die Reproduktionsfähigkeit dieser Struktur zu untersuchen haben, schliesslich die konkreten Verhältnisse mit unseren theoretischen Gesetzen konfrontieren.

Der Gang der Untersuchung steht somit fest: aus dem Gesichtspunkt der Reproduktion muss das gesamte wirtschaftspolitische System im Ganzen wie in seinen Teilen, sowohl was den sachtechnischen wie auch was den menschlichen Apparat betrifft, auf seine Dynamik hin untersucht werden. Die Struktur wird dabei, einmal erkannt, besonders an den Partien betrachtet werden müssen, wo die „Nähte" der einzelnen Teile des Systems liegen: es ist das nicht anders als bei einer elektrischen Leitung oder einem genieteten Kessel; in kritischen Momenten pflegen die Teile, die mehr oder weniger homogen sind, zusammenzuhalten, aber die Nähte zu platzen. Die Nähte sind also unser Untersuchungsobjekt; und zwar interessiert uns zweierlei:

erstens, welches der Einfluss des Zerfalls des Systems in Einzelteile (des Bruchs der Verbindungen) auf die Bewegung des Systems ist;

und zweitens, welches, umgekehrt, der Einfluss der Bewegung des Systems auf den Bruch der Verbindungen ist.*)

3.

Was ich eben angedeutet habe, möchte ich noch ein wenig ausführen.

Das Bewegungsgesetz des kapitalistischen Systems ist die erweiterte Reproduktion. Der Ablauf des kapitalistischen Geschehens zeigte einen bestimmten Rhytmus der Entwicklung, der

*) Den hier angedeuteten Gedankengang, der sich zum Teil bei Bucharin findet, habe ich in meinen Thesen zur Wirtschaftskrise niedergelegt, die der Berliner Aktionsausschuss dem Berlin-Brandenburger Bezirksparteitag für unseren Delegierten zum Weltkongress vorgelegt hat.

so geschildert werden kann: nach Erreichen einer bestimmten Produktionsbasis strebt das System, die Basis zu erweitern. Die Kosten zur Erweiterung werden aufgebracht durch die periodisch eintretenden Krisen des Kapitalismus, die während ihrer Dauer die Gesetze der Bewegung ausser Geltung setzen (z. B. eine verkürzte, verengerte Reproduktion sowohl in Einzelteilen des Systems wie auch im Gesamtsystem eintreten lassen können). Nach einer mehr oder weniger kurzen „abnormen" Krisenzeit tritt wieder eine „normale" Epoche der Produktion, aber diesmal auf erweiterter Basis, ein.

Unter Produktion und Reproduktion, auch unter Produktionsbasis muss man bei dieser Betrachtungsweise sehr komplexe Begriffe verstehen. Es handelt sich, wenn man von Produktionsbasis spricht, nicht nur um Rohstoff- und Absatzgebiete; „Erweiterung" der Produktionsbasis ist nicht nur Erwerbung neuer Länderstrecken, Bau oder Anschaffung neuer Maschinen oder sonstiger Produktionsmittel. Zur Produktionsbasis gehören auch die menschlichen Apparate, das ganze hierarchische System der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der bürgerlichen Staatsordnung (wenn man die erweiterte Reproduktion des Kapitalismus betrachtet). Es gehören dahin also auch die Verbindungen zwischen den einzelnen Schichten des Menschenapparats: die erweiterte Reproduktion „reproduziert" nicht nur den toten, sachtechnischen, nicht nur den finanziellen Apparat auf erweiterter Basis, sondern auch den menschlichen Apparat. Mögen innerhalb einer Krise des Kapitalismus (z. B. der Revolution von 1848 oder der Commune von 1871) die Verbindungen zwischen den Menschenschichten so gebrochen sein, dass zeitweilig eine Umschichtung stattfand, mag die Hierarchie des Kapitalismus (wirtschaftlich wie politisch) für einen Moment zum Teufel gegangen sein — die Krise war eben nur eine zeitweilige Krise, und der alte Apparat mit seiner alten Hierarchie wurde auf Kosten von Menschenleben und Sachschaden, auf Kosten einer Stockung der erweiterten Reproduktion, ja einer Verkürzung der Reproduktion, doch erweitert wieder geboren.

Es ist, um es vorwegzunehmen, klar, dass der Zusammenbruch des Kapitalismus bewiesen ist, wenn es gelingt, zu beweisen, dass die Bedingungen für eine erweiterte Reproduktion (auf kapitalistischer Basis) fehlen.

4.

Um diesen Beweis zu führen, muss man die Struktur des Systems, das zu untersuchen ist, in der oben erwähnten Weise betrachten. Das kapitalistische System ist oft genug untersucht worden. Immerhin hat Marx die moderne Entwicklung des imperialistischen Kapitalismus nicht erlebt, hat Rosa Luxemburg ihre „Akkumulation" vor der entscheidenden Phase des Weltkrieges geschrieben, hat Hilferding sein „Finanzkapital" nur auf bestimmte Reihen der Entwicklung eingestellt. Die Uebergangsperiode ist noch nicht behandelt. Sie weist aber weitgehende Veränderungen der Struktur des kapitalistischen Systems auf.

Was man vor dem Kriege wusste, das war: dass der immanente Widerspruch des Systems (z. B. der Widerspruch zwischen der Durchorganisiertheit des Weltwirtschaftssystems und dem seinem Wesen nach anarchischen Ablauf der Geschehnisse innerhalb desselben durchorganisierten Systems; der soziale Widerspruch) dieses System in die Luft sprengen würde. Wie diese Sprengung vor sich gehen würde, das wusste man nicht. Die Kriegsjahre und die Nachkriegszeit zeigen uns diesen Prozess.

Der Prozess begann mit einer gewöhnlichen Krise. Tatsächlich war dem Weltkrieg 1914 keine andere Bedeutung beizumessen. Der Sinn des Krieges war klar: er war ein imperialistischer Konflikt zur Erweiterung der Produktionsbasis (einzelner Teile des Systems wie auch des Gesamtsystems).

Das System der durchorganisierten Weltwirtschaft zerfiel zunächst in drei von einander mehr oder weniger getrennte Teile (Ententemächte, Amerika, Zentralmächte). Dass die Reproduktion keine erweiterte Reproduktion war, nimmt nicht Wunder: das ist für „abnorme", für Krisenzeiten eben normal. Es steht dazu nicht im Widerspruch, dass der Krieg fast überall eine wachsende Organisiertheit brachte, eine Durchkapitalisierung bis zum Staatskapitalismus. Es steht auch nicht im Widerspruch zur obigen Behauptung, dass einzelne Teile des Systems (z. B. Amerika, Japan) scheinbar ihre Produktionsbasis gewaltig erweiterten: die Nachkriegswirkungen zeigen, dass die Durchorganisierung des Weltwirtschaftssystems vor dem Kriege schon so weit gegangen war, dass eine Hypertrophie (Verfettung) von Einzelteilen weder vom (im ganzen kolossal abgemagerten) Gesamtsystem noch von den Einzelteilen mehr vertragen wird.

Das Gesamtsystem zerfiel also in Einzelteile. Aber die Einzelteile zerfielen ebenfalls. Gerade die Durchorganisierung während des Krieges ist der beste Beweis dafür, dass die Einzelteile sich kaum auf irgend einer Basis halten konnten: es war die äusserste Konzentration aller Kräfte nötig, um diese Einzelteile des Systems auch nur am Leben zu erhalten.

Und trotzdem zerfielen die Einzelsysteme in sich. Tatsächlich zeigt sich überall der Bruch zwischen Stadt und Land, der in Russland oder Oesterreich den Charakter der Feindschaft annahm.

Aber noch mehr: der hierarchische Apparat, vielmehr eben jene Nähte und Nieten, von denen wir oben sprachen, und die die einzelnen Schichten aneinander banden, fingen an, zu reissen. Der Krieg bewirkte viel mehr eine Verschleissung und Zersetzung des Menschenapparates als des sachtechnischen Apparates. Es sind keine psychologischen Behauptungen, die hier aufgestellt werden: der kapitalistische Apparat ging in seinem Menschenteil mehr oder weniger aus dem Leim, weil die kapitalistische Ideologie gewaltige Stösse erhielt.

Aber alles das würde lange nicht hinreichen, um zu beweisen, dass wir in der Periode des Zusammenbruchs des Kapitalismus leben, nicht nur in einer Krise.

5.

Man muss weiter gehen in der Untersuchung und die Reproduktionsmöglichkeiten betrachten.

Dass die Reproduktion im Weltmaßstabe heute eine verkürzte Reproduktion ist, wird kein Mensch leugnen. Dass sich die kapitalistische Welt bemüht, auch nur einen Stillstand der Verkürzung herbeizuführen, ist ebenfalls bekannt genug. Die Frage ist einfach die: hat das kapitalistische System, so wie es jetzt ist, die Möglichkeit, die Produktionsbasis zu erweitern oder nicht?

Die Antwort folgt aus der konkreten Untersuchung der konkreten Tatsachen.

Hierher gehören all die so oft erörterten Zahlen. Nicht dass die Arbeitslosigkeit gross ist, auch nicht, dass sie immer noch wächst, ist dabei das Wesentliche. Das Wesentliche ist, dass sie, die durch die Krise geschaffen ist, ihrerseits wiederum die Krise verschärft. Die Uebergangsperiode ist die Periode der Wechselwirkungen: Ursache und Wirkung kehren fortwährend ihr Verhältnis um. Die Arbeitslosenfrage z. B. kann vom Kapitalismus nicht gelöst werden. Aber diese Frage verpestet den Menschenapparat des kapitalistischen Systems. Wird der Apparat schlechter, so leidet die Produktion immer mehr. Aber dann wächst die Arbeitslosigkeit wieder auf.

Hierher gehören auch all die Untersuchungen über die imperialistischen Konflikte. Es interessiert hierbei nicht die Frage, in welchem Tempo sich diese Konflikte abspielen werden oder gar abspielen „müssen". Es ist nur zu untersuchen: auf Kosten wessen kann der oder jener Imperialismus die Verkürzung seiner Reproduktion aufhalten oder gar seine Produktionsbasis erweitern.*) Es stellt sich dabei heraus, dass die Erweiterung der Produktionsbasis entweder mit neuem Krieg droht (etwa bei Petroleumkonflikten zwischen England und Amerika, oder bei Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen), also zunächst einmal neue Kosten für die „Erweiterung" fordert, die eine weitere, gewaltige Verkürzung der Reproduktion bringt; oder aber, dass diese „Erweiterung" ein so grosses Loch in die Weltwirtschaft reisst (Annexion des Ruhrbeckens durch Frankreich), dass dieses System den Stoss schon gar nicht ertragen könnte.

Imperialistische Spannungen gibt es übergenug. Aber die Entwicklung ist in ein Stadium getreten, wo die Spannungen zwar immer wachsen, wo aber einer Auslösung immer wieder behutsam aus dem Wege gegangen wird, da die beteiligten Staatsmänner und Kapitalisten die Explosionsgefahr sehr wohl kennen.

Hierher gehört endlich die Wirkung der Krise auf ganz bestimmte Teile des menschlichen Apparates des kapitalistischen Systems. Für die Kommunistische Internationale ist gerade diese Betrachtung die wichtigste. Die Reproduktion des menschlichen Apparats des kapitalistischen Systems ist nämlich auch eine verkürzte Reproduktion.

*) Eine Reihe solcher Konflikte habe ich in meinen Thesen aufgezählt.

Tatsächlich geht die kapitalistische Hierarchie immer mehr in die Brüche. Die zunehmende Revolutionierung des Proletariats ist ein direkter Ausdruck der Verkürzung der kapitalistischen Reproduktion. Selbst wo der sachtechnische Apparat selbständig in Ordnung geblieben ist, wie in Amerika, ist der menschliche Apparat des Systems in Unordnung geraten. Und auch hier ist Wechselwirkung vorhanden: je mehr der Menschenapparat in Unordnung gerät, desto stärker wird auch der sachtechnische Apparat verkommen und seinerseits wiederum auf die Zersetzung des Menschenapparats einwirken.

Hier ist die Stelle, an der methodologisch die Gewerkschaftsfrage zu behandeln ist.

Die Sache liegt nämlich so, dass der Zerfall des Menschenapparats in der Hauptsache die Verbindungen zwischen den einzelnen Schichten trifft, die unter Umständen gänzlich auseinanderreissen (wie in Russland, Proletariat und Bourgeoisie). Die Schichten als Ganzes bleiben mehr oder weniger intakt: die vertikalen Verbindungen hierarchischen Charakters sind gebrochen, die horizontalen aber, die die Schicht oder die Klasse als Ganzes zusammenhalten, kaum.

So sehen wir schon in der Uebergangsperiode die neuen Elemente der neuen Wirtschaft auftauchen: das Anschwellen der Gewerkschaftsbewegung ist kein Zufall, sondern ein natürliches Gesetz. Es ist das, wenn man will, eine Reproduktionserscheinung der Klasse: die proletarische Klasse organisiert sich; es tauchen neue Organe auf (Betriebsräte, Kommunistische Parteien), Zellen der neuen Gesellschaft, die sich schon auf den Trümmern des alten Menschenapparates bilden und das Gerippe des künftigen neuen sein werden.

Aber auch innerhalb des Proletariats zeigen sich Spannungserscheinungen, Schichtungen. Und Sache der Kommunisten ist es, die Verbindungen breiter Schichter mit rückständigen oder gar bürgerlichen Teilen des Proletariats zu zerbrechen.

6.

Die genaue Untersuchung der kontreten Möglichkeiten der Reproduktion führt zur Beantwortung der Frage: Krise oder Zusammenbruch?

Aber die Konzentrationsprozesse (innerhalb des Proletariats, aber auch innerhalb der zielbewusstesten Teile der Bourgeoisie [Orgesch, Grosskapital]) führen zu den Aufgaben der Kommunistischen Internationale. Die Spannungen innerhalb des Menschenapparates des Systems wachsen. Die „Nähte" zwischen den einzelnen Teilen werden immer stärker belastet. Aber andererseits werden bestimmte Schichten immer fester und geschlossener zusammengeschweisst: die Reproduktion der auseinandergefallenen Klassenteile des Apparats schreitet vorwärts, trotz der Schichtungen und Spannungen innerhalb dieser Klassen. Aber diese Reproduktion der Klassen macht eine kapitalistische Reproduktion noch unmöglicher. Und wieder tritt das Gesetz der Wechsel-

wirkung in Kraft: die weitere Verkürzung der Reproduktion erhöht die Klassenspannungen, macht die Klassenunterschiede noch krasser, beschleunigt den revolutionären Zusammenstoss noch mehr.

Freilich, über das Tempo kann man nichts sagen. Das ist auch nicht die Aufgabe der Kommunisten. Ihre Aufgabe, zu deren taktische Schilderung alsbald übergegangen werden soll, ist die der Auslösung der beschriebenen Spannungen und der Sammlung der neuen Elemente des neuen, proletarischen wirtschaftspolitischen Apparats (von dem alten kapitalistischen bleibt nichts übrig als die auseinandergeflogenen Teile des Menschenapparats, die in ganz neuen Gruppierungen wieder zusammengefügt werden müssen).

Aber bevor wir uns den taktischen Fragen zuwenden, sei gesagt, das nach Uebernahme der Macht durch das Proletariat selbstverständlich eine weitere Verkürzung der Reproduktion eintreten wird, bis der proletarische Apparat einigermassen funktioniert (was sehr lange dauern kann), und dass dann allmählich erst die Produktionsbasis wird erweitert werden können.

Will man die Reproduktion von einem ganz historischen Standpunkt betrachten, so wird man dann sagen können, der Krieg nebst der Revolution, also die ganze Uebergangsepoche, sei doch nur eine Krise gewesen, die die Kosten aufgebracht hat für die Erweiterung der Produktionsbasis, freilich nicht einer kapitalistischen.

Die erweiterte Reproduktion triumphiert dann als ein Weltgesetz.

II.

Die Taktik der Kommunistischen Internationale.

1.

Die Erörterungen über die Taktik der Kommunistischen Internationale haben sich von neuem nötig gemacht, weil seit dem vorjährigen Weltkongress der Kommunistischen Internationale sich in Europa eine Anzahl kommunistischer Massenparteien und mit ihnen ein opportunistischer, man kann ruhig sagen: fast menschewistischer Flügel gebildet hat.

Der menschewistische Flügel der Kommunistischen Internationale schenkt sich einfach die Analyse der Wirtschaftskrise, die wir im ersten Teil dieser Arbeit angedeutet haben. Einzelne dieser „Rechten" glauben ganz bestimmt nicht an die Weltrevolution. Andere wissen nicht recht, ob sie glauben dürfen, sind aber von vornherein geneigt, nicht daran zu glauben. Dieser „theoretischen" Einstellung gemäss handhaben sie ihre Taktik.

Aber es wird unter den „Rechten" sicherlich auch noch ehrliche „Kommunisten" geben, solche, die an die Weltrevolution glauben, aber sich die Revolution ungeheuer primitiv vorstellen.

Wenn man die Diskussion über die Märzaktion der deutschen Kommunisten verfolgt hat, wird man häufig genug das Argument gehört haben, man habe „nicht genug gewartet und im falschen Moment losgeschlagen"

Wenn ehrliche „Rechte" solche Argumente bringen (ehrliche sind solche, die an die Revolution glauben), so ist ihre Einstellung akkurat die K. A. P.-distische, die sie gemeinhin verachten.

Ja, ihre Einstellung ist die wahrhaft putschistische Einstellung: sie denken sich die Revolution nicht als einen langwierigen dialektischen Prozess mit Kämpfen, Siegen, Niederlagen, sondern sie träumen süss von einer „Revolution in fünf Minuten", von einem Massenputsch, wenn man so will: wenn der oder jener Augenblick gekommen ist und die und jene Massen geschult sind — dann werden sie die Revolution machen. (Die unehrlichen Rechten werden in jedem Augenblick sagen, es sei nicht der rechte Augenblick zum Kampf; die ehrlichen aber wollen die Revolution dann machen, wenn schon nichts mehr zu machen ist. Ich wähle mit Absicht den Ausdruck „machen", weil er diesen opportunistischen Putschismus der Rechten gebührend kennzeichnet.)

Die Rechten verkennen bei ihrer Einstellung vollkommen die wirtschaftspolitische Lage, in der sie mit dem gesamten Menschenapparat des kapitalistischen Systems sich befinden und verkennen erst recht die Bedeutung der Kommunistischen Partei.

2.

Die Aufgabe der Kommunisten in der Uebergangsperiode ist doch, einerseits die Bewegung des kapitalistischen Systems nach der Seite der verkürzten Reproduktion zu beschleunigen, andererseits bereits die Elemente für die neue Wirtschaft und den neuen Staat zu gewinnen.

Jenes „die Massen gewinnen", von dem die „holländische Schule" der K. A. P. spottend spricht, ist das Problem der Revolution.*)

Und gerade diese Frage wird das Kernproblem des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale sein.

Deshalb wird die Märzaktion der deutschen Kommunisten ein Hauptgegenstand des Kongresses sein.

Die Gegner der Märzaktion, also der rechte Flügel, werden sagen, dass man in Moskau deshalb über die Märzaktion reden muss, weil sie blödsinnig war.

Wir dagegen sagen: sie wird in Moskau deshalb ganz genau erörtert werden müssen, weil nicht ihre Fehler an ihr das Wichtige sind — wir kennen diese Fehler ganz bestimmt besser als „Kritiker" vom Schlage eines Levi und haben sie viel früher und viel schärfer gerügt, als seine Anhänger —, sondern weil die Ansätze einer neuen Taktik an ihr das ausmachen, was sie zu einem Wendepunkt in der Geschichte des Kommunismus macht.

*) Diese famose Schule bemerkt gar nicht, wie sehr sie sich widerspricht, wenn sie einerseits mit Schaum vor dem Mund von der „Parteidiktatur" spricht, die die Kommunistische Internationale angeblich anstelle der Klassendiktatur will, andererseits aber über das „die Massen gewinnen" spottet und eine Qualitätsmystik von sich gibt, die sie über — die ihr fehlenden Massen trösten soll.

Wenn wir in der „Freiheit" vom 23. Mai in einem Bericht über die Bezirksgeneralversammlung der U. S. P. in Berlin lesen, dass der U. S. P.-Parteisekretär erklärt, die Märzaktion der Kommunisten habe gezeigt, eine Partei (die U. S. P.!) muss unter Umständen in den Kampf gehen ohne Rücksicht darauf, ob ihre Organisation entzweigeht, weil sie, wenn die Partei gekämpft hat, doch wieder auferstehen werde*), so ist das ein ganz anderes Zeugnis für die Märzaktion, als dreissig Broschüren eines Levi gegen sie aussagen könnten.

Um zu verstehen, wie gross die Aenderung der Taktik ist, die die V. K. P. mit der Märzaktion vollzogen hat, müsste man einen Ueberblick über den Opportunismus dieser Partei vor der Märzaktion geben, worauf ich an dieser Stelle verzichten möchte.**)

3.

Fragt man, was eigentlich an der Märzaktion neuartig war, so muss man antworten: gerade das, was unsere Gegner tadeln, dass nämlich die Partei in den Kampf ging, ohne sich darum zu kümmern, wer ihr folgen würde. Dass diese Einstellung nicht ganz so blödsinnig ist, wie unsere Gegner glauben machen wollen, zeigt die oben zitierte Aeusserung des wackeren U. S. P.-Sekretärs. Dieser gute Mann hat sehr wohl begriffen, dass die Massen nach der Märzaktion den Kommunisten ganz anders begegnen, als vor der Märzaktion. Vor der Märzaktion war die V. K. P. D. eine etwas laut schreiende U. S. P. Nach der Märzaktion ist sie eine Kampfpartei. Das versteht der Arbeiter sehr wohl. Und wenn das nächste Mal die Partei wieder in den Kampf gehen wird, und wenn es die Umstände so ergeben, wieder ohne jede Rücksicht darauf, wer folgen wird, so werden eben Schichten folgen, die im März noch nicht mit uns gingen. Und auch hier werden sich Wechselwirkungen zeigen: werden Schichten des Proletariats mit uns gehen, die uns bisher noch nicht folgten, so wird

*) Brühl sagt: Wir müssen uns klar darüber werden, dass wir in entscheidenden Augenblicken unsere Organisationen einzusetzen haben. Aus den letzten Bewegungen in der Kommunistischen Partei haben wir die Lehre zu ziehen, dass, wenn wir unsere Organisation einsetzen, dies mit allen Konsequenzen zu geschehen hat, ohne Rücksicht darauf, was folgt, selbst wenn die Partei in Trümmer gehen sollte. In kurzer Zeit würde sie sich wieder erheben, weil, wenn sie für eine gute Sache eingesetzt, sie das Vertrauen der Masse haben würde.

**) In den Thesen, die Ruth Fischer und ich durch den Berliner Aktionsausschuss dem Bezirksparteitag für unseren Delegierten in Moskau vorlegten, haben wir dem Opportunismus in der Kommunistischen Internationale und im Spartakusbund sowie der V. K. P. D. breiten Raum gegeben. Wir hielten das für nötig, weil erstens eine solche Zusammenstellung fehlt (unsere ist keineswegs vollständig) und weil zweitens eine Definition und Illustration des kommunistischen Opportunismus nötig ist, will man die offensive Taktik der kommunistischen Massenparteien deutlich abzeichnen.

die Partei ganz anders kämpfen. Wird sie besser kämpfen, so werden noch breitere Schichten mitgehen: die Kämpfe der kommunistischen Parteien sind Kämpfe um die erweiterte Reproduktion der Klasse.

Und noch eines möchte ich an dieser Stelle einfügen. Als in der Zentralausschuss-Sitzung am 17. März die Partei die Umstellung beschloss, da begründeten die Redner der Zentrale diese Umstellung damit, dass aussen- und innenpolitische Krisen (Sanktionen, Oberschlesien) die Aktivisierung der Partei notwendig machten.

Es ist klar, dass die Zentrale, die bis dahin rechte, d. h. opportunistische Politik gemacht hatte, eine Brücke finden musste zwischen ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft. Wir weniger linken Genossen im Zentralausschuss hatten keinen Grund, den Bekehrten entgegenzutreten und zu erklären:

dass die Offensivtaktik der kommunistischen Parteien Europas die Lebensfrage der Kommunistischen Internationale bedeutet und absolut nicht abhängt von dem oder jenem konkreten politischen Ereignis, sondern bedingt ist durch die Spannungszustände, welche aus den Wirkungen der verkürzten Reproduktion sich ergeben und die Kommunisten zwingen, wenigstens eine erweiterte Reproduktion der Arbeiterklasse nach Kräften zu beschleunigen.

Dem Kongress der Kommunistischen Internationale gegenüber müssen wir diesen unseren prinzipiellen Standpunkt betonen: wir sind an keine Vergangenheit durch zweifelhafte Brücken gebunden und müssen unsere Taktik so herleiten, wie es sich theoretisch gehört.

4.

Heisst das nun, dass wir „Aktionen um der Aktionen willen" wollen? Ist das nicht wirklicher Putschismus?

Diese Frage, die unsere Gegner in der eigenen Partei stellen, zeigen nur, dass die, welche sie stellen, die Voraussetzungen nicht begriffen haben, die zu dieser Taktik führen.

Wenn wir sagen, dass wir die Aktivität, ja die Aktion der Kommunistischen Partei nicht von irgendwelchen oberschlesischen Ereignissen und nicht von irgendwelchen an die Sanktionen zu knüpfenden Folgerungen abhängig machen, so tun wir das nicht, weil wir die politischen oder wirtschaftlichen Anlässe gering achten, sondern deshalb, weil

die Situation allgemein revolutionär ist, weil Spannungszustände in Hülle und Fülle vorhanden sind, weil die scheinbar vorhandenen Gleichgewichtszustände labil sind, und weil wir glauben, dass die Aufgabe der kommunistischen Parteien es ist, diese Gleichgewichtszustände zu stören, nicht um der Störung willen, sondern weil dadurch die Bewegung des Systems nach der Seite der verkürzten Reproduktion hin (deren Vorhandensein die Voraussetzung für unsere Taktik ist), beschleunigt.

Das ist das genaue Gegenteil von Putschismus. Putschismus wäre es, in einer Situation, die „objektiv", wie sich alle Menschewisten ausdrücken, „unreif" wäre, Aktionen zur Ergreifung der Macht zu unternehmen.

Nun geben selbst alle Menschewikis zu, dass „objektiv" die Situation reif ist zur Revolution.

Aber unserer Auffassung nach ist es ein Unsinn, „objektive" und „subjektive" Reife zu trennen: der Apparat, dem von den Menschewisten „objektive" Reife zum Sozialismus bestätigt wird, ist nicht nur ein sachtechnischer Apparat, sondern ist ein einheitlicher sachtechnischer und menschlicher Apparat, an dem das Wesentliche die Verbindungen der menschlichen Teile ausmachen. Ist die „Reife" objektiv da, so ist sie überhaupt da; und es ist wiederum ein opportunistischer Putschismus, die Resolution von der „subjektiven Reife" abhängig zu machen und nicht zu verstehen, dass die Uebergangsperiode schon die Revolution selbst ist, und dass im Verlauf dieser Periode sich das vollzieht, was die Menschewiki „subjektive Reife" nennen.

Aber die Frage für die Kommunisten ist die, wie sie diesen Prozess des Zerfalls kapitalistischer Verbindungen des Menschenapparates beschleunigen und die Anbahnung neuer Verbindungen für die Schaffung eines neuen, proletarischen Apparats beginnen sollen.

Und hier sagen wir, dadurch, dass sie jede nur angreifbare Spannung zwischen den Klassen und innerhalb der Klassen, zwischen den Gruppierungen der Mächte und zwischen den Gruppierungen der Mächtegruppen zur Auslösung (oder zum mindesten zur Verschärfung) zu treiben suchen.*)

Aus allem vorhergehenden wird klar geworden sein, dass es uns hauptsächlich (in Mittel- und Westeuropa) auf den Bruch der bestehenden „Nähte" des Menschenapparats ankommt. Deshalb halten wir eine offensive Taktik für nötig, weil bei den bestehenden Spannungen das System Stösse nur schwer verträgt, und weil überdies die Reproduktion der proletarischen Klasse auch noch die Zerreissung einer ganzen Reihe von Verbindungen erfordert.

Aber das System des Kapitalismus ist im Grossen und auch in seinen Einzelteilen in Teilsysteme auseinandergefallen.

Deshalb wird unsere Offensivtaktik eine Taktik der Teilaktionen und Teilforderungen, der Etappenziele sein müssen.

Die drei Jahre westeuropäischer Revolution haben gezeigt, dass hier die Kämpfe sich innerhalb der einzelnen Teile unter jeweils verschiedenen Losungen abspielen. Die Offensivtaktik muss dieser sehr wichtigen und noch lange nicht genügsam begriffenen Tatsache Rechnung tragen.

---

*) Hierher gehört methodologisch die Behandlung der Orientfragen und der sowjetrussischen Politik.

5.

Wie sehen nun die Teilforderungen aus, die wir aufstellen dürfen? Bevor ich auf diese Frage eingehe, möchte ich betonen, dass es falsch wäre zu glauben, es solle ein Rezept fabriziert werden: jede Kampfforderung an bestimmter Stelle des Systems (lokal, d. h. territorial zu verstehen und auch so zu verstehen, dass es sich um eine bestimmte Stelle in der Hierarchie, z. B. bei den Beamten, Arbeitslosen u. a. handelt) wird von den Kommunisten aufgegriffen werden müssen. Jede spontane Massenbewegung wird von den Kommunisten beachtet werden müssen, die suchen müssen, in ihr Führung zu gewinnen.

Doch an Teilforderungen werden die Kommunisten immer drei ganz bestimmte aufzustellen haben, die sich bei allen revolutionären Kämpfen in Europa (zuletzt während der Märzaktion und in Oberschlesien) „von selbst" gezeigt haben:

die Bewaffnung der Arbeiterschaft,
die Kontrolle der Produktion,
die politischen Räte.

Diese drei Teilforderungen (deren Reihenfolge nicht feststeht und von den Umständen abhängt), müssen ganz oder zum Teil erfüllt sein, bevor das Proletariat zur Macht gelangt..

Sie sind die Haupthebel zur erweiterten Reproduktion der Klasse.

Die Offensivtaktik der Kommunisten muss darin bestehen, diese Forderungen nach zwei Richtungen hin zu benützen: zur Sprengung alter, kapitalistischer Bindungen und zur Schaffung neuer, proletarischer, die eben die Reproduktion der Klasse ausmachen.

Dass dieser Gedanke selbst von einem unabhängigen Parteisekretär mehr oder weniger begriffen wird, zeigt immer wieder unser Zitat aus der „Freiheit".

Doch wird gerade dieses „Begreifen" durch die Menschewisten uns eine neue Schwierigkeit in den Weg legen: diese guten Leute werden Scheinverbindungen, d. h. eine Scheinreproduktion der Klasse anstreben („Einigkeits"bestrebungen) und dadurch genau das machen, was die Kapitalisten mit der Scheinkonsolidierung, auch einer Scheinreproduktion (z. B. Stinnisierung oder Harrimanisierung) bezwecken.

Die Kampfbedingungen in Westeuropa werden durch diese Tendenzen kompliziert und erschwert.

Aber steht einmal die Richtung der Bewegung des Systems und, daraus abgeleitet, die Taktik der Kommunistischen Internationale fest, so sind nur noch einige organisatorische Aufgaben der Kommunistischen Internationale nötig, um diese Taktik zu steigern und — da ja das Gesetz der Wechselwirkung — erfolgreich zu lösen.

Über diese organisatorischen Aufgaben wird vielleicht an anderer Stelle zu sprechen sein. Auch sie bilden ein Problem des Weltkongresses, das zur erweiterten Reproduktion der Klasse gelöst werden muss.

Marx-Parasiten.

Von Pelle.

I.

Der „Vorwärts" brachte dieser Tage *) unter der Ueberschrift: „Väter und Söhne" einen Artikel, in dem er für die Politik der Sozialdemokratie — Marx und Engels als Kronzeugen anrief. Anlass zu diesem Aufsatz gab ein Buch, das Karl Grünberg unter dem Titel: „Die Londoner kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847/1848" erscheinen liess.**) Der „Vorwärts" zitierte einige für seine Politik passende Stellen und schreibt dann: „Der alte Streit, wer die echten Söhne der Kommunisten von 1847 sind, die heutigen Kommunisten oder die Sozialdemokraten, sollte damit endgültig erledigt sein." Wir gestatten uns indessen, diesen alten Streit noch nicht endgültig erledigt sein zu lassen und für die Frage des „Vorwärts" erst noch einiges, viel bedeutenderes Material herbeizutragen und dann erst, wie wir hoffen, den Streik, soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, endgültig zu erledigen.

Zunächst: Wir betrachten die Berufung der Noske-Ebert-Hörsing-Partei auf Marx und Engels als eine schamlose Leichenschändung an den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus. Um das zu beweisen, sind wir gezwungen, mit Zitaten unserer Altmeister zu arbeiten, obwohl wir selbst wissen, dass Zitate immer nur einen historisch-begrenzten Wert haben können und dass Marx und Engels selbst einiges, was sie vor 1848 und auch später noch geschrieben und gesagt haben, heute streichen würden. Der Marxismus ist eben kein allezeit passendes System, sondern eine Methode, mit Hilfe deren wir die Zeitereignisse zu verstehen und abzuschätzen vermögen. Diesen Unterschied haben indessen die Marxepigonen und Propheten vom Schlage Kautsky, Cunow, Stampfer usw. niemals begriffen, sie wären sonst keine Sozialdemokraten. Aber abgesehen von dieser vollkommen unmarxistischen Einstellung in der Politik zeugt der Artikel „Väter und Söhne" von einer geradezu unerhörten Fälschung und bewussten Lügenhaftigkeit, wie sie nur ein massloser Kommunistenhass hervorbringen kann.

In der vorerwähnten Schrift werden u. a. die 17 „Forderungen der Kommunistischen Partei von Deutschland" (September 1847) abgedruckt.***) Der „Vorwärts" zitiert die ersten drei Punkte:

---

*) Abendausgabe vom 13. Mai 1921.

**) Verlag L. C. Hirschfeld, Leipzig. Sammlung: Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik.

***) Siehe auch Karl Marx: Enthüllungen über den Kommunistenprozess in Köln, Ausgabe 1914, Seite 41, Verlag Vorwärts-Buchhandlung.

1. Ganz Deutschland wird zu einer einzigen unteilbaren Republik erklärt.
2. Jeder Deutsche, der 21 Jahre alt ist, ist Wähler und wählbar, vorausgesetzt, dass er keine Kriminalstrafe erlitten hat.
3. Die Volksvertreter werden besoldet, damit auch der Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne.

Und fährt fort, „diese wie alle anderen Forderungen bilden das Programm, um dessen Verwirklichung die sozialdemokratische Partei kämpft". Er meint, diese Forderungen schlügen den Kommunisten von heute geradezu ins Gesicht. Warum aber verschweigt wohl der „Vorwärts" schamhaft die übrigen Forderungen und erinnert nur an die drei ersten? Nur weil sie nicht den Kommunisten, sondern umgekehrt gerade den Sozialdemokraten ins Gesicht schlagen. Sie lauten nämlich:

4. Allgemeine Volksbewaffnung.
7. Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben usw. werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im grossen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteile der Gesamtheit betrieben.
11. Alle Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten usw. nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigentum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur Verfügung gestellt.
15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuern.
16. Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantiert allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.
17. Allgemeine unentgeltliche Volkserziehung.

Fürwahr, eine saubere Zitierkunst. — Doch weiter. Der „Vorwärts" zitiert einige Sätze aus dem Probeblatt der Londoner kommunistischen Zeitschrift, um zu beweisen, dass die heutigen Kommunisten genau das sind, was sie nach dem kommunistischen Programm von 1847 nicht sein sollen:

„Wir sind keine Kommunisten, welche jetzt schon den ewigen Frieden predigen, während sich unsere Gegner an allen Orten zum Kampfe rüsten. Wir wissen recht gut, dass wir nirgends, etwa mit Ausnahme Englands und der nordamerikanischen Freistaaten, in die bessere Welt eingehen können, ohne uns zuvor unsere politischen Rechte mit Gewalt erkämpft zu haben. Wir sind keine Verschwörer, welche an einem bestimmten Tage eine Revolution anfangen oder Fürsten umbringen wollen. . . . Es wird noch ein letzter und ernster Kampf gekämpft werden, und wenn unsere Partei denselben siegreich bestanden, dann erst wird die Zeit kommen, in welcher wir die Waffen hoffentlich für immer beiseite legen können."

Wie der „Vorwärts" aus diesen Sätzen herauslesen will, wir Kommunisten seien gar keine Kommunisten im Sinne Marx und

Engels, bleibt unerfindlich. Wer predigt den ewigen Frieden, während sich unsere Gegner an allen Orten rüsten. — Wir Kommunisten oder die Sozialdemokraten? Wer behauptet, dass sich die Arbeiterklasse ihre politischen Rechte mit Gewalt holen muss — sind es nicht die Kommunisten allein?

Und ferner, wer sagt es den Arbeitern, dass noch ernste Kämpfe gekämpft werden müssen, ehe die Waffen für immer niedergelegt werden können? Sind es nicht wiederum die Kommunisten allein? Bleibt noch ein Satz, der gegen uns Kommunisten angeführt werden könnte, nämlich, dass „die Kommunisten keine Verschwörer sind, welche an einem bestimmten Tage eine Revolution anfangen oder Fürsten umbringen wollen". In der Tat, auf diesen Satz scheint der „Vorwärts" das Hauptgewicht zu legen; er druckt ihn fett. Wenn dieses Zitat etwas sagen soll, so kann es nur die Schamlosigkeit des „Vorwärts" feststellen. Denn aus allen Erklärungen und Programmen der K. P. D. und V. K. P. D. wird der „Vorwärts" kein Wort über einen derartigen politischen Blödsinn finden, wie ihn der „Vorwärts" uns anhängen will. Das ganze Zitat spricht also wieder für uns Kommunisten, gegen die Sozialdemokratie.

Nicht besser verhält es sich mit einem weiteren Zitat, wo sich das Programm wehrt gegen die Auffassung, „als könnte die Gütergemeinschaft durch einen Zauber eingeführt werden", gleichsam „über Nacht". Es bedarf hierzu einer nach Umständen längeren oder kürzeren Uebergangsperiode. — Diese Sätze, ja jedes Wort, sollen nach dem „Vorwärts" den Kommunisten Moskauer Färbung „ins Gesicht schlagen". Diese Lüge der Sozialdemokratie ist genau soviel wert, wie die von der Minderheitsdiktatur, die wir Kommunisten anstreben. Jeder auch nur halbwegs erfahrene Arbeiter weiss, dass gerade die Kommunisten von dem Gedanken einer „Sozialisierung über Nacht" weit abrücken und stets die Sozialisierung als einen Machtkampf verstehen, dessen Dauer von der Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse abhängt und „je nachdem besondere Umstände" (Deutschland ist nicht Russland usw.). Der „Vorwärts" kämpft also hier gegen seine eigene dumme Einbildung, die er sich über die Kommunisten in seiner Wut zurechtgemacht hat. — In einem weiteren Zitat verfällt er in denselben Fehler:

> „Wir sind keine Kommunisten, welche die persönliche Freiheit vernichten und aus der Welt eine grosse Kaserne oder ein grosses Arbeitshaus machen wollen. Es gibt freilich Kommunisten, welche es sich bequem machen und die persönliche Freiheit, welche nach ihrer Meinung der Harmonie im Wege steht, leugnen und aufheben wollen; wir aber haben keine Lust, die Gleichheit mit der Freiheit zu erkaufen. Wir sind überzeugt . . ., dass in keiner Gesellschaft die persönliche Freiheit grösser sein kann, als in derjenigen, welche sich auf Gemeinschaft gründet."

Wogegen das Programm hier kämpft, sind gewisse utopische Ueberreste des vorwissenschaftlichen Sozialismus — vor allem des Blanquismus. Dem „Vorwärts" passt das in den Kram und er benutzt es gegen uns Kommunisten.

Freilich, der „Vorwärts" nimmt an, der heutige Staat gewähre persönliche Freiheit. Worin bestände denn die „persönliche Freiheit"? Doch lediglich im freien Wahlrecht und Versammlungsrecht. Oder rechnet der „Vorwärts" die Zuchthäuser, die politischen Verfolgungen, die Sondergerichte, den Zwang, die Arbeitskraft zur Ausbeutung verkaufen zu müssen, die Volksschule und alle übrigen „demokratischen Errungenschaften" bis zur Todesstrafe für politische Vergehen ebenfalls zur persönlichen Freiheit? So haben Marx und Engels die persönliche Freiheit indessen niemals verstanden. Wir begnügen uns zunächst mit einem Zitat von Engels, weil wir später noch darauf zurückkommen werden:

„In dem Masse, wie die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion schwindet, schläft auch die politische Autorität des Staates ein. Die Menschen, endlich Herren ihrer eigenen Art der Vergesellschaftung, werden damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst — frei."*)

D. h. nicht mehr und nicht weniger, als was wir Kommunisten stets gesagt haben: solange eine Klasse die andere unterdrückt, gibt es für die unterdrückte Klasse keine persönliche Freiheit. Erst durch die Machtergreifung des Proletariats und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel macht die Menschheit den „Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit".**) Persönliche Freiheit kann nach Marx und Engels nur eine Gesellschaft gewähren, die dem Menschen „die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert".***) Der „Vorwärts" hat also wirklich recht, dass die Auffassung von Marx und Engels „wie Peitschenhiebe" wirke — aber für den „Vorwärts". In der Tat „der beste Beweis für jeglichen Mangel an wahrhaft sozialistischer Basis".

Und angesichts aller dieser angeführten Verdrehungen und Verfälschungen wagt der „Vorwärts" noch ein Zitat für sich in Anspruch zu nehmen, in dem es heisst:

„Es ist jetzt wahrhaft an der Zeit, unsere Feindseligkeiten beiseite zu legen und allen zur gemeinschaftlichen Verteidigung die Hände zu reichen."

Auch da halten wir Kommunisten es wiederum mit Marx und Engels. Marx schrieb am 28. Oktober 1882 in einem Briefe:

„In der Wirklichkeit fängt umgekehrt die Revolution damit an, dass die grosse Mehrzahl des Volkes und auch der offiziellen Parteien gegen die dadurch isolierte Regierung sich scharen und sie stürzen und erst nachdem diejenigen unter den offiziellen Parteien, die noch möglich geblieben, sich untereinander, aneinander und nacheinander zugrunde gearbeitet haben, erst dann kommt die grosse Scheidung des Volkes zustande und damit die Chance unserer Herrschaft. Wollten wir die Revolution gleich mit ihrem letzten Akt anfangen lassen, so ginge es uns erbärmlich schlecht."

*) Friedrich Engels: Von der Utopie zur Wissenschaft.
**) ebenda.
***) a. a. O.

Dass sich die „noch möglich gebliebene“ Sozialdemokratie recht schnell „zugrunde arbeiten“, dafür wollen wir Kommunisten mit sorgen. Denn ihre Abwirtschaftung bedeutet den Sieg des Proletariats über seine Feinde, die Bourgeoisie.

Zusammenbruch und Aufbaumöglichkeiten der landwirtschaftlichen Weltproduktion.

Von Alexander Friedrich.

Der proletarischen Revolution kann nimmermehr dauernder Erfolg beschieden sein, wenn die politisch wie wirtschaftlich ausschlaggebenden Agrarverhältnisse unbeachtet bleiben. Der Tatsache, dass die Zweite Internationale es in keiner Hinsicht mit der Erringung der politischen Macht und damit auch mit der Realisierung der sozialistischen Wirtschaftsweise ernst meinte, entsprach ihr ganz oberflächliches Interesse für die Landwirtschaft. Im schroffen Gegensatz hierzu hat die Kommunistische Internationale die Wichtigkeit aller Agrarprobleme im Zusammenhang mit den übrigen Wirtschaftsgebieten von Anfang an erkannt. Es soll im Folgenden unternommen werden, eine Uebersicht über die landwirtschaftliche Weltlage zu geben und die Aussichten und Aufgaben abzuleiten, die sich daraus für das Proletariat, zumal für das deutsche, ergeben. Ist doch selbst in den Kreisen unserer Genossen die Erkenntnis von der Wichtigkeit dieser Fragen nicht überall vorhanden.

I.

Das kapitalistische Ernährungssystem der Welt vor dem Kriege.

Fast kein Land Mittel- und Westeuropas führte die Nahrungsmittelversorgung vom inländischen Boden allein durch; vielmehr hatte sich, nachdem diese Länder im wesentlichen aus Agrarstaaten zu Industriestaaten geworden waren, in den Jahrzehnten vor dem Krieg ein bestimmtes internationales System der Nahrungsmittelversorgung gebildet. Ein überseeisches Land nach dem andern wurde vom europäischen Kapital erschlossen. Die Gebiete Kanadas, Argentiniens, Australiens, Sibiriens und der heissen Zone verfielen so nacheinander der Ausbeutung. Trotz der steigenden Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus der Uebersee blieb jedoch das europäische Russland für die westlichen Länder und vor allem für Deutschland ein unentbehrlicher Lieferant. An der gesamten Einfuhr Deutschlands hatten den wesentlichsten Anteil im Jahresdurchschnitt 1909/13 *):

*) Nach dem Statistischen Jahrbuch 1915 berechnet.

England und Kolonien	20 Prozent
Russland	15 „
Vereinigte Staaten	14½ „
Oesterreich	8 „
Frankreich	5½ „
Argentinien	4½ „
Brasilien	3 „

In Hinsicht auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte verschiebt sich dies Verhältnis jedoch wesentlich; die Einfuhr an Lebensmitteln und lebenden Tieren betrug aus

Russland	26 Prozent
Vereinigte Staaten	13½ „
England und Kolonien	9½ „
Oesterreich-Ungarn	7 „
Holland	6½ „
Argentinien	5½ „
Brasilien	5 „
Dänemark	5 „
Frankreich	3½ „

der Gesamteinfuhr dieser Artikel.

Die Abhängigkeit der Versorgung Deutschlands und der andern Staaten Mittel- und Westeuropas beruhte jedoch keineswegs nur auf der Einfuhr menschlicher Nahrungsmittel pflanzlichen und tierischen Ursprungs. Zwar hob sich Jahr um Jahr die landwirtschaftliche Produktion dieser Länder; aber deren fortschreitende Industrialisierung und das stete Wachsen ihrer Bevölkerung liessen das jährliche Defizit an Nahrungsmitteln immer grösser werden. Vor allem aber erfolgte auch die Steigerung der agrarischen Inlandsproduktion nur auf Grund der Einfuhr an landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, vor allem an künstlichem Dünger und an Futtermitteln. Ohne Chilesalpeter und Phosphate, ohne Futtergerste, Kleie, Mais und Oelkuchen wäre eine Intensivierung des deutschen Ackerbaues und der deutschen Viehwirtschaft nur in geringem Masse möglich gewesen. Es betrug insgesamt die deutsche Einfuhr 1912, in 1000 Tonnen, an:

	überhaupt	davon aus Russland
Roggen	316	269
Weizen	2297	558
Futtergerste	2756	2144
Hafer	665	377
Mais, Dari:	1142	241
Erbsen	371	138
Linsen	32	31
Raps, Rübsen	126	11
Baumwolle	507	—
Flachs	78	71
Hanf	41	23
Nadelholz	4080	2648
Arbeitspferden (1000 Stück)	131	53
Schweinen (1000 Stück)	133	132
Kleie (1000 t)	1606	756
Oelkuchen, Oelkuchenmehl	794	245
Chilesalpeter	774	—
Phosphaten	435	—
Knochenmehl	37	13

Hierzu kommt noch der wichtige Import an Eiern, ferner an Saatgut, vor allem Luzerne-, Klee-, Rübensamen; auch in diesen Artikeln lieferte Russland mehr als die Hälfte der Gesamteinfuhr. Diese gewaltigen Einfuhrziffern deuten bereits an, wie stark die deutsche Nahrungsmittelversorgung und in gleicher Weise die landwirtschaftliche Inlandsproduktion vom Ausland abhängig war. Insgesamt deckte Deutschland in den Jahren vor dem Kriege auf eigenem Boden seinen Bedarf an *):

Brotgetreide	zu	80—90	Prozent
Fleisch	„	65—70	„
Milch	„	75	„
Eier	„	60	„
Futtergetreide	„	40	„
Phosphordünger	„	50	„
Stickstoffdünger	„	50	„

Nicht also die eigentliche Versorgung mit Lebensmitteln, sondern vor allem die Versorgung der Landwirtschaft selber mit Betriebsmitteln, nämlich mit Kraftfutter, mit Kunstdünger, mit Spannvieh, mit Saatgut, war an die Einfuhr vom Auslande, zumal von Russland, gebunden. Und ebenso war die Einfuhr an Holz und an Gespinstpflanzen für den Wirtschaftsprozess in Deutschland unentbehrlich geworden. Deutschland seinerseits war auch Lieferant landwirtschaftlich wichtiger Erzeugnisse: Rübenzucker und Kalisalze, jedoch nicht in dem Masse, dass andere Länder in dieser Hinsicht so an Deutschland gebunden gewesen wären wie Deutschland ans Ausland. Wohl aber waren in ähnlicher Weise wie Deutschland alle anderen mittel- und westeuropäischen Staaten teils an die Uebersee, teils an Russland gefesselt.

In dieses internationale System der Ernährungsversorgung wurden die einzelnen Staaten Jahr um Jahr fester gekettet; hatte sich doch von 1850 bis 1913 der Ein- und Ausfuhrhandel aller Länder verzehnfacht! Die ausserhalb dieses Systems gelegenen Länder nicht berücksichtigt, konnten folgende Gruppen unterschieden werden:

1. Agrarischer Einfuhr bedürftige Kapitalstaaten mit vorwiegender Industrie (Deutschland, Holland, Belgien, England, Spanien, Italien, weniger Frankreich);
2. Kapitalstaaten, die Agrarerzeugnisse kapitalistisch produzierten und ausführten (Russland, Vereinigte Staaten);
3. Kapitalschwache Länder, deren landwirtschaftliche Produktion von den kapitalstarken Staaten ausgebeutet wurde (Südamerika, Kanada, Aegypten, Sibirien, Indien, Australien).

Innerhalb der west- und mitteleuropäischen Staaten war nach alledem nicht nur die städtische Bevölkerung auf Lebensmittel-Einfuhr angewiesen, sondern auch die landwirtschaftlichen Betriebe auf grosse Massen ihrer Betriebsmittel. Und wenn auch die Grossbetriebe vor allem mit Kunstdünger wirtschafteten, so waren doch auch die Klein- und Mittelbetriebe ganz an

*) Vgl. Eltzbacher „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungskrieg" (1915).

die Verwendung ausländischer Futtermittel, auch ausländischen Spannviehs gewöhnt worden. Es wurden also alle Schichten der Gesellschaft immer fester in ein System verkettet, dessen Basis lediglich die Profitwirtschaft der Kapitalstarken Länder geblieben war. Je unentbehrlicher diese Verkettung, um so unvermeidlicher bei kapitalistischer Wirtschaft, aber auch um so verhängnisvoller für die proletarischen Massen der Konkurrenzkampf dieser Staaten um Rohstoff- und Absatzmärkte, ihre Tendenz zur Expansion, die Gefahr eines Weltkrieges und Zusammenbruchs dieses „Systems".

II.

Der Zusammenbruch des kapitalistischen Ernährungssystems.

Der Krieg liess das System der Versorgung mit Nahrung und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln zerbersten. In allen Staaten wurde versucht, durch Zentralisation der Agrarerzeugung und -verteilung die Folgen dieses Zusammenbruches zu mildern. Natürlich haben nach dem Kriege die Kapitalisten aller Länder versucht, dies in Trümmer geschlagene System wieder aufzubauen. Dies ist aber, ganz abgesehen von der permanenten Ausschaltung Russlands vom kapitalistischen Weltmarkt, nur sehr stümperhaft gelungen. Betrachten wir zunächst die Wirkungen der Kriegsverhältnisse, insbesondere der Isolierung Deutschlands, auf die deutsche Landwirtschaft.

A. Die Extensivierung in Deutschland.

In Deutschland heutigen Umfangs wurden produziert:

	1913		1920	
Getreide überhaupt	27	Million. Tonnen	12½	Million. Tonnen
davon Brotgetreide	13½	„ „	6½	„ „
Kartoffeln	über 40	„ „	25—26	„ „
Zuckerrüben	15—16	„ „	8	„ „
Milch	245	„ Hektoliter	85—90	„ Hektoliter

Was sind die Gründe dieses Zusammenbruchs der Agrarproduktion? Die Kapitalisten behaupten: Die Blockade, die schlechte Valuta, die Entschädigungsforderungen der Entente. So wichtig auch die internationalen Verschiebungen, insbesondere die Isolierung Deutschlands, sind: damit allein lässt sich der Rückgang der Agrarproduktion um durchschnittlich mehr als 50 Prozent — das Einfuhrdefizit an Lebensmitteln nicht gerechnet — keineswegs erklären. Seitens der Regierung ist versucht worden, durch zwangsweise Aenderung der Viehhaltung, durch planmässige Verminderung des Schweinestapels, durch Verbot der Brotgetreideverfütterung, durch Kartoffeltrocknung, durch Obst- und Gemüsekonservierung, durch Rationierung aller erfassbaren Produkte die Folgen jener Isolierung zu mildern. Technisch betrachtet ist besonders nach Kriegsende durch vermehrte Stickstoff- und Kaliproduktion, durch maschinelle und elektrische Vervollkommnung der Betriebsführung der Weg zur weiteren Intensivierung der Landwirtschaft offen. In Wirklichkeit aber ist das Gegenteil der Fall!

Es wurden in Hektar angebaut	1913	1920	Zunahme (+) Abnahme (—)	oder
Getreide	1 035 213	10 821 182	— 2 213 431	— 17 Proz.
Hackfrucht	076 444	3 540 023	— 536 421	— 17 „
Futterpflanzen	205 327	1 966 475	— 258 852	— 12 „
Ackerweide	176 303	1 393 886	+ 217 583	+ 18 „
Brache, Wiesen	372 596	5 463 595	+ 90 999	+ 1½ „
Viehweiden	293 641	2 487 772	+ 194 131	+ 8½ „
Insgesamt angebaut	29 348 154	27 934 303	— 1 413 851	— 5 Proz.

Keine Verringerung des Oed- und Brachlandes! Keine Spur der vielerhofften Moorkultur! Rückgang der Ackerfläche, Uebergang zur extensiven Viehweidewirtschaft! Es ist nun zwar wahrscheinlich, dass diese statistischen Angaben nicht ganz der Wirklichkeit entsprechen, dass nämlich die Junker erklärlicherweise, um sich der Ablieferungspflicht zu entziehen, weniger Anbauland angeben als vorhanden ist. Die verschiedenen Methoden der Abschätzung aber kommen alle zum gleichen Ergebnis; über die Brachlegung auf einzelnen Gütern und einzelner Gebiete liegen so genaue Angaben vor, dass an der Richtigkeit der Tendenz dieser amtlichen Ziffern gar kein Zweifel ist.

Dass zur Zeit der Isolierung Deutschlands die inländische Agrarproduktion nicht bis zum äussersten angespannt worden, dass sie im Gegenteil mehr und mehr in Verfall geraten ist, diese Tatsache hat ihren Grund allein im Profitcharakter der Agrarwirtschaft.

Wir sehen hier ab von Erörterungen über die Wandlungen der Grundrente seit 1914 — wie verzeichnen vor allem die Tatsache, dass nur dort extensiviert worden, wo rein kapitalistisch produziert wird, wo Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Die Erscheinungen des Produktionsrückganges, die auch in der Industrie heute allgemein auftreten, werden in den landwirtschaftlichen Grossbetrieben noch dadurch verschärft, dass in den Kriegsjahren die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ihren Preisen nicht Schritt gehalten haben mit denen der Industrie. Vergleichen wir beispielsweise den Wert einiger Industrieprodukte mit Roggen, so ergibt sich, dass

		1913	1920
1 Pflug	den Wert hatte von	7 Ztn.	15 Ztn.
1 Drillmaschine	„ „ „ „	122 „	150 „
1 Dreschsatz	„ „ „ „	1800 „	3690 „
1 Pferd	„ „ „ „	100 „	280 „
1 grosses Wohnhaus	„ „ „ „	2750 „	6430 „

Es gibt heute in der kapitalistischen Wirtschaft für den Junker, dessen Agrarerzeugnisse um 1000 bis 1500 Prozent im Preise gestiegen sind, dessen Betriebsmittel — Kunstdünger, Geräte, Maschinen, Futtermittel — jedoch um durchschnittlich 2000 Prozent teurer sind, trotz der recht profitbringenden Landarbeiter-Ausbeutung keinen Anreiz mehr, durch technische Betriebsvervollkommnung, durch Intensivierung zur Produktionssteigerung zu gehen. Er leitet vielmehr ganz systematisch seine Produktion in solche Gebiete über, die bei sehr niedrigen Produktionskosten dennoch viel einbringen: Uebergang vom intensiven

Ackerbau, von der intensiven Viehzucht zur extensiven Viehweide. Wenn heute ferner der Stickstoff des Inlands und die schweren landwirtschaftlichen Maschinen des Inlands bei den Junkern keinen Absatz, Tausende von Landarbeitern keine Arbeit finden, so hat das alles mit jener Isolierung nichts zu tun. Die Betriebskosten sind dem Junker einfach zu hoch, es lohnt sich für ihn nicht mehr, schlechte Bodenstücke zu bestellen, er fürchtet, dass sein Geldsack ruiniert werden könnte. Im Gegensatz dazu haben die Kleinbauern nicht die Möglichkeit zu extensivieren; diejenigen Betriebe, die im wesentlichen nur für den eigenen Bedarf wirtschaften, haben ihr Brach- und Weideland gerade jetzt nach Möglichkeit vermindert. Es ist also der Profitcharakter der grossagrarischen Produktion, der den Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Produktion veranlasst hat.

Ernährte die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege zu 80 Prozent die deutsche Bevölkerung, so heute kaum zu 40 Prozent. Die Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland in der Ernährung ist also dank der Extensivierung durch das patriotische Junkertum ungleich grösser als früher, und nicht nur das: früher nahmen die Rohstoffe — Kunstdünger und Futtermittel —, heute jedoch Agrarerzeugnisse zum unmittelbaren Konsum den breitesten Raum in der Einfuhrskala ein.

B. Rückgang der Landwirtschaft im übrigen Europa.

In entsprechender Situation befinden sich aber auch die übrigen Länder Mittel- und Westeuropas. Ueberall sind die Ernteerträge erheblich niedriger als 1913, überall, aus Profitgründen, die Extensivierung der Landwirtschaft im Gange.

Folgende Angaben veranschaulichen diesen Rückgang:

Grossbritannien und Irland.*)

Infolge der Frachtraumnot ging England zu Beginn des Krieges von der Viehweidewirtschaft zum vermehrten Ackerbau über. Das brachliegende Land soll von 130 000 ha auf 60 000 ha zurückgegangen sein. Seit 1918 jedoch hat die entgegengesetzte Entwicklung wieder scharf eingesetzt, heute wird ganz allgemein und — infolge des Preissturzes amerikanischen Getreides und des Ueberflusses an Frachraum — von den englischen Farmern extensiviert, und die Ernteerträge gehen zurück. Stattdessen betreibt England heute Selbsteindeckung aus seinen Kolonien. Es betrug in Grossbritannien die Anbaufläche für Weizen in 1000 ha:

	1914	1919	1920
England und Wales .	731	899	759
Schottland	25	32	22

*) Nach verschiedenen Berichten der „Times".

Dänemark.*)

Der Viehbestand belief sich in 1000 Stück:

	1914	1918	1920
Rindvieh	2463	2123	2286
Schweine	2496	621	1008
Pferde	567	545	563
Schafe	515	?	504

Gleichzeitig mit diesem Rückgang des Viehstapels, der vor allem unter dem Mangel an ausländischen Futter- und Düngemitteln erfolgte, sind die Ernteerträge stark gesunken. Es wurden vom dänischen Ackerboden in 1000 Tonnen geerntet:

	1909/13 im Durchschnitt	1920
Weizen	148	189
Roggen	416	320
Gerste	543	513
Hafer	780	684
Mischsaat	361	349
Stroh	3250	2700
Feldheu	1090	761
Wiesenheu	711	604

Italien.**

Die Weizenernte betrug

vor dem Kriege etwa	5	Mill. Tonnen
1919	4,62	„ „
1920	3,84	„ „

Der Rückgang der Weizenproduktion betrug 1914/20 somit 27 Prozent; der Hektarertrag ist von 0,985 Tonnen auf 0,840 Tonnen gesunken, also um 15 Prozent. Der Rest ist auf Brachlegung von Ackerboden zurückzuführen.

Rumänien.

Man erntete an Weizen:

1915	11,24	Mill Quarters
1920	7	„ „

In vielen Gebieten Rumäniens, so in Bessarabien, werden heute nur noch 50 Prozent der früheren Ackerfläche bebaut.

Der Agrarstaat Rumänien, in dem der Grossgrundbesitz ganz und gar vorherrscht und der infolge seiner Schwarzerde vor dem Kriege als reiche Getreidekammer eine Rolle auf dem Weltmarkt spielte, kann heute kaum den Bedarf des eigenen Landes decken. Bei einer Gegenüberstellung der Ausfuhr der Vorkriegsjahre mit dem von 1920 ergibt sich folgendes Bild***):

	1920	1913	1910	Rückgang %
Getreide	926 732 t	2 660 000 t	3 060 000 t	= 287 bezw. 330
Erdölerzeugnisse	246 913 t	1 036 600 t	—	= 419,8
Holz	66 524 cbm	365 294 cbm	—	= 549

*) Vgl. Mitteilungen der „Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft" 1921, Stück 14.

**) Industrie- und Handelszeitung, 3. XII. 1920.

***) Nach dem Bukarester Handelsblatt „Argus".

Zu beachten ist, dass Rumänien heute dreimal grösser ist als vor dem Kriege, somit ist der Rückgang der Erzeugung bedeutend umfangreicher als aus den angegebenen Zahlen zu ersehen ist. Ferner entspricht die Ausfuhrangabe an Erdölerzeugnissen nicht der tatsächlichen Erzeugung im Jahre 1920, weil noch grosse Vorräte vorhanden waren. Die Getreideausfuhr 1920 erstreckt sich im wesentlichen auf Gerste (419 205 To.) und Mais (430 390 To.), während die Weizenernte bei weitem nicht den Eigenbedarf des Landes deckt. Stattdessen werden Gerste und Mais, also Futtermittel verstärkt angebaut.

Bulgarien.*)

Es wurden landwirtschaftlich bebaut 1913: 3,3 Millionen ha, 1920 nur noch 60 Prozent dieser Fläche, nämlich zwei Millionen ha. Die Weizenmenge ging in der gleichen Zeit von 6,6 Millionen Quarten auf 4,2 Millionen zurück. Dabei ist in Betracht zu ziehen, dass auch 1913 infolge der Balkankriege kein Jahr normaler Agrarproduktion war.

Frankreich.)**

Die Weizenernte betrug in Millionen Tonnen:

1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
8,1	6,2	5,5	4,9	4,7	4,5	6,2

Die französische Agrarproduktion ist auf allen Gebieten wieder gestiegen, obwohl im Norden des Landes noch weite verwüstete Landstrecken erst von neuem anbaufähig gemacht werden müssen.

Finnland. †)

Es stehen den Landwirten heute kaum 50 Prozent des notwendigen Düngers und 35 Prozent der früher eingeführten Futtermittel zur Verfügung. Ackerbau und Viehwirtschaft sind schon aus diesen Gründen, von den Abschlachtungen im Kriege ganz abgesehen, stark zurückgegangen.

Oesterreich und Ungarn.††)

Am gewaltigsten ist der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion in den Donauländern. Man erntete an Weizen in 1000 Quarters:

	1913	1915	1919	1920
Oesterreich . .	8600	7500	2020	2300
Ungarn	21000	18950	4000	4300

In Europa insgesamt betrug, unter Ausschaltung Russlands, die Weizenernte 1913: 162,75 Millionen Quarters, 1915: 143,23 Millionen, 1920: 115,96 Millionen.

---

*) „Scielski Wiestnik" vom 9. XII. 1920.

**) Nach Berichten von „Temps" und „Times".

†) Industrie- und Handelszeitung.

††) „Vossische Zeitung", 16. XI. 1920.

Sehr bezeichnend ist es, dass in dem kriegdurchtobten, aber bäuerlich bewirtschafteten Frankreich die landwirtschaftliche Produktion verhältnismässig sehr wenig gesunken ist. Insgesamt ist heute der Hunger West- und Mittel-Europas nach ausländischem Getreide und ausländischen Betriebsmitteln weitaus grösser als vor dem Kriege.

(Schluss folgt.)

Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus.*)

März 1921.

Zusammengestellt von Ernst Drahn.

b) Russische Literatur.**)

Poesija bolschewistkich dnei. (Bolschewistische Poesie.) (128 S.) Verlag Mysl, Berlin 1921. M. 4.—. Oktavformat.

Sozialistijcskich Westnick. (Der sozialistische Bote — Organ der Auslandsvertretung der sozialistischen Arbeiterpartei Russlands.) Red. Alexander Rubinstein, Berlin 1921. Pro No. 1,50 Mk. Quartformat. (Verlagsgen. Freiheit.)

c) Ungarische Literatur.

Mit Akar a kommunista Ifjumunkas Internationale? (8 S.) Verlag Arbeiterbuchhandlung Wien 1921. Kr. —,50. Oktav.

Lenin: **A Proletárifjuság Feladatairól.** (18 S.) (Verlag Arbeiterbuchhandlung. Wien 1921.) Kr. 1,20. Oktavformat.

---

*) Siehe Nr. 4 der „Internationale".

**) Bei der Unmöglichkeit, Literatur direkt aus Russland zu erhalten, so dass eine ordnungsmässige, bibliographische Festlegung der Neuerscheinungen seit Beginn des Krieges so gut wie ausgeschlossen ist, werden alle Besitzer solcher Literatur, besonders der sozialistischen seit 1917, dringend gebeten, Aufstellungen von Titeln (mit Seiten- und Jahreszahlen) einzusenden. Besonders wird diese Bitte an die ausländischen Vertreter der Sowjetrepublik gerichtet, die sich ein grosses Verdienst um die internationale Bibliographie erwerben würden, wenn sie diese Notiz auf diplomatischem Wege nach Russland (Staatsverlag in Moskau usw.) weitergeben würden. Mitteilungen bitte zu richten an Ernst Drahn, Berlin-Steglitz, Forststr. 5.

d) Schwedische Literatur.

Voranzeige von Frams Förlag, Stockholm.

Bucharin, N. och Preobrashensky: **Kommunismens A. B. C.**

Diktonius: **Min Dikt.** En samling aforismer.

Höglund Z.: **Socialismes historia.**

Kommunals Kattelagarna.

Kuusinen, O. W.: **Ekonomiska begrepp.**

Lenin, N.: **Radikalismen — Kommunismens barusjak-dom.**

Sinovjev, G.: **Tal i Halle.**

Trotzki, L.: **Terrorism och Kommunism.**

Westberg: **Mästerverket.**

e) Norwegische Literatur.

Luxemburg, Rosa: **Breve fra Faengslet.** (45 S.) Norgis soç.-dem. Ungdomsfordunds forlag. Kristiania Kr. 1,00. Oktavformat.

f) Englische Literatur.

Agger, Eugene: **The Organzed Banking.** George Allen & Unwin, Ltd., London 1921. 12 S. 60. Oktavformat.

Beer, M.: **Karl Marx Life and Teaching.** (136 S.) National Labour Press. London 1921. 6 d. Oktavformat.

— **History of British Socialism.** 2 Bd. in 1 Bd. (380 u. 460 S.). Cheap Edition. London 1921. 10 S. (Volksausgabe. Nur für organisierte Arbeiter). Oktavformat.

Cole, G. D. H.: **An introduction to Trade Unionism.** George Allen & Unwin Ltd. London 1921. 6 S. Oktavformat.

Garett, H. L.: **Organizing for Work.** George Allen & Unwin Ltd. London 1921. 5 S. Oktavformat.

Landsbury, Georg: **What I saw in Russia.** Daily Herald, London. 4 S. 6 D. Oktavformat.

Malone, C. I. L.: **What are a few Churchills?** (15 S.) The Communist Party of Great Britain. London. (1921,) 2 D. Oktavformat.

— **The Russian Republic.** George Allen and Unwin Ltd. London 1921. 2 S. 6 D. Oktavformat.

Mackenzie, I. S.: **Outlines of Social Philosophy.** George Allen & Unwin Ltd. London 1921. 12 S. 6 D.

Marriage Laws of Soviet Russia. (85 S.) Soviet Russia. New York 1921. 25 Cts. Oktavformat.

Masaryk, T. G. **The Spirit of Russia.** 2 Bd. (500 S.) George Allen & Unwin Ltd. London 1921. 5 S. Oktavformat.

Ransome, Arthur: **Six Weeks in Russia.** George Allen & Unwin Ltd. London 1921. (15. Thousend.) 2 S. 6 D. Oktavformat.

„Re-establing" the Second Internationale. (8 S.) Communist Party of Great Britain. London. (1921.) 1 D. Oktavformat.

Russel, Bertrand: **Roads to Freedom. Socialism, Anarchism and Syndicalism.** George Allen & Unwin Ltd. London 1921. 3 S. 6 D. Oktavformat.

— **Principles of Social Reconstruction.** Allen & Unwin Ltd. London 1921. 3 S. 6 D.

Russia to Day: A Survey of Facts and Figures. (16 S.) The Communist Party Great Britain. London. (1921.) 2 D. Oktavformat.

Tucker, Iwin, John: **A History of Imperialism.** National officice Socialist Party Chicago. 1920. 2,45 Dollar.

Woolf, Leonh. S.: **Co-operation and the Future of Industry.** Second Edition. George Allen & Unwin Ltd. 1921. 5 S. Oktavformat.

g) Italienische Literatur.

Polano, Luigi: **Relajione morale e politica del Comitato Centrale Relazione sul movimento Internationale.** (19 S.) Casa Editrice L'Avanguardia". Roma 1921. 1 Pfd. Sterl. Oktavformat.

h) Französische Literatur.

Commune, La, de Paris Actes et Documents. Preface de G. Zinovico. Edition „Clarté". Paris 1921. 5,— Fr. Oktavformat.

G. Assier, H. P.: **Les Einpapahontas** (preface d'Anatole France). Edition „Clarté". Paris (im Erscheinen).

— **Les Communiques** (preface de Henri Barbusse). Edition „Clarté". Paris (im Erscheinen).

Lourié, Ossip: **Le Revolution russe.** Edition „Clarté". Paris 1921. 3,— Fr. Oktavformat.

Luxemburg, Rosa: **Lettres de Prison.** Edition „Clarté". Paris 1921. 2,50 Fr. Oktavformat.

Trotzky, L.: **Terrorisme et Communisme.** (L'anti-Kautsky). Edition „Clarté". Paris. 8 Fr. Oktavformat.

Vaillant-Couturier, P.: **Trains rouges.** Edition „Clarté". Paris (im Erscheinen).

Voyages en Russie. Rouge La République du travail. (60 photographies documentaires). Edition „Clarté". Paris 1921. 4,00 Fr.

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. —Neustädt. Vereinsdruckerei.

Die Internationale

Jahrg. 3 * 15. Juni 1921. * Heft 8

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Marlborough s'en va-t-en guerre!

Berlin, den 10. Juni 1921.

el. Es geschehen Zeichen und Wunder. Winston Churchill aus dem Hause Marlborough, Vetter des 9. Herzogs dieses Namens, geboren am 30. Dezember 1874 in Blenheim-Palace, der im Namen an der Familie Anfang und Glück im spanischen Erbfolgekrieg erinnert; Winston Churchill, als Kriegsberichterstatter im Burenkriege das Beispiel und unerreichte Muster aller späteren Scheuermänner und Rolf Brandts, als Kriegs- und Munitionsminister im Weltkriege, unermüdlicher Baumeister des Greater-Britain mit Blut und Eisen, als Kolonialminister nach dem Versailler Frieden Bewahrer des imperialistischen Erbes und Raubes Grossbritanniens; Winston Churchill, der enthusiastischste Lobredner brutalster imperialistischer Gewalt, ist unter die Friedensapostel gegangen. In Manchester hat er in diesen Tagen eine Rede gehalten, die das Herz aller Sozialpazifisten beiderlei Geschlechts, allen Amsterdamer, Genfer und Wiener Internationalisten höher schlagen lässt, und der die Berliner „Freiheit" Rudolf Hilferdings wonnetrunken die Ueberschrift gibt: Deutsch-französisch-englische Zusammenarbeit.

Mit dem Schmalz, das die Rolle des neugebackenen Pazifisten erfordert, mit der zu Herzen gehenden und die Tränendrüsen rührenden Sorge um das Schicksal des von ihm und seinesgleichen durch lange 5 Jahre verwüsteten Europa, mit allem gebührenden Mitgefühl um die Millionen hingeschlachteter Proletarier und um die anderen Millionen noch lebender, im siegreichen England, Frankreich, Italien, wie im besiegten Deutschland und Oesterreich hungernden und in erbitterten Streiks um das letzte Stückchen Brot kämpfenden Arbeiter ruft Winston Churchill aus dem Hause Marlborough pathetisch aus: Wohin gehen wir in Europa? Hat der große Krieg die Sicherheit des dauernden Friedens gebracht?

Was ist zu tun? Und Winston-Churchill antwortet auf diese Frage an das Schicksal, auf die seit Jahren alle Staatsmänner von Millerand und Lloyd George bis Philipp Scheidemann und Rudolph Breitscheid vergeblich die Antwort gesucht haben:

> Wenn wir Europa wieder auf die Füße stellen wollen, gibt es meiner Meinung nach nur einen Weg: Es muss aufrichtiger Friede zwischen Grossbritannien, Frankreich und Deutschland bestehen! (Beifall.) Es muss ein wirkliches Zusammenarbeiten zwischen diesen mächtigen Nationen stattfinden, um auf den Trümmerstätten des Krieges wieder aufzubauen und die rühmliche Einigkeit Europas wiederherzustellen.

In der Tat: Die U. S. P. D. hat in Winston Churchill einen unerwarteten Bundesgenossen gefunden. Was sie in ihrer Erklärung zum Programm des Kabinetts Wirth-Bauer, in ihrer Zustimmung zum Vertrauensvotum für die Regierung der Erfüllung und des Steuerraubzugs, der Freikorps, des Belagerungszustandes und der Ausnahmegerichte, der Vorzensur und Kommunistenverfolgungen forderte:

> Spielraum zur Durchführung der überaus schwierigen, aber augenblicklich wichtigsten Aufgabe der Wiederherstellung befriedigender internationaler Beziehungen zu sichern —

Winston Churchill ist bereit, mit dem ganzen Gewicht seines Namens und seiner Stellung es zu verwirklichen.

Winston Churchill Arm in Arm mit Rudolph Breitscheid fordern ihr Jahrhundert in die Schranken.

Nur einen kleinen Haken hat diese Geschichte. Der Traum ist zu schön, um wahr zu sein. Ein leiser Zweifel erhebt sich, ob der Prophet unter den Jingos nicht gerade dann neuen Krieg in den Falten seiner Toga trägt, wenn er die Völkerversöhnung verkündigt. Und bei den Klängen der Friedensschalmei des Erben von Blenheim-Palace erinnert man sich an jenes Spottgedicht, mit dem respektlose Franzosen die Kriegstaten des grossen Ahnen des grossen Winston, des Siegers von Blenheim, vor nun mehr als 200 Jahren besangen:

Marlbrough s'en va-t-en guerre!

„Marlbrough zieht in den Krieg"! Ja, er steckt schon mitten im neuen Krieg darin: im Kriege gegen Angora, gegen Kemal Pascha. Die Friedenspastorale des neuen Marlbrough ist nichts als eine Kriegsfanfare.

Der neue Krieg, den England gegen Angora führt, ist der Krieg des englischen Kolonialministers und neuaufgebügelten Pazifisten

Winston Churchill. Hinter der Hilfeleistung Englands für Griechenland, dessen Truppen von den anatolischen Bauern in Kleinasien zu Paaren gejagt werden, steckt die Verwirklichung des großen Planes, dessen Durchsetzung Marlbrough-Churchill sein Leben geweiht hat: die Niederkämpfung Sowjet-Rußlands. Der Beginn des englischen Krieges gegen Kemal Pascha ist die Fortsetzung des englischen Krieges gegen Räterußland, den Verbündeten Kemal Paschas.

Bisher sind alle Kriegszüge der internationalen Weissgardisten, alle Hoffnungen und Entwürfe Winston Churchills, die er auf Koltschak und Denikin, auf Bermont und Noske gesetzt hatte, gescheitert an dem heldenmütigen Widerstand der kämpfenden Arbeiter und Bauern Russlands, die eine Stütze fanden in der Friedenssehnsucht der europäischen Arbeiter, wie in ihrer mehr oder weniger bewussten Solidarität mit dem ersten proletarischen Staat der Welt. Der Widerstand des englischen Komitees „Hände weg von Sowjet-Russland", wie der Widerstand der deutschen und französischen Arbeiter, so schwach und für Kommunisten ungenügend und unzureichend er immer gewesen ist, hemmte die offene Teilnahme der imperialistischen Staaten Westeuropas an den Feldzügen der von ihnen gegen Räterussland ausgerüsteten Landsknechtbanden und liess ihre Absicht schliesslich zu Schanden werden.

Darum versucht es Churchill jetzt auf andere Weise. Er predigt den Frieden unter den Völkern Europas, um Räterussland in Asien zu schlagen. Er hofft, dass die europäischen Arbeiter ruhig bleiben werden, wenn „hinten irgendwo in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen".

Schon werden — auch das gehört zu dem Friedens- und Versöhnungsprogramm Winston Churchills — Projekte ruchbar über eine gemeinschaftliche wirtschaftliche Durchdringung Räterusslands durch England und Deutschland. Der Krieg in Angora soll den eben zustande gekommenen Handelsverträgen Englands und Deutschlands mit Räterussland erst den richtigen kapitalistischen Sinn geben.

Das Plänchen ist fein, sehr fein gesponnen. Sicher werden die Ludendorffe, die stets bereit gewesen sind, ihr deutsches Schwert an den Meistbietenden zum Kampfe gegen Räterussland zu verkaufen, mit dem Friedensstifter Churchill handelseins werden. Und die deutschen Bankiers und Industriekapitäne, denen neuer Profit winkt, werden ihren Segen dazu geben. Alle Hassgesänge gegen das perfide Albion verwandeln sich in Lobeshymnen auf das grosse edle England, den Retter Europas.

Und Breitscheid und Crispien werden zu den Lobgesängen den Takt schlagen.

Nur einer der neuen Bündnispartner ist unzufrieden: Frankreich. Es fürchtet für seine Machtposition in Europa, wenn England dem deutschen Kapitalismus auf die Beine hilft, wie es schon zu zittern begonnen hat, als Lloyd George in Oberschlesien wegen Polen intervenierte. Und hellhörig, wie Imperialisten nun einmal sind, wenn ihre Machtinteressen gefährdet sind — hellhöriger als alle Hilferdinge und Crispiene — erraten die Franzosen das ganze Geheimnis der Friedensreden Winston Churchills. Offen erklärt der „Temps" zu Churchills Rede:

> Wenn England aufrichtig den Frieden wünsche, dürfe es nicht den deutschen Militarismus schonen, um ihn später eventuell gegen Russland ausspielen zu können.

Der Kreis ist geschlossen. Lloyd George hält seine schützende Hand über die deutschen Freikorps in Oberschlesien. Winston Churchill predigt den Frieden in Europa, um in Asien Krieg zu führen.

Die Gefahr für Russland, für die Weltrevolution ist gross: um so grösser als die Arbeitermassen Westeuropas sich durch die diplomatischen Erfolge der Sowjet-Macht, durch den Abschluss der Handelsverträge mit den kapitalistischen Staaten haben in Sicherheit wiegen lassen. Geschickt benutzt Churchill diese Stunde der Ruhe, um unter der Maske des Friedensstifters die Kapitalisten Europas zu neuem Schlage gegen Räterussland zu sammeln.

Die nächsten Kämpfe um die Weltrevolution sollen nach dem Plane Churchills in Angora geschlagen werden, wo anatolische Bauern im Bunde mit der russischen Rätemacht sich gegen den gefährlichsten Feind der Weltrevolution, gegen den Räuberimperialismus Englands und seines Propheten im Schafspelz Churchill erhoben haben.

Marlbrough s'en va-t-en guerre!
(Marlbrough zieht in den Krieg!)

Die Arbeiter Europas haben es in der Hand, ob dieser Plan Churchills Wirklichkeit wird, oder ob nicht Europa die Wahlstatt ist und bleibt, wo das Proletariat im Kampfe mit seinen Ausbeutern und gegen die Feinde Räte-Russlands den Sieg an seine Fahnen heftet. Sie haben es in der Hand, dass auf den ersten Vers des Spottliedes auch heute der zweite folgt:

Qui sait, s'il reviendra!
(Wer weiss, ob er wiederkommt!)

Lehren der Märzkämpfe.*)

Von Karl Radek.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich in Deutschland ein unaufhaltbarer Prozess der Radikalisierung der Arbeiter vollzieht. Diese Radikalisierung äußert sich einstweilen in der wachsenden Mißstimmung mit den bestehenden Verhältnissen. Arbeiter, die an die Besserung ihrer Lage in den politischen Verhältnissen, die jetzt bestehen, glauben, sind wohl sogar mit der Kerze nicht aufzufinden. Aber nur ein Teil der Arbeiterschaft ist vom Kampfeswillen belebt, die Mehrheit fühlt sich ohnmächtig, die Verhältnisse zu ändern. Je mehr der Druck steigt, desto unsicherer fühlt sie sich. Aber noch immer starrt sie auf die Gewerkschaftsleitungen in den sozialdemokratischen Parteien und hat keinen Mut, offen mit ihnen zu brechen. Unsere Erfolge in der Kampagne, die unter der Losung des Offenen Briefes geführt wurde, bedeuteten einen Schritt eines Teiles der Arbeiterschaft nach links. Aber es war eine Verschiebung in der Stimmung, nicht in der Tat. Die Kampagne für den Offenen Brief konnte agitatorisch natürlich nicht ohne Ende geführt werden. Man kann nicht ohne Ende agitieren für eine Aktion und gleichzeitig unaktiv bleiben und gleichzeitig die Massen auf die Zukunft vertrösten. Die Agitation in den Gewerkschaften, die Agitation in den Versammlungen wie in der Presse musste erstens gesteigert werden durch eine Reihe politischer Kampagnen. Es musste versucht werden, die sich für die Forderungen des Offenen Briefes aussprechenden Arbeitermassen auf einer weit sichtbaren Tribüne zusammenzuführen, es musste versucht werden, die Agitationsperiode zu einem vorläufigen Abschluß auf höherer politischer Stufe zu bringen, sei es durch Einberufung von Arbeiterkongressen der Industriezweige, in denen sich die Aktivisierung der Arbeiterschaft bemerkbar machte, sei es eines allgemeinen Arbeiterkongresses von Vertretern lokaler Gewerkschaften, die sich für die Forderung des Offenen Briefes erklärt haben und von Vertretern öffentlicher Versammlungen, die zu diesem Zwecke einberufen werden konnten. Es mußte gleichzeitig in der gesamten Parteipresse, in den Flugblättern ein aufrüttelnder Angriffston angeschlagen werden, der in den breiten Massen das Bewußtsein wachrufen würde, dass es notwendig ist zu handeln,

*) Aus der ausgezeichneten Broschüre von Carl Radek: Soll die V. K. P. D. eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein? 11 S., 1,50 Mk.

daß die Kommunisten gewillt sind zu handeln. Die Forderungen der Entente, der vollkommene Zusammenbruch der bürgerlichen Politik, die schwere Krise, in der sich das bürgerliche Deutschland befand, bildeten einen günstigen Boden für den Versuch der Partei, breite Massen der Arbeiterschaft um die Kommunistische Partei zu scharen, die Scheidewände niederzureißen, die die Mehrheitssozialdemokratie und die Unabhängigen zwischen den Kommunisten und den zurückgebliebenen Arbeitermassen aufgerichtet haben. Diese politische Aktivität, die Steigerung des Bewußtseins der Gefahr nicht nur durch Artikel, sondern durch politische Kampagnen, fehlten. Die Partei verstand nicht, die Agitation, die sie mit dem Offenen Brief begann, zu steigern, obwohl sie wußte, daß jeden Tag Situationen eintreten können, wo sie verpflichtet und genötigt sein wird, die Proletarier zum aktiven Kampf aufzufordern.

Diese Situation trat ein, als die deutsche Regierung beschloß, zur Besetzung des mitteldeutschen Kohlenreviers durch die Sipo zu schreiten. Daß dies ein bewußter politischer Akt seitens der Stinnes-Regierung war, unterliegt keinem Zweifel. Ob die Stinnes-Regierung es auf einen endgültigen Bruch mit der Entente ankommen lassen, oder sich zur Kapitulation bereiterklären will, in beiden Fällen muss sie die Arbeiterschaft fest in der Hand behalten. Sie muss imstande sein, ebenso gegen den Willen der Arbeiterschaft sich in ein Abenteuer gegen die Entente zu stürzen, wie die Arbeiterschaft mit gebundenen Händen der ententistischen Ausbeutung auszuliefern. Die Lage in Oberschlesien, die Kämpfe, die zu erwarten waren, unabhängig davon, ob die oberschlesischen Wahlen zugunsten oder zuungunsten des deutschen Kapitals ausfallen würden, forderten, daß die Regierung frei über Mitteldeutschland verfüge, das im Falle eines Kampfes mit Polen wichtiges Durchgangsgebiet für die Truppen darstellen würde. Sollte die V. K. P. D. untätig zuschauen, wie das rote Mitteldeutschland, die stärkste Burg des deutschen Kommunismus, in Banden geschlagen wird? Die Entscheidungen der Partei dürfen nicht durch Gefühlsmomente bestimmt werden; sie müssen von einer realen Einsicht in die bestehenden Machtverhältnisse bestimmt werden. Diese Einsicht ermöglichte und erforderte eine Aktion der Partei. Die Resultate unserer Agitation in den Gewerkschaften schufen um die kommunistische Partei einen Ring von ungefähr 1 Million von Arbeitern, auf deren Unterstützung wir rechnen konnten. Eine Massenstreikbewegung, die von anderthalb Millionen Arbeitern getragen werden kann, bedeutet einen starken politischen Schlag gegen die Bourgeoisie. Es handelt sich nur darum, den Uebergang zur Aktion, den Aufmarsch dieser anderthalb Millionen Arbeiter strategisch richtig vorzubereiten und die einstweiligen Grenzen der vorauszusehenden Aktion klar zu ziehen. Weder das eine, noch das andere wurde getan. Der Aufmarsch mußte erfolgen in Anknüpfung an die bisherige Arbeit der Partei. Die Taktik des Offenen Briefes, wenn er nicht ein einmaliger Trick war, forderte, bevor wir

in die Aktion schritten, vor den Massen festzustellen, dass es nicht unsere Schuld ist, wenn wir genötigt sind, zu einer selbständigen Sonderaktion zu greifen. Die Bedürfnisse des Aufmarsches erforderten also, dass wir uns noch einmal an die Gewerkschaften und an die sozialdemokratischen Parteien wenden und an sie die Frage stellen: „Wollt Ihr zusammen mit uns die Bergarbeiter Mitteldeutschlands verteidigen oder nicht?" Da die Regierungsaktion in Mitteldeutschland von dem preußischen Innenminister, dem Sozialdemokraten Severing ausging, da sie von dem Sozialdemokraten Hörsing auf Geheiss der Bourgeoisie erfolgte, so hatten wir erstens die Aufgabe, die Sozialdemokratie zu nötigen, sich offen zu diesem Schlage gegen die Arbeiter zu bekennen, zweitens, die Unabhängigen zu nötigen, sich vor den Arbeitern in klarer Weise dazu zu bekennen, ob sie in einer Front mit der Orgesch und mit Severing oder mit den Bergarbeitern Mitteldeutschlands stehen wollen. Dies alles wurde unterlassen, wodurch die Verantwortung für die selbständige Aktion auf uns, auf die V. K. P. D. äußerlich fiel. Gleichzeitig wurde der Zweck des Kampfes nicht eng und klar begrenzt. Natürlich ist es klar, daß bei einem großen Erfolge der Aktion wir auch ihre Ziele erhöhen konnten. In dem gegebenen Moment mußten wir sie auf die Forderung der Rückgängigmachung des Erlasses Hörsings und die Bewaffnung von Arbeiterwehren konzentrieren, und wir mussten uns sagen: solange sich nicht grosse Massen des Proletariats der Aktion anschliessen, darf sie nicht über die Rahmen des Massenstreiks hinausgehen. Erst wenn wir große Siegeschancen vor uns hätten oder, wenn brutale militärische Eingriffe die Massen bis zur Siedehitze bringen würden, war es Zeit, den bewaffneten Arbeitergruppen die Losung zu geben: „Greift zu den Waffen!" Und dann musste gesagt werden: „Schließt Euch nicht in einzelnen Punkten ein, sondern, wenn Ihr zu den Waffen greift, dann mit dem Ziele, breitere Massen der Arbeiterschaft zu bewaffnen und mit ihnen den Feind dort zu suchen, wo er geschlagen werden soll." Diese klare Umgrenzung der Kampfesweise wurde nicht vorgenommen. Die Arbeiter der Leunawerke und anderer Zentren unserer mitteldeutschen Bewegung griffen sofort zu den Waffen, blieben teils mit ihnen in den Werken, wo sie leicht eingeschlossen werden konnten, teils erschöpften sie ihre Kraft in ziellosen Aktionen. Das unsinnige Auftreten einzelner K. A. P.-Arbeitergruppen, die entgegen dem Willen ihrer Führer eine Reihe von Attentaten begingen, verwirrten die Arbeitermasse und erleichterten der unabhängigen Führerschaft, schamlos und offen an die Seite der Konterrevolution zu treten. Wenn man die kommunistische Presse dieser Tage verfolgt, so zeigt es sich auch, dass der kommunistische Parteiapparat den Uebergang von der Agitation zur Aktion nicht ohne weiteres vollziehen konnte. Weder die Presse noch die Organisationsleiter verstanden es, mit voller Energie und Leidenschaft aufzutreten, mit Ausnahme von ein

paar Organen wie die „Rote Fahne“ und das Hamburger Parteiblatt zeigen sie nicht das Verständnis des Ernstes der Lage, in der sich die Vorhut des Proletariats befand.

Wir haben mit voller Offenheit die Mängel der Bewegung dargelegt, wie wir sie auf Grund des uns vorliegenden Materials sehen, denn ohne ihre Klarlegung und ohne ihre offene Besprechung ist es unmöglich, die nächsten Aktionen besser zu gestalten und auszuführen. Aber über der Kritik darf nicht vergessen werden, erstens, daß ein allgemeiner endgültiger Kampf ohne Vorkämpfe unmöglich ist. Wer aus Anlass dieser Aktion naserümpfend über „revolutionäre Gymnastik“ spricht, der beweist, dass er das A B C der kommunistischen Politik nicht verstanden hat. Eine Arbeiterklasse, die sich gewöhnt, ihre Politik als ein reines Rechenexempel zu behandeln und aus der Rechnerei heraus jede Provokation, jeden Schlag annimmt in der Hoffnung auf die letzte Abrechnung, wird niemals zu dieser letzten Abrechnung kommen. Natürlich kann sich die Partei nicht jeden Tag in den Kampf stürzen, sie muss die Situationen abwägen. Eine kommunistische Kritik, die zu beweisen suchen würde, dass aus Anlass der Ereignisse in Mitteldeutschland es nicht notwendig war, den Kampf zu beginnen, wäre keinesfalls eine unzulässige Kritik. Aber die Kritiker der Aktion aus den Parteikreisen sprechen sich gegen die Märzaktion als einen bakunistischen Putsch aus mit folgender Begründung: die Aktion sei eine Parteiaktion gewesen, ein Kampf gegen grosse Arbeitermassen. Dieser Vorwurf des bakunistischen Putsches beruht auf dem Missbrauch des Wortes Putsch und des Namens Bakunin. Ein Putsch besteht, wenn ein kleiner Teil von Revolutionären durch konspirativ vorbereitete Erhebung versucht, die Macht an sich zu reißen. Hier trat die Partei, die eine halbe Million Mitglieder zählt, offen auf und suchte die Arbeitermassen zu einem Abwehrkampfe ihrer eigenen Interessen zu führen. Dieser Kampf mag mit einer Niederlage geendet haben, er stellte den ersten Versuch der V. K. P. D. dar, in einer einheitlichen Aktion die gemeinsamen Interessen des deutschen Proletariats zu verteidigen.

Leitsätze zur internationalen Organisation der Gewerkschaften.

Vorgelegt von der deutschen Delegation.

Einleitung.

Die kapitalistische Produktionsweise ist unvereinbar geworden mit den Lebensbedingungen der menschlichen Gesellschaft. Mit skrupelloser Niedertracht sucht die herrschende Klasse den Kapitalismus am Leben zu erhalten. Die Folgen sind für das Proletariat: gesteigerte Ausbeutung, überfüllte Gefängnisse und Zuchthäuser, unerhörte Arbeitslosigkeit, Elend und Verzweiflung, Krankheit und frühzeitiger Tod.

In allen kapitalistischen Ländern, in den sogenannten Siegerstaaten wie in den neutralen und besiegten Ländern, sind die Folgen für das Proletariat wesensgleich, sie sind nur graduell verschieden in dem Masse, wie der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft in den einzelnen Ländern in verschiedenem Tempo fortschreitet. Die Arbeiterklasse kann sich dem *drohenden* Untergang nur durch rücksichtslosen Klassenkampf erwehren. Der Klassenkampf des Proletariats der verschiedenen Länder muss sich in erster Linie richten gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes. Der schliessliche und endgültige Sieg der Arbeiterklasse über die Kapitalisten in einem Lande hängt jedoch ab von dem Fortschreiten und der Kraft des *internationalen* Klassenkampfes.

Auf politischem Gebiet haben die revolutionären Massen aus dem Bankrott der II. Internationale die erforderlichen Konsequenzen gezogen und sich in der III. Internationale vereinigt. Das Geschick der menschlichen Gesellschaft, Leben und Existenz von Millionen und Abermillionen *arbeitender* Menschen hängt davon ab, ob es dem klassenbewussten Proletariat gelingt, sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine starke internationale revolutionäre Kampforganisation zu schaffen.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Die von einer Handvoll Führer geschaffene Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist alles andere, nur keine Kampforganisation. Ihre Praxis steht zu den elementarsten Interessen des Proletariats in unversöhnlichem Gegensatz. Den Führern dieser Internationale fehlt der Glaube an die schöpferische Kraft der arbeitenden Klasse. Sie klammern sich deshalb an die internationale Bourgeoisie und versuchen durch Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie der ganzen Welt die tödliche Krise des Kapitalismus zu mildern. Statt unüberbrückbaren Gegensatz zwischen *Proletariat* und Bourgeoisie hervorzukehren, statt auf den revolutionären

Klassenkampf, mit dem Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus aufzurichten, geht ihr Streben im Gegenteil auf eine Milderung der vom Kapitalismus erzeugten Gegensätze, auf eine Verständigung zwischen den kapitalistischen Raubstaaten und auf eine Wiederbelebung des kapitalistischen Wirtschaftslebens.

Diese reformistische, opportunistische Einstellung zeitigt in der Praxis der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eine ununterbrochene Kette von Verstössen gegen die vitalsten Interessen des Proletariats. Es sei nur an ihre engen Beziehungen zu dem kapitalistischen Völkerbund und zu dem ihm angeschlossenen Internationalen Arbeitsamt erinnert. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale versucht, jedem ernsthaften Kampf auszuweichen, wofür der Verlauf des englischen Bergarbeiterstreiks ein drastisches Beispiel liefert. Der Charakter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wird durch die konterrevolutionäre, hasserfüllte Einstellung gegenüber Sowjetrussland jedem ehrlichen Arbeiter vor Augen geführt. Die Haltung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, namentlich ihrer deutschen Anhänger, anlässlich des Konfliktes der Entente mit Deutschland und anlässlich der Vorgänge in Oberschlesien ist ein unerhörter Verrat an den proletarischen Interessen, sie zeigte, dass die Amsterdamer Herrschaften heute wieder bereit wären, den 4. August 1914 zu wiederholen, sich wieder auf Gedeih und Verderb mit der Bourgeoisie zum blutigen Krieg zu verbinden, wenn auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg winken würde. Das Angeführte erschöpft bei weitem nicht alle Verrätereien der Amsterdamer, es ist jedoch ausreichend, um jedem ehrlichen Arbeiter zu zeigen, dass die Amsterdamer Internationale die gradlinige Fortsetzung der bankrotten II. Internationale ist. Wie hier, so geben dort nicht die Massen, sondern die Führer den Ton an, wie hier, so herrscht auch dort statt der Tat die Phrase. Jeder denkende Arbeiter muss begreifen: die Bourgeoisie kann sich nur behaupten und die Welt mit Grauen und Schrecken bedecken, weil die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ihre zuverlässigste Stütze ist. Deswegen ist der Kampf gegen die gelben Amsterdamer Führer nicht von irgendwelchen Parteiinteressen, sondern von den Lebensinteressen der Arbeiterklasse diktiert.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale.

Mit Genugtuung stellen wir fest, dass die Arbeitermassen aller Länder in steigendem Masse sich von Amsterdam abwenden und ihre Sympathie der Roten Gewerkschaftsinternationale bekunden. Mehr als zehn Millionen Gewerkschafter sind heute bereits organisatorisch fest mit der Roten Gewerkschaftsinternationale verbunden. Millionen in Deutschland, Frankreich, England und anderen Ländern stehen, obgleich durch die gelben Spitzenführerorganisationen Amsterdam angeschlossen, innerlich mit allen Fasern ihres Herzens zur Roten Gewerkschaftsinternationale.

Die Tätigkeit der Roten Gewerkschaftsinternationale wird von der Einsicht bestimmt, dass wir in der jetzigen Epoche nicht eine, sondern die Krise des Kapitalismus erleben, dass es folglich keine reformistische, sondern nur eine revolutionäre Lösung gibt, dass eine solche Epoche keine Unklarheiten und Unzweideutigkeiten duldet, dass die Befreiung der Arbeiter nur im rücksichtslosen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie durchgeführt werden kann, dass die herrschenden Klassen jedem selbständigen Schritt des revolutionären Proletariats tausendfachen Widerstand entgegen-

setzen und dass dieser Widerstand nur durch die Diktatur des Proletariats überwunden und so die Bahn für die Verwirklichung des Sozialismus frei gemacht werden kann. Indem die Rote Gewerkschaftsinternationale unablässig vor den Arbeitermassen betont, dass die Bourgeoisie ihre todbringende Existenz nur noch fristen kann dank der Unterstützung, die ihr von der konterrevolutionären Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie Tag für Tag zuteil wird, zeigt sie den Arbeitern gleichzeitig, dass man nicht gegen die Bourgeoisie kämpfen kann, ohne zugleich gegen die gelben Gewerkschaftsführer einen erbarmungslosen Kampf zu führen.

In welchem Verhältnis steht die Rote Gewerkschaftsinternationale zur Kommunistischen Internationale?

Hier kann gesagt werden, was Marx im Kommunistischen Manifest über das Verhältnis der kommunistischen Parteien zu den übrigen Arbeiterparteien sagte: Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat keine von der Kommunistischen Internationale abweichenden Interessen. Die organisatorischen Grundlagen und die unmittelbaren Aufgaben der Roten Gewerkschaftsinternationale sind jedoch andere.

Die Kommunistische Internationale ist die Weltorganisation der Kommunisten. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale beitreten will, muss die 21 Aufnahmebedingungen des II. Weltkongresses anerkennen. Die Kommunistische Internationale ist die Führerin des internationalen Proletariats bei allen politischen und revolutionären Kämpfen. Diese Aufgabe — die Kämpfe zu führen — kann von einer tatkräftigen Minderheit gelöst werden, aber nur unter der Voraussetzung, dass alle ihre Mitglieder über alle grundsätzlichen und wichtigen taktischen Fragen übereinstimmen. Der Daseinszweck der Kommunistischen Internationale erfordert also, dass sie für alle nichtkommunistischen Parteien die Tore verschlossen hält.

Anders die Rote Gewerkschaftsinternationale. Die ihr angeschlossenen Organisationen haben die wirtschaftlichen Kämpfe — seien es nun begrenzte Angriffs- oder Abwehrstreiks, sei es in einem Stadium, wo die gewerkschaftlichen Kämpfe in politische umschlagen und revolutionäre Formen annehmen — nicht nur zu führen, sondern vor allem durchzuführen. Diese Aufgabe kann nur von einer Mehrheit der an den Kämpfen beteiligten Arbeiter gelöst werden. Dazu ist jedoch nicht erforderlich, dass sich die Mitglieder der der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen ausdrücklich zum Kommunismus bekennen; es genügt, wenn sie sich ihres Gegensatzes zum Kapitalismus bewusst und bereit sind, sich aktiv am Klassenkampf zu beteiligen. Aus dieser Verschiedenheit folgt, dass die Rote Gewerkschaftsinternationale auf einer viel anderen, viel breiteren Grundlage aufgebaut werden muss als die Kommunistische Internationale. Sie ist nicht nur die Weltorganisation der Kommunisten, sondern die Weltorganisation des auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Proletariats. Sie kann deshalb auch nicht einen intrigierenden Teil der dritten Internationale bilden. Aus sachlichen und taktischen Gründen muss die rote Gewerkschaftsinternationale eine selbständige Organisation sein. Eine enge Verbindung mit der Kommunistischen Internationale ist aber notwendig. Diese wird wie bisher in der Weise durchgeführt, dass die leitenden Körperschaften gegenseitig bevollmächtigte Delegierte entsenden.

Die Kommunisten haben sich den notwendigen Einfluss auf die Rote Gewerkschaftsinternationale durch die praktische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften in jedem Lande zu sichern.

* * *

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Erwägungen, unterbreiten wir für die Rote Gewerkschaftsinternationale folgende statutarische Grundlage:

Statut.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist nicht nur unfähig, die Arbeiterklasse der Welt zu Kampf und Sieg über das internationale Kapital zu führen, sie ist vielmehr das stärkste Hindernis im Befreiungskampf des Proletariats. Es ist deshalb Pflicht der Arbeiterklasse, alle Kräfte zusammenzufassen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die jede Verständigung mit der Bourgeoisie ablehnen und die gewillt sind, den Klassenkampf rücksichtslos gegen die Bourgeoisie im internationalen Maßstab zu führen.

Die besitzende Klasse der Welt versucht, den Befreiungskampf der Arbeiter im Blute zu ersticken. Die bisher verhüllt wirkende Diktatur der Kapitalisten tritt offener und deutlicher in Erscheinung. Dieser Diktatur der Bourgeoisie muss die Arbeiterklasse für die Uebergangszeit zur kommunistischen Wirtschaft die Diktatur des Proletariats entgegensetzen. Nur so kann die Arbeiterklasse den Vernichtungswillen der ausbeutenden Bourgeoisie brechen, nur auf dem Wege der organisatorischen Vereinigung aller klassenbewussten Arbeiter kann der Widerstand der Kapitalisten aller Länder gebrochen und die politische Macht vom Proletariat erobert und gesichert werden. Aus diesem Grunde begrüsst der am ..... in Moskau tagende Kongress der unterzeichneten revolutionären Arbeiterorganisationen die vor Jahresfrist erfolgte Gründung des Provisorischen internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände und beschliesst in Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit, sich zu einer internationalen Klassenkampforganisation zusammenzuschliessen und sich folgende Satzungen zu geben:

Name.

Die Vereinigung der wirtschaftlichen Klassenkampforganisationen, die sich auf dem Boden des nachstehenden Programms zusammenschliessen, führt den Namen „Rote Gewerkschaftsinternationale".

Sitz.

Der Sitz des geschäftsführenden Organs der Vereinigung ist Moskau.

Aufgaben.

a) Zusammenschluss.

Der Zweck des Zusammenschlusses ist die Vereinigung aller wirtschaftlichen Klassenkampforganisationen des Proletariats und der oppositionellen Minderheiten opportunistischer Gewerkschaftsverbände.

In Befolgung des Grundsatzes, dass es die reformistischen Gewerkschaften nicht zu zerstören, sondern zu erobern gilt, darf der Anschluss solcher Minderheiten nur dann erfolgen, wenn dadurch die revolutionären Elemente nicht von der Masse der in solchen Verbänden organisierten Arbeiter isoliert werden.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat die Aufgabe:

1. Die breiteste und energischste Propaganda und Agitation für die unmittelbarsten Interessen des Proletariats, für die Ideen des revolutionären Klassenkampfes und der revolutionären Massenaktion zum Zwecke der Ueberwindung der kapitalistischen Lohnsklaverei zu entfalten.
2. Die Rote Gewerkschaftsinternationale wird im Bedarfsfalle die Einleitung und Durchführung von gemeinsamen internationalen Hilfsaktionen vornehmen wie überhaupt die Weckung und Bekundung tatkräftigster internationaler Solidarität zu ihren vornehmsten Aufgaben gehört.
3. Von den der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen muss die Initiative zu internationalen Aktionen aus Anlässen wichtiger Ereignisse auf dem Gebiete des Klassenkampfes ergriffen werden. Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat gegen die internationalen Folgen des kapitalistischen Zerfalls (Arbeitslosigkeit, Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnabbau) einen rücksichtslosen Kampf zu führen.
4. Sie verpflichtet sich, das Klassenbewusstsein der Massen mit aller Energie zu wecken und gegen die den Klassengegensatz verwischende Arbeitsgemeinschaftspolitik mit der Bourgeoisie einen rücksichtslosen Kampf zu führen. Sie wird die Arbeitermassen der ganzen Welt überzeugen, dass es im Rahmen des Kapitalismus für das Proletariat keine Lebensmöglichkeit mehr gibt, dass deshalb die Gewerkschaften sich bewusst auf den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung einstellen müssen.
5. Die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen werden zum energischen Kampf gegen das Internationale Arbeitsbüro des Völkerbundes und gegen Programm und Taktik der Internationalen Amsterdamer Föderation der Gewerkschaftsverbände verpflichtet.
6. Alle der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen sind verpflichtet, die Sammlung und den Austausch alles für die vorstehenden Programmpunkte benötigten Materials vorzunehmen.
7. Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat alle angeschlossenen Organisationen über die Lage in den verschiedenen Ländern zu informieren und die Herausgabe von Zeitungen und Büchern und Propagandaschriften zu veranlassen, die die Frage der Roten Internationalen Gewerkschaftsbewegung behandeln und die geeignet sind, die revolutionäre Bewegung in den einzelnen Ländern zu fördern.
8. Die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen nationalen Organisationen (Berufsverbände, Industrieverbände, Unionen) haben in jedem Lande ein organisatorisches Zentrum zu bilden. Dieses Zentrum hat die Aufgabe, mit dem Internationalen Rat die engste Verbindung aufrechtzuerhalten und die Weisungen und Anordnungen des Rates nach den Beschlüssen des Kongresses durchzuführen. Wenn zur Bildung eines solchen Zentrums die tatsächlichen Voraussetzungen fehlen, hat der Internationale Rat die Aufgabe, für die Wahrung der Interessen der Roten Gewerkschaftsinternationale zu sorgen und geeignete Vertrauensleute einzusetzen. Der Internationale Rat hat das Recht, in die nationalen Zentren bevollmächtigte Vertreter zu entsenden.

9. Die Aufnahme einer Organisation eines Landes in die Rote Gewerkschaftsinternationale erfolgt unter Anerkennung der Satzungen der Roten Gewerkschaftsinternationale durch den Internationalen Rat im Einvernehmen mit dem organisatorischen Zentrum des betreffenden Landes. Erfolgt gegen die Aufnahme Einspruch, so entscheidet der Kongress.
10. Die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen sind verpflichtet, die vom Kongress festgelegten Pflichtbeiträge abzuführen.

Exekutivkomitee und Internationaler Rat.

Zur Führung der Geschäfte der Roten Gewerkschaftsinternationale, zur Kontrolle der Durchführung vorgenannten Programms wählt der Kongress ein aus 15 Vertretern zusammengesetztes Exekutivkomitee, das seinen Sitz in Moskau hat. Der Kongress hat bei der Wahl darauf Rücksicht zu nehmen, dass die wichtigsten Länder im Exekutivkomitee der Roten Gewerkschaftsinternationale vertreten sind. Die Organisation des Landes, in dem der Rat seinen Sitz hat, entsendet mindestens 5 Vertreter.

Um die engste Verbindung mit dem klassenbewussten Proletariat der ganzen Welt sicherzustellen, wählt der Kongress ausserdem einen Internationalen Rat, in dem möglichst jedes angeschlossene Land eine Vertretung entsendet. Der Internationale Rat tritt nach Bedarf, mindestens aber viermal jährlich in einem jeweils von der letzten Sitzung bestimmten Lande zusammen. Er hat die Aufgabe, zu den konkreten Tagesfragen Stellung zu nehmen, notwendige Aktionen einzuleiten und dafür zu sorgen, dass die lebendigste Fühlung zwischen dem Exekutivkomitee und den angeschlossenen Organisationen hergestellt wird.

In Streitfällen trifft das Exekutivkomitee die Entscheidung, die für alle der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen bindend ist.

Das Exekutivkomitee ist für seine Amtshandlungen dem Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale verantwortlich. Es gibt sich seine Geschäftsordnung selbst.

Um ein erspriessliches, erfolgreiches Arbeiten mit der Kommunistischen Internationale sicherzustellen, sendet der Internationale Rat unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einen bevollmächtigten Vertreter in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. Aus sachlichen Erwägungen ist dasselbe Verhältnis zwischen den organisatorischen Zentren der einzelnen Länder und den nationalen Sektionen der Kommunistischen Internationale herbeizuführen.

Der Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Der regelmässige Kongress findet alljährlich statt. Er ist die höchste Instanz der Kommunistischen Gewerkschaftsinternationale. Die Vorbereitung und Einberufung erfolgt durch das Exekutivkomitee. Das Exekutivkomitee hat die Verpflichtung, die vorläufige Tagesordnung des Kongresses aufzustellen und diese mindestens vier Monate vor Beginn des Kongresses allen angeschlossenen Landes-Organisationen mit den bis dahin eingelaufenen Anträgen zu unterbreiten. Anträge, die Bezug haben auf die bekanntgegebene Tagesordnung zum Kongress, sind dem Internationalen Rat spätestens zwei Monate vor Stattfinden des Kongresses einzureichen.

Während des Kongresses einlaufende Zusatz- und Abänderungsanträge können zur Verhandlung gelangen, wenn der Kongress dies mit Majorität beschliesst.

Auf Antrag von drei Ländern ist auf dem Kongress eine Abstimmung auf Grund der Stärke der angeschlossenen Mitgliedschaften vorzunehmen.

Alle Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Ein ausserordentlicher Kongress kann auf Beschluss des Exekutivkomitees einberufen werden. Wenn die Hälfte der angeschlossenen Landes-Organisationen ein solches Verlangen schriftlich oder telegraphisch unterbreitet, muss er einberufen werden.

Zusammensetzung des Kongresses.

Der Kongress setzt sich zusammen aus den gewählten Delegierten und den Mitgliedern des Exekutivkomitees.

Jede der der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Landes-Organisationen entsendet zum Kongress

bis 250 000 Mitglieder	1 Delegierten,
und auf jede weiteren 250 000 Mitglieder	einen weiteren Delegierten.

Die Berechnung der Mitgliederzahlen erfolgt auf Grund der geleisteten Beiträge.

Die Mitglieder des Internationalen Rates nehmen am Kongress mit beratender Stimme teil. Den einzelnen Landes-Organisationen steht es frei, auf ihre Kosten weitere Vertreter mit beratender Stimme zum Kongress zu entsenden.

Die Mandate der Delegierten zum Kongress sind vom Exekutivkomitee vor Stattfinden des Kongresses zu prüfen und dem Kongress zur Bestätigung vorzulegen.

Der Kongress prüft die Tätigkeit des Exekutivkomitees zwischen den alljährlich stattfindenden Kongressen. Er erledigt alle vorliegenden Anträge; er setzt die Höhe der Beiträge für die kommende Geschäftsperiode fest und bestätigt die von den einzelnen Ländern vorgeschlagenen Mitglieder des Internationalen Rates und wählt den Kassierer.

Der Kongress entscheidet ferner über alle Fragen grundsätzlicher wie taktischer Art.

Besondere Bestimmungen.

Mitglieder des Exekutivkomitees und des Internationalen Rates können wegen grober Pflichtverletzung durch einen Beschluss des Exekutivkomitees, der mit Zweidrittel-Majorität gefasst werden muss, bis zum nächsten Kongress suspendiert werden.

Die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Landes-Organisationen können, wenn sie gegen das Programm oder die Beschlüsse des Internationalen Rates verstossen, von diesem ausgeschlossen werden; Berufung an den nächsten Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale ist zulässig.

Der freiwillige Austritt aus der Roten Gewerkschaftsinternationale kann nur am Schluss des Berichtsjahres dem Kongress erklärt werden; bis dahin sind alle fälligen Beiträge zu zahlen.

Die Kassenführung der Roten Gewerkschaftsinternationale steht unter der Kontrolle des Exekutivkomitees.

Die Wiedergutmachung.

Von St. Sz.

I.

Im Deutschen Reichstag hat sich die genügend starke Majorität gefunden, die das Diktat der Entente in der Reparationsfrage bedingungslos angenommen hat. S. P. D., Zentrum und Demokraten haben sich darauf zu einer Koalitionsregierung zusammengeschlossen. Damit hat die damalige aktuelle Regierungskrise einen vorläufigen Abschluss gefunden. Jetzt handelt es sich um die Erledigung der wichtigsten Seite des Reparationsproblems, der praktischen, der Realisierung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Auf Grund des Reparationsprotokolls stellt sich das Bild der Reparationsverpflichtung folgendermassen dar:

Nach Artikel I des Protokolls beträgt der festgesetzte Gesamtbetrag der deutschen Reparationsverpflichtung 132 Milliarden Goldmark, abzüglich

a) des bereits auf das Reparationskonto bezahlten Betrages,
b) derjenigen Summen, welche von Zeit zu Zeit Deutschland hinsichtlich des Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten usw. gutgebracht werden können und
c) aller der Summen, welche von anderen feindlichen oder früheren feindlichen Mächten eingehen und hinsichtlich deren die Kommission entscheiden kann, dass sie Deutschland gutgebracht werden soll, zuzüglich der belgischen Schuld an die Alliierten.

Die belgische Schuld samt Zinsen, die den 132 Milliarden Goldmark zuzuschlagen ist, schätzt Wissell im „Vorwärts" auf annähernd 5 Milliarden Goldmark. Die Reparationskommission hat bekanntlich den auf das Reparationskonto bezahlten Betrag mit 8 Milliarden Goldmark errechnet, die in b) und c) genannten Summen werden nach Wissells Annahme wesentlich niedriger als die belgische Schuld, also als 5 Milliarden Goldmark, angerechnet werden, so dass sich die Gesamtschuld Deutschlands von 132 Milliarden Goldmark nach unten nicht allzu stark verändern dürfte, um einen etwas höheren Betrag als 3 Milliarden Goldmark (8 + X — 5).

Nach Artikel II des Protokolls sind von der deutschen Regierung an die Reparationskommission folgende Schuldverschreibungen auszustellen und zu übergeben:

Serie a) Schuldverschreibung für einen Betrag von 12 Milliarden Goldmark. Diese Schuldverschreibung soll bis spätestens 1. Juli 1921 ausgestellt und übergeben werden.

Serie b) Schuldverschreibungen für einen Betrag von 38 Milliarden Goldmark. Diese Schuldverschreibungen sollen spätestens am 1. November 1921 ausgestellt und übergeben werden.

Serie c) Schuldverschreibungen für 82 Milliarden Goldmark. Dieser Betrag wird aber erst richtiggestellt nach Berechnung des Zuschlages der belgischen Schuld weniger der Abzüge. Diese Schuldverschreibung soll spätestens am 1. November 1921 ausgestellt und der Reparationskommission ohne anhängende Kupons übergeben werden.

Serie a) (12 Milliarden) ist ab 1. Mai 1921 und Serie b (38 Milliarden) ab 1. November mit 5 Prozent zu verzinsen und werden mit 1 Prozent amortisiert. Jährlich hat also Deutschland für Serie a und Serie b zusammen 50 Milliarden Goldmark, 6 % Nominalwert, das sind 3 Milliarden Goldmark, zu zahlen.

Die Schuldverschreibungen der Serie c werden erst dann ausgegeben, bis die Reparationskommission überzeugt ist, dass die von Deutschland übernommenen Zahlungen ausreichen, um auch zur Bezahlung von Zinsen und Amortisation dieser Schuldverschreibungen zu dienen. Nach den Feststellungen des Auswärtigen Amtes wird die Schuld der Serie c vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1926 mit 2½ % und nachher mit 5 % ohne Berechnung von Zinseszinsen verzinst, so daß Deutschland, so lange die deutschen Jahresleistungen nicht mindestens 6 % der Gesamtschuld — über 7½ Milliarden Goldmark jährlich! — ausmachen, nach der Fassung des Reparationsprotokolls eine ewige Rente zahlen kann.

Die Jahresleistungen Deutschlands betragen nach Artikel IV des Reparationsprotokolls:

1. Eine Summe von 2 Milliarden Goldmark.
2. a) Eine Summe, welche 25 % des Wertes seiner Ausfuhr in jedem Zeitraum von 12 Monaten nach dem 1. Mai 1921, so wie von der Kommission festgesetzt, entspricht, oder
   b) wahlweise einen entsprechenden Betrag, so wie er in Uebereinstimmung mit jedem anderen, von Deutschland vorgeschlagenen und von der Kommission angenommenen Index festgesetzt werden würde.
3. Eine weitere Summe entsprechend 1 v. H. des Wertes seiner Ausfuhr, wie oben bestimmt, oder wahlweise einen entsprechend der Vorschrift in b) oben festgesetzten Betrag.

Deutschland hat also jährlich eine feste Zahlung von 2 Milliarden Goldmark und eine variable, die 26 % der deutschen Ausfuhr entspricht, zu entrichten.

Gegenüber den Pariser Forderungen, die 42 Annuitäten (feste Jahreszahlungen) kannte und zwar:

2	Jahre zu	2 Milliarden,
3	Jahre zu	3 Milliarden,
3	Jahre zu	4 Milliarden,
3	Jahre zu	5 Milliarden,
31	Jahre zu	6 Milliarden
42	Jahre	226 Milliarden,

dazu 12 % des Wertes der jährlichen deutschen Ausfuhr, bedeutet der neue Zahlungsplan theoretisch einen Fortschritt, nämlich, wie Pinner im „Berliner Tageblatt" richtig feststellt, „dass die Gesamtheit der Zahlungen im höheren Grade, als dies bei den Pariser Beschlüssen der Fall war, zu der deutschen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftskraft in Beziehung gesetzt ist".

Der Teil, der aus dem Titel der variablen Zahlung jährlich eine Milliarde übersteigt, kann von der Reparationskommission in beliebiger Form zur Tilgung der deutschen Schuldverschreibung Serie c verwendet werden.

II.

Das wesentlichste Problem der deutschen Reparationsverpflichtung ist natürlich die Frage der praktischen Leistung. Die Gesamtschuld lautet auf Goldmark. Da aber Deutschland in wirklichen Goldmark die Schuld nicht abtragen kann, muss ein Aequivalent gefunden werden, Material- und Arbeitsleistungen, die in Goldmark ausgedrückt werden. Da aber für diese Leistungen kein fixer Massstab, in Goldmark ausgedrückt, gegeben ist, so werden in der Bewertung der Goldmark fortwährend Differenzen entstehen. Wie weit aber die Bewertungen auseinandergehen werden, kann man aus der unterschiedlichen Bewertung der Leistungen ersehen, die Deutschland auf das Reparationskonto bereits ausgeführt hat. Deutschland schätzt diese Leistungen auf 20 Milliarden Goldmark, die Reparationskommission nur auf 8 Milliarden Goldmark, so dass sich zwischen beiden Schätzungen die ungeheure Spannung von 12 Milliarden Goldmark ergibt. Es spielen bei der Bewertung der Leistung soviel massgebende Einflüsse eine bestimmende Rolle, dass selbst dann nicht eine Einigung wird erzielt werden können, wenn beide Parteien an die Schätzung mit der grössten „Objektivität" herangehen werden. Nehmen wir nur ein konkretes Beispiel, das sich in verschiedenen Formen ständig wiederholen wird. Deutschland hat seine Flotte abliefern müssen, den grössten Teil seiner Schiffe hat England erhalten. Der Verlust jedes einzelnen Schiffes bedeutet für Deutschland weitaus mehr, als der Gewinn desselben Schiffes für England. Denn Deutschland hat nicht allein Schiffe verloren, ihm ist ein grossartiger Schiffsorganisationsapparat geblieben, der ohne Schiffe für seine Wirtschaft eine Zeitlang sogar ein Ballast war. (Arbeitslosigkeit der Angestellten dieses Apparates!) Der umgekehrte Fall ist bei England. Eine bestimmte Anzahl von deutschen Schiffen ist England zur Last geworden, und dieser Umstand hat zur Krise seiner Handelsschiffahrt natürlich nur beigetragen. Jede Bewertung, die deutsche und die englische, kann von ihrem Standpunkt aus eine sehr richtige und kapitalistisch eine sehr gerechte sein und trotzdem oder auch gerade deswegen, im Goldmarkmassstabe ausgedrückt, sehr grosse Differenzen ergeben. Sowie die Entwicklung aber aussieht, kann von einer Stabilisierung der Preisanarchie am Weltmarkte noch lange nicht die Rede sein. Das Beispiel der verschiedenen Wertung der auf das Reparationskonto bereits durchgeführten Leistungen zeigt mit aller Deutlichkeit, welch

grosse Bedeutung diesem Problem zufällt. Zur Regelung solcher Differenzen ist im Reparationsprotokoll Artikel VIII folgende Bestimmung vorgesehen: „Der Wert des gelieferten Materials und der durchgeführten Arbeitsleistung soll durch einen von Deutschland und einen von der beteiligten Macht ernannten Schätzer und mangels einer Vereinbarung durch einen von der Kommission ernannten Schiedsrichter bestimmt werden." Da die Fälle, wo keine Einigung wird erzielt werden können, voraussichtlich überwiegen werden, wird die Entscheidung fortwährend an diesem Schiedsrichter liegen. Es ist aus sehr naheliegenden Gründen anzunehmen, dass solche Entscheidungen meistens zuungunsten der deutschen Schätzung ausfallen werden.

Ueber das besondere Wie der Zahlungen ist im Reparationsprotokoll auch sonst nichts Bestimmtes gesagt, kann auch nicht gesagt werden. Es heisst da nur im Artikel V über die zunächst zu leistende Zahlung:

Deutschland wird innerhalb von 25 Tagen von dieser Benachrichtigung an (6. Mai 1921) eine Milliarde Goldmark in Gold oder anerkannten Devisen oder in deutschen Schatzanweisungen mit drei Monaten Laufzeit, die das Indossament (Garantieunterschrift) anerkannter deutscher Banken tragen und in London, Paris, New-York oder jedem anderen von der Reparationskommission bezeichneten Platze zahlbar sind, zahlen. Diese Zahlungen werden als die beiden ersten Vierteljahrsraten der in Artikel IV vorgesehenen Zahlungen (Annuität von 2 Milliarden Goldmark) behandelt werden.

Ferner bestimmt der Artikel VIII ganz allgemein:

„Deutschland soll auf Verlangen vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der Kommission solches Material und solche Arbeit verschaffen, wie sie jede der alliierten Mächte zwecks der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete für den Fortgang der Wiederherstellung oder die Entwicklung ihres industriellen oder wirtschaftlichen Lebens bedarf."

Die Ausfuhrabgabe ist nur als Maßstab-Index gedacht; es steht der deutschen Regierung frei, einen anderen Index zu finden, der im Einvernehmen mit der Reparationskommission als Maßstab angewendet werden kann.

In bezug auf die Zahlung setzt Artikel VII des Reparationsprotokolls fest, dass das sogenannte Garantiekomitee, das aus Vertretern der jetzt in der Reparationskommission vertretenen alliierten Mächte besteht, einschließlich der Vereinigten Staaten, falls diese einen solchen entsenden wollen, das Recht hat, folgende Fonds zu überwachen:

a) Die Einnahmen aller deutschen See- und Landzölle und Abgaben und insbesondere die Erträgnisse aller Einfuhr- und Ausfuhrabgaben;
b) Die Erträgnisse der Abgabe von 25 Prozent auf den Wert aller Ausfuhr, auf welche eine Abgabe nicht unter 25 Prozent auf Grund der im Artikel IX inbezug genommenen Gesetzgebung Anwendung findet;
c) Die Erträgnisse solcher direkter oder indirekter Steuern oder irgendwelcher anderer Fonds, welche die deutsche Regierung vorschlagen

kann, und welche von dem Garantiekomitee in Ergänzung oder als Ersatz der unter a) oder b) oben angeführten Fonds angenommen werden.

Die verschriebenen Fonds sollen in Gold oder in von dem Komitee gebilligter fremder Währung auf Konten eingezahlt werden, welche auf den Namen des Komitees eröffnet und von ihm überwacht werden soll.

Ueberdies hat die deutsche Regierung dem Garantiekomitee jede beabsichtigte Handlung mitzuteilen, welche dazu führen könnte, die Erträgnisse irgendeines der verschriebenen Fonds zu vermindern, und soll, wenn das Komitee es fordert, irgendwelche andere anerkannte Fonds zum Ersatz geben.

Das Komitee ist berechtigt, solche Massnahmen zu ergreifen, die es zur zweckmässigen Erledigung seiner Aufgabe für notwendig erachtet. Das heisst natürlich praktisch, dass dieses Komitee der unumschränkte Gebieter Deutschlands sein wird. Der „demokratische" Nachsatz, „das Garantiekomitee ist nicht ermächtigt, sich in die deutsche Verwaltung einzumengen", hat praktisch nur den Wert eines faulen Witzes.

III.

Vorerst ist bis zum 1. Juni 1921 1 Milliarde Goldmark in Gold oder anerkannten Devisen oder in deutschen Schatzanweisungen mit drei Monaten Laufzeit, die das Indossament (Garantieunterschrift) anerkannter deutscher Banken besitzen, zu zahlen. Die Leistung dieser ersten Verpflichtung wird selbstverständlich grosse finanzielle Transaktionen erfordern, und dabei wird das sogenannte „Reich" an verschiedene Institute herantreten müssen, um diese Transaktionen durchführen zu können. Wahrscheinlich wird in erster Linie die Reichsbank, ein Privatunternehmen, herangezogen werden müssen. Hier wird es sich zeigen, dass die alldeutschesten Unternehmer, die besten Patrioten zwischen „Reich", dessen realer Machtapparat durch seine Verwendung und Wirkung ihr besonderer Apparat ist, und sich einen sehr scharfen Strich ziehen werden. Die Reichsbank, die einen Teil ihres Metallschatzes vielleicht zur Verfügung stellen wird, wird für diesen „Dienst" sehr schwere Bedingungen stellen. Ebenso werden die „anerkannten" deutschen Grossbanken vom „Reich" ihr Indossament, ihre Unterschrift, für sehr schweres Geld sich abkaufen lassen. Da ein Teil der Zahlungen auch in Devisen abgewickelt wird, muss das „Reich" durch seine Devisenbeschaffungsstelle oder durch deutsche Grossbanken mit ausländischen Instituten in Verbindung treten, auch diese werden bei den Transaktionen Riesengewinne erzielen wollen. (Die Notwendigkeit, sich fremde Devisen zu verschaffen, hat zusammen mit einer noch nicht dagewesenen Zunahme des Umlaufes an Papiergeld — in der letzten Aprilwoche hat der Banknotenumlauf um den Betrag von fast 2½ Milliarden Mark zugenommen! — auf der Berliner Börse eine ungeheure Nachfrage nach Devisen und fremden Noten hervorgerufen, so dass die Spekulation am Effektenmarkte (Wertpapiere) einen Stillstand erlitt und sich in Devisen und fremden Noten festlegte. Es erfolgte allerdings ein Rückschlag, eine

Markthausse, und zwar auf Grund der Annahme der Bedingungen, doch liegt kein Anlass vor, anzunehmen, dass diese vorübergehende Besserung eine dauernde sein wird.) Das „Reich" wird sich die 1 Milliarde zu verschaffen wissen. Die „nationale" Schuld wird für die Reichsbank, für deutsche und ausländische Grossbanken, also für eine beschränkte Anzahl von Kapitalisten, eine riesige Profitquelle bilden. Auch bei den künftigen Transaktionen wird diese Erscheinung wiederkehren: Das „Reich" wird immer mehr verarmen, das Vermögen einzelner Kapitalisten in einem immer größerem Masse anschwellen.

Doch mit der Beschaffung der 1 Milliarde wäre nur die erste Rate der deutschen Reparationsverpflichtung erledigt, und da auch nur ihre finanzielle Seite. Das Problem ist die Leistung der fortlaufenden Reparationsverpflichtung. Von welchem Gesichtspunkte aus wird diese Leistung bestimmt? Die Wiedergutmachung ist nicht allein das Diktat übermütiger Sieger, ihr mehr oder minder bewusster Sinn ist der erste grosse planmässige Versuch einer Liquidierung der Weltkrise, der planmässig gewollte Beginn des Wiederaufbaus des Kapitalismus. Unmittelbar soll die Wiedergutmachung die Mittel zum Wiederaufbau Nordfrankreichs schaffen und die finanziellen Lasten, die England und Frankreich an die Vereinigten Staaten binden, abtragen, mittelbar wird die Wiedergutmachung darüber hinaus in den verschiedensten Formen das Wirtschaftsleben aller anderen Wirtschaftsgebiete berühren, in ihren Wirkungskreis einbeziehen. Betrachten wir vorerst die deutsche Seite der Wiedergutmachung.

Die Frage, wie zu zahlen ist, läuft praktisch auf die Frage, wie der verdinglichte Inhalt der rein formalen Zahlung beschaffen sein wird, hinaus. Die kapitalistische Form, in welcher immer mittelbar die Zahlung erfolgen mag, sei es eine grossangelegte Anleihe, eine Effektenübertragung ans Ausland, eine Verbindung dieser zwei Operationen oder eine andere Transaktion, wird zum Inhalt eine Leistung im Wege der Warenausfuhr haben, von der Ware Arbeitskraft bis zum Endprodukt eines komplizierten Industrieprozesses. Welche bestimmte Ware ausgeführt wird, ist in erster Linie nicht so sehr von der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft abhängig, als von der Aufnahmefähigkeit des in Betracht kommenden Marktes. Dieser Maßstab und die Notwendigkeit der Leistung einer bestimmten Minimalzahlung wird das Wiedergutmachungsproblem bedeutend komplizierter gestalten, als die absolute Unfähigkeit des deutschen Wirtschaftsgebietes, die Maximalleistung, die den Minimalforderungen der Entente gleichkommt, zu erreichen. Scheitern wird die Wiedergutmachung nicht so sehr an dem Diktat der Entente, als in erster Linie an dem Diktat der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft. Das wird der Kernpunkt des Wiedergutmachungsproblems sein und mit der Lösung des Problems, der Beseitigung der Anarchie, der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, wird erst die Vorbedingung, der Boden für eine wirkliche Wiedergutmachung geschaffen werden. Dem Maßstab der kapitalistischen Aufnahmefähigkeit der in Betracht kommenden Märkte — die kapitalistische Aufnahmefähigkeit der Märkte ist nicht mit der absoluten

Aufnahmefähigkeit dieser Märkte identisch, bei der Wiedergutmachung wird sie durch bestimmte Interessen der herrschenden kapitalistischen Mächte modifiziert werden. Um dies an einem Beispiel zu erläutern: so wird Frankreich immer mehr Kohle verlangen, als der absolute Bedarf seiner Industrie erfordert, und bedeutend weniger fertige Industrieprodukte, als sein akuter Bedarf der Notstandsarbeiten in Nordfrankreich in einem bestimmten Zeitpunkte erheischen wird, auch wenn die deutsche Produktion in der Lage wäre, diesen Bedarf vollauf zu befriedigen — sucht das System der Ausfuhrabgabe gerecht zu werden. Es wird nun von vielen bürgerlichen Oekonomen behauptet, dass neben der Schutzzollpolitik der Entente auch die Ausfuhrabgabe die Tendenz hervorrufen wird, die Ausfuhr Deutschlands zu unterbinden und Deutschland in der Richtung einer Binnenwirtschaft zu entwickeln. Mit dem Gerede über die Binnenwirtschaft wollen wir uns nicht allzu lange aufhalten. Denn abgesehen davon, dass Deutschlands Landwirtschaftsproduktion kaum überhaupt jemals dem Lebensmittelbedarf des deutschen Marktes genügen wird, und die mächtigsten Industrien Deutschlands, wie die Eisen- und die Textilindustrie, auf eine sehr starke Einfuhr notwendiger Rohstoffe teils in demselben Masse (Textilindustrie), teils in einem noch weit grösseren Masse als im Frieden (Eisenindustrie) angewiesen sein wird, wird gerade die Wiedergutmachung die deutsche Wirtschaft noch stärker mit dem internationalen Weltmarkte verbinden müssen, als es bisher der Fall war. Was diesen Oekonomen vor Augen schwebt, ist die durch technische Vervollkommnung noch stärkere Ausnützung der Rohstoffe des eigenen Marktes für die Produktion und dann jene „Sichselbstgenügung", die darin bestehen wird, dass der Import an Lebensmitteln eingeschränkt werden und die Ernährung hauptsächlich aus der deutschen Lebensmittelproduktion bestritten werden wird, das heisst praktisch, dass die Konsumtion der Arbeiter so tief als möglich herabgedrückt wird, was aber noch immer nicht bedeutet, dass sich die Grossagrarier nicht mit aller Macht anstrengen werden, ihre Produkte in fremde Länder auszuführen. Warum aber technisch rationell im allergrössten Masse durchgeführte Produktion und eine riesige Unterkonsumtion der Massen die deutsche Wirtschaft als Totalität zur Binnenwirtschaft entwickeln soll, ist unerklärlich. Denn dass diese Totalität in Praxis für ihre Wiedergutmachung keinen Gegenwert in Waren erhalten wird, ist ja für den Charakter der Binnenwirtschaft nicht bestimmend. Für die Binnenwirtschaft sind doch nur die Zusammenhänge des in Betracht kommenden Marktes mit dem Weltmarkt entscheidend. Und gerade das Moment, dass die Wiedergutmachung die deutsche Wirtschaft in einer der Binnenwirtschaft entgegengesetzten Richtung entwickeln muss, bereitet den Franzosen und Engländern so schweres Kopfzerbrechen. Was nun die Unterbindung der deutschen Ausfuhr durch die Ausfuhrabgabe anbelangt, so führt zu dieser Schlussfolgerung diese Oekonomen wesentlich folgender Gedankengang (soweit sich diese Schlussfolgerung auf die Schutzzollpolitik der Entente bezieht, ist sie richtig, doch wollen wir uns vorläufig mit ihr nicht beschäftigen, da wir uns mit der Schutzzollpolitik der Entente im Laufe unserer Aus-

führung noch besonders zu befassen haben werden): Erste Voraussetzung dieses Gedankenganges ist, dass die Wiedergutmachung, wie sie das Diktat der Entente vorschreibt, die Wirtschaftskraft Deutschlands übersteigt, daher kann die Wiedergutmachung in ihrer augenblicklichen Form nur ein Provisorium sein. Sobald bei den Diktatoren das einkehren wird, was die heutigen Machthaber und Apologeten Deutschlands „Verstand" nennen, muss eine Aenderung der Reparationsverpflichtung zugunsten Deutschlands erfolgen. So ist von diesem Standpunkt aus die eigentliche Aufgabe für Deutschland nicht so sehr eine restlose Leistung der Wiedergutmachung, als in erster Linie den Beweis zu erbringen, dass die Wiedergutmachung in der Fassung, wie sie das Reparationsprotokoll festgelegt hat, nicht erfüllt werden kann. Dieser Beweis ist aber am besten dann erbracht, wenn die variable Leistung, die Exportabgabe, auf ein Minimum herabgedrückt wird, das heisst, wenn der Export auf jede Weise auch von Deutschland aus erdrosselt wird. Das kann dann geschehen, wenn das deutsche Kapital sein Hauptinteresse dem deutschen Markte zuwendet, wenn also sich die deutsche Wirtschaft in der Richtung einer Binnenwirtschaft entwickelt. Ein solcher Gedankengang abstrahiert einfach von der Wirklichkeit, von den kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen. Denn die Entwicklung Deutschlands zur Binnenwirtschaft infolge einer hochangespannten Produktion für den deutschen Markt wird fortwährend an ihrer wichtigsten Schranke, an der stark herabgedrückten Kaufkraft der Masse der deutschen Konsumenten, scheitern. Diese Schranke wird in Zukunft nicht nur nicht gelockert oder gar aufgehoben werden, sondern das Gegenteil wird eintreten: Die Kaufkraft der Masse der Konsumenten, der Arbeiter und Angestellten, wird noch eine weitere Senkung erleiden. Das deutsche Proletariat steht vor neuen riesigen Kämpfen, die, wenn sie nicht zu einem vollen Sieg, das heisst zum Sturz der heutigen Gesellschaft führen, als Endergebnis notwendig eine weitere Minderung derr Kaufkraft der deutschen Konsumenten zur Folge haben werden. Abgesehen davon, dass die Konsumfähigkeit (im kapitalistischen Sinne) keiner Arbeiterschicht so stark ist, dass sie das notwendige Existenzminimum erreicht oder gar übersteigt, sinkt die Konsumfähigkeit der gesamten Arbeiterschaft als Klasse immer mehr, was sich am deutlichsten in der steigenden Arbeitslosenziffer ausdrückt. Dabei geht die deutsche Arbeiterschaft in die kommenden grossen Lohnkämpfe nur mit sehr wenig Aussicht auf Erfolg. Denn gerade die stärkste Kampforganisation des Proletariats, die Gewerkschaft, wird die deutschen Arbeiter fortwährend im Stiche lassen. Als erfolgreichstes moralisches Kampfmittel wird von den Unternehmern die Notwendigkeit der Wiedergutmachung ausgeschrottet werden und vor dieser „objektiven" Notwendigkeit werden die Gewerkschaften regelmässig kapitulieren. Denn in einer klaglosen Durchführung der Wiedergutmachung sehen die Gewerkschaftsführer „mit Rücksicht auf die Vermeidung aussenpolitischer Konflikte, Verlust des Ruhrreviers usw.", ihre Hauptaufgabe und werden in dieser Hinsicht auf die Arbeiter einen starken Druck ausüben, selbst um den Preis des Verlustes ihrer Popularität." Druck ausüben, „selbst um den Preis des Verlustes ihrer Popularität."

Die Unverkäuflichkeit der Waren am deutschen Markte wird der Tendenz zu einer starken Ausfuhr immer wieder Anstoss geben, die das angebliche Hindernis, das durch die Exportabgabe entsteht, überwinden muss oder in dem Falle, dass die Ueberwindung dieses Hindernisses nicht gelingt, zu einem Stillstand des deutschen Wirtschaftsprozesses führen muss. Bedeutet aber die Exportabgabe an sich, und zwar in der Fassung, wie sie das Reparationsprotokoll modifiziert hat, überhaupt eine Unterbindung der deutschen Ausfuhr? Es heisst da im Reparationsprotokoll: „Der Gegenwert der Ausfuhrabgabe von 25 % soll in deutscher Währung von der deut-Regierung an die Exporteure bezahlt werden." Was bedeutet nun diese Bestimmung in der Praxis? Die bürgerlichen Oekonomen argumentieren diesbezüglich etwa folgendermassen: Das „Reich" hat ein Interesse an einer möglichst niedrigen Ausfuhr; denn je niedriger die Ausfuhr ist, um so niedriger ist die variable Leistung. — Ein solcher Gedankengang hat sich wiederum von dem Boden der Wirklichkeit entfernt. Hier werden das in diesem Falle irrationale „Reich" und der Privatunternehmer durcheinander geworfen, wo die Wirklichkeit in diesem speziellen Falle „Reich" und Unternehmer scharf von einander scheiden wird. Was zum Schaden des „Reiches" ist, ist noch immer nicht zum Schaden des Privatunternehmers. Hier ist sogar die Fassung eher am Platze: Was zum Schaden des „Reiches" sein wird, das wird zum Nutzen des Privatunternehmers sein. — Der Unternehmer erhält den Gegenwert der Ausfuhrabgabe von 25 % in deutscher Währung bezahlt. Mag diese Klausel auch infolge Bedachtsein auf die Interessen der fremden Unternehmer, die an der deutschen Wirtschaft beteiligt sind, in das Protokoll hineingekommen sein, sie kommt auch jedem deutschen Unternehmer zugute. Von jeder Ware, die der deutsche Unternehmer ausführt, hat er 25 % des Warenpreises sichergestellt, in Geld umgesetzt, sein Risiko, das er bei Kreditierung mancher Warenlieferungen eingehen muss, um diesen Prozentsatz vermindert. Ausserdem bietet diese Bestimmung die Möglichkeit, auf eine sehr einfache Weise Profit zu machen. Es bedarf nur einer Verständigung zwischen dem deutschen Exporteur und dem ausländischen Importeur in der Weise, dass der fremdländische Importeur für einen Schweigebetrag die Ware bedeutend höher fakturiert, als er sie übernommen hat, so dass, entsprechend der höheren Fakturierung, der 25 %ige Gegenwert entsprechend hoch hinaufgeschraubt wird, oder auf eine noch einfachere Weise, dass dieser ausländische Importeur ausgeschaltet wird und beispielsweise Stinnes in Deutschland zu seinen Auslandsverkäufen Stinnes in der Schweiz benützt. (Nebenbei bemerkt, wäre eine falsche Fakturierung mit Hilfe von Strohmännern keine Neuerscheinung. Sie ist seit langem praktiziert worden, allerdings in der entgegengesetzten Richtung, es wurde sehr niedrig fakturiert, um verschiedene bereits bestehende Ausfuhrabgaben, beispielsweise die sogenannte „soziale Ausfuhrabgabe" auf ein möglichst niedriges Mass zu beschränken. Durch die Beseitigung der Ausfuhrkontrolle und der früheren Ausfuhrabgaben entfällt die Notwendigkeit der Praktizierung der Unterfakturierung.) So wird die Exportabgabe an sich (in der Fassung des Reparationsprotokolls) für die Privatunter-

nehmer nicht zu einer Exportschranke, sondern im Gegenteil zu einer Exportprämie. Das „Reich", das ein Interesse hat, Export auf das notwendigste Minimum zu beschränken, wird gegen einen Ueberexport entsprechende Massnahmen ergreifen, antworten die bürgerlichen Oekonomen. Wie ist nun die Grenze zu bestimmen, wo ein Export noch notwendig ist, welcher Maßstab gilt zur Bestimmung dieser „Notwendigkeit", über welche technische Hilfsmittel verfügt das „Reich", um den „schädlichen" Export einzudämmen? (Es können und werden sich auch Fälle ereignen, wo deutsche Exporteure das Garantiekomitee gegen das „Reich" anrufen werden, indem sie darauf hinweisen werden, dass eine Massregel zur Exportunterbindung, welche die deutsche Regierung vielleicht einmal treffen wird, eine Handlung ist, welche die Erträgnisse dieses Fonds vermindert.) Eine Reihe von Widersprüchen können wir in Bezug auf den Export jetzt schon feststellen: auf deutscher Seite das Streben der Privatunternehmer nach masslosem Export und das Interesse des „Reiches" an einem Minimum von Export, auf der Seite der Entente der Widerspruch zwischen geforderter Leistung von Deutschland, also hoher deutscher Warenimport, und der Schutzzollpolitik, Unterbindung des deutschen Exports. In Deutschland wird sich die starke Exporttendenz, das Interesse des Privatunternehmers, gegen die entgegengesetzte Tendenz, gegen das Interesse des „Reiches" durchsetzen. Ihr ernstes Hindernis wird praktisch erst die Schutzzollpolitik der Entente sein, also nicht im, sondern jenseits der deutschen Wirtschaft liegen. Dem Unternehmer wird es dabei sehr leicht fallen, das „Reich" und die Arbeitervertreter bis zu den Unabhängigen hinunter von der Notwendigkeit eines Exportes zu überzeugen. Er braucht nur mit den gewöhnlichsten ökonomischen Gemeinplätzen operieren. Den Gemeinplatz, das Verhinderung des Exports Arbeitslosigkeit bedeutet, wird natürlich ein jeder von diesen Arbeitervertretern „würdigen" müssen. Dass das „Reich" diese Politik befolgen wird, dass sich das „Reich" in den Dienst der Gross-Exporteure stellen wird, dafür spricht eine kürzlich getroffene Bestimmung der deutschen Regierung, die die Ausfuhrkontrolle lockert und sogar in Aussicht stellt, dass die Ausfuhrkontrolle fast gänzlich aufgehoben wird. Die Exporteure sind gegen die ihnen lästige Ausfuhrkontrolle immer Sturm gelaufen, und als die Sanktions-Massnahmen der Entente einsetzten, da motivierten sie mit der Sanktions-Politik der Entente die Notwendigkeit einer Aufhebung der Ausfuhrkontrolle. Welcher Zusammenhang zwischen Sanktions-Politik und Notwendigkeit der Aufhebung der Ausfuhrkontrolle besteht, ist unerklärlich, erklärlich ist nur das eine, dass jede Massregel, Sanktionen und Nicht-Sanktionen, den Exporteuren ein Grund sein wird, die Beseitigung der kleinsten Beschränkung ihrer Freiheit, Profite zu machen, mit allem Nachdruck zu verlangen.

Zusammenfassend können wir feststellen: Die Exportabgabe bedeutet für den deutschen Privatunternehmer keine Exportschraube, sie gibt ihm in der Fassung, wie sie das Reparationsprotokoll festgelegt hat, ungeheure Möglichkeiten, Riesengewinne zu erzielen. Wir können noch eine Folgerung ziehen. Dadurch, dass der Expor-

teur 25 % des Preises der exportierten Ware durch das Reich in Geld sichergestellt hat, vereinfacht die Exportabgabe den Exporteuren den Umschlag der Ware in Geld, erleichtert die Schwierigkeiten des zweiten Teiles des Zirkulationsprozesses G-W-G, die Schwierigkeit, Ware in Geld zu verwandeln, verschafft den Exporteuren die für den Zirkulationsprozess notwendigen flüssigen Geldmittel, die ihrerseits Anlage suchen werden und auf den Geldmarkt fortwährend geworfen, immer wieder neuer Anstoss zu wüsten Spekulationen werden und in den Händen weniger mächtiger Kapitalisten vereinigt, die Konzentrationsbewegung immer wieder fördern werden.

(Fortsetzung folgt.)

Organisatorische Fragen der revolutionären Initiative.

Von Georg Lukàcs.

Es ist bereits vielfach hervorgehoben worden und ist zweifellos richtig: die Krise der V. K. P. D. von dem Serrati-Konflikt angefangen bis zur akuten Levi-Krise nach der Märzaktion ist nichts weiter als das wirkliche Sichauswirken der Anschlußbedingungen des 2. Kongresses. Es musste sich nämlich zeigen, dass die Anschlußbedingungen — wenn sie ernsthaft aufgefasst werden — keineswegs durch den einmaligen Akt ihrer Annahme, auch nicht durch den Entschluß, sie organisatorisch zu verwirklichen, erfüllt werden können: daß durch sie erst der Prozeß in Gang gesetzt wird, an dessen Ende die wirklichen kommunistischen Parteien stehen. Alle Opportunisten der dritten Internationale von Serrati bis Levi haben sich also mit richtigem Instinkt gegen sie aufgelehnt, und das Wutgeheul des Zentrums über sie — wenn auch vorerst behutsam und pianissimo — zustimmend begleitet. Die Forderung aller Zentristen und Opportunisten, den Anschluss auf politische Bedingungen festzulegen, bedeutet nämlich soviel, dass in der Richtung auf die Bildung kommunistischer Parteien kein Schritt geschehe; dass „Massenparteien" von Scheinkommunisten (d. h. von revolutionär empfindenden, jedoch unklaren Arbeitermassen, die von Opportunisten nach allen Regeln der „Autonomie" geführt werden) entstehen. Dieser Irrweg wurde durch die Beschlüsse des 2. Kongresses endgültig versperrt. Den Prozess in die richtige Richtung zu lenken, konnten diese Beschlüsse jedoch nur beginnen. Die Parteikrisen, die zwischen beiden Kongressen überall ausgebrochen sind, zeigen, dass die Klärung schon weit fortgeschritten, aber keineswegs bereits vollendet ist. Es wird die Aufgabe des 3. Kongresses sein, die Erfahrungen all dieser Krisen zu-

sammenzufassen und die glücklich begonnene Entwicklung weiter zu führen.

Unter diesen Erfahrungen nehmen die der Märzaktion eine sehr wesentliche Stelle ein, hauptsächlich deshalb, weil Partei und Revolution sich in Deutschland im fortgeschrittensten Stadium befinden. Was hier — selbst dem Aussenstehenden — sofort auffallen muss, ist einerseits das Versagen der Zentralisation in der Aktion, die Enthüllung, dass die Partei nur auf dem Papier zentralisiert war, andererseits, dass dieser organisatorische Mangel von der Masse der Parteimitglieder sofort mit richtigem revolutionärem Instinkt verstanden und in den Mittelpunkt der Diskussionen über die Märzaktion gerückt wurde. So dass begründete Aussichten eines Gesundungsprozesses in dieser Richtung zweifellos vorliegen.

Es ist aber immerhin etwas auffallend, warum dieser organisatorische Mangel, der zweifellos schon früher dagewesen ist, erst in der Aktion selbst so augenfällig zutage trat. Der Grund hierfür liegt m E. darin, dass organisatorische Zentralisation und taktische Initiative der Partei sich wechselseitig bedingende Begriffe sind. Diese Wechselwirkung ist vorerst eine technische. Denn einerseits muß jeder Versuch der Partei, irgendwie die Initiative zu ergreifen, notwendig beim blossen Vorsatz bleiben, ja geradezu zur Phrase werden, wenn keine so vollkommen zentralisierte Organisation vorhanden ist, dass alle Teile der Partei, Menschen wie Institutionen, wie Glieder eines Körpers auf einmal zu wirken fähig sind. Andererseits wird und muß eine tatsächlich durchgeführte Zentralisation, schon kraft ihrer inneren Dynamik, die Partei in der Richtung auf Aktivität und Initiative vorwärtstreiben. Sowie in den Zeiten des Kapp-Putsches das Gefühl und das Bewußtsein der organisatorischen Schwäche lähmend auf den Spartakusbund eingewirkt und seine taktische Schwankung und Unentschlossenheit weitgehend mitverschuldet hat, so muss eine — in revolutionärem Sinne — durchgeführte Organisation durch ihr einfaches Funktionieren die Partei auch taktisch weitertreiben.

Dieser Zusammenhang weist aber zugleich auf den geistigen Verbindungspunkt von Taktik und Organisation, von Initiative und Zentralisation. Revolutionäre Organisiertheit, Sinn für die Bedeutung der revolutionären Organisation setzt einen sehr hohen Grad von Klassenbewußtsein voraus. Nicht nur, dass das einfache, gefühlsmässige Bereitsein zum — instinktiven — revolutionären Handeln hierzu nicht ausreicht; auch die klare Einsicht, dass wir uns in der letzten Krise des Kapitalismus befinden, genügt nicht. Es muß das unerschütterliche Wissen davon vorhanden sein, dass der Augenblick des Handelns da ist; dass wir uns inmitten der Entscheidung befinden, wo die Hingebung, die Opferwilligkeit, die völlige Unterordnung eines jeden Einzelnen zur Schicksalsfrage der Revolution geworden ist. Denn eine revolutionäre Organisation lässt sich nicht mechanisch bewerkstelligen. Bevor ihre geistigen Voraussetzungen vorhanden sind, bleibt der schönste Entschluss (Annahme der Anschlussbedingungen) ein blosser Entschluss. Ja, bei den besten Vorsätzen, bei dem besten Willen wird der Entschluss von den Beteilig-

ter, ohne dass seine Tragweite und seine Folgen wirklich verstanden wären, gefasst. Dies ist fast überall mit den Anschlussbedingungen der Fall gewesen. So sehr also der Entschluss zur Offensive der V. K. P. D. begrüßt zu werden verdient; so sehr ihre Initiatoren sich darin im Recht befinden, dass nur auf diese Weise eine wirklich entscheidend weitertreibende Einwirkung der Vorhut auf die ganze Klasse des Proletariats möglich ist, muss doch zugleich festgestellt werden, dass gerade die Vorhut selbst dieser Rolle organisatorisch nicht gewachsen war. Wodurch es sich zugleich enthüllt hat, dass sie auch geistig nicht hinreichend zu ihrer Aufgabe vorbereitet gewesen ist.

Eine solche Kritik kann und darf nicht als Missbilligung der Offensivtaktik gedeutet werden. In einem früheren Aufsatz (Spontaneität der Massen, Aktivität der Partei. Internationale, Heft 6) habe ich mein grundsätzliches Einverständnis mit dieser Taktik hinreichend klar theoretisch begründet. Wenn es aber darauf ankommt, die Lehren der Aktion praktisch zu ziehen, so darf in keiner Hinsicht etwas verschwiegen werden. Und zwar darf nicht nur kein einzelner „Fehler" verheimlicht, sondern es muss gerade das Symptomatische an jedem Fehler zur Diskussion gestellt werden. Ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können, muss darauf hingewiesen werden, dass die Kritik der Märzaktion beiderseits (wobei freilich Paul Levi nicht mitgerechnet werden darf) mit einem richtigen Instinkt geführt wird. Wenn nämlich von der einen Seite die Zentrale den Mangel an Disziplin in der Aktion als wichtigste Fehlerquelle aufzeigt und hier durch drakonische Massregeln Aenderung schaffen will, so befindet sie sich durchaus im Recht. Von der anderen Seite wird aber ebenfalls mit vollem Recht darauf hingewiesen, dass die zentralen Aeusserungen der Partei sowohl in der Vorbereitung der Aktion, wie während der Aktion selbst, versagt haben. Beide Vorwürfe zielen auf denselben Punkt. Denn Disziplin kann und soll unbedingt gefordert werden — aber sie kann nur dann, selbst beim besten Willen, wirksam werden, wenn der Zentralwille, der die Disziplin fordert, nicht nur in sich einheitlich und zielklar ist, sondern zugleich über die Voraussetzungen verfügt, seine Zielklarheit klar zum Ausdruck zu bringen. Daß hierbei schwere Mängel zutage getreten sind, darf nicht verheimlicht werden. Niemand wird es bezweifeln, dass der Zentralleitung in der Aktion klare und bewusste Absichten vorgeschwebt sind; das Gegenteil zu behaupten, ist nicht nur eine böswillige Verdrehung der Tatsachen, sondern lenkt die Aufmerksamkeit von den sachlich-organisatorischen Fragen, wo viel gelernt werden kann und soll, ab und führt zu fruchtlosen Streitigkeiten über persönliche Fähigkeiten einzelner. Es kann aber mit Recht bezweifelt werden, ob der Zentrale jene Mittel organisatorisch zur Verfügung gestanden sind, die einen unzweideutigen Ausdruck ihrer Absicht, ein klares und allseitiges Ausstrahlen dieser Absicht in die ganze Partei (was Voraussetzung der Disziplin ist) überhaupt ermöglicht hätten.

Es wird jetzt viel darüber gesprochen, dass die V. K. P. D. über die propagandistische Periode hinausgekommen und in die Periode der Aktionen eingetreten sei. Dies kann aber, wenn es nicht zu

leeren Phrasen werden soll, nur im Sinne einer gesteigerten Bedeutung der Propaganda, ihrer wirklichen Organisation verstanden werden. Denn solange die Partei sich in der Defensive befindet, sorgen die Umstände dafür, dass die organisatorischen Defekte der Propaganda verhüllt bleiben. Die Defensive bedeutet ja letzten Endes so viel, dass die Lebensäußerungen der Partei, mögen sie sonst von einem noch so starken revolutionären Gefühl und Bewußtsein getragen sein, nicht von der Partei selbst ihren eigentlichen Ausgangspunkt nehmen, sondern von dem Verhalten der bürgerlichen oder sozialdemokratischen Konterrevolution bestimmt sind. Freilich ist diese Grenze zwischen Initiative und aufgezwungener Reaktion eine fliessende. Die mächtigste Massenpartei mit dem entschlossensten Offensivwillen ist in ihren Handlungen und Entschlüssen von dem Verhalten der feindlichen Gruppen usw. mitbestimmt. Andererseits hängt es sehr stark von Wille und Entschluss eines sonst noch so schwachen Grüppchens ab, wie weit es die ihm „aufgezwungenen" Aktionen zu treiben gewillt ist. Trotz dieser fliessenden Grenze drückt sich aber der Unterschied gerade organisatorisch aus. Denn solange Verhalten und Haltung der Partei einen — derart bestimmten — Defensivcharakter hat, kommt es in der Propaganda darauf an, dass Tun und Lassen aller offen oder versteckt konterrevolutionären Mächte zu enthüllen, um dadurch im Proletariat den Prozess der Entwicklung des revolutionären Klassenbewusstseins zu beschleunigen, um durch Ausnützung der wirtschaftlichen und politischen Lage zur Auslösung spontaner Massenaktionen beizutragen. So sehr hierbei eine geistige und taktische Einheitlichkeit im Vorgehen der K. P. unbedingt notwendig ist, so wenig kann sich hier ihre unvollständige Durchorganisiertheit enthüllen. Denn der von „außen" bestimmte Charakter der Defensivtaktik bringt (selbst bei guter Organisiertheit) eine gewissermassen diffuse, zerstreute und unkonzentrierte Linie in Propaganda und Handlung der K. P. hinein. Solange sie sich in der Periode der blossen Sammlung der Kräfte befindet, lässt sich auch dieser diffuse Charakter schwer überwinden. Die Partei muss sich nach den verschiedensten Seiten wenden, Kräfte von verschiedenster Intensität, Reife usw. gleichermassen herbeiziehen, muß jede Gelegenheit zum Hervortreten und zur Entlarvung ergreifen. Sie ist gezwungen, spontan entstandenen Bewegungen weitgehend entgegen zu kommen, so dass es in diesem Stadium kaum hinlänglich klar hervortreten kann, was von dieser weitausgreifend-diffusen Arbeitsweise taktische Absicht und was organisatorische Schwäche ist. Besonders in der Propaganda ist es durchaus möglich, dass Organe der Partei in ganz „selbständiger" Weise Ausgezeichnetes zu leisten imstande sind: wenn sie nur die taktische Linie der Entlarvung der Konterrevolution, der Auslösung spontaner Ausbrüche befolgen, können sie — freilich auch hier nur innerhalb bestimmter Grenzen — die Bewegung außerordentlich fördern.

Diese Art Organisation, in der sich fast jede ausserrussische K. P. in der Phase ihres Entstehens befand, ist freilich auch für diesen Zeitpunkt durchaus kein Ideal. Sie wird aber zu einer katastrophalen Gefahr in dem Moment, wo die Bewegung und die

Partei so weit erstarkt sind, dass eine aktionsmässige Initiative der Partei dem Kräfteverhältnis nach möglich und im Interesse der Weiterentwicklung der Revolution notwendig geworden ist. Die Propaganda bezieht sich zwar auch dann auf dieselben Gegenstände wie früher, ihre Funktion hat sich jedoch entschieden verwandelt: sie muss eine innere Planmässigkeit erhalten. Nicht als ob von nun an die K. P. in der Lage wäre, der Revolution den Gang und das Tempo vorzuschreiben. Sie muss aber durch ihre Propaganda die geistigen Voraussetzungen für ein jeweiliges, einheitliches und geschlossenes Vorgehen der Vorhut, der K. P. selbst schaffen, und zwar nicht nur in der Weise, dass sie auf das Verhalten der Konterrevolution in revolutionärem Sinne reagiere, sondern dass sie bei jeder Gelegenheit, die die Partei als zum Vorstoss geeignet ansieht, taktisch und organisatorisch geschlossen vorgeht. Vorbereitung und Steigerung der Propaganda werden dadurch zu einer vorwiegend organisatorischen Aufgabe. Der Apparat muss so fest in der Hand der Partei sein, dass die ganze Propaganda wie ein einheitliches Instrument wirkt. Und hier gehen viele Kritiken der Märzaktion m. E. fehl. Es ist unrichtig zu sagen, dass die Aktion der V. K. P. D. falsch war, weil sie von der Masse des Proletariats nicht begriffen wurde und die Partei deshalb in eine neuerliche Isolierung brachte. Denn erstens stimmt dies nicht für alle Gebiete Deutschlands, und zweitens wäre dies noch durchaus kein entscheidender Einwand gegen die Aktion. Es ist nämlich durchaus möglich, dass ein derartiges Vorgehen der Partei im Moment des Vorstosses unverstanden bleibt und darum zur Niederlage verurteilt ist. Diese Niederlage kann aber nachträglich zu einer Quelle der Neuerstarkung der Partei führen, wenn jene wirtschaftlichen Folgen der Niederlage (Lohnreduktionen und Arbeitszeiterhöhungen in Mitteldeutschland) tatsächlich eintreten, die die Partei durch ihr offensives Vorgehen verhüten wollte. Ein rein propagandistisches Vorbereiten des ganzen Proletariats als Voraussetzung der Aktion ist eine opportunistische Utopie. Die ganze Klasse kann nur durch den Anschauungsunterricht einer ganzen Reihe von — teilweise sicherlich fehlgeschlagenen — Aktionen zur Einsicht ihrer Lage und der daraus folgenden notwendigen Handlungsweise gebracht werden. Die grosse Schwäche an der Märzaktion (nicht an ihrer „Idee", wohl aber an ihrer Durchführung) lag vielmehr darin, dass sie selbst von der revolutionären Vorhut nicht schnell und hinlänglich genug begriffen worden ist. Ein grosser Teil der Parolen kam „plötzlich". Nicht als ob sie aus der Situation heraus nicht verständlich und hiermit nicht sachlich richtig gewesen wären. Aber der Propaganda-Apparat war nicht auf sie eingestellt und eingeschult. Die Parolen der Zentrale standen wie Fremdkörper in den Parteiorganen, welche in ihren Leitartikeln, Kommentaren der Tagesereignisse usw. noch vielfach auf den alten Ton eingestimmt blieben. Sicherlich ist auch viel Sabotage getrieben worden. Aber einerseits ist ganz bestimmt nicht jedes derartige Versagen auf Sabotage zurückzuführen und andererseits zeigt die

Möglichkeit einer so weitgreifenden Sabotage den wesentlichen, organisatorischen Mangel auf: dass der Propagandaapparat der Partei gewissermassen automatisch, „von selbst" funktioniert hat und organisatorisch nicht in der Gewalt der Zentrale stand. Und dass es sich hierbei nicht bloss um „technische" Mängel (schlechte oder unterbrochene Verbindung mit der Provinz usw.) gehandelt, sondern dass das geistig organisatorische Prinzip gefehlt hat, zeigt, dass das Zentralorgan der Partei in der Aktion beinahe ebenso versagt hat, wie die Provinzorgane. (Es ist selbstverständlich, dass alles, was hier über den Propagandaapparat aufgeführt wurde, symptomatisch gemeint ist, und für die andern Organe der Partei in noch gesteigertem Masse gilt.)

Es gilt also nicht nur eine eiserne, revolutionäre Disziplin zu schaffen, sondern zugleich die geistigen und organisatorischen Voraussetzungen einer solchen Disziplin im Aufbau der Partei ins Leben zu rufen. Von der tatsächlichen Durchführung dieser Einstellung wird es abhängen, ob die V. K. P. D. aus der Märzaktion gestärkt oder geschwächt hervorgeht. Ist sie imstande, den Gedanken der revolutionären Organisation in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen und aus ihr alle Konsequenzen zu ziehen, so ist sie aus dieser Krise siegreich hervorgegangen. Versäumt sie dies, so bleibt die „Einstellung auf Offensive" ein blosser Vorsatz, der bei einem neuerlichen Versuch der Verwirklichung noch schwerere Krisen mit sich bringen muss.

Jede K. P. stellt ihrem Wesen nach eine höhere Organisationsform dar, als jede opportunistische oder zentristische Partei. Da jedoch diese Neuorganisation nicht einfach durch Uebernahme des alten Apparates und durch seine Umstellung auf die neuen Ziele zustande gebracht werden kann, sondern nur durch einen Prozess, der vorerst die alten Organisationen auflöst, ja teilweise zertrümmert und die Massen zu einer spontanen Auflehnung gegen ihre alte Parteidisziplin aufruft, ist es unvermeidlich, dass jede K. P. ihre neue, höhere Organisation erst in schweren Krisen erkämpfen kann. Solche Gesundungskrisen sind durch die Anschlussbedingungen des zweiten Kongresses vielfach hervorgerufen worden. Diese Krisen können aber nur dann zur wirklichen Gesundung führen, wenn die Anschlussbedingungen nicht nur angenommen, sondern wirklich durchgeführt werden. Was aber gleichzeitig soviel bedeutet, dass sie nicht nur als Forderungen der Internationale aufgefasst und „gewissenhaft" vollzogen werden, sondern dass der geistige Kern, der ihnen zugrunde liegt, wenigstens von der revolutionären Avantgarde in seiner ganzen Tragweite erfasst wird. Dieser Prozess hat in der V. K. P. D. zweifellos begonnen. Es kommt jetzt alles darauf an, ihn nicht zum Stocken kommen zu lassen, ihn vielmehr zum vollen Auswirken zu verhelfen.

Das entscheidende Trennungsmerkmal menschewistischer und bolschewistischer Organisationsformen trat bereits zur Zeit der ersten russischen Spaltung klar zutage: es ist der Anspruch, der an die Mitglieder einer bolschewisti-

schen Partei gestellt wird. Schon damals prägte Lenin den Begriff des Berufsrevolutionärs, und wurde hierin von der ganzen ausserrussischen Oeffentlichkeit gründlichst missverstanden. Man kann heute ruhig behaupten, ohne ihrem Andenken gegenüber die geringste Pietätslosigkeit zu begehen, dass auch Rosa Luxemburgs Opposition gegen Lenin im Jahre 1904 auf vollkommenstes Nichtverstehen seiner Vorschläge beruht hat; dass auch Rosa Luxemburg damals durchaus die alte Struktur der Partei vor Augen hatte, in der sie weitgehendst — und für Mittel- und Westeuropa mit Recht — ein hemmendes Element der Revolution erblickte, wogegen sie eben auf die Spontaneität der Massen als auf das treibende Element der Revolution appellierte. Von diesem Gesichtspunkt aus hat sie die Leninsche Forderung der absoluten Zentralisation bekämpft, zugleich aber den springenden Punkt der neuen Organisationsform übersehen: die erhöhten Anforderungen an die einzelnen Parteimitglieder. Es ist kein Zufall, dass alle Opportunisten — zuletzt Paul Levi mit seltener Klarheit — stets an die niedrigsten Instinkte auf die allzu mächtigsten Schwächen der Proletarier appellieren, um darin, dass jene Erdenbände noch eine starke Macht über sie haben, einen Grund mehr zur Passivität, zur Verurteilung und Denunzierung eines jeden revolutionären Handelns zu finden. Freilich muss die Revolution, nach Lenins Worten, eben mit den Menschen gemacht werden, die vorhanden sind. Es ist jedoch ein grosser Unterschied, welchen Menschen der Zutritt in die Vorhut der Revolution gestattet und vor allem, was jenen, die sich zur Vorhut zählen zu dürfen glauben, als Leistung und Opfer zugemutet wird. Gorter und die Seinen haben in dieser einen Beziehung, in der Frage der ethischen Anforderung den bolschewistischen Organisationsgedanken richtig erfasst. Sie haben aber ihre richtige Einsicht sofort durch ein mechanisches Zuendedenken und durch eine noch mechanischere Anwendung gründlich verdorben. Denn das Warten darauf, dass ein derart fester Kern entsteht, dass er sich — durch sein Beispiel — allmählich ausbreite und so das heute, nach Gorter, noch nicht revolutionäre Proletariat zur Revolution erziehe, ist ein nicht geringerer Utopismus, als der opportunistische Glauben an jene „Massenparteien", die ebenfalls allmählich das ganze Proletariat oder wenigstens seine Mehrheit organisatorisch vereinigen und auf diese Weise die Revolution vollbringen sollen. Denn die Entwicklung der kommunistischen Partei und der proletarischen Revolution bedingen sich zwar wechselseitig, ihr Wachstum ist aber keinesfalls ein einheitlicher Prozess, er zeigt nicht einmal eine durchgehende Parallelität auf.

Die Trennung dieser beiden Entwicklungslinien ist darum von grösster praktischer Bedeutung, weil der Opportunismus, der sich stets eine den Umständen entsprechend gewandelte „Evolutionstheorie" auszudenken imstande ist, sich hier eine organisatorische Verteidigungslinie ausbaut. So wie er taktisch davon ausgeht, dass die sich steigernde Wirtschaftskrise „naturgesetzlich" und „zwangsläufig" die Revolutionierung des Ge-

samtproletariats hervorruft, die jede K. P. nur propagandistisch auszunutzen und sich dann zur Führung der — von selbst — ausbrechenden Bewegung aufzuschwingen braucht, so geht er organisatorisch davon aus, dass Entstehen und Wachsen der kommunistischen Partei eine einfache Sanktion der revolutionären Lage der betreffenden Länder ist. Dieser organisatorische Opportunismus ist noch viel gefährlicher als der taktische, weil der Zusammenhang von Organisation und revolutionärem Handeln bis jetzt eine viel zu geringe theoretische Behandlung erfahren hat und deshalb seiner Bedeutung auch noch nicht hinlänglich in das Bewusstsein der Massen gedrungen ist, so dass der Opportunismus, der hierin steckt, selten erkannt und noch seltener als solcher entlarvt wurde.

Das opportunistische Verschleiern der richtigen Fragestellung, das taktisch mit dem Problem des Putsches arbeitet, wirft hier organisatorisch das falsche Dilemma von Massenpartei oder Sekte auf. Der organisatorische Opportunismus benützt hierbei sehr geschickt die einseitig ethische, wirklichkeitsfremde und unhistorische Parteiauffassung von Gorter und seinen Anhängern, um die Frage so darzustellen, als ob es sich nur um die Wahl zwischen Organisation, Typus K. A. P. oder Typus P. S. I., handeln könnte. Dies wäre zweifellos der Fall, wenn die Frage in Wahrheit so stehen würde, daß nur entweder eine von den unklaren Massen abgelöste organisatorische Zusammenfassung der bereits klaren und entschlossenen Kommunisten, oder eine „revolutionäre Evolution" der Massen selbst zum Kommunismus möglich wäre. Es ist aber klar, dass weder die geschichtliche Wirklichkeit, noch die dialektische Methode ein derartiges Entweder—Oder kennt. Das Aktuell-Werden des „Reiches der Freiheit", die historisch entscheidende Wirkung der entschlossenen, den Gang der Geschichte klar erkennenden und durchzuführen bereiten Vorhut spielt sich vielmehr inmitten der historischen Wirklichkeit, in ununterbrochener dialektisch'er Wechselwirkung mit der objektiven Wirtschaftskrise und der durch sie revolutionierten Massen ab. Was dies taktisch zu bedeuten hat, habe ich im angeführten Aufsatz angedeutet. Organisatorisch folgt daraus, dass das Herausarbeiten des bewusst revolutionären Kerns, der wahren Führertruppe aus der Masse des Proletariats ein Prozess ist, der sich zwar in steter Wechselwirkung mit der subjektiven und objektiven revolutionären Entwicklung der Klasse vollendet, der aber seinem Wesen nach trotzdem die bewußte und freie Tat der Vorhut selbst ist. Das organisatorische Prinzip solcher Parteien, das sich seit der Begründung der russischen bolschewistischen Partei in steter Klärung befindet, muss also einerseits auf die geistige und organisatorische Festigung dieses bewussten Kerns richten. In Russland konnte sich die Vorhut zwischen beiden Revolutionen zu voller Klarheit und Bewußtheit emporarbeiten; in Ungarn konnte erst der Zusammenbruch der Rätediktatur die geistigen und organisatorischen Voraussetzungen einer solchen Partei schaffen. Für Deutschland — und vermutlich für die meisten Länder Westeuropas — steht die Frage so, dass bereits breiteste Massen so stark vom Geiste der Revolution er-

griffen worden sind, dass sie sich auch organisatorisch der kommunistischen Internationale anschliessen — bevor noch diese Voraussetzungen selbst im Bewusstsein der Vorhut in hinlänglicher Klarheit vorhanden wären. Die Frage ist deshalb nicht die statische, unhistorische und undialektische Frage: Massenpartei oder Sekte; sondern die dynamische, aus dem revolutionären Prozess hervorgehende und in ihr mündende Frage: wie ist die revolutionäre Massenpartei in eine wahrhaft kommunistische Partei zu verwandeln?

Es wäre wiederum der reinste Opportunismus, diese organisatorische Frage von der taktischen Frage zu trennen und etwa mit der aktiven Politik warten zu wollen, bis diese organisatorische Arbeit vollendet ist. Es wäre aber eine neue Form des Putschismus, wenn man die Fragestellung (ebenfalls durch eine falsche Trennung von Taktik und Organisation) einseitig auf die Einstellung auf revolutionäre Offensive richten würde. Auch hier kommt es auf die unzertrennbare Einheit von Taktik und Organisation an. Darauf, dass jedem Mitglied der V. K. P. D. die schicksalhafte Bedeutung der revolutionären Zentralisation in Fleisch und Blut übergehe; dass jeder einzelne Genosse, der zum Entscheidungskampf und zum Einsatz seines Lebens in ihm entschlossen ist, klar begreife, was bei der Lösung dieser Frage auf dem Spiel steht; dass die Organisation nicht mehr — wie in der alten Partei — als eine technische Frage, sondern als die höchste geistige Frage der Revolution behandelt werde. Die Debatten nach der Märzaktion zeigen, dass dieser Prozess bereits begonnen hat. Die Art etwa, wie einzelne Bezirke von sich aus gegen jeden Disziplinbruch vorgegangen sind, wie sie mit richtigem Instinkt — vorerst — das Undisziplinierte bei Funktionären und Vertrauensmännern schwerer bestraft haben als bei einfachen Parteimitgliedern usw. sind Zeichen einer wachsenden Einsicht in dieser Richtung. Es kommt aber alles darauf an, dass es sich hier nicht um ein einmaliges „Ordnungmachen" handele, sondern diesen Geist der revolutionären Disziplin ständig weiter zu entwickeln.

Hier muss vor allem die Zentralleitung bewusst und initiativ vorgehen. Sie muss einerseits den Apparat schaffen, der eine revolutionäre Disziplin erst möglich macht, sie muss aber andererseits dafür sorgen, dass die theoretische Durcharbeitung dieses Problems immer weiter fortschreite und das Bewusstein seiner Bedeutung die Massen wirklich ergreife. Denn so wichtig die Initiativrolle der Zentrale hierbei ist, kann die Zentralisation einer revolutionären Partei unmöglich auf bureaukratisch-technischem Wege zustande gebracht werden. Die zentralisierte Organisation der Partei ist zwar Voraussetzung der revolutionären Disziplin ihrer Mitglieder. Aber die in dieser Richtung klargewordene Bewusstheit der Parteimitglieder ist wiederum Voraussetzung der Durchführbarkeit einer solchen Zentralisation. So enthüllt sich die Organisationsfrage als eine geistige Frage. Die Hemmungen, die hierbei zu überwinden sind, sind geistiger Art: die ideologischen Ueberreste der kapitalistischen Verdinglichung in Denken und Empfinden der Kommunisten selbst:

bureaukratische Routine, Individualismus, der auf „Freiheit" Anspruch erhebt, der die „Kleinarbeit" als seiner unwürdig betrachtet usw. Die Gefahr der Freiheitsideologie des Individualismus ist heute schon weiten Kreisen der Parteiöffentlichkeit bewusst geworden. Dass aber in der Scheu vor organisatorischer Kleinarbeit ein noch gefährlicherer Individualismus und eine noch verknöchertere Verdinglichung steckt, ist noch nicht allgemein erkannt. Gerade hier tut eine geistig-praktische Durcharbeitung des Organisationsproblems dringend not.

Wenn die Frage so gestellt ist, wird es erst ganz klar, wie stark der taktisch-revolutionäre Leitsatz und der zentralisierten Organisation dasselbe Problem zugrunde liegt: das nahende „Reich der Freiheit", die historische Notwendigkeit, bewusst in die Weltkrise, in die Entwicklung der Weltgeschichte einzugreifen. Objektiv ist die Lage reif zur Revolution. Die entscheidenden Hindernisse des Sieges der Revolution sind ideologischer Art. Die revolutionäre Initiative der Vorhut hat die Aufgabe, die menschewistische Krise des Proletariats zu überwinden. Die revolutionär zentralisierte Organisation der kommunistischen Partei ist aber nicht bloss dazu bestimmt, diese Offensive möglich zu machen, sondern sie hat zugleich die Pflicht, die Vorhut, die Kampftruppe von allen Schlacken der kapitalistischen Verdinglichung gründlich zu reinigen, sie ihrer geschichtlichen Sendung würdig und gewachsen zu machen.

Zusammenbruch und Aufbaumöglichkeiten der landwirtschaftlichen Weltproduktion.

Von Alexander Friedrich.

(Schluss.)

C. Die Ueberseeländer.

Wie sieht es in den Ueberseeländern aus? Haben sie Ueberschüsse abzugeben?

Im allgemeinen war das Jahr 1920 ein gutes Erntejahr — von Indien abgesehen. In einigen Ländern, so in den Vereinigten Staaten, in Argentinien und in Australien sind Rekordernten erzielt worden. Es war trotz des Niedergangs der europäischen Landwirtschaft der Ueberschuss der Ueberseegebiete gross genug, um eine ausreichende Versorgung Europas zu gewähren. Der Weizenüberschuss wurde insgesamt beziffert für:

Kanada	160—200	Mill. bushels*)
Vereinigte Staaten . . .	500	„ „
Australien	80	„ „
Argentinien	110—120	„ „
Indien	75	„ „

Es wäre mit den Ueberschussmengen die Versorgung Europas umso eher sicherzustellen, als, wie die Börsenblätter meldeten, das Angebot an Schiffsraum zu sehr niedrigen Sätzen aussergewöhnlich rege ist.

Gleichviel: ein Ausgleich zwischen den hungernden Ländern Europas und den überseeischen Ueberschussländern findet nur in geringem Masse statt. Argentinien hält mit seiner Ausfuhr ganz zurück, in einigen Staaten der Union haben die Farmer bemerkt, dass der beste Weizen billiger ist als die schlechteste Kohle; daher heizen sie heute mit Weizen statt mit Kohle.

Nach der „Deutschen Landwirtschaftlichen Presse“ Nr. 21 (16. März 1921) haben die Farmer in den Vereinigten Staaten am 1. März folgende Reserven gehabt (in Millionen Bushels):

	Weizen	Mais	Hafer
1912	122	883	289
1915	153	911	379
1917	102	789	394
1919	128	855	590
1921	208	1572	690

*) 1 Bushel (⅛ Quarter) = 35,3 l, ein englisches Hohlmass.

Wir fragen, wie kommt es, dass Europa gerade heute, wo seine Völker hungern, nichts kauft? Die Börsenblätter erklären diese Tatsache sehr oberflächlich mit „mangelnder Kaufkraft", mit dem tiefen Stand der Valuta der europäischen Staaten gegenüber Amerika. Die „schlechte Valuta", die so gleich einer Mauer Europa vom amerikanischen Markte trennt, ist nichts als eine Folge der europäischen Unterprodutkion. Denn in der Entwertung der europäischen Valuta spiegelt sich wieder die Vernichtung von Milliardenwerten auf den Schlachfteldern Europas, spiegelt sich wieder der Millionenverlust an Arbeitskräften und die durch Strapazen und Unterernährung verringerte Arbeitskraft jedes Einzelnen, spiegelt sich wieder insbesondere der Abbruch von Fabriksanlagen, das Ausblasen von Hochöfen, die Stillegung von Schächten, die Aussperrung von Arbeitern aus den Betrieben und die zunehmende Kurzarbeit. Alle diese Erscheinungen der Verarmung des europäischen Marktes, der europäischen Unterproduktion stehen gegenüber der Bereicherung des amerikanischen Marktes, der amerikanischen Ueberproduktion. Der fast zur Gewohnheit gewordenen, aber diesmal viel gewaltigeren amerikanischen Krise infolge Ueberproduktion steht nicht mehr wie vor dem Kriege ein kapitalstarkes, sondern ein ruiniertes Europa gegenüber.

Infolge der „mangelnden Kaufkraft" Europas fanden landwirtschaftliche Erzeugnisse der Uebersee nicht den erwarteten Absatz. Ein scharfer Preissturz setzte ein. Die Preisverschiebungen auf dem amerikanischen Markt werden durch folgende Tabelle deutlich gemacht:

	Weizen (pro bushel)	Mais (pro bushel)	Hafer (pro bushel)	Baumwolle (pro bushel)
1. I 1914 . .	81,0	69,6	39.1	11,7
1 I. 1917 . . .	150,3	90.0	51 4	17,1
1. V. 1920 . .	251,3	169.6	98.3	37,7
1. VI. 1920 . .	258,3	185,2	102,9	37,2
1. VII. 1920 . .	253 6	185.6	104 5	37,4
1. X 1920 . .	214.3	121.3	60 7	25,5
1 XI. 1920 . .	188,0	87.3	54 5	19.4
1. I. 1921 . .	149,2	66,1	45,6	11,5

Die Preise der amerikanischen Erzeugnisse sind also — von Weizen abgesehen — nicht mehr weit von den Friedenswerten entfernt. Schon diese Preise bringen den Farmern heute keinen Profit mehr. Und nicht einmal diese Preise können ihnen die europäischen Händler bezahlen:

Die Farmer begnügen sich daher auch nicht mit der Zurückhaltung des Getreides vom Markte, sie ziehen auch für die Zukunft ihre Konsequenzen: Einschränkung der Produktion. Je weniger Ware auf den Markt kommt, umso höher ihr Kaufwert. Es ist daher vorgesehen, dass die Anbaufläche von Baumwolle in den Vereinigten Staaten zurückgeschraubt wird um 50 Prozent, die von Getreide um 10—20 Prozent, Baumwolle in Aegypten um 33 Prozent, Kaffee in Südamerika um 25 Prozent. Getreide in Argentinien um 10 Prozent usw. Diese Absichten werden

Wirklichkeit werden. In den Vereinigten Staaten hat sich die Anbaufläche für Frühjahrsweizen 1921 gegenüber 1920 weiter verringert. Die amerikanischen Farmer kaufen Grassaat in grossen Mengen ein statt Getreidekorn: ein Zeichen zunehmender Viehweiden, zurückgehenden Ackerbaues.

Obwohl das Welternteergebnis von 1920 weit unter dem von 1913 steht, obwohl viele Länder heute ganz angewiesen sind auf Einfuhr, wird in Zukunft auf den Getreide-, Baumwoll-, Kaffee-Märkten kaum mehr ein „Ueberangebot" herrschen; die Arbeitslosigkeit in den Ueberseeländern wird wachsen. Schon heute sind in den Vereinigten Staaten 6 Millionen Menschen arbeitslos, Hunderttausende davon in der Lebensmittelbranche: nicht einmal ein Ueberschuss erzeugendes Amerika vermag seine Proletarier zu ernähren!

Dasselbe Bild zeigt der Chilesalpetermarkt. In der Zeit vom 1. 7. bis 31. 12. betrugen die Chilesalpetermengen in Europa:

1913	481	Mill. Tonnen
1919	204	„ „
1920	216	„ „

Trotz der geringen Versorgung Europas brachte „The Chemical Trade Journal and Chemical Engineer" einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

> „Seltsamerweise (!) wurde in England während des Februar 1921 überhaupt kein Salpeter gekauft. Die Nachfrage nach Salpeter bleibt in Frankreich und Belgien immer noch gering. In Chile selbst hält die Geschäftsstille auf dem Salpetermarkte an. Als Folge haben sich ernste Arbeiterschwierigkeiten gezeigt."

Diese Geschäftsstille ist eingetreten, obwohl innerhalb eines halben Jahres der Preis von 24 sh auf 16 sh pro cwt*) gefallen ist. Kürzlich ist ein Zusammenschluss der Chilesalpeterproduzenten erfolgt, der 97½ Prozent der gesamten Produktion umfasst. Dieses Syndikat hat beschlossen, die Erzeugung in Zukunft um die Hälfte einzuschränken. Grosse Arbeiterentlassungen und soziale Unruhen in Chile sind die Folge: aber der Profit der Kapitalisten ist gerettet.

Angesichts dieser Entwicklung ist die Frage „Freie Wirtschaft" oder „Zwangswirtschaft" von untergeordneter Bedeutung. Es war naturgemäss auf die Dauer ein unfruchtbarer Versuch, dass kapitalistische Staaten das Agrarkapitel zwingen wollten, bei bestimmter Preisfestsetzung zu produzieren und abzuliefern. In allen Ländern ist man jetzt dabei, den letzten Rest der Zwangswirtschaft zu beseitigen. Die Folge davon ist zunächst, dass der heute gewaltig schwankende Weltmarktpreis in allen Ländern Geltung bekommt, dass die Wirtschaft auch des kleinsten Bauern unmittelbar abhängig wird von den Spekulationen an der Getreidebörse in Newyork, Chikago, London. Die französischen Bauern haben das bereits verspürt. Wie der „Temps" vom 22. Februar 1921 meldete, forderten die Bauern von Côte-d'Or einen

*) 1 cwt = 112 engl. Pfund, also etwa 1 Zentner.

Mindestpreis für Getreide; dieselben Bauern, die bisher nach „freier Wirtschaft" und „freier Preisgestaltung" schrien! In Deutschland wird es nicht anders sein. Schon heute sind die Weltmarktpreise für Kartoffeln und Zucker zum Teil niedriger als die deutschen. Aber was geschieht? Es hat sich ein Konsortium von Kartoffelgrosshändlern zusammengetan, das die gesamte Einfuhr an sich reisst und unter Ausschaltung des freien Wettbewerbs die Preise hochhält." Aehnlich mit Zucker. Aehnlich auch später mit Getreide, wenn erst einmal — nach Hoffnung der Junker spätestens zum Herbst — die deutschen Marktpreise auf die Höhe der Weltmarktpreise hinaufgeklettert sind, wenn also das Brot drei- bis viermal so viel kostet als heute. Aber selbst damit nicht genug. Auch die Weltmarktpreise reichen nach Ansicht massgebender Junker nicht aus, um in Deutschland intensive Betriebsführung rentabel zu gestalten. Daher ist schon heute überall die Tendenz deutlich, bei verringerter Produktion den Profit zu steigern durch Monopolbildungen. Damit hört die Konkurrenz auf, zur Produktionssteigerung und zur Verbilligung der Produktion anzureizen. Weiteres Sinken der Produktion und Hungersnot in aller Welt, Monopolisierung der verringerten Produktion und grenzenlose Teuerung in aller Welt: das ist der Ausweg der Kapitalistenklasse zur Rettung ihres Profits. Bald werden alle in Jahrzehnten angesammelten Vorräte aufgezehrt sein. So ist denn heute die Verhungerung eines grossen Teiles der Menschheit in allen Erdteilen, der Untergang in die Barbarei kein Gespenst mehr, sondern in der kapitalistischen Gesellschaft eine in absehbarer Zeit mit Notwendigkeit eintretende Tatsache.

Zusammenfassung.

Die kapitalistische Gesellschaft ist unfähig geworden, ihre Lohnsklaven zu ernähren. Es ist keine leere Redensart, wenn Prof. Gruber 20 Millionen Deutsche als „zu viel" bezeichnet. Und nicht umsonst betonte Edler von Braun, Vorsitzender des Reichswirtschaftsrats, für 35 Millionen Deutsche liefere heute die deutsche Landwirtschaft kein Brot.

1. National: Der kapitalistische Grossagrarier kann nicht intensiv wirtschaften, weil die Betriebskosten dazu unerschwinglich sind. Erhöhung des Getreidepreises bringt keine Abhilfe, ist nur imstande, die „Schraube ohne Ende" fortzusetzen. Hochschraubung der Preise für Nahrungsmittel um das Doppelte oder Dreifache hat Lohnkämpfe zur Folge, Lohnerhöhung, Preissteigerung für die Industrieprodukte: Und die Betriebskosten sind wiederum für den Junker zu hoch.

2. International: Die valutastarken Staaten schränken ihre Produktion ein, da die Erzeugnisse in den genannten Ländern keinen gewinnbringenden Absatz finden.

Für die kapitalistische Gesellschaft gibt es keinen Ausweg aus dieser Katastrophe.

III.

Der Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft.

Bürgerliche „Lösungen" und proletarische Losungen.

Erklärlicherweise wird das Wie des landwirtschaftlichen Wiederaufbaus in bürgerlichen Kreisen heute viel erörtert. Während die Junker selber über die Widerstände gegen planmässigen Aufbau am besten Bescheid wissen, sind es insbesondere agrarökonomische Theoretiker, die diesem Problem sich widmen. Bekanntlich ist aber die Wissenschaft heute der Diener des Kapitals. Man sieht die Dinge so, wie es der kapitalistischen Wirtschaft günstig ist. 1914 hiess es, dass nur etwa 20 Prozent der Lebensmittel infolge der Isolierung Deutschlands vom Weltmarkt fehlten. Die Gebundheit der deutschen Agrarproduktion selbst an ausländische Betriebsmittel blieb lange Zeit unerwähnt. Heute heisst es von diesen Kreisen: die Blockade, der Kriegsausgang tragen Schuld am Niederbruch der Landwirtschaft. Dass die Hauptschuld im kapitalistischen Charakter des Wirtschaftens liegt, wird übersehen. Dass zur Lösung der ungeheuren Aufgabe technische und chemische Erkenntnisse über Düngeranwendung und Maschinenverwertung nicht genügen, dass die Frage in wirtschaftspolitischer Hinsicht vor allem eine Machtfrage ist, wird gleichfalls verschwiegen. In dieser Weise zu beurteilen ist z. B. das Sammelwerk Dodes; auch die Denkschrift des preussischen Landwirtschaftsministers Braun. Es genügt nämlich ganz und gar nicht zu wissen und zu sagen: So und soviel Kunstdünger muss produziert und auf die Aecker gestreut werden. Die Frage heißt vielmehr: Wie werden diese Erkenntnisse in die Tat umgesetzt? Wie kann das Proletariat — denn nur das Proletariat hat Interesse an Steigerung der Produktion — eine bestimmte Anbauweise, eine bestimmte Düngerverwendung, eine bestimmte Betriebsführung zum Zweck einer Höchstproduktion, zum Zweck seiner bestmöglichen Nahrungsversorgung erzwingen? Erst unter dieser Perspektive erhalten alle jene theoretischen Erörterungen einen realen Wert.

Beim Grossgrundbesitz liegt die Frage ähnlich wie bei den industriellen Grossbetrieben. Hier wie dort ist die Produktivität gesunken, hier wie dort wird heute versucht, durch Ausnutzung von Monopolstellungen bei verminderter Produktion den Profit zu retten. Die Extensivierung der Landwirtschaft, Rückschritt in der Technik, Rückgang der Anbaufläche, Verminderung des Hektar-Ertrags sind nur dort zu beobachten, wo kapitalistisch wirtschaftender Grossbetrieb vorherrscht. Nur Kontrolle der Betriebsführung und entschädigungslose Enteignung dieses Landes durch das Landproletariat, nur eine zentralgeleitete Wirtschaftsführung können Anbau- und Produktionszwang realisieren. Eine Zerschlagung grosser

Güter widerspricht einer zentralisierten Wirtschaft vollkommen und wird nur ausnahmsweise von politischen Gesichtspunkten aus erfolgen, wenn z. B. umhersitzende Kleinbauern sehr landbedürftig sind.

Die kleinen Betriebe werden sich genossenschaftlich zum Zweck des Einkaufs, des Absatzes, der Verwaltung, eventuell der gemeinsamen Betriebsführung zusammenschließen. Ihre Dorfräte und die Gutsräte der Landarbeiter werden die Agrarprodukte unmittelbar, ohne Zwischenhandel an die städtischen gewerkschaftlichen Organisationen auszutauschen haben gegen Industrieerzeugnisse. Keine Profitschranke wird alsdann der Produktivitätssteigerung mehr hemmend im Wege stehen. Erst nach Schaffung dieser politischen Voraussetzung können die technischen Probleme gelöst werden, kann aus dem deutschen Ackerboden (nach Aereboes Berechnung) Nahrung für 100 Millionen Menschen produziert werden. Technisch sind für diesen Aufbau günstige Voraussetzungen gegeben. Kali und Kalk sind übergenug vorhanden, die Stickstofferzeugung kann derart in die Höhe geschraubt werden, dass die ehemalige Einfuhr an Chilesalpeter und Guano weit überflügelt wird. Die landwirtschaftlichen Maschinen, die Elektrifizierung, der Ausbau der Verkehrswege sind heute noch weit von der Grenze ihrer Auswertbarkeit entfernt.

Wie aber ist die internationale Lage Deutschlands in dieser Hinsicht? Wir müssen damit rechnen, dass noch weniger als das kapitalistische Deutschland von heute das proletarische Deutschland von morgen mit den Kapitalstaaten Westeuropas irgendwelche Austauschbeziehungen wird anknüpfen können. In Frage käme vom landwirtschaftlichen Standpunkt vor allem die Einfuhr von Phosphaten. Aussichten einer hohen Getreideproduktion in den Ueberseeländern bestehen, wie dargelegt, nicht; vielmehr muss mit einem Rückgang der dortigen Agrarproduktion gerechnet werden. Dazu sind die Weststaaten nicht auf Deutschlands landwirtschaftlich wichtige Erzeugnisse unbedingt angewiesen. England, an das 1913 etwa 1,1 Millionen Tonnen deutscher Rübenzucker, d. h. 77 Prozent dieses gesamten Exports, geliefert wurde, deckt heute seinen Zuckerbedarf aus seinen Kolonien; das Kalimonopol, das Deutschland vor dem Kriege besass, ist durch Abtretung Elsass-Lothringens und durch neue anderweitige Kalifunde durchbrochen.

Ganz anders ist das Verhältnis Sowjet-Russland gegenüber. Abgesehen davon, dass ein proletarisches Deutschland in jeder Beziehung politisch Rückhalt an Russland findet, sind, rein wirtschaftlich gesehen, beide Länder mehr denn je aufeinander angewiesen. Russland braucht für seine Landwirtschaft insbesondere deutschen Kunstdünger, landwirtschaftliche Maschinen, Geräte aller Art, auch Lederprodukte. Der deutsche Export an Pflügen und Kultivatoren, an Dresch- und Mähmaschinen, an Lokomobilen usw. ist vor dem Kriege in sehr hohem Prozentsatz, durchschnittlich um 50 Prozent nach Russland gegangen. Mit dieser Belieferung war natürlich noch bei weitem nicht die Grenze der Aufnahmefähigkeit der russischen Landwirtschaft erreicht. Insbesondere ist ein kommunistisch

wirtschaftendes Russland in viel höherem Maasse angewiesen, seine landwirtschaftliche Technik zu vervollkommnen als ein kapitalistisches. Eine solche Belieferung der russischen Landwirtschaft wird deren Produktivität ungeheuer steigern, sie wird in Deutschland zugleich Tausenden Proletariern Arbeit verschaffen. Heute sind noch die Hektarerträge in Russland viel niedriger geblieben (9—10 dz) als in West- und Mitteleuropa (20 dz): Der russische Boden hungert nach den Betriebsmitteln, den die deutsche Industrie ihm verschaffen kann.

Für Deutschland andererseits wird sich das gewaltige Reservoir an Futtermitteln und Spannvieh, an Holz und späterhin auch an Brotgetreide und Hülsenfrüchten wieder eröffnen. Allein das Tschernosem-Gebiet und die Viehbestände der südlich davon gelegenen Steppenzone sind unerschöpfliche Reservoirs. Darüber hinaus aber ergibt sich noch die weitere Perspektive, dass auch aus dem ferneren Orient, Vorder- und Zentralasien, China, vielleicht auch Südostasien) Agrarerzeugnisse (Oliven, Tabak, Baumwolle) gegen deutsche Industrieprodukte eingetauscht werden. Mit dem Fortschreiten der Weltrevolution wird der Kreis der bedarfswirtschaftlich arbeitenden und austauschenden Rätestaaten sich allmählich über den ganzen Erdball ausdehnen.

Dass allein der Weg nach dem Osten, der Handelsaustausch mit Russland den Wiederaufstieg der deutschen Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft garantiert, müssen auch die bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker zugeben. Beispielsweise hat Oekonomierat Keyser in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in langen Aufsätzen dargelgt, dass ohne Russland an einen Aufbau der deutschen Agrarproduktion ernstlich gar nicht zu denken sei. Diese Erkenntnis ist solange wertlos, als eine kapitalistische Regierung an einen Anschluss an Räterussland aus Gründen der Klassenherrschaft nicht denkt und denken kann. Im Interesse des Bürgertums liegt es ganz im Gegenteil, die Notwendigkeit eines Anschlusses an Sowjet-Russland zu verschleiern. Im Interesse des Proletariats und um seiner selbst und der deutschen Wirtschaft willen liegt es, diese Erkenntnis zu verbreiten und seine Aufgabe zu realisieren: ein Rätedeutschland zu schaffen im Bunde mit Räterussland.

Literatur.

Karl Radek: „Soll die V. K. P. D. eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein?" Zweite Auflage. Mit einem Nachwort des Verfassers. Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11. Preis 1,50 Mk. 119 Seiten.

Wiederum erweist sich Karl Radek nicht nur als glänzender Publizist, sondern auch als bewährter marxistisch-revolutionärer Politiker. Von Moskau aus, nur auf Zeitungen, schriftliche und mündliche Berichte gestützt, greift er mit dieser Broschüre wegweisend in die deutschen Parteikämpfe ein. Seit über einem Jahrzehnt hat Radek an der revolutionären Bewegung in Deutschland aktiven Anteil genommen, schon vor dem Kriege verfolgt und gehetzt von der opportunistischen Parteibürokratie unter der Führung Eberts. So besitzt Radek eine intime Kenntnis der deutschen Arbeiterbewegung, wie sonst keiner der ausländischen Genossen. Nach der Januarerhebung 1919 verhaftet, wurde er ein Jahr lang in deutschen Gefängnissen festgehalten. In dieser Zeit fand er Mittel und Wege, mit den deutschen Genossen in Verbindung zu kommen und dem von Führern beraubten Spartakusbund wertvolle Dienste als politischer Steuermann zu leisten. Zahlreiche Broschüren zeigten den Genossen des Spartakusbundes Ziel und Weg in dieser ernsten Zeit. Und gerade Karl Radek war es, der dann auch die Wege ebnete für den Zusammenschluss des Spartakusbundes mit der linken U. S. P. D., der mit in erster Linie die Bahn frei machte für die Schaffung der deutschen kommunistischen Massenpartei.

Wir begrüssen es, dass Genosse Radek auch der V. K. P. D. als ernster Berater und Führer zur Seite stehen will, um so mehr, als unsere Partei aus den mannigfachsten Gründen heraus sehr arm an führenden Kräften ist.

Die vorliegende Broschüre bringt eine scharfe Abrechnung mit den Genossen der V. K. P. D., die sich um Levi geschart hatten: eine Auseinandersetzung über die taktischen Streitfragen der V. K. P. D., die immer mehr auch taktische Fragen der Kommunistischen Internationale geworden sind. In populärer, klarer, auch dem einfachen Arbeiter verständlichen Sprache erörtert er die verschiedenen Fragen und zeigt klar, dass es sich um die Herauskristallisierung eines rechten Flügels in der V. K. P. D. handelt, gegen den die Partei die Pflicht hatte, sofort bei dessen Aufkeimen entschieden Front zu machen. Von besonderem Werte ist es, dass sich gerade Radek mit solcher Schärfe gegen den sogenannten Antiputschismus von Levi und seinen Freunden wendet, war Radek es doch in den Jahren 1919 und 1920, der sich damals energisch gegen die putschistischen Tendenzen innerhalb der Reihen des Spartakusbundes wandte. Auch diese Tatsache illustriert die Haltlosigkeit der Anklagen des „Putschismus".

Radek zeigt in dieser Broschüre, dass das ganze Geschrei vom „Bakunistischen Putschismus" über die Märzkämpfe ein an den Haaren herbeigezogener Krampf ist. Er legt dar, dass es sich um nicht mehr und weniger handelte, als um die Aktivisierung der deutschen kommunistischen Massenpartei, ihre Einstellung auf revolutionäre Initiative, ihren Willen und wirkliche Bereitschaft zu Aktionen der Arbeitermassen, worin die Kommunistische Partei die Führerin sein soll. Ausgezeichnet ist in dieser Hinsicht insbesondere der Abschnitt, in dem er den Kampf um die rechtsstehenden Arbeitermassen behandelt. In klaren Sätzen erklärt er die beste Taktik, wie eine Kommunistische Partei die Massen von den rechtsstehenden Parteien loslösen muss, die Taktik des „Offenen Briefes". Mit Recht bedauert Genosse Radek, dass es in Deutschland nicht zur Steigerung und völligen Auswirkung der Taktik des „Offenen Briefes" gekommen ist. Dieser Abschnitt zeigt das Wesen kommunistischer Politik in Situationen, wie der jetzigen, so klar, dass wir ihn besonders den Genossen empfehlen, die entweder wie die sogenannten „linken Berliner" in der Taktik des „Offenen Briefes" eine „Parolenaktion", eine opportunistische Erscheinung sehen, oder aber den Genossen, die in der Ueberschätzung anderer Kampfmittel überhaupt eine allerdings unausgesprochene Abneigung gegen die propagandistische Tätigkeit zeigen. Besonders lehrreich ist auch die Behandlung der von kommunistischen Parteien aufzustellenden Teilforderungen. Sehr gut legt er dar, dass ein Eintreten für derartige Forderungen in der heutigen Situation nicht reformistisch, sondern zerstörend auf den Kapitalismus wirke. So ist diese Broschüre Radeks auch die beste Antwort auf einige Darlegungen der in den letzten Heften der „Internationale" erschienenen Artikel der Genossen Fischer und Masslow.

Nachdem Radek die taktischen Grundlinien scharf herausgearbeitet hat, übt er eine berechtigte Kritik an der Märzaktion und zeigt offen deren wesentlichste Mängel und Fehler, eine Kritik, die wohl von fast allen Genossen unterschrieben wird. Fehler, die sowohl in der Einleitung als auch in der Durchführung der Aktion lagen. Die Partei ist auf dem besten Wege, aus diesen Fehlern trotz Paul Levi die nötigen Lehren zu ziehen.

Nicht ganz einig gehen wir mit Radek in seiner Beurteilung der Taktik der Exekutive zur K. A. P. D. So sehr wir auch die Behandlung, die Paul Levi dieser Frage zuteil werden liess, verurteilen, so hoffen wir doch, dass der dritte Kongress sie in der von der jetzigen Zentrale und vom Zentral-Ausschuss der V. K. P. D. beschlossenen Weise lösen wird.

Radek hatte die Broschüre eben beendet, als ihm das verräterische Werk Levis in die Hände kam. Deshalb hängt er ein Nachwort an, in dem er eine vernichtende Hinrichtung Paul Levis vollzieht, die besonderes Interesse dadurch gewinnt, als gerade Radek lange Zeit mit Levi aufs Engste zusammengearbeitet und ihn immer wieder gehalten und gestützt hat. Aus dieser Naturgeschichte eines Renegaten, die den meisten Genossen sicher manches Neue bringt, können die deutschen Kommunisten sehr viel lernen. Wenn Levi an politischem Einfluss in den Arbeitermassen noch zu verlieren hätte, wäre diese „Naturgeschichte" dazu ein guter Beitrag. So ist diese neue Broschüre Radeks ein guter taktischer Wegweiser, den sich jeder Kommunist zu Nutzen machen sollte

wst.

J. Lenin und L. Kritzmann: „Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrussland 1917—1920." 175 Seiten. Verlag A. Seehof, Berlin 1921.

1917 bis 1920 — diesen in der Geschichte unvergesslichen drei Geburtsjahren der kommunistischen Weltrevolution ist das oben genannte Buch gewidmet, das als eines der wenigen wichtigsten Erscheinungen in Westeuropa über Sowjetrussland genannt werden kann. Dieses Buch ist keine Broschüre und keine Propagandaschrift, sondern eine ruhige, sachliche und zahlenmässige Schilderung, ein Bericht, der neben erfreulichen auch viele traurige Wahrheiten und „dunkle Seiten" enthält, die, nach den Worten des Verfassers, noch extra unterstrichen sind. Und trotzdem ist dieses Buch eine wahrhafte Hymne für Sowjetrussland; denn auf jeder Seite in jeder Zeile durch trockene Zahlen und stumme Tabellen fühlt man fortwährend jenen schlagenden und unsterblichen Nerv der russichen Revolution, der diese drei grossen und qualvollen Jahre ihre Existenz verdanken.

Das Werk von Lenin und Kritzmann war in wenigen Tagen verfasst worden und bietet schon wegen seiner Gedrängtheit kein völlig erschöpfendes Bild, wie es erwünscht werden könnte. Aber für die nichtrussischen Leser, die auf dem ungeheuer wichtigen Gebiete der Information über Sowjetrusslands Wirtschaft bisher fast ausschliesslich auf einzelne Zeitungsnachrichten und Aufsätze der „Russischen Korrespondenz" angewiesen waren — erscheint dieses Buch zweifellos als das Beste unter allen bisherigen Beiträgen auf diesem Gebiet. Der grosse Wert des Buches liegt auch darin, dass seine Verfasser unmittelbar mit dem Wirtschaftsaufbau in Russland verwachsen sind und diesen Aufbau oft sogar selbst „verfasst" haben. Dagegen ist z. B. das Buch von Goldschmidt („Wirtschaftsorganisation in Sowjetrussland"), wie objektiv es auch sein mag, immerhin nur ein Produkt eines auswärtigen Beobachters. Der grosse Wert des vom Seehof-Verlag herausgegebenen Werkes liegt auch darin, dass es keine rein theoretische Untersuchung ist, sondern eine äusserst objektive und allseitige geschichtliche Darstellung des Laufes und der Resultate der Wirtschaftsentwicklung Sowjetrusslands von ihrer Entstehung bis 1921, d. h. bis zum Abschluss des ersten Abschnitts der grossen russischen Revolution. Die Verfasser des Buches haben, den marxistischen Methoden folgend, viele einzelne und zerstreute Erscheinungen zu einheitlichen grossen Bildern zusammenzuschliessen und zu erläutern gewusst, was das Werk nicht nur den westeuropäischen, sondern auch den russischen Lesern äusserst interessant macht.

Das Buch ist in zwei an sich anknüpfende Teile gespalten, wobei als geschichtlich wertvoll besonders der erste Teil erscheint, der von einem Mitglied des Obersten Volkswirtschaftsrates und einem der besten russischen Wirtschaftspolitiker J. Larin verfasst ist und das Wirtschaftsleben Russlands während der angeführten Periode auf den Gebieten der Industrie, des Transports, der Brennstoffe, der Arbeitsverhältnisse und der Landwirtschaft behandelt. Der zweite Teil, von L. Kriezmann verfasst, schildert die Gestaltung des russischen Wirtschaftslebens, und wenn auch nicht mehr so neu, so ist er doch als eine praktische Erfahrungssammlung von ungeheurem Werte für die künftige Volkswirtschaftsorganisation des kommenden Sowjetdeutschland. Leider enthält das Buch, im Sommer 1920 geschrieben, fast gar nichts

oder zu wenig über die in der letzten Zeit in Sowjetrussland auf der Tagesordnung hervorgetretenen Wirtschaftserscheinungen: so über wissenschaftliche Arbeitsorganisation, über Produktionspropaganda u. a. Das Buch kann heute überhaupt nur als geschichtlicher und fast gar nicht als aktueller Wert in Frage kommen und ist von der neuesten Entwicklung in Russland bereits weit überholt. Und die Schulen der nicht mehr weit entfernten kommunistischen Gesellschaft werden dies Buch gewiss aur als eine Einführung in die wirkliche Wirtschaftsgeschichte Sowjetrusslands während der Uebergangszeit benutzen.

Leonid.

Tribüne der Kunst und Zeit. Heft 20, XXII. XXIV.

Casimir Edschmid veröffentlicht in seiner „Tribune" drei Schriften in kurzer Aufeinanderfolge (XX. XXII. XXIV. Heft), die das Problem der aktuellen Politik und Stellungnahme zur Revolution behandeln. Die letzte dieser drei Abhandlungen „Politik, Revolution und Gewalt", von Walter Rilla, kann als Kritik und Antwort auf die beiden anderen „Abendland" von René Arcos und „Der Mensch versagt" von Wilhelm Michel, gelten, obwohl sie sich nicht direkt darauf bezieht. Es spricht für Edschmid, dass er so entgegengesetzte Stimmen zu Worte kommen lässt, darunter eine so radikale, wie die Walter Rilla's.

Was Rilla zu sagen hat ist zu beherzigen für jeden, der sich noch nicht zu einer klaren Entscheidung entschlossen hat. Und dieser Zwang, sich zu entscheiden, ist in diesem Augenblick höchste Notwendigkeit, das strenge Gebot der Stunde für Proletarier sowohl als für „Intellektuelle". Wem diese klare Selbstverständigung noch fehlt, dem könnte diese Schrift den letzten Stoss geben, indem sie mit jeder Illusion aufräumt und alle Hintertüren zuschlägt: Bekenne Dich! Und Unentschiedene sind noch alle jene Proletarier, die noch in den Reihen der S. P. D. und U. S. P. D. bleiben können in einer Situation, wie wir sie heute haben; und auch unter den Kommunisten sind solche, die sich noch nicht klar gemacht haben, worum es geht, und wo ihre Verantwortung, ihre Verpflichtung liegt. Von Walter Rilla sind die Fragen der Revolution, der Gewalt - Politik mit unerbittlicher Schärfe und Logik aufgerollt; die letzten Zweifel an der Rechtfertigung, Berechtigung der Anwendung der äussersten Mittel des Klassenkampfes werden hier zerstört. Ohne Phrase wird das Problem der revolutionären Aktion erörtert und zwar vom politisch-ökonomischen und ethisch-ideologischen Standpunkt aus. Ideologisch stellen alle drei genannten Schriftsteller des Problem, aber allein Rilla löst es materialistisch. Ein von ihm Seite 17 zitierter Ausspruch Rosa Luxemburgs möge auf die kürzeste Weise die Stellungnahme des Autors kennzeichnen: „Gewalt ist weder Wohltat noch Uebel, sie ist Gewalt; Wohl oder Uebel ist nur ihre Anwendung."

Die Frage nach der Berechtigung des Terrors, der Diktatur, das ist der Kern und Inhalt der Schrift. Rilla beantwortet sie als ein Saulus, der zum Paulus wurde. Die beiden anderen, Arcos und Michel, nach weidlicher Entrüstung und grossem Jammer über die Unfähigkeit des heutigen Menschen — bei Michel des Deutschen — zur Durchführung der Revolution, nach voller Erkenntnis und harter Kritik des heutigen bürgerlich-republikanischen Zustandes finden nicht die Kraft zu einem entschlossenen „Heraus aus dem Sumpf". Sie verlieren sich vielmehr in ideologisch-romantische Verstiegenheiten, der eine auf deutsche, der andere auf

französische Art. Beide schwören auf die Verpflichtung des „höheren" Menschen, des „Guten" zu rein geistiger Revolution. Solchen Schlussfolgerungen Michel's wie: „Geistfreunde sagen: Wer das geistige Ziel will, muss auch das geistige Mittel wollen; Gewalt ist geistfeindlich, also verwerfen wir sie. Es geht die Frage: Gewalt zur Verwirklichung geistigen Ziels? So kann des Geistes Antwort nur lauten: Nein! . . . Wir haben als Menschen nichts Gewisses als die ethische Forderung; sie ist absolut und nicht abhängig von unserem Wissen und dem Gang des Geschehens" — solchen Schlussfolgerungen, die nichts von einem Klassenkampf wissen, der täglich und wirklich ausgefochten, ausgelitten wird, stehen, klar und fest der Wirklichkeit ins Auge blickend, Rilla's Ausführungen gegenüber wie (S. 36 u. 37): „Es ist also ideologisches Geschwätz, mit der endlichen sozialen Weltrevolution warten zu wollen, bis andere bessere Geschlechter herangewachsen und aufgezogen sind, die nun die Umwälzung in vollkommener Reibungslosigkeit vollziehen, unmittelbar hinein in vollkommene Harmonie . . . Es gibt nur eins: Austragung des revolutionären Kampfes durch den Menschen, der i s t in klarstem Bewusstsein seiner Unzulänglichkeit mit eiserner Konsequenz, ohne Rücksicht auf Fallendes rechts oder links vom Wege, den Blick gespannt auf die Erfüllung: Aenderung der Welt und dadurch (und damit, nämlich mittels der Aktion, zu gleicher Zeit) Aenderung der Menschheit . . . das ist die ungeheure Tat der Bolschewiki: die Möglichkeit der kürzesten Linie vom heutigen Zustand zum Ideal hin, Möglichkeit sofortiger Verwirklichung der menschheitsrevolutionären Ziele gezeigt und ausgenutzt zu haben. Allerdings unter rabiatem Verzicht auf Ruhe und Ordnung". Dort also seitenlang Illusionen, bürgerliche, „von an sich guten Menschen", Verzicht auf Kampf, Verzicht auf Handeln und Tun zur Erneuerung der Welt, Warten auf ideale Vervollkommnung des Menschen. Warten: Weiter wursteln, Unfähigkeit zum Gestalten: Einstellung und Charakter der versteckten Gegenrevolutionäre. Hier klare unerbittliche Auseinandersetzung mit der Realität des Klassenkampfes. „Der Mensch versagt" (ist aber gut) — diesem wehleidigen Gewäsch gegenüber bei Rilla: „Der Mensch ist schlecht, aber trotzdem entschliessen wir uns, die Möglichkeit zu schaffen, dass er gut werden kann. . . ."

Der Franzose Arcos ist dem deutschen Michel in seiner Bürgerlichkeit sehr verwandt, auch er ausgehend von rein ideologischem Standpunkt jenes verführerischen französischen Pazifismus um Barbusse und Romain Rolland herum. Dazu noch eine Dosis Bergson-Philosophie von der unendlichen „Evolution" des Kosmos, in die der Mensch hineingezogen sei. Daraus folgert er die Erneuerung der menschlichen Gemeinschaft zu höherer Form, natürlich aus dem Ethos geboren, die nicht durch Aktivität, sondern durch Passivität, Warten auf Vervollkommnung des Einzelnen im Geiste erreicht wird. . . . Das Ganze ist antirevolutionär, trotz einer kleinen Konzession am Schluss, mit der er sich gegen die Bourgeoisie wendet (S. 59): „Das Befreiungswerk wird nur in dem Masse blutig sein, als die alten Zwingherren ihm Widerstand leisten. Der Widerstand allein wird die Gewalt, die wir auch fürder verwerfen, verursachen." . . . Ein bezeichnendes Dokument jenes verführenden französischen Geistes der Clarté-Literaten, die sich auf moralische Entrüstung beschränken, anstatt das Geschehen aus schweren Banden wirklich zu lösen durch konsequente aktive proletarische Kritik und Politik. Alle diese Leute, die mit hohem Pathos und moralischer Entrüstung

kommen, weil eine neue Gesellschaftsorganisation nicht geboren werden kann wie ein legitimes Kindlein im Himmelbett schöner Reden, sind gefährlich, weil sie Glauben machen wollen und sich trösten samt ihrer Bourgeoisie, dass eine Aenderung des heutigen Weltzustandes möglich sei durch einen freien Willensentschluss im Ethischen und weil sie von den Realitäten des Klassenkampfes schweigen. Das schwere Ringen der Arbeiterklasse existiert für sie überhaupt nicht — Revolution ist ihnen der 9. November — anstatt sich mit den Realitäten dieses Kampfes auseinanderzusetzen.

G. G. L.

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. —Neustädt. Vereinsdruckerei.

Die Internationale

Jahrg. 3 * 1. Juli 1921. * Heft 9

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Aufgaben der Partei.

e.m. Die Debatten über die Märzaktion haben scheinbar zu einer Schwächung unserer Partei geführt Wer sich indessen die Mühe gibt, den Kern dieser Debatten etwas sorgfältiger herauszuschälen, der muss feststellen, dass in den Partei-Diskussionen sich die Unzufriedenheit der revolutionären Arbeiterschaft mit dem bisherigen Verlauf der revolutionären Bewegung in Deutschland widerspiegelt. Ebenso wie die Märzaktion ein Versuch war, in Abwehr der Hörsing-Provokation gegen die Reaktion allgemein vorzustossen, so zeigt sich in den Beschlüssen aller Parteiorganisationen und der hinter ihnen stehenden überwiegenden Mehrheit der Parteigenossen der politische Wille, entschlossener als bisher den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen. Es gibt selbst ausserhalb der Partei heute kaum noch einen ernsthaften Politiker, der an der Auffassung festhält, die Märzaktion sei das Werk einzelner „landfremder" Vertreter der Exekutive oder einiger „genialer" Köpfe, die in die Kaltwasserheilanstalt gehörten. Obgleich unsere Gegner uns den Vorwurf machen, dass unsere Partei sich isoliert und mangelhaft vorbereitet in den Kampf gestürzt habe, leugnet doch keiner von ihnen, dass dieser Kampf gegen die von Hörsing und Severing gewollte Fesselung des Proletariats angesichts der drohenden, verschärften Ausbeutung infolge der Ententeforderungen berechtigt gewesen sei.

Die Märzaktion hat zwar zu einer Niederlage geführt, aber die Einsicht in die Notwendigkeit des Kampfes gegen die dem Proletariat drohenden Gefahren ist in den Arbeitermassen gestiegen. Unsere Partei muss bei der Vorbereitung dieser unvermeidlichen neuen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe an der Spitze stehen. Da die Regierung sich fürchtet, schon heute ihr ganzes Steuerprogramm zur Erfüllung der Ententeforderungen vorzulegen, ergab

sich bisher noch nicht die Möglichkeit eines konzentrischen Angriffs auf die bürgerliche Regierung. Die Annahme des Ultimatums wirkt sich indessen schon jetzt in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft aus. Die Arbeiterentlassungen haben zugenommen, die Bestrebungen auf Verlängerung der Arbeitszeit sind ebenfalls gewachsen. Die Kürzung der Löhne wird offen nur deshalb nicht von den Unternehmern geforert, weil die wieder einsetzende Preissteigerung sowieso zur Kürzung des Reallohnes führt. Die Partei hat all diesen drohenden Gefahren für die Arbeiterschaft entgegenzutreten gesucht, indem sie durch den Maiaufruf der Zentrale eine geschlossene Front der gesamten Arbeiterschaft zu bilden sich bemühte. Aber ähnlich wie der Offene Brief ist der Maiaufruf von den Gewerkschaften und den beiden andern Arbeiterparteien nur auf Kritik und Ablehnung gestossen. Die Vorstände aller dieser menschewistischen Organisationen fühlen sich durch bürokratische Stacheldrahtzäune so sehr vor jeder Beeinflussung und Kritik gesichert, daß sie immer wieder hohnlächelnd jede Anregung zum Kampfe übergehen. Unsere Genossen haben daher in verschiedenen Bezirken den Weg gewählt, an die Betriebsräte und Gewerkschaften ihres Ortes oder Bezirkes sich direkt zu wenden. Wenn auch diese Orts- und Bezirksvorstände kleine und kleinliche Bürokraten sind, so stehen sie doch mehr unter Kontrolle ihrer eigenen Mitglieder und können viel eher bei offener Verhöhnung von Arbeiterforderungen gestürzt werden. Ihre Antworten auf die Forderungen unserer Parteigenossen waren daher viel weniger ablehnend und oft mussten sie sogar den Vorschlägen unserer Genossen, getrieben von den Willen ihrer eigenen Mitglieder, völlig zustimmen.

So hat sich der geschlossene Ansturm unserer Partei gegen die menschewistischen Organisationen, Spitze gegen Spitze, aufgelöst in einen bezirksweise gegliederten Kampf unserer Orts- und Bezirksorganisationen gegen die entsprechenden Organisationen der deutschen Menschewisten. Auf breiter Front werden dadurch die Reihen der übrigen Arbeiterorganisationen erschüttert und die mit allen Mitteln betriebene Abschliessung unserer Partei von der übrigen Arbeiterschaft wird dadurch leichter durchbrochen. Dieser Kampf ist ein mühsamer, der von jeder Parteiorganisation und jedem einzelnen Parteigenossen im Betrieb und in der Gewerkschaft grösste Zähigkeit und grösste Gewissenhaftigkeit verlangt. Denn nur die genaueste Kenntnis aller wirtschaftlichen und politischen Vorgänge, aller Strömungen in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gibt die Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung und die Aufrüttelung der uns ablehnend gegenüber-

stehenden Arbeiterorganisationen. Mit politischen Schlagworten und allgemeinen Gesichtspunkten ist dieser Kampf nicht zu führen. Er verlangt genaueste Kenntnis aller Einzelvorgänge und intensivste Beschäftigung mit den akuten wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Fragen.

Deshalb stellt dieser Kampf an die eigene Organisation viel höhere Anforderungen als die theoretische Propaganda für die Diktatur des Proletariats und mindesten ebenso hohe wie für die Durchführung irgendeiner grossen Massenaktion. Er ist aber die Basis dafür, dass unsere Partei mehr als wie bisher in den breiten Massen Wurzeln fasst und sich deren Vertrauen erwirbt, so dass die Massen in jeder Stunde und jeder Situation uns folgen.

Zum Problem der Theorie und Taktik der Uebergangsperiode.*)

Von Otto Benedikt.

In seinem Aufsatz über die Probleme des III. Weltkongresses stellt Genosse Maslow drei Fragen auf: Erstens die methodologische Frage, worauf die Untersuchung der Weltwirtschaftskrise abzuzielen hat, wie also das Problem aufzustellen ist; er kommt zum Resultat, dass es lauten muss: Krise oder Zusammenbruch.

Zweitens untersucht er, um letztere Frage beantworten zu können, die Dynamik des Weltwirtschaftssystems und gelangt zu dem Schluss, dass die Krise nur mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus enden könne, was gleichbedeutend sei mit der kommunistischen Revolution.

Endlich führt ihn die letztere Feststellung zu taktischen Schlüssen, für die folgende Stellen seines Aufsatzes charakteristisch sind: „Die Offensivtaktik der kommunistischen Parteien Europas bedeutet die Lebensfrage der kommunistischen Internationale und hängt absolut nicht ab von dem oder jenem konkreten politischen Ereignis ... Ferner: „Die Aktivität, ja die Aktion der kommunistischen Partei machen wir nicht von irgendwelchen oberschlesischen Ereignissen und nicht von irgendwelchen, an die Sanktionen zu knüpfenden Folgerungen abhängig ...“**)

*) Der Artikel „Probleme des 3. Weltkongresses“ (Heft 7 der „Internationale“) des Genossen Maslow hat, wie erwartet, eine rege Diskussion ausgelöst. Wir bringen heute den ersten Diskussionsartikel. Die Red.

**) Von uns gesperrt gedruckt. A. d. V.

Da nun diese taktischen Richtlinien nicht nur einen Bruch mit der opportunistischen Vergangenheit der deutschen Partei, sondern mit der Vergangenheit des revolutionären Marxismus zu bedeuten scheinen, ist es notwendig, sie näher zu überprüfen.

Dazu müssen wir in der Untersuchung denselben Weg gehen wie Maslow. Wir müssen zuerst die Frage prüfen, ob er das Problem der Krise richtig aufgestellt hat, oder ob es sich nicht nur um ein Scheinproblem handelt. Dann, ob seine Analyse der Bewegung des Wirtschaftssystems theoretisch und konkret historisch richtig ist. Endlich, ob sich aus den Ergebnissen dieser Untersuchung jene taktischen Schlüsse ableiten lassen.

I. Das Problem.

I.

Auf den ersten Blick könnten aber Bedenken auftauchen: Vor allem, kann denn das Problem der Krise überhaupt anders lauten? Und kann die Antwort darauf für einen revolutionären Kommunisten eine andere sein als die Maslows? Und wenn unsere Resultate, was doch wohl vorauszusehen ist, jenen Ergebnissen ähnlich sein werden, inwieweit ist dann die ganze Frage von Wichtigkeit?

Wieweit nun letzteres der Fall ist, darauf weist Maslow selbst hin, dort, wo er vom Opportunismus in der K. P. spricht. Tatsächlich ist der kommunistische Opportunismus abhängig von der Art der Bewertung der historischen Situation, und zweifellos führt das Nichtglauben an die Revolution funktionell die entsprechende opportunistische Taktik mit sich. Es ist also das Problem der Krise tatsächlich zugleich das des Opportunismus.

Dass aber seine Beantwortung nicht so einfach ist, dass auch in ihr Differenzierungen eintreten können, über die sich der revolutionäre Kommunist klarwerden muss, zeigt gerade die unrichtige Charakterisierung des Opportunismus durch Maslow: Er erklärt nämlich, nicht nur der sei Opportunist, der an die Revolution nicht glaubt, sondern auch der, und das sei mit jenem gleichbedeutend, der eine Erholung des Kapitalismus für möglich hält.

Vor allem muss festgestellt werden, dass diese beiden Arten von Einschätzung der historischen Situation grundverschiedene sind. Wer revolutionäre Politik macht, muss an die Revolution glauben, d. h. er muss die objektive Entwicklung derart einschätzen, dass die höchste Einsetzung aller subjektiven Kräfte ihre sprunghafte Aenderung in revolutionärer Richtung ermöglichen muss. Wer nicht daran glaubt, wird je nach Temperament und ethischer Einstellung Opportunist oder Putschist. Dass aber jemand unter bestimmten Umständen an die Revolution glaubt, dafür kann nicht Kriterium sein, dass er das Gegenteil beim Eintreten gegenteiliger Umstände für unmöglich hält.

Eine solche Einschätzung der Situation ist nicht, wie Maslow meint, opportunistisch, denn sie muss nicht zu opportunistischer Taktik führen. (Und für den Opportunismus ist nur die Taktik ausschlaggebend.) Daraus folgt aber, dass das Problem der Krise nicht so aufgestellt werden muss, wie es Maslow getan hat.

Dass es aber gar nicht so aufgestellt werden kann, weil es ein Scheinproblem ist, sollen die weiteren Ausführungen beweisen.

II.

Unter welchen theoretischen Voraussetzungen ist denn die Frage des Zusammenbruches sicher zu beantworten? Nur, wenn die Kräfte des Systems, seine Bewegung und deren Gesetze genau bekannt wären, d. h. wenn die Bewegung eine mechanisch-automatische wäre. Dann könnten wir mit mathematischer Sicherheit Richtung und Weg bestimmen; dann würde es unvereinbar sein, zu glauben, die Bewegung werde eine bestimmte Richtung haben, und dabei doch noch eine andere Lösung für möglich zu halten.

Nehmen wir nun tatsächlich an, der Kapitalismus wäre, um dem obigen System zu entsprechen, einfach ein Gefüge, das nur aus Beziehungen von unbewussten Objekten und Dingen bestünde und daher nur seinen anarchischen Naturgesetzen unterworfen wäre; sehen wir also ab vom Proletariat als Subjekt, von seinen Bedürfnissen, also von der Frage der Konsumtion. In diesem Falle wäre die Lebensbedingung des Kapitalismus nur die Möglichkeit der Verwertung, der Realisierung von Waren und Profit. Er hätte seine leichterkennbare objektive Schranke seiner Entwicklung in dem Augenblicke gefunden, in dem jene Möglichkeit aufhörte. Dieser Moment wäre aber tatsächlich gegeben, wenn das Gesamtkapital an seine von Rosa Luxemburg aufgezeigten Akkumulationsschranken stossen würde, sobald also der Kapitalismus die alleinige Produktionsform geworden ist.

Dass diese objektive Schranke noch nicht erreicht ist, ist klar: Noch sind gewaltige Wirtschaftsgebiete vorkapitalistisch organisiert, noch gibt es reiche Reservoire an Arbeitskräften, Absatz- und Investitionsmöglichkeiten.

Diese Schranke wäre aber die einzige, die theoretisch abstrakt alle Zweifel ausschliessend die Antwort geben könnte, dass der Zusammenbruch unvermeidbar ist.

Nun spricht aber Maslow gar nicht von dem Problem dieses „rein objektiven" Kapitalismus; denn er zeigt ganz richtig, wie unmarxistisch es ist, zwischen objektiv und subjektiv eine derartige Trennung zu machen. Er fasst, wie es notwendig ist, den Kapitalismus als System, bestehend aus dinglichen und Menschenapparat, auf und befasst sich ebenso mit der subjektiven Seite des Prozesses als mit ihrer objektiven. Aber dadurch verändert sich auch die Frage der Krise. Wir können nicht mehr fragen, ob der Kapitalismus selbst zusammenbrechen, sondern nur, ob das Proletariat ihn vernichten wollen und können wird. Dadurch wird aber der Prozess der Revolution aus einem mechanisch-materiellen zu einem dialektisch-ideologischen.

Nun liesse sich auch diese Frage, wie eine rein technische beantworten, wenn der Einfluss der Wirtschaft auf die Ideologie ein uns vollkommen bekannter, eindeutiger wäre, wenn also der historische Materialismus keine Methode der Geschichtsuntersuchung, sondern ein lückenloses System der geschichtlichen Entwicklung wäre. Das Problem würde dann lauten: Wird die Ideologie des Proletariats gezwungen sein, sich zu einer revolutionären umzugestalten? Wird das Proletariat wollen müssen?

Im Verlaufe der Untersuchung wird sich zeigen, dass diese Frage zu abstrakt ist und nicht beantwortet werden kann.

Aber wenn wir schon das Problem, obwohl, wie wir ausgeführt haben, es weder aufgestellt werden muss noch kann, trotzdem behandeln, so muss es noch vervollständigt werden. Denn gerade Bucharin, auf den sich Maslow beruft, hat auf eine dritte Möglichkeit als Resultat der Krise hingewiesen. Diese ist „die Vernichtung der Kultur", der gemeinsame „Untergang der kämpfenden Klassen". Und diese Frage müssen wir bei der folgenden Untersuchung der Weltwirtschaftskrise und der daraus folgenden Taktik ebenfalls im Auge behalten.

II. Die Weltwirtschaftskrise.

I.

Wir müssen nun übergehen zur Untersuchung des Systems und die von Maslow vorgeschlagene Methode anwenden. Wir wollen die Dynamik de Systems prüfen, die Reproduktion betrachten und die Frage der Lösung der Krise reduzieren auf die der Möglichkeit erneut-erweiterter kapitalistischer Reproduktion.

Soll nun die Weltkrise mit dem Zusammenbruch enden, so muss sie sich von allen bisherigen Krisen im Wesen unterscheiden.

Jede bisherige kapitalistische Krise war eine zeitweilige verminderte Reproduktion. Sie führte zu einer Schwächung der Produktivkräfte, der die schwächsten Teile des Systems zum Opfer fielen. Nach der Erreichung eines bestimmten Höhepunktes, trat die Lösung ein. Die stärkeren Teile des Systems sogen die schwächeren in sich auf, ein Konzentrationsprozess, der eine neue erweiterte Reproduktion auf höherer Grundlage ermöglichte. Die Lösung erfolgte also durch Vernichtung eines Teiles des Systems. Da aber die Krise gleichzeitig auch das Lebensniveau des Proletariats immer senkte, mussten für die Kosten dieses Entwertungsprozesses die arbeitenden Massen aufkommen.

Die heutige Krise zeigt an sich dieselben Erscheinungen. Da die in Frage kommenden sich während der Krise bekämpfenden Wirtschaftseinheiten heute die imperialistischen Staaten sind, ist die Weltkrise eine lange Zeit dauernde verminderte Reproduktion im ganzen Staatensystem. Diese hat eine solche Schwächung von grossen Teilen dieses Systems zur Folge, dass die schwächsten Einheiten, also die Staaten, deren Durchorganisierung am geringsten ist, zugrunde gehen und von stärkeren

Staaten verschlungen werden. Und wäre letzteres möglich, ohne dass diese Wiedersprüche den Kapitalismus sprengen, wäre auch die Möglichkeit der Lösung der Krise gegeben. Die siegreichen staatskapitalistischen Einheiten würden die Produktion auf neu erhöhter Basis weiterführen.

Welches sind nun jene Tendenzen, die das verhindern können.

Die heutige Krise unterscheidet sich von allen bisherigen hauptsächlich durch ihre Dimensionen; die Widersprüche der Krise sind gewaltig gesteigerte, die Wirkung der Krise auf das Proletariat eine furchtbar drückende.

Diese Tatsache allein genügt schon, um den Glauben an die Revolution zu begründen.

Hätte der Kapitalismus die Fähigkeit, die Konsumtion der Massen zu sichern, solange er objektiv wirtschaftlich existieren kann, dann würde erst der Zeitpunkt der objektiven Unmöglichkeit der kapitalistischen Produktion infolge von äusseren Akkumulationsschranken die Konsumtion gefährden und dadurch das Proletariat zur Revolution zwingen. Da aber die Konsumtion im allgemeinen nur ein Existenzminimum darstellt, in Krisen unter dieses gedrückt wird, so muss der Zeitpunkt, wo die Senkung des Lebensniveaus durch die wachsenden Krisen nicht mehr ertragen werden kann, viel früher eintreten. Wer also glaubt, dass schon die gegenwärtige Weltunterkonsumtion diese Dimension erreicht hat, muss an die Revolution glauben. Ein sicheres Zeichen aber — und solche sucht ja Maslow — für das unbedingte Eintreten dieses Zeitpunktes gibt es nicht. Die Frage, ob die Dimension der Krise genügt hat, die revolutionierende Wirkung auszuüben, kann nur im nachhinein, historisch, vom Proletariat selbst beantwortet werden.

II.

Nun zeigt aber die Weltkrise noch einen Unterschied gegen früher: Während die bisherigen Krisen hauptsächlich eine Schwächung der finanziellen, Kredit- und Austauschbeziehungen zwischen den Kapitalisten gezeitigt haben, im Vergleich dazu aber den sachtechnischen Apparat in geringerem Masse zerstörten, hat der Weltkrieg als erste Etappe der Weltkrise einen gewaltigen Sachschaden mit sich gebracht. Welche Wirkung übt diese Tatsache auf die Krise aus?

Dass schon einfach die Tatsache dieser Zerstörungen die heutige Krise zu einer besondern stempeln würde, ist nicht richtig. Denn erstens bedeuten diese Sachschäden eben einen Teil der verminderten Reproduktion, die das Wesen jeder Krise ausmacht und der Prüfstein dafür ist, welche Teile des Staatensystems für den Kapitalismus die wertvollsten sind. Zweitens hat es auch schon bisher solche Krisen mit Kriegssachschäden gegeben. Denn, wie Bucharin nachweist, ist der Krieg jedes Systems der Kampf um seine erweiterte Reproduktion. Dann waren aber alle kapitalistischen Kriege Krisen und ihr Sachschaden nur eine verminderte Reproduktion.

Die Zerstörungen an sich müssen also die Lösung der Krise noch nicht unmöglich machen. Selbstverständlich erschweren sie sie und

wirken dadurch revolutionierend. Wieder ist aber die Frage der Revolution nur die Frage der Dimension. Das geht auch aus Bucharins Gedankengang hervor.*) Dann ist aber die Tatsache der Zerstörungen an sich noch kein Beweis für die Unbedingtheit der Revolution; Beweis wäre nur die Feststellung, dass die Dimensionen dieser Zerstörungen hinlänglich gross sind. Aber auch diese Feststellung kann sich nur im nachhinein ergeben.

Nun wollen wir auf die Frage des Zerfalls übergehen. Tatsächlich ist der Zerfall des kapitalistischen Gefüges die notwendige Form der Revolution. Die Frage ist aber wiederum: Ist der Zerfall an sich schon ihr Kriterium oder erst die Erreichung einer bestimmten Dimension dieses Prozesses?

Prüfen wir die Zerfallssymptome der heutigen Weltkrise! Bucharin analysiert sie folgendermassen:

I. Physische Vernichtung der Bestandteile der Produktion (sowohl von sachtechnischem als auch von Menschenmaterial; beziehungsweise Verminderung der Qualität durch Sabotage einerseits, Unterernährung anderseits.

II. Verschleiss der Maschinen, physische Erschöpfung des Proletariats. Einstellung von Ersatz selbst bei der Produktion von Arbeitskräften (weibliche, unqualifizierte Arbeitskräfte).

III. Zerfall der Verbindungen zwischen den Teilen: Zerfall der Hierarchie, Störung von Gleichgewichtszuständen, wodurch die Reproduktion gehemmt wird, Zerfall von Stadt und Land. Ausfall der Produktionskräfte aus dem Produktionsprozess und ihr Uebergang in den Zustand potentieller Energie (Arbeitslosigkeit und Folgen).

Nun müssen wir die bisherigen Krisen auf diese Symptome hin prüfen. Finden wir sie frei von ihnen, dann haben wir einen wesentlichen Unterschied gefunden!

Nun zeigt aber eine solche Prüfung das Gegenteil. Jede Krise zeigt, wenn auch nicht direkt Symptome des Zerfalls, so doch wenigstens Symptome der Tendenzen zum Zerfall. Nicht nur die Verbindungen zwischen den kapitalistischen Einheiten lockern sich (Kreditsystem usw.), sondern auch der sachtechnische Apparat und der Menschenapparat zerfallen in zwei Teile: In den noch produzierenden Teil und in jenen, der aus der Produktion geschleudert wird. Und je nach dem, welcher Zweig der Wirtschaft hauptsächlich von der Krise betroffen wird, treten auch in den bisherigen Krisen Symptome der Zerfallstendenzen zwischen ganzen Wirtschaftszweigen auf (Stadt und Land usw.). Alle heute sichtbaren Tendenzen des Zerfalls zeigten sich auch in den früheren Krisen wenigstens im Keime.

Nun spricht aber auch Bucharin bei der Analyse des revolutionären Prozesses (solange dieser sich nicht in der Uebernahme der Macht durch das Proletariat äussert) nur von Tendenzen des Zerfalls. Die heutige Krise zeigt nur die alten im Keime befindlichen Tendenzen der bisherigen Krisen in potenziert gesteigertem Masse.

*) S. Bucharin: Die Wirtschaft der Uebergangsepoche. Kap. 3 Absatz 17. (Das Buch ist bisher nur in russischer Sprache erschienen.)

Wieder hängt daher die Einschätzung der heutigen Krise nicht von der Anerkennung der Tatsache dieser Tendenzen ab, sondern nur von der Bewertung ihrer Dimension. Denn da jede Krise in ihrem aufsteigenden Aste sie besitzt, diese sich immer mehr verstärken mussten und trotzdem noch niemals die kapitalistische Lösung verhindern konnten, kann die Frage heute nur lauten:

Werden diese Tendenzen genügend stark sein, um den Kapitalismus zu sprengen? Dies bedeutet aber die a priori unlösbare Frage, wann die objektiven Zerfallstendenzen die zur Revolution notwendigen subjektiven Willensfaktoren erzeugt.

Das führt aber zur wichtigsten Frage, die Maslow berührt hat und die tatsächlich auf den ersten Blick ausschlaggebend zu sein scheint, um das Problem der heutigen Krise eindeutig beantworten zu können. Es ist die Frage der Wechselwirkung.

III.

Es ist Tatsache: Die objektiven Tendenzen der bisherigen Krisen haben noch niemals die subjektiven Momente derart gesteigert, dass sie durch deren Rückwirkung wieder beeinflusst worden wären: Bisher hat das Proletariat alle Krisen mehr oder minder als leidendes Objekt mitgemacht, nicht aber als aktives Subjekt. Daher mussten alle Krisen, sobald ihre objektiven Tendenzen ihren Höhepunkt erreicht hatten, ihre „normale" Lösung finden.

Hingegen ist die heutige Weltkrise tatsächlich dadurch charakterisiert, dass die durch die objektive Bewegung des Systems verursachten subjektiven Entwicklungsmomente auf die Entwicklung jener steigernd zurückwirken. Zweifellos haben alle subjektiven Momente, deren letzten Ausdruck die Entwicklung der kommunistischen Parteien ist, den Einfluss, auf den Maslow hingewiesen hat: Sie steigern ihre eigenen Ursachen und neuerdings sich selbst. Zweifellos ist diese Tatsache der wesentlichste Grund, um den Glauben an die baldige Revolution zu erzeugen.

Aber selbst dieses Moment der Wechselwirkung ist kein zwingender Beweis für die Unbedingtheit der kommunistischen Weltrevolution. Da diese Frage jedoch die wichtigste ist für die Entscheidung darüber, ob Maslows Charakterisierung des Opportunismus richtig ist, müssen wir uns mit ihr ausführlicher beschäftigen.

Zur Erläuterung des komplizierten Problems der Wechselwirkung sei uns nun gestattet, ein Beispiel anzuführen. Und obwohl es im allgemeinen gefährlich ist, dialektische Vorgänge zu mechanisieren, wollen wir uns doch auf ein rein mechanisch-physikalisches Gebiet begeben, weil es uns gestattet, die Möglichkeiten der Wechselwirkung klarer zu untersuchen.

Wenn ein Körper im Weltall seinen Gleichgewichtspunkt verliert und von der Erde angezogen wird, macht sich sofort eine Wechselwirkung geltend. Denn je näher der Körper zur Erde käme, desto mehr würde die Anziehungskraft auf ihn wirken und dadurch seine schon natürlich beschleunigte Bewegung noch

mehr beschleunigen. Da nun diese Wechselwirkung sich in derselben Richtung betätigen würde, als die Eigenbewegung, die er besitzt, hätte sich schon im ersten Augenblicke sein Fall auf die Erde entschieden.

Nun gibt es aber noch einen andern sehr häufigen Fall: Nehmen wir an, ein Himmelskörper besitze schon eine grosse Eigenbewegung, die ihn geradelinig durch den Weltraum treibt. Nun gerät er aber in die Nähe der Erde. Wie oben, wird ihn diese an sich zu ziehen suchen. Wir oben würde sich eine Wechselwirkung ergeben. Denn je näher durch seinen Fall gegen die Erde zu dieser käme, desto mehr würde sich deren Anziehungskraft verstärken. Und doch — er muss nicht auf die Erde fallen.

Denn ist seine ursprüngliche Eigenbewegung hinlänglich gross, so wird ein Punkt eintreten, wo er der Erde am nächsten ist. Nach der Erreichung dieses Punktes aber wird seine Eigenbewegung, die die Tendenz hat, ihn an der Erde vorüber zu führen, das Bestreben haben, ihn wieder von ihr wegzutreiben. Und das wird ihr auch gelingen, wenn sie grösser ist im entscheidenden Augenblick, als die durch die Wechselwirkung verstärkte Anziehungskraft der Erde. Es kommt hier also nur auf die Frage an: Wie ist das Verhältnis der Wechselwirkung zu der schon früher gegebenen Eigenbewegung des Körpers?

Aehnlich lautet die Frage auch bei der Beurteilung der Krise. Der Kapitalismus besitzt eine objektive Eigenbewegung, die ihn durch die Zirkeln der Reproduktion hindurch immer an revolutionären Gefahren vorüberzutreiben sucht. In den bisherigen Kreisen wurde diese Eigenbewegung durch die nur schwachen subjektiven Kräfte nicht beeinflusst: Er geriet daher gar nicht in den Bannkreis der Revolution. Das war sein dynamischer Gleichgewichtszustand.

Würde er nun, in die Richtung der Revolution gezogen, gar keine objektive Eigenbewegung mehr haben, so wäre wie im oben dargestellten ersten Falle sein Schicksal entschieden: Aus dem Zirkel der Wechselwirkungen, in die er geraten würde, gäbe es für ihn keinen Ausweg mehr.

Dieser Fall ist aber nicht gegeben.

Denn wie steht es um die Wechselwirkung in der heutigen Krise?

Unzweifelhaft ist sie vorhanden. Die subjektiven Kräfte beeinflussen die Schwächung des Systems und verstärken dadurch sich selbst. Der Kapitalismus nähert sich tatsächlich immer mehr dem Punkte, wo die Wirkung der subjektiven Kräfte so gross ist, dass sie seine objektive Eigenbewegung in der Richtung der Lösung ausschliessen. Das berechtigt uns zum Glauben daran, dass diese Tatsache eintritt. — Das ist aber auch alles. Ob die ihm innewohnenden objektiven Wirtschaftskräfte, also seine Tendenzen zur Lösung sich nicht noch stärker erweisen, als die sich zwar immer mehr steigernden subjektiven Gegenkräfte, das wäre im Wesen die Frage, die Maslow aufgestellt hat, die aber nicht beantwortet werden kann.

Dazu kommt aber noch ein wichtiges Moment. Prüfen wir noch einmal den obigen Fall des Himmelskörpers. Es ist nicht nur denkbar, dass er niederfällt, wenn seine Eigenbewegung geringer ist als die Anziehungskraft (kommunistische Revolution), oder dass jene sich als stärker erweist als diese (kapitalistische Lösung der Krise) — es ist noch ein dritter Fall denkbar: Die Eigenbewegung und die Anziehungskraft finden ein Gleichgewicht, der Körper fällt nicht, kann sich aber auch nicht loslösen: Er kreist um die Erde herum.

Das wäre bei der Krise die Frage des gemeinsamen Unterganges der kämpfenden Klassen.

Hier sei nun eine Bemerkung beigefügt. Wogegen wir in diesem Aufsatze polemisieren, ist der Fehler Maslows, dass er einen Beweis für die Unausbleibbarkeit der Weltrevolution bringt und daraus taktische Konsequenzen zieht.

Wenn wir aber selbst die Aussichten konkret prüfen, müssen wir sagen: Die Wiederherstellung des Kapitalismus ist zwar möglich*), aber sie ist nicht wahrscheinlich. Und gerade deshalb ist der Hauptgrund, warum wir uns gegen den Beweis Maslows wenden, der, dass wir, wenn wir eine Gefahr für die Revolution uns vorstellen können, hauptsächlich an die Möglichkeit dieses dritten Falles denken.

Ja, wenn wir von einer Erholung des Kapitalismus sprechen, tun wir es hauptsächlich in dem Sinne, wie Genosse Lengyel in seinem Artikel „Die Weltkrise" in Nr. 5/6 des Kommunismus vom 21. 2. 1921. Denn auch ein vollkommener Sieg der Bourgeoisie könnte nur durch eine derartige Senkung des proletarischen Lebensstandards erfolgen, dass die Folge eine allgemeine Vernichtung der physiologischen und kulturellen Lebenskräfte der Menschheit wäre. Die Frage der kapitalistischen Lösung der Krise verschwimmt also mit der des Unterganges beider Klassen.

Die Frage aber, ob die Krise zur Revolution oder zu jenem Ergebnis führen wird, kann, wie Bucharin nachweist, nur die konkrethistorische Untersuchung beantworten, durch die „die mathematische Wahrscheinlichkeit zur praktischen Gewissheit" werden kann.

Wieweit dies möglich ist, und welche taktischen Konsequenzen daraus gefolgert werden müssen, wollen wir im folgenden Abschnitt verfolgen.

---

*) Hier müssen wir auf zwei Möglichkeiten hinweisen: Trotzky sagt in seiner vor dem Frauenweltkongreß gehaltenen Rede:

Wenn die Lehren des Krieges und der Revolution in Rußland und der halben Revolution in Deutschland und Oesterreich vergebens waren, wenn alle diese Lehren der letzten sieben Jahre fruchtlos gewesen sind, wenn das Proletariat wieder gehorsam das Joch der Bourgeoisie auf sich nimmt, dann wird die Bourgeoisie ihre Herrschaft wieder voll und ganz ausüben und ihren Schwerpunkt nach Amerika, Afrika und Asien verlegen.

Genosse Eugen Varga dagegen hält eine zweite Möglichkeit für denkbar: Längere Zeit hindurch andauerndes Nebeneinanderbestehen des proletarischen und des kapitalistischen Europas. („Die Krise der Weltwirtschaft".)

Die Taktik.

Warum suchen wir nun aber überhaupt den für einen Revolutionär ungewohnten Beweis zu erbringen, dass ein für eine gewisse Zeit eintretender Sturz oder eine Versandung der Revolution denkbar ist? Einfach darum, weil wir in Maslows Beweis für die Unabwendbarkeit des Sieges die Gefahr der Ableitung von falschen taktischen Grundsätzen erblicken.

Es ist klar, dass die Frage, die Maslow behandelt, die Frage der Taktik bedeutend beeinflussen muss. Wären seine theoretischen Feststellungen richtig, so wären es auch seine taktischen Folgerungen. Aber was würde das bedeuten?

Vor allem würde die Wichtigkeit der Frage der Taktik bedeutend abnehmen. Wäre die einzige Lösung der Krise, dass die Willenskräfte des Proletariats in hinreichendem Masse erwachen müssen, dass also dieser Prozess unaufhaltsam ist, so würden die bisher ausschlaggebenden Fragen der Beziehungen zwischen Partei und Massen, überhaupt die der Tätigkeit der Partei, solche von sekundärer Bedeutung werden.

Die Taktik wäre dann niemals entscheidend für den Verlauf der Revolution und wäre einfach und eindeutig gegeben: Immer wieder durchgeführter Angriff gegen das noch hemmende Gefüge, Angriffe auch ohne Massen, ohne Einschätzung der konkreten Situation. Jede Aktion wäre schon als Aktion an sich revolutionär und — wie Genosse Maslow richtig sagt — wäre das kein Putschismus, denn die Situation würde es erfordern. Fehler der Taktik hätten keinen gefährlichen Einfluss auf die revolutionäre Entwicklung.

Ja, wäre es noch zu all dem auch noch richtig, dass, wie Maslow meint, die Spannungszustände eine derartige Dimension besitzen, dass die Situation „allgemein" revolutionär wäre, das heisst also ohne Rücksicht auf ihre Konkretheit, so müssten wir noch zu viel weitergehenden Schlüssen kommen, die zwar Maslow nicht gezogen hat, aber hätte ziehen müssen:

Es würde nämlich gar keine falsche Taktik geben. Denn wären die Spannungen schon die höchstmöglichen, so könnte und müsste jede Tätigkeit der Partei den Lockerungsprozess erweitern; denn wenn ein System auf das Höchste erschüttert ist, wird es auch von nicht kunstgerechten Hammerschlägen zertrümmert. Es würde also keine Fehler mehr geben. Allerdings — und hier zeigt sich das Sonderbare — auch keine opportunistischen. Denn selbst ein Nichtausnützen revolutionärer Situationen, würde den Prozess nicht beeinflussen können. Die Situation bliebe ja auch weiter „allgemein revolutionär"! So verliert der Begriff der Taktik seinen Sinn.

Nun wird aber die Gefährlichkeit dieser Folgerungen klar, wenn wir wieder Bucharins Gedankengang über die revolutionäre Lösung der Krise verfolgen. Er zeigt nämlich*), dass die Frage der Revolution dahin ausläuft inwieweit die proletarische Klasse sich als solche reproduziert: Sowohl die Verhinderung der kapitalistischen

*) Wirtschaft der Uebergangsepoche. Kap. IV, Absatz 16.

Lösung der Krise als auch die des gemeinsamen Unterganges ist nur die Frage, wie weit in dem allgemeinen Zerfall des Systems der Teil, aus dem die neue Gesellschaft aufgebaut werden soll, seine Einheit bewahrt. (Unter Einheit ist selbstverständlicherweise nicht menschewistisch-quantitative, sondern revolutionär-qualitative gemeint.)

Und Genosse Maslow hat das auch richtig formuliert, wenn er erklärte: „Die Kämpfe der kommunistischen Parteien sind Kämpfe um die erweiterte Reproduktion der Klasse.

Was folgt aber daraus?

Wäre selbst Maslows Beweis der Unmöglichkeit der kapitalistischen Lösung gelungen, müsste doch die Taktik, wenn auch mit geringerer Bedeutung, eine wichtige Aufgabe haben. Ihre Aufgabe ist es, alles zu tun, was die Reproduktion der Klasse fördert, alles zu unterlassen, was sie hemmt.

Der Prozess der Reproduktion ist aber hauptsächlich ein ideologischer, und seine Beschleunigung hängt ab von der ideologischen Beeinflussung des Proletariats. Daraus folgt, dass der wichtigste Gesichtspunkt der Kommunistentaktik sein muss, einen möglichst innigen Zusammenhang zwischen Partei und Klasse zu schaffen. Da aber die Massen nicht von marxistischer Erkenntnis, sondern von instinktiven Bedürfnissen geleitet werden, die von den konkreten Umständen abhängen, muss auch die Politik der Partei von der konkreten Lage abhängig sein.

Nur in dem oben dargestellten Falle einer „allgemein revolutionären" Situation, könnte die Politik der Partei von dieser Konkretheit absehen; denn dann würde es ja kein Schwanken der „Objektivität" des Prozesses mehr geben.

Dazu kommt aber noch ein ausschlaggebender Umstand: Genosse Lengyel weist nämlich in seinem erwähnten Aufsatz nach, dass der Fortgang der Krise in der Richtung des Zerfalls nicht in einer gerade absteigenden Linie erfolgt, sondern in einer Reihe von Teilkrisen, die sich ablösen, ergänzen und immer mehr zunehmen. Wenn nun Genosse Lengyel in dieser Auffassung recht hat und gerade die Entwicklung der letzten Monate bekräftigt dies —, wenn also die Form der grossen Weltkrise ein stetes Schwanken, Zunehmen und Abnehmen der wirtschaftlichen Kräfte des Kapitalismus ist, so folgt daraus, dass die Situation nicht „allgemein revolutionär ist, sondern revolutionäre mit nicht revolutionären Situationen abwechseln müssen. Daher kann auch die Taktik der Partei nicht nur auf die Offensive eingestellt sein. Wie Radek im Heft 7 der Berliner „Internationale" sagt, „muss die Partei von der konkreten Lage abhängig kämpfen". „Ihre Politik hängt nicht nur von ihrem Willen ab", „Die Theorie ..., dass die Partei den Weg zur Offensive einschlagen muss, bedeutet ... eine Abweichung, die nicht genügend mit den tatsächlichen Umständen rechnet."

Nehmen wir also selbst an, der Zusammenbruch des Kapitalismus sei unvermeidlich, so hängt doch die Richtigkeit der Taktik der Partei davon ab, wie weit ihr die Beschleunigung der Reproduktion der Klasse gelingt, d. h. also wie weit sie konkret-historisch denkt und sich nicht in mathematischen Abstraktionen verirrt.

Unrichtige Taktik kann, besonders bei der äussersten Zusammenfassung aller Kräfte, also bei der Aktion, den Reproduktionsprozess der Klasse hemmen, dadurch, dass sie ideologische Hemmungen, Spannungs- und Zersplitterungstendenzen innerhalb der Klasse hervorrufen.

Ist es aber Pflicht der revolutionären Proletarierpartei, in jedem Augenblick die beste und deshalb revolutionäre Taktik zu wählen, dann ist auch Maslows ganzes Problem ein Scheinproblem. Dann ist auch die Frage, ob jemand den Zusammenbruch für unabwendbar hält oder nicht, nebensächlich, sowie eine revolutionäre Teilaktion nicht davon abhängen kann, ob sie gelingt.

Ja, im Gegenteil, für jeden Revolutionär, ob er an die Unausbleibbarkeit des Sieges glaubt oder nicht, sollte es oberster Leitsatz sein, in der Tagespolitik, in der Wahl der Taktik immer so zu handeln, derart auf die Wahl der besten Methoden bedacht zu sein, als hinge das Schicksal der Revolution davon ab.

Das wäre die beste Gewähr gegen die Abirrung zum Opportunismus.

Für oder wider die „Zwangswirtschaft"?

Von A. Friedrich.

I.

Die Frage der Stellung der Kommunisten zur Zwangswirtschaft ist mit einem Male akut geworden. Soll die Reichstagsfraktion für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft stimmen oder dagegen? Was sollen wir den Arbeitern sagen, denen die S. P. D.- und die U. S. P. D.-Führer die Zustände vormalen, die bei Beibehaltung der „Zwangswirtschaft" entstanden wären?

Nun ist freilich diese Frage nicht deshalb akut geworden, hat nicht deswegen zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei geführt, weil man sich innerhalb der wirtschaftlich geschulten Genossen nicht von vornherein klar gewesen wäre: nein, die Partei stand von jeher auf dem Standpunkt, daß wir Kommunisten der „Zwangswirtschaft" keine Träne nachzuweinen hätten. So war es bislang in unserer gesamten Presse zu lesen — abgesehen von einzelnen Fällen, wo Redakteure auf die alte sozialdemokratische Propaganda eingestellt, noch nicht umgelernt hatten —, so war bislang

auch unsere gesamte Landagitation eingestellt. Die Haltung der Reichstagsfraktion und der Aufsatz des Genossen B. D., der kürzlich durch unsere Presse ging, wirkten unter diesen Umständen auf alle mit Landfragen vertrauten Genossen wie ein Donnerschlag. Denn man sollte meinen, daß in einer Partei, die es so ernst mit der Erringung ihrer Ziele meint, wie die K. P. D. das tat, der Kreis solcher mit Landfragen vertrauten Genossen groß, ja daß bis zu einem bestimmten Grade jeder Genosse mit Landfragen vertraut ist. Zur Klärung der Frage über die „Zwangswirtschaft" ist allerdings eines notwendig: daß man weiß, was die „Zwangswirtschaft" eigentlich ist und nicht aus Ueberfülle an Phantasie oder aus Mangel an Sachkenntnis bei dem Begriff „Zwangswirtschaft" lediglich Zwangsvorstellungen über Zwangsmaßnahmen gegen das Junkertum hat. Die erste Voraussetzung ist vielmehr, sich nur an die gegebenen Tatsachen zu halten.

II.

Ist die „Zwangswirtschaft" eine revolutionäre Errungenschaft? Ist sie eine proletarische Institution? Nein, sie ist im Gegenteil eine Institution des Burgfriedens: Um im Kriege Lohnkämpfe zu vermeiden, mußten die Lebenshaltung niedrig, die Lebensmittel billig sein, mußte eine Verkürzung der Grundrente zugunsten steigender Profite der Industrie stattfinden. Das Agrarkapital brauchte allerdings nicht zu sehr klagen. In verstärktem Maße geschah die Ausbeutung des Landproletariats; die energischsten Landproletarier waren an der Front, insbesondere Kinder und Frauen wurden maßlos ausgepreßt, auch die Hunderttausende von wehrlosen Kriegsgefangenen waren billige Arbeitskräfte. In demselben Augenblick freilich, wo die Arbeitsverhältnisse sich wandelten, die Kriegsgefangenen verschwanden, wo die Arbeitszeit etwas gekürzt, die Löhne — nominell — erhöht wurden, änderte sich das Bild, zumal zur gleichen Zeit die „Zwangswirtschaft" industrieller Produktionen fiel.

Der Agrarkapitalist büßte, wenn er weiter intensiv wirtschaftete, seine Grundrente ein, auf der zum guten Teil die Rentabilität seines Betriebes fußte. Die absolute Grundrente, die darin begründet ist, daß infolge des größeren Anteils, den das variable Kapital auf einem Gutsbetriebe hat gegenüber dem konstanten, und infolge des Monopols der Landwirte an Grund und Boden, der Marktpreis für Agrarprodukte wesentlich höher stand als der Produktionspreis. Diese Grundrente sank durch die Festsetzung der Preise für Agrarprodukte derart, daß die landwirtschaftliche Differentialrente nur in den seltensten Fällen das Defizit an Profit wettmachen konnte. Der Landwirtschaft blieb, vom privatkapitalistischen Standpunkt aus betrachtet, als ein Ausweg der Ausdehnung des lukrativen Schleichhandels, bei dem die Preise für Agrarerzeugnisse märchenhafte Höhen erkletterten.

Aber es gab noch etwas anderes. Die „Zwangswirtschaft" setzte ja nur Höchstpreise fest, sie regelte nur die Erfassung dessen, was da war! Kein Paragraph sprach von Anbauzwang, von Düngungszwang, von Zwang, die notwendigen Arbeitskräfte einzu-

stellen. D. h., weil von Gesetzes wegen kein Eingriff in die Produktion erfolgte, so entzogen sich die Großagrarier der Zwangserfassung auf einfachste Weise: sie schränkten ihre Produktion ein, sie verminderten die Betriebskosten, indem sie das produzierten, was die geringsten Kosten verursachte und gleichwohl Profite abwarf. Soweit sie überhaupt noch für den Markt produzierten, legten sie sich immer mehr auf Herstellung solcher Produkte, für die die Zwangswirtschaft nicht oder nicht mehr bestand. Im übrigen wurde in immer größerem Ausmaße extensiviert. „Der scharfe Rückgang vom intensiven zum extensiven Betrieb in der Landwirtschaft . . . . das ist die Bilanz der ‚Zwangswirtschaft' . . .", sagte sehr offenherzig auf der landwirtschaftlichen Woche im März in Berlin der Landesälteste von Förster-Ottendorf als Berichterstatter der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft. Die Jahr für Jahr gesunkenen Produktionsziffern zeigen den wirtschaftlichen Bankrott der „Zwangswirtschaft" in viel unheilvollerer Weise an, als etwa nur die zurückgegangenen Ablieferungsziffern. Die Brache, das Wiesen- und Weideland nahm immer mehr zu, die Hektarerträge sanken, der Düngerverbrauch ging zurück, neue Maschinen wurden nicht mehr gekauft, alte nicht repariert. Ohne Grundrente keine intensive Agrarproduktion!

Der Arbeiter wurde von der Zwangswirtschaft nicht satt, auch er musste hamstern gehen und Schleichhandelspreise zahlen. Und in ungeheuren Mengen muß heute das notwendige Getreide und Fleisch aus dem Ausland importiert werden; dieser Import beträgt jetzt allein etwa 50 Milliarden im Jahre!

Es gibt aber ausser den 20 000 Junkern, ausser den 200 000 Großbauern noch eine andere, nach Millionen zählende Schicht von Landwirten; die Arbeitsbauern, die in der Hauptsache für den eigenen Bedarf arbeiten. Sie konnten nicht extensivieren, wenn sie nicht verhungern wollten, die produzierten wie ehedem, ja oft noch mehr, — wie wir das an statistischem Material oft genug dargelegt haben — und bei denen griff der staatliche Polizeiapparat zur Erfassung der Ablieferungsmengen am ersten zu. Dass diese Arbeitsbauern, die unter den gleichen ungünstigen Produktionsbedingungen wirtschaften mussten wie die Großagrarier, aber nicht extensivieren konnten, erbitterte Feinde der Zwangswirtschaft geworden sind, ist nur verständlich. Und diese zweite, die politische Wirkung der „Zwangswirtschaft" ist für das Proletariat mindestens ebenso gefährlich geworden wie die andere. Sie ist es dadurch geworden, dass die Rechtssozialisten und Unabhängigen als Arbeiterparteien glaubten, für die „Zwangswirtschaft" eintreten zu müssen. So hat sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land, wohlgemerkt: nicht nur zwischen städtischem Proletariat und Agrarkapital — der bestand schon längst —, sondern auch der zwischen städtischem Proletariat und den Millionen schaffenden Arbeitsbauern ungemein verschärft. Daß die Junker bei dieser Situation die Bauern als Reservoir für die konterrevolutionäre Armee betrachten, das hat schon die Genossin Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der K. P. D. im Dezember 1918 sehr klar aufgezeigt.

Zusammengefaßt sind also die Wirkungen der „Zwangswirtschaft" folgende: Rückgang der Produktion um 50—60 %, Schleichhandel, wachsender Import, Verschärfung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land.

III.

Fragen wir nun: Warum fällt die Zwangswirtschaft heute, so können wir antworten, daß sie im kapitalistischen Interesse fällt, aus dem heraus sie entstand. War es während des Krieges notwendig, Burgfrieden zu halten, Lohnkämpfe zu vermeiden, die Lebenshaltungskosten*) niederzuhalten, so heute nicht mehr. Das Kapital will Lohnkämpfe riskieren. Es fürchtet sie nicht. Und die U. S. P. D. und S. P. D., von jeher geneigt, Kämpfen auszuweichen, suchen nach einem letzten Mittel, um um den Entscheidungskampf herumzukommen. „Kampf um die Zwangswirtschaft" rufen sie, und sie meinen: „Laßt uns diese arbeitsgemeinschaftliche Institution; wir wollen ja nicht kämpfen!" Es ist nichts anderes als der Bankrott ihrer eigenen burgfriedlichen Politik, den sie da anzeigen, indem sie angeblich die Massen für jene bankrotte, gegenrevolutionäre „Zwangswirtschaft" in den „Kampf" führen wollen; ihr Protest in Versammlungen, ihr Verhalten in den Parlamenten deckt nur den Schein, als ob aus dieser von ihnen gestützten Institution irgendetwas für das Proletariat herauszuholen wäre.

IV.

Man fragt sich angesichts dieser Sachlage, wie war es möglich daß die kommunistische Reichstagsfraktion und andere Kreise der Partei dies elende Scheinmanöver der Scheinsozialisten unterstützen konnten? Da muß zunächst festgestellt werden, daß sich dessen Opposition gegen die bisherigen Linien der Partei aus zwei lagern rekrutiert: es sind nicht nur B. D. und die anderen Mitglieder der Reichstagsfraktion — auch Paul Levi hat sich bei der Abstimmung genau so verhalten — sondern auch die linken Berliner Genossen, die Genossen A. M. und R. F. vertraten dieselbe Ansicht. Sehen wir zu, mit welchen Argumenten diese Genossen ihre Einstellung motivieren.

Sie sagen, dass man, wenn man für die „Zwangswirtschaft" eintrete, beileibe nicht jene bankrotte Zwangswirtschaft meine, sondern eine andere, einen Eingriff in die Produktion, eine Kontrolle über die Produktion durch das Proletariat, ja, einen Eingriff in das Eigentumsrecht der Großagrarier, kurz also: schärfsten Kampf gegen das Agrarkapital, aber mit Auslassung der Arbeitsbauern. Das ist nun freilich genau das Gegenteil von dem, was der nun einmal humoristisch zu nehmende Begriff „Zwangswirtschaft" besagt: aber man berief sich darauf, daß das Berliner Proletariat soviel von den Dingen gar nicht verstände, um die legale Zwangswirtschaft von Zwangseingriffen in proletarischem Sinne zu unterscheiden. Das

*) Die Niedrighaltung der Lebenshaltungskosten erfolgt heute nur scheinbar. In Wahrheit werden die ungeheuren Importkosten für Getreide usw. in Form von direkten und indirekten Steuern auf das Proletariat abgewälzt.

heißt, weil angeblich die Berliner Arbeiter nicht Verstand genug haben, um diese beiden Dinge auseinander zu halten, muß von Seiten der K. P. eine Politik getrieben werden, die unserer gesamten Propaganda bislang zuwiderläuft, die nichts als eine Konzession an die Kampfunwilligkeit der U. S. P. und S. P. D. bedeutet. Sollten wir wirklich in der V. K. P. D. soweit sein, solche Manöver mitzumachen?

„Gewiß", antwortete man, „es ist hier dieselbe Situation, als ob die Kommunisten sich auf die zehn Punkte des A. D. G. B. einsetzen. Auch die zehn Punkte des A. D. G. B. sind unzureichend, sie müssen erweitert werden, aber wir wollen die Mitglieder zwingen, wenigstens dafür ihre Verbände zu mobilisieren, um so überhaupt erst einmal den Kampf gegen das Kapital zu eröffnen." Insoweit sich diese Unterstützung auf die 10 Punkte des A. D. G. B. und die der U. S. P. bezog, wird kein Kommunist anderer Meinung sein. Denn diese Forderungen sind, wenn auch nicht unmittelbar revolutionär-kommunistisch, so doch gerichtet gegen das Kapital, es sind Forderungen proletarischer Organisationen im Interesse des Proletariats. Wir Kommunisten fördern einen solchen Kampf mit allen Mitteln, indessen wir zugleich offen aussprechen, daß eine Garantie gegen den Untergang breiter proletarischer Schichten n u r geschaffen wird durch Eroberung der politischen Macht.

Diese Taktik, die ganz der kommunistischen Pflicht entspricht, überall, wo das Proletariat kämpft, ihm beizustehen — die Taktik auf eine Frage der Beibehaltung der „Zwangswirtschaft" anwenden zu wollen, ist ein Zeichen von absoluter wirtschaftspolitischer Ahnungslosigkeit.

Wir haben die Zwangswirtschaft als burgfriedliche Institution mit all ihren gegenrevolutionären Tendenzen analysiert; wer wagt es wohl heute, für diese Zwangswirtschaft, deren Bankrott zu deutlich vor aller Augen sich offenbart, Massen in den Kampf zu führen? Gewiß hat die Kommunistische Partei die Pflicht, Kämpfe des Proletariates um seine Existenz zu unterstützen — aber sie ist nimmermehr dazu da, den Bankrott der Arbeitsgemeinschaftler mit zudecken zu helfen. Hier ist es vielmehr Pflicht der Kommunisten, bei allen Arbeitern die burgfriedlichen Illusionen zu zerstoßen und alle auf den blutigen Ernst der Situation hinzuweisen.

* * *

Die breiten Massen über den hier gezeichneten Charakter der „Zwangswirtschaft" aufzuklären, wird naturgemäß nur gelingen, wenn wir Kommunisten positiv sagen, was statt dessen zu tun ist, um die Agrarfrage als politische und als Ernährungsfrage zu lösen. Ehe wir dies tun, wollen wir zunächst in einem weiteren Aufsatz uns einem sehr wichtigen Problem zuwenden, das die kommunistische Einstellung zur Agrarfrage noch oft genug verwirrt: Inwieweit werden unsere Aufgaben verändert durch den Gegensatz zwischen Stadt und Land?

Die Wiedergutmachung.

Von St. Sz.

(Fortsetzung.)

IV.

Zur Aufbringung der Reparationsverpflichtungen muß die deutsche Regierung ihre Finanzpolitik auf diese neuen Lasten einstellen, einen eigenen Finanzplan zur Deckung der Verpflichtungen ausarbeiten. Ein solcher liegt bis heute nicht vor, nur Andeutungen, Vermutungen lassen auf sein Wesen schließen. Verschiedene Oekonomen sind bereits mit „Plänen" herausgerückt, bei deren Studium man nur einen Eindruck gewinnt: die beste Form der Verschleierung zu finden, die eine Steuererleichterung, ja Steuerbefreiung des Großkapitals so undurchsichtig als nur möglich macht. — Wesentlich wird der neue Finanzplan wahrscheinlich eine nur rein mechanische Erweiterung des bestehenden Steuersystems bringen. Vorläufig müssen wir uns nur auf eine ganz allgemeine Charakteristik des Steuersystems, oft ohne Angabe präziser Daten, beschränken, da uns solche fehlen.*) Uns liegt ein Aufsatz der „Frankfurter Zeitung" vom 20. Mai „Die Entwicklung der Reichseinnahmen' vor, dem wir die uns interessierenden Angaben entnehmen. Dort heißt es:

„Es betrugen die Einnahmen aus Steuern, Zöllen, Abgaben:

im Oktober	3,2 Milliarden
im November	4,4 Milliarden
im Dezember	7,1 Milliarden
im Januar	6,7 Milliarden
im Februar	6,7 Milliarden
im März	6,8 Milliarden

Insgesamt sind vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 46,1 Milliarden eingegangen. Gegenüber dem Voranschlag, von 38,1 Milliarden bedeutet dieses Ergebnis einen Ueberschuß von 8 Milliarden.

Die Steuern teilen sich in direkte und indirekte Steuern. Das Finanzamt hat bei Aufstellung des Etats einen bestimmten Voranschlag gemacht. Von diesem Gesichtspunkt aus gibt es Steuern, die diesen Voranschlag nicht erreicht, und Steuern, die ihn überschritten haben.

Nicht erreicht sind die in dem Etat eingestellten Beträge bei der Einkommensteuer, die mit 12 Milliarden veranschlagt ist und bis zum 31. März nur 9,6 Milliarden erbracht hat; ferner bei der Kapitalertragssteuer, bei der einem Etatansatz von 1,3 Milliarden eine Ein-

*) Der neue Finanzplan wird an dieser Stelle nach seiner Veröffentlichung einer genauen Analyse unterzogen werden. D. V.

nahme von rund 6,9 Milliarden gegenübersteht. Ein größerer Ausfall hat sich noch bei der Erbschaftssteuer mit rund 250 Millionen Einnahmen gegen 620 Millionen Voranschlag ergeben. Zur Einkommensteuer bemerkt der von uns obenerwähnte Aufsatz: „Was aus der Einkommensteuer bisher eingegangen ist, stellt lediglich das Ergebnis des Lohnabzugsverfahrens und der vorläufigen Veranlagung, die auf Grund der letzten landessteuerrechtlichen Einkommensermittelung erfolgt ist, dar."

Wir müssen uns folgendes vor Augen halten: der provisorische Voranschlag, für diejenigen Steuern gemacht, die unmittelbar die Kapitalisten und nur diese treffen, war sehr niedrig gegriffen, da die Regierung mit der Steuerscheu der Besitzenden gerechnet hat, so dass die wirkliche Steuerleistung aus dem zu besteuernden Realeinkommen eigentlich bedeutend höher als der Voranschlag sein müsste. Trotzdem wurde nicht einmal der Voranschlag erreicht! Mit Bezug darauf heißt es in diesem von uns zitierten Aufsatz:

„Das Ergebnis der endgültigen Veranlagung, die eben erst begonnen hat, und die vor allem bei den höheren Einkommenstufen sehr erhebliche Nachzahlungen zur Folge haben wird, wird man bei vorsichtiger Bewertung auf mindestens 4 Milliarden — optimistische Schätzungen gehen erheblich über diesen Betrag hinaus — veranschlagen dürfen. Rund eine weitere Milliarde steht aus der noch nicht veranlagten Körperschaftssteuer, ein Mehrfaches davon aus der erst 3 statt der veranschlagten 6,5 Milliarden eingegangen sind zu erwarten. Mit sehr erheblichen, ziffernmäßig noch nicht abzuschätzenden Rückständen steht u. a. noch aus die Kapitalertragssteuer."

Greifen wir die Körperschaftssteuer (die Steuer von Aktiengesellschaften und ähnlichen Körperschaften) heraus, da sie unzweifelhaft das interessanteste Kapitel der deutschen Steuergesetzgebung ist. Während durch die Einkommensteuer für physische Personen eine Abgabe von den Gewinnen gestaffelt bis 60 % des Gesamtgewinns abgehoben werden kann, übersteigt die Körperschaftssteuer nicht die Abgabe von 10 v. H. des Gewinns, wobei überdies die Bestimmungen zum Reichseinkommensteuergesetz grundsätzlich volle Steuerfreiheit für Erneuerungsrücklagen, die den Wertverschiebungen Rechnung tragen, versehen. Der Steuersatz der Körperschaftssteuer ist nun deshalb so niedrig gegriffen, damit eine Doppelbesteuerung vermieden wird (die Gewinne der Körperschaft würden sonst bei der physischen Person sub titulo Körperschafts- und Einkommensteuer besteuert werden). Da die Rücklagen bei der physischen Person nicht wieder erscheinen, so sind sie von jeder Steuer befreit. Was hat dies zur Folge? Jeder Kapitalist oder wie die juristische Formel lautet, jede Körperschaft macht aus steuertechnischen Erwägungen möglichst hohe Rücklagen. In den Bilanzen wiederum wird diese Rücklage aus denselben Gründen ziffernmäßig möglichst niedrig angegeben, so daß ihre nominelle Wertangabe nicht etwa der Papiermark entspricht, sondern tatsächlich einer Goldmark, ja oft noch darüber hinaus irgendwelcher „Uebergoldmark". Auf diese sehr einfache und legal unanfechtbare Weise wird erreicht, daß gerade die höchsten Ver-

mögenswerte in Deutschland vollkommen steuerfrei ausgehen. Der niedrige Satz der Körperschaftssteuer und das System der Rücklagen hat aus sehr erklärlichen Gründen die Umwandlung von Privatfirmen in „Körperschaften" in ungeheurem Maße beschleunigt. Damit ist aber das System der Steuerumgehung durch die „Körperschaften" bei weitem nicht erschöpft. Es ist heute wohl eine in ganz Deutschland allgemein bekannte Tatsache, daß die Bilanzen der „Körperschaften" wesentlich auf die Steuerumgehung zurechtgeschnitten sind. Nur der Reichsfinanzhof in München, die höchste Steuerbehörde Deutschlands, ist anderer Ansicht. Aus der Rechtssprechung des preußischen Oberverwaltungsgerichtes hat der Reichsfinanzhof den Grundsatz übernommen, daß die Bilanzen die Vermutung der Richtigkeit für sich haben. Bilanzen waren seit jeher ein Betrug. Heute ist aber dieser Betrug zu einem so kunstvollen System ausgebildet worden, daß man aus den Bilanzen über die wirkliche Kapitalbewegung in einer Körperschaft überhaupt kein Bild gewinnen kann. Es entspricht vollkommen dem „Zug der Zeit", wenn sich diese allergrößten Betrüger zur Verschleierung ihrer Schwindeleien patriotischer Phrasen bedienen, wenn sie beispielsweise bei der Ausgabe von Vorzugsaktien usw. vormachen, auf diese Weise eine Ueberfremdung hintanzuhalten, praktisch aber dadurch zum Vorteil einzelner Trustmagnaten Verwässerunspolitik betreiben. (In dieses Gebiet gehört auch die einst von Stinnes an Stelle der Sozialisierung propagierte Kleinaktie). Das bekannteste Mittel der Steuerflucht ist heute die besonders beliebte Form des Schachtelsystems bei „Körperschaften", die Spaltung der Muttergesellschaft in Tochter-, Enkelgesellschaften, welche fortwährende Verschiebungen von Vermögensteilen, Bilanzposten erleichtert und vor allem die Rücklage von möglichst viel steuerfreien stillen Reserven auf vollkommen legale Weise ermöglicht.

Während die direkten Steuern zum größten Teil nicht einmal die Höhe des verhältnismäßig niedrig gegriffenen Voranschlags erreicht haben, ist bei den indirekten Steuern das Gegenteil der Fall.

Ueber die indirekten Steuern sagt der von uns zitierte Aufsatz:

„Läßt sich bei den direkten Steuern infolge der noch nicht abgeschlossenen Veranlagung ein abschließendes Urteil noch nicht fällen, so kann von den indirekten Steuern gesagt werden, daß sie die in sie gesetzten Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern teilweise sogar sehr erheblich übertroffen haben."

Von den indirekten Steuern haben nur die Zölle, soweit es sich um größere Differenzen handelt, den Voranschlag nicht erreicht. (350 Milionen sind weniger eingebracht worden.) Da auch vorwiegend anzunehmen ist, daß bei völliger Erfassung (auch vom Schmuggel abgesehen) der Voranschlag überschritten worden wäre, ist die Differenz wahrscheinlich auf die Korruption eines Teiles der Zollorgane zurückzuführen. Interessant sind die Eingänge aus der Alkoholsteuer: Weinsteuer, Voranschlag 250 Millionen, Eingang 67 Millionen, Branntweinsteuer-Voranschlag 220 Millionen, Eingang 762 Millionen. Das heißt praktisch: „Je mehr in Deutschland ge-

trunken wird, umso kräftiger wird wiedergutgemacht." Ein solcher Satz ist etwa nicht ein zynischer Witz, sondern im heutigen System eine sehr banale Wahrheit. Denn der Zynismus liegt, wie Marx sagt, in der Sache und nicht in den Worten, welche die Sache bezeichnen.

Was bedeutet es gesellschaftlich, daß die indirekten Steuern, wie die „Frankfurter Zeitung" mit Befriedigung feststellt, die in sie gesetzten Erwartungen sehr erheblich übertroffen haben?" Wir haben diese Frage beantwortet, wenn wir das Wesen der indirekten Steuer erfaßt haben. Lassalle charakterisiert die indirekten Steuern folgendermaßen:*)

„Die indirekte Steuer ist das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital verwirklicht und die Kosten des Staatswesens den ärmeren Klassen der Gesellschaft aufbürdet" dadurch . . . . .

1. daß indirekte Steuern die Individuen nicht im Verhältnis ihres Kapitals und Einkommens treffen, sondern zum Unterschiede von den direkten Steuern, welche dieses Verhältnis innehalten, die ärmeren Klassen über Gebühr belasten;

2. daß der Betrag der indirekten Steuern daher seinen bei weitem größeren Teile nach von der Nation aufgebracht wird;

3. daß zu den indirekten Steuern nicht bloß diejenigen gehören, die das Budget, das sich bloß an den äußeren Erhebungsmodus hält und halten kann, unter indirekten Steuern aufführt, sondern alle solche Steuern, welche den einzelnen nicht auf Grund seines Besitzes, sondern durch die Vermittlung irgendeines Bedürfnisses treffen;

4. daß daher zu den indirekten Steuern, in Wahrheit und wissenschaftlich gesprochen, auch die Gewerbesteuern und die Grundsteuern gehören, welche das Budget unter die direkten Steuern stellt."

Ferner charakterisiert Lassalle das Wesen der indirekten Steuern (Seite 308): „Die indirekten Steuern treffen den einzelnen nicht im Verhältnis zu seinem Einkommen, sondern zu dem sich keineswegs nach Einkommen richtenden Bedürfnis."

Mit Bezug auf Absatz 3 und 4, die besagen, daß gewisse sogenannte direkte Steuern dadurch, daß sie unmittelbar auf den Konsumenten überwälzt werden, dem Wesen nach in die Kategorie der indirekten Steuern hineingehören, führen wir aus dem letzten Etat noch folgende Zahlen solcher „direkter" Steuern an:

Den Voranschlag haben überschritten: die Umsatzsteuer mit 4200 Millionen Ertrag gegen 3650 Millionen Anschlag, die Grunderwerbssteuer mit 519 gegen 220, die Personenverkehrsabgabe mit 647 gegen 300, die Güterverkehrsabgabe mit 663 gegen 230 Millionen.

*) Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klasse, Ferdinand Lassalle „Gesammelte Reden und Schriften" von Bernstein herausgegeben, Ausgabe 1919, Seite 304, 305.

Der Kapitalist gibt für seinen Haushalt, obzwar er absolut um ein Vielfaches bedeutend besser lebt als der Proletarier, nur einen sehr kleinen Bruchteil seines Gesamteinkommens aus, während heute jeder Proletarier 100 % seines Gesamteinkommens für seinen Lebensunterhalt verausgabt. Diese 100 % des Proletariers heißen Hunger, Entbehrung, Elend, Seuchen, Geburtenabnahme, wachsende Sterblichkeit, der geringe Prozentsatz des Kapitalisten aber Verschwendung, Prassen, Völlerei. Heute, wo die breiten Massen der Proletarier ihre Lebenshaltung weit unter das notwendige Existenzminimum herabgedrückt haben, ist jede Steuer, auch die formell direkte, in ihrer Wirkung eine indirekte geworden, da sie immer mehr das Bedürfnis, nicht aber das von einer gerechten Steuergesetzgebung zu erfassende Einkommen trifft. Besonders charakteristisch an den deutschen Etats ist, abgesehen davon, daß die Last der Wiedergutmachung auch rein formell zum größten Teil auf die Arbeiterschaft abgewälzt ist, die Tatsache, daß gerade die Steuern, die nur von Kapitalisten erhoben werden können, trotz vollkommener Steuerfreiheit ihrer bedeutendsten und wertvollsten Vermögensteile, die sich hinter den „Rücklagen" verstecken, trotz vieler anderer Erleichterungen nicht einmal den bestimmt niedrig gegriffenen Voranschlag erreicht haben, wie die Einkommensteuer der Kapitalisten, die einmalige Vermögensabgabe, die Kapitalertragssteuer, die Körperschaftssteuer und die Erbschaftssteuer. (Von der Steuerfreiheit der Schuldverschreibungen in Deutschland werden wir in einem anderen Zusammenhange schreiben.)

Vorläufig ist der neue Finanzplan noch in Vorbereitung, wie nicht anders zu erwarten ist, wird er keine wesentliche Aenderung des Steuersystems, das ja auch nur der Ausdruck der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse ist, bringen. So schreibt das Stinnesblatt „Die Deutsche Allgemeine Zeitung" am 22. Mai im Aufsatz „Die Vorbereitung der Reparation":

„Nach welcher Richtung hin sich das neue Steuerprogramm entwickeln wird, darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen. So viel dürfte jedoch feststehen, daß aus Besitz und Kapital nach der vorangegangenen großen Belastung sich kaum noch viel herauspressen lassen wird. Das Hauptaugenmerk scheint man denn auch auf die Ausgestaltung der indirekten Steuern legen zu wollen."

Um aber die Regierung von jeder Beschneidung der Profite unter dem Titel „Steuern" abzuschrecken, drohen die Kapitalisten mit Gegenmitteln, und da vor allem mit der Kapitalabwanderung. Hier kommen wir zu einer besonders typischen Erscheinung der Nachkriegszeit, die nicht eine spezielle deutsche Erscheinung ist, sondern in allen bankrotten Staaten beobachtet werden kann, die ihre Wurzel in der ökonomisch zerrütteten und politisch unsicheren Situation dieser Länder hat, die von theoretischer und praktischer Bedeutung als eine besonders krasse Verfallserscheinung des heutigen Systems ist, und die auch in einem engen Zusammenhange mit der Wiedergutmachung steht. (Fortsetzung folgt.)

Die sozialistische Partei.

(Brief aus Frankreich.)

Von L. V.

Die sozialen Stürme durchtoben die ganze Welt. Sie äussern sich in den meisten Ländern in revolutionären Auseinandersetzungen zwischen dem Proletariat und den herrschenden Klassen.

Nur Frankreich ist bisher vor solchen Stürmen bewahrt geblieben. Der bedeutendste Konflikt seit dem Waffenstillstand war in Frankreich der Mai-Streik im Jahre 1920. Natürlich sind die Ereignisse in den andern Ländern nicht ohne Rückwirkungen auf das französische Leben geblieben. Es konnte auch gar nicht anders sein. Die ökonomisch-politische Struktur der Sozialbeziehungen ist in Frankreich genau so kapitalistisch wie in den andern Ländern.

Die unheilbare und unvermeidbare Unruhe, die der kapitalistische Imperialismus selber in die Entwicklungsbedingungen des kapitalistischen Systems hineingetragen hat, macht sich in Frankreich nicht minder stark fühlbar als in den andern Ländern.

Die Produktions- und Handelskrise ist in Frankreich ernster und ausgedehnter als sonstwo. Die unglaublichen Anstrengungen, die die französischen Kapitalisten in Gemeinschaft mit der französischen Regierung machen, um die Wirtschaft des Landes wieder flott zu bringen, sind erfolglos und werden es bleiben. Mehr als 13 Milliarden Franken wurden im Jahre 1920 in Frankreich zur Errichtung und Ausdehnung von Industrie- und Handelsunternehmungen verwandt. Unerläßliche Vorbedingungen kapitalistischer Prosperität sind jedoch billige Arbeitskräfte und Rohstoffe, ist der Zugang zum Weltmarkt, ist die Stabilität des nationalen und internationalen Kredits, sind zum mindesten einigermassen gefestigte internationale Beziehungen. All dies fehlt, und auch die Armeen Frankreichs werden diese Bedingungen nicht mit Gewalt zu schaffen vermögen. Seit fast einem Jahre bombardieren die französischen Kapitalisten (syndizierte und nicht syndizierte, grosse und mittlere) die Regierung mit Petitionen, Ultimata, Anregungen und Projekten, die alle auf die Forderung einer festen Zollpolitik zum Schutze der französischen Industrie und des französischen Handels, besonders gegen Deutschland, hinauslaufen, dessen Produkte, zwei- bis dreimal billiger als die französischen, den inneren Markt Frankreichs überschwemmten. Die gegenwärtige unerbittliche Politik der französischen Regierung Deutschland gegenüber ist zu einem guten Teil von diesen Umständen bestimmt. Die finanzielle Lage Frankreichs verschlimmert sich dank der supermilitaristischen Politik seiner Regierung allen Wundermitteln zum Trotz unaufhörlich. Frankreich steht, um es kurz zu sagen, vor einer Finanzkatastrophe. Die eingestandene Gesamtschuld beläuft sich auf 307 341 Millionen Franken. Dazu kommen die 42 Milliarden, die nötig sind, um das Defizit des Jahres 1921 zu decken, und wenn wir, dem Be-

richterstatter der Finanzkommission, Mr. Cheron folgend, die Summe von 180 Milliarden hinzuzählen, so kommen wir zu der verblüffenden Gesamtschuldsumme von 523 Milliarden. Und mit dieser Last auf dem Rücken, nachdem es allein in Form von Krediten an die Koltschak, Deninkin, Wrangel usw. mehr als 4 Milliarden verpulvert hat, angesichts seiner im Verhältnis zu den andern Ländern an fünfter Stelle rangierenden industriellen Produktivität und seiner gleichfalls an fünfter Stelle rangierenden Fähigkeit des Handelsflottenbaus, mit den 83 Milliarden Schuldverpflichtungen gegenüber seinen „grossen und generösen" Alliierten, die es vom Weltmarkt verdrängten, verbleibt dem bürgerlichen Frankreich nur ein Mittel, sich aufrecht zu erhalten: Die bis zum äussersten getriebene Militarisierung. Siegesrausch und Ueberproduktion an Marschällen, dazu unentwirrbares Chaos in der Oekonomie wie in der Politik, das ist die Wirklichkeit, die sich hinter der scheinbaren Ruhe verbirgt. Während in normalen Zeiten das Heer der Unbeschäftigten 300 000, höchstens 400 000 nicht überstieg, hat die Arbeitslosigkeit heute erschreckenden Umfang angenommen. Wie begegnet man aber derselben? Ganze 1 800 000 Franken sind für die Arbeitslosen vorgesehen. Das Armeebudget (ordentliches Budget) aber verschlingt 7 Milliarden, zu denen mindestens noch weitere 4 Milliarden kommen werden. Die industrielle und kommerzielle Krise verbietet der Regierung, auch nur die minimalste Heranziehung des Kapitals zum Schuldendienst oder zur Aufbringung der sonstigen benötigten Summen in Erwägung zu ziehen. Gleichzeitig versucht allerorten, in der Metall-, Textil- und Bergwerksindustrie, wie auch in der chemischen Industrie, eine wohlorganisierte Unternehmeroffensive die Herabdrückung der Löhne zu erzwingen, unbeschadet der Steigerung aller Lebensunterhaltskosten.

Diese Lage der Dinge ist naturgemäss nicht geeignet, zur Festigung der bürgerlichen Ordnung beizutragen und den Ausbruch sozialer Konflikte zu verhindern. Im Gegenteil.

Erschreckt durch den Gang der Ereignisse in den andern Ländern und in Vorahnung ihres eigenen tragischen Endes, aufgebracht über die von ihr bei ihren Erdrosselungsversuchen gegenüber Sowjetrussland davongetragenen Niederlagen, hofft die französische Regierung, das französische Proletariat endgültig niederschlagen zu können, noch ehe es zu vollem Klassenbewusstsein gelangt ist.

Seit dem Mai 1920 ist der französischen Bourgeoisie die drohende revolutionäre Gefahr zum vollen Bewusstsein gekommen. Sie schreitet zur Bildung weisser Garden. Die Befehle und Anweisungen zur Bildung der Bürgergarden sind den Präfekten von der Regierung selbst gegeben worden. Ein vertrauliches Rundschreiben, dass das erste Bureau des Generalstabes am 2. August 1920 an die kommandierenden Generäle der Armeekorpsbezirke richtete, enthält Instruktionen über die Organisation und Verwendung der durch Dekret vom 17. März 1920 geschaffenen Freiwilligenkorps. In diesem Rundschreiben heisst es:

> „Die in den Armeekorpsbezirken kommandierenden Generäle sorgen für die Bereitstellung genügender Vorräte, um die jederzeitige genügende Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung der Bürgergarden sicherzustellen.

Im voraus bestimmte Militärs der Gendarmerien haben sich in die als Sammelpunkte der Sektionen bezeichneten Kasernen zu begeben.

Die Präfektoralbehörden allein entscheiden, wann und ob die Freiwilligenkorps aufzurufen sind. Sie bestimmen auch die Bedingungen ihrer Verwendung.

Diese Verteidigungsmassnahmen sind ein Symptom. Sie zeigen mit genügender Klarheit, wie gering das Vertrauen ist, das die Regierung noch zur Armee hat.

Und mit Massnahmen dieser Art, mit den Verfolgungen, Verhaftungen und Einkerkerungen der Führer der Partei, der kommunistischen Jugend und der revolutionären Syndikalisten, mit der Misshandlung der Matrosen der Schwarzenmeer-Flotte Marty und Badina, mit ihrer ganzen gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Politik ohnmächtiger Wut und brutaler Unterdrückung hat die französische Bourgeoisie das Wiedererwachen der französischen Arbeiter ausserordentlich gefördert. Noch schlaftrunken und halb berauscht von dem Siegesgebrüll der Chauvinisten, noch geprellt von den Marktschreiern des Sozialismus und Syndikalismus, hat das französische Proletariat von den an der Macht befindlichen Klassen einen Peitschenhieb erhalten und ist erwacht. Die polizeilichen Verfolgungen haben dieses politische und revolutionäre Wiedererwachen der Arbeiter beschleunigt. Sie haben die in den Kerkern schmachtenden Kommunisten populär gemacht. Sie haben Führer erstehen lassen und alle demokratischen Illusionen von Grund auf zerstört.

Die Kommunisten haben nur zu säen. Sie haben zu organisieren, aufzuklären, die Mittel aufzuzeigen und dem gegen die Bourgeoisie kämpfenden Proletariat führend voranzugehen.

Französische Sektion der Kommunistischen Internationale.

In Amsterdam war der Einigungspakt der französischen sozialistischer Partei besiegelt worden. Fünfzehn Jahre nach dieser Einigung sah sich die Partei gezwungen, eine Reinigung ihrer Reihen vorzunehmen. Die Einigkeit der Partei deckte die Kriegspolitik des französischen Sozialismus; sie akzeptierte, unterhielt, propagierte und verteidigte den Burgfrieden und verkuppelte sich der nationalen Verteidigung. Sie stimmte für die Kriegskredite, fabrizierte Munition, lieferte Minister und ermunterte die gegen die russische Revolution gerichteten Expeditionen. Unter dem Schutze der Einigkeit hatte sich ein ganzer Rattenschwanz von „Alt- und Schlappgewordenen", „Plazierten", „Befriedigten" und „Gesetztgewordenen" gebildet. Die Einigung begünstigte das Aufblühen des „vernünftigen Sozialismus". Sie proklamierte das „allgemeine Wahlrecht" als Universalheilmittel, und die Unzufriedenen wurden zum Schweigen gebracht.

Nach fünfzehn Jahren wurden die Fesseln dieser Einigkeit gesprengt. Der Riese, dem diese Tat zu danken ist, war der Geist der arbeitenden Massen. Wir dürfen wieder atmen und hoffen. Auch in Frankreich wird es allem zum Trotz eine mächtige kommunistische Partei geben.

Am 16. November 1919 fanden die Kammerwahlen statt. Von dem nationalen Block auf einer antibolschewistischen Plattform geführt, brachten sie diesem den Sieg. Die Sozialistische Partei wurde geschlagen. Bald begannen die Vorbereitungen zum Strassburger Kongress.

Mit Spannung wurde dem Kongress von Tours entgegengesehen. Alle waren überzeugt, dass der Kongress den Beitritt der Partei zur Kommunistischen Internationale beschliessen würde. Gedanken machten die Kameraden sich nur über die mögliche Haltung der Anti-Moskauer Minderheit. Man wünschte den Bruch der Parteieinigkeit zu vermeiden. Bis zur letzten Minute wurden die unglaublichsten Anstrengungen gemacht, um wenigstens die Zentristen zu halten. Doch die Zentristen traten aus der Partei aus und schlossen sich Renaudel an.

Der Kongress von Tours akzeptierte die Thesen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Er vollzog die Spaltung. Die neue Orientierung der Partei wurde gerade von den Delegierten der Föderationen gerechtfertigt. Es geschah hier zum ersten Mal, dass sämtliche Delegierte der Föderationen das Wort hatten. Die Masse der Parteimitglieder selber entschied über das zukünftige Schicksal der Partei. Der Kongress zeigte das Misstrauen der Masse gegenüber den Parlamentariern. Nicht die Moskauer Thesen waren es, die die Kontrolle der Abgeordneten durch die Partei erheischten, es war die Masse selber, die der Partei die Kontrolle ihrer Abgeordneten zur Pflicht machte. Eines der erfreulichsten Merkzeichen des Kongresses von Tours aber war die Haltung der ländlichen Sektionen der Partei, die einmütig für die Kommunistische Internationale stimmten. Den Kameraden des Auslandes wird das merkwürdig erscheinen, wie sie sich darüber wundern dürften, dass die ländlichen Sektionen es waren, die die städtischen Sektionen auf dem Wege nach Moskau vorwärtstrieben. Doch ist die Erklärung dafür einfach. Diese Sektionen sind gleichzeitig die Zellen der Republikanischen Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer. Und diese ehemaligen Kriegsteilnehmer kennen den Krieg. Sie kennen das Elend und die Ruinen, und sie begriffen, dass nur die III. Internationale die Kriegsursachen aus der Welt zu schaffen vermag. Für die Partei aber ist die Haltung der ländlichen Sektionen ein wertvoller Fingerzeig für die Ausdehnung ihrer Propaganda.

Nach dem Kongress von Tours fühlte die Partei sich in Wahrheit verjüngt.

Die Einheitlichkeit des Gedankens ermöglichten die völlige Gesundung der Partei. Sie offenbart sich mit jedem Tage mehr als eine disziplinierte Organisation und als ein politischer Machtfaktor ersten Ranges. Alle 95 Föderationen wurden erhalten. Alle Mitglieder der Partei überboten sich in Anstrengungen, um den Verwaltungsapparat der Partei in Ordnung zu bringen, der ernstlich gelitten hatte. Nicht so sehr, weil die Funktionäre der Partei, die Spezialisten, die Abgeordneten, die General- und Munizipalräte, die Journalisten sich der Renaudel-Clique angeschlossen hatten, sondern weil diese bei ihrem Rücktritt gleich Vandalen alles zu zerstören sich bemüht hatten, was sie sich nicht anzueignen vermochten. Es war ihnen gelungen, sich teilweise der Parteikassen, der Buchhandlung und zahlreicher Zeitungen zu bemächtigen. Ihre wiederholten erbärmlichen Versuche, die Humanité zu kapern, schlugen dagegen fehl.

Die Partei hat sich zu helfen gewusst. Sie besitzt zur Zeit fünf Tageszeitungen und über fünfzig Wochenblätter der Provinzialföderationen. Die Zahl ihrer Wochenblätter steigt fast von Woche zu Woche. 120 000 Mitgliedskarten wurden bisher ausgestellt. Für eine erst vier Monate alt kommunistische Partei ist eine solche Mitgliederzahl überraschend. Die

Partei gibt ein wöchentliches Bulletin der kommunistischen Presse heraus, das die Provinzblätter versorgt und die Einheitlichkeit ihrer Haltung und ihre Aktualität verbürgt.

Die Abonnentenzahl der „Voix Paysanne", die im Moment der Spaltung nur 1500 betrug, ist jetzt auf ungefähr 5000 gestiegen. Die Broschüre von Vaillant-Couturier „An die Werktätigen des flachen Landes" wurde bereits in 20 000 Exemplaren verbreitet. Ein im Februar gefasster Parteivorstandsbeschluss beauftragt die bedeutendsten Kameraden mit der Abfassung von zirka 15 für die kommunistische Propaganda bestimmten volkstümlichen Broschüren. Zur Unterstützung der mündlichen Aufklärung sind 300 000 Flugblätter bestimmt. Von diesen seien hier die folgenden angeführt: „An die Bauern", „An die Arbeiterklasse", „An die Bäuerinnen", „An die Hausfrauen", „An die Jugendlichen". Dazu kommen die zahlreichen Arbeiten russischer Revolutionäre, die die Bibliothek des „Bulletin Communiste" bilden und endlich die Cahiers du Travail, der „Vie Ouvrière" und die „Clarté". In der Tat mangelt es der neuen Partei keineswegs an geistiger Nahrung. Mittellos, wie die von den Opportunisten unbeschadet ihrer demokratischen Skrupeln ausgeplünderte Partei war, war sie gezwungen, an die Opferwilligkeit der Masse ihrer Aktiven und sympathisierenden Mitglieder zu appellieren. Bisher sind auf diesem Wege fast 200 000 Franken eingegangen.

So ist die Partei, die am Jahresbeginn noch völlig arm dastand, heute schon in der Lage, sich ein eigenes Heim zu schaffen, eine Leistung, die die fünfzehn Jahre geeinigte Partei nicht zu vollbringen vermochte. Die 120 000 Mitglieder der Partei rekrutieren sich zum weitaus grössten Teil aus den jetzt massenhaft zuströmenden, bisher ausschliesslich in den Gewerkschaften organisiert gewesenen Arbeitern. Gleichzeitig bereitet eine grosse Zahl gewerkschaftlich Organisierter ihren Beitritt en bloc zur Partei vor. Endlich haben jene Gewerkschaftler, die ihre politischen Ueberzeugungen noch immer nicht zu überwinden vermochten, der Partei zu wiederholten Malen ihre volle Sympathie ausgesprochen und sich mit allen revolutionären Aktionen, die die Partei unternehmen würde, solidarisch erklärt.

Die der Partei treugebliebenen Munizipalräte handeln nicht mehr spontan und jeder nach seinem eigenen Kopf, sondern im Einklang mit den von dem Parteivorstand erteilten Direktiven, ebenso die kommunistische Kammerfraktion.

Die Kammerfraktion entfaltet aber ihre Haupttätigkeit ausserhalb des Parlamentes. Zweimal wöchentlich stehen die Deputierten zur Verfügung der Propagandakommission. Sie reisen im Lande umher, um die kommunistischen Ideen zu propagieren und entfalten eine rege revolutionäre Agitation.

Unter unmittelbarer Ueberwachung des Parteivorstandes und unter seiner Leitung wurde auch die Wahlkampagne im 2. Sekteur geführt. Die konsequente Haltung der Partei in diesem Wahlkampf, in dem sie der gesamten Bourgeoisie und allen Strebern der Renaudel-Clique gegenüberstand, hat gezeigt, in welchem Sinne und bis zu welchem Grade der Wahlkampf der kommunistischen Propaganda nutzbar zu machen ist.

Die Partei hat also trotz der verhältnismässig kurzen Zeit, die ihr zur Aufrichtung ihres Verwaltungsapparates zur Verfügung stand, die ihr als einer Kampforganisation zustehenden Aufgaben zu erfüllen getrachtet.

Zum Protest gegen die Verurteilung und unmenschliche Behandlung der tapferen roten Matrosen der Schwarzenmeer-Flotte Marty und Badina organisierte die Partei, fast immer im Einverständnis mit den revolutionären Gewerkschaften, Riesenversammlungen. Sie plakatierte einen Aufruf: „Für Badina! Für Marty! Für die Matrosen der Schwarzenmeer Flotte!

Die Partei beteiligte sich an den Versammlungen gegen die Arbeitslosigkeit. Sie unterstützte aufs tatkräftigste materiell und moralisch die unerschrockene und begeisterte revolutionäre Propaganda der kommunistischen Jugend unter den Soldaten und vor allem unter den neuen Jahresklassen. Das Manifest der Jugendlichen, das die gesamte Polizeikanaille auf die Beine gebracht hatte, wurde von der Partei vollauf gebilligt.

Die Partei versäumt keine Gelegenheit, die verbrecherische imperialistische Politik der französischen Regierung zu demaskieren und den Sklavencharakter des Versailler Vertrages zu enthüllen.

Sie ist in vollem Einvernehmen mit der Kommunistischen Partei Deutschlands davon überzeugt, dass nur das siegreiche revolutionäre internationale Proletariat die Lösung des Problems der Wiedergutmachung und des Wiederaufbaues der durch den Krieg zerstörten Gebiete zu bringen vermag. „Der Wiederaufbau der durch den imperialistischen Krieg zerstörten Gebiete", so formulierte es Frossard, „hat eine kleine Voraussetzung: die Revolution!" Der kapitalistischen spekulativen Ausbeutung des Elends und der Ruinen, der Ohnmacht und den demagogischen Illusionen der Internationalen „Zwei" und „Zweieinhalb" und der „Amsterdamer" setzt die junge französische Sektion der Kommunistischen Internationale die kühnen Lösungen der Revolution entgegen. Der herrschenden Bourgeoisie sind die Ruinen des imperialistischen Krieges nur ein Schacherobjekt, und mittlerweile droht sie mit der Entfesselung eines neuen Krieges. Die Syndikalisten vom Schlage Jouhaux' glauben, die zerstörten Gebiete mit schönen Worten über eine rationelle Verteilung der Leistungen aufbauen zu können und setzen ihre Hoffnungen auf den Völkerbund. Der Wille der Partei zur rücksichtslosen Bekämpfung des Krieges hat bereits zu praktischen Massregeln geführt. Eine von der Partei, der kommunistischen Jugend, den revolutionären syndikalistischen Komitees, der A. R. A. C. und der F. O. P. beschickte Konferenz beschloss die Bildung eines Zentralaktionskomitees gegen den Krieg. Die in dem Komitee vertretenen zentralen Organisationen haben ihre Provinzialorganisationen aufgefordert, in ihren respektiven Zentren ähnliche Komitees zu bilden, um den einheitlichen, tatkräftigen Kampf gegen den Krieg zu organisieren.

Wir hoffen, dass die Partei sich in der gleichen konsequenten und klaren Weise bald dem Genossenschafts- und dem Gewerkschaftsproblem wird zuwenden können, und dass ihre Lösungen den von dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale beschlossenen Thesen entsprechen werden.

Bisher hat die Partei als solche zu diesen Fragen noch nicht Stellung genommen. Wir kennen die Meinungen einzelner Genossen, aber nicht die der Gesamtpartei. Die Partei wird sich natürlich äussern. Es gibt Genossen, die da glauben und es auch schreiben, dass, wenn schon Partei und Gewerkschaften unerlässlich sind, nötiger noch als diese die Tätigkeit der

Genossenschaften sei, deren die bürgerliche Gesellschaft überschwemmende Konkurrenz diese allmählich zu erdrosseln berufen sei.

* * *

Bisher haben wir die Partei nur gelobt. Die Partei verdient dies Lob durchaus. Eine Kampfpartei muss jedoch Kritik entgegenzunehmen bereit sein. Das ist um so nötiger, wenn sie sie verdient. Und die Sozialistische Partei (S. F. I. C.) hat grosse Mängel. Sie ist sich derselben auch bewusst, denn sie hat ihre Umtaufe als Kommunistische Partei bis zum Jahre 1922 verschoben. Es mangelt der Partei noch in vieler Hinsicht an der nötigen Reife. Ihre Geburt ist ein wenig spät erfolgt, und sie verfügt darum über eine trotz ihrer Jugend verhältnismässig stark entwickelte Muskulatur. Es fehlt dem jungen Riesen, dem es drängt, seine Muskeln zu rühren, oft an der revolutionären marxistischen Orientierung.

In diesem Zusammenhang seien vor allem einige Bemerkungen über die Presse der Partei gemacht.

Die Parteipresse.

Die Presse der französischen Sektion der Kommunistischen Internationale ist ein wahrhaftes Schmerzenskind. Sie hat vor allem drei grosse Fehler. Erstens unterrichtet sie das französische Proletariat schlecht und völlig ungenügend über das Leben der Arbeiter in Frankreich selbst, über die Bedingungen ihrer Existenz, ihrer Arbeit und ihres Kampfes. Zweitens informiert sie ihre Leser nur sehr mittelmässig über die Arbeiterbewegung in den andern Ländern, und drittens versagt sie hinsichtlich ihrer wichtigsten Aufgabe: der revolutionären und kommunistischen Orientierung der französischen Arbeiter. Die „Humanité", das Zentralorgan der Partei, ist den ebenso verzweifelten wie erbärmlichen Schlichen der Renaudel-Blum-Longuet-Clique zum Trotz der Partei erhalten geblieben. Sie hat seit Tours Umfang und Auflage bedeutend erweitert. Sie hat aber bis heute nicht die Kraft zu werden gewusst, die das Leben, die Leiden und Schmerzen, die Hoffnungen und Ueberzeugungen der Arbeitermasse zusammenzufassen berufen ist. Sie ist nicht die Flamme, die die Finsternis durchdringend, den zu gehenden Weg deutlich macht. Die „Humanité" stellt den kämpfenden Genossen weder das anzustrebende Ziel klar vor Augen, noch zeigt sie ihm, welches die anzuwendenden Mittel sind. Er kann aus der „Humanité" tausend Dinge erfahren, so, dass der und der Kamerad voll unerschütterlichen Glaubens an die Möglichkeit der Verwirklichung des Kommunismus ist, er erfährt, dass diese Kameraden prächtige und ehrenwerte Kerle sind; was man aber vergisst, ihm klar zu machen und es jeden Tag neu zu unterstreichen, das ist der Klasseninhalt der gerade gegen solche Kameraden gerichteten Verfolgungen. Die Parteiorgane haben sich der gehetzten und eingekerkerten Kameraden zwar mit Wärme angenommen. Sie unterliessen es aber, ihren Lesern die Unvermeidbarkeit dieser von den an der Macht befindlichen besitzenden Klassen gegen solche Kameraden gerichteten Verfolgungen. Die Parteiorgane haben sich der gehetzten und eingekerkerten Kameraden zwar mit Wärme angenommen. Sie unterliessen es aber, ihren Lesern die Unvermeidbarkeit dieser von den an der Macht befindlichen besitzenden Klassen gegen die Wortführer der kommunistischen Ideen gerichteten Verfolgungen klar zu machen. Die „Humanité" ist bis heute eine grosse Tageszeitung für allgemeine Information geblieben.

Selten nur stösst man auf einen ausgereiften kommunistischen Gedanken, der den Leser zu fesseln vermöchte. Ich wähle diese Formulierung meiner Kritik mit voller Absicht, auf die Gefahr hin, der Uebertreibung beschuldigt zu werden.

Die „Humanité" interessiert die Massen, sie ist auf dem Wege, das Blatt der Masse zu werden, wir wollen in der „Humanité" aber das Organ der Idee und des Kampfes der proletarischen Vorhut sehen, das die Masse führt.

Ein gutes kommunistisches Organ, wenn auch eine Tageszeitung, muss so sein, dass niemand auch nur eine Nummer zu zerreissen oder achtlos zu behandeln wagt, da jede — sei es nun die von heute, die von gestern oder von vor einem Monat — eine Quelle wertvollster theoretischer und politischer Belehrung und ein absolut sicherer Führer durch die Fülle der Ereignisse ist.

Etwas anderes. Man nehme eine Sammlung der „Humanité" seit dem Monat Januar. Man wird dort nicht ein einziges redaktionelles Kommentar zu den veröffentlichten Artikeln oder geäusserten Ideen und Meinungen vorfinden. War die Redaktion mit den geäusserten Meinungen etwa immer absolut einverstanden? Keineswegs? Man nimmt Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Mitarbeiter. Die Folge dieser Gewohnheit des guten Tones unter Kollegen ist unglücklicherweise, dass die Zeitung keine von fester Hand gerichtete Mitrailleuse ist, sondern dass sie eher einer Kompagnie Soldaten gleicht, in der jeder sein Gewehr handhabt, wie es ihm gerade passt.

Auch über die neue Tageszeitung der Partei, die „Internationale", wissen wir nichts Besseres zu sagen. Die „Internationale" erscheint erst seit kurzem. Das Blatt hat einen ungeahnten Erfolg gehabt und fährt fort, ihn zu haben. Dieser Erfolg hat die Herausgeber des Blattes selbst überrascht. Leider ähnelt die „Internationale" seit ihrem Bestehen in verblüffender Weise ihrer Mutter, der „Humanité"

Die von den Jouhaux, Merrheim, Dulot, Bartuel, Laurant, Bidegaray und tutti quanti gemachten Anstrengungen, um der Ausbreitung der kommunistischen Ideen entgegenzuwirken, waren geradezu erstaunlich. Demgegenüber beschränkten sich die Organe der Partei auf Schweigen, oder sie gaben von Zeit zu Zeit ihrer Verachtung über dieses Tun Ausdruck.

Das „Bulletin Communiste" ist das Zentralwochenblatt der Partei, wenngleich es in Wirklichkeit nicht aufgehört hat, das Organ des Komitees der III. Internationale in Frankreich zu sein. Es unterscheidet sich in seinem Gehalt wesentlich von allen andern Organen. Das Bulletin ist bemüht, dem Bedürfnis der Partei nach einer gehaltvollen, intellektuellen Nahrung gerecht zu werden. Es ist dasjenige Organ der Partei, das in der Tat verdient, sorgfältig studiert zu werden. Es belehrt, erzieht und unterrichtet zu gleicher Zeit.

Aber es allein vermag natürlich nicht alles zu tun. Es ist unmöglich, dass es gleichzeitig das Leben der ganzen Welt und das Frankreichs reflektiert. Es vermag nicht einmal alle in Sowjet-Russland auftauchenden Fragen und Probleme erschöpfend zu behandeln. Die unvermeidliche Folge ist, dass das Leben in Frankreich in seinen Spalten nahezu ganz vernachlässigt wird. Bleibt endlich die Frage, ob wenigstens alles im Bereich des

Möglichen liegende geschehen ist, um die 130 000 Mitglieder von der unbedingten Notwendigkeit, das Bulletin zu lesen und mit Sorgfalt zu studieren, zu überzeugen. Leider ist der Leserkreis des „Bulletin Communiste" in Wahrheit sehr beschränkt, und die es lesen, studieren es nicht immer.

Die „Revue Communiste" des Kameraden Rappoport ist die einzige Revue, die, obwohl de facto nicht Revue der Partei, diesen Namen mit Recht tragen dürfte. Der Unterschied zwischen ihr und dem „Bulletin Communiste" ist gering. Sie erscheint monatlich, während jenes eine Wochenschrift ist. Wie im „Bulletin" überwiegen auch hier die russischen Artikel. Und weniger noch als im „Bulletin" werden in der „Revue" die französischen Probleme erörtert. Trotz ihres ernsten Gehaltes kann man auch von der „Revue" nicht sagen, dass sie den Parteimitgliedern die so bitter nötige fundamentale Orientierung zu geben vermag. Sie bedarf dieser selbst. Die Anzahl der bisher erschienenen Nummern ist mir nicht bekannt. Gross kann sie nicht sein. Und schliesslich, sei die Revue nun gut oder schlecht, es ist immer nur die „Revue" Rappoports. Er ist es, der sie zusammenstellt, um ihre Verbreitung sich müht und sich um sie sorgt. Wenn die Basis des „Bulletin Communiste" das Komitee der III. Internationale ist, so ist der Kreis der Freunde und Leser der „Revue Internationale" auf eine ganz kleine Elite beschränkt.

Die Frage der Existenz der „Revue Communiste" sowohl wie des „Bulletin Communiste" verdient, und zwar vom Standpunkt der Partei aus, auf das Ernsthafteste untersucht zu werden, im Interesse der Partei und im Interesse ihrer eigenen Verbesserung und Vervollkommnung, denn sie sind in der Tat zwei bedeutende Quellen von Ideen und wertvollsten Informationen. Die Partei sollte sie übernehmen und sie hüten wie ein sehr kostbares Gut. Möge die Partei die bisherigen Leiter der Organe auf ihren Posten belassen. Sorge sie aber für ihre Reformierung und erheische sie die Verbesserungen, die unerlässlich sind, um aus ihnen Organe des Studiums und der Orientierung zu machen, und vor allem sorge sie für ihre systematische Verbeitung oder besser, sie mache ihren Bezug obligatorisch für alle Parteimitglieder. Für unsere hier geäusserte Auffassung spricht noch ein anderer Grund. Die fanzösischen Kameraden sind an kollektives Denken sehr wenig oder fast gar nicht gewöhnt. Ihre in den verschiedenen Publikationen geäusserten Gedanken sind nicht der Niederschlag vorher geführter Diskussionen von Kollektivitäten. Jeder denkt auf eigene Faust und schreibt, was er denkt. In der zu stark betonten Unabhängigkeit der Herausgabe dieser Publikationen liegt die Gefahr der Einschachtelung jedes Einzelnen in dem ihm gehörigen Hause, so dass er schliesslich das Wichtigste vergisst: die unbedingte Notwendigkeit, die Parteimitglieder zu Kommunisten zu erziehen, die die Vorhut des französischen Proletariats zu sein berufen sind.

Wir dürfen aber nur eine Richtung haben, und das muss die des Parteivorstandes sein, und er allein sollte den Ton der Tageszeitungen und der Zeitschriften bestimmen. Die Disziplinierung des Denkens der Führer ist nicht weniger unerlässlich, wie die der Mitglieder und Organisationen der Partei.

Ein bedeutender Schritt nach vorwärts ist in dieser Richtung der Parteibeschluss über die Herausgabe eines Pressebulletins, dessen spezielle Aufgabe die Versorgung der Provinzzeitungen der Partei mit Leitartikeln

ist. Wir besitzen in der Tat über 50 Provinzialwochenblätter. Bis zur Reinigung hat sich die Mehrzahl der Provinzialparteiblätter auf die Erörterung lokalpolitischer Fragen beschränkt, was in Wirklichkeit auf die einfache Registrierung der Lokalchronik hinauslief. Seit dem Kongress von Tours sind diese Provinzwochenblätter zu Kampforganen geworden. In der Tat ist die Haltung und das Wirken vieler dieser Wochenblätter bei weitem konsequenter kommunistisch und proletarisch als die Haltung der beiden grossen Tageszeitungen. Die Gründung von Provinzialwochenblättern der Sektionen und Föderationen, oft im Einvernehmen mit der C.. S. R. betrieben, hat seit dem Kongress von Tours, besonders aber in letzter Zeit erfreulichen Umfang angenommen.

Das der Propaganda unter den Bauern dienende Organ der Partei ist die „Voix Paysanne". Wie alle andern Publikationen der Partei hat seit dem Kongress von Tours auch die „Voix Paysanne" ihre Auflage vergrössert.

Was bliebe endlich über das „Journal du Peuple", der von dem Parteimitglied, Genossen Henry Fabre geleiteten Tageszeitung zu sagen? Hier liegen die Dinge sehr wenig klar. Das „Journal du Peuple" ist eine Tageszeitung für sich, mit zahlreichen bedeutenden Mitgliedern der Partei, unter ihnen Rappoport, Frossard, Torres, Severine u. a., als Mitarbeitern. Das Blatt hat im Verlauf der letzten zwei Jahre ausserordentlich zur Förderung des internationalen und kommunistischen Denkens beigetragen.

Was ist nun aus dem „Journal du Peuple" geworden? Es steht zur Verfügung der Genossen, die dort schreiben wollen. Es hat seine „Freie Tribüne", und die Redaktion enthält sich der Kommentierung der dort veröffentlichten Artikel. Leider findet man dort auch Artikel, die nicht, aber auch gar nicht mit den Auffassungen übereinstimmen, die gemäss den Beschlüssen des Kongresses von Tours in der Partei die herrschenden sind oder es sein sollten. Es ist eine private Zeitung. Welches hat nun im Hinblick auf die unbedingt zu fördernde Disziplinierung des Denkens unter den Arbeitern die Haltung der Partei gegenüber dem „Journal du Peuple" zu sein? Wir wissen, dass wir damit eine sehr kitzliche Frage aufwerfen, aber sie muss aufgeworfen werden. Weil und solange die Mitarbeit des Sekretärs der Partei Frossard und der Mitglieder des Parteivorstandes am „Journal du Peuple" fortbesteht, muss das Blatt sich der Kontrolle der Partei unterwerfen und ihren Direktiven folgen und nicht denen des Kameraden Fabre, und wäre er 36 Mal sein Besitzer und Chef.

Zuguterletzt sei festgestellt, dass es noch immer Kameraden gibt, die ihre Mitarbeit an Revuen fortsetzen, die völlig ausserhalb der kommunistischen, ja sogar proletarischer Kreise stehen. Diese Erscheinung überrascht umso schmerzlicher, da der gegenwärtige historische Moment, der Moment des Bürgerkrieges das Maximum an Konzentration und Zentralisation aller Anstrengungen, des Denkens und der Direktiven erheischt. Es ist ein Unglück, dass das Artikelschreiben für zahlreiche Kameraden ein Broterwerb geworden ist, und dass diesen Kameraden die Presse der Partei nicht genügt. Wir müssen zum Wohl der Partei und im Interesse des kommenden revolutionären Sieges des Proletariats dieses Unglück zu überwinden trachten. (Schluss folgt.)

Die Geburt einer kommunistischen Partei.*)

Von K. S.

Tschechoslowakei.

Der Kongreß der tschechischen Linken, so lang ersehnt, so oft verschoben, hat zu Pfingsten in Prag stattgefunden. Die kommunistische Presse berichtet: „Unter frenetischem Beifall und Jubel wird der Beitritt zur Moskauer Internationale mit allen gegen 7 Stimmen angenommen. Die Versammlung erhebt sich und stimmmt die „Rote Fahne" an. Vielen alten Genossen stürzen die Tränen aus den Augen, und sie fallen sich in die Arme. Minutenlang tosen die Hochrufe auf die dritte Internationale . . ."

Selten vielleicht ist ein so aus dem Willen der Masse gewachsener, so mächtig mitempfundener Kongreß derartig ohne positives Ergebnis verpufft, selten ist das naive Aufflammen proletarischer Kampfbegeisterung so ohne jede exakte Prägung und klare Zielsetzung gelassen, ja im Gegenteil in ähnlich vertrackter Weise hinters Licht geführt worden. Wenn irgendwo, so paßt hier Levis Zitat aus „Florian Geyer" als Devise eines Opportunismus, der sich selbst für überaus schlau hält und doch nur mit einfältigem Gesicht um die junge Revolution herumschleicht, ohne sie zu bemerken, ihr aber in den entscheidenden Momenten in den Weg torkelt.

Die Masse der tschechischen und slowakischen Arbeiter hatte sich in den Kämpfen des Dezemberstreiks und den schweren Verfolgungen der nächsten Monate ihre K. P. redlich erkämpft, hatte sich durchgekämpft durch Illusionen von Nation, Staat und Klassenfrieden, herankämpft an den erbitterten Willen zur Revolution. Daß ihr die revolutionäre Klarheit, die Erkenntnis ihrer Kräfte und Kampfmittel, kurz der bewußte Kommunismus noch teilweise abging, war nicht ihre Schuld. Die Massen können nicht nach einem halben Jahr des Kampfes aus sich das kommunistische Programm gebären, an dem ein Jahrhundert Revolution gearbeitet hat. Es war die verfluchte Pflicht der Führung, ihnen dies zu geben, nicht einfach zu dozieren, sondern aus den Aktionen zu entwickeln, die aufgestapelten, oft nur halbbewußten Erfahrungen auszudrücken und die gewaltigen Eindrücke und Erregungen des Kampfs auszuwerten. Dies haben die linken Führer nicht getan. Die Massen riefen nach der entschlossenen Führung und prinzipiellen Klarheit des Kommunismus wie ein dürrer Acker nach Regen. Smeral aber kam mit der Gartenspritze parlamentarischen Radaus. Seine Führung hat es nicht verstanden, die revolutionäre Frucht der letzten Kämpfe zu entbinden, sie hat im Gegenteil durch ängstliches Zögern und Vertuschen, durch opportunistische Tricks die klare Revolutionslage verwischt und die Arbeiterschaft verwirrt. Wenn dennoch diese Massen in instinktivem Drängen zur Revolution die zögernden Führer vorwärts-

*) Siehe Nr. 6 der „Internationale".

schoben, und in Wahrheit g e g e n sie — denn die F ü h r e r waren es, die ihnen täglich sagten: „Ihr seid noch zu national!", „Ihr seid noch nicht reif!", ‚Man muß warten!" — ihre K. P. und den Anschluß an die 3. Internationale verwirklichten, mit einer naiven Begeisterung sondergleichen — so ist dies ein schlagender Beweis für die robuste Kraft dieses jungrevolutionären Proletariats und gegen den schwächlichen Pessimismus seiner Führung.

Die Masse w o l l t e die Revolution und drängte vorwärts, so gut sie dies verstand. Daneben (oder besser hinterher) wirkten die zögernden Schrittchen der Führer — die scheinbare „Führung" von „geführt werden" ableiten — direkt lächerlich und sind nur halbwegs verständlich aus der völlig negativen Leitlinie dieser „Taktik" der Sicherung der Rückendeckung und der Rücksicht auf national oder sozial zartbesaitete Gemüter. Die ängstliche Sorge um die Zentrumselemente, die Sabotage aller energischen Maßnahmen zur Vorbereitung der internationalen Vereinigung der Parteien liefen unter dem realpolitischen Mantel des „Rechnens mit Gegebenheiten letzthin nur auf die künstliche Konservierung dieser Tendenzen hinaus, sofern sie in der Masse wirklich vorhanden waren. Man hielt seine eigene (bei der ungesunden parlamentarischen Kost verständliche) schlechte politische Verdauung, der es wohl manchmal noch nationalistisch oder kleinbürgerlich aufstieß, für die der Massen und war äußerst schwer vom Gegenteil zu überzeugen. Es waren die verschiedensten „Sicherungen" nötig. Erst nachdem die Urabstimmung (sie fand nur das Interesse eines Bruchteils der Mitglieder) und die Delegiertenwahl u n z w e i f e l h a f t f ü r M o s k a u ausgefallen waren, traf die „Führung" eine halbe Entscheidung; es wurden einige Enthüllungen über längst bekannte und protegierte ‚zentristische Treibereien" gemacht, einige Menschewisten ausgeschlossen und das unabgelegte revolutionäre Bekenntnis zur Verteidigungsposition gegen die scharfen Angriffe der Reichenberger Kommunisten und die gelinderen der eigenen Opposition (Brünn) ausgebaut. Die teilweise sehr scharfen Pressedebatten förderten recht seltsame theoretische Konstruktionen zutage, die alles andere, denn kommunistisch waren. („Stellungskrieg" usw.) Man entdeckte plötzlich eine größere Unklarheit über Tendenz und Tempo der Revolution, als man geahnt zur Zeit, da Theorie noch nichts kostete. So kam der Kongreß. Aber noch war eine Vorsichtsmaßregel nötig, bevor dem Massenwillen das Ventil geöffnet werden konnte: eine geheime Vorberatung und Probeabstimmung. Und dann — in Gottes Namen — nach Moskau!

II.

War anfänglich die scheinrevolutionäre Idee der nationalen Befreiung ein Hindernis in der revolutionären Entwicklung des tschechischen Arbeiters, so machte sich nach deren Ueberwindung eine neue Hemmung geltend und ließ die kommunistische Klarheit merklich zurückbleiben gegenüber dem mächtig drängenden revolutionären Instinkt: die große sprachliche und daher ideologische Abgeschlossenheit der tschechischen Bewegung von dem kommunistischen Proletariat und seinen Kämpfen im übrigen Mitteleuropa, vor allem in Deutschland. Die Siege des russischen Arbeiters waren das erste große Beispiel, das den tschechischen Massen aufstieg; nur unvollkommen lernten sie von der v e r w a n d t e n Bewegung des deutschen Arbeiters. Es ist erstaunlich, mit wie wenig Schriftenmaterial

im Vergleich zu der umfangreichen deutschgeschriebenen kommunstischen Literatur diese gewaltige Masse, die sich nun an die III. Internationale heranwälzt, ihren theoretischen Hunger bisher stillen mußte. Aber auch die Führung litt darunter, vielleicht am meisten, und die bedauerliche theoretische Unklarheit, die sich im letzten Moment offenbart und die allerlei „wissenschaftlichen" Ausflüchte, von der revolutionären Alternative begünstigt, hat nicht zuletzt hier ihre Wurzel. Smerals „Theorien" konnten nur in diesem Boden Wurzel schlagen. Es ist nicht „Volkscharakter" oder „nationale Eigenart", wie man es sich vorredet, sondern einfach mangelnde prinzipielle kommunistische Propaganda und — Unwissenheit. Es wird die Aufgabe der kommunistischen Internationale und besonders der deutschen Kommunisten in der Republik sein, zwischen dem reichsdeutschen und tschechischen Bruderproletariat zu vermitteln und blutig errungene Erfahrungen nutzbar zu machen.

So waren trotz aller Begeisterung die Massen und ihre Delegierten am Pfingstkongreß nicht ganz klar über den Sinn dessen, was sie tun wollten, und so war, nicht zum mindesten infolge der geschickten Schwenkung Smerals eine rücksichtslose und endgültige Auseinandersetzung mit dem Opportunismus von vornherein ausgeschlossen. Und so konnte es Smeral gelingen, seine „mildere Methode" an den Mann zu bringen, noch einmal durch geschickte Ausnützung der in jedem Wagenden vorhandenen zögernden Komponente, der kommunistischen Musik einen menschewistischen Text zu unterlegen. Seine große Rede ist in ihrer Art klassisch, denn sie gibt gemütlich ohne revolutionäre und wissenschaftliche Verbrämung die Grundauffassungen, die seelische Disposition jenes neuen (und doch so alten) Menschewismus, der in der III. Internationale schon einige Opfer gefordert hat, Es finden sich hier die „besonderen Verhältnisse", die „selbständige Methode" durch alle Fälle dekliniert, es wird das große Rätsel geraten. „In ein, zwei, fünf oder zehn Jahren der große Krach?" aus dem die Annahme einer langsamen Entwicklung glücklich heraushilft; man setzt sich nun bequem, um diese Entwicklung abzuwarten und hat ein großes inneres Bedürfnis, nur zu organisieren. Hoffentlich wird dazu Zeit sein . . . Es ist sicher, daß die Arbeiter diesen senilen Halb-Kommunismus tatsächlich für den echten „Moskauer" hielten, denn dank der mangelhaften Vorarbeit wußten sie's nicht besser. Weder die Begrüßungsrede des Vertreters der V. K. P. D. (die nachweislich nicht übersetzt wurde) noch die lebhaften „Berichtigungen" Kreibichs, das recht rücksichtsvolle Korreferat Dolezals und die wenigen energischen Kritiken der Debattereden konnten dies ändern. Ein Vertreter des E. K. war bedauerlicherweise nicht entsandt, das Schreiben wurde wie die Briefe, der eingekerkerten Kommunisten beklatscht und nicht verstanden. So blieb das Resultat des Kongresses für die Massen die Befriedigung der Namensänderung, das Papier der Resolutionen und Begründungsschreiben und das Echo einer großen Begeisterung. Die Kehrseite der Münze aber war, das Smeral und sein Troß nicht nur unter der Losung der „Disziplin" hineingerutscht, sondern sich ganz offenbar der Führung der Partei bemächtigt hatte.

Der Lärm ist aus. Man sieht sich um und fragt: „Was nun?" Die Massen haben nun ihre K. P. . . . doch sie wissen nicht viel mehr damit anzufangen. Aber die Führer: sie hauen den neuen Schuh über den alten Leisten. Die polternden Debatten sind verstummt; nur hier und da regt

sich noch ein nachdenklicher Kopf und „man scheint sich im übrigen; unter der Devise der „Parteiarbeit" im prinzipiellen Durcheinander häuslich niederzulassen. Es wird fleißig organisiert. Der Opportunismus sucht alles organisatorisch zu lösen. Man hat sehr löbliche und hübsch gearbeitete Pläne und läßt sich das Konzept nicht verderben; auch nicht von den ungezogenen Massen. Während die einen mit gemischten Gefühlen, die anderen schon jetzt triumphierend nach Moskau blicken, von wo das Evangelium kommen soll, läßt man den gewaltigen Lohnkampf in allen Teilen der Republik laufen wie er läuft, und begnügt sich mit billigen Lehren.

Die Massen haben den Pfingstkongreß auf die Höhe der revolutionären Begeisterung emporgetragen. Er hat ihnen nicht das an Klarheit und Ziel zurückgegeben, was sie an Willen und Erwartung an ihn verbraucht Dies werden die kommenden großen Kämpfe unheimlich schnell erweisen. Schon ist der erste große Kampf der Metallarbeiter in Mittelböhmen mit einem Kompromiß beendet, schon droht die unselig passive Führung das Bekenntnis der Masse um jeden Sinn zu bringen, schon bereitet sich die große Ernüchterung vor, da sich die Arbeiter sagen müssen: Viel Lärm um nichts. Es ist die alte Leier!

III.

Konnte man zur Not noch zur Zeit des Dezemberkampfes a la Smeral zwischen der Entwicklung der Revolution und der der Partei unterscheiden, so wird dies heute zum Widersinn. Die Geschichte der kommunistischen Partei wird mehr und mehr die Geschichte der Revolution. Daß dennoch heute, am Vorabend zweifellos gewaltiger wirtschaftlicher und sozialer Konflikte, die Entwicklung der Partei auf einen toten Punkt gekommen ist, muß der menschewistischen Führung als vollkommener Bankrott angeschrieben werden. Denn es zeigt nicht nur, daß die „Taktik" der letzten Monate ein rein äußerliches Herumlaborieren war und nicht eins mit dem Pulsschlag der revolutionären Entwicklung, sondern es bedeutet geradezu, daß die Revolution zu stagnieren droht, trotz objektiver Zuspitzung der Lage und Verelendung der Massen.

Durfte man in der ersten Epoche, des Massenerwachens zum Klassenbewußtsein, die Revolution bis zu einem gewissen Grad als Elementarereignis von außen betrachten, und war daher Taktik relativ Nebensache, so schlug dieses Verhältnis um mit dem Fortschreiten der Revolution; nicht nur weil ihre Situationen und Aufgaben schwieriger, die Kämpfe schwerer wurden, sondern weil mehr und mehr die K. P. die Trägerin des Bewußtseins der Klasse und ihre Aktionen das Rückgrat der Revolution werden mußten. Es scheint eine gewisse Grenze der Klarheit und Kraft, daher auch des Erfolgs zu geben, über die elementare Massenbewegungen nicht hinauskommen; mögen sie auch für gewisse Zeit siegen, sie werden durch den Sumpf der traditionellen Gesellschaft nur zu bald wieder zurückgeschluckt und der Erfolg steht in keinem sehr günstigen Verhältnis zu den Opfern — diese kostspielige Vorwärtsbewegung, die trotzdem der übliche Weg der bisherigen Geschichte gewesen zu sein scheint. Das gewaltige Werk des zielbewußten Sturzes der Kapitalgesellschaft im Weltmaßstabe und die ungeheure soziale und wirtschaftliche Umstellung, zu der uns theoretisch der Marxismus befähigt,

wird tatsächlich, zumal in Westeuropa, keine spontane Massenbewegung erreichen, auf deren „Ausbruch" man einfach mit organisatorischen Netzen lauern kann, sondern nur von eisern organisierten kommunistischen Parteien in Aktionen gestählte und zum Bewußtkein ihrer Aufgabe erzogene Klassen. Damit aber ist festgestellt, daß die Aktivität der K. P. mehr und mehr ein — nein der Fakor der Revolution wird, daß die Aktion sich selbst die Bedingungen des Sieges schaffen kann und muß.

Dem „Aufholen" der Revolution im Jahre 1920 war Smerlas Politik im allgemeinen sehr geschickt gerecht geworden. Aber schon der Dezemberstreich war rein taktisch ein Lapsus; wurde vergrößert durch das Erschrecken und Zurückstolpern der Führung in den Fatalismus, die damit ihre Aufgabe im zweiten Abschnitt, die Kristallisation der K. P., nicht erfüllte. Die Geschichte hat ihr freilich wenig Zeit gelassen dazu, trotz des „inneren Bedürfnisses zur organisatorischen Arbeit" von dem Smeral sprach. Schon hat die neue Epoche akuter Kämpfe im Gefolge der Weltwirtschaftskrise, in denen nicht Parteibesitz oder „Ehre", sondern die Existenz der Klasse auf dem Spiele steht, eingesetzt, und die internationale kommunistische Partei in einem sehr unfertigen Zustand überrascht.

Seit dem März, da die Konterrevolution mit der „Aufarbeitung"' der Dezemberopfer fertig, die revolutionäre Bewegung bewußter als zuvor ihr Haupt heben sah, hat langsam eine neue Offensive eingesetzt, die nicht mehr rein politisch und von der Sozialdemokratie geführt ist, wie der Dezemberkampf, sondern auf dem günstigen Aufmarschterrain der Wirtschaftskrise direkt von der Unternehmerschaft geleitet wird. Es waren noch nicht die großen krisenhaften Kämpfe, in denen der Kapitalismus bei der Ausweglosigkeit der Lage für beide Klassen sich selbst ad absurdum führen muß, sondern Vorgefechte, bei denen das Kapital im Hinblick auf die nahende Machtprobe die kommunistische Vorhut niederbrechen, die Betriebe „kommunistenrein" machen wollte. Nachdem sich der Feldarbeiterkongreß für die III. Internationale ausgesprochen, beginnt der Angriff der slowakischen Gutsbesitzer, von unerhörten Brutalitäten der Gendarmerie begleitet, um die junge kommunistische Gewerkschaft zu vernichten. Ebenfalls im März bricht hart nach der Gründung der deutschen K. P. der nordwestböhmische Metallarbeiterkampf los und im Mai wiederholt sich dieser merkwürdige Zusammenhang in Mittelböhmen. Alle diese Kämpfe wurden von den Gewerkschaften lokal und zeitlich getrennt, „unpolitisch" geführt, obwohl es an Solidarität der anderen Arbeiterkategorien nie fehlte, und endeten nach ermüdender Dauer mit farblosen Kompromissen, in denen die Unternehmerschaft durch relatives und befristetes Nachgeben in Lohnsachen in bezug auf Arbeiteraufnahme und -entlassung ihren Willen durchsetzte. Die Gewerkschaftsbürokratie war meist gerade in diesem Punkt sehr leicht zu überreden: Lohninteressen drohen nun in der kleinkrämerischen Stagnation dieser Kämpfe die Solidarität zu brechen und die Arbeiter zu entwaffnen vor den kommenden Hauptkämpfen. Daß die kommunistischen Parteien samt ihrer „Einsicht" und Erkenntnis der Gefahr (wie wir annehmen wollen) nichts tun konnten, als Lehren zu geben und anzuklagen, ist sicher zum Teil ihrer Jugend und mangelndem Einfluß zuzuschreiben, aber viel mehr ihrer passiven Einstellung, die sie nicht einmal eigene Parolen finden ließ. Das ganze Bild muß sich ändern, bei einer offensiven Führung, die sich aus der Alternative „Putsch oder Schlaf" zu konkreten Lösungen durchgerungen. Nur diese Offensive

— die Arbeiter werden sie besser verstehen als alle „Lehren" — kann die heute noch problematische zeitliche und örtliche Geschlossenheit der Kämpfe bringen, nur ihr Strom kann aber auch Hero und Leander zusammenführen, die sich auf organisatorischen und psychologischen Brücken nie näherkommen werden, und damit die internationale K. P. flott kriegen. Das Schicksal der Revolution ist unlöslich mit dem der Partei verkettet, es ist eins mit ihr. Hieß es nach dem Dezemberkampf: die Fehler der Taktik waren ein Sprung der Revolution, so heißt es heute: das Holpern der Taktik ist der Sturz der Revolution.

IV.

Die „gefährliche Spanne" ist eingetreten. Man sieht sich um, und erwartet den Schwung aus Moskau. Wohl war nach dem Dezemberstreik (siehe Tabelle im letzten Bericht „Int." Heft 6) der taktische Schwerpunkt zu den deutschen Kommunisten herübergeglitten und konnte Reichenberg durch sein kühnes Vorgehen die tschechische Bewegung teilweise kräftigen und mitreißen; die tatsächliche Basis der Revolution aber bilden — nicht nur aus Zahlengründen — die tschechischen Arbeiter und auch der Schwerpunkt der Entscheidung mußte bald zu ihnen zurückkehren. Diese Entscheidung endgültig zu bestimmen war der Initiative der deutschen Kommunisten, nicht zum wenigsten infolge der schlauen Schwenkung Smerals unmöglich. Ihre geistige Einwirkung auf Führung und Vertrauensmänner, die sicher vermöge ihrer höheren theoretischen Klarheit ein wichtiges Moment in der künftigen Entwicklung sein wird, war infolge des Fehlens gemeinsamer Körperschaften und wohl auch der recht persönlichen Austragung der Debatte — Kreibich-Smeral — wenig Möglichkeit gegeben. Das dumpfe revolutionäre Drängen der tschechischen Massen hat, ohne kommunistische Durchbildung gelassen, einen begeisterten Kongreß emporgetrieben und ist zurückgefallen in die Tagtäglichkeit ohne Resultate, an denen es sich weiterentwickeln und zu realer politischer Macht werden konnte, der deutsche Einfluß ist zu schwach und hat vielleicht durch zu scharfes Dreinfahren verloren: so scheint die Parteientwicklung momentan an einem Punkt, da kein Teil genug „Bewegungsenergie" besitzt den anderen vorwärtszureißen und die internationale K. P. in dem Moment festsitzt, da die Revoluion Miene macht flottzuwerden.

Die deutsche Arbeiterschaft ist reif und entschlossen zur internationalen K. P., die slowakischen Massen drängen ungestüm zur Vereinigung: die Geburt der zentralen Kampfpartei ist eine Frage der tschechischen Bewegung geworden. Die Führer versichern: „des Arbeiters", fühlen ihm bedächtig den Puls und erklären ihm, er sei noch zu national. Inzwischen haben sich (von der Slowakei ganz zu schweigen, wo längst schon internationale Organisationen bestehen) die Arbeiter einiger gemischter Gebiete schon spontan vereinigt (z. B. in M.-Ostrau) und kämpfen in den Fabriken schon längst Schulter an Schulter. Sind es vielleicht die einheitlichen Gebiete, die „zu national" fühlen? Dann müßten sich die befürchteten Konflikte wohl mehr in den „oberen Regionen", d. h. ‚zwischen den sie vertretenden „Führern" abspielen! Ich glaube, damit ist der Plumpsack gefunden. Der grundlegende Fehler dieser ängstlichen Führung ist (auch in sozialrevolutionären Fragen) ein Analogieschluß von der eigenen Entwicklung auf die des Arbeiters, bei dem es sich nicht um intellektuelle Konflikte handelt, dessen „Nationalis-

mus" im Grunde eine sozial bestimmte Auflehnung ist, ein irriger Ausdruck seiner revolutionären Bestimmung in der bestehenden Gesellschaft und durchaus verschieden von jenem satten, ängstlichen Besitz-Nationalismus des Klein- und Großbürgers. Es ist daher kindlich, ihm diese „Unart" allmählich mit Süßigkeiten abgewöhnen zu wollen. Hier ist eine falsche ideologische Tünche über den gewaltigen Klassenkräften. Diese werden jäh durchbrochen und nur durchbrochen in der revolutionären Aktion, die den Massen das Klassenbewußtsein in potenzierter Form übermittelt und sie unwiderstehlich an ihren Platz stellt.

Smeral aber will die Sache organisatorisch deichseln, in ein, zwei Monaten nicht, aber — die Sekretäre der gemischten Gebiete müssen da entscheiden. In Wirklichkeit wird die internationale Kampfpartei weder als Bastard von Führern und Parteisekretären, noch als Moskauer Zangengeburt auf die Welt kommen. Sie kann nur geboren werden in der gemeinsamen Aktion der Arbeiter, im Feuer der kommenden Kämpfe. Die Zeit ist vorbei, da man auf günstigen Wind lauern mußte. Das Barometer steht auf Sturm. Der Opportunismus aber hat sich durch seine Unterlassungssünden eine scheinbare Berechtigung des heutigen Zögerns geschaffen, er lebt von seinen eigenen Fehlern und läßt die Revolution sich im Straßengraben milderer Methoden überschlagen.

Dieser verzauberte Kreis kann nur durchbrochen und nicht zu Ende getanzt werden. Sicher gibt es Momente im Kampf der Klassen, da sich die Kräfte balancieren und die Revolution auf dem toten Punkt gekommen scheint. Aber gerade dann muß der kommunistischen Partei durch ihre Aktion das scheinbare Gleichgewicht über den Haufen werfen und klare Kampfsituationen für die Massen schaffen. Es ist eine tragische Dummheit, wissenschaftlich-behäbig beobachten zu wollen, wie die Sache wieder in Gang kommt, wie sich die revolutionäre Sehnsucht der Millionen in den Schlingen der Sonderbrödelei und der Tradition erhängt. Warten bis die Revolution uns aufkitzelt? Wer ist das — Revolution? Das kommunistische Proletariat muß sich heute, wenn es siegen will, mit Feuer in's Bewußtsein schreiben: La révolution c'est moi. Auf gut Deutsch: Wir, wir zum Teufel!

Druckfehlerberichtigung für Nummer 8.

Seite 283, Zeile 6 von unten, statt intrigierenden — **integrierenden.**
Seite 317, Zeile 1 links, statt Lenin — **Larin.**
Ebenso Absatz 3 derselben Seite statt Lenin — **Larin.**

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. —Neustädt. Vereinsdruckerei.

Die Internationale

Jahrg. 3 * 15. Juli 1921. * Heft 10

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Kommunistische Taktik.

Von Dr. Stern.

Einer der Hauptfehler, die unserer Taktik noch immer anhaften, ist ohne Zweifel ihre große Starrheit, die geringe Schmiegsamkeit und der Mangel an der Fähigkeit rascher, ja unter Umständen plötzlicher Anpassung an geänderte Situationen. Dieser Fehler wird dadurch noch vergrößert und verschlimmert, daß wir das richtige Gegenstück dazu, unbeirrbare eiserne Festigkeit und Standhaftigkeit und vor allem Entschlossenheit noch nicht in genügendem Maße besitzen. Wir suchen mit viel Mühe und Fleiß die richtige „Linie" zu finden und haben wir sie endlich gefunden, dann wenden wir sie oft getreulich in einer Situation an, in die sie paßt, wie die Faust aufs Auge. Wir lernten häufig aus der Zeit der Schwäche, aus den trüben Erfahrungen fehlgeschlagener Aktionen, in dem Augenblicke allzu vorsichtig zu sein, in dem höchste Kühnheit und entschlossenste Energie notwendig waren, wie etwa zur Zeit des Kapp-Putsches, und wir zogen aus den schlimmen Folgen solcher Zaghaftigkeit und Unentschlossenheit oft genug die Lehre, dort unbesonnen vorwärts zu stürmen, wo kühle Zurückhaltung am Platze war. Wir wissen in der Theorie sehr genau, daß es keine Universaltaktik für jede beliebige Situation gibt, aber wir vergessen es in der Praxis noch viel zu häufig.

Ein Beispiel dafür ist sicherlich die letzte Märzaktion. Die Aktion selbst war kein Fehler, das muß mit aller Entschiedenheit festgehalten werden, und sie war trotz aller der schweren Fehler, die bei ihrer Durchführung begangen wurden, von größtem Werte für die Fortentwicklung der deutschen Revolution. Sie hat einem Zustande ein Ende bereitet, der unserer Partei verhängnisvoll zu werden drohte, sie hat uns eine Reihe wertvollster

Erfahrungen vermittelt, sie hat uns mit einem gewaltigen Ruck dem anzustrebenden Ideal einer kommunistischen Partei erheblich genähert, in höherem Maße, als es Jahre bloß theoretischer Klärung hätten tun können. Aber ebenso klar müssen wir uns darüber sein, daß die Durchführung alles andere eher war als ideal, und daß sie, das ist auch ein Vorteil, allzu deutlich aufhellte, wie sehr unsere Partei vor der Märzaktion, von der obersten Leitung angefangen, über die Unterleitungen und Vertrauensmänner bis zu den Massen der Mitglieder eben noch lange nicht eine kommunistische war.

Schon das Einsetzen der Aktion war fehlerhaft. Wir hatten in der Theorie die „Linie", die nun plötzlich in die Praxis umgesetzt werden sollte, schon in dem Gründungsmanifest unserer Partei ziemlich klar niedergelegt, aber leider nicht verwirklicht, die Linie, die darin besteht, daß wir als Kommunisten keinem Konflikt auszuweichen haben, alle auf die Spitze zu treiben und auszuweiten suchen müssen, daß wir trachten müssen, möglichst breite Massen von Arbeitern in solche Kämpfe zu führen und in solchen Kämpfen, nicht in bloßer Agitation und Organisation das Vertrauen breiter Massen zu finden, indem wir uns als die kühnsten, entschlossensten Vorkämpfer für solche Interessen und Ziele erweisen, die allen, auch den nichtkommunistischen Arbeitern verständlich sind, mögen sie auch noch sehr den Anschein des Opportunismus erwecken. Diese Linie würde ich am liebsten als die „Werktagslinie" der Kommunisten bezeichnen, sie muß immer das Grundmotiv, die Begleitmusik unserer Taktik sein, sie gilt für sogenannte „ruhige" Perioden einer revolutionären Epoche und dient dazu, die Massen nicht versumpfen zu lassen, der kommunistischen Partei einen festen Rückhalt des Vertrauens und der Sympathie in den breiten Massen des Volkes zu sichern und einen für ernstere Kämpfe günstigen Erregungszustand zu schaffen. Und diese Taktik suchten wir nun ganz unvermittelt und plötzlich in einer Situation anzuwenden, die schon eine längere Anwendung derselben voraussetzte und bereits mehr erforderte. Das ist der springende Punkt, und nur durch Beachtung dieser Tatsache kann man die ganze Verfehltheit der Kritik Levis, die sonst viel Bestechendes für sich hat, begreifen. Die Plötzlichkeit der Umstellung war ein Fehler, das ist richtig. Aber der Fehler bestand darin, daß die Umstellung auf Aktivität zu spät kam, in erster Linie durch das Verschulden Levis zu spät kam, und nicht zu früh, wie die ganze Levi-Richtung behauptet.

Die durch die Ungeheuerlichkeit der Entente-Forderungen und durch den anfänglichen Trotz der deutschen Bourgeoisie geschaffene Situation brachte in das ganze deutsche Volk eine gewaltige politische Spannung und Erregung. Damals brauchten wir Kommunisten uns wahrlich nicht zu bemühen, eine politische Bewegung künstlich zu erzeugen, wie uns die Levianer vorwerfen. Sie war unzweideutig vorhanden, und unsere Aufgabe war es nur, sie für das Proletariat in das richtige Gleise zu lenken und vor allem in richtiger Weise auszunützen. Das konnte aber vernünftigerweise nicht dadurch geschehen, daß wir nun unsere richtige „Werktagslinie" starr zur Anwendung brachten, die in diesem Falle nur entweder, natürlich angewendet, viel zu langsam oder künstlich forciert und durch den Gegner provoziert, viel zu rasch wirken mußte, sondern unbeschadet der begleitenden natürlichen Anwendung jener Taktik, mußten wir eine Aktion auf der ganzen Linie im Zusammenhang mit der politischen Spannung jener Tage führen, und so führen, daß wir jederzeit in der Lage waren, sie zu steigern oder auch abebben zu lassen, je nachdem es der rasche Wechsel der Situation erforderte. Das war gewiß eine außerordentlich schwere, ja man kann sagen, für die damalige Partei zu schwere Aufgabe, aber das war damals das einzig Richtige. Das Reagieren unserer Partei setzte damals richtig, aber in den meisten Teilen Deutschlands zu schwächlich ein durch Demonstrationen und eine Pressekampagne, in welcher freilich fast die ganze Presse nicht auf der Höhe war, wobei wir den Konflikt der Bourgeoisie dazu ausnützten, die ganze Ausweglosigkeit des Kapitalismus anschaulich zu machen, die Schwierigkeiten unserer Regierung zu vermehren. Nun aber wäre es notwendig gewesen, nicht blindlings ohne Rücksicht darauf, was geschah, einen bestimmten „Plan" durchzuführen, sondern die Massen alarmbereit zu halten, in der Lage zu sein, bei kritischer Gestaltung der Situation mit aller Entschiedenheit vorzustoßen, bei Anzeichen der Lösung, das heißt Vertagung des Konfliktes, den Rückzug antreten zu können. Niemand konnte damals voraussagen, was wirklich kommt. Es war ebenso gut ein sofortiges scharfes Zupacken der Entente möglich, wie ein solches Entgegenkommen Simons, daß in der deutschen Bourgeoisie selbst ein schwerer Konflikt hätte ausbrechen können. Das hätte unter Umständen dazu führen können, daß es möglich gewesen wäre, das deutsche Proletariat zu einem entscheidenden Ansturm zu führen. Dafür mußte die Partei gerüstet sein. Sie mußte aber auch mit der viel größeren Wahrscheinlichkeit rechnen,

daß es der Bourgeoisie noch einmal gelingen werde, offene Konflikte zu vermeiden und zu vertagen, woraus sich die Notwendigkeit ergab, auf die „Werktagslinie" zurückgreifen zu müssen und sich daneben mit einer gesteigerten Aufrüttelung der Massen zu begnügen. Was unsere Partei wirklich tat, war eine Einstellung auf beide Möglichkeiten zugleich, statt auf jede einzeln für sich, was dazu führte, daß ein Mittelding, eine verhängnisvolle Halbheit Wirklichkeit wurde, ein unentschiedenes Schwanken zwischen dem offenen Aufstand und der „Werktagslinie".

Zu dieser mangelnden Schmiegsamkeit und Anpassungsfähigkeit der Aktion kam dann eben als gefährliche Ergänzung, die geringe Entschlossenheit und Entschiedenheit in der Aktion selbst. Da nun einmal Mitteldeutschland im Kampf stand, durfte man in den anderen Teilen Deutschlands nicht, wie es die „Werktagslinie" verlangte, auf „natürliche" Konfliktsgelegenheiten warten, da mußte das natürliche Solidaritätsgefühl als Hebel benützt werden, da mußten vor allem die Kommunisten überall ihre Pflicht tun, dann wären sicherlich große Massen mitgerissen worden, trotz der Sabotage der Menschewistenführer, mit welcher immer in solchen Situationen gerechnet werden muß. Da zeigte sich eben, wie sehr unseren Kommunisten die nötige Kampfentschlossenheit noch fehlte. Diese braucht sich nicht darin zu äußern, daß sofort zur Waffe gegriffen wird, in jeder Kampfform kann sich die rücksichtslose, kein Schwanken kennende Kampfentschlossenheit bewähren, die zum wahren Kommunismus gehört.

Kommunist sein, heißt furchtlose Entschlossenheit, unbedingte Treue für die Revolution und Diktatur des Proletariats vereinigen mit der äußersten Schmiegsamkeit und Anpassungsfähigkeit, die notwendig ist, um jedes Mittel anzuwenden, das zum Ziel führt, hier nachgeben, dort vorwärtsstürmen, hier Kompromisse schließen, dort unbeugsam bleiben, hier sich den Machtverhältnissen beugen und dort, selbst wenn alles verloren zu sein scheint, den Kopf nicht verlieren und fest bleiben.

Das ist eine furchtbar schwere Kunst, die nur im Kampfe erlernt wird, das ist wahrhaft kommunistische „Dialektik" der Taktik.

Wir müssen imstande sein, unsere „wertvollsten" Erfahrungen zu vergessen, wenn eine Situation da ist, in der sie nicht taugen. Wir müssen z. B. unterscheiden können zwischen Zeiten, in welchen die Massen in Bewegung und solchen, in denen sie in träger Ruhe sind. Im Kapp-Putsch waren die Massen in Bewegung, da war es verkehrt, eine Einheitsfront mit den menschewistischen Verrätern anzustreben, denn da brauchten wir ihnen keine Konzessionen zu machen, um sie dazu zu bringen, die Massen in Bewegung zu versetzen. Da mußten sie dies tun, um sich ihrer Haut zu wehren. Damals war es wichtig, freie Hand zu behalten, die Parolen möglichst weit zu stecken, die Wucht des Stoßes möglichst zu steigern. Damals herrschte auch in der breiten Masse eine solche Erbitterung gegen das eben genossene Noske-System, daß uns die Parole Schutz der Demokratie, also Verteidigung Noskes nicht nur nicht die Kampfbasis erweitern konnte, sondern geradezu die besten Kämpfer abstoßen oder wenigstens lähmen mußte. Damals konnten wir ruhig die Menschewisten für jene Parolen ihre Anhänger ins Feld führen lassen und konnten selbst zum Kampf für die Diktatur aufrufen, denn wir brauchten nicht zu fürchten, dadurch die Menschewisten in das Lager Kapps zu treiben und weiter als bis zum äußerlichen Sturz Kapps wollten sie auf keinen Fall gehen. Damals war es auch an der Zeit, mit aller Energie für die Wahl politischer Arbeiterräte einzutreten, um in ihnen einen Hebel zu gewinnen, der ein einheitliches Vorgehen der Massen ermöglichte. Heute aber, wo augenblicklich, morgen kann es schon anders sein, das Problem vorliegt, die Massen aus einem relativen Trägheitsstadium herauszubringen, wo dies nur gelingen kann, wenn wir Parolen aufstellen, die alle begreifen und verstehen, brauchen wir keinen Wert darauf zu legen, die anderen durch das Weitergehen unserer Parolen und Ziele zu übertrumpfen, heute haben wir nur zu streben, die Intensität des Kampfes für solche gemeinsame Ziele, seien sie auch noch so eng gesteckt, zu vertiefen. Natürlich darf dies nicht so weit gehen, daß wir für Ziele kämpfen, deren Erreichung die Bourgeoisie ohne weiteres zulassen kann, um die Massen durch Scheinerfolge einzulullen. In dieser Situation müssen wir begreifen, daß es kein Widerspruch ist, aus unseren eigenen Reihen rücksichtslos die Opportunisten zu entfernen und dennoch gleichzeitig eine Einheitsfront mit offenbaren Verrätern anzustreben. Diese Einheitsfront hat uns nur zu erleichtern, die Massen in Bewegung zu bringen, während die Reinheit unserer Partei es uns allein möglich macht, wenn die Massen in Bewegung sind und

von unseren „Bundesgenossen", den menschewistischen Führern im entscheidenden Moment unfehlbar verraten werden, klar und zielbewußt die Bewegung steigern und führen zu können.

Heute kommen als Hebel, um in die Masse Bewegung zu bringen, Betriebsräteversammlungen und Kongresse in Betracht, die zur Unternehmeroffensive, Reaktionsgefahr usw. Stellung nehmen müssen. Selbstverständlich müssen wir auch heute freie Hand behalten, bei Auftauchen von Konflikten entschieden zupacken zu können, müssen auch jetzt darauf gefaßt sein, daß plötzlich ausgesprochene Situationen für einen Kampf auf der ganzen Linie auftauchen können. Wir dürfen auf solche Gelegenheiten nicht „warten", wir dürfen sie aber auch nicht „verschlafen".

Auf dem mangelnden Verständnis für solche Dialektik des Kampfes beruhen auch die jetzt so häufig wiederkehrenden Problemstellungen: Massenpartei oder Sekte, Endkampf oder Teilaktion.

Wir müssen unbedingt eine große, reine und eine Massenpartei sein. Massenpartei müssen wir vor allem in der Hinsicht sein, daß wir das Vertrauen und die Sympathie breitester Massen außerhalb unserer Partei besitzen, was aber nur zu erreichen ist, wenn wir eine reine, eine „geschlossene" Partei sind, weil nur eine solche Partei imstande ist, so zu kämpfen, daß sie das Vertrauen breiter Massen verdient und gewinnt. Als der Vertreter der 3. Internationale anläßlich des italienischen Konfliktes die Ansicht äußerte, die kommunistische Partei müsse eine Partei wirklicher Kommunisten sein, war alles entsetzt und meinte, in Deutschland sei dies nicht möglich und würde zu einer kleinen Sektenbildung führen. Ich glaube, die Märzaktion wird die meisten belehrt haben, daß das Entsetzen nicht am Platze war, daß Nichtkommunisten im Kampf ein gefährlicher Ballast sind. Wie lähmend wirkte es nicht überall auf die Aktion, wenn man hörte, dieser oder jener kommunistische Betrieb rührt sich nicht oder daß kommunistische Funktionäre, Betriebsräte usw. gegen die Aktion wirkten. Gewiß kann man nicht alle hinauswerfen, die noch nicht wahre Kommunisten sind, aber man kann die Unverbesserlichen abstoßen, indem man Anforderungen an die Mitglieder erhebt, denen eben nur Kommunisten entsprechen. Die Partei wird und muß dabei groß bleiben, um Massen in Bewegung setzen zu können.

Ebenso ist es verkehrt, die Alternative zu stellen, Endkampf oder Etappen- und Teilkampf. Der Sieg wird nur über eine Reihe von Teilkämpfen von Niederlagen und Etappen errungen, aber die

Partei muß immer auch auf den Endkampf eingestellt sein. Beide Extreme sind Symptome der Feigheit, des Opportunismus. Auf den Endkampf „warten", heißt den „Endkampf" als Maske benützen; um zu verbergen, daß man von den Teilkämpfen zurückschreckt und sich „zunächst" nur auf Teilkämpfe einlassen wollen, heißt an die Möglichkeit des entscheidenden Sieges nicht glauben, in Wahrheit die Teilkämpfe gar nicht führen wollen und die scheinbare Bereitschaft für sie nur vorschieben, um sich für den entscheidenden Kampf nicht ernstlich vorbereiten zu müssen. Wir müssen jeden Kampf führen, der notwendig wird, jeden Teilkampf auch, wir müssen aber auch stets darauf vorbereitet sein, daß uns in einer Zeit täglich neuer und wiederkehrender Konflikte jeder Augenblick in die Notwendigkeit versetzen kann, den entscheidenden Kampf um die Macht auf der ganzen Linie, mit jener Entschlossenheit und Entschiedenheit führen zu müssen, die allein den Sieg verbürgt.

Eine solche Taktik setzt vor allem eines voraus, eine wahrhaft eiserne Disziplin. Daß wir diese noch lange nicht besitzen, ist zum Teil auch eine Anklage gegen die bisherige Leitung der Partei, zugleich aber auch die schwerwiegendste Entschuldigung der meisten begangenen Fehler. Ohne solche eiserne Disziplin kann die Partei nicht so operieren, wie es nötig ist. Darum ist das Ankämpfen gegen die Disziplin das schwerste Verbrechen der Levi-Richtung. Sie zitiert so gerne Lenin, erinnert sich aber nicht daran, daß Lenin wiederholt betont, ohne eiserne Disziplin ist an einen Sieg nicht einmal zu denken, am allerwenigsten an ein Behaupten der eroberten Macht. Aehnlich wie die Hilferdinge immer betonen, daß die Kommunisten die Gewalt überschätzen, betonen das die Levianer von der Disziplin. Sie verkünden die platte Selbstverständlichkeit, daß die eiserne Disziplin keine Massen, auch keine Partei in Bewegung setzt, wenn die Vorbedingung nicht gegeben ist. Das ist zweifellos richtig, aber die Vorbedingungen genügen nicht, die eiserne Disziplin ist eben auch unerläßlich und notwendig.

Richtig verstandener Kommunismus ist ein schwer zu erreichendes Ideal. Wir alle sind noch keine richtigen Kommunisten, aber es ist höchste Zeit, daß wir es werden.

Der Steuerraubzug.

Von Sch.

I.

In einer Gesellschaft, in der ausschließlich die kapitalistische Produktionsweise herrscht, in der Kapitalisten und Arbeiter die einzigen Vertreter der gesellschaftlichen Konsumtion sind, sind der aus den Arbeitern herausgepreßte Mehrwert und der für die Verausgabung der Arbeitskraft bezahlte Arbeitslohn die alleinigen Einkommensquellen. Alle anderen noch vorhandenen Bevölkerungsschichten wie Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler. Wissenschaftler, Beamte usw. gelten nur als Mitverzehrer dieser beiden Einkommensarten. Marx schreibt darüber in Bd. II des „Kapitals":

> „Alle nicht direkt in der Reproduktion, mit oder ohne Arbeit figurierenden Gesellschaftsmitglieder können ihren Anteil am jährlichen Warenprodukt nur beziehen aus den Händen der Klassen, denen das Produkt erster Hand zufällt — produktiven Arbeitern, industriellen Kapitalisten und Grundbesitzern. Insofern sind ihre Revenuen materialiter abgeleitet vom Arbeitslohn der produktiven Arbeiter, Profit und Bodenrente, und erscheinen daher jenen Originalrevenuen gegenüber als abgeleitete."

Diese Schichten können also auf die beiden Klassen verteilt werden, sie bedürfen keiner besonderen Betrachtung. Die Annahme der absoluten Herrschaft des Kapitalismus selbst in einem Lande ist jedoch eine Fiktion. Neben dem kapitalistischen Unternehmertum und dem Lohnproletariat gibt es in allen Ländern noch Schichten, die weder zu diesen gehören, noch von ihnen abhängen, die überhaupt nicht kapitalistische, sondern einfache Warenproduktion repräsentieren, z. B. das Bauerntum, das Handwerk. Das Geld, das sie vereinnahmen, ist das Aequivalent für den Verkauf von Waren, die sie mit eigenen Produktionsmitteln hergestellt haben.

II.

Jeder Staat ist ein Klassenstaat, d. h. ein Organ der Herrschaft einer bestimmten Klasse. Sobald sich in der Gesellschaft Klassengegensätze herausbilden, entsteht der Staat, d. h. die herrschende Klasse schafft sich eine Organisation zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung der unterdrückten Massen. Das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind. Je schärfer und größer die Klassengegensätze werden, um so umfassender muß der Staatsapparat werden. Zum Unterhalt der besonderen, über die Gesellschaft stehenden öffentlichen Gewalt sind Steuern notwendig, d. h. Eingriffe in die Einkommensverhältnisse

der Bevölkerung zum Zwecke der Erhaltung des Staatsapparates. Für die herrschende Klasse sind die Ausgaben für den Staatsapparat faux frais, d. h. Ausgaben, die, statt produktiv angelegt zu werden, statt den Herrschaftsbereich zu erweitern, die Ausbeutungsmöglichkeiten zu vergrößern, gemacht werden für Institutionen, die zwar die Voraussetzung, aber nicht der Zweck der Herrschaft sind. Die herrschenden Klassen wälzen aus diesem Grunde die Kosten des Staatsapparates auf die unterdrückten Klassen ab. Die Abbürdung ist ihnen möglich, solange sie im Besitze der politischen und wirtschaftlichen Machtmittel sind. Lassalle schreibt darüber in dem „Arbeiterprogramm" (Ferdinand Lassalle, „Gesammelte Reden und Schriften", 2. Bd. S. 151): „. . . . . So drittens die Steuerfreiheit des großen Grundbesitzes. Es ist nämlich eine charakteristische und stets wiederkehrende Erscheinung, meine Herren, daß jeder herrschende privilegierte Stand stets die Kosten zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Wesens auf die Unterdrückten und nicht besitzenden Klassen zurückzuwälzen sucht in offener oder verschleierter, in direkter oder indirekter Form. Als Richilieu im Jahre 1641 sechs Millionen Franken von der Geistlichkeit als eine außerordentliche Steuer forderte, um den Bedürfnissen des Staates zu Hilfe zu kommen, gab dieser durch den Mund des Erzbischofs von Sens die charakteristische Antwort: „Der alte Brauch der Kirche während ihrer Blüte war, daß das Volk beisteuerte für die Bedürfnisse des Staates seine Güter, der Adel sein Blut, die Geistlichkeit ihre Gebete." S. 180 schreibt Lassalle über dieselbe Sache: . . . . Ich hatte Sie damals auf die Steuerfreiheit des adligen Grundbesitzes im Mittelalter aufmerksam gemacht und hatte Ihnen gesagt, daß jeder herrschende privilegierte Stand die Lasten zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Wohls auf die unterdrückten, nicht besitzenden Klassen abzuwälzen sucht. Ganz ebenso die Bourgeoisie. Zwar kann sie freilich nicht offen erklären, daß sie steuerfrei sein will. Ihr ausgesprochenes Prinzip ist vielmehr in der Regel, daß jeder im Verhältnis zu seinem Einkommen steuern solle. Aber sie erreicht wiederum, mindestens so gut es geht, dasselbe Resultat in verkappter Form durch die Unterscheidung von direkten und indirekten Steuern."

III.

Dem bürgerlichen Staat stehen zur Verfügung der Mehrwert, der Arbeitslohn und die Einkommen der nichtkapitalistischen Schichten.

Was die letzteren anbetrifft, so hat jeder Eingriff des Staates zur Folge, daß sie noch abhängiger vom kapitalistischen Markt werden als bisher, daß sie noch mehr für den kapitalistischen Markt produzieren müssen. Diese Zwischenschichten dienen dem Kapital als Abnehmer des Mehrwertes. Durch sie wird die Verwandlung eines Teils des Mehrwerts in neues Geldkapital ermöglicht. Beschlagnahmt nun der Staat einen Teil des Einkommens dieser Schichten, so verliert das Gesamtkapital einen Teil seines Absatzgebietes. Diese einzelnen Bevölkerungsteile selbst aber geraten in

die Abhängigkeit von einzelnen Kapitalisten. Sie verschulden immer mehr. So gerät z. B. die Bauernschaft in Deutschland nach ihrer teilweisen Entschuldung während des Krieges jetzt von neuem in Abhängigkeit der Hypothekenbanken usw. — Bei Betrachtung der kapitalistischen Einkommensarten gehen wir aus vom Jahresprodukt der Wirtschaft, dargestellt durch die Formel

$$c + v + m = k,$$

worin c das konstante Kapital (Maschinerie, Rohstoffe, Hilfsstoffe), v das variable Kapital (die lebendige Arbeitskraft), m den Mehrwert der Wertgröße nach bezeichnen. Die Kapitalisten werden in normalen Zeiten, für die die jährliche Produktion eines Landes angesetzt sei, mit

$$1200\,c + 150\,v + 150\,m = 1500\,K$$

(die Zahlen bedeuten Milliarden), nicht den ganzen Mehrwert — 150 m — für sich verzehren und verbrauchen, sondern sie werden einen Teil — angenommen ⅔ — benutzen, um zu akkumulieren, um neue Maschinen, Werkzeuge und Lebensmittel zu erwerben, um ihre Herrschaft zu erweitern.

Verlangt nun der Staat seine Tribute zur Aufrechterhaltung seines Mechanismus, seines Heeres, seiner Justiz, seines Polizeiapparates, so ist es theoretisch möglich, daß bei nicht allzu großen Abgaben zunächst die Kapitalisten den Teil des Mehrwerts dazu verwenden, den sie selbst zu ihrem Herrenleben brauchen. Nehmen wir an, die Steuern betragen insgesamt 10 Milliarden Mark. Dann könnten sie in unserem Beispiele bestritten werden aus den 50 m, die der Kapitalistenklasse zur Verfügung stehen. Die Grenze dieser Heranziehung des Mehrwerts ist gegeben durch die Lebensweise der herrschenden Klasse, die in jedem Falle eine höhere sein muß als die des Proletariats, denn sonst verlohnte es sich ja nicht, herrschende Klasse zu sein. Daß die Kapitalistenklasse aber gar nicht daran denkt, — zumal in Zeiten, in denen ihre Herrschaft völlig gesichert ist, der Staat fest dasteht — auch nur die geringsten Kosten zu tragen, geht aus der Geschichte der Steuerkämpfe in der Vorkriegszeit hervor. Schon Lassalle weist in dem obenerwähnten Aufsatz in glänzender Form nach, daß von 108 Millionen Talern Staatseinnahmen 85 Millionen sich ergaben aus der Besteuerung lebensnotwendiger Güter, die fast allein von den Nicht-Besitzenden getragen wurde, und daß von den 13 Millionen Talern direkter Steuern 70 Prozent ebenfalls von den arbeitenden Klassen aufgebracht worden sind.

> „Und unter dieser winzigen Handvoll Leute, die sich allein regt, allein bewegt, allein spricht, schreibt, peroriert, nur ihre eigenen Interessen kennt und verficht und sich so sehr einredet, alles zu sein, daß sie sich wahrhaftig noch einredet, sie sei es, welche die Steuern aufbringe, — unter dieser Handvoll Menschen windet sich in stummer, unaussprechlicher Qual, in wimmelnder Zahl das unbemittelte Volk, die 17 Millionen, produziert alles, was uns das Leben verschönt, macht uns die unerläßliche Bedingung aller Gesittung, macht die Existenz des Staates möglich, schlägt seine Schlachten, zahlt seine Steuern und hat niemand, der an es dächte und es vertrete."

Diese Möglichkeit für die Kapitalisten, die Kosten zur Erhaltung ihres Herrschaftsapparates selbst zu tragen, die sie aber infolge ihrer politischen Macht abwälzen, wird zu einer Unmöglichkeit, wird gerade zu einer Notwendigkeit für die Kapitalisten. die Lasten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, wenn die Steuern infolge von Kriegen usw. zu ungeheuren Proportionen angewachsen sind. Die Abgaben für den Staat seien 110 Milliarden Mark. Dann würde in unserem Falle nicht nur nicht der gesamte Konsumtionsfonds der Kapitalisten von 50 m bei weitem nicht genügen, sondern sie müßten auch ihren Akkumulationsfonds angreifen. Das bedeutet verkümmerte Reproduktion, Einschränkung ihrer Beherrschungssphäre, Sinken ihres Machteinflusses, Zustände, die für die Kapitalistenklasse unmöglich sind. Die Sachlage verschärft sich noch dadurch, wenn durch vorherige Kriege — wie jetzt in Deutschland — die Reproduktion des Gesamtkapitals schon eine verkümmerte ist und es darauf ankommt, den Mehrwert zu vergrößern und einen so großen als nur irgendmöglichen Teil für die Akkumulation zu verwenden. Dann wird die Abwälzung der Lasten auf den Arbeitslohn eine Lebensnotwendigkeit für die Kapitalisten! Das variable Kapital wird nach wie vor von den Kapitalisten dazu vorgeschossen, um eine bestimmte Menge Arbeitskraft in Bewegung zu setzen, um mit Hilfe des konstanten Kapitals eine bestimmte Menge Mehrwert zu erzeugen. Auf die raffinierteste Weise wird nach diesem Prozeß der Arbeiterklasse durch ein System von Einkommen- und Aufwandssteuern ein Teil der ihr im Austausch mit ihrer Arbeitskraft gegebenen Geldmenge auf den Staat übertragen. Die Ausbeutung bleibt bestehen, die Kaufkraft, die Konsumfähigkeit jedoch eingeschränkt. Im letzten Kapitel der „Akkumulation" schreibt Rosa Luxemburg darüber:

> „Insofern läuft das Schröpfen der Arbeiterklasse durch den Mechanismus, der indirekten Besteuerung, um daraus die Stützen der kapitalistischen Staatsmaschinerie zu erhalten, einfach auf eine Vergrößerung des Mehrwertes und zwar des konsumierten Teils des Mehrwertes, hinaus; nur daß diese ergänzende Teilung zwischen Mehrwert und variablem Kapital post festum, nach dem vollzogenen Austausch zwischen Kapital und Arbeitskraft geschieht."

IV.

Inwieweit die deutschen Kapitalisten diese Theorie angewandt und durchgeführt haben, läßt sich aus dem Steuerresultat des vergangenen Jahres ermessen. Die gesamten Einnahmen vom 1. April 1920 bis zum 30. März 1921 betrugen 46,1 Milliarden Mark. Davon entfielen auf Zölle und Verbrauchssteuern — Kohle, Tabak, Zucker, Bier, Zündwaren — 10,7 Milliarden, auf die Einkommensteuer, die nach den Aeußerungen des Finanzministers fast ausschließlich vom Lohnabzug bestritten wird, 9,5 Milliarden, auf die Umsatzsteuer, die bei ihrer Veranlagung von ½ Prozent des Ent-

gelts bei jedem Umsatz glatt auf die großen Massen abgewälzt worden ist, 4,2 Milliarden, auf die Reichsstempelabgaben und Abgaben vom Personen- und Güterverkehr zusammen 3,1 Milliarde Mark. Das sind zusammen 26,5 Milliarden Mark oder rund 58 Prozent aller Steuern, die offenkundig von den breiten Massen getragen worden sind. Sie sind z. T. direkt vom Arbeitslohn abgezogen worden, z. T. indirekt zwar erst von den Produzenten, dem Staat vorgeschossen und dann erst beim Warenverkauf im Preis vom Konsumenten dem Kapitalisten zurückerstattet. Inwieweit die sogenannten Besitz- und Vermögenssteuern von der Bourgeoisie aufgebracht worden sind, kann man ermessen an der Möglichkeit der Erhöhungen des Aktienkapitals in allen Industriezweigen, an den Ausdehnungsbestrebungen einzelner Kapitalisten. So schreibt der „Vorwärts“ No. 313, daß nach einer oberflächlichen Zählung der Stinnes-Trust jetzt 1340 Unternehmungen umfaßt, die eine Kapitalmacht von 8 Milliarden Mark repräsentieren. Dabei stellt ein erheblicher Betrag dieser Summe Goldmark dar! Bei einer 60prozentigen Vermögensabgabe hätte Stinnes allein mindestens 5 Milliarden Mark zahlen müssen, statt dessen beträgt das Ergebnis des Notopfers im ganzen nur 9 Milliarden Mark! Die Stinnes und Konsorten haben nach dem Rezept gehandelt, das in der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ Nr. 308 steht:

> „So unmoralisch wie unter den früheren schönen Verhältnissen ist heute jedenfalls die Steuerflucht nicht. Schwerwiegende volkswirtschaftliche Gründe lassen sogar eine Kapitalflucht nützlich erscheinen!“

V.

Seit 1918 haben die Sozialpatrioten und Sozialreformer das deutsche Proletariat damit vertröstet und hingehalten, daß es nicht besser werden kann, bevor nicht die Entente ihre Forderungen bekannt gegeben hat, bevor man nicht das große x im Haushalt durch eine bestimmte exakte Zahl ersetzen kann. Das ist nun geschehen. Am 7. Juli hat Herr Dr. Wirth dem deutschen Proletariat die Rechnung, so klar er es vermochte, präsentiert. Das deutsche Proletariat wird bald zu spüren bekommen, wie es besser wird! Was das vergangene Jahr brachte, war nur ein Kinderspiel gegenüber dem, was jetzt kommen soll! Wofür und wieviel das deutsche Volk zahlen soll, geht aus folgender Aufstellung hervor:

Für den ordentlichen Etat sind aufzubringen . .	48.5 Milliarden M.
Für den außerordentlichen Etat	38.7 Milliarden M.
Für den Reparations-Etat	45—55 Milliarden M.
zusammen:	150—160 Milliarden M.

Die Ausgaben zeigen — trotz der „exakten“ Zahlen der Entente — immer noch Unterschiede zwischen 10 und mehr Milliarden, weil die Reparationsleistungen in Goldmark zu zahlen sind und das Verhältnis zwischen Gold und Papiermark ein schwankendes ist. Auf ein Steigen des Markkursus zu rechnen, wie es Herr Wirth tut, ist mehr als optimistisch. Unter den Ausgaben erscheinen u. a.:

für polizeilichen Schutz . . . . . 1,25 Milliarden ! !
für das Re chswehrministerium . . 2,80 Milliarden!
für das Reichsjust zministerium . . 0,16 Milliarden,
für die Reichsschuld . . , , , . . . 13,74 Milliarden,
für die Ausführungen der Reparations-
leistungen m.t den Kosten für die
Besatzung . . . . . 56,5 Milliarden.

Es ist natürlich ausgeschlossen, daß diese Summen insgesamt aufgebracht werden können. Nach einer Berechnung des Dr. Calwer beziffert sich der Wert der Gütergewinnung der deutschen Wirtschaft auf etwa 225 Milliarden jährlich. Es würden also nach Bestreitung der staatlichen Anforderungen von der Gütergewinnung noch ein Rest im Werte 65 Milliarden Mark verbleiben, der zum Lebensunterhalt der Bevölkerung ausreichen müßte. Bei einer äußerst weitgehenden Einschränkung der Lebenshaltung sind aber mindestens Güter im Werte von 123,5 Milliarden Mark nötig, um ein Existenzminimum zu gewähren. Und Dr. Calwer schließt:

„Bekommt der Staat seine Einnahmen für 1921 in der angeforderten Höhe, so kann das Volk in seinem heutigen Umfang nicht mehr existieren."

Das ist die Theorie des ehrenwerten Professors Max von Gruber, daß 10 bis 20 Millionen Menschen sterben müssen, um den Wiederaufbau des Kapitalismus zu ermöglichen! Daß die Regierung Wirth nicht so offenkundig brutal vorgeht, ist nicht ein Ausfluß ihrer Menschenfreundlichkeit, sondern nur eine raffiniertere Berechnung, die sich auf längere Zeit ausdehnt und mehr einbringt.

Der außerordentliche Etat in Höhe von 40 Milliarden soll nicht durch Steuern, sondern durch Aufnahme von neuen Schulden ausgeglichen werden. Die Folge dieser neuen Milliardenausgabe von Reichsschatzanweisungen ist eine Steigerung des Notenumlaufs, weitere Entwertung der Mark, Erhöhung der Preise und wirkt daher — weil die Löhne nicht in gleicher Weise steigen —. wie eine indirekte Steuer zugunsten der Unternehmer. Der Ertrag der Steuern ist nur auf 80 bis 100 Milliarden Mark angestzt. deckt also nur den ordentlichen und den Reparationsetat.

Der größte Teil dieser Summe soll von vornherein durch eine Aufwandsbesteuerung bestritten werden. Die Hauptrolle spielt dabei die Kohle, die im vergangenen Jahre 4,6 Milliarden brachte und deren Ergebnis jetzt auf 32 Milliarden gesteigert werden soll. Wie das vor sich gehen wird, kann man aus der bisherigen Praxis der Preissteigerungen seitens der Kohlenbarone klar erkennen. Es kosteten in Mark pro t

	Kohle	Briketts
Januar 1914	13	12
April 1918	25	26
Januar 1920	110	150
Mai 1920	215	362
April 1921	247	376

Das ist seit 1918 (die Steuer trat am 1. August 1917 in Kraft) eine Steigerung um 888 Prozent bzw. 1346 Prozent!!

Für die anderen indirekten Steuern ergibt sich folgendes Bild:

	1920	1921	Steigerung in Prozenten gegenüber: 1920
Tabaksteuer . . .	1000	1800	80
Branntweinsteuer .	320	688	115
Weinsteuer . . .	200	450	125
Biersteuer	130	165	27
Salzsteuer	56	80	43

Die Zuckersteuer brachte bei einer Veranlagung 1920 mit 30 M. auf den Doppelzentner einen Ertrag von 119 Millionen M. Jetzt soll die Steuer pro Doppelzentner auf 110 M. erhöht werden, also um 233 Prozent! Auf ein Pfund Zucker kam bisher ein Steuerzuschlag von 7 Pf., jetzt wird die Steuer pro Pfund erhöht auf 50 Pf.

Die Umsatzsteuer ist veranschlagt mit 5,4 Milliarden, das sind gegen 1920 1,7 Milliarden mehr. Setzt man das Ergebnis der indirekten Steuern wie es Herr Wirth in seiner Rede getan hat, mit nur 36,25 Milliarden an — und rechnet dazu den 10 proz. Lohnabzug vom letzten Jahre mit 9 Milliarden, die Umsatzsteuer mit 5.4 Milliarden, so ergibt sich eine Summe von über 50 Milliarden. die von vornherein von den nicht-besitzenden Schichten getragen werden soll. Das sind 50 bis 60 Prozent der gesamten Steuern! Das Ergebnis des vielgerühmten ‚Notopfers" von 7—8 Milliarden — wenn man sie überhaupt bekommt — ist dagegen eine Kleinigkeit!

VI.

Die Stellung der verschiedenen proletarischen Parteien zu dem Steuerpoblem enthüllt klar und deutlich den politischen Charakter. Man kann drei Einstellungen unterscheiden:

Die erste ist die der K. A. P. D., die aber auch von einzelnen linken Genossen der V. K. P. D. vertreten wird. Diese Genossen sagen: die gesamte Steuerfage geht uns nichts an, sie existiert nicht für uns. Wir lehnen nicht nur den Haushalt ab, sondern wir halten es auch für opportunistisch, an den einzelnen Steuervorlagen mitzuarbeiten. Wir machen dadurch den Arbeitern höchstens noch Illusionen vor. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, die Krise zu verschärfen.

Dieser Standpunkt ist ein typisch kleinbürgerlich-anarchistischer. Die Genossen finden hier — wie auch bei allen anderen Gelegenheiten — nicht den konkreten Ansatzpunkt, wie man große Massen einheitlich und geschlossen in Bewegung setzen kann. Sie scheuen sich, Vorschläge für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu machen, weil sie glauben, daß dann die Arbeiterschaft in den Sumpf des Opportunismus versinkt. Zugleich aber wissen oder sagen sie wenigstens, daß der Kapitalismus am Ende seiner Lebenszeit ist, daß er nur mit Mühe seine Lohnsklaven notdürftig erhalten kann. Wenn sie das aber wirklich annehmen, so ist doch ganz klar, daß jede Verbesserung, die sich die Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus erkämpft, eine weitere Schwächung des kapitalistischen Systems bedeutet und die Bourgeoisie zu Maß-

nahmen gegen das Proletariat zwingt. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital wird also verschärft, zugleich aber wird dem so kämpfenden Proletariat der Weg gezigt zur Ueberwindung der Krise. Und das scheint uns die Aufgabe einer revolutionären Partei zu sein!

Diese unpolitische, passive K. A. P.-distische Einstellung ist — so ehrlich sie auch gemeint ist — eine von den Linkskindereien. Sie führt keinen Schritt vorwärts und wirkt nicht im geringsten revolutionär.

Direkt konterrevolutionär ist aber die Stellung der beiden anderen proletarischen Parteien, der U. S. P. und der S. P. D. Wie weit sich die U. S. P. nach rechts entwickelt hat, wie weit sie reif ist zur Verschmelzung mit der S. P. D. läßt sich gerade hier deutlich erkennen. Wenn es von Anfang an klar war, daß die U. S. P. D. — gebunden durch ihre Forderung der Annahme des Ultimatums, gebunden durch die Zustimmung zur Wirth-Regierung, gebunden durch den „freien Spielraum", den sie dieser bürgerlichen Koalitionsregierung gewährte — nur eine parlamentarische Opposition treiben würde; wenn es von vornherein klar war, daß die U. S. P. D. niemals die Massen aufrufen würde, zum Kampf um die wirkliche Abwälzung der Steuerlasten, sondern daß es sich bei ihr nur um einen parlamentarischen Kuhhandel um die Verteilung handeln würde, so ist sie gerade in den letzten Tagen noch viel weiter gegangen. Ueber die Haltung der S. P. D. als Regierungspartei im bürgerlichen Staate kann man sich nicht mehr wundern. Es ist von ihrem kleinbürgerlichen Standpunkt aus ganz richtig, wenn Wilhelm Keil im „Vorwärts" schreibt:

> „Das Ultimatum muß erfüllt werden, mindestens für einige Jahre (?) und die Voraussetzung der Erfüllung ist die völlige Ausbalancierung unseres inneren Haushaltes."

Aber niemand anders als Rudolf Hilferding schreibt in der „Freiheit" dasselbe.

> „So wird die Herstellung des Gleichgewichtes zum Mittelpunkt unserer gesamten Wirtschaftspolitik, und jedes Finanzprogramm ist daraufhin zu prüfen, ob es diese Grundforderungen erfüllt."

Wenn Breitscheid der nächste Außenminister wird, so verdient Hilferding mindestens den Sessel des Finanzministers. Der Staat ist da, die Ausgaben sind da! Wir — Rudolf Hilferding und die U. S. P. D. als die revolutionäre Partei — haben nicht zu prüfen, zu welchem Zweck die Lasten von den Arbeitern aufzubringen sind, wir haben nicht zu prüfen, ob die besitzenden oder nichtbesitzenden Klassen belastet werden, sondern wir müssen einzig und allein feststellen, ob und wie sich Einnahme und Ausgabe decken! Rudolf Hilferding stellt sich zusammen mit der S. P. D. die Aufgabe, die zerrütteten Finanzen des kapitalistischen Staates wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Das ist die Politik, die von der Arbeitsgemeinschaft zum Burgfrieden mit dem Kapital und zuletzt zur Koalitionsregierung führt.

Die Einstellung der Kommunistischen Partei ist diesen beiden Auffassungen gegenüber klar und bestimmt. Die Kommunisten sind die unversöhnlichen Feinde des bürgerlichen Staates, der immer noch trotz der umgeänderten Fassade alle Merkmale des Klassenstaates trägt. Sie haben mit ihm keine Verbindung und werden gegen ihn kämpfen, bis er zertrümmert ist. Die V. K. P. D. lehnt deshalb den Etat selbstverständlich ab. Bei diesem augenblicklich nur parlamentarischen Akt kann sie aber nicht stehen bleiben. Sie muß gegenüber der drohenden Gefahr das Proletariat in seiner Gesamtheit mobilisieren. Als Hebel dzau dienen die einzelnen Steuern. In allen Parlamenten, Betriebsversammlungen, Gewerkschaften, Genossenschaften und wo sonst noch Arbeiter sein mögen, wird die V. P. P. D. die Forderung aufstellen, daß die Lasten des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Wiedergutmachung allein von den Papitlistaen getragen werden. Sie lehnt alle Steuern ab, die aus dem Arbeitslohn oder aus Besteuerung lebensnotwendiger Güter aufgebracht werden sollen. Die Kommunisten werden zu allen Vorlagen ganz konkrete Vorschläge machen, wie man allein die Besitzenden heranziehen, wie man eine Abwälzung verhindern, wie man das Proletariat vor Elend und Not bewahren kann. Der „soziale" Charakter des Staates — wie es die S. P. D. zu sagen pflegt — muß sich dann sehr bald zeigen! Die Kommunisten werden nicht einen Fußbreit ihrer Forderungen preisgeben. Sie werden mit dem ganzen Schwergewicht der Partei eintreten nur für die Interessen des gesamten Proletariats, weil sie wissen, daß heute jede wirkliche Alltagsarbeit zusammenfällt mit der Arbeit für die Revolution, daß Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben sich heute nicht mehr trennen lassen. Daß dieses Vorgehen zu Zusammenstößen mit dem Kapital führen muß, ist selbstverständlich. Welche weiteren Maßnahmen dann die Kommunisten treffen müssen und werden, läßt sich heute im einzelnen noch nicht sagen. Sie werden es nicht wie die S. P. D. und U. S. P. D. bewenden lassen bei einem parlamentarischen Kuhhandel, der damit erledigt ist, daß man den Lohnabzug vielleicht auf 9 Prozent herabsetzt, um dafür die Zuckersteuer um 200 Prozent zu erhöhen, sondern sie werden die Steuerkämpfe führen als „eine Form des Angriffes gegen das Privateigentum, die zu neuen revolutionären Maßnahmen weitertreiben müssen".

Das Ende des Kapitalismus.

Von E. Ludwig.

Gewöhnl ch glaubt der Mensch, wenn
er nur Worte hört,
Es müsse sich dabei doch auch was
denken lassen.
(Faust, Hexenküche.)

Genosse Maslow hat in Heft 7, Jahrgang 3, der „Internationale" es unternommen, über die Probleme des III. Weltkongresses, zu schreiben. Es wird keinen Kommunisten geben, der nicht mit Genossen Maslow der Meinung wäre, daß eine hieb- und stichfeste marxistische Grundlegung aller Probleme, die den Kongreß beschäftigen, notwendige Vorausetzung dafür ist, daß er in allen Fragen, sowohl der allgemeinen Politik, wie der inneren Parteipolitik den richtigen Weg finde. Aber außer dem Genossen Maslow wird, glaube ich, kein Kommunist der Auffassung sein, daß das, was er als die wünschbare Theorie des Kongresses angibt, diese erforderliche marxistische Grundlegung sei. Statt die Probleme theoretisch zu klären, verwirrt er das, was bisher theoretisch klar war, zu einem unentwirrbaren Knäuel schlecht durchdachter und schief ausgedrückter Formulierungen und Thesen, die mit dem Marxismus nicht einmal mehr den Namen gemein haben.

Es muß darum, damit überhaupt die Probleme des Kongreses fruchtbar erörtert werden können, an das undankbare Geschäft gegangen werden, die Verwirrung zu entwirren. Dabei werde ich mich auf den grundsätzlichen, also den theoretischen ersten Teil der Arbeit des Genossen Maslow beschränken. Der zweite Teil über die Taktik der Internationale soll nur insoweit erörtert werden, als er in ganz unmittelbarem Zusammenhang mit jenem ersten Teil steht. Im übrigen sei die Kritik des zweiten Teils, die des Anfechtbaren genug enthält, späterer Arbeit vorbehalten.

I.

Die Problemstellung.

Genosse Maslow kleidet das Problem seiner theoretischen Untersuchung in die Frage: Krise oder Zusammenbruch des Kapitalismus.

Diese Gegenüberstellung von Krise und Zusammenbruch ist ganz und gar unmarxistisch. Sie ist vom Standpunkt der marxistischen Oekonomie ein Scheinproblem. Schon rein äußerlich leidet sie an dem Hauptfehler, an dem die ganze Darstellung des Ge-

nossen Maslow krankt: an der Unschärfe und Ungenauigkeit des Ausdrucks, die nur die Unschärfe und die Ungenauigkeit, die mangelnde Durchdringung der Gedanken selbst widerspiegelt.

Zwar: Krise oder Zusammenbruch, das klingt sehr forsch. Aber es ist nur der typische Radikalismus des Wortes, der den allein wichtigen Radikalismus in der Sache hemmt. Zusammenbruch: die Wahl des Wortes schon, für das Genosse Maslow zur Zusammenfassung und Charakterisierung der ökonomischen Vorgänge während der sozialen Revolution sich entscheidet, und das er in bewußtem Gegensatz zu einer gewöhnlichen, „nur lang andauernden Krisis des Kapitalismus" stellt, zeigt, daß er ganz falsche ökonomische Vorstellungen von dem hat, wie das, was heute im Kapitalismus, namentlich der besiegten Länder, sich vollzieht, theoretisch zu fassen ist.

Krise und Zusammenbruch, die sich in der Antithese des Genossen Maslow so scharf ausschließen, sind in der ökonomischen Wirklichkeit des Kapitalismus keineswegs so feindliche Gegensätze. Ist nicht jede Wirtschaftskrise im Cyklus des kapitalistischen Prozesses ein Zusammenbruch? Ist nicht die Katastrophe das Lebenselement des Kapitals auch in der Zeit seiner Entfaltung? Und ist nicht umgekehrt auch „der Zusammenbruch des Kapitalismus" eine Krise im kapitalistischen Kreislauf? Ich glaube, daß auch Genosse Maslow, trotz seiner Antithese diese Fragen bejahen wird.

Jede Krisis ist der Zusammenbruch der ihr vorhergehenden Hochkonjunktur; ein Zusammenbruch, der alle Merkmale des Begriffes an sich trägt, die mit diesem Worte verbunden zu werden pflegen: Stockung der Produktion und des Absatzes, Vernichtung von Waren, Betriebsschließungen, Bankkrach, Lohnherabsetzung und Arbeitslosigkeit. Und das, was Genosse Maslow den Zusammenbruch des Kapitalismus nennt, nimmt durchaus diese Erscheinungsformen der Krisis an. Krisis und Zusammenbruch unterscheiden sich also nicht durch die Erscheinungsform ihres Ablaufes, nicht dadurch, daß der Zusammenbruch nicht die Form einer Krisis habe, die Krisis kein Zusammenbruch sei.

Nicht einen Zusammenbruch gilt es zu beschreiben; nicht eine Theorie der Explosion, des „In-die-Luft-Sprengens des Systems", des „Zerplatzens der Nähte genieteter Kessel" zu begründen. Zur Debatte steht der Nachweis, daß heute die Periode des kapitalistischen Zerfalls eingetreten ist. Wer an diese Untersuchung mit der Vorstellung eines Zusammenbruchs, einer Explosion, nicht aber eines verwickelten ökonomischen Prozesses herangeht, der verschließt sich selbst schon vor dem Beginn seiner Arbeit die Möglichkeit ihrer Durchführung. Der findet nicht den Unterschied zwischen den früheren Krisen und der Endkrisis des Kapitalismus. Denn der Nachweis dieses Unterschiedes ist, wenn er auf festem marxistischen Grund und Boden stehen soll, aus den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus selbst zu entwickeln. Aus diesen Bewegungsgesetzen, die das Aufblühen des Kapitalismus, die Entfaltung des Kapitalismus bestimmen, sind auch die Gesetze seines Zerfalls herzuleiten. Es reicht nicht aus, mit Hilferding, die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft beschreibend festzustellen,

die Entwicklung des Finanzkapitals und der Vertrustung im Zeitalter des Imperialismus darzulegen. Die Gesetze selbst, die zu diesen Entwicklungsformen des Kapitalismus führen, müssen in ihrer dialektischen Bewegung aufgedeckt und aus ihnen auch die Auflösung der kapitalistischen Wirtschaftsweise entwickelt werden*). Nur auf Grund dieser Gesetzmäßigkeit kann die entscheidende Frage nach dem ökonomischen Ende des Kapitalismus beantwortet werden. Das Wort Zusammenbruch gibt allerhöchstens ein schlechtes und schiefes Bild von dem Prozeß, der dieses Ende herbeiführt, nie und nimmer aber eine Zusamenfassung seines ökonomischen Inhalts, in seinem entscheidenden Unterschied von früheren Krisen.

Die so formulierte Frage nach dem ökonomischen Ende des Kapitalismus als Prozeß seiner Entwicklung selbst, führt aber sofort über das Krisenproblem hinaus. Das wird klar, sobald die Grundfrage nach der Funktion der Krise aufgeworfen wird, die sie im Gesamtablauf der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu erfüllen hat. Es wäre für den Fortgang seiner Untersuchung richtiger gewesen, wenn der Genosse Maslow schon bei der Problementwicklung diese Frage sich präzise gestellt und genau beantwortet hätte, statt zur Rechtfertigung seiner Antithesis Krise oder Zusammenbruch mit leichter Handbewegung auf die Herausbildung eines rechten Flügels der Kommunistischen Internationale hinzuweisen. So sicher heute ein solcher Flügel besteht, so sicher kann er nur durch eine theoretisch einwandfreie und unanfechtbare Grundlegung der revolutionären Praxis der Kommunistischen Internationale überwunden werden, welche Bedingung die Arbeit des Genossen Maslow nicht erfüllt.

Welches ist nun die Funktion der periodischen Krisen im Ablauf der kapitalistischen Wirtschaft?

Der Krisis fällt im Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise die Aufgabe zu, die Widersprüche dieser Produktionsweise durch ihre Zuspitzung auszugleichen und dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhang zwischen den unabhängig vom gesellschaftlichen Bedürfnis produzierenden, nur vom Profitinteresse bestimmten, privaten Unternehmen und eben dem gesellschaftlichen Bedürfnis herzustellen. In der Krise setzt sich die gesellschaftliche Funktion der kapitalistischen Wirtschaft durch, deren Erfüllung ihre Existenz überhaupt erst ermöglicht: das Leben und die Produktion der in ihr vergesellschafteten Menschen zu sichern und zu erhalten; und zwar dadurch, daß die Krisis gewaltsam die privaten Produktivkräfte auf die Schranken des Absatzmarktes, des gesellschaftlichen Bedürfnisses, stößt.

> „Die widerspruchsvolle Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft macht sich dem praktischen Bourgeois am schlagendsten fühlbar in den Wechselfällen des periodischen Cyklus, den die moderne Industrie durchläuft, und deren Gipfelpunkt — die allgemeine Krise." (Marx, Vorwort zur 2. Auflage des 1. Bandes des Kapital, Seite 18.)

*) Vergleiche dazu auch meine Besprechung von Bucharins A. B. C. des Kommunismus in Heft 2 des 3. Jahrgangs dieser Zeitschrift, Seite 29 ff.

Die Krisis, in der die, dem Kapitalismus eigentümliche Bewegung des Aufstiegs und Niedergangs seiner einzelnen Kreisläufe kulminiert, zerreißt nicht diese Cyklen, deren Ende sie ist, sondern vollendet sie. Die Explosion der Krise — um einmal die Explosionstheorie des Genossen Maslow anzuwenden — erhält das gesellschaftliche Gesamtkapital, indem sie in dem Augenblick, da sich seine inneren Widersprüche auf das schärfste zugespitzt haben, konkurrenzunfähig gewordene Einzelkapitale in die Luft gesprengt.

> „Diese Preisschwankungen und Krisen haben für die Gesellschaft im Ganzen nur den Sinn, daß sie die chaotische Privatproduktion stündlich und periodisch immer wieder ins Geleise der allgemeinen großen Zusammenhänge einrenken, ohne die sie sehr bald aus dem Leim gehen müßte." (Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik. Frankes Verlag, 1921, Seite 14.)

Aber die Funktion der Krisis ist damit noch nicht erschöpft. Indem sie den einen kapitalistischen Cyklus vollendet, eröffnet sie gleichzeitig einen neuen mit den gleichen Widersprüchen, mit den gleichen Zuspitzungen, wie im vorhergegangenen, die ebenfalls wieder in einer Krisis sich entladen. Die Krisis, indem sie den Kreislauf einer kapitalistischen Periode abschließt, beginnt einen neuen. Sie sichert nicht nur die Vollendung des kapitalistischen Ablaufs innerhalb eines periodischen Cyklus mit allen seinen Widersprüchen; sie sichert in ihrer Periodizität den Zusammenhang der einzelnen Cyklen und dadurch die Durchsetzung der Gesetze, die die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise regieren: der Gesetze der erweiterten Reproduktion, die in ihrer Abwandlung durch die kapitalistische Produktionsweise als Akkumulation des Kapitals erscheinen.

Dieses Gesetz der Akkumulation des Kapitals ist das Bewegungsgesetz des Kapitalismus, von dem vorhin andeutend gesagt wurde, daß in ihm Glück und Ende des Kapitalismus beschlossen ist. Dieses Gesetz gilt es zu erfassen, in seinem Ablauf zu verfolgen und an seiner Hand die verwirrende Fülle der ökonomischen Tageserscheinungen dahin zu prüfen, ob die Sterbeglocke des Kapitalismus schon heute läutet. Wie die Krisis die Gesetze der Akkumulation erst durchsetzt, so wird umgekehrt, die Funktion der Krisis erst aus dem Gesetz der Akkumulation verständlich. Und damit hört das Krisenproblem auf, das entscheidende Problem für die Frage nach dem Ende des Kapitalismus zu sein. An seine Stelle tritt die Frage nach Akkumulation des Kapitals und ihrer konkreten Bedingungen.

> „Periodischer Konjunkturwechsel und Krise sind spezifische Form der Bewegung bei der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sie sind aber nicht die Bewegung selbst. Um das Problem der kapitalistischen Reproduktion in reiner Gestalt darzustellen, müssen wir vielmehr gerade von jenem periodischen Konjunkturwechsel und von Krisen absehen. (Rosa Luxemburg: „Die Akkumulation des Kapitals", Frankes Verlag, 1921 Seite 6.)

Fällt der Mantel, so muß der Herzog nach. Schiebt die Konzentrierung des Problems auf die Krisen, die vom Genossen Maslow

aufgeworfene Frage für die Zeit des aufsteigenden Kapitalismus „auf ein Nebengeleise"*), so gilt das gleiche auch für die andere Seite des Maslowschen Problems, für den Zusammenbruch in der Uebergangsepoche. Von der Funktion der Krisis aus gesehen kann der Unterschied zwischen den periodischen Krisen und den krisenhaften Vorgängen, die sich heute abspielen, nur der sein, daß im gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Entwicklung, die Krisis ihre frühere Funktion der Erhaltung des kapitalistischen Gesamtprozesses nicht mehr erfüllen kann. Der Nachweis dieser These führt aber sofort vom Problem des Zusammenbruchs wieder auf das Problem zurück, das auch das Krisenproblem in sich einschließt: auf die Frage der Akkumulation.

Damit hat sich die Maslowsche Antithese als ein Scheinproblem enthüllt. Nur unter dem Blickpunkt der Akkumulation kann die Frage nach dem Ende des Kapitalismus gefaßt werden. Und von ihm aus gesehen, heißt die Frage nicht: Krisis oder Zusammenbruch; sondern: sind heute noch die konkreten Bedingungen, die eine Akkumulation des Kapitals ermöglichen, von dem seine Erhaltung und Entfaltung abhängt, gegeben? Oder aber machen die heute vorhandenen konkreten ökonomischen Bedingungen eine Akkumulation unmöglich und führen damit — nach der Gesetzmäßigkeit der Akkumulation selbst — das Ende des Kapitalismus herbei?

Oder ist das Problem anders, mit Bezug auf den Kulminationspunkt der Krisis in periodischen Ablauf des Kapitalismus gefaßt: Weshalb ist aus ökonomischer Gesetzlichkeit die Weltkrise des Krieges und der Nachkriegszeit die Endkrise des Kapitalismus? **) Wobei das Weshalb in der Frage und der Hinweis auf die ökonomische Gesetzlichkeit auf die Grundlegung des Problems, wie seine Lösung und ihr Resultat hindeutet: auf die Lehre von der Akkumulation des Kapitals und auf sein in ihr beschlossenes ökonomisches Ende.

Genosse Maslow hat auch etwas von Reproduktion, einfacher und erweiterter und sogar von verkürzter gehört. Aber er hat die Lehre Rosa Luxemburgs gründlich mißverstanden. Er ist so sehr der Gefangene seiner Zwangsvorstellung vom Zusammenbruch, daß er das Verhältnis von Krisis und Reproduktion auf den Kopf stellt und es fertig bringt, zu behaupten, daß die periodisch eintretenden Krisen des Kapitalismus während ihrer Dauer „die Gesetze der Bewegung" außer Geltung setzen. Gerade das Umgekehrte ist die marxistische Auffassung: daß nämlich in der Krisis und durch sie die Gesetze des Kapitalismus mit ihren Widersprüchen sich durchsetzen.

Genosse Maslow ist so sehr der Gefangene seines Scheinradikalismus, daß er gar nicht merkt, wie er sein eigenes Problem Krisis oder Zusammenbruch des Kapitalismus leichtherzig wieder preisgibt, wenn er Seite 252 schreibt:

*) Rosa Luxemburg: „Akkumulation", Seite 186.
**) Vergleiche meine Bucharin-Besprechung a. a. O.

„Will man die Reproduktion von einem ganz historischen (!) Standpunkt aus betrachten, so wird man (!) dann (!) sagen können, der Krieg nebst der Revolution, also die ganze Uebergangsepoche sei doch (!) nur eine Krise gewesen . . . .“

Womit der Zusammenbruch mit einem Male wieder in eine Krisis verwandelt ist, wenn auch nur vom „ganz historischen Standpunkt aus“. „Erkläret mir Graf Oerindur diesen Zwiespalt der Natur“. Genosse Maslow konnte zu dieser Eskamotage seines Problems „vom historischen Standpunkt“ aus nur kommen, weil er sich bei der Problemstellung das dialektische Verhältnis von Krisis und Reproduktion überhaupt nicht klar gemacht hat.

Für alle diese Bock- und Luftsprünge macht sich Genosse Maslow eine Methode zurecht, die mit der marxistischen nichts mehr gemein hat. Und mit seiner wunderlichen Problemstellung und der ihm eigentümlichen Methode gelangt er zu theoretischen und taktischen Ergebnissen, die, bisher wenigstens, als kommunistisch nicht angesehen worden sind.

(Fortsetzung folgt.)

Lage und Aufgaben der deutschen Landarbeiter.

Von J. R.

„Es wäre ein Wahn, den Sozialismus ohne Landwirtschaft zu verwirklichen.“
(Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der K. P. D.)

In Deutschland beträgt die Zahl des ländlichen Proletariates nach der Statistik vom Jahre 1907 4½ Millionen, die der Zwerg-, Klein- und Mittelbauern (Arbeitsbauern) 2—3 Millionen. Von diesen ca. 7 Millionen, denen nur ca. 23 000 Großgrundbesitzer und Großpächter sowie 253 000 Großbauern gegenüberstehen, hängt es ab, ob die proletarische Revolution in Deutschland siegreich verlaufen wird oder nicht. Denn ohne die Eingliederung des ländlichen Proletariats in die revolutionäre Front der Industriearbeiterschaft und zum Mindesten die Neutralität der Klein- und Mittelbauern im Entscheidungskampfe der beiden sich gegenüberstehenden, um die Macht ringenden Klassen des Proletariats und der Bourgeoisie ist weder militärisch, noch ernährungstechnisch der endgültige Sieg der Arbeiterklasse über das vereinigte Bürger- und Junkertum möglich.

Es ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Partei, sich mit der Agrarfrage zu befassen und eine syste-

matische und eifrige Landagitation zu betreiben. Die Kommunistische Partei Deutschlands, der Spartakusbund, hat das auch klar erkannt, und schon im Sommer 1919 ein Agrarprogramm ausgearbeitet, das unsere Stellung sowohl gegenüber den Landarbeitern, wie gegenüber den Kleinbauern festgelegt hat, und daß auch von der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands auf dem Vereinigungsparteitag im Dezember 1920 mit kleinen Abänderungen als ihr Programm angenommen worden ist. Und es kann wohl festgestellt werden, daß die bisherige Arbeit der Partei, so viel Hemmnisse ihr auch bereitet waren, und so schwierig auch die Agitation gerade auf dem Lande sich gestaltet, nicht ohne Erfolg geblieben ist.

Seit dem November 1918, als den bis dahin der revolutionären Bewegung des Proletariates noch ganz fernstehenden Landarbeitern durch die Aufhebung der Gesindeordnungen das Koalitionsrecht gegeben wurde, haben sich die deutschen Landarbeiter mit Riesenschritten in die revolutionäre Front des Proletariats eingereiht.

Im Kapp-Putsch marschierten sie sogar an der Spitze. So hatten sie auch damals in Mecklenburg eine Rote Armee aufgestellt, und auch in allen anderen Gebieten standen Landarbeitertrupps im Kampfe; auf einer Reihe von Gütern wurden sofort Gutsräte gebildet, die ganz aus sich selbst heraus, über die Köpfe der Besitzer hinweg, die kämpfenden Brüder in den Städten mit Nahrungsmitteln belieferten. Die deutschen Landarbeiter waren damals bereit, den Kampf trotz Gewerkschafts- und S. P. D. sowie U. S. P.-Bureaukraten fortzusetzen, das Industrieproletariat aber begnügte sich mit der Zurückholung der Ebert, Noske und Bauer.

Inzwischen haben die Großindustriellen und vor allem die Großagrarier sich wieder fest in den Sattel gesetzt. Ihre Willkür gegen die Landarbeiter kennt kaum noch Grenzen, die Lage des Landproletariats verschlechtert sich immer mehr. Das bezeugt ein kurzer Rückblick auf die Lage der Landarbeiter seit dem November 1918.

Die Landarbeiter strömten damals dem Deutschen Landarbeiter-Verband, der sozialdemokratischen Landarbeiter-Gewerkschaft, die seit 1909 besteht, bei der November-Erhebung aber noch nicht 20 000 Mitglieder zählte, in Scharen zu, so daß die Mitgliederzahl bis zum Sommer 1920 auf über 800 000 anschwoll. Die S. P. D. als Regierungspartei und mit ihr der D. L. V. erschienen den deutschen Landarbeitern als die Körperschaften, die sie aus der alten Sklavenfessel befreit hatten, die den Achtstundentag proklamierten und ihnen auch weiter vorwärts helfen würden. Aber die Enttäuschung kam bald. S. P. D. wie D. L. V.-Vorstand traten ein für die Arbeitsgemeinschafts- und Tarifpolitik. Sie propagierten, um für diese eine Grundlage zu haben, und schufen selbst mit die Junkerverbände, die vorher nicht bestanden hatten und mit denen die Junker selbst noch wenig anzufangen wußten, die sie dann aber bald geschickt als Kampforganisation gegen die Landarbeiter ausbauten.

Infolge der Gemeinschaftspolitik der S. P. D. und der D. L. V.-Bureaukratie — das Hauptvorstandsmitglied Georg Schmidt ist zugleich parlamentarischer Vertreter der S. P. D. — wurde auch der Achtstundentag für die Landarbeiter niemals Wirklichkeit. Im Interesse des „allgemeinen Wohls" und des „Vaterlandes" wurde schon in der „Vorläufigen Landarbeitsordnung" vom Januar 1919 für 4 Monate 8 Stunden, 4 Monate 10 Stunden und 4 Monate 11 Stunden tägliche Arbeitszeit festgesetzt. Die Barlöhne wurden unter Berufung auf die auf dem Lande üblichen Deputatlieferungen nach wie vor äußerst niedrig gehalten. Während die Preise für alle Bedarfsgegenstände um das 14—20fache, die Löhne der von der S. P. D.-Politik sich immer mehr entfernenden Industriearbeiter wenigstens um das 8—10fache gestiegen sind, stiegen die Löhne der politisch und gewerkschaftlich noch ungeschulten Landarbeiter nur um das 4—5fache. Die Löhne der in der Landwirtschaft tätigen Frauen betrugen sogar noch 44—80 Prozent weniger als die der Männer, wie das der D. L. V. selbst in seinen Lohnstatistiken für das Jahr 1920 nachgewiesen hat. Das die junkerliche Ausbeutung begünstigende Hofgängersystem blieb unangetastet; der ostpreußische oder pommersche Deputatarbeiter muß heute, wie vor dem November 1918, einen oder gar zwei Arbeiter (es sind meist seine Kinder) stellen, die gegen Schandlöhne für den Gutsbesitzer wie Erwachsene arbeiten, die der Deputatarbeiter aber zu beköstigen, und für die er dem Besitzer gegenüber die volle Verantwortung zu tragen hat. Für das sogenannte ländliche „Gesinde", die auf den Gütern und Höfen tätigen Hausmädchen wurde nicht einmal die in der Landarbeitsordnung gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit in den Tarifen innegehalten. „Sieben Stunden Nachtruhe" sind in einem oberbayerischen Tarif von 1920 die einzige Arbeitsbestimmung, ohne daß der D. L. V. auch nur einen Finger gekrümmt hätte, um mit solchen Mißständen aufzuräumen.

Tausendfach größer noch, als es schon aus den gesetzlichen Bestimmungen und den Tarif hervorgeht, ist das Elend des deutschen Landproletariates dadurch, daß die Junker, vor allem die ostelbischen, Tausende von Morgen Land brachgelegt, ihre Felder in Weide verwandelt und ganze Scharen von dadurch überflüssig gewordenen Landabeitsfamilien auf die Straße gesetzt haben. Im Herbst 1919 hörte man zum ersten Male von Landarbeiterentlassungen in großem Maßstabe, die eine große Streikbewegung der pommerschen Landarbeiterschaft nach sich führten. Seitdem sind die Arbeiterentlassungen auf der Tagesordnung geblieben; dabei suchen sich die Junker bei den Entlassungen stets als erste die kommunistischen Landarbeiter heraus. In Pommern aber triumphiert heute die Junkermacht bereits derart wieder, daß dort sogar ohne viel Federlesen rücksichtslos jeder Landarbeiter gemaßregelt wird, der im D. L. V. und nicht in dem gelben Pommerschen Landbund organisiert oder der noch Betriebsrat ist. Die Junker sind zum Entscheidungskampf durchaus gerüstet. Durch ihre Organisationen haben sie sich zu einer festen Einheitsfront zusammengefunden. Sie haben heute keinen Kapp-Putsch mehr nötig, sondern sind gewillt, auf

durchaus legalem Wege, das durch die Gewerkschaftsbürokratie noch immer zerplitterte Proletariat weiter zu knechten und auszusaugen. Als ersten Vorstoß haben sie im April des Jahres, als die meisten Landarbeitertarife neu abgeschlossen werden sollten, sich gegen eine Verbesserung der feststehenden Tarife energisch zur Wehr gesetzt. Sie haben — da die D. L. V.-Bürokraten aus Furcht vor dem Junkertum jeden Streik der Mitglieder abzuwürgen bemüht sind und immer wieder klein beigegeben haben — Tarife durchgesetzt, die eine Erhöhung der Arbeitszeit (in Holstein z. B. um 26 Stunden, anderwärts zum mindesten durch Ueberstundenpflicht) vorgesehen, und in denen Lohnerhöhungen, wo solche überhaupt vorliegen, fast nur durch eine höhere Bewertung der gleichen Deputatmengen wie im Jahre 1920 durchgekommen sind. Die Saisonarbeiter sind aus den meisten Tarifen ausgeschlossen und werden, da sie bei Strafe des Verhungerns zur Annahme jeden Lohnes gezwungen sind, als Lohndrücker gegen die einheimischen Arbeiter ausgespielt. Es gibt Güter, auf denen fast nur Polen oder Frauen und Kinder arbeiten. Um die Wohnverhältnisse ist es auf dem Lande mindestens ebenso schlecht bestellt, wie in den Städten: Die Gutsbesitzer wohnen in Palästen und eine Reihe von Herrenhäusern steht ganz leer; die Landarbeiter hausen in Löchern.

Die Berührung mit dem Industrieproletariat, die Knute und schrankenlose Willkür der Junker und vor allem auch die auf den Gütern heute noch untergebrachten bewaffneten gegenrevolutionären Banden haben indeß einem erheblichen Teil des Landproletariats die Augen geöffnet und ihm die Unüberbrückbarkeit der Gegensätze zwischen Landproletariat und Junkertum zum Bewußtsein gebracht. Die gelben Landbünde sind dem deutschen Landproletariat verhaßt, und der christlich-nationale Zentralverband der Land-, Forst- und Weinbergsarbeiter ist für die Massen des Landproletariats ebenfalls ohne Bedeutung. Nur in kleinen Distrikten hat dieser infolge des kläglichen Verhaltens der D. L. V.-Bürokratie vorübergehend eine größere Mitgliederzahl gewinnen können. Dagegen sind nicht unerhebliche Absplitterungsversuche vom D. L. V. gemacht worden, der immer wieder, wenn die Landarbeiter den Kampf mit den Großagrariern zum Austrag zu bringen gewillt waren, ihnen in den Rücken fiel und, feige vor dem Junkertum und aus Furcht, die bürgerliche Regierung zu beschweren, die Interessen des Landproletariats schnöde verraten hat. Der beste Teil der Arbeiter hat indes erkannt, daß ohne gewerkschaftlichen Zusammenschluß und einheitliches Vorgehen vermittels der Gewerkschaften der Sieg über das Junkertum, sowie die gesamte Burgeoisie nicht zu erreichen ist. Er hält fest daran, daß, um diesen Sieg jemals zu erringen, die Organisierung im D. L. V. und die Beseitigung der Bürokratie des Verbandes notwendig ist. Nach den Tarifabschlüssen im April und Mai sind in ganz Deutschland Landarbeiter Sturm gelaufen gegen ihre Gruppen- und Gauvorstände, die diese Tarife unterzeichnet haben; sie fordern die Bestätigung der von ihnen selbst gewählten Vertrauensleute und An-

gestellten und erheben überall die Forderungen: Achtstundentag auch für das Landproletariat, Einstellung der entlassenen Landarbeiter und dafür evtl. Verkürzung der Arbeitszeit, wesentliche Erhöhung des Barlohns; Erhöhung des Deputats, wo es nicht ausreicht, insbesondere Erhöhung mit wachsender Familienzahl; Gleichstellung der Frauenlöhne mit denen der Männer; Verbot der Kinderarbeit; Wohnungsausbesserungen und Neubauten auf Kosten der Gutsbesitzer; diekter Austausch der Produkte durch die Organe der Land- und Industriearbeiter; Entwaffnung der Orgesch und Einwohnerwehren; Bewaffnung des Proletariats.

Die Landarbeiter stehen heute, ob sie nun Parteikommunisten, oder ob sie noch in der S. P. D. organisiert sind, in erbitterten Kämpfen, sowohl gegen die Junker und Großbauern, wie gegen ihre Gewerkschaftsbürokratie. Wenn das Industrieproletariat in diese Kämpfe mit seinen Forderungen zur rechten Zeit einzugreifen versteht, und Industrie- und Landproletariat geschlossen sich der heute bereits geschlossenen Front von Industrie- und Agrarkapital entgegenstellen, dann ist der Sieg der proletarischen Revolution gewiß.

Die sozialistische Partei.

(Brief aus Frankreich.)

Von L. V.

(Schluß.)

Die Bildungsarbeit der Partei.

Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die von der Partei bisher geführte Propaganda und Agitation alles andere als geregelt war. Es war ausgesprochene Gelegenheitsarbeit und auf die Ereignisse des Tages eingestellt. Ohne Methode, niemals konsequent und immer inhaltslos, begnügte sie sich mit enthusiastischen Phrasen, die im besten Falle ein Strohfeuer entzünden vermochten, niemals aber das Gebälk der herrschenden Ideologie der Bourgeoisie zerstören konnten. Die Propagandisten des Wortes und der Feder kannten in den günstigsten Fällen einige theoretischen Formeln, waren aber außerstande, sie durch eine an objektiven und überzeugenden konkreten Tatsachen reiche Argumentation zu beleben. Die Propaganda glitt und gleitet auch heute noch auf der Oberfläche der Erscheinungen und Ereignisse dahin, anstatt sie zu durchdringen. Es ist dies weniger dem Mangel an gutem Willen, als vielmehr dem Fehlen gewisser technischer Voraussetzungen geschuldet. Andererseits hatten trotz der begeisterten Lobpreisungen der russischen Revolution, trotz der Annahme ihrer

Methoden und Lehren, die führenden Genossen absolut keine klare Vorstellung von den Aufgaben, die ihrer in der nächsten Zukunft auf französischem Boden warten. Um diese Mängel der Propaganda und um überhaupt alle der Partei aus ihrer einstigen Aktivität der Phrase überkommenen Mängel abzustellen, hat der Parteivorstand am 15. März in einer mit den kommunistischen Technikern abgehaltenen Sitzung beschlossen, eine Zentralstelle für kommunistische Bildung zu schaffen. Dieser Beschluß, der hoffentlich praktische Bedeutung erlangen wird, zeigt den Willen der Partei, auch intellektuell reifer zu werden. „Wir müssen", schrieb Frossard*) im „Journal du Peuple", „wenn eines schönen Tages die Verantwortung der Macht auf unsern Schultern ruht, zum mindesten mit den Problemen vertraut sein, deren unverzügliche Lösungen die Republik von uns erheischen wird." Und an anderer Stelle, mit Bezug auf jene sympathisierenden, aber schwankenden Elemente, sagt Frossard weiter: „Wir würden sie für uns gewinnen, wenn wir es nur verständen, ihnen in klarer, einfacher und präziser Sprache den Wesenskern des Sowjetgedankens nahezubringen, wenn es uns gelänge, ihnen das Gesamtbild des kommunistischen Systems, wie es sich nach drei Jahren proletarischer Herrschaft darbietet, vor Augen zu führen . . . . Der Zweck unserer Bildungszentralstelle soll also sein die Vertiefung unserer Propaganda."

Die Partei war naturgemäß bemüht, ihrer Bildungsarbeit durch ihre marxistischen Schulen und durch ihre Propagandaschulen einen gewissen Rahmen zu geben. Aber man hüte sich vor Illusionen über die mögliche Reichweite dieser Schulen. Die Organe der Partei können die kommunistische Schulung der Parteimitglieder nur in Verbindung mit den Aktionen der Partei erfolgreich betreiben. Es ist zu hoffen, daß die Errichtung der Zentralbildungsstelle die Bemühungen des Parteivorstandes um die Hebung und Erweiterung der politischen Bildung der Parteimitglieder und die Durchdringung der Partei mit kommunistischem Denken kräftig fördern. Aber die Partei muß sich von vornherein über die Gefahren klar sein, die die Errichtung dieser Zentralstelle des sogenannten Rates für kommunistische Studien" mit sich bringt. Man könnte versucht sein, in diesem Rat für kommunistische Studien ein Pendant zu dem famosen „Wirtschaftsrat der Arbeit" zu sehen, in dessen Garküche die Modernisierung und sozialistische Auffärbung bürgerlicher Ideen und Projekte betrieben wird, um dann unter cegetistischer Firma (französischer Gewerkschaftsbund) den unzufriedenen Arbeitern aufgeschwindelt zu werden. Diese Gefahr ist umso größer, als der Wirtschaftsrat der Arbeit sich hauptsächlich aus Angehörigen der „Ustika" (Vereinigung der Techniker in Industrie, Handel und Landwirtschaft) zusammensetzte, dieser selben „Ustika", aus deren Reihen nach dem Willen der Partei auch die hauptsächlichsten Mitglieder des Rates für kommunistische Studien entnommen werden sollen. Die Gefahr kann vermieden werden, wenn die Partei resp. der Parteivorstand den Rat genügend überwacht und den Geist seiner Arbeiten bestimmt. Die Kommunistische Partei darf nicht vergessen, daß sie die bewußte Vorhut der im Kampfe gegen die herrschende Bourgeoisie stehenden Arbeiterklasse sein soll. Es ist die dringende Aufgabe der Partei, diesen Kampf so gut zu führen, wie sie es nur vermag und ihn siegreich zu führen. Und alle ihre Organisationen, Schulen und Bildungsorgane dürfen diese ungeheure Aufgabe

*) L. O. Frossard „Journal du Peuple" du 17. Mars 1921.

nicht eine Minute lang vergessen. Darum war die Partei und ist sie noch verpflichtet, den bürgerlichen Charakter des Wirtschaftsrates der Arbeit, dieser Garküche der Arbeitsgemeinschaft mit den herrschenden Klassen, an den Pranger zu stellen und damit gleichzeitig die Rolle, die Aufgaben und das Arbeitsfeld des Rates für kommunistische Studien zu präzisieren.

Die Partei und die Gewerkschaftsfrage.

Schon seit seiner Rückkehr aus Rußland hat der Genosse Frossard in der Presse sowohl wie in Versammlungen (siehe beispielsweise die von ihm auf dem Kongreß von Orleans gehaltene Rede!) mit Bezug auf die Gewerkschaftsfrage einen Standpunkt vertreten, der nicht den von der Kommunistischen Internationale auf dem Zweiten Kongreß angenommenen Thesen entspricht. Der Standpunkt Frossards hat dann in der vom Parteikongreß in Tours angenommenen Resolution, die die Unterschriften der Vertreter der Fraktion Cachin-Frossard und des Komitees der III. Internationale in Frankreich trug, den Sieg davongetragen. Hier sei der auf die Gewerkschaftsfrage bezügliche Passus der Resolution wiedergegeben:

„Das historische Werden des revolutionären Syndikalismus in Frankreich, der ursprüngliche Charakter, den die Theorie sich bewahrt hat und die gegenwärtigen Beziehungen der marxistischen Kommunisten zu den revolutionären Syndikalisten zwingen uns zur Annahme einer Taktik, die ein dauerndes Einvernehmen zwischen den Revolutionären der Partei und den Gewerkshaften ermöglichen, die auf dem Boden der Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat und der Diktatur des Proletariats stehen."

Diesem Gesichtspunkt entsprach die ganze bisherige Haltung der Partei in dieser Frage. Sie unternahm nicht einmal den Versuch der Bildung kommunistischer Zellen in den Gewerkschaften, in den der C. G. T. (Allgemeiner Arbeitsbund) angeschlossenen Organisationen. Die Gründe, die die Partei zu dieser Unterlassung bestimmten, lassen sich wie folgt, resumieren: Seit dem Gewerkschaftskongreß von Orleans wird von den revolutionären Syndikalisten die Bildung revolutionär-syndikalistischer Zellen mit Feuereifer betrieben. Sie schreiten überall zur Errichtung von C. S. R. (Revolutionär-Syndikalistischen Komitees). Diese untereinander und mit dem Zentralexekutivkomitee revolutionärer Syndikalisten organisch verbundenen Komitees versuchen, den Allgemeinen Arbeitsbund von unten herauf zu erobern. Die in der Sozialistischen Partei (S. F. I. C.) organisierten Kommunisten sind in den Komitees vertreten und wirken dort, aber in keinerlei organisatorischem Zusammenhang mit dem Parteivorstand. Die Partei, die sich auf den Minderheitsstandpunkt von Orleans stützt, erachtet die Bildung neuer Zellen für unnötig. Wir stellen fest, daß die Partei seit Tours und bis heute in ihrer Presse und ihren Organen nichts getan hat, um dem in den vom Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommenen Thesen enthaltenen Gesichtspunkt zu entsprechen. Sie hat auch nicht im geringsten in die fortgesetzten und höchstinteressanten Diskussionen eingegriffen, die innerhalb der revolutionär-syndikalistischen Kreise über ihren Eintritt oder Nichteintritt in die gereinigte Partei geführt wurden. Während in fast jeder Nummer der „Vie Ouvrière" Artikel zu finden sind, die diese besondere Frage und die historische Rolle des Syndikalismus im allgemeinen erörtern, beobachten wir das absoluteste Schweigen

der Parteiorgane über diesen Gegenstand. Dieses Schweigen ist nicht geeignet, zur Lösung des Problems der Beziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften beizutragen. Und das umsoweniger, als die Anhänger wie die Gegner des Eintritts in die Partei unter den revolutionären Syndikalisten in irrigen Vorstellungen über den Syndikalismus selbst befangen sind und auch der Partei und ihrer Rolle höchst kritisch gegenüberstehen.

Die Anhänger des sofortigen Beitritts zur Partei meinen die Partei noch mehr revolutionieren zu können. Es gibt unter diesen sehr viele Kameraden mit mehr oder weniger ausgesprochen anarchistischen Anschauungen. Sie sind voller Enthusiasmus und revolutionären Elans, voller Hingebung und Mut. Aber es fehlt ihnen das marxistische Bewußtsein, die Schulung des kommunistischen Marxisten. Mit allen ihren guten Eigenschaften und Schwächen bedeuten sie eine große Stärkung der Partei, vor allem, weil sie in ihr das proletarische Element stärken helfen würden. Die Zahl der der Partei zuströmenden syndikalistischen Kameraden ist groß und läßt die Partei mit Riesenschritten wachsen. Aber gerade darum ist das Schweigen der Partei zu diesen die Massen bewegenden Fragen eine Verirrung, deren schädliche Folgen proportionell mit der zahlenmäßigen Stärke der Partei wachsen.

Die Beitrittsgegnerschaft unter den revolutionären Syndikalisten Frankreichs basiert nicht nur auf von den Syndikalisten bewußt ausgebildeten theoretischen Anschauungen, sie stützt sich nicht nur auf die kritische Würdigung der Vergangenheit der bisherigen sozialistischen Parteien und auf die leider nicht ganz unberechtigte Befürchtung des Versagens der Partei gegenüber ihren Pflichten und revolutionären Grundsätzen, sondern sie wurde durch die Haltung bestimmt, die die Partei selbst gegenüber den Gewerkschaften und dem Syndikalismus eingenommen hat. Wenn die Partei im Widerspruch zu ihrer geschichtlichen Rolle als die bewußte, organisierte Vorhut des Proletariats, ihrer Rolle und Pflicht sozusagen entsagt, wenn sie nicht immer und überall allen Aeußerungen der Arbeiterbewegung und den nationalen und internationalen sozialpolitischen Geschehnissen, und seien sie noch so zahlreich und mannigfaltig, den revolutionären Klassenstempel aufdrückt, um breit und tief den Weg zu bahnen, den das Proletariat bewußt folgen soll, dann ist es nur natürlich und verständlich, wenn die Syndikalisten bestrebt sind, das ökonomische Gebiet für sich zu reservieren. So erklärt sich sehr einfach die spezifisch französische tragikomische Erscheinung, daß es zwei Sorten Kommunisten gibt, sozialistische Kommunisten und syndikalistische Kommunisten. Für die Syyndikalisten ist die Partei, die sich der Politik widmende Organisation, während ihre eigene Aufgabe der Wirtschaftskampf sein soll. Jeder hätte so sein eigenes Reich und Gebiet. Und die Partei hütet sich, es klar auszusprechen, daß ihre Rolle und Aufgabe gerade darin besteht, ihren Einfluß ständig zu erweitern, die kommunistische Anschauung in immer größere Arbeitermassen zu tragen und diese Anschauungen zu herrschenden in allen Arbeiterorganisationen zu machen. Und die Partei tut dies nicht, weil sie selber keine genügend klare Vorstellung von ihrer Aufgabe hat, weil sie die Schneide der kommunistischen Konzeption stumpft, indem sie sich auf das politische Gebiet beschränkt. Wer das weiß, daß die russische kommunistische Partei, die Partei des bereits errungenen revolutionären Sieges noch heute, wie sie es gestern und seit Jahren und Jahren tat, die Rolle der Partei und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften diskutiert und in höchster Vollkommenheit

zu präzisieren bestrebt ist, während in Frankreich, abgesehen von der kleinen Broschüre, die die Thesen des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale enthält, die Parteipresse sich über diesen Gegenstand völlig ausschweigt, könnte fast versucht sein zu glauben, daß in Frankreich nicht ein Parteimitglied über die Stellung der Kommunisten zu den Gewerkschaften im Unklaren ist und es darum unnötig ist, darüber zu schreiben. Die Syndikalisten, und zwar die die Partei anerkennenden und sie ablehnenden haben geschrieben und schreiben noch über die Rolle der Partei. Die Partei selbst aber, sie sagt nichts und schreibt nichts, sie tut nichts, um unter den breiten Arbeitermassen und unter der Masse der Parteimitglieder die Erkenntnisse und das Bewußtsein von der Wichtigkeit und Ausdehnung, von dem Charakter der der Partei zufallenden Rolle, zu verbreiten und zu festigen. Sie wollte keine Stellung nehmen und schweigt. Ist das Schweigen nun Taktik oder Methode? Es soll vielleicht Diplomatie sein. Man meint, die Gewerkschaftler nicht aufbringen zu dürfen, um nicht ihrer wertvollen Freundschaft verlustig zu gehen. Eine solche Diplomatie wäre unter Umständen zu akzeptieren, doch nur unter einer Bedingung: Die Partei müßte sich eines gefestigten kommunistischen Bewußtseins erfreuen. Das ist für die französische Partei nicht der Fall. Ihr Schweigen beweist nur, daß sie zu einer Frage von allerhöchster Wichtigkeit noch nicht Stellung zu nehmen gewußt hat.

Vom kommunistischen Standpunkt aus ist das Fortbestehen des Dualismus, der sich in der Unklarheit über die Rolle von Partei und Gewerkschaften äußert, eine ernste Gefahr. Es zeigt sich hierin eine Unreife der kommunistischen Anschauung, die umso schlimmer ist, als sie sich ganz besonders erhaben dünkt. Und die Folgen machen sich schon fühlbar. Die Gewerkschaftskommunisten und die Parteikommunisten verwirren sich gegenseitig. Ihnen entgehen die organischen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik. Sie erfassen nicht das Problem der Umwälzung der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse, die der aus ihnen selbst herausgewachsene und ihren Stempel tragende Bourgeoisiestaat entwickelt, unterhält und verteidigt. Noch immer halten sie an der überkommenen Auffassung fest, daß die Partei die politische, die Gewerkschaften die wirtschaftliche Organisation des Proletariats seien. Und die Gewerkschaften wollen sich der Partei nicht unterordnen, da sich auch die Wirtschaft nicht der Politik unterordnet.

Der innere Bau der Partei. Ihr Verhältnis zum Komitee der III. Internationale.

Vor und nach dem Kongreß von Tours hat das Komitee der III. Internationale Erklärungen abgegeben, um sein weiteres Bestehen und Wirken zu motivieren. Es ist sogar zur Ausarbeitung eigener Statuten geschritten. Von einer Kritik der Erklärungen und der Statuten des Komitees sei hier abgesehen. Nur soviel wollen wir sagen, daß nach dem Kongreß von Tours auch unserer Meinung nach das Komitee weiterbestehen konnte und mußte. Um aber die Aufgabe, die es sich selbst gestellt, erfüllen zu können, hätte es eine gründliche und sorgfältige Reorganisation seines eigenen Apparates vornehmen, seine Aufgaben viel klarer umschreiben müssen, wie es dies in der viel zu allgemeinen Erklärung, über die Grundsätze der Partei wachen zu wollen, getan hat. Wir hatten geglaubt, daß das Komitee der III. Inter-

nationale eine sorgfältige Auslese unter seinen Mitgliedern vornehmen, in allen Sektionen und Föderationen der Partei seine Vertrauensmänner wirken und die wertvollsten Elemente unter den Anhängern der ehemaligen Gruppe Cachin-Frossard heranzuziehen bemüht sein würde, um innerhalb der Partei eine Sammlung der hingebendsten und verantwortungsvollsten Genossen zu erreichen, die die Keimzellen illegaler Organisationen sein könnten, sobald die politischen Umstände solche erheischen. Die Erhaltung des Komitees der III. Internationale in der bisherigen Form und mit eigenen Statuten ist aus politischen Gründen, vom Standpunkt der Parteidisziplin aus und im Hinblick auf die Parteianschauungen selbst unerträglich.

Die Mitglieder des Komitees der III. Internationale, besonders die Arbeiter unter ihnen, dürfen nicht schon vom Beginn der Parteigründung an sich zu dem Rest der Parteimitglieder in Gegensatz stellen und sich für bessere Kommunisten halten als diese, nur weil sie dem Komitee der III. Internationale schon vor dem Kongreß von Tours angehört haben. Der Dualismus darf nicht noch künstlich durch besondere Statuten (!) aufrechterhalten bleiben. Wenn das Komitee der III. Internationale Reorganisationsvorschläge zu machen, irgendwelcher Unzufriedenheit Ausdruck zu geben und Kritik zu üben wünscht, wenn es über die revolutionäre Haltung der Partei wachen will, kann es dies tun, indem es sich die Mehrheit im Parteivorstand, in den Organen der Partei usw. sichert. Die Bestrebungen des Komitees sind zu loben. Die Notwendigkeit weiterer Ausreifung der Partei ist unbestreitbar. Aber auf dem Wege, den das Komiee eingeschlagen hat, ist das Ziel nicht zu erreichen. Im Gegenteil.

Trotz allem habe ich den Eindruck, daß im Schoße des Parteivorstandes über die Fragen der politischen Haltung und der Aktionen der Partie vollste Einmütigkeit herrscht.

Frossard, den man in einen gewissen Gegensatz zu Souvarine zu bringen versucht, hat öffentlich und schriftlich erklärt, daß zwischen ihm und Souvarine keinerlei Gegensatz besteht: Der in völliger Einmütigkeit des Denkens und der Konzeption geführte Kampf gilt dem Opportunismus.

So erweist sich die nach kurzen schweren Kämpfen und nach einigem Schwanken hinsichtlich der Zentristen am 1. Januar 1921 ins Leben getretene französische Sektion der Kommunistischen Internationale trotz ihrer Schwächen, die sie so gut und so schnell wie möglich zu überwinden trachtet, als ein politischer Faktor erster Ordnung. Mehr und mehr erwirbt sie sich die Sympathien und das Vertrauen der arbeitenden Massen. Sie bereitet sich vor, arbeitet an ihrer Selbsterziehung und Schulung und wird bald organisatorisch wie in der Idee genügend gefestigt sein, um der Arbeitermasse sagen zu können: „Folge mir!" Und die Arbeiter werden ihr folgen.

Die Wiedergutmachung.

Von St. Sz.

(Fortsetzung.)

V.

Die Möglichkeit einer ständigen Erweiterung des Reproduktionsprozesses, hat zur wesentlichsten Voraussetzung die fortwährende Erweiterung des sozial-ökonomischen Marktes des Kapitals. Diese Erweiterung des sozial-ökonomischen Marktes vollzieht sich in der kapitalistischen Gesellschaft hauptsächlich im Wege der Kapitalausfuhr. Ein Teil des durch die Kapitalausfuhr erzielten Profites fließt in das Heimatland des exportierenden Kapitals zurück und erscheint hier alljährlich unter verschiedenen Titeln als Aktivposten der Zahlungsbilanz wieder. (Der unsichtbare Export!) Das deutsche Kapital hat vor dem Kriege in steigender Stärke Kapital exportiert. Dieser Kapitalexport war von einer progressiven Entwicklung der imperialistischen Politik Deutschlands notwendigerweise begleitet. Der rasche ökonomische Aufstieg Deutschlands, die wachsende organisatorische Ueberlegenheit des deutschen Kapitalismus dem französischen und englischen gegenüber, war der starke Hebel der riesigen Expansionsfähigkeit des deutschen Kapitals, zu der aber die bis zu einem gewissen Grade bereits abgeschlossene politische Verteilung der Welt in Widerspruch stand, der auch wirtschaftlich durch die Ausnützung des Kolonialapparates von seiten des konkurrierenden kolonialbesitzenden Kapitals fortwährend eine Schranke gesetzt wurde. Dieser Widerspruch ließ den deutschen Imperialismus als besonders laut und angriffslustig erscheinen. Der Krieg war das Mittel, das diese politische und ökonomische Schranke für die deutsche Kapitalexpansion niederzureißen hatte.

Für die Dauer des Weltkrieges war infolge der Blockade Deutschlands, ferner infolge der Anspannung der deutschen Wirtschaft für den Krieg fast jede bedeutende Kapitalbewegung aus Deutschland in das Ausland unterbrochen. Der Krieg endete mit einer vernichtenden Niederlage des deutschen Imperialismus. Deutschland hat seine Kolonien verloren, nach Artikel 297 b des Friedensvertrages sind die alliierten und assoziierten Staaten berechtigt, das gesamte deutsche Eigentum innerhalb ihrer Gebiete einzubehalten und zu liquidieren. Die Reparationsverpflichtung soll ihrem Sinn nach Deutschland zwingen, den gesamten Ueberschuß des in Deutschland akkumulierten Kapitals und darüber hinaus noch bedeutendere Kapitalwerte an die siegreiche Entente abzugeben.

Die Wiedergutmachung will theoretisch dem deutschen Kapital die Möglichkeit jedes Kapitalexportes als zins- oder profittragendes Kapital nehmen. Finanzkapitalistisch sollen in der Theorie die Länder, an die Deutschland unmittelbar die Wiedergutmachung zu leisten hat, die ausschließlichen Absatzmärkte Deutschlands sein. Praktisch aber wird auch weiterhin das deutsche Kapital seine Waren auf fremden Märkten losschlagen. Wegen der großen Profitmöglichkeiten wird auch weiterhin das deutsche Kapital die Märkte nicht kapitalistischer sozialer Formationen (vor allem die sogenannten Kolonien) mit allen Mitteln zu gewinnen versuchen. Das wesentlichste Hindernis für eine solche Expansion des deutschen Kapitals ist die Beschränkung, ja Beseitigung der Freiheit des deutschen Privateigentums im ehemals feindlichem Auslande. Deshalb sehen wir in allen Noten der deutschen Regierung an die ehemals feindlichen Staaten als Kardinalforderung, die Aufhebung der diesbezüglichen Bestimmungen ständig wiederkehren.

So heißt es in der Note der deutschen Regierung an die Vereinigten Staaten, im 11. Absatz:

> „Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche andere Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken. Auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Auslande frei."
>
> Zuvor zwei sachliche Bemerkungen, die den „Wiederaufbau"-Willen der Imperialisten trefflich charakterisieren: „Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika hat in einem Beschlusse die gesamte Beschlagnahme des deutschen und österreichischen Eigentums auf Grund des Kriegsgesetzes über den Handel mit den feindlichen Staaten erst kürzlich gutgeheißen." Ferner folgende Nachricht: „Eine Anzahl erster deutscher Banken, darunter die Reichsbank, haben den Ankauf von Schecks auf London und Paris eingestellt, da infolge der Bestimmungen über die Behandlung deutscher Nachkriegswerte (Sperr- und Vergeltungsmaßregeln de Honorierung solcher Schecks in Frage gestellt ist." Solche Beschlüsse bedeuten natürlich große Erschwerungen des internationalen Handelsverkehres und sind rein künstliche (insoferne, als sie technisch zu vermeiden wären) Verschärfungen der allgemeinen Krise.

Was für ein „nationales" deutsches Kapital eine Lebensnotwendigkeit wäre, nämlich die Freiheit des deutschen Vermögens im Auslande, das wird, in Wirksamkeit gebracht, infolge der kapitalistischen Verhältnisse in Deutschland, der Ruin dieses „nationalen" Kapitals. Das „nationale" Kapital ist juristisch wohl ein fixierbarer Begriff.

In Wirklichkeit ist ein „nationales" Kapital eine Abstraktion von den bestehenden Eigentumsverhältnissen in Deutschland. Es gibt im politisch-ökonomischen Sinne kein nationales Kapital, nur die Kapitalisten x. y. usw. Der Terminus „nationales Kapital" wird von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Oekonomen gebraucht aus einer teils falschen, teils heuchlerischen Vorstellung, als würde Reichtum im Interesse des Staates produziert, wodurch das tatsächliche Verhältnis auf den Kopf gestellt ist, da der

Staat eine Institution mehr für die Bereicherung der Kapitalistenklasse der einzelnen Kapitalisten ist. Marx sagt in der Einleitung zur Kritik der politischen Oekonomie:

> „Der Begriff des Nationalreichtums schleicht sich bei den Oekonomen des 17. Jahrhunderts in der Weise ein — eine Vorstellung, die noch zum Teil bei denen des 18. Jahrhunderts fortgeht, — daß der Reichtum bloß für den Staat geschaffen wird, seine Macht aber im Verhältnis zu diesem Reichtum steht. Es war dies eine noch unbewußt heuchlerische Form, worin sich der Reichtum selbst und die Produktion desselben als Zweck der modernen Staaten ankündigt und sie nur noch als Mittel zur Produktion des Reichtums betrachtet."

Diese Zurückführung der abstrakten Unterstellung eines „nationalen Kapitals" auf ihre konkrete Wirklichkeit, hat in Deutschland für den speziellen Fall der Kapitalausfuhr, eine sehr konkrete Bewandtnis. Die Freiheit des deutschen Privatvermögens heißt praktisch in diesem Fall, eine Erleichterung der Kapitalausfuhr aus Deutschland. Diese Freiheit aber bedeutet für das deutsche Kapital nicht allein eine Entfaltungsmöglichkeit. Vor dem Kriege hat die Kapitalausfuhr den Reichtum der verschiedenen Bevölkerungsschichten Deutschlands, außerordentlich zu vermehren geholfen. Heute aber ist hier infolge der geänderten allgemeinen Verhältnisse eine Wandlung ins Entgegengesetzte eingetreten.

Jede Art von Kapitalausfuhr muß vom deutschen Standpunkt aus mit der Entnationalisierung des ausgeführten Kapitals gleichbedeutend werden, jede Kapitalausfuhr ein Glied des Verarmungsprozesses Deutschlands darstellen. Die finanzkapitalistische Struktur der deutschen Wirtschaft, die einst die wesentliche Voraussetzung der mächtigen Entfaltung des deutschen Wirtschaftslebens war und die, verglichen mit den früheren Geschichtsperioden, im Durchschnitt auch das Lebensniveau der deutschen Arbeiterschaft als Klasse gehoben hat, schafft, wie wir sehen werden, infolge ihrer eigentümlichen technischen Organisationen, die Vorbedingungen, die leichteren Möglichkeiten zur Beschleunigung dieses Verarmungsprozesses. Es wurde festgestellt, daß die Wiedergutmachung wohl theoretisch jeden Kapitalexport als zins- und profittragendes Kapital für Deutschland unterbinden will, daß anderseits die technische Form der Wiedergutmachung, Kapitalexport zu einer Notwendigkeit gestalten muß, daß aber infolge der politischen Beziehungen Deutschland zu den sogenannten alliierten und assoziierten Staaten dieser Notwendigkeit fortwährend Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Zwischen dem Sinn der Wiedergutmachung und der notwendigen technischen Form ihrer Verwirklichung besteht also ein Widerspruch, der ökonomische und politische Krisen fortwährend erzeugen muß. Die nächste Untersuchung soll den Beweis erbringen, daß die Wiedergutmachung, die ihrem Sinn nach jeden Kapitalexport Deutschlands unmöglich machen soll, durch die eigentümlichen Verhältnisse politischer und ökonomischer Natur, die sie schaffen wird, praktisch die Kapitalausfuhr in der Form der Kapitalflucht der Kapitalisten in Deutschland zu einer so allgemeinen Erscheinung ausbilden muß,

daß diese Art der Kapitalausfuhr, nämlich die Kapitalflucht, vorläufig das bedeutendste, die Bewegung des deutschen Wirtschaftsprozesses bestimmende ökonomische Gesetz sein wird.

Gleich nach dem Zusammenbruch Deutschlands im November 1918 setzte eine allgemeine Kapitalflucht ins Ausland, insbesondere in die benachbarten neutralen Staaten, Holland und Schweiz, ein. Man gab dieser Flucht verschiedene Bezeichnungen, wie „Flucht vor der Mark", usw. Von Zeit zu Zeit brachten die deutschen Blätter Nachrichten, wie beispielsweise in Holland fortwährend Milliarden von Mark auf dem Finanzmarkt geworfen wurden, und wie deutsche Kapitalisten um jeden Preis ihre Markwerte in Form von Aufkäufen von Besitzen, Häusern usw., vor allem von sogenannten gesunden Valuten zu realisieren suchten. Dies hatte in Deutschland eine erhöhte Anspannung der Notenpresse zur Folge, im Ausland verschob sich das Angebot der Mark so sehr zu Ungunsten der Nachfrage, daß der Kurs der Mark auf den fremden Börsenplätzen immer tiefer notierte. Anfang 1919, als noch die Mark in Zürich auf 40 stand, schätzte die „Frankfurter Zeitung" den Betrag der Mark, der allein in die Schweiz geflohen war, auf 35 Milliarden. Die Ursache der Markflucht war vor allem die Furcht der deutschen Kapitalisten vor einer deutschen Revolution. Es waren aber zum größten Teil fiktive Werte (Mark, Effekten), die damals aus Deutschland ins Ausland in „Sicherheit" gebracht worden waren. Eine siegreiche Revolution in Deutschland hätte nicht allein einer (auch schon damals bestehenden) Flucht realerer Werte einen sehr starken Damm gesetzt, sondern auch die vielen Milliarden Mark, Effekten, durch eine rein technische Finanzmaßnahme bald zu Titeln auf uneinlösbare formale Rechte herabgedrückt. Die wesentlichste Vorbedingung der Beständigkeit eines solchen Rechtszustandes wäre natürlich die siegreiche deutsche Revolution gewesen. Doch auch die Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Deutschland nach der Niederschlagung der spontanen Massenerhebungen der Arbeiterschaft, hatte die Kapitalflucht aus Deutschland kein Ende gesetzt. Es war nur insofern eine Aenderung eingetreten, als die Kapitalflucht in ein System gebracht wurde.

Jeder deutsche Kapitalist suchte von seinem Eigentum zu retten, was zu retten möglich war, wobei ihm das Land, wohin er sein Kapital brachte, und gewöhnlich auch die Höhe der Verluste, die aus den notwendigen Transaktionen erwuchsen, noch gleichgültig waren. Auch heute noch „retten" zahlreiche mittlere und kleinere Unternehmer Vermögenswerte hauptsächlich zu diesem Zwecke ins Ausland.

Es setzte bald eine neue Phase der Kapitalflucht ein. Maßgebend waren für sie verschiedene rationelle Bedenken vom Standpunkte des kapitalausführenden Kapitalisten. Die verschiedenen sogenannten neutralen Länder besitzen verschiedene gesetzliche Bestimmungen für Körperschaften, verschiedene Steuernormen usw. Da die fiskalischen Satzungen in dieser Hinsicht in der Schweiz die allergünstigsten sind, so ist es sehr erklärlich, daß das auswandernde Kapital seinen Weg vor allem in die Schweiz suchte. Das geflohene Kapital nahm hier die Organisationsform der Holding

Company*) an. Die wesentlichste Bedingung der Bildung einer solchen Gesellschaft in der Schweiz ist praktisch die Einhaltung verschiedener sehr entgegenkommender juristischer Bestimmungen. Jeder Verwaltungsrat einer in der Schweiz gegründeten Aktiengesellschaft muß mehrheitlich aus Schweizern bestehen. Es bürgerte sich das Strohmännertum ein. Schweizerische Rechtsanwälte übernahmen in solchen Holding Companys die Stellung der Verwaltungsräte, die nur sehr einträgliche und nicht allzu arbeitsreiche Funktionen darstellen. Es entwickelten sich nun sogenannte „Dachgesellschaften". Diese Dachgesellschaften haben den Zweck, die Verbindung verschiedener nationaler Gesellschaften zu einer internationalen Gesellschaft zu verwirklichen, und in der Form einer „neutralen" Dachgesellschaft die Beschränkungen, die in den Beziehungen zwischen den früher feindlichen Staaten noch immer bestehen, zu überwinden. Diese Organisationsform stellt vom Standpunkt des internationalen Finanzkapitals die höchste dar. Eine solche Dachgesellschaft ist beispielsweise „Ipu", die Internationale Petroleum-Union in Zürich.

Als einen besonderen Typus bezeichnet der zitierte Aufsatz Holding-Gesellschaften, die „die zielbewußte Gruppierung, Beherrschung und Finanzierung schwerindustrieller und anderer ausländischer Wirtschafts- und Handelsinteressen zum Zwecke haben". Er meint darunter Holding-Gesellschaften, in denen heute noch fast ausschließlich deutsches Stammkapital sich befindet. Solche Holding-Gesellschaften stellen vom internationalen Standpunkte aus, eine niedrigere Organisation des Finanzkapitals dar. Doch liegt es in der Entwicklung, daß auch diese sich allmählich durch Verbindung mit andersnationalem Kapital in der Richtung der höheren Organisation weiterbilden werden. Eine solche Holding-Gesellschaft ist z. B. die A.-G. für Industriewerte Luzern. Es ist eine Holding-Gesellschaft, welche die Zentralverwaltung des deutschen Sichelkonzerns (Firma Julius Sichel & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien in Mainz) gebildet hat. Wie nun die „Frankfurter Zeitung" anläßlich der Veröffentlichung des Geschäftsberichtes dieser Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1920 schreibt, hat die Schweizer Holding-Gesellschaft das Portefeuille der deutschen Sichelgesellschaft übernommen, der Beteiligungscharakter hat sich geändert. Früher

*) Holding Company ist eine finanz-kapitalistische Organisationsform des Kapitals, eine Kontrollgesellschaft, die alle oder die Mehrheit der Aktien sämtlicher zu einem Trust gehörenden Einzelgesellschaften erworben hat, die im Gegensatz zur „Fusion", in der die Untergesellschaften durch Verschmelzung zu einer einzigen Gesellschaft zu existieren aufhören, durch die Holding Company, welche die Effekten der Untergesellschaft verwaltet, finanziell zusammengehalten werden. Wie wir schon bei der Analyse der Steuern bemerkt haben, besteht der Vorteil der Holding-Gesellschaft einerseits in der Beherrschung sämtlicher Ober- und Untergesellschaften durch einen verhältnismäßig geringen Aufwand von Eigenkapital (40 bis 25 Prozent des Gesamtkapitals einer Gesellschaft), in der Möglichkeit der Verschleierung der Kapitalbewegungen innerhalb einer solchen Gesellschaft, in Vorteilen steuerlicher Natur usw.

war die deutsche Muttergesellschaft an der Schweizer Tochtergesellschaft beteiligt, jetzt ist das Umgekehrte der Fall. Dieser Konzern umfaßt nicht weniger als 50 Firmen, dem sich aber in letzter Zeit wiederum einige neue Firmen angegliedert haben. In dem Bericht der „Frankfurter Zeitung" heißt es weiter:

> „Noch weniger läßt sich erkennen, warum über die Expatriierung der in Ententeländern gelegenen Interessen hinaus auch das deutsche Effekten-Portefeuille der Mainzer Firma den Weg über die Schweizer Grenze antreten mußte, warum dort die Kumulierung so mancher, nicht durchweg gleichartiger Elemente sich vollzog. Das Gesamtbild ist das einer durch klar erkennbare Verhältnisse oder Absichten nicht begründeten Verschachtelung, welche die Uebersichlichkeit im Gesamtkonzern keineswegs erleichtert und die Portefeuille-Entwicklung in der Bilanz des Stammhauses nur „filtriert"*) in Erscheinung treten lassen wird."

Natürlich weiß der Verfaser des Berichtes sehr wohl, daß diese „Ueberfremdung" nur eine „Ueberfremdung in sich" ist, eine Form der Kapitalflucht.

Ebenso hat der Stinnes-Konzern eine Holding-Gesellschaft in der Schweiz gegründet, die Promontana A.-G. in Zug. Das Gründungskapital beträgt zunächst 500 000 Franken, doch dürfte es bald sehr stark erhöht werden. Bald wird diese Gesellschaft in irgend einer Form einen beträchtlichen Teil des „Portefeuilles" des Stinnes-Konzerns übernehmen.

Folgende Meldung der „Neuen Züricher Zeitung" ist für die Bedeutung der Kapitalflucht bezeichnend:

> „In Zug wurde unter deutscher Beteiligung mit 500 000 Frs. Kapital die Fundus-A.-G. errichtet, die sich mit allen Transaktionen beschäftigt, die sich auf die Anlage und Verwaltung von Vermögenswerten, Aufbewahrung von hochwertigen Vermögensobjekten beziehen."

Diese Gründung nützt die „Konjunktur" aus, ihre Geschäfte haben die Kapitalflucht zum Selbstzweck.

Die bürgerlichen und sozialistischen Blätter befassen sich mit dem Problem der Kapitalflucht, wobei es kein „Zufall" ist, daß die bürgerlichen Blätter über diese Erscheinung bedeutend mehr zu schreiben wissen, als die sozialistischen. Allen aber ist die moralisierende Behandlung der Frage der Kapitalflucht gemeinsam. So schließt beispielsweise die „Frankfurter Zeitung" eine längere Abhandlung über das Problem der Kapitalflucht: „Inzwischen mag die Verachtung die strafen, die, auch wenn sie juristisch nicht gefaßt werden können, zu ihrem Teile das Land verlassen und verraten haben." Aehnlich schreiben dem Sinne nach die verschiedenen sozialistischen Blätter.

Heute nun stehen die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen auf und erklären auf der einen Seite die Notwendigkeit eines Wiederaufbaues des Kapitalismus, ohne aber notwendige und wich-

*) „Filtriert": das Schachtelsystem ermöglicht es, den Gewinn in Form von Rücklagen usw. auf die verschiedenen Ober- und Untergesellschaften aufzuteilen, ihn auf diese Weise zu „filtrieren".

tige Einzelerscheinungen eines Wiederaufbaues anerkennen zu wollen, indem sie die „unpatriotische" „abnormale" Kapitalflucht verdammen, zu ihrer Verhinderung sogar Gesetze beantragen und behaupten, die Kapitalflucht sei nur eine „vorübergehende" Nachkriegserscheinung. Wenn sie von der „Abnormalität" der Kapitalflucht sprechen, so machen sie dabei nur einen kleinen Denkfehler, sie abstrahieren nämlich von der — Gegenwart. Normal ist ihnen die nicht mehr existierende Friedenswirtschaft. Diese gehört technisch, organisatorisch und entwicklungsgeschichtlich einer sehr, sehr weit entfernten Vergangenheit an. Normal sind heute eben die „abnormalen" ökonomischen Verhältnisse. Das deutsche Kapital ist heute infolge des verlorenen Krieges, infolge der bestehenden internationalen Machtverhältnisse in seiner Entfaltung eingeschränkt. Das Monopol am deutschen Markte ist dem deutschen Kapital heute wegen der niedrigen Kaufkraft des deutschen Konsumenten, infolge der eigentümlichen internationalen valutarischen Verhältnisse sichergestellt. Zur Erzielung einer höheren Profitrate bedarf das deutsche Kapital, genau so wie in Friedenszeiten, des sozialökonomischen äußeren Marktes, des Marktes nichtkapitalistischer sozialer Formationen mit all seinen Vorteilen, der billigen Arbeitskraft, der niedrigen Grundrente usw. Der deutsche Kapitalist muß durch die Kapitalflucht die Fesseln sprengen, in die ihn der Wiedergutmachungszwang geschlagen hat, er muß sein Kapital durch die Kapitalflucht entnationalisieren, um am Weltmarkte die Möglichkeit der freien Konkurrenz wieder zu gewinnen. Auf der einen Seite das Gesetz anzuerkennen, wonach jeder Kapitalist dort sein Kapital anlegt, wo ihm der höchste Profit winkt, ferner die Notwendigkeit eines Wiederaufbaues des Kapitalismus zu betonen, auf der anderen Seite über die normale Erscheinung eines Wiederaufbaues des Kapitalismus, über die Kapitalflucht, zu moralisieren, die Kapitalisten zu „verachten", — ist das nicht theoretisch eine Inkonsequenz, praktisch eine dumme, kleinbürgerliche Heuchelei? Die Reformisten bis zu den Unabhängigen hinunter müßten als konsequente, „konkrete" Wiederaufbaupolitiker, als die sie sich mit soviel „solider" Ueberhebung den „unsoliden" Kommunisten gegenüber herausstreichen, heute theoretisch und praktisch für die Kapitalflucht eintreten, sowie die konsequenten Reformisten seinerzeit begeistert für Schutzzölle, kapitalistische Kolonialpolitik, für die Verteidigung des Vaterlandes eingetreten sind. Das nationale Argument, das von ihnen erhoben wird, daß man nämlich die Interessen des „Nationalreichtumes" wahren müsse, haben wir bereits an einer früheren Stelle richtiggestellt. Politisch-ökonomisch gibt es heute keinen Nationalreichtum, kein nationales Kapital. Mit einem Begriff „Nationalreichtum" zu arbeiten, hieße mit dem Schwindel bürgerlicher Oekonomen des 17. Jahrhunderts hausieren gehen. Auch das Argument der „vorübergehenden Nachkriegserscheinungen" steht auf sehr schwachen Füßen. Ganz unabhängig von einer eventuellen Stabilisierung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland wird die Kapitalflucht sich in keiner Weise eindämmen lassen. Man wird vielleicht nicht von der „anstößigen" Kapitalflucht, sondern von einer „Ueberfremdung" sprechen und in dieser gefälligeren Form werden selbst die „revolutionärsten" Unabhängigen sich mit der

Kapitalflucht abfinden und vielleicht auch bald die theoretische Erklärung ihrer Notwendigkeit geben. Selbst die nachsichtigste Steuerpolitik gegenüber dem Kapitalisten, die heute in Deutschland auch tatsächlich besteht, kann die Bewegung der Kapitalflucht nicht aufhalten, da vor allem dem sogenannten nationalen deutschen Kapital infolge politischer Bestimmungen die Exploitation der Kolonien versperrt ist.

Folgende Erscheinung wird nun eintreten, die bereits heute festgestellt werden kann: das deutsche Kapital, das ins Ausland ausgewandert ist, wird nach Deutschland als „fremdes" Kapital (so erscheint das in die Schweiz geflüchtete Markgeld als „Bankkapital" in Deutschland wieder) zurückkommen, um den Vorteil der billigen deutschen Arbeitskraft auszunutzen.

Die deutschen Kapitalisten werden auf verschiedenen Wegen ihr Kapital ausführen, in allerlei Formen es rasch zu entnationalisieren versuchen, so daß jeder Kapitalexport in Kapitalflucht umschlagen wird. Eine derartige Kapitalflucht werden sie auch sehr leicht mit den banalsten Gemeinplätzen, die „Notwendigkeit des Exportes" usw. zu rechtfertigen verstehen. Sie werden auch willige Gläubige in Deutschland finden und solche „Sozialisten", wie beispielsweise die Redakteure des Berliner „Vorwärts", werden aus heuchlerischer Einfältigkeit über die „Genialität" des Herrn Stinnes sich kaum fassen können. So brachte das „Berliner Tageblatt" vom 7. Mai in seinem Handelsteil folgende Nachricht:

> „Die Ueberflutung der österreichischen Konsumplätze mit deutschem Eisenmaterial ist nicht nur auf den Umstand zurückzuführen, daß die deutschen Eisenwerke bereits die österreichischen Offerten wesentl ch unterbieten. Vielmehr verfolgen die deutschen Eisenwerke diesbezüglich auch andere Pläne. Die deutschen Unternehmungen haben jedenfalls schon seit einiger Zeit vorausgesehen, daß die Nachfolgestaaten sich den Zwangsmaßnahmen der Entente anschließen und auf deutsche Importe die Importabgabe einführen werden. Unter anderen erhebt bekanntlich Jugoslavien seit 16. April l. J. eine solche Abgabe für deutsche Waren, von der nur einige wenige Lieferungen befreit sind. Anderseits heißt es in den an die Zollämter derjenigen Staaten, die sich den Zwangsaktionen gegen Deutschland anschlossen, ergangenen Rundschreiben, daß deutsche Waren, die weniger als 50 Prozent deutsche Arbeit und deutsches Material enthalten, von der Abgabe befreit sind. (Kürzlich kam die Nachricht, daß in England ein diesbezüglicher Nachweis nicht mehr notwendig ist, so daß dieses Problem für die deutschen Kapitalisten bedeutend vereinfacht ist.) Es braucht nicht erst näher erläutert zu werden, daß es bei dieser Sachlage wohl Mittel und Wege gibt, um dennoch auch in Zukunft deutsche Waren in größeren Mengen nach den in Betracht kommenden Staaten zu exportieren. Daß hierzu sich Deutschösterreich als Versandland eignet, ist klar, es war daher, solange man die Verfügungen und Absichten der Nachfolgestaaten bezüglich Erhebung der Wertabgabe nicht kannte, einigermaßen auffallend, daß in Oesterreich zahlreiche Anfragen aus Deutschland anlangten, d e dahin gingen, derzeit stillstehende Eisenwerksbetriebe, kleinere Maschinenfabriken und ähnliche Werkstaaten ausfindig zu machen, die eventuell an deutsche

Firmen verkauft oder wenigstens vorübergehend verpachtet werden könnten. Auch sind mehrere deutsche Eisenfirmen mit österreichischen Unternehmungen in der Richtung in Verhandlungen eingetreten, in Oesterreich eigene Produktionsstätten zu errichten bzw. angearbeitete Waren in Oesterreich fertigstellen zu lassen und dann selbstverständlich von Oesterreich zum Versand zu bringen. Auch diese deutschen Firmen wollen damit offenbar die Lahmlegung deutschen Exportes nach den Nachfolgestaaten durch die Einführung der Wertabgabe vorbeugen."

Wenn nun Stinnes Unternehmungen in Oesterreich, in der Tschechoslowakei oder in Ungarn aufkauft, so verschafft er seinen Konzern nicht allein eine starke Eisenbasis, sondern erleichtert die Uebernahme des „Portefeuilles" Stinnes in Deutschland durch Stinnes in Oesterreich, usw. Die eigentümlichen politischen und ökonomischen Verhältnisse bringen es mit sich, daß jeder deutsche Kapitalist, der Kapital in Deutschland und im Auslande angelegt hat, zwischen sich in Deutschland und sich im Auslande eine scharfe Scheidung macht, daß beispielsweise Stinnes ein anderer in Deutschland und ein anderer im Auslande ist. So können wir im Handelsteil des „Berliner Tageblattes" folgende Notiz lesen:

„Wie aus Wien gemeldet wird, hat die Alpine Montangesellschaft an das Handelsministerium eine Eingabe gerichtet, in der unter Hinweis auf die inländische Eisenproduktion und deren Absatz sowie auch das Hereinströmen der deutschen Konkurrenz ein Zollschutz verlangt wird, der 33 Prozent vom Werte der eingeführten Eisenproduktion zu betragen hätte."

Diese Kapitalbewegung aus Deutschland, die Kapitalflucht, bleibt jedoch nicht allein auf den Kontinent Europa beschränkt. Deutsche bürgerliche und sozialistische Blätter verzeichnen mit Stolz, daß „sich der deutsche Unternehmergeist wieder rühre". Mit Unruhe aber verfolgen die amerikanischen, englischen und französischen Kapitalisten diese Bewegung. Ihre Presse erhebt wieder einmal ein wüstes Geschrei über das deutsche Dumping. Wenn man dieser Bewegung nachgeht, so kann man mit Staunen feststellen, welch riesige Differenzen bei großen Geschäften im Ausland zwischen deutschem und konkurrierendem fremdem Angebot bestehen. Solche Dumpings werden natürlich die fremden Kapitalisten in ihrer bisher befolgten Politik gegen Deutschland nur noch weiter bestärken, wobei es ihnen sehr gleichgültig sein wird, daß durch verschärfte Maßnahmen ihrer Regierungen gegen die Konkurrenz des deutschen Kapitals der Untergang des Kapitalismus im Weltmaßstabe nur beschleunigt wird. Von einer Konsolidierung der kapitalistischen Gesellschaft im Weltmaßstabe kann noch lange nicht die Rede sein, wobei die Appelle der Sozialreformisten, die diese bis zu ihrem jüngsten Tage unverdrossen halten werden, an die „Vernunft" der Kapitalisten wirkungslos auch weiterhin verhallen werden.

Die amerikanische Presse kommentiert besorgt das Vordringen des deutschen Kapitals am südamerikanischen Markt, und da insbesondere am argentinischen. Deutschland stand in der Aus- und Einfuhrhandelsbilanz Argentiniens im Frieden an zweiter Stelle

(England an erster und die Vereinigten Staaten erst an dritter Stelle). Dem starken Warenaustausch entsprach auch ein starker Schiffsverkehr. Mit 320 Dampfern und 1 118 560 Tonnen kam in Frieden Deutschland gleich hinter England. In Argentinien befindet sich heute eine starke deutsche Kolonie, etwa 27 000 Deutsche, die im Handelsleben Argentiniens eine weit größere Rolle spielen, als ihrer absoluten Zahl entspricht. Argentinien ist ein Agrarstaat mit sehr hohen Ueberschüssen seiner Agrarwirtschaft. Es besitzt aber nur eine sehr schwach entwickelte Industrie, diese beschäftigt sich hauptsächlich damit, die Rohstoffe des Landes in einen zur Ausfuhr auf dem Weltmarkt tauglichen Zustand zu versetzen. In Argentinien trägt man sich jetzt mit großen Industrieprojekten herum, man plant die Wasserkräfte des Iguazu auszunützen, da Kohle dem Lande vollkomen fehlt. Den größten Posten der argentinischen Einfuhr 1913 nahmen Textilwaren ein. Durch die Anlage von Textilfabriken will nun Argentinien sich zum Teile von dieser Einfuhr unabhängig machen.

„The Times of Argentina", Buenos Aires schrieb am 28. März 1921 (zitiert nach „Weltwirtschaftliche Nachrichten", Kiel, 18. Mai. Seite 2403):

> „Die kritische Lage der Industrie in Deutschland müßte die Leiter der industriellen Unternehmen Argentiniens veranlassen, diese günstige Gelegenheit zur Aufnahme neuer Industriezweige wahrzunehmen. Zu den verschiedenen Gewerbezweigen, deren Verpflanzung nach Argentinien geplant wird, gehört die Anfertigung von Säcken und Sackleinwand. Die Pläne sollen, sobald gewisse Versuche in argentinischem Flachsstroh beendet sind, bestimmt zur Ausführung gelangen. Die Anfangsversuche sind sehr günstig ausgefallen und haben die Erwartung übertroffen.
>
> Eine deutsche industrielle Durchdringung ist eine Möglichkeit, die durchaus wert ist, in Betracht gezogen zu werden, da sie wahrscheinlich auf die Art und den Umfang des künftigen Einfuhrbedarfs Argentiniens von Einfluß sein wird. Der Gedanke, deutsche Industrien nach Argentinien zu verpflanzen, muß in Anbetracht der in beiden Ländern herrschenden Umstände als völlig annehmbar betrachtet werden. In der Tat werden schon die Maschinen mehrerer Textilfabriken in Deutschland abmontiert, um nach Argentinien verfrachtet zu werden. Wenn man bedenkt, daß der Ruf nach Gründung einheimischer Industrien noch nie so dringend war, wie in den letzten Jahren, so ist es verständlich, daß die oben erwähnte Möglichkeit gegenwärtig nicht wenig Aufmerksamkeit nach sich zieht. Es ist oft genug darüber geklagt worden, daß die industrielle Entwicklung Argentiniens während des Krieges trotz der glänzenden Gelegenheit kaum beachtenswert gewesen ist. Es steht indessen außer Frage, daß, wenn Argentinien sich die ungünstige Lage gewisser deutscher Industrien zunutze macht und auf diesem Wege die zur Errichtung einheimischer Fabriken nötigen Maschinen und Ausrüstungsgegenstände erwirkt, das Land viel eher imstande sein wird, sich normalen Produktions- und Handelsverhältnissen anzupassen als Länder, die ihre industrielle Entwicklung durch Erwerb teurer Maschinen einleiteten, die in der Kriegszeit unter hohen Frachtkosten hergeschafft wurden. Soll Argen-

tinien jemals eigene Industrien besitzen, so dürfte eine Gelegenheit, sie auf billige Weise ins Leben zu rufen, sich kaum wieder so greifbar darbieten, wie gerade jetzt."

Wie wir aus dem Bericht ersehen, handelt es sich nicht allein um die Ausfuhr fiktiven Kapitals, sondern auch um die Ausfuhr fixen Kapitals. Das bedeutet für Deutschland wohl eine Verminderung der virtuellen Leistungsfähigkeit seiner Textilindustrie, eine fortschreitende Verarmung, im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft ist es nach den augenblicklichen Verhältnissen keine „kranke" Erscheinung, sondern eine sehr „gesunde". Ein großer Teil der deutschen Spindeln steht still, schafft keinen Profit (von 9 400 000 Spindeln standen nach dem Bericht der „International Federation of Master Cotton Spinners and Manufacturers' Associations" im Halbjahr August 1920 bis Januar 1921 2 750 000 Spindeln still. Diese Zahl dürfte jetzt wegen der erhöhten Arbeitslosigkeit, wegen der erhöhten Kurzarbeit in der Textilindustrie bedeutend überschritten sein). So werden Maschinen abmontiert, um eine Weltreise zu machen, damit sie wieder in Bewegung gesetzt werden können und von neuem Profit schaffen. Sind aber einmal diese Maschinen in Argentinien, so sind sie praktisch internationalisiert, doch infolge der augenblicklichen eigenartigen Verhältnisse bald auch finanzkapitalistisch. Die Profite, die sie in Argentinien schaffen werden, werden für keinen Fall mehr aus naheliegenden Gründen nach Deutschland kommen.

Der zweite große Markt, in dem sich deutsche Kapitalisten festsetzen wollen, ist der Chilenische. Darüber haben amerikanische Blätter folgendes berichtet:

> Aus Chile ist die Kunde eingetroffen, daß die Kruppschen Interessenten eine Konzession von 350 000 Acker Land im südlichen Chile erhalten haben, wo sie eine Eisen- und Stahlfabrik errichten werden. Der Bau wird innerhalb von 2 Jahren in Angriff genommen werden, soll binnen 5 Jahren fertiggestellt sein, und die Kapazität der Anlage soll genügend groß sein, um allen Anforderungen auf Eisen und Stahl in Chile zu genügen. Die amerikanischen Blätter sind voller Sorge erfüllt, daß diese Anlage dem amerikanischen Stahl in Südamerika bedeutende Konkurrenz machen wird. Ferner umfaßt diese Konzession noch gewaltige Waldungen und für den Ackerbau geeignete Ländereien, auf denen Krupp die Gründung einer deutschen Kolonie plant. Man rechnet mit der Einwanderung von einer Million Deutscher binnen der nächsten paar Jahre. Die Konzession liegt in der Provinz Llanquihue und ihr Haupthafen ist Puerto Montt. Die Gewährung der Konzession verursachte ganz besonderes Aufsehen, weil hierbei eine französische Gesellschaft aus dem Felde geschlagen wurde, die einen Betrieb in Coronel unterhielt und die mit den Bethlehem Steel Works in Bethlehem, Pa., unterhandelte, um dieses Unternehmen zu veranlassen, mit ihr zusammen eine Vergrößerung der chilenischen Anlage vorzunehmen. (Die französische Gesellschaft, die zusammen mit der amerikanischen Gesellschaft in der Konkurrenz gegen Krupp unterlegen ist, hat natürlich großen Einfluß auf die französische Regierung und wird diesen in der Weise verwenden, daß

die französische Regierung dem deutschen Vordringen durch einen entsprechenden Druck in der Wiedergutmachung einen Riegel zu setzen versuchen wird.)

Wie verschiedene amerikanische Blätter berichten, hat General Litzmann, der an den Verhandlungen in Chile teilnahm (er hielt sich auch in Argentinien auf) erklärt, daß die deutsche Regierung 500 Millionen Mark für Finanzierung des Unternehmens garantiert hat.

Wie groß das Interesse der deutschen Kapitalisten für den südamerikanischen Markt ist, zeigen die Vorbereitungen, die deutsche Kapitalisten für den Handel mit Südamerika hoffen: Stinnes ist mit aller Energie an den Wiederaufbau seiner Handelsflotte herangegangen. Er hat sich eine eigene Schiffahrtslinie geschaffen. Es ist dies die „Hugo-Stinnes-Linie Südamerika-Dienst". Sie verfügt vorläufig über 4 Frachtdampfer von je 12 000 Tonnen, die den regelmäßigen Frachtverkehr zwischen Hamburg und Südamerika aufnehmen sollen. Der zuerst fertiggestellte Dampfer „Hindenburg" hat seine Ausreise im April angetreten. Ebenso hat Stinnes in Buenos-Aires eine eigene Handelsniederlassung gegründet, und wie argentinische Blätter berichtet haben, hat Stinnes bereits zur Gewinnung und Verarbeitung der argentinischen Bodenschätze Verträge abgeschlossen. (Deutsche La Plata-Zeitung, 25. Mai 1921.)

Ebenso hat die „Ipu" in Argentinien festen Fuß gefaßt, dadurch, daß sie daselbst eine maßgebende Beteiligung an der „Astra-Gesellschaft" (Oil-Gesellschaft) und den ihr zugehörigen Unternehmungen sich verschafft hat. Abgesehen von der staatlichen Produktion, weist die Astra von allen privaten Unternehmungen bisher die größte Erzeugung auf und verfügt über sehr ausgedehnte Interessen.

Die „Wiederaufbaupolitiker" werden dagegen einwenden, „Deutschland" hat doch die Ausfuhr, die Gewinnung der fremden Märkte notwendig. Diese Notwendigkeit wird auch nicht angezweifelt, sie zu leugnen, wäre unsinnig. Doch die Notwendigkeit der Ausfuhr ist nicht das Problem, sondern der springende Punkt im Ausfuhrproblem ist der, daß ein Deutschland im sozial-ökonomischen Sinne nicht existiert, daß bei den heutigen Verhältnissen infolge der Klassenschichtung in Deutschland die Interessen des „Reiches" und die Interessen der deutschen Kapitalisten oft sehr entgegengesetzte sind, und daß diese eigentümliche Situation das Problem der Kapitalausfuhr neugestaltet hat. Bestand früher ein Zusammenhang zwischen exportierten und exportierenden deutschen Kapital in der Weise, daß das exportierte Kapital in den verschiedendsten Formen nach Deutschland zurückfloß, daß der finanzkapitalistische Schwerpunkt des exportierten Kapitals in der Regel auch weiterhin in Deutschland verblieb, was vom Standpunkt des nationalen Deutschlands ein progressives Anwachsen seines sogenannten „nationalen" Reichtums bedeutete, so ist hier eine Wandlung eingetreten, der finanzkapitalistische Schwerpunkt des exportierenden deutschen Kapitals verschiebt sich mit diesem in das Ausland. Das ist nicht allein eine spezifisch deutsche Erscheinung, sondern in Europa eine allgemeine. Diese Bewegung können wir aber nicht allein in den ökonomisch zerrütteten Staaten Europas

(Mitteleuropa, Italien, Frankreich) beobachten, sondern auch zum Teil in den sogenannten konsolidierten Staaten, beispielsweise England. So flüchtet englisches Kapital wegen der relativ hohen Besteuerung in England in die Schweiz und versteckt sich dort ebenfalls in Holding-Gesellschaften. Für Deutschland können wir weiter folgende allgemeine Regel aufstellen: Infolge der wachsenden Verschärfung des Klassenkampfes (seine wesentlichste Grundlage wird auch weiterhin die nicht zu umgehende Senkung der Lebenshaltung der proletarischen, kleinbürgerlichen Schichten in Deutschland sein), und der aus der Wiedergutmachung sich ergebenden eigentümlichen gesellschaftlichen Situation in Deutschland wird die Tendenz der Kapitalflucht sich immer mehr verallgemeinern müssen. Der finanzkapitalistische Schwerpunkt des nationaldeutschen Wirtschaftsgebietes wird sich immer mehr von Deutschland ins Ausland verschieben (man wird von einer immer stärkeren „Ueberfremdung" schreiben und sprechen). Die Spannung zwischen dem Standort dieses finanzkapitalistischen Schwerpunktes der deutschen Wirtschaft und dem Standort der durch dieses Finanzkapital beherrschten Produktion wird sich verschärfen. Diese Standortverschiebung hat sehr reale Folgen. Sie wird nicht allein eine weitere Senkung der Lebenshaltung der breiten Schichten in Deutschland zufolge haben, dadurch, daß infolge der Standortverschiebung des finanzkapitalistischen Schwerpunktes bedeutende Erträge der deutschen Arbeit, weitaus größere, als infolge der Tributleistung an die Entente, alljährlich ins Ausland auswandern werden, diese Standortverschiebung wird vor allem eine riesige Umschichtung des gesamten Gesellschaftsapparates (des deutschen und des internationalen) bedingen. Eine, infolge solcher Standortverschiebung notwendige Umschichtung erschwert die jeden Wirtschaftsprozeß bewegende, erweiterte Reproduktion, wickelt sich in der kapitalistischen Gesellschaft nur in der Form von sehr schweren Krisen ab.

Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus.*)

Für April 1921.

Zusammengestellt von Ernst Drahn.

a) In deutscher Sprache.

Bauer, Dr. Theodor: **Christentum und Sozialismus.** (32 S.) Christlicher Gewerkschafts-Verlag Köln 1921. 1,20 Mk. Oktavformat.

Beckmann, Wilhelm: **Sozialisierung, Bodenreform, Freiwirtschaft.** (32 S.) G. Brauns, Leipzig 1921. 2,50 Mk. Oktavformat

---

*) Angaben über Neuerscheinungen werden erbeten an E. Drahn, Berlin-Steglitz, Forststr. 5.

Bendix, Dr. Ludwig: **Die Geistesverfassung der Bolschewisten.** (28 S.) Der Fern Berlin 1921. 1,50 Mk. Oktavformat.

Bloch, Sigfried: **Lerne um! und andere proletarische Skizzen.** (40 S.) Freie Jugend, Zürich 1921. 0,70 Fr. Oktavformat.

Cartellieri, Alexander: **Geschichte der neueren Revolution vom englischen Puritanismus bis zur Pariser Kommune.** Dyk, Leipzig 1921. 25,— Mk. Oktavformat (im Erscheinen).

Elisarion. 3000 Jahre Bolschewismus. (16 S.) Klerastischer Verlag Akropolis, Berlin. (1921.) 44,00 Mk. Oktavformat.

Färber, Dr. Otto: **Von Marx bis Lenin.** Der Roten Internationale Vergangenheit und Zukunft. (22 S.) Dr. Franz A. Pfeiffer u. Co., München 1921. 2,25 Mk. Oktavformat.

Frauenintern[illegible]onale, Die kommunistische Red. Clara Zetkin. Nr. 1 im April 1921. Monatsschrift Verlag Carl Häring, Stuttgart-Dagerloch 1921. Pro Nummer 1,50 Mk. Quartformat.

Frauentag, Der internationale. (12 S.) Frankes Verlag, G. m. b. H., Leipzig 1921. 1,— Mk.

Frank, Karl: **Der Fall Levi in der Dritten Internationale.** Arbeiter-Buchhandlung Wien 1921 (im Erscheinen).

Genossenschaft, Die sozial stische. Halbmonatsschrift Nr. 1 im April 1921. J. Becker, Gera 1921. Quartformat.

Georgi: **Arbeiter, Bauer und Spartakus.** (15 S.) Junge Garde, Berlin 1921. 0,50 Mk. Oktavformat.

Gewerkschaftsbewegung, Die Leipziger, im Jahre 1920. (96 S.) Gewerkschaftskartell Leipzig 1921. 5,— Mk. Oktavformat.

Grünberg, Prof. Dr. Carl: **Die Londoner kommunistische Zeitschrift** und andere Urkunden aus den Jahren 1847 u. 1848. (96 S.) C. L. Hirschfeld, Leipzig 1921. 10,— Mk. Oktavformat.

Hahn, Dr. Wilhelm: **Streifzüge durch Sowjet-Rußland.** (94 S.) M. Perles, Wien 1921. 8,— Mk. Oktavformat.

Hajual, Eugen: **Der Fall der Frau Hamburger.** (52 S.) Verlag Junge Garde, Berlin. 4,00 Mk. Oktavformat.

Jugend, Die, der Revolution 1918—1920. Drei Jahre proletarische Jugendbewegung. (528 S., 45 Abb., 4 Kart.). Verlag der Jugendinternationale Berlin 1921. Br. 35,— Mk., geb. 40,— Mk. für Organ. Br. 25,— Mk., geb. 35,— Mk. Oktavformat.

Lassalle, Ferdinand: Nachgelassene Briefe und Schriften. Herausgeg. von Gustav Mayer. Erster Band. Brief von und an Lassalle bis 1848. (X. u. 357 S.) Deutsche Verlags-Anstalt. Stuttgart-Berlin. — Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin 1921. Geb. 64,— Mk. Oktavformat.

Levi, Paul: **Unser Weg wider den Putschismus.** (56 S.) A. Seehof u. Co., Verlag Berlin 1921. Buchhändler-Ausg. 5,— Mk. für Organ. 3,— Mk. Oktavformat.

Lessing, Dr. Walter: Deutschland und Osteuropa. (24 S.) Verlag Kulturliga Berlin 1921. 2,— Mk. Oktavformat.

Maier, Gustav: Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung. (IV. u. 134 S.) 8. Aufl. B. G. Teubner, Leipzig 1921. 6,20 Mk. Oktavformat.

Marx, Karl und Friedr. Engels: **Das kommunistische Manifest.** (80 S.) Arbeiter-Buchhandlung, Wien 1921. Kr. 20,— für Organ. Kr. 16,—.

Kamenew, L.: Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umzinglung. Frankes Verlag, Leipzig 1921. 0,50 Mk. Oktavformat.

Larin, J. u. N. Kritzmann: Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau Sowjetrußlands 1917—1920. Carl Hoym Nachf. Hamburg 1921. Oktavformat (im Erscheinen).

Lenin, N.: **Die auswärtige und innere Politik Sowjet-Rußlands.** Frankes Verlag, Leipzig 1921. 1,— Mk. Oktavformat.
— **Die Lehren der Revolution.** Arbeiter-Buchhandlung. Wien 1921. 20 Kr.—, für Organ 12,— Kr.
— **Die gegenwärtige Lage Sowjet-Rußlands.** Frankes Verlag. Leipzig-Berlin 1921. 0,50 Mk. Oktavformat.
— **Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum.** Frankes Verlag, Leipzig 1921. 1,— Mk. Oktavformat.

Lenz, Frdr.: **Staat und Marxismus.** (XX. IV., 175 S.). I. G. Cottasche Buchh. Stuttgart 1921. 16,— Mk., geb. 26,— Mk. Oktavformat.

Losowski, A.: **Der internationale Rat der Fach- und Industrieverbände.** Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921 (im Erscheinen).
— **Amsterdam—Moskau—London.** (26 S.) Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. 1,— Mk. Oktavformat.

Pohle, L. Prof. Dr.: **Kapitalismus und Sozialismus.** (VI. 181 S.) B. G. Teubner, Leipzig 1921. 12,50 Mk. Oktavformat.

Radek, Karl: **An der Schwelle der großen Aufbauarbeit in Sowjet-Rußland.** Frankes Verlag, Leipzig 1921. 0,50 Mk. Oktavformat.

Rauscher, Ullrich: **Paris—Moskau in Deutschlands Außenpolitik.** Verlag für Politik und Wirtschaft. Berlin 1921. 1,50 Mk. Oktavformat.

Rotgardistenmarsch, Russischer. Warschawjanka. A. Hoffmanns Verlag, Berlin 1921. Für Klavier 3,50 Mk.

Rykow, A.: **Resultate der aufbauenden Tätigkeit der Sowjetregierung.** Frankes Verlag, Leipzig 1921. 1,— Mk. Oktavformat.

Salin, Edgar: **Platon und griechische Utopie.** Duncker u. Humblot, München. 30,— Mk. (im Erscheinen).

Schmitt-Dorotie, Carl: **Die Diktatur.** (XV. 211 S.) Duncker u. Humblot, München 1921. 30,— Mk. Oktavformat.

Souchy, Augustin: **Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland und in der Ukraine?** (144 S. 1 Karte.) Der Syndikalist, Berlin 1921.) 5,— Mk. Oktavformat.

„Sowjet", kommunistische Zeitschrift. Herausg. Paul Levi, Nr. 1. Mai 1921. A. Seehof u, Co., Berlin 1921. 2,— Mk.

Sowjet-Rußland im deutschen Schrifttum. Zusammeng. von E Drahn (ca. 64 S.) Frankes Verlag, Leipzig 1921. ca. 4,— Mk. Oktavformat (im Erscheinen).

Stepanow, I.: **Ausländische Konzessionen.** Frankes Verlag, Leipzig 1921. 1,— Mk. Oktavformat.

Thomas v. Aquino: **Ausgew. Schriften zur Staatslehre.** Wien. — Die Herdflamme. Wien 1921. Oktavformat (im Erscheinen).

Tschernow, Victor: **Meine Schicksale in Sowjet-Rußland.** (66 S.) Der Firn Berlin. 1921. 5,— Mk. Oktavformat.

Varga, Eugen: **Die Wirtschaftsorganisation der ungarischen Räterepublik.** (20 S.) Runge u. Co., Reichenberg 1921. 3,— Mk. Oktavformat.

Völkerfrühling. Festschrift zum Weltfeiertag. (8 S. ill.) Verlagsgen. Freiheit Berlin 1921. 1,— Mk. Fol.

Waerland, Are: **Die Diktatur des Proletariats.** (III. 1195.) Fa. Andr. Perthes, Gotha. 12,— Mk. Oktavformat.

Wichte, Friedrich: **Freimaurerei, Zionismus, Kommunismus.** (16 S.) R. Lechner u. Sohn, Wien 1921. 8,— Kr. Oktavformat.

b) in russischer Sprache.

Herzen, Alexander: **Byloje i dumy.** 1.—3. Taus. (415, 454 u. 405 S.) „Slowo", Verlagsges. Berlin 1921. Je 18 Mk. Oktavformat.

c) in ungarischer Sprache.

Benkó, Ervin: **Egy urifici története.** (47 S.) Uj Harcos, Wien 1921. 12,— Kr. Oktavformat.

Ufjumukás Internationale. (24 S.) Uj Harcos, Wien 1921. 12,— Kr. Fol.

d) in norwegischer Sprache.

Det Norske Arbeiderpartis. Forlag Kristiania: Arbeiderkalendern 1921. 3,— Kr. Fol.

Birkeland: **Socialistisk bedriftsledelse.** 0,50 Kr.

Borchardt, Julian: **Kapitalismus Grundbegreper.** 0,75 Kr.

—, **Den historiske Materialisme.** 0,75 Kr.

Bucharin, N.: **Kommunistenes program.** 1,50 Kr.

Engels, Friedrich: **Kommunismens grundsaetninger.** 0,75 Kr.

Galaaen, Jens': **Rede Vilja Digte.** 1,— Kr.

Hansen, Arvid: **Socialisering i teori og praksis.** 3,75 Kr.

Krapotkin, P.: **Anarkiet, dets filosofi og ideal.** 1,25 Kr.

Kringen, Olav: **Dirigenten.** 0,50 Kr.

Langseth, H.: **Skogornk og traeindustri.** 2,— Kr.

Madsen, Alfred: **Fagkongressen.** 0,25 Kr.

—, **Efter jernbanestreiken.** 0,50 Kr.

Meyer, Ludwig: **Raadsforfatning.** 0,50 Kr.

Moskvatesene, med landsmotets instilling. 0,50 Kr.

Moskva-Kongressens manifest. 1,— Kr.

Niewenhuis, Domela: **Kapital og arbeide.** 1,50 Kr.

Olanssen: Myène: **Verdensrevolution og börgerkrig.** 0,75 Kr.

Sinovjew, G.: **N. Lenin.** 0,75 Kr.

Sivertsen, Sverre: **Fiskeriernaeringens socialisering.** 0,60 Kr.
Socialisering av metalindustrien. 0,50 Kr.
Torgeirson, Reiner't: **Digte.** 3,— Kr.
Traumael, Martin: **Fagbevaegelsen.** 0,25 Kr.
Winter-Hjelm, Otto: **Pengenes socialisering.** 6,— Kr.

e) in englischer Sprache.

Communist Party of Great Britain, London:
Lenin, N.: **Soviet and Works.** 6 d. Oktavformat.
Foreing: **Policy of Soviet Russia.** 4 d. Oktavformat.
First Code of Laws of Russian Republic. 9 d. Oktavformat.
Miliutin, V.: **Economic Organisation of Soviet Russia.** 1 sh. Oktavformat.
Price, M. P.: **Capitalist Europe and socialist Russia.** 4 d, Oktavformat.
Trade Unions in Soviet Russia. 1 sh 6 d. Oktavformat.
Williams, Robert: **Soviet System at Work.** 6 d. Oktavformat.
Zinovieff, G.: **Lenin. His Life and Workss.** 6 d. Oktavformat.

f) in holländischer Sprache.

Oorlog aan den oorlog. (16 S.) F. Goossens Antwerpen. 10 Tm.

g) in tschechischer Sprache.

Kapitalisticky soét a kommunistická internationála. (39 S.) Runge u. Co., Reichenberg 1921. 1,— Kr.
Radek, Karl: **Program socialistického budovani.** (24 S.) Runge u. Co., Reichenberg 1921. 1,— Kr.

Druckfehlerberichtigung für Heft 9.

Im Aufsatz „Für oder wider die Zwangswirtschaft?" mußte es auf Seite 337 unten heißen:

„Das ist nun freilich genau das Gegenteil von dem, was der nun einmal historisch zu nehmende Begriff „Zwangswirtschaft" besagt."

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. — Neustädt. Vereinsdruckerei

Die Internationale

Jahrg. 3 * 1. August 1921. * Heft 11

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2.
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38.
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ihr naht Euch wieder schwankende Gestalten.

Berlin, den 25. Juli 1921.

e. l. Diesen Vers aus der „Zuneigung" ist man versucht, als Motto der Demonstration voranzusetzen, die am 31. Juli allenthalben in der friedlichsten aller friedlichen Republiken der Welt, in der Ebert-Republik, die nur noch vom Krieg gegen das Proletariat lebt, die Pazifisten aller Schattierungen veranstalten. Bürgerliche Friedensfreunde, Anarchisten, Syndikalisten sammeln sich um den eigentlichen Kern des Pazifismus in Deutschland: die S. P. D., die U. S. P. D. und den A. D. G. B. Und alle diese Partei- und Gewerkschaftsbürokraten, die jetzt ihren Willen, nie wieder Krieg zu führen, kundtun, sind dieselben, die schon am 31. Juli, vor sieben Jahren, in Berlin, Unter den Linden, gegen den Krieg spazieren gehen wollten, aber friedfertig Halt machten, als Herr von Jagow, damals noch nicht Korrespondent des Herrn Schiffer, ihnen seine Schutzleute entgegenschickte. Wie denn überhaupt diese Pazifisten von Anno 1914 ihre Abneigung gegen den Krieg mit soviel Geschick und Glück zu vertreten wußten, daß den meisten von ihnen der Krieg und die Revolution gesundheitlich recht gut bekommen ist.

Dieselben Leute, dasselbe Feldgeschrei, heute wie vor sieben Jahren, und der gleiche Verrat am Proletariat.

Für sie hat sich nichts geändert, außer, daß der Mann an der Kasse, Fritz Ebert, Reichspräsident geworden ist, Scheidemann und Hilferding in verschiedenen Parteien nicht gegen die Bourgeoisie kämpfen und darum eben den Drang zur Vereinigung in sich verspüren. Alle machen heute wieder einmal das bittere Wort Rosa Luxemburgs über die „Führer" des deutschen Proletariats wahr, das sie in der Juniusbroschüre schrieb:

> Es ist ein törichter Wahn, sich die Dinge so vorzustellen, daß wir den Krieg nur zu überdauern brauchen, wie der Hase unter dem Strauch das Ende des Gewitters abwartet, um nachher munter wieder in den alten Trott zu verfallen.

Jetzt nach langen sieben Jahren des Völkermordens und der Proletarierschlächterei kommen, ein wenig spät — die Hasen und Pazifisten sind eben vorsichtig — sie hervorgekrochen, machen ein Männchen und heben mutig den Kopf: „Wir sind immer noch da! Nieder mit dem Krieg!"

Sie sind immer noch da, die deutschen Sozialverräter und Menschewisten und sie wähnen, daß sie durch ihre laute Kundgebung ihren schamlosen Verrat vom 4. August, den elenden Zusammenbruch der II. Internationale, die niederträchtige Kriegspolitik der Partei- und Gewerkschaftsbürokraten vergessen machen können. Aber die Arbeiter Deutschlands vergessen nimmermehr den Ernst Heilmann, der zu Hindenburg ging, die patriotischen Kriegsartikel im Generalanzeigerstil in der Parteipresse, die bis zum 4. August so schön anders gekonnt hatte. Sie vergessen nimmermehr die politischen Schiebergeschäfte der Ebert und Scheidemann mit dem deutschen Imperialismus, deren Einsatz das Leben und die Gesundheit von Millionen deutscher Proletarier war; den Burgfrieden der Legiene, Winnig & Co., die von Stund an Lohnkämpfe für unzeitgemäß erklärten.

Sie vergessen nimmermehr die famose Theorie des „Klassenkampfes in Purzelbäumen", mit der Karl Kautsky den Zusammenbruch seiner Internationale, die schmachvolle Preisgabe ihrer Grundsätze rechtfertigte; jene Theorie, nach der die Internationale, die zuletzt noch 1912 im Baseler Dom die Schwurfinger gegen den Krieg erhoben, nur ein Instrument des Friedens sei, daß sie im Kriege der kapitalistischen Mächte den Klassenkampf schlafen lege, um ihn nach Friedensschluß neugestärkt aus dem Bett zu holen.

Nein: die deutschen Sozialpatrioten und Menschewisten tilgen — so laut sie auch gegen den Krieg rufen — nie und nimmermehr die Verbrechen, die sie am 4. August an der deutschen Arbeiterklasse und an der Internationale begangen haben. Nicht nach vorwärts drängt sie ihr Sehnen, das morsche Gebäude des Kapitals ganz einzureißen und an seiner Statt den Kommunismus aufzubauen. Sie blicken, wenn sie am 31. Juli auf die Straße gehen, sehnsuchtsvoll zurück nach der schönen alten Zeit vor dem Kriege, da es sich mit ein paar oppositionellen Phrasen so gut wohnen ließ für die Arbeiteraristokratie im weiten Hause des deutschen Imperialis-

mus. Auf sieben Jahre fühlen sie sich am 31. Juli 1921 zurückversetzt, in eine Zeit, da Partei- und Gewerkschaftsbürokraten noch nicht in ihrer täglichen Routine vom Donnergrollen der proletarischen Revolution aufgescheucht wurden. Flucht aus der Gegenwart mit ihren revolutionären Kämpfen, zurück zur alten Sozialdemokratie: das ist der politische Sinn des Rufes „Nie wieder Krieg".

Aber die Gegenwart läßt ihrer nicht spotten. Kaum sieben Jahre nach dem Ausbruch des Weltkrieges, kaum zwei Jahre nach dem Friedensschluß von Versailles schwelt neuer Kriegsbrand. Die fortdauernde Weltkrisis, die Bündnispläne — Amerika und England, Japan und England — Abrüstungs- und Flottenbaubeschränkungskonferenzen sind die untrüglichen Vorboten neuer kriegerischer Konflikte; sie zeigen deutlich genug, daß die Verteilung der Welt unter die imperialistischen Räuber von Versailles bald wieder durch die Kritik der Waffen revidiert werden muß, daß die Erde zu enge wurde selbst für nur drei oder vier imperialistische Mächte. Die Friedensdemonstration vom 31. Juli selbst gehört mitten hinein in diese Reihe von Symptomen, die neue Krisen künden. So enthüllen die harten Tatsachen selbst das Wollen der Pazafisten als haltlose Illusion.

Aber eine Tatsache hat seit 1914 die Welt entscheidend geändert, eine Tatsache freilich, die gerade die „Gewaltlosen" nicht wahr haben wollen: die Existenz der ersten Proletarierdiktatur der Welt, Sowjetrußlands, das die Imperialisten nicht in Rechnung stellen, an dem ihre Raubpläne eher zu schanden werden, als an allen Reden der Friedensmänner.

Der imperialistische Krieg, der trotz aller Friedensschlüsse unerbittlich weitergeht, der heute in Kleinasien aufflammt, um vielleicht morgen schon in Oberschlesien sich zu entzünden, kann so wenig wie seine Ursache, der Imperialismus als die letzte Phase des Kapitals, weggeschwätzt oder wegdemonstriert werden. Der Krieg des Kapitals kann nur überwunden werden durch den Krieg des Proletariats gegen das Kapital, durch die revolutionäre Aktion der Masse. Die Demonstration vom 31. Juli aber ist trotz aller Massen, die sie auf die Beine bringt, eine revolutionäre Massenaktion nicht. Denn es fehlt ihr das Eine, das Entscheidende: der einheitliche, entschlossene und unerschütterliche Wille der aufmarschierenden Massen, den Kampf aufzunehmen gegen die Kriegsursache selbst, den Kapitalismus und seinen Staat. Sie weicht diesem Kampfe aus, statt in ihn hineinzugehen. Und so wird sie ebenso wirkungslos wie es das andere „Kampfmittel" der deutschen

Menschewisten und Sozialisten ist: die Vereinigung der S. P. D. und der U. S. P. D. Diese Einigungspropaganda Hilferdings und Scheidemanns ist nicht erwachsen aus den fortgesetzten revolutionären Kämpfen und der steigenden Machtenfaltung der deutschen Arbeiterklasse in ihrer Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie. Sie ist nichts als das ohnmächtige Echo, das der wachsenden Macht der Gegenrevolution aus den Reihen der pazifistischen und burgfriedlichen Arbeiterführer entgegenschallt. Sie haben den drohenden neuen Krieg, den Gewalttätigkeiten der Monarchisten und Militaristen, den Schandtaten gegen das Proletariat, der wirtschaftlichen Offensive des Unternehmertums nichts anderes mehr entgegenzusetzen, als den hilflosen Schrei nach der Einigkeit, verbunden mit der Parole: Nie wieder Krieg.

Rückwärts, rückwärts ist die Parole, zurück zur alten Zeit. Neuer Verrat, neuer Betrug am Proletariat bereitet sich vor heute, wie vor sieben Jahren, damit es wieder sich gefallen lasse, daß seine Führer am Tage der Entscheidung wieder ungestraft im Lager des Krieges stehen.

Nur einen Weg gibt es im Kampfe gegen den Krieg: den Weg, den Karl Liebknecht und mit ihm Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Franz Mehring und Klara Zetkin gegangen sind, als sie in der Zeit, da die Wolken am tiefsten über der Arbeiterschaft hingen, die zersprengten Haufen der proletarischen Revolutionäre sammelten und unerbittlich den proletarischen Krieg gegen den kapitalistischen Krieg führten. Nicht gegen den Krieg reden und demonstrieren, sondern gegen ihn Krieg führen mit allen Kampfmitteln, über die das Proletariat verfügt, das allein verbürgt ihm den Sieg. Nicht darf das Proletariat die Verantwortung den anderen überlassen, wie der noch radikale „Vorwärts" am 30. Juli es tat, als er schrieb:

> Alle Verantwortung fällt auf die Machthaber von heute! Für sie handelt es sich um Sein oder Nichtsein. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!

Zentristische Jämmerlichkeit und Ohnmacht, das Schicksal des Proletariats aus eigener Kraft zu wandeln, spricht aus solchen Worten. Und es war nur das Symbol dieser pazifistisch-zentristischen Ohnmachtspolitik, als Haase am 4. August trotz Krieggegnerschaft die Zustimmungserklärung seiner Partei zu den Kriegskrediten verlas. Die Ultimatumspolitik der Hilferdinge mit ihren unerträglichen Lasten für das Proletariat ist ihre letzte Konsequenz.

Nein: nur wenn es selbst hineinspringt in den Riß der Zeit, verantwortungsfreudig, kampf- und siegentschlossen, kann das Prole-

tariat sich vom Kriege befreien. Es selbst muß fähig und willens sein, über seine Feinde zu Gericht zu sitzen, damit die Weltgeschichte ihnen zum Weltgericht werde.

Räte-Rußland ging dem Proletariat der Welt voran. Es hat ihm gezeigt, daß das Proletariat den Krieg nur überwindet im Kampf um die Eroberung der Staatsmacht. Während die Scheidemänner und Hilferdinge in ihrer Amsterdamer, Genfer und Wiener Internationale munter wieder in den alten Trott verfallen, während sie der Bourgeoisie freie Hand lassen, neue Kriege vom Zaun zu brechen, ist das Proletariat Rußlands Mittelpunkt und Träger der Kommunistischen Internationale geworden, die im revolutionären Kampfe der Arbeiter der Welt das einzige Mittel erkannt hat, den Krieg zu beenden und die entschlossen ist, dieses Mittel anzuwenden.

Kampf für den Weltfrieden: das ist die Losung der Arbeiterklasse.

Der Weltfrieden ist die Weltrevolution des Proletariates. Nur seine siegreiche Revolution sichert ihm und der Welt den Frieden.

Das Ende des Kapitalismus.

Von E. Ludwig.

(Fortsetzung.)

II.

Die Methode.

„Welches sind die Methoden, mit denen die Untersuchung zu führen ist?" so leitet Genosse Maslow den zweiten Abschnitt des ersten Teiles seiner Arbeit ein.

Der Leser stutzt: schon die Frage ist seltsam in einer Zeitschrift, die der Praxis und Theorie des Marxismus gewidmet ist, und die die Namen Rosa Luxemburg und Franz Mehrings, der Meister der historischen Dialektik, als Gründer an ihrer Spitze trägt. Noch seltsamer ist freilich die Antwort des Genossen Maslow auf seine Frage:

> Es ist klar, daß man eine Methode anwenden muß, die der Bewegung des Systems, die dem bewegten System angepaßt ist, nicht dem ruhenden.

Wieder stutzt der Leser: ist das ruhende und bewegte System des Genossen Maslow vielleicht das Planetensystem, spricht er von Ptolemäus oder Kopernikus, von der Bewegung der Planeten um die ruhende Erde, oder von der Bewegung auch der Erde nach

den Keplerschen Gesetzen? Genosse Maslow beruhigt den geneigten Leser. Es handelt sich beim ruhenden und bewegten System wirklich um Oekonomie. Denn er fährt fort:

> Nun ist für ökonomische Untersuchungen maßgebend die Produktion.

Der Leser ist wieder enttäuscht: statt eine Aufklärung über die Methode, erhält er eine vulgär-ökonomische Phrase. Es ist nicht richtig, daß für ökonomische Untersuchungen „die Produktion maßgebend" sei. Vielmehr ist Gegenstand der Untersuchung die materielle Produktion. Durch das unscheinbare Wörtlein „materiell", das Marx dem Wort Produktion voraussetzt, grenzt er sich haarscharf von der Vulgärökonomie ab. Für diese ist auch die Produktion „maßgebend", aber die Produktion als Ding an sich, als Herstellung von Sachgütern, geschieden und unabhängig von der Zirkulation, Distribution und Konsumtion. Die „materielle Produktion" dagegen erfaßt die Produktion als gesellschaftliches Verhältnis. Darum eben ist der Marxismus politische Oekonomie; das heißt, er befaßt sich mit den gesellschaftlichen Beziehungen, die die Menschen zur Gewinnung und Erhaltung ihres Lebens eingehen und zwar in ganz bestimmten, geschichtlich wechselnden Formen. Diese bestimmte geschichtliche Form der Produktion ist der Gegenstand der marxistischen Untersuchung. Die besondere Art und Weise, in der die Verbindung zwischen Arbeiter und Produktionsmittel, den Faktoren jeglicher gesellschaftlicher Produktion, bewerkstelligt wird, welche besondere Art und Weise der Verbindung die „verschiedenen ökonomischen Epochen der Gesellschaftsstruktur" unterscheidet: das aufzudecken, das ist die Aufgabe der politischen Oekonomie des Marxismus (Kapital, Bd. II. Seite 12—13). So, als gesellschaftliches Verhältnis gefaßt, bestimmt die materielle Produktion den gesellschaftlichen Stoffwechsel, die Zirkulation, Distribution und Konsumtion, und damit wird sie zum Ausgangspunkt ökonomischer Untersuchungen. Das alles hätte Genosse Maslow in der „Kritik der politischen Oekonomie" von Karl Marx, 7. Auflage, Einleitung, Seite 13 ff. nachlesen können.

Aber sehen wir weiter zu. Vielleicht löst der nächste Satz die Spannung des Lesers:

> Aber, da wir nicht die Produktion in einem bestimmten Moment (z. B. in der Uebergangsperiode) betrachten wollen, sondern das Bewegungsgesetz des Wirtschaftssystems, so haben wir uns auf eine höhere Warte zu schwingen: wir werden die Untersuchung aus dem Gesichtswinkel der Reproduktion führen.

Wieder nur Steine statt Brot, oder vielmehr eine Turn- und Kletterübung, statt einer Erörterung der Methode. Genosse Maslow dekretiert souverän: weil wir das Bewegungsgesetz des Wirtschaftssystems betrachten „wollen", so führen wir die Untersuchung aus dem Gesichtswinkel der Reproduktion. Weshalb und warum auf einmal die Reproduktion auf der Bildfläche erscheint, darüber entscheidet allein der Wille des Genossen Maslow, und zwar deshalb, weil er die dialektische Verknüpfung zwischen Krisis und Reproduktion schon bei der Problemstellung übersehen hat. Das

Schwingen auf die höhere Warte ist kein Ersatz für den Mangel an Methode und bringt uns der Beantwortung der vom Genossen Maslow aufgeworfenen Frage um keinen Zentimeter näher.

Wenn er fortfährt:

> Das wird auf den ersten Blick vielleicht als bloße Wortspielerei gewertet werden. Tatsächlich ist aber eine Untersuchung nur von dieser Warte aus möglich —

so tritt er trotz alles Schwingens auf der Stelle. Von der Methode erfahren wir mit und ohne Wortspielerei immer noch nichts.

Jedenfalls bleibt es nach dem Willen des Genossen Maslow bei der Reproduktion. Und er beweist auch gleich, daß er von diesem Problem, wie Marx es entwickelt und Rosa Luxemburg es fortgeführt hat, nichts begriffen hat:

> Uns interessiert die Produktion im Moment (!) nur insofern (eben war sie noch maßgebend für ökonomische Untersuchungen E. L.), als sie Glied ist in der Kette der Reproduktion. Nur wenn wir die nächsten Zyklen der Reproduktion (rückwärts wie vorwärts) überschauen, werden wir der Produktion in der Epoche des Uebergangs ihre richtige Stelle anzuweisen verstehen. Und dabei ist Produktion wie Reproduktion nicht zu verstehen in dem primitiven Sinne, als handle es sich nur um Produktion und Reproduktion von Mehl, Maschinen, Tischlerleim, Kokottenstrümpfen, Büchern, Häusern, Aktien, kurz von Waren und Produktionsmitteln zur Herstellung von Waren: wir werden vielmehr gerade während der Uebergangsepoche ganz besonders sorgfältig die Reproduktion von Beziehungen innerhalb des menschlichen Apparates des Wirtschaftssystems zu betrachten haben.

„Oh, Phraseologie, was schmeckst Du prächtig!" — sagt der Setzer Julian Schmidts.

Nein, Genosse Maslow. Gerade dann, wenn wir die Wirkungen des Zerfalls des Kapitalismus auf die Klassen der Gesellschaft untersuchen und daraus die Aufgaben des Proletariats entwickeln wollen — das scheint mir hinter dem Kauderwelsch von der „Reproduktion der Beziehungen innerhalb des menschlichen Apparates des Wirtschaftssystems" zu stecken — gerade dann müssen wir erst einmal von der Reproduktion in dem primitiven Sinne handeln, wie Reproduktion so simpler Dinge, wie Mehl, Tischlerleim, Kokottenstrümpfe es ist, die nun einmal zum Wohlergehen der kapialistischen Gesellschaft, als dem Ausgangspunkt unserer Untersuchung, notwendig sind. Aber gerade dann dürfen wir die Marxsche Lehre von der Reproduktion nicht an einem entscheidenden Punkte in einen chaotischen Brei zusammenrühren, wie es Genosse Maslow durch seinen Warenkatalog tut.

Diese unterschiedslose Aufzählung von Waren ohne Rücksicht auf ihren Gebrauchswert hat ihre Berechtigung, wo es sich um die Entwicklung des Warenwertes und des Wertgesetzes handelt; wo es gilt, jede Ware, gleichgültig, was ihr Gebrauchswert, als Darstellung menschlicher Arbeitskraft aufzuzeigen. Für das Problem der Reproduktion ist jedoch dieses Nebeneinanderstellen von Waren mit den heterogensten Gebrauchswerten falsch. Denn bei der Reproduktion handelt es sich nicht mehr nur

um den Produktionsprozeß des Einzelkapitals, bei dem es allein auf die Erzeugung des Wertes und Mehrwertes in Warenform und dessen Realisierung auf dem Markte und seine Rückverwandlung in neues Kapital ankommt, ohne Rücksicht auf den Gebrauchswert, in dem der Wert und Mehrwert sich darstellt. Sondern es handelt sich bei der Reproduktion um die Bewegung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, seine Erhaltung, Erneuerung bnd Entfaltung im Lebenslauf der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt.

> „Diese Bewegung ist nicht nur Wertersatz, sondern Stoffersatz und ist daher ebenso sehr bedingt durch das gegenseitige Verhältnis der Wertbestandteile des gesellschaftlichen Produkts, wie durch ihren Gebrauchswert, ihre stoffliche Gestalt. (Kapital Bd. II, Seite 369.)

Weil bei der Erhaltung und Erneuerung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, bei der Reproduktion es sich nicht nur um die Wert- und Mehrwertrealisierung handelt, sondern vermittels dieser Wertrealisierung die Existenz der kapitalistischen Gesellschaft durch die Sachgestalt der produzierten Waren erhalten und fortgeführt wird, deshalb greift Marx bei der Erforschung des Reproduktionsproblems auf den Gebrauchswert der Ware zurück, den er bei der ganzen Erörterung des Wertgesetzes bewußt ausgeschaltet hat. Darum teilt er den ganzen Warenberg, den das gesellschaftliche Gesamtkapital erzeugt, in die beiden für die Reproduktion dieses Gesamtkapitals grundlegenden Kategorien, in:

> I. Produktionsmittel, Waren, welche eine Form besitzen, worin sie in die produktive Konsumtion eingehen müssen oder wenigstens eingehen können;
>
> II. Konsumtionsmittel, Waren, welche eine Form besitzen, worin sie die individuelle Konsumtion der Kapitalisten- und Arbeiterklasse eingehen. (Kapital II, Seite 370.)

Damit vergleiche man Genosse Maslows Warenbrei und seine Einteilung in „Waren und Produktionsmittel zur Herstellung von Waren" um die ganze Unklarheit seiner Problemstellung und die von ihm angerichtete Verwirrung, zu erkennen.

Aber gehen wir weiter. Denn noch immer haben wir keine Antwort auf die Frage nach der Methode. Aber schon kommt Genosse Maslow zum Schluß, nachdem er noch ein paar Worte über die Struktur des kapitalistischen Systems und „die Bewegungsgesetze der Struktur" hat fallen lassen:

> Der Gang der Untersuchung steht somit fest: aus dem Gesichtspunkt der Reproduktion muß das gesamte wirtschaftspolitische System im Ganzen wie in seinen Teilen, sowohl, was den sachtechnischen, wie auch, was den menschlichen Apparat betrifft, auf seine Dynamik hin untersucht werden. Die Struktur wird dabei . . . . besonders an den Partien betrachtet werden müssen, wo die „Nähte" der einzelnen Teile des Systems liegen.

Genosse Maslow läßt dann die Kesselexplosionen folgen und stellt darauf als ihn interessierendes Untersuchungsobjekt zweierlei hin:

> Erstens, welches der Einfluß des Zerfalls des Systems in Einzelteile (des Bruchs der Verbindungen) auf die Bewegung des Systems ist;
>
> und zweitens, welches, umgekehrt, der Einfluß der Bewegung des Systems auf den Bruch der Verbindungen ist.

Das ist alles. Der Abschnitt ist zu Ende. Satz für Satz, Wort für Wort sind wir dem Genossen Maslow gefolgt. Aber eine Antwort auf seine Frage nach der Methode haben wir nicht erhalten, trotz alles Schwingens auf höhere Warte, trotz bewegten und ruhenden Systems, trotz platzender Nähte und zerreißender elektrischer Leitungen.

Stellen wir, um aus den Schiefheiten Maslowscher Formulierungen überhaupt herauszukommen, die Antwort, die Marx auf die Frage nach seiner Methode gibt, jenem Wortgeklingel gegenüber: Im Vorwort zur 2. Auflage des 1. Bandes des „Kapital" erörtert Marx ausführlich seine dialektische Methode in ihrer Verwandtschaft und in ihrem Gegensatz zur Hegelschen Dialektik. Und er faßt sie in den folgenden entscheidenden Sätzen auf Seite XVIII zusammen:

> Allerdings muß sich die Darstellungsweise formell von der Forschungsweise unterscheiden. Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dieses, spiegelt sich nun das wirkliche Leben des Stoffs ideell wieder, so mag es so aussehen, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun.

Jeder unbefangene Leser des Maslowschen Aufsatzes wird zugeben müssen, daß seine Darstellung, wie seine Forschungsweise formell und materiell sich von dem unterscheidet, was Marx hier als das Wesen seiner Dialektik feststellt.

Wo ist beim Genossen Maslow auch nur eine Spur von der Aneignung des Stoffs im Detail? Mit einem Federstrich tut er eine solche mühevolle Arbeit ab. Zahlen und Statistiken, die zeigen, daß es dem Kapitalismus sehr schlecht geht, Kurven und Vergleichstabellen interessieren ihn nicht. Und wenn auch Zahlen und Kurven für sich allein gewiß nicht entscheidend für das Ergebnis der Untersuchung sind, so ganz gleichgültig, sind sie, an die richtige methodologische Stelle gestzt, doch nicht.

Wo ist beim Genossen Maslow auch nur der Versuch, die verschiedenen Entwicklungsformen des Stoffs zu analysieren und ihr inneres Band aufzuspüren? Hätte er auch nur einen Blick in den 2. Band des „Kapital" geworfen, so hätte er den ganzen Wortschwall vermieden, mit dem er das Reproduktionsproblem verwirrt.

Wo ist bei ihm die Darstellungsweise, die das Leben des Stoffs ideell widerspiegelt? Statt der „Reproduktion der Wirklichkeit im Kopf", statt einer Darstellung der wirklichen Bewegung der ökonomischen Vorgänge in ihrem lebendigen Zusammenhang, fliegen dem Leser Sprengstücke explodierender Kessel um die Ohren.

Nein, Genosse Maslow braucht nicht zu fürchten, daß seine Explosionstheorie den Eindruck einer Konstruktion a priori macht.

Sie ist nur ein Wust mißverstandener und falsch formulierter ökonomischer Vorstellungen und Begriffe.

Genosse Maslow glaubt die dialektische Methode zu handhaben, wenn er das bewegte System dem ruhenden entgegenstellt, wenn er von Bewegungsgesetzen und einmal gar die Binsenwahrheit von der proletarischen Revolution als einem langwierigen dialektischen rPozeß ausspricht. Aber das Eine ist, von Bewegungsgesetzen und Dialektik r e d e n, das andere aber, die dialektische Methode h a n d h a b e n.

Trotz aller Bewegung, die er sich macht, bleibt Genosse Maslow Statiker, bleibt er im „starren System" befangen. Er wird nicht dadurch Dialektiker, daß er das Gesamtsystem im Einzelteile zerfallen läßt. In seinem bewegten System bleiben diese sich bewegenden und zerfallenden Teile starr, in einem fest bestimmten Verhältnis zueinander. Ebenso star sind seine Bewegungsgesetze. Er sieht nicht, daß die marxistische Methode zum Ziel hat, gesellschaftliche Vorgänge und Verhältnisse in ihren gegenseitigen Verbindungen und Bedingungen aufzudecken, und daß die aufgedeckten Bewegungsgesetze, die diese gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Veränderung beherrschen, durch diese Veränderung selbst wieder verändert werden; daß die in den Wechselwirkungen der sozialen Lebenssphäre sich auswirkenden Gesetzmäßigkeiten — wie Heinrich C u n o w das einmal ausgedrückt hat — keineswegs starre, „ewige" Naturgesetze sind, sondern entwicklungsgeschichtlich bedingte Gesetze, die mit den Produktionsverhältnissen selbst sich verändern.

Statt die dialektische Bewegung des Gesamtablaufs der kapitalistischen Wirtschaft aufzudecken und aus dieser Bewegung den Untergang des Kapitalismus nachzuweisen, „betrachtet" Genosse Maslow die „Struktur des Systems". Damit enthüllt er selbst den Fehler seiner Methode: er beschreibt Krisen und Zerfallvorgänge, genau so wie dies etwa Hilferding tut, statt sie in ihrer Gesetzmäßigkeit und Bewegung bloßzulegen. So ist es nicht zu verwundern, daß er als Resultat dieser Betrachtung den phänomenalen Satz präsentiert:

„Die Uebergangsperiode ist die Periode der Wechselwirkungen.

An welchen Ausspruch er erläuternd den weiteren Satz knüpft der für die marxistische Dialektik ebenso fundamental ist, wie jener erste:

„Ursache und Wirkung kehren fortwährend ihr Verhältnis um."

Diesem, mit solcher Unverhohlenheit sich offenbarenden Mangel an marxistischer Dialektik ist es, glaube ich, geschuldet, daß Genosse Maslow Problemstellung und Methode verwechselt, daß er fortwährend unverständliche Begriffsbildungen auf unverstandene Begriffe häuft.

Da ihm der Ariadnefaden der marxistischen Methode fehlt, geht er auf seinen Gang der Untersuchung schon beim ersten Schritt in die Irre, wenn er die Reproduktion wie folgt beschreibt:

Der Ablauf des kapitalistischen Geschehens zeigt einen bestimmten Rhythmus des Geschehens, der so geschildert werden kann: nach Er-

reichen einer bestimmten Produktionsbasis strebt das System, die Basis zu erweitern.

In diesen Sätzen wird der Mangel an Dialektik ganz deutlich. Der Rythmus des strebenden Systems, ist eine ökonomisch genau so nichtssagende hohle Vorstellung, wie es die Bilder von den Kesselexplosionen sind. Sie sollen Dialektik vortäuschen, vermögen aber trotz aller beweglichen Worte über Bewegungen verschiedenster Art die Starrheit der Maslowschen „Produktionsbasis" nicht zu verbergen. Glaubt Genosse Maslow im Ernst, mit solchen wechselnden, schwankenden und phrasenhaften Worten, mit denen sich kein ökonomischer Begriff verbinden läßt, die kommunistische Erkenntnis zu fördern?"

Was soll das Wort Produktionsbasis, unter dem man sich alles und nichts vorstellen kann, das aber gerade das nicht bezeichnet, worauf es bei dem Begreifen der Reproduktion ankommt?

Bei der Reproduktion handelt es sich um die Erhaltung und Entfaltung bestimmter gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse. Bei der Akkumulation, der spezifischen Form der erweiterten Reproduktion auf kapitalistischer Grundlage, handelt es sich um die Erhaltung und Entwicklung des Kapitals als eines gesellschaftlichen Verhältnisses. Um daher die Akkumulation zu verstehen und aus ihr den besonderen Charakter der augenblicklichen Krisenvorgänge als der Endkrise des Kapitalismus zu entwickeln, hätte Genosse Maslow, statt den in diesem Zusammenhang völlig nichtssagenden Begriff der zur Erweiterung strebenden Produktionsbasis zu prägen, zweckmäßig das gesellschaftliche Gesamtkapital in seiner stofflichen Zusammensetzung und in seinen Wertbeziehungen nach seinen verschiedenen Bestandteilen:

Produktionsmittel	Arbeitskraft	Mehrprodukt
Konstantes Kapital	Variables Kapital	Mehrwert
c	v	m

und diese in ihrem Verhältnis zueinander, wie in ihren Sonderbewegungen als Teilen der Gesamtbewegung des gesellschaftlichen Kapitals, sowie diese Gesamtbewegung selbst erörtern sollen. Er hätte weiter bei dieser Untersuchung die Entwicklung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals, der Ausbeutung und der Profitrate, ferner die Erneuerungsmöglichkeiten, namentlich des verschlissenen Fixen Kapitals untersuchen müssen und daraufhin die Austauschvoraussetzungen, wie die Austauschmöglichkeiten, sowohl nach der stofflichen Seite, wie nach der Wertrealisierung hin zwischen den beiden Abteilungen I und II, zwischen der Produktionsmittel- und Konsumtionsmittel-Abteilung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, prüfen müssen. Wäre Genosse Maslow so vorgegangen, so hätte er sofort die Unbrauchbarkeit seiner Begriffe nicht nur von der Produktionsbasis, sondern auch von dem sachtechnischen und menschlichen Apparat erkennen müssen. Mit diesen Begriffen verdinglicht er das Kapital, das ein gesellschaftliches Verhältnis ist, nach bürgerlichem Muster, statt nach marxistischem Vorbild hinter dem dinglichen Schein die gesellschaftlichen Verhältnisse aufzudecken.

Für die Reproduktion sind die „sachlichen und menschlichen Warenbildner“ in ihrer Beziehung zueinander, in ihrer Verbindung, entscheidend. Hätte Genosse Maslow sich nur ein wenig mit diesen Beziehungen beschäftigt, so hätte er nicht bei seiner Betrachtung der Reproduktion zu einem mystischen Streben nach Vervollkommnung der Produktionsbasis kommen können, sondern er hätte die Bewegungsgesetze der Akkumulation aufgedeckt, die zeigen, daß jenes strebende Bemühen nach Erweiterung der Produktionsbasis unmittelbar aus dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals hervorwächst. Gewiß ist dieser Gang der Untersuchung an der Hand der marxistischen Methode etwas umständlicher, als der des Genossen Maslow. Aber erst diese Untersuchung gibt schließlich auch die Möglichkeit, die entscheidende Rolle des Proletariats bei der Vollendung der Endkrise des Kapitals zu bestimmen, ohne daß man genötigt ist, jedesmal dann, wenn es mit dem Rhythmus und der Bewegung nicht mehr weiter geht, zu dem Zauberwort von dem Zusammenbruch seine Zuflucht zu nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Valuta und Klassenkampf.

Von Ernst Sucher.

I.

Ueberall, wo über die hohen Preise geklagt wird — und wo geschieht das heute nicht? — fällt auch bald der Ausspruch: bei dem schlechten Stande unserer Valuta kann es ja gar nicht anders sein. Und in der Tat, nichts scheint einfacher und einleuchtender als die Ueberlegung: wenn im Auslande, sagen wir z. B. in Zürich, wo man vor dem Kriege für 100 Schweizer Franken 81 Mark bezahlte, heute der gleiche Betrag in Franken nicht weniger als 1075 Mark kostet, das ist fast 13⅓ mal so viel, so müssen notwendigerweise alle die Waren, die wir aus der Schweiz beziehen, mindesten 13⅓ mal so teuer sein wie etwa im Jahre 1913. In Wirklichkeit sogar noch mehr; denn auch in der Schweiz sind ja die Preise gestiegen. Sie standen im Jahre 1920 fast 2½ mal so hoch wie 1913. Man müsste also jene 13⅓ eigentlich noch mit 2½ multiplizieren, um herauszukriegen, wie stark der Tiefstand der deutschen Valuta die Preise in Deutschland verteuert.

Nun aber gilt das nicht bloss für die Schweiz, sondern für das gesamte Ausland. Einige der wichtigsten Valuten seien hier genannt. Man zahlte

in der Schweiz	für	100	Franken	1918	81.—	M.,	im	Juli	1921	rund 1285,— M.
„ Holland	„	100	Gulden	„	168.74	„	„	„	„	„ 2435,— „
„ Schweden	„	100	Kronen	„	112.50	„	„	„	„	„ 1585,— „
„ England	„	1	£	„	20 48	„	„	„	„	„ 280,— „
„ Amerika	„	1	Dollar	„	4.20	„	„	„	„	„ 78.— „
„ Frankreich	„	100	Franken	„	81,—	„	„	„	„	„ 605.— „

Folglich müssen alle Waren, die wir vom Auslande beziehen, mindestens um den Betrag der gesunkenen Valuta verteuert sein. Dahin gehören die allermeisten, für unsere Industrie unentbehrlichen Rohstoffe, und auch noch eine ansehnliche Anzahl wichtiger Lebensmittel. Der Preis der Lebensmittel wirkt auf den Arbeitslohn. Wenn somit die beiden hauptsächlichsten Erfordernisse der Produktion, die Rohstoffe und die Arbeitskraft, so kolossal verteuert sind, was Wunder, daß die Teuerung sich dann auch auf die Preise der Fabrikate überträgt!

So wird die Sache ganz allgemein dargestellt, nicht nur von bürgerlicher, sondern auch von sozialdemokratischer Seite. Jedoch soll man sich nicht verhehlen, daß eine logische Konsequenz dieser Ansicht eine Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit mindestens bei dem einen Punkte der Valuta ist. Beide hätten dann gleichermaßen ein Interesse daran, daß zu allererst der Preis der deutschen Mark im Auslande steigt, damit die Warenpreise im Inlande sinken. Sie müßten also einmütig zusammenstehen bei allen Maßregeln, die eine Besserung der deutschen Valuta bezwecken. Ihre Streitigkeiten unter sich müßten — gewissermaßen wie der gelegentliche Zank innerhalb einer wohl erzogenen Familie — zunächst zurückgestellt werden, bis der gemeinsame Zweck, die Besserung der Valuta erreicht ist. Ja, noch mehr: die Valuta ist ja überhaupt nichts als das Wertverhältnis zwischen dem Gelde verschiedener Staaten; jedes Steigen der deutschen Valuta bedeutet folglich ein Sinken der französischen, der schweizerischen, der englischen usw. Valuta. Da nun offenbar für jene Länder das gleiche gelten muß wie für uns, daß nämlich jede Verschlechterung ihrer Valuta eine Steigerung ihrer Inlandspreise nach sich zieht, was für die dortigen Arbeiter ebenso nachteilig sein muß, wie für alle übrigen Konsumenten, so ergibt sich als letzter Schluß: in Sachen der Valuta steht das Interesse der deutschen Arbeiter und Kapitalisten gemeinsam gegen das der ausländischen Arbeiter und Kapitalisten; wir hätten also hier ein Gebiet, und noch dazu ein sehr wichtiges, auf dem das gemeinsame nationale Interesse zwischen Arbeitern und Kapitalisten höher steht als die internationale Solidarität zwischen den Proletariern der verschiedenen Länder.

Nun darf man sich aber darüber nicht täuschen, daß das Prinzip des Klassenkampfs keine Ausnahme duldet. Entweder es ist richtig, daß zwischen Kapital und Arbeit schlechterdings nie und nirgends gemeinsame, sondern immer nur gegensätzliche Interessen existieren — oder es ist nicht richtig. Trifft es zu, daß auf einem so wichtigen Gebiet Kapital und Arbeit gleichlaufende Interessen haben, dann ist die Lehre vom Klassenkampf überhaupt falsch. Grund genug für alle, denen Revolution und Sozialismus kein leeres

Schlagwort sind, dieser allgemein vorgetragenen Valuta-Theorie einmal bis auf den Grund zu leuchten. Um so mehr, als die Bourgeoisie keinen Augenblick zögert, die scheinbare Interessengemeinschaft zwischen ihr und der Arbeiterschaft sich nutzbar zu machen, um die revolutionäre Einsicht und Tatkraft des Proletariats zu lähmen. Denn, wie im folgenden noch genauer dargelegt werden soll, führt sie den Tiefstand der Valuta zurück auf die „passive Handelsbilanz"; diese sei ihrerseits dadurch verursacht, daß wir zu viel vom Ausland kaufen müssen; dies wiederum liege daran, daß bei uns zu wenig gearbeitet und zu viel verbraucht wird. Dazu kommt als zweites Moment der schlechten Valuta das „mangelnde Vertrauen" des Auslandes. Wie aber soll das Ausland — will sagen, die ausländischen Kapitalisten — Vertrauen zu uns haben, wenn sie sehen, daß wir über fortwährenden Streiks, Parteikämpfen, politischen Auseinandersetzungen bald ganz und gar das Arbeiten vergessen! Das sind die Gedankengänge, die sich gerade dem denkenden Arbeiter aus der üblichen Valuta-Lehre ganz von selbst ergeben und ihn dem Klassenkampf und der Revolution zu entfremden geeignet sind. Deshalb ist es nötig, einmal genauer zu prüfen, wer Recht hat, die Lehre von der Valuta oder die Lehre vom Klassenkampf.

II.

Das oben für einige Länder angegebene Wertverhältnis der Münzen nennt man mit einem Fremdwort ihre Parität (Gleichstellung). Sie ist nicht aus der Wirklichkeit abgelesen, sondern aus dem vor dem Kriege gültigen Goldgehalt der Münzen berechnet. In Deutschland wurden aus einem Kilogramm Feingold 2790 Mark geprägt, eine Mark war demnach der 2790ste Teil eines Kilogramms Feingold. Ebenso kannte man den Goldgehalt des Franken, des Dollar usw., und daraus ergab sich rein theoretisch ihr Wertverhältnis. In der Praxis des Alltags wurden die Münzen nicht genau nach ihrer Parität in Zahlung genommen, sondern mit geringen Abweichungen. So z. B. bekam man im Jahre 1910 in Amsterdam für 100 deutsche Mark nicht genau 59.26 holländische Gulden, wie es der Parität entsprechen würde, sondern die tatsächliche Umwechslung schwankte im Lauf des Jahres zwischen 58.08 und 59.41 Gulden. Im Durchschnitt des ganzen Jahres wichen 100 M. um 0.22 Gulden von ihrer Parität ab. Diese geringen Schwankungen waren die Folge von entsprechenden Schwankungen im Zahlungsverkehr, in Angebot und Nachfrage von deutschen bezw. holländischen Zahlungsmitteln. Das ist nicht schwer zu sehen, und hieraus hat die bürgerliche Nationalökonomie, die ja überhaupt das wechselnde Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage als die für alle Wirtschaftsvorgänge maßgebende Grundtatsache ansieht, das Gesetz gemacht, daß der Kurs der Valuta ausschließlich von Angebot und Nachfrage der Zahlungsmittel bestimmt werde. Dieser Satz genügte durchaus für die praktischen Bedürfnise in jenen langen Jahrzehnten verhältnismäßiger Ruhe, die dem Weltkrieg vorausgingen. Wenn irgendwelche besonderen Interessen geboten, den Kurs einer fremdländischen Münze etwas hinauf oder hinab zu

treiben, so brauchte nur die Reichsbank oder sonst eine auf dem Finanzmarkt beträchtliche Macht, einige entsprechende Ankäufe oder Verkäufe von Gulden, Franken, Dollars usw. vorzunehmen, und alsbald vollzog der Kurs die gewünschte Bewegung.

Ausgerüstet mit diesem, aus der Friedenszeit übernommenen und in der Friedenszeit erprobten Wissen zog die bürgerliche Finanzwelt — die praktische wie die theoretische, d. h. die Bankiers wie die Professoren — in den Krieg. Nun aber geschahen Dinge, die denn doch von dem Gewohnten und Althergebrachten weit und allmählich immer weiter abwichen. Zwar, daß der Kurs der deutschen Mark sofort zu sinken begann, konnte noch nicht auffallen; das stand noch mit der Theorie von Angebot und Nachfrage im Einklang. Eine starke Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln ist ja offenbar dann vorhanden, wenn die Einfuhr stark und die Ausfuhr schwach ist. Einen solchen Zustand nennt man eine „passive" oder auch eine „ungünstige Handelsbilanz". In solchem Fall muß der Ueberschuß der eingeführten über die ausgeführten Waren in barem Gelde bezahlt werden, und dann braucht man natürlich viel ausländisches Geld. Allerdings wußte man eigentlich gar nicht, wie es mit der Handelsbilanz in Wirklichkeit stand. Denn vom Augenblick des Kriegsausbruchs an wurden die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr streng geheim gehalten. Aber als man sah, wie der Kurs der Mark zwar schneller als im Frieden, aber doch nicht allzu schnell sank, da sagte man sich: das ist ja ganz natürlich; jetzt, wo wir im Krieg sind, ist die Ausfuhr fast ganz abgeschnitten; die Einfuhr ist zwar auch sehr eingeschränkt, aber ganz können wir auf sie nicht verzichten, im Gegenteil, wir müssen trachten, so viel Rohstoffe und Lebensmittel wie möglich zum Kriegsbedarf und zur Ernährung unserer Bevölkerung über die neutralen Länder hereinzukriegen. Da ist es kein Wunder, wenn die Mark sinkt. Mit anderen Worten: aus der Bewegung der Valuta schloß man auf den Stand der Handelsbilanz.

Aber auf die Dauer konnte dieser Trost nicht vorhalten. Man hat zwar lange, viel zu lange an ihm festgehalten. Wenn auch nicht die Bankiers, so hätten doch die Professoren einsehen dürfen, daß ein Erklärungsgrund, der für Schwankungen in Höhe von $^1/_2$ Gulden richtig sein mochte, für Abweichungen des Kurses in Höhe von 5, 6, 10 Gulden und mehr nicht ausreichen konnte. Aber man klammerte sich daran, ja man redete sich 1½ Jahre lang mit Gewalt ein, es sei nichts Besonderes dabei, das Sinken des Markkurses sei eine „natürliche" Folge des Krieges und werde „von selbst" wieder aufhören, wenn der Krieg beendet und gewonnen sei. Geradezu blamabel ist es, wie man sich damals sogar nicht scheute, der Oeffentlichkeit das direkte Gegenteil von dem einzureden, was man im Frieden stets über die Bedeutung der Valuta gesagt hatte. Früher hatte man jedes Sinken der Valuta als etwas Nachteiliges, eine „passive Handelsbilanz" schier als ein nationales Unglück hingestellt, wogegen schleunigst etwas geschehen müsse. Jetzt, wo die Valuta in ganz anderem Ausmaß sank als je zuvor — schon im August 1914 hatte sie den äußersten Tiefstand erreicht, den sie je im Frieden inne gehabt — jetzt druckte die gesamte „tonangebende"

Presse einen Artikel einer deutschfreundlichen (d. h. in deutschem Solde stehenden) Züricher Zeitung vom Dezember 1914 nach, in dem „überzeugend" dargetan wurde, daß der Stand der Valuta „ein gänzlich unbedeutendes Moment für die gesamte Wirtschaftslage" eines Landes sei. Schon in normalen Zeiten, so hieß es ausdrücklich, könne man daraus keine Schlüsse ziehen, vollends jetzt nicht. „Mit dem Nationalvermögen, der wirtschaftlichen Kraft, Solidität, kurz mit dem wirtschaftlichen Atem eines Landes hat das heute weniger zu tun als sonst."

Doch wie gesagt, der Trost war mager. In Wirklichkeit sträubten sich denselben Leuten, die ihn spendeten, immer mehr die Haare angesichts dessen, was mit der deutschen Valuta vorging. Sie hatte sich nämlich während der ersten 1½ Kriegsjahre wie folgt gestaltet. Man bekam für 100 Mark:

in		Holland		der Schweiz		Schweden	
	Parität	59 26	Gulden	123 46	Franken	88 88	Kronen
Juli	1914	59 15	„	122 87	„	89.10	„
August	„	58.10	„	121.25	„	—	„
Dezember	„	54.36	„	114 56	„	87 58	„
April	1915	51 87	„	109 07	„	80 57	„
Oktober	„	49 81	„	109 14	„	78.43	„
Dezember	„	44.60	„	102 27	„	69 70	„
Januar	1916	41 78	„	95 70	„	67.60	„

Damit war ein Tiefstand erreicht, den selbst die schlimmsten Pessimisten nicht erwartet hätten. Besonderen Eindruck machte die ganz unerhörte Tatsache, daß sich das Wertverhältnis zwischen Frank und Mark umgedreht hatte: der Frank war jetzt mehr wert als die Mark. Und nun erhob sich ein Zetergeschrei, das jedoch — bezeichnender Weise — nicht von den Professoren, sondern von den Männern der Praxis, den Kaufleuten und Bankiers ausging.

III.

Als im Januar 1916 die deutsche Valuta jenen nie zuvor erhörten Tiefstand erreicht hatte und die Geschäftswelt in wilder Angst nach Hilfe schrie, da zeigte sich, daß man in der Erkenntnis der Zusammenhänge, von denen die Valuta beeinflußt wird, auch nicht um einen Schritt seit dem Frieden vorwärts gekommen war. Rein gar nichts hatte man aus den Erfahrungen des Krieges gelernt. Genau wie vor dem Kriege stammelte man das Sprüchlein von Angebot und Nachfrage her und leitete aus ihm die zu treffenden Maßnahmen ab. Die Konsequenzen, die daraus entsprangen, müssen einfach als albern und lächerlich bezeichnet werden.

Wenn man der Ansicht ist, daß die Valuta von der Nachfrage nach Zahlungsmitteln abhängt, so ergeben sich für den, der sie heben will, folgende drei Maßnahmen, die vom Frieden her jedem Börsen- und Finanzmann wohl bekannt waren. Entweder muß man den Import künstlich hemmen und den Export steigern, so daß Deutschland weniger Geld ans Ausland zu zahlen und mehr von ihm zu kriegen hat; oder man muß den aufgelaufenen Ueberschuß durch eine Goldzahlung abtragen; oder endlich kann man auch im Aus-

lande eine Anleihe aufnehmen. Wenn z. B. in Amerika viele deutsche Zahlungen zu machen sind, was den Kurs der deutschen Valuta drückt, und es wird in Amerika eine Anleihe aufgenommen, die zur Zahlung jener Schulden dient, dann hört das Angebot deutscher Zahlungsmittel auf, und die Valuta muß steigen. Freilich ist das nur eine vorübergehende Hilfe, denn es wird ja nur die Person des amerikanischen Gläubigers gewechselt. Ueber kurz oder lang muß auch die neue Schuld beglichen werden, was, nebst den Zinsen, die Valuta wieder senkt. Aber in normalen Geschäftszeiten konnte man sich darauf verlassen, daß inzwischen der regelmäßige Handelsverkehr zwischen beiden Ländern schon wieder viel ausgeglichen haben werde.

Mit diesen selben drei Hausmittelchen stand man auch im Januar 1916 dem so gewaltigen Valutasturz gegenüber. Andere wußte man nicht. Nur zeigte die einfachste Ueberlegung, daß sie alle drei in dieser Situation nicht anwendbar waren. Den Import hemmen und den Export steigern? — Die waren ausschließlich nach den Bedürfnissen des Krieges geregelt. Die Ausfuhr war fast ganz und gar verboten, weil bei unzähligen, dem Laien harmlos scheinenden Gegenständen die Befürchtung vorlag, daß sie dem Feinde Vorschub leisten können. Folglich war auch die Einfuhr schon so gering, daß sich daran nichts mehr vermindern ließ. Gold ins Ausland schicken? — Man weiß, mit welcher Angst die Regierung im Gegenteil bemüht war, einen kleinen Goldschatz in der Reichsbank anzusammeln und festzuhalten. Anleihen im Auslande? — Ach ja, die hätten wir gern gemacht. Bloß, es pumpte uns niemand etwas. Was also tun?

In dieser Lage verfiel die deutsche Regierung auf einen wahrhaft genialen, einen echt preußischen Gedanken: das Sinken der Valuta wurde ganz einfach v e r b o t e n ! Darauf nämlich läuft die Geschichte mit der sogenannten „Devisenordnung" hinaus. Devise ist im Bankwesen der Name für ausländische Zahlungsmittel. Man verordnete also im Januar 1916, daß solche Devisen nicht von jedermann, sondern nur von einigen mit Namen angeführten Banken hergegeben werden durften. (Außer der Reichsbank waren es 13 Banken in Berlin, 9 in Frankfurt a. M. und 4 in Hamburg.) Sofern diese nicht genügend Devisen besaßen — was natürlich sehr schnell eintreten mußte — waren sie verpflichtet, ihre Aufträge an die Berliner Börse weiterzugeben, und hier waren zwei vereidete Makler unter Aufsicht eines Vertreters der Reichsbank damit betraut, d i e W e c h s e l k u r s e a m t l i c h f e s t z u s e t z e n. Das Ganze lief also darauf hinaus, der Valuta von Amts wegen vorzuschreiben, wie hoch sie stehen durfte!

Es ist bezeichnend, daß man in den nächsten Monaten triumphierend von einem „Erfolg" dieser genialen Maßregel zu berichten wußte. Es ist allerdings richtig, in Berlin wurde der Kurs amtlich festgesetzt. Aber die Valuta war ein so rebellisches Frauenzimmer, daß sie sich nach der amtlichen Anordnung nicht richtete! Mit anderen Worten: überall in den deutschen Zeitungen standen die Kurse, welche die beiden beeideten Makler zu Berlin im Schweiße ihres Angesichts vorgeschrieben hatten. Aber nirgends in der Welt,

auch in Deutschland nicht, bekam man zu diesen Kursen ausländische Zahlungsmittel zu kaufen! Schier ergötzlich ist es nachzulesen, wie den Berliner Maklern bald nichts anderes übrig blieb, als von Monat zu Monat mit den Kursen wieder herunter zu gehen, um wenigstens einigermaßen den Tatsachen, nämlich den im Auslande gezahlten Kursen, nachzukommen. So war man denn im Herbst 1916 wieder genau da angelangt, von wo man im Januar ausgegangen war. 234,50 Mk. hatte man im Januar zu Berlin für 100 holländische Gulden zahlen müssen (statt der Parität von 168,74), und das hatte das Entsetzen der Geschäftswelt erregt. Im Dezember desselben Jahres waren es sogar schon 239 Mk. Als Episode sei erwähnt, daß die echt preußischen Gesetzesfabrikanten zu Berlin nun auf den Gedanken verfielen, durch noch ein paar Paragraphen abhelfen zu können, die sie im Februar 1917 auf ihre Devisenordnung daraufflickten. Das muß aber selbst den beeideten Maklern zu dumm geworden sein. Denn deren Tätigkeit in den folgenden Monaten bestand hauptsächlich darin, die Kurse immer tiefer und tiefer zu setzen, um sie wenigstens einigermaßen mit den auf dem Weltmarkt gezahlten in Uebereinstimmung zu halten. Auf diese Weise sprang die Berliner Notierung schon im April 1917 auf 265 Mk., im August auf 298 Mk., im Oktober auf 309 Mk. für 100 holländische Gulden.

Von da ab trat „von selbst", d. h. auf dem Weltmarkt eine Besserung ein, und dies ist eine Episode, aus der wir etwas Wichtiges lernen können. Der Kurs der Mark stieg nämlich damals rasch so weit, daß schon im Januar 1918 100 holl. Gulden nur noch 215,50 Mk. kosteten. Und sofort war die Oeffentlichkeit zufrieden. Trotzdem man nicht einmal recht wußte, woher diese unvermutete Besserung kam — es gab Börsenleute, die sie auf die russische Bolschewiki-Revolution und die dadurch eröffnete Aussicht auf Frieden zurückführten — so tat man doch so, als sei nun alles in schönster Ordnung, das Valutaproblem gelöst, die Bahn zur Gesundung endgültig beschritten. Genau so benimmt sich die „öffentliche Meinung" bis auf den heutigen Tag. Weil z. B. etwa seit Mitte 1920 die allgemeine Teuerung sich nicht ganz so stark verschärft hat wie zuvor, und weil nun gar noch seit Februar 1921 eine gelinde Verbilligung eingetreten ist, redete man sich im Mai 1921 ein, das Gespenst der Teuerung sei vorüber. Aber solche gelegentlichen — und überdies nur geringfügigen — Schwankungen, die an tausend Zufälligkeiten liegen können, wollen nichts besagen. Auf die Gesamttendenz der Bewegung kommt es an, und die zeigt sich erst nach längerer Sicht. Bis zum Ende des Krieges, September 1918, war denn auch der Kurs der Mark wieder auf seinen bis dahin tiefsten Stand, 309 Mk. für 100 Gulden, zurückgestürzt.

IV.

Es bleibt nun noch die Bewegung der deutschen Valuta seit der Revolution zu betrachten. Mit rasender Geschwindigkeit stürzte sie jetzt innerhalb weniger Wochen und Monate in Abgründe hinab, die fast jeden Vergleich mit den früheren Zahlen unmöglich machen. Man muß sich erinnern, daß im Januar 1916 für 100 holländische

Gulden 234,50 Mk., oder umgekehrt für 100 Mk. 41,78 Gulden gezahlt wurden, und daß dies ein unerhörter Tiefstand war, der das allgemeine Geschrei nach Hilfe ausgelöst hatte.. Dies muß man im Auge behalten, um die Bedeutung der folgenden Zahlen ermessen zu können.

Man bekam (statt einer Parität von 59,26):

für	100	Mark	im	Oktober	1918	34 50	holl.	Gulden
„	„	„	„	November	„	32,—	„	„
„	„	„	„	Januar	1919	28 15	„	„
„	„	„	„	April	„	20 —	„	„
„	„	„	„	Juli	„	15.—	„	„
„	„	„	„	Oktober	„	8 45	„	„
„	„	„	„	Januar	1920	5.40	„	„
„	„	„	Ende	„	„	2.88	„	„

Dies war der tiefste Stand, den die deutsche Valuta bis jetzt je erreicht hat. Er entsprach einer Zahlung von nicht weniger als 4200 Mk. für 100 holländische Gulden! Von da ab trat eine rückläufige Bewegung ein, die auch wieder in wenigen Monaten eine — verhältnismäßig — sehr bedeutende Besserung brachte. Sie mag durch folgende Zahlen veranschaulicht werden:

100 holl. Gulden (Parität 168 74) kosteten

Ende	Januar	1920	4200	Mark
„	Februar	„	3700	„
Mitte	März	„	2650	„
Ende	April	„	2083	„
„	Mai	„	1859	„

Die Freude, die diese Besserung auslöste, war übrigens sehr getrübt durch den heiklen Umstand, daß infolge des damit verbundenen Preissturzes aller Auslandswaren diejenigen Vorräte kolossal an Wert verloren, welche sich die vorsorglichen Kapitalisten in Erwartung einer immer weiter gehenden Preissteigerung bereits angelegt hatten. Dieser Schade war sehr real, hatte unzählige Bankrotte, Betriebsstillegungen, Arbeiterentlassungen zur Folge, während auf der anderen Seite doch immer bestehen blieb, daß selbst nach dieser Besserung die deutsche Mark im Auslande immer nur erst den 8. Teil ihres Wertes hatte, also nur ungefähr 12 Pfennig wert war. Doch bevor wir an die Schlußfolgerungen gehen, wollen wir zunächst die Entwicklung der Tatsachen bis auf den heutigen Tag verfolgen.

Die Besserung war nicht von Dauer. Der Stand von 1359 Mk. für 100 holl. Gulden hielt sich während des Mai und Juni 1920, dann wurde die Mark schrittweise wieder billiger, und wenn sie auch nicht bis in die Tiefen des Januar 1920 zurückstürzte, so ist sie doch auch von den 12 Pfennigen, die sie Mitte des vorigen Jahres erklommen hatte, wieder arg herabgekommen. Es kosteten:

100	holl.	Gulden	am	30.	Juni	1920	1858 60	Mark	(statt	168.74)
„	„	„	„	31.	Juli	„	1448 50	„	„	„
„	„	„	„	30.	September	„	1938 05	„	„	„
„	„	„	„	31.	Dezember	„	2287.70	„	„	„
„	„	„	„	30.	April	1921	2217 65	„	„	„
„	„	„	„	28	Mai	„	2145 85	„	„	„
„	„	„	„	26.	Juli	„	2437.55	„	„	„

Zur Zeit, da wir dies schreiben, müssen also für 100 holländische Gulden rund 2440 Mark bezahlt werden, das ist ungefähr 14½mal so viel wie vor dem Kriege. Die deutsche Mark ist also gegenwärtig im Auslande nur etwa knapp 7 Pfennige wert.

(Fortsetzung folgt.)

Italien auf dem Wege zur bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition.

Von Arthur Rosenberg.

Die deutsche Bourgeoisie hat die Erfahrung gemacht, daß es einen ganz guten Schutzwall gegen den Ansturm des revolutionären Proletariats bedeutet, wenn man eine Ehe mit den Menschewiki schließt. Die Tatsache, daß Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer in der Regierung sitzen, leitet einen Teil der Arbeiterklasse irre und gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, die gespaltene Arbeiterklasse nach Wunsch auszubeuten. Freilich läßt sich ein solches bürgerlich-menschewistisches Kompagniegeschäft auf die Dauer nicht aufrecht erhalten. Die russische Arbeiterklasse ist über die Firma Kerenski erstaunlich schnell zur Tagesordnung übergegangen. In Deutschland geht es ja etwas langsamer. Aber auch hier wird es die Entwicklung dahin bringen, daß die Bauer und Dißmann weiter nichts hinter sich haben, als ihre untergebenen Gewerkschaftsangestellten. Immerhin ist die Tatsache, daß eine Bourgeoisie es für notwendig findet, die Reformsozialisten auf die Ministersessel zu nötigen, von großer Bedeutung. Es geht daraus hervor, daß die Kapitalistenklasse sich es nicht mehr zutraut, aus eigener Kraft den Ansturm des Proletariats abzuwehren, sondern daß sie Helfer und Diener braucht, die aus der Arbeiterklasse kommen.

In dieser Situation befindet sich jetzt auch das italienische Kapital. In den herrschenden Schichten Italiens sind zwei Strömungen zu unterscheiden. Die eine vertrat bisher die Meinung, daß man mit brutaler Gewalt die Arbeiterklasse niederzwingen könne, daß man irgendwelche Kompromisse auch mit den am weitesten rechts stehenden Sozialisten nicht nötig habe. Das ist die Richtung, die von der Großindustrie, den Großbanken und Großgrundbesitzern finanziert wird, und deren Schlachten die ausgezeichnet organisierten Banden der italienischen Orgesch, die sogenannten Faszisten, schlagen. Im letzten Herbst hatten wir in Italien die gewaltige revolutionäre Bewegung, die dazu führte, daß in der Stadt die Fabrikarbeiter die Betriebe und die Mieter die großen Wohnhäuser, und daß auf dem Lande die Tagelöhner und Kleinbauern die großen Güter besetzten. Für einige Wochen schien es so, als ob Italien geraden Weges in die Republik der Arbeiter- und Bauernräte hineinsegeln würde. Aber der Verrat der Gewerkschaftsbureaukratie hat dem Kapitalismus noch einmal eine Atempause verschafft. Man vertröstete die Arbeiterschaft mit einem Betriebsrätegesetz, woraufhin die Proletarier die Autorität der

Fabrikdirektoren wieder anerkannten. Und dann ebbte auch die Bewegung auf dem Lande wieder ab. Unter dem ersten Eindruck der revolutionären Riesenaktion waren die Unternehmer zufrieden gewesen, mit einem blauen Auge davonzukommen, sie begrüßten das Betriebsrätegesetz als rettenden Anker. Aber schon nach kurzer Zeit erkannten die Herren, daß sie unnötig ängstlich gewesen waren. Sie sahen, daß die italienische Arbeiterklasse sich noch zum größten Teil in der Hand der Gewerkschaftsbureaukratie befand; sie sahen weiter, daß die Arbeitermassen nach der großen Aktion von einer gewissen Erschlaffung und Passivität erfüllt waren, und nun ging das Unternehmertum zum Gegenstoß über. Die italienischen Großindustriellen warfen der Regierung und den Gewerkschaften den Entwurf des Betriebsrätegesetzes zerfetzt vor die Füße. Sie wollten Herren im eigenen Hause bleiben, und den Betriebsräten auch nicht die mindesten Zugeständnisse machen. Und dann kamen Lohnabbau, Einschränkungen der Arbeitszeit, Entlassung unbeliebter Funktionäre — ganz wie in Deutschland. Vor allem waren es die Turiner Arbeiter, die das Unternehmertum niederschlagen wollte. Denn Turin ist die Hochburg des Kommunismus in Italien, und die dortigen Großbetriebe, allen voran die Fiat-Werke mit 20000 Arbeitern, stellen die festesten Bataillone der proletarischen Kampfarmee dar. Die Direktion der Fiat-Werke begann mit Teilaussperungen, worauf die ganze Belegschaft in Abwehrstreik trat. Da aber die Turiner Betriebe von den Gewerkschaften in Stich gelassen wurden, mußten sie im isolierten Kampf den Kürzeren ziehen. Nach einer Streikdauer von vier Wochen kehrte die Fiat-Arbeiterschaft in den Betrieb zurück, zu den Bedingungen der Direktion. Zweitausend Arbeiter, darunter die aktivsten kommunistischen Funktionäre, blieben aber auf der Strecke, Hand in Hand mit den wirtschaftlichen Offensivstößen des Unternehmertums ging der weiße Terror der Faszistenbanden. Seit Anfang dieses Jahres ist in Italien kein Tag vergangen, an dem nicht Arbeiter von den Orgesch-Banditen ermordet und Räume der Arbeiterorgnisationen demoliert worden sind. Wähend die seit Livorno selbständige Kommunistische Partei Italiens den weißen Banden aktiven Widerstand entgegensetzte, spielte die Sozialistische Partei, ebenso wie die Gewerkschaftsbureaukratie, die Rolle kläglichster Feigheit; man beklagte die Barbarei der Zeiten und mahnte die bewaffnete Bourgeoisie, sie möchte zur „Menschlichkeit" zurückkehren.

Es ist begreiflich, daß diese ganze Entwicklung die Position der äußersten Rechten des italienischen Bürgertums gewaltig stärkte. Die gemäßigten Parteien wurden vollkommen zurückgedrängt. Zu diesen gehört vor allem die Katholische Volkspartei, die eine ähnliche Politik verfolgt, wie das Zentrum in Deutschland. Aber die Volkspartei hat Hunderttausende von armen Kleinbauern und Landarbeitern hinter sich, die ihren sozialen Gegensatz zum Großgrundbesitzertum stark empfinden. Neben den von Sozialisten geführten Landarbeiterstreiks, gibt es in Italien auch Aktionen der Katholischen Landarbeiterschaft, und es ist bezeichnend, daß in Italien auch schon christliche Arbeiter von den Weißgardisten verprügelt und niedergeschossen worden sind. Diese Sachlage bringt es mit sich, daß die Katholische Partei trotz aller reaktionären Pfaffenelemente, die sie leiten, doch nicht die reine Orgeschpolitik mitmachen kann. Neben den Katholiken stehen dann noch die bürgerlich-liberalen und demokratischen Gruppen, deren bedeutendster Führer der alte Giolitti ist. Auch Männer

wie Nitti, De Nicola, Bonomi usw. haben im wesentlichen dieselbe Auffassung. Giolitti ist es gewohnt, seine Erfolge nicht durch brutales Dreinhauen, sondern durch schlaue Diplomatie zu erringen. Er glaubte nie recht an die Möglichkeit, das Millionenheer der italienischen Proletarier durch Revolverschüsse und Brandstiftungen unschädlich zu machen. Er war der Meinung, daß ein reformistischer Gewerkschaftsbürokrat die Arbeiter besser bezähmen kann, als die schönste Handgranate. Deshalb wollte er das Proletariat mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften lahmlegen. Aber Giolitti war nicht imstande, diese seine Taktik gegenüber der äußersten Rechten durchzusetzen. Wir haben schon oben betont, daß dem italienischen Unternehmertum der Kamm so sehr geschwollen war, daß dieses den Gewerkschaften und Betriebsräten auch nicht die bescheidensten Zugeständnisse im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft machen wollte. Wenn Giolitti den Willen gehabt hätte, die italienische Orgesch zurückzuhalten, so wäre ihm dies auch gar nicht gelungen, da die Offiziere des Heeres und vor allem der Gendarmerie mit den Weißgardisten unter einer Decke stecken. So hatte Giolitti in den letzten Monaten dem weißen Terror freien Lauf gelassen, und er stimmte auch dem Plan zu, der die Herrschaft der Orgesch endgültig befestigen und ihr blutiges Werk krönen sollte, nämlich der Auflösung des italienischen Parlaments und den Neuwahlen am 15. Mai.

Im alten italienischen Parlament, das im Jahre 1919 gewählt worden war, verfügten die Sozialisten über 150 Mandate. Und eine bürgerliche Arbeitsmehrheit war nur dann möglich, wenn die katholischen Abgeordneten für die Regierung stimmten. Eine offene Orgeschpolitik war also mit dieser Kammer nicht zu machen. Deshalb sollten Neuwahlen vorgenommen werden; bei diesen sollte der weiße Terror sich schrankenlos austoben, und so wollte man eine im wesentlichen sozialistenreine Kammer schaffen, die dann eine italienische Horthy-Regierung offiziell einsetzen konnte.

Das Wahlergebnis hat aber die Pläne der extremen Reaktion durchkreuzt. Italien durchlebte zwar einen Monat des wirklichen Wahl-„kampfes". Eine ganze Reihe sozialistischer und kommunistischer Agitatoren wurde niedergeschossen, sozialistische und kommunistische Redaktionen und Parteibüros wurden um die Wette demoliert. Aber dennoch haben die Faszistenbanden ihren Zweck nicht erreicht. Die Gegenwehr der Arbeiter wurde immer hartnäckiger, die Kommunisten organisierten diese Abwehr bewußt und systematisch, und die sozialistischen Arbeiter wehrten sich, von der Parteileitung im Stich gelassen, selbständig ihrer Haut, so gut es ging. In letzter Zeit sind im italienischen Bürgerkrieg ungefähr schon ebensoviele Weißgardisten gefallen wie Arbeiter. Das zeigt, daß die Arbeiterklasse über das Stadium des demütigen Duldens und entrüsteten Anklagens hinaus ist. So gelang es der Reaktion nicht, die Wahlagitation der proletarischen Parteien zu lähmen. Von einigen wenigen Gegenden abgesehen, sind die Arbeiter überall zur Wahlurne geschritten und haben die sozialistischen und kommunistischen Kandidaten gewählt. Die damals noch geeinte Sozialistische Partei hatte im Jahre 1919 150 Parlamentssitze errungen; diesmal erlangten die Sozialisten und Kommunisten zusammen 140 Mandate. Der Gesamtverlust der proletarischen Parteien ist also sehr gering, da auf der anderen Seite auch die Katholische Volkspartei ungeschwächt aus den Wahlen hervorging, ist eine Aenderung in

den Mehrheitsverhältnissen des italienischen Parlaments überhaupt nicht eingetreten, und es ist nicht möglich, unter den gegenwärigen Umständen im Parlament eine legale Orgeschregierung aufzurichten.

Von den 140 Mandaten der proletarischen Parteien entfallen 125 auf die Sozialisten und 15 auf die Kommunisten. Es hat vielfach überrascht, daß die Sozialistische Partei bei den Wahlen so gut abgeschnitten hat. Immerhin ist es den Kommunisten gelungen, 300 000 Stimmen auf ihre Kandidaten zu vereinigen. Das italienische Wahlrecht ist für die Minderheiten ungünstig, so daß die Kommunisten weniger Mandate erhalten haben, als ihnen nach der Stimmenzahl im ganzen Lande zukämen. Ferner haben, besonders in Turin, viele Tausende kommunistische Arbeiter, erbittert über die gesamte Entwicklung und ohne Glauben an den Parlamentarismus, sich der Abstimmung — gegen die Parole der Partei — enthalten. Ferner ist folgendes zu bedenken: die Sozialistische Partei hat es vermocht, nach der Spaltung fast den gesamten Parteiapparat und den größten Teil der Parteipresse in der Hand zu behalten. So ist der gute Wahlerfolg der Sozialisten im Bezirk Mailand vor allem dem Einfluß des „Avanti" zuzuschreiben. Sodann steht fast die gesamte Gewerkschaftsbürokratie im sozialistischen Lager. Und das hat in einem Lande viel zu bedeuten, wo es kaum 200 000 politisch organisierte Arbeiter neben 3 000 000 Gewerkschaftlern gibt. Endlich darf man nicht vergessen, daß die Sozialistische Partei Italiens bisher alles aufbot, um die breiten Massen über ihr Verhältnis zur Kommunistischen Internationale im Unklaren zu halten. Die Führer der Sozialistischen Partei, so gut wie die leitenden Gewerkschaftsbürokraten versicherten ständig, daß sie auch zur Moskauer Internationale gehören, und nur einen vorübergehenden Konflikt mit der Exekutive haben. Es muß immerhin anerkannt werden, daß Serrati und seine Leute die Polemik gegen die Kommunisten und die Exekutive in sehr zurückhaltender Form führten; Gehässigkeiten, wie man sie bei einem Dittmann und Paul Levi fand, sind im „Avanti" niemals erschienen. Auch dies trägt dazu bei, daß die noch nicht genügend aufgeklärten breiten Arbeiterschichten bisher an der Sozialistischen Partei festhalten. Trotzdem sich bisher erst eine Minderheit der italienischen Arbeiterklasse bewußt zur Kommunistischen Partei bekannt hat, war die Spaltung von Liverno unbedingt notwendig. Denn die alte sozialistische Einheitspartei, in der alle politischen Richtungen, die in Deutschland von der S. P. D. bis zur K. A. P. gehen, friedlich nebeneinander saßen, und deren tatsächliche Leitung die reformistische Gewerkschaftsbürokratie hatte, war keine kampffähige revolutionäre Armee, sondern ein Sumpf. Mit der Trockenlegung dieses Sumpfes mußte einmal ein Anfang gemacht werden, und Livorno war dieser Anfang. Die letzten Wahlen haben ergeben, daß zumindest 300 000 italienische Proletarier schon wissen, wohin sie gehören. Und das ist immerhin etwas. Ueberdies war das Stimmenverhältnis der Kommunisten zu den Sozialisten bei den italienischen Wahlen nicht ungünstiger, als bei den preußischen Landtagswahlen, und wer der Meinung ist, daß die Kommunistische Partei Italiens wegen des letzten Wahlergebnisses ihre Existenz verfehlt habe, der muß folgerichtig auch verlangen, daß die V. K. P. D. einpackt und der S. P. D. das Feld überläßt.

Sodann ist die gegenwärtige Lage der Sozialistischen Partei Italiens vollkommen unhaltbar. Der Moskauer Weltkongreß hat die Partei gezwungen, endgültig Farbe zu bekennen über ihre Stellung zur III. Inter-

nationale. Und zur selben Zeit muß die Partei sich darüber entscheiden, wie sie zur Frage des Eintritts in eine Koalitionsregierung mit dem Bürgertum sich stellt. Der Wahlausgang hat den gemäßigteren Gruppen der Bourgeoisie wieder Luft verschafft. Und man plant eine italienische Regierung der Mitte, die sich aus Katholiken, Rechtssozialisten und bürgerlichen Demokraten zusammensetzen soll. Man kalkuliert, daß eine solche Regierung die 125 Sozialisten, die 100 Katholiken und ebenfalls gegen 100 bürgerliche Demokraten hinter sich haben würde. Das wäre eine feste arbeitsfähige Mehrheit in der Kammer. An die Spitze einer solchen Mehrheit wäre gern Giolitti selbst getreten.

Die Sozialistische Partei ist in dieser Frage gespalten. Die Turatigruppe möchte lieber heute als morgen die Ministersessel erklettern, aber Serrati will davon nichts wissen. Er betont ständig, daß der Parteitag von Livorno die Partei darauf festgelegt habe, keine Koalition mit dem Bürgertum einzugehen, und kein Fraktionsbeschluß, sondern nur die Entscheidung eines neuen Parteitages wäre imstande, der Partei eine neue politische Linie zu geben. Serrati weiß sehr wohl, daß der Eintritt der Sozialisten in eine Koalitionsregierung den sofortigen Zusammenbruch der Partei nach sich ziehen würde. Denn dann würden die breitesten Schichten der Stadt- und Landarbeiter den Verrat der sozialistischen Führung erkennen und den Trennungsstrich gegenüber einer solchen Partei ziehen. Aber die Turatigruppe will sich von der Verbrüderung mit dem Bürgertum nicht zurückhalten lassen. Man hat bereits ausgerechnet, daß sich in der neuen sozialistischen Parlamentsfraktion 40 unbedingte Anhänger des Regierungseintritts befinden und 30 andere Abgeordnete, die bereits schwanken. Bei dieser Sachlage spricht man in unterrichteten Kreisen immer häufiger von der Möglichkeit einer neuen Spaltung der italienischen Sozialdemokratie. Der rechte Flügel formuliert bereits die Bedingungen, unter denen er in ein bürgerliches Kabinett eintreten würde. Die Hauptsache wäre dabei der unbedingte Schutz der proletarischen Einrichtungen vor den Weißgardisten, politische Amnestie und Ersatz für den Schaden, den die Faszisten bisher in den Gebäuden der Arbeiterschaft angerichtet haben. Es mag sein, daß die bürgerlichen Demokraten und Katholiken auf einen solchen Handel eingehen, aber es ist kaum glaublich, daß ein Machtwort des Ministerpräsidenten imstande sein sollte, den Bürgerkrieg zu beenden. Die weißgardistischen Banden und ihr Häuptling Mussolini sprechen der Regierung offen Hohn, und sie wissen, daß die Offiziere größtenteils auf ihrer Seite stehen. Der Klassenkampf hat in Italien ein Stadium erreicht, in dem parlamentarische Kuhhandelei nichts mehr bedeutet, und in dem eine proletarische Partei nicht mehr lebensfähig ist, die von der eigenen Unklarheit und der Täuschung der Massen lebt. Der große Bau der sozialistischen Organisation Italiens ist auch nach den Wahlen und jetzt mehr denn je ein Kartenhaus. Die Frage des Eintritts in die Regierung, d. h. des Burgfriedens mit der Bourgeoisie, muß wie Scheidewasser auf die Partei wirken und ihre Elemente, aus der chemischen Verbindung befreit, isolieren. Auch in Italien ist nur das Entweder-Oder möglich: entweder mit dem Kapitalismus oder gegen ihn, entweder mit der Kommunistischen Internationale, oder gegen sie. Und an diesem Entweder-Oder wird die sozialistische Partei Italiens zugrunde gehen.

Der rechte Flügel der Partei hat sich in der peinlichsten Weise kompromittiert. Turatis Rede mit ihrem „Hoch Italien" und der niederträchtige

Angriff auf Sowjet-Rußland, den Herr Treves von der Parlamentstribüne herab machte, zeigen dem italienischen Proletariat, was für Elemente heute in der „ruhmreichen sozialistischen Partei" den Ton angeben. Dazu kommen die offiziellen Verhandlungen wegen eines Burgfriedens mit den Faszisten. Am 1. Oktober tritt der sozialistische Parteitag zusammen, und dann wird der linke Flügel zu beweisen haben, wie weit es ihm mit den Versicherungen ernst ist, die seine Vertreter auf dem Moskauer Weltkongreß abgaben. Entweder ringt sich der linke Flügel zu der Erkenntnis durch, daß die weitere Ehe mit Turati eine Unmöglichkeit ist, und er vollzieht die Scheidung und den Uebergang zu den Kommunisten, oder aber die Linke kapituliert vor den Turatileuten und wiederholt damit das Spiel von Livorno: dann ist sie für alle klassenbewußten Arbeiter Italiens erledigt, und die Bahn für die kommunistische Massenpartei ist erst recht frei.

Die Gegensätze innerhalb der sozialistischen Parlamentsfraktion haben vorläufig zu einem Kompromiß geführt; man will zwar noch nicht offiziell Minister in die Regierung schicken, man ist aber bereit, unter einem sympathischen Ministerpräsidenten „positiv" mitzuarbeiten. Freilich hatte Herr Giolitti durch die Duldung des Faszismus sich bei der Arbeiterschaft so verhaßt gemacht, daß die sozialistische Partei es doch nicht wagte, mit ihm ein Bündnis einzugehen. So haben die Sozialisten, in seltsamer Brüderschaft mit den Faszisten, Herrn Giolitti zum Rücktritt gezwungen. Aber diese Opposition galt nur der unmöglichen Persönlichkeit, aber nicht der Sache. Schon Herr De Nicola, der nach der Demission Giolittis einige Tage aussichtsreicher Kandidat für die Ministerpräsidentenschaft war, hatte die Unterstützung Turatis in der Tasche. Und als De Nicola kein Ministerium zustande brachte, und Herr Bonomi in den Vordergrund trat, knüpften die sozialistischen Parlamentsgrößen sofort auch mit ihm Verhandlungen an. Aber Bonomi wollte es gar zu schlau machen und alle Welt, außer den Kommunisten, als Freunde gewinnen. Auf der einen Seite erstrebte er die Mitarbeit der Sozialisten, und auf der anderen Seite nahm er einige berüchtigte Reaktionäre in sein Kabinett auf, um auch die Orgesch zu versöhnen. Es handelt sich hier besonders um den Kriegsminister Gasparotto, einen ausgesprochenen Weißgardisten, ferner um den Handelsminister Herrn Belotti, einen bekannten Vertreter der Schwerindustrie, und schließlich um den nationalistischen Kolonialminister Girardini. Dieses Kleeblatt wollten die italienischen Sozialisten nicht schlucken, und so kündigten sie dem Ministerium Bonomi Fehde an. Weil der unglückselige Bonomi aber doch sehr nach der Mitte schielt, bekämpfen ihn auch die Faszisten. Und so hat er eine Regierung zusammengebracht, die nicht leben und nicht sterben kann, man nennt sie in Rom das Fernministerium.

Herr Bonomi ist nur eine Uebergangserscheinung, und eine geschicktere Persönlichkeit wird in diesem Herbst die Aufgabe der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition zu lösen haben. Es wird von dem Verlauf des sozialistischen Oktoberparteitags abhängen, ob zu dieser Koalition nur die Turati-Gruppe, oder die offizielle sozialistische Gesamt-Partei gehören wird. Auf jeden Fall werden diese sozialdemokratischen Exzellenzen Italiens zu der italienischen Revolution genau so stehen, wie die Ebert und Noske zur deutschen Revolution. Nördlich wie südlich der Alpen wird die revolutionäre Welle die menschewistische Schutzmauer der Bourgeoisie hinwegspülen.

Der Gegensatz zwischen Stadt und Land.

Von A. Friedrich.

„Die Verschmelzung von Stadt und Land ist die eigentliche Frage, die vom Sozialismus gelöst wird."
(Miljutin: „Sozialismus und Landwirtschaft.")

Nach den Thesen, die dem 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale vorliegen, ist die Lösung der Ernährungsfrage unmittelbar nach der Machtergreifung des Proletariats die Lebensfrage der Revolution. Kein Genosse wird die ausschlaggebende Bedeutung dieser Aufgabe unterschätzen. Eben diese Aufgabe aber ist nur ein Teil des Aufgabenkomplexes, vor den uns die Agrarfrage stellt. Wie kommt es, daß unter unseren Genossen gerade über die Agrarfrage tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen? Wie kommt es, daß jetzt schon ein Teil unserer Genossen bewußt darauf hinarbeitet, den Gegensatz zwischen Stadt und Land zu überbrücken, indes andere Genossen vor diesem Gegensatz im politischen Kampf Halt machen?

I.

Wenn einerseits der Städtetag kürzlich noch für die Zwangswirtschaft eingetreten ist als für ein Mittel, die Landwirtschaft zur Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln zu zwingen, wenn andererseits der Reichslandbund versucht, eine Einheitsfront der gesamten Landwirtschaft aufzubauen, wenn große landwirtschaftliche Organisationen den allgemeinen Lieferstreik propagieren, ihn sogar teilweise durchführen, wenn schließlich die S. P. D. und die U. S. P. D. ständig die Interessen des Lebensmittel konsumierenden städtischen Proletariats vertritt gegenüber den „Landwirten, ob groß oder klein"*), die die städtische Bevölkerung

„Die Sozialdemokratie wird immer in ihrem Kern eine proletarische städtische Partei bleiben, immer eine Partei des ökonomischen Fortschrittes; . . . . die wird bei den Bauern mit tief eingewurzelten

*) Typisch die „Leipziger Volkszeitung" vom 3. Juli 1921.

auswuchern, dann freilich sieht es so aus, als ob zwischen Stadt und Land ein Kampf stattfände, der über alle Klassenunterschiede und Klasenkämpfe hinweggeht. Und in der Tat hat die Politik der Sozialdemokratie bislang diese Einstellung gezeigt. Es macht sich dabei noch geltend, daß das Industrieproletariat, der Hauptträger des revolutionierenden Elements der Gesellschaft, großgeworden ist in der Ideologie des Gegensatzes zwischen Stadt und Land.

Vorurteilen zu kämpfen haben, und sie wird ihm nie soviel bieten können, wie die agrarischen Parteien, die nicht nur seinem Wesen näher stehen, sondern ihm auch mehr versprechen können.*)

Aehnlich, wie Karl Kautsky im Ausgang des 19. Jahrhunderts, urteilt heute der Genosse A. M. und mit ihm andere linksstehende Genossen.

Er sagt in der „Internationale" Nr. 7:

„Das Gesamtsystem zerfiel in Einzelteile. Aber die Einzelteile zerfielen ebenfalls. Gerade die Durchorganisierung während des Krieges ist der beste Beweis dafür, daß die Einzelteile sich kaum auf irgendeiner Basis halten konnten: es war die äußerste Konzentration aller Kräfte nötig, um diese Einzelteile des Systems auch nur am Leben zu erhalten.

Und trotzdem zerfielen die Einzelsysteme in sich. Tatsächlich zeigt sich überall der Bruch zwischen Stadt und Land, der in Rußland oder Oesterreich den Charakter der Feindschaft annahm."

Er sagt dabei kein Wort über das Verhalten des Proletariats hierzu sicher kein Zufall, sprach er doch bei anderer Gelegenheit gerade von diesem Gegensatz zwischen Stadt und Land als von einem „ehernen Gesetz" der Oekonomie, gegen das nicht anzukämpfen wäre.

II.

Worin beruht nun dieser Gegensatz zwischen Stadt und Land? — ein Gegensatz, dessen Existenz von uns Kommunisten keineswegs bestritten oder verschleiert wird. Ist etwa ein Kampf zwischen beiden gesellschaftlichen Gruppen zu erwarten? Auch Karl Kautsky wirft dies Problem in seiner „Agrarfrage" auf, ob etwa wie 1848 die nägelbeschlagenen Schuhe der Bauern sich gegen das Proletariat werden werden. Für ihn ist freilich die Frage ein Rechenexempel, indem er mitteilt, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht mehr wie 1848 ¾, sondern nur noch ⅓ ausmacht. Damit ist natürlich die Frage keineswegs gelöst.

Sehen wir zu, woher diese Feindschaft stammt! Vor hundert Jahren bestand sie nicht. Vor hundert Jahren (um 1800) freilich sah es in der Landwirtschaft wie in der Stadt auch wesentlich anders aus als heute. Innerhalb der Stadtmauern wurde noch sehr rege Landwirtschaft, insbesondere Viehzucht getrieben. Noch bestand dort vielfach die Hausschlächterei, Obst und Gemüse wurden selbst gezogen, Seifen gekocht, Lichte gezogen, Hausmuff gebraut; die Spindel stand im Hause, das Weißzeug wurde selbst gefertigt. Auf dem Dorf, in der Gutswirtschaft waren andererseits zahlreiche Manufakturen vertreten. Geschlachtet und gebacken, gezimmert und gebaut, gehechelt und gesponnen, gefärbt und gewebt, geflickt und genäht wurde noch auf dem Dorfe selber, das Dorf deckte aus dieser Eigenproduktion fast seinen gesamten Bedarf selbst. Noch 1846 waren 13 Prozent aller Wollwebstühle und 86 Prozent aller Leinwandwebstühle in Händen landwirtschaftlicher Lohnweber oder hausgewerblich tätiger Landwirte.

*) Karl Kautsky „Agrarfrage" (1899), S 439, ähnlich S. 286.

Es war die kapitalistische Industrie, die diese Hausproduktion vernichtete, die aus den landwirtschaftlichen Betrieben alle Manufakturen absorbierte, die die städtische Bevölkerung in wachsendem Maße in der Versorgung mit Lebensmitteln abhängig machte vom flachen Lande — oder auch vom Ausland. Dazu kam, daß die kapitalistischen Produktionszentren immer mehr Arbeitskräfte vom Lande zu sich heranzogen, so daß die Landwirtschaft, die am Anfang dieses Jahrhunderts etwa ⅔ der Bevölkerung umfaßte, am Ausgang kaum noch ⅓ ausmachte. Das bedeutete trotz Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebsführung, daß die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln immer schwieriger wurde.

Der Feudaladel suchte zunächst die kapitalistische Entwicklung von sich fernzuhalten.

„Wir verdienen, daß man uns die Reichskleinodien nimmt, wenn wir das Rittergut selbst zu einer Handelsware herabsinken lassen", sagte Herr von Thadden-Triegloff, ein echt preußischer Junker von altem Schrot und Korn; und in der Kreuzzeitung Nr. 117 vom Jahre 1852 hieß es:

> „Zu dem großen Verderben unserer Zeit wirkt die Zuckerindustrie mit zur Vernichtung eines schlichten und wohlhabenden Bauernstandes, zur Zerstörung aller einfach häuslichen Verhältnisse und jeglicher einfältig frommen Beziehungen zum Grund und Boden, endlich zur Spaltung der gesamten Menschheit in genußsatte, harte und hochmütige Spekulanten- und in genußgierige unzufriedene und gehässige Arbeiter und bildet dabei gewissermaßen die Spitze dieses wahren Raubbaues, dieses sogenannten rationellen Ackerbause, wo der nach Thalern, Groschen und Pfennigen zu berechnende Gewinn als das einzige, was der Mensch von der Mutter Erde fordert, in Anschlag kommt."

Insbesondere seit Errichtung der Zollschutzschranken (1879) schwand diese Einstellung des Junkertums dem Kapitalismus gegenüber immer mehr; die Junker wirtschafteten selber kapitalistisch.

Gleichwohl ging die Entwicklung auf dem Lande andere Bahnen als in der Stadt, auch wenn die Junker wie die Kapitalisten, die Bauern und die Arbeiter auszubeuten streben. In der Praxis führte dies Streben zu Konflikten, und landwirtschaftliche Organisationen unter junkerlicher Führung kämpften gegen die industriellen Unternehmer. Die Schranken des Grund und Bodens und die Schwierigkeit der Maschinenanwendung — technisch und vom Rentabilitätsstandpunkt aus gesehen — standen der stets vervollkommneten Technik der kapitalistischen Industrie gegenüber. Und wuchs in der Stadt die Arbeiterklasse zu einem überwiegenden Bestandteil der Bevölkerung, so blieb auf dem Lande die Bauernmasse, der „primitive soziale Stoff" wesentlich für die soziale Struktur des flachen Landes.

Von diesen ausgebeuteten Massen des flachen Landes sagt daher auch Karl Marx mit vollem Recht:

> „Wenn das kleine Grundeigentum eine halb außerhalb der Gesellschaft stehende Klasse von Barbaren schafft, die alle Roheit primitiver Geselschaftsformen mit allen Qualen und aller Misere zivilisier-

ter Länder verbindet, so untergräbt das große Grundeigentum die Arbeitskraft der letzten Region, wohin sich ihre natuwüchsige Energie flüchtet, und wo sie als Reservefonds für die Erneuerung der Lebenskraft der Nationen sich aufspeichert, auf dem Lande selbst."

III.

Die fortschreitende Arbeitsteilung der Gesellschaft, die allmählich zu einer völligen Trennung von Manufaktur und Agrikultur geführt hat, ist somit Grundlage des Gegensatzes zwischen Stadt und Land*).

Diese Arbeitsspezialisierung bedeutet, wie auch Marx ausdrücklich erwähnt, naturgemäß keinen Klassengegensatz. Daß jedoch diese Trennung der Arbeit zu einer scharfen Scheidung in der Ideologie beider Gruppen, insbesondere den wirtschaftlich bedrängten Klassen in ihnen, führen mußte, liegt in der Entwicklung dieser Klassen begründet. Von den mittelbar und unmittelbar ausgebeuteten Klassen wurde der verschärfte wirtschaftliche Druck verspürt. Der Bauer war von seiner Hausindustrie, d. h., von der Produktion notwendiger Bedarfsgegenstände zum Eigenverbrauch, der Arbeiter von der Quelle seiner Nahrungsmittel im allgemeinen endgültig getrennt. Die werktätigen Massen des Landes sehen die Ursache der Veränderung in der Entwicklung der kapitalistischen Industrie und auch der des Proletariats; die städtische Bevölkerung — nicht etwa nur das Proletariat — hatte als Konsument landwirtschaftlicher Produkte ein gemeinsames Interesse an der Niederhaltung der Preise landwirtschaftlicher Produkte, gleichviel, ob sie im Groß- oder im Kleinbetrieb produziert wurden.

IV.

Es liegt in der Tendenz des Kapitalismus, diese Entwicklung zu verschärfen, und was der Russe Maslow über die russischen Verhältnisse sagt, trifft bei allen kapitalistischen Staaten zu:

„Je höher der Arbeitslohn, je rascher die Akkumulation des Kapitals vor sich geht, um so rascher vollzieht sich eine Reorganisation der gewerblichen Betriebe in produktivere. Gleichzeitig löst sich unter diesn Bedingungen nicht nur das Gewerbe gänzlich von der Landwirtschaft los, sondern auch die Arbeiter zerreißen rascher das Band, das sie noch an das Dorf fesselt. Je niedriger dagegen der Arbeitslohn und die Produktionstechnik ist, um so fester ist der Arbeiter an die Landwirtschaft gebunden.**)

---

*) Marx, Kapital I 12. Kapitel, 4. Abschnitt (Teilung der Arbeit): „Die Grundlage aller entwickelten und durch Warenaustausch vermittelten Teilung der Arbeit ist die Scheidung von Stadt und Land. Man kann sagen, daß die gesamte ökonomische Geschichte der Gesellschaft sich hier in der Bewegung dieses Gegensatzes zusammenfaßt, auf den wir jedoch hier nicht weiter eingehen." (Prozeß der Arbeitsteilung: Agrikultur-Manufaktur weiter ausgeführt im XXIX. Kap.), ferner: Rosa Luxemburg, „Akkumulation des Kapitals", Kap. XXIX.

**) P. Maslow: „Die Agrarfrage in Rußland."

Das Interesse, das der Kapitalist an der Trennung der Landwirtschaft von jeglicher Manufaktur hat, ist vor allem dadurch gegeben, daß die klein- und mittelbäuerlichen Massen dem Kapital einen unentbehrlichen Markt schaffen, wie andererseits deren Lebens- und Arbeitsmittel zu sachlichen Elementen des industriellen Kapitals werden „Nur die Vernichtung des ländlichen Hausgewerbes kann dem inneren Markt eines Landes die Ausdehnung und den festen Bestand geben, deren die kapitalistische Produktionsweise bedarf", und so lebt der Kapitalismus von diesen vorkapitalistischen Formationen, besser gesagt: von ihrem Ruin. In wachsendem Maße wurde das Bauerntum Ausbeutungsobjekt des industriellen, sowie auch des agrikolen Kapitals; es wurde aber zudem noch Ausbeutungsobjekt des kapitalistischen Staatsapparates. In der Entwicklung der bäuerlichen Erzeugung zur Warenproduktion, hat der staatliche Seuerdruck einen bedeutenden Anteil. Auch militärische Verpflichtungen trafen das Bauerntum besonders hart.

V.

Wir konstatieren also, daß das Kapital ein Lebensinteresse an der Ausbeutung zurückgebliebener ländlicher Schichten außerhalb der indes immer weiter sich entwickelnden städtischen Produktionszentren hat. Es ist nur ganz natürlich, daß die Aufrechterhaltung auch solcher Gebiete, so weit sie noch realisierbar ist, durch ihn gefördert wird. Die Schaffung eines sogenannten freien Bauernstandes lag nicht nur im nationalen Interesse (Posen, Westpreußen, Elsaß-Lothringen). Professor Sering — der auch im übrigen ohne sein Wissen, die von Marx gezeichneten Tendenzen nur konstatiert — 1912 vor dem Landes-Oekonomie-Kollegium drückte dies folgendermassen aus:

> „Wichtiger als die Erhaltung des Gutsparkes und der Jagd ist die Mehrung der seßhaften Menschen, die zur Arbeit des Friedens und Krieges dem Staate zu sicherer Verfügung stehen."

Zugleich wird durch solche Tendenzen — die das industrielle Kapital oft in Gegensatz zum agrikolen führen — der individualistische Betrieb gestärkt als bewußter Gegenpol zur sozialistischen Entwicklung.

Auf gleicher Stufe stehen die agrarischen Schutzzollbestrebungen, die zugunsten des agrikolen Kapitals zur Rettung der absoluten Bodenrente unter Intensivierung der Betriebsführung erfolgten und die zugleich die kleinbäuerlichen Massen mit den Interessen dieses Kapitals verknüpften. Eine weitere Verwischung von Klassenunterschieden und Klassengegensätzen geschah schließlich durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern. Sowohl auf dem Lande, wie in der Stadt ist der Versuch gemacht worden — und oft mit Erfolg — das Proletariat um der Lohnhöhe willen an der Höhe der Produktenpreise zu interessieren und damit selbst zwischen Schichten des eigentlichen Proletariates Gegensätze zu entfachen. So zum Beispiel, wenn im Freistaat Sachsen für das Landproletariat eine je nach dem Getreidepreis steigende Lohnskala tariflich festgelegt wird, so auch, wenn vom Pommerschen Landbund und anderen Reichslandbund-

organisationen dem Proletariat das Interesse an hohen Preisen für Agrarprodukte systematisch beigebracht wird; so auch, wenn das Landproletariat von den Junkern aufgefordert wird, seine Deputatüberschüsse zu Wucherpreisen an die städtische Bevölkerung abzugeben; so aber auch, wenn den Kaliarbeitern höherer Lohn nur bewilligt werden sollte, wenn sie einer Steigerung der Kalipreise zustimmten. Eine solche arbeitsgemeinschaftliche Institution war schließlich, wie wir gesehen haben, die Zwangswirtschaft.

Das Interesse des Industriekapitals an einer zeitweiligen Verbindung mit dem Industrieproletariat gegen die agrikolen Kapitalisten ist ökonomisch durchaus begründet. Durch die Monopolstellung des Grundeigentums, die im Zusammenhang mit den Schutzzöllen für Getreide die Konkurrenz bis zu einem bestimmten Grade ausschloß, war die absolute, der niederen organischen Zusammensetzung des agrikolen Kapitals entspringende Grundrente, den Grundeigentümern garantiert und verfiel nicht der Ausgleichung durch die Konkurrenz wie sonst Extraprofite; sie war nur realisierbar als Abzug von der Lohnmasse oder von der Masse des Mehrwertes; zumeist jedoch teilten sich industrielles Proletariat und industrielles Kapital in diesen Abzug. Von der Möglichkeit einer derartigen Konstellation (Proletariat und kapitalistische Bourgeoisie gegen das Junkertum) spricht bereits das Kommunistische Manifest:

> „In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei."

Mittlerweile hat das Industriekapital den Widerstand des Agrarkapitals bereits zum großen Teil überwunden; der Verlust der Grundrente während des Krieges, vor allem infolge der Zwangswirtschaft, d. h. der Verlust eines Faktors, der wesentlich war zur Rentabilisierung des agrikolen kapitalistischen Betriebes, hat dazu geführt, daß das weit besser organisierte Industriekapital sich das agrikole abhängig gemacht hat. Es ist das natürliche Streben jeden hochentwickelten Kapitals zur Erhöhung der Profitrate sich mit minderorganisierten Kapitalen zu verbinden. Und nicht die zuckerrübenbauenden Landwirte, sondern das zuckerindustrielle Kapital beherrscht politisch die Zuckerproduktion; die Syndizierungstendenzen des Mühlenkapitals liegen in der gleichen Richtung und ebenso ist das Angebot des Stickstoffsyndikats, auf dem Kreditwege Stickstoffdung zu verschaffen, ein solcher Versuch der Industrie. Die seit einigen Monaten zunehmende Verschuldung nicht nur der Kleinlandwirte, sondern auch der kapitalistischen Großbetriebe — die Bereicherung war im allgemeinen nur fiktiv gewesen — ist symptomatisch für diese Tendenz. Teilweise sind bereits heute die Interessen des agrikolen und des industriellen Kapitals konform; das zeigt zum Beispiel das Eintreten der schwerindustriellen deutschen Volkspartei für die volle Extensivierungsmöglichkeit der Landwirtschaft, nämlich bei Anbauschätzung nur die Menge des zeitweilig beauten Landes gelten zu lassen; dies ging weiter als die Forderung der Deutschnationalen.

Vor unseren Augen geschieht somit die allmähliche Verschmelzung des agrikolen mit dem industriellen Kapital, eine Entwicklung, der erklärlicherweise noch heftige Kämpfe zwischen beiden Kapitalien auslösen wird.

Damit ist gegeben, daß die ökonomische Voraussetzung für den Kampf des industriellen gegen das agrikole Kapital im Schwinden begriffen ist. Damit ist aber nicht gegeben, daß in der Tat der Unterschied zwischen Stadt und Land aufgehoben wird; die rückschrittliche Oekonomie der ländlichen Massen bleibt bestehen; ihre wirtschaftliche Bedrückung durch Privatkapital und Staat wächst; die Ernährung des industriellen Proletariats ist immer mehr in Frage gestellt. Daß dies Bestehenbleiben einer Verwischung der eigentlichen Front des Klassenkampfes im Interesse der Kapitalisten liegt, ist selbstverständlich. Andererseits wird das Proletariat nach alledem im Kleinpächter, Kleinbauer und Heuerling oder gar im Landarbeiter, der Deputatland besitzt, keinen Wucherer sehen; die Tatsache, daß die Kleinlandwirte über Produktionsmittel und eine — wenn auch kümmerliche, so doch relativ selbständige — Existenz verfügen, darf nicht die viel wichtigere Tatsache verwischen, daß diese Arbeitsbauern in steigendem Maße Ausbeutungsobjekt des Kapitals sind.

VI.

Ein Sieg des Proletariates über das Kapital führt bei Beseitigung jeglicher Ausbeutung auch zur Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land.

> „Die Zerreißung des ursprünglichen Familienbandes von Agrikultur und Industrie, welches die kindlich unentwickelte Gestalt beider umschlang, wird durch die kapitalistische Produktionsweise vollendet. Sie schafft aber zugleich die materiellen Voraussetzungen einer neuen höheren Synthese, des Vereins von Agrikultur und Industrie, auf Grundlage ihrer gegensätzlich ausgearbeiteten Gestalten."*)

Diese Aufgabe zu lösen im Sinne einer sozialistisch durchorganisierten Wirtschaft wird heute in gigantischer Weise in Rußland versucht. Daß dabei bewußt darangegangen wird, den Gegensatz, Stadt und Land zu überwinden, sagt Miljutin:

> „Die Verschmelzung von Stadt und Land ist die eigentliche Frage, die vom Sozialismus gelöst wird."
>
> „Engels prophezeite einst, daß die Aufhebung der Beweggründe zur Trennung von Stadt und Land vom Standpunkt der Verwirklichungsmöglichkeit einer gleichmäßigen Verteilung der Großindustrie über das ganze Land keine Utopie mehr darstellt."**)

In dieser Hinsicht sind sich alle einig, von Bucharin und Radek bis zu Lenin. Im Programm der K. P. R. ist diese Aufgabe der Kommunisten ebenso klar niedergelegt, wie in den Thesen der III. Internationale zur Agrarfrage und dem Agrarprogramm der V. K. P. D.

---

*) Marx: „Kapital", I. Band, a. a. O.

**) Miljutin: „Sozialismus und Landwirtschaft", Schlußkapitel.

VII.

Wie aber muß die Einstellung des Proletariats sein, solange es die Macht noch nicht erobert hat?

Darüber kann es keinen Zweifel geben, daß das Industrieproletariat das Landproletariat, die bisher niederste und am meisten ausgebeutete Schicht des Proletariats, in dessen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen zu unterstützen hat.

Wie aber stehen die Dinge bei den kleinen und mittleren Bauern? Anders gefragt: Wie weit ist der Ausbeutungsprozeß bei ihnen vorgeschritten? Es ist zu bemerken, daß bei ihnen die Entwicklung nicht nur langsamer, sondern auch noch anders vor sich gegangen ist als bei der ihnen parallelen Schichten in der Stadt, den Handwerkern. Vor allem konnte das agrikole Kapital nicht Land akkumulieren: die Betriebsstatistik der achtziger Jahre verglichen mit der von 1907 zeigt äußerlich nichts von der oben gezeigten Tendenz. Aber schon Karl Kautsky sagte mit Recht von solchen Statistiken:

> „Wer aber unter die Decke dieser Ziffern blickt und nicht wie hypnotisiert bloß auf das Verhältnis zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb hinstarrt . . . der sieht, daß allerdings die Großbetriebe an Zahl sich nicht ändern, die Kleinbetriebe durch die Großbetriebe nicht aufgesaugt werden, und daß sie beide, dank der industriellen Entwicklung, eine völlige Revolutionierung durchmachen, und zwar in der Richtung, daß der Kleingrundbesitz in immer engere Fühlung mit dem besitzlosen Proletariat bringen und beider Interessen immer gleichartiger gestaltet"

Praktisch freilich zieht er daraus einen Schluß, wie er, trotz des verhältnismäßig großen Verständnisses für die Agrarverhältnisse — das im übrigen auch Lenin anerkennt — ganz seiner lediglich industriell-proletarisch- und industriell-kapitalistisch-begrenzten Einstellung entspricht. Kautsky sagt:

> „Heute schon sind die Mittel- und Kleinbauern nichts weniger als konservativ, d. h. mit dem Bestehenden zufrieden. Im Gegenteil! Sie wollen ebenso das Bestehende umwälzen, wie die radikalsten Sozialdemokraten — allerdings in ganz anderer Richtung als diese."

Ganz abgesehen von dem Widerspruch, in den Karl Kautsky sich verwickelt, wenn er einerseits von immer größerer Identität der proletarischen und kleinbäuerlichen Interessen spricht, andererseits von verschiedenartiger Richtung der Entwicklungen beider Klassen, wäre es für ihn als Marxisten, der die revolutionäre Tendenz der kleinbäuerlichen Entwicklung erkannt hat, notwendig gewesen, das Proletariat zur Unterstützung eines solchen revolutionären Kampfes aufzurufen:

> „Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände"

heißt es schon im Kommunistischen Manifest.

Wir können heute jedoch noch weit mehr feststellen. Die Einengung der Ausbeutungsmöglichkeit von Kolonialvölkern durch das deutsche Kapital zwingt es in noch verschärftem Maße, die kleinbäuerlichen Schichten als Ausbeutungsobjekt zu behandeln; das Kapital bedarf dieser vorkapitalistischen Gebiete in weit höherem

Maße als vorher. Der ungeheure wirtschaftliche Druck auf diese Klassen, die Steuern, die geplante Zwangshypothek, beschleunigen die Proletarisierung der kleinen Landwirte, die erst im Kriege ihre Ohnmacht, nämlich ihre Abhängigkeit zumal vom Industriekapital, ihre Gebundenheit an die Gesellschaft, erkannt haben und die daher heute aktiv in die politische Arena eintreten wollen.

Mit alledem ist die Einstellung der Kommunisten in der Agrarfrage ganz einwandfrei gegeben: Es ist unsere Pflicht, die kleinbäuerlichen Massen aus ihrer Verbindung mit den Großbauern und Junkern zu lösen, ihre sich entwickelnden revolutionären Tendenzen unst dienstbar zu machen, statt daß sie sich unter junkerlicher Führung gegen uns wenden. Rosa Luxemburg hat diese Frage auf dem Gründungsparei 1918 behandelt. Gegenüber der drohenden konterrevolutionären Macht fordert sie auf, den Klassenkampf hinauszutragen auf das Land, „das landlose Proletariat und das Kleinbauerntum mobil zu machen".

Da es die gleiche Kapitalmacht ist, die das Proletariat und auch die Kleinbauern-Massen auspreßt, so ist die uns zufallende Aufgabe wohl lösbar und die Erfolge der kommunistischen Kleinbauernpropaganda sind der Beweis, daß wir den richtigen Weg gegangen sind. Es kommt somit darauf an, heute bereits den Gegensatz zwischen Stadt und Land insofern zu überbrücken, als das Proetariat die werktätigen und ausgebeuteten Massen des flachen Landes als Bundesgenossen erkennen muß. Ein Gegensatz zwischen dem Arbeitsbauern, der im Besitz seiner Produktionsmittel ist, und dem Industriearbeiter ist ökonomisch ebensowenig begründet, als etwa ein Gegensatz zwischen dem arbeitenden und dem erwerbslosen Proletarier: dem Arbeitsbauern, der teils mittelbar, teils unmittelbar ausgebeutet wird, vom agrikolen und vom industriellen Kapital und zugleich vom kapitalistischen Staatsapparat, ihm muß das Proletariat die volle Wahrheit über seine Situation sagen, diese werktätigen Massen müssen mit allen Mitteln aus den Klauen des agrikolen Kapitals, das sie immer wieder mit allen Mitteln zu sich ziehen will, endgültig gelöst werden.

Ganz in diesem Sinne lauten auch die Thesen, die heute dem 3. Weltkongreß vorliegen und sicherlich angenommen werden.

> „Die Gewinnung des Kleinbauerntums für die Ideen des Kommunismus ist zusammen mit der Gewinnung und Organisation der Landarbeiter eine der wichtigsten Vorbedingungen des Sieges der proletarischen Diktatur, denn sie erlaubt, die Revolution von den industriellen Zentren ins flache Land zu tragen und schafft für sie den wichtigsten Stützpunkt der Lebensmittelfrage, die die Lebensfrage der Revolution ist."

Wenn die kommunistische Partei um des dauerhaften Sieges des Proletariats willen die Interessen aller Ausgebeuteten in Stadt und Land vertritt, so ergibt sich, daß damit von selbst der Gegensatz zwischen Stadt und Land überbrückt wird. Oekonomisch überwunden werden kann er freilich erst unter proletarischer Diktatur.

Literatur.

Der Untergang der Donau-Monarchie. Diplomatische Erinnerungen von Baron J. von Szilassy. Berlin 1921. Verlag „Neues Vaterland".

Dieses Buch eines früheren österreich-ungarischen Diplomaten hat ein doppeltes Interesse. Erstens bringt es wichtige neue Aufschlüsse zur Geheimgeschichte des Weltkrieges und der Vorgänge, die zu ihm geführt haben, und zweitens ist es ein prächtiges Dokument zur Naturgeschichte des Pazifismus. S. hatte vor dem Weltkrieg eine leitende Stellung im Wiener Auswärtigen Amt; er war während des Krieges Gesandter in Athen und gehörte dann später zu dem Kreise jener Politiker, die sich um Kaiser Karl gruppierten, und die eine Trennung der Habsburgischen Monarchie von Deutschland und einen Sonderfrieden forderten. Karl beabsichtigte vorübergehnd im Jahre 1918 Herrn von S. zu seinem Minister des Auswärtigen zu machen. S. bekennt sich dauernd als leidenschaftlicher Pazifist und Antimilitarist. Er verurteilt aufs schärfste die Kriegspolik der Wiener und Berliner Militärpartei und unterstreicht die Kriegsschuld der Mittelmächte. Dadurch hat er wohl auch die Ehre gewonnen, daß sein Buch im Verlag „Neues Vaterland" erscheinen durfte. Aber sehen wir uns einmal diesen Pazifisten an, wie er in Wirklichkeit ist. S. zeigt zwar die größte Entrüstung für die Torpedierung der „Lusitania", aber in seinen eingehenden Betrachtungen über Ungarns Gegenwart und Zukunft hat er kein Wort des Tadels für Horthy und seine Getreuen. Der Pazifist S. entwirft auch ein sehr liebenswürdiges Porträt von dem greulichen zaristischen Massenmörder Stolypin. Dieser Mann, der Zehntausende russische Proletarier abschlachten ließ, wird als rührend netter Mensch geschildert, nur fügt S. hinzu: „Bombenattentate, wobei eine liebe Tochter schweren Schaden davontrug, verstimmten ihn natürlicherweise ganz gewaltig."

Aus den sehr eingehenden und mit Dokumenten belegten Ausführungen, die S. über die Wiener Geheimpolitik der Jahre 1917/18 macht, geht ferner hervor, daß Kaiser Karl und sein Kreis genau so ländergierig war, wie Hindenburg und Ludendorff. Nur glaubten die gerissenen Wiener und Budapester Diplomaten, daß man das Geschäft besser mit der Entente als mit Deutschland machen sollte. Die Umwandlung Oesterreich-Ungarns in einen Bundesstaat sollte der Welt Sand in die Augen streuen, und auf diese Weise hoffte man, nicht nur den alten Besitzstand der Habsburger zu wahren, sondern auch noch Albanien, Polen und die Ukraine dazu zu bekommen! Und das Ganze nannte sich Pazifismus und Antimilitarismus! Pazifisten sind eben solche Leute, die da meinen, daß die kapitalistischen Staaten ihre Geschäfte besser mit Hilfe eines Kuhhandels als mit brutaler militärischer Gewalt machen können. In Deutschland nannten sich ja auch während des Krieges solche Politiker Pazifisten und Annektionsgegner, die zwar auf Flandern verzichten, aber dafür unter der Firma „Mitteleuropa" die Herrschaft des deutschen Großkapitals von Hamburg bis Bagdad ausdehnen und überdies einige „befreite" russische Randstaaten schlucken wollten.

Aus den Mitteilungen von S. ergibt sich noch einmal ganz klar die Rolle, die von den kriegstreibenden deutschen und österreichischen Militärs im Jahre 1914 gespielt worden ist. Sehr nett ist es, wie S. bei aller seiner Ehrfurcht von dem Habsburger Hause, deutlich zu verstehen gibt, daß der alte Franz Joseph im Juli 1914 bereits total verblödet war. Ebenso hübsch kommt die katastrophale Dummheit des Grafen Berchtold zum Ausdruck, unter dem S. längere Zeit gearbeitet hat. Die Moral der kapitalistischen Außenpolitik und besonders der deutschen Kriegspolitik kennzeichnet die Art und Weise, wie man 1915 den Krieg zwischen der Türkei und Rußland arrangierte. S., der selbst während des Krieges längere Zeit in Konstantinopel war, schreibt darüber folgendes: „Die Sache wurde bei einem Frühstück auf der deutschen Botschaft arrangiert. Die türkische Flotte ging unter deutschem Kommando ins Schwarze Meer und kam zurück mit der Nachricht, sie sei von den Russen angefallen worden. Dies gab den Casus belli. Die Sache war unwahr, und ich glaube, daß sogar die Flotte die russischen Festungen angeschossen hatte. Der russische Botschafter war auch bereit, die Sache zu ignorieren. Es half natürlich nichts." Das war in Wirklichkeit der deutsche Verteidigungskrieg, für den die Scheidemänner so geschwärmt haben. A. R.

Russische Korrespondenz Jahrgang II, Band 1. Heft Nr. 3—4 (März-April 1921 und Heft Nr. 5 (Mai 1921). Frankes Verlag, G. m. b. H., Leipzig.

Seit über einem Jahr übermittelt die Russische Korrespondenz in übersichtlicher Weise umfangreiches Material über alle Fragen Sowjetrußlands Alle politischen Probleme der inneren und äußeren Politik Räterußlands werden ausführlich behandelt, alle bedeutenden Reden seiner Führer wiedergegeben. Es gibt ferner kein Gebiet ökonomischer, militärischer, kultureller Art, das nicht durch gute Abhandlungen erläutert und dem europäischen Leser in verständlicher Form übermittelt würde.

Wer sich jetzt über die schwierigen, aber äußerst interessanten und lehrreichen Fragen der Wandlung der Sowjet-Politik in der Frage der Naturalsteuer und der Konzessionen unterrichten will, sei ausdrücklich auf die letzten Hefte 3—4 und 5 der Russischen Korrespondenz aufmerksam gemacht. Alle dazu vorgelegten Resolutionen, alle dazu gehaltenen Reden Lenins, Sinowjews, Trotzkis usw. sind in diesen Heften wiedergegeben, ferner mehrere gute Artikel aus der Feder der führenden Genossen. Bei der Lektüre wird auch der enge Zusammenhang der uns zunächst etwas unverständlichen Gewerkschaftsdebatte auf dem letzten russischen Parteitag mit diesen Problemen klar, die alle ihre Ursache haben in der Frage des Verhältnisses der Vorhut der russischen Kommunisten zu de Masse der Bauern einerseits und der Masse der parteilosen Proletarier andererseits. Da diese Fragen grundlegend sind für die gesamte Politik Sowjetrußlands in der nächsten Zeit, weisen wir unsere Leser besonders auf diese wertvollen Hefte hin. Auch sonst ist die Russische Korrespondenz so lehrreich, daß sie alle Kommunisten lesen sollten, denn auf den Erfahrungen der dreijährigen Diktatur in Rußland wird die deutsche Kommunistische Partei im wesentlichen fußen müssen bei ihrem ersten Siege, bei der Durchführung und Behauptung der deutschen Räterepublik. wst.

Für den Inhalt verantwortlich: Walter Stoecker, Berlin. —Neustädt. Vereinsdruckerei.

Die Internationale

Jahrg. 3 **22. September 1921** **Heft 12**

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Nach dem Parteitag.

Von Ernst Friesland.

Die Beschlüsse des 3. Weltkongresses sind von vielen, ja von den meisten Beurteilern in Rußland wie in Deutschland als ein Kompromiß hingestellt worden. Erst die stürmische Entwicklung der politischen und sozialen Gegensätze in den letzten Wochen in Deutschland hat klarer als in Moskau während des Kongresses gezeigt, daß diese Beschlüsse tatsächlich nicht nur unter dem Stichwort „Kompromiß" zu verstehen und anzuwenden sind, sondern daß sie in ihren wesentlichen Teilen den Bedürfnissen der europäischen Situation entsprechen. Hätte die deutsche Partei auf ihrem Parteitag nicht die Perspektive großer und umwälzender Kämpfe vor sich gehabt, so wäre die Diskussion sicher viel schärfer und noch viel mehr in fraktioneller Form vor sich gegangen, als es ohnehin schon geschehen ist. Sowohl von der linken wie von der rechten Seite aus ist in den nachträglichen Betrachtungen der Versuch gemacht worden, das Ergebnis des Parteitages unter rein fraktionellen Gesichtspunkten zu untersuchen. In Wirklichkeit hat weder links noch rechts irgendeinen Sieg davongetragen. Der Parteitag stand unter dem Eindruck des Bewußtseins, daß der deutschen Arbeiterklasse schwere und entscheidende Kämpfe bevorstehen, daß die Stellung der KPD. zu diesen Kämpfen von ungeheurer Bedeutung für die weitere Entwicklung sowohl der deutschen Arbeiterbewegung wie auch des Kommunismus in Deutschland sein würde.

Die überwältigende Mehrheit der Parteitagsdelegierten hat trotz aller Debatten und früheren Diskussionen ihre Entscheidung lediglich unter diesem Gesichtspunkte gefällt.

Die philologischen Untersuchungen, die von verschiedenen Seiten über die Parteitagsbeschlüsse angestellt wurden, gehen deswegen an dem Charakter dieser Tagung verständnislos vorüber, deren Charakteristikum eben das Bestreben nach Sammlung und Konzentrierung aller Kräfte der kommunistischen Bewegung auf die Führung und Steigerung der Massenbewegung des Proletariats gerichtet ist.

Niemand ahnte, daß die Schüsse auf Erzberger sobald die Rechtfertigung für diese Politik der Sammlung unserer Kräfte abgeben würde. Die so oft totgesagte deutsche Revolution, sie ist zu vollem Leben erwacht. Eine ungeheure Erregung belebt die deutschen Arbeitermassen, die Indifferenten nicht weniger wie die Organisierten. Die sozialistischen, ja sogar die christlichen Arbeiter, die ganze Arbeiterschaft fühlt sich instinktiv bedroht.

Sie spürt die Notwendigkeit des Zusammenhaltens und der zielbewußten Gegenwehr. Der spontane Zusammenschluß der proletarischen Massen in allen Orten ist der deutlichste Beweis für die Labilität aller politischen und sozialen Verhältnisse.

Nicht nur die Reaktion hat für sich eine ungeheure Gefahr durch die Bravourstücke ihrer Desperados heraufbeschworen. Die ganze Bourgeoisie spürt, daß aus diesem Kampf Unheil für sie entstehen wird und entstehen muß. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei ist charakteristisch für diese wahren Triarier der Monarchie und Träger des schwarz-weiß-roten alldeutschen imperialistischen Gedankens, sie versuchen rechtzeitig einzulenken, sie hüllen sich mit unschuldiger Miene in die republikanische Toga, um den Stoß der Arbeiterschaft abzulenken, Zeit zu gewinnen zur Sammlung und den Gegenstoß vorzubereiten. Niemand übersieht heute die kommende Entwicklung. Aber die Tatsache, daß die Ermordung Erzbergers im Zusammenhang mit den Steuerfragen und den unausbleiblichen ökonomischen Auseinandersetzungen steht, sie gibt zu denken. Die Industrie organisiert ihre politische Gegenoffensive. Sie unterbreitet der Oeffentlichkeit ihren „Wiedergutmachungsplan". Der Sozialdemokrat Ebert empfiehlt diesen Plan der Beachtung seiner Parteifreunde.

Hier taucht das ganze Problem der deutschen Revolution erneut auf. Reform oder soziale Revolution? Koalition mit den „lebendigen Kräften des Bürgertums" oder Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte unter Ausnutzung aller Möglichkeiten der gegenwärtigen Demokratie zum entscheidenden Vorstoß für die revolutionäre Lösung der Probleme der deutschen Revolution. Wenn Ebert glaubt, durch seine Verordnungen die Reaktion bannen zu können, so kann er heute die Arbeiter nicht mehr so leicht betrügen. Die Reaktion sitzt in allen Poren und in allen Fasern des kapitalistischen Staates. Die Triarier der Monarchie sind auch die Triarier der Stinnespartei. Die Bourgeoisie kann und wird auf sie nicht verzichten. Mit dem sicheren Instinkte des kapitalistischen Klassenorgans warnt das „Tageblatt", den Bogen zu überspannen. Während die sozialdemokratische Arbeitermasse stürmisch auf den Zusammenschluß aller Arbeiter hindrängen, bereiten ihre Führer die neue Koalition mit dem Bürgertum vor. Es ist charakteristisch, wie die „Dresdener Volkszeitung", ein Organ des rechten Flügels der Sozialdemokratie, angesichts des Ergebnisses der Thüringer Wahlen den Mut hat, den Unabhängigen die Koalition mit den Demokraten vorzuschlagen. Darin kommt die ganze Hohlheit der großen und starken Organisation, als die die Sozialdemokratie sich in diesen Wochen der Mitwelt angepriesen hat, zum Ausdruck.

Alles kommt darauf an, wie die Kommunisten in dieser Vorbereitungsepoche entscheidender Kämpfe es verstehen, innerhalb des Proletariats zu arbeiten. Die Arbeiterklasse und damit der Kommunismus hat alles zu gewinnen bei dieser steigenden Welle der Revolution. Diese Welle muß auch uns tragen. Die Bewegung des Proletariats muß unsere Bewegung sein. Ueberall, wo die Arbeiter die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Reaktion, des Kampfes um ihre Selbsterhaltung erkennen, müssen wir an ihrer Spitze sein. Nicht durch Parolen anderer Art, nicht durch Formulierungen anderer Prägung haben jetzt wir Kommunisten uns zu unterscheiden. Wie sehr auch die Sozialdemokratie sich bemüht, diesen Kampf umzubiegen in einen

Kampf für verfassungsmäßige Ideale der demokratischen bürgerlichen Republik. Die Arbeiter in ihrer großen Masse fragen wenig nach diesem Phantom. Ihnen ist die Republik so gleichgültig, wie ihnen heute noch die kommunistische Diktatur und die Räte-Republik fernliegt. Erst aus dem Widerstand der Reaktion, aus der verzweifelten Gegenwehr der ganzen Bourgeoisie gegen das Vordringen der Arbeiterschaft, erst aus der wachsenden Erkenntnis heraus, daß jede Ausnutzung demokratischer Möglichkeiten an dem Widerstand der Klassenfeinde scheitert, wird der Wille zur revolutionären Lösung erwachen und politische Gestalt annehmen.

Wir Kommunisten können darum nicht anders handeln, als uns dieser Bewegung anschließen. Ohne unsere eigene kritische Stellung aufzugeben, müssen wir doch unsere Kritik in einen Rahmen und in eine Form kleiden, die als fördernd und nicht als lähmend empfunden wird, die eine Steigerung und nicht eine Ablenkung mit sich bringt.

Thüringen, Sachsen, Berlin mit ihrer sozialistischen Mehrheit müssen Brandherde des Widerstandes gegen die Koalitionspolitik sein. Die Sammlung der Arbeitermasse muß die Politik der Arbeitsgemeinschaft unmöglich machen, der Kampf gegen das Kahrsystem im ganzen Reiche den letzten Arbeiter aufrütteln, dem letzten Arbeiter die Notwendigkeit entschiedenen Handelns zum Bewußtsein bringen; kameradschaftliches Einspringen der Kommunisten in die Reihe der kämpfenden Brüder wird die Garantie geben, daß diese Bewegung nicht wieder versandet und nicht wieder verebbt, wie so viele Bewegungen vorher. Und sollte sie wirklich nicht zu einem Erfolge der Arbeiterschaft führen, nie darf im Bewußtsein der breiten Masse die Schuld bei den Kommunisten liegen. Das Wort Ernst Heilmanns: „Wir haben nur halbe Arbeit gemacht, wir müssen ganze Arbeit machen", muß von uns zur Parole jedes Arbeiters gemacht werden.

Die Wirkung dieser Haltung der Kommunisten, die absolut nicht kritikloses Nachbeten und unselbständiges Verhalten unserer Genossen bedeutet, wird sich bald genug bemerkbar machen. Die Lohnkämpfe, die augenblicklich durch das Land gehen, deren Konzentrierung und Zusammenfassung die Gewerkschaftsbürokratie aus durchsichtigen Gründen sich mit allen Mitteln widersetzt, sie müssen überall von den Kommunisten gesteigert und gefördert werden, sie müssen uns die Basis für die Entwicklung und Steigerung weiterer Kämpfe geben.

Niemals trug die Welle das Schiff der kommunistischen Bewegung so sicher wie jetzt. Jetzt oder nie muß es uns gelingen, so fest den kommunistischen Gedanken in den Arbeitermassen zu verwurzeln, daß er durch keine Verleumdung mehr aus dem Proletariat herausgerissen werden kann. Die Zertrümmerung der reformistischen Illusionen muß die Bahn frei machen für die revolutionäre Erhebung der deutschen Arbeiterklasse. Nie gab es so wenig Veranlassung für innere Diskussionen und inneren Streit in unserer Partei, nie gab es so günstige Gelegenheit zum zielbewußten, klaren Handeln. Kein Zweifel, daß die Partei in ihrer überwältigenden Mehrheit das erkannt hat und bereits danach handelt. Der organisierte, planmäßige Druck unserer kommunistischen Massenpartei, er wird sehr bald zu einem Faktor werden, den auszuschalten alle Kunst staatlicher Unterdrückungspolitik wie geriebene Schlauheit erfahrener Gewerkschaftsbonzen nicht mehr in der Lage sein wird.

Glossen zum Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Von Karl Radek.

I.

Als der erste Kongreß tagte, war der Sinn seiner Arbeit vollkommen eindeutig. Er tagte im März 1919, wo die Demobilisationskrise von den Kapp-Regierungen noch nicht überwunden war, nirgends überwunden war, obwohl in Deutschland sich die Bourgeoisie eben nach der Niederwerfung der Januar-Bewegung einzurichten begann. Wer sich an die damalige Lage erinnert, wo über ganz Deutschland die Welle der Streiks hinflutete, wo die nach Weimar geflohene Nationalversammlung oft abgeschnitten von der Außenwelt tagte, wer sich an die Woge der Erregung erinnert, die über die Entente-Länder sich ergoß, da man glaubte, daß der Kampf Wilsons gegen die annexionistischen Bestrebungen Clemenceaus und gegen die Bestrebungen des englischen Kapitals nach vollkommener wirtschaftlicher Versklavung Deutschlands zu großen Auseinandersetzungen führen könnte, in denen auch die Volksmassen ein Wort zu sagen hätten, wer sich erinnert an die Lage in England in Verbindung mit den Forderungen der Bergarbeiter, an die Lage in Italien, der wird verstehen, warum der **erste Kongreß der Kommunistischen Internationale den Weg viel kürzer sehen** und hoffen konnte auf einen nahen Sieg des europäischen Proletariats.

Zwischen dem ersten und zweiten Kongreß lag ein Jahr schwerer großer lehrreicher proletarischer Kämpfe. Sowjet-Rußland besiegte nach der Reihe Koltschak, Denikin, Judenitsch; es besiegte die englische Expedition nach Archangelsk und schritt hungernd und blutend wie eine Feuersäule vor den aufwachenden proletarischen Massen der ganzen Welt. Wenn der Kampf Sowjet-Rußlands die siegreiche Kraft des kämpfenden Proletariats demonstrierte, so zeigte gleichzeitig die Entwicklung im Westen, wie schwer, wie langsam das Proletariat in den alten kapitalistischen Ländern sich in Bewegung setzt. In den Ländern der Zentral-Mächte überstand die Bourgeoisie die große militärische Niederlage. In Deutschland verstand sie durch die Versprechung der Sozialisierung und durch den gleichzeitigen Ausbau der Weißen Garden die ersten Gefahren zu überwinden und die kleine kommunistische Vorhut des deutschen Proletariats begann, über diese Tatsache nachzudenken.

Die Arbeitermassen radikalisierten sich zweifelsohne. Die Sozialdemokratie verlor sehr stark an Boden. Die Massen der unabhängigen Arbeiter — und die Unabhängige Sozialdemokratie war angesichts der Illegalität der Kommunistischen Partei das Staubecken der revolutionären Energien des Proletariats — bekannten sich zur Diktatur des Proletariats und wogten wild. Aber die Kommunisten begannen in ihrem besten Teil zu verstehen, daß dies erst der Anfang ist. Besonders, nachdem die deutsche Bourgeoisie durch die Annahme des Versailler Friedens freie Hand gewann für den Kampf gegen die Arbeiterklasse, wurde es den besten Elementen der Kommunistischen Partei klar, daß es nun notwendig ist, Schritt für Schritt große Arbeitermassen nicht nur für die Ideen der Kommunistischen Internationale zu gewinnen, sondern auch organisatorisch zusammenzufassen. Die Bourgeoisie liquidierte mit Hilfe der Sozialdemokratie die Arbeiterräte, und da war es klar, daß den Boden, auf dem um die Seelen der Arbeiterklasse zu kämpfen sein wird, die Gewerkschaften bilden, daß die Frage, von dem Verhältnis der Kommunistischen Partei zu den Gewerkschaften, die Schicksalsfrage des Kommunismus in West-Europa ist. Im Sommer und im Herbst findet in der Kommunistischen Partei Deutschlands die Diskussion statt, die politisch in den Beschlüssen des Heidelberger Parteitages, theoretisch in einer Reihe meiner aus dem Gefängnis geschriebenen Broschüren ihren Niederschlag findet. Das Fazit dieser Auseinandersetzung bildet die Ueberzeugung, daß die Kommunistischen Parteien des Westens sich einstellen müssen auf eine lange Periode der Kämpfe, in der die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, die Eroberung ihrer Massenorgane, die aktuelle Aufgabe bilden wird, ohne deren Lösung an die Eroberung der Macht nicht zu denken ist. In diesen Diskussionen kristallisierte sich die Ueberzeugung heraus, daß angesichts der Gebundenheit der proletarischen Massen durch die alte reformistische Ideologie und die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, im Westen, im Gegensatz zu Rußland, man weniger auf spontane Bewegungen rechnen kann. Die Niederwerfung der ungarischen proletarischen Diktatur bei vollkommenem Schweigen des westeuropäischen Proletariats, die Tatsache, daß in Italien trotz der ungeheuren Zerrüttung der gesellschaftlichen Verhältnisse die proletarischen Bewegungen immer mehr versanden, die langsame Entwicklung des französischen und englischen Proletariats, all das bildete den Boden, auf dem sich die Auffassung festigte von dem auch früher theoretisch für wahrscheinlich gehaltenen langsamen Weg der westeuropäischen Revolution, einer Auffassung, die jedoch in ihrer vollen Tragweite früher nicht genügend erkannt und jedenfalls nicht zum Gemeineigentum der Kommunisten geworden ist. Im Sommer des Jahres 1920, kurz vor dem zweiten kommunistischen Kongreß, erschien die Broschüre Lenins über die Kinderkrankheit des Radikalismus, die inhaltlich vollkommen den Standpunkt deckte, den ich in meinen zahlreichen Broschüren, und am systematischsten in der Broschüre „Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der Kommunistischen Internationale“ (geschrieben im November 1920) entwickelt habe, und trotzdem wirkte diese Broschüre wie eine Sensation. Diese Einwirkung der Leninschen Broschüre beweist am besten, daß sie in den kommunistischen Reihen gewisse Gefühls-Ueberbleibsel zu überwinden hatte, und diese Gefühls-

zustände bestanden in nichts anderem, als in der Hoffnung auf den schnellen und nahen Sieg. **Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale stand vollkommen unter dem Zeichen der Auffassung, die sich in den inneren Kämpfen der deutschen Bewegung herauskristallisiert hat, in der Auffassung von der Notwendigkeit einer großen Vorbereitungsarbeit der Kommunistischen Internationale, der Eroberung der großen Massenorganisationen, der Ausnützung aller Mittel der bürgerlichen Demokratie für den Kampf um die Diktatur des Proletariats.**

Aber der zweite Kongreß fand statt in dem Augenblick, wo Sowjet-Rußland von der Verteidigung gegen das weiße Polen zum Angriff überging. Der siegreiche Kampf der Roten Armee erweckte die größten Hoffnungen in den Herzen nicht nur der Teilnehmer des Kongresses, sondern auch der breitesten Massen des europäischen, in erster Linie des deutschen Proletariats. Als der Kongreß zu Ende war, näherten die Roten Truppen Sowjet-Rußlands sich Warschau, und mancher der Teilnehmer des Kongresses fuhr von Rußland fort mit der Frage, ob der Sieg im europäischen Maßstabe nicht viel näher sei, als man bei der Abfassung der Resolutionen des Kongresses annahm, die die nächsten Aufgaben der Internationale als die der Bildung großer proletarischer, kommunistischer Parteien umschrieb. In vielen Köpfen bog sich die Linie des Kongresses um, wenn nicht gar gesagt werden soll, daß sie durchbrochen wurde. Es sei mir erlaubt, hier an eine Unterredung mit einem unserer besten Genossen zu erinnern, der mir in jenen Tagen sagte, er habe bei der Lektüre meiner taktischen Broschüren das Gefühl gehabt, irgendwas sei da unrichtig. Jetzt — so sagte er — wisse er, worin das falsche meines Standpunktes war. Es war die Perspektive des langsamen Ganges der Weltrevolution. Es sei doch offensichtlich, daß infolge unserer Siege in Polen demnächst in Deutschland die Revolution zum Durchbruch gelangen werde, womit eigentlich der Hauptsieg im Weltmaßstabe errungen sei! Die italienischen Ereignisse, die Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter beflügelte noch mehr diese Hoffnungen, und die Möglichkeiten des Vorgehens der Roten Armee spielen dabei eine große Rolle. Die Niederlage der Roten Armee in dem Kriege mit Polen wurde von vielen Genossen nur als eine kurze Aufschiebung dieser Entwicklungslinie aufgefaßt, und noch im November 1920 schrieb Genosse Bucharin einen Artikel, in dem er nicht nur die Zulässigkeit der revolutionären Angriffskriege theoretisch bewies, sondern erklärte:

> **„Wir leben am Scheidewege, an der Grenze zwischen der proletarischen Abwehr und dem proletarischen Angriff gegen die Festen des Kapitalismus. Wenn nicht heute, so werden wir morgen uns über die Frage entscheiden müssen.** Theoretische Klarheit und volles Verständnis des Problems tut daher bei allen not."

In dem Artikel des Genossen Bucharin interessiert uns hier nicht die absolut richtige theoretische Beweisführung, daß der revolutionäre Angriff mit Waffen in der Hand nicht nur prinzipiell zulässig, sondern sogar obligatorisch ist, wenn ein proletarischer Staat die Kraft zu ihm besitzt, und die Verhältnisse in seinen Nachbarländern der Umwälzung heranreifen lassen, sondern daß es sich für den Verfasser nicht um die revolutionäre Philosophie überhaupt, sondern um das aktuelle Philosophieren mit dem Bajonett handelt.

II.

Die Zeit, die uns vom Zweiten Kongreß trennt, war jedoch durch keine proletarischen Eroberungskriege erfüllt. Sie war erfüllt durch einen tief greifenden Prozeß der Konsolidierung der großen kommunistischen Massenparteien, die auf dem Boden der Taktik des zweiten Kongresses entstanden sind. In Deutschland spaltete sich die USPD., und es entstand die Vereinigte Kommunistische Partei. In der Tschecho-Slowakei vollzog sich die Entwicklung der Mehrheit der politisch organisierten Arbeiter von der Sozialdemokratie durch eine links-sozialistische Etappe zum Kommunismus. In Frankreich trat die große Mehrheit der alten sozialistischen Partei ins Lager des Kommunismus über. In Norwegen lehnte die Massenpartei des norwegischen Proletariats jeden Versuch der Anfechtung ihres kommunistischen Charakters ab. In Italien brachte der Versuch der Mehrheit der Führer, dem praktischen Bekenntnis zum Kommunismus, der Reinigung der Partei von opportunistischen Elementen auszuweichen, zur Spaltung von Livorno. **Würde der Dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale im März stattgefunden haben, er hätte gestanden unter der einen Losung: Kampf gegen die halbzentristischen Elemente, die versucht haben, die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, die auf dem Zweiten Kongreß angenommen worden sind, zu sabotieren.**

Was erlebten wir in der Zeit vom August 1920 bis März 1921? In Italien trat das Proletariat in eine große Massenbewegung, die sich zum Ziel die Besetzung der Fabriken setzte. Siegreich durchgefochten, hatte diese Bewegung angesichts der vollkommenen Hilflosigkeit der Bourgeoisie wenigstens die Eroberung der faktischen Kontrolle der Industrie und die Bewaffnung des Proletariats zum Resultat gehabt. Diese Bewegung versandete, weil die der Kommunistischen Internationale angehörende italienische sozialistische Partei nicht nur nicht wagte, sich an die Spitze der Massen zu stellen, sondern sie direkt zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie der Bourgeoisie auslieferte. Was bildete die Grundlage der Politik der italienischen Partei? Ihre Beherrschung teils durch offen zentristische Elemente, Turati, Treves, Modiglani, d'Aragona, teils durch Elemente, die in Worten den Reformismus, die Politik der Aussöhnung mit der Bourgeoisie, ablehnten, aber den Kampf mit der Bourgeoisie nicht wagen. Livorno war nur ein Resolutat des tatsächlichen Bündnisses der Serratianer mit den Turatianern, der Kapitulation Serratis vor der Bourgeoisie, wie der 4. August ein Resultat war der Kapitulation des Zentrums der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1912 vor den Revisionisten, ein Resultat war der gemeinsamen Ablehnung der von den deutschen Linksradikalen geforderten Massenstreik-Propaganda, durch Haase im Block mit David und Legien. Livorno zeigte, daß wer in der Periode revolutionärer Massenaktionen auf den Kampf verzichtet, auch nicht imstande ist, revolutionäre Propaganda, Agitation und Organisation zu führen. Denn revolutionäre Agitation, revolutionäre Organisation bereitet den revolutionären Kampf vor. Wer den revolutionären Kampf fürchtet, der muß auch auf seine Vorbereitung verzichten. Die 21 Bedingungen des Zweiten Kongresses bedeuten Maßregeln zur Vorbereitung des revolutionären Massenkampfes. Sie können darum von halbzentristischen Elementen zwar in Worten angenommen, aber niemals wirklich durchgeführt werden. Livorno stellte

auf die Tagesordnung die Frage von dem Kampfe gegen die halbzentristischen Elemente in der Internationale, und damit auch die Frage, vom Charakter der kommunistischen Massenparteien. Livorno zeigte, daß es nicht genügt, eine Massenpartei zu haben, die sich kommunistisch nennt, sondern daß, wenn die Kommunistische Internationale nicht eine große Lüge sein will, sie bestrebt sein muß, Massenparteien zu bilden, die bewußte revolutionäre Massen umfassen, Parteien, die durch ihre ganze Agitations- und Organisations-Arbeit bestrebt sein müssen, diese Massen kampfbereit zu machen. Durch ihre Haltung der italienischen Spaltung gegenüber beschleunigte die Exekutive der Kommunistischen Internationale die Herauskristallisierung der halbzentristischen Richtung in einer Reihe anderer kommunistischer Parteien.

In Deutschland waren es die geistigen Kämpfe wegen der Spaltung in Livorno, bei denen sich die Richtung Levi manifestierte als eine Richtung eines Teiles der Partei-Organisatoren und Gewerkschaftsbürokratie, der Parteischriftsteller, die unter der Losung: „gegen die Sektiererei" in den Kampf zogen, und um angeblich den Massencharakter der Partei zu wahren, den Verzicht auf alles proklamierten, das nach ihrer Meinung uns von den nichtkommunistischen Massen trennen könnte: in Wirklichkeit auf jede krasse kommunistische Agitation und Propaganda verzichteten, auf jede selbständige Aktion der Kommunistischen Partei. Dieser Flügel, der der Exponent des Hinterhertrottens in dem alten Geleise der USP. war, der Exponent der Unfähigkeit der Aufrüttelung der Massen, bedeutete trotz des Feldgeschreies „für die Massenpartei" nichts anderes, als die Tendenz zur Rückkehr zu einem friedlichen Propaganda-Verein, der nicht nur keine neuen Massen erobern konnte, sondern die alten der Partei schon zugeströmten verlieren mußte.

In der Tschecho-Slowakei hatte sich innerhalb der letzten zwei Jahre langsam die Ablösung der Mehrheit der politisch orientierten Arbeiter von der Sozialdemokratie vollzogen. Die Kommunisten spielten in dieser Entwicklung eine große Rolle nicht nur durch die Schlauheit und Manövrierfähigkeit Smerals, der nur Schritt für Schritt parallel zur Entwicklung der Masse seine Ziele entwickelte, sondern nicht minder dank der Opferwilligkeit Munas, der in der Periode der größten nationalistischen Besoffenheit, in der Periode, wo das Bekenntnis zum Kommunismus eine Lebensgefahr bedeutete, für das Banner des Kommunismus mit der größten Aufopferung und Hingabe kämpfte. Im September vorigen Jahres vollzog sich die Spaltung der tschechisch-slowakischen Sozialdemokratie. Die radikale Mehrheit konstituierte sich nicht zu einer Kommunistischen Partei, sondern zu einer linkssozialistischen Partei. Die Kommunisten mit Dr. Smeral an der Spitze versuchten keineswegs auf diesem Kongreß schon, die Massen zu einer klaren Entscheidung anzuspornen. Umgekehrt, der Kommunismus wurde von ihnen als die Frage des Studiums dargestellt. Die Massen sollten sich bekannt machen mit den Entscheidungen des Zweiten Kongresses; sie sollten sie diskutieren und dann darüber in einem Referendum entscheiden, ob sie Kommunisten sein wollen und für diese kommunistische Entscheidung der Massen machte die von den Kommunisten redigierte Presse der Partei eine ziemlich laue Propaganda, die nur bewies, daß es sich **nicht nur um die langsame Entwicklung der Masse handelt, sondern darum, daß die intellektuelle**

führende Richtung in dem tschechischen kommunistischen Kreise, die Richtung Smeral-Burian, von der Rolle der Partei, von der vorkämpferischen Aufgabe der Kommunisten, eine ganz sonderbare Auffassung hatten. Sie warteten auf die Früchte, die von selber vom Baum herunterfallen sollten, und das hielten sie für Kommunismus. Ihre Politik, erklärten sie, als Resultat der langsamen Entwicklung der Massen, während sie selbst einer der Faktoren dieser langsamen Entwicklung waren. Schließlich zeigte der Dezember-Streik des tschechischen Proletariats, daß es seiner Stimmung nach, seinem Kampfwillen nach viel besser war, als es die gelehrten Doktoren an seiner Puls-Bewegung immer wieder feststellten. Nach diesem Streik wieder, an dem ca. eine Million Arbeiter teilgenommen hatte, weder eine klärende, die Erfahrung des Kampfes verallgemeinernde kommunistische Propaganda und Agitation, noch ein Versuch der organisatorischen Zusammenfassung aller derer, die gekämpft haben, zu einer Kommunistischen Partei! Nach den Kämpfen in der italienischen Partei, nach den Auseinandersetzungen um Livorno in der deutschen Partei, manifestiert sich die Smeral-Richtung in den Artikeln Skalaks und M. Vaneks ganz offen als die tschechische Abart der internationalen halbzentristischen Tendenz und wenn später Smeral in seiner Parteitags-Rede erklärt, das Zentrum sei eigentlich nur ein Uebergang zum Kommunismus, so manifestiert sich darin sein Gefühl des Zusammenhanges seiner Tendenz mit der zentristischen. Aehnliche Tendenzen sah man in der französischen, in der schwedischen Kommunistischen Partei und in vielen anderen. Hier schwächer, dort stärker, bestanden sie überall, und sie drückten nicht nur die Schwierigkeit des Ueberganges von der kommunistischen Propaganda zur kommunistischen Aktion aus, sondern sogar die Schwierigkeit der klaren kommunistischen Agitation und Propaganda für die Intellektuellen, Gewerkschaftsführer und Parteiorganisatoren, die sich zwar zum Kommunismus bekannt haben, aber auf große Hindernisse stießen, als es galt, aus einem mehr literarischen, abstrakten Bekenntnis zum Kommunismus überzugehen zu einer revolutionären Agitation, die ihre Träger zwar nicht von der proletarischen Masse, aber von dem bürgerlichen Milieu isolierte.

Alle diese Schwierigkeiten in der Bewegung hatten als Hintergrund **den langsamen Gang der Entwicklung nach der Niederlage Sowjet-Rußlands im Polen-Kriege.** Trotz der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, die Millionen und Abermillionen von Arbeitern arbeitslos machte, die die Aussichtslosigkeit der kapitalistischen Restaurationsversuche zeigte, **schien die revolutionäre Entwicklung in Europa ins Stocken geraten zu sein.** Sowjet-Rußland kämpfte mit den großen Schwierigkeiten des Ueberganges von der Kriegs- zur Friedens-Arbeit. Die Not der Volksmassen stieg und äußerte sich nicht nur in Bauern-, sondern auch in Arbeiterbewegungen, die von der internationalen kapitalistischen Presse, wie der Presse der 2. und 2½-Internationale als Beweis des Bankerotts des Kommunismus und der Sowjet-Regierung dargestellt wurden. Die Antriebe, die von Sowjet-Rußland auf das Seelenleben der Arbeitermassen ausgingen, minderten sich zweifelsohne. Die zentristischen Elemente, durch die 21 Bedingungen des Zweiten Kongresses vor die Notwendigkeit der Kapitulation oder des Kampfes auf Leben und Tod gegen die Kommunistische Internationale gestellt, entschied

sich für diesen Kampf. Der Kampf, der sich auf der Wiener Konferenz nur in kautschukartigen Resolutionen äußerte, in denen sogar schwierig festzustellen ist, wo der Kommunismus in den Zentrismus übergeht, äußerte sich im täglichen Leben der Parteien, in der Presse und in der Organisation in Schmutzkübeln, mit dem die Zentrumsparteien die Kommunistische Internationale begossen. Auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale verständigten sich die Zentrums-Elemente mit den Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsbürokratie zum Kampf gegen die Kommunisten, die isoliert, von der Masse abgeschnitten und aus den proletarischen Massenorganisationen hinausgeschmissen werden sollten. Statt sich dagegen zu wehren, durch Steigerung der Wucht der kommunistischen Agitation, statt durch ihre Konkretisierung zu politischen Kampagnen den Massen klarer zur Einsicht zu bringen, wie sie von den sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaftsbürokratie tagtäglich verraten wird, suchte die opportunistische Richtung der Gefahr der Isolierung von der Masse durch eine Politik der Mimikri, durch eine Politik der Vertuschung der besonderen Charakterzüge des Kommunismus zu entgehen. Da die Exekutive der Kommunistischen Internationale den opportunistischen Tendenzen Widerstand leistete, so sammelte sie sich unter der Losung der größeren Autonomie, größerer Unabhängigkeit von Moskau. Die angeblichen Ukasse der Exekutive wurden durch die rechts-kommunistische Presse nicht anders behandelt als durch die offenzentristische Presse. Die halbzentristischen Tendenzen der Kommunistischen Internationale bedrohten nicht nur ihren revolutionären Charakter, sondern ihren Charakter als zentralisierte Organisation. Bewußt oder unbewußt führte dieser Weg, politisch wie organisatorisch wieder zurück zur 2½, und durch sie zur 2. Internationale. Würde der Kongreß der Kommunistischen Internationale sich im März versammelt haben, so würde seine Front ausschließlich gegen die halbzentristischen Tendenzen gerichtet sein, denn nur durch ihre Ueberwindung, nur durch ihre bewußte Ablehnung konnte die Kommunistische Internationale ihre Aufgabe erfüllen.

III.

Ende März kam es zu großen bewaffneten Kämpfen in Mitteldeutschland und zum Versuch des Massenstreikes im ganzen Reiche. Dieser Kampf war der Kommunistischen Partei Deutschlands zweifelsohne aufgedrängt durch die Preußische Regierung mit dem Sozialdemokraten Severing an der Spitze. Er war ihr aufgedrängt mit offen provokatorischen Zielen. Daß die Partei ihm nicht ausgewichen war, hatte verschiedene Gründe in dem Zustand der Parteimassen und der Parteileitung. Die von der USPD. abgetrennten Arbeitermassen drängten nach Aktionen. So, wie die Januar-Kämpfe des Jahres 1919 die erste Bewegung der zum Kommunismus erwachenden Massen darstellten, so war die Märzaktion die erste Bewegung der von den Banden der zentristischen Beeinflussung frei gewordenen Arbeitermassen. Sie wollten sich selbst und der Welt zeigen, daß sie anders geworden sind als zur Zeit, wo sie von Hilferding und Dittmann geführt war. Daß dies keine Spintisiererei, keine nachträgliche Philosophie ist, beweisen die der März-Aktion vorangehenden Ereignisse in Halle und Flensburg, die Auseinandersetzungen in der VKPD., in denen immerfort von unten die Forderung nach größerer Aktivität erscholl. Was die Parteiführung

anbetrifft, so mußte sie von vornherein diese Stimmung der Parteimitgliedschaft mit in Rechnung stellen. Die Parteileitung hatte nicht vollkommene Manövrier-Freiheit; denn sie mußte damit rechnen, daß — wenn sie dem Kampfe ausweicht, sie das Vertrauen der Parteimassen verlieren würde, die doch als Mitglieder der VKPD. noch durch keine Erfahrung gewitzigt, die Politik der Vorsicht nicht verstanden. Aber mehr noch. Die Parteileitung war nicht nur der Stimmung der Massen gegenüber, sondern sie war sich selbst gegenüber unfrei und sie glaubte, der Exekutive der Kommunistischen Internationale gegenüber gebunden zu sein. In dem Kampfe gegen die sich kristallisierende Levi-Richtung sonderten sich die linken Führer-Elemente zu einer radikalen Gruppe zusammen, die Ende Februar nach dem freiwilligen Ausscheiden der Levi-Leute aus der Leitung, allein in der Partei-Leitung blieben und den Drang fühlten, sich selbst in der Aktion zu erproben, durch revolutionäre Aktionen die Partei mit Vertrauen zu erfüllen und der Kommunistischen Internationale zu zeigen, daß sie auf den deutschen Kampfposten voll und ganz rechnen kann. Diese Tendenz der Parteileitung trat klar zu Tage in der Sitzung des Zentral-Ausschusses vom 17. März, in der Vertreter der linken Richtung erklärten, die Partei müsse die Geschicke der Revolution zwingen, sie müsse mit der passiven Vergangenheit brechen, die Entscheidung herausforcieren, koste es, was es wolle. Als der Ueberfall Hörsings stattfand, erlaubte diese Einstellung der Parteileitung nicht, kühl die Frage zu untersuchen, ob erstens es nicht günstiger ist, dem Kampf in dem gegebenen Moment auszuweichen, und wenn nicht, ob er nicht geführt werden muß als ein reiner Verteidigungskampf, mit den Mitteln des politischen Streikes unter klarem Verzicht der Entscheidung mit den Waffen in der Hand. So fielen offensive Tendenzen der kommunistischen Parteileitung zusammen mit der Notwendigkeit der Verteidigung gegen die Schläge des Gegners, woraus sich ergab, daß die Partei zu einer Gegen-Offensive zu greifen suchte, bevor sie noch in der Verteidigung irgendwie fähig war, den Feind abzuwehren. Die von der Partei ungehinderten bewaffneten Kämpfe in Mitteldeutschland, der Wirrwarr der Losungen, war Resultat der Tatsache, daß sich in den März-Ereignissen z w e i L i n i e n b r a c h e n, die des berechtigten Abwehrkampfes und der Offensiv-Gedanken, die vollkommen das Wesen der damaligen Situation verkannten. Nach der März-Aktion trat die Lehre von der Offensive in klarer Form auf und es ist sehr charakteristisch, wie ihre Vertreter es versucht haben, sie als die Lehre der März-Aktion darzustellen. Die März-Aktion war ein Abwehr-Kampf. Wenn sie irgendwelche Lehre geben konnte, so eben Lehren über die politische Leitung des Abwehrkampfes, über seine Parolen, über die Möglichkeit der Sicherung der kommunistischen Vorhut vor isolierten Kämpfen durch eine ununterbrochene Arbeit an der Ausweitung der Basis der Partei. Diese Fragen wurden jedoch von der Partei nicht untersucht. Ihre rührigsten Köpfe suchten zu beweisen, daß die Quelle der Niederlage nicht darin lag, daß wir den Kampf aufnehmen oder annehmen mußten in der Zeit, wo sich unsere Sammlungspolitik des „Offenen Briefes" noch nicht genügend ausgewirkt hatte, nicht darin, daß wir nicht verstanden haben, in unserm Abwehrkampf genügend Deckung zu finden hinter den breiten Massen; als Ursache der Niederlage wurde die Tatsache angegeben, daß wir den Schlag abwarteten, ohne durch Offensiv-Vorstoß den Feind zu überraschen. So wurde die März-Niederlage zum Ausgangspunkt der Propaganda der Offensivtaktik.

Gleichzeitig mit dieser Abweichung der radikalen Mehrheit der VKPD. nach links auf den Boden eines Revolutionarismus, der nicht genügend mit der allgemeinen Situation rechnet, vollzog sich in der Partei eine Entwicklung des rechten Flügels, wie sie ein paar Monate vorher als vollkommen unmöglich gehalten wäre. Paul Levi denunzierte den Abwehrkampf der Partei den proletarischen Massen wie der Bourgeoisie als einen Putsch, ausgeführt durch eine Clique von gedankenlosen Strebern, die, an der Strippe der Abenteurer von Moskau, versuchen, die Proletarier ins Verderben zu stürzen. Seine Gesinnungsgenossen, die zum Teil jede Disziplin und jedes Pflichtbewußtsein der Mitglieder der Kommunistischen Partei verhöhnten und in den März-Kämpfen Sabotage getrieben haben, solidarisierten sich mit dieser Herostraten-Tat des früheren Vorsitzenden der Partei. Der Opportunismus der halbzentristischen Richtung der VKPD. kam zum Ausdruck in einer Reihe deutlicher Manifestationen: die Disziplinlosigkeit der parlamentarischen Fraktion, die Fronde eines Teiles der Parteigewerkschaftsführer, die Haltung der Partei-Intellektuellen, alles das bildeten Teile der typischen Rebellion der opportunistischen Führer.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale war sich nach dem Einlaufen der ersten zuverlässigen Nachrichten über die März-Kämpfe vollkommen im klaren darüber, was in ihnen zum Ausdruck kam. Keinen Augenblick verschloß sie ihr Auge gegenüber den Fehlern, die im März-Kampfe gemacht worden sind und auf ihre Tragweite. Meine Kritik der Fehler der März-Aktion in der Streitschrift gegen Levi, die geschrieben war, bevor Levis Broschüre Moskau erreichte, war, wie es sich später herausstellt, die gemeinsame Auffassung sämtlicher russischen Mitglieder der Exekutive. Diese Fehler verschoben merklich die Situation in der Kommunistischen Internationale und sie stellten den Kongreß vor neue Aufgaben. Er hatte nunmehr nicht nur den Kampf gegen die opportunistischen, halbzentristischen Tendenzen zu führen, die in einer Reihe von Parteien zum Vorschein gelangten, sondern er hatte sich auseinanderzusetzen auch mit den Fehlern der März-Aktion, die nicht nur Fehler einer Aktion waren, sondern **nicht zu Ende gedacht und nicht bewußt abgelehnt, die Gefahr in sich bargen, die Kommunistische Internationale in Kämpfe hineinzuziehen, in denen sie eine Niederlage nach der anderen erleidend, zertrümmert werden konnte.** Wenn dies nicht so klar zum Vorschein kam in dem Augenblick, wo es galt, die Partei gegen den Angriff Levis zu verteidigen, der ihr mit vollkommener Zerrüttung drohte, so wurde es klar, als man die literarischen Kundgebungen, die von der März-Aktion ausgegangen sind, prüfte. Wie löste der Kongreß die Aufgabe, vor die ihn die so komplizierte Situation stellte?

IV.

Er führte richtig die Linie des zweiten Kongresses weiter, indem er den kommunistischen Parteien den **Kampf um die Mehrheit in der Arbeiterklasse als die Hauptaufgabe zur Pflicht machte.** Er tat es nicht nur in der Form der Mahnung an die junge englische und amerikanische kommunistische Bewegung, die — was diese Aufgaben anbetrifft — noch am weitesten vom Ziele entfernt sind, nicht nur durch die endgültige Ablehnung der sektiererischen Tendenzen der KAPD. und der sogenannten holländischen Schule, sondern auch durch die Festlegung einer klaren Linie für die Taktik der Kommunistischen Internationale in den

Teilkämpfen. Der Kongreß erhob die Taktik des „Offenen Briefes" — es handelt sich nicht um die Kopierung der Form, sondern um die Methode — zur **allgemeinen Taktik der Gegenüberstellung der täglichen Lebensinteressen der Massen der verräterischen Politik der Führer der Gewerkschaften und Sozialdemokratie.** Nicht die Endlosungen allein, die im Moment des Sturms das Sammelmittel der Massen bilden, nicht bloß das Programm der Diktatur, das sich im Moment der großen Gärung der Massen als Scheidewasser ergab, sondern in erster Linie **die praktische Verteidigung der Lebensinteressen der Massen, ihrer täglichen und nicht nur ihrer großen Klassen-Interessen, das ist der Weg, den die Kommunistische Internationale den Kommunistischen Parteien hinweist in der Lage, in der sich jetzt die proletarische Revolution befindet, in der Lage, wo wir nicht die Brandung der revolutionären Kräfte, sondern das allmähliche Wachsen der Welle, die allmähliche Sammlung der Kräfte vor uns haben.** Schon in diesem hartnäckigen Hinweis auf **den Mutterboden des Kommunismus,** auf das Leiden und Drängen der Arbeitermassen, auf ihre täglichen Lebensnöte, schon darin äußert sich die Reaktion gegen die himmelstürmerischen Tendenzen des subjektiven Revolutionarismus, der den Kampf aufzunehmen gewillt ist, wenn er nur genügend ungeduldig ist. In dieser Linie auf Teilaktionen tritt anderseits die Ueberzeugung der Kommunistischen Internationale zutage, daß wir in die Periode großer Kämpfe, in die Periode von Massenaktionen, und nicht in die stille Zeit der Propaganda und der Agitation kommen. In dem Referat Trotzkis über die Weltwirtschaftslage wie in den taktischen Thesen ist als Ausgangspunkt der kommunistischen Taktik der **Kurs auf die Steigerung der Weltrevolution genommen.** Durch Auf und Ab geht der Weg nach oben zu neuen großen Kämpfen und die Kommunistische Internationale wird sie siegreich bestehen, wenn sie es versteht, sich durch Teilkämpfe um die Lebensnotwendigkeiten des Proletariats, durch die auf dem Boden dieser Lebensnotwendigkeiten geführte Agitation mit den breitesten Arbeitermassen zu verbinden. Die düsteren Prophezeiungen der Levi, Geyer und Zetkin von den **Gefahren des Sektierertums,** von dem die Kommunistische Internationale bedroht sei, haben sich angesichts der lebendigen Politik der Kommunistischen Internationale erwiesen als Attrappen, hinter denen sich der Opportunismus der einen und die Gespensterseherei der anderen verbarg.

Gegen diesen Opportunismus nahm der Kongreß Stellung nicht nur, indem er den Ausschluß der **italienischen** sozialistischen Partei bis zum Moment, wo sie mit den Reformisten den Bruch vollziehen wird, bestätigte, nicht nur, indem er kritisch Stellung nahm zur Politik der **tschechoslowakischen und der französischen kommunistischen Parteien,** indem er Levis Ausschluß aus der Kommunistischen Internationale bestätigte, und von seinen Gesinnungsgenossen **Unterwerfung unter die Gebote der Parteidisziplin** forderte, **sondern er nahm Stellung gegen den Opportunismus in positiver Weise: das ganze Aktionsprogramm der Kommunistischen Internationale, das auf Steigerung des Kampfes gerichtet ist, ist eben deshalb ein anti-opportunistisches Programm.** Das Wesen der halbzentristischen Richtungen in der Kommunistischen Internationale besteht eben darin, daß sie sich für die absehbare Zeit keine Aktionsaufgaben, sondern nur rein propagandistische Aufgaben stellen. Sie agitieren schlecht, nicht kommunistisch, eben darum, weil sie aus Angst vor Aktionen den aufrüttelnden Appell an die Massen befürchten.

Nun könnten Situationen eintreten, in denen die Kommunistische Internationale unter dem Druck der abebbenden revolutionären Entwicklung auf Aktionen verzichten müßte. In dieser Situation müßte der revolutionäre Kommunist der Sachlage Rechnung tragen. Jedes Drängen zu Aktionen wäre dann reines Abenteurertum. Die Kommunistische Internationale beweist, indem sie ihr Aktionsprogramm entwickelt und die Parteien aller Länder auffordert, sich einzustellen auf Kampf, **daß sie die Weltsituation auch weiterhin als revolutionär beurteilt,** und daß sie es für die Pflicht der Partei hält, sich auf Kampf einzustellen.

Die Aktion der Kommunistischen Internationale, der von ihr geführte Kampf bildet den Boden, auf dem allein sie die halbzentristischen Strömungen in ihren Reihen und außerhalb ihrer Reihen überwinden kann. Nicht durch theoretische Diskussionen, sondern durch praktischen Kampf ist der opportunistische Geist des Wankelmutes und des Zauderns zu überwinden. Theoretisch haben wir die Kautsky und die Bauer und die Hilferdinge zehnmal geschlagen. Praktisch stellen sie jedoch eine große Kraft noch dar, eine Kraft, deren Quelle das Mißtrauen der Arbeitermassen in die eigene Macht bildet. Die Levi und Serrati stellen theoretisch eine einfache Null dar. Sie leben geistig von den Abfällen der Hilferdinge. Ein theoretischer Kampf mit ihnen ist ebenso unnötig wie unnütz. Es gilt nur, **alles zu vermeiden, was diesen Elementen Lebenskraft einflößen könnte, und was auch die Schwächung des Einflusses der Kommunistischen Internationale auf die Arbeitermassen zur Folge haben müßte,** nämlich es gilt, **Fehler in der Aktion zu vermeiden, die zu Niederlagen führen, aus denen die Masse nicht gestärkt, sondern geschwächt herausgeht. Nicht jede** Niederlage führt zu einer solchen Schwächung. Wenn die Partei eine Niederlage erleidet in dem ihr vom Gegner aufgedrängten Kampfe, den sie geführt hat wegen wichtiger Lebensinteressen des Proletariats, geführt hat unter Losungen, die der Arbeitermasse verständlich sind, so enthält eine solche Niederlage **Keime späterer Siege.** Die Arbeitermasse sieht in der Partei den Verteidiger ihrer Interessen und sie fühlt, daß die Niederlage nur dadurch gekommen ist, weil sie, die Proletarier, der Partei nicht gefolgt sind in den Kampf, obwohl es der Kampf war um ihre Interessen. Und wenn das Kapital sie immer wütender angreift, immer mehr ausbeutet, dann sagen sie sich: es ist unsere Schuld, unsere große Schuld, und sie sammeln sich um die Partei in steigendem Maße. Wenn aber die Partei sich in Kämpfe stürzt, **ohne genügend die Lage berücksichtigt** zu haben, dann mindert sie das Vertrauen der Massen zu sich. Das Resultat ist, daß in den Lagen, wo der Kampf notwendig ist, die Massen nicht das Gefühl haben, unter einer Leitung zu stehen, der man sich anvertrauen kann. Sie zaudern, sie sind unschlüssig. Führt die Partei die Kämpfe unter Losungen, die der Masse unverständlich sind, oder hat die Arbeitermasse das Empfinden, daß die Losungen des Kampfes den wirklichen Zielen nicht entsprechen, sondern andere Ziele maskieren, so ist das Resultat ein Mißtrauen zur Partei: Die Arbeitermasse fühlt sich als Objekt unserer P o l i t i k , n i c h t a l s i h r T r ä g e r. Nur wenn wir diese Fehler begehen, können die zentristischen wie die halbzentristischen Elemente von neuem Einfluß gewinnen oder ihn verstärken. Die Märzaktion enthielt Fehler dieser Art. Obwohl sie eine notwendige Verteidigungsaktion war, wurde sie von der Partei den Massen als Beginn einer großen Offensive dargestellt, einer Offensive, zu der sich breite prole-

tarische Kreise nicht genug vorbereitet und nicht genug stark fühlten. Die Theorie der Offensive konnte in den Vorderreihen der Partei ein Gefühl des Mutes und der Energie erwecken, indem sie dem Selbstgefühl der Vorderreihen ihrer übertriebenen Auffassung von der Rolle der Avantgarde schmeichelte. Aber auf die Massen, von deren Vertrauen zur Kommunistischen Partei in erster Linie das Gelingen jedes Kampfes abhängig ist, mußte diese Theorie beängstigend und abstoßend wirken. Und was noch viel wichtiger ist, indem diese Theorie es für möglich hielt, durch die Avantgarde den Durchbruch durchzuführen, entfremdete sie die Partei ihrer Hauptaufgabe: dem Kampfe um die Köpfe und Herzen der breiten Arbeitermassen.

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale, der sich entschieden und einstimmig hinter die deutsche Partei stellte für ihren Abwehrkampf gegen den Hörsingschen Ueberfall, der die Verleumder dieses Kampfes rücksichtslos aus seinen Reihen ausschloß, er mußte klar und unzweideutig diese Theorie ablehnen, wenn er die jungen Reihen der Kommunistischen Internationale nicht großen Gefahren aussetzen wollte. Die Gefahr einer solchen Politik in Deutschland ist nicht groß aus dem einfachen Grunde, da die deutsche Partei schon eine Massenpartei ist, in der die Parteimitgliedschaften — mögen sie noch so sehr im ersten Augenblick nach einer Niederlage in einem aufgezwungenen Kampfe denselben samt allen in ihm gemachten Fehlern verteidigen —, auf die Länge hin der Fehler gewahr und sie überwinden werden. Die deutsche Arbeiterschaft, die verhältnismäßig am meisten Elemente des Marxismus in sich aufgenommen hat, ist aus diesem Grunde mehr als andere befähigt, die Fehler des subjektiven Revolutionarismus zu überwinden. Vie größer ist die Gefahr in den romanischen Ländern mit ihrer temperamentvollen Arbeitermasse, mit der Arbeitermasse, die sehr wenig vom Geiste des Marxismus, aber desto mehr vom Geiste des romantischen Syndikalismus erfüllt ist. In den romanischen Ländern, in erster Linie in Frankreich, stehen wir jetzt vor dem Zusammenbruch des rechten Flügels der Syndikalisten, der vollkommen opportunistisch, reformistisch entartet ist. Die Leitung der Gewerkschaften wird dort an linke Syndikalisten übergehen, mit deren Sieg der Syndikalismus alter Marke, der romantische Syndikalismus, sein Wiederaufstehen erlebt. In diesen Ländern, wo die revolutionären Tendenzen der Arbeiterbewegung dargestellt werden durch den Syndikalismus, sind solche Fehler, wie die in der Märzaktion verübten, in viel größerem Maßstabe möglich als in Deutschland. Der Kampf gegen solche Fehler ist keinesfalls ein Kampf gegen links. Er ist umgekehrt der Kampf um eine richtige revolutionäre Politik. Die zentristischen Elemente, die sich in die Kommunistische Internationale einschleichen oder in ihr von neuem aufkommen dank einem vorübergehend verlangsamten Tempo der revolutionären Entwicklung, müssen vernichtet werden. Die linken Elemente, die zu solchen Fehlern wie die in der Märzaktion gemachten fähig sind, müssen **belehrt werden und können belehrt werden. Es sind unsere Stamm- und Sturmtruppen, mit denen zusammen wir siegen wollen und werden, während die halbzentristischen Elemente im großen und ganzen Zersetzungselemente sind, die ausgeschieden werden müssen aus dem Körper der Kommunistischen Internationale.**

V.

Es wurde viel gesucht nach einer Formel, auf die man die Arbeit des 3. Kongresses zurückführen könnte. Von einem wurde gesagt, der Kongreß habe Vorsicht gepredigt, und darin bestehe seine große Arbeit. Auf der andern Seite wurde erklärt, der Kongreß habe unter Berücksichtigung der allgemeinen Lage einstweilen den Rückzug befohlen. Die erste Formel der Vorsicht ist eine nichtssagende allgemeine Formel, die richtig gegenüber der deutschen Parteizentrale und den italienischen Kommunisten, unsinnig ist gegenüber der tschecho-slowakischen Partei, unsinnig gegenüber einer Partei wie die Serratis. Was den angeblichen Rückzug anbetrifft, so ist die Behauptung, als ob die Kommunistische Internationale jetzt den Rückzug antreten würde, ein kompletter Unsinn. Wo Rückzug und warum Rückzug? Rückzug in Frankreich, wo wir erst zu marschieren beginnen, wo wir keine Niederlage erlitten haben, wo wir keinesfalls zu schnell marschieren? Rückzug in England und Amerika, wo wir noch die Werbearbeit erst beginnen? Die Unsinnigkeit einer solchen Behauptung liegt auf der flachen Hand. **Die Arbeit des Kongresses läßt sich nicht auf eine Formel zurückführen aus einem ganz einfachen Grunde.** Die Lage in den verschiedenen Ländern, der Zustand der Kommunistischen Partei in verschiedenen Ländern, erlaubt nicht eine Marschroute für jede Partei. Gemeinsam für alle sind die Etappen, durch die hinweg man zum Siege schreiten wird, gemeinsam ist die politische Methode. Was aber die gemeinsamen Aufgaben anbetrifft, so bilden sie in den verschiedenen Ländern eine ganze Stufenleiter. Von der Parole „In die Massen hinein" über die Parole „Kampf gegen die zentristischen und halbzentristischen Elemente" bis zur Parole „Organisiert eure Massenkämpfe; bereitet sie möglichst gut vor", das ist die weite Stufe der Fragen, mit denen sich der Kongreß befaßte.

Die bürgerliche Presse wie die der Zentristen und Halbzentristen sucht die Arbeit des Kongresses darzustellen als eine Wendung nach rechts. Wir wollen sie daran gar nicht stören. Die bürgerlichen Regierungen sollen nur durch die Taten beweisen, daß sie ernst überzeugt sind, die Komunistische Internationale habe sich gemausert, sie sei eine anständige gemäßigte Internationale. Sie können den Ernst dieser Auffassungen beweisen, indem sie die Verfolgungen der Kommunistischen Internationale einstellen. Wir werden dagegen nicht protestieren. Und die Herren Zentristen und Halbzentristen sollen nur die Resolutionen des Kongresses durchführen. Wir werden ihnen dabei nicht die geringsten Hindernisse in den Weg legen. Aber Spaß beiseite. Die Kommunistische Internationale hat **den Kurs weder nach rechts, noch nach links genommen. Sie geht nur ruhig und entschieden ihren alten Weg weiter,** den Weg, der bestand in der **Mobilisierung der Arbeitermassen,** der breitesten Arbeitermassen für die Ideen des Kommunismus, **ihrer Schulung und Organisierung im Kampfe und ihrer Vorbereitung für die kommenden Kämpfe.**

Neue Zeiten und alte Fehler in neuer Gestalt.

Von N. Lenin.

20. August 1921.

I.

Jede eigenartige Wendung der Geschichte ruft gewisse Veränderungen hervor in der Gestalt kleinbürgerlicher Schwankungen, die neben dem Proletariat ständig zu beobachten sind und bis zu einem gewissen Grade immer auch in das Proletariat hineindringen.

Der kleinbürgerliche Reformismus, d. h. das mit gütigen demokratischen und „sozial"-demokratischen Phrasen und kraftlosen Wünschen verhüllte Lakaientum der Bourgeoisie gegenüber und der kleinbürgerliche Revolutionalismus drohend und aufgeblasen, in Worten hochtrabend, aber in der Tat zerstieben, formlos und kopflos, das sind die beiden „Strömungen" dieser Schwankungen. Sie sind unvermeidlich, solange die tiefsten Wurzeln des Kapitalismus nicht beseitigt sind. Gegenwärtig ändert sich ihre Form im Zusammenhange mit der Wandlung in der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung. Das Hauptmotiv der Menschewisten ist: „Die Bolschewiki kehrten um zum Kapitalismus, es ist aus mit ihnen. Die Revolution stellt sich doch als bürgerlich heraus, auch die Oktoberrevolution! Hoch die Demokratie! Hoch der Reformismus!" Ob dies rein menschewistisch oder nach Art der Sozialrevolutionäre im Geist der 2. oder 2½ Internationale gedacht wird, bleibt sich im wesentlichen gleich. Das Leitmotiv der Halbanarchisten, wie der deutschen „Kommunistischen Arbeiterpartei", oder jener Teil unserer gewesenen Arbeiteropposition, der die Partei verlassen hat oder zu verlassen im Begriff ist, lautet: „Die Bolschewiki glauben jetzt nicht an die Arbeiterklasse!"

Die hieraus gezogenen Parolen gleichen mehr oder minder denen von Kronstadt im Frühjahr 1921.

Die Berechnung der tatsächlich vorhandenen Kräfte der Klassen und die unbezweifelbaren Tatsachen nüchtern und gründlich dem Winseln und der Panik der Reformismus- und Revolutionarismus-Philister entgegenzustellen — das ist die Aufgabe der Marxisten.

Denkt an die Hauptetappen unserer Revolution. Die erste Etappe, die sozusagen rein politisch war: vom 25. Oktober bis zum 5. Januar, bis zur Sprengung der Konstituante. In 10 Wochen taten wir hundertmal mehr für die tatsächliche und volle Vernichtung der Ueberbleibsel des Feudalismus in Rußland, als die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre in 8 Monaten (Februar—Oktober 1917). Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre und im Auslande alle Helden der 2½ Internationale waren zu jener Zeit armselige Helfershelfer der Reaktion. Die Anarchisten standen entweder verwirrt auf der Seite oder halfen uns. War damals die Revolution eine bürgerliche? Natürlich ja, insofern unsere Arbeit die Vollendung einer bürger-

lich-demokratischen Revolution war, insofern es in der „Bauernschaft" keinen Klassenkampf gab. Gleichzeitig aber taten wir sehr viel über die bürgerliche Revolution hinaus für die sozialistische, proletarische Revolution.

1. Wir entfalteten in einem, bisher nicht gesehenen Maße, die Kräfte der Arbeiterklasse in der Handhabung der Staatsmacht durch die Arbeiter.

2. Wir versetzten einen in der ganzen Welt fühlbaren Schlag den Fetischen der kleinbürgerlichen Demokratie, der Konstituante und der bürgerlichen „Freiheit", wie es die Pressefreiheit für die Reichen ist.

3. Wir schufen den Sowjettypus eines Staates und taten hiermit einen Riesenschritt vorwärts nach 1793 und 1873.

Die zweite Etappe. Der Brester Frieden. Das Toben der revolutionären Phrase gegen den Krieg — einer halbpatriotischen Phrase bei den Sozialrevolutionären und Menschewiki und einer „linken" bei einem Teil der Bolschewiki. „Wenn sie mit dem Imperialismus Frieden machen, sind sie schon verloren", — sagte der Spießbürger mit Panik oder mit Schadenfreude. Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki fügten sich dem Imperialismus als Teilnehmer des Bourgeoisraubzuges gegen die Arbeiter. Wir „fügten uns" und übergaben den Räubern einen Teil unserer Habe, um die Macht der Arbeiter zu retten und um den Räubern noch schwerere Schläge zu versetzen. Solche Phrasen, daß wir „an die Kraft der Arbeiterklasse nicht glauben", hörten wir damals zur Genüge, ließen uns aber von Phrasen nicht täuschen.

Die dritte Etappe. Der Bürgerkrieg von den Tschechoslowaken und den „Konstituante-Truppen" bis Wrangel, 1918—1920. — Unsere Rote Armee gab es am Anfange des Krieges nicht. Wenn die materiellen Kräfte verglichen werden sollen, ist diese Armee auch gegenwärtig unbedeutend gegen jede Armee der Entente-Länder. Und doch siegten wir im Kampfe mit der allmächtigen Entente. Der Bund der Bauern und Arbeiter unter Führung der proletarischen Staatsmacht ist — als Errungenschaft der Weltgeschichte — auf eine ungeahnte Höhe erhoben. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre spielten die Rolle der Helfershelfer der Monarchie, sowohl unmittelbar (als Minister, Organisatoren und Propagandisten) als auch verhüllt. (Die „kluge" und niederträchtige Stellung der Tschernow und Martow, die angeblich ihre Hände in Unschuld wuschen, in der Tat aber mit der Feder gegen uns arbeiteten.) Auch die Anarchisten waren in hilfloser Erregung. Ein Teil half uns, der andere schadete der Arbeit durch Proteste gegen die militärische Disziplin oder durch Skeptizismus.

Die vierte Etappe. Die Entente ist gezwungen, die Intervention und die Blockade (ob wohl auf lange?) einzustellen. Das unerhört zugrunde gerichtete Land fängt an, zu Kräften zu kommen, erst jetzt die volle Tiefe der Verlotterung erblickend, bei den qualvollsten Schicksalsschlägen mit stilliegender Industrie bei Mißernte, Hunger und Epidemien.

Wir erhoben uns bis zur höchsten und gleichzeitig schwierigsten Stufe unseres weltgeschichtlichen Kampfes. Der Feind ist im gegenwärtigen Moment, in der gegenwärtigen Periode nicht mehr der, der er gestern war. Der Feind besteht nunmehr nicht aus weißgardistischen Rotten unter der Befehlshabe von Großgrundbesitzern, die von allen Menschewiki und Sozialrevolutionären, von der ganzen internationalen Bourgeoisie unterstützt werden. Der Feind ist — das Alltägliche der Oekonomik in einem kleinbäuerlichen Lande, mit einer zugrunde gerichteten Großindustrie. Der Feind

ist — das kleinbürgerliche Element, das uns der Luft ähnlich umgibt und sehr stark in die Reihen des Proletariates dringt. Das Proletariat aber ist deklassiert, das heißt, aus seinem Klassengeleise hinausgestoßen. Die Fabriken und Betriebe stehen — das Proletariat ist schwach, zermalmt und kraftlos. Das kleinbürgerliche Element innerhalb des Staates aber wird von der ganzen internationalen Bourgeoisie unterstützt, deren Macht sich noch immer auf die ganze Welt erstreckt.

Wie soll man da auch nicht den Mut verlieren? Besonders solche Helden, wie die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, wie die Ritter der 2½ Internationale, wie die hilflosen Anarchisten, wie die Liebhaber der „linken" Phrase. „Die Bolschewiki kehren um zum Kapitalismus, mit den Bolschewiki ist es aus, die Revolution überschritt auch bei ihnen nicht die Rahmen der bürgerlichen Revolution." Solche Lamentationen hören wir genug.

Wir sind aber schon gewohnt an sie.

Wir unterschätzen die Gefahr nicht, wir blicken ihr gerade ins Gesicht. Wir sagen den Arbeitern und Bauern: die Gefahr ist groß, — mehr Solidarität, Ausdauer und Kaltblütigkeit, werfet die Menschewisierenden, die sozialrevolutionärmäßig Sprechenden, die Panikverbreiter und die Schreihälse mit Verachtung hinaus.

Die Gefahr ist groß. Der Feind ist wirtschaftlich bei weitem stärker als wir, ebenso wie er gestern militärisch bei weitem stärker war. Wir wissen es und im Wissen ist unsere Kraft. Wir taten schon so riesenhaft viel für die Säuberung Rußlands vom Feudalismus, für die Entfaltung aller Kräfte der Arbeiter und Bauern, für den Weltkampf gegen den Imperialismus, für die internationale proletarische Bewegung, die von den Gemeinheiten und der Niedertracht der 2. und 2½ Internationale befreit wurde, daß panisches Geschrei auf uns nicht mehr wirkt. Unsere revolutionäre Tätigkeit „rechtfertigten" wir schon mehr als genügend und bewiesen der ganzen Welt mit Taten, wessen das revolutionäre proletarische Wollen fähig ist, zum Unterschied von der menschewistisch-sozialrevolutionären „Demokratie" und dem mit Paradephrasen verhüllten feigen Reformismus.

Der vor dem großen Kampfe die Niederlage fürchtet, für den ist der Name Sozialist nur eine Bespottung der Arbeiter. Gerade aus dem Grunde, weil wir der Gefahr furchtlos ins Antlitz schauen, nützen wir unsere Kräfte zum Kampf besser aus und erwägen die Chancen nüchterner, vorsichtiger und berechnender. Wir machen alle Zugeständnisse, die uns stärken und die Kräfte des Feindes teilen. (Wie nunmehr auch der letzte Narr sieht, daß der „Brester Frieden" ein Zugeständnis war, das uns stärkte und die Kräfte des internationalen Imperialismus teilte.)

II.

Die Menschewiki schreien, daß die Naturalsteuer, der freie Handel, die Konzessionen und der Staatskapitalismus den Krach des Kommunismus bedeuten. Diesen Menschewiken schloß sich im Auslande der gewesene Kommunist Levi an. Diesen Levi mußte man verteidigen, solange die von ihm begangenen Fehler dargestellt werden konnten als Reaktion auf die Fehler der „linken" Kommunisten, besonders im März 1921, in Deutschland; man kann aber diesen Levi nicht verteidigen, da er nun, anstatt sein Unrecht zu kennen, auf der ganzen Linie zum Menschewismus hinuntersank.

Den schreienden Menschewiken möchten wir z. B. darauf hinweisen, daß die Kommunisten schon im Frühjahr 1918 die Idee eines Blockes, eines Bundes mit dem Staatskapitalismus gegen das kleinbürgerliche Element ver-

kündeten und verteidigten. Vor drei Jahren! In den ersten Monaten des bolschewistischen Sieges! Nüchterne Sinne hatten die Bolschewiki schon damals. Und seither konnte niemand die Richtigkeit unserer nüchternen Berechnung der vorhandenen Kräfte widerlegen.

Der bis zum Menschewismus hinuntergesunkene Levi rät den Bolschewiken — deren Niederlage dem Kapitalismus gegenüber er ebenso „vorhersagt", wie alle Spießbürger, Demokraten, Sozialdemokraten usw. unseren Niedergang im Falle der Sprengung der Konstituante vorhersagten, sich um Hilfe an die ganze Arbeiterklasse zu wenden. Denn bisher half ihnen ja nur ein Teil der Arbeiterklasse!

Levi stimmt hier in bemerkenswerter Weise überein mit jenen Halbanarchisten und Schreihälsen, teilweise mit gewissen Leuten aus der gewesenen „Arbeiter-Opposition", die gerne hochtrabende Phrasen dreschen über das Thema, daß die Bolschewiki jetzt nicht mehr „an die Kräfte der Arbeiterklasse glauben". Sowohl die Menschewiki, als die Anarchisten wandeln den Begriff der „Kräfte der Arbeiterklasse" um in ein Fetisch und sind nicht imstande, über seinen faktischen, konkreten Inhalt nachzudenken. An Stelle des Studiums und der Analyse dieses Inhaltes kommt Deklamation.

Die Herren der 2½ Internationale, die sich Revolutionäre nennen möchten, erweisen sich in der Tat in einer jeden ernsten Lage als Konterrevolutionäre, da sie sich vor der gewaltsamen Zerstörung des alten Staatsapparates fürchten und an die Kräfte der Arbeiterschaft nicht glauben. Als wir dies von den Sozialrevolutionären und Co. sagten, war es bei uns keine Phrase. Jeder weiß, daß die Oktoberrevolution neue Kräfte, eine neue Klasse in den Vordergrund brachte, daß die hervorragendsten Vertreter des Proletariats jetzt Rußland regieren, eine Armee schufen und sie führten, eine örtliche Administration usw. organisierten, die Industrie leiten usw. Wenn es in deisem Administrationsapparat bürokratische Zerrbilder gibt, so leugnen wir dieses Uebel nicht, sondern enthüllen es und kämpfen dagegen. Wer im Kampfe gegen die Mißbildungen des neuen Systems den Inhalt desselben vergißt, und vergißt, daß die Arbeiterklasse einen Rätestaat schuf und leitet, der ist einfach unfähig, zu denken und den Sinn des Gesprochenen zu begreifen.

Die „Kräfte der Arbeiterklasse" sind aber nicht grenzenlos. Wenn das Zuströmen frischer Kräfte aus der Arbeiterklasse gegenwärtig noch schwach, bisweilen sehr schwach ist, wenn trotz aller Dekrete, Aufrufe, Agitation, trotz allen Befehlen über „Heranziehen der Parteilosen" das Zuströmen der Kräfte doch schwach ist, so bedeutet das Erledigen dieses Umstandes mit Deklamationen über „Unglauben an die Kräfte der Arbeiterklasse", ein Herabsinken zum leeren Phrasendreschen.

Ohne eine gewisse „Atempause" kann es diese neuen Kräfte nicht geben; anders als langsam werden sie nicht heranwachsen; aus einer anderen Quelle, als aus der wiederhergestellten Großindustrie, d. h. präziser und konkreter gesprochen aus der Elektrifizierung können sie nicht kommen. Die Arbeiterklasse eines kleinbäuerlichen, zugrundegerichteten Landes, eine Arbeiterklasse, die sehr viel an Deklassierung leidet, benötigt nach den großen, in der ganzen Welt beispiellosen Kraftanstrengungen einen gewissen Zeitraum, damit neue Kräfte heranwachsen, damit sich die Klasse aufrafft, damit die alten und abgetragenen Kräfte sich wieder aufrichten. Die Schaffung eines militärischen und Staatsapparates, der die Heimsuchungen der Jahre 1917—1921 siegreich aushalten konnte, ist eine große Tat, die die realen (nicht in der Deklamation der Schreihälse existierenden) „Kräfte der

Arbeiterklasse" in Anspruch nahm, mit sich riß und erschöpfte. Man muß dies begreifen und mit der Notwendigkeit, richtiger gesprochen mit der Unvermeidlichkeit der Verlangsamung des Zuströmens neuer Kräfte der Arbeiterklasse rechnen.

Die Menschewiki schreien über den „Bonapartismus der Bolschewiki". Sie stützen sich ja auf eine Armee, auf einen Regierungsapparat, gegen den Willen der „Demokratie"! Darin aber kommt prachtvoll die Taktik der Bourgeoisie zum Ausdruck, und demzufolge unterstützt Miljukow logischerweise diese Taktik und unterstützt auch die Parolen von Kronstadt (im Frühjahr 1921). Die Bourgeoisie versteht sehr wohl, daß die wirklichen Kräfte der Arbeiterklasse gegenwärtig aus dem mächtigen Vortrupp dieser Klasse bestehen, der KPR., die sich nicht auf einmal, sondern im Laufe von 25 Jahren mit ihren Taten die Rolle, den Namen und die Kraft des „Vortrupps" der einzig revolutionären Klasse erkämpfte.

Mit der Parole: „Mehr Glauben an die Kraft der Arbeiterklasse" wird jetzt in Wirklichkeit die Stärkung der menschewistischen und anarchistischen Einflüsse betrieben.

Kronstadt im Frühjahr 1921 bewies und zeigte dies klipp und klar. Jeder klassenbewußte Arbeiter hat jene, die über unseren „Unglauben an die Kräfte der Arbeiterklasse" schreien, zu enthüllen und von sich wegzutreiben, da diese Schreihälse in Wirklichkeit Helfershelfer der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer sind, in deren Interesse sie durch Stärkung des Einflusses der Menschewiki und der Anarchisten an der Schwächung des Proletariats arbeiten.

Da „liegt der Hund begraben", wenn wir nüchtern den wahren Inhalt des Begriffes „Kräfte der Arbeiterklasse" beurteilen wollen. Wo ist euere Arbeit ihr lieben Freunde, wo sind euere Taten im Interesse der Heranziehung der Parteilosen an die „Hauptfront" der Gegenwart, an die wirtschaftliche Front, zum Aufbau des Wirtschaftslebens? Diese Fragen sollen die klassenbewußten Arbeiter den Schreihälsen stellen. So kann und soll man die Schreihälse immer enthüllen, ihnen beweisen, daß sie in Wirklichkeit der Aufbauarbeit keinen Nutzen, sondern Schaden bringen, die proletarische Revolution nicht fördern, sondern sie hindern, keine proletarische, sondern kleinbürgerliche Bestrebungen vertreten und im Dienste einer fremden Klasse stehen.

Unsere Parole ist: Nieder mit den Schreihälsen! Nieder mit den unbewußten Gehilfen der Weißgardisten, die die Fehler der unglücklichen Kronstädter vom Frühjahr 1921 wiederholen. Heran an die praktische reale Arbeit, die die Eigenartigkeit der gegenwärtigen Lage und ihrer Aufgabe begreifen kann. Wir brauchen keine Phrasen, sondern Arbeit.

Die nüchterne Betrachtung dieser Eigentümlichkeit, dieser wirklichen, nicht mit der Phantasie bearbeiteten Kräfte der Klassen sagt uns folgendes:

Nach einer Periode von unerhört großen Erfolgen der proletarischen Schöpfungskraft auf dem militärischen, administrativen und allgemein politischen Gebiete, kam jetzt nicht zufällig, sondern unvermeidlich, nicht aus Schuld von Personen oder Parteien, sondern objektiven Ursachen zufolge, eine Periode eines bedeutend langsameren Heranwachsens neuer Kräfte. In der wirtschaftlichen Arbeit ist der Aufbau unvermeidlich schwieriger, langsamer und entwickelt sich nur allmählich. Das liegt im Wesen dieser Arbeit, die grundverschieden von der militärischen, administrativen und allgemeinpolitischen ist. Das folgt aus ihrer besonderen Schwierigkeit und — wenn man so sagen darf — aus ihrer größeren Bodenständigkeit.

Darum müssen wir unsere Aufgaben in dieser neuen höchsten Etappe des Kampfes mit größter, mit verdreifachter Vorsicht bestimmen. Bestimmen wir diese Aufgaben in möglichst bescheidenem Maße. Machen wir mehr Zugeständnisse, natürlich innerhalb der Grenzen, in denen das Proletariat, das die herrschende Klasse bleibt, Zugeständnisse machen darf. Sammeln wir möglichst schnell die herabgesetzte Naturalsteuer ein und geben wir möglichst viel Freiheit der Entwicklung, der Befestigung und der Wiederherstellung der Bauernwirtschaft; geben wir die uns nicht absolut notwendigen Unternehmungen den Pächtern, darunter auch den Privatkapitalisten und den ausländischen Konzessionären. Wir brauchen einen Block, einen Bund des proletarischen Staates mit dem Staatskapitalismus gegen das kleinbürgerliche Element. Dieser Bund muß vorsichtig, mit Geschick geschaffen werden nach der Regel „Siebenmal messe es und dann — schneide zu." Lassen wir unmittelbar für uns ein kleineres Arbeitsgebiet, nur das, das absolut notwendig ist. Konzentrieren wir die geschwächten Kräfte der Arbeiterklasse auf eine k l e i n e r e Aufgabe, befestigen wir aber unsere Stellungen stärker, kontrollieren wir uns nicht ein- und nicht zweimal, sondern vielmals durch die praktische Erfahrung. Schritt um Schritt, Spanne um Spanne, — anders als auf diese Weise kann eine solche „Armee", wie die unsere auf einem so schwierigen Wege, unter solch schweren Umständen, inmitten solcher Gefahren jetzt nicht vorwärtskommen. Dem diese Arbeit „langweilig", „nicht interessant", „unverständlich" ist, der die Stirn runzelt oder in panische Angst verfällt, oder sich mit Deklamationen über den Mangel an der „früheren Begeisterung", am „früheren Enthusiasmus" usw. betäubt, den ist es besser, "von der Arbeit zu befreien" und ins Archiv zu setzen, damit er keinen Schaden bringe, da er die Eigenartigkeit der gegenwärtigen Entwicklungsstufe, der gegenwärtigen Etappe des Kampfes nicht bedenken will oder kann.

In einer riesigen Verwüstung des Landes, mit erschöpften Kräften des Proletariats, durch eine Reihe von übermenschlichen Kraftanstrengungen, treten wir an das Schwierigste heran: an das Schaffen einer G r u n d l a g e e i n e r w a h r e n s o z i a l i s t i s c h e n O e k o n o m i k, an die Orgnisierung eines richtigen Warenaustausches, besser gesagt: Produktenaustausches, zwischen der Industrie und der Landwirtschaft. Der Feind ist noch bedeutend stärker als wir; der anarchistische, der individualistische Warenaustausch, der Warenaustausch der Hamsterer, führt auf Schritt und Tritt zu Mißerfolgen unserer Arbeit. Wir sehen die Schwierigkeiten klar und werden sie systematisch und beharrlich überwinden. Mehr Initiative und Selbsttätigkeit dem Lande, mehr Kräfte für das Land und mehr Aufmerksamkeit seiner praktischen Erfahrung. Die Arbeiterklasse kann ihre Wunden nur in dem Maße heilen, ihre proletarischen „Klassenkräfte" nur in dem Grade wiederherstellen, das Vertrauen der Bauernschaft der proletarischen Führung gegenüber kann sich nur i n d e m M a ß e stärken, in dem die Wiederherstellung der Industrie und die Schaffung eines regelmäßigen, sowohl den Bauern als den Arbeitern vorteilhaften, staatlichen Warenaustausches tatsächliche Erfolge erzielt. Im Ausmaße dieser Erfolge werden uns auch neue Kräfte zuströmen, vielleicht nicht so schnell, als es jeder von uns möchte, aber sie werden es.

An die langsamere und vorsichtige, an die geduldsame und beharrliche Arbeit!

Valuta und Klassenkampf.

Von Ernst Sucher.

(Schluß.)

V.

Erst nach Beendigung des Krieges, nach Aufhebung der Militärzensur, war eine öffentliche Diskussion des Valutaproblems möglich. Und es lässt sich von jetzt ab immerhin doch ein gewisser Fortschritt erkennen. Aus dem Chor der ganz oberflächlichen Schwätzer, die auch jetzt noch das Gerede von Angebot und Nachfrage, von aktiver und passiver Handelsbilanz bis zum Ueberdruss wiederholen, heben sich allmählich doch einige Stimmen heraus, die etwas tiefer gehen.

Zu den treuesten Verfechtern des bürgerlichen Dogmas, dass die Valuta lediglich eine Frage von Angebot und Nachfrage sei, dass folglich die Arbeiter gar nichts besseres tun könnten, als viel arbeiten und wenig verbrauchen, gehört bezeichnenderweise die Gewerkschaftspresse. Da hat z. B. die „Holzarbeiterzeitung" am 25. Oktober 1919 einen Artikel über die Valuta veröffentlicht, woraus die folgenden Sätze verdienen, der Nachwelt erhalten zu bleiben:

> „Eine Besserung der Valuta lässt sich . . . nur dadurch herbeiführen, dass wir unser wirtschaftliches Leben wieder auf eine gesunde Basis stellen. Wir müssen durch ernste fleissige Arbeit möglichst viel Werte schaffen, damit wir sie ans Ausland liefern und gegen Waren, die wir gebrauchen, eintauschen. Je mehr Gebrauchswerte wir für unseren eigenen Gebrauch und für den Austausch herstellen, desto eher wird unsere Valuta steigen. Ferner müssen wir äusserste Sparsamkeit walten lassen — auch in unserem Staatsleben — und die Ausgabe neuer Banknoten einschränken. Auch darin müssen wir Sparsamkeit üben, dass wir nach Möglichkeit auf Auslandswaren verzichten, die wir nicht unbedingt zum Lebensunterhalt nötig haben. Es wird uns, wenn wir wirtschaftlich gesund werden wollen, nichts anderes übrig bleiben, als dass wir allesamt unsere beschränkte Lebensweise vorläufig beibehalten. Wenn wir, wie es Tatsache ist, täglich in Deutschland für rund drei Millionen Mark ausländischen Kaffee verzehren, wenn der Verbrauch von Kakao, Schokolade, Zigarren usw. ganz unheimlich zu nimmt, so ist das eine Verschwendung, die nicht scharf genug verurteilt werden kann."

Da muss ja jedem Kapitalisten das Herz im Leibe lachen, wenn er sieht, wie hier den Arbeitern von ihrer eigenen Gewerkschaft — deren Zweck, so hörten wir einst sagen, die Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter sei — gepredigt wird, den Schmachtriemen enger zu ziehen; natürlich im „allgemeinen" Interesse. Es ist das alte Entsagungslied, das Eia popeia vom Vaterland, das über den Parteien und über den Klassen steht. Und damit nur ja kein Zweifel bleibt, fügt die „Holzarbeiterzeitung" noch hinzu:

„So wie die Sache heute liegt, erscheint unser deutsches Volk dem Auslande als ein Volk, das sich in inneren Zwistigkeiten selbst zugrunde richtet, und dessen Papiergeld deshalb immer weiter sinkt. Das muss anders werden, wenn nicht das Elend unserer Valuta noch verschlimmert werden und unser wirtschaftliches Leben nicht schliesslich völlig zusammenbrechen soll."

Wie heisst das in gewöhnliches Deutsch übersetzt? Das heisst: Arbeiter, unterlasst endlich einmal die politischen Zänkereien, ärgert die Kapitalisten nicht und stört sie nicht durch Betriebsversammlungen, Streiks usw. in der Produktion; erkennt, dass euer Interesse ganz genau dasselbe ist, wie das der Kapitalisten, nämlich dass ihr arbeiten, arbeiten, arbeiten müsst so viel und so lange wie nur irgend möglich. Womit denn die „Holzarbeiterzeitung" ihren Charakter als wirtschaftsfriedliches Organ, was man ehedem „gelb" zu nennen pflegte, vollständig enthüllt hat.

Genau auf der gleichen Linie mit der „Holzarbeiterzeitung" in Sachen währungspolitischer Einsicht steht Erzberger, der bekanntlich – ebenso wie sein Nachfolger und Parteigenosse Wirth — von der „Freiheit" heute noch ob seiner finanzpolitischen Grosstaten bewundert wird. Seine Denkschrift „Zur Valutafrage", die er am 27. September 1919 der Nationalversammlung überreichte,*) ist so ein oberflächliches Machwerk, dass es schade um die Zeit ist, sie zu lesen. Es ist das herkömmliche Geschwätz von Regelung der Einfuhr und Ausfuhr, Wiederherstellung der Zollgrenze im Westen (das berühmte „Loch im Westen" sollte ja damals an allem und noch etwas schuld sein), internationalen Anleihen, Vertrauen des Auslandes usw. usw. Natürlich fehlte auch nicht die Mahnung zu „geregelten innerpolitischen Verhältnissen und anhaltender Arbeit".

VI.

Im Jahre 1920 erschien eine Broschüre des Münchener Professors Walther Lotz über das Papiergeld.**) Sie vertritt den Standpunkt, der an den deutschen Universitäten heute der allgemein vorherrschende sein dürfte, d. h. Vulgärökonomie, aber nicht von der ganz glatten Sorte, sondern von jener etwas besseren Art, die sich wenigstens bemüht, die an der Oberfläche sichtbaren Tatsachen richtig festzustellen und Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Schon allein dadurch gelingt es dieser Richtung, einen recht erheblichen Schritt über das seichte Geschwätz eines Erzberger und seiner amtlichen Stellen hinaus zu kommen.

Der Gedankengang des Professors Lotz ist der folgende: Als oberste Richtschnur für den Wert des Geldes gelten ihm — wie bei einem Vulgärökonom selbstverständlich — Angebot und Nachfrage. Diese trugen in normalen Friedenszeiten in sich selbst das Heilmittel gegen zu weites Ausweichen nach oben oder nach unten. Im Frieden kosteten z. B. 100 Schweizer Franken 81 Mark. Wenn nun infolge grosser deutscher Einkäufe mehr und mehr Schweizer Wertpapiere verlangt wurden und dadurch deren Preis mehr und mehr stieg, so erreichte er bald eine Höhe, bei der die deutschen Kaufleute einfach aufhörten, Schweizer Banknoten oder Wechsel zu kaufen; denn sie kamen nunmehr billiger davon, wenn sie ihre Schuld in barem Golde

---

*) Nationalversammlung 1919. Drucks. Nr. 1067.

**) Das Papiergeld, unter besonderer Berücksichtigung der heutigen deutschen Valutafrage. Drei gemeinverständliche Vorträge von Prof. Dr. Walther Lotz, Berlin, Simion. 1920.

entrichteten. Sie schickten also deutsche Goldstücke (oder auch Schweizer Goldmünzen) nach der Schweiz, und der Preis der Schweizer Wechsel und Banknoten musste sinken. Mit Beginn des Krieges hörte dieses Korrektiv auf, denn nun durfte aus Deutschland kein Gold mehr exportiert werden. Da zugleich die deutsche Warenausfuhr fast völlig stockte, indes Deutschland die Einfuhr so weit wie nur irgend möglich aufrecht zu erhalten suchte, so wuchs die Nachfrage nach Schweizer Zahlungsmitteln, indes das Gegengewicht des Goldexports wegfiel. Folglich musste der Preis der Schweizer Zahlungsmittel ins Ungemessene steigen, der der Deutschen entsprechend fallen.

Wie man sieht, ist dies an sich nichts weiter als die typische Lehre der Vulgärökonomie. Aber es wird doch immerhin ein Ausweg aus dem Kreise gesucht, eine Ursache, die nicht in dem Spiel von Angebot und Nachfrage selbst liegt. Lotz meint, sie in der Ausschaltung des Goldexports gefunden zu haben. Nun aber steht das Festhalten des Goldes in der Reichsbank, das Herausziehen des Goldes aus dem Zahlungsverkehr, in innigstem Zusammenhang mit der Vermehrung des Papiergeldes, der sogenannten Inflation. Je mehr man das Gold festhielt, desto mehr musste man Papiergeld ausgeben. Und so kommt Lotz dazu, in der ungeheuren Vermehrung des Papiergeldes die eigentliche Ursache der Valutaverschlechterung zu erblicken. Damit gelangt er an einen Punkt, den andere tiefer denkende bürgerliche Nationalökonomen auf anderen Wegen ebenfalls erreicht haben.

Der bekannte Statistiker R. Kuczynski stellt in einer ebenfalls im vorigen Jahre erschienenen Broschüre*) den Satz auf: „Die Wurzel unserer Valutanot ist unsere Finanznot." Er bezeichnet die Finanzpolitik des Deutschen Reiches während des Krieges und bis auf den heutigen Tag als leichtsinnig, weil sie sich davor scheute, durch hohe Steuern den Besitz energisch anzupacken, und statt dessen die wachsenden Bedürfnisse durch immer neue Schulden zu decken suchte. Auf diese Weise haben die Schulden des Reichs die schwindelnde Höhe erreicht, über die wir heute klagen. Und dies — zumal immer noch in derselben Weise weiter gewirtschaftet wird — sei die Ursache des Tiefstandes der deutschen Valuta. Kuczynski meint:

„Wenn man heute einem Ausländer sagen würde, die deutsche Valuta sinkt, weil die Reichsschulden steigen, so würde er antworten: „Ich kann Ihnen eine noch grössere Neuigkeit mitteilen: zweimal zwei ist vier."

Als so selbstverständlich und intim bezeichnet Kuczynski den Zusamenhang zwischen den elenden Finanzen des Reichs und der Valuta. Auf der anderen Seite liegt der Zusammenhang dieser Finanzwirtschaft mit der Inflation ganz offen zutage: weil die Ausgaben des Reichs täglich wachsen und die Steuern weit hinter ihnen zurückbleiben, weil man zugleich eigentliche Anleihen, wie während des Krieges, nicht mehr auszuschreiben wagt, und solche auch nur wenig einbringen würden, deshalb hilft sich die Regierung mit der Ausgabe von stets wachsenden Mengen Papiergeld. Die Zunahme der Reichsschulden besteht heute fast ausschliesslich in der Zunahme des ausgegebenen Papiergeldes, deren Betrag das Reich schuldig bleibt. Und so kommt auch Kuczynski zu dem Schluss:

„Steigen wird unsere Valuta erst wieder, wenn wir unsere öffentlichen Finanzen saniert haben, und wenn wir durch eine grosse Steuerreform die

*) Schulden, Steuern und Valuta. Von R. Kuczynski. Berlin, H. R. Engelmann, 1920.

Inflation beseitigt und die öffentlichen Einnahmen den öffentlichen Ausgaben angepasst haben."

Wie man sieht, darf Kuczynski keinesfalls mit der Vulgärökonomie auf eine Stufe gestellt werden. Denn er begnügt sich nicht damit, die an der Oberfläche sichtbaren Symptome der Krankheit — im günstigsten Falle richtig — zusamenzustellen; er glaubt nicht, in ihnen bereits die Ursache erkannt zu haben, und will auch nicht an den Symptomen herumkurieren. Sondern er gräbt bedeutend tiefer. Dennoch bleibt er durchaus bürgerlicher Nationalökonom; er sucht die Ursache des Uebels in Fehlern, die von der Regierung gemacht seien, in der Unzulänglichkeit der verantwortlichen Personen. Es ist ihm nicht gegeben zu sehen, wie die sachliche Entwicklung der Dinge notwendig zu diesen Resultaten führen musste und wie infolgedessen ein blosser Wechsel der leitenden Persönlichkeiten nichts helfen kann.

Auf der gleichen Höhe mit Kuczynski steht Alfred Lansburgh, der Herausgeber der Finanzzeitschrift „Bank". Ja, es gelingt ihm sogar, noch einen Schritt weiter zu kommen. In einer ausführlichen Erörterung*) legt er dar, dass — entgegen dem üblichen Gerede — die Teuerung keine Folge der niedrigen Valuta sei, sondern Teuerung im Inlande und Valutasturz seien zwei Seiten derselben Sache und hätten gemeinsamen Ursprung in der Inflation. Durch die Ausgabe des vielen Papiergeldes sei die Masse der im Lande vorhandenen Kaufkraft vermehrt, ohne dass dem genügend Waren gegenüber ständen. Das sei die Ursache der Preissteigerung. Steigerung der Warenpreise bedeutet Entwertung des Geldes, so dass das deutsche Geld in einem nach dem Grade der Inflation sich richtenden entwerteten Zustande dem ausländischen Geld gegenüber trete. — Wir werden sehen, wie die Darlegungen Lansburghs und Kuczynskis viel dazu beitragen, die richtige Lösung des Problems zu finden.

VII.

Es versteht sich von selbst, dass die oberflächlichen Anschauungen eines Erzberger oder der „Holzarbeiterzeitung" auch nur ebenso oberflächliche Vorschläge zur Heilung der Valutanot gebären können.

Den ernstzunehmenden bürgerlichen Nationalökonomen, den Lotz, Kuczynski, Lansburgh, kommt es dagegen einzig und allein auf die Gesundung der Finanzen des Reichs an. Wie wir sahen, bestehen unter ihnen noch zwei Richtungen. Kuczynski hält die furchtbare Verschuldung des Reichs für die vornehmlichste Ursache der Valutanot, Lansburg und Lotz legen das Hauptgewicht auf die übermässige Ausgabe von Papiergeld. In gewissem Sinne herrscht zwischen ihnen sogar Widerspruch. Denn eines der wichtigsten Mittel zur Verminderung des Papiergeldes wäre die Aufnahme neuer Anleihen. Das würde zwar tatsächlich die Schuldenlast nicht vermehren, da das Reich auch die unter dem Namen von Papiergeld umlaufenden Beträge schuldig ist.**) Aber es würden diejenigen Summen wachsen, die nach aussen hin für jedermann kenntlich als Schulden auftreten. Man kann also der Meinung sein, dass die von Lansburgh vorgeschlagene Methode der von Kuczynski gewünschten widerspricht. Es lohnt indes, beide kurz zu prüfen.

---

*) „Bank", Okt. 1919. Dazu viele frühere Artikel über die Inflation.

**) Zumal die Banknoten nicht von der Regierung, sondern von der Reichsbank ausgegeben und der Regierung gegen Schuldscheine geliehen werden.

Kuczynski will, dass das Reich weiter keine Schulden aufnimmt, und nach Möglichkeit sogar die jetzigen Schulden abzahlt. Die Mittel dazu sollen durch Steuern aufgebracht werden. „Durch eine grosse Steuerreform" sollen „die öffentlichen Einnahmen den öffentlichen Ausgaben angepasst werden". Kuczynski gehört zu den Männern, die vom ersten Kriegstage an unter Einsetzung ihrer Persönlichkeit die Art und Weise bekämpft haben, wie in Deutschland der Krieg finanziert wurde. Nicht Anleihen, sondern kräftige Steuern auf Besitz und Vermögen, das war seine Forderung seit nunmehr sieben Jahren. Und doch erlauben wir uns zu bezweifeln, ob er selbst, sei es als Finanzminister, sei es als Präsident der Reichsbank, seine eigenen Forderungen hätte verwirklichen können. An den Platz jener Leute gestellt, die er so energisch kritisiert, wäre er wahrscheinlich sehr schnell zurückgetreten, weil er gemerkt hätte, dass sich das, was er für richtig hielt, nicht durchführen liess. Selbst angenommen, es wären hohe Steuern auf Besitz und Vermögen beschlossen worden — was schon sehr zweifelhaft ist —, so gibt es doch tausenderlei Wege der Steuerhinterziehung. Und im Kriege hatte der Staat weniger als je Zeit und Kräfte, um solchen Hinterziehungen nachzugehen. Es ist ihm das ja nicht einmal im Frieden gelungen. Man denke an die Enthüllungen Delbrücks über die Steuerhinterziehungen der Agrarier im Jahre 1911. Das unfehlbare Resultat solcher Finanzpolitik wäre gewesen, dass der Staat das für den kapitalistischen Krieg nötige Geld von den Kapitalisten nicht bekommen hätte. Nein, da hatte die Richtung Helfferich schon die bessere Witterung. Sie wusste, dass es vor allem darauf ankam, die Kapitalisten bei guter Laune zu halten, und das geschah am besten durch Anleihen mit guten Zinsen.

Aber das ist ja nun vorbei. Betrachten wir die heutige Lage. Ist es heute überhaupt denkbar, die alljährlichen Ausgaben des Reichs durch Steuern zu decken?

Nach dem Voranschlag für 1920 brauchte das Reich:

im ordentlichen Haushalt	rund	39.9	Milliarden M.
im ausserordentlichen Haushalt	„	52.6	„ „
zur Deckung des Defizits von Post u. Eisenbahnen	„	17.2	„ „
insgesamt	rund	109.7	Milliarden M.

Hierunter waren nicht weniger als 51.3 Milliarden, von denen man selbst bei Aufstellung des Voranschlags nicht wusste, woher die Mittel zu ihrer Deckung nehmen! Aus Steuern und Zöllen hatte man nicht mehr als rund 40 Miliarden erwartet.*)

Nun wird von Kuczynski und anderen wohlmeinenden bürgerlichen Professoren — z. B. kürzlich in der „Freiheit" von Professor Lederer — die Forderung aufgestellt, das Reich solle „in die Substanz des Vermögens" eingreifen und durch eine hohe Vermögensabgabe die nötigen Gelder von den Besitzenden erheben. Dieselbe Forderung bildet das Haupt- und Glanzstück im Finanzprogramm der Rechtssozialisten und Unabhängigen. Aber das beruht auf einer optischen Täuschung. Selbst abgesehen von den kapitalistischen Widerständen, die sich auch hiergegen sofort im Reichstag und bei der Einziehung der Steuer geltend machen würden und von einem solchen Gesetz nicht viel mehr als den Namen übrig liessen — worin besteht denn „die

*) Bei der Abrechnung waren in Wirklichkeit 6 Milliarden mehr eingekommen. Hauptsächlich deshalb, weil beim „Reichsnotopfer" die sonst stark entwerteten Kriegsanleihen in Zahlung gegeben werden durften.

Substanz des Vermögens"? Vermögen ist in der kapitalistischen Gesellschaft nichts weiter als ein Anspruch auf arbeitsloses Einkommen. Um ein einfaches Beispiel anzuführen: wenn ein Mann ein Haus besitzt, das ihm an Miete alljährlich 5000 Mark einbringt, so sagen wir, er besitzt 100 000 Mark Vermögen. Das gleiche gilt, wenn sein Vermögen aus Wertpapieren, aus einer Fabrik usw. besteht. Die Höhe des Vermögens richtet sich nach der Höhe des arbeitslosen Einkommens, das er daraus zieht. Bringt das Haus jährlich nur 4000 Mark, so beläuft sich das Vermögen nur auf 80 000 Mark usw. Natürlich kann solch Anspruch an das Reich abgetreten werden. Der Mann kann das ganze Haus abtreten oder er kann das Reich zum Mitbesitzer machen. Aber immer bekommt das Reich nichts anderes als die 5000 Mark oder einen Teil davon, d. h. es wird nichts aus der „Substanz des Vermögens" bezahlt, sondern aus den laufenden Einkünften. Hinsichtlich der Quelle, aus der Steuern und Abgaben letzten Endes stammen, gibt es zwischen ihnen keinen Unterschied: ob direkte Steuern oder indirekte, ob Abgaben vom Einkommen, vom Vermögen, vom Zucker oder wovon sonst, immer werden sie letzten Endes bezahlt aus den laufenden Einkünften der Nation.*)

Also darüber muss man sich klar sein: wer die öffentlichen Einnahmen so hoch treiben will, dass sie ohne neue Schulden die Ausgaben decken, oder gar so hoch, dass sie noch hinreichen, um alte Schulden abzuzahlen, der muss immer wieder auf das laufende Einkommen der Nation zurückgreifen.

Wie hoch ist denn aber dieses Einkommen insgesamt? Darüber existieren mehrere Berechnungen. Für uns genügt es, dass vor zwei Jahren, im Sommer 1919, das Statistische Reichsamt das gesamte Einkommen aller Deutschen auf nicht mehr als 52 Milliarden Mark geschätzt hat,**) während Herr Dr. Kuczynski selbst um die gleiche Zeit sogar nur 45—50 Milliarden errechnete.***) Wir wollen uns nun gar nicht in eine lange Erörterung darüber einlassen, ob und um wieviel dieses Einkommen seither infolge des gesunkenen Geldwerts höher zu berechnen sei. Wir wollen ruhig die zweifellos übertriebene Annahme gelten lassen, es sei 1920 dreimal so hoch gewesen wie 1919, also 150—160 Milliarden. Die Ausgaben betrugen rund 110 Milliarden. Um die durch Steuern allein zu decken, müsste man folglich jedem, aber auch jedem einzelnen Deutschen zwei Drittel von seinem Jahreseinkommen wegnehmen! Jeder mag sich selbst fragen, ob das im Bereich der Möglichkeit liegt. (Die Idee, man solle eben von den grösseren Einkommen mehr, etwa die Hälfte und drei Viertel wegnehmen, von den kleineren entsprechend weniger, entpuppt sich als eine Ausflucht, die nicht helfen kann. Denn durch die Verteilung der Steuer wird die gesamte zur Verfügung stehende Summe nicht größer. Abgesehen davon, daß eine besondere Belastung des Besitzes im kapitalistischen Staat nicht durchführbar ist.)

Eine Abtragung der Reichsschuld ist auf diesem Wege also unmöglich. Und wenn der Tiefstand der Valuta durch die Höhe der Reichsschuld bestimmt wird, dann muss man — streng nach Kuczynskis Gedankengängen — auf ihre Hebung endgültig verzichten.

---

*) Der aufmerksame Leser wird verstehen, daß hiermit nicht etwa die Unterschiede geleugnet werden, die zwischen den verschiedenen Steuern tatsächlich bestehen. Es macht natürlich viel aus, ob eine Steuer nur auf den Arbeitslohn gelegt wird, oder ob sie so eingerichtet ist, dass auch der Kapitalprofit mit bluten muss.

**) Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes, 1919, S. 36.

***) Kuczynski, Unsere Finanzen, Okt. 1919, S. 3.

Etwas anders liegt die Frage für diejenigen, die, wie Lotz und Lansburgh, die Hauptursache der schlechten Valuta in der Inflation (übermässigen Ausgabe von Papiergeld) sehen. Es sei zunächst nochmal betont, dass insbesondere Lansburgh einen wichtigen Fortschritt macht. Während die übliche Dutzendauffassung, die sich ganz an den oberflächlichen Schein hält, dahin geht, dass die Teuerung im Inlande eine Folge des Tiefstandes der Valuta sei, meint Lansburgh gerade umgekehrt, die Inflation habe im Inlande des Geld entwertet, dadurch alle Preise in die Höhe getrieben, und eine Folge hiervon sei die entsprechend schlechte Bewertung der deutschen Mark im Auslande. Man erkennt, wie ungeheuer wichtig dieser Unterschied für die praktische Lösung der Aufgabe ist. Alle Börsenmanöver, „Stützungskäufe" und dergleichen Mätzchen sind als Heilmittel der Valuta hiernach zu verwerfen. Gerade umgekehrt muss das Problem angepackt werden, nämlich bei der Teuerung im Inlande. Wer die Valuta bessern will, muss dafür sorgen, dass zunächst im Inlande die Preise sinken — das ergibt sich mit logischer Konsequenz aus den Anschauungen von Lotz und Lansburgh.

Nun aber ist die Teuerung ihrerseits — im Rahmen dieser Anschauung — verschuldet durch die Inflation. Folglich wäre hier der Hebel anzusetzen: dafür sorgen, dass die ungeheure Masse umlaufenden Papiergeldes eingeschränkt wird und allmählich ganz verschwindet, das wäre hiernach das Programm, dessen Durchführung zugleich die Valutanot und die Teuerung beseitigen müsste.

Was für praktische Massnahmen wären dazu nötig? Das allermindeste wäre offenbar, dass keine neuen Papierzettel mehr ausgegeben werden. Ausserdem müssten die vorhandenen wenigstens zum Teil eingezogen und vernichtet werden. Jedoch, beiden Massnahmen stellen sich in der Praxis unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Weshalb gibt denn der Staat Papiergeld aus? Doch nur deshalb, weil er zur Deckung seiner eigenen Verbindlichkeiten, Zahlung von Gehältern, Löhnen, Rechnungen, Zinsen usw., kein anderes Geld hat. Wir sahen soeben, dass trotz der günstigen Steuererträge für das Rechnungsjahr 1920 mehr als 50 Milliarden Mark im Staatshaushalt fehlen. Will man die nicht durch Papierzettel decken, dann muss man eben die Steuern um so viel erhöhen. Und das ist denn schliesslich auch der einzige greifbare Vorschlag, den Lotz (S. 41 seiner Broschüre) zu machen weiss. Wir haben aber schon gesehen, dass das eine Utopie ist. Und damit haben wir die einfache Erklärung für die Tatsache, dass trotz allen Scheltens über die Schädlichkeit der Inflation die Masse des Papiergeldes ununterbrochen in einem schier wahnsinnig anmutenden Ausmaße wächst.

Dagegen hilft natürlich nicht die einfache Empfehlung, statt Papiergeld lieber Steuern anzuwenden. — Aus dem gleichen Grunde ist auch an keine wirksame Einziehung des vorhandenen Papiergeldes zu denken. Der Staat müsste doch die Massen Geld, die er etwa den Privatleuten wegnimmt und verbrennt, ersetzen. Und da er kein anderes Geld hat, könnte das wieder nur in Papiergeld geschehen. Wozu also dann erst die Mühe!

Nun bleibt noch ein Vorschlag übrig, der insbesondere von Lansburgh vertreten wird und den man „Devalvation" nennt. Er bedeutet: das umlaufende Papiergeld kann ruhig im Umlauf bleiben, aber es wird gesetzlich auf denjenigen Wert herabgesetzt, den es tatsächlich nur noch hat. Also z. B. kann man für eine Papiermark heute nur etwa ein Zwölftel soviel kaufen wie 1914 für eine Goldmark. Oder suchen wir uns — um bequemere Rechnung zu haben — den Tag aus, wo man gerade ein Zehntel soviel bekam. An

jenem Tage hätte ein Gesetz erlassen werden müssen, laut dessen von jetzt ab jeder Papierschein nur den zehnten Teil des aufgedruckten Wertes habe. Ein Tausendmarkschein gilt nur noch 100 Mark, ein Markschein nur zehn Pfennige usw. und wird nur zu diesem Wert an den öffentlichen Kassen wie auch in Handel und Verkehr angenommen. Dann würde — so ist wohl die Meinung Lansburghs — die Inflation auf einen Schlag und ohne die geringste Mühe auf den zehnten Teil ihres bisherigen Umfangs verringert sein. Alle Preise würden auf ein Zehntel sinken, die Valuta entsprechend steigen.

Allerdings wird die Devalvation von ihren Verteidigern nicht in dieser nackten Form vorgetragen, sondern gewöhnlich in sehr langen und gewundenen Ausführungen, die äusserst schwer verständlich sind. Wir haben uns bemüht, den Kern ganz klar herauszuschälen, und meinen nun freilich, trotzdem unter den Vertretern durchaus ernst zu nehmende Persönlichkeiten — wie z. B. gerade Lansburgh — sich befinden, es ist schwer, den Vorschlag ernst zu nehmen und keine Satire darüber zu schreiben. Wie kann man sich einbilden, durch eine solche blosse Namensänderung der Papierzettel irgendetwas am Stand der Dinge zu ändern! Gesetzt selbst — aber noch lange nicht zugegeben — den Fall, dass alle Preise und Löhne sich dem neuen Nennwert sofort anpassen würden, so müsste dann der Arbeiter z. B. für ein Vierpfundbrot nach wie vor fünf einzelne Markscheine geben, und es kann ihm Jacke wie Hose sein, ob diese Scheine sich jetzt 50 Pfennig nennen, sofern er nicht etwa entsprechend mehr von ihnen bekäme. Davon aber ist ja keine Rede. Und das wäre noch der günstigste Fall. In Wahrheit lehrt die Geschichte früherer Revolutionen — z. B. die französischen Assignaten, die österreichisiche Devalvation im Jahre 1911 und andere —, dass die Ausgleichung der Einkommen an solche Geldänderungen sich für die verschiedenen Volksschichten höchst ungleichmässig vollzieht und furchtbare Katastrophen herbeizuführen pflegt.

Alle diese Vorschläge und Lösungsversuche zeigen, dass die bürgerliche Nationalökonomie absolut keinen Ausweg weiss. Sie hat offenbar weder das Problem der Valuta noch das der Inflation überhaupt verstanden. Wir müssen beide auf dem Wege der sozialistischen Nationalökonomie zu ergründen suchen.

VIII.

Die sozialistische Nationalökonomie geht von dem Satz aus, dass aller vorhandene Wert — also auch der Wert des Geldes — nichts anderes ist als Arbeit, gesellschaftlich notwendige Arbeit.*) Jede Ware also ist so viel wert, wie gesellschaftlich notwendige Arbeit in ihr steckt. Die Preise jedoch, welche im alltäglichen Handel für die einzelne Ware bezahlt werden, unterliegen ausserdem dem Einfluss der Durchschnittsprofitrate. Was das bedeutet, kann man sich etwa folgendermassen klar machen: Wenn man die Werte sämtlicher vorhandenen Waren zusammenrechnet, kommt irgendeine Summe heraus. Von diesem Gesamtwert kriegt die Arbeiterklasse (als Ganzes genommen) nur einen Teil, der Rest geht als Profit

*) Selbstverständlich verlangen wir nicht, daß uns irgend jemand diesen Satz auf unsere bloße Behauptung hin glauben soll. Aber hier ist nicht die Zeit und der Ort, ihn zu beweisen. Wer den Beweis verlangt, der vertiefe sich in Marx' „Kapital", dort wird er ihn ausführlich und unwiderleglich finden. Hier setzen wir diesen Satz und seinen Beweis als feststehende Tatsache voraus.

an die Kapitalisten; dieser Rest verteilt sich jedoch, vermöge der kapitalistischen Konkurrenz, so, dass auf jeden Kapitalisten gleich viel kommt, im Verhältnis zur Grösse seines Kapitals; auf je 100 Mark Kapital kommt der gleiche Profit, ganz gleichgültig, in welcher Branche oder auf welche Art (Produktion, Handel, Bank usw.) das einzelne Kapital mitwirkt. Die Konkurrenz bildet also einen gleichmässigen Durchschnittsprofit für sämtliche Kapitale, und der Preis der einzelnen Ware entsteht, indem die Produktionskosten gerechnet und darauf der Durchschnittsprofit aufgeschlagen wird. Hiermit ist für jede einzelne Ware der mittlere Preis gegeben, um den herum sie nun vermöge des Einflusses von Angebot und Nachfrage schwankt. Der Sachverhalt ist also gerade umgekehrt, als ihn die Vulgärökonomie auffasst. Diese wähnt, das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot bestimme den Preis. In Wirklichkeit bestimmt der Preis den Mittelpunkt und die sehr engen Grenzen, innerhalb deren das Spiel von Angebot und Nachfrage vor sich gehen kann.*)

Dieses allgemeine Gesetz gilt, genau wie für alle anderen Waren, auch für das Geld. Denn Geld ist — wie man wiederum bei Marx sehr genau bewiesen findet — eine Ware, der im Verkehr der anderen Waren bestimmte Funktionen beigelegt worden sind. Hiermit ist bereits klar, warum in normalen Zeiten der Preis verschiedener Geldsorten niemals weit von einem bestimmten Mittelpunkt abgewichen ist. Der Mittelpunkt war gegeben durch den Goldgehalt, d. h. durch die Produktionskosten des Goldes plus Durchschnittsprofit. Wenn im Freiden 100 deutsche Mark gleichwertig waren mit 59,26 holländischen Gulden, so lag das daran, dass beide den gleichen Goldgehalt hatten. Rechnet man zusammen die Produktionskosten des Goldes (in gesellschaftlich notwendiger Arbeit) und den Durchschnittsprofit, je nach den Rechnungssystemen der beiden Länder, so kamen auf der einen Seite 100 Mark, auf der anderen 59,26 Gulden heraus. Damit war der Mittelpunkt gegeben, um den herum der Preis, folgend dem dem Einfluss von Angebot und Nachfrage, schwanken konnte.

Bekanntlich wurde auch vor dem Kriege schon das Goldgeld häufig durch Papierscheine ersetzt. Das waren Anweisungen auf Gold, die an sich gar nichts wert waren. Sondern sie wurden in Zahlung gegeben und genommen nach dem Wert des Goldes, das sie vertraten und in das sie tatsächlich auch jeden Augenblick umgewechselt werden konnten. Dies ist für Papiergeld wesentlich: es hat keinen eigenen Wert — denn der geringe Wert des bedruckten Papiers fällt natürlich nicht ins Gewicht — sondern wie der Mond nur das Licht widerstrahlt, das ihm die Sonne gegeben, so kann auch das Papiergeld immer nur den Wert der Waren widerspiegeln, die es vertritt. Mit anderen Worten: während jede andere Ware ihren eigenen Wert hat — nämlich die Kosten ihrer eigenen Produktion plus dem darauf entfallenden Durchschnittsprofit — stellt das Papiergeld nur eine Anweisung auf andere Waren dar und hat genau so viel Wert wie diese anderen Waren, die es anweist und in die es umgetauscht werden kann. Im Frieden bekam man auch für einen papierenen Hundertmarkschein goldene 59,26 Hollandsgulden, weil der papierene Schein eine Anweisung auf fünf goldene Zwanzigmarkstücke war und deshalb auch deren Wert widergab.

---

*) Wer sich ausführlicher unterrichten will, ohne sich doch sofort an Marx selbst heranzutrauen, der lese „Die volkswirtschaftlichen Grundbegriffe nach der Lehre von Karl Marx", von Julian Borchardt, Berlin, 1920, Buchverlag Rätebund.

Hiermit ist das ganze Rätsel bereits gelöst. Auch heute ist das Papiergeld weiter nichts als Anweisung auf andere Waren. Aber nicht auf Gold. Denn seit Kriegsausbruch ist das Gold verschwunden. Folglich kann es auch keinen Goldwert mehr haben. Sondern was vertritt es jetzt, worauf ist es jetzt eine Anweisung? Selbstverständlich auf die sonstigen Waren, die man dafür kaufen kann. Gold kann man heute dafür nicht kaufen (bis auf verschwindende Ausnahmen), aber man kann kaufen Brot, Milch, Kartoffeln, Schuhe, Kleider usw. Folglich spiegelt das Papiergeld den Wert dieser Waren wider: der Hundertmarkschein ist — genau wie vor dem Kriege — so viel wert wie die Waren, die man dafür kaufen kann. Und das ist eben jetzt viel weniger als damals.

So sind wir, soweit die Valuta in Frage kommt, durch einfaches, logisches Fortschreiten von der Marxschen Wertlehre aus zu demselben Resultat gekommen wie Lansburgh: nicht, weil die Valuta tief steht, sind die Waren teurer, sondern weil die Waren teuer sind, steht die Valuta tief. Denn das bedarf ja wohl keiner weiteren Ausführung, dass die Ausländer selbstverständlich ein deutsches Papiergeld, wofür man nur den zehnten bis zwölften Teil der Waren bekommt wie ehedem, auch nicht höher bewerten werden. Rechnet man dazu die Aenderungen, die der Geldwert im Auslande durchgemacht hat (was im einzelnen Fall allerdings sehr kompliziert sein dürfte), und dazu noch endlich die Schwankungen von Angebot und Nachfrage, so wird sich der tatsächliche Stand der Valuta ergeben.

Aber darum sind wir doch weit entfernt von einer völligen oder auch nur wesentlichen Uebereinstimmung mit Lansburgh. Denn nun kommt ja noch die entscheidende Frage, woher denn die Teuerung kommt. Lansburgh antwortet: Von der Inflation, und fällt damit ganz und gar in die Vulgärökonomie zurück. Denn sein Gedankengang ist doch einfach dieser: Weil immer mehr Papiergeld ausgegeben wird, steigt dessen Angebot, damit sinkt sein Preis und entsprechend steigt der Preis der anderen Waren. Also wäre doch wieder Angebot und Nachfrage der alles entscheidende Faktor.

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, auch diese Frage noch im Rahmen der gegenwärtigen Abhandlung zu lösen. Denn ebenso ausführlich, wie wir hier auf die geschichtliche Entwicklung der Valuta seit dem 23. Juli 1914 eingegangen sind, müssten wir die geschichtliche Entwicklung der Preise in demselben Zeitraum verfolgen. Ebenso wie wir hier die Lehre vom Wert und von der Durchschnittsprofitrate darzulegen versuchten, müssten wir die Lehre vom Mehrwert, von der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu Hilfe nehmen. Täten wir das, so würden wir finden: die wahre Ursache ist die sofort mit Kriegsausbruch beginnende, geradezu unheimliche Vergrößerung des Kapitalprofits.

Damit ist dann die Frage entschieden, auf die es uns in erster Reihe ankommt. Valutanot und Teuerung sind allerdings zwei Seiten derselben Sache, zwei Folgen derselben Krankheit. Der Bazillus aber, der Krankheitserreger, heisst Kapitalprofit. Folglich kann die Heilung nicht durch Börsenmanöver, Einziehung von Papiergeld, Devalvation und dergleichen erfolgen, sondern allein durch die Beseitigung des Kapitalprofits, das heisst durch schärfsten Klassenkampf.

Für den Inhalt verantwortl.: Walter Stoecker-Berlin - Druck: Friedrichstadt-Druckerei G.m.b.H.

Die Internationale

ahrg. 3 | 15. Oktober 1921 | Heft 13

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Reformistische Auflösung — revolutionäre Sammlung.

A. Th. „Der letzte Versuch, den Bürgerkrieg zu vermeiden“: so charakterisierte der „Vorwärts“ den Görlitzer Beschluß. Das war gemeint als ein Schreckschuß nach zwei Seiten. Gegenüber den widerstrebenden Arbeitern und Kleinbürgern der eigenen Partei hieß es: Wenn ihr nicht bereit seid, den Kampf gegen die Großbourgeoisie und ihren Stoßtrupp von monarchistischen Offizieren, Junkern und Bürokraten bis zum bitteren Ende auszufechten, müßt ihr mit ihr paktieren. Es war eine pfiffige Spekulation auf die Stimmung vor allem der Kleinbürgerschaft, die bei allem Druck, dem die Großbourgeoisie sie aussetzt, bei allem Murren und Groll gegen sie, immer wieder davor zurückschreckt, ihr ernstlich auf den Leib zu rücken und ihr Schicksal mit dem der Revolution zu verbinden. Eine Spekulation auch auf die Stimmung der Arbeiterschaft, die noch vor der dunklen Ungewißheit der Revolution zurückschreckt. Minder pfiffig, vielmehr echt kleinbürgerliche Dummheit war der Glaube, mit der Vorankündung der großen revolutionären Taten, die man eventuell tun werde, die Großbourgeoisie einschüchtern zu können. Die kennt die „eventuellen“ Löwen des Kleinbürgertums hinreichend, um solche Scherze anders denn scherzhaft zu nehmen. Sie fürchtet sie nicht und sie achtet sie nicht einmal — was auch billigerweise nicht von ihr verlangt werden kann.

Verfehlte, dummschlaue Spekulation. Soweit die Bourgeoisie in Betracht kommt und nur von kurzfristiger Wirkung, soweit es die Arbeiterschaft anbelangt, beleuchtet diese Wendung, ohne es selbst zu wissen, die Situation, vor der die deutsche Arbeiterschaft steht.

Nur zwei Wege sind ihr möglich. Entweder den Weg des treuen Fridolin der Bourgeoisie bis zu Ende gehen, sich die „Wiedergutmachung“ geduldig aufpacken lassen, und zwar so nicht „die Wirtschaft“ wiederaufbauen, aber die Schmarotzerexistenz des Großkapitals weiter fristen — oder die Massen zum Sturm gegen die Gesellschaft sammeln.

Schlägt man den ersten Weg ein, so kommt man mit eiserner Logik von Thyssen und Klöckner zu Stinnes. Warum beim Zentrum oder den

Demokraten Halt machen? Warum mit dem Diener, statt mit dem Herrn zusammengehen? Da hat Wels, der „Fanatiker der Gewaltlosigkeit", wie der Hauptakteur der blutigen Weihnachten 1918 sich in Görlitz nannte, durchaus recht. Etwa von wegen der „Republik"? Aber wenn die Republik sich auf den Boden von Stinnes stellt, so stellt sich Stinnes mit einem Achselzucken auf den „Boden der Republik". Und wie das bayrische und das preußische Beispiel zeigt, wissen Demokraten und Zentrum mit der Orgesch und den anderen Triariern der Konterrevolution sich ebenfalls zu stellen, wenn sie auch vorziehen, zu Zeiten sich unter den Linden nicht zu grüßen.

Die bürgerliche Republik ist der einzige Boden, auf dem heute die große Bourgeoisie sich die direkte Unterwerfung des Kleinbürgertums sichern kann. Die Monarchie oder die Militärdiktatur ist die Form, in der die Großbourgeoisie sich das Kleinbürgertum und das Proletariat gewaltsam unterwirft. Wozu das in dem Augenblick, wo das Kleinbürgertum und die in seinem Gefolge befindlichen Arbeitermassen sich gutwillig der Herrschaft der Bourgeoisie beugen, weil die revolutionäre Aufgabe sie schreckte und weil sie immer noch nicht die Hoffnung verloren haben, zusammen mit der Bourgeoisie die „gute alte Zeit" wiederkehren zu lassen, in der ein Paar Stiefel 10 M. kostete? Wieder einmal blüht das Geschäft des Ausverkaufs, alle Räder surren, und dabei — so ist die Rechnung — wird auch für den Kleinbürger etwas abfallen. Darum „Ruhe und Ordnung" für den Ausverkauf! Ruhe um jeden Preis! Auch um den Preis, daß der Kampf „gegen die Reaktion" eine bloße Farce wird, daß die Großbourgeoisie, auf dem „Boden der Republik", in aller Ruhe die Bastionen der Konterrevolution weiter ausbauen kann.

Es ist klar — und die Geschichte beweist es zudem tausendfach —, daß alle die Ankündigungen von der Ausräucherung der Reaktion sich in blauen Dunst auflösen vor der Notwendigkeit, die Massen gesteigerter Ausplünderung zu unterziehen.

Der zweite Weg, den das Proletariat gehen kann, ist der Weg, der die Kräfte des Proletariats zum Sturm gegen die Bourgeoisie sammelt, der zur proletarischen Diktatur führt, wenn ernst gemacht werden soll mit der „Demokratie", mit dem Niederzwingen der „Reaktion", mit der Auflegung der Lasten der Wiedergutmachung auf die Schultern des Kapitals. Die proletarische Diktatur ist das Gegenstück zur Monarchie oder zur Militärherrschaft: Sie ist die Form, in der das Proletariat mit Teilen des Kleinbürgertums, die Bourgeoisie und ihren junkerlichen, militärischen und bürokratischen Machtapparat gewaltsam niederkämpft und niederhält. Mit derselben eisernen Logik, mit der der Kampf der Bourgeoisie gegen Kleinbürgertum und Arbeiterklasse der Militärdiktatur — mit oder ohne monarchische Dekoration — zustrebt, strebt der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie der Proletarierdiktatur zu. Sie ist das letzte Wort eines Satzes, dessen erstes Wort, die Verwirklichung der Demokratie im Leben und die wirkliche Erleichterung der Lasten der Arbeiterklasse ist.

Darum mußte Görlitz auch die Unabhängige Partei in ihren Bannkreis ziehen. Entweder zusammen mit der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse den zweiten Weg einschlagen, die Hand reichen, um die Arbeiterklasse zu eine kämpfende Front zu versammeln oder den Weg von Görlitz betreten: so stand die Wahl wenigstens formell. In Wirklichkeit hatte die Partei schon gewählt. Die Kampfstellung gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften, das Betreten des Bodens der „Arbeitsgemeinschaft" zusammen mit den Mehrheitssozialisten, der Bruch mit der Kommunistischen und der Anschluß an die Internationale 2½, die Zustimmung zur Wiedergutmachung — wohlverstanden auf kapitalistischer Grundlage — alles das war schon die Entscheidung für Görlitz, noch v o r Görlitz, und es ist wieder nur simple Logik der Tatsachen, wenn die Hilferding und Breitscheid bei der Geburt von Görlitz Hebammendienste geleistet haben — natürlich unverbindlich und im stillen.

Die Antwort der Unabhängigen auf die Einladung der Mehrheitssozialisten, in eine bürgerliche Koalition mit einzutreten, wird von ihren Urhebern als ein äußerst geschickter Schachzug gepriesen. Der Schachzug ist noch „geschickter", als die meisten unabhängigen Arbeiter ahnen. Er schafft freie Bahn für eine bürgerliche Koalition, wenn nicht heute, so morgen oder übermorgen. Die „Bedingungen", die Forderungen der Demokratie und der höchst harmlosen „Sozialisierung" des Bergbaus nach Hilferdingschem Muster sind für die Großbourgeoisie ebensolche Zwirnsfäden wie die „Mindestforderungen" von Görlitz. Die „Wiedergutmachung" im Sinne der Bourgeoisie, zu der die Bedingungen sich bekennen, bedingen unfehlbar, daß die demokratischen Zehn Gebote, die damit verbunden sind, maßgebend ausgelegt und ausgeführt werden von denen, die die Bedingungen bestimmen, unter denen die Arbeiterklasse die Goldmilliarden schaffen soll. Diese Bedingungen sind weder „Demokratie" noch „Sozialisierung", sondern **strikte Unterwerfung der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums unter das Kommando des Kapitals,** sind alle Mittel der Steigerung der privatkapitalistischen Ausbeutung, der staatlichen Unterdrückung und der staatlichen Ausplünderung der Arbeiterklasse.

Mehr oder weniger klar dämmert diese Ahnung in den Köpfen sowohl der mehrheitssozialistischen wie der unabhängigen Arbeiterschaft. Wir Kommunisten müssen diese Ahnung zur Klarheit über sich selbst bringen. Der Schrei in den Massen nach der „proletarischen Einheitsfront", die wachsende Gärung in ihren Reihen ist das Zeichen, daß diese Massen führen, was nottut.

In und durch die tausend Kniffe und Pfiffe, die die Koalition der kleinbürgerlichen sozialistischen Parteien mit der Großbourgeoisie oder auch nur die Kooperation mit ihr herstellen sollen, vollzieht sich unaufhaltsam **der Zerfall des reformistischen Sozialismus.** Die Kehrseite dieses Prozesses, die **revolutionäre Sammlung der Arbeiterschaft** ist heute d i e kommunistische Aufgabe. Das muß geschehen durch eine Kritik dieser Schliche und Pfiffe, die an die Tatsachen und das Verständnis der Arbeiterschaft anknüpft, durch die Führung der Teil-

kämpfe, die die Situation der Arbeiterklasse aufzwingt und durch das Aufzeigen der Perspektiven, die vor der Arbeiterklasse sich eröffnen.

Der „Schutz der Republik", die „Erfassung der Goldwerte" usw. demagogische Flausen der kleinbürgerlich-sozialistischen Parteiführer, sind nichts weniger als Flausen in den Köpfen der Proletarier. Ungenügend und widerspruchsvoll in sich treiben diese Forderungen notwendig über sich selbst hinaus, wenn versucht wird, ernst mit ihnen zu machen. Wenn wir nicht unterlassen dürfen, sie kritisch zu klären, so dürfen wir noch weniger unterlassen, diese und ähnliche Teilforderungen zu Hebeln der Massenbewegung, sie der revolutionären Sammlung dienstbar zu machen.

Zur Grund- und Gewerbesteuer in Sachsen.

Von Siewert-Chemnitz.

Die Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer hat bekanntlich in Thüringen zum Rücktritt der Regierung und zur Auflösung des Landtages geführt. In Sachsen stehen wir jetzt ebenfalls vor der Entscheidung dieser Frage, nur mit dem Unterschied, daß wir in Sachsen einer „rein" sozialisitischen Regierung gegenüberstehen.*) Wenn diese Zeilen im Druck vorliegen, wird die Entscheidung schon gefallen sein.

In Sachsen hängt Annahme oder Ablehnung der Steuervorlagen der Regierung von der Stellungnahme unserer Fraktion ab. Der Parteitag hat in scharfen Umrissen unsere grundsätzliche Stellung zu den Steuern festgelegt. Der Landesparteitag, der kürzlich in Chemnitz stattfand, hat klar zum Ausdruck gebracht, daß die Haltung der Fraktion im sächsischen Landtag abhängig gemacht werden muß von der politischen Gesamtsituation. Damit wären uns bestimmte Richtlinien gegeben.

Sehen wir uns zunächst einmal diese Steuervorlagen an. Die Grundsteuer beträgt nach der Vorlage 1 vom Hundert. Der Grundsteuer unterliegen alle in Sachsen gelegenen Grundstücke, die Steuer wird nach dem Wert des Grundstücks erhoben. Für die Bewertung des Grundstücks sind maßgebend die Vorschriften der Reichsabgabenordnung §§ 152, 153 und 154.

Als Wert gilt das Fünfundzwanzigfache des Ertrages. Bei forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücken, bei bebauten Grundstücken, die Wohnzwecken oder technischen Zwecken dienen, das Fünfundzwanzigfache des Miet- oder Pachtvertrages.

Nehmen wir an, ein Wohngrundstück bringt 4000 Mark Mieteinnahme, dann würde der fünfundzwanzigfache Betrag dem Wert des

---

*) Die bisherige Regierung Thüringens war eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Demokraten, mit „stiller" Teilhaberschaft der USP.

Grundstückes entsprechen. Das heißt, das Grundstück würde mit 100 000 Mk. zur Grundsteuer veranlagt. Die Gemeinden haben das Recht, die Grundsteuer um 25 Prozent des Steuerertrages zu erhöhen. Es würde also in der Praxis eine Grundsteuer von 1¼ Prozent erhoben werden. Bleiben wir beim Beispiel, so würde bei 4000 Mk. Mietertrag die Steuer 1250 Mk. betragen.

Daß der Hausbesitzer die Steuer nicht aus eigener Tasche zahlt, ist klar. In der Begründung des Gesetzes sagt die Regierung selbst, „man darf sich wohl keiner Täuschung hingeben, daß die Grundsteuer letzten Endes nicht vom Grundstückseigentümer selbst getragen, sondern früher oder später abgewälzt werden wird.... letzten Endes wird also die Grundsteuer von der Masse der Konsumenten, d. h., bei Wohngrundstücken von den Mietern und anderen Wohnungsinhabern, bei landwirtschaftlichen oder gewerblichen Grundstücken von den Verbrauchern der erzeugten Nahrungsmittel und Waren aufgebracht werden müssen."

Die Abwälzung der Steuer wird hier vom Gesetzgeber offen zugegeben. Die Folge der Grundsteuer wird sein, daß die Wohnungsmieten überall da, wo bisher keine Grundsteuer erhoben wurde, um 32 Prozent steigen werden. Hinzukommt, daß die Haus- und Grundstücksbesitzer noch ein besonderes Geschäft mit dieser Steuer machen werden.

Die Gewerbesteuer ist in ihren Auswirkungen eine Umsatzsteuer. Es ist auch hier ganz klar, daß die Unternehmer diese Steuer abwälzen. Die Vorlage sieht eine Progression der Steuer vor und läßt einen Ertrag von 25 000 Mk. und ein Betriebs- und Anlagekapital von 50 000 Mk. steuerfrei. Zusammenfassend ist zu beiden Steuern zu sagen, daß sie wie indirekte Steuern wirken und auf dem schnellsten Wege abgewälzt werden können.

Losgelöst von der politischen Situation, rein mechanisch-steuertechnisch betrachtet, müssen wir beide Steuerarten auf das schärfste bekämpfen und ablehnen.

Wir wissen jedoch, daß Steuerfragen zuweilen ungeheuer wichtige politische Fragen sind, das trifft vor allen Dingen jetzt auf Sachsen zu.

Wir haben in Sachsen eine sozialistische Regierung, die nur zustande kam, weil die Kommunisten sich bereit erklärten, für die Wahl des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten einzutreten. Wir haben bei der Regierungsbildung erklärt, daß wir uns keinerlei Illusionen hingeben, aber die Regierung bilden helfen, um den sozialistischen Parteien die Möglichkeit zu geben, der Arbeiterschaft gegenüber den Beweis zu erbringen, daß eine sozialistische Regierung vor den Kapitalisten kapitulieren muß, wenn sie nicht bereit ist, im schärfsten Klassenkampf gemeinsam mit den Arbeitern die bürgerliche Gesellschaft niederzuschlagen, den kapitalistischen Staat zu zerstören und den Staat der Arbeiter aufzurichten.

Die sozialistische Regierung hat in ihrer 9 Monate langen Tätigkeit erneut unsere Auffassung bestätigt. Sie hat bei jeder Gelegenheit den Wünschen der Kapitalisten Rechnung getragen, sie hat sich ängstlich bemüht, jedem Konflikt mit der Reichsregierung und der Reichsverfassung aus dem Wege zu gehen, die Paragraphen der Reichsverfassung standen ihr höher als die Rechte der Arbeiterklasse. Bei der Arbeitslosenfrage, bei dem Kampf gegen die Orgesch,

bei der Frage der Amnestie und bei vielen anderen Dingen hat sie vollständig versagt. Das alles sehen wir Kommunisten, aber wir müssen uns fragen: Hat diese 9 Monate lange Tätigkeit der sächsischen Regierung auch die Illusionen und Hoffnungen der Arbeiterschaft auf diese Regierung zerstört? Und darauf können wir nur mit einem glatten Nein antworten.

Die Arbeiter hoffen und glauben noch heute an die Macht und den Willen der sozialistischen Regierung, den Arbeitern zu helfen. Große Kreise der Arbeiterschaft sind der Meinung, daß die Zeit noch zu kurz war, um gründlich mit der Reaktion aufzuräumen. Sie sind der Meinung, daß es vorwärtsgegangen ist, und sie hoffen, daß die nächsten Monate der Tätigkeit der sozialistischen Regierung den Beweis erbringen werden, daß die Kommunisten Unrecht haben. Das ist die Ansicht der Arbeiter, abgesehen von den Kommunisten und eines Teiles der Sympathisierenden.

Sehen wir uns die gesamte Situation im Reiche etwas an. Der Ausgang der Landtagswahlen in Thüringen brachte eine Arbeitermehrheit. Unsere Partei wird nun auch in Thüringen vor die Entscheidung gestellt, ob sie die Bildung einer sozialistischen Regierung ermöglichen will oder nicht. Unseres Erachtens können wir uns in der gegenwärtigen Situation in Thüringen den Luxus nicht gestatten, die Regierungsbildung unmöglich zu machen. Die Folge davon wird sein, daß die Grund- und Gewerbesteuer auch in Thüringen erneut zur Entscheidung gestellt wird.

Die Beschlüsse des Parteitages der Sozialdemokratie in Görlitz, die den Vorteil haben, daß sie das wahre Gesicht dieser Partei etwas deutlicher zur Schau stellen, müssen ebenfalls bei unserer Entscheidung in Betracht gezogen werden. Die Führerschaft der SPD. hat in Görlitz den Bund mit der Deutschen Volkspartei dem Bündnis mit den Kommunisten vorgezogen. Das wird dazu führen, daß man auch bei uns in Sachsen aus den Reihen der sozialdemokratischen Führerschaft einen Vorstoß unternehmen wird, aus der unangenehmen Koalition mit den Kommunisten herauszukommen und der Regierung eine „tragfähigere", bequemere Grundlage durch die Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu geben.

Alle diese Erwägungen müssen bei der Entscheidung über die Grund- und Gewerbesteuer in Betracht gezogen werden. Lehnen wir die Grund- und Gewerbesteuer in Sachsen ab, dann geben wir diesen rechtssozialistischen Führern die Möglichkeit, zu den Arbeitern zu sagen, auf die Kommunisten ist kein Verlaß, wir haben das Beste gewollt, aber die Kommunisten haben im Bunde mit den Deutschnationalen die Regierung gestürzt. Diese billige Agitationsphrase dürfen wir den sozialistischen Führern auf keinen Fall geben.

Wir müssen ganz offen anerkennen, daß die Illusionen und Hoffnungen der Arbeiter heute noch nicht zerstört sind. Stürzen wir die sozialistische Regierung im Bunde mit den Deutschnationalen, dann tragen wir dazu bei, daß die Illusionen der Arbeiter auf eine sozialistische Regierung sich festigen. Wenn wir nach Beurteilung der Gesamtsituation an die Entscheidung über die Grund- und Gewerbesteuer herangehen, dann müssen wir den Steuervorlagen unsere Zustimmung geben. Eine klare, in der Sache scharfe Erklärung muß von unserer Fraktion abgegeben werden, in der ganz offen ausgesprochen wird, daß wir für die Grund- und Gewerbesteuer nur stimmen, um der sozia-

listischen Regierung, der Sozialdemokratischen und Unabhängigen Partei auch weiterhin die Gelegenheit zu geben, sich bei den Massen um den letzten Kredit zu bringen. Dadurch und durch die Aufklärungsarbeit der Kommunisten unter den Massen wird bald der Zeitpunkt herbeigeführt, wo die Arbeiter in ihrer Masse bereit sind, mit dem Spuk der „sozialistischen" Regierung Schluß zu machen. Der Sturz der sozialistischen Regierung in Sachsen kann und darf in der gegenwärtigen Situation nicht erfolgen durch ein Zusammengehen, wenn auch nur formell, mit den Deutschnationalen, sondern der Sturz der sozialistischen Regierung kann nur dann durchgeführt werden, wenn große Massen des Proletariats die Notwendigkeit der Beseitigung der sozialistischen Regierung erkannt haben. Nur so und nur dann wird der Sturz der sozialistischen Regierung gleichbedeutend sein mit der Zerstörung der Illusionen der Arbeiter.

Die Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage ist entscheidend für die Stellungnahme der kommunistischen Fraktion zur Grund- und Gewerbesteuer. Das war der Sinn des Beschlusses des Landesparteitages in Chemnitz. Nach reiflicher Ueberlegung und Prüfung der Gesamtsituation haben wir uns entschlossen, für die Annahme der Grund- und Gewerbesteuer im sächsischen Landtag einzutreten.

Der Ausklang der Landarbeiterstreiks und die neuen Aufgaben des Landproletariats.

Von I. R.

Die Streikwelle, die die Landarbeitergebiete Deutschlands durchwogte, ist abgeebbt. Nur auf einzelnen Gütern noch, in einzelnen Kreisen Sachsens und des junkerlichen Ostelbiens stehen die Landarbeiter noch im Kampf um die Durchsetzung ihrer Lohnforderungen. Im großen Ganzen haben sie, wenigstens mit Teilerfolgen, die Arbeit wieder aufgenommen, wieder aufnehmen müssen, da die Verbandsbürokratie des DLV. dem kämpfenden Landproletariat in den Rücken gefallen ist und damit den Kampf gegen die Agrarkapitalisten geschwächt hat.

Den Auftakt zu den Streiks, die jetzt stattgefunden haben, gaben die Lohnbewegungen im Magdeburgischen Anfang Juni d. J., wo in Olvenstedt die Landarbeiterinnen, zum ersten Male in Deutschland, wohl überhaupt in der internationalen Arbeiterbewegung, die Initiative ergriffen hatten, um ihren Schandlohn von 1,45 Mk. für die Stunde zu verbessern. In diesem Streik setzten die Landarbeiter des Kreises Wanzleben ein und das Resultat war die Erhöhung des Lohnes der Männer auf 3 Mk. und der Frauen auf 1,85 Mk. für die Stunde. Die DLV.-Leitung hat sich um diese Bewegung des Landproletariats nicht gekümmert.

Auch der Streik der Berliner Gutsarbeiter, der vom 16. Juni bis 19. Juli d. J. dauerte, und der durch den Verrat der SPD.

Magistratsmitglieder nur mit einem sehr zweifelhaften Teilerfolg endete — 7½ Prozent Lohnerhöhung, dafür aber keine Bezahlung der Streiktage und keine Vereinbarungen über die Anerkennung der Gutsräte — stand noch außerhalb der Kämpfe im großen Maßstabe, die im Juli und August in Holstein, Mecklenburg, Pommern und Sachsen vom Landproletariat gegen die Willkür der Junker, wie gegen die verräterische Bürokratie des Landarbeiter-Verbandes geführt wurden.

Diese Kämpfe gingen aus von den Holsteinischen Landarbeitern aller Parteirichtungen, die, empört über den Schandtarif, den ihre Gauleitung im April d. J. mit den Junkern und Großbauern abgeschlossen hatte, sowie über das verräterische Verhalten ihres Gauleiters Hansen, schon länger einen allgemeinen Landarbeiterstreik propagiert hatten und jetzt die Zeit zum Ausholen für gekommen hielten. Schon Ende April und im Mai war die Empörung des Landproletariats deutlich in die Erscheinung getreten, so daß die DLV.-Leitung sich genötigt sah, Kreiskonferenzen einzuberufen, in denen sie, wie früher so oft, durch ihre Hauptvorstandsgesandten die Gemüter zu beschwichtigen, d. h. einzuschüchtern oder über das Ohr zu hauen hoffte.

Aber die Landarbeiter blieben bei ihrer Forderung der Abänderung des Tarifs und waren auch mit den in einzelnen Kreisen zustandegekommenen Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse nicht zufrieden. Denn diese sahen, im Kreise Norderdithmarschen z. B., 11stündige Arbeitszeit im August und September ohne Ueberstundenvergütung vor und 3,50 Mk. Stundenlohn für vollwertige männliche Arbeiter, 3 Mk. für vollwertige weibliche Arbeitskräfte. Für die Geest waren noch 12½ Prozent niedrigere Löhne vorgesehen! Die Junker lehnten weitere Verhandlungen ab, und die Gauleitung versuchte mit allen Mitteln, die Arbeiter vom Streik abzuhalten. Im Juli aber traten dann trotzdem schnell hintereinander die Ortsgruppen Nordkedingen, Dechtersen, Neuland, Knautsand in den Streik, auch der Kreis Hameln im Hannoverschen, da dort die Junker nicht einmal den bestehenden Tarif anerkannt hatten. Die Ortsgruppen in den Kreisen Neumünster, Kiel, Rendsburg u. a. schlossen sich an.

Die allgemeine Losung der Streikenden war: 50 Prozent Lohnerhöhung und ausreichende Deputate bei 8stündiger Arbeitszeit und Abschaffung der Kinderarbeit. Gauleiter Hansen, der völlig kaltgestellt war, versuchte durch teilweise Anerkennung des Streiks (z. B. auf der Insel Fehmarn), durch Lokalisierung des Streiks und durch Verschleppung der Verhandlungen den Landarbeitern in den Rücken zu fallen. Als das nichts nutzte und die Landarbeiter selbst einen neuen Tarif aufstellten*), und dessen Anerkennung forderten, als sie nach einer Versammlung in Bredenbeck in Mecklenburg ein Ultimatum an Herrn Hansen sandten, ob er nun energisch mit ihnen und für sie gegen die Junker auftreten wolle oder nicht, da hüllte dieser famose Landarbeiter-Vertreter sich in Schweigen und war zu keiner Versammlung mehr zu bewegen, soviel Einladungen ihm auch noch zugingen. So kamen die Landarbeiter aller Parteien, eingeladen von der Kommunistischen Partei, am 31. Juli zu einer großen Konferenz in Neumünster zusammen. Dort wurde eine Streikleitung für ganz Holstein eingesetzt,

*) Der Tarif, der noch viele Unzulänglichkeiten aufweist, ist abgedruckt in der „Norddeutschen Arbeiter-Zeitung" vom 26. Juli 1921.

und am 3. August stand die Schleswig-Holsteiner Landarbeiterschaft geschlossen im Streik.

Die Gauleitung schwieg weiter, die Junker aber hatten beizeiten gerüstet. Schon im April hatte der landwirtschaftliche Arbeitgeber-Verband für die Provinz Schleswig-Holstein folgende Aufforderung in die Zeitungen gebracht:

„Die im Deutschen Landarbeiterverband organisierten landwirtschaftlichen Arbeiter haben zu dem am 23. April 1921 abgeschlossenen Arbeits-Tarif-Vertrag jetzt schon neue Forderungen gestellt, die eine teilweise völlige Umänderung darstellen, sie wollen offenbar die bevorstehende Ernte als Druckmittel benutzen, um zu versuchen, im April nicht erreichte Forderungen jetzt durchzubringen. Da der Tarif nur dann eine Aenderung vorsieht, wenn eine wesentliche Erhöhung der Lebensunterhaltungskosten eingetreten ist, und da diese Voraussetzung für die Landarbeiter zweifellos nicht gegeben ist, so gibt die Forderung ein eigenartiges Zeichen von Tariftreue, an der auch die Allgemeinheit nicht gleichgültig vorübergehen kann. Scheinbar sind bei einer Ablehnung der Forderung Arbeitskämpfe nicht überall ausgeschlossen. Und das würde für die betreffenden Orte eine erhebliche Gefährdung der Ernte bedeuten. Die Arbeitgeber und alle an der Einbringung der Ernte interessierten Kreise werden für alle Fälle ihre Maßnahmen zu treffen haben."

So rückten in einzelnen Orten Reichswehr, Sipo und Technische Nothilfe prompt ein.

Da die Verbandsleitung den Kampf sabotierte, mußten die Landarbeiter schließlich den Streik abbrechen, und nur in einzelnen Kreisen sind Teilerfolge erzielt worden. In Norderdithmarschen z. B wurde ein Stundenlohnzuschlag von 1,25 Mk. erreicht. Die Arbeitgeber selbst meinten: „Wären die Gauleiter nicht anwesend gewesen bei den Verhandlungen, dann hätten wir noch mehr zahlen müssen."

In Mecklenburg liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch über den neuen Mecklenburger Tarif vom April 1921 herrschte unter den Landarbeitern große Erbitterung. Ebenso über die Person des Gauleiters Schmidt-Rostock, der sich in Mecklenburg schon lange nicht mehr in einer öffentlichen Versammlung zu zeigen wagt.

In Nord- wie auch in Süd-Mecklenburg traten die Landarbeiter sofort in den Streik, als sie von dem Kampf ihrer holsteinischen Brüder hörten. Am 6. August waren die Landarbeiter von über 80 Gütern, am 12. August von über 150 Gütern im Ausstand. Auch hier traf die Sipo auf Befehl des sozialdemokratischen Innenministers Stelling sofort auf den Plan. Auch hier kniff die Gauleitung, nachdem das Hauptvorstandsmitglied Georg Schmidt, dessen Erscheinen die Landarbeiter keineswegs eingeschüchtert hatte, der in seiner Not vielmehr ein Hinwirken auf Streikunterstützung versprochen hatte, von Berlin aus nichts mehr von sich hören ließ. Da der Verrat der Leitungen des Verbandes eine wirksame Fortführung des Kampfes verhinderte, wurde in einer am 24. August in Güstrow tagenden Gaukonferenz — die DLV.-Bürokratie sowie der eingeladene Minister, die Landeskommissionen der Afa und des ADGB. und der Landesvorstand der SPD. waren nicht erschienen — einstimmig eine Resolution angenommen, die den vorläufigen Abbruch des Kampfes aussprach, um zunächst einmal sich der Verräter in den eigenen Reihen zu entledigen. Es wurde die sofortige Einberufung einer Gaukonferenz verlangt, die mit der Gauleitung ab

rechnen soll. Außerdem wurde die bisherige Streikleitung beauftragt, wegen der Einstellung der während des Streikes gekündigten, evtl. schon entlassenen Arbeiter mit der Regierung zu verhandeln, und nach längerer Debatte gab die Regierung der Kommission, die vom Vorsitzenden der VKPD.-Mecklenburg geleitet wurde, folgende Erklärung ab:

„Die Regierung erklärt sich bereit, auf allen Gütern, auf welchen noch Kündigungen und Entlassungen zu verzeichnen sind, Verhandlungen zwecks Wiedereinstellung der Betroffenen anzubahnen. Die Regierung ersucht die Kommission, alles Material betreffs Kündigungen und Entlassungen unverzüglich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Vertreter der Regierung werden dann sofort beauftragt, das Erforderliche in die Wege zu leiten."

In Pommern war es vor allem der Gauleiter Landgraf, der auf Anweisung von Berlin alle Landarbeiterstreiks sabotierte. Und in Sachsen erklärte der Zentral-Vorstand selbst den um sich greifenden Streik für einen „wilden", da der ungetreue Kreisleiter der Amtshauptmannschaft Leipzig sich auf die Seite der Streikenden gestellt hat. Die unabhängig-sozialdemokratische Regierung aber ließ sofort die Technische Nothilfe einsetzen, und nach 10tägiger Streikdauer mußten die Landarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen unter den folgenden Bedingungen:

1. Die Arbeitgeber verpflichten sich, keine Maßregelungen vorzunehmen.
2. Volle Gewährung der im Tarifvertrag festgesetzten Deputate.
3. Volle Anerkennung der (gesetzlichen!) Betriebsräte.
4. Bei dem Einsetzen einer erhöhten Teuerungswelle verpflichten sich die Arbeitgeber, in eine Revision des Tarifvertrages einzutreten.

Die Landarbeiterstreiks, die jetzt stattgefunden haben und zum Teil noch weitergehen, und die den Landarbeitern dank des Verrates der sozialdemokratischen Verbandsbürokratie nur geringe oder überhaupt keine wirtschaftlichen Erfolge gebracht haben, bedeuten dennoch einen gewaltigen Schritt vorwärts in der Erkenntnis des deutschen Landproletariats. Denn sie haben es ein Doppeltes gelehrt.

Sie haben ihm gezeigt, daß es eine Macht darstellt, wenn es nur geschlossen und einheitlich in seinen Forderungen auftritt. Die Landarbeiter haben es gespürt, wie die Junker, die zugleich mit ihrem Profitstreben eine auch nur einigermaßen sichere Weiterführung der Wirtschaft und eine Gewährung auch nur des Existenzminimums für das Proletariat nicht mehr vereinen können, zittern, wenn ihnen mehr als 1 oder 2 ärmliche Arbeiter ihres Betriebes entgegentreten und ihr Recht fordern; wie sie aufatmen, daß die DLV.-Leitung ihnen nicht auch an den Kragen will, sondern im Gegenteil, dadurch, daß sie das Interesse der Landarbeiter verrät, der Junkermacht eine Stütze, die letzte Stütze bietet! Das Landproletariat hat seine Macht gefühlt und hat, wie die Mecklenburger Arbeiter es aussprachen, den Kampf nur abgebrochen, um erst einmal der Verräter im eigenen Lager Herr zu werden.

Und das ist das andere, was die letzten Landarbeiterstreiks dem Landproletariat gelehrt haben! Daß es keine Führer gebrauchen kann, die nicht auch im Kampf an seiner Seite stehen, die es zum Kampf führen, die, wie es selbst, gewillt sind, zur Durchführung des Kampfes auf der ganzen Linie. Das Landproletariat hat die

Ohnmacht, die Kläglichkeit eines Hansen, Landgraf und wie sie alle heißen, und auch eines Georg Schmidt und seiner Freunde in Berlin, erkannt. Es wird jetzt mit diesen Herren aufräumen und seine Organisation zu einem wahrhaften Landarbeiter-Verband machen.

Auf den Gau-Konferenzen, die jetzt in vielen Gauen gefordert werden, und die unter allen Umständen in allen Gauen des DLV. und möglichst zu gleicher Zeit auch durchgeführt werden müssen, muß jedem Kreis- und Gruppenleiter, jedem Gauleiter, der die Kämpfe des Landproletariats verraten, das Mißtrauen ausgesprochen werden, müssen neue Vorstände gewählt werden, die das Vertrauen der Mitglieder genießen und durch ihr Verhalten bei den bisherigen Auseinandersetzungen mit den Großagrariern eine Garantie bieten, für ihre zukünftige Arbeit. Schon auf diesen Gaukonferenzen muß die sofortige Einberufung einer General-Versammlung für das Reich festgesetzt werden und auf diesen die neugewählten Vorstände und Delegierten der breiten Maße der Mitgliedschaft das Wort führen. Auf dieser Konferenz wird auch die Neuwahl des Verbands-Hauptvorstandes auf der Tagesordung stehen müssen!

Heute kann es sich weniger denn je darum handeln, dem Verbande etwa den Rücken kehren zu wollen. Heute ist es mehr denn je die Pflicht jedes revolutionären Landarbeiters, jeder Landarbeiterin, Mitglied zu werden im DLV. und an seinem, an ihrem Teil, mitzuhelfen, daß der Verband recht bald gereinigt sei von den Verrätern und fähig, den Kampf gegen das Junkertum, gegen die Großbauern zu führen bis zum Letzten, bis zur Erfüllung aller Forderungen des Land- und damit auch des Industrieproletariats.

Denn die Interessen des Land- und des Industrieproletariates sind nicht voneinander zu trennen. In den kommenden Steuerkämpfen, in den Kämpfen um ausreichende Löhne, um bessere Wohnverhältnisse (Neubauten, Reparaturen auf Kosten der Unternehmer) um die 8 stündige Arbeitszeit, um das Verbot der Kinderarbeit, um die Gleichstellung der erwerbstätigen Frau mit dem erwerbstätigen Mann, um die Einstellung entlassener Arbeiter, um die Beschaffung aller notwendigen Bedarfsgegenstände, wird es sich zeigen, daß die Erfüllung dieser Forderungen verbunden ist mit der rücksichtslosen Beseitigung des industriellen, wie des Agrar-Kapitalismus, mit der Kontrolle der Produktion durch die Betriebs-, Guts- und Kleinbauernräte, durch den direkten Austausch der erzeugten Güter durch die Organe der Industrie- und Landarbeiterschaft selbst.

Die Junker wissen das sehr wohl. Darum rüsten sie mit aller Macht zum bevorstehenden Kampf, der für sie oder für das Proletariat Leben oder Tod bedeutet. Die „Mecklenburger Nachrichten", das „nationale Volksblatt" für Mecklenburg, hat aus dem Streik der Mecklenburger Landarbeiter bereits folgenden Schluß gezogen:

„Die Regierung aber muß unter allen Umständen in solchen Zeiten ihre Sipomannschaften rechtzeitig in die gefährdeten Gebiete entsenden und sie nicht gar zu ängstlich in der Stadt zusammenhalten. Von den 200 Mann, die in Schwerin stationiert sind, sind 20 bis 30 Mann für den Außendienst zu wenig. Wenn die Wachen in der Stadt auf das geringste Maß beschränkt werden und eine Truppe von etwa 50 Mann in der Zentrale zusammengehalten wird — dann stehen immer noch 120 Mann für den Dienst in den gefährdeten Gebieten zur Verfügung. Wenn man das technische Material (als da sind: Karabiner, Maschinengewehre, Handgranaten usw.

D. R.), das der Sipo zur Verfügung steht, betrachtet, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß eine Sicherung mit den vorhandenen Mitteln absolut im Bereich der Möglichkeit liegt. Im Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern muß dringend der volle Einsatz der vorhandenen Mittel gefordert werden. Es hilft nichts, wenn hinterher die Sipo erscheint und dem Staatsanwalt die Sicherheit zur Feststellung begangener Gewalttaten gibt. Solange kommunistische Elemente als Drahtzieher der an sich ruhigen (??) Landarbeiter zu Gewalttaten verleiten, muß der Staat durch rechtzeitigen Einsatz diesen von Straftaten zurückhalten, die dieser später im Gefängnis zu büßen hat. Mag der Arbeiter dann auch schimpfen, daß die Sipo gegen ihn eingesetzt ist, der Grimm wird schnell vergehen, die Aburteilung so und so vieler Arbeiter aber, die sich durch die gegebenen Möglichkeiten verleiten ließen, muß nachhaltend böses Blut erzeugen."

Der Sinn dieser Worte ist klar. Und die Junker Pommerns, Sachsens, Holsteins werden ihren mecklenburgischen Gesinnungsfreunden nicht nachstehen in der Anwendung aller Gewaltmittel, ebensowenig wie die Industriebarone im Vorgehen gegen die Industriearbeiterschaft, wenn diese an ihre Profite und Extraprofite rühren.

Darum, Land- und Industriearbeiter, rüstet Euch zum Kampf!

Das Ende des Kapitalismus.

Von Ludwig.

(Fortsetzung.)

1. Die ökonomische Schranke des Kapitalismus.

I.

Sehen wir zu, wie Genosse Maslow sein Problem, Krise oder Zusammenbruch des Kapitalismus, löst. Für ihn ist der Zusammenbruch des Kapitalismus dargetan, wenn es gelingt, zu beweisen, „daß die Bedingungen für eine erweiterte Reproduktion (auf kapitalistischer Basis) fehlen".

„Das kapitalistische System ist oft genug untersucht worden. Immerhin hat Marx die moderne Entwicklung des imperialistischen Kapitalismus nicht erlebt, hat Rosa Luxemburg ihre „Akkumulation" vor der entscheidenden Phase des Weltkriegs geschrieben, hat Hilferding sein „Finanzkapital" nur auf bestimmte Reihen der Entwicklung eingestellt. Die Uebergangsperiode ist noch nicht behandelt."

Immerhin hat Hilferding in diesem Zusammenhang überhaupt nichts zu suchen.*) Immerhin hat Rosa Luxemburg ihre „Akkumulation des Kapitals" nicht nur nicht vor der entscheidenden Phase des Weltkrieges,

---

*) Den Unterschied, den manche Genossen zwischen der guten Theorie Hilferdings und seiner schlechten politischen Praxis machen, halte ich nicht für richtig. Hilferdings Beschreibung des Imperialismus ist nicht nur in dem, was sie Neues enthält, z. B. seine Geld- und Krisentheorie, falsch und z. T. schon von Karl Kautsky widerlegt. Sie geht vor allem an dem entscheidenden Problem des Imperialismus, der Akkumulation, vorbei und weicht damit der Auseinandersetzung über das ökonomische Ende des Kapitals ebenso aus, wie es Hilferdings Politik praktisch in der revolutionären Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie tut.

sondern sogar schon vor seinem Beginn im Jahre 1912 geschrieben. Und trotzdem hat sie in ihrem Buche die Grundlagen gegeben, ohne die das Problem der Endkrise des Kapitalismus nicht gelöst werden kann.

Immerhin ist auch der Schatz des ökonomischen Wissens, den Marx, Engels und Rosa Luxemburg uns hinterlassen, etwas größer, als Genosse Maslow glaubt:

„Was man vor dem Kriege wußte, das war: daß der immanente Widerspruch des Systems (z. B. der Widerspruch zwischen der Durchorganisiertheit des Weltwirtschaftssystems, und dem seinem Wesen nach anarchistischen Ablauf der Geschehnisse innerhalb desselben durchorganisierten Systems; der soziale Widerspruch) dieses System in die Luft sprengen würde. Wie diese Sprengung vor sich gehen würde, das wußte man nicht."

Schade, daß Genosse Maslow sich damit begnügt, statt der Kennzeichnung dieses immanenten Widerspruchs, der als Sprengbombe wirkt, ein paar willkürliche Beispiele von Widersprüchen zu geben. Und schade vor allem, daß diese Beispiele, statt den wirklichen Widerspruch des kapitalistischen Prozesses in seiner historischen Bewegung zu fassen, bestenfalls eine etwas dunkle Beschreibung von ihm sind. Denn, was Genosse Maslow etwa mit der Durchorganisiertheit des Weltwirtschaftssystems meint, kann der Leser, wenn er im Rätsellösen begabt ist, erraten aus einem der folgenden Sätze, in dem Genosse Maslow davon spricht, daß der Krieg eine „wachsende Organisiertheit brachte, eine Durchkapitalisierung bis zum Staatskapitalismus." Er denkt danach offenbar daran, daß der Imperialismus die Epoche der wachsenden Vertrustung des Kapitals ist, welche Entwicklung der Krieg und die Zeit nach dem Kriege zweifellos noch gesteigert haben. Aber indem Genosse Maslow die Vertrustung zum Ausgangspunkt der Lösung seines Problems macht, bleibt er, gleich Hilferding, in der Beschreibung der Erscheinungsform des Imperialismus und der Krisen stecken. Er erklärt mit keinem Wort die ökonomischen Bewegungsgesetze, die diese Erscheinungen bedingen. Und damit verschließt er sich auch den Weg zur Erkenntnis des ökonomischen Widerspruches im Ablauf der kapitalistischen Wirtschaft, den die Geschichte durch den Tod des Kapitalismus und seine Ablösung durch den Kommunismus löst.

Das ist die geniale Leistung Rosa Luxemburgs, daß sie diesen Widerspruch in seiner konkreten Bewegung gefaßt und damit das Gesetz aufgedeckt hat, das neben dem Wertgesetz die Entwicklung des Kapitalismus beherrscht.*)

Auch hier finden wir am schnellsten wieder den Weg ins Freie, wenn wir dem immanenten Widerspruch des Genossen Maslow die marxistische Formulierung des historischen Widerspruchs entgegenstellen, der in der lebendigen Bewegung des Gesamtkapitals sich auswirkt:

*) Nebenbei: es ist zum mindesten ungenau, wenn Genosse Maslow auf Seite 247 schreibt, „daß das Bewegungsgesetz des kapitalistischen Systems das Gesetz der erweiterten Reproduktion sei". Dieses Gesetz verwirklicht sich in allen Produktionsformen, die nicht stagnieren. Es nimmt in der kapitalistischen Wirtschaft den Charakter der Kapitalakkumulation an, weil in ihr die Produktionselemente, Produktionsmittel, Arbeitskraft und Produkt, Wertcharakter annehmen. Die erweiterte Reproduktion als Akkumulation des Kapitals ist daher nur zu verstehen auf der Grundlage des Wertgesetzes.

„Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdenrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen Er ist aber zugleich die erste, die allein, ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihren Nährboden, nicht zu existieren vermag, die also zugleich mit der Tendenz zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu sein. Er ist ein lebendiger historischer Widerspruch in sich selbst, seine Akkumulationsbewegung ist der Ausdruck, die fortlaufende Lösung und zugleich Potenzierung des Widerspruchs. Auf einer gewissen Höhe der Entwickelung kann dieser Widerspruch nicht anders gelöst werden, als durch die Anwendung der Grundlagen des Sozialismus — derjenigen Wirtschaftsform, die zugleich von Hause aus Weltform und in sich ein harmonisches System, weil sie nicht auf die Akkumulation, sondern auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der arbeitenden Menschheit selbst durch die Entfaltung aller Produktivkräfte des Erdenrundes gerichtet sein wird."

Vergeblich bleibt das Bemühen, Maslowsche Formulierungen zu ergründen. Kein Grübeln löst den Schleier des Geheimnisses von den „Geschehnissen", die in rätselvoll anarchischem Ablauf mit der „Durchorganisiertheit des Weltwirtschaftssystems" in Widerspruch geraten, und die, obwohl im Nebelmeer ökonomischer Unbestimmtheit schwimmend, wie Dynamit auf dieses System wirken.

Die Formulierung des historischen Widerspruchs, in dem der Kapitalismus lebt, durch Rosa Luxemburg dagegen enthüllt klar und bestimmt die Schranke, die der Kapitalismus durch die fortschreitende Kapitalakkumulation sich selbst aufrichtet und die er nicht aufheben kann, ohne sich selbst aufzuheben. Sie zeigt die historische Bedingtheit der kapitalistischen Wirtschaft, die, um zu leben, angewiesen ist, auf nichtkapitalistische Wirtschaftsformen, und die, um nicht zu sterben, diese nichtkapitalistischen Wirtschaftsformen, die Bedingung ihrer Existenz, durch die Akkumulation selber zerstören muß. So werden jene Schlußsätze aus der „Akkumulation des Kapitals", in denen Rosa Luxemberg das Ergebnis ihrer Forschung zusammenfaßt, der Ausgangspunkt für die Frage nach der Endkrise des Kapitalismus.

Es ist hier nicht der Ort, die Lehre der Akkumulation darzustellen. Nur kurz kann angedeutet werden, in welchem Punkt Rosa Luxemburg über Marx hinausgegangen ist, in dem Nachweis nämlich, daß das Gesetz der Akkumulation, das die Entfaltung des Kapitals beherrscht, auch die letzte ökonomische Schranke für dieses aufrichtet.

Die Tat von M a r x ist es, das Problem der Akkumulation überhaupt gestellt zu haben. Und es erst einmal rein zu entwickeln, um den Stoffwechsel zwischen den Abteilungen I und II, den Abteilungen für die Produktion von Produktionsmitteln und Konsumptionsmitteln, unter der Bedingung der Erweiterung der Produktion erst einmal begrifflich zu fassen, hat Marx das Vorhandensein einer reinkapitalistischen, nur aus Kapitalisten und Lohnarbeitern bestehenden Gesellschaft unterstellt.

R o s a L u x e m b u r g hat diese theoretische Annahme einer reinkapitalistischen Gesellschaft fallen gelassen. Sie hat den Kapitalismus so genommen, wie er tatsächlich ist und von Anbeginn an gewesen ist: als eine Wirtschaftsform, die mit anderen, nichtkapitalistischen Wirtschaftsformen zusammenlebt, z. B. mit noch bäuerlichen Wirtschaftsformen selbst im Innern hochkapitalistischer Staaten, mit geschlossenen vorkapitalistischen Wirtschaftsformen in den Kolonien. Die wissenschaftliche Tat ihrer „Akkumulation" besteht in dem Nachweis, daß

dieses tatsächliche Milieu, in dem der Kapitalismus existiert, auch die ökonomische Vorbedingung seiner Existenz ist.

In eingehender Forschung hat Rosa Luxemburg dargetan, daß die Realisierung des zu akkumulierenden Mehrwerts die Voraussetzung der Akkumulation überhaupt, „von vornherein an nichtkapitalistische Produzenten und Konsumenten als solche gebunden ist".

> „Die Existenz nichtkapitalistischer Abnehmer des Mehrwerts ist direkte Lebensbedingung für das Kapital und seine Akkumulation, insofern also der entscheidende Punkt im Problem der Kapitalakkumulation... Die Kapitalakkumulation als geschichtlicher Prozeß [ist] in allen ihren Beziehungen auf nichtkapitalistische Gesellschaftsschichten und -formen angewiesen. (Akkumulation, Seite 338.)"

Der Kapitalismus vollzieht seine Akkumulation in engster ökonomischer Verbindung mit seinem nichtkapitalistischen Milieu, das den zu akkumulierenden Mehrwert realisiert und ihm die zusätzlichen Produktionsmittel, Lebensmittel und Arbeitskräfte für das zu erweiternde Kapital liefert. Er vollzieht seine Akkumulisation, indem er in dieser seiner notwendigen Verbindung mit den nichtkapitalistischen Gesellschaftsformen diese durch den Mechanismus der Akkumulation in die kapitalistische Produktionsweise verwandelt. In der Akkumulation liegt das Geheimnis der propagandistischen Kraft des Kapitalismus wie seines ökonomischen Untergangs. Die Akkumulation bereitet dem Kapitalismus, den sie entfaltet, das Ende, indem sie seine ökonomische Existenzbedingung, das nichtkapitalistische Milieu mehr und mehr verengert und schließlich verschwinden macht:

> „Der Widerspruch des Marxschen Schemas der Akkumulation ist, dialektisch aufgefaßt, nur der lebendige Widerspruch zwischen dem schrankenlosen Expansionsdrang des Kapitals und der Schranke, die es sich selbst durch fortschreitende Vernichtung aller anders gearteten Produktionsformen errichtet, zwischen den gewaltigen Produktivkräften, die es in seinem Akkumulationsprozeß auf der ganzen Erde wachruft und der engen Basis, die es sich selbst durch die Gesetze der Akkumulation absteckt. Das Marxsche Schema der Akkumulation ist — richtig verstanden — gerade in seiner Unlösbarkeit die exakt gestellte Prognose des ökonomisch unvermeidlichen Expansionsprozesses, dessen spezielle Aufgabe ist, die Marxsche Voraussetzung: die allgemeine ungeteilte Herrschaft des Kapitals zu verwirklichen. (Antikritik, Seite 116.)"

II

Der Weg des Kapitals über die Welt, sein Siegeslauf zum Abgrund, ist der Weg über Krisen, ist der Weg der Gewalt, des Mordes, des Krieges. Brutal reißt es jedes Hindernis nieder, das sich seinem Hunger nach Mehrwert entgegenstellt: durch Vernichtung der Schwächeren in den Konjunkturschwankungen und Krisen schafft es sich das Sprungbrett zur weiteren Ausdehnung des Marktes. Jede Ausweitung des Marktes aber für das Kapital ist die Zersetzung und Zerstörung überkommener Wirtschaftsformen und Kulturen, ist die gewaltsame Aneignung der Produktivkräfte der Welt, die Verwandlung von Millionen und Millionen vorkapitalistisch lebender Menschen in Fronsklaven für den Mehrwert. Der Weg des Kapitals ist die Wiederholung und Steigerung aller Greuel der ursprünglichen Akkumulation in allen Gebieten der Welt, in die bisher der „Mensch nicht hinkam mit seiner Qual". Es ist der Weg der

Unterjochung und Revolutionierung jener Völker, die bisher die „kapitalistische Zivilisation" noch verschonte; aber auch der Weg der Revolte der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker.

Nun zeigt sich klar, daß der Imperialismus nicht eine zufällige Abirrung des Kapitals vom holden Pfade des friedlichen Fortschritts und behaglichen Verdienens ist, wie Karl Kautsky und mit ihm alle Austromarxisten vermeinen; daß ihn kein gütliches Zureden bestimmt, in vernünftigen Bahnen zu wandeln, sondern daß er eine notwendige Phase in der Entwicklung des Kapitals ist unter dem Zwanggesetz der Akkumulation.

> „Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten, nichtkapitalistischen Weltmilieus. (Akkumulation, Seite 423.)"

Diesen Konkurrenzkampf um die Verteilung der Erde hat der Imperialismus durchgeführt mit allen Mitteln der „friedlichen Durchdringung": der Anleihen, Schutzzölle und Kapitalausfuhr. Der Erfolg ist die „Industrialisierung und kapitalistische Emanzipation der früheren Hinterländer des Kapitals, in denen die Realisierung des Mehrwertes sich vollzog." (Akkumulation, Seite 394.)

In seinem Konkurrenzkampf hat der Imperialismus sich die Staatsmacht unterworfen, sie ganz in seinen Dienst gestellt. Rüstungen zu Wasser und zu Lande, die waffenstarrenden Staaten und Staatengruppen waren die notwendige Ergänzung der friedlichen und demokratischen Verbreitung kapitalistischer Kultur über die Erde, bis schließlich der Konkurrenzkampf umschlug in den offenen Krieg um die politische Macht, in den Weltkrieg um den Raub und die Neuverteilung der Ueberbleibsel der Erde für kapitalistische Ausbeutung, um die Sicherung der letzten Möglichkeit kapitalistischer Akkumulation.

Es heißt, diesem Todesringen kapitalistischer Staaten um die Erde seinen spezifisch politisch-ökonomischen Inhalt nehmen, es heißt, den äußeren Schein für das Wesen setzen, wenn man, wie Genosse Maslow, das Charakteristische der imperialistischen Phase in Frieden und Krieg in der „wachsenden Durchorganisiertheit des Weltwirtschaftssystems bis zum Staatskapitalismus" sieht. Im Gegenteil: die von Genosse Maslow in wohltätigem Dunkel gelassenen „Geschehnisse in anarchischen Ablauf" können — wofern er ihnen überhaupt einen ökonomischen Inhalt geben will — nur als die Kapitalakkumulation verstanden werden. Sie bestimmt Wesen und Form des Imperialismus und seiner Kampfmittel. Nicht wachsende Durchorganisiertheit der Weltwirtschaft, sondern wachsende Vertiefung und Verschärfung der ökonomischen Konkurrenzkämpfe und Hand in Hand damit der politischen Konflikte bis zum Staatenkrieg begleiten den Imperialismus und geben dem Kapitalismus in dieser seiner letzten Phase das Gesicht. Sie hindern gerade das Kapital, die ihm innewohnende Tendenz zu verwirklichen, die die erste Voraussetzung einer Durchorganisiertheit der Weltwirtschaft wäre: die Tendenz, Weltform der Wirtschaft zu werden.

Das ist ja gerade der immanente Widerspruch des Kapitalismus, der im Imperialismus vor aller Augen aufbricht: daß er angewiesen ist auf die Produktivkräfte der ganzen Erde, die er für seinen Mehrwert mobilisiert und in den Bann seiner Herrschaft einbezieht. Aber er kann diese Herrschaft nicht anders durchsetzen, als im Rahmen getrennter und sich bekämpfender Staatengebilde, die, j e d e s f ü r s i c h, die g a n z e Erde

ausbeuten wollen. Jeder Versuch, im Rahmen des Kapitalismus diese Staatsgrenzen und widerstreitenden Interessen zu überbrücken, reißt unter der Peitsche kapitalistischer Konkurrenz notwendig neue schärfere Grenzen, tiefere Interessengegensätze auf. Genosse Maslow stellt also auch hier den wirklichen Zusammenhang auf den Kopf: nicht die Durchorganisiertheit der Weltwirtschaft ist das Erste, ihr Zerfall in „drei einander mehr oder weniger getrennte Teile" das Zweite, die Folge des Ersten; sondern umgekehrt ist die Zerspaltung des zur Weltform tendierenden Kapitals in sich bekämpfende Gruppen seine notwendige Existenz- und Entwicklungsweise, die es hindert, zur Durchorganisiertheit der Weltwirtschaft zu kommen. Kartelle, Truste und Staatskapitalismus, für den Genossen Maslow Anzeichen der Durchorganisiertheit der Weltwirtschaft, sind in Wahrheit Waffen in diesem erbitterten Ringen der kapitalistischen Konkurrenten um die wirtschaftliche und politische Macht über die Erde. Sie sind als höchstorganisierte Kapitalsphären die Waffe, mit der ein Teil des Kapitals auf der Jagd nach Extraprofit den anderen niederknüppelt und „durch Monopolisierung der vorhandenen Akkumulationsgebiete und die Verteilung des Profits" (Akkumulation, Seite 430) seinen Konkurrenzkampf ausficht bis zum bitteren Ende.

Das Trust- und Kartellkapital ist nicht der Ausdruck der wachsenden Durchorganisiertheit der Weltwirtschaft, sondern ist höchstorganisiertes Kapital, ist die Form für das Kapital höchster organischer Zusammensetzung, das durch Monopolpreise den Fall der Profitrate aufzuhalten sucht und dadurch den Sieg über seine Konkurrenten erringen will. Truste und Kartelle in der aufsteigenden kapitalistischen Wirtschaft künden nicht die zunehmende Beherrschung der Produktivkräfte der Gesellschaft und ihrer Gesetze durch die Kapitalisten an, das wäre, wenn Worte Sinn haben, die wirkliche Bedeutung einer Durchorganisiertheit der Weltwirtschaft —, sondern sie sind umgekehrt ein Merkmal mehr dafür, daß die Produktivkräfte der Gesellschaft ihren kapitalistischen Produktionsagenten über den Kopf wachsen, daß die Schranken des Kapitals erreicht werden.

Der Weltkrieg des Imperialismus war das erste Flammenzeichen, das den Tod des Kapitalismus ankündigte. Sehen wir zu, wie er und die Zeit nach dem Kriege unter dem Zwang der Gesetze der Akkumulation dieses Ende verwirklichen.

2. Die Krisis des Krieges.

I.

Hätte der Prozeß der Endkrisis des Kapitals mit einer „gewöhnlichen" Krise begonnen, wäre dem Kriegsausbruch von 1914, wie Genosse Maslow meint, keine andere Bedeutung beizumessen, als die, eine gewöhnliche Krisis zu sein: die entscheidende Bedeutung des Krieges für die politische und ökonomische Entwicklung des Kapitals bliebe unerklärt. So sicher der Kriegsbeginn den Ausbruch der ökonomischen Krisis anzeigt, so sicher hebt die Form dieser Krisis sie über das gewöhnliche Krisenmaß hinaus. Der Zusammenstoß der imperialistischen Raubstaaten im Kriege ist diese Erscheinungsform der aufs höchste gesteigerten ökonomischen Krise, die die ungeheure Entfaltung der Produktivkräfte des zum Imperialismus gewordenen Kapitalismus in seinem Drang, die Welt sich zu unterjochen, aus sich heraus geboren hat.

Es ist gerade das Besondere der Krisis von 1914 das, was sie von ihren Vorgängerinnen im Krisenzyklus des Kapitals unterscheidet, daß sie diese Form des Appells an die Waffen der Entscheidung durch die politische Macht angenommen hat. Eben diese Form der Krisis kündigt nicht nur „in der Allseitigkeit ihres Schauplatzes und der Intensität ihrer Wirkungen" ihre unerhörte Verschärfung gegenüber allen früheren Krisen an, sie ist das untrügliche Anzeichen dafür, daß das Kapital zum erstenmal auf seine letzten Schranken gestoßen ist:

„Das Kennzeichen des Imperialismus als des letzten Konkurrenzkampfes um die kapitalistische Weltherrschaft ist nicht bloß die besondere Energie und Allseitigkeit der Expansion, sondern — dies das spezifische Anzeichen, daß der Kreis der Entwicklung sich zu schließen beginnt – das Zurückschlagen des Entscheidungskampfes um die Expansion aus den Gebieten, die ihr Objekt darstellen, in ihre Ursprungsländer. Der Imperialismus führt damit die Katastrophe als Daseinsform aus der Peripherie der kapitalistischen Entwicklung nach ihrem Ausgangspunkt zurück. Nachdem die Expansion des Kapitals vier Jahrhunderte lang die Existenz und die Kultur aller nichtkapitalistischen Völker in Asien, Afrika, Amerika und Australien unaufhörlichen Konvulsionen und dem massenhaften Untergange preisgegeben hat, stürzt sie jetzt die Kulturvölker Europas selbst in eine Serie von Katastrophen, deren Schlußergebnis nur der Untergang der Kultur oder der Uebergang zur sozialistischen Produktionsweise sein kann. (Antikritik, Seite 117/118.)"

Diese Sätze geben der Krisis des Krieges einen etwas anderen Charakter als nur „einer gewöhnlichen Krisis". Sie stellen sie mitten hinein in den Strom der kapitalistischen Entfaltung, gerade durch die Hervorhebung ihrer Besonderheit.

Aber damit, daß die Katastrophe des Krieges eine Krisis des Kapitals ist, ist noch nicht gesagt, daß sie seine Endkrisis ist; so wenig wie mit dem Nachweis Rosa Luxemburgs, daß der ökonomische Untergang des Kapitals in seinen eigenen Gesetzen begründet ist, schon der Beweis geführt ist, daß seine Auflösungsperiode eingetreten ist. Es ist weiter zu sehen, wie der Krieg, als Krisis, in seinem Verlauf auf die Kapitalbewegung gewirkt hat.

II.

Auch für den Krieg wird nicht richtig, was vorher schon unrichtig war: daß er nämlich das Gesamtsystem der Weltwirtschaft in Einzelteile hätte zerfallen lassen. Der Krieg, in dem die imperialistischen Mächtegruppen die Waffen miteinander kreuzten, ist im Gegenteil die schärfste Herausarbeitung des schon vor ihm vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Gegensatzes dieser Mächtegruppen, des Widerspruchs des Kapitals zwischen seinem weltumspannenden Ausdehnungsdrang und seiner Befangenheit in gegen einander stehende Nationalstaaten und Staatengruppen. Anders als sonst in Menschenköpfen malt sich im Kopf des Genossen Maslow die Welt. Ihm ist der Zerfall der Welt in feindliche Gegensätze die Folge des Krieges, während für gewöhnliche Sterbliche gerade umgekehrt die feindlichen Gegensätze, die Neuverteilung der Welt unter die imperialistischen Räuber, die Ursache des Krieges ist, in dem die ökonomische Krisis Gestalt und Form angenommen hat.

Ueber die Krisis des Kriegsausbruchs versucht das Kapital der einzelnen sich bekriegenden Mächtegruppen hinwegzukommen. Aber wie die Form der Krisis von 1914 eine ungewöhnliche war, so wurde auch ihr Verlauf ein anderer als der der früheren Krisen.

Wie ist früher das Kapital mit der Wirtschaftskrise fertig geworden? Genosse Maslow antwortet, indem er seinen uns schon bekannten Satz von dem Streben des Systems nach Erreichen einer bestimmten Produktionsbasis die Basis zu erweitern, folgenden Satz anhängt:

„Die Kosten zur Erweiterung werden aufgebracht durch die periodisch eintretenden Krisen des Kapitalismus, die während ihrer Dauer die Gesetze ihrer Bewegung außer Geltung setzen."

Welche seltsame Vorstellung muß Genosse Maslow von der Akkumulation haben, daß er sogar die Krisen bemüht, um die Kosten der Erweiterung der Produktionsbasis, d. h. der Akkumulation, zu bezahlen. Offenbar sind diese Kosten eine Art von Tumultschadenersatz für die mit den Krisen verbundenen Explosionen. Bei Marx und Rosa Luxemburg finden wir diese Krisen-Kostentheorie nicht, wohl aber die Aufdeckung der Bedingungen der Akkumulation, die sich in der Krisis durchsetzen und die dadurch die Krisis selbst wieder aufheben.

Wir haben nicht danach zu fragen, ob die Kosten der Erweiterung des Kapitals durch die Kriegskrisis aufgebracht worden sind, sondern danach, *ob und wie die Bedingungen der Kapital-Akkumulation sich durch diese Krisis durchgesetzt haben.*

III.

Auch die Krisis des Krieges war zunächst eine ungeheure Produktionsstockung verbunden mit Preissturz, mit Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit. Ihr folgte, wie jeder anderen Krisis, zunächst die Organisierung des Kapitals auf höherer Stufenleiter. Es steht nicht, wie Genosse Maslow meint, im Widerspruch zur krisenhaften Stockung, daß „der Krieg fast überall eine wachsende Organisiertheit brachte, und daß einzelne Teile des Systems „scheinbar" ihre Produktionsbasis gewaltig erweiterten." Sondern die verstärkte Trustbildung blieb durchaus in der Linie kapitalistischer Krisen überhaupt. Weil Genosse Maslow hierin einen Widerspruch zur Kriegskrisis sieht, so übersieht er auch hier wieder das Wesentliche: den *besonderen* ökonomischen Inhalt dieser Kriegsvertrustung, des Kriegskapitalismus in seinen verschiedenen Entwicklungsformen in den verschiedenen miteinander Krieg führenden Mächtegruppen und seine Auswirkung auf die Weltkrisis der Nachkriegszeit.

Die kapitalistischen Wirtschaftskrisen sind Entscheidungskämpfe, die die Einzelkapitalien auf Leben und Tod miteinander ausfechten, damit die Akkumulation des Gesamtkapitals sich vollziehe. Der Schwächere, der mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht Schritt halten kann, bleibt auf der Strecke. So wirkt in der Blütezeit des Kapitalismus die Krisis als Sicherheitsventil zur Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft. Mit ihren Zirkulationstockungen und Arbeiterentlassungen, mit ihren Bankrotten gleicht sie gewaltsam die Widersprüche aus, die der anarchistische Charakter der kapitalistischen Produktionsweise mit sich bringt. In der Zeit der krisenhaften Stockung wird die

Akkumulation vollzogen. Das in der Zeit der Prosperität angesammelte Geldkapital wird in neue größere Fabriken und Maschinen verwandelt, die Vorbedingungen für eine neuere größere Prosperitätsperiode werden geschaffen. So wird ein aufsteigender Kapitalismus, die Zeit der Krisis trotz aller Vernichtung, die sie über einzelne, vor allem über die Massen des Proletariats bringt, ja gerade durch diese Vernichtung von Einzelexistenzen und Einzelkapital der Ausgangspunkt zu neuer mächtigerer Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte des Kapitals.

In gleicher Weise versucht der Kriegskapitalismus, die Kriegskrisis zu überwinden. Genosse Maslow berührt nicht einmal die Oberfläche der ökonomischen Erscheinungen des Krieges, wenn er zur Begründung der nur scheinbaren Akkumulation in Amerika und Japan sagt:

> „Die Nachkriegswirkungen zeigen, daß die Durchorganisierung des Weltwirtschaftssystems vor dem Krieg schon so weit gegangen war, daß eine Hypertrophie (Verfettung) von Einzelheiten weder vom (im ganzen kolossal abgemagerten) Gesamtsystem, noch von den Einzelteilen mehr vertragen wird."

Erinnerungen an Marienbad sind keine ökonomischen Erklärungen. Hätte sich Genosse Maslow ein wenig mit der Kapital-Akkumulation befaßt, so hätte er bemerkt, daß die „Erweiterung der Produktionsbasis" in Amerika und Japan nicht nur scheinbar gewesen ist, und daß die Nachkriegswirkungen der Weltkrisis alles andere, nur nicht diesen Satz beweisen. Vor allem hätte Genosse Maslow über „der Verfettung Amerikas" nicht die ökonomischen Kriegswirkungen in den besiegten Ländern, Deutschland insbesondere, vergessen dürfen. Denn gerade die von der amerikanischen wie von der Entwicklung der Entente überhaupt abweichende Entwicklung des deutschen Kriegskapitalismus ermöglicht allein das Verständnis für die verschiedensten sich durchkreuzenden Formen der Weltkrisis.

Einen Beweis für seine Behauptung von der nur scheinbaren Erweiterung des kapitalistischen Systems in Amerika und Japan erspart sich Genosse Maslow. Aber eine Erscheinung schon hätte ihn stutzig machen müssen, daß jener Kriegs-„Staats-Kapitalismus" um so geringer war, je stärker die politische und ökonomische Macht der betreffenden kriegführenden Staatengruppe, und daß umgekehrt mit der zunehmenden politischen und ökonomischen Schwäche der Kriegführenden der Kriegs-„Staats-Kapitalismus" zunahm. Amerika auf der einen, Deutschland auf der anderen Seite sind bezeichnende Beispiele dafür, ganz in Uebereinstimmung mit dem Marxschen Satz, „daß eine Kontrolle der kapitalistischen Produktion sich auf ausnahmsweise gemeinsame Schritte in Augenblicken großer unmittelbarere Gefahr und Ratlosigkeit beschränkt" (Kapitel III, 1, S. 96).

Will Genosse Maslow seine Scheinakkumulation in Amerika aus der Schwäche des „Staatskapitalismus" in den Vereinigten Staaten erweisen, und will er gar für Deutschland den umgekehrten Schluß aus seiner starkentwickelten Kriegswirtschaft ziehen? Wohl nicht.

IV.

Für Amerika und auch Japan ist der Krieg der Anstoß zur ungeheuersten Kapitalakkumulation ihrer Geschichte geworden. Der Schein deckt sich hier mit dem Wesen. Allein der Wert der Produktion Amerikas hat sich von 24,2 Millionen Dollar im Jahre 1914 auf 62,6 Mil-

lionen Dollar im Jahre 1920 gehoben. Noch deutlicher wird die Steigerung der Produktivität der Vereinigten Staaten als Ausdruck seiner gesteigerten Kapitalakkumulation in den folgenden Zahlen: *)

		1913	1918	
Kohle	Tonnen	517.—	615.—	
Roheisen 1913/14	„	35.50	39.03	(1917/18)
Kupfer	„	5.49	8.56	
Petroleum	Barrels	284.04	355.09	
Weizen (1914)	Tonnen	236.—	310.—	(1919)
Baumwolle	Ballen	14.09	11.09	(1917/18)
Verbrauch von Baumwolle (1910) in . . . . tausend	Tonnen	2250.—	3863.—	
Seeschiffbau in . . tausend	Tonnen	276.—	3033.—	
Automobile (1915)	Stück	892 618	1 974 016	(1919)

Schon die Zahlen des Schiffbaus zeigen, daß jene goldene Zeit des Kapitals, die längst entflohen schien, jene Zeit, da es in plötzlicher Expansion aller seiner Kräfte auf die Eisenbahnen sich stürzte, für das amerikanische Kapital während des Krieges wieder gekommen war.

Und der Grund für alles dies? Die Gesetze der Akkumulation enthüllen ihn. Für die Vereinigten Staaten — das gilt ebenso für Japan und im minderen Grade von England, nicht dagegen von Frankreich, das in der Mitte zwischen den „Siegern" und „Besiegten" steht — hat der Krieg alle Bedingungen der Akkumulation in der günstigsten Weise erfüllt.. Die politische Macht, die trotz der militärischen Niederlage der Alliierten keinen Augenblick erschüttert war, gab ihrem Kapitalismus die Produktivkräfte der ganzen Welt in die Hand und machte sie, Produktionsmittel wie Menschen, dem Kapital in den Fabriken und auf den Schlachtfeldern dienstbar. Gleichzeitig erfüllte der Krieg jenen anderen Traum des Kapitals: den Traum nach unbeschränkter Nachfrage, die dem Einzelkapitalisten die Sorge um den Markt abnimmt. Der „Staatskapitalismus" in Amerika erschöpft sich im Wesentlichen in einer unbeschränkten Nachfrage des Staates nach allen dem Krieg direkt und indirekt dienenden Waren. So wurde auf dieser Seite des Schützengrabens der Krieg selbst der mächtigste Hebel zur Durchsetzung und Beschleunigung der Akkumulation. Und er hatte jene für das Kapital unvermeidliche und unerwünschte Kehrseite der Verwandlung nichtkapitalistischer Wirtschafsformen in kapitalistische im Gefolge eben durch die vom Kriege selbst geforderte Indienststellung aller Produktivkräfte der Erde unter das Kommando der um den Sieg ringenden imperialistischen Staaten.

---

*) Die Zahlen sind der Broschüre Vargas: „Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft" entnommen, die mir während der Arbeit zu Gesicht kommt. Die einzige Feststellung Vargas, daß die Vereinigten Staaten im Kriege zu einem Industrie-Exportland geworden sind, widerlegt die ganze Maslowsche Theorie von der Schein-Akkumulation in Amerika, womit nicht gesagt sein soll, daß Vargas Krisentheorie bedenkenfrei ist. Die gleichen Bedenken stehen der Rede des Gen. Trotzki entgegen, die er auf dem Weltkongreß über die Wirtschaftslage gehalten hat und die dem Verfasser erst nach dem Abschluß der Arbeit bekannt geworden ist. Bei Vargas, wie bei Trotzki, wird die Lehre der Akkumulation vernachlässigt.

V.

Anders der deutsche Kriegskapitalismus. Dem deutschen Imperialismus, der 1914 ausgezogen war, die Welt zu erobern, wurde bald seine eigene Grundlage brutal amputiert: die Blockade schnitt ihn von seinem nichtkapitalistischen Milieu ab. Seine politische Ohnmacht wurde die Ursache seines ökonomischen Niedergangs. Aber diese Feststellung von dem Verlust seiner Grundlagen reicht nicht hin, um seinen Verfall mit dem Hinweis auf die Gesetze der Akkumulation zu begründen. Es ist vielmehr Aufgabe, diese Gesetze am konkreten Ablauf der ökonomischen Vorgänge in ihrer Richtigkeit zu erweisen.

Die Abtrennung des deutschen Imperialismus von seinen Existenzgrundlagen, seine Ohnmacht, nicht nur neue Ausbeutungsgebiete sich anzugliedern, sondern sogar nur die ihm gehörenden zu bewahren, bewirkte noch nicht seinen sofortigen Tod: der deutsche Kapitalismus hat den Krieg überstanden und lebt noch heute.

Die Nachfrage des Staates, die die Akkumulation in den Ententestaaten beflügelte, half auch dem deutschen Kapital über die Krisis des Kriegsausbruchs hinweg und ließen ihn einen neuen Zyklus seines Lebens beginnen. Aber während das Kapital in den Vereinigten Staaten, in Japan und zum Teil auch in England seine Akkumulation wirklich vollziehen konnte, war sie die Akkumulation gerade in Deutschland, auf das Genosse Maslow mit keinem Worte eingeht, nur scheinbar. Kein kriegführendes Land hat eine straffere Zusammenfassung aller seiner Kapitalskräfte gehabt als Deutschland mit seinem Hindenburg-Programm und seinen Kriegsgesellschaften. Aber obwohl die kapitalistische Maschine noch in Bewegung blieb, hörte während des Krieges die Akkumulation des Gesamtkapitals in der alten Weise auf.

Hier ist ein Unterschied zwischen der Verwertungsmöglichkeit von Einzelkapitalien und der Akkumulation des Gesamtkapitals zu machen, einUnterschied, den Genosse Maslow überhaupt nicht sieht. Das Leben des deutschen Kapitals während des Krieges und nachher beruht gerade darauf, daß einzelne Kapitalien und einzelne Kapitalsphären sich verwerten konnten, sogar vielfach stärker als früher, während die Akkumulation des Gesamtkapitals abnahm.

Die Organisation der Kriegswirtschaft in Deutschland wirkte sich dahin aus, einzelne Kapitalsphären auf Kosten des Gesamtkapitals sich verwerten zu lassen. Der Krieg schuf „neuen Reichtum" und häufte ihn in den Händen alter Kapitalisten wie neuer Reicher. Aber er schuf ihn durch die Zerstörung des Gesamtkapitals, von Produktionsmitteln und Menschen. Nicht d a ß Produktionsmittel zerstört, Arbeitskräfte vernichtet wurden, ist dabei das Entscheidende: das Kapital vernichtet von Anbeginn an Produktionsmittel und geht über Leichen. Sondern w i e zerstört wurde: darauf kommt es an. Das aufblühende Kapital, das schrankenlos akkumuliert, vernichtet Maschinen vor ihrem natürlichen Ende durch Schaffung neuer besserer Maschinen; es stößt wachsende Menschenmassen der ganzen Welt in Hunger und Tod durch die gewaltsame Auflösung nichtkapitalistischer Wirtschaftsformen sowohl, wie durch die dauernde Ueberflüssigmachung lebendiger Arbeitskraft durch wirksamere Maschinen. D i e s e r Zerstörungsprozeß des Gesamtkapitals geht Hand in Hand mit seiner technischen Vervollkommnung, der Vervollkommnung seiner organischen Zusammensetzung, der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und dem tendenziellen Fall der Profitrate.

Die Zerstörung des deutschen Kapitals während des Krieges dagegen war keine derartige, dem aufsteigenden Kapitalismus eigentümliche „produktive" Vernichtung, sondern wirklicher Zerfall des Gesamtkapitals.

Krupp, Stinnes, Haniel verwerteten sich während des Krieges. Aber sie verwerteten sich nicht auf Kosten der nichtkapitalistischen Wirtschaftsformen, sondern auf Kosten des deutschen Gesamtkapitals. Die Kriegswirtschaft in Deutschland wirkte wie eine große Saugpumpe: durch die Mechanik der Kriegsanleihen hat sie einmal das gesamte Geld- und Sparkapital in Deutschland mobilisiert und unter das Kommando der Schwerindustrie gestellt; durch die Kriegsgesellschaften hat sie alle sachlichen Produktionsmittel, alle überhaupt nur zu Roh- und Hilfsstoffen geeigneten Dinge unter Aufhebung ihrer Sachgestalt, unter der sie bisher der Produktion oder dem Gebrauch dienten, der Kriegsproduktion des Schwerkapitals ausgeliefert; durch die Bezirkskommandos und das Hilfsdienstgesetz hat sie alle Menschenkraft seinem Raubbau überantwortet. Die deutschen Kapitalmagnaten häuften Gewinn auf Gewinn. Aber das Gesamtkapital verfiel: statt neue zusätzliche Produktionsmittel und Arbeitskraft sich zuzuführen, wurden die vorhandenen vernichtet. An Stelle wirklich akkumulierten Sachkapitals trat Scheinkapital in der Form des ungeheuren Berges der Kriegsanleihen — der Staatsverschuldung an eben jene Kriegsverdiener.

Die Jahre des Weltkriegs waren für den deutschen Kapitalismus die Jahre der Vernichtung seiner besten lebendigen Arbeitskraft, der planmäßigen Zerstörung seiner Produktionsmittel, des unerhörten Raubbaues an ihnen. Ob Bergwerke, ob Eisenbahnen, ob Maschinen oder Fabrikgebäude: das ganze fixe Kapital wurde aufs äußerste ausgenutzt, ohne ausgebessert oder erneuert zu werden. Die Rohstoffe wurden bis zum letzten verbraucht. Das Hilfsdienstgesetz, das Hindenburg-Programm, die die Menschen- und Maschinenkraft zusammenfassen sollten, um durch die Zusammenraffung aller Kräfte den schon verlorenen Krieg zu wenden, und damit das Sprungbrett zu werden für den neuen größeren siegreichen Imperialismus, haben in Wahrheit den Raubbau an der Arbeiterschaft und an den Produktionsmitteln in ein System gebracht und dadurch den Grund zum Zerfall des deutschen Gesamtkapitals gelegt.

Als dann in dem militärischen Zusammenbruch klar wurde, daß der deutsche Imperialismus seine politische Macht verspielt hatte, daß der Boche zahlen müsse, statt daß ihm die anderen die Kriegsanleihen zahlten, da schaute hinter dem deutschen Kriegskapitalismus die grinsende Maske des Todes hervor.

(Fortsetzung folgt.)

Die Krise in England und die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Von Arthur Rosenberg.

England liefert das Schulbeispiel dafür, daß ein Land ökonomisch überreif sein kann für die proletarische Revolution, aber doch im ganzen ruhig bleibt, weil die geistige Entwicklung seiner Arbeiterschaft mit der ökonomischen nicht Schritt gehalten hat. Im Grunde genommen ist England schon 1848 für die Proletariermacht „reifer" gewesen als Rußland 1917. Im Juni dieses Jahres war in England die Situation derartig, daß man sie günstiger für eine soziale Revolution gar nicht hätte wünschen können. Groß-Britannien hatte 2 Millionen Arbeitslose, viele Hunderttausende Kurzarbeiter und überdies noch die großen Lohnbewegungen der Bergarbeiter, Textilarbeiter usw. Weit über 5 Millionen Proletarier standen in direktem Kampf mit dem bestehenden kapitalistischen System, und dies in einem Lande mit 45 Millionen Einwohnern! Dabei hat England noch keine Orgesch und keine Schupo und nur die ersten Ansätze zu einer technischen Nothilfe. Die weißgardistischen Banden des britischen Reiches sind in Irland konzentriert und sie werden dort auch vollauf in Anspruch genommen. England hat ein verhältnismäßig schwaches, stehendes Heer und eine Polizeitruppe, die beide in viel engerer Fühlung mit den breiten Massen stehen, als dies zum Beispiel in Deutschland der Fall ist. Es ist immerhin zweifelhaft, wie weit die herrschende Bourgeoisie auf diese Machtorgane bei einem wirklich ernsthaften Kampf mit proletarischen Millionen zählen kann. Die Polizisten Englands sind gewerkschaftlich organisiert, und es gibt in ihrem Verband sogar recht radikale Elemente; und beim letzten großen Bergarbeiterstreik hat sich so mancher Truppenteil geweigert, indirekt Streikbrecherarbeit zu leisten.

Trotz all dem ist die Krise des letzten Sommers ohne äußere Erschütterung des englischen kapitalistischen Staatsbaues vorübergegangen. Für den laufenden Monat ist wiederum mit einer ernsthaften Krise in dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu rechnen. Es sind zurzeit in England Lohnbewegungen im Gange, die über 5 Millionen Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen. Es handelt sich um die Metallarbeiter, die Schiffbauer, die Bergleute und die Landarbeiter. Um mit den letzteren anzufangen, hat die englische Regierung die gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft aufgegeben. Vom 1. Oktober ab funktioniert das Landarbeiter-Lohnamt nicht mehr. Die Großagrarier nützen die Situation kräftig aus, auf der ganzen Front ist der Lohnabbau im Gange, Massenentlassungen von Landarbeitern erfolgen, und die im Dienst behaltenen werden schärfer ausgebeutet

denn je. Der Vorstand des englischen Landarbeiter-Verbandes ist händeringend zum Landwirtschaftsminister Sir Arthur Boscawen gelaufen, hat sich aber, wie gewöhnlich, mit einigen Redensarten abspeisen lassen. Die englischen Metallindustriellen versichern durch den Mund ihres Vorstandes Sir Allan Smith, daß ein Lohnabbau angesichts der gegenwärtigen industriellen Lage unvermeidlich sei. Dabei treiben die englischen Metallindustriellen offenkundigste Produktionssabotage. Man kann ihnen Fälle nachweisen, in denen sie Aufträge direkt abgelehnt haben. Die 2½ Millionen Beschäftigten der englischen Metall- und Schiffbauindustrie wehren sich zunächst gegen die Lohnverkürzungen; es ist sogar der 12. Oktober als Termin für einen allgemeinen Streik genannt worden, aber inzwischen geht die Kuhhandelei weiter.

Besonders trostlos ist aber die Lage der englischen Bergarbeiter, die bisher stets im Klassenkampf in der vordersten Linie gestanden haben. Seitdem sie ihren großen Streik im letzten Sommer verloren haben, ist ihre Situation immer ungünstiger geworden. Auf der letzten Tagung des Vorstandes des englischen Bergarbeiter-Verbandes in London wurde ein düsteres Bild entrollt. Für einen Aufschwung der Bergbauindustrie in nächster Zeit sah man keine Aussicht. In verschiedenen Bezirken sind beinahe 40 Prozent der Bergleute arbeitslos. Der größte Teil der Arbeitenden leistet Kurzarbeit. Es gibt wahrscheinlich keinen einzigen Bergmann in Großbritannien, der im letzten Monat voll gearbeitet hat. Immer neue Zechen werden still gelegt. Das Lohnabkommen vom Juni wird von den Unternehmern nicht mehr eingehalten, und gegenwärtig ist ein neuer, kräftiger Lohnabbau zu erwarten, weil am 1. Oktober die drei Monate abgelaufen sind, innerhalb derer der englische Bergbau durch Staatszuschüsse über Wasser gehalten wurde. Der Staat hatte im Juni einen Betrag von 10 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt, um einen allzu schnellen Fall der Bergarbeiterlöhne bis zum 1. Oktober zu verhindern. Von den 10 Millionen sind aber nur 7 Millionen ausgegeben worden. Die Unternehmer verlangen jetzt, daß die Staatskasse erneut geöffnet wird und die restlichen 3 Millionen herausgibt. Und der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes kann auch nichts Besseres tun, als sich dem Wettlauf um die 3 Millionen Pfund Sterling anschließen.

Schon diese Krisen im Bergbau, im Schiffbau, in der Metallindustrie und in der Landwirtschaft würden genügen, um den Brennstoff für eine revolutionäre Riesenflamme zu liefern. Aber dazu kommt nun noch die allgemeine Arbeitslosigkeit. Im Juni hatte Großbritannien 2 Millionen Erwerbslose, die Unterstützung empfingen. Die offizielle Statistik derer, denen die Unterstützung ausgezahlt wird, nennt gegenwärtig nur 1½ Millionen Personen. Aber dazu kommen noch 300 000 andere, deren Unterstützungsfrist abgelaufen ist, und die buchstäblich dem Nichts gegenüberstehen. Der wirkliche Rückgang der Arbeitslosigkeit ist also unwesentlich. Bei den Besprechungen, die Lloyd George in Gairloch mit den maßgebenden kapitalistischen Fachleuten hatte, kam man zu dem Ergebnis, daß mit einer schnellen Besserung der Wirtschaftslage Englands nicht zu rechnen sei; vielmehr müsse man eine erhebliche Verschärfung der Krise im Laufe des kommenden Winters annehmen. Und die Arbeiterführer beurteilen die Aussichten ganz ebenso. Die Mittelchen, die Lloyd George und seine Sachverständigen zusammengebraut haben, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, nehmen sich kläglich genug aus. Der Staat will erstens den Gemeinden Zuschüsse

geben, damit sie Ausbesserungen und Neubauten von Gaswerken, Elektrizitätswerken usw. vornehmen können. So sollen Erwerbslose Beschäftigung finden. Aber mit Recht fragt selbst der bürgerliche „Manchester Guardian", wie man es sich denkt, durch dieses Herumdoktern an den städtischen Gaswerken etwa den erwerbslosen Textilarbeitern des Landes Brot zu verschaffen. Zweitens will die englische Regierung der Industrie durch Exportkredite aufhelfen; und damit kommt man in den Bereich der allgemeinen Weltwirtschaftskrise, von der ja die englische Krise nur ein Ausschnitt ist. Aber daß die Weisheit von Lloyd George und Sir Alfred Mond imstande sein sollte, das Weltwirtschaftsproblem im kommenden Winter zu lösen, das glauben diese Herren trotz ihres ausgiebigen Selbstbewußtseins wohl allein nicht. Wir müssen also damit rechnen, daß der kapitalistische Staat den englischen Arbeitslosen keine wesentliche Hilfe leistet, so daß die Zahl der Erwerbslosen — trotz vorübergehender Schwankungen — in den nächsten Monaten in aufsteigender Kurve bleiben wird.

Das Gefühl, daß man vor einer entscheidenden Krise der bestehenden englischen Gesellschaftsordnung steht, haben auch die rechtssozialistischen englischen Arbeiterführer. Aber die englische Gewerkschaftsbürokratie verwirft jeden Gedanken an eine Aenderung der kapitalistischen Ordnung durch Aktion der Arbeiterschaft. Bezeichnend sind dafür die Ausführungen, die kürzlich Herr Clynes, einer der angesehensten Vertreter der englischen Gewerkschaftsbürokratie alten Stils, gemacht hat. Auch er erklärte, daß eine Revolution kommt, wenn die gegenwärtigen Staatsmänner das Problem nicht zu lösen wissen, und daß dann das jetzige Wirtschaftssystem zusammenbrechen wird. Aber welche Maßregeln schlug er selbst vor? Clynes wünschte vor allem Revision des Versailler Vertrages, damit der internationale Handel sich wieder beleben kann. Er verlangte Entlastung der Industrie von zu hohen Steuern und Abgaben (!), damit sie billiger produzieren kann, und vor allem Maßregeln der hauptsächlichsten Regierungen Europas, um die Kredit- und Währungsverhältnisse zu bessern.

So sieht es in den Köpfen der rechten Arbeiterführer Englands aus! Aber die Zentristen Englands sind ebensowenig der gegenwärtigen Situation gewachsen. Die Leitung der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands hat kürzlich den Entwurf eines neuen Parteiprogramms veröffentlicht, der dem nächsten Parteitag der englischen Unabhängigen in Nottingham vorgelegt werden soll. Der Entwurf hat sehr brave Grundsätze; er empfiehlt den Sozialismus, d. h. einen Zustand, in dem „Land und Kapital der Allgemeinheit gehören", ferner erstrebt man die politische Demokratie und die industrielle Demokratie. Aber im ganzen macht dieser Entwurf den Eindruck, als ob seine Verfasser auf dem Mond und nicht auf dieser Erde gesessen hätten. Es fehlt jeder noch so lockere Zusammenhang mit den realen Problemen, die gegenwärtig für das englische Proletariat an der Tagesordnung sind. Es ist klar, daß auch die Unabhängige Arbeiterpartei Englands nicht imstande sein wird, der Arbeiterschaft klare Ziele zu zeigen und den Weg, auf dem man zum Ziele kommen muß. Nur die junge Kommunistische Partei Englands ist es, die wirklich die Massen zum Klassenkampf gegen das Kapital vereinigen will.

Die gegenwärtige ökonomische Hochspannung hat dazu beigetragen, daß im Lande eine Massenbewegung erzeugt wurde, die entschieden revolutionäre Züge trägt. Die großen Demonstrationen

der Arbeitslosen häufen sich und führen fast täglich zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Versammlungen der Reformsozialisten und Gewerkschaftsführer werden von den erbitterten Massen gesprengt. Die sozialistischen Gemeindeverwaltungen haben den Kampf mit der kapitalistischen Regierung aufgenommen. Drei Gemeinden Groß-Londons haben bereits den Steuerstreik proklamiert, und 30 sozialistische Stadtverordnete von Poplar sind lieber ins Gefängnis gegangen, als daß sie die Vorschriften der vorgesetzten Behörden erfüllten. Es besteht kein Zweifel, daß ein gewisser linker Flügel der englischen Arbeiterpartei sich herausbildet. Die englische Arbeiterpartei ist ja ein Gebilde, das in dieser Art unter den politischen Arbeiterorganisationen der Welt kein Seitenstück findet. Es ist die Verkoppelung eines riesigen Gewerkschaftskartells mit einigen winzigen politischen Vereinen. Die kleinen politischen Vereine der Unabhängigen Arbeiterpartei stehen innerhalb der Labour Party friedlich neben den gewaltigen Gewerkschaftsverbänden. Auch die Kommunisten Englands gehören der Arbeiterpartei an, zwar nicht als politische Organisation, aber als Einzelpersonen, sofern sie gewerkschaftlich organisiert sind. Die Arbeiterpartei ist infolgedessen kein festgefügtes politisches Gebilde mit einheitlichem Programm und Ziel, sondern ein ungeheures Chaos, in dem alle Strömungen des englischen Proletariats zu finden sind. Von den Gewerkschaftsbürokraten alten Stils ist ebensowenig eine aktive Handlungsweise zu erwarten, wie von den matten zentristischen Theoretikern der „unabhängigen" Richtung. Aber der Arbeiterpartei gehört doch auch Lansbury an, der Chefredakteur des „Daily Herald", und sein Kreis. Lansbury vertritt immer noch die formale Demokratie, und er lehnt die Anwendung der Gewalt im politischen Kampf ab. Aber er erkennt doch die Notwendigkeit, daß die Massen sich gegen die jetzige Unternehmeroffensive zur Wehr setzen müssen. Die wichtigsten politischen Parolen, die zurzeit das englische Proletariat in Bewegung bringen, gingen von Lansbury und seinem Kreis aus. So hat der „Daily Herald" dauernd den Arbeitslosen gepredigt: Geht zu der Armenverwaltung! Denn nach englischem Recht ist die kommunale Armenverwaltung verpflichtet, jeden Menschen, der keinen Unterhalt hat, entweder ins Arbeitshaus zu stecken, oder sonst zu ernähren. Nach der Parole des „Daily Herald" sind die englischen Arbeitslosen zu Tausenden nach den Sitzen der Armenverwaltungen marschiert, und sie stellten die Forderung, daß man sie entweder ins Armenhaus aufnehmen oder angemessen mit Geld unterstützen müsse. Für das Millionenheer der Arbeitslosen Großbritanniens ist selbstverständlich in Armenhäusern kein Platz; so mußten viele Armenverwaltungen unter dem Druck der hungernden Massen erhebliche Zuschläge zu den staatlich festgesetzten Unterstützungssätzen bewilligen. Lansbury und seine Freunde beherrschten auch die Stadtverwaltung von Poplar, welche die Steuermittel ihres Bezirkes für die Arbeitslosen verwendete, und sich dann außerstande erklärte, die vom Grafschaftsrat (Provinzialverwaltung) ausgeschriebenen Steuern einzuziehen. Lansbury ist ja zusammen mit 29 Kollegen aus Poplar ins Gefängnis gegangen.

Die bisherigen Ereignisse haben jedoch klar bewiesen, daß auch diese Schritte des linken Flügels der Arbeiterpartei zu keinen entscheidenden Ergebnissen führen können. Die Arbeitslosen-Kundgebungen verpuffen, und selbst die Verhaftung der 30 Stadtverordneten hat, so revolutionierend sie hätte wirken können, das Londoner Prole-

tariat nicht zur Aktion gebracht. Führer, die immer noch an die formale Demokratie glauben, können höchstens mit leidender Miene ins Gefängnis gehen, aber sie können aus ihrem eigenen Opfer nicht die nötigen Konsequenzen ziehen. Die höchst achtbare Handlungsweise der Stadtverordneten von Poplar bleibt unter den jetzigen Umständen eine Demonstration; zwar eine eindrucksvolle Demonstration — aber nicht mehr.

Die junge Kommunistische Partei Englands hat gezeigt, daß sie rücksichtslos und opferwillig ihre Aufgabe anfaßt. Dutzende von unseren englischen Genossen sitzen gegenwärtig wegen „aufrührerischer Reden" in Haft. Aber die Partei hat noch nicht diejenige Fühlung mit den Massen gewonnen, die nötig wäre, um die englische Bewegung wirklich revolutionär vorwärts zu treiben. Bezeichnend ist es, daß auf dem letzten Gewerkschaftskongreß von Cardiff zwar Kommunisten vorhanden waren, daß aber keine kommunistische Fraktion äußerlich in Erscheinung trat, die systematisch den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie aufgenommen hätte. Gerade in Cardiff haben sich die englischen Amsterdamer so schamlos prostituiert, daß eine, wenn auch kleine kommunistische Oppositionsgruppe ihnen mit stärkster agitatorischer Wirkung die Maske vom Gesicht hätte reißen können. Ebenso gehen bis jetzt die wirklich zugkräftigen Parolen für die Arbeitslosenbewegung noch vom linken Flügel der Arbeiterpartei aus. Der Einfluß der Kommunisten unter den Erwerbslosen ist zwar in ständigem Wachsen begriffen, aber er ist noch nicht stark genug, um dieses proletarische Millionenheer wirklich zur revolutionären Aktion zu führen. Die englischen Kommunisten haben die Aufgabe, die Zersetzung der Arbeiterpartei zu beschleunigen, alle Elemente der Labour Party an sich zu ziehen, die den ehrlichen Klassenkampf wollen, und so endlich eine Situation herbeizuführen, in der die politische Reife der britischen Arbeiterbewegung die Höhe der ökonomischen Reife ihres Landes erreicht. Erst dann wird die Stunde der englischen Revolution geschlagen haben!

Literatur.

Oberst Bernhard Schwertfeger: Der Fehlspruch von Versailles. Abschließende Prüfung der Brüsseler Aktenstücke. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin.

Daß wir hier keine objektive kritische Arbeit vor uns haben, zeigt schon der Titel der Schrift. Der Verfasser bemüht sich, die wilhelminische Politik weißzuwaschen. Ein Bestreben, dem sich ja schon bürgerliche und militärische Autoren in Menge unterzogen haben. Ihre Leistungen sind wissenschaftlich ebenso viel wert wie auf der anderen Seite die Drehorgel von Kautsky und Ströbel von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld. Aber das Buch Schwertfegers hat doch einen gewissen Wert, weil es einen Auszug aus einer sehr umfangreichen und wenig bekannten Aktensammlung darstellt. Die belgischen Gesandtschaftsberichte sind ja bekannt, die im Jahre 1915 die deutsche Regierung veröffentlichen ließ, um durch diese angeblichen Stimmen aus Feindesmund ihre Politik zu rechtfertigen. Damals sind aus den Brüsseler Archiven nur 119 Stücke herausgeholt worden, die dem deutschen Propagandazweck am besten entsprachen. Demgegenüber bereitete Oberst Schwertfeger schon während des Krieges eine Gesamtausgabe der belgischen diplomatischen Papiere vor, die in Brüssel in die Hand der deutschen Eroberer gefallen waren. Das Werk erschien erst 1919. Es wurden fünf Bände unter dem Titel „Zur europäischen Politik 1897 bis 1914". Das Material dieses großen Werkes hat nun Schwertfeger in dem vorliegenden, nur 200 Seiten starken Buch ausgezogen. Wenn man auch seine Schlußfolgerungen durchaus nicht billigt, so sind doch seine Originalzitate aus den belgischen Dokumenten nützlich, und man kann daraus manches Neue zur Charakterisierung der kapitalistischen Weltpolitik in den Jahrzehnten vor dem großen Krieg entnehmen. A. R.

Herbert Kraus, Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Königsberg: Vom Wesen des Völkerbundes. 1920. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin.

Derselbe: Der Völkerbund und die Friedensverträge. 1920. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin.

Es handelt sich hier um zwei Broschüren, von denen die eine dem Grafen Brockdorff-Rantzau, dem „zielbewußten Führer der deutschen Friedensdelegation" gewidmet ist. Das charakterisiert die Stellung des Verfassers zu den vorliegenden Problemen. Prof. Kraus gehört zu den gemäßigten bürgerlichen Pazifisten, die an den Völkerbundsgedanken glauben, aber den gegenwärtigen Völkerbund verwerfen, weil er gegen Deutschland zu ungerecht sei. Mit der kindlichen Weltauffassung des Verfassers und der anderen Leute desselben Schlages braucht man sich nicht weiter auseinanderzusetzen. Die beiden Broschüren sind aber als staatsrechtliche Untersuchungen über die formelle Gestaltung des Völkerbundes nützlich. A. R.

Bibliographie
des Sozialismus und Kommunismus.

August 1921.

Zusammengestellt von Ernst Drahn,
Berlin-Steglitz, Forststraße 5.

Agrar-Programm der KPD. (15 S.) Frankes Verlag G. m. b. H. Berlin 1921. M. —,50. Oktavformat.

Ardinger, Heinrich: **Sozialdemokratie und Landwirtschaft.** 2. Aufl. (63 S.) Heimatverlag. Graz 1921. M. 5,—. Oktavformat.

Barthel, Max: **Der rote Ural.** (75 S., illustr.) Verlag Junge Garde. Berlin 1921. M. 6,—. Oktavformat.

Bericht der Zentrale an den 2. Parteitag der KPD. am 22. bis 26. August 1921 in Jena. (112 S.) Herausgegeben von der Zentrale der KPD. Oktavformat.

Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD. (Linke) und KPD. (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920. Anhang: Bericht über den 1. Frauentag am 8. Dezember 1920 in Berlin. (334 S.) Frankes Verlag G. m. b. H. Berlin-Leipzig 1921. Etwa M. 15,—. Oktavformat. (Im Erscheinen.)

Bringolf, Walther: **Russische Reise 1920.** (154 S.) A. Seehof & Co. Berlin 1921. Geh. M. 15,—, geb. M. 18,— Oktavformat.

Brügel, L.: **Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie.** I. Band: Aus der Frühzeit bis zum Wiener Hochverratsprozeß. (300 S.) Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1921. Geh. M. 60,—. Oktavformat.

Bubnow, A.: **Die Hauptmomente in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Rußlands.** (78 S.) Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig-Berlin 1921. M. 1,—. Halboktavformat.

Bulletin des Auslands-Komitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für das hungernde Rußland. Deutsche Ausgabe. Nr. 1 vom 17. August 1921. Herausgeber Willy Münzenberg, Berlin 1921. Quartformat.

David, Dr. Eduard: **Um die Fahne der deutschen Republik.** (32 S.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1921. M. 2,—. Oktavformat.

Dick, E. Dr.: **Das Geldwesen und der Weg zum sozialistischen Staat.** 2. Aufl. Freiland-Freigeld-Verlag, Leipzig-Erfurt 1921. M. 1,—. Oktavformat.

Hildermann, Heinrich: **Urkommunismus und Vorreligion.** (396 S.) A. Seehof & Co., Berlin 1921. Geh. M. 36,—, geb. M. 50,—. Oktavformat.

Israf Gg. Engelbert: **Jung und Alt in der proletarischen Jugendbewegung.** (24 S.) Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin 1921. M. 2,50. Oktavformat.

— **Was muß der Betriebsrat vom Kapitalismus und Sozialismus wissen?** Verlag der Gen.-Druckerei, Elberfeld, 1921. M. 2,—. Oktavformat.

Hartmann, Ludo, Prof. Dr., und Nikolaus Henningsen: **Der neue Geschichtsunterricht.** (48 S.) Buchdruckerei „Vorwärts", Berlin 1921. M. 5,—. Oktavformat.

Helft! Rußland in Not. (48 S., illustr.) Auslieferung, Der Marlik-Verlag. Berlin 1921. M. 3,—. Oktavformat.

Herkner, Heinrich, Prof. Dr.: **Die Arbeiterfrage, 2 Bände** (XVI, 584 S. und XIV, 624 S.). Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin 1921. Geb. 90,—. geh. M. 110,—. Oktavformat.

Hölz' Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft. (29 S.) Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig-Berlin 1921. M. 2,—. Oktavformat.

Der Kampf gegen den Hunger. Bulletin der Presseabteilung bei der Vertretung der R. S. F. S. R., Berlin Nr. 1. August 1921. Berlin 1921. Fol.

Kampffmeyer, Paul: **Das deutsche Volk und die deutschen Fürsten in der deutschen Einheitsbewegung.** (47 S.) Buchhandlung „Vorwärts", Berlin 1921. Oktavformat.

Kersten, Kurt: **Ein europäischer Revolutionär, Georg Förster.** (94 S.) A. Seehof & Co., Berlin 1921. Geh. M. 10,—, geb. M. 14,—.

Lampl, Walther: **Die Revolution in Groß-Hamburg.** W. Gente, Hamburg 1921. (Im Erscheinen.)

Lenin, N.: **Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück.** A. Seehofer & Co., Berlin 1921. Geh. 6,—, geb. 9,50 (im Erscheinen).

— **Die ökonomische Grundlage der „Volkstümler".** A. Seehof & Co., Berlin 1921. Geh. M. 12,—, geb. M. 16,— (im Erscheinen).

— **Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der bürgerlichen Revolution.** A. Seehof & Co., Berlin 1921. Geh. M. 8,—, geb. M. 12,—.

— **Was tun?** A. Seehof & Co., Berlin 1921. Geh. M. 10,—, geb. M. 14,—. Oktavformat. (Im Erscheinen.)

Leubuscher, Charlotte, Dr.: **Sozialismus und Sozialisierung in England.** (X, 229 S.) G. Fischer, Jena 1921. M. 30,—. Oktavformat.

Leunawerk, Das. Lehren der Märzaktion. (32 S.) Frankes Verlag, Leipzig-Berlin 1921. M. 2,—. Oktavformat.

Literatur-Blatt. Frankes Verlag, Berlin-Leipzig. 1. Jahrgang Nr. 1. August 1921. (4 S.) Redaktion Ernst Drahn. Frankes Verlag, Leipzig-Berlin 1921. Oktavformat.

Nagel-Anklam, Dr.: **Zur Geschichte des deutschen Landarbeiterverbandes.** (19 S.) Zentralverband der Landarbeiter, Berlin 1921. M. 1,—. Oktavformat.

Panin, Viktor: **Die Sühne.** (272 S.) A. Seehof & Co., Berlin 1921. Br. M. 16,—, geb. M. 20,—. Oktavformat.

Pankhurst, E. Sylvia: **Die große Verschwörung gegen den russischen und den deutschen Sozialismus.** (27 S.) Verlag der Kommunistischen Internationale, Petrograd Smolny. Oktavformat.

Pannier, Karl: **Betriebsrätegesetz für das Deutsche Reich.** (104 S.) Universal-Bibl. 6099. Ph. Reclam jun., Leipzig 1921. Geh. M. 1,50, geb. M. 2,50. Oktavformat.

Parvus: **Aufbau und Wiedergutmachung.** Verlag für Sozialwissenschaften. Berlin 1921. M. 60,—. Oktavformat.

Paumgartten, Karl: **Judentum und Sozialdemokratie.** (60 S.) 2. Aufl. Heimatverlag Graz (1921). M. 5,—. Oktavformat.

Pawlowitch, Mich.: **Die ökonomische Entwicklung der Agrarfrage in Persien im XX. Jahrhundert.** (62 S.) Frankes Verlag, Leipzig-Berlin 1921. M. 1,—. Format: 16°.

Polano-Rom, Luige: **Wie weit ist heute eine Autonomie der Kommunistischen Jugendorganisation in der kommunistischen Bewegung möglich.** (23 S. Verlag: „Junge Garde", Berlin 1921. M. 2,—. Oktavformat.

Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der USPD. vom 6—8 April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. I. 1917 in Berlin. Herausgegeben von Emil Eichhorn. (120 S.) A. Seehof & Co., Berlin 1921. M. 12,—. Oktavformat.

Radek, Karl: **Der Weg der Kommunistischen Internationale.** (86 S.) Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. M. 1,50. Oktavformat.

Radek, Karl: **In den Reihen der deutschen Revolution** 1909—1919. (464 S.) Kurt Wolff, Verlag München 1921. Geh. 60,—, geb. 75,—. Oktavformat.

Schöny, Otto: **Bolschewismus contra Bolschewismus.** (31 S.) (Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin 1921.) Oktavformat.

Sinclair, Upton: **100 Proz. Roman eines Patrioten.** (337 S., illustr. von G. Grosz.) Uebersetzt von Hermynia zur Mühlen. Der Marlik-Verlag, Berlin 1921. Pappband M. 18,—. Oktavformat.

Sinowjew, G.: **Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht.** (102 S.) Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. M. 2,—. Oktavformat.

— **Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale.** (104 S.) Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. M. 1,50. Oktavformat.

Snowdon, Philipp: **Durchs bolschewistische Rußland.** Oldenburg & Co., Berlin 1921, etwa 15,— M. (im Erscheinen).

Sowjetrußland und seine Kinder (illustriert). Der Malik-Verlag, Berlin 1921. M. 2,—. Oktavformat.

Tews, J.: **Sozialdemokratie und öffentliches Bildungswesen.** (91 S.) H. Beyer & Söhne, Langensalza 1921. M. 7,20. Oktavformat.

Thesen und Resolutionen des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. M. 2,50. Oktavformat. (Im Erscheinen.)

Veröffentlichungen des Verlages der Wochenschrift „Aktion". (8 S.) Verlag der Aktion, Berlin 1921 (gegen Porto).

Wann endet die Not der Frauen? (16 S.) Frankes Verlag, Leipzig-Berlin 1921. M. 1,—. Oktavformat.

Für den Inhalt verantwortl.: Walter Stoecker-Berlin - Druck: Friedrichstadt-Druckerei G.m.b.H.

Die Internationale

Jahrg. 3 | 8. November 1921 | Heft 14

Aus technischen Gründen konnte diese Ausgabe erst heute erscheinen.

Adresse für Zusendungen:
Frankes Verlag G. m. b. H., Berlin SW., Blücherplatz 2
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Vom deutschen Marionettentheater

Th. Berlin, 3. November.

Nichts beleuchtet so grell den Zerfall des bürgerlichen Deutschlands als der Regierungwechsel im Reiche und die daran anschließende Regierungskrise in Preußen. Die nationale Phrase ging hoch beim Untertauchen und beim Wiederauftauchen des Kabinetts Wirth. Würde die deutsche Bourgeoisie auch nur einen Schimmer von Gefühl für die wirkliche nationale Ehre besitzen, so hätte ihr gerade dabei die nationale Phrase im Halse stecken bleiben müssen. Denn die Drahtzieher der Schwerindustrie und der Großfinanz, die mit dem Schwarm ihrer politischen Hausknechte das Marionettenspiel des Regierungswechsels ausgeführt haben, sind dabei selber nur Marionetten des Auslandes gewesen. Die einen tanzten an den Fäden Englands, die anderen an denen Frankreichs, und eine dritte Fraktion tanzt abwechselnd an beiden Fäden. Die nationale Würde und Ehre hatte dabei etwa so viel zu tun, wie es in den jammervollen Zeiten des 17. und 18. Jahrhunderts in der Politik der deutschen Territorialfürsten zu tun hatte, vom nationalen Interesse ganz zu schweigen. Es ist dieselbe Schmach im Innern wie im Aeußeren. Nur daß sie im 17. Jahrhundert sich noch zynisch offen geben konnte, während in der deutschen Republik des Jahres 1921 die Flagge der Demokratie und Republik jeden politischen Schacher und jede politische Schiebung decken muß.

Der Sturmlauf von Stinnes, Stresemann gegen das Wirth-Kabinett geschah auf direktes Kommando Englands. England gab direkt zu verstehen, daß Wirth zu sehr französisch orientiert sei, und daraufhin begann Stresemann seine Kampagne. Dabei versteht sich, daß die Marionetten Englands genau so um den erhofften Preis in Oberschlesien geprellt wurden, wie die Marionetten Frankreichs um ihren Preis geprellt werden. Das Schicksal Oberschlesiens und damit das Schicksal der deutschen Kabinette wurde bestimmt auf den Schlachtfeldern Kleinasiens und wird entscheidend beeinflußt durch die bevorstehende Diplomatenschlacht in Washington. Die Aussichten für ein ungeteiltes Oberschlesien waren für die deutsche Bourgeoisie günstig, als die Truppen des Königs Konstantin ihre Offensive bis nahe an Angora führten, als die Schlacht am Sakaria die griechische Armee in die Flucht jagte und die englischen Pläne in Vorderasien einen schweren Schlag erhielten, da wurde Oberschlesien für England ein Kompensationsobjekt für seine Geschäfte im vorderen Orient. Oberschlesien fiel in seinem wichtigsten Teil Polen zu, Frankreich errang einen vollen Sieg, und das erste Kabinett Wirth sank in die Tiefe. Die Blicke der

deutschen Bourgeoisie richteten sich jetzt auf England. Aber England ist eben im Begriff, seinen Gang nach Washington anzutreten, und es kann jetzt noch weniger Frankreich vor den Kopf stoßen als zuvor. Die Rede Briands in Nazaire, die Rede Noblemaires in Genf und eine Reihe anderer Vorgänge lassen auf den Versuch einer französisch-amerikanischen Verständigung gegen England schließen. Es ist klar, daß unter diesen Umständen England Frankreich freie Hand lassen wird gegenüber Deutschland und daß die englische Fraktion der schwerindustriellen Herrscher Deutschlands nicht minder geprellt sein wird wie die französische.

Die Schadloshaltung für alle diese mißglückten Manöver sucht sich die Schwerindustrie und Finanz auf deutschem Boden, am deutschen Volk. Das zweite Kabinett Wirth, das einigermaßen beschädigt aus der Unterwelt wieder emporgetaucht ist, ist womöglich noch stärker in der Hand der Stinnes-Gruppe, als es das erste Kabinett war. Das erste Kabinett Wirth hatte schon seine Steuervorlagen im Sinne der Schwerindustrie revidiert, und das zweite Kabinett Wirth hat sie wieder aufgenommen. Mitte Januar sind schon wieder neue große Zahlungen an die Entente fällig. Damit hat die Großfinanz und die Schwerindustrie die Daumenschrauben in der Hand, die sie je nach Belieben anziehen kann.

Das zweite Kabinett ist schon so eingerichtet, daß es nur einiger kleiner Verschiebungen bedarf, damit die Mannschaft von Stinnes sich an die ihr zusagenden Plätze setzen kann. Und es hat allen Anschein, daß auch das preußische Kabinett, das das Kabinett Stegerwald ablösen soll, auf dieselbe Art verschieblich eingerichtet werden soll. Die Sozialdemokratie und die Unabhängigen folgen diesen Uebergangskabinetten wie das Eisen dem Magnet oder vielleicht besser gesagt, wie die Hyäne dem Aas. Es ist wahrhaftig nicht ihre Schuld, daß die Stinnes-Koalition noch nicht fertig ist.

Die Kommunistische Partei hat die Kabinettskrise im Reich benutzt, um den arbeitenden Massen handgreiflich zu zeigen, daß keinerlei Zwang bestehe, sich unter das Kommando der Platzhalter von Stinnes zu begeben. Sie zeigte die Punkte, sie zeigte die Hebel, mit denen sich heute die breitesten Massen in den Kampf führen ließen. Wenn aber keine der Forderungen, die die Kommunisten aufgestellt haben, direkt kommunistisch ist, wenn jede von ihnen nur das ausdrückt, was heute Gemeingut der Arbeiterschaft ist, so ist gerade das der Grund, warum Mehrheitssozialisten und Unabhängige sich hüten, dieses heiße Eisen anzufassen. Jeder ernsthafte Kampf der Massen um noch so beschränkte Ziele muß in seinem Verlauf den holden Bereich der bürgerlichen Demokratie überschreiten, in dem für die Ausplünderung und Niederhaltung der Massen bequeme Ministersessel und andere Regierungssitze zu haben sind. Was diese Herrschaften im Sinne haben, das zeigt klar genug die Rede, die Herr Severing vor einigen Tagen in Breslau hielt und in der er sich anbot, bei kommenden Arbeitslosenunruhen und ähnlichen Dingen, die das gute Geschäft der Bourgeoisie stören, tatkräftig einzuspringen. Die Art dieses Angebots deutet nicht darauf hin, daß in den Massen die Neigung bestehen wird, sich ebenfalls Herrn Stinnes zu unterwerfen. Und die Herren Severing und Genossen dürften sich täuschen, wenn sie glauben, daß es ihnen das nächste Mal so leicht gehen werde, wie es in Mitteldeutschland ging.

Die deutschen Arbeiter haben sich lange genug von der Fata Morgana der Demokratie und des kapitalistischen Aufbaues nasführen lassen. Aber auf die Dauer werden ihnen die fettesten Dividenden

r industriellen Aktionäre, die höchsten Effektenkurse und die angehmsten Regierungsposten ihrer Führerschaft nicht darüber hinweglfen, daß ihre Bissen immer schmaler werden und daß die „Demoatie" eine immer fragwürdigere Dekoration für die Manöver der Konrne und Trustgewaltigen wird.

Und in einer Zeit, wo nach innen und außen politisch und wirthaftlich der Bankrott des bürgerlichen Deutschland immer greifbarer ird, wird es ihnen schwerlich einleuchten, daß sie sich unter das Komando von Stinnes zu beugen haben, weil angeblich der Kommunisus in Sowjetrußland bankrott gemacht habe. Die sozialdemokratische nd unabhängige Presse ist außer sich vor Freude über diesen angebhen Bankrott der kommunistischen Wirtschaftspolitik in Sowjetrußnd, aber wir glauben nicht, daß der Bankrott des Proletarierstaates n hinreichender Trost wäre für den Bankrott im bürgerlichen Deutschnd. Das Angebot der Sowjetregierung an die Ententemächte, für die aristischen Schulden einzustehen, das eben erfolgt ist — worauf Unabängige und Mehrheitssozialisten die „Kapitulation der Sowjetregieung" marktschreierisch verkündeten —, leitet nicht einmal einen neuen urs der Bolschewiki ein. Schon im Jahre 1919 veröffentlichte der Daily Herald" in London das gleiche Angebot, das damals William ullit als eine der Bedingungen, die anzunehmen Moskau sich beeit erklärt hatte, nach England überbrachte. Und in diesen Tagen ach der Brüsseler Konferenz — nicht mehr, um den Frieden m jeden Preis zu erkaufen, sondern auch noch, um alles enschenmögliche für das Hungerhilfswerk zu tun — hat Sowjetußland wiederum in einer offiziellen Note an die Entente ihr damaliges ngebot erneuert und sich bereit erklärt, die Vorkriegsschulden des arismus anzuerkennen unter der Voraussetzung der völkerrechtlichen nerkennung Sowjetrußlands und der ernsthaften Aufnahme von Handelsbeziehungen. Die Ententemächte haben auch jetzt wieder in ihrer resse keine große Neigung bekundet, auf dieses Angebot einzugehen, enn sie spekulieren darauf, daß der Hunger Sowjetrußland mürbe achen werde, und sie bereiten alles vor, um die Gelegenheit zu einem euen Angriff auf den Proletarierstaat auszunützen. In Polen reiht Pilsudski eine Provokation an die andere. In Ungarn und in der Tschecho-Slowakei sichert sich die Entente die Kräfte, die sie in ihren Dienst stellen kann. Das europäische Proletariat wird das Angebot Sowjetrußlands anders auffassen. Wie nahe oder wie fern es dem Gedanken der Weltrevolution stehen mag, so weiß es jedenfalls, daß es die Opfer neuer imperialistischer Abenteuer zu tragen hätte, und daß es das unmittelbarste Interesse daran hat, daß ihm der Wiederaufbau Sowjetrußlands neue Arbeitsgelegenheit schaffe. Die Voraussetzung dafür ist die Anerkennung Sowjetrußlands, ernsthafte Handelsbeziehungen und die Gewährung der Kredite, die Sowjetrußland braucht, um die ersten technischen Voraussetzungen für seinen Wiederaufbau zu schaffen. Die kommunistischen Parteien werden dafür zu sorgen haben, daß der letzte Schritt Sowjetrußlands weder in den diplomatischen Kanzleien Europas, noch auf den Parteibüros der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaftsbürokratie seine endgültige Erledigung findet.

Die Sowjet-Regierung und die zaristischen Schulden.

Wortlaut der Note Tschitscherins an die englische Regierung.

Uebereinstimmend mit den Ankündigungen in der Presse Westeuropas hat die Brüsseler Mächtekonferenz als eine Bedingung, Rußland mit Krediten zur Bekämpfung der Hungersnot zu helfen, von der russischen Regierung die Anerkennung der Schulden der ihr vorausgegangenen Regierung gefordert. Bis jetzt hat die russische Regierung keine Mitteilung über die Beschlüsse dieser Konferenz erhalten. Die russische Regierung hat aber angesichts der hungernden Bevölkerungsmassen dennoch beschlossen, von den Finessen der diplomatischen Etikette abzusehen und es für ihre unbedingte Pflicht gehalten, sofort ihren Standpunkt zu den Brüsseler Entscheidungen zu erklären.

Herr Lloyd George, der englische Ministerpräsident, nannte es in seiner Rede vom 16. August d. J. im englischen Parlament „eine teuflische Absicht", daß man vorschlage, Vorteil aus dem russischen Hunger zu ziehen und Rußland zu zwingen, die zaristischen Schulden anzuerkennen. Das hat die Brüsseler Konferenz, die sehr wohl darüber informiert war, daß die Ausdehnung der Hungersnot der Sowjetregierung unmöglich mache, aus eigener Kraft die unglückliche Bevölkerung zu retten, nicht abgehalten, der Sowjetregierung die Anerkennung der alten Schulden als Bedingung aufzuerlegen, wenn ihr Kredite eröffnet werden sollten, ohne die eine ernstliche Hilfe für die Hungernden unmöglich ist.

Die russische Regierung lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen aller Länder und aller Bürger, denen die Interessen der Menschlichkeit teuer sind, auf dieses Verhalten der Brüsseler Konferenz, erklärt aber gleichzeitig, daß das Ansinnen, unter gewissen Bedingungen die alten Schulden anzuerkennen, gegenwärtig ihren eigenen Absichten entspricht.

Seit dem Anfang ihres Bestehens hat die Sowjetregierung als eines der Hauptziele ihrer Wirtschaftspolitik die Zusammenarbeit mit anderen Mächten angestrebt. Sie hat sich immer wieder bereit erklärt, solchen ausländischen Kapitalisten bereitwilligst entgegenzukommen, die mithelfen wollten, die natürlichen Reichtümer Rußlands zu verwerten und seinen Wirtschaftskörper wieder in Gang zu setzen. In den öffentlichen Erklärungen des Präsidenten der Republik der Vereinigten Staaten sowohl wie der englischen Minister findet sie nun tatsächlich häufig den Gedanken ausgesprochen, daß drei Jahre nach Beendigung des Weltkrieges noch immer kein wirklicher Frieden eingetreten sei, daß das Elend der Bevölkerungsmassen mehr und mehr sich steigere, daß die öffentlichen Schulden anwüchsen und der Ruin ständig um sich greife.

Es ist vollkommen gewiß, daß man nicht an die Wiederherstellung eines allgemeinen Friedens ohne Rußland und seine 130 Millionen Einwohner denken kann. Es ist unmöglich, dem Zusammenbruch ohne Hilfeleistung für Rußland entgegenzutreten, und das Weltproblem allererster Ordnung der Beziehungen anderer Länder zu Rußland kann nicht ohne Einklang mit der Sowjetregierung gelöst werden. Vom Standpunkte der dauernden Interessen und der beständigen Nöte aller Staaten und aller Völker ist der Wiederaufbau Rußlands eine unbedingte Notwendigkeit nicht nur für Rußland selbst, sondern besonders auch für die anderen Länder.

Der Mangel wirtschaftlicher Beziehungen mit den anderen Ländern aber macht den Wiederaufbau Rußlands zu einer äußerst schwierigen Aufgabe, zu einer solchen, deren Lösung viel längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist besser als irgend jemand in der Lage, diese Aufgabe auszuführen.

Die egoistischen Interessen von einzelnen Kapitalisten-Gruppen halten sie nicht ab, das allgemeine Wohl im Auge zu behalten. Die Interessen der Volksmassen, die letzten Endes diejenigen der Gesellschaft ausmachen, sind die, welche die Arbeiter- und Bauernregierung vertritt. Nachdem sie sich selbst die Vertretung dieser Interessen der arbeitenden Bevölkerung Rußlands zum Ziel setzt, bietet die Arbeiter- und Bauernregierung, die siegreich aus den unsagbaren Prüfungen des Bürgerkrieges hervorgegangen ist, der privaten Initiative und privatem Kapital die Zusammenarbeit mit der Macht der Arbeiter und Bauern zum Zweck der Nutzbarmachung der natürlichen Reichtümer Rußlands an. Die Sowjetregierung hat den freien Handel und das Privateigentum in kleinen Unternehmungen, sowie das Recht auf Konzessionen und auf Pachtrecht bei großen Unternehmungen wieder eingeführt.

Die Sowjetregierung gibt dem ausländischen Kapital rechtliche Sicherheiten und eine ausreichende Profitrate, um ihre Interessen zu befriedigen und um sie dazu zu gewinnen, am wirtschaftlichen Aufbau Sowjetrußlands teilzunehmen. In dieser Hinsicht sieht sich die Sowjetregierung nach Wirtschaftsbeziehungen mit allen Mächten um. Deshalb ist es vor allem unerläßlich, daß endgültiger Frieden zwischen Rußand und den anderen Staaten geschlossen werde. In Verfolg dieses Zieles gerät die Sowjetregierung an die Forderung der Mächte zur Anerkennung der Schulden.

Die Sowjetregierung erklärt, daß nach ihrer innersten Ueberzeugung kein Volk moralisch genötigt sei, Schulden zu zahlen, die ihm während langer Jahrhunderte als Ketten auferlegt wurden. Aber gemäß ihres festen Entschlusses, mit den anderen Mächten zu einer Uebereinstimmung zu kommen, ist die Sowjetregierung zu vielen wesentlichen, besonders wichtigen Konzessionen bereit. Zum Meist-Berücksichtigenswerten gehört die Forderung der zahlreichen kleinen Besitzer der russischen Anleihen, besonders in Frankreich, für die die Anerkennung der russischen Schulden ein wirkliches Interesse bedeutet.

Aus diesen Gründen erklärt sich die russische Regierung, indem sie Rücksicht auf die anderen Staaten und deren Staatsbürger nimmt, selbst bereit, die Obligationen der Staatsanleihen, die von der zaristischen Regierung vor 1914 ausgegeben wurden, mit einer gewissen Reserve unter besonderen Bedingungen und wenn Erleichterungen gewährt werden, die die Einhaltung der Verpflichtungen möglich machen, anzuerkennen. Es versteht sich von selbst, daß die unbedingte Voraussetzung dieser Haltung ist, daß die Großmächte sich gleichzeitig verpflichten, bedingungslos alle Handlungen einzustellen, die die Sicherheit der Sowjetrepublik und der befreundeten Republik des Fernen Ostens ebenso wie ihre Hoheitsrechte und die Unantastbarkeit ihrer Grenzen bedrohen, und ohne Einschränkung das Prinzip ihrer vollen Souveränität und territorialen Integrität anzuerkennen.

Mit anderen Worten: Die Sowjetregierung kann die Verpflichtung nur auf sich nehmen, wenn die Großmächte mit ihr endgültig Frieden schließen und wenn sie von den anderen Mächten anerkannt wird. Im Hinblick darauf schlägt die russische Regierung vor: die sofortige Einberufung einer Internationalen Konferenz, die die Erklärungen der Mächte gegen Rußland, ebenso die Erklärungen der russischen Regierungen an diese Mächte untersuchen soll, um dann einen endgültigen Friedensvertrag auszuarbeiten. Nur eine solche Konferenz kann eine allgemeine Beruhigung hervorbringen.

Der kommende vierte Jahrestag ihres Bestehens wird überall die Tatsache beweisen, daß die Anstrengungen ihrer zahllosen heimischen Feinde nur dazu gedient haben, die Arbeiter- und Bauernregierung als treue Verteidigerin und Vertreterin der Interessen der arbeitenden Massen von ganz

Rußland und der Unabhängigkeit des Landes zu festigen. Die neuen Angriffspläne gegen die Sowjetregierung von außen, deren Ernsthaftigkeit durch zahlreiche Erklärungen in den inspirierten Presseorganen der Ententeländer bestätigt wird, wird nur dazu dienen, das unzerreißbare Band zwischen den arbeitenden Massen Rußlands und der Arbeiter- und Bauernregierung der Vertreterin ihres Willens zu festigen; die Verwirklichung dieser Absichten aber müßte wieder dazu beitragen, die Leiden der arbeitenden Massen Rußlands zu verlängern und gleichzeitig den Interessen aller anderen Völker einen schweren Schlag zu versetzen.

Der Vorschlag, den die Sowjetregierung macht, ist der beste Beweis ihres Wunsches, mit allen Staaten zum Frieden und zu guten wirtschaftlichen Beziehungen zu kommen — ein Wunsch, den zu stören nichts imstande sein wird. Die Verwirklichung dieses Vorschlages entspricht den Interessen aller Regierungen und aller Völker. Die Russische Regierung gibt der festen Hoffnung Ausdruck, daß ihr Vorschlag baldigst durch den endgültigen Abschluß von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Rußland und den anderen Staaten gefolgt sein mögen.

gez.: Der Volkskommissar des Aeußeren.
Tschitscherin.

Zwei Resolutionsentwürfe der KPD.

I. Resolution zum Steuerkampf.

1. Bei allen früheren Steuerkämpfen, die die Arbeiterschaft führte, handelt es sich um Kämpfe, die innerhalb des Rahmens des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Wirtschaft blieben. Dies war der Fall, solange die Steuern nur einen relativ kleinen Bruchteil des Nationaleinkommens ausmachten und die kapitalistische Wirtschaft in ihren Grundlagen unerschüttert war.

Der Steuerkampf war in diesen Zeiten ein Begleitstück des Lohnkampfes.

Die „Steuerreform" als spezifisches Heilmittel der Leiden der Arbeiterklasse ist in solchen Zeiten ein beliebtes Mittel bürgerlicher, besonders kleinbürgerlicher Reformquacksalber.

In früheren Stadien des Klassenkampfes war insbesondere die Steuerreform eine Form des Kampfes der industriellen Bourgeoisie gegen die Finanzaristokratie und den Großgrundbesitz, ein Kampf um die Verteilung des Mehrwerts unter diesen Klassen.

Von diesem Stadium gelten die Worte von Marx (1850): „Die Steuer kann einzelne Klassen bevorzugen und andere besonders drücken, wie wir das z. B. unter der Herrschaft der Finanzaristokratie sehen. Sie ruiniert nur die Mittelschichten der Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat, deren Stellung nicht erlaubt, die Last der Steuern einer anderen Klasse zuzuwälzen. Das Proletariat wird durch jede neue Steuer um eine Stufe tiefer herabgedrückt. Die Abschaffung einer alten Steuer erhöht nicht den Arbeitslohn, sondern den Profit."

2. In Zeiten revolutionärer Erschütterung des bürgerlichen Staates kann jedoch die Steuer von der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum als Mittel des Angriffs gegen die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft, gegen das Privateigentum benutzt werden.

So schlägt z. B. das Kommunistische Manifest als eine „revolutionäre Uebergangsmaßregel" vor:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.

3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital.

Ebenso die Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland April 1846): 1. Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergverke, Gruben usw. werden in Staatseigentum umgewandelt . . . 8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt . . . 0. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat . . . 14. Beschränkung des Erbrechtes. 15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumptionssteuern.

Diese Forderungen waren bestimmt, das revolutionäre Kleinbürgertum und das Proletariat zum Angriff gegen die Bourgeoisie zusammenzuführen.

Dies erläutert Karl Marx in einer Schrift von 1850 (Rezension von Girardins Schrift über den Sozialismus und die Steuern) folgendermaßen:

„In der Revolution kann die zu kolossalen Proportionen geschwellte Steuer als eine Form des Angriffs gegen das Privateigentum dienen, aber selbst dann muß sie zu neuen revolutionären Maßregeln weiter treiben oder schließlich auf die alten bürgerlichen Verhältnisse zurückführen."

3. Im heutigen Deutschland wie in allen Ländern, in denen die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft tief erschüttert und die Staatsfinanzen völlig zerrüttet sind, kann der Steuerkampf als eine mächtige Waffe des Angriffs gegen die kapitalistische Wirtschaft benutzt werden, der Arbeiterklasse und mindestens Teile des Kleinbürgertums zusammenführt. Dies aber nur 1. wenn der Steuerkampf zum Gegenstand der Aktion gemacht wird, 2. wenn die Steuer „zu kolossalen Proportionen geschwellt wird, d. h. wenn sie zu einer Konfiskation kapitalistischen Vermögens und Einkommens in großem Maßstab wird und 3. wenn sie zu neuen revolutionären Maßregeln weiter treibt, d. h. wenn sie unmittelbar in das Gebiet der Produktion (der Industrie, des Handels, des Verkehrs, der Banken, der großen Landwirtschaft) übergreift.

4. Die inneren und auswärtigen Staatsschulden in Deutschland (Kriegsanleihen, Wiedergutmachungsschuld usw.) und der Steuerbedarf hatten eine solche Höhe erreicht, daß durch gewöhnliche Finanzmaßregeln nicht mehr zu helfen ist. Der jährliche Steuerbedarf wird auf rund 180 Papiermilliarden geschätzt. Veranschlagt man das Nationaleinkommen heute auf rund ⅓ des Vorkriegsdurchschnittes (der auf 40 Milliarden Goldmark geschätzt würde), so kommt auf den Wert von rund 13 Goldmilliarden, nach dem inneren Wert der Mark gemessen etwa 260 Milliarden Papiermark. Der Steuerbedarf macht also mehr als ⅔ des Nationaleinkommens aus. Er ist durch keine bloßen Steuermaßregeln zu decken.

Der bloße Versuch, auch nur einen wesentlichen Bruchteil des Steuerbedarfs durch laufende Steuern zu decken, läßt nur zwei Möglichkeiten offen: entweder die Konfiskation eines beträchtlichen Teils des Arbeitseinkommens der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums und die schrittweise Enteignung des Arbeitsvermögens der letzteren, oder die Konfiskation im Riesenmaßstab kapitalistischer Vermögen und Einkommen durch den Staat. Es versteht sich, daß die Arbeiterklasse nicht anders kann, als um das letzte zu kämpfen. Diese Konfiskation kapitalistischen Einkommens und Vermögens ist nur zum geringsten Teil auf dem Wege der Geldsteuer möglich. Je wertloser das Papiergeld wird, um so illusorischer wird die Geldsteuer, abgesehen davon, daß das Kapital tausend Wege findet, um sich der Geldsteuer durch direkten Betrug, durch Abwälzung, durch Kapitalflucht usw. zu entziehen. Ferner: die Beschlagnahme kapitalistischer Vermögen und Einkommen in Geldform wird den Unternehmer veranlassen, den Betrieb stillzulegen. Es bleibt also

nur ein wirksamer Weg. Der Staat beschlagnahmt nicht Geldwerte, Papierfetzen, sondern konfisziert in natura, indem er sich zum Miteigentümer der kapitalistischen Unternehmungen macht und seinen Anteil vom Ertrag unmittelbar an der Quelle der Produktion erhebt. Diese Form der Konfiskation bedeutet nicht nur keine „Störung des Produktionsprozesses", sondern gibt umgekehrt dem Staate die Handhabe, in das anarchistische Treiben der Privatkapitalisten mit überlegener Macht einzugreifen, Luxusproduktion und Verschwendung von Rohstoffen und Produktionsmitteln, die Verschleuderung ins Ausland aufzuheben, die gesamte Produktion in großen Syndikaten zusammenzufassen.

Praktisch würde eine Beteiligung des Staates zu 30 und 40 Prozent und die Syndizierung der Schwerindustrien (Eisen, Kohle, Erze) und der Großbanken hinreichen, um dem Staat die volle Verfügung über die Wirtschaft in die Hand zu geben.

5. Es ist klar, daß gleichzeitig die ungeheure tote Last der inneren Staatsschuld (Kriegsanleihen usw.) von der Wirtschaft genommen werden muß. Der einfachste Weg ist die Einstellung der Zinszahlung für die innere Schuld (mit Ausnahme der kleinen Zeichner). Die tote Last der Wiedergutmachungsschuld zu erleichtern, ist nur möglich durch den Fortschritt der Revolution Mittel- und Westeuropas. Solange die politischen Machtverhältnisse in Frankreich und England nicht gründlich umgewälzt sind, kommt für ein Deutschland, in dem die Arbeiterklasse die ausschlaggebende Macht in der Hand hat, nur der Weg der Verhandlung in Betracht.

6. Die „Erfassung der Goldwerte", d. h. die Beschlagnahme kapitalistischer Vermögen und Einkommen an der Produktionsquelle, ist nur durchzusetzen durch den geschlossenen Angriff der Arbeiterklasse, der sich aus der Abwehr der angedrohten riesigen Neubelastung der arbeitenden Bevölkerung heraus entwickeln muß. Dieser Kampf ist unvermeidlich, denn die Aufbringung der riesigen Steuerlasten, vorwiegend durch Arbeiterklasse und Kleinbürgertum, ist unmöglich, ebenso unerträglich ist für die Arbeiterklasse die Fortsetzung der Papiergeldwirtschaft, die Geldentwertung, die jeden Lohnkampf im Handumdrehen wieder illusorisch macht, das Kleinbürgertum zugrunde richtet, die Staatsfinanzen immer tiefer zerrüttet, die Produktion lähmt, ständig die arbeitenden Massen zugunsten weniger Kapitalisten enteignet, das Land verarmen macht. Die Tatsache, daß selbst SPD. und USPD. in begrenztem Sinne die Erfassung der Sachwerte als Parole aufgenommen haben, beweist zweierlei: 1. daß es eine Notwendigkeit ist, die breiten Arbeitermassen als eine Abwehrmaßregel gegen die neue Steuerlast einleuchtet, 2. daß diese Parteien beabsichtigen, diesen Gedanken zu einem Massenbetrugsmanöver auszunützen. Zu einem Betrug wird diese Maßregel dann, wenn die „Erfassung der Goldwerte" nur bestimmt ist, einen geringfügigen Bruchteil des Staatsbedarfs zu decken und nur als Deckmittel benutzt wird, um den größten Teil der Steuerlast der Arbeiterschaft aufzubürden. So meint es in der Tat der Theoretiker der USPD., Herr Rudolf Hilferding, wie seine Rede im Reichswirtschaftsrat beweist. Die „Erfassung der Goldwerte" ist von USP. und SPD. als **Beruhigungsmittel** für die Arbeiterklasse gedacht. Wir Kommunisten haben die Aufgabe, diesen Betrug zu durchkreuzen. Wir fordern die Erfassung der Goldwerte in einer Höhe, daß die bisherige steuerliche Belastung der Arbeiterschaft und der kleinen Leute durch indirekte, direkte und Verkehrssteuern durch Einfuhrzölle usw. **aufgehoben wird.**

Wir verbinden also mit der Forderung der Erfassung der Goldwerte unabtrennbar die Forderungen des Jenaer Programms.

8. Die Erfassung der Goldwerte in dem oben aufgegebenen Sinn schließt formell „Staatskapitalismus" ein. Aber es ist ein Staatskapitalismus ganz besonderer Art. Der Staat als Maschine, um Kapital zu konfiszieren, die Arbeiter zu entlasten, zentrale Produktionsregelung zu beginnen. Es gibt nur eine Klasse, die die Staatsmaschine so benutzen kann, die Arbeiterklasse. Sie muß, um sie so benutzen zu können, neue Positionen politischer Macht erobern, und sie muß an den Kampf um die Goldwerterfassung den Kampf um die Kontrolle der Betriebe anknüpfen. Die Betriebs- und Geschäftskontrolle der Betriebe, die der Staat in die Hand nimmt, muß in der Hand der Betriebsräte der Arbeiterschaft und Angestellten liegen. Also keine Verwaltung durch die Staatsbürokratie.

9. Die Maßregeln, die wir zum Gegenstand einer zähen und breiten Massenkampagne machen, sind so wenig Staatskapitalismus im Hilferdingschen oder Scheidemannschen Sinn, wie etwa die Steuerforderungen des Kommunistischen Manifestes oder die Maßregeln, die Lenin im September 1917 vorschlug.

10. Die ökonomische Geschichte Deutschlands seit der Revolution ist die Geschichte des systematischen Abbaues des staatlichen Eingriffs in die produktiv-kapitalistische Wirtschaft und der systematische Aufbau riesiger privatkapitalistischer Konzerne, die unter Führung von Hugo Stinnes von Kohle, Eisen und den Banken aus die gesamte Wirtschaft sich unterwerfen, die jetzt die Hand nach den Eisenbahnen ausstrecken, die zu Herren des Staates geworden sind und sich anschicken, dies direkt in die Hand zu nehmen.

Das preußische Regiment Wilhelms von Hohenzollern mit seinem Schweif von zwei Dutzend Dynastien ist bereits ersetzt durch das Regiment von zwei Dutzend Großindustriellen und Bankiers mit Stinnes an der Spitze. Der Kampf um die Steuern spitzt sich schließlich darauf zu, ob Stinnes den Staat und durch den Staat die Massen in die Hand bekommt oder umgekehrt, ob der Staat durch die Massen den Stinnes und die Seinen faßt.

11. Die KPD., indem sie den Kampf gegen die Belastung der Volksmassen und um die Erfassung der Goldwerte in den breiten Massen aufnimmt, richtet an USP. und SPD. und Gewerkschaften die Aufforderung, diesen Kampf gemeinsam zu führen. Die Erfassung der Goldwerte ist noch keine kommunistische Forderung. Sie ist jedoch ein wesentlicher Schritt, um die Lasten der arbeitenden Massen zu erleichtern. Sie ist die eigene Forderung der USP. und SPD. Wir Kommunisten wollen, daß für sie gekämpft wird, und zwar da, wo die einzige Kraft ist, die zum Sieg führen kann: in der organisierten Arbeiterschaft, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Betrieb und Kontor.

Wir Kommunisten nehmen die Forderung auf; wir werden die breitesten Massen dafür mobilisieren mit SPD.- und USP.-Führern, wenn sie festhalten an der Forderung; gegen sie aber mit den Massen, wenn sie sie im Stich lassen.

II. Das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu sogenannten sozialistischen Regierungen.

1. In Sachsen und in Thüringen haben die Landtagswahlen die Voraussetzungen geschaffen für die Bildung von Regierungen, die aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammengestezt sind. Die Kommunistische Partei hat das Zustandekommen beider Regierungen erleichtert. Sie unterstützt diese Regierung parlamentarisch gegenüber den bürgerlichen Parteien.

Im Reich hat die Kommunistische Partei während der Regierungskrise

des ersten Wirth-Kabinetts die USP. und SPD. aufgefordert, statt eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einzugehen, eine Massenkampagne um Forderungen einzuleiten, die heute Allgemeingut der Arbeiterschaft sind, um so Voraussetzungen für eine eventuelle Regierungsbildung aus SPD. und USPD. zu schaffen.

Das Verhältnis der KPD. zu sozialistischen Regierungen bedarf daher einer Feststellung. Dieses Verhältnis wird abhängen vom politischen Charakter dieser Regierungen und von der jeweiligen politischen Gesamtlage.

2. Im Reich entstand eine aus USP. und SPD. zusammengesetzte revolutionäre Regierung aus dem Novemberumsturz. Ihre Grundlage waren formell die Arbeiter- und Soldatenräte. Die Regierung bildete sich durch direkte Vereinbarung der Parteileitungen der SPD. und USP. Sie wurde bestätigt durch die Vollversammlung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates. Formell lag zunächst die höchste Gewalt in der Hand des Berliner Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte. Die „Volksbeauftragten" waren von ihnen eingesetzt und konnten von ihnen abberufen werden.

Tatsächlich besaßen die A.- und S.-Räte weder den Willen noch die Macht, die souveräne Gewalt auszuüben. Die tatsächliche Verwaltung blieb in der Hand der alten Bürokratie. Die A.- und S.-Räte übten nur eine höchst fragwürdige Kontrolle aus. Die sogenannte sozialistische Regierung beeilte sich, gestützt auf die alte Bürokratie und die alsbald wieder hergestellte Kommandogewalt der alten Offiziere, die Arbeiter- und Soldatenräte zu liquidieren und sich in einer Nationalversammlung eine demokratische konstitutionelle Grundlage zu schaffen. Statt systematisch das Uebergreifen der A.- und S.-Räte in der Ausübung der Staatsmacht zu fördern, trat die sozialistische Regierung von vornherein allen solchen „Uebergriffen" entgegen, die allein den Fortgang von der bürgerlich-demokratischen zur proletarischen Revolution bewerkstelligen konnten. Das alte schändliche Gebäude der bürgerlichen Klassenjustiz wurde von der Regierung vor jedem Eingriff bewahrt. Der erste Schritt einer wirklich revolutionären Arbeiterregierung mußte die Bewaffnung der Arbeiterschaft sein. Die ersten Taten der Regierung waren die Aufrechterhaltung der Kommandogewalt der alten reaktionären Offiziere, die Versuche, die aus dem Feld Zurückkehrenden, bei der Niederwerfung der russischen Revolution bewährten konterrevolutionären Formationen gegen die bewaffnete Arbeiterschaft zu führen und die in Berlin befindlichen revolutionären Truppen zu entfernen und schließlich die planmäßige Provokation der revolutionären Arbeiterschaft, um einen Vorwand zu ihrer Entwaffnung zu finden und eine zuverlässige Prätorianertruppe gegen die Arbeiterschaft zu gründen. (Januarkämpfe usw.)

Um zusammenzufassen: die sozialistische Regierung stützte sich vom ersten Tage an auf die gebliebene bürgerliche Verwaltung und Justiz, sie ging systematisch daran, sich aus den Reihen der Offiziere, Unteroffiziere, Studenten usw. eine neue konterrevolutionär zuverlässige bewaffnete Macht zu schaffen, nachdem das alte Heer und die alte Polizei zusammengebrochen waren. Sie benutzte die Reste des alten Staatsapparats, um die schwachen Ansätze eines neuen revolutionären Staatstypus, die A.- und S.-Räte, zu vernichten. In den A.- und S.-Räten war es nur eine verschwindende Minderheit, die darauf drängte, den alten Staatsapparat zu zertrümmern, und in der Bewaffnung eine feste Machtgrundlage der Arbeiterklasse zu schaffen.

Die erste sozialistische Regierung hat, sofort verwickelt in den Kampf mit der weiterdrängenden revolutionären Vorhut der Arbeiterschaft, nicht einmal den Boden der bürgerlichen Republik gründlich von den feudalen und absolutistischen Resten zu reinigen gewagt. Statt einer einheitlichen Republik, zwei Dutzend, der Bundesrat in neuer Form wiederhergestellt, der

oßpreußische und bayrische Partikularismus unangetastet, unangetastet die acht der Kirche.

Im Staat die Neubefestigung der bürgerlichen Staatsmaschine, in der irtschaft die Neubefestigung der kapitalistischen Ordnung. Auch nicht der rsuch eines Schrittes, um mit sozialistischen Eingriffen in die Wirtschaft beginnen. Statt dessen am ersten Tag die Proklamation der Unantastrkeit der Kriegsanleihen und des bürgerlichen Eigentums, das Niederhlagen der Bergarbeiterbewegungen, die sozialistische Maßregeln forderten, w. Nicht einmal ein ernsthafter Versuch, dem Großgrundbesitz zuleibe gehen.

Der damalige Spartakusbund mußte vom ersten Tage an den schärfsten ampf entfesseln gegen eine Regierung, dessen eine Hälfte von den Mehrheitssozialisten gestellt war, die bis zuletzt die stärksten Stützen des imperialistischen Kriegs gewesen waren, die revolutionäre Erhebung der Volksmassen bis zuletzt mit unumstößlichem Haß bekämpfte, und die schließlich auch an die Spitze der Regierung schwang, um die Revolution in den Schranken des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft festzuhalten. Die andere Hälfte, die Unabhängigen, hatten zuletzt, da der Zusammenbruch fühlbar war, die Volkserhebung organisieren helfen, aber ihre Propaganda war nicht eingestellt darauf, dem imperialistischen Krieg den Bürgerkrieg entgegenzustellen. Sie zielte ab auf eine utopische Verständigung der Kriegführenden. Wenn die Mehrheitssozialisten die Revolution aktiv bekämpften, so f ü r c h t e t e n sie die Unabhängigen. Verkörperten jene den Haß der bornierten Lakaien der Bourgeoisie gegen die Revolution, so diese das Mißtrauen, den Unglauben des Spießbürgers an die Revolution.

Die historische Aufgabe des Spartakusbundes, die Arbeiterräte, auch einer Scheinmacht, zur wirklichen, herrschenden (verwaltenden, ausführenden, gesetzgebenden) Macht zu machen, d. h. die bürgerlich-demokratische zur sozialen und proletarischen Revolution weiterzuführen. Sie mußte daher sofort den schärfsten Kampf gegen die Novemberregierung eröffnen. In diesem Kampfe siegte zunächst die Bourgeoisie vermittels der sozialistischen Regierung. Auf ihrer Seite stand die organisierte Macht der staatlichen Bürokratie, die alten Offiziere, die Gewerkschaftsbürokratie, ein immer noch starker Parteiapparat, um sie sammelte sich zunächst die gesamte Bourgeoisie. Dagegen hatte die revolutionäre Vorhut der Arbeiterschaft nicht die Zeit gehabt, eine feste revolutionäre Partei auszubilden, die Arbeiterräte befanden sich in ihrer großen Mehrheit noch im Banne der bürgerlichen Demokratie, ebenso wie die Soldatenräte, die übrigens mit der Auflösung der Armee sich teilweise selbst auflösten.

Die geschichtliche Rolle der ersten sozialistischen Regierung, die aus der Novemberrevolution hervorging, war also die des Wellenbrechers der proletarischen Revolution, eines Werkzeugs der Bourgeoisie, um die Revolution auf ihren bürgerlichen Inhalt zurückzuführen. Sie war der erste Sammelpunkt der Reaktion, hinter dem zunächst alle Schichten des Bürgertums, vom Kleinbürger bis zum Junker und Offizier, sich versammelten. Sie repräsentierte gegenüber der elementaren Revolution die bürgerliche Ordnung. Die Monarchie hatte die elementare revolutionäre Erhebung weggeschwemmt. Die sozialistische Regierung konspirierte vom ersten Tage an mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Sie mußte von der Hand der Bourgeoisie fallen, sobald sie ihr erstes Werk vollbracht, die Entwaffnung der Arbeiter, die Niederwerfung und Auflösung der revolutionären Truppenformationen, die Verdrängung der Arbeiterräte von der Macht.

Die sozialistische Regierung war von vornherein eine verkappte Form der Koalition mit der Bourgeoisie. Sie mußte weichen entweder der offenen Koalition mit der Bourgeoisie oder der Alleinherrschaft der Arbeiterräte.

Es ist eine freche und dumme Lüge, wenn heute noch die konterrevolutionären Geschichtsfälscher aller bürgerlichen Lakaien-Parteien behaupten, der Spartakusbund wollte die sozialistische Regierung Ebert-Haase vermittels einer bewaffneten Minderheit der Arbeiterschaft stürzen. Nicht nur die Aussage Ernsts, noch mehr die Enthüllungen Erzbergers und des Grafen Brockdorf-Rantzau beweisen dokumentarisch, daß die Ebert-Scheidemann vom ersten Tage der Regierung an planmäßig auf die Provokation der Arbeiterschaft hinarbeiteten, um sie zu entwaffnen und die Arbeiterräte loszuwerden. Der Spartakusbund war sich vollkommen klar, daß die „sozialistische Regierung", die Ebert-Haase und nachher die Regierung Ebert-Scheidemann, nur durch die Mehrheit der Arbeiterschaft gestürzt werden konnte und daß der Weg zur Eroberung der Mehrheit in der Führung der spontanen Massenbewegung, in der Propaganda und der Agitation in den Massen, in der Gewinnung der Mehrheit der Betriebs- und Arbeiterräte lag.

2. Inzwischen hat die deutsche Arbeiterklasse drei Jahre die Schule der bürgerlichen Demokratie durchgemacht. Die Bourgeoisie hat ihre Macht im Staate befestigt. Neben die Prätorianertruppen der Reichswehr und Schupo sind die illegalen reaktionären Organisationen getreten. Die Großindustrie und Großfinanz hat die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft planmäßig aufgebaut und hat in wenigen Händen eine ungeheure wirtschaftliche und finanzielle Macht vereinigt. Die bürgerliche Republik ist ein Spielball in ihrer Hand. Sie ist vollkommen auf den Hund gekommen. Die organisierte Macht der Großindustrie und der Großfinanz lenkt offen und geheim die staatliche Bürokratie und die Cliquen der bürgerlichen und sozialistischen Parlamentarier. Die Monarchen sind durch die Mammonarchen ersetzt. Abdankung und Entsetzung von Regierungen geschieht in Geheimkonventikeln hinter den Kulissen. Die wichtigsten Staatsverträge, wie etwa das Wiesbadener Abkommen, werden durch eine Geheimdiplomatie erledigt, die das Parlament und die Volksmassen nicht minder gleichgültig verächtlich behandelt, wie das wilhelminische Regiment.

Eine neue Sammlung der Volksmassen bereitet sich in einer langen Reihe von Teilkämpfen um die Behauptung des Lebensbedarfs vor.

In diesen Teilkämpfen werden die Volksmassen die bürgerlich-demokratischen Illusionen, von denen erfüllt sie in die Revolution eintraten, vollends abstreifen.

Die klassische Schule, um diese Einbildungen loszuwerden, sind die sogenannten „sozialistischen Regierungen". Im schwächeren Maße sozialistische Landesregierungen, weil ihre Wirkung beschränkt ist durch die Reichsregierung. Im stärksten Maße wäre eine solche Schulung eine sozialistische Reichsregierung. Sie ist es aber nur dann, wenn die Kommunisten außerhalb dieser stehen, ihr kritisch und vorwärtstreibend gegenüberstehen.

Die historische Rolle „sozialistischer Regierungen" kann heute wie im November die eines Schutzwalles der Bourgeoisie gegenüber der proletarischen Masse sein — eines letzten Schutzwalles, denn der nächste Schritt vorwärts von der sozialistischen Regierung ist die proletarische Diktatur. Dieser Schritt kann natürlich nicht im Rahmen von Landesregierungen, sondern nur im Reichsmaßstab gemacht werden. Im Landesmaßstab ist die Aufgabe der Kommunisten, es durch die parlamentarische und außerparlamentarische Propaganda und Aktion die Volkmasse, d. h. die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, von den regierenden sozialistischen Parteien loszulösen und damit zu gewinnen, die ideologischen und organisatorischen Vorbedingungen für diesen nächsten Schritt vorzubereiten. Dieser nächste Schritt vorwärts, der Sturz einer sozialistischen Regierung zugunsten der Räte-diktatur, kann natürlich niemals ein bloß parlamentarischer Akt sein; er kann

nur als Ergebnis des Volksaufstandes sein. Der parlamentarische Sturz einer sozialistischen Landesregierung bedeutet praktisch nichts anderes als Neuwahlen. Wenn dieser parlamentarische Sturz von der kommunistischen Fraktion abhängt, so wird sie in jedem einzelnen Falle zu prüfen haben, ob ihre Propaganda und Aktion das Feld hinreichend vorbereitet hat, daß die Arbeitermassen, die bis dahin die sozialistische Regierung gestützt haben, diesen Schritt verstehen und daß die Kommunistische Partei infolgedessen neue Eroberungen in diesen Massen macht.

3. Die Kommunisten werden, wenn es von ihnen abhängt, ob eine rein bürgerliche, eine bürgerliche Koalitionsregierung oder eine rein sozialistische Regierung gewählt wird, die Wahl der letzteren erleichtern. Sie werden sich verpflichten, diese Regierungen parlamentarisch zu unterstützen, in allen Maßregeln, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen. Sie werden in jedem gegebenen Falle die Initiative ergreifen, um diese Regierung zu nötigen, zu Forderungen Stellung zu nehmen, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen. Dabei müssen die kommunistischen Parteien in jedem Falle sich die volle Freiheit der kommunistischen Propaganda, Agitation und Massenaktion vorbehalten.

In Fällen, wo die Haltung der sozialistischen Regierung die kommunistische Fraktion vor die Wahl stellt, entweder mit Hilfe der bürgerlichen Rechten die sozialistische Regierung parlamentarisch zu Fall zu bringen, oder Gesetzen zuzustimmen, die arbeiterfreundlich sind, muß die Entscheidung von der Beurteilung der politischen Gesamtlage abhängig gemacht werden, d. h. von der Erwägung, wie die nichtkommunistischen Arbeiter die Entscheidung verstehen werden. Zwingt die Gesamtlage und die Haltung der sozialistischen Regierung die kommunstische Fraktion dazu, einem Gesetz zuzustimmen, das sie bekämpfen muß, so muß unbedingt in den Massen die Propaganda gegen dieses Gesetz mit aller Schärfe weitergeführt und die Verantwortung für die parlamentarische Zustimmung vollständig den Sozialdemokraten zugerechnet werden.

4. In keiner Situation dürfen die Kommunisten in ihrer Propaganda und in ihren öffentlichen Erklärungen einen Zweifel daran lassen, daß eine sozialistische Regierung auf parlamentarischer Grundlage immer nur ein Vorposten der Bourgeoisie sein kann, daß die proletarische Demokratie und der Sozialismus nur im Kampf gegen diese letzte Etappe der bürgerlichen Demokratie von der Volksmasse erobert werden kann.

5. Eine sozialistische Regierung im Reichsmaßstabe wird, wenn sie überhaupt noch statt hat, nur im Gefolge einer neuen Welle revolutionärer Massenbewegung entstehen können. Sie wird ebenso wenig wie die sozialistische Regierung vom November 1918 ein Kampforgan des Proletariats gegen die Bourgeoisie, sondern umgekehrt die letzte Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat sein. Die KP. wird trotzdem in einem Stadium, wo sie noch nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich hat, die Bildung einer solchen Regierung zulassen, sie wird, wenn es von ihr abhängt, sie erleichtern müssen; sie wird die „sozialistische Regierung" gegenüber der bürgerlichen Rechten aktiv unterstützen, so wie sie die bürgerliche Republik gegenüber der Monarchie verteidigt. Aber die eigene historische Aufgabe der Kommunistischen Partei ist der nächste Schritt über die bürgerliche Demokratie, also auch über die „sozialistische" Regierung hinaus. Dieser Schritt kann aber nur getan werden unter der Bedingung, daß die Kommunisten außerhalb der „sozialistischen" Regierung bleiben, als die Führer der Massen zu dieser nächsten Etappe. Die selbstverständliche Vorbedingung dafür, daß Kommunisten die Regierung übernehmen oder an einer Regierung teilnehmen, ist, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse mit der bürgerlichen Demokratie brechen und mit wirklichen sozialistischen Maßregeln beginnen will.

Die wirtschaftliche Lage und die Gewerkschaften.

Von Kurt Leinhardt.

Mehr als vier Monate ist es nun her, seit als Begleiterscheinung der Reparationszahlungen jener unaufhaltsame Fall der deutschen Mark einsetzte, der bis heute anhält, und der dem deutschen Volke unzweideutig anzeigt, daß die Bourgeoisie gewillt ist, alle Lasten und Opfer denen aufzuladen, die nichts besitzen, als ihr nacktes Leben und die Kraft ihrer Arme. Seit dieser Zeit dauern die Vorstöße des deutschen Unternehmertums ununterbrochen an, die die Arbeiter hindern wollen, die Löhne den steigenden Preisen anzupassen, die dem Proletariat die wirtschaftlichen und politischen Rechte immer mehr einschränken, um sich eine Basis zu schaffen für immer neue Angriffe.

In zahllosen Einzelkämpfen setzen sich die Arbeiter gegen eine Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zur Wehr; aber wenn wir das Gesamtresultat dieses gewaltigen Ringens betrachten, so müssen wir eingestehen, daß es für die Arbeiterschaft ein trübes sei. Es ist ihr nicht im entferntesten gelungen, die Löhne in dem Maße zu steigern, wie die Preise der wichtigsten Bedarfsmittel in die Höhe geklettert sind. Es ist auch nicht gelungen, die vielfachen Vorstöße des Unternehmertums zur Beseitigung wichtiger Betriebsräterechte und zur Durchbrechung des Achtstundentages erfolgreich abzuwehren. Von Stufe zu Stufe ist die deutsche Arbeiterschaft herabgedrückt worden, und eine Position nach der anderen wurde ihr von der vordrängenden Kapitalistenklasse fast kampflos genommen.

Es gibt viele, denen die Bedeutung dieser Tatsachen noch nicht recht zum Bewußtsein gekommen ist. Wir glauben, es ist hier der Ort, auf die irrige Meinung mancher Genossen hinzuweisen, daß aus dem — bisher erfolgreichen — Versuch der Kapitalisten, die Lasten der Wiedergutmachung auf das Proletariat abzuwälzen, notwendigerweise, gewissermaßen automatisch, gewaltige revolutionäre Konflikte entstehen müßten. Wohl geht die deutsche Bourgeoisie zum Angriff auf die Arbeiterklasse vor, doch kann von einer Zuspitzung der Klassengegensätze nur dann die Rede sein, wenn den täglich brutaleren Vorstößen des Unternehmertums auch ein immer mehr gesteigerter Abwehrwillen und Kampfesmut der Arbeiterklasse gegenüberstände. Das ist leider nicht der Fall.

Wir müssen feststellen, daß die Widerstandskraft der Arbeiter gegenüber den Versuchen des Unternehmertums, ihre Lebenslage zu verschlechtern, sich als sehr gering erwiesen hat. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Lohnkämpfen. Diese Bewegungen, die unabhängig voneinander in den verschiedensten Berufen und in Hunderten von verschiedenen Orten ausgefochten werden, haben zu einer ungeheuren Zer-

splitterung der Arbeiterklasse geführt. Gegenüber dem durch Arbeitgeberverbände und Vertrustung geeinigtem Unternehmertum, das nach einheitlichen Gesichtspunkten operiert, befand sich das Proletariat deshalb von vornherein in einer ungünstigen Lage. Nur ein geringer Teil der Kämpfe brachte den Arbeitern die Erfüllung der aufgestellten Kampfforderungen. Aber was noch wichtiger ist, in den weitaus meisten Fällen wagten die Gewerkschaftsorganisationen es gar nicht erst, solche Forderungen aufzustellen, die der steigenden Teuerung entsprochen hätten. Eine kleine Zahlstellen-Verwaltung sieht sich gegenüber einem gewaltig geeinten Unternehmertum, und wenn sie ihre Kräfte mit denen des Gegners mißt, ist sie gezwungen, ihre Kampfziele so weit wie möglich einzuschränken.

Man darf sich über die Folgen dieses bisher so unglücklich geführten Lohnkampfes durch die Arbeiter nicht täuschen. Er gibt dem Unternehmertum die Möglichkeit, auch auf politischem und sozialpolitischem Gebiete zum Angriff überzugehen. So konnte es zu den erfolgreichen Vorstößen in der Chemischen Industrie kommen, die zu einer Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um mehr als 6 Stunden führten. In den verschiedensten Industriegebieten existiert der Achtstundentag überhaupt nur noch auf dem Papier. Daß es so weit kommen konnte, ist eine unmittelbare Folge des schlechten Ausganges der bisherigen Lohnbewegungen. Da die Löhne vielfach nicht mehr ausreichen, um den wichtigsten Lebensbedarf zu befriedigen, versuchen sich viele Arbeiter durch Ueberarbeit ihren Verdienst zu ergänzen. Dadurch ist es leicht zu erklären, daß die Durchbrechung des Achtstundentages bereits in so großem Umfange gelungen ist, ohne auf einen entschiedenen Widerstand der deutschen Arbeiterklasse zu stoßen. Die Verlängerung der Arbeitszeit bildet wieder die Grundlage für weitere Vorstöße des Unternehmertums für die Beschneidung der Rechte der Betriebsräte und für die Stärkung des politischen Einflusses der Bourgeoisie auf die Arbeiterschaft.

Wenn die Entwicklung in dieser Richtung weitergeht, so muß sie sich schließlich gegen die Gewerkschaften selber wenden. Und eine gewisse antigewerkschaftliche Spitze ist in den vom Reichsarbeitsministerium ausgehenden neuen Gesetzentwürfen gar nicht zu verkennen. Schlägt doch sogar Prof. Oertmann in einem Gesetzentwurf vor, den Gewerkschaften einen Teil ihrer Mittel als Kampffonds zu entziehen, indem man sie verpflichtet, mindestens die Hälfte ihres Vermögens zu Unterstützungszwecken festzulegen. Eine weitere Folge des Fortgangs dieser Entwickelung würde eine Schwächung der Gewerkschaften durch Massenaustritte sein. Die Millionen von indifferenten Arbeitern, die nach der Revolution in die Verbände geströmt sind, werden sich nicht darin halten lassen, wenn sie sehen, daß ihre Arbeitsbedingungen und ihre Löhne immer weiter verschlechtert werden, daß die Gewerkschaften nicht imstande sind, es zu verhindern, daß die Unternehmer sie völlig in Ketten schlagen. Die überall einsetzende Verlängerung der Arbeitszeit wird ebenfalls dazu beitragen, das Interesse der breiten Arbeitermassen an den Gewerkschaften zu mindern.

Dieser verhängnisvollen Entwickelung nach Kräften Einhalt zu gebieten, ist eine selbstverständliche Aufgabe der Kommunisten. Die revolutionäre Arbeiterschaft hat ein Lebensinteresse daran, die Gewerkschaften als einheitliche, mächtige Organisationen zu erhalten. Wir glauben, daß diesem Ziele nicht immer dadurch

gedient wird, daß wir die vielen Versuche der Gewerkschaftsinstanzen, die Kämpfe durch gütliche Verhandlungen zu umgehen, oder wenn sie ausgebrochen sind, durch Kompromisse oder andere Maßnahmen schleunigst zu beenden, auf das schärfste kritisieren. Man stelle sich die Lage mancher kleiner Verbände und fast aller Ortsverwaltungen vor. Die unzähligen Kämpfe stellen derartige finanzielle Anforderungen an die Verbände, daß die Instanzen vielfach gezwungen sind, einen großen Teil der an sie gelangenden Kampfforderungen abzulehnen, wenn sie nicht in kurzer Zeit vor dem finanziellen Ruin stehen wollen. Viel wichtiger ist es, daß wir überall und eindringlich darauf hinweisen, daß die ganzen Verhältnisse, wie sie sich jetzt herausgebildet haben, daß die zahllosen Lohnkämpfe und Mißerfolge, daß die Abwürgung der Streiks und das Vordrängen der Bourgeoisie, daß die endlosen Beitragserhöhungen eine Folge sind jener allgemeinen, verkehrten Einstellung der gesamten deutschen Gewerkschaftsführung, deren einzigstes und wichtigstes Bestreben es ist, die heute notwendig werdenden Kämpfe möglichst zu zersplittern, und wo sie einmal ausgebrochen sind, sofort zu lokalisieren, um eine einheitliche geschlossene Abwehrbewegung des Proletariats hintanzuhalten. Im Rahmen dieser Politik können die Arbeiter nichts anderes erwarten als Niederlagen und Rückschläge, die schließlich auch in Deutschland eine Horthy-Diktatur erstehen lassen werden.

Dieser Auffassung der reformistischen Gewerkschaftsinstanzen müssen wir unser Prinzip der Zusammenfassung der Lohnkämpfe entgegenstellen. Bei Konflikten, die einem Versuch des Unternehmertums entspringen, den Arbeitern Positionen zu entreißen, die für das gesamte Proletariat von Wichtigkeit sind, ist es nicht Aufgabe der Gewerkschaften, einen offenen Kampf zu verhindern, oder wenn er ausgebrochen ist, ihn auf den Ausbruchsherd zu beschränken, sondern mit aller Gewalt und mit allen Mitteln den Streich des Unternehmertums abzuwehren. Sie dürfen nicht davor zurückschrecken, gegebenenfalls immer weitere Arbeiterschichten hineinzuziehen. Dasselbe trifft auch zu auf die Abwehr des Lohnabbaues, der heute in der indirekten Form der Preissteigerung auftritt. Es ist aber ein Fehler, diese Forderung nach Zusammenfassung der Lohnbewegung so schematisch aufzufassen, wie es manchmal geschehen ist, und eine allgemeine hundertprozentige Lohnerhöhung für das ganze Reich zu fordern. Wir müsen bedenken, daß durch solche Maßnahmen der Unterschied zwischen den schlechtentlohnten und besserentlohnten Arbeitern noch weiter vergrößert und verschärft wird, und daß wir es dadurch den Gewerkschaftsinstanzen ermöglichen, die Bewegung für die Vereinheitlichung der Lohnkämpfe zu diskreditieren.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß eine Bewegung für die Zusammenfassung der Lohnbewegungen, was gleichbedeutend ist mit einer Verschärfung der Kämpfe durch Zusammenstöße, sich nur durchsetzen kann, wenn wir einen zähen und beharrlichen Kampf darum führen. Es steht dem entgegen die kleinbürgerliche und ängstliche Ideologie der Gewerkschaftsinstanzen und eine jahrzehntelange Tradition, die erst allmählich überwunden werden kann. Es gibt da eine Anzahl Etappenstationen, wie z. B. die Kündigung verschiedener Tarife zum gleichen Termin. Die Aufstellung von Forderungen sind verschiedene Beweise und anderes. Es wäre falsch, wenn wir dieses Ziel dadurch zu erreichen glauben, daß wir ausschließlich gegen die „verräterische Bürokratie" wettern. Viel wichtiger ist es, die Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß das Proletariat desto stärker ist, je geschlossener es auftritt. Das

Unternehmertum hat auf seiner Seite den gesamten bürgerlichen Staat, es hat die Macht des Kapitals und die ganze Fülle der Kraft einer herrschenden Klasse zu seiner Verfügung. Die Arbeiterschaft hat nur eines dagegen zu setzen: ihre ausschlaggebende Stellung im Produktionsprozeß und ihre große gewaltige Zahl. Je ausgiebiger sie von ihren Machtmitteln Gebrauch macht, desto weniger wird das Unternehmertum es wagen, in so provokatorischer Form gegen die Arbeiter aufzutreten wie bisher, und desto eher werden viele opferreiche Kämpfe für das Proletariat vermieden werden können.

Wenn wir in dieser Weise arbeiten werden, kann es nicht schwer fallen, die deutschen Gewerkschaften auf den Weg einer energischen Abwehr gegen die Vorstöße der Reaktion zu führen. Die lebendige Wirklichkeit, jeder Lohnkampf, jede Aussperrung beweisen den Arbeitern, wie falsch der bisher von den Gewerkschaften eingeschlagene Weg ist, und wie bitter notwendig es ist, zu den Methoden des revolutionären Klassenkampfes zurückzukehren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch mancher einsichtige Gewerkschaftsführer bereit ist, uns auf diesem Wege zu folgen. Geht es doch letzten Endes dabei um die Erhaltung der Gewerkschaften. So schrieb die „Bergarbeiterzeitung" vor einiger Zeit:

> Die unerhörte Preissteigerung und schamlose Bewucherung des Volkes haben jetzt eine Atmosphäre geschaffen, die auch unheilvoll für die Arbeiterbewegung werden kann. Die ausbrechenden Teilstreiks sind gewiß Verzweiflungsausbrüche, man muß sich aber fragen, ob diese den Erfolg — falls überhaupt einer erzielt wird — lohnen. Die jetzige Bewegung hat alle Berufsgruppen erfaßt, weil doch alle Arbeiter unter der Teuerung leiden, so daß eine geschlossene Front gewiß eine bessere Kampfgruppe bildet als kleine Streiks, oft nur lokaler Art. In tage- und wochenlangen Streiks verbluten sich einzelne Orts- und Berufsgruppen, um einen Erfolg zu erringen, welchen die geschlossene Arbeiterschaft in Stunden oder auch ohne Kampf bekommen hätte. Interesse an solchen Teilstreiks haben nur die Putschisten, um im Trüben fischen zu können. Wird es notwendig sein, einen Kampf aufzunehmen, so werden die Arbeitergewerkschaften aller Richtungen aufmarschieren.

Der Erfolg der Arbeit der deutschen Kommunisten in den Gewerkschaften wird nicht in letzter Linie davon abhängen, wie sich die internationale Gewerkschaftspolitik der Kommunistischen Internationale gestaltet. Diese Frage soll einem weiteren Artikel vorbehalten bleiben.

Das Ende des Kapitalismus.

Von E. Ludwig.

(Fortsetzung.)

3. Die Krisis der Nachkriegszeit.

I.

Mit dieser verschiedenartigen Entwicklung des Kriegskapitalismus in den Sieger- und besiegten Staaten sind — wenn Sowjetrußland zunächst beiseite gelassen wird — die Grundlagen für die Entwicklungstendenzen gesetzt, die nach dem Kriege die kapitalistische Wirtschaft Amerikas und Europas in ihren verschiedenen Abwandlungen beherrschen. Diese Entwicklungstendenzen weisen alle Anzeichen der Endkrisis des Kapitals auf.

Sie aufzudecken und in ihrem Ablauf zu verfolgen, wäre Sache des Genossen Maslow gewesen. Er selbst stellt fest, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus bewiesen ist, wenn es zu beweisen gelingt, daß die Bedingungen für eine erweiterte Reproduktion auf kapitalistischer Grundlage fehlen. Nachdem er dann das System in Einzelteile hat zerfallen lassen, stellt er wiederum fest, daß das nicht hinreichen würde, „um zu beweisen, daß wir in der Periode des Zusammenbruchs des Kapitalismus leben, nicht nur in einer Krise." Er betrachtet darauf die Reproduktionsmöglichkeiten und gibt als Ergebnis dieser „Betrachtung" folgenden Satz:

> „Daß die Reproduktion im Weltmaßstabe heute eine verkürzte Reproduktion ist, wird kein Mensch leugnen. Daß sich die kapitalistische Welt bemüht, auch nur einen Stillstand der Verkürzung herbeizuführen, ist ebenfalls bekannt genug. Die Frage ist einfach die: hat das kapitalistische System, so wie es jetzt ist, die Möglichkeit, die Produktionsbasis zu erweitern oder nicht?"

Genosse Maslow beantwortet also die Frage, um derentwillen er seinen Aufsatz geschrieben hat, dadurch, daß er sie wiederholt und im übrigen den Leser auf die „so oft erörterten Zahlen" und die neuen imperialistischen Konflikte verweist. Er macht auch nicht den leisesten Versuch, mit und hinter den Zahlen und Konflikten die Bewegungsgesetze der „verkürzten Reproduktion" aufzudecken. Ihn befriedigt die bloße Fragestellung: ein Narr wartet auf Antwort. Genosse Maslow beweist seinen „Zusammenbruch" aus der „verkürzten Reproduktion" und die verkürzte Reproduktion aus dem ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus.

So einfach ist aber — leider — die Sache nicht. So leicht, wie Genosse Maslow es vermeint, ist das Kapital selbst auf dem Papier nicht totzukriegen. Wir müssen uns also auch hier ein wenig mehr als Genosse Maslow um die Lösung der Frage nach der Endkrisis des Kapitalismus bemühen, wobei die Antwort im Rahmen dieser Arbeit selbstverständlich nur in den gröbsten Umrissen und manchmal nur in Andeutungen auf die entscheidenden Punkte hinweisen kann.

II.

Soweit es sich um den Ablauf der Weltkrisis der Nachkriegszeit in ihren verschiedenen Phasen handelt, hat Genosse Varga in seinem schon erwähnten Buch „Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft" einen erheblichen Teil der auch an dieser Stelle sonst notwendigen Untersuchung uns abgenommen. Wir können uns daher begnügen, auf das in dieser Broschüre verarbeitete Zahlenmaterial über den Verlauf und die Verheerungen der Weltkrisis zu verweisen.

Hier kommt es vor allem darauf an, hinter der Weltkrisis und ihren Zahlen das Wirken der Gesetze der Akkumulation des Kapitals aufzudecken und aus ihnen das Besondere der Weltkrisis als der Endkrisis des Kapitalismus zu erweisen.

Wer, wie es vielfach geschieht, allein aus der Heftigkeit der Weltwirtschaftskrisis schließen wollte, daß sie die Endkrisis des Kapitals sei, der würde über einem Symptom vergessen, auf die entscheidenden Bewegungsgesetze zurückzugehen, die den Kapitalismus der Nachkriegszeit regieren, und aus denen allein das Problem der Endkrisis zu beantworten ist. Krisen sind, das sahen wir wiederholt, kein Beweis für die „Endkatastrophe". Sie sind ein Gradmesser der Erschütterungen, denen heute der Kapitalismus der Welt ausgesetzt ist; sie sagen nichts aus über die Gesetzmäßigkeiten, aus denen diese Erschütterungen sich er-

geben. Würden wir uns mit einer derartigen Symptomdiagnostik begnügen, allein auf die Krisenintensität unsere Prognose stützen, wir würden bald den festen Boden unter den Füßen verlieren. Jedes Schwanken innerhalb der Krisis, jedes scheinbare und auch wirkliche Abflauen ihrer Stärke, das unvermeidlich ist, und das wir schon wiederholt erlebt haben, würde uns aus unserer Bahn herauswerfen und uns theoretisch und taktisch den Hilferdingen und denen um Paul Levi zugesellen, denen jede „Besserung" des Kapitalismus ein Argument mehr für ihre politische Passivität wird. Die Feststellungen über den Gang der Krisis, wie sie uns Genosse Varga in den „so oft erörterten Zahlen" gegeben hat, müssen darum der Ausgangspunkt und dürfen nicht das Resultat der Untersuchung sein.

III.

Die Weltkrisis ist in den Ländern ausgebrochen, die die Haupternte aus dem Weltkrieg für ihren Kapitalismus eingebracht, die nach dem Wort des Genossen Trotzki auf dem III. Weltkongreß auf Kosten des verarmten Europas sich bereichert haben, in den Vereinigten Staaten und Japan. Sie ist, wenn man den Anlaß ihres Ausbruchs in ein Schlagwort zusammenfassen will, eine „Krisis aus Ueberproduktion". Mit dem Wegfall der Staatsnachfrage infolge des Friedensschlusses stießen die durch diese Nachfrage entfalteten Produktivkräfte des amerikanischen und japanischen Kapitals auf die nun zu eng gewordenen Schranken des Marktes — der typische Vorgang beim Ausbruch einer Krisis. Fortschreitend hat sie die anderen kapitalistischen Länder, England, Frankreich und zuletzt Deutschland ergriffen.

Was ist nun der besondere Charakter dieser Krisis, die in ihrem Ausbruch keine Verschiedenheit von einer früheren Krisis aufweist? Die Lehre von der Akkumulation gibt die Antwort.

Der besondere Charakter der Nachkriegskrisis zeigt sich in dem Augenblick, als es für das Kapital gilt, die zu eng gewordenen Marktschranken zu überwinden, die Gesetze der Akkumulation durchzusetzen. Da stellt sich heraus, daß der „Markt" selbst durch den Krieg sich ökonomisch verändert hat. Er ist ein anderer geworden durch zwei Umstände:

einmal durch die beschleunigte Akkumulation während des Krieges in den „Sieger"-Ländern, Amerika an der Spitze;
sodann durch die Unmöglichkeit der Akkumulation in den „besiegten" Ländern, vor allem Deutschland.

IV.

Die Kriegsakkumulation in Amerika-Japan-England hat sowohl den „inneren Markt" des Kapitals wie seinen „äußeren" verändert: das heißt sowohl den Warenaustausch zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern untereinander wie ihren Stoffwechsel mit dem nichtkapitalistischen Milieu des Kapitals (vgl. über diesen für die Lehre von Akkumulation überaus wichtigen Unterschied zwischen innerem und äußerem Markt des Kapitals „Die Akkumulation" Seite 338/39).

Die Veränderungen des inneren Marktes, z. B. zwischen den Vereinigten Staaten und England ergeben deutlich die Zahlen Vargas. Wenn zwar der Baumwollanbau in den Vereinigten Staaten zurückgegangen ist zugunsten der infolge der Kriegsnachfrage gesteigerten Getreideproduktion, gleichzeitig aber der Verbrauch von Rohbaumwolle in den Vereinigten Staaten selbst ganz unverhältnismäßig mehr als dieser Rückgang gestiegen ist, nämlich von 2 250 000 Tonnen 1910 auf

3 863 000 Tonnen 1918, so bedeutet das nicht eine verkümmerte Reproduktion in Amerika, wie Genosse Maslow meint, sondern es bedeutet, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr nur Rohbaumwolle nach England auszuführen sich begnügen, sondern zur Eigenproduktion von Baumwollwaren übergegangen sind, daß sie also „Industrieexportland" geworden sind. Damit treten sie in Konkurrenz gerade zu England, dem bisher führenden Land in der Baumwollverarbeitung.*)

Die gleiche „Umschichtung" zwischen England und Amerika hat z. B. auch in der Seeschiffahrt stattgefunden; die Kriegsakkumulation hat es den Vereinigten Staaten ermöglicht, sich eine eigene Handelsflotte zu schaffen, deren Vorhandensein jetzt auf den Frachtenmarkt nicht nur Amerikas, sondern vor allem auch Englands als verheerende Transportkrisis drückt. Als drittes Beispiel sei schließlich die Kohlenproduktion erwähnt, in der die Vereinigten Staaten England von seiner ersten Stelle als Kohlenexportland verdrängt haben.

Die „natürliche Arbeitsteilung", die auf dem inneren Markt zwischen Amerika und England vor dem Krieg in allen diesen Kapitalssphären geherrscht hat, derart, daß z. B. Amerika die Rohbaumwolle lieferte, England sie verarbeitete, diese „Harmonie des Kapitals" hat die Kriegsakkumulation in eine wachsende Gegensätzlichkeit verwandelt. Der innere Markt des Kapitals hat sich verengert, damit hat die Kriegsakkumulation, die Ursache der Krisis in den „Siegerstaaten", sowohl gesetzt, wie ihre Ueberwindung erschwert.

V.

Diese Tendenz wird verstärkt, wird mehr und mehr zur Schranke des Kapitals überhaupt durch die Verengerung des äußeren Marktes, des nichtkapitalistischen Milieus des Kapitals. Für die „Industrialisierung der Kolonialländer" gibt Varga ebenfalls entscheidende Zahlen. Diese Industrialisierung ist aber nichts anderes als die Auflösung der nichtkapitalistischen Wirtschaftsformen und ihre Verwandlung in kapitalistische, d. h. die durch die Kriegsakkumulation selbst noch gesteigerte Schmälerung der Akkumulationsgrundlagen des Kapitals überhaupt, die ja schon die Ursache des Krieges selbst gewesen ist. Daher wachsende Konkurenz um den noch verbliebenen äußeren Markt des Kapitals, verbunden mit wachsender Ausbeutung des vorhandenen Kolonialgebietes.

Auch hier marschieren die Vereinigten Staaten an der Spitze. Sie versuchen sich Kolonien durch Kauf anzugliedern, das zusätzliche Geldkapital also zu verwerten, indem sie die Akkumulationsvoraussetzungen, nichtkapitalistische Gebiete, in Waren verwandeln. Sie konkurrieren mit Japan um den chinesischen Markt. Sie streiten mit England um Petroleumgebiete. Amerika ist nicht nur ein Industrieexportland geworden, sondern als echt imperialistischer Staat hat es während des Krieges wie nach ihm Kapital exportiert, und zwar in beiderlei Gestalt: als Geld- und Sachkapital. Dadurch hat es sich in wachsendem Maße auch der Revenuen der übrigen kapitalistischen Mächte aus deren nichtkapita-

*) Die Veränderung in der Spindelzahl in England und den Vereinigten Staaten unterstreicht diese Veränderung in der Baumwollfabrikation. 1913 gab es in England 55 Millionen Spindeln, in den Vereinigten Staaten 29 Millionen, 1920 in England erst 56 Millionen, in den Vereinigten Staaten aber schon 36 Millionen. Die Stillstandsquote während eines halben Jahres auf die Gesamtzahl berechnet, beträgt infolge der Krisis in England 6 Wochen, in den Vereinigten Staaten 4,5 Wochen. („Berliner Tageblatt" Nr. 244 vom 27. Mai 1921.)

tischem Milieu in Form von Zinszahlungen bemächtigt. Wenn z. B. r wenig Tagen gemeldet wurde, daß die Goldverschiffungen Austra-ns nach den Vereinigten Staaten 1½ Millionen Dollar betragen haben, ist das Beweis genug dafür.

Der machtpolitische Ausdruck dieser Marktveränderung ist: aß an Stelle des zerschmetterten imperialistischen Deutschlands neben e imperialistische englische Weltmacht und das trotz Kriegsverhee-ngen bewußt zum machtpolitischen Imperialismus strebende Frank-ich neue imperialistische Mächte in den Kampf um die Verteilung der rde eingetreten sind: Japan und vor allem Amerika.

VI.

Das sind meines Erachtens die bewegenden Kräfte, die in letzter nie hinter der Weltkrisis — von „Ententeseite" aus gesehen — stehen. e erklären die politisch-ökonomischen Spannungen, die die Möglich-it eines zweiten imperialistischen Weltkrieges schon heute nicht mehr s unaktuell erscheinen lassen. (Auch Varga weist darauf hin.) Sie klären die Wiederaufbaupolitik der „Sieger" gegen das besiegte eutschland in ihrer Einheitlichkeit wie in ihrer Gegensätzlichkeit. Sie klären den Drang des Kapitals nach dem nichtkapitalistischen Rußland: den gescheiterten Versuch der politischen Ueberwindung des Proletarierstaates und den neuen Versuch des ökonomischen Eindringens vermittels der Konzessionen. Wobei sich das Kapital nur in einem täuscht, daß Rußland eben kein Kolonialland, sondern ein Staat ist, in dem das Proletariat herrscht.*)

Vor allem aber ergibt sich schließlich eines: daß trotz des möglichen Abklingens von Krisensymptomen — etwa Rückgang der Arbeitslosigkeit nach durchgeführtem Lohnabbau; Wiederaufnahme, ja Steigerung der Produktion in einzelnen Industriezweigen nach Verbrauch der Vorräte infolge Preissenkung oder Stillegung der ganzen Industrie, wie im englischen Bergarbeiterstreik — noch keineswegs eine Beseitigung des krisenhaften Zustandes der kapitalistischen Wirtschaft auch auf ihrer „Aktivseite", in den „Siegerstaaten", in sich schließt. Ein solcher Aufschwung, der sich äußern wird etwa in der Zunahme der Außenhandelsziffern zwischen den kapitalistischen Staaten, also in wachsendem Austausch auf dem inneren Markt zur Stillung des notwendigsten Bedarfs der kapitalistischen Wirtschaft selbst und ihrer Arbeitskräfte, bedeutet noch nicht die Ausweitung des äußeren Marktes, ohne den die Akkumulation nicht möglich ist. Eine mögliche Belebung des inneren Marktes des Kapitals verschärft im Gegenteil den Widerspruch zwischen der kapitalistischen Verflechtung auf dem inneren Markt und der wachsenden Gegensätzlichkeit der imperialistischen Mächte auf dem äußeren. Was Rosa Luxemburg 1912 vor dem Weltkrieg schrieb, ist nach ihm nur noch deutlicher geworden:

> Wird mit der internationalen Entwicklung des Kapitalismus die Kapitalisierung des Mehrwerts immer dringender und prekärer, so wird die breite Basis des konstanten und variablen Kapitals als Masse absolut und im Verhältnis zum Mehrwert immer gewaltiger. (Die Kapitalakkumulation gerade in den Vereinigten Staaten beweist dieses.

*) Es erscheint dringend notwendig, die Konzessionen einmal vom Standpunkt der Akkumulationslehre aus zu behandeln. Es würde sich dann ergeben, daß das Kapital, um selbst noch sein Leben zu fristen, Produktionsmittel in die Hand seines Todfeindes liefert und dadurch sein Leben selbst ökonomisch und politisch verkürzt.

E. L.) Daher die widerspruchsvolle Erscheinung, daß die alten kapitalistischen Länder für einander immer größeren Ansatzmarkt darstellen, für einander immer unentbehrlicher werden und zugleich einander immer eifersüchtiger als Konkurrenten in Beziehungen mit nichtkapitalistischen Ländern bekämpfen. Die Bedingungen der Kapitalisierung des Mehrwerts und der Erneuerung des Gesamtkapitals treten miteinander immer mehr in Widerspruch. („Akkumulation", Seite 399.)

Wenn Rosa Luxemburg damals vor Ausbruch des Weltkrieges in einer Anmerkung erläuternd hinzufügte: „Typisch für diese Beziehungen ist das Verhältnis von Deutschland und England", so können wir heute den Satz dahin variieren, daß wir an Stelle Englands Amerika und an Stelle Deutschlands England setzen.

Der Krieg, der die Akkumulation des Kapitals sichern sollte, hat durch die beschleunigte Akkumulation, die er hervorgerufen hat, selbst bei den „Siegern" die Kapitalisierung des Mehrwerts immer prekärer gemacht.

Diese heikle Lage des Kapitalismus in den Ententestaaten wird noch verschärft durch den Zerfall des deutschen Kapitals. Das deutsche Kapital denkt trotz des Verlustes seiner Akkumulationsgrundlagen nicht daran, vom Weltmarkt zu verschwinden. Seine Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkt, die Lebensfrage für es geworden ist, verschärft nicht nur die Weltkrisis, sondern wirkt zersetzend ein auch auf das Kapital der Mächte, die im Kriege noch akkumulieren konnten.

VII.

Ist die von Amerika ausgehende Weltkrisis in letzter Linie auf die gesteigerte Kriegsakkumulation und den dadurch veränderten inneren und verengerten äußeren Markt des Kapitals zurückzuführen, so ist die von Deutschland ausgehende Zerfallkrisis das Ergebnis der im Kriege unmöglich gewordenen Kapitalakkumulation. Gewiß hat das deutsche Gesamtkapital auch während des Krieges den Kreislauf G-W-G¹ scheinbar vollendet. „Mehr Geld" in Gestalt von Papier, Kriegsanleihe oder anderen „geldwerten" Zeichen häufte sich für verkauften Mehrwert in Warengestalt bei den Kriegsverdienern. Aber diese Identität der Form des Kreislaufes G-W-G¹ im Kriege mit der des aufsteigenden, ungehemmt akkumulierenden Kapitals verhüllt nur die Zerstörung ihres Inhalts. Das Mehrgeld in der Hand des Kapitalisten ist nicht zusätzliches, neues Geld, so wenig wie die Waren, die den in das Mehrgeld realisierten Mehrwert enthalten haben, zusätzlichen stofflichen Reichtum für das deutsche Kapital bedeuteten. Der Kriegsmehrwert wurde nicht realisiert durch die Ausbeutung des nichtkapitalistischen Milieus. Er wurde realisiert durch die Vernichtung der sachlichen und menschlichen Warenbildner in Deutschland. Das zusätzliche Sach- und Geldkapital im Kreislauf G-W-G¹ wurde gewonnen durch den Verbrauch des vorhandenen. Das vorhandene konstante und variable Kapital wurde konsumiert, ohne daß es erneuert wurde, geschweige denn, daß akkumuliert werden konnte. Da der Krieg nicht den Sieg, politischen Machtzuwachs brachte, auf den der deutsche Imperialismus alle seine Karten gesetzt hatte, sondern Machtverlust, so konnte die Realisierung des angesammelten Scheinkapitals in zusätzliches wirkliches Kapital nicht vollzogen werden.

Eine kleine Bilanz des deutschen Gesamtkapitals zeigt seinen durch die gestörte Akkumulation hervorgerufenen Zerfall. In einem Artikel „Produktivkraft und Inlandsverbrauch" („Neue Zeit", 39. Jahrg., Bd. 2,

Nr. 12 vom 17. Juni 1921) hält Hermann Molkenbuhr, gewiß ein gläubiger der kapitalistischen Wiederaufbaumöglichkeit, die Schätzung bürgerlicher Sachverständiger, daß die deutsche Produktion um 11 Prozent zurückgegangen sei, für zu gering. Nachdem er die Zerstörung des variablen Kapitalteils infolge der Kriegsverluste und der während des Krieges nicht geschehenen Lehrlingsausbildung festgestellt hat, schreibt er über den Rückgang des konstanten Kapitalteils:

> Auch die Gesamtmasse der Maschinenkraft hat abgenommen. Würde man einen genauen Gradmesser der Leistungsfähigkeit haben, so glaube ich, daß die Leistungsfähigkeit der Produktivkräfte des Jahres 1920 noch lange nicht zwei Drittel der Leistungsfähigkeit des Jahres 1913 erreicht (Seite 271).

Diesem Zerfall der deutschen kapitalistischen Produktivkräfte entspricht das trotz aller Schwankungen ständige Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Sie hat aufgehört, wie früher, eine unvermeidliche Folge des aufsteigenden Kapitalismus zu sein; sie ist, wie wir noch sehen werden, unumgängliche Voraussetzung für die Verwertung des sich zersetzenden Gesamtkapitals geworden.

Dem Zerfall entspricht weiter die wachsende Staatsschuld, die am 31. Mai auf 346,3 Milliarden Papiermark ohne die 132 Milliarden Goldmark betragende Reparationsschuld sich belief. Zu ihr tritt der Papiergeldumlauf mit rund 70 Milliarden.

Dem Zerfall der Produktivkräfte entspricht in der Zirkulation die zunehmende Geldentwertung. Sie ist der Gradmesser des Rückgangs der Produktivität und Intensität der Arbeit, gemessen in dem Geld eines kapitalistischen Landes, das unter den für das Kapital günstigsten Bedingungen sich verwertet. Das ist trotz der Krisis Amerika. Darum ist der Dollar der Maßstab der Währung aller Länder geworden.

Dem Zerfall entspricht schließlich die Rückverwandlung produktiven Kapitals in frühere Formen und Stufen seiner Entwicklung: in Handels- und Wucherkapital. Diese Rückverwandlung ist ebenso wie die anderen Zerfallserscheinungen, der Ausdruck für die rückläufige Bewegung in der organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals.

VIII.

Trotz dieser vorhandenen Verfallserscheinungen zeigen sich im deutschen Kapitalismus Entwicklungen, die die Frage nach der Möglichkeit seiner Konsolidierung aktuell machen. Der Konzentrations- und Vertrustungsprozeß geht heute in Deutschland stürmischer vorwärts als je vorher. Ein Riesentrust tritt neben den anderen, um mit ihm um die Beherrschung der Wirtschaft zu kämpfen. Das Geldkapital der Aktiengesellschaften vermehrt sich in rasendem Tempo: Der Geschäftsbericht der Deutschen Bank für 1920 schätzt die Vermehrung von rund 17 000 Millionen Mark 1913 auf rund 30 000 Millionen Mark Ende 1920 und etwa 35 000 Millionen Mark Ende Mai 1921. Auch Kapitalausfuhr setzt ein: Krupp hat eine Niederlassungskonzession in Chile erhalten.

Also konsolidiert sich das deutsche Kapital? So behauptet es staunend der Handelsredakteur des „Manchester Guardian", Herr Karr, nach dessen Meinung die englischen wirschaftlichen Verhältnisse heute schlechter sind als die deutschen („Hamburger Nachrichten" Nr. 173 vom 15. April 1921). So sagt es unverhüllt Hilferding, dessen Marxismus längst zur Dirne des kapitalistischen Wiederaufbaus geworden ist. So sagt es Paul Levi in seiner Rede vor dem Zentral-

ausschuß und in Nr. 3 des „Sowjet". Und so müßte es ebenso Genosse Maslow sagen, der in den Vertrustungen und Kapitalskonzentrationen das Wesen des „durchorganisierten" Imperialismus sieht. Aber Genosse Maslow zieht es vor, über die deutsche Zerfallskrisis sich nicht zu äußern.

Der Schein einer Gesundung des deutschen Kapitalismus schwindet sofort, wenn die Verwertungsmöglichkeiten und -grundlagen des deutschen Einzelkapitals und Gesamtkapitals untersucht werden. Dann zeigt sich, daß die Konzentrationsbewegungen in einzelnen Kapitalssphären unter den heute gegebenen machtpolitischen Verhältnissen in Deutschland nur möglich sind auf Kosten des Gesamtkapitals, vor allem seines variablen Bestandteils, der Arbeitskraft; daß die zunehmende Verwüstung der Arbeiterklasse Bedingung ist für das Gedeihen der Stinnes und Kompagnie.

IX.

Die ökonomischen Ursachen, die die Auflösung des Gesamtkapitals bedingen, werden in scheinbarer Umkehrung ihrer Wirkung zunächst zu Quellen des Profits für einzelne Kapitalsphären. Der Lebenszweck des Einzelkapitals ist ja schon erfüllt, wenn es den Kreislauf G-W-G¹ vollendet hat, wenn in der Hand des Kapitalisten am Schluß des Kreislaufes mehr Geld vorhanden ist als am Beginn. Gleichgültig ist ihm dabei, ob er den Mehrwert erzielt hat unter gleichzeitiger Erweiterung der Produktivkräfte des Gesamtkapitals oder auf seine Kosten. Der Prozeß G-W-G¹ des Gesamtkapitals schließt dagegen auch die Erweiterung des stofflichen Reichtums der Gesellschaft ein, die Vermehrung des Gesamtkapitals durch zusätzliches Kapital, durch Produktionsmittel in bestimmter Sachgestalt und Lebesmittel für die zusätzlichen Arbeitskräfte. Woraus sich ergibt, daß für Einzelkapitale Verwertungsmöglichkeiten — eben auf Kosten des Gesamtkapitals — noch vorhanden sein können, wenn die Akkumulation für das Gesamtkapital beschnitten ist.

Eine derartige, nicht mit den Akkumulationsbedingungen des Gesamtkapitals zusammenfallende Akkumulationsmöglichkeit besteht gerade für die Kapitalssphäre, die der Ausgangspunkt und die Grundlage aller Vertrustungen in Deutschland ist: im Kohlenbergbau. Im „Kapital" (I, 5. Aufl., Seite 517) hat Marx diese besonderen Akkumulationsbedingungen für die extraktive Industrie aufgezeigt: Weil die Kohle nicht Produkt vergangener Arbeit, sondern von der Natur geschenkt ist, und weil darum das konstante Kapital im Bergbau fast ausschließlich aus Arbeitsmitteln besteht, die „ein vermehrtes Arbeitsquantum sehr gut vertragen können", so kann sich „dank der Elastizität der Arbeitskraft" das Gebiet der Akkumulation erweitern, ohne vorherige Vergrößerung des konstanten Kapitals.

Die deutschen Bergherren haben gerade nach dem Kriege es gründlich verstanden, diese dem Bergbau eigentümlichen Akkumulationsbedingungen durch gesteigerte Ausbeutung der Bergarbeiter, Ueberschichten genannt, zu verwirklichen. Sie haben trotz Raubbaues während des Krieges, trotz Verfall der Schachtanlagen, trotz Nichtanlage neuer Schächte, also unter kaum genügender Erhaltung des vorhandenen konstanten Kapitals, wachsenden Profit eingesackt, weil sie den Prozeß G-WG¹ dank der Elastizität der Arbeitskraft zu vollziehen verstanden haben. Sie haben akkumuliert selbst bei zurückgehender organischer Zusammensetzung des Kapitals.

Diese Erscheinungen sind meines Erachtens die Erklärung dafür, aß gerade im Stadium des Zerfalls der Bergbau zur Grundlage der roßen Trustkombinationen geworden ist: die besonderen Verwertungs- öglichkeiten des Kohlenkapitals sind hierfür mindestens ebenso ent- heidend wie die Naturtatsache, daß die Kohle unentbehrlicher Roh- off der großen Industrie ist.

Weiter: Fallende Produktivität, sinkende organische Zusammen- tzung des Kapitals — in Zeiten der Blüte des Kapitalismus das Todes- rteil für das betreffende Einzelkapital — werden in Zeiten des Verfalls es Gesamtkapitals zu einer Gewinnmöglichkeit. Ueber ihre normale ebensdauer, infolge der Erneuerungsunmöglichkeit, angewandte Ma- chinerie, die ihren Wert bereits an das Produkt abgegeben hat, gewinnt ir den Kapitalisten die Bedeutung einer unentgeltlich arbeitenden aturkraft. Durch gesteigerte Ausbeutung vermehrte lebendige Arbeits- raft, infolge der unter dem Weltdurchschnitt stehenden deutschen öhne, vermehrt den Mehrwert. Beides zusammen ermöglicht in Ver- indung mit dem niedrigen deutschen Geldwert die Schleuderkonkurrenz es deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt und damit die Realisierung es Mehrwerts.

Aber die Bedeutung der Markentwertung erschöpft sich nicht in er Funktion, den deutschen Warenabsatz durch Preisunterbietung zu rmöglichen, dem fremden Kapital das Eindringen in Deutschland, die „Ueberfremdung" zu gestatten. Sondern die Markentwertung hat, im Rahmen der hierzu zu betrachtenden Verwertungsmöglichkeit des Einzel- apitals, noch eine andere Funktion zu erfüllen, die bisher wohl noch icht genügend beachtet worden ist. Sie wirkt gleich einer indirekten Steuer, indem sie einen zunehmenden Teil des variablen Kapitals, das ur Erhaltung de Arbeitskraft bestimmt ist, auf die Kapitalistenklasse iberträgt. (Vgl. hierzu „Akkumulation" Seite 431 ff.) Durch den Mecha- ismus der Geldentwertung vergrößert sich der Mehrwertanteil der Bourgeoisie, ohne daß dieser Teil vorher die Verwandlung aus der Waren- in die Geldform durchmachen muß. Was die Bourgeoisie mit ihren Kleinaktien bewußt erreichen will, aber nur noch erreichen kann, wo sie, wie in England, Teile der Arbeiterschaft noch an der imperia- listischen Ausbeutung teilnehmen lassen kann: Ansammlung von Geld- kapital in ihrer Hand durch Aneignung von variablem Kapital, verwirk- licht sie zum Teil vermittels der Mechanik der Geldentwertung. Sie ermöglicht Lohnabbau, Herabdrückung des Preises der Arbeitskraft weit unter ihren Wert selbst bei Steigerung des Nominallohns. Die Durch- führung dieser Möglichkeiten sichert der Bourgeoisie die Staatsmacht, die alle Lohnkämpfe politisch für sie entscheidet.

Das Resultat dieses Prozesses sind die Kapitalserhöhungen, die gerade durch die Valutaentwertung hervorgerufen werden.

Alle diese Vorgänge, durch die im Zerfall die Verwertungsmöglich- keit einzelner Kapitalssphären erhalten, ja gehoben wird, werden durch die Vertrustung planmäßig zusammengefaßt und im Interesse des Ka- pitals gesteigert. Die Vertrustung mit ihrer Zusammenfassung von der Urproduktion bis zum Fertigfabrikat bedeutet nicht nur die Verbilligung der Produktion durch verbesserte Arbeitsmethoden, durch ersparte Hand- lungsunkosten; nicht nur die Schaffung von Absatzmöglichkeiten für die Rohstoffe und Halbfabrikate in der Fertigindustrie. Sie bedeutet vor allem die benutzte Ausnutzung aller jener Verwertungsmöglich- keiten, ihr Hinleiten auf das eine Ziel: die Konkurrenzfähigkeit des deut- schen Kapitals auf dem Weltmarkt zu erhalten.

Damit erscheint für das deutsche Kapital alles auf das Beste bestellt zu sein in dieser besten aller Welten. Alle Dinge, der Rückgang der gesellschaftlichen Produktivkraft, die Abnahme des gesellschaftlichen Reichtums, die Geldzerrüttung, das Massenelend schlagen in seinen Vorteil um. Aber der Schein trügt. Die Verwertungsmöglichkeiten, die diese Zerfallserscheinungen einzelnen Kapitalssphären gewähren, sichern noch nicht die Akkumulation des Gesamtkapitals.

X.

Der innere Markt des Kapitals, die gegenseitige Abnahme von Waren innerhalb eines kapitalistischen Konzerns, zwischen Kapitalgruppen oder kapitalistischen Staaten, ersetzt nicht seinen notwendigen Stoffwechsel mit dem äußeren Markt, der die unerläßliche Voraussetzung für die Realisierung des zu akkumulierenden Mehrwerts ist. Die politische Gewalt über den äußeren Markt hat aber das deutsche Kapital verloren.

Der Mechanismus der Geldentwertung sammelt zwar Geldkapital in den Händen der Kapitalisten. Aber für seine Verwandlung in zusätzliche Produktionsmittel wird diese selbe Geldentwertung zum Hindernis.*) Da dem deutschen Kapital eigene Ausbeutungsgebiete genommen sind, kann es sich Produktionsmittel nur auf dem Weltmarkt zu Weltmarktpreisen verschaffen. Es unterliegt also allen Fährnissen der Geldentwertung.

Es bleibt also dem deutschen Kapital nur eine Möglichkeit der Verbindung mit dem nichtkapitalistischen Milieu: der Weg über den Weltmarkt. Das ist der ökonomische Sinn der deutschen Schleuderkonkurrenz.

Die Frage der Realisierung des Mehrwerts auf dem Weltmarkt, sei es durch Verpflechtung des deutschen Kapitals mit dem Ententekapital, wie Rathenau es anstrebt, sei es durch den offenen Dumping-Kampf gegen die Ententekonkurrenz, das ist heute die Frage von Leben und Tod für den deutschen Kapitalismus.

XI.

Dieser Kampf auf Leben und Tod, den das deutsche Kapital um seine Konkurrenzfähigkeit zu führen gezwungen ist, hat nicht nur zur Folge die Verschärfung der Weltkrisis durch diese Konkurrenz, nicht nur die Zersetzung des Ententekapitals durch den zerfallenden deutschen Kapitalismus, sondern er enthüllt die letzte Grenze, die der Akkumulationsmöglichkeit des deutschen Kapitals gesetzt ist: die Ausbeutungsmöglichkeit des deutschen Proletariats.

*) „Wäre die deutsche Valuta nicht so überaus schlecht, so könnten die deutschen Reeder tatsächlich zu billigen Preisen Schiffsraum kaufen. Denn durch die Frachtenkrisis sind natürlich auch die Dampfer-Verkaufspreise auf ein Minimum gesunken." („Deutsche Bergw.-Ztg." vom 11. Juni 1921.) Die deutschen Reeder denken gar nicht an den Kauf von Schiffen, nicht aber, weil die Valuta „so schlecht", sondern, weil der Bau von Schiffen im Inland infolge der mittels der Geldentwertung gedrückten Löhne immer noch profitabler ist als der Kauf. Stinnes hat im letzten Jahr fünf 12 000-Tonnendampfer gebaut und kann sie, trotz Frachtkrisis, nach Südamerika fahren lassen, weil die Arbeiterlöhne in Deutschland ihm das erlauben. — Seitdem hat die weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter selbst den Ankauf fremder Schiffe im Ausland lohnend gemacht — trotz und wegen der fortgesetzten Markentwertung.

In dem Versuche des deutschen Kapitals, auf dem Wege über den Weltmarkt zur Mehrwertrealisierung zu kommen, sind zwei sich ergänzende Tendenzen zu unterscheiden. Während des größten Teils des Jahres 1920 ging der deutsche Außenhandel vorwiegend in die valutastarken Länder („Rote Fahne" Nr. 177 vom 21. April 1921), während er jetzt mehr und mehr den Weg in die valutaschwachen Länder, z. B. Bulgarien und Jugoslawien, geht, und Krupp nach Chile Kapital exportiert.

Dieser Wechsel läßt sich meines Erachtens nicht allein aus der Anti-Dumping-Gesetzgebung erklären, mit der gerade die valutastarken Länder sich der deutschen Schleuderkonkurrenz erwehren. Ihm liegt vor allem der Drang des deutschen Kapitals zugrunde, seinen Mehrwert zu realisieren. Der Handel mit den valutastarken Ländern ist Austausch auf dem inneren kapitalistischen Markt, auf dem die deutschen Waren infolge des niederen Preises siegen, und den der deutsche Kapitalist darum benutzen kann, die Produktionselemente einzutauschen, die er zum Wiederaufbau seines konstanten Kapitals gebraucht. Der Austausch mit den valutaschwachen Ländern ist Stoffwechsel mit dem nichtkapitalistischen Milieu des Kapitals zur Mehrwertrealisierung.

Auf diesem äußeren Markt kann das deutsche Kapital nach Verlust der politischen Macht, die dem Imperialismus zur Oeffnung dieses Marktes zur Verfügung steht, nur siegen durch niedrigere Preise. Und nun zeigt sich, wie die Zersetzung des deutschen Kapitals, die ihm diese Preisunterbietung möglich macht, es zum gefährlichen Konkurrenten des imperialistischen Kapitals um den nichtkapitalistischen Markt und zum Zersetzungsfaktor des Geldkapitals werden läßt.

Die Kapitalausfuhr Krupps nach Chile ist hierfür charakteristisch. Aus der Gleichheit der Form der Kapitalausfuhr vor dem Kriege und jetzt auf den gleichen imperialistischen Inhalt schließen zu wollen, hieße die Wandlung des ökonomischen Inhalts dieser Form übersehen. Selbst die berufsmäßigen Schönfärber des deutschen Kapitalismus, denen sein Zersetzungsprozeß den Blick geschärft hat, geben zu, daß nicht die wachsende Macht, sondern die wachsende Schwäche des Kapitals es hat zum Sieger werden lassen in der Konkurrenz um die chilenischen Konzessionen, selbst gegen das amerikanische Kapital.*) Gerade weil das deutsche Kapital politisch und wirtschaftlich billigere Bedingungen stellen muß und kann als das amerikanische, deshalb gibt ihm Chile die Konzessionen, ja es knüpft — in Umkehrung aller überkommenen imperialistischen Machtbegriffe — noch Bedingungen an die Konzessionserteilung, wie etwa die Aufhebung des deutschen Ausfuhrverbotes für bestimmte Mengen Chilisalpeters.

So verengert die Zerfallskrisis des deutschen Kapitals den äußeren und inneren Markt des Weltkapitals genau so, wie es die Kriegsakkumulation der Siegerstaaten getan hat.

Alle diese Widersprüche, die den Weltkapitalismus zerreißen, die ihm die Ueberwindung der Weltkrisis erschweren, konzentrieren sich und spiegeln sich wider in dem Problem des Wiederaufbaues, der Ultimatumserfüllung.

Der Versuch, durch Sachleistung den deutschen Kapitalismus unschädlich zu machen und dem Ententekapital neuen Reichtum zuzuführen, hat nur zu einer Verschärfung der Weltkrisis geführt: die Ab-

*) Dr. Ernst Schulze: „Die Abwanderung von Industrien". („Deutsche Bergwerkszeitung" Nr. 144/45 vom 23./25. Juni 1921.)

lieferung der deutschen Schiffe hat die Transportkrisis vertieft und den Schiffbau in England und Amerika fast zum Erliegen gebracht; das Spa-Abkommen hat zur Kohlenkrisis und zu Grubenstillegungen in Frankreich geführt. Der Versuch der Sanktionen und des Ultimatums, durch Geldzahlungen und Ausfuhrabgaben die deutsche Kriegsschuld abzugelten, beschleunigt den Zerfall der deutschen kapitalistischen Produktivkräfte, wie die fortschreitende Geldentwertung zeigt, und steigert damit gleichzeitig nur die deutsche Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkt und die Weltkrisis. Die Garantiekommission der „Sieger" muß den deutschen Wechselkurs stützen, damit ihr Kapital nicht vom deutschen im Konkurrenzkampf geschlagen werde.

XII.

So vollziehen deutsche Kapitalssphären heute sicher noch den Prozeß G-W-G[1]. Aber sie können ihn nur so lange noch vollziehen, als sie konkurrenzfähig bleiben. Konkurrenzfähig sind sie nur, solange sie billiger verkaufen und trotzdem ihren Mehrwert realisieren können. Das aber ist dem deutschen Kapital nur noch möglich durch Herabsetzung des Teils der Produktionskosten, auf deren Höhe es bei seiner Abhängigkeit vom Weltmarkt allein noch Einfluß hat. Das sind die Kosten für die Arbeitskraft. Das deutsche Kapital muß, um selbst zu leben, dem deutschen Proletariat mehr und mehr die Möglichkeit zum Leben nehmen. Die Stillegung aller Betriebe, die nicht der Ausfuhr, sondern nur dem deutschen Massenbedarf dienen, Lohnabbau,*) Arbeiterentlassungen, wachsende Ausbeutung Jugendlicher, Arbeitszeitverlängerungen, alle diese Erscheinungen des Elends und Hungers für immer größer werdende Schichten des Proletariates: das sind heute die notwendigen Lebensbedingungen des deutschen Kapitalismus. Sie werden es mehr und mehr für das Weltkapital. Lohnabbau in Deutschland zieht in Abwehr der Schleuderkonkurrenz Lohnabbau in England und Amerika nach sich. Und jeder weitere Lohnabbau dort, jede Senkung der Weltmarktpreise muß in tödlichem Kreislauf für das Proletariat neuen Lohnabbau in Deutschland zur Folge haben.

---

*) Es braucht nicht betont zu werden, daß auch jetzt der Lohnabbau nicht durch eine Herabsetzung der Nominallöhne, sondern durch Preissteigerung und Arbeitszeitverlängerung durchgeführt wird. Die Brotpreiserhöhung und der unter dem Vorsitz des Kapitalzuhälters Severing vor wenigen Tagen im Lohnkampf der Mansfelder Bergarbeiter gefällte Schiedsspruch, nach dem die Bergarbeiter ihren Nominallohn nur behalten können, wenn sie ihre Arbeitsleistung um 7 Prozent gegen April 1921 steigern, sind Belege für die vom Unternehmertum beliebten Methoden des Lohnabbaues. Die deutschen Kapitalisten stellen diese von ihnen herbeigeführte Verelendung des deutschen Proletariats zynisch offen in ihre Berechnung ein. „Die innere Verarmung bedeutet eine starke Herabsetzung und Beschränkung der Lebenshaltung, eine wesentliche Minderung des Verbrauches und damit für das deutsche Groß- und Kleingewerbe eine steigende Beschäftigungslosigkeit und für die Arbeiterschaft Arbeitslosigkeit und Not. Da es als ausgeschlossen erscheint, den Verbrauch im Inland für die nächste Zeit so zu steigern, daß Industrie und Gewerbe ausreichende Beschäftigung findet, ist Deutschland mehr als bisher geradezu gezwungen, nach Ausfuhrmöglichkeiten zu suchen." („Deutsche Bergwerkszeitung" vom 24. April 1921.) Diese Offenherzigkeit des schwerkapitalistischen Blattes macht dem vulgärökonomischen Geschwätz von Krisen aus Unterkonsumption ein für allemal ein Ende. Sie zeigt, wie die Unterkonsumption der Arbeiterklasse zur Lebensnotwendigkeit für das deutsche Kapital geworden ist.

Die nach außen verloren gegangene politische Macht des deutschen Kapitals wendet sich nach innen. Die Staatsmacht wird zur Waffe in der Hand des vertrusteten Unternehmertums, um jeden Widerstand der Sklaven gegen das immer drückender werdende Sklavenjoch niederzuringen. Mittel für diesen Zweck sind genau so die Ausnahmegerichte, wie an den kommunistischen Märzrebellen, den ersten, die sich bewußt gegen die Verelendungsoffensive des Kapitals empörten, die Rache der Bourgeoisie vollziehen, wie die Wirth und seine sozialdemokratischen Helfershelfer, die mit ihrem liberalen Geschwätz von der Freiheit durch Arbeit das Proletariat einschläfern und es mit patriotischen Phrasen von der Ultimatumserfüllung willenlos dem Mechanismus der Regenerierung des Kapitals einfügen wollen.*)

In der Zeit seines Aufstiegs, als er seine politische Macht nach außen wandte, konnte der deutsche Kapitalismus, gleich dem englischen, bestimmte Schichten der Arbeiterklasse an der Ausbeutung des nichtkapitalistischen Milieus beteiligen und durch die Gruppierung der Arbeiteraristokratie das ganze Proletariat in den Raubkrieg des Imperialismus hineinhetzen. Heute, im Zerfall, muß das Kapital, um selbst zu leben, nicht nur immer breitere Schichten des Proletariats planmäßig verelenden; es muß die Massen des Kleinbürger- und Kleinbauerntums noch schneller und rücksichtsloser proletarisieren, als es der aufsteigende Kapitalismus getan hat.

Deutschland bleibt das Blachfeld der Weltrevolution, das deutsche Proletariat ihr Preisfechter. Der Imperialismus der Westmächte hat für sich die Akkumulationsgrundlagen zu sichern versucht, indem er dem deutschen Kapital die Akkumulationsgrundlagen genommen hat. Damit wird der deutsche Kapitalismus zuerst auf die subjektive Schranke der Akkumulation gestoßen: auf die Grenze der Ausbeutungsfähigkeit des Proletariats. Die Worte Rosa Luxemburgs sind zur Wahrheit geworden, die das deutsche Proletariat täglich am eigenen Leibe erfährt:

> Je gewaltiger das Kapital . . . in der Welt wie bei sich daheim, mit der Existenz nichtkapitalistischer Schichten aufräumt und die Existenzbedingungen aller kapitalistischen Schichten herabdrückt, um so mehr verwandelt sich die Tagesgeschichte der Kapitalakkumulation auf der Weltbühne in eine fortlaufende Kette politischer und sozialer Katastrophen und Konvulsionen, die zusammen mit den periodischen wirtschaftlichen Katastrophen in Gestalt der Krisen die Fortsetzung der Akkumulation zur Unmöglichkeit, die Rebellion der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kapitalherrschaft zur Notwendigkeit machen werden, selbst ehe sie noch ökonomisch auf ihre natürliche, selbstgeschaffene Schranke gestoßen ist. („Akkumulation", Seite 445.)

Fragen wir nun noch einmal, ob denn das Ende des Kapitalismus gekommen sei, so gibt es darauf nur die Antwort: Das Gesetz der Akkumulation legt das Ende des Kapitals in die Hand des Proletariats nicht als eine künftig zu erfüllende, sondern als eine heute und gleich zu voll-

*) Die Aufgabe, die der Regierung in diesem Regenerierungsprozeß zufällt, hat Richard Calwer in seinem „Wirtschaftlichen Tagesbericht" vom 7. Juni scharf präzisiert, wenn er sagt, daß das Ultimatum nur erfüllt werden könne, wenn die Regierung direkt auf die Herabdrückung der Lebenshaltung des deutschen Proletariats um die Hälfte oder noch mehr gegen heute hinwirke. Die Regierung Wirth-Bauer-Hilferding ist sich dieser Verpflichtung gegenüber dem Kapital durchaus bewußt: durch die angekündigten indirekten Steuern verstärkt sie die Wirkung der Geldentwertung, variables Kapital auf die Kapitalisten zu übertragen.

streckende Aufgabe. Der Wille des Proletariats wird zum entscheidenden Faktor für den Ablauf der ökonomischen Gesetzmäßigkeit selbst.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind durch ihre eigene Entwicklung zu eng für die Produktivkräfte der Gesellschaft geworden. Die Zeit der sozialen Revolution ist da, in der das Proletariat seine geschichtliche Rolle zu erfüllen hat in rücksichtsloser Generalauseinandersetzung mit dem Kapital und seinem Staat: die vom Kapitalismus gefesselter Produktivkräfte der Gesellschaft zu befreien durch den Aufbau des Kommunismus.

Den revolutionären Willen der Arbeiterklasse für die Generalauseinandersetzung zu stählen, sie herbeizuführen und das Proletariat in sie hineinzuführen, das ist die aktuelle Aufgabe der Kommunisten.

(Schluß folgt.)

Auslands-Rundschau.

Der Oktober hat den bewaffneten Konflikt zwischen Polen und Rußland nicht gebracht. Die polnischen Politiker scheuten doch davor zurück, ihr Land in ein derartiges Abenteuer zu stürzen. Die militaristischen Kreise und ihr Freund Pilsudsky setzen aber ihre Intrigen fort. Von einer wirklichen korrekten Ausführung des Rigaer Vertrages ist Polen weit entfernt. Daher ist russisch-polnischer Konfliktstoff immer noch reichlich vorhanden. Ebenso haben die rumänisch-russischen Verhandlungen durch den Intrigen Take Joneskus einen schleppenden Gang. Die antibolschewistische Politik Frankreichs wird auch von England gestützt. Auf der Brüsseler Hilfs-Konferenz hat die englische Delegation im Sinne Lord Curzons die Frage der Bezahlung der zaristischen Schulden in den Vordergrund gerückt, und der englische Minister Horne erklärte, daß das englisch-russische Handelsabkommen wertlos geworden sei. Die Japaner sind immer noch in Wladiwostok. Die Meldung von der Rückeroberung dieser Stadt durch die roten Truppen hat sich nicht bestätigt.

Die schroff antibolschewistische Wendung der englischen Politik ist ohne Zweifel auch als Konzession an Frankreich zu werten. Es ist der englischen Regierung gelungen, sich durch weitgehende Zugeständnisse die Deckung durch Frankreich auf der Washingtoner Konferenz zu sichern. Auch die oberschlesische Entscheidung gehört in diesen Zusammenhang. Lloyd George hat die oberschlesische Lösung dem Völkerbundsrat überlassen, obwohl er ganz genau wußte, daß England auf diesem Feld eine Niederlage erleiden würde. Das französische Bankkapital hat nun in dem polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens weitgehende Profitmöglichkeiten. Briand ist entschlossen, die oberschlesische Entscheidung unbedingt der deutschen Bourgeoisie aufzuzwingen, aber er wird nicht viel Zwang anzuwenden haben. Denn auch die herrschende Klasse Deutschlands denkt an keinen offenen Konflikt mit der Entente, sie begnügt sich mit lautem Protest und wird gern die Gewinne einstreichen, die ihr das Wiesbadener Abkommen zusichert.

Das Hauptinteresse der Weltdiplomatie konzentriert sich auf die Konferenz in Washington. In England zeigte sich in den letzten Wochen eine immer stärkere Neigung, von Japan abzurücken. Man fing an, den japanischen Militarismus scharf zu kritisieren, und man betonte, daß England eigentlich dasselbe Interesse an der „offenen Tür" in China habe, wie Amerika. Auf der anderen Seite erschöpft man sich in Höflichkeiten gegen die Vereinigten Staaten. Es wird immer wahrscheinlicher, daß die englische Delegation in Washington versuchen wird, durch schärfsten Druck und Androhung der Isolierung, Japan zum Nachgeben in der chinesischen Frage

zwingen. Dafür soll Amerika dem englischen Kapital wirtschaftliche Zuständnisse machen. Man sucht auch bereits eine Entschädigung für Japan, s es seine Position in China aufgibt. In den letzten Tagen tauchte Idee auf, den Japanern Ost-Sibirien zu überlassen. Bei all diesen niebungen will England mit Frankreich Hand in Hand gehen. Im Gegenz zu der englisch-amerikanischen Redseligkeit hüllen sich die maßgebenden llen Japans in Stillschweigen. Ein bestimmtes Urteil über die Haltung japanischen Delegation in Washington ist deshalb noch nicht möglich.

In Vorderasien bleibt die Situation für das englische Kapital unnstig. Der Aufstand in Indien geht weiter, der englische Versuch, mit fghanistan zu einem Abkommen zu gelangen, ist völlig gescheitert; lmehr hat Afghanistan ein Bündnis mit der antibritischen Regierung ersiens geschlossen. Und beide Staaten haben Anlehnung einerseits der Türkei Kemal Paschas und andererseits bei Sowjetrußland. Die iechische Offensive in Kleinasien ist völlig zusammengebrochen, was eine itere Niederlage der englischen Politik bedeutet, und Frankreich hat seinerts einen Vertrag mit der siegreichen Türkei abgeschlossen, der den Engidern sehr peinlich ist. Kleinasien kommt damit aus dem Machtbereich s englischen in den des französischen Kapitals. Aber England kann dagen nichts unternehmen, weil es durch Washington gebunden ist.

Die albanische Streitfrage hat erneut den Gegensatz zwischen Jugowien und Italien aufgerollt. In Marokko ist es den Spaniern gelungen, rch ein riesiges Truppenaufgebot die Aufständischen zurückzudrängen. e spanische Bourgeoisie ist aber hier durchaus von dem guten Willen ankreichs abhängig, was ja auch bei der Haltung Spaniens im Völkerndsrat anläßlich der oberschlesischen Entscheidung zum Ausdruck kam.

Karl Habsburgs Abenteuer hat ein überraschend klägliches Ende funden. Es war den ungarischen Weißgardisten gelungen, durch bewaffte Auflehnung gegen die Beschlüsse der Entente das Gebiet von Oedenburg ertrotzen, aber die Rückkehr Karls nach Budapest hätte darüber hinaus den fenen Krieg mit der Kleinen Entente, und unter Umständen auch mit der roßen, bedeutet. Davor schreckte Ungarns herrschende Klasse zurück. stellte sie sich hinter Horthy und ließ Karl fallen.

Die letzten Wochen haben keine entscheidende Zuspitzung r Weltkonflikte gebracht. Aber sie haben auch keinen der vorhandenen gensätze irgendwie der Lösung nähergebracht. Der Konflikt des interionalen Kapitals mit Sowjetrußland, und nicht minder die Interessenensätze der einzelnen kapitalistischen Staaten und Mächtegruppen gegennander bestehen ungeschwächt fort. Das balkanisierte Mittel- nd Osteuropa werden ebenso wie Ostasien und die anderen Länder s Stillen Ozeans die Objekte immer neuer machtpolitischer Ausnandersetzungen sein. A. R.

Bibliographie
des Sozialismus und Kommunismus.

Zusammengestellt von Ernst Drahn,
Berlin-Steglitz, Forststraße 5.

Was ist und was will die Kommunistische Jugendinternationale? (16 S.) Verlag „Junge Garde", Berlin 1921. M. 50,—. 16°.

Weber, Adolf, Prof. Dr.: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. (XX, 465 S., mit 3 Tabellen.) J. C. B. Mohr, Tübingen 1921. M. 60,—, geb. M. 72,—. 8°.

Winokurow, A.: Die soziale Fürsorge in Sowjet-Rußland. (30 S.) Frankes Verlag, Leipzig-Berlin 1921. M. 0,50. 16°.

Zerstörungsarbeit, Kommunistische, in den freien Gewerkschaften. (47 S.) Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Berlin 1921. M. 2,—. Oktavformat.

Zusammenschluß, Der, von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart und Buchhandlung „Vorwärts", Berlin. (32 S.) Buchhandlung „Vorwärts", Berlin 1921. Oktavformat. (Gegen Porto.)

Russische Sprache.

Bulletin, Nr. 1. August 1921. Red.: M. Anski (24 S.). Presseabteilung der Vertretung der R.S.F.S.R. in Deutschland. Berlin 1921. Quartformat.

Gercen, A. Z.: **Russky narod i socialism.** (64 S.) Verlag Mysl, Berlin 1921. M. 2,—. Format: 16°.

Katalog Russky Knig. (90 S.) Ges. Glücksmann, Berlin 1921.

Englische Sprache.

Annoncements Autumno 1921. (48 S.) George Allan u. Union Ltd., London 1921.

Hilferding, Rudolf: **Boehm-Bawerk's Criticism of Marx.** (94 S.) Socialist Labour Press, Glasgow 1921. Oktavformat.

Paul, W. M.: **Karl Liebknecht. The Man, His Work and Message.** (21 S.) Socialist Labour Press, Glasgow 1921. 3 d. Oktavformat.

Französische Sprache.

Travailleurs, Aux jeunes, et Travailleuses de Belgique. (7 S.) Komm. Jeugd. België 1921. Oktavformat.

Spanische Sprache.

Lenin, N.: **La juventud comunista y su papel.** (16. S.) La Federacion de Juventudes Comunistas, Madrid 1921.

Ungarische Sprache.

Szegémy Ember No. 1. August 1921. (8 S.) Verlag Uj Harcos. Wien 1921. Quartformat.

Italienische Sprache.

Rassegna Comunista. 1. Jahrg. Nr. 1. 1921. Edita dal Comunista d'Italia. Mailand 1921. Oktavformat.

Relatione presentata della Frangione Comunista al Congresso di Livorno del P.S.J. (15—21. Gl. 20. 1.) (36 S.). Press il C. E. del Partito Comunista d'Italia, Mailand 1921. L. 0,50. Oktavformat.

Rigola, Rinaldo: **Lavoro e Lavoranti it. Domicilio.** (78 S. „Critica Sociale. R. Remporad & F., Firence 1921. L. 2,—. Oktavformat.

Russia, La, dei Soviet, Nr. 1, Februar 1921. Red.: Guglielmo Pannunzi (Wochenschrift). Roma 1921. L. 0,20. Gr.-Folio.

Statuto del Partito e Dispositioni Transitorie (20 S.). Presso il C. E. del P. C. J., Mailand 1921. L. 0,50. Oktavformat.

Einsendungen und Mitteilungen über Neuerscheinungen erbeten an Ernst Drahn, Berlin-Steglitz, Forststr. 5.

Für den Inhalt verantwortl.: Aug. Thalheimer-Berlin - Druck: Friedrichstadt-Druckerei G.m.b.H.

Die Internationale

Jahrg. 3 | 15. November 1921 | Heft 15/16

Adresse für Zusendungen:
VIVA, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H.
(Frankes Verlag / Seehof & Co.-Verlag). Berlin SW., Blücherplatz 2
Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Kapitulation der kleinbürgerlichen Demokratie.

Th. Berlin, den 10. November.

Vor wenigen Wochen gab der Industriegewaltige Klöckner freudig horchenden Aktionären die frohe Botschaft, die neue Konjunktur, die mit dem Fall der Mark einsetzte, sei keine nur scheinbare, sondern eine durchaus reelle Konjunktur. Er zeigte sich sehr wohl zufrieden mit dem Fall der Mark, die diesen Industriesegen bringt und ließ deutliche Beklemmungen durchblicken bei dem Gedanken, die Mark könne wieder hoch klettern und mit der Konjunktur die Export- und Valutaprämien zum Verschwinden bringen. Je tiefer die Mark sank, um so höher stieg der Taumel der Börse und der Industrie. Inzwischen ist die Mark (8. November) auf die Parität 0,014, gemessen am Dollar, gesunken (Dollar = 340 Mk.). Sie hat sich mit Riesenschritten der österreichischen Krone und der polnischen Mark genähert. Die Kehrseite der Medaille wird jetzt auch dem stumpfsten Auge sichtbar. Die „reelle Konjunktur" beginnt schon, sich dem Punkt zu nähern, wo die katastrophale Scheincharakter handgreiflich wird.

Und dies gleich von drei Seiten her. Im selben Maße, wie das Sinken der Mark den Export, die Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkt erleichtert, erschwert sie die Einfuhr von Rohstoffen usw. Auf einen gewissen Tiefpunkt schrumpft das Quantum der möglichen Rohstoffeinfuhr so weit zusammen, daß der Ausfuhr das Material ausgeht. Eine Reihe Anzeichen deuten darauf hin, daß die Dinge sich diesem Punkt zu nähern beginnen. Von der andern Seite her wirft die sinkende Mark die Reallöhne, die Beamtengehälter usw. ins Bodenlose hinab, stellt dem gesunkenen Reallohn ein verringertes Angebot von Waren des Massenkonsums gegenüber — die Ware wandert in das valutastarke Ausland oder in die Hände der inländischen „Sachwert"-Besitzer. Die Arbeiterklasse antwortet durch eine Welle von Teilstreiks, und die durch planmäßige Zurück-

haltung, Verschiebung usw. von Lebensmitteln künstlich gesteigerte Teuerung versetzt die Arbeiterschaft und die unteren Mittelschichten in wachsende Gärung. Und schließlich wirkt sich dieser Bankrotexport nach einer dritten Seite aus: die öffentlichen Finanzen geraten in immer fürchterlicheren Verfall. Der Staat stürzt mit einem Mal eine ganze Reihe Stufen tiefer in den Bankrott hinab. Das Defizit des Reichshaushalts erreicht nach der Angabe des jüngsten Reichsfinanzministers die immerhin respektable Höhe von 110 Milliarden Papiermark. Die „Wiedergutmachung" aber schwillt auf Ziffern an, für die man die Parallelen nicht mehr in der Oekonomie, sondern in der Atomphysik suchen muß.

Die französische Bourgeoispresse spricht offen davon, daß der Fall der Mark kein „Naturgesetz", sondern Absicht der deutschen Industriellen sei, um gegenüber Frankreich einen betrügerischen Bankrott zu machen. Nun genügt es, die bekannten Daten der Ein- und Ausfuhr und des Rückgangs der Produktion in Deutschland usw. zu sehen, um zu wissen, daß auch bei der krampfhaftesten Anstrengung die geforderten Wertsummen nicht zu leisten sind. Aber bei alledem ist mit Händen zu greifen, daß Industrien und Banken unter Steuerführung sich planmäßig bemühen, den Beweis der Unmöglichkeit der Erfüllung durch Senkung der Mark kräftig zu unterstützen. Dabei schielen die Stinnes u. Co. auf England und auf Amerika, für die die deutsche Schmutzkonkurrenz — im Verein mit dem Niederbruch Oesterreichs, Polens usw. und dem Ausschalten Sowjet-Rußlands vom Welthandel — sich in so und so viel Millionen Arbeitsloser ausdrückt. Die „Frankfurter Zeitung" hat der englischen City vorgerechnet, daß die Reparationssummen, die England von Deutschland zufallen, genau den Betrag ausmachen, den England für Arbeitslosenunterstützung ausgibt. Die Rechnung stimmt ökonomisch, und trotzdem stimmt die Rechnung der deutschen Bourgeoisie auf eine wirksame Hilfe Englands und Amerikas für die Erleichterung der Reparationslasten ganz und gar nicht. Frankreich hat gegenüber Deutschland um so mehr Freiheit des Handelns, je mehr der englisch-amerikanische Gegensatz sich verschärft und je rücksichtsloser es England in der Türkei entgegentritt. Für England wie für Amerika ist die Handlungsfreiheit Frankreichs gegenüber Deutschland, — und darüber hinaus auf dem europäischen Festland, — der Mindestpreis, der für die Gewinnung Frankreichs als Partner in ihrer Weltauseinandersetzung gezahlt werden muß.

* * *

Dieser Stand der Dinge ist den Stinnes u. Co. sicherlich nicht verborgen. Aber die Katastrophe des deutschen Volkes ist, so geht die Rechnung, nicht die Katastrophe der Stinnes u. Co. Mit der schweren Industrie, den Banken, den Eisenbahnen in der Hand glauben die Herren der Konzerne aus der Sintflut sich retten zu

nnen, die Staat und Volk verschlingt. Wenn die deutsche Arbeiterklasse das Ebenbild der Ebert-Scheidemann-Braun und der Hilferding-Breitscheid wäre, wenn die der Zahl und der Bedeutung nach mächtigste Arbeiterklasse auf dem europäischen Festland so widerstandslos sich in ihren Untergang ergeben würde, wie die heutigen Fortführer ihrer Mehrheit gegen mäßige Bezahlung und die traurige Ehre, Marionetten an der Staatsspitze zu sein, sich in den Untergang der Klasse fügen, die sie emporgetragen hat, so hätten sie recht.

Wenige Drehungen der Daumschrauben — der Druck auf die Mark, das Hinauszögern der Kreditgewährung für die Reparationen — genügten, um in einer Lage, die zwang, entweder die proletarische Unterwelt in Bewegung zu setzen oder sich dem kapitalistischen Olymp zu beugen, die kleinbürgerliche Demokratie zur Kapitulation zu bringen. Die große Koalition in Preußen ist die erste Etappe der Kapitulation der kleinbürgerlichen Demokratie. Das Geheimnis dieser Kapitulation ist mit aller wünschenswerten Klarheit von dem früheren Gewerkschaftsführer und nachmaligen preussischen Ministerpräsidenten Adam Stegerwald ausgesprochen worden, der auf dem Altar der großen Koalition geschlachtet wurde, trotzdem oder vielleicht, weil er ihr Bahnbrecher war. Er durfte, wie Moses, das gelobte Land der großen Koalition erblicken, aber er durfte es nicht betreten. Der bittere Schluß, den Adam aus der Lage zog, war: Parlamentsmehrheiten sind Seifenblasen, das Reale ist das Geld, das Geld aber ist Stinnes u. Co., und wenn es hart auf hart geht, so muß ein armer Kleinbürger sich an diese Realitäten halten.

Die Kapitulation der kleinbürgerlichen Demokratie in Preußen kann nur das Vorspiel der Kapitulation im Reiche sein, wobei dahingestellt bleiben mag, wie lange das Zwischenspiel zwischen der einen und der anderen Kapitulation dauern wird. In der Sache hat schon die Kapitulation der kleinbürgerlichen Demokratie in Preußen den Ausgang ihres dreijährigen wechselvollen Ringens entschieden, das in jeder Phase kläglich und methodisch war, das einer brutalen, wilden Energie nur gegen das Proletariat fähig war. Consumatum est — es ist vollbracht! Gegen die Bedingungen dieser Kapitulation können die von Brest-Litowsk und Versailles sich noch sehen lassen. Sie sind klar formuliert durch Hugo Stinnes in der letzten Tagung des Reichsverbands der Industriellen. Sie fassen in sich die Durchbrechung der letzten Schranken staatlicher Kontrolle, die dem Großkapital im Wege stehen (Regelung der Kohlenpreise, des Ausfuhrhandels usw.), der Schranke des Achtstundentags, des Streikrechts, sie fordern die Fortdauer der bisherigen Steuervorlagen und das Weißbluten der Massen auch durch den Steuerdruck, und sie

fordern schließlich unmißverständlich die Auslieferung der Eisenbahn, der Wasserstraßen und der anderen Staatsbetriebe in die Klauen des Privatkapitals. Das und nicht die Görlitzer Bedingungen, an die bei der großen Koalition in Preußen keiner der Minister- und sonst Regierungsfähigen der Sozialdemokratie dachte — ist das wirkliche Programm der Stinnes-Koalition und hätten die Severing und Braun auch an den Görlitzer Fetzen Papier gedacht, so wäre es dasselbe gewesen. Bei Stinnes ist reale Macht, die Macht des Eisens und der Kohle, und der kann begegnet werden nur durch eine andere, stärkere reale Macht, die revolutionäre Energie der gesammelten Arbeiterklasse. Aber diese Zeiten sind für die Sozialdemokratie längst vorbei. Drei Jahre haben sie zermürbt, zerbrochen und unrettbar der Bourgeoisie versklavt. Den Führern bleibt nur noch der ohnmächtige Protest des parlamentarischen Zungengefechts und der Täuschung der Massen. Die proletarischen Massen in der Partei werden noch eine Zeitlang den hoffnungslosen Kampf gegen das Schicksal der Partei führen — vielfach geben sie ihn resigniert auf und verschwinden stillschweigend aus ihr — bis schließlich die Notwendigkeit des Bruchs mit dem Kadaver der Partei sich ihnen unwiderstehlich aufdrängt.

* * *

Die Kapitulationsbedingungen des Großkapitals begreifen in sich nicht nur die Liquidation der einzigen erheblichen sozialen Errungenschaft der November-Revolution, des Achtstundentages, sie drohen das Proletariat noch hinter die Errungenschaft zweier Menschenalter gewerkschaftlichen und politischen Kampfes vor der Revolution zurückzuwerfen: Knebelung des Streikrechts. Die Auslieferung der Eisenbahn, der Post, der Wasserwege usw. an das Privatkapital greift noch weiter zurück. Sie liquidiert die Ergebnisse der bürgerlichen Revolution, die der Junker Bismarck für die deutsche Bourgeoisie in drei blutigen Kriegen machte. Die Fassade der Republik bleibt einstweilen noch erhalten, aber sie wird dann so gut feudalbureaukratisch sich fundieren lassen, daß die Fassade noch eine gute Weile ertragen werden kann. Vor bloßen Parlamentsmehrheiten braucht Stinnes nicht zu zittern, das bezeugen nicht nur die Taten des Parlaments, das bekräftigt noch ausdrücklich Adam Stegerwald.

* * *

Die hohe Bureaukratie der 1. Wirth-Regierung hat bereits die Durchbrechung des Achtstundentags und der Schlichtungsordnung präpariert, sie arbeitet im Stillen den Plänen der Auslieferung der Eisenbahn usw. an das Privatkapital vor, und sie hat in Sachen der Steuern dem Kapital kaum noch erhebliche Wünsche gelassen. Die „Erfassung der Goldwerte", selbst in der verhältnismäßig harmlosen Gestalt, die der Arbeitsminister Schmidt ausgearbeitet hatte, ist stillschweigend in der Versenkung verschwunden, sie wird nur noch als Pappschwert im Reichstag und in der sozialdemokratischen Presse geschwungen, um dem „Volk, dem großen Lümmel" etwas vorzumachen.

Der Steuerkampf hat jedoch erst begonnen, Lohnkämpfe springen mer aufs neue aus dem Boden, und dieser Boden ist so unterihlt, daß es der raffiniertesten Zauberkünste der Gewerkschaftsreaukratie bedarf, um, wie beim Berliner Gasthausangestelltenreik, die Auswertung zum Generalstreik zu verhüten. Die Teueng wühlt in den Massen. Diese Massen haben noch in Berlin am November, auf den Versuch der Gewerkschaftsbureaukratie, die ömödie eines halben Revolutionsstreiks aufzuführen, damit geantortet, daß sie auf die ganze Komödie verzichteten, aber es gehört ine große Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß die Kapilation der kleinbürgerlichen Demokratie vor der Großbourgeoisie r Ausgangspunkt werden wird für die Ueberwindung der bürgerh-demokratischen Illusionen durch die Massen, in den Kämpfen er um die Rettung und Sicherung und Verwirklichung der Demoratie, gegen die Auslieferung des demokratischen Staates und der lassen an eine Handvoll Industrieherzöge und Bankkönige. An eser Stelle beginnt ein neuer, nicht einfacher, aber wahrscheinlich r fruchtbarste Abschnitt der kommunistischen Aufgabe in eutschland.

Die Landtagswahlen in Baden.

H. R. Am 30. Oktober fanden in Baden Landtagswahlen statt. Aus en Presseäußerungen aller beteiligten Parteien war nur eines zu ersehen: Keine Partei wurde durch das Wahlresultat befriedigt Alle gestellten Erwartungen und Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. In der Presse der seitherigen Regierungskoalition kommt diese Stimmung besonders stark zum Ausdruck. Und diese Koalition hat alle Ursache zu pessimistischer Stimmung: Die Homogenität des badischen Parlaments ist mit diesen Wahlen erledigt. Zum Vergleich des Resultats machen wir die folgende Gegenüberstellung:

1. Die Regierungsparteien.

	Wahl 1919 (bad. Nat.-Vers.) Stimmen	Wahl 1920 (Reichstagswahl) Stimmen	Wahl 1921 (Landtagswahl) Stimmen
Zentrum:	376 208	344 027	341 556
Sozialdemokraten:	329 317	190 298	204 591
Demokraten:	233 956	116 398	76 167
	939 481	640 723	622 314

2. Die Oppositionsparteien.

Deutschnationale:	72 211	113 554	76 013
Deutsche Volkspartei:	—	64 653	54 393
Landbund:	—	—	74 730
Wirtschaftliche Vereinigung:	—	—	11 427
Unabhängige:	15 449	102 965	27 109
Kommunisten:	—	14 471	35 378
	87 660	295 643	278 050

Im alten Landtage verfügten die Regierungsparteien über eine Mehrheit von 94 Prozent, die beim neuen Landtag auf 70 Prozent zusammengeschrumpft ist. Die Mandate verteilen sich wie folgt:

1. Die Regierungsparteien.

	alter Landtag Mandate	neuer Landtag Mandate
Zentrum:	39	34
Sozialdemokraten:	36	20
Demokraten:	25	7

Alter Landtag 100 Mandate. Neuer Landtag 61 Mand.

2. Die Oppositionsparteien erhielten: Deutschnationale 7 Mandate (alter Landtag 7); Deutsche Volkspartei: 5 Mandate (0); Landbund: 7 Mandate (0); Wirtschaftliche Vereinigung: 1 (0); Unabhängige: 2 (0); Kommunisten: 3 (0). Mithin ist die Opposition im neuen Landtag mit 25 Mandaten vertreten gegenüber 7 im alten Landtage.

Dieses Wahlresultat in dem kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Baden trägt alle Merkmale der sich vollziehenden Verschärfung der Klassengegensätze, wie wir sie fast bei allen Wahlen nach der Revolution in Deutschland beobachten konnten. Die allgemeinen Merkmale sind: Flucht der Wähler aus dem Lager der kleinbürgerlichen Koalitionsparteien der Mitte, starkes Anschwellen der konterrevolutionären Rechtsparteien, allmählicher, aber sicherer Aufstieg der kommunistischen Bewegung. Die besonderen Merkmale der badischen Wahlen sind: Vollkommene Liquidation der Demokraten und Unabhängigen und starke Erschütterung der Sozialdemokraten.

Die Bankrotteure der kleinbürgerlichen Mittelparteien trösten sich in ihrer Presse über ihren Niedergang mit dem angenehmen Selbstbetrug, daß die Reaktion und die „linksputschistischen Arbeiterzersplitterer" eine Niederlage erlitten hätten. Wollen wir sehen: Die reaktionäre Rechtsopposition setzt sich zusammen aus Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Landbund und Wirtschaftliche Vereinigung. Diese Parteien erhielten: 1919 72 211 Stimmen, 1920 178 207 Stimmen, 1921 216 563 Stimmen. Wir sehen also auf Seiten der Reaktion einen unaufhaltsamen Aufstieg. Die linksgerichtete Arbeiteropposition entwickelte sich wie folgt: 1919 15 660 Stimmen, 1920 117 436 Stimmen, 1921 62 487 Stimmen. Der Rückgang von 1920 auf das Jahr 1921 ist auf das Konto der Liquidation der Unabhängigen zu setzen. Die wirklich ernst zu nehmende Arbeiteropposition, die sich um den Kommunismus schart, ist um 60 Prozent gestiegen, von 14 471 auf 35 378 Stimmen.

Am katastrophalsten ist der Zusammenbruch der Unabhängigen, der ihnen selbst sehr überrascht kam. Einige Tage vor der Wahl stellte die „Freiheit" noch Betrachtungen an über die Wahlbewegung und den voraussichtlichen Ausgang derselben. Dort errechnete sie einen Wahlerfolg von rund 70 000 Stimmen. Sie mußten sich nun mit 27 000 zufrieden geben, das war eine schwere Enttäuschung. Ein Teil ihrer Anhänger fand den Weg zum Kommunismus, ein kleinerer Teil zurück zur alten Sozialdemokratie, was deren klar erkennbaren Niedergang für den Augenblick nochmals aufhalten konnte, und ein Teil zog sich angewidert vom Parlamentarismus und noch nicht erfaßt von der kommunistischen Disziplin vorübergehend überhaupt in den Schmollwinkel zurück.

———

Das Kreditangebot des Industriekapitals.

Von A. Friedrich.

Am 5. November tagte in Berlin der Reichsverband der Deutschen Industrie. 1200 Industriekapitalisten, große und kleine, waren in einer geschlossenen Sitzung versammelt. Selbst die Presse hatte man nicht zugelassen. Nur ein Gast war anwesend: das war Reichsbankpräsident Havenstein. Bei Beginn der Sitzung vertrat das Präsidium den Standpunkt, der Münchener Beschluß, dem Reich Kredithilfe zu gewähren, müsse aufrecht erhalten, dem Gesetzentwurf Dr. Huchenbergs zugestimmt werden. Der Reichsverband bekundete sofort, daß er diese Meinung nicht teile. Auch eine lange Rede Havensteins änderte daran nichts. Schon schien es, als solle das Kreditangebot vollkommen zurückgezogen werden, als solle also die Richtung Dr. Hugenbergs siegen, als Stinnes seine Zeit für gekommen hielt und eine Kompromiß-Resolution vorschlug: Das Kreditangebot wird aufrechterhalten, aber gegen solche Bedingungen, die das Großkapital der Staatsmaschine ausliefern.

Auch der Entwurf Dr. Huchenbergs bedeutete alles andere als etwa eine zwangsweise Heranziehung des Steuerkapitals zur Steuerzahlung. Er war ganz im Gegenteil ausdrücklich gedacht als eine Maßnahme, die eine „radikale" Verteuerung, eine „Erfassung der Goldwerte" vermeiden sollte. Es soll danach eine Kreditgemeinschaft des Schwerkapitals gebildet werden, die dem Reich zur Zahlung seiner Reparationsgeldzahlungen Devisen gegen hohe Zinsen leihweise überläßt. Es soll das geschehen in Form eines Steuervorschusses; nicht einen Pfennig erhöht das Reich mehr, als es auf Grund der das Kapital scheuenden Steuern so wie so erhielte; und dafür, daß es diese Summe etwas eher erhält, hat es hohe Zinsen zu zahlen, vielleicht 14 Proz., soviel, wie es an den holländischen Kapitalisten zu zahlen hatte, die ihm vor Begleichung der ersten Goldmilliarden 400 Millionen Goldmark liehen.

Schon dieser Plan war kein Opfer, er war ein gutes Geschäft. Er war zugleich eine Parade gegen die sozialistische Parole der „Goldwerterfassung". Gleichviel — die großen Industrieherzöge waren nicht zufrieden. So wie man an der Börse schachert, so wie ein Kapitalist, der in Notlage ist, erst recht geschröpft wird von den andern, so tat man's mit dem Reich. Das Reich hat niemanden, der ihm hilft; es muß das Angebot akzeptieren — unter jeder Bedingung. Die Kanonade begann. Dr. Hugenberg rückte vor, er zog im Namen weiter Kreise seine Zusage zum Kreditangebot zurück. Die Mark fiel. Die Abtrennung Oberschlesiens, eine „mit

tödlicher Sicherheit" in kapitalistischen Kreisen seit Monaten erwartetes Ereignis, war Anlaß, daß sich einer nach dem andern g e g e n die Kreditaktion erklärte.

Stinnes, anscheinend nur Vermittler, ist in Wahrheit Sieger. Die Resolution, anscheinend ein Kompromiß zwischen zwei Strömungen in der deutschen Industrie, ist in Wahrheit sein Programm, das er seit langem in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" propagiert. Es sind kurz folgende Bedingungen:

1. Befreiung von allen Fesseln, die das Industriekapital hemmen. Damit ist gemeint das Koalitionsrecht, der Achtstundentag, die Preisregulierungen für Kohle, Kalk usw.
2. Ausnützung aller unproduktiven Kräfte, d. h. Einführung von Ueberstunden und Ueberschichten.
3. Garantien für einen sparsamen Staatshaushalt; d. h. Streichung aller dem Steuerkapital nicht unmittelbar zufließenden Ausgaben, Massenentlassungen von Beamten und Arbeitern in Staatsbetrieben.
4. Ueberführung der Staatsbetriebe in den Privatbetrieb; vor allem Eisenbahn und Post.

Dem Staat werden seine letzten Geldwerte entrissen, seine Einnahmen und Ausgaben werden durch schwerkapitalistische Organisationen kontrolliert, alle Schranken der Ausbeutung des Proletariats fallen: mehr kann das Großkapital nicht verlangen.

Hat das Schwerkapital durch seinen Beschluß vom 5. November gezeigt, daß die Macht bei seiner Organisation liegt, nicht beim Parlament, so hat das Proletariat seinerseits die Macht s e i n e r Organisationen in die Wagschale der wirtschaftspolitischen Kämpfe zu werfen. Und hat das Großkapital den Kampf um den Staatsapparat begonnen, so muß das Proletariat damit antworten, daß es diesen Kampf aufnimmt, um für sich Machtpositionen zu erobern, indem es dem Staat zur Erfassung der Goldwerte, zur Beteiligung an allen kapitalistischen Unternehmungen verhilft und Kontrollorgane in den Betrieben und im Staat zur Durchführung dieser Goldwerterfassung errichtet.

Der Bankrott Deutschlands.

Von E. L u d w i g (Berlin).

I.

Am 4. November hat der Finanzminister der Ebert-Republik, Herr Hermes, den Steuerkampf in Deutschland durch Einbringen der Steuervorlagen in den Reichstag auch offiziell eröffnet. Der Steuerkampf wird, noch mehr als bisher, in den Mittelpunkt des politischen Lebens Deutschlands treten, die Klassengegensätze noch weiter verschärfend. Denn in den Steuergesetzen der Wirth-Regierung, die — nach außen — den guten Willen der deutschen Bourgeoisie zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen kund tun sollen, wird die längst gehegte Absicht des Bürgertums, die Kriegs- und Wiederaufbaulasten auf die Schultern der werktätigen Massen abzuwälzen, lebendige Wirklichkeit. Schon ist am 5. November in Preußen die große Koalition zwischen der Finanzbourgeoisie und der

zialdemokratischen Bürokratie unter der Führung des Mehrheitszialisten Otto Braun als Ministerpräsidenten zur Bewachung der bürgerhen Kassenschränke entstanden.

In dieser für das Proletariat Deutschlands entscheidenden Stunde erheint — eben noch rechtzeitig — ein Büchlein von Dr. Eugen Pawlowski: Der Bankrott Deutschlands" (Verlag der Kommunistischen Internationale arl Hoym, Hamburg 1921, 189 Seiten).

Den Genossen der Internationale gibt es, leicht verständlich und überchtlich geschrieben, die unentbehrliche Unterlage zur Beurteilung der konomischen und finanziellen Lage Deutschlands und der Bedeutung er Steuerkämpfe, deren endlicher Ausgang für die proletarischen Parteien er anderen Länder von nicht minder großer Wichtigkeit ist als für das eutsche Proletariat.

Den deutschen Arbeitern vor allem, gleichgültig welcher Partei sie anchören, ist es eine schneidige Waffe zur Abwehr des Steuerraubzuges, zu em das Bürgertum gegen sie angetreten ist. Jeden Winkelzug, alle chliche, die das industrielle Unternehmertum, die Junker und ihre kleinürgerlichen Apologeten oder sozialdemokratischen Agenten zum Einfangen nd Betrügen der Arbeiter mittels der Steuern ausgeheckt haben, enthüllt awlowski mit unwiderleglichen Zahlen ebenso rücksichtslos, wie er unarmherzig den kapitalistischen Zerfall Deutschlands seziert. Gleichzeitig aber zeigt er der Arbeiterklasse den Weg aus dem Zusammenbruch der Wirtschaft und der Staatsfinanzen, den Weg einer positiven proletarischen Steuerpolitik im Rahmen und als Mittel des proletarischen Befreiungskampfes.

Dieses Buch gehört in die Hand eines jeden Arbeiters.

II.

Die Steuerfrage in Deutschland ist kein nur steuertechnisches und finanzpolitisches Problem. In bewußtem Gegensatz zur Vulgärökonomie, die, dem Stichwort Hilferdings folgend, die Gesundung der Wirtschaft Deutschlands der Zerrüttung seiner Staatsfinanzen entgegensetzt, stellt Pawlowski Steuergesetze und Finanzprobleme mitten in den Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands hinein, um die Unlösbarkeit der Finanzfrage für den bürgerlichen Staat aus der Krise der kapitalistischen Wirtschaft herzuleiten.

Mit reichem Material von meist amtlichen Zahlen, die von Regierungswegen oft genug zum entgegengesetzten Zweck zusammengestellt wurden, tut Pawlowski den unaufhaltsamen Zerfall des deutschen Kapitalismus dar, weist er den Rückgang der Produktivität der Arbeit aus der Zerrüttung ihrer beiden Bestandteile, der sachlichen Produktionselemente wie der Arbeitsintensität nach. In der Landwirtschaft wie in der Industrie sind die sachlichen Bestandteile des deutschen Kapitals zerstört und beschädigt aus dem Kriege herausgekommen und in der Zeit nachdem nicht wesentlich gebessert worden. Die Getreideanbaufläche und der Viehbestand sind, verglichen mit der Vorkriegszeit, um 25 bis 30 Prozent zurückgegangen. Die Produktion im Bergbau und in der Industrie um etwa 50 Prozent. Die Seehandelsflotte ist vernichtet. Erschütternd und für jeden Arbeiter ein Kapitel besonderer Aufmerksamkeit ist der Abschnitt über die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, die sich seit dem Fall der Arbeitsintensität auswirkt. Der Brotkonsum ist um etwa 36 Prozent, der Fleischkonsum um 73 Prozent auf den Kopf der Bevölkerung zurückgegangen. Dafür ist die Tuberkulosesterblichkeit gewaltig gestiegen. Die Mehrheit der Bevölke-

rung verdient weniger als das täglich im Preis steigende Existenzminimum. Das ist das Ergebnis des glorreichen Krieges und der zweijährigen Wiederaufbauversuche der Bourgeoisie.

Einzelne Bedenken, ob etwa der Begriff der „Verarmung" Deutschlands und der „Krise aus Unterproduktion" theoretisch genügend scharf seien, den kapitalistischen Zerfall Deutschlands in allen seinen Erscheinungen zu erkären, mögen hier um so mehr zurücktreten, als auch Pawlowski zu dem Schluss kommt, dass von der Ueberwindung der Krise in Deutschland keine Rede sein kann. Nur eine Ergänzung wäre für die 2. Auflage vielleicht erwünscht. Ein Eingehen auf die neue Hochkonjunktur der deutschen Industrie, die sich in zunehmendem Auftragsbestand der Fabriken, im Rückgang der Arbeitslosigkeit, in Vertrustungen und Kapitalserhöhungen äußert. Mit diesen Konjunkturerscheinungen gehen die Sozialdemokraten und die Liquidatoren um Levi krebsen, um aus ihnen die Ueberwindung der deutschen Krise herzuleiten. Wenige Seiten würden zum Nachweis genügen, dass diese Konjunktur in letzter Linie nur den kapitalistischen Zerfall Deutschlands beschleunigt und damit das Ergebnis der Untersuchungen Pawlowskis bestätigt. Ein Aufschwung, der sich gründet auf die zunehmende systematische Verelendung der Arbeiterklasse, auf Valutadumping und Ausverkauf der Wirtschaft, auf die erstrebte Verflechtung des deutschen Kapitals mit dem westlichen Imperialismus nach Wiesbadener Muster, trägt dieselben hypokratischen Züge wie der ganze deutsche Kapitalismus.

III.

Als letzte, jedem sichtbare Auswirkung des Wirtschaftszerfalls erscheint der Zusammenbruch der Staatsfinanzen. Die ungeheuren Summen zur Befriedigung des inneren Staatsbedarfs, zur Erfüllung der Reparationen, das wachsende Defizit des Staatshaushaltes erweisen die Größe der Steuerbeträge wie ihre Unlösbarkeit für das Bürgertum. Aber selbst die märchenhaften Zahlen, die Pawlowski gibt, sind in den wenigen Wochen, die seit der Beendigung seines Buches verflossen sind, vom Sturmlauf der Entwicklung schon überholt.

Als Defizit des Finanzjahres 1921/22 rechnet Pawlowski 75 Milliarden Papiermark. Minister Hermes hat im Reichstag es auf 110 Milliarden Mark angegeben, ungerechnet 35 Milliarden zur Erhöhung der Beamtengehälter, für die eine Deckung nicht vorhanden ist. Für 1922/23 gibt Hermes unter Einrechnung der neuen Steuern den Fehlbetrag bereits heute auf 60.9 Milliarden Mark an. Dabei hat er seiner Aufstellung noch den Markentwertungsfaktor 1 : 20 zugrunde gelegt, der längst der Vergangenheit ang hört. Nach dem heutigen Markkurs ist diese Summe des Defizits mindestens zu verdreifachen.

Die Höhe der Reichsverschuldung einschliesslich der 50 Milliarden Goldmark der verzinsbaren Wiedergutmachungsschuld berechnet Pawlowski auf 1010 Milliarden Papiermark. Unter Einrechnung der ganzen Wiedergutmachungsschuld ergibt sich die Summe von 2158 Milliarden Papiermark. Auch dieser märchenhafte Betrag hat sich inzwischen durch die Markkatastrophe vervielfacht.

Als Ausweg aus ihrem Finanzchaos hat die deutsche Bourgeoisie außer ihrer illusionären Hoffnung auf die bessere Einsicht der Entente nur ihre neuen Steuergesetze, die ihr im Ganzen 42 Milliarden Papiermark bringen sollen (Pawlowski gibt irrtümlich den Betrag der neuen Steuern auf 80 Milliarden an; er rechnet alte und neue Steuern offenbar zusammen).

Ein Tropfen ist es auf den heissen Stein.

Für die breiten Massen aber sind die neuen Steuern der Ausgangspunkt weiterer Verelendung. Alle Steuern des Wirth'schen Programms. Die Umsatzsteuer auf jeden Warenkauf, die Einkommensteuer mit ihren 30 Prozent Abzug von Lohn und Gehalt treffen ebenso, wie die sogenannten Besitzsteuern das Lohneinkommen der Arbeitenden. Bei den Besitzsteuern wird das Kapital schon dadurch geschont, daß infolge der zwischen der Veranlagung zur Steuer und der 1923 oder erst 1926 fälligen Steuerzahlung die Geldentwertung den Steuerbetrag zugunsten des Kapitals mindert. Weiter wird die Abwälzung der Besitzsteuern dadurch erleichtert, daß sie nicht auf einmal in einem großen Betrag, sondern in Vierteljahrs-Raten, also in Annäherung an eine Einkommensteuer, die in die Produktionskosten eingerechnet werden kann, eingezogen wird.

Dr. Felix Pinner, der Börsenredakteur des „Berliner Tageblattes", hat vor wenigen Wochen einräumen müssen, daß dem deutschen Kapital die Abwälzung aller früheren Besitzsteuern in vollem Umfange gelungen ist. Bei den neuen Steuern, die den früheren ähnlich sind, wird es ihm ebenso gelingen.

Das Ergbnis ist: weitere Senkung der Lebenshaltung aller Werktätigen, ohne daß das Finanzziel, die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und die Festigung der Valuta, erreicht würde.

So entsteht die Frage, ob und wann der tatsächlich vorhandene Staatsbankrott offen vollzogen wird. Ob der äußere Bankrott, die Einstellung der Reparationszahlungen, möglich sei, hängt nach der Meinung Pawlowskis von den internationalen Machtverhältnissen ab. Der innere Bankrott, die Einstellung des Schuldendienstes, würde nach seiner Auffassung vor allem die kleinen Leute treffen. Wäre das richtig, so wäre nicht verständlich, warum die Bourgeoisie nicht längst schon den Konkurs angesagt hätte, um sich von der Last der Staatsschulden zu befreien. Tatsächlich aber bedeutet der innere Staatsbankrott eine gewaltige Erschütterung des ganzen staatlichen und ökonomischen Gefüges. Die Bourgeoisie kann wohl alle Voraussetzungen für den Staatsbankrott schaffen, vollzogen kann er aber nur werden als revolutionäre politische Maßregel des Proletariats, das die zur politischen Herrschaft und zur Leitung der Herrschaft unfähig gewordene Bourgeoisie der wirtschaftlichen und politischen Macht entsetzt.

IV.

Im Steuerkampf spitzt sich der wirtschaftliche und finanzielle Zusamenbruch Deutschlands zu. Wie soll die Arbeiterklasse in ihm sich verhalten? Soll sie negierend abseits stehen, da im bürgerlichen Klassenstaate doch alle Steuern sie treffen, wie Curt Geyer und die K. A. P. D. es sagen? Oder soll sie, da die Bourgeoisie keine Lösung mehr weiß, sich selbst den Weg ins Freie erkämpfen? Soll das Proletariat positive Steuerpolitik treiben? Diese Frage, in die seine Untersuchung mündet, bejaht Pawlowski mit aller Entschiedenheit.

Ausgangspunkt für eine positive proletarische Steuerpolitik ist der gegen die vielfach vertretene abweichende Auffassung geführte Nachweis, daß nicht alle Steuern abwälzbar sind, daß es in der Abwälzbarkeit, je nach der Steuerart und den politischen Machtverhältnissen, Abstufungen gibt, und daß einzelne Steuern gar nicht abgewälzt werden können. So richtig diese Meinung ist, namentlich für Erbsschaftssteuern und sofort zu erhebende große Besitzsteuern, so trifft sie auf eine Steuerart, die der Ver-

fasser hier besonders anführt, die Grundrentensteuer, wohl kaum zu. Daß die Grundrentensteuer, wenn auch mit Schwierigkeiten, abwälzbar ist, hat bereits Lassalle in seiner Rede: „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen" nachgewiesen.

Wie dem aber auch sei: für die Steuerpolitik der Ebert-Republik ist es charakteristisch, daß sie weder von einer Erbschaftssteuer noch von einer sofort zupackenden großen Besitzsteuer etwas weiß, daß sie im Gegenteil in ihrer Gesetzgebung zur Abwälzung der Kapitalsteuern direkt anreizt.

Solche nicht oder nur schwer abwälzbare Steuern an Stelle der ausschließlich das Lohneinkommen treffenden Steuern zu setzen, ist die erste Aufgabe des Proletariats im Kampfe gegen die Steuerverelendung. Der Verfasser stimmt in dieser Beziehung dem Jenaer Steuerprogramm der K. P. D. im Wesentlichen zu.

Doch das genügt nicht im Wirbelsturm der Geldentwertung, die die Papiermarksteuer, kaum erhoben, sofort verschwinden läßt. Das Proletariat muß schärfer zupacken, um sich vor weiterer Verelendung zu schützen. Es muß die Erfassung der Goldwerte, die der S. P. D. nicht einmal mehr eine agitatorische Phrase, der U. S. P. nur Mittel zur Vermeidung einer wirklichen Klassenauseinandersetzung im Steuerkampfe ist, zur Tat machen. Nicht in der Form der Hypothekeneintragung an städtischen und ländlichen Grundstücken zugunsten des Reichs und der Staatsteilnahme an den Aktienkapitalien der industriellen Unternehmungen. Diese Art der Goldwerterfassung verhindert weder die Abwälzung der Steuern durch Preiserhöhungen, noch gibt sie dem Staat die Kontrolle über die Produktion und die Preise. Sie hält also den Verelendungsprozeß nicht auf.

Die wirkliche Goldwerterfassung, die Pawlowski fordert, ist die Erfassung der Sachwerte in Natur, und zwar möglichst mehr als die Hälfte, damit dem Staat die Möglichkeit gegeben wird, „die ganze Wirtschaft unter seine Kontrolle zu bekommen, also die ganze Produktion und Gütervertcilung einheitlich zu erfassen".

„Staatskapitalismus" also? Nein und ja, antwortet Pawlowski auf diese in der deutschen Partei heiß umstrittene Frage. Nein: solange es sich um den Staat als dem Machtausdruck der heute gegebenen Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse handelt. Ja: sobald im Kampf um die Erfassung der Goldwerte durch den Staat das Proletariat diese Machtverhältnisse verändert hat. Und es muß sie zu seinen Gunsten verändern. Denn es muß, wenn es den Staat zum Miteigentümer der Sachwerte machen will, den erbitterten Widerstand der Bourgeoisie brechen, die heute schon mit aller Macht selbst gegen die Goldwerterfassung nach Hilferdings Vorschlag sich wehrt. Die Zwangssyndizierung, die äußere Form der Erfassung der Goldwerte, hat als politisches Gegengewicht notwendig die Stärkung der Machtpositionen der Arbeiterschaft im Staat und damit deren Kontrolle über die staatliche Produktion zur Folge.

Mit diesem Staatskapitalismus werden alle die, die nicht Furcht vor einem Wort haben, sich einverstanden erklären können. Die Goldwerterfassung im Mittelpunkt der positiven praktischen Steuerpolitik, setzt da ein, wo die Steuerpolitik der Bourgeoisie aufhört. Sie zerbricht den engen Rahmen der kapitalistischen Lösungsversuche des Finanzproblems und führt mitten hinein in die großen Fragen der Klassenauseinandersetzung und des Wiederaufbaues der Wirtschaft.

Noch einmal: das Buch gehört in die Hand eines jeden Arbeiters.

(Inprekorr.)

Staatskapitalismus.

Von A. Thalheimer.

Im Anschluß an die Forderung der „Erfassung der Goldwerte", d. h. der Beteiligung des Staates an den kapitalistischen Unternehmungen in Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft usw., unter Kontrolle der Arbeiterschaft, auf diese Weise kapitalistische Vermögen und Einkommen in Natura zu konfiszieren, erhebt sich die Frage des „Staatskapitalismus". Der Jenaer Parteitag wagte sich nur schüchtern an die Sache. Die Spuren der Unabhängigen schreckten. Es schien, als ob der Staatskapitalismus von vornherein unabhängig abgestempelt sei.

Der Grundfaktor der Diskussion des Themas war und ist vielfach heute noch, daß es abstrakt behandelt wird, statt konkret, aus der gegebenen Lage der Wirtschaft, der Finanzen und der Klassenverhältnisse in Deutschland heraus. Je nach den geschichtlichen Umständen kann Staatskapitalismus politisch sehr Verschiedenes, direkt Entgegengesetztes bedeuten. Wirtschaftlich ist er unter allen Umständen die unmittelbare Vorstufe, die letzte Etappe vor dem Sozialismus. Aber es bedeutet politisch durchaus etwas entgegengesetztes, wenn der unerschütterte kapitalistische Staat staatskapitalistische Maßregeln einführt, um seine Macht gegenüber der Arbeiterklasse zusammenzufassen. Dieser Art waren z. B. die staatskapitalistischen Maßregeln, die in verschiedenem Umfang fast in allen bürgerlichen Großstaaten während des Weltkrieges eingeführt wurden. Es war dies politisch der Kapitalismus im Kriegszustand, im Kriegszustand gegenüber der feindlichen imperialistischen Mächtegruppe und im Kriegszustand gegenüber den Volksmassen der „eigenen" Länder. Diese Sorte Staatskapitalismus aktiv zu fördern hatte die Arbeiterklasse kaum Anlaß. Im Gegenteil. Er war ein Kriegsmittel, die aufs straffste zusammengeballte Macht der herrschenden Klassen. Sein Kampf gegen den imperialistischen Krieg mußte gleichzeitig ein Kampf gegen den Kriegskapitalismus sein. Er konnte freilich nicht darin bestehen, den Staatskapitalismus auf den Privatkapitalismus zurückzuführen. Das wäre utopisch, reaktionär und ökonomischer Unsinn gewesen. Er mußte darauf abzielen, den Staatskapitalismus zu Kriegszwecken in den Sozialismus umzuwälzen. Das hieß: die politische Gewalt des bürgerlichen Staates zerbrechen, die proletarische Staatsmacht aufrichten. Bekanntlich ist außer in Rußland der imperialistische Krieg nirgends auf diese revolutionäre Weise beendet worden. Es ist klar, daß vom kriegerischen Staatskapitalismus zur sozialistischen Wirtschaftsordnung der kürzeste Weg gewesen wäre, daß dieser Staatskapitalismus das denkbar beste Sprungbrett für den Sozialismus war. Den Sprung mußte die Revolution machen. Das war die Kleinigkeit, die die Lensch und Konsorten, die dreisten Demagogen des königlich preußischen Kriegssozialismus, vergaßen.

Politisch das gerade Gegenteil davon sind staatskapitalistische Maßregeln, die die proletarische und kleinbürgerliche Volksmasse der Bourgeoisie aufzwingt. Sie sind in Zeiten revolutionärer Erschütterung das Mittel, um Arbeiterklasse und Kleinbürgertum, oder wenigstens Teile des Kleinbürgertums, gegen das Großbürgertum zum Angriff zu vereinigen. Solche Maßregeln schlägt z. B. das Kommunistische Manifest vor. Es fordert als „revolutionäre Uebergangsmaßregeln" u. a.: die Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben, die Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital usw. Die Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland vom April 1847 sahen u. a. vor, daß: 1. Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben usw. werden in Staatseigentum umgewandelt. . . . 8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt. . . . 10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat. . . ." Diese Maßregeln waren berechnet auf das damals vorwiegend kleinbürgerliche Deutschland. Sie richteten ihre Spitze gegen Feudalismus und Absolutismus, sie formulierten in zugespitzt-revolutionärer Weise gegenüber dem Feudalismus die Notwendigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sie waren bestimmt, die Masse des Kleinbürgertums und das wenig zahlreiche und entwickelte Proletariat mit der Bourgeoisie gegen den Feudalismus und Absolutismus in den Kampf zu führen. Diese Forderungen wurden von Marx und Engels, mit Recht, für überholt erklärt, sobald der Kapitalismus im großen Ganzen sich in Deutschland die ihm entsprechenden Lebensbedingungen gesichert und sich konsolidiert hatte.

Unter von diesen sehr verschiedenen geschichtlichen Umständen formulierte Lenin im September 1917 staatskapitalistische Forderungen: die Kontrolle und die Zwangssyndizierung der Banken, der Großindustrie und des Konsums. Es geschah dies in einer Zeit wachsender finanzieller und wirtschaftlicher Zerrüttung, der planmäßigen Sabotage der Wirtschaft durch die Industriellen und Finanzleute, unter einer Koalitionsregierung von Menschewiki, Sozialrevolutionären und den Vertretern der Bourgeoisie. Das Ziel war: die revolutionäre Sammlung der Arbeiter und Bauern gegen Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer, das Mittel war eine Vorstufe, und zwar die nächste Vorstufe zum Sozialismus.

Lenin formulierte klar: ein kapitalistisches Staatsmonopol wird durchgeführt „entweder im Interesse der Großgrundbesitzer und Kapitalisten, dann haben wir keinen revolutionär-demokratischen, sondern einen reaktionäre-bürokratischen Staat, eine imperialistische Republik — — oder im Interesse der revolutionären Demokratie. Dann ist es ein Schritt zum Sozialismus."

Die politische Bedingung ist „die bewaffnete Organisation der Bevölkerung unter der Bedingung des revolutionären Demokratismus". Es war nicht mehr die verfaulende Kerenskirepublik, es war schon die Räterepublik, die diese Maßregeln, zugleich mit weitergehenden durchsetze. Aber diese Vorschläge waren eben nur ein Mittel, die Massen zum Sturm gegen die Kerenskirepublik zu sammeln, die Voraussetzung der proletarischen Machtergreifung zu schaffen.

Die Forderungen knüpften an, an die revolutionär-demokratische Einstellung der bäuerlichen und Arbeitermassen. Darin bestand ihr

esonderer Charakter. Sie waren ein Mittel unter anderen, um diese lassen in kurzer Zeit zum Bruch mit der bürgerlich-demokratischen epublik zu bewegen, die diese von ihr selbst anerkannten Notwendigiten nicht durchführte, ja teilweise gewaltsam gegen sie ankämpfte.

Die konkrete Lage in Deutschland ist durch folgendes charakterisiert: Wirtschaftliche und finanziell steigende Zerrüttung, Schwerindustrie und Großfinanz zu einer überragenden Macht im Staat zusammengefaßt und sich anschickend, zu Eisen und Kohle noch Eisenbahnen, Wasserwege usw. in die Hand zu bekommen, kurz, gestützt auf die stärksten wirtschaftlichen Machtpositionen den demokratischen Staat an die Wand zu drücken, seiner Kourande zu unterwerfen. Die Mehrheit der Arbeiterschaft und so gut wie das ganze Kleinbürgertum glauben noch an die bürgerliche Demokratie, aber müssen den Kampf gegen die Erdrosselung durch das Riesenkapital aufnehmen. Die Frage steht für sie so, ob Stinnes & Co. über die Staatsmaschine verfügen kann, um sie in seinen Armen zu ersticken, oder ob umgekehrt die Arbeiter und Kleinbürger durch den Staat die Stinnes & Co. sich unterwerfen.

Wäre die Mehrheit der Arbeiterschaft schon für den Kommunismus gewonnen, so wäre die Sache wesentlich einfacher. Wir würden sagen: Unser Rätestaat nimmt Stinnes und Konsorten am Kragen. So wird aber für die Volksmassen der Kampf gegen die Beherrschung des Staates und der Wirtschaft durch Stinnes *zu einem Kampf, um den Staat selbst umzuwälzen*, ihn zu ihrem Werkzeug zu machen, d. h. letzten Endes die bürgerliche Staatsmaschine zu zerschlagen.

Hin und wieder taucht die sonderbare Befürchtung auf, die deutschen Kapitalisten könnten am Ende selbst noch zum Staatskapitalismus greifen. Abgesehen davon, daß es äußerst komische Kapitalisten wären, die dies täten, um sich selber zu expropriieren, so wird diese komische Furcht durch die ökonomische Tatsachen der letzten drei Jahre in Deutschland widerlegt. Sie laufen, soweit die Kapitalisten in Betracht kommen, auf den systematischen Abbau der staatlichen Eingriffe in die privatkapitalistische Wirtschaft hinaus. Das geht so weit, daß das Privatkapital jetzt offen darauf ausgeht, die bisherigen größten und mächtigsten Staatsbetriebe, Eisenbahn, Post, Wasserwege, zu entstaatlichen. Aus der konkreten Situation in Deutschland heraus können durchgreifende staatskapitalistische Eingriffe in die Privatwirtschaft nur das Werk des Kampfes der Volksmassen sein. Das bestimmt ihren Charakter.

Was uns wesentlich von den Unabhängigen unterscheidet, ist nicht so sehr der Inhalt staatskapitalistischer Forderungen — solche inhaltlichen Unterschiede bestehen natürlich auch —, sondern das Entscheidende ist erstens, daß die Unabhängigen nicht daran denken, diese Forderungen zum Kampfobjekt der Massen zu machen — sie vergnügen sich mit dem „Kampfe" in Sozialisierungskommissionen und dergleichen — und zweitens, daß sie diese harmlosen akademischen Uebungen benutzen, um die Massen von ihrem wirtschaftlichen Kampf abzulenken. Das, nicht der Inhalt der Forderungen, ist der *grundlegende* Unterschied. Das müssen unsere Genossen verstehen. Sie müssen auch begreifen, daß es uns die Entfesselung des Massenkampfes *erleichtert*, wenn Unabhängige oder Sozialdemokraten inhaltlich gleiche oder auch nur teilweise übereinstimmende Forderungen erheben.

Manche Genossen zerbrechen sich dien Kopf, ob in Deutschland die Bourgeoisie sich auf staatskapitalistische Maßregeln einlassen wird oder ob der Kampf der Massen, wenn er einmal entfesselt ist, gleich darüber hinaus geht. Dieses Kopfzerbrechen ist gut deutsch-spekulativ. Mag sich darüber die deutsche Bourgeoisie den Kopf zerbrechen.

Für uns genügt es, zu wissen, daß staatskapitalistische Maßregeln wie die „Erfassung der Sachwerte" mit den weiter damit verbundenen Maßregeln notwendige Etappen auf dem Wege zur sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft sind. Ob noch der bürgerlich-demokratische Staat im Stadium höchster Bedrängnis durch die Arbeiterklasse in diesem Schützengraben Halt macht, oder ob es schon ein auf Arbeiterräte gestützter Staat sein wird, das entscheidet nicht die Spekulation, sondern der wirkliche Kampf, und für diesen Kampf selbst ist diese Frage äußerst müßig.

Das Ende des Kapitalismus.

Von E. Ludwig, Berlin.

(Fortsetzung und Schluß)

Die Reproduktion des Proletariats als Aufgabe der Kommunisten.

I.

Es ist selbstverständlich, daß für Marxisten mit theoretischen Erörterungen bestimmte politisch-taktische Einstellungen notwendig verknüpft sind. Theorie, die auf dem Papier bleibt, die nicht proletarisch-revolutionäre Praxis wird, mag Karl Kautsky und die Seinen ergötzen, für den revolutionären Marxisten bleibt sie, was sie ist: Papier. Das Proletariat, das die Welt verändern will, muß als aktiver Faktor in das „blinde Spiel der Kräfte", die es erklärt, eingreifen. Dazu aber bietet die marxistische Theorie, die das Proletariat sehend macht, den kräftigsten Ansporn. So wird, rückwirkend, die revolutionäre Praxis der Arbeiterklasse zum Prüfstein und zur Bewährung für theoretische Auseinandersetzungen.

Darum ist es unumgänglich, sich mit den politisch-taktischen Vorschlägen des Genossen Maslow, soweit sie mit seinen theoretischen Darlegungen unmittelbar zusammenhängen, noch kurz zu befassen:

> Die Kämpfe der kommunistischen Parteien sind Kämpfe um die erweiterte Reproduktion der Klasse.

Die erweiterte Reproduktion der proletarischen Klasse: das ist — so unterstreicht es Genosse Maslow noch an drei oder vier anderen Stellen seines Aufsatzes — das A und O der von ihm vorgeschlagenen kommunistischen Taktik.

Um „wenigstens eine erweiterte Reproduktion der Arbeiterklasse nach Kräften zu beschleunigen", ist — auch das sagt Genosse Maslow ausdrücklich — es die Aufgabe der Kommunisten in der Uebergangsperiode, „die Bewegung des kapitalistischen Systems

nach der Seite der verkürzten Reproduktion zu beschleunigen" denn:

> Die zunehmende Revolutionierung des Proletariats ist ein direkter Ausdruck der Verkürzung der kapitalistischen Reproduktion.

Woraus sich für den Genossen Maslow der zwingende Schluß ergibt, daß die Kommunisten, die ja die Revolutionierung des Proletariats mit allen Mitteln zu fördern haben, die verkürzte Reproduktion des Kapitals vertiefen müssen. Die erweiterte Reproduktion des Proletariats als Hebel der Revolution wird so das gewollt herbeigeführte Ergebnis dieses von den Kommunisten bewußt durchgeführten Prozesses der Verkürzung der Reproduktion.

II.

Verkürzte Reproduktion des Kapitals und erweiterte Reproduktion des Proletariats sind für den Genossen Maslow die beiden Pole, die die objektive Bewegung des Kapitals in der Uebergangsperiode charakterisieren. Die Revolutionierung des Proletariates, herbeigeführt durch die bewußte Förderung jenes objektiven Prozesses, ist sein subjektives Ergebnis.

Prüfen wir zunächst diese objektiven ökonomischen Grundlagen, die Genosse Maslow zum Willensfundament für das Proletariat machen will. Eine Frage springt sofort auf: gibt es überhaupt so etwas wie eine erweiterte Reproduktion der proletarischen Klasse, die den Kommunisten zur Aufgabe und damit zur revolutionären Pflicht gemacht werden kann?

Mit den Vorstellungen von der verkürzten und erweiterten Reproduktion bewegen wir uns, zumal da die „Uebergangsepoche" das kapitalistische Milieu noch nicht überwunden hat, noch auf dem Boden der Lehren von der Reproduktion im Rahmen des Kapitalismus, das heißt der Kapitalakkumulation. Flüchten wir uns darum vom Genossen Maslow zu Marx und Rosa Luxemburg, um die Beziehungen zwischen Akkumulation und Proletariat festzustellen.

> Das fortschreitende Wachstum des variablen Kapitals, das die Akkumulation begleitet, muß in einer zunehmenden Zahl beschäftigter Arbeitskräfte Ausdruck finden. Wo kommen diese zuschüssigen Arbeitskräfte her.
>
> Bei der Analyse der Akkumulation des Einzelkapitals beantwortet Marx die Frage folgendermaßen: „Um nun diese Bestandteile tatsächlich als Kapital fungieren zu lassen, bedarf die Kapitalistenklasse eines Zuschusses von Arbeit. Soll nicht die Ausbeutung der schon beschäftigten Arbeiter extensiv oder intensiv wachsen, so müssen zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden. Dafür hat der Mechanismus der kapitalistischen Produktion ebenfalls schon gesorgt, indem er die Arbeiterklasse reproduziert als vom Arbeitslohn abhängige Klasse, deren gewöhnlicher Lohn hinreicht, nicht nur ihre Erhaltung zu sichern, sondern auch ihre Vermehrung. Diese ihm durch die Arbeiterklasse auf verschiedenen Altersstufen jährlich gelieferten zuschüssigen Arbeitskräfte braucht das Kapital nur noch den in der Jahresproduktion schon enthaltenen zuschüssigen Produktionsmittel einzuverleiben, und die Verwandlung des Mehrwerts in Kapital ist fertig."
>
> (Akkumulation, Seite 331, Kapital I 544.)

An dieser Stelle spricht Marx gewiß von der Reproduktion der Arbeiterklasse. Aber sie ist bei ihm in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß hineinverwoben: das sich reproduzierende Kapital erhält und schmiedet täglich fester die Kette, mit der die Arbeiterklasse als die vom Arbeitslohn abhängige Klasse an das Kapitalverhältnis gebunden ist. Die Reproduktion der Arbeiterklasse führt bei Marx aus dem Kreislauf der kapitalistischen Reproduktion nicht heraus, sondern erhält ihn.

Der Mechanismus des Kapitals ist es, der im Prozeß der Akkumulation für die zusätzliche Arbeitskraft, sowohl des Einzelkapitals wie des Gesamtkapitals sorgt. Das Heer der Arbeitslosen, das freigesetzt durch verbesserte Maschinen, schon den aufsteigenden Kapitalismus begleitet, die Millionen und Abermillionen afrikanischer und asiatischer Bauern, chinesischer Kulis, die der Imperialismus in seinem Sturmlauf über die Welt von ihren Produktions- und Existenzmitteln entblößt, sind es, die den vermehrten zuschüssigen Produktionsmitteln des akkumulierenden Kapitals die zuschüssige Arbeitskraft stellen!

> Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachtums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichstums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Uebervölkerung, deren Elend in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusgeschichte der Arbeiterklasse, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Reproduktion. (Kapital I, S. 609.)

Das Kapitalverhältnis, das in der Akkumulation sich erweitert, indem es das Proletariat vermehrt, setzt die proletarische Klasse als bereits vorhanden voraus:

> Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eigenen Füßen steht, erhält sie nicht nur diese Scheidung, sondern reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter. Der Prozeß, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts anderes sein, als der Scheidungsprozeß des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozeß, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter.
>
> (Kapital I, S. 686.)

Somit ergibt sich: die Reproduktion der Arbeiterklasse, von der Marx in der ersten oben angeführten Stelle spricht, ist im Sinne der Lehre von der Akkumulation Bedingung und Ergebnis zugleich des Akkumulationsprozesses; sie dient seiner Erhaltung, nicht seiner Aufhebung.

Das gilt nicht nur für die Zeit des aufsteigenden Kapitalismus, von der Marx und Rosa Luxemburg allein handeln. Es gilt in noch verschärftem Grade für die Uebergangsepoche, die Zerfallskrisis. Denn für sie ist, wie wir oben sahen, wachsende Verelendung, wachsender Pauperismus der breiten Schichten des Proletariats, verbunden mit der rücksichtslosesten Proletarisierung aller noch vorhandenen halb- und kleinbürgerlichen Schichten unerläßliche Lebensbedingung für die Erhaltung der kapitalistischen Verwertungsmöglichkeiten geworden.

Kann nun diese erweiterte Reproduktion der Arbeiterklasse, die sich aus dem Mechanismus des Kapitals selbst ergibt, eine Aufgabe der Kommunisten sein? Ich glaube, nein!

Das hieße nichts anderes, als die Bewegung des Kapitals in der Linie seiner Erhaltung fördern. Es wäre der Verzicht auf ein aktives Eingreifen in das blinde Spiel der Kräfte. Es wäre ein ohnmächtiges opportunistisches Nachgeben gegenüber den als übermächtig anerkannten kapitalistischen Gewalten.

Eine Taktik, die sich darin erschöpfen würde, kapitalistische Gesetzmäßigkeiten zu fördern, weil nur so die Revolutionierung des Proletariats erzielt werde, ist das Gegenteil revolutionärer proletarischer Aktivität.

Nicht die Erweiterung der Reproduktion des Proletariats ist Aufgabe der Arbeiterklasse, sondern seine Aufhebung.

III.

Aber Genosse Maslow wird sich durch den Hinweis auf Marx nicht für widerlegt halten. Die erweiterte Reproduktion des Proletariates, die er meint, und die die Kommunisten anstreben sollen, ist für ihn nicht identisch mit der Reproduktion der Arbeiterklasse, wie sie der Marxismus auffaßt, nämlich als Voraussetzung und Resultat des kapitalistischen Mechanismus. Für ihn ist die erweiterte Reproduktion der Arbeiterklasse keine ökonomische, sondern eine taktische Frage, nämlich wachsende Revolutionierung der Arbeiterklasse. Denn: „Ist die zunehmende Revolutionierung ein direkter Ausdruck der verkürzten kapitalistischen Reproduktion", und ist weiter die erweiterte Reproduktion der Klasse Folge jener verkürzten Reproduktion, so ergibt sich, daß durch die von den Kommunisten durch die Verkürzung der kapitalistischen Reproduktion herbeigeführte Reproduktion des Proletariats seiner Revolutionierung gleichsteht.

Der ökonomische Vorgang, die Verkürzung der Reproduktion des Kapitals schlägt für den Genossen Maslow in die Revolutionierung der Arbeiterklasse um, und „diese Reproduktion der Klasse macht eine kapitalistische Reproduktion noch unmöglicher".

Wäre die Revolution des Proletariats so einfach herzustellen — die K. A. P. D. mit ihrem Verzweiflungsrezept der Sabotage der Produktion wäre ein Ausbund höchster revolutionärer Weisheit und Einsicht.

Aber die Revolution des Proletariates ist nicht eine Explosion von „Apparaten", weder die Vernichtung eines Sachapparates, noch die Wiederzusammenfügung der „auseinandergeflogenen Teile des Menschenapparates" zu neuen Gruppierungen. Sie ist die umwälzende Aufhebung der kapitalistischen

Produktionsverhältnisse durch die Arbeiterklasse.

Genosse Maslow kommt zu seinem die materialistische Geschichtsauffassung vulgarisierenden und mechanisierenden Schluß, daß die verkürzte Reproduktion des Kapitals die Revolutionierung des Proletariates mit mathematischer Sicherheit nach sich ziehe, ja ihr direkter Ausdruck sei, deshalb, weil er im Kapital nicht ein bestimmtes, historisch gegebenes gesellschaftliches Verhältnis sieht, sondern eine reine Sachbeziehung von Sach- und Menschenapparaten.

Die Abweichung Maslows vom Marxismus wird sofort an diesem Satz aus dem Kapital II, Seite 12/13, klar:

> „Welches immer die gesellschaftlichen Formen der Produktion, Arbeiter und Produktionsmittel bleiben stets ihre Faktoren. Aber die einen und die anderen sind dies nur der Möglichkeit nach, im Zustand ihrer Trennung von einander. Damit überhaupt produziert werde, müssen sie sich verbinden. Die besondere Art und Weise, worin diese Verbindung bewerkstelligt wird, unterscheidet die verschiedenen ökonomischen Epochen der Gesellschaftsstruktur."

Also nicht, daß Arbeiter und Produktionsmittel, Menschen- und Sachapparate vorhanden sind, macht das Wesen des Kapitals aus, sondern: in welcher bestimmten geschichtlich gegebenen und sich verändernden Form diese Verbindung zwischen ihnen als ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis hergestellt ist. Die Reproduktion des Kapitals erschöpft sich deshalb nicht darin, daß überhaupt Produktionsmittel und Arbeiter erhalten und wiedererzeugt werden, sondern sie bedeutet vor allem, daß das Kapital als das bestimmte gesellschaftliche Produktionsverhältnis, das es ist, reproduziert wird, daß die Reproduktion die Form der kapitalistischen Produktion bewahrt und in der Akkumulation ausdehnt. (Kapital I. Seite 529.)

Die Maslowsche Auffassung, die im Sach- und Menschenapparat das gesellschaftliche Produktionsverhältnis des Kapitals verdinglicht und mechanisiert, ist im Grunde nichts anderes, als die von Marx immer und immer wieder zurückgewiesene Vorstellung, die die bürgerliche Oekonomie vom Kapital hat: „als die dem Arbeiter als verselbständigte Macht gegenübertretenden sachlichen Arbeitsbedingungen". (Theorien über den Mehrwert II, 1, Seite 119.) Für diese bürgerliche Auffassung, sobald sie revolutionär auftritt, ist es nur konsequent, dem Proletariat als Mittel zu seiner Befreiung vom kapitalistischen Joch die Befreiung von den sachlichen Arbeitsbedingungen vorzuschlagen. So tun es die Anarchisten. Und für den Genossen Maslow bleibt vom alten kapitalistischen Apparat nichts übrig, als die auseinandergeflogenen Teile des Menschenapparats, die in neuer Gruppierung die Wirtschaft aufbauen.

Aber die Sache hat, so radikal sie aussieht, einen Haken. Die Vernichtung des kapitalistischen Sachapparates hebt so wenig wie die Sabotage der Produktion das kapitalistische Produktionsverhältnis als gesellschaftliches Verhältnis auf. Das Problem der verkürzten Reproduktion, wie es Genosse Maslow sich stellt, ist noch keineswegs gelöst, wenn Zerstörungen am Sach- und Menschenapparat durchgeführt werden. Denn auch die „verkürzte Reproduktion" bleibt mit aller ihrer Vernichtung von Produktions-

mitteln und Menschen noch kapitalistische Reproduktion, d. h. die Erhaltung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Sie, die Analyse der Zerfallskrisis, wie wir sahen, zeigt gerade, wie die Reproduktion des Kapitals innerhalb dieser Vernichtung fortgeht.

Der taktische Vorschlag, die verkürzte Reproduktion des Kapitals zu beschleunigen, geht also, genau so wie die erweiterte Reproduktion des Proletariats, in der Linie der kapitalistischen Gesetze der Reproduktion, die in der Zerfallskrisis wirksam werden. Er führt zur Erhaltung und nicht zur Aufhebung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses.

So hat auch die gewollte Beschleunigung der Verkürzung der Reproduktion, die nach Maslow die ökonomische Grundlage der erweiterten Reproduktion des Proletariats sein soll, das gleiche Ergebnis wie diese, daß die Arbeiterklasse Sklavin der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit bleibt, statt, durch aktives Eingreifen in sie, zur Herrin der Wirtschaftsordnung zu werden.

IV.

Genosse Maslows Theorie versagt: die Frage nach dem aktiven Eingreifen des Proletariates in das blinde Spiel der gesellschaftlichen Kräfte bleibt bei ihm unbeantwortet. Sie heischt aber umso dringender eine Antwort, als hinter seinen Begriffen von der Vertiefung der verkürzten Reproduktion des Kapitals und der Erweiterung der Reproduktion der Arbeiterklasse zwei, wenn auch nicht deutlich ausgesprochene Vorstellungen, stecken, die beide gleicherweise unmarxistisch sind, nämlich

1. daß die wachsende Verelendung des Proletariats notwendig eine wachsende Revolutionierung hervorrufe; daß es darum zur Revolution gebracht werden könne durch die bewußt beschleunigte Verkürzung der kapitalistischen Reproduktion und die dadurch erzeugte weitere Verelendung;
2. die daraus sich ergebende Folgerung, daß jeder Kampf der Arbeiterklasse um sogenannte Tagesforderungen zur Besserung ihrer augenblicklichen Lage sie von dem geraden Weg der sozialen Revolution ablenke, daß solche „Kleinarbeit" notwendig in gegenrevolutionäre opportunistische Sozialreform ausmünde.

An der ersten These ist soviel richtig, daß mit der Entwicklung des Kapitalismus, mit der zunehmenden Proletarisierung immer größerer Massen auch der Widerstand dieser Massen gegen den ausbeutenden Kapitalismus wächst. Daß „die Bourgeoisie nicht nur die Waffen geschmiedet hat, die ihr den Tod bringen, sondern auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden — die Proletarier", das steht schon im Kommunistischen Manifest. Gilt dies bereits für den aufsteigenden Kapitalismus, so noch mehr für die Periode seines Verfalls, in der die Ausbeutungsfähigkeit und Ausbeutungswilligkeit der Arbeiterklasse zu seiner letzten Existenzmöglichkeit wird. Die wachsende Gegensätzlichkeit des Proletariates gegen die Bourgeoisie ist sicher der notwendige Reflex der wachsenden Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Darum ist ja auch die Periode des Zerfalls der kapitalistischen Produktion, in der diese Widersprüche sich auf das schärfste zuspitzen, gleichzeitig die Periode der sozialen Revolution.

Aber — und hier liegt m. E. der Trugschluß des Genossen Maslow — aus dieser wichtigen Erkenntnis des Marxismus von der aus den Gesetzen des Kapitalismus selbst sich ergebenden Revolutionierung des Proletariats folgt noch keineswegs, daß diese Revolutionierung die bewußte Gewinnung des Proletariates für den Kommunismus bedeute, daß der Inhalt des als Reflex der kapitalistischen Widersprüche vorhandenen revolutionären Willens der Arbeiterklasse ein kommunistisch-revolutionärer werde einfach dadurch, daß die objektiven Tendenzen des Kapitalismus, die die Grundlagen der Revolution sind, bewußt gefördert werden. Diese Meinung mechanisiert die materialistische Geschichtsauffassung. Genosse Maslow huldigt im Grunde genau demselben Fatalismus, wie die es tun, die dem Gang der Geschichte alle Sorge für die proletarische Revolution überlassen und dem Willen des Proletariats als aktivem Faktor der Revolution keinen Platz einräumen. Denn nach ihm erschöpft sich die Entladung des revolutionären Willens des Proletariats in der bewußten Erfüllung kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten in der Hoffnung, dadurch die „Spannungen" so zu verschärfen, daß schließlich der Kapitalismus in die Luft fliegt.

Es kommt aber nicht auf die Explosion des Kapitalismus, sondern auf den Aufbau des Kommunismus an. Die Durchführung dieser revolutionären Umwandlung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse durch die revolutionäre Klasse, das Proletariat, ist abhängig davon, daß es sich dieser seiner revolutionären Rolle bewußt wird. Dieses Sichbewußtwerden des Proletariates von seiner geschichtlichen Aufgabe ist sowohl Voraussetzung wie Ergebnis der fortschreitenden sozialen Revolution, die der zerfallende Kapitalismus auslöst. Die Selbstverständigung der Arbeiterklasse über ihre geschichtliche Mission herbeizuführen, ihr revolutionäres Selbstbewußtsein zu wecken, sie zu aktiven Kämpfern für den Kommunismus im Bürgerkrieg der sozialen Revolution zu gewinnen, das ist die eigentliche Aufgabe der Kommunisten.

Sie zu erfüllen, dazu bedürfen sie der ökonomischen Theorie. Die Kritik der politischen Oekonomie zeigt im Ablauf der kapitalistischen Produktionsverhältnisse den Punkt, an dem der durch diese Produktionsverhältnisse selbst bedingte Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat sich auswirken kann in der revolutionären Willenstat der Arbeiterklasse, wo die Theorie die Massen ergreifen, wo der Blitz des Gedankens in den Boden des Proletariats einschlagen kann.

Daß er dort zünde, das hängt von den Kommunisten ab, von der Partei der Arbeiterklasse, die im revolutionären Kampf allein von den allgemeinen Interessen des Proletariates geleitet wird.

Welches diese allgemeinen Interessen des Proletariates in der Zerfallsperiode des Kapitalismus sind, das ergibt wiederum die ökonomische Theorie. Zeigt diese, daß der Kapitalismus sich nur noch aufrecht erhält durch wachsende Ausplünderung der Arbeiterschaft, so kann der bewußte Kampf der Kommunisten als Vortrupp der Arbeiterklasse nur geführt werden gegen diese Ausplünderung, gegen die Verelendung an allen Punkten, wo sie vom Kapitalismus über die Arbeiterschaft verhängt wird. Kampf um die Aufhebung der Arbeitslosigkeit durch Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, Kampf gegen die Lohnherabsetzung um die Erhal-

...ung und Erhöhung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterklasse: alle ...iese „Tagesfragen" — noch auf dem Boden des Bestehenden — ...ühren, wirklich angepackt und bis zu Ende durchgeführt, an die ...xistenzgrundlagen des Kapitals überhaupt und rollen daher die ...achtfrage auf. Sie führen, von den allgemeinen Interessen des ...roletariats noch im Rahmen des Kapitalismus ausgehend, die ...assen notwendig in entscheidende Kämpfe um die Existenz des ...apitals hinein.

So führt die Lehre von der Akkumulation des Kapitals in der „Uebergangsperiode" zu Schlußfolgerungen, die in direktem Gegensatz zu Maslows verkürzter Reproduktion des Kapitals und erweiterter Reproduktion des Proletariats als Aufgabe der Kommunisten stehen. Maslows verkürzte und erweiterte Reproduktion hat, zu Ende gedacht, die Sabotage und passive Resistenz zur unausweichlichen Konsequenz; sie ist linke Passivität. Da aber Genosse Maslow diese Schlußfolgerung selbst ablehnt und seine unzulängliche ökonomische Analyse ihm jede Einsicht in den Gang der gesellschaftlichen Kräfte verwehrt, so muß er an die Stelle wirklicher revolutionärer Aktivität der Massen die Taktik der Aufgeregtheit, der revolutionären Ueberspannung setzen, wie sie in dem Satz seiner Arbeit zum Ausdruck kommt:

> daß die Offensivtaktik der kommunistischen Parteien . . . absolut nicht abhängt von dem oder jenem konkreten politischen Ereignis, sondern bedingt ist durch die Spannungszustände, welche aus den Wirkungen der verkürzten Reproduktion sich ergeben und die Kommunisten zwingen, wenigstens eine erweiterte Reproduktion der Arbeiterklasse nach Kräften zu beschleunigen.

An diesen unannehmbaren taktischen Konsequenzen des Genossen Maslow erweist sich seine theoretische Unzulänglichkeit. Eine Auffassung, die die verwickelten ökonomischen Vorgänge der Zerfallsperiode in „Spannungszustände" simplifiziert, ist unfähig, die konkreten politischen Ereignisse, die ja nur der Ausdruck jener Zerfallsvorgänge sind, in ihren Auswirkungen für die Arbeiterklasse zu erfassen. Sie muß daher, von ihnen abstrahierend, auf die Frage nach der Taktik, der Stellung des Proletariats zu den wirtschaftspolitischen Vorgängen und seines aktiven Eingreifens in sie mit dem nichtssagenden Schlagwort von der Offensive antworten, das bei Maslow genau so inhaltslos ist wie seine Spannungszustände unkonkret sind.

Mehr noch: das ganze Problem der besonderen proletarisch-kommunistischen Taktik überhaupt wird sinnlos und damit die Beschäftigung mit den ihr zugrunde liegenden ökonomischen Bewegungsgesetzen des Kapitals, die ja nicht Selbstzweck ist, überflüssig, sobald die Taktik der Kommunisten sich erschöpft in Auslösung von Spannungszuständen, in Aktivität und Aktionen, die nicht von „irgendwelchen oberschlesischen Ereignissen" abhängig sind. Und es gibt für den Genossen Maslow keinen zureichenden Grund mehr, den Bombenwurf eines Anarchisten in das Café Terminus für ein ebenso wirksames taktisches Mittel zur Auslösung seiner Spannung zuhalten, wie die Massenaktionen des revolutionären Proletariats.

Genosse Maslow verwischt trotz aller Verwahrung gegen die K. A. P. D.-Mystik in seinen taktischen Schlußfolgerungen die Grenz-

linie des Kommunismus gegen K. A. P. D.-Sabotage und -Anarchismus. Diese Abgrenzung wird aber sofort klar herausgearbeitet, wenn — wie hier versucht wurde — die soziale Gärung der arbeitenden Massen als ideologische Widerspiegelung der besonderen Art der Endkrisis des Kapitals mit ihren in der Ausbeutungsmöglichkeit des Kapitals gesetzten Akkumulationsschranken erkannt wird; und wenn aus dieser Erkenntnis heraus als Aufgabe der Kommunisten festgestellt wird: diese soziale Gärung im Kampfe gegen das Kapital zur bewußten kommunistisch-proletarischen Revolution zu gestalten, damit sie, der Reflex der ökonomischen Bewegung des zerfallenden Kapitals, rückwirkend zum Eingreifen des Proletariats in das blinde Spiel dieser ökonomischen Kräfte führe — mit dem Ziel, nicht der erweiterten Produktion, sondern der Aufhebung des Proletariats.*)

Genosse Maslow überwindet den Opportunismus nicht durch schärfstes Herausarbeiten der kommunistischen Theorie und Aufgaben, sondern er flüchtet vor ihm in Wolkenhöhen, in denen er jedes konkrete politische Ereignis in blauen Dunst auflöst. Da seine Theorie nicht ausreicht, dem Proletariat für bestimmte Situationen bestimmte taktische Anweisungen zu geben, die kommunistisch sind, so bleibt ihm als der einzige Ausweg die theoretisch wie taktisch inhaltslose Redensart von der Offensive in allen Lebenslagen, das ängstliche Vermeiden alles dessen, was nach einer Berührung mit der Wirklichkeit aussieht. Er sieht nicht, daß der Gang der Geschichte selbst, die Furcht, das Eingreifen in die Tagesnöte des Proletariates könne es vom geraden Wege der Revolution in gegenrevolutionäre Sozialreform ablenken, ad absurdum geführt hat.

*) Diese Formulierung grenzt die kommunistische Theorie und Taktik genau so wie gegen die K. A. P. D. und den Anarchismus gegen die deutschen „Liquidatoren" ab. Diese — die Paul Levi, Kurt Geyer und Bernhard Düwell — versuchen unter bewußt menschewistischer Umbiegung der erst nach Abschluß dieser Arbeit genauer bekannt werdenden Verhandlungen und Thesen des dritten Weltkongresses der Internationale jetzt ganz offen die Linie der Kommunistischen Partei theoretisch und taktisch nach rechts hin zu verwischen. Kurt Geyers „Geschichtsperspektive auf lange Sicht", der von einem Anonymus in „Unser Weg" verkündete unerhörte Aufschwung des deutschen Kapitals stehen theoretisch in schroffem Widerspruch zu der hier vertretenen, auf die Lehre von der Kapitalakkumulation gegründeten Auffassung von dem besonderen Charakter der heutigen Wirtschaftskrisis als der trotz aller Schwankungen sich durchsetzenden Verfalls- und Endkrisis des Kapitals. Die Forderung Kurt Geyers nach seiner Annäherung der K. P. D. an die „guten zentristischen Parteien", die praktische Liquidation der K. P. D., die Verneinung ihrer Existenzberechtigung ist nur die unvermeidliche taktische Konsequenz seiner theoretischen Liquidation der deutschen Revolution. Dieses theoretische und taktische Aufgeben des Kommunismus durch unsere Liquidatoren zwingt, genau wie der vom Genossen Maslow angerichtete Wirrwarr, die deutsche Partei dazu, das endlich zu tun, was ihre eigentümliche Aufgabe in der Internationale ist, das theoretische und praktische Erbe Rosa Luxemburgs zu vollstrecken: aufbauend auf der Lehre von der Akkumulation die kommunistische Theorie unter schärfster Ablehnung allen Hilferdingtums fortzuführen und taktisch die kommunistische Politik als die revolutionäre Politik des Proletariates positiv zu entwickeln.

Gewiß: vor 25 Jahren, als Rosa Luxemburg ihre Aufsätze „Sozialreform oder Revolution" schrieb, da bestand diese Gefahr, und Rosa Luxemburgs prinzipielle Lösung des Problems:

> für die Sozialdemokraten besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, in dem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist (S. 1).

vermochte die Preisgabe der Revolution durch breite Teile der Arbeiterschaft unter dem Einfluß der Reformisten nicht zu verhindern. Der im Imperialismus aufblühende Kapitalismus mit seiner stürmisch sich entfaltenden Fülle von Macht und Reichtum ließ den Kampf der in Gewerkschaften und Sozialdemokratie zusammengefaßten besten Teile der Arbeiterschaft um die Hebung ihrer Existenzbedingungen auslaufen in die Herausbildung einer sich den bestehenden Macht- und Wirtschaftsverhältnissen anpassenden korrumpierten und korrumpierenden Arbeiteraristokratie, die heute noch die freie Entfaltung der revolutionären Kräfte des Proletariates hindert. Aber die Bewegungsgesetze des Kapitals, die diese eine Seite des dialektischen Gegensatzes von Sozialreform und Revolution bis zur schärfsten Zuspitzung, der Preisgabe der Revolution für die Sozialreform, entwickelten, haben in ihrem Ablauf selbst grausam gründlich alle friedlichen Illusionen der Sozialreformer zerstört, indem sie — aller Sozialreform spottend — die soziale Revolution auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt haben. Die soziale Revolution ist heute nicht mehr nur vom Ziel getrennter Zweck, sondern tägliche proletarische Aufgabe; und sie hat damit auch die Sozialreform ihrer Vorbereitungsrolle enthoben.

Die Endkrisis des Kapitals selbst hat den dialektischen Widerspruch gelöst, indem sie Rosa Luxemburgs Worte bestätigte und zugleich berichtigte. Heute steht die Frage nur mehr so:

Die soziale Revolution ist die Tagesarbeit des Proletariates und seine Tagesarbeit ist die soziale Revolution.

Nun zeigt sich, daß die Lehre von der Akkumulation des Kapitals in ihrer durch die Zerfallskrisis abgewandelten Form nicht Papier bleibt, daß sie stärkster Antrieb für die Arbeiterklasse wird, aktiv in den Gang der Ereignisse einzugreifen. Denn wenn heute das deutsche Gesamtkapital sich nur noch durch dauernde und ständig wachsende Herabdrückung der Lebenshaltung des Proletariats verwerten kann, wenn die ökonomische Schranke des Kapitals in Deutschland durch die Ausbeutungsfähigkeit und Ausbeutungswilligkeit des Proletariats bestimmt wird: dann bedeutet jeder wirkliche Kampf, den es in dieser Situation um die Hebung seiner Existenz führt, eine Erschütterung der ökonomischen Grundlagen des Kapitals und den Beginn der Ueberwindung seiner letzten Schranken.

Ein Beispiel führt in den Kern der Frage: die Arbeitslosigkeit. Für den Genossen Maslow illustriert sie die Uebergangsperiode als die Periode der Wechselwirkungen:

> Die Arbeitslosenfrage kann vom Kapitalismus nicht gelöst werden. Aber (!) diese Frage verpestet den Menschenapparat des kapitalistischen Systems. Wird der Apparat schlechter, so leidet die Produktion immer mehr. Aber dann wächst die Arbeitslosigkeit wieder auf.

Das ist, mit Verlaub, eine hohle Phrase. Wo das Problem beginnt, hört Maslow auf. Warum verpestet — um bei Maslows bilderreicher Sprache zu bleiben — gerade heute die Arbeitslosigkeit den „Menschenapparat des kapitalistischen Systems"? Warum hat sie das nicht schon im aufsteigenden Kapitalismus getan? Denn das Problem der Arbeitslosigkeit kann vom Kapitalismus nicht nur nicht gelöst werden, sondern es begleitet ihn von seinem Anbeginn an als die Frage der industriellen Reservearmee, der ständigen Reproduktion der Arbeiterklasse, der wachsenden Proletarisierung bisher nicht proletarischer Schichten. Die Arbeitslosigkeit war, solange es dem Kapital wohl ging, keineswegs ein Zeichen der Verpestung seines Menschenapparates, kein Symptom der verkümmerten Reproduktion, sondern Bedingung und Ergebnis der fortschreitenden Kapitalakkumulation, der wachsenden gesellschaftlichen Produktivkräfte.

Wenn die Arbeitslosigkeit heute eine andere ökonomische Bedeutung hat, als im aufsteigenden Kapitalismus — und sie hat sie — so wäre es gut, den Bazillus der Verpestung zu suchen. Denn die Gefahr der tödlichen Erkrankung, nicht des Menschenapparates des kapitalistischen Systems, sondern der Arbeiterklasse als der Trägerin und Vollstreckerin der sozialen Revolution durch das Elend der Arbeitslosigkeit ist für das Proletariat wahrlich groß genug. So gestellt, führt das Problem der Arbeitslosigkeit wieder auf das Problem der Zerfallskrisis zurück. Aus ihr ergibt sich, wie wir sahen, daß heute die Bildung der industriellen Reservearmee, wie überhaupt die wachsende Verelendung der Arbeiterschaft nicht mehr nur das Ergebnis der ungehemmt sich vollziehenden Akkumulation, sondern unumgängliche Voraussetzung für die Verwertungsmöglichkeit des zerfallenden deutschen Kapitals ist. Damit wird freilich nicht nur Maslows erweiterte Reproduktion der Arbeiterklasse als kategorischer Imperativ der Kommunisten über den Haufen geworfen: es ergibt sich im Gegensatz zu Maslow, daß nur durch den entschlossenen Willen des Proletariats die Arbeitslosigkeit ohne Rücksicht auf den guten oder schlechten Willen der Bourgeoisie aufzuheben, und diese Aufgabe noch auf dem Boden des Bestehenden anzupacken, eben die Schranke überwunden werden kann, die die Lösung des Arbeitslosenproblems heute noch hindert: die kapitalistische Produktionsweise.*)

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Verelendung in jeder Form, darunter auch der Kampf gegen die kapitalistischen Steuern, das bedeutet in der Endkrisis des Kapitals weder ein sklavisches Erfüllen der Bewegungsgesetze des Kapi-

*) Daß die Arbeitslosigkeit nicht wirklich aufgehoben und in ihrem aus der Endkrisis hervorgegangenen besonderen ökonomischen Charakter nicht geändert ist, wenn ein Teil des Arbeitslosenheeres als willenloser Spielball der Valutaspekulation und des gerade auf die Verelendung des Proletariates begründeten Schleuderexportes auf Zeit Arbeit findet, bedarf keiner näheren Begründung. Aus statistischen Zahlen, die einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig zunehmender Geldentwertung feststellen, eine Ueberwindung der Endkrisis des Kapitals und seine Konsolisierung herauslesen, das mag Hilferding und den deutschen Liquidatoren überlassen bleiben.

talismus, noch ein willkürliches Hinwegsetzen über sie. Er bedeutet im Gegenteil, sich diese Gesetze, aus ihrer Erkenntnis heraus, an dem Punkte sich dienstbar zu machen, wo das bewußte Eingreifen in sie das Proletariat instand setzt, sie revolutionär in seine Gesetzmäßigkeit umzuwandeln.

Genosse Maslow will die Reproduktion des kapitalistischen Systems verkürzen, die Krisis vertiefen. Die Gesetze des zerfallenden Kapitals selbst aber formulieren die Aufgabe des Proletariates anders, und zwar so, wie sie allein für die kämpfende Arbeiterklasse zu formulieren ist: klassenmäßig. Nicht um eine weitere Verkürzung der Reproduktion, um eine Intensivierung der Krisis, in der die Bourgeoisie sich nur noch erhält, indem sie die Produktionsgrundlagen der kapitalistischen, wie der kommunistischen Gesellschaft auf Kosten des Proletariates zerstört, kann es sich für die Arbeiterklasse handeln, sondern nur um die Aufhebung der Krisis auf Kosten der Bourgeoisie. Das ist der geschichtliche Sinn ihres täglich-revolutionären Kampfes der Arbeiter gegen die Verelendung, mit dem sie an den letzten Stützen des Kapitalismus rütteln.

Die politische Macht des Staates greift ein: die Verwertungsbedingung des zerfallenden Gesamtkapitals, die Ausbeutungsfähigkeit der Arbeiterschaft, kann nur durchgesetzt werden, wenn und solange die Bourgeoisie im Besitz der politischen Macht ist, mit der sie ihre Arbeitssklaven niederhält, die sie nicht mehr ernähren kann. Der Kampf des Proletariates gegen die letzte ökonomische Schranke des Kapitals schlägt daher im Beginn schon um in den Kampf um die politische Macht.

VI.

Der Prozeß des proletarischen Ringens um die Macht im Staat ist die Form, in der die ökonomische Zerfallskrisis des Kapitals politische Gestalt annimmt, und in der sie vom Proletariat aufgehoben wird. Genosse Maslow weiß, gleich seinen anarchistischen Geistesverwandten, von der politischen Seite der Endkrisis nichts zu sagen. Da er sich einmal vorgenommen hat, ökonomisch aufgeputzt zu kommen, so übersieht er das unvermeidliche Umschlagen der kapitalistischen Zersetzung in politische Machtkämpfe. Er zwingt sie gewaltsam unter die Begriffe seiner Oekonomie, womit er diese nur noch mehr verwirrt.

Genosse Maslow weiß in seinem ganzen Aufsatz, der in der Verherrlichung der Offensive gegen den Kapitalismus ausklingt, über das wirkliche Ziel des proletarischen Angriffs, den bürgerlichen Staat, nur das Eine zu sagen: daß zur Produktionsbasis auch das ganze System der bürgerlichen Staatsordnung gehört.

Für Maslows Explosionstheorie, nach der in der sozialen Revolution der Produktionsapparat und damit auch der bürgerliche Staat in die Luft fliegt, mag das genügen. Für altmodische Marxisten ist das nicht nur theoretisch falsch, sondern auch politisch unzureichend.

Nach marxistischer Auffassung, wie sie wenigstens bis heute herkömmlich war, ist der Staat in seiner gegebenen geschichtlichen Erscheinung als Staatsform nicht Teil der „Produktionsbasis" oder genauer: er gehört nicht zum Unterbau der gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungsvorgänge, als welche Marx die

Produktionsverhältnisse bezeichnet hat; sondern Staat und Staatsordnung sind Teile des Ueberbaus der Klassengesellschaft. Daß diese selbstverständliche Richtigstellung maßlosester Verwirrung, die von seiner revolutionären Offensive gegen den Marxismus zeugt, nicht die dogmatische Rechthaberei eines Marx-Pfaffen ist, wird klar, sobald die Bedeutung der Staatsmacht im Ablauf der Endkrisis erkannt ist. Die Auffassung des Genossen Maslow führt dahin, daß mit der erweiterten Reproduktion des Kapitals auch die bürgerliche Staatsordnung (als Teil des Maslowschen „Menschenapparates") erweitert wird; daß mit der verkürzten Reproduktion des Kapitals umgekehrt auch die verkürzte Reproduktion des bürgerlichen Staatsapparates gegeben ist.

Durch diese Hineinnahme der bürgerlichen Staatsordnung in die „Produktionsbasis", die zu Reproduktionsvorstellungen führt, die mit der Lehre von der Kapitalakkumulation nicht einmal mehr den Namen gemein haben, erspart sich Genosse Maslow zwar jedes Eingehen auf die Wechselbeziehungen zwischen Staatsmacht und ökonomischen Bewegungsgesetzen der Endkrisis, aber eben darum tritt bei ihm die entscheidende Bedeutung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse als Mittel zur Ueberwindung der Endkrisis völlig in den Hintergrund. Die Auffassung der Staatsgewalt dagegen als politischen Ueberbau läßt sie nicht als realen Faktor im Kampf der Klassen und im Bürgerkrieg der sozialen Revolution verschwinden, sondern stellt sie als das fest, was sie im Ablauf der Ereignisse ist: als eine harte geschichtliche Tatsache, als das letzte Bollwerk der herrschenden Klasse, das ihr im Zerfall der kapitalistischen Produktion die Herrschaft und damit zugleich die Verwertungsmöglichkeit des Kapitals sichert.

Es ist eben nicht so, daß — wie Maslow meint — mit der verkürzten Reproduktion des Kapitals auch die Staatsgewalt des bürgerlichen Klassenstaates zerfällt. Im Gegenteil: je mehr die ökonomischen Grundlagen des Kapitals ins Wanken geraten, um so mehr sammelt und konzentriert die Bourgeoisie ihre politische Macht, um mit der ganzen tatsächlichen und ideologischen Gewalt des Staates das von den Erscheinungen der Endkrisis am ersten und am härtesten getroffene Proletariat in der Eingliederung der bürgerlichen Gesellschaft zu erhalten. Die bürgerliche Staatsordnung, der politische Ueberbau des Kapitalismus wird zur Klammer, mit der die Kapitalistenklasse die stürzende Kapitalsherrschaft zusammenzuhalten versucht.

Die Kämpfe des Proletariates, die es zur Bewahrung und Erhöhung seiner Lebenshaltung führt, sind bisher zu seinen Ungunsten durch die politische Macht der Bourgeoisie entschieden worden. Nur deshalb, weil sie die politische Macht zu erhalten verstanden hat, hat sie ihre Herrschaft auch im Produktionsprozeß zu wahren vermocht und auf Kosten der Arbeiterklasse die Verwertung des Gesamtkapitals in seiner Zersetzung gesichert.

Wie für die ökonomische Beurteilung der russischen Konzessionspolitik die Tatsache entscheidend ist, daß das Proletariat Rußlands herrschende Klasse und darum in der Lage ist, den „Staatskapitalismus" seinen Interessen dienstbar zu machen, so kann umgekehrt die deutsche Bourgeoisie die verheerenden Wirkungen, z. B. der Geldentwertung ganz auf das Proletariat abwälzen, diese kann die Wirkung einer indirekten Steuer zugunsten der Kapita-

stenklasse annehmen, weil die deutsche Arbeiterklasse nicht im esitz der Staatsmacht ist.

Diese Staatsmacht bricht nicht automatisch zusammen im Zer- all des Kapitals. Sie muß der Bourgeoisie entwunden werden im evolutionären Ansturm des Proletariates dadurch, daß es alle seine ämpfe einstellt und zuspitzt auf die politische Auseinandersetzung it der bürgerlichen Staatsgewalt.

Vom politischen Ueberbau aus muß das Proletariat die End- risis des Kapitals überwinden, da dieser Ueberbau die letzte Ver- eidigungsstellung der Kapitalistenklasse geworden ist.

So ist das Ende des Kapitalismus zugleich eine aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals selbst sich ergebende ökonomische Notwendigkeit und historische Aufgabe für die Arbeiter- klasse.

Oekonomische Notwendigkeit, weil die Lehre von er Akkumulation die Grenzen des Kapitalismus aufdeckt, weil sie ufzeigt, daß die Produktivkräfte der Gesellschaft, die durch die kkumulation über die kapitalistischen Produktionsverhältnisse inausgewachsen sind, umschlagen müssen in die Produktions- verhältnisse des Kommunismus.

Historische Aufgabe für das Proletariat, weil ohne die Willenstat der Arbeiterklasse, die im Aufstand gegen den bürgerlichen Staat die politische Macht an sich reißt, jener ent- scheidende, durch die Gesetze der Akkumulation selbst notwendig werdende Schritt nicht vollzogen werden kann, der die Endkrisis überwindet, indem er ihre Lasten auf die Bourgeoisie abwälzt, und damit den Weg für die Entfaltung der Produktivkräfte im Kommu- nismus freimacht.

Das Ende des Kapitalismus ist die Organisierung des Proletariates zur herrschenden Klasse.

Genosse Maslow freilich macht selbst an diesem Punkte die Reproduktion, wie er sie begreift, zum Fetisch, der in allen Nöten helfen soll und darum überhaupt nicht hilft. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft, die Kontrolle der Produktion und die Räte, diese drei Postulate, in denen die Machtgewinnung und Machtbehauptung der Arbeiterklasse sich äußert, durch die sie als herrschende Klasse sich organisiert, sind ihm — „die Haupthebel zur erweiterten Repro- duktion der Klasse". Mit diesem letzten Bocksprung bricht er zwar seiner Auffassung von der erweiterten Reproduktion der Arbeiter- klasse als Aufgabe der Kommunisten das Genick nicht aber der Lehre von der Akkumulation des Kapitals als der Grundlage der kommunistischen Theorie wie der revolutionären Politik des Prole- tariates.

Warum kommunist. Genossenschafts- arbeit?

Von Karl Bittel-Erdmann.

Können wir unserem an sich schon überlasteten Funktionärapparat der Partei noch neue Aufgaben zumuten?

Es gibt genug Parteigenossen, die sagen rundweg nein und weisen der kommunistischen Genossenschaftsarbeit die Tür. Wenn es

nicht ehrlich-offene Sabotage ist, so ist es doch unverkennbarer Widerwille, mit dem sie daran gehen, das zu tun — oder auch nicht zu tun —, was die Zentrale der KPD. in Rundschreiben gefordert hat. Es muß offen gesagt werden: wir kommunistische Genossenschafter haben eine schwere Arbeit gegen Widerstände innerhalb der eigenen Partei.

Sehen wir doch nach, in wie vielen Ortsgruppen kommunistische Fraktionen in den Konsumvereinen bestehen und Versammlungen abhalten; der Fraktionsvorsitzende im Ortsvorstand als Genossenschaftsvertrauensmann sitzt; eine Genossin der FAK. speziell das Genossenschaftswesen behandelt; in Mitgliederversammlungen und Bezirkskonferenzen über die Genossenschaftsfrage referiert wurde; festgestellt ist, ob alle Kommunisten Konsumsvereinsmitglieder sind? In wie vielen Konsumvereins-Generalversammlungen sind kommunistische Anträge gestellt worden und ähnliches mehr? Gar nicht zu reden von der Presse, die die Genossenschaftsfragen stiefmütterlichst behandelt.

Aber wer nun einmal nicht überzeugt sein will, den überzeugen wir auch nicht von der eminenten Wichtigkeit der Genossenschaften im Existenzkampf des Proletariats, wie im revolutionären Kampf um die Machteroberung, wie vor allem unter der Diktatur des Proletariats und während des sozialistischen Aufbaues. Viel wichtiger jedenfalls, als es die alte sozialdemokratische Partei behandelt hat und viel wichtiger, als die Genossenschaftsbonzen ahnen.

Die KPD. kann und darf sich eine derartige Vernachlässigung proletarischer Faktoren nicht leisten, wie sie sich die SPD. geleistet hat. Sie schickte ihre lahmsten Parteigäule in die Konsumvereine, wo sie den Geschäftsführern freie Hand ließen.

Wer auch nur etwas von den praktischen Erfahrungen Sowjetrußlands mit der Genossenschaftsbürokratie weiß (siehe die Artikel der „Russ. Korrespondenz“ Nr. 6, Seite 445 und 505), der kann nicht mehr geringschätzig sagen: wir haben für die Genossenschaftsarbeit weder Kräfte, noch Zeit, noch Geld, noch Platz in den Zeitungen! Der wird vielmehr die Gefahr, die die reaktionären und konterrevolutionären Festungen in dem eigenen Lager bedeuten, mit allen Mitteln rechtzeitig einzudämmen suchen. Dies zu tun, die Genossenschaften zu revolutionieren, das ist der Inhalt der kommunistischen Genossenschaftsarbeit.

Ohne Zweifel, auch die SPD. merkt jetzt endlich, daß sie selber den Einfluß in den Genosenschaften verloren hat. Denn diese sind so weit rechts orientiert, daß sich der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg beispielsweise in dem Kampf der Parteien und Gewerkschaften gegen den Freien Handel auf die Gegenseite zu den Händlern und Agrariern stellte. Ebenso in der Kommunalisierungsfrage und anderen mehr. Der Verlauf des Internationalen Genossenschaftskongresses in Basel in diesem Jahr zeigte die komplette Verworrenheit der kleinbürgerlichen Genossenschaftsbürokratie, die im opportunistischen Rausch von links nach rechts und von rechts nach links torkelt. Die SPD. schreit nun nach ihren nach beiden Seiten weggeschwommenen Fellen — aber es ist hoffentlich zu spät. Im neuen Görlitzer Programm ist angekündigt, daß die SPD. den Kampf um ihr Programm führen wird „in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Hof.“ Wie dieses Genossen-

chaftsprogramm speziell aussehen wird, das hat bisher nur der „radi-ale" sächsische Fellisch verraten, als er in sein Wirtschaftsministe-ium die Genossenschafter, Händler usw. kommen ließ und ihnen ver-ündete, er wolle die Genossenschaften „fördern", aber — natürlich — dabei dem „gesunden Teil des freien Handels" nicht wehe un. In der SPD. wird immer mehr das Waschen, ohne naß zu machen, ystem!

Also kämpfen wir mit den Zellenpolitikern der SPD., so wie in den Gewerkschaften auch in den Genossenschaften. Zeigen wir den Mitgliedermassen am praktischen Beispiel die Unfähigkeit jenes Re-ormismus und seinen offenkundigen Bankerott, sammeln wir sie um uns, organisieren und mobilisieren wir sie für die Einsetzung der Ge-nossenschaften, wie der Gewerkschaften in die notwendige revolutionäre Kampfaktion. Wer bestreitet, daß gerade die Praxis der Konsumvereine ausgezeichnete und überzeugende Beispiele zur Ueberwindung des Re-formismus gibt!

Unsere Arbeit in den Genossenschaften — den Verleumdungen gegenüber muß es immer wieder gesagt werden — ist offen und ehrlich. Um der Sache des Proletariats willen bekämpfen wir aufs schärfste die Genossenschaftsbürokratie wegen ihres unheilvollen Einflusses. Daß wir in den Genossenschaften in jeder Beziehung unserer Pflicht zu genügen bereit sind, beweist der einstimmig angenommene Genossenschaftsantrag unseres letzten Parteitages, der besagt:

> „Der Parteitag der KPD. erklärt es für eine Notwendigkeit, daß die Arbeiter ihren täglichen Bedarf an Nahrungsmitteln und Gebrauchsartikeln in den Konsumgenossenschaften decken. Die KPD. macht es daher ihren Mitgliedern zur Pflicht, neben der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats auch die konsumgenossenschaftliche Organisation mit allen Mitteln zu fördern ..."

Für die restlose Durchführung dieser entscheidenden Bestimmung sind die Funktionäre und Zehnergruppenführer verantwortlich. Sie sind nichts als eine selbstverständliche Folge der Genossenschaftsthesen des Moskauer Kongresses vom Juli, deren Schluß wörtlich heißt:

> „In Anbetracht der wichtigen Rolle der revolutionären Genossenschaften in der Epoche der proletarischen Revolution, schreibt der Dritte Kongreß der Kommunistischen Internationale den kommunistischen Parteien, Gruppen und Organisationen vor, die energische Propaganda der Idee der revolutionären Genossenschaften und der Organisation kommunistischer Zellen in den Genossenschaften fortzusetzen, die Genossenschaften in ein Organ des Klassenkampfes zu verwandeln und eine einheitliche Front der Genossenschaften mit den revolutionären Gewerkschaften zu schaffen."

Dieses Mandat der III. Internationale ist eindeutig und klar. Auch die deutsche Sektion wird daran gehen müssen, es nachdrücklicher als bislang durchzuführen. Alle Geringschätzung der Genossenschaftsarbeit wird zu überwinden sein gegenüber der Notwendigkeit, die der Weltkongreß ausgesprochen hat.

Zur Kartoffelwirtschaft.

Höchstpreise, Umlageverfahren oder Beschlagnahme?

Von Heinrich Rau.

A. K. Die Frage der Kartoffelversorgung steht zur Zeit im Vordergrund des Ernährungsproblems. Zutreffend schreibt E. Rau in der „Landwirtschaftlichen Wochenschrift" für die Provinz Sachsen vom 15. Oktober 1921:

> „Fast mußte in der letzten Zeit die Kartoffelknolle als Leckerbissen eingeschätzt werden."

Den Preisen von 0,70 Mark und 0,80 Mark pro Pfund entsprechend, darf wohl das „Fast" gestrichen werden. Die „Hausmannskost" wird den Arbeiterfamilien immer unzugänglicher.

Der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund" sah sich durch die starke Erregung in den Arbeiterkreisen veranlaßt, beim Reichsernährungsministerium betreffs der Kartoffelversorgung vorstellig zu werden. Wie es scheint, wurde die Einführung von Höchstpreisen gefordert. Mit Recht schreibt die „Freiheit" vom 19. Oktober 1921 zu dieser Forderung des Gewerkschaftsbundes:

> „Werden die Höchstpreise hoch festgesetzt, so wird der Wucher unangetastet bleiben, ja sogar legalisiert werden. Dann kann es vielleicht eine Versorgung (?) der Bevölkerung mit Kartoffeln geben."

Das soll wohl heißen: Soweit die Arbeiter sie bezahlen können. Bei Festsetzung von niederen Preisen, wie es der Gewerkschaftsbund wohl im Auge haben wird, kämen wir höchstens zu den Zuständen, die unter der Scheinzwangswirtschaft herrschten. Höchstpreise wären wohl da, aber keine Kartoffeln! Die „Freiheit" schreibt dazu:

> „Nach den früheren Erfahrungen aber liefern dann die Landwirte nicht. Die Versorgung stockt, und es bleibt der jetzige Zustand: Mangel an Kartoffeln und hohe Preise. Die Versorgung der Bevölkerung wäre schlecht und teuer, da die Kartoffeln im Schieberhandel bezogen werden müßten."

Die Ansicht der „Freiheit" deckt sich in diesem Punkt vollständig mit unserer Auffassung. D. h. der Weg, den der Gewerkschaftsbund einschlägt, führt nicht zur Lösung der Frage im Sinne des Proletariats. Was damit erreicht würde, wäre dasselbe wie unter der Schein-Zwangswirtschaft: Die Industrieunternehmer würden sich auf die auf dem Papier stehenden Höchstpreise berufen, darauf hinweisen, daß nicht die schlechten Lohnverhältnisse, sondern der Wucher des Agrarkapitals an der schlechten Lage der Arbeiter schuld ist. Die Einstellung des Gewerkschaftsbundes bedeutet im Grunde nichts anderes als: Ausweichen vor dem Kampf gegen das Industriekapital. Er hätte eine gefährliche Klippe umschifft, unter dem Hinweis, alles versucht zu haben, um billige Kartoffeln für das Proletariat zu bekommen.

Dieser Lösung: Festsetzung von Höchstpreisen, steht aber die geschlossene Front des Agrarkapitals gegenüber. Ihre wirtschaftliche und politische Macht würde einen, den Forderungen des Gewerkschaftsbundes entsprechenden Regierungsbeschluß in bezug auf die Gestaltung der Preise, wirkungslos machen.

Die Junker, Großgrundbesitzer haben, durch ihre Wirtschaftssabotage, die sie beengenden Fesseln der „Zwangswirtschaft" abgestreift, mit Unterstützung des unter der bürokratischen Zwangswirtschaft besonders leidenden Kleinbauerntums. Auch in der Abwehr gegen die Höchstpreise wären die Bodenkapitalisten der Unterstützung der klein- und mittelbäuerlichen Schichten gewiß. Das erklärt sich daraus, daß die Produktionskosten im Kleinbetrieb bedeutend höhere sind als im Großbetrieb, somit Höchstpreise eine schwere wirtchaftliche Schädigung, ein rascheres Tempo in der Verschuldung des kleinbäuerlichen Besitzes bedeuten würden.

Das Resultat der neuen Höchstpreise wäre also:

1. Verwischung der Kampffront zugunsten des Industriekapitals. Rettung für den Stinnes-Geldsack.
2. Stärkung der politischen Kampffront des Agrarkapitals.
3. Weder billige Kartoffeln noch höhere Löhne für das Proletariat.

Als revolutionäre, kommunistische Partei haben wir die Pflicht, dies zu verhindern. Unsere Aufgabe ist: die kleinbäuerliche Schicht loszutrennen von der Kampffront des Agrarkapitals, zu versuchen, sie in den proletarischen Klassenkampf mit hineinzureißen, oder wenigstens zu neutralisieren! Gerade in dieser Frage mag an den Absatz 5 der „Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale" erinnert sein, in dem es heißt: „Die Arbeierklasse vermag nicht zu sagen, wenn sie nicht die Landproletarier, wenigstens einen Teil der ärmsten Bauern hinter sich, die Neutralität eines Teils der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik gesichert hat. Die kommunistische Arbeit auf dem flachen Lande gewinnt gegenwärtig hervorragende Bedeutung. Sie mag vornehmlich mit Hilfe der revolutionären, kommunistischen Arbeiter der Stadt und des Landes geführt werden, die mit dem flachen Lande Verbindung haben. Der Verzicht auf diese Arbeit oder deren Uebergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände gleicht einem Verzicht auf die proletarische Revolution." Ferner den Kampf des Industrieproletariats gegen Industrie- und Agrarkapital voranzutreiben.

Daraus ergibt sich die Frage: Welchen Weg müssen wir gehen zur Lösung der Kartoffelfrage? Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Kartoffelteuerung nicht neben dem Komplex aller übrigen Teuerungsfragen steht, sondern augenblicklich nur im Vordergrund desselben. Ich will mich auch mit dem Hinweis begnügen, daß eine endgültige Regelung im Sinne des Proletariats die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft vorausetzt. Unsere momentanen Forderungen aber müssen liegen auf dem Wege der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft. Dabei sind die greifbar nächsten wirtschaftlichen Interessen mit der Stärkung der politischen Kampffront des Proletariats in Einklang zu bringen.

Wir können nicht umhin, uns mit der Forderung der USPD. auf Einführung des Umlageverfahrens zu befassen. Die „Freiheit" hat Recht, wenn sie schreibt: „Es bleibt gar nichts anderes übrig, wenn die Be-

völkerung wirklich ausreichend und zu erschwinglichen Preisen versorgt werden soll, als für Zwangsmaßnahmen einzutreten."

Welches sind die Zwangsmaßnahmen, die die USPD. im Auge hat? Lassen wir die „Freiheit" selbst reden:

„Jeder Landwirt müßte entsprechend der von ihm erzeugten Menge einen Teil seiner Erzeugung zu niedrigen Preisen hergeben. Eine solche Anordnung ist technisch ohne weiteres möglich. Aber auch wirtschaftlich. Es gehört dazu nur der Wille der Staatsgewalt, nicht vor der Profitsucht der Erzeuger zu kapitulieren, sondern die Pflicht zu erfüllen gegenüber der städtischen Bevölkerung, deren Versorgung doch auf irgend eine Art sichergestellt werden muß!

Deshalb verlangen wir nach wie vor, daß die Spitzenorganisationen der Freien Gewerkschaften die Forderung auf Einführung des Umlageverfahrens beim Ernährungsminister vertreten."

Die USPD. hofft also durch eine Kartoffelumlage die Krise zu beseitigen. Sie erwartet, daß der Staat, der unter der Zwangswirtschaft unfähig war, den Schleichhandel zu unterbinden, die erforderlichen Mengen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu erfassen, heute fähig sei, die Sabotage der Agrarkapitalisten niederzuhalten. Ausgerechnet dazu fähig sei mit Hilfe des Umlageverfahrens, das, nach Ansicht der USPD., bei den Zwangswirtschaftsdebatten im Reichstag, der Wucherfreiheit der Junker und Großgrundbesitzer gleichkommt.

Was unterscheidet das Umlageverfahren von der Festsetzung von Höchstpreisen? Daß ein Teil der Ernte, in diesem Fall der Kartoffelernte, dem Staate abzuliefern ist gegen einen bestimmten Höchstpreis, der übrige Teil jedoch dem „freien Handel" verbleibt. Der Umlagepreis z. B. für Weizen beträgt 2300 Mark pro Tonne, der Preis im freien Handel ist jedoch gestiegen bis auf über 5000 Mark pro Tonne. Was die Junker und Großgrundbesitzer durch die Umlagepreise weniger erhalten, wird im Freien Handel mehr gefordert. Da das Brot aus Umlagegetreide nicht ausreicht, ist der Arbeiter angewiesen, Brot aus Freihandelsgetreide mit entsprechend hohen Preisen zu kaufen. Der „Profitsucht" der Großagrarier wird also dadurch keine Schranke gesetzt. Dagegen wird das Kleinbauerntum durch die Umlage schwer belastet. Der Kleinbauer braucht den größten Teil seiner Erzeugnisse im eigenen Haushalt, der übrige Teil wird durch die Umlage weggenommen, so daß er für den Freien Handel, im Gegensatz zum Großgrundbesitzer, kaum welche Erzeugnisse übrig hat, obwohl er etwa um ⅓ teuerer produziert als der Großgrundbesitzer. Die Durchführung der Forderung der USPD, würde das Kleinbauerntum in schärfste Kampfstellung gegen das Industrieproletariat zwingen. Hinzu kommt, daß diese teilweise Erfassung der Kartoffelernte (unter Annahme, daß sie nicht sabotiert würde) zur Sicherstellung der Versorgung der städtischen Bevölkerung nicht ausreichen, und das Proletariat, mehr als bei der Getreide-Umlage, auf die Freihandels-Kartoffeln angewiesen sein würde. Welche Preise hier in Frage kämen, darüber wird auch die USPD. im Klaren sein.

Es könnte vielleicht gesagt werden von den Unabhängigen: „Wir haben doch mit unserer Forderung noch gar nicht ausgesprochen, ob die Umlage sich nur auf Großbetriebe beziehen, ob den Kleinbauern ihre Kartoffelernte ganz überlassen bleiben und dafür der gesamte Ertrag — bis auf den für die Landarbeiter und zur Saat bestimmten Teil — bei den Großbetrieben erfaßt werden soll. Die „Freiheit" gibt

doch auch darüber in nicht mißzuverstehender Weise Auskunft. Sie schreibt:

„Auch die christlichen Gewerkschaften haben die Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen eingesehen und in einer Eingabe an das Ernährungsministerium die Beschlagnahme der am 1. November bei den Landwirten vorhandenen und nicht für die eigene Wirtschaft gebrauchten Kartoffeln verlangt. Wiederherstellung der Zwangswirtschaft liegt ihnen wahrscheinlich eben so fern wie uns. Wenn wir für das Umlageverfahren eintreten, so deshalb, weil es gegenüber der einfachen Beschlagnahme das gerechtere Verfahren darstellt."

Die Unabhängige Sozialistische Partei will demnach aus Gerechtigkeitsgefühl von der Beschlagnahme Abstand nehmen und tritt für ein System, ähnlich der Getreideumlage, ein. Sie nimmt dabei die weit schlechteren Bedingungen, unter denen die Kartoffelumlage in Frage käme, mit in Kauf. Uns scheint, als ob die Christlichen Gewerkschaften eine viel weitsichtigere Forderung aufstellen, als die revolutionäre USPD.

Aehnlich wie die Christlichen Gewerkschaften müssen auch wir die Forderung der Beschlagnahme erheben. Wir haben dabei aber klar und deutlich zu unterscheiden zwischen Klein- und Großbetrieb. Unser Gerechtigkeitsgefühl, das nich kapituliert vor der Profitsucht der Großagrarier, fordert im Interesse des arbeitenden Volkes die sofortige Beschlagnahme der Kartoffelbestände auf den Großbetrieben, mit Abzug der für die Landarbeiter und zur Aussaat notwendigen Mengen. Während der letztere Teil unter die Kontrolle der Landarbeiter zu stellen ist, müssen die übrigen Mengen unter Ausschaltung des Zwischenhandels unter Kontrolle der Betriebsräte durch die Gewerkschaften und Arbeiter-Konsumvereine an die städtische arbeitende Bevölkerung vermittelt werden. Die Festsetzung der Preise hat durch die Betriebs- und Gutsräte der Industrie- und Landarbeiter zu erfolgen, unter Hinzuziehung eines Vertreters der Regierung.

Den geringen, über den Eigenbedarf des Kleinbauern hinausgehenden Teil der Kartoffeln zu beschlagnahmen, würde wirtschaftlich keinen allzu großen Vorteil für die Industriearbeiter bedeuten, jedoch einen desto größeren politischen Nachteil! Die Ablieferung durch die Kleinbauern, wie auch Festsetzung des Preises, ist durch genossenschaftliche, gegenseitige freie Vereinbarung zu regeln.

Die Durchführung dieser Forderungen bedeutet die Durchbrechung des kapitalistischen Wirtschaftsrahmens. Sie kann nur in zähem Kampf erfolgen.

Die Christlichen Gewerkschaften, der Deutsche Allgemeine Gewerkschaftsbund, wie auch die USPD., gleichen sich in ihren Forderungen in einem Punkt voll und ganz: Ihre Forderungen bedeuten nichts als eine parlamentarische Aktion! Ihre Forderungen stehen nicht in lebendigem Zusammenhang mit der Mobilisierung der werktätigen Massen, nicht in engem Zusammenhang mit den Lohnkämpfen in den Betrieben, nicht im Zusammenhang mit der Straße, mit Teuerungsdemonstrationen!

Hier liegen die Mittel, durch die die Regierung gezwungen werden muß, die Forderungen des arbeitenden Volkes mit dem arbeitenden Volke durchzuführen! Aufgabe der Kommunisten wird es sein, diesen lebendigen Zusammenhang zu schaffen!

Weltabrüstungs-Konferenz in Washington.

Thesen des Exekutivkomitees der Kommunistisch. Internationale zur Washingtoner Konferenz.

(Ausgegeben am 15. August in Moskau.)

I. Die Washingtoner Konferenz.

Die von der amerikanischen Regierung zur Regulierung der ostasiatischen Fragen und zur Einschränkung der Rüstungen nach Washington einberufene Konferenz ist ein von der kapitalistischen Gesellschaft unternommener neuer Versuch, aus den durch den imperialistischen Weltkrieg geschaffenen Gegensätzen einen Ausweg zu finden. Die Idee der Bildung Mitteleuropas und der „Völkerbund" haben ein völliges Fiasko erlitten. Drei Jahre nach Beendigung des Krieges und zwei Jahre nach Friedensschluß bietet Europa das Schauspiel eines großen Käfigs, in de mdie verschiedensten wilden Tiere miteinander um einen ihnen zugeworfenen Knochen kämpfen. Nachdem der siegreiche Kapitalismus mit so großem „Erfolge" bewiesen hat, wie fähig er ist, den Frieden zu schaffen, haben die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich schon in Versailles an dem Versuche der Schaffung des Völkerbundes beteiligt haben, und sich nachher weigerten, sich ihrer eigenen Schöpfung anzuschließen, nun zum zweitenmal die Initiative ergriffen, um die für sie brennenden Fragen, das heißt, die ostasiatischen Fragen, zu lösen.

II. Wiederbeteiligung der Vereinigten Staaten an der europäischen Politik.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika zogen sich vom Völkerbund zurück: 1. Weil England dem ganzen Völkerbund seinen Stempel aufgedrückt hat; 2. weil die amerikanischen Kapitalisten die durch den Versailler Vertrag bestimmten Grenzen nicht garantieren wollten; 3. weil die republikanisch-kapitalistische Clique das geschwächte Interesse der amerikanischen kleinbürgerlichen Massen den europäischen Angelegenheiten gegenüber dazu benützen wollte, um die demokratisch-kapitalistische Clique in ehrerbietiger Entfernung von der Teilnahme an den Freuden der Regierung zu halten. Aber die Vereinigten Staaten mußten doch am Spiel der Weltpolitik teilnehmen. Die Kapitalisten Europas und die Entente schulden den Vereinigten Staaten 20 Milliarden Dollar. Eine weitere Entwicklung der europäischen Konflikte brachte nicht nur in der Frage, ob die Schuldner imstande sein werden, ihre Schulden zu bezahlen, eine Entscheidung, sondern auch in der Frage, ob die Vereinigten Staaten imstande sein werden, ihre Industrie, die sich während des Krieges ungemein entwickelt hatte, auf derselben Höhe zu erhalten. Wenn ein Teil der amerikanischen Kapitalisten noch im Jahre 1919 annehmen konnte, daß ihr Wohlbefinden von der ökonomischen Entwicklung Europas ganz unabhängig sei, so zeigte die

urchtbare Krise der Jahre 1920 und 1921 selbst den amerikanischen armern, daß Amerika nicht imstande ist, seine Produkte nach Europa u exportieren, wenn das europäische Wirtschaftsleben auf dem Wege les Verfalles noch weiter fortschreitet.

Und das ist der Grund, warum die Vereinigten Staaten an der ntscheidung der Frage der deutschen Wiedergutmachung teilnehmen, warum sie sich im Obersten Rate an der Entscheidung der ober-chlesischen Frage beteiligen und jetzt in der Frage der russischen lungersnot sich auf einen besonderen Standpunkt gestellt haben. Mit inem Worte: die Vereinigten Staaten sind in den Schoß des Obersten Rates zurückgekehrt, der als der wahre Vertreter des siegreichen Welt-kapitals erscheint und den Völkerbund zu einem Spielball in seiner Hand gemacht hat. Die Vereinigten Staaten bemühen sich jetzt, die Leitung der Weltpolitik in ihre Hände zu bekommen und machen sich dabei die schwierige Lage, in der ihr englischer Konkurrent sich augen-blicklich befindet, zu nutze.

III. Die Lage Englands.

Um zu siegen, veranlaßte der englische Imperialismus seine wäh-rend des Krieges wirtschaftlich erstarkten Kolonien, an der Kriegführung teilzunehmen. Im Jahre 1917 gewährte der englische Imperialismus den Kolonien das Recht, an der Entscheidung der Fragen, die die Auslandspolitik Großbritanniens betrafen, mitzuwirken. Jetzt ist dieser Imperialismus gezwungen, dieses Recht der Kolonien anzuerkennen, weil er nicht imstande ist, allein die Ausgaben für die Rüstungen zur See zu bestreiten, die er für unerläßlich hält, um den Vereinigten Staaten und seinen eigenen Verbündeten, Japan und Frankreich, widerstehen zu können, und auch noch aus dem Grunde, weil er gezwungen ist, mit den Kolonien, als mit Machtfaktoren, zu rechnen.

An Stelle Großbritanniens steht jetzt eine Föderation Großbritanniens und der autonomen kapitalistischen englischen Kolonien, deren äußere Interessen mit den Interessen der Metropole nicht übereinstimmen. Während der englische Imperialismus die Verbindung mit Japan aufrechterhalten will, um im Falle eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten einen Verbündeten zu haben, und um durch ständiges Schüren der amerikanisch-japanischen Gegensätze die Möglichkeit zu haben, die Vermittlerrolle zwischen dem amerikanischen und japanischen Imperialismus zu spielen, währenddessen kann der junge kanadische Imperialismus, der in immer größere und größere Abhängigkeit von seinem Nachbarn, den Vereinigten Staaten, gerät, keine Zuspitzung des Verhältnisses zu seinem mächtigen Nachbarn vertragen. Kanada hat sich bei der Reichskonferenz gegen die Erneuerung des Bündnisses mit Japan ausgesprochen und lehnte jede Verantwortung im Falle der Erneuerung dieses Bündnisses ab. Für Australien ist Japan der einzige in Betracht kommende Gegner, Amerika hingegen ein Verbündeter im Falle eines Konfliktes mit Japan. Die südafrikanischen Farmer wollen mit politischen Konflikten nichts zu tun haben. Dieses Verhalten der größten Kolonialländer hat dazu geführt, daß der englische Imperialismus den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber seine Handlungsfreiheit verloren hat.

Die stetige Verschärfung der Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien hat beide Konkurrenten vor die Frage gestellt, ob diese Konkurrenz in einer

Atmosphäre großer politischer Gegensätze nicht eine Vermehrung der Rüstungen zur Folge haben wird, die zu einem neuen Weltkriege führen könnte.

England wird sich in einem neuen Weltkrieg in einer viel gefährlicheren Lage befinden, als im Weltkriege 1914—1918. England, das auf die bedingungslose Unterstützung seiner Kolonien nicht rechnen kann, wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch Frankreich bei seinen Gegnern finden, dessen Versuch, mit Hilfe der Vasallenstaaten, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien, sich des ganzen kontinentalen Europas zu bemächtigen, sowie auch dessen Politik es in einen immer größeren Gegensatz zu England bringt. Der englische Imperialismus hat es ermöglicht, daß nicht nur die Seestreitkräfte, sondern auch die Landstreitkräfte des deutschen Kapitalismus vernichtet wurden. Die Entwaffung des deutschen Kapitalismus hat den französischen Militarismus zum Hauptfaktor auf dem Kontinent gemacht. Frankreich wäre bei dem jetzigen Entwicklungsstande der weittragenden Geschütze, der Luftschiffahrt und der Unterseeboote im Falle eines Krieges als Verbündeter der Vereinigten Staaten nicht nur imstande, die vollständige Blockade Englands durchzuführen, sondern könnte sich auch noch erdreisten, eine Landung in England vorzunehmen. Diese Lage der Dinge zwingt die englische Regierung, schon jetzt den Versuch zu machen, mit der amerikanischen Regierung zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Das Resultat dieses Uebereinkommens wäre die Bildung eines anglosächsischen kapitalistischen Trusts, dessen Schwerpunkt in Amerika sein wird. Diese Vertrustung soll auf Kosten Japans stattfinden.

IV. Die Isolierung Japans.

Der japanische Imperialismus ist während des Krieges als Kriegslieferant der Ententestaaten bei ganz kleinen Unkosten reich geworden und hat sich den Umstand zunutze gemacht, daß England infolge des Krieges nicht imstande war, seine Kolonien mit genügenden Mengen von Erzeugnissen eigener Industrie zu versorgen. Am Anfange des Krieges verhinderte Japan auf diplomatischem Wege die Teilnahme Chinas am Weltkriege und entriß Kiautschau und die Provinz Schantung dem deutschen Imperialismus, indem es sich selbst an die Stelle Deutschlands setzte. Japan unterstützte die inneren Kämpfe in China und machte sie sich zunutze, um die Rolle eines angeblichen Organisators zu spielen, in Wirklichkeit aber, um sich zum Herrn dieses Riesenreiches zu machen, das langsam auf dem Wege von der feudalen Zersplitterung, geführt von dem bürgerlichen Süden, zur Einigung vorwärtsschreitet. Die Resultate des Weltkrieges lassen die Früchte der japanischen Siege zweifelhaft erscheinen. Die Niederlage Deutschlands, das Ausscheiden Rußlands in seiner Eigenschaft als imperialistischer Machtfaktor, der sich mit Japan zu gemeinsamen Raubzügen verbünden konnte, haben Japan dahin gebracht, im Falle eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten ausschließlich auf die Unterstützung Englands zu rechnen.

V. Die Pläne der Vereinigten Staaten Amerikas in Bezug auf Ostasien.

Infolge des kolossalen Ausbreitungsbedürfnisses ihrer ökonomischen Einflußsphäre betrachten die Vereinigten Staaten von Amerika China und Rußland (Sibirien) als große Märkte, welche als günstiger Boden für Verwertung des amerikanischen Kapitals zu erobern sind

Anbetracht der einzigen Lage Amerikas, das der Gläubiger der anzen Welt ist, in Anbetracht der Konkurrenz, die die amerikanische dustrie nicht nur der japanischen, sondern auch der englischen Industrie macht, sind die Vereinigten Staaten Gegner aller imperialistischen Sonderrechte und Privilegien, die die anderen imperialistischen aaten, wie England, Frankreich und Japan, bis jetzt in China erobert aben und jetzt auch in Sibirien erobern könnten. Amerika versucht, apan mit der Losung der „offenen Türe" aus China zu verdrängen, ner Losung, die vom amerikanischen Staatssekretär John Gay schon n Jahre 1900 aufgestellt wurde. Und, wie aus dem Verhältnis Amerikas ur Frage der chinesischen Radiostationen und zur Frage der Insel ap hervorgeht, ist es bereit, den Kampf auf der ganzen Linie vorunehmen. Diese Stellungnahme der Vereinigten Staaten bedroht die nteressen Englands, aber in einem bedeutend geringeren Maße, als die apans. Und zwar aus dem Grunde, weil England als kapitalistisch räftigerer Staat viel leichter gegen die amerikanische Konkurrenz ankämpfen kann, als Japan, und auch deshalb, weil die Frage der Ufer les Stillen Ozeans für Japan eine Lebensfrage ist, für England jedoch nur e i n e der wichtigsten weltpolitischen Fragen. Wenn England wischen Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika wählen muß, so wird es sich sicherlich für Amerika entscheiden. Auf Grundlage all dieses erscheint die Washingtoner Konferenz als Versuch Amerikas, Japan auf diplomatischem Wege die Früchte seines Sieges zu entreißen.

VI. Die wahrscheinlichen Resultate der Washingtoner Konferenz.

Die Vorbedingungen zur Einschränkung der Rüstungen im Stillen Ozean oder zur Verteilung der Seegebiete als Marinestützpunkte der verschiedenen Seemächte hängen vom Resultate der Verhandlungen über die strittigen Fragen im Stillen Ozean ab. England wird auf seiten Japans stehen und sich bemühen, ein Kompromiß zu erzielen, das ihm die Möglichkeit bieten wird, das Bündnis mit Japan aufrechtzuerhalten und auch Amerika formell in dieses Bündnis einzubeziehen. Die militärische Bedeutung des Bündnisses mit Japan ist im Falle eines Krieges mit Amerika eine sehr große; aber auch die diplomatische Bedeutung dieses Bündnisses ist im Falle eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten eine sehr große. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Japan Rechte in Sibirien eingeräumt werden, und Amerika wird Konzessionen in China erhalten. Amerika wird auch an der Exploitierung der Naphthaquellen in Mesopotamien beteiligt werden usw. Wenn es England gelingen sollte, ein solches Kompromiß zu erzielen, so wird es sich bemühen, im Rahmen des englisch-japanisch-amerikanischen Bündnisses besonders enge Beziehungen zu Japan zu unterhalten. Dann werden diese drei Mächte auch bestimmen, inwieweit Rüstungen zur See der anderen Staaten zulässig sind. Falls es aber nicht gelingen sollte, in den strittigen Punkten ein Uebereinkommen zu erzielen, dann wird der Konflikt, sowohl was die ökonomische als auch was die Frage der Rüstungen anlangt, sich noch weiter zuspitzen. Bei der ersten Gelegenheit werden England und die Vereinigten Staaten einen Trust bilden, und die Resultate, die Japan während des letzten Krieges erreicht hat, zugunsten der Vereinigten Staaten schmälern, und zwar in China, und nach Maßgabe der Möglichkeit auch, was Sowjetrußland anlangt. Dieses Uebereinkommen wird aber gleich dem Frieden von Shimonoseki, durch den Rußland, Deutschland und Frankreich sich bemühten, Japan die Früchte seines Sieges über China im Jahre 1894 zu entreißen, ein

Ausgangspunkt zu neuen politischen Gruppierungen und neuen Verwicklungen in der Weltpolitik werden; im anderen Falle wird sich der Prozeß der Verschärfung der politischen Gegensätze noch schneller entwickeln. Diese Gegensätze können aber in keinem Falle völlig beseitigt werden. Die wirtschaftlichen Gegensätze in England und Amerika werden, wie früher, eine alles beherrschende Lage der Weltpolitik bleiben. Die englisch-japanischen Gegensätze werden auch weiter existieren. Die Gegensätze zwischen England und Frankreich werden auch weiterhin in Kraft bleiben, und nach allen diesen Gegensätzen, die zwischen den kapitalistischen Siegern herrschen, kommen die Gegensätze, was ihr Verhältnis zu den besiegten kapitalistischen Ländern, zum Beispiel Deutschland, anlangt, sowie zu den Kolonialländern und zum Schluß zu Sowjetrußland, einem Staate, der in das internatiionalistische kapitalistische Staatensystem eine Bresche geschlagen hat.

VII. Die Washingtoner Konferenz und die Kommunistische Internationale.

Der Versuch, die Frage der Einschränkung der Rüstungen auf dem europäischen Kontinent in das Programm der Konferenz einzubeziehen, hat keine Aussicht auf Erfolg. Wenn auch im Hinblick auf die völlige Entwaffung Deutschlands, der Verzicht auf seine Kriegsbereitschaft keine Gefahr für Frankreich darstellt, so wird dieses doch nicht seinen Bemühungen entsagen, die erste Militärmacht Europas zu werden, da die Politik des französischen Imeperialismus darin besteht, auf dem europäischen Kontinent zu herrschen. Neben Frankreich existieren noch Staaten, die durch den Frieden von Versailles und die anderen Friedensverträge große Territorien erhalten haben, deren Bevölkerung ihnen feindlich gesinnt ist.

In Polen gibt es große Massen ukrainischer, russischer und deutscher Einwohner. Die Tschechoslowakei bietet ein Bild, das dem früheren Oesterreich-Ungarn gleicht: neben den Tschechen gibt es dort eine zahlreiche deutsche, slowakische und ungarische Bevölkerung. Rumänien hat sich ungarische und beßarabische Volksmassen unterworfen. Ein großer Teil der bulgarischen Bevölkerung ist zu Rumänien und Jugoslawien gekommen. Im nahen Osten bemüht sich Frankreich, von seien Stützpunkten in Afrika und Syrien ausgehend, England von der Seite zu bedrohen, und zwar an Englands empfindlichster Seite, am Suezkanal.

Frankreich ist bestrebt, der englischen Politik Hindernisse in den Weg zu legen, dieser Politik, die darin besteht, eine Verbindung zwischen Indien und Egypten durch Schaffung eines großen arabischen Staates, der in völliger Abhängigkeit vom englischen Imperialismus steht, herzustellen. Um nun bei einer solchen Lage der Dinge zu erreichen, daß Frankreich auf seine Rüstungen verzichtet, muß England zuerst in allen Fragen der Weltpolitik mit Frankreich zu einem Uebereinkommen gelangt sein.

Wie wenig die kapitalistischen Staaten selbst an die Möglichkeit der Abrüstung glauben, zeigt die Tatsache, daß die englische Regierung, als sie in der herzlichsten Weise den Vorschlag Hardings, im November in Washington mit den Verhandlungen über die Abrüstungsfragen zu beginnen, begrüßte, 30 Millionen Pfund Sterling zum Bau neuer Kriegsschiffe assignierte, mit dem Hinweis darauf, daß Japan acht Dreadnought baut, die alle im Jahre 1925 fertig sein sollen und schon

die Mittel zum Bau der nächsten acht Dreadnoughts angewiesen hat, und daß die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1825 über zwölf Großkampfschiffe verfügen werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale enthüllt den Charakter der Washingtoner Konferenz, die nicht imstande sein wird, etwas in der Abrüstungsfrage zu erreichen und nicht dazu beitragen wird, daß es zwischen den Volksmassen zum Frieden kommt. Diese Konferenz ist nur ein Versuch, die Interessen der größten angelsächsischen imperialistischen Räuber auf Kosten der schwächeren japanischen Räuber, auf Kosten Chinas und Sowjetrußlands, zu verteidigen. Dieser Charakter der Washingtoner Konferenz tritt dadurch noch schärfer hervor, daß Sowjetrußland zu dieser Konferenz nicht eingeladen wurde, um ihm die Möglichkeit zu nehmen, das verächtliche Spiel, das dort mit den Geschicken der Völker getrieben wird, an den Pranger zu stellen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale warnt die Arbeitermassen und die unterdrückten Nationen, sich der Hoffnung hinzugeben, daß irgendwelche diplomatische Kombinationen in Washington es vermögen werden, sie von der Drohung des bewaffneten kapitalistischen Friedens zu befreien. Ebenso wenig wird diese Konferenz imstande sein, sie von der Exploitierung durch die kapitalistischen Staaten zu befreien. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale fordert alle kommunistischen Parteien und alle Gewerkschaften, die der roten Gewerkschaftsinternationale angehören,auf, ihre Agitation und ihren Kampf gegen die imperialistischen Staaten zu verschärfen, deren Interessengegensätze zu einem neuen Weltkonflikt führen werden, wenn nicht die Revolution des Proletariats der kapitalistischen Klasse die Waffen entreißt und einen Boden schafft für einen wahren Friedensbund der arbeitenden Völker. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale lenkt die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen der ganzen Welt auf die Intrigen, die in Washington gegen Sowjetrußland gesponnen werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale fordert die Volksmassen Chinas und Koreas und die Bevölkerung Ostsibiriens auf, sich enger an Sowjetrußland anzuschließen, an den einzigen Staat, der bestrebt ist, die Beziehungen mit den Völkern des Ostens, die vom Weltimperialismus bedroht werden, auf der Gundlage der Gleichberechtigung und der brüderlichen Hilfe aufzubauen.

* * *

A. R. Die bisherige Entwicklung hat die Kennzeichnung der Washingtoner Konferenz durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vollauf bestätigt. Die großen angelsächsischen Räuber suchen eine, wenn auch nur vorübergehende, Verständigung. Das englische Kapital fühlt sich gegenwärtig schwach, und die britische Regierung wie die britische Presse sind eifrig bestrebt, die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die der englisch-amerikanischen Einigung im Wege stehen. Das Hauptopfer hat die englische Bourgeoisie schon damit gebracht, daß sie unter dem Druck der Dominions praktisch auf das Bündnis mit Japan verzichtete. Das ist einerseits eine Konzession an Amerika; und man versucht in England eifrig zu unterstreichen, um damit die Amerikaner zu Gegenleistungen zu nötigen. Aber andererseits ergibt sich aus derselben Tatsache die Schwäche der eng-

lischen Stellung. Die englische Bourgeoisie hat die Wahl zwischen zwei Wegen: entweder sie nimmt den Bruch des Britischen Reiches hin, löst die Bande, die sie mit Kanada und Australien verknüpfen, wirft sich Japan in die Arme und beginnt einen abenteuerlichen Verzweiflungskampf gegen den amerikanischen Konkurrenten. Oder aber man flickt noch einmal die Risse, die sich im Gefüge des britischen Weltreiches aufgetan haben, man rückt von den Japanern ab und sucht eine Zusammenarbeit mit Amerika zu erreichen. Aber die amerikanische Diplomatie weiß, wie sehr England isoliert ist. Sie verhält sich trotz aller Höflichkeitsphrasen in der Sache außerordentlich kühl und preßt damit den Engländern immer neue Zugeständnisse ab. Es ist bezeichnend, daß man jetzt in England sogar davon redet, ein Kompromiß zwischen den englischen Petroleuminteressenten und dem gewaltigen amerikanischen Petroleumtrust, der Standard Oil Compagnie, zu erzielen. Bei einem derartigen Abkommen wäre ohne weiteres das englische Kapital der leidtragende Teil. Man ist auch ohne Zweifel zu Zugeständnissen in der Frage der künftigen Flottenstärke bereit, und England wird von seiner stolzen einsamen Höhe als führende Seemacht herabsteigen müssen. Aber wie dies im einzelnen sich vollziehen wird und soll, ist noch ganz dunkel. Man erkennt schon jetzt aus den englischen Pressestimmen, daß es für England eine gewisse Grenze gibt, die es nicht wird gut überschreiten können. So stark auch die Parole der Sparsamkeit um jeden Preis in England vertreten wird, so stark auch die Abneigung ist, die nicht nur die Arbeiterschaft, sondern ebenso die Mittelschichten vor den uferlosen Ausgaben für Flottenrüstungen haben, — so kann doch die englische Bourgeoisie als solche keinen Selbstmord begehen. Ihre weltwirtschaftlichen Interessen sind ohne eine gewisse Flottenstärke nicht zu vertreten. So kommt man ökonomisch wie militärisch immer wieder zu einem Punkt, über den hinaus die Kompromisse zwischen den herrschenden kapitalistischen Mächten sich einfach nicht führen lassen.

Immerhin ist das englische Bestreben unverkennbar, den alten Verbündeten Japan, Amerika zu Liebe, im Stich zu lassen. Lord Northcliffe hat dieser politischen Richtung den brutalsten und offensten Ausdruck verliehen. England und Amerika werden sich gemeinsam bemühen, die Japaner zum Verzicht auf ihre Machtstellung in China zu nötigen. Die Dominions und Frankreich werden auf der Washingtoner Konferenz im selben Sinne arbeiten. Es ist noch gar nicht klar, wie sich die japanische Delegation zu diesen Bestrebungn stellen wird, ob Japan wirklich Schantung preisgeben und das Prinzip der sogenannten offenen Tür in China anerkennen wird. Auch hier darf man unverbindliche Höflichkeitsformen einzelner japanischer Diplomaten keineswegs ernst nehmen. Wenn nur irgendwie eine materielle Möglichkeit zum Widerstand vorhanden sein wird, dann wird Japan diesen Widerstand leisten, diplomatisch und mit der Waffe. Auch hier liegt ein Punkt, der alle kindlichen Pazifistenhoffnungen Lügen straft. Nach der Ausschaltung Japans denken die angelsächsischen Mächte daran, China unter ihre Vormundschaft zu nehmen. Eine internationale Kontrolle, wie man zu sagen pflegt, soll in China ausgeübt werden. Das würde praktisch bedeuten, daß die Ausbeutung der 400 Millionen Chinesen in erster Linie durch das amerikanische Kapital großzügig vor sich gehen soll. Auch für England würden einige größere Bissen abfallen und für Japan, wenn es sehr gehorsam ist und sich alles bieten läßt, einige kleinere.

Eine entsprechende internationale Vormundschaft möchten die Diplomaten der großen kapitalistischen Raubmächte auch für Rußland einführen. Gewisse, nicht sehr klare Andeutungen, die bisher von amerikanischer Seite über die russische Frage gemacht worden sind, lassen die Existenz derartiger Pläne erschließen. Zumindest soll aber Ostsibirien als Schacherobjekt in Washington eine Rolle spielen. In der englischen Presse ist der Gedanke aufgetaucht, daß man doch den Japanern Ostsibirien, d. h. das Gebiet der Republik des fernen Ostens, überlassen könnte zum Trost für die Verluste in China. Aber das amerikanische Kapital in seiner grenzenlosen Habgier wird kaum dafür zu haben sein, den Japanern selbst diese magere Entschädigung restlos zu überlassen. Auf jeden Fall werden die großkapitalistischen Diplomaten ohne Scham und Scheu das russische wie das chinesische Volk an den Meistbietenden verhandeln. Die Sowjetregierung hat ja bereits in aller Oeffentlichkeit den schärfsten Protest gegen die dunklen Projekte von Washington erhoben. Die Herren werden in Washington nichts lösen können. Sie werden die Rüstungskrise nicht lösen, sie werden die Fragen des Stillen Ozeans nicht lösen, sie werden den englisch-amerikanischen Wettbewerb so wenig aus der Welt schaffen, wie den amerikanisch-japanischen. Sie werden auf geduldigem Papier Verträge entwerfen, werden das Proletariat neu belasten und sich mit allen Kunststücken eine — Galgenfrist erkämpfen.

Leitsätze für die Arbeit der kommunistischen Lehrer.

Angenommen auf der Ersten Reichskonferenz in Braunschweig am 7. Oktober 1921.

1. Die Befreiung der Lehrerschaft aus Amtssklaverei, Lohnknechtschaft und geistiger Erniedrigung ist nur möglich im engsten Zusammenwirken mit dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse, im Rahmen der gesamten Revolution.

2. Das Schicksal der großen Masse der Lehrerschaft ist aufs engste verflochten mit dem Schicksal der Proletarierschule. Erst deren Verwandlung aus einem Instrumente kapitalistischer Klassenherrschaft und geistiger Verknechtung der Arbeiterklasse in eine geistige Werkstatt und Rüstkammer des revolutionären Proletariats wird auch die Masse der Lehrerschaft aus Prügelmeistern des Kapitalismus verwandeln in Träger und Vermittler höchster Kultur und Gesittung.

3. Daraus ergibt sich für die kommunistischen Lehrer eine doppelte Aufgabe:

a) Die Freie Lehrergewerkschaft Deutschlands muß im schärfsten Gegensatz zu allen „neutralen", christlichen und nationalen Vereinen auf den Boden des entschiedenen Klassenkampfes gebracht werden. Ihr Kampf gilt gleichzeitig der bürgerlichen Schulbürokratie und dem gelben Beamtenbund.

b) Die kommunistischen Lehrer müssen den Kampf nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Unterrichts aufnehmen, gegen alle

Methoden der kirchlichen, nationalistischen, monarchistischen, kapitalistischen Beeinflussung der Proletarierkinder. **Der Befreiungskampf der Lehrer ist zugleich ein Kampf um die Seele des proletarischen Kindes.**

Auch außerhalb der Schule müssen die kommunistischen Lehrer den positiven Kampf um die sozialistische Beeinflussung des proletarischen Kindes aufnehmen. In den Kindergruppen, in den proletarischen Freidenkervereinen, in den sozialistischen Jugendorganisationen. Wo immer proletarische Eltern, wo immer proletarische Kinder zusammenkommen, da hat der kommunistische Lehrer mitten unter ihnen zu sein.

4. In der Periode des Zusammenbruchs des Kapitalismus sind es die Kulturaufgaben, bei denen Staat und Gemeinde zuerst Einschränkungen vornehmen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Kapitalismus ist zugleich sein kultureller Zusammenbruch. Nicht Aufbau des Bildungswesens steht uns also bevor, sondern ein rascher Abbau. Es ist infolgedessen eine gefährliche Illusion, von der bürgerlichen Demokratie heute noch brauchbare Reformen zu erwarten. Der Kampf des Proletariats und damit auch der Lehrerschaft hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn er geführt wird als revolutionärer Machtkampf zur Beseitigung der bürgerlichen Klassenherrschaft und ihrer kapitalichen Wirtschaftsmethoden. Die kommunistischen Lehrer machen es sich zur Pflicht, diese Erkenntnis in den weitesten Kreisen ihrer Kollegenschaft zu verbreiten. Bei jeder schulpolitischen Aktion sind die proletarischen Massen selbst zur Unterstützung aufzurufen. **Es ist die geschichtliche Aufgabe der kommunistischen Lehrer, im Kampf um ein sozialistisches Schul- und Bildungswesen dem übrigen Proletariat wegweisend** voranzugehen.

5. Das Problem der sozialistischen Schulreform kann nicht von den Lehrern allein gelöst werden. Die sozialistische Schule ist kein bürokratischer Mechanismus, sondern ein lebendiger Organismus. In der sozialistischen Schule werden neben den Lehrern und Pflegern vor allem die Eltern und die Schüler selbst an der Leitung und Gestaltung des Schulwesens teilnehmen. Die kommunistischen Lehrer müssen darum heute schon für die Schaffung von Eltern- und Schülerräten eintreten, und wo solche bestehen, im engsten Einvernehmen mit diesen Körperschaften handeln. Sie müssen die Arbeitermassen, Eltern und Schüler zur Schaffung dieser Räte aufrufen.

6. Eine wichtige Aufgabe der kommunistischen Lehrer ist **es, die Masse** der Lehrerschaft selbst in Bewegung zu bringen, den staatlichen Bürokratismus im Schulwesen und die Autokratie der Schulvorgesetzten zu zerbrechen. Zu diesem Zweck ist überall die Schaffung von **frei gewählten Lehrerräten** anzustreben, die im Kampfe mit der behördlichen Autorität **das Mitbestimmungsrecht** beanspruchen und die mit den Eltern- und Schülerräten den proletarischen Parteien und den freien Gewerkschaften zusammen die Schulbehörden kontrollieren. Dabei ist die Gefahr, daß die Lehrerräte zunächst reaktionäre Mehrheiten haben werden, nicht zu umgehen. Die Tätigkeit solcher Lehrerräte wird trotzdem ein wirksames Mittel sein, die Lehrerschaft aufzurütteln, die Klärung in ihren Reihen voranzutreiben. Auch an behördlich angeordneten Wahlen zu Lehrervertretungen müssen kommunistische Lehrer teilnehmen.

7. Als Uebergangsforderungen sind zunächst anzustreben:

a) gleicher Lohn für seminaristisch und akademisch vorgebildete Lehrpersonen. Existenzminimum auch für nichtbeschäftigte Lehrer.

b) Vollkommene Gleichstellung der männlichen und weiblichen Lehrer.

c) Gleichwertige Ausbildung für sämtliche Lehrerkategorien auf höheren Schulen und Hochschulen.

d) Abschaffung der Rangordnung, des Titel- und Ordenswesens.

e) proletarische, weltliche Einheits- und Arbeitsschule. **Abschaffung der** Privatschulen.

f) Beschränkung der Schülerzahl in den Klassen auf höchstens 30.

g) Oeffentlichkeit des gesamten Schulbetriebes.

h) Abschaffung des Züchtigungsrechtes der Lehrer, Abschaffung der Schulzeugnisse und Hausaufgaben.

i) Beseitigung aller monarchistischen, militaristischen und chauvinistischen Lehrstoffe. Entfernung der Monarchen- und Kriegsheldenbilder. Säuberung der Schulbibliothek.

k) Schaffung von Eltern-, Lehrer- und Schülerräten.

l) Unentgeltlichkeit aller Lehr- und Lernmittel.

m) Ausbau der Schulhygiene, obligatorische, allgemeine Schulspeisung. Einrichtung und Vermehrung von Ferienheimen, Schulfarmen, Schulgärten, Badegelegenheiten.

n) Reform der Waisenhaus- und Fürsorgeerziehung, der Jugendpflege und Jugendgerichtsbarkeit nach modern-pädagogischen Grundsätzen und Kontrolle durch die proletarischen Eltern- und Lehrerorganisationen.

Diese Forderungen bedeuten eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Ziel. Sie sind schon heute praktisch durchführbar, werden jedoch auf den erbitterten Widerstand der Regierung, Schulbürokratie, Kirche und der bürgerlichen Kreise, einschließlich eines großen Teils der Lehrerschaft selbst, stoßen. Sie müssen dazu benutzt werden, um die Klärung in der Lehrerschaft und in den Arbeitermassen voran zu treiben, die Reaktion zu entlarven, auch da, wo sie unter sozial-liberaler pseudosozialistischer Maske auftritt.

8. Der revolutionäre Befreiungskampf des Proletariats bedarf der Zusammenfassung und Disziplinierung aller Kräfte, national und international. Das bedeutet, daß die nationalen Lehrergewerkschaften sich international zusammenschließen. Nicht um die sozial-pazifistischen Illusionen zu pflegen, sondern um die internationale Klassensolidarität im Proletariat zu stärken und den rücksichtslosen Klassenkampf vorbereiten und durchführen zu helfen.

Die waffenlose Gesellschaft ist ebenso wie die klassenlose Gesellschaft erst das Ergebnis der Epoche der Diktatur des Proletariats.

Notizen.

Die Aufnahme des russischen Angebots bei der Entente.

Das Angebot der Sowjetregierung, zur Rettung der von der Elementarkatastrophe betroffenen Hungernden und zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Rußlands ein Uebriges zu tun, und sogar die zarischen Schulden anzuerkennen, hat die Staatsmänner der Entente in große Verlegenheit gesetzt. Ihre letzten Vorwände, mit denen sie sich um die Anerkennung der Sowjetregierung bis jetzt gedrückt haben, um so den moralischen Hintergrund für ihre andauernden geheimen und offenen Angriffsabsichten gegen die russische Revolution zu decken, sind erschüttert worden. Einige letzte Verlegenheits„auskünfte" wird die russische Regierung rasch und deutlich beantworten. Dies voraussehend haben sich auch die klügeren englischen Staatslenker ins Unvermeidliche ergeben. Lord Curzon hat sogar die russische Regierung beglückwünscht. Lloyd George „empfängt" Krassin. Nur die Franzosen wollen noch immer nicht daran glauben. Briand beeilt sich auf hoher See nach Washington unterwegs an alle Welt zu funken, daß Frankreich mit den Russen nur dann verkehren könne, wenn diese endlich die Gewohnheiten der zivilisierten Völker annehmen würden. Was darunter zu verstehen sei, teilt eifrig das Leibblatt der Entente in England, die „Times" mit: Man hat an die Bolschewisten folgende Fragen zu stellen: Werden sie ihre teuflische außerordentliche Kommission auflösen? Werden sie die gewöhnlichen Sicherheiten für Leben und Eigentum wieder einführen? Werden sie den schrecklichen Druck mildern, der ein wirkliches wirtschaftliches Leben unmöglich macht? Können sie, mit einem Wort, aufhören Bolschewiki zu sein? Und sie kommt zum Schluß mit der bekannten Formel: die Bolschewisten müssen vom Erdboden verschwinden, früher wird nicht Ruhe sein. In ihrem Handelsteil allerdings berichtet sie von der starken Nachfrage nach russischen Papieren „die man vor einiger Zeit noch nicht erwartete, und die man jetzt schon über ihren Nominalwert kauft." Ganz ähnlich berichtet die Börsenpresse aus Paris, daß dort über den Marsch Lenins nach rechts der „gewisse Optimismus" zu bemerken sei.

Der „gewisse Optimismus" würde sich noch gewisser heben, wenn die Interventionisten rasch oder endlich Erfolg hätten. Wie sehr ernst sie es meinen, zeigt erst wieder die jüngste Verschärfung der polnisch-russischen Beziehungen, zeigt der Ueberfall Petljuras in Ostgalizien und der Ukraine, wo seine Pogrombanden mit einer guten Kriegsdivision eingefallen sind. Wie immer auch die nächste Zukunft entscheiden wird, die Arbeiterschaft Westeuropas hat auf dem Posten zu sein. Sie hat in den letzten Tagen ihre Leistungen für das Hungerhilfswerk gesteigert. Innerhalb zweier Wochen sind von den Ausgebeuteten über 60 Millionen Mark eingekommen. Das ist aber erst ein Anfang. Die Arbeiterschaft Westeuropas hat Rußland noch immer nicht einen vollen Arbeitstag gegeben, und die Arbeiterschaft Westeuropas hat noch nichts Entscheidendes zur politischen Anerkennung der Sowjetregierung und zur Erringung wirtschaftlicher Hilfe ihrer Regierungen für Rußland zustande gebracht. Die neuerliche Friedensbereitschaftserklärung der Sowjetregierung muß auch für die Zögernden ein Ansporn werden, von den Regierungen mit aller Macht zu verlangen:

die sofortige Anerkennung der russischen Regierung mit Verzicht auf jede offene und versteckte Angriffsabsicht! Sofortige und ausreichende Kreditgewährung für das russische Hungerhilfswerk!

Der Winter ist da. Jeder versäumte Tag gefährdet tausende Menschenleben.

Einigkeit und Uneinigkeit der Entente.

In Mitteleuropa und im Nahen Orient wanken wieder einmal die Grundsten der Weltordnung der Entente. Im Gebiet des alten Oesterreich-Ungarn, n Balkan und in Kleinasien Sturmzeichen. Kaum ist der eine Brand ɛlöscht, flammt ein anderer auf.

Karl Habsburg, den man gar nicht so ungern, wie man in Paris ıd London getan hat, wieder auf einem Thrönlein gesehen hätte, hat man ɔtun müssen. Die Einigkeit der Großen Entente hat damit das Erstarken ɛr Kleinen Entente verhindert. Die Einigkeit der Entente ist immer Trumpf, enn es gilt, ein gemeinsames Geschäft zu erledigen. Die Italiener, denen rankreich für die Unterstützung im oberschlesischen Handel und für seine eiteren Pläne im Mittelmeer — nicht zuletzt gegen England — entgegenɔmmen muß, und denen umgekehrt England Unterstützung für seine Abıichten schuldet, geben den Ausschlag, und angeblich Horthy-Ungarn zuliebe, ı Wirklichkeit aber, weil sie ein Erstarken des tschechoslowakisch-ugoslawischen Korridorgedankens, der Italiens lebendigste Interessen an der ıdria gefährdet, befürchten mußten, verhinderten sie die militärische Aktion ıer Kleinen Entente gegen Ungarn und erzwangen die Demobilisierung der ɔschechen und der Jugoslawen.

Die jüngsten Kriegsnachrichten aus Albanien zeigen, wie groß die Gefahr einer italienischen Auseinandersetzung mit Jugoslawien ıst, und wie nötig Italien dann Unterstützung in Budapest, und wie unnötig ıs ein mobilisiertes Jugoslawien hat.

Noch ernster aber als diese im Weltmaßstab gemessen noch immer ɛringfügigen Verwicklungen werden sich ergeben, wenn Frankreich durch ine günstige Lage in Washington ermutigt, den Vertrag Franklin Bouillons mit den Kemalisten nicht ändert oder zurückzieht. Das englische Außenamt ist über ihn in hellen Aufruhr geraten. Sein Organ der „Daily Telegraph" berichtet von englischen Vorstellungen in Paris, und begleitet sie mit ernsten Drohungen. Es will nicht dulden, daß die Bagdadlinie endgültig in türkisch-französische Hände übergeht. Es sieht seine Dardanellenstellung gefährdet und in der schwierigen Lage, in die es die Welle der islamitischen Erhebung vom Malaga bis Marokko versetzt, nicht nur seine Dardanellenstellung, seine ganze Stellung im Nahen Orient, in Nordafrika, am Kanal und damit weiterhin auch die stärkste Stellung des Imperiums, das Reich im Indischen Ozean. Die Londoner franzosenfreundliche Presse sucht einzulenken und geht sogar soweit, das Fallenlassen des griechischen Vasallen anzubieten, spricht von einer ungesunden griechischen Politik, will Kleinasien von den Griechen geräumt sehen, um so Frankreich die Möglichkeit zu nehmen, den Türken weitere Zugeständnisse zu machen. Eine Lösung dieses Konfliktes, sowie aller anderen, ist im imperialistischen System unmöglich. Ob seine Verkleisterung, und damit die Wiederherstellung der Entente zustande kommt, hängt ganz von den Ergebnissen der Washingtoner Konferenz und von der Kraft und Richtung ab, die die großislamitische Bewegung in der nächsten Zeit nehmen wird.

Der Vertrag mit den kaukasischen Sowjetrepubliken, den Kemal eben auch geschlossen hat, eröffnet den Imperialisten aller Lager trübe Aussichten.

Die Internationale

Jahrg. 3 Ausgegeben 1. Dezember 1921 Heft 17

Auf dem Wege der revolutionären Sammlung.

k. Berlin, den 24. November 1921.

Die Ereignisse dieser knappen vierzehn Tage werden in der Geschichte des Zeitraums von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution in Deutschland denkwürdig sein.

Damals, am 9. November 1921, am „3. Revolutionstag" mit Aufbietung aller Regiekräfte der vereinigten Rechts- und Linkssozialisten Nahme republikanische Prozessionen. Die breitesten Schichten stumpf unwillig abseits.

Gestern schon spontan aus den Arbeitermassen ganz Deutschlands eine Konferenz von Betriebsräten, aus eigenem Antrieb zusammengetreten.

Damals ein fast müheloses Kommando über die kleinbürgerlich-pazifistische Front zur Absperrung von den Kommunisten, gestern schon ein gewichtiger Durchbruch zur Isolierung der SPD.-Führung unmittelbar aus der Kraft des erwachten Proletariats heraus. Das sind die ersten Etappen dieser Entwicklung eines halben Monats.

„Es ist fast wie in den Tagen vor der Revolution im November 1918," sagen die Arbeiter da und dort in den Betrieben. Noch nicht ganz so, antwortet das nüchterne Urteil. Aber der Vergleich hat seinen guten Sinn.

Hat sich nicht der Riese deutsches Proletariat immer noch, immer wieder nach allen Schlägen, nach all den Niederlagen machtvoll erhoben, wann immer einer neue Gefahr ihn aus dem dumpfen Dahinleben aufschreckte, wenn sie nur handgreiflich genug war, daß er sie — erkannte?! So war es im Kapp-Putsch, so erst wieder beim Erzbergermord und so ist es auch jetzt wieder. Diesmal droht nicht mehr der offene Ueberfall brutaler Gewalt, diesmal kommt die Konterrevolution höflich, in aller Gesetzlichkeit, freilich, der nackte Hunger begleitet sie. Und der Hunger verrät sie dem Proletariat, er ist gieriger und darum deutlicher als je zuvor.

Mag sein, es ist jetzt dennoch in den Massen noch nicht ganz so weit, wie „damals vor dem November", als es um Brot und Frieden ging. Aber weiter, als am letzten Revolutionstag noch vor 14 Tagen. Der Riese hat sich gereckt, das war zu hören und zu sehen und es ist gehört und gesehen worden. Bürger und Kleinbürger sind alarmiert, Bürger und Kleinbürger schlagen selber Alarm. Ueberall im Reiche lassen sie die große Alarmglocke der Bolschewistenhetze läuten, über Berlin ist schon der kleine Belagerungszustand verhängt.

Die Ereignisse der letzten 14 Tage reden deutlich für jedermann. Noch am 9. in Berlin hunderte Betriebsräte nach dem Schiedsspruch im Gastwirtsgehilfenstreik gemaßregelt; tausende ihrer Arbeitskameraden nach dem gleichen sauberen Schiedsspruch, — einem von vielen —, aufs Pflaster geworfen; aufgesessen, — wie immer —, der Gewerkschaftsführung; im Stich gelassen, — wie überall —, von den Arbeitsbrüdern. Zu Tausenden noch gingen sie mit der Prozession zum Schloß, um Emil Barth zu hören, dem „Revolution keine Lohnbewegung ist". Zwar die großen Massen von früher folgen nicht mehr, aber sie stehen noch entweder teilnahmslos oder hilflos oder verbittert abseits.

Und noch am 10. November spielt Stinnes seinen größten Trumpf aus, er verlangt höflich und gesetzlich von der kleinbürgerlichen Puppenregierung nicht mehr und nicht weniger, als daß sie ihm die Staatsverwaltung und die Eisenbahn, daß sie ihm kurz den Staat auch als Privateigentum ausliefere, den Staat, den er längst dirigiert. Da beginnt die Umkehr.

Da hat der Riese doch etwas gemerkt. Zwei Tage später parieren sogar die Gewerkschaften mit ihren 10 Punkten, oder sie paradieren wenigstens. Denn mittlerweile hat nicht nur Stinnes sein Ultimatum gestellt, mittlerweile haben es da und dort auch schon die Arbeiter getan.

Der Dollar war gerade um den 9. herum auf 340 gesprungen, gute Zeiten für die Schieber in der Republik. Wie steht es aber mit den Arbeitern? Die Preise für alles und jedes nehmen den Wettlauf mit dem Dollarpreise auf. Die Reichsbank zahlt über 850 Mark für das Zwanzig-Mark-Goldstück. Im Frieden, da fast jeder Arbeiter noch wußte, wie ausgebeutet er sei, erhielt er ein bis zwei solcher Goldstücke in der Woche. Im heutigen Deutschland der „hohen Löhne", im Deutschland der „Konjunktur" verdient er den Friedenswochenlohn von 1 bis 2 Goldstücken von 1600 bis 1700 Mark — im ganzen Monat kaum. Das ist die deutsche Konjunktur, für die Kapitalisten, das ist die Weltlohndrückerei durch die deutschen Kulis. Die wertlosen Papierfetzen auf seine Hand aus der Notenpresse des Ebertstaates, das sind seine hohen Löhne, die man ihm nicht wird weiter zahlen „können". Denn der Profit dieser Scheinkonjunktur reicht allein nicht aus, um den Luxus der heimischen Bourgeoisie und die Reparation der Sieger zu zahlen, der deutsche Lohn muß immer weiter sinken, wenn die deutsche Ware auf dem Weltmarkt soll weiter verschleudert werden können. Und zu den direkten und indirekten Steuern, die die deutsche Revolutionsregierungen auf ihren Volksgenossen, den deutschen Arbeiter, schon gewälzt haben, hat das System des Nachkriegskapitalismus noch eine viel teuflischere Steuer hinzugefügt: Die automatische Lohnsteuer, die kontinuierlich aus dem Arbeiter gesogen wird dadurch, daß alle seine Lohnkämpfe, auch die siegreichen (und wie viele sind es?), zu kurz kommen vor der rasenden Entwertung, dem Sturz des deutschen Geldes, das er auf die Hand erhält, wenn es immer schon wieder weniger wert ist, als in der Stunde vorher.

Gerade um den 9. November herum näherte man sich einer unteren Grenze der in der Weltgeschichte unvergleichlichen Geduld des deutschen Arbeiters. Es rührt an die unterste Grenze des physisch möglichen, was von ihm verlangt wird. Herr Stinnes wußte, daß es höchste Zeit sei, einzugreifen und eine stärkere Position zu nehmen für die kommenden Kämpfe des Erwachens der deutschen Arbeiterschaft. Jedoch sein Ueberrumpelungsversuch schlug fehl. Er alarmierte vielmehr. Es ist klar, was jetzt kommen muß.

Vorläufig ein Streik nach dem anderen. Ueber die Köpfe der ge-chten „Tarif"hüter hinweg. Obwohl es keinen Arbeiter mehr gibt, r nach so viel bitterer Erfahrung vor der Gefahr des vereinzelten eschlagenwerdens nicht zurückschreckte.

Am 12. sind in Berlin 10 000 städtische Arbeiter gegen den ozialistischen Magistrat", wegen einer Verweigerung der Wirtschafts-ihilfe im Streik. Weitere 40 000 stimmen ab. Man versucht zu ver-itteln. 30 000 gegen 10 000 lehnen die „Vermittlung" ab. Sie sagen ch, daß sie lieber verzichten auf die sozialistische Gemeinde, die sie rhungern läßt im kapitalistischen Staat, in dem sich die Wucherer id Schieber weiter mästen. Dazu andere „wilde" Streiks in Berlin. iesenstreiks im Reiche. Ueber 70 000 Metallarbeiter in Düsseldorf, Verftarbeiter in Kiel, Streik in Dortmund, Streik in Pommern, Streik berall. . . . Dabei bleibt es aber nicht. Am 15. November reißt auch en Arbeitslosen die Geduld. Mag sein, daß der erste Stein on Provokateuren flog, der größte Provokateur von allen, as ist die Verzweiflung der Hungrigen. Zwei Tage später rfährt das deutsche Proletariat, daß über 100 Opfer der lassenjustiz im Lichtenburger Kerker seit 5 Tagen in Hungerstreik tehen und frei sein wollen oder tot. Brot und Freiheit, ist zur Parole er deutschen Arbeiter geworden, Brot für alle Hungrigen, Freiheit für lle Gefangenen.

Es ist klar, in solchen Tagen erwachen die schläfrigsten Massen. Und die Versammlung der Betriebsräte gestern in Berlin zeigt, wohin ie drängen. Das ist dann das, was die Antibolschewistische Liga von adbruch bis Ludendorff „kommunistische Mache" nennt. Die Opfer er Klassenjustiz, die dabei auf der Strecke bleiben, das sind bestenfalls eroische Toren, wenn sie noch die Kraft und Gelegenheit haben, das ewissen der Mitwelt durch eine übermenschliche Anstrengung auf-zurühren, wenn sie nicht vorher mit den tausenden Unbekannten um ie Ecke gehen. Die um den Noskephilosophen Radbruch herum, der das Letzte vertan hat für seinesgleichen, was noch zu vertun war, sind am giftigsten in ihrer „Empörung". Sie wissen warum.

Denn was sich jetzt anbahnt, das ist die Entwicklung der deutschen Revolution weg von den Einkreisungserfolgen gegen den Kommunismus zur Einigung der revolutionären Arbeiterschaft.

Der Anfang ist gemacht. Nichts bezeichnender dafür, wie die Haltung der schwankenden Unabhängigen. Von den Erklärungen zum 9. November bis zur Verhandlung mit der Kommunistischen Partei ist ein sehr weiter Weg und kein leichter für die Partei, die noch vor 14 Tagen keine Feindin der Wirthregierung war. Die Arbeiter haben besonders seit Görlitz nicht den geringsten Zweifel gelassen, wie sie darüber denken, was jetzt geschieht ist ihre erste Genugtuung. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Dies war auszusprechen nicht im Triumph desjenigen, der „Recht behalten" hat, — ein Tropf, dem es jetzt um das „Recht behalten" geht —, aber weil jetzt alles davon abhängt, ob weiterhin rechtgehandelt wird. Es muß ausgesprochen werden, wo die Verantwortung liegt. Wie immer die Unabhängige Partei politisch gestanden haben mag, klar ist, in den kommenden, nächsten Kämpfen gibt es ohne dir Arbeiter der USP. keine revolutionäre Kampfmehrheit, keine in der eignen Klasse, keine daher gegen die bürgerliche Klasse, keine in den Gewerkschaften, keine gegen die Koalitionsregierung.

Die jüngste Betriebsrätekonferenz fordert einen allgemeinen deutschen Betriebsrätekongreß. Der Block der revolutionären Delegierten kann ihn und wird ihn beherrschen, wenn er der Stimme der Arbeiterschaft folgt, die von ihm fordert, daß er das Parteigezänk begräbt. Es kann der Konterrevolution bis dahin geglückt sein, den Hungerstreik von Lichtenburg und Tegel, von Naugard und Wittenberg zu vereiteln. Die große Hungererhebung der deutschen Arbeiterschaft wird sie nicht meistern können. Dazu hilft nur ein Mittel, und dies Mittel ist ihr versagt: Die unmenschlichen Lasten von der deutschen Arbeiterschaft abwälzen. Sie kann, sie wird sie sich nicht selber aufbürden. Der revolutionäre Betriebsrätekongreß hat das Wort: Die Forderungen sind Abwälzung der Lasten von den Arbeitern, Brot und Freiheit.

Das Ergebnis des Zentralausschusses.

Von Ernst Friesland.

Seit Monaten befindet sich die deutsche Arbeiterbewegung in einer schweren Krisis. Diskussionen und Differenzen über die einzuschlagende Taktik gibt es nicht nur in der KPD., sondern auch in der USP. und SPD. Ja, es ist bezeichnend für die schwere Erschütterung, die durch die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung hindurchgeht, daß die Auswirkungen dieser Meinungsverschiedenheiten sich auch in den bürgerlichen Parteien bemerkbar machen, die zum Teil noch über vereinzelte Schichten von Proletariern und radikalisierten Kleinbürgern verfügen. Die Persönlichkeit Wirths ist in ihrer Art als ein Symptom der zunehmenden Zersetzung auch dieser Schichten zu bewerten.

Worin besteht die Krise? Sie besteht darin, daß der innere Widerspruch des bisherigen Ergebnisses der sogenannten deutschen Revolution immer klarer zutage tritt. Die kleinbürgerlich-demokratischen Methoden der Ebert-Republik haben bis zum heutigen Tage nicht ein einziges Problem, das in den stürmischen Novembertagen von 1918 aufgerollt wurde, gelöst. Nicht die bescheidenste „demokratische Forderung" hat durchgesetzt werden können. Immer unverhüllter zeigt sich auch vor den Augen derjenigen Volksschichten, die gläubig an ihren kleinbürgerlich-demokratischen Führern gehangen haben, die vollständige Unfähigkeit der ebertinischen Republik, die Forderungen der Massen zu befriedigen und ihnen sichere Garantien für eine wirklich demokratische freiheitliche Entwicklung und für die Eroberung des Sozialismus zu geben.

Die Ermordung Erzbergers war deswegen von so außerordentlich politischer Bedeutung, weil sie die noch rechtsstehenden Arbeitermassen aufrüttelte. Die Parteigenossen, die der Partei bei der sich damals entwickelnden Massenbewegung vorwarfen, daß sie sich ins Schlepptau der Menschewisten begebe, verkannten die Bedeutung des Momentes vollständig. Diese erste Massenbewegung fast des gesamten Proletariats, so primitiv sie in ihren Zielen und Ausdrucksformen sein mochte, sie förderte doch den Willen der breiten Schichten zum gemeinsamen Zusammenstehen gegen das Bürgertum. Bei der Stärke und Geschultheit der deutschen Arbeiterbewegung, die durch drei Jahre revolutionärer Erfahrungen und Mißerfolge gewitzigt ist, ist von vornherein klar, daß jeder wirklich gemeinsame Kampf der Arbeitermassen für noch so bescheidene Ziele revolutionäre Konsequenzen in sich birgt. Die starke Krise, die die Görlitzer Beschlüsse in der Sozialdemokratischen Partei auslösten, ist ja noch keineswegs beendet. Sie wäre nicht möglich gewesen, ohne den vorherigen scheinbaren Aufstieg der Arbeiterbewegung zum gemein-

...men Abwehrkampfe gegen die reaktionären Kräfte der bürgerlichen Republik.

Gerade weil das Bedürfnis nach Zusammenschluß bei allen Arbeitern durch die politische Entwicklung zu einem natürlichen und spontanen Bedürfnis geworden ist, gerade weil überall, zum Teil gegen den Willen der Führer, die Arbeiterschaft sich zu gemeinsamen Aktionen und zu gemeinsamen Kämpfen zusammenschließt, und weil bei diesem Zusammenschluß der Wille zum Handeln im Mittelpunkt steht, konnten und können wir Kommunisten an dieser Erscheinung nicht achtlos vorübergehen. Das Zentralproblem der deutschen Arbeiterbewegung ist heute die Koalitionspolitik der SPD. geworden. Es gibt fast keine Gegenwartsforderungen, über die die Arbeiter untereinander sich nicht einig sind, für die es nicht möglich wäre, eine gemeinsame Plattform für gemeinsame Bewegungen zu finden. Und es gibt ebenso fast keine Forderung, bei der der gemeinsame Kampf nicht an der Koalitionspolitik der SPD. scheiterte. Die Sozialdemokratie mit ihrem starken Einfluß innerhalb der Gewerkschaften erweist sich mehr denn je als die letzte Stütze der bürgerlichen Herrschaft auch in den Augen der Arbeitermassen selbst. Und das Entscheidende ist, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an den Konsequenzen der Politik ihrer Partei jetzt selber anfangen, irre zu werden, und daß die Krise, die diese Arbeitermassen langsam, aber sicher erfaßt, zu einer entscheidenden Wendung der gesamten Arbeiterbewegung werden muß.

Die Politik der Kommunistischen Partei, sowohl die der Zentrale wie die der einzelnen Organisationen, muß auf diese Tatsache eingestellt sein. Und der Zentralausschuß hat durch seine Beschlüsse, in denen er das bisherige Verhalten der Partei billigte, deutlich gezeigt, daß er die gegenwärtigen Aufgaben unserer Partei richtig verstanden hat. Wir stehen vor und in einer Krise, die durch zunehmende Teuerung, durch zunehmende Verelendung der Arbeitermassen, durch zunehmende innerpolitische Schwierigkeiten verschärft werden wird, die den Abmarsch der Arbeiter nach links wie selten begünstigt. In dieser Situation heißt es für die Partei, eine geduldige, zähe und beharrliche Arbeit zu leisten, durch tagtägliche Teilnahme an den Kämpfen des Proletariats das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben und die ganze Taktik und Politik der Partei darauf einzustellen, daß möglichst die geschlossene Kraft der Arbeiterschaft zu einem geschlossenen Angriff gegen das Bürgertum angesetzt werden kann.

Diese Taktik der Partei bedeutet zweifellos einen Bruch mit manchen Vorstellungen, die hier und da noch propagiert werden, sie hat zur Voraussetzung, daß auch unsere Organisationen über manche Mängel, die ihnen augenblicklich noch anhaften, in der praktischen politischen Arbeit hinwegkommen. Noch herrscht an vielen Stellen ein zu engherziger, zu fanatischer Geist. An vielen Stellen begreifen unsere Genossen noch nicht, daß es nicht unsere Aufgabe ist, uns überheblich als „Vorhut" des Proletariats zu fühlen, die es nicht nötig hat, ihre Tore für die Arbeitermassen zu öffnen, die, von der reformistischen Politik der Sozialdemokratie enttäuscht, jetzt zu uns zu kommen bereit sind. Oft genug herrscht noch eine falsche Vorstellung über eine angeblich mögliche Aktivität der Partei, die darin bestehen soll, daß sie in jedem Moment, ob es paßt oder nicht, andere „Parolen" herausgeben muß als die „menschewistischen" Parteien. Noch herrscht bei vielen Genossen die Vorstellung, unsere Partei, sei es die Zentrale, seien es die einzelnen Bezirksorganisationen, könnte künstlich, ohne Berücksichtigung der wirklichen Stimmung und der Kampfbereitschaft der Massen, ohne Abwarten auf die Entwicklung, die naturgemäß in unserem Sinne gehen muß und geht, von sich aus, durch ihr Eingreifen Bewegungen entfesseln. Oder etwa die Partei sei verantwortlich dafür, daß diese oder jene Bewegung nicht zur Entfaltung kommt, nicht weiter getrieben wird. Hand in Hand damit geht hier und dort noch eine falsche und primitive Auffassung von Zentralisation, ein Mangel an politischer Initiative und lebendiger Anpassung an die örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Bezirken. Wenn sich auch unsere Parteipresse seit dem Jenaer Parteitag merklich gebessert hat, so herrscht doch noch viel zu viel Offiziösentum, Angst vor politischer Aussprache und Debatte. Nur wenn die Partei bis zur letzten Organisation vom eigenen politischen Leben

erfüllt wird, wenn die Kämpfe der Partei und die Maßnahmen, mit denen sie auf die Zusammenfassung der Kämpfe der Arbeiterschaft hinarbeitet, aus der intensiven Anteilnahme unserer eigenen Organisationen hervorwachsen, und wenn unsere Organisationen dabei mit den Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft aufs innigste verwachsen sind, werden wir zu jener Zentralisation kommen, die von unten her alle Kräfte zusammenzufassen versteht, die zurückhält, wenn der Zeitpunkt noch nicht gegeben ist, und die vorstößt, wenn die Kräfte gesammelt sind. Die geistige Beweglichkeit innerhalb unserer Organisation darf dabei nicht in der primitiven und sehr billigen Menschewistenriecherei bestehen, die auf dem Zentralausschuß leider noch durch die Resolution der Berliner Delegierten vertreten wurde, die bei der Frage der Goldwerterfassung folgende unklare Formulierung vorlegten:

„Konfiskation des Besitzes (Erfassung der Gold- und Sachwerte) durch die Arbeiterschaft und ihre Organe mindestens in einem Umfange, der die Reparationslasten auf die Besitzenden legt."

und die dann zu dieser Formulierung folgende charakteristische Präzisierung gaben:

„Die Forderung 4 ist eine Präzisierung der verwaschenen, von SPD. und USPD. als Täuschungsparole ausgegebenen Parole der Erfassung der Goldwerte. Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, diese Parole der Arbeiterschaft so zu bieten, daß breite Massen für sie in den Kampf zu gehen bereit sein werden. Deshalb ist eine staatskapitalistische Formulierung abzulehnen. Es ist in diesem Moment nicht Aufgabe der Kommunistischen Partei, sich auszumalen, was mit dem konfiszierten Besitz geschehen soll, wer ihn verwalten soll, wie „der Staat" ihn syndiziert, sondern es ist Hauptaufgabe der Kommunisten, breite Schichten der Arbeiterschaft in den Kampf um die Kontrolle der Produktion und die Konfiskation des Besitzes durch Organe der Arbeiterschaft zu bringen. Nur Menschewisten können eine solche Losung syndikalistisch nennen. Denn für die Kommunisten ist sie Nebel zu politischen Kämpfen, und kein Ziel."

Die eifrige Betonung, daß nur „Menschewisten" eine andere Meinung haben können als bestimmte bewährte und absolut zuverlässige Mitglieder der Kommunistischen Partei, hat den Zentralausschuß glücklicherweise nicht abgehalten, sich auch „ins Lager der Menschewisten" zu begeben. Der Zentralausschuß hat dadurch in der entscheidendsten politischen Frage mit erfreulicher Entschiedenheit den Weg geebnet, auf dem die Partei in der Lage sein wird, unter wirklicher Anwendung der Beschlüsse des III. Weltkongresses auf die deutschen Verhältnisse den Weg für die revolutionäre Sammlung der Arbeitermassen freizumachen.

Schon die letzten Tage haben bewiesen, daß dieser Weg der Partei seit Jena der richtige ist. Die Isolierung der Kommunisten wird von Tag zu Tag unhaltbarer. Das Bündnis zwischen der SPD. und der USPD. bricht an seinen inneren Widersprüchen auseinander. Die Parteibürokratie der SPD. muß zu den verzweifeltsten Mitteln greifen, um die rebellischen Mitglieder bei der Stange zu halten. Aber kein Geschrei über angebliche Putsche, die die KPD. inszenieren will, keine noch so demagogischen Beschwörungen und „Enthüllungen" werden das schwindende Vertrauen für die Stinnes-Sozialisten erhalten können. Die Massen sind im Fluß. Ihre Sammlung vollzieht sich unaufhaltsam. Sie vollzieht sich im Kampfe gegen das Bürgertum, sie vollzieht sich unter dem Banner des Klassenkampfes. Schon die nächsten Wochen werden die schwere Erschütterung der Koalitionsregierung zeigen. Diese Erschütterung wird um so tiefer und erfolgreicher sein, je mehr die Kommunistische Partei ruhig und sicher, ohne Voreiligkeit den Weg weiter geht, den sie seit Jena beschritten hat und den der Zentralausschuß mit erfreulicher Majorität gebilligt hat.

Washington.

I. Die Neugruppierung der Mächte.

K. M. Die europäische Politik schweigt, ihrer Nichtigkeit plötzlich bewußt, alle Augen starren nach Washington: Hoffnungen und Träume der drei Spitzenmächte (Amerika, England, Japan) sollen dort in Erfüllung gehen oder niedersinken. Die Unterdrückten Asiens (China, Indien) hoffen auf Lockerung ihrer drückenden Fesseln. Europa ist skeptisch. Es kennt solche Konferenzen.

Das ostasiatische Problem, d. h. die Aufschließung Chinas und Ostsibiriens, ist der Hauptpunkt der Washington-Konferenz. Denn es entscheidet über die Entwicklungsmöglichkeiten der drei großen Rivalen.

Die überragende Bedeutung Chinas gegenüber anderen, ähnlich großen Gebieten in Afrika, Australien und Amerika beruht nicht allein auf seinem natürlichen Reichtum, sondern hauptsächlich auf seiner Bevölkerung: sie umfaßt ziffernmäßig ein Drittel der Weltbevölkerung und ist durch eine tausendjährige Kultur zur Arbeit diszipliniert. Diese Bevölkerung macht nicht nur China, sondern auch das benachbarte Ostsibirien zum Land der Zukunft, weil dorthin der Ueberschuß dauernd abströmt. Denn die Einspannung dieser vorkapitalistisch hochentwickelten, genügsamen und politisch unreifen Arbeitermassen in den kapitalistischen Produktionsprozeß, eröffnet dem Kapital einzigartige Ausbeutungsmöglichkeiten, um so mehr, als durch die Weltkrise und die Zerrüttung Europas durch den Krieg eine neue Ausbeutungssphäre notwendig wird. Infolge der politischen Zerrüttung und Wehrlosigkeit steht China allen Eingriffen der Mächte offen. Die chinesische Zentralgewalt besteht nur dem Namen nach, die tatsächliche Gewalt liegt in den Händen der Tuchune, der kommandierenden Generäle in den Provinzen. Die Finanzen sind zerrüttet. Die Regierung ist jedem ausgeliefert, der ihr Geld zu geben vermag oder über die gnügenden Mittel zur Bestechung der schlechtbesoldeten Beamten verfügt. Bei den Tuchunen ist es nicht anders. Japan besticht die Tuchune, Amerika finanziert das Parlament, England vorzugsweise die Regierung.

Japan, der einzige zum kapitalistisch-imperialistischen Machtfaktor entwickelte Staat des Ostens, hat in dem benachbarten China den größten Einfluß. Schon vor dem Weltkriege waren Korea, Formosa, Mandschurei und Liautung zu seiner Einflußsphäre geworden. Der Weltkrieg brachte eine neue Etappe japanischer Expansion. Im Jahre 1916 erzwang Japan den Vertrag der 21 Punkte, der ihm China wirtschaftlich und politisch auslieferte. Nach dem Brest-Litowsker Vertrag bei Gelegenheit der japanisch-amerikanischen Expedition zwecks Rückführung der Tschechoslowaken aus Rußland, zwang Japan China zu einem Militärabkommen, das seine militärische Herrschaft sicherstellte. Ferner gewann Japan bei dieser Gelegenheit die Vorhand auch in den chinesischen Außenländern. Auf der Pariser Konferenz schließlich ermächtigten die weißen Mächte Japan zur Besetzung Schantungs. Damit hatte aJpan im Jahre 1919 China völlig in der Hand. Gleichzeitig aber war der Höhepunkt der japanischen Expansion auf dem Kontinent erreicht. Denn nach dem Kriege hörte mit der Rückkehr der weißen Interessenten für Japan die Periode des selbstherrlichen Bestimmens auf. Der militärische Rückschlag der Koltschak-Expedition schwächte Japans Position in China deshalb so sehr, weil gleichzeitig der Einfluß der anderen Mächte bereits zur Geltung kam: es erfolgte die Veröffentlichung des Militärabkommens durch die Zentralregierung. Japan, das sich bisher auf die Regierung gestützt hatte, suchte ein anderes Instrument, die reaktionäre Anfu-Partei. Sie wurde vor Jahresfrist

Amerika mit seiner gewaltigen Wirtschaft, seinen gesunden Finanzen, seiner geschlossenen demokratischen Ideologie ist die erste Weltmacht, stark

geschlagen. Trotz dieser Mißerfolge hat Japan auch heute noch den bei weitem stärksten Einfluß auf China. Es stützt sich auf die verschiedenen Tuchune, vor allem auf Tang Tscho Lin, den Beherrscher der Außenhändler (Mandschurei, Tibet, zeitweise Mongolei), der durch seine Armee auch Peking in der Hand hat.

Amerika, das durch seine Handelsinteressen schon vor dem Krieg mit dem chinesischen Markt in Verbindung getreten war, geht heute in der großzügigsten Weise an die Durchdringung Chinas heran. Der erste Schritt ist die gegen die älteren Rechte der anderen Interessenten durchgesetzte Konzession für drahtlose Stationen. Unter der Flagge der „offenen Tür" bekämpft Amerika die bereits territorial erstarrten Interessensphären der anderen Mächte insbesondere Japans. Gleichzeitig erringt es die Sympathien Chinas, indem es der chinesischen Regierung gegen Japan und durch Unterstützung des parlamentarischen Systems auch gegen die Tuchunen den Rücken stärkt. Wirtschaftlich bringt Amerika den Chinesen Kapitaleinfuhr größten Stils, statt japanischer kleinlicher Krämerwirtschaft, die die chinesische aufsteigende Schuld nicht befriedigen kann. Ein großzügiges Vordringen Amerikas ist natürlich nur möglich, wenn die japanischen Sonderverträge revidiert werden.

England, das die ältesten Interessen in China hat, macht schon vor der Konferenz, trotz des Bündnisvertrages mit Japan, Geschäfte auf beiden Seiten. Eine aktive Rolle spielt es nicht. Auch im Finanzkonsortium, das sich im Anschluß an die Pariser Konferenz zur Finanzierung der chinesichen Regierung gebildet hat, ist es im Schlepptau der Vereinigten Staaten, ebenso wie die anderen Teilnehmer, Frankreich und Belgien.

Bei der Wichtigkeit der Frage „Ostasien" ist eine örtliche Eingrenzung des Problems undenkbar. Die zunächst beteiligten Großmächte (Japan und Amerika) werfen ihr ganzes Schwergewicht in die Wagschale, um eine Lösung in ihrem Sinne zu erzwingen. Dadurch werden aber auch die anderen Mächte, England voran, mit hineingerissen. Das ostasiatische Problem wird zur Weltfrage. (Die Bezeichnung „pazifisches Problem" ist insofern zu eng, als die Frage weit über diesen Rahmen hinausgeht und mit dieser Bezeichnung eigentlich nur das Konfliktsfeld angedeutet wird.)

Das kleine Inselreich Japan stellt heute einen politischen Machtfaktor ersten Ranges dar. Denn es hat sich in den letzten zwei Generationen wirtschaftlich außerordentlich entwickelt und verfügt wegen seiner ungebrochenen feudalen Ideologie über eine einzigartige politische Stoßkraft. Die politische Macht ist in der Hand der feudalen Militärkaste, die wirtschaftliche in der des aufstrebenden Bürgertums. Bei seinen Expansionen tritt dieses Zwitterwesen Japans in die Erscheinung: nicht Erhöhung des Profits, sondern Erweiterung der militärischen Macht scheint der Zweck zu sein. Dadurch wird Japan zum Urbild des „Militarismus". Korea, die Küstenpunkte in Sibirien und am Gelben Meer, die südmanschurische Bahn sind strategische Sicherungen für die japanischen Inseln. Darüber hinaus aber sind die chinesischen Gebiete die Basis der japanischen Kriegswirtschaft: Mandschurei, Korea und Hinterländer für Lebensmittel, Schantung, Nangking, Hankau für Eisen, Mukden, Wladiwostok, Olgabay, Sachalin für Kohle, Südchina und Nord-Sachalin für Oel. Jedes Aufgeben bereits errungener Positionen bedeutet für Japan außer der wirtschaftlichen Benachteiligung strategische Beeinträchtigung und Verletzung der „Ehre". Die Krise, die in Japan zuerst eingesetzt hat und die der Staat durch Rüstungsaufträge und andere Subventionen vergeblich abzumildern sucht, hat naturgemäß die gereizte Stimmung in Japan wesentlich verschärft. Das Vordringen Amerikas in China, das nur auf Kosten Japans möglich ist, hat den alten Gegensatz zwischen Japan und Amerika gesteigert. Dazu kommt, daß die durch die Krise wieder verschärfte Auswanderungstendenz nach weißen Ländern (China kommt wegen der chinesischen Genügsamkeit für japanische Arbeiter nicht in Frage) auch diesen alten Gegensatz wieder aufbrechen läßt.

Dem überragenden Amerika ist Japan allein nicht gewachsen. Isoliert ist es verloren. Dazu ist die gesamte japanische Außenpolitik vom englisch-japanischen Bündnis beherrscht.

genug, um auf jedes Bündnis verzichten zu können. Sein Produktionsapparat ist ins Ungeheuerliche angewachsen und stellt alles je Dagewesene (England nicht ausgenommen) in den Schatten. Die Weltkrise mit ihrer Verengerung des Innenmarktes (ein Drittel der Arbeitslosen der Welt befindet sich in Nordamerika) drängt auf eine großzügige Erweiterung der Ausfuhrmöglichkeiten. Das überschüssige Kapital, das im Inland infolge der Krise keine Anlage findet, drängt zum Kapitalexport, der in Amerika eigentlich erst jetzt einsetzt. Beides ist nur möglich, wenn Amerika sich für eine aktive Außenpolitik entscheidet. U mdie bestehende Abneigung gegen außenpolitische Bindungen überhaupt zu überwinden, expandiert Harding unter Benutzung der Monroedoktrin zunächst nach Zentralamerika (Deckung des Panamakanals) und nach Südamerika, soweit ihm nicht die auf Europa gestützte antiamerikanische Einstellung der ABC-Staaten eine Grenze setzt. Europa kommt für die amerikanische Expansion erst in letzter Linie in Frage. Denn großzügige Kapitalausfuhr könnte bei der Kleinlichkeit der mitteleuropäischen Verhältnisse nur nach Rußland gehen. Rußlands Entwicklung zum Getreideexporteur wäre aber wohl für England, nicht aber für Amerika von Vorteil; denn Amerika hat weder an der Stärkung Englands, noch an der Schaffung einer Konkurrenz für seinen Getreideexport Interesse. Weder Südamerika noch Europa genügen den amerikanischen Bedürfnissen. Als großzügiges Ausbeutungsobjekt kommt nur China in Frage. Hier muß Amerika bestehende Vorrechte beiseite schieben; dazu dient die Parole der „offenen Tür".

Das Aufeinanderprallen der japanischen und amerikanischen Interessen zwingt England zu einer Aenderung seiner Stellungnahme zu Japan und Amerika. Das englisch-japanische Bündnis, das von England auf der Imperialkonferenz gegen den Willen der Dominions aufrechterhalten wurde, wird für England unmöglich, weil sein Weiterbestand eine sofortige Entscheidung in der Frage Japan-Amerika bedeuten würde. Diese Entscheidung ist für England unmöglich. Denn überall in seinem Imperium türmen sich Schwierigkeiten auf: die Streiks zerrütten seine wirtschaftliche und innerpolitische Machtstellung. Die Dominions sind durch die Zugeständnisse, die England um der Tagesaufgaben willen im Krieg hat machen müssen, so gut wie selbständig geworden. Englands Einfluß auf diese großen Gebiete ist dahin. Dazu kommen die Aufstände in den Kolonialgebieten Indien und Aegypten, die die Wurzel der englischen Weltmachtstellung bedrohen. Irlands Freiheitskampf endlich trifft England ins Mark. Wird England so schon im Uebermaß durch Reichsfragen gelähmt, so wird seine Kraft noch weiter geschwächt durch Einflüsse fremder Mächte, denen sich überall im Imperium Angriffsflächen bieten: Japan hat dadurch Führerrolle in der Befreiungsbewegung Asiens, Einfluß auf Indien und Vorderasien. Amerika übt eine starke Anziehungskraft auf die wirtschaftlich zu ihm strebenden Dominions. Amerika kann außerdem jederzeit 'die irische Bewegung unterstützen. Frankreich schließlich beeinflußt England über Vorderasien und Irland. Alle diese Eingriffsmöglichkeiten werden dadurch noch gefährlicher, daß innerhalb des Imperiums bereits Kräfte vorhanden sind, die imstande sind, eine selbständige Außenpolitik zu treiben die mit dem Reichsgedanken nichts mehr zu tun hat, (es wird sogar von der Existenz eines Seebündnisses Australien-Amerika gesprochen), und die sogar die Außenpolitik Englands entscheidend bestimmen. Die Dominions zwingen England zu einer Aufgabe der europäischen Engagements, wodurch eine starke französische Verstimmung hervorgerufen würde. Kanadas Einspruch gegen Englands Bündnis mit Japan machte die Imperialkonferenz zu einer Niederlage Englands und gab Amerika die Möglichkeit, die Führerrolle spielend zu übernehmen.

England ist heute in seinen außenpolitischen Entschlüssen nicht mehr frei. Die Gefahr des Zerfalls ist greifbar geworden. Sein Ziel muß sein, Zeit zu gewinnen, um seine eigene zerrüttete Wirtschaft wieder aufzubauen und seine erschütterte Machtstellung zu festigen. England hat daher im Augenblick ein Interesse daran, die Aufrollung wichtiger außenpolitischer Probleme zu vermeiden. Japan desgleichen, allerdings aus anderen Gründen. Es hat zu befürchten, daß es seine Kriegs-Errungenschaften heute bei einer Umgruppierung der Mächte verlieren könnte. Ganz anders Amerika, dessen

auswärtige Interessensphären seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht genügen und seiner politischen Vormachtsstellung nicht entsprechen. Bedrängt durch die Wirtschaftskrise wird es zum Handeln gezwungen. Es sieht den Ausweg in der Erschließung Chinas. Hier aber hat Japan feste Positionen, deren Beseitigung die Voraussetzung für ein erfolgreiches Eindringen Amerikas ist. Amerika stützt daher China. Japan aber stützt sich auf das Bündnis mit England. Es gilt also, Japan zu isolieren. Das kann Amerika erreichen, da die Dominions außer Australien gegen das Bündnis, und alle für eine Anlehnung an Amerika sind. England aber muß in seinem jetzigen Schwächezustand vermeiden bei der Verschärfung der amerikanisch-japanischen Gegensätze, die notwendigerweise durch Amerikas Vorgehen in China eintritt, in einen akuten Konflikt hineingerissen zu werden. England muß diesen Konflikt hinausschieben, denn er könnte nur auf Kosten Englands ausgetragen werden. England ist in der unangenehmen Lage, daß Japan, sein gegebenes Gegengewicht gegen Amerika, geschwächt wird, ohne daß es das verhindern könnte und daß zugleich das amerikanische Uebergewicht durch die Ausdehnung auf China weiter wächst. Es versucht jetzt durch eine Annäherung an Amerika, ohne Japan fallen zu lassen, eine Zwischenrolle in dem Konflikt einzunehmen. Damit hofft es, eine Beteiligung an Amerikas China-Geschäft und weiter eine Ablenkung amerikanischer Ansprüche auf anderen englischen Interessengebieten zu erreichen.

Japan hat in Washington nur zu verlieren.

Europa spielt in dieser Neugruppierung der Mächte eine untergeordnete Rolle. Frankreich hatte den Völkerbund als Beherrschungsmittel Europas benutzt und dort den politischen Rückhalt für seine europäische Säbelpolitik gefunden. Als im Sommer auf der Imperial-Konferenz die Dominions England zwangen, seine Europapolitik in den Hintergrund zu stellen, war Frankreich vorübergehend isoliert (in dieser Zeit erfolgte auch das Wiesbadener Abkommen). Die Wendung trat ein, als die Türken in Angora siegten. England mußte in der Oberschlesienfrage nachgeben. Umsomehr, als es versuchen mußte, Frankreich für die Washingtoner-Konferenz an sich zu ziehen. Auch zur Konferenz kam Briand noch mit großen Hoffnungen und wurde wie eine wichtige Persönlichkeit empfangen. Nachdem sich aber die Anlehnung Englands an Amerika vollzogen hatte, erfolgte eine weittragende Aenderung. Frankreich wurde von Amerika aufgegeben ebenso wie Japan von England. Frankreich sieht sich isoliert, aber seine jetzige Isolation ist insofern tiefgehender, als Amerika und England jetzt enger zusammenarbeiten. England hat damit Frankreich mehr in der Hand, zumal sich auch Italien immer stärker an England anlehnt. Somit ändert sich die Stellung Frankreichs zu Deutschland: Frankreich kann in Zukunft in Deutschland nur dann seine Ziele erreichen, wenn es den Engländern **starke** Konzessionen im Orient macht. Diese sind natürlich für England wichtiger als ein Wiederhochkommen Deutschlands. (Deshalb ist wohl auch Stinnes so schnell aus England zurückgekommen.)

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die in Washington erfolgte Umgruppierung der Weltmächte, das Zusammengehen Englands mit Nordamerika, eine vorübergehende Ueberbrückung der Gegensätze bedeutet. Denn dieses Zusammengehen der Angelsachsen hat zur Folge ein Abrücken Englands von Japan und Amerikas von Frankreich. Dadurch werden die Militaristen Ostasiens und Europas isoliert. Allein aber müssen sie versuchen, den Konflikt zu vermeiden. Tatsächlich steigern sich damit aber nur die Gegensätze, vor allen Dingen der Gegensatz der ungeschwächten Staaten: Japan, Amerika. Was kann nun Japan tun? Es wird versuchen, die Konflikte vorzubereiten und das sieht nicht nach „Abrüstung" aus.

Washington kann den Austrag der Konflikte höchstens hinauszögern, die Steigerung der imperialistischen Gegensätze aber nicht unterbinden. Diese Hinauszögerung ist aber heute bereits erheblich bestimmt durch die Furcht des Bürgertums vor einem weiteren Anwachsen der proletarischen Macht im Falle eines Konflikts. Die Steigerung der imperialistischen Gegensätze und ihr Austrag ist unvermeidlich, es sei denn, daß sich die Machtverhältnisse nachhaltig zugunsten des Proletariats verschieben.

(Fortetzung folgt.)

Die Tätigkeit des internationalen Proletariats in der Hilfsaktion.

Von Willy Münzenberg, Sekretär des Auslandshilfskomitees.

I.

1. Zu der proletarischen Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland haben sich sämtliche Arbeiterorganisationen und Parteien mit Ausnahme der kleinen, verkümmerten Gruppen der KAPD. in allen Ländern bekannt. Aber in der für die Hilfsaktion aufgebrachten Energie differenzieren die Parteien und Organisationen ganz bedeutend. Die Art und Stärke der Teilnahme an der Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland erwies sich als ein neuer Prüfstein für die internationale Solidarität und den revolutionären internationalen Ideengehalt der einzelnen Parteien und Organisationen.

Eingeleitet wurde die große proletarische Hilfsaktion für die hungernden Brüder in den verbrannten russischen Steppen der Wolgagebiete elementar durch breite Schichten Fabrikarbeiter in den mitteleuropäischen Ländern. Schon Ende Juli 1921, als die ersten dürftigen Nachrichten über die drohende Hungersnot nach Westeuropa drangen, lösten sie in Oesterreich, in der Schweiz und einzelnen deutschen Gebieten spontane Solidaritätskundgebungen unter den Arbeitern aus. Die Belegschaften einzelner Fabriken beschlossen von sich aus — ohne Aufforderung durch Partei oder Gewerkschaftszentralen — Sammlungen für die Hungernden einzuleiten, opferten den Verdienst mehrerer Arbeitsstunden bis zu einem Tagelohne, spendeten Kleider, Schuhe, Werkzeuge. Und das, trotzdem ihre eigene wirtschaftliche Lage durch den Krieg, die Nachkriegsjahre, durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in den valutastarken Ländern und eine wahnsinnige Preissteigerung in den valutaarmen Ländern unerträglich verschlechtert hatte. Bei der Bewertung der von Arbeiterorganisationen aufgebrachten Mittel muß stets berücksichtigt werden, welche Schichten von Arbeitern die Aktion trugen und wie die betreffenden Gruppen selbst leben. Den hervorragendsten Anteil an dem Hungerhilfswerk der Arbeiter haben die kommunistisch Organisierten, die neben diesen Summen fast noch größere für die Opfer der revolutionären Bewegung im eigenen Lande, für die Rote Hilfe, für Zehntausende von verhafteten und eingekerkerten Genossen aufzubringen hatten. Die Kommunistische Partei Berlins, deren Mitglieder durch erhöhte Beiträge für Partei und Presse schon stark finanziell herangezogen worden, brachten außer dreihunderttausend Mark in barem Geld die gleich hohe Summe für Sachwerte auf und dazu noch eine halbe Million für die Rote Hilfe.

Unter dem Drucke der spontanen und elementaren Solidaritätskundgebungen begannen Ende Juli und Anfang August 1921 alle Parteien und Organisationen systematisch eine Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland zu organisieren.

2. Die 2., 2½ Internationale und ihre Parteien.

Die Kommunistische Internationale und Rote Gewerkschaftsinternationale hatten bereits Mitte Juli in Moskau die Einleitung einer großen internationalen proletarischen Hilfe für die Hungernden besprochen, eine eigene Kommission bestimmt, Richtlinien für die Aktion festgelegt, einen Aufruf an das gesamte internationale Proletariat angenommen usw. Leider wurden sowohl der Aufruf wie alle übrigen Beschlüsse der Kommunistischen Internationale erst gegen Mitte August außerhalb Rußlands bekannt.

Das Wiener Büro der zweieinhalb Internationale hatte am 25. Juli einen Aufruf erlassen, in dem es aufforderte, die Hilfsaktion für das durch Hunger

und Seuchen bedrohte Proletariat tatkräftig zu unterstützen, gleichzeitig erneut aber seine politische und taktische Gegnerschaft zu dem heutigen Regierungssystem in Rußland und zur Kommunistischen Partei Rußlands hervorhob.

Kurz darauf, am 27. Juli, erschien in der Berliner „Freiheit" ein Aufruf des Zentralkomitees der Unabhängigen Partei Deutschlands, der in warmer Weise zu einer tatkräftigen Hilfe für die Hungernden in Rußland aufforderte. Es heißt da: „Jetzt und hier gilt nicht die Frage nach dem politischen System von Sowjet-Rußland, gilt nicht die Kritik an Handlungen und Unterlassungen der Sowjet-Regierung. — In Stadt und Land, in jeder Arbeitsstätte muß der Werktätige sich selbst für das russische Proletariat einsetzen. Ein Arbeitstag im Monat für das russische Volk. — Anzustreben ist eine gemeinschaftliche Aktion aller sozialistischen Parteien und Gewerkschaften."

Der Aufruf wurde unterstrichen durch Aufrufe ähnlichen Inhalts in der „Freiheit" von den Auslandsvertretungen der linken Sozial-Revolutionäre und der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, das aufforderte, „unverzüglich ein Arbeiterkomitee aus Vertretern aller Richtungen zu bilden". Gleichzeitig wandte sich die „Freiheit" gegen die SPD., die einen Antrag der KPD. auf eine gemeinschaftliche Aktion abgelehnt hatte: „Es kann sich jetzt nicht darum handeln, irgendwelche aus parteiegoistischen Motiven geborene Sonderaktionen zu unterstützen, sondern das gesamte Proletariat muß zusammentreten, um den hungernden Arbeitern und Bauern in Rußland schnelle Hilfe zu bringen."

In einer Sitzung des Zentralkomitees der Unabhängigen Partei Deutschlands am 12. August mit dem Vertreter des Auslandskomitees erklärte sich das Komitee aufs neue bereit, ein gemeinschaftliches Komitee mit der SPD., KPD. und den Gewerkschaften zu bilden und eines seiner Mitglieder, Dr. Kurt Rosenfeld, begab sich gemeinsam mit dem Vertreter des Auslandskomitees zu dem Deutschen Gewerkschaftsbund, um diesen zur Teilnahme an dem gemeinsamen Komitee zu gewinnen.

Einen Tag später begann in Berlin die internationale Gewerkschafts-Konferenz wegen der Hilfsaktion und tags darauf erklärte das unabhängige Zentralkomitee, jetzt auf jede eigene Sammlung und Tätigkeit in der Hilfsaktion zu verzichten, lehnte ebenfalls die Bildung eines Komitees aus Vertretern aller Parteien und der Gewerkschaften ab und erklärte sich nur noch bereit, die Sammlungen des Gewerkschaftsbundes zu unterstützen. Die USPD. war wieder einmal gründlich umgefallen.

Dann freilich hat sie Wort gehalten. Sie hat keine Tätigkeit in der Hilfsaktion entwickelt, der Aufruf vom 27. Juli wurde rasch vergessen, kein Mensch dachte mehr daran, für Abführung eines Tagelohnes einzutreten, und als von kommunistischer Seite fortgefahren wurde, die ersten Anregungen der USPD. betr. Gründung eines gemeinschaftlichen Komitees zu propagieren, zeterte die „Freiheit" gegen die Parteiegoisten und Aktionszersplitterer.

Weder in der Presse, noch durch Versammlungen, noch durch irgendwelche Veranstaltung hat die USP. später etwas für die Hilfsaktion getan. Im Gegenteil. Sie hat wiederholt in der „Freiheit" die gehässigsten Ausfälle gegen Sowjet-Rußland, seine Regierung und gegen das Hilfswerk der Arbeiterhilfskomitees gebracht.

Aehnlich verhielt sich die ebenfalls Wien angeschlossene schweizerische Sozialdemokratie, während die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs in den letzten Juli- und ersten Augustwochen eine ernstere Sammeltätigkeit entfaltete.

Die übrigen schwächeren Parteien der Wiener Internationale, die französische Gruppe, die Splitter in den Randstaaten usw. begnügten sich durchweg mit einer Zustimmung zu der gewerkschaftlichen Aktion.

Das Büro der Wiener internationalen Arbeitsgemeinschaft, das seither wiederholt zusammen war, hat nie mehr etwas über die Hungerhilfsaktion verlauten lassen.

Das Londoner Büro der Zweiten Internationale wandte sich Ende August mit einem Aufruf an alle Arbeiterparteien, „ganz gleich, welches ihre Orien-

lierung sein möge, ihr möglichstes zu tun, um die Not, welche das russische Volk — insbesondere die Frauen und Kinder — während des kommenden Winters wird leiden müssen, zu lindern".

Der Aufruf ist von den, der Zweiten Internationale angeschlossenen Parteien wenig befolgt worden. Die SPD. und Labour Party, die eigentlichen Stützen der zweiten Internationale, haben als Partei gar nichts getan, sondern wie die USP. sich der gewerkschaftlichen Aktion „angeschlossen". Der „Vorwärts" hat fortgesetzt gegen Sowjet-Rußland gehetzt. In der Tschechoslowakei hat die Sozialdemokratische Partei Vertreter in ein gemeinschaftliches Komitee geschickt, das bis Mitte September fast 3 Millionen Kronen gesammelt hatte und sich spaltete, weil die sozialdemokratische Mehrheit die Gelder nach Amsterdam senden wollte. In einzelnen Ländern, z. B. in Bulgarien, hat die Sozialdemokratie offen gegen die Hilfsaktion Stellung genommen, in den meisten Ländern aber durch platonische Liebeserklärungen die Sammlungen der Gewerkschaftsinternationale unterstützt. Eigene Sammlungen und eine besondere agitatorische und sonstige Tätigkeit für die Hilfsaktion wurde in keinem Lande von der Sozialdemokratie durchgeführt.

3. Die Aktionen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatte auf den 13. und 14. August nach Berlin eine internationale Konferenz einberufen, um zu der russischen Hungersnot Stellung zu nehmen. Die Konferenz beschloß, alle Gewerkschaften zu einer großen Hilfsaktion aufzufordern, bewilligte sofort eine Million Mark und gab den Auftrag, sofort eine erste Expedition auszurüsten. Gleichzeitig wurden die Landeszentralen verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zur unverzüglichen Hilfeleistung für das russische Volk zu bewegen. Die beschlossene Aktion wurde als ein „proletarisches Werk" bezeichnet, an dem die Arbeiter jeder Richtung teilnehmen müssen, trotz der Schwierigkeiten und der schweren Lasten, welche auf die Arbeiterschaft aller Länder drücken".

Das Büro der Gewerkschaftsinternationale hat wiederholt versucht, sowohl durch mehrere Aufrufe, wie auch durch spezielle Konferenzen mit den einzelnen Landeszentralen und entsprechende Aufrufe in einzelnen Landeszeitungen, die Beschlüsse der Berliner Konferenz durchzuführen. Leider ist ihm das nur teilweise gelungen. Ein ganzer Teil Gewerkschaften haben die Gefolgschaft verweigert und glatt versagt. Vorab die englischen Gewerkschaften. Der Sekretär Fimmen des Büros der Gewerkschaftsinternationale mußte am 13. Oktober im „Daily Herald" selbst feststellen, daß bis zum genannten Datum die mehrere Millionen Mitglieder zählenden englischen Gewerkschaften sage und schreibe 1200 Pfund aufgebracht hatten für die Hungerhilfe. Selbst wenn man die große Arbeitslosigkeit, den langdauernden Bergarbeiterstreik und die dadurch verursachte schlechte wirtschaftliche Lage breiter Arbeiterschichten in Betracht zieht, ist die Summe nicht zu verstehen, wenn die englischen Gewerkschaften auch nur ein Bruchteil erfüllt hätten, zu was sie durch die Beschlüsse der Berliner Konferenz verpflichtet waren. Das aber haben sie nicht getan. Noch nicht einmal Sammellisten wurden herausgegeben.

In Deutschland kamen zwar Sammellisten zur Ausgabe, aber hier wurde ebenfalls herzlich wenig zu einer Belebung der Sammeltätigkeit durch die Gewerkschaften getan. Sogar die offiziellen Aufrufe des Büros der Gewerkschaftsinternationale erschienen nicht im „Vorwärts", einer nur in der „Freiheit", selbst nicht im Korrespondenzblatt des deutschen Gewerkschaftsbundes, nur in einzelnen Verbandszeitungen. Eine genaue Summe der vom deutschen Gewerkschaftsbund gesammelten Gelder ist noch nicht bekannt. Die Berliner Generalkommission quittierte Ende Oktober rund eine halbe Million. Auf die gewerkschaftlichen Sammellisten zeichneten kommunistische Arbeiter. In vielen Gewerkschaftskommissionen wurden erst auf Anträge kommunistischer Fraktionen höhere Beiträge beschlossen.

Ein Teil deutscher Gewerkschaften versuchte, die Hungerhilfe mit anderen Sammlungen zu verbinden, sogar für Oberschlesien (Kassel!). Der

Ortsausschuß Dresden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß, 50 000 Mark aus der gemeinsamen Hungerhilfssammlung, an der sich auch die Kommunistische Partei Dresdens beteiligt hatte, für Oppau zu nehmen.

Der Deutsche Metallarbeiterkongreß, der Mitte September in Jena stattfand, lehnte einen Antrag der kommunistischen Fraktion, pro Mitglied eine Mark an die Hungerhilfe abzuführen, ab.

Verhältnismäßig geringe Resultate zeitigten auch die gewerkschaftlichen Sammlungen in anderen Ländern. Schweden brachte 50 000 Kronen auf, Luxemburg überwies 5000 Francs, Belgien brachte mit Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei 7000 Francs auf, die dänischen Gewerkschaften, unterstützt von der Sozialdemokratischen Partei gaben 4000 Kronen als Resultat ihrer Sammlung an (Mitte Oktober). Die gemeinsame Sammlung der schweizerischen Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei erreichten 45 000 Francs. In Oesterreich brachten die Gewerkschaften mit Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei 17,5 Millionen Kronen zusammen. Von einzelnen Ländern fehlen noch konkrete Angaben. Mitte September gab das Internationale Büro 9,5 Millionen als Gesamtsumme an, die Ende Oktober sicher 30 Millionen erreicht haben dürfte. Man hofft auf 100 Millionen zu kommen. Bisher wurden davon nur 2 Millionen zum Einkauf von Medikamenten verwandt, aber auch diese sind noch nicht abgeliefert. Alles übrige Geld soll zur Einrichtung von Kinderheimen verwendet werden. Zwischen dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Berliner Vertretung der Russischen Hilfskommission wurde ein Vertrag abgeschlossen, der alles dem Internationalen Gewerkschaftsbund gehörende als sein „unantastbares Eigentum" erklärt und seinen nach Rußland reisenden Delegierten denselben „Schutz" wie den Mitgliedern des Roten Kreuzes, der Nansen- und Agraexpedition gewährt.

Einzig in Italien haben die Gewerkschaften in enger Verbindung mit der Sozialistischen Partei eine regere und erfolgreichere Tätigkeit entwickelt. Ein gemeinsames Komitee, das bis Mitte September auch durch die Kommunistische Partei unterstützt wurde, sammelte bis Ende Oktober über 2 Millionen Mark.

Von dem warmen Aufruf der USPD. vom 27. Juli wurde nichts, von den Beschlüssen der Berliner Konferenz der Gewerkschaftsinternationale wenig bisher verwirklicht. Die Leute müssen sich beeilen, ihre Beschlüsse zu verwirklichen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf leichtfertiger und uneinlösbarer Versprechen aussetzen wollen.

4. Hilfe der Genossenschaften.

Die Hilfe der Genossenschaften gelang es nur in bescheidenem Ausmaß zu organisierten. Nur in Bulgarien, in der Tschechoslowakei und in Italien beteiligten sich die Genossenschaftsverbände in einer stärkeren Weise. Die drei in der Tschechoslowakei bestehenden Genossenschaftszentralen der tschechoslowakischen, deutschen und nationalsozialistischen Konsumvereine haben beschlossen: „Alle Konsumvereine sind verpflichtet, für je 100 000 Kronen Einnahme 50 Kronen an das Hilfskomitee für Sowjetrußland abzugeben. Von diesen Summmen werden Waren eingekauft und zusammen mit bereits gesammelten Effekten waggonweise nach Rußland geschickt. Gesammelt werden: Getreide, Mehl, Kleider, Wäsche und Schuhe."

(Ueber die Hilfsaktion der III. Internationale das nächstemal.)

Wirtschaftliche Uebersicht.

Die Weltwirtschaft im Herbst 1921.

e, 31. Oktober 1921.

Die letzten zwei Monate zeigten Zeichen einer Wiederbelebung der Wirtschaft. Der tote Punkt scheint überwunden zu sein. Dies zeigt vor allem die Tatsache, daß die Preise in den Ländern mit guter Valuta wieder eine Erhöhung erfahren haben. Die betreffenden Zahlen sind die folgenden:

	Ver. Staaten	Japan	Schweiz	Holland
April	117,5	189,9	—	175,—
Mai	115,3	190,6	—	178,—
Juni	116,5	192,1	178,6	179,—
Juli	120,—	196,5	176,9	174,—
August	120,3	199,3	180,6	—
September	—	206,9	—	—

Die Zahlen der anderen Länder sind wegen der Valutaschwankungen minder bezeichnend. Auch in Frankreich und in Italien zeigt sich in den letzten Monaten eine Erhöhung der Preise, während in anderen Ländern der Preisrückgang noch anhält. Auch zeigen die Produktionsdaten der letzten Monate eine Besserung der Konjunktur. Daten werden wir bei den einzelnen Ländern geben.

Die Presse der Bourgeoisie in allen Ländern ist voller guten Hoffnungen. Viele sehen schon den Beginn einer allgemeinen Hochkonjunktur. Diese Hoffnung auf eine neue Hochkonjunktur scheint uns indessen absolut unbegründet zu sein. Jene Gründe, welche bisher die Krise des Kapitalismus verursachten, bestehen in voller Kraft weiter. Die Hauptursache der Wirtschaftskrise: das Auseinanderfallen der kapitalistischen Weltwirtschaft in zwei unverträgliche Teile; in einem Teile gebildet durch die Vereinigten Staaten, die Kolonialländer und Japan, wo ein Ueberfluß an Produktionsmitteln vorhanden ist, deren Erzeugnis keinen Absatz findet, — und dem anderen Gebiete, gebildet durch Deutschland, Osteuropa, Polen, Rußland, welches an einem Mangel an Produktionsmöglichkeiten leidet, besteht weiter. Die relative Ueberproduktion in dem ersten Gebiete wird durch das Bestehen der Unterproduktionskrise im zweiten Gebiete weiter erhalten. Rein äußerlich dokumentiert sich diese Tatsache an den Valutaverhältnissen.

Wenn wir die gegenwärtigen Kurse auf der Newyorker Börse mit jenen vor einem Jahre vergleichen, so finden wir folgendes Bild:

gezahlt wurden	im Frieden	14. 10. 1920	13. 10. 1921	27. 10. 1921
in London: Dollar für 1 Pfund	4,87	3,48	3,81	3,94
in der Schweiz: Cents f. 1 Fr.	19,30	16,—	18,55	—
in Holland: Cents für 1 Gld.	40,20	31,—	33,40	34,01
in Schweden: Cents für 1 Kr.	26,80	19,65	22,90	23,—
in Japan: Cents für 1 Jen	49,85	50,90	47,38	—
in Madrid: Cents für 1 Peso	19,30	14,42	13,34	—
in Frankreich: Cents für 1 Fr.	19,30	6,57	7,22	7,27
in Italien: Cents für 1 Lire	19,30	4,—	3,86	3,93
in Deutschland: Cents f. 1 M.	23,83	1,45	—	0,56

(1 Cent = 0,01 Dollar)

Während sich die Valuten der westeuropäischen Länder und jene Englands und Frankreichs während eines Jahres nur wenig verändert haben, ist die deutsche Mark innerhalb eines Jahres fast auf ein Drittel ihres damaligen Wertes gefallen. (Seither schon auf 0,35 am 23. November, also auf fast ein Fünftel seit einem Jahre, auf fast ein Achtzigstel seit 1914.) Die Valuten der osteuropäischen Länder erlitten im Zusammenhange mit dem Kurssturz der Mark ähnliche Einbußen. (Die österreichische Krone z. B. beträgt nur mehr ein Tausendstel des Friedenswertes.) Der Zwiespalt zwischen den an Ueberproduktion leidenden und den nicht genügend produzierenden Ländern wurde im Verlauf des letzten Jahres noch schärfer.

Hieraus folgt, daß die Voraussetzung eines sich auf die ganze kapitalistische Weltwirtschaft erstreckenden Konjunkturaufschwunges ganz unbegründet ist. Wenn wir auch die Tatsache finden, daß gleichzeitig in den Vereinigten Staaten und in Deutschland eine Besserung der Konjunktur vorhanden ist, so sind die Gründe und die Bedeutung dieser Erscheinung in beiden Ländern grundverschieden. Es wäre ganz verfehlt, diese Erscheinungen einheitlich erklären zu wollen. Wir müssen sie getrennt behandeln.

Die Konjunktur in den Ländern mit hoher Valuta.

Von allen Ländern dieser Gruppe sind die Vereinigten Staaten von Amerika die wichtigsten. Hier zeigen sich in den Monaten September und Oktober Merkmale einer Besserung der Konjunktur. Wenn wir die Gründe dieser Erscheinung betrachten, so müssen wir berücksichtigen, daß von der Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten 90 Proz. im Lande selbst konsumiert wird. Mögen die Valutaverhältnisse daher dem Export noch so große Hindernisse bereiten, die innere Kraft des Landes setzt sich langsam durch. Es ist höchst bezeichnend, daß die Besserung ausging von der Baumwollproduktion, da dieses Jahr angeblich eine Mißernte war. Die Gesamternte betrug 67.2 Millionen Ballen, also die Hälfte einer normalen Ernte. Dies hatte eine scharfe Steigerung der Baumwollpreise und eine Belebung der Textilindustrie zur Folge. Laut dem „Manchester Guardian" vom 13. 10. waren im August von den vorhandenen 36,6 Millionen Baumwollspindeln 33.1 im Betrieb, und zwar durchschnittlich pro Tag 8,6 Stunden. Im Vergleich zu den Verhältnissen im Beginn des Jahres, als fast die Hälfte der Spindeln stillstand, ein sehr großer Fortschritt. Wir sehen also in diesem Lande der Ueberproduktion eine Besserung der Konjunktur durch eine teils natürliche, teils systematisch hervorgerufene Unterproduktion in einem der wichtigsten Produktionszweige.

Sehr bezeichnend ist für diese Tatsache, daß die „Amerikanische Baumwollvereinigung" in ihrer Jahresversammlung in Birmingham (Alabama-Amerika) eine Resolution angenommen hat, welche von den Farmern fordert, die mit Baumwolle bebaute Fläche im Jahre 1922 nicht über diejenige der letzten Saison auszudehnen.

Eine Besserung zeigt sich auch in der Eisen- und Stahl-Industrie. Obwohl im Monat August der Export von Eisen und Stahl niedriger war, als in welchem Monat immer seit August 1909. Die Produktion jedoch zeigte bereits im August eine Erhöhung auf 954 000 Tonnen gegen 864 000 im Juli. Die Einnahmen des Stahltrusts zeigen in den letzten Monaten folgendes Bild:

April	7 337 000	Juli	5 157 000
Mai	7 731 000	August	6 503 000
Juni	6 824 000	September	**7 258 000**

Nach den letzten Nachrichten sind im September 15 Hochöfen neu angeblasen worden und die Verschiffungen waren die besten in diesem Jahre. Nach dem „Ircu Trade Review" beträgt die Stahl- und Eisenerzeugung der Vereinigten Staaten gegenwärtig 40 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit, während sie im Hochsommer nur 25 Prozent betrug.

Auch in einem dritten Produktionskreis, in der Petroleumindustrie, zeigt sich eine Besserung; zum Teil ebenfalls infolge der Einschränkung der Produktion, vor allem in Mexiko. Der Erdölpreis ist von 2,25 Dollar Ende Juni auf 3 Dollar Anfangs Oktober gestiegen.

Trotz dieser Besserung der Konjunktur ist aber die allgemeine Lage in den Vereinigten Staaten noch immer krisenhaft. Neben den erwähnten Industriezweigen mit einer sich verbessernden Konjunktur gibt es andere, wo eine Verschlechterung vor sich geht. So zum Beispiel ist der Beschäftigungsgrad in der Automobilindustrie im September um 4 Prozent niedriger als im August; und auch im Oktober zeigt sich hier keine Besserung. Den letzten Berichten des „United States Employers Service" in Washington nach zu urteilen, hat die Beschäftigungslosigkeit um eine Kleinigkeit nachgelassen. Aus 65 der größten Industrieorte wird berichtet, es ständen jetzt 1,6 Prozent mehr Personen in Arbeit als vor einem Monat. Ueber den Stand der Arbeitslosen haben wir keine neueren Nachrichten; er dürfte noch immer beiläufig 6 Millionen betragen.

In einem Artikel der „Frankfurter Zeitung" vom 6. Oktober lesen wir folgendes: „Die Not treibt viele Leute dazu, sich durch Zeitungsanzeigen auf eine Anzahl von Monaten gegen Kost und Unterkunft als Arbeiter, richtiger als Sklaven anzubieten. Das in Amerika erscheinende „Giornale d'Italia" berichtet, daß in Boston eine Versteigerung von 150 Mann, Weißen und Schwarzen, öffentlich vorgenommen wurde; es fehlte aber die Nachfrage, so daß nur zwölf „Stück" abgingen. „Die Geschäfte nehmen ihren Fortgang", so schreibt das Blatt. „Die Rationen für die Arbeitslosen wurden nur ungenügend verteilt; vor einer öffentlichen Verteilungsstelle in Newyork kam es zwischen den Hungernden zu blutigen Schlägereien.

Die Besserung in den Wirtschaftsverhältnissen der Vereinigten Staaten wird durch gewisse innere Verhältnisse gehindert. 1. die verringerte Kaufkraft der Farmer, verursacht durch den Preissturz der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt; 2. durch die infolge des Krieges stark erhöhten Steuerlasten. Laut der Berechnung des „Wirtschaftsdienst" Nr. 36 ergibt sich folgendes:

	Nationaleinkommen	Steuerlast	Prozent
	Milliarden Dollar		
1910	30,5	1	3
1921	60,—	$5^1/_2$	9

Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß das Großkapital der Vereinigten Staaten alles daran setzt, um durch die Einsetzung der politischen Macht des Staates sich neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkt zu sichern. Dieses Bestreben führt zu internationalen Zusammenstößen mit den Kapitalisten Japans, Englands und Frankreichs, die ebenfalls dringend Absatz für die überschüssigen Produkte ihrer Großindustrie auf dem Weltmarkt suchen. Die Washingtoner Konferenz ist ein Versuch der Vereinigten Staaten, ihr finanzielles und wirtschaftliche Uebergewicht dazu zu benutzen, vorläufig auf friedlichem Wege Japan und England von dem einzigen, für den Kapitalismus noch zu erschließenden Gebiete, China, wegzudrängen.

Wenn es der amerikanischen Volkswirtschaft infolge der gewaltigen Ausdehnung des inneren Marktes möglich scheint, trotz der exporthindernden hohen Valuta, die Krise zu lindern, so lastet sie doch noch immer mit voller Kraft auf die **kleinen europäischen neutralen Länder**, die ganz auf den internationalen Verkehr angewiesen sind. So lesen wir zum Beispiel, daß in Schweden im Juli von 134 Hochöfen nur 20 im Betrieb waren, der Export von Holz ist von 200 Millionen im Vorjahre auf 40 Millionen gefallen. Die aufliegenden Schiffe betrugen im Juni 1921 45 Prozent der Gesamttonnage. Die Arbeitslosigkeit betrug bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern 8 Prozent und Lohnherabsetzungen von 20 bis 50 Prozent wurden von den Kapitalisten durchgesetzt. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres ist die Einfuhr um nicht weniger als 64 Prozent, die Ausfuhr um rund 35 Prozent hinter der vorjährigen zurückgeblieben.

Aehnliche Verhältnisse finden wir in Holland und in der Schweiz. Von jenen neutralen Ländern, deren Volkswirtschaft infolge der Kriegskonjunktur einen raschen Aufschwung genommen hatte, ist Spanien bereits vollkommen zusammengebrochen. Die während des Krieges aktive Handelsbilanz zeigt im Jahre 1921, erstes Halbjahr, einen Einfuhrüberschuß von

400 Millionen Goldpesos. Die Versuche, durch hohe Schutzzölle, die im Kriege entstandene schwache Industrie des Landes künstlich zu stützen, können als fehlgeschlagen betrachtet werden. Die Folge der passiven Handelsbilanz ist der scharfe Fall der spanischen Valuta; bei Kriegsende war sie dem Golde gleichwertig. Heute zeigt es bereits ein Disagio von beinahe 30 Prozent.

Die Wirtschaftslage Englands zeigt dasselbe unbestimmte Bild wie im ganzen laufenden Jahre. Die schweren sozialen Kämpfe des ersten Halbjahres, welche zu einem fast vollständigen Stillstand der industriellen Produktion während des Kohlenstreiks geführt hatten, wirken noch immer nach. Auch fehlt es England an dem mächtigen inländischen Absatzmarkt, der den Vereinigten Staaten zur Verfügung steht; die englische Industrie ist in viel stärkerem Maße auf den Weltmarkt angewiesen, als die amerikanische. Daher macht sich die exporthindernde Wirkung des hohen Valutastandes viel stärker geltend, als in Amerika.*)

Die schwere Lage der englischen Volkswirtschaft widerspiegelt sich in den Zahlen des Außenhandels. Der gesamte Außenhandel Englands in den ersten neun Monaten des Jahres 1921 zeigt dem Vorjahr gegenüber im Import einen Rückgang von 44,6%, im Export einen Rückgang von 48,5%. Vor allem die Textilwaren zeigen einen ungeheuren Rückgang. Die wichtigsten Zahlen sind die folgenden:

	in Millionen Pfund	
	1920	1921
Kohle	78,5	27,9
Eisen und Stahl und Waren daraus	95,5	47,9
Baumwollgarn und -Stoffe	309,3	129,1
Wollgarne und -Stoffe	105,6	42,9
Stoffe aus anderen Materialien	35,4	13,6

Es könnte scheinen, daß dieser Rückgang bloß durch den großen Preissturz verursacht ist. Dies ist aber nur teilweise der Fall. Die Menge der Baumwollwaren in Quadratyards fiel auf die Hälfte des vorjährigen Quantums, diejenige von Wolle, Leinen und Jute-Gütern auf weniger als ein Drittel.

Sehr interessant ist nun, daß bei dem allgemeinen rapiden Rückgang der englischen Ausfuhr es einige Gütergruppen gibt, deren Ausfuhren im Werte trotz des großen Preissturzes gestiegen ist. Diese Gruppen sind die folgenden:

	in Millionen Pfund	
	1920	1921
Maschinen	42,2	57,6
Eletrizitätswaren	8,0	10,6
Fahrzeuge (Lokomotiven, Schiffe usw.)	40,1	41,5

Diese Tatsache zeigt, daß die Industrialisierung der überseeischen Länder auch während der Kriegsperiode anhält. Für einen Teil dieser Ausfuhr, für die Ausfuhr von Textilmaschinen, besitzen wir detailliertere Daten. Dieser Produktionszweig zeigt seit dem Oktober vorigen Jahres eine wirkliche Hochkonjunktur. Die Ausfuhr ist größer als im Jahre 1913. Die Hauptabnehmer

*) „Daily Herald" berichtet, daß das Kabinett die von den Kohlenindustriellen zur Aufrechterhaltung der Bergwerke geforderte Unterstützung von drei Millionen Pfund Sterling abgelehnt hat, ein Beschluß von größter Bedeutung, der schwerwiegende Folgen nach sich ziehen kann. Die Grubenbesitzer erklären, dadurch zu Lohnreduzierungen und zu weiteren Betriebseinschränkungen gezwungen zu sein. Für die Bezirke Northumberland und Durham sehen die schon jetzt bekannten Tarifvorschläge eine Lohnherabsetzung um vier bezw. um zwei Shilling pro Schicht vor, in Schottland soll die Reduzierung drei Shilling pro Schicht betragen.

Doch betrachtet „Daily Herald" die Frage der neuen Lohnreduzierung noch nicht als die wichtigste gegenüber dem Umstand, daß schon gegenwärtig im Bergbau 150 000 Arbeitslose gezählt werden, und von den noch in Arbeit stehenden Bergarbeitern 75 % nicht voll beschäftigt sind. Die Regierungsunterstützung wäre unbedingt notwendig gewesen, um eine Lösung der Kohlenkrise herbeizuführen.

sind: Frankreich, die Vereinigten Staaten, Japan und China. Es mag sich hierbei zum Teil um Ersatz der während des Krieges vern tzten Maschinerie handeln. Immerhin ist es bemerkenswert, daß China in der Periode der schlechtesten Konjunktur in der Textilindustrie seinen Produktionsapparat ergänzte und erweiterte.

Die Gesamtlage der englischen Volkswirtschaft ist aber trotz der kleinen Anzeichen einer Besserung sehr schlecht. Nach den amtlichen Daten gab es am 21. Oktober 1 423 000 Vollarbeitslose und 287 000 kurze Zeit Arbeitende. Die Zahl der Arbeitslosen, welche Ende Juli über zwei Millionen betrug, nahm seither langsam ab. Nur in der dritten Oktoberwoche zeigt sich eine neue Zunahme von 40 000 Arbeitslosen.

Das Bild der schlechten Wirtschaftslage Englands wird durch die Tatsache ergänzt, daß seit dem 31. März 1921 die Staatsschulden sich neuerdings um 178 Millionen Pfund vermehrt haben, vor allem infolge des Kohlenarbeiterstreiks.

Die englische Bourgeoisie und die englische Regierung sucht krampfhaft nach Mitteln, um den Export wiederherzustellen. Die englische Bourgeoisie fordert vor allem eine Erhöhung der Arbeitsleistung, die Abschaffung des Achtstundentages und eine Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung. Die englische Regierung versucht durch staatliche Garantien die Exporteure vor den Valutaverlusten zu schützen. Die Ueberzeugung, daß England seine Rolle als die industrielle Werkstatt der Welt weiter nicht wird behaupten können, gibt sich in zwei interessanten Strömungen kund: In der immer wiederholten Forderung, nach einer Entwicklung der englischen Landwirtschaft und Zurückführung der in der Industrie überflüssigen Arbeitskräfte auf das Land; zweitens in der staatlich unterstützten Auswanderung nach den englischen Kolonien. Diese Erscheinungen sind das Spiegelbild der fortschreitenden Industrialisierung der überseeischen Länder; es geht eine wirtschaftliche Nivellierung vor sich.

In der Wirtschaftslage Frankreichs und Italiens zeigt sich in den letzten Monaten keine nennenswerte Veränderung. Auch ist die wirtschaftliche Berichterstattung so lückenhaft und widersprechend, daß es sehr schwer ist, ein klares Bild zu bekommen. Durch Angliederung Elsaß-Lothringens und den Wiederaufbau der nordfranzösischen Werke hat sich das industrielle Bild Frankreichs in den letzten Jahren stark verändert. Frankreich ist zu einem Ausfuhrland schwerindustrieller Produkte geworden. Dies zeigt sich am besten in den Daten des Außenhandels.

	1920	1921
	tausend Tonnen	
Einfuhr, erstes Halbjahr:		
Roheisen	59	15
Stahlerzeugnisse	164	64
Ausfuhr, erstes Halbjahr:		
Roheisen	191	288
Stahlerzeugnisse	164	236

In den letzten Monaten wurden in Nordfrankreich und in Luxemburg einige neue Hochöfen angeblasen; im allgemeinen aber klagen die französischen Industriellen darüber, daß sie mit der deutschen Konkurrenz nicht fertig werden können. Die hohen Zölle nutzen nichts, da die deutschen Preise sich über Belgien geltend machen, Belgien gegenüber aber keine Ausnahmszölle anwendbar sind.

Ein Schreiber schließt daraus, daß die deutsche und französische Eisenerzeugung eine gemeinsame Verkaufsorganisation für den Weltmarkt gründen sollte.

Im großen und ganzen scheint sich aber die Wirtschaftslage Frankreichs eher zu bessern als zu verschlechtern. Der stark agrarische Charakter des Landes ermöglicht es, die Schäden des Krieges rascher zu überwinden als Länder mit einer stärker entwickelten Industrie. Die Ernte war viel besser als im vorigen Jahr und hat die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung erhöht, was auf die Fertigindustrie von gutem Einfluß war. Die Arbeitslosigkeit, zumindest die amtlich aufgewiesene vermindert sich von Monat zu

Monat, und ist gegenwärtig mit Ausnahme von Paris nicht größer als in Friedenszeiten. Wenn wir die Ziffern des Außenhandels betrachten, so finden wir für die letzten vier Monate folgendes:

	Einfuhr	Ausfuhr
	Millionen	Francs
Juni	1,723	1,750
Juli	1,469	1,563
August	1,731	1.776
September	2,225	1,776

In den ersten fünf Monaten war die Handelsbilanz Frankreichs im Gegensatz zu der Vorkriegszeit aktiv. Es wurde aber von Kennern des Wirtschaftslebens darauf hingewiesen, daß diese Aktivität durch einen stark verminderten Import von Rohmaterialien hervorgerufen wurde. Im Monat September zeigt sich nun wieder eine starke Passivität der Handelsbilanz, verursacht durch den vermehrten Einkauf von industriellen Rohprodukten. Hierdurch werden alle Kombinationen, welche sich auf die Aktivität der französischen Handelsbilanz bezogen, wieder zunichte gemacht.

Am schwersten lasten auf das französische Wirtschaftsleben die ungeheuren Kosten des Militarismus und die noch immer ungeordneten Staatsfinanzen. Der französische Staat deckt kaum die Hälfte seiner Ausgaben durch seine Einnahmen. Alle Ausgaben für den Wiederaufbau, Renten und Pensionen aus dem Kriege, jährlich ca. 16 Milliarden Mark, werden einfach zu Lasten Deutschlands gebucht, obwohl der französische Anteil an den Reparationszahlungen, selbst wenn Deutschland imstande wäre, dieselben voll zu leisten, jährlich keine 4 Milliarden Francs ausmacht. Außerdem werden die Zinsen der riesigen Auslandsschuld Deutschlands von England und den Vereinigten Staaten noch immer gestundet. Die französischen Kapitalisten setzen einer Besteuerung des Einkommens einen scharfen Widerstand entgegen. Es ist unter diesen Umständen eine beachtenswerte Leistung, daß der Kurs des französischen Francs noch immer ca. 30 % des Goldwertes beträgt.

Die Wirtschaftslage Italiens ist bedeutend schlechter als jene Frankreichs. Die im Kriege künstlich hochgezogene Schwerindustrie kann beim gegenwärtigen freien Wettbewerb noch schwerer bestehen als jene Frankreichs. In der Textilindustrie scheint der Höhepunkt der Krise überwunden zu sein. Ende Juni betrugen die Betriebseinschränkungen in den Spinnereien 38 %, in den Webereien 15 %. Gegenwärtig arbeiten die italienischen Textilfabriken wieder normale Arbeitszeit und die Spinnereien sind durchschnittlich auf über drei Monate hinaus mit Aufträgen versehen. Es sind hauptsächlich die Balkanländer, Kleinasien und der Orient, welche Abnehmer der italienischen Textilien sind. Der niedrige Stand der italienischen Valuta begünstigt dies. („Frankfurter Zeitung" vom 31. Oktober 1921).

Im allgemeinen aber ist die wirtschaftliche Lage Italiens, besonders die Staatsfinanzen, weiterhin sehr schwierig. Die Besserung der Valuta, welche sich im Frühjahr zeigt, hat nicht standgehalten und das Disagio ist heute noch etwas größer als vor einem Jahre.

Die Konjunktur in den Ländern des Unterproduktionsgebietes.

Während sich in den Ländern mit guter Valuta bisher nur Zeichen einer kleineren und wahrscheinlich rasch vorübergehenden Besserung der Konjunktur zeigen, erleben wir in den Ländern des Gebietes der weltwirtschaftlichen Unterproduktion eine spekulative Hochkonjunktur. Diese Gebiete werden durch die niedrige und sich inmitten großer Schwankungen kontinuierlich verschlechternde Valuta gekennzeichnet. Jede neue Niedergangswelle im Valutakurse löst hier eine stürmische Nachfrage des Auslandes nach fertigen Gütern aus. Dem folgt eine neue Preissteigerung, bis sich das Preisniveau wieder dem Weltmarktpreis annähert. An diesem Punkte steckt das Auslandsgeschäft, der Geschäftsgang wird flau. Da die Produktion dieser Länder den Inlandsbedarf nicht deckt, da ihre Zahlungsbilanz dem Auslande gegenüber ungeheuer passiv ist, da der Staatshaukhalt mit riesigem Defizit arbeitet, muß sich die Verschlechterung des

Valutakurses im Zeitraum von einigen Monaten von neuem wiederholen. Das ganze Wirtschaftsleben wird hierdurch von dem Valutakurse abhängig; jedes geschäftliche Unternehmen artet in eine Valutaspekulation aus.

Typisch für diesen Kreis der Länder sind die gegenwärtigen Vorgänge in Deutschland. Die verhältnismäßig langsame Entwertung der deutschen Valuta im Verlaufe der ersten neun Monate des laufenden Jahres machte im Monat Oktober, im Anschluß an die Reparationszahlungen und dem Verlust von Oberschlesien, einer katastrophalen Entwertung der Mark Platz. Die wichtigsten Valuten notierten an der Berliner Börse

	Ende Juli	Mitte Okt.	Ende Okt.
100 holl. Gulden	2478,—	4945,—	6519,—
1 Pfund Sterling	290,—	576,—	744,25
1 Dollar	81,—	150,—	181,—
100 französische Francs . . .	621,—	1064,—	1324,—
100 Schweizer Francs	1321,—	2877,—	3496,—
100 österreich. Kronen, abgest.	9,13	7,98	9,48
100 tschechische Kronen . . .	101,25	159,80	193,30

Dieser katastrophale Rückgang der Mark löste die bekannten Ausverkaufserscheinungen aus. Die deutschen Fabriken erhalten aus dem Auslande große Bestellungen. Die deutschen Textilfabriken sind bis tief in das Frühjahr 1922 mit Aufträgen voll versorgt. Auch die deutsche Schwerindustrie ist wiederum fast voll beschäftigt. Die ausländischen Käufer überschwemmen die Geschäfte der deutschen Städte und kaufen alle Waren, womöglich die besten Qualitäten, auf. Die großen Warenhäuser in Berlin werden von den Fremden förmlich ausgekauft. „Eines der größten Berliner Warenhäuser beispielsweise beschäftigt, um dem Andrang der ausländischen Käufer gerecht zu werden, allein 10 vereidigte Dolmetscher; hierzu kommen noch etwa hundert sprachenkundige Angestellte, die jetzt als Führer für die Ausländer benutzt werden. Die eifrigsten Käufer sind die Skandinavier und Holländer, Südamerikaner, Engländer, Schweizer und Japaner. Sie kaufen in kleineren und größeren Mengen das Beste und das Teuerste, hauptsächlich fertige Konfektion, Damen- und Herrenwäsche, Leder- und Goldwaren, alle Sorten von Textilwaren elektrische, wirtschaftlich und sonstige Gebrauchsartikel." („Berliner Tageblatt"). Dazu kommt noch der Grenzverkehrsausverkauf.

Der Andrang der ausländischen Käufer, die täglich steigenden Preise und das offenkundige Leerwerden der Geschäfte bewegt das vermögende deutsche Publikum zu Vorratseinkäufen: alles, was sich halten läßt, wird von reichen Leuten gekauft und aufgespeichert. Der ohnehin vorhandene Mangel an Gütern wird hierdurch weiter erhöht.

Alle diese Erscheinungen ergeben vom Standpunkte der Geschäftsleute ein Bild der Hochkonjunktur und die Möglichkeit riesiger spekulativer Gewinne. Wenn wir aber vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus die Sache betrachten und die Frage aufwerfen, ob sich die Wirtschaft Deutschlands hierdurch gestärkt habe, ob sich die Produktion gehoben habe, so können wir hierauf keine bejahende Antwort geben. Wenn auch die Arbeitslosigkeit nicht größer als in normalen Friedensjahren ist. Die Produktion aber ist bedeutend kleiner. Die Arbeitsleistung ist geringer, weil die Arbeiterschaft schlecht genährt ist, weil die im Kriege vor sich gegangene Verschlechterung des sachlichen Produktionsapparates noch durchaus nicht wettgemacht ist, weil die Vorteile der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung von Deutschland infolge der Valutaschwierigkeiten nicht ausgenützt werden können. Große Teile der Bourgeoisie ziehen es vor, mit Valuten und Gütern zu spekulieren, als sich mit Eifer an der Produktion zu beteiligen.

Bei der verspäteten Aufarbeitung der wirtschaftstatistischen Daten ist es schwer, ein konkretes zahlenmäßiges Bild der Produktion zu geben. Auch werden wichtige Daten aus politischen Gründen systematisch verschwiegen.

Eine Besserung der Produktion zeigt die Landwirtschaft: Auf Grund der geschätzten durchschnittlichen Hektarerträge und Anbauflächen ergeben sich

folgende voraussichtlichen Gesamterntemengen für das Jahr 1921, denen zum Vergleich der endgültigen Ernteermittlungen für die Jahre 1920 und 1913 gegenübergestellt sind.

	Gesamterntemengen in Tonnen: 1921	1920	1913
Weizen	2 663 460	2 255 055	4 061 099
Roggen	6 608 023	4 971 800	19 219 606
Winter-Spelz	203 846	178 864	437 971
Sommergerste	1 792 904	1 799 713	3 052 057
Hafer	4 715 672	4 870 126	8 718 485

Der Abstand gegenüber 1913 ist noch immer ungeheuer.

Die Kohlenproduktion Deutschlands zeigt in den ersten neun Monaten des Jahres immerhin eine Steigerung von beiläufig 10 %, bleibt aber noch immer stark hinter der Förderung des letzten Friedensjahres zurück, trotz der gesteigerten Arbeiterzahl.

Die Förderziffern für die Zeit Januar bis September betragen bezw. vergleichen sich mit den entsprechenden statistischen Daten der Vorjahre, wie folgt (in 1000 To.):

	1921	1920	1913
Steinkohlen	100 601	95 736	130 177
Braunkohlen	90 820	81 192	64 132
Koks	20 761	18 293	22 768
Steinkohlen-Briketts	4 274	3 571	4 406
Braunkohlen-Briketts	21 237	17 919	15 993

Die Förderung im Sepember zeigt August gegenüber einen kleinen Rückschritt.

	September 1921	August 1921
Steinkohlen	11 607	11 726
Braunkohlen	10 358	10 606
Koks	2 278	2 246
Steinkohlen-Briketts	520	529
Braunkohlen-Briketts	2 471	2 582

Die Oktoberzahlen sind noch nicht veröffentlicht.

Interessant ist es nun, daß im Momente wo die Ausverkaufskonjunktur einsetzt, sich dem Aufschwung der Produktion der Kohlenmangel und der schlechte Zustand des Transportes entgegenstellt.

Die Leistungen des Eisenbahntransportes zeigen für die Mitte des Jahres folgende Ziffern:

Im Güterverkehr, in tausenden von Achsenkilometern:

	1920	1921
April	1 223 764	1 358 563
Mai	1 273 913	1 108 168
Juni	1 287 579	1 225 758
Juli	1 270 319	1 327 782
	5 055 575	5 020 271

gegen 1920 35 304 weniger.

Die ungenügende Leistung der Eisenbahnen macht sich vor allem in dem großen Mangel an Kartoffeln geltend. Die Kartoffelfrage, Teuerung und Warenmangel, verursacht zum Teil durch spekulative Zurückhaltung der Ernte durch die Agrarier, ist überhaupt eine der brennendsten Fragen in allen Schichten der ärmeren Bevölkerung. Der Reichsverkehrsminister gibt einen Ausweis heraus, daß die Zustellung von Güterwagen in den Monaten August—September—Oktober dieses Jahres bedeutend größer war als im Jahre 1920. Daß das Verkehrswesen dennoch versagt, liegt an dem ungemein niedrigen Wasserstand der Flüsse und in erster Linie an der Spekulation. Während voriges Jahr die wichtigsten Massengüter noch staatlich bewirtschaftet wurden und daher im allgemeinen nur einen Weg von der Produktionsstätte zur Verteilungsstelle durchmachten, werden gegenwärtig große Warenmengen

spekulativ von einer Ecke Deutschlands in die andere verschoben, je nach dem momentanen Valutakurs und Preisstand.

Für die Preisbewegung stehen uns die Oktoberindexzahlen noch nicht zur Verfügung. Die Preisnotierungen der einzelnen Waren sind aber infolge des Kurssturzes der Mark rapid in die Höhe gegangen: der Wirtschaftsteil der Zeitungen enthält kaum etwas anderes als Nachrichten über tägliche Preiserhöhungen. Die Lebenshaltungindexziffern des Monats Oktober werden daher sicherlich eine ungeheure Erhöhung zeigen. Große Lohnbewegungen werden in der nächsten Zeit durchgeführt werden müssen, um auch nur annähernd die bisherige Lebenslage der Arbeiter zu erhalten.

Wir sehen also, daß das Wirtschaftslelben Deutschlands ganz von der Gestaltung des Markkurses, d. h. von dem Verhältnis zum Auslande abhängt.

Nun besitzen wir bisher nur eine Statistik über die Außenhandelsziffer im Monate Juni und Juli, und zwar nur dem Werte nach, keine detaillierten Mengedaten. Von der Einfuhr entfällt der dritte Teil auf landwirtschaftliche Zeugnisse, während in der Ausfuhr die Fabrikate überwiegen.

Demnach wäre der Außenhandel Deutschlands fortwährend passiv, was die kontinuierliche Verschlechterung des Markkurses — neben den Reparationslasten — zum Genüge erklärt. Doch muß betont werden, daß die Bewertung nach alten Preisen erfolgt. Die Daten geben daher nicht das tatsächliche Bild des Außenhandels.

Aus den Ausfuhrzahlen ergibt sich aber die relative Bedeutungslosigkeit der deutschen Ausfuhr. Die Ausfuhr betrug im Juli 6 Milliarden Papiermark, bei dem damaligen Valutakurs etwa 300 Millionen Goldmark. Dies würde eine Jahresausfuhr von beiläufig 3,6 Milliarden Goldmark entsprechen. Wenn wir 50 Prozent für zu niedrige Bewertung dazuschlagen, erhalten wir rund 5½ Milliarden, d. h. die deutsche Ausfuhr beträgt die Hälfte der Vorkriegsausfuhr. Es ist bezeichnend für das vollkommen zerrüttete System der Weltwirtschaft, daß die Begrenzung dieser relativ kleinen Ausfuhr zu einem der Angelpunkte der Wirtschaftspolitik aller kapitalistischen Länder wurde.

Mit den Konzentrationserscheinungen in der deutschen Wirtschaft werden wir uns demnächst beschäftigen.

Das Bild über die Wirtschaftlage Deutschlands gilt im Großen und Ganzen für alle Länder des Unterproduktionsgebietes: Deutschösterreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Jugoslavien usw. Der Preissturz der Mark wurde von einem parallelen Sturz der Valuta dieser Länder begleitet. Ueber die Produktion dieser Länder haben wir nur sehr lückenhafte Nachrichten.

In dem Gebiet der Unterproduktion mit geringwertiger Valuta bildet die Tschechoslowakei eine selbständige Insel. In der Tschechoslowakei, welche gegenüber den umgrenzenden Staaten eine hochwertige Valuta hat, zeigt sich die Krise als Ueberproduktionskrise. Die tschechische Industrie konnte schon im Hochsommer der deutschen Industrie nicht standhalten. Schon im August wurden die Hochöfen von Kladno und Königinhof, die im letzten Kriegsjahr fast 4 Milllionen Roheisen erzeugt hatten, ausgeblasen. Als Ursache wurde die deutsche Konkurrenz angegeben. Anfang August kostete böhmisches Stabeisen 315 tschechische Kronen pro Meterzentner, deutsches Stabeisen dagegen nur 210 Mark; tschechisches Grobblech 395 tschechische Kronen, deutsches 182 Mark. Diese Preise galten Anfang August, also in einer Zeit, wo tschechische Kronen und deutsche Mark ziemlich gleich standen. („Industrie- und Handelszeitung" vom 29. 8. 1921.) Gegenwärtig ist die tschechische Krone beiläufig doppelt so viel wert als die deutsche Mark. Es läßt sich leicht denken, daß nunmehr die tschechische Industrie der deutschen gegenüber noch viel weniger konkurrenzfähig ist als im August. Aus allen Grenzorten Deutschlands wird der Aufkauf aller fertigen Waren durch tschechische Grenzbewohner und Spekulanten gemeldet. So sehen wir, daß in dem gegenwärtigen zerrütteten Zustand der europäischen Wirtschaft sowohl ein niedriger als ein hoher Stand der Valuta zu Krisen in der Wirtschaft führt.

Ueber die wirtschaftlichen Verhälnisse der überseeischen Länder werden wir bei anderer Gelegenheit ausführlich berichten.

Das Chaos der Wirtschaftspolitik.

Beim gegenwärtigen Krisenzustand der kapitalistischen Weltwirtschaft muß natürlich auch in der Wirtschaftspolitik der verschiedenen Staaten ein Chaos entstehen. Das Wesen der Krise ist eine Störung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts, indem — wie wir schon ausführten — in einigen Teilen der kapitalistischen Welt ein Ueberfluß an Produktionsmitteln und ein Mangel an Absatzmöglichkeiten besteht, während im anderen Teil die Produktion für den eigenen Bedarf nicht genügt und eine fortschreitende Verarmung der Volkswirtschaft vor sich geht. Dieses Auseinanderfallen der Weltwirtschaft dokumentiert sich äußerlich in der Kluft, welche zwischen der Bewertung der Valuten dieser zwei Gebiete vorhanden ist. Alle wirtschaftspolitichen Versuche zielen dahin, das gestörte Gleichgewicht der Weltwirtschaft herzustellen. Selbstverständlich werden Versuche hierzu in den Ländern mit Ueberproduktion ganz andere sein als in den Ländern, wo eine Unterproduktionskrise vorhanden ist.

Das Bestreben jener Länder, also vor allem der Vereinigten Staaten, Japan und England, welche einen Ueberfluß an Produkten haben und daher ein Absatzmangel leiden, geht dahin, neue Gebiete für ihren Ueberfluß zu erschließen. Dazu gibt es zwei Wege: 1. solche Gebiete in die kapitalistische Wirtschaft einzubeziehen, die bisher nicht oder nur in geringem Maße einbezogen waren; 2. jene Gebiete, welche vor dem Weltkriege Teile der kapitalistischen Weltwirtschaft waren, aber infolge ihrer Verarmung als Käufer ausschieden, wirtschaftlich wieder aufzurichten.

Das erste Gebiet der ersten Kategorie ist China mit seinen 400 Millionen Einwohnern, die bisher dem Kapitalismus nur zu einem sehr geringen Teil untertan waren. Das Bestreben der drei großen Weltmächte: Amerika, England und Japan geht dahin, sich diese Gebiete möglichst monopolistisch zu erschließen. Während des Weltkrieges hatte vor allem Japan hier Fuß gefaßt. Der ökonomische Sinn der Washingtoner Konferenz geht dahin, Japan aus dieser Vormachtstelle durch Anwendung von politischen Drohungen zu verdrängen.

Die aus dem Weltverkehr im wesentlichen ausgeschiedenen Gebiete sind: Rußland, Polen, Kleinasien, der Balkan, die Teile der gewesenen österreich-ungarischen Monarchie und Deutschland, zusammen beiläufig 300 Millionen Menschen, also $^3/_8$ der Bevölkerung der kapitalistischen Welt. Die von den verständigsten Führern der kapitalistischen Welt geforderte Wirtschaftspolitik geht dahin, diese Gebiete wirtschaftlich wieder aufzurichten. Dies könnte nur geschehen, wenn die in den Ländern der Ueberproduktionsgebiete überflüssigen Produktionsmittel im Wege einer großzügigen internationalen Kreditaktion in diese verarmten Gebiete übertragen würden. Nun sind in den letzten zwei Jahren eine ganze Reihe von Plänen internationaler Kreditorganisationen aufgetaucht, ohne daß auch einer derselben durchgeführt worden wäre. Der neueste davon ist die geplante Europa-Bank Vanderlips. Gegründet mit amerikanischem Gelde, mit dem Rechte, dem amerikanischen Dollar gleichwertige Dollarnoten für den europäischen Verkehr auszugeben, bedeutet diese Bank im Wesen eine großzügige, aber sehr stark fundierte und profitable Kreditaktion des amerikanischen Kapitals.

Eine andere Strömung in der Wirtschaftspolitik faßt dasselbe Problem von der negativen Seite an. Wie bekannt, ist Europa mit beiläufig 12 Milliarden Dollar an die Vereinigten Staaten verschuldet. Andererseits schulden die kontinentalen Staaten Europas ähnlich hohe Summen an England. Diese Auslandsschulden sind für Frankreich und Italien sehr drückend. Sie zwingen diese Länder dazu, Deutschland unerträglich hohe Lasten aufzuerlegen, und verhindern auf diese Weise die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands. Andrerseits ist infolge der Wiedergumachungslasten Deutschland gezwungen, große Warenmengen zu billigen Preisen auf den Weltmarkt zu werfen und hierdurch den Ländern mit hochwertiger Valuta eine unerträgliche Konkurrenz zu machen. Diese Sachlage wird besonders den englischen Politikern immer klarer. Nacheinander erklärten zuerst Asquith und kurz darauf der ehemalige Minister MacKenna, was die Forderungen Englands anbelange,

hofften sie, daß diese niemals bezahlt würden, sondern annulliert. Trotzdem es offiziel von der englischen Regierung dementiert wird, besteht kein Zweifel, daß sie sich um folgende Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bemüht, welche bereits seinerzeit von Keynes vorgeschlagen wurde: Die Vereinigten Staaten sollen ihren Alliierten die Schulden erlassen; England erläßt seine Forderungen an die europäischen Ententeländer und Frankreich reduziert seine Forderungen an Deutschland auf ein für letzteres erträgliches Maß. Dieser vom bürgerlichen Standpunkt aus sehr vernünftige Vorschlag scheiterte weiderum an dem Widerstande der Vereinigten Staaten, welche diese Forderungen als machtpolitisches Druckmittel Europa gegenüber behalten wollen. Die Senatkommission, welche neuerdings zur Regelung dieser Frage in den Vereinigten Staaten eingesetzt wurde, hat den Auftrag bekommen, keine Annullierung der Schulden der europäischen Staaten zuzulassen. (Trotzdem ist dieser Plan auf der Washingtoner Konferenz wieder aufgetaucht.)

Das Reparationsproblem ist nur ein besonderer Teil der allgemeinen Krise der Weltwirtschaft. Die Frage hat einen zwiespältigen Charakter und verursacht ein fortwährendes Schwanken in der Politik der Entente-Länder. Frankreich besteht darauf, daß Deutschland alle Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrage bezahlen soll. Die französische Presse wiederholt immer wieder, daß die Zahlungsunfähigkeit des deutschen Staates keineswegs identisch sei mit der Zahlungsunfähigkeit des deutschen Volkes. Auch Briand erklärte in seiner Senatsrede, daß die deutschen Kapitalisten, die Mitglieder der Deutschen Volkspartei, bezahlen können und bezahlen müssen. Andererseits aber ist offenbar, daß der auf Deutschland ausgeübte Zwang einen immer schärferen Rückgang in der Bewertung der deutschen Mark und daher eine immer schwerer ertragbare Konkurrenz der deutschen Waren auf dem Weltmarkt nach sich zieht.

Während also einerseits Deutschland gezwungen wird zu einem Schleuderexport, wehren sich eben jene Staaten, denen das Erträgnis dieses Exports im Sinne des Versailler Friedens zufallen sollte, mit Absperrungsmaßregeln gegen das Eindringen deutscher Industrieartikel. England, das klassische Land des Freihandels, hat bekanntlich ein „Antidumping-Gesetz" beschlossen und Frankreich hat seine Zölle um 300 Prozent erhöht. Alle neutralen Länder: Schweiz, Holland, Schweden, aber auch die Vereinigten Staaten haben in der letzten Zeit Maßregeln gegen das Eindringen deutscher Waren getroffen.

Nun ist natürlich durch den neue eingetretenen ungeheuren Kurssturz der Mark dieses ganze Schutzsystem hinfällig geworden. Es ist für den wirren Zustand der kapitalistischen Kreise in den Ländern mit hochwertiger Valuta das weltwirtschaftliche Gleichgewicht durch eine künstlich hervorgebrachte Entwertung der Valuta des eigenen Landes erreichen wollen. So hat z. B. der Verband der britischen Industrie vorgeschlagen, die Einkommensteuer drastisch herabzusetzen und edn Ausfall in den staatlichen Finanzen durch Notendruck auszugleichen. („Frankfurter Zeitung" 28. 10. 1921.)

Am 31. Oktober fand in Bern eine vom schweizerischen Volkswirtschaftsminister einberufene Konferenz von Finanzleuten statt. Hier wurde ebenfalls der Plan erörtert, durch eine künstliche Vermehrung des Papiergeldes das Steigen des Schweizer Franken zum Stillstand zu bringen und die schweizerische Valuta zu verschlechtern. Der vorgeschlagene Plan wurde jedoch abgelehnt. Auch wird allgemein behauptet, wenn es auch dokumentarisch nicht bewiesen ist, daß die amerikanische Regierung tatsächlich Maßregeln zur künstlichen Niederhaltung der amerikanischen Währung getroffen habe.

Dasselbe Problem präsentiert sich, von den valutaschwachen Ländern aus gesehen als Ausverkauf der für das eigene Land wichtigen Waren. Also Gegenmaßregeln setzen Ausfuhrverbote, Ausfuhrabgaben und künstliche Erschwerung der Warenausfuhr ein. Wir sehen also einen ganz chaotischen Zustand: einerseits die Notwendigkeit für Deutschland, Waren zu exportieren, um die Reparationslasten bezahlen zu können; andererseits Maßregeln der Länder mit hochwertiger Valuta gegen die deutsche Einfuhr, andererseits Maßregeln Deutschlands zur Verhinderung der Ausfuhr. Es ist selbstverständlich,

daß das Reparationsproblem nur durch eine internationale Organisation, durch internationale Abkommen gelöst werden könnte. Das Wiesbadener Abkommen, der Besuch der deutschen Gewerkschaftler in Nordfrankreich sind Versuche in dieser Richtung. Dagegen ist die geplante Kredithilfe der deutschen Industrie für die deutsche Regierung ein Versuch, die Uebertragung der in den Gebieten der Ueberproduktion überflüssigen Produktionsmittel von Deutschland aus zu bewerkstelligen. Wir sehen: Die wirtschaftspolitischen Bestrebungen kreuzen sich und zeigen einen ähnlich chaotischen Zustand wie die kapitalistische Weltwirtschaft selbst.

Notizen.

Demokratische Kulturreaktion.

Muckerprozesse.

GGL. Die Bourgeoisie erlebt von Zeit zu Zeit Sensationsprozesse, in denen der wundeste Punkt des bürgerlichen Individuallebens erörtert wird: die Erotik. In der sexuellen Sphäre wirken sich die Nöte und Widersprüche der Klassengesellschaft dem Einzelbürger, der sonst keine Not leidet, am fühlbarsten aus. Die allgemeine und individuelle Verworfenheit treten hier konzentriert und ins Erotisch-Psychologische erhoben problematisch in Erscheinung. Diesen Erscheinungen aber, dieser Hölle der Gesellschaft will man nicht ins Gesicht sehen. „Das Laster", offiziell anerkannt, hat seinen Bannkreis — im übrigen aber will man um jeden Preis den Schein der Moralität wahren, wenigstens vor der Oeffentlichkeit. Unter sich und zu Hause drückt man ein Auge zu. Da aber, wo auch nur ein Schein von Unmoralität öffentlich zutage zu treten droht, fühlt man sich nicht mehr sicher und macht den oft sehr vermeintlichen Verstößen gegen die „Sittlichkeit" den Prozeß. Ein Sittenkodex mit einer Reihe von Paragraphen ist dazu als Handhabe vorgesehen.

So erlebten wir in den letzten Monaten unter anderen vor allem zwei wichtige Prozesse: Einen gegen den „Jugendverführer" Gustav Wynecken und den Reigenprozeß.

Solche Prozesse haben immer großen Zulauf von einem gewissen, hauptsächlich weiblichen Publikum, dem sexuelle Sensationen Lebenselement sind.

Wyneken, der Gründer der freien Schulgemeinde Wickersdorf, einer Schulgemeinde, die sich außerhalb des Rahmens des hergebrachten bürgerlichen Schulbetriebes stellt und deshalb nur ungern geduldet wird — in der sozialistischen Republik hatte sie keinen leichteren Stand als in der wilhelminischen Aera, — (Wyneken selbst, von der Novemberrevolution ins Kultusministerium berufen, mußte dieses sehr bald verlassen), wurde angeklagt wegen Vergehens gegen § 176 (Verführung Minderjähriger).

Hier soll nicht zum Erziehungssystem Wynekens Stellung genommen werden. Es gehört zweifellos zu den seltenen Werken der Uebergangszeit, deren letztlich noch bürgerliche Geistigkeit manche wertvolle Zukunftselemente enthält, so sehr sie auch romantisch durchsetzt ist. Wyneken steht politisch nicht auf dem Boden des Kommunismus, er verfiel sogar seinerzeit der Kriegsromantik, ging selbst als Freiwilliger ins Feld und schickte dorthin seine Freunde und Schüler. Für die Bourgeoisie der deutschen Republik aber genügt schon, daß Wynekens Schulgemeinde ein Erziehungsideal verwirklichen will, dessen besten Sinn einer neuen Schüler- und Lehrergemeinschaft dem Autoritätsbegriff der Klassengesellschaft ins Gesicht schlägt. Sie versteht und legt auf ihre Weise die Gefahr aus, und in Todesangst darüber, daß die Schulgemeinde — für sie eine nebensächliche Sache — auf den Religionsunterricht verzichtet, zeigt ihr das Heil der Gesellschaft gefährdet.

Man wagt aber doch nicht, offen den reaktionären Kurs zuzugeben und die Schule einfach zu verbieten. Da aber jede Opposition, jeder, aber auch jeder Versuch, die an allen Ecken und Enden unzulänglich gewordenen öffentlichen Institutionen wenigstens zu reparieren, der Regierung ein Dorn im

Auge ist und unterdrückt werden muß, so geht man auf jede mögliche Weise den „Neuerungssüchtigen Elementen" zu Leibe. Jedes Mittel ist dazu gut; je weniger es direkt die Sache selbst trifft, umso besser. Darum mußte auch hier die Sphäre der Erotik herhalten. Man hatte auf die Weise noch die Sensation für sich. Die Jugend ist in Gefahr! Wynecken als Päderast entlarvt! Wyneken gab in der Gerichtsverhandlung unumwunden zu, daß seine „Schulrevolution" sich tatsächlich auf der Freundschaft zwischen Lehrer und Schüler, zwischen Mann und Knaben aufbaut, einer Freundschaft, deren erziehe rischer Wert und Erfolg in einem gewissen Alter der Knaben auf erotischer Grundlage beruht. Einer schmutzgewohnten und im erotischen Sumpf vegetierenden Klasse war damit eine höchst zweideutige Perspektive eröffnet. Die Reinheit der Motive des Lehrers Wynecken konnten auf der Plattform dieser Ankläger, Richter und Zuhörer nur bezweifelt werden. Und so wurde Wynecken, ein Mann der lautersten Ziele, für den seine Schüler als Zeugen einstanden, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und seine Schule liquidiert. Für uns bedeutet dies Urteil, daß in der Klassengesellschaft keine Institution zu reparieren ist — jeder Neuerungsversuch wird systematisch unterdrückt und muß an irgendeinem Punkt scheitern.

Auch die dauernde Opposition gegen den Stadtschulrat Paulsen, der gegen den zähen Widerstand der Rechtsparteien gewählt wurde, und den seine Gegner auf alle Weise an fruchtbringender Arbeit hindern, beweist die Unmöglichkeit einer ernsthaften Neuordnung des Schulwesens. Dem Worpsweder Maler und Kommunisten Vogeler, hatte man nicht nötig, auf dem Umwege eines Sittlichkeitsverfahrens beizukommen. Man verbot ohne weiteres die Arbeitsschule, die er in der Nähe Bremens führte. Der Protest der Bremer-Arbeiter gegen dies unerhörte Vorgehen der Reaktion in einer „sozialistischen, freiheitlichen Republik" war erfolglos.

•

Der zweite Prozeß richtete sich gegen die Aufführung des „Reigens". Angeklagte waren die Direktion und elf Schauspieler des Kleinen Schauspielhauses. Hier waren Sensation und Zulauf noch größer, dem Schauspiel entsprechend, das abgeurteilt werden sollte. Nach der Tragödie Wynecken, in der eine ganze Lebensaufgabe und -Arbeit zunichte gemacht werden sollte, ein heiteres Satyrspiel, eine Groteske, die die Naivität und Borniertheit gewisser Kreise in den höheren Schichten Deutschlands in ebenso belustigender wie für den Ankläger, das Ministerium für Kultus und Sittlichkeit in beschämender Weise ans Licht bringt. Mit Zeugen, die besagtes sittenverderbendes Stück überhaupt nicht gesehen haben und solchen, die ausdrücklich zu dem Zweck, Anstoß zu nehmen, von dem Regierungsvertreter Brunner auf Freibilletts hingeschickt wurden, soll die Unsittlichkeit des Stücks wie der Akteure erwiesen werden. Um das Niveau der für die deutsche Sitte und Tugend verantwortlichen Instanzen und sich edler Sitten rühmender Gesellschaften zu kennzeichnen, sei nur zitiert die Zeugenaussage einer Jungfrauenvereinsdame: „Die kommende Generation wird durch die Aufführung des Reigens vernichtet — natürlich kann sie sittlich hochstehenden Personen wie den Mitgliedern eines Jungfrauenvereins nichts anhaben." Die Verhandlung ergab, daß der Prozeß nur ein Vorwand der reaktionären Kreise war, um einen politischen Kampf und eine antisemitische Hetze zu inszenieren.

Hier wurde einmal die Reaktion vor der ganzen Welt lächerlich gemacht und das Urteil lautete auf Freisprechung. Diesen Freispruch macht die bürgerliche Presse sich zunutze und feiert Arthur Schnitzler als Helden und Sieger im Kampf gegen die finstere Reaktion. Gewiß: Er hat die von der christlichen Mission nicht wegzubetenden schamlosen Wirrungen und Irrungen der erotischen Beziehungen in der guten Gesellschaft schonungslos enthüllt und der ehrliche Teil der bürgerlichen Zuschauer muß die Fratze anerkennen als ihr Spiegelbild. Diese Fratze zu zeichnen ist noch keine revolutionäre Tat — das konnten schon andere vor und neben ihm, vielleicht nicht so konzentriert und unverbrämt. Aber kein Hauch revolutionären Geistes weht in diesem Stück, das wohl Klagen und Jammern der „Edlen" über Sittenverderbnis auslösen kann, in dem aber der Verfasser nicht als Ankläger der herrschenden Klasse unerbittlich ausagt, daß die Demoralisation, die er

schildert, nur auf der Grundlage der Ausbeutungswirtschaft möglich ist, die die Käuflichkeit aller menschlichen Werte, Seele wie Körper in sich schließt. Dem Abbild solcher Demoralisation steht der honette und tugendhaft sich geberdende Bürger ebenso hilflos gegenüber wie der Staatsanwalt und die Wohlfahrtsinstanzen, die einen „Sittlichkeitsverständigen" abordnen müssen, um festzustellen, was für das „Durchschnittsempfinden" gut und böse sei.

Deutsche Universitäten.

Der Rektor der
Friedrich-Wilhelm-Universität.

Verfügung.

Die an der Universität bestehende Studentengruppe der KPD. wird, weil ihr Bestehen die akademische Disziplin gefährdet, hierdurch gemäß § 41 der Vorschriften für die Studenten vom 1. Oktober 1914 auf die Dauer eines Jahres verboten. gez. Nernst.

Diese Verfügung hängt am schwarzen Brett der Berliner Universität.

Die kommunistischen Studenten verbreiten dazu ein Flugblatt, worin sie Protest erheben. Kommunistische Studentenvereinigungen werden aufgelöst, weißgardistische zur Ermordung von Arbeitern immer neu gebildet.

Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft.

Am Sonntag, den 20. November, fand im Reichstag eine Sitzung der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft" statt, die sich nach einem Referat Paul Levis auf folgende Leitsätze einigte:

Die KAG. erstrebt nicht die Gründung einer eigenen Partei; sie glaubt vielmehr, daß bei dem selbstverschuldeten Schicksal der KPD. und dem zurückgegangenen Ansehen der Kommunistischen Internationale die kommende Heranbildung der großen revolutionären Massenpartei nicht im Wege der Spaltung, sondern im Wege der Zusammenfassung erfolgen wird. Hält die KPD. fest an der Politik, die sie sich auf der letzten Zentralausschußsitzung gegeben hat, führt sie diese Politik ehrlich und nicht zur Erreichung taktischer Parteiinteresseren durch, so läßt sie auf die Dauer keinen Spielraum zwischen ihr und dem, was die übergroße Mehrheit der USP.-Arbeiter und ein großer ehrlicher, revolutionärer der SPD.-Arbeiter wollen.

Soll aus diesen Verhältnissen heraus, die große revolutionäre Partei auch organisatorisch entstehen, und soll die KPD. dabei eine ausschlaggebende Rolle spielen, so muß sie folgende Voraussetzungen erfüllen, die ihr das nötige Ansehen und Vertrauen in den Massen wiedergeben würden:

1. Völlige materielle Unabhängigkeit von der Kommunistischen Internationale.
2. Unterstellung aller von auswärtigen kommunistischen Organisationen (auch Organe der Kommunistischen und Roten Gewerkschaftsinternationale) erscheinenden Literatur unter die Mitkontrolle der deutschen Parteileitung.
3. Sicherheit gegen alle offenen oder verdeckten organisatorischen Eingriffe des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale neben, außerhalb oder gegen die deutsche Partei.
4. Programmatische Festlegung einer Politik, die die Zusammenarbeit aller revolutionärer Arbeit in Deutschland ermöglicht, unter ausdrücklichem Verzicht auf alle putschistischen Bestrebungen im Sinne der Märzaktion.
5. Festlegung einer Gewerkschaftspo....., die unbeschadet aller revolutionären Ziele die organisatorische Einheitlichkeit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften aufrechterhält.

*

Wir veröffentlichen vorläufig diesen Bericht, der uns nach Redaktionsschluß zukommt und werden in der nächsten Nummer der Zeitschrift kritisch dazu Stellung nehmen. **Red. d. Internat.**

Der Weg der KAP.

Die KAP. und die AA.-Union erläßt einen Aufruf, darin heißt es zunächst ganz richtig:

Proletarier! „Seid ihr Tollköpfe? Soll das Spiel so weitergehen? Wollt

ihr langsam verrecken wie die Hunde? Proletarier! Seit Jahren schleppen wir uns mühsam von einem Tage zum anderen. Die bitterste Not ist unser Begleiter. Die schwerste Arbeit ist unser Los. Der frühzeitige Tod ist unsere Zukunft. Unser Leben ist die Hölle!" „Grausam und gründlich lehrt uns die Bourgeoisie, was es heißt, Proletarier zu sein. Grausam und gründlich zwingt uns die Bourgeoisie zum Kampf, zum Widerstand, zum Angriff." Wir wollen ihr eine ebenso grausame und gründliche Antwort geben! kündigt dann der Aufruf an und verspricht den Kampf ums Ganze ums Gemeineigentum „auf Leben oder Tod zu Ende führen." „Auf zum letzten Gefecht." Wie? Nun einfach so: „Zerschlagt alles, was euch im Wege steht!" . . . .

Auslands-Chronik.

AR. (Ueber die Washingtoner Konferenz siehe weiter oben den Artikel von K. M.)

Frankreich hält trotz aller englischen Proteste an seinem Abkommen mit der Türkei fest. Die Franzosen haben Kemal Pascha eine Anleihe zugesichert und räumen demnächst Cilicien. England möchte nun die Amerikaner für die orientalische Frage interessieren. England regt an, daß Amerika den Schutz der Christen in Cilicien übernimmt, die Frankreich den Türken ausliefere. — In der albanischen Frage hat der Völkerbundsrat die Ansprüche Jugoslaviens zurückgewiesen. Es bleibt aber sehr zweifelhaft, ob die südslavische Regierung wirklich die besetzten Stücke Albaniens wieder räumen wird.

•

Die Reparationskommission hat in Berlin geweilt und hier festgestellt, daß Deutschland angeblich in der Lage ist, seine nächsten Zahlungsverpflichtungen restlos zu erfüllen. Immer wieder erklärt die französische Presse, daß man Deutschland auch nicht einen Pfennig nachlassen werde. Gegen das Wiesbadener Abkommen hat England schüchterne Einwendungen erhoben. Die Stinnesreise nach London hat den Zweck, gewisse Verbindungen zu stärken, die zwischen der deutschen Schwerindustrie und englischen Kreisen schon längst bestehen. Auch der Plan einer gemeinsamen Durchdringung Rußlands durch das englische und deutsche Kapital taucht neu auf. Frankreich bekämpft all diese Projekte aufs schärfste, weil es immer noch das Ziel verfolgt, die deutsche Industrie zu übernehmen. Falls aber England sich aktiv an der deutschen Industrie interessiert, wäre die Durchführung solcher französischer Raubpläne äußerst erschwert, besonders im Hinblick auf die Ergebnisse von Washington. Curzons letzte Rede war sehr deutlich.

Sowjetrußland hat den Einfall der Petljura-Banden siegreich zurückgeschlagen. Eine Klärung des russischen Verhältnisses zu Polen und Rumänien ist aber immer noch nicht erfolgt. Der Vorschlag der Sowjetregierung, eine internationale Konferenz zur Erörterung der Frage der russischen Schulden abzuhalten, findet in Frankreich unbedingte Ablehnung, während England Ausflüchte macht.

•

Die Krise des britischen Weltreichs verschärft sich. In Indien ist es anläßlich des Eintreffens des englischen Thronfolgers zu revolutionären Aufständen gekommen. Die Verhandlungen zwischen England und der ägyptischen Regierung sind gescheitert. Und auch eine Lösung der irischen Frage ist ferner denn je.

In Marokko ist die spanische Offensive wieder ins Stocken geraten, und erfolgreiche Gegenangriffe der Eingeborenen haben eingesetzt.

Das Habsburger Abenteuer in Ungarn ist vorläufig erledigt, Karl und Zita sind von der Entente nach Madeira geschafft worden. Auf der anderen Seite hat die große Entente ein militärisches Vorgehen der kleinen Entente gegen Horthy-Ungarn zu verhindern gewußt. Den Deutsch-Oesterreichern ist es gelungen, einen Teil des Burgenlandes zu besetzen, während Oedenburg mit Hilfe einer Volksabstimmung für Horthy-Ungarn gerettet wird. Schon aber stärkt sich die Stellung der Legitimisten und Ungarn wieder bedeutend. In den letzten Tagen kam es in Budapest schon zu großen Tumulten deshalb.

Die internationale Gesamtlage hat sich ohne Zweifel verschärft, da sowohl in Washington der Gegensatz Amerika-

Japan in seiner ganzen Größe sich aufgetan hat, als auch der englisch-französische Interessengegensatz sich immer schwerer durch das Ententeverhältnis überbrücken läßt.

Bücherschau.

Parvus „Aufbau und Wiedergutmachung“ (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin 1921. 257 Seiten).

Vor 15 Jahren schrieb Parvus eine Broschüre: „Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch“. Heute veröffentlicht er ein Buch: „Aufbau und Wiedergutmachung“. Jene Broschüre diente dem Nachweis, daß der Imperialismus zum Zusammenbruch des Kapitalismus führe. Dieses Buch soll beweisen, daß aus dem zusammengebrochenen Kapitalismus Deutschlands nur neuer Imperialismus herausführe. Das kleine unscheinbare Heft von anno dazumal und das gutausgestattete Buch von 1921 aus dem Parvus-Verlag: sie zeigen auch äußerlich den verdienstvollen Weg des sozialistischen Renegaten.

Damit ist nicht gesagt, daß das Parvussche Buch — eine Sammlung bereits früher in der „Glocke“ und den bürgerlichen Zeitungen erschienener Leitartikel, nicht manche zutreffende Bemerkungen enthält. Parvus ist einsichtig genug, um nicht — gleich Hilferding — die Gesundung der deutschen Industrie in Gegensatz zur finanziellen Zerrüttung des Reiches zu stellen: für ihn ist der finanzielle Bankrott des Staates der Ausdruck und eine der Erscheinungsformen des sich trotz aller scheinbar widersprechenden Oberflächenbewegungen durchsetzenden Zerfalls des deutschen Kapitalismus. Anders auch als unsere Liquidatoren stellt er seine Vorhersagen über die zukünftige Wirtschaftsgestaltung nicht allein auf Mannesmann-Jahresberichte ab: er weiß, daß die vergängliche Blüte der deutschen Industrie wuchs und wächst aus ihrer Zersetzung, daß sie Hand in Hand geht mit abnehmender Produktivität der Arbeit.

Aber alle alte marxistische Schulung macht Parvus zu keinem Marxisten mehr. Denn er hat längst aufgehört, die Marxsche Methode und Kritik — unabhängig von allen Augenblicks- und Ewigkeitsrücksichten der bürgerlichen Gesellschaft gegen sie anzuwenden. Er sucht die Erkenntnis der Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft nicht damit diese Erkenntnis der Leitfaden werde für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft im Kampfe des Proletariats, sondern damit sie dazu helfe, den Kapitalismus zu festigen durch eine bessere „vernünftige“ Organisation, die die Arbeitenden neu in ihr Joch spannt. Der wirtschaftliche Zerfall des kapitalistischen Deutschlands ist ihm nicht Ausgangspunkt für die Schaffung neuer Produktionsverhältnisse anstelle der zu enggewordenen des Kapitals, er ist ihm politisches Mittel, um deutsche Industrielle und Entente-Imperialisten für sein großes Projekt zu gewinnen, von dem er nicht nur neue Geschäftigkeit für sich und Gewinne für seine Unternehmungen erhofft, sondern Gesundung und Aufblühen der ganzen kapitalistischen Weltwirtschaft: für seinen Plan eines internationalen Finanz- und Industriekonzers.

Mit der zähen Hartnäckigkeit und der reichen Fantasie eines Utopisten jagt Parvus seinem Projekte nach.

Dem Weltkonzern sollen sich alle industriellen und finanziellen Unternehmungen der Entente und Deutschland anschließen, ohne daß sie dadurch ihre Selbständigkeit verlieren. Der Konzern erhöht dadurch das zusammengefaßte Gesamtkapital aller Landesbeteiligungen um 20 Prozent durch eigene Emissionen. Diese 20 Prozent sollen der Anteil der verschiedenen Staaten sein, die als Engelt dafür die Garantie der Verzinsung der angeschlossenen Kapitalien zu übernehmen haben. In letzter Linie haftet die deutsche Entschädigung für die Verzinsung. Wird der Plan verwirklicht, dann wird Nordfrankreich wieder aufgebaut, die Wiedergutmachung wird ein Kinderspiel, dann werden französische Militaristen Lämmer und alle imperialistische Feindschaft verschwindet auf Erden. — Selbst Washington wird überflüssig. Und vor allem eines: die deutschen Kapitalisten finden — einmal als gleichberechtigte Partner im Weltkonzern zugelassen — Anschluß an den Weltimperialismus. Sie verwandeln die Reparationen aus Goldleistungen in Sachlieferungen und erahlten, was ihnen vor allem Not tut: Kredit.

Kredit für das deutsche Kapital und Imperialismus als internationales Kompagniegeschäft — das dem Weltkapital als vorteilhaft einzureden, dazu hat Parvus sein Buch veröffentlicht. Aber wenn es fürs erste nicht mit der Entente gelingt, so muß es ohne sie gehen. Dann muß der Kern des Weltkonzerns, um dessentwillen Parvus seinen ganzen Plan erfunden hat, der deutsche Industrie- und Finanztrust, zunächst allein zur Welt kommen. Den deutschen Trust organisiert Parvus ähnlich dem Weltkonzern. Alles Finanzelend, alle schlechten Steuern, die doch nur das Kapital und die Arbeiter gleichmäßig bedrücken — sagt Parvus — haben ein Ende. Parvus berechnet genau die Rentabilität und die Börsengüte der Trustpapiere wie seine industrielle Leistungsfähigkeit. Mit Milliarden spart Parvus dabei nicht. Auch das Reich bekommt zur Abwälzung aller Steuerverpflichtungen der Industrie ein paar von ihnen ab.

Man sieht: Parvus ist der Vater aller jener Pläne und Kreditaktionen der deutschen Kapitalisten, der Golderfassung durch den Staat zu entgehen und durch trustmäßige Zusammenfassung aller Unternehmungen den Staat sich zu unterjochen. Wenn heute Stinnes in London mit Lloyd George über die gemeinschaftliche englisch-deutsche Ausbeutung Rußlands berät, so kann er sich auf den Sozialdemokraten Parvus berufen.

Und die Arbeiter? Parvus denkt auch an sie. Nicht nur, indem er für sie die Phrasen von völkerbefreienden Sozialismus, von Weltfrieden und Weltabrüstung bereit hat; nicht nur, indem er, wie der große Napoleon seine Veteranen an frühere Siege, die deutschen Arbeiter an ihre Siege über den Zarismus im Dienste des Imperialismus erinnert.

Er verspricht ihnen Achtstundentag, Ruhe und Ordnung, wenn es erst dem Kapital wieder gut geht. Aber dann werden sie sein, was sie waren: Anhängsel und mehr als je Ausgebeutete der kapitalistischen Maschinerie.

Das Parvussche Buch ist um so gefährlicher, als trotz aller Gegensätzlichkeiten der imperialistischen Mächtegruppen Tendenzen internationaler Konzernbildungen zur Niederhaltung der Arbeiter, zu kapitalistischer Ausbeutung und Niederhaltung Rußlands vorhanden sind. Wiesbaden, die Stinnesreise nach London sind erste Ansätze dazu. Parvus, der Berater Fritz Eberts und der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie sucht die Arbeitermassen für die diese Unterdrückungsziele des Kapitals einzufangen, ihren Widerstand gegen jene Tendenzen von vornherein abzustumpfen.

Mit dem Satz: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch", schließt Parvus sein Buch. Gewiß, die Proletarier sollen und müssen sich vereinigen — aber zum Kampfe gegen den Kapitalstaat und Trustkapital, gegen Stinnesierung und kapitalistische Unterjochung des Staates, gegen scheinsozialistische Phrasen und Renegatentum für den Aufbau der Wirtschaft im Kommunismus. E. Ludwig.

*

Carl Schmitt-Dorotic, Die Diktatur.

Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf. München und Leipzig. Verlag von Duncker u. Humblot, 1921. 211 Seiten.

Der Verfasser, Privatdozent an der Universität Straßburg, bietet eine gründliche, rechtswissenschaftliche Untersuchung dieses, wie er betont, zentralen Begriffes der Staats- und Verfassungslehre, nicht eine rein terminologische Orientierung; sondern an der Hand geschichtlichen, rechtswissenschaftlichen und philosophischen Materials zeigt er die durch den politischen Sprachgebrauch gegebenen wesentlichen Momente zur Präzisierung des wichtigen Begriffes der Diktatur. Besonders die historischen Abschnitte von der Renaissance bis über die französische Revolution hinaus, werden eingehend behandelt; die Darlegung der Entwicklung dieses Begriffes im systematischen Zusammenhang mit der Philosophie des 19. Jahrhunderts und im politischen Zusammenhang mit den Erfahrungen des Weltkrieges durch den Verfasser steht noch aus. Sein Interesse an der hier vorläufig abgeschlossenen Arbeit hat sich nach seiner eigenen Angabe nicht erst an den gegenwärtigen Diskussionen über Diktatur, Gewalt oder Terror entzündet; auf die Auseinandersetzungen zwischen Kautsky einerseits und Lenin, Trotzky und Radek andererseits kommt er nur im

Vorwort zu sprechen. Dennoch leuchtet ein, daß auch eine geschichtlich-juristische Analyse, die sich um systematische Zusammenhänge bemüht, wenn sie vielleicht auch nicht eigentlich schöpferisch zu sein vermag, bei einem derart wichtigen Stoffe Gutes und Anregendes zutage fördern muß.

Natürlich beweist der Versuch der Begriffspräzisierung auch wieder, auf wie schwankendem Grunde alle Etikettierung der im Flusse befindlichen weltgeschichtlichen Tatsachen ruht. Mit der Terminologie unserer Zeit und der Vergangenheit suchen wie die künftige Gestaltung der Dinge zu erfassen und füllen neuen Wein in alte Schläuche. Mag es noch angehen, wenn wir von „proletarischer Ethik" reden, so muß die Zusammenstellung „proletarischer Religion" doch über das Wesen der Religion, wie wir es geschichtlich erkennen, nur schädliche Verwirrung stiften. Können wir den Ausdruck „Arbeitsschule" für die kommunistische Schule der Zukunft wohl mit Nutzen in Anspruch nehmen, so ist doch ihre Kombination mit der „Einheitsschule" nur geeignet, zur Konservierung von Rückständigkeiten, die die Entwicklung in Fesseln schlagen. Unsere Taktik bei Anwendung überkommener Begriffe kann gar nicht sorgfältig genug sein. Vorliegende Schrift veranlaßt uns namentlich zu Ueberprüfung der Begriffe der proletarischen Diktatur und der proletarischen Demokratie in dieser Hinsicht.

Als wesentliches Ergebnis der Arbeit, das den Begriff der Diktatur einer rechtswissenschaftlichen Erörterung überhaupt erst zugänglich macht, sei hier die Unterscheidung von kommissarischer und souveräner Diktatur angeführt. Bezüglich der ersteren beruht die Allmacht des Diktators auf der Ermächtigung durch ein verfassungsmäßig bestehendes, konstituiertes Organ. Die proletarische Diktatur hat nicht den konkreten Zweck, eine bestehende demokratische Verfassung zu sichern und womöglich in abstrakter Reinheit wiederherzustellen; ihr würde der Begriff, der souveränen Diktatur mehr entsprechen. Jeder Diktatur aber ist das Merkmal des Ausnahmezustandes, des Ueberganges, eigen. Nichts anderes haben auch Marx und Engels sich gedacht, wenn sie von der Diktatur des Proletariats sprachen. Dennoch mündet sie keineswegs in einen Zustand der absoluten Herrschaftslosigkeit ein. Eine höchste Machtinstanz ist auch zur Regelung der sozialistisch-kommunistischen Produktion erforderlich. Die Diktatur des Proletariats, soweit sie „abstirbt", richtet sich nur gegen die kapitalistische Eigentumsordnung, streng genommen.

Die ökonomische Geschichtsauffassung des Marxismus beruht übrigens nicht durchaus auf der Vorstellung des Klassenkampfes als der Triebkraft der Geschichte, sondern, worauf auch der Verfasser hinweist, noch stark auf Naturalvorstellung der „organischen" Entwicklung, die die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Umwälzung erst völlig „reif" werden läßt. Die Bourgeoisie ist eine durch die Geschichte dem Untergang geweihte Klasse. Sie hat eigentlich nicht das Recht (Naturrecht!), sich zu wehren, und das Proletariat nicht das Recht, Gewalt anzuwenden, es sei denn aus Notwehr, während eines Ausnahmezustandes, einer Diktatur, die ihrer Natur nach ein Uebergang ist.

H. Erwin.

Adresse für Zusendungen: VIVA, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H. (Frankes Verlag / Seehof & Co.-Verlag). **Berlin SW., Blücherplatz 2 — Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthalerstr. 38.** Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet. — Für den Inhalt verantwortl.: Aug. Thalheimer-Berlin. Druck: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 48.

Die Internationale

Jahrg. 3 Ausgegeben 15. Dezember 1921 Heft 18/19

Unten und oben.

□ Berlin, 11. Dezember.

Seit der Konferenz der Berliner Betriebsräte, die wir als hoffnungsvolles Zeichen der wachsenden Einsicht der Arbeiterschaft in die Notwendigkeit der Bildung einer einheitlichen Kampffront um bestimmte nächste Teilforderungen begrüßten, sind eine Reihe von Tagen ins Land gegangen. Es ist notwendig zu prüfen, welche wirklichen Fortschritte in der eingeschlagenen Richtung gemacht worden sind.

Aeußerlich besehen ist kein Schritt vorwärts geschehen. Ja, es könnte scheinen, daß die Bewegung eher rückwärts gegangen sei. Damals schienen Vereinbarungen der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften über die einleitenden Schritte einer gemeinsamen Aktion und über die ihr zu steckenden Ziele greifabr nahe, heute sind sie unzweifelhaft wieder in weitere Ferne gerückt. In Wirklichkeit haben wir zwei Bewegungen entgegengesetzter Art zu verzeichnen, deren ständige Wechselwirkung die wirkliche Bewegung ergibt. Einerseits der Drang der Massen von unten her, zu einer Kampfgemeinschaft um naheliegende Ziele zu gelangen, andererseits der zähe, ja verzweifelte Widerstand der Instanzen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien, diesem Druck von unten nachzugeben.

Jenen sitzt die Furcht im Nacken, daß die Bewegung, einmal eingeleitet, weiter führen könte, als sie gehen wollen. „Das erste steht uns frei, beim zweiten sind wir Knechte.“ Die Herrschaften wissen nur zu gut, daß dieser Druck von unten her eine verteufelt ernste Sache ist. Und so haben sie auf den ersten schüchternen Schritt von unten her, eben auf die Berliner Betriebsräteversammlung mit verzweifelten, brutalen Manövern geantwortet. Wir meinen den „Enthüllungsfeldzug“ des „Vorwärts“ gegen die Kommunisten, der auch die unabhängigen Instanzen ins Schwanken brachte. Die Partei hat dieses Manöver so pariert, wie es pariert werden mußte. Sie hat ihre Reihen fest geschlossen, sie hat auf den Streich aus dem Hinterhalt mit einem klaren Hinweis auf den Sinn dieses Manövers geantwortet, und sie hat mit aller Offenheit gesagt, daß sie die Fehler vom März. soweit es Fehler waren, politisch korrigiert hat. Aber sie hat dem künstlich rasenden See der Stinnesverbündeten kein Menschenopfer hingeworfen, wozu im besten Falle törichte Schwäche, im schlimmsten Verräterei raten konnte — und vor allem sie hat den Dolchstoß, der gegen den Rücken der proletarischen Kampffront gerichtet war, mit einem verstärkten Appell an die Massen beantwortet. Es gehört in das Bild dieser Episode,

daß der rechtsunabhängige Flügel und die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ den mehrheitssozialistischen Instanzen dabei wacker sekundierte — das letztere Item hat übrigens die Klarheit über den politischen Charakter dieser Gruppe von Offizieren ohne Mannschaft in wünschenswertester Weise gefördert —, während der linke Flügel der Unabhängigen es ablehnte, dieses Manöver mitzumachen und während selbst in der sozialdemokratischen Partei da und dort der offene Widerspruch dagegen sich laut machte.

Wenn indessen dieses brutale Manöver unfreiwilliges Zeugnis ablegt von dem Ernst des Dranges der Massen nach Vereinigung zum Kampf und von dem steigenden Einfluß, den unsere Partei gewinnt, in dem Maße, wie sie sich zum Träger dieses Willens macht, so ist andererseits dieser Drang noch nicht stark und sicher genug, um sich nicht für eine kurze Zeit ablenken, verwirren und zurückwerfen zu lassen.

Und um die Hindernisse, die die Instanzen ihm in den Weg legen, zu überwinden, muß dieser Drang noch gewaltig an Wucht und Zielsicherheit gewinnen. Die Wucht können in letzter Linie nur die Erfahrungen der Massen selbst schaffen — aber die Kommunistische Partei ist kein unbeträchtlicher Faktor, um die elementaren Massenkräfte zu vereinigen. Und um die Klarheit über das Ziel zu schaffen, ist nur sie da.

Bei aller kurzsichtigen Beschränktheit mußten sich diese Instanzen jedoch schließlich sagen, daß die Aktenschränke Weismanns allein auf die Länge kaum ausreichen, um die schwellende Flut von unten abzudämmen und so versuchen sie es gleichzeitig mit einem anderen probaten Mittel, den Massen scheinbar entgegenzukommen, und sie mit einem Schein abzuspeisen. Diesem Zweck diente der Betriebsrätekongreß der Metallarbeiter zu Jena, bei dem die Dißmann, Hilferding, Lederer, Hue auf das Schwerkapital losdonnerten, im Luftreich der Theorie die schönsten Perspektiven entwickelten, um am Ende das Eine abzuwenden, worauf es ankam und ankommt: die Mobilisierung der Massen. Den Betriebsräten wird bedeutet, daß der Kongreß mit der Einleitung wirklicher Kämpfe nichts zu tun habe, daß das außer seiner Sphäre liege. Die kleine kommunistische Fraktion wies deutlich genug auf den entscheidenden Punkt, aber es zeigte sich, daß die Massenspannung noch nicht stark genug war, um den geschlossenen Widerstand der gewerkschaftlichen Instanzen zu überwinden.

Von der Stärke und Zähigkeit dieses Widerstandes gibt Kunde ein vertrauliches Zirkular der Gewerkschaftsinstanzen, das die Bürokratie zum aktiven Widerstand gegen Teilstreiks der Arbeiterschaft aufruft und für diesen Widerstand Anweisungen gibt, die die bürgerliche Presse mit Recht als vollwertigen Ersatz für die geplante Schlichtungsordnung ansieht. Er gibt weiter davon Kunde, daß in den Steuerkommissionen des Reichstages die Sozialdemokraten es ruhig geschehen lassen, wie in die ohnehin illusorischen Besitzsteuern des Wirth-Kabinetts von den bürgerlichen Parteien ein Loch um das andere gerissen wird und daß sie für die nichts weniger als illusorischen Steuern auf den Massenverbrauch sich mit einem Eifer ins Zeug legen, der der vollen Anerkennung der Stinnes und Thyssen sicher sein darf. Bei der Umsatzsteuer — einem Riesenobjekt — konnten selbst die Breitscheid und Hertz nicht widerstehen. Ihr Eifer für die Balanzierung des Etats zugunsten der Reparation erwies sich als bei weitem stärker als ihr Wille, die kapitalistischen Vermögen und Einkommen zu entsprechend erhöhter Steuerleistung heranzuziehen und gar die Kontrolle der Preise und der Produktion durch die Arbeiterschaft erscheint ihnen

als ein wilder Traum, dem man allenfalls in einem Parteiaufruf seinen Platz gönnen kann, der aber in der Praxis nichts zu besagen hat. Inzwischen gehen die geheimen Verhandlungen über ein Kreditabkommen hinter den Kulissen ungestört weiter und es scheint, daß die Schwerindustrie durch Heranziehung der Gewerkschaftsbürokratie sich den Weg zum Verschlucken der Eisenbahn bahnen will.

Die Herren der Schweren Industrie und der Banken haben indessen so wenig Eile, der Ebertrepublik aus der Patsche zu helfen, wie England oder Amerika sich beeilen. Je höher die Flut der Republik an den Hals steigt, um so sicherer sind sie, an ihr Ziel zu gelangen, die, so sehr sie im Einzelnen einander widerstreben, letzten Endes doch alle darauf hinauslaufen, die arbeitenden Massen in Deutschland einer verschärften Ausbeutung zu unterwerfen und die deutsche Republik an Händen und Füßen zu fesseln, um sie bis auf die Haut zu scheren.

Daß die nach Wirth firmierende Kleinbürgerregierung der Republik weniger denn je daran denkt, den einzigen Rettungsweg zu beschreiten, der offen steht, den Appell an die Hilfe der Massen, um Schwerindustrie und Banken der Kontrolle der auf die Massen gestützten Kontrolle des demokratischen Staates zu unterwerfen und seinen Anteil am Kapitalprofit und am kapitalistischen Vermögen sich zu erzwingen, das wird noch mehr als durch die jüngste Rede des Dr. Wirth vor der Presse durch die Art der Zusammensetzung der Kommission bewiesen, die die „Kreditoperation" bewerkstelligen soll. Die Schwerindustrie und die Banken sind darin ausschlaggebend. Die demokratische Republik gebärdet sich als Lazarus, der der Brosamen harrt, die vom Tische des Reichen und Mächtigen abfallen.

Mit dieser erhebenden Rolle können sich allenfalls die Duodez-Staatsmänner und Staatswirte der Kleinbürgerschaft begnügen, aber nicht einmal die Masse des Kleinbürgertums kann sich auf die Länge damit abfinden und am allerwenigsten die Masse des Proletariats. Gegen die Sprache der Not helfen am Ende alle Nücken und Tücken der Instanzenpolitik nicht, und je länger die Instanzen sich sträuben, das Notwendige zu tun, um so teurer wird der Preis sein, den sie dafür werden bezahlen müssen. Wir Kommunisten könnten uns vom Standpunkt des Parteiegoismus dessen freuen, wenn das überhaupt ein kommunistischer Standpunkt wäre; aber es ist das Proletariat und mit ihm der ganze übrige Teil der Nation, der von seiner Hände Arbeit lebt, der mit jedem Tag des Zögerns immer schwerere Opfer zu bringen hat und dem zur physischen Not noch die schwere Gefahr droht, des letzten Restes der politischen Selbständigkeit beraubt zu werden. Und darum ist die Kommunistische Partei verpflichtet, den letzten Hauch daran zu setzen, um mit diesen Massen den Widerstand der Instanzen zu besiegen. Die Zähigkeit und die Verschlagenheit dieses Widerstandes soll uns Ansporn sein, unsere Kräfte zu verdoppeln. Daß dieser Weg schwer sein werde, war zu erwarten, daß er richtig ist, dafür bürgen die objektiven Tatsachen. Der Erfolg kann nur die Frucht beharrlicher Anstrengung sein, die sich weder ermessen läßt, wenn der Erfolg nicht auf den ersten Blick sichtbar ist, noch zu Handlungen der Ungeduld, zu isolierten Aktionen, greift, noch durch Ueberfälle aus dem Hinterhalt sich einschüchtern läßt.

Wir sind bei weitem noch nicht die Kraft, die wir werden müssen, um dieser unserer Aufgabe Genüge zu tun. Wir können das mit vollkommener Offenheit sagen. Aber das Trommelfeuer, das die „Instanzen" bei den ersten selbständigen Regungen der Massen gerade

gegen uns, die Kommunistische Partei, richten, enthält das tatsächliche Eingeständnis, daß die Entfaltung dieser Bewegung notwendig die Rolle des Kommunismus in den Massen verstärken muß. Wir quittieren für diese unfreiwillige, aber um so unverdächtigere Anerkennung, indem wir um so unbeirrter auf dem Weg fortfahren, den wir eingeschlagen haben.

Die Theorie und die Praxis des Liquidatorentums.

Zur Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft. (20. November.)

Von A. Thalheimer.

I. Die Theorie.

Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft hat seit ihrem Bestehen keine irgendwie nennenswerten Massen hinter sich zu bringen verstanden. Sie hat wohl auch erkannt, daß ihr der Weg an die Massen verschlossen ist, die heute stürmisch nach Vereinigung zum Kampfe gegen die Bourgeoisie drängen, und sie macht aus dieser Not eine Tugend. Die Resolution, die die Reichskonferenz der K. A. G. vom 20. November annahm, erklärt daher, „die K. A. G. erstrebt nicht die Gründung einer eigenen Partei . . .“ Von dieser Seite aus ist also die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft noch keine organisatorische Gefahr, aber sie ist organisatorisch eine schwere Gefahr, indem sie eine Scheidewand aufrichtet zwischen der Kommunistischen Partei und den sich radikalisierenden Arbeitern der SPD und USP. Sie ist ideologisch eine schwere Gefahr, indem sie unter der Maske des Kommunismus Gedanken vertritt, die mit dem Kommunismus nicht das Mindeste zu tun haben, die ihm schroff widersprechen, Gedanken, die sich dem Gehalt nach von denen Hilferdings oder Stampfers nur durch die kommunistische Drapierung unterscheiden und die letzten Endes auf die Auflösung der Kommunistischen Partei und die Aufgabe des kommunistischen Gedankens hinauslaufen. Es ist klar, daß diese zentristischen Ideen umso gefährlicher sind in einer Lage, wo die Kommunistische Partei eine gemeinsame Kampffront mit der USP. und SPD. zur Durchsetzung bestimmter Teilforderungen herstellen will und wo innerhalb der Partei eine ebenso klare und scharfe Grenze gegen rechte Abweichungen gezogen werden muß wie gegen linke Abweichungen. Der Weg, den die Partei begeht, führt auf einem schmalen Pfade zwischen rechten und linken Abweichungen hindurch und da müssen sichtbare Warnungszeichen ebenso nach rechts wie nach links angebracht werden. Das hat mit einer „Levitenhetze“ nicht das Geringste zu tun. Was erforderlich ist, ist eine klare politische Abgrenzung und, wenn nötig, werden auch organisatorische Folgerungen zu ziehen sein. Gerade im Interesse derer, die den Weg der Arbeitsgemeinschaft gehen oder mit ihr sympathisieren, ohne noch zu sehen, daß er zur Auflösung der Partei, zur Aufgabe der kommunistischen Grundsätze und am letzten Ende ins bürgerliche Lager führt, ist es absolut notwendig, die antikommunistische Theorie und Praxis der Kommunsitischen Arbeitsgemeinschaft schonungslos aufzudecken, um sie zu warnen vor dem Abgrund, dem sie blinden Auges entgegengleiten. Heute ist die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft die Waffengefährtin der Hilferding und Stampfer geworden, derer, die im Interesse der Stinnesleute die Pogromhetze gegen die Kommunistische Partei betreiben.

Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft nimmt für sich in Anspruch, den kommunistischen Gedanken in seiner Reinheit zu vertreten, gegenüber der Kommunistischen Partei-Organisation. Es wird sich zeigen, daß sie ebenso wie die kommunistische Organisation den kommunistischen Gedanken

und die kommunistische Methode liquidiert. Es sind allerlei mehr oder weniger gescheite Dinge gesagt worden über die psychologischen Gründe, die den einen oder anderen früheren Kampfgefährten in die Arme der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft geführt haben. Dies scheint uns eine ziemlich müßige Spekulation. Worauf es ankommt, ist die politische Charakteristik der Gruppe als Trägerin einer bestimmten Ideologie und als Verantwortliche für eine bestimmte politische Praxis. Damit allein haben wir es zu tun, und wir müssen es streng abweisen, wenn psychologische Gründe eine Brücke schaffen sollen zu einer Gruppe, die durch einen Abgrund vom Kommunismus getrennt ist, und es muß ganz klar sein, daß, wer politisch über diesen Graben hinübersetzt, sich dabei den Hals bricht.

1. Die theoretische Grundlage — die Stärkung des Kapitalismus.

Die Praxis des Liquidatorentums bedarf natürlich einer ökonomischen Grundlegung. Das Charakteristische des Liquidatorentums und aller reformistischer Bestrebungen seit den Tagen von Eduard Bernstein läuft darauf hinaus, die objektive Notwendigkeit der sozialistischen Revolution wegzueskamotieren. Das äußert sich gewöhnlich zunächst in der Voraussage, daß der Zerfall der Produktion, die Krise des Kapitalismus ein nicht so rasches Tempo annehme, als die Revolutionsromantiker es sich einbilden. Und letzten Endes verdichtet es sich zu der Leugnung der Widersprüche des kapitalistischen Systems überhaupt, die sich auswirken in wachsender Anarchie der Produktion und letzten Endes in einem Verfall der Produktivkräfte. Bernstein hatte bereits 1897 „bewiesen", daß die Zahl der Besitzenden sich vermehre, daß die kapitalistische Entwicklung nicht zu einer Verschärfung der dem System innewohnenden Widersprüche führe, sondern zu ihrer Abstumpfung, daß der Kapitalismus aus sich heraus Methoden der Anpassung und der Regulierung entwickele, durch die seine inneren Widersprüche überwunden und die ökonomischen Katastrophen unmöglich gemacht würden. Eduard Bernstein antwortete kurz darauf, die Wirtschaftskrise des Jahres 1900, und es läßt sich jetzt schon voraussehen, daß die arbeitsgemeinschaftliche Theorie der Neuerstarkung der kapitalistischen Produktivkräfte die wirtschaftlichen Tatsachen in sehr viel kürzerer Zeit antworten werden. Es knistert schon im Gebälk der Scheinkonjunktur.

Die ökonomische Methode Paul Levis ist die klassische Methode der Vulgärökonomie, und zwar einer Vulgärökonomie in so platter und seichter Form, daß selbst die intelligenteren Praktiker der kapitalistischen Wirtschaft nichts mehr damit zu tun haben. In der Rede, die Paul Levi auf der Reichskonferenz über die politische Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft hielt („Unser Weg", Heft 15), entrüstet er sich darüber, daß Karl Radek ihm vorwirft, er orientiere sich über ökonomische Verhältnisse großenteils aus Börsenblättern. Er antwortet darauf, Karl Radek wäre ein gründlicheres Studium der Börsenblätter zu wünschen. Er versteht offenbar gar nicht, um was es sich handelt. Karl Radek hat die Börsenblätter sicher auch sehr genau gelesen. Nur hat er sie nicht gelesen mit den Augen des Börsenmenschen, d. h. mit den Augen der Vulgärökonomie, sondern er hat sie als historischer Dialektiker und als wissenschaftlicher Oekonom gelesen. Den Unterschied zwischen der marxistischen und der vulgärökonomischen Betrachtungsweise mag Paul Levi bei Rosa Luxemburg nachsehen. Aber wir bezweifeln, ob er imstande ist, irgendetwas davon zu verstehen. Rosa Luxemburg schrieb im Jahre 1908 folgende Sätze über die vulgärökonomische Methode Eduard Bernsteins, die Paul Levi und seinesgleichen wie auf den Leib geschnitten sind.

„Es gibt nun freilich, bemerkt Rosa Luxemburg zu der Theorie Eduard Bernsteins von der „Anpassung" des Kapitalismus, einen Standpunkt, von dem alle behandelten Erscheinungen sich auch wirklich so darstellen, wie sie die Anpassungstheorie zusammenfaßt, nämlich den Standpunkt des einzelnen Kapitalisten, wie ihn die Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens, verunstaltet durch die Gesetze der Konkurrenz, zum Bewußtsein kommen. Der einzelne Kapitalist sieht vor allem tatsächlich jedes organische Glied des Wirtschaftsganzen als ein ganzes Selbständiges für sich, er sieht sie

auch ferner nur von der Seite, wie sie auf ihn, den einzelnen Kapitalisten einwirken, deshalb als „bloße Störungen" oder bloße „Anpassungsmittel". Für den einzelnen Kapitalisten sind die Krisen tatsächlich bloße Störungen und ihr Ausbleiben gewährt ihnen eine längere Lebensfrist, für ihn ist der Kredit gleichfalls ein Mittel, seine unzureichenden Produktivkräfte den Anforderungen des Marktes „anzupassen", für ihn hebt ein Kartell, in das er eintritt, auch wirklich die Anarchie der Produktion auf.

Mit einem Worte: die Bernsteinsche Anpassungstheorie ist nichts als eine theoretische Verallgemeinerung der Auffassungsweise des einzelnen Kapitalisten. Was ist aber diese Auffassungsweise im theoretischen Ausdruck anderes, als das Wesentliche und Charakteristische der bürgerlichen Vulgärökonomie. Alle ökonomischen Irrtümer dieser Schule beruhen eben auf dem Mißverständnis, daß sie Erscheinungen der Konkurrenz, gesehen durch die Augen des Einzelkapitals, für Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft im ganzen nehmen. . . . Die revisionistische Theorie im ganzen läßt sich also folgendermaßen charakterisieren: es ist dies eine Theorie der sozialistischen Versumpfung, vulgärökonomisch begründet durch eine Theorie der kapitalistischen Versumpfung."

Die ökonomische Theorie des Liquitatorentums ist eine Theorie der kommunistischen Versumpfung, vulgärökonomisch begründet durch eine Theorie der kapitalistischen Erstarkung.

Die Anfänge dieser Theorie reichen noch bis in den Herbst des Vorjahres zurück, wo Paul Levi und eine Reihe seiner heutigen Freunde bei Gelegenheit der Beratung des Aktionsprogramms der Vereinigten Kommunistischen Partei schon den überraschenden Gedanken entwickelten, daß die Stinnesierung und alles, was damit zusammenhänge, eine Neuerstarkung des Kapitalismus bedeutet. Diese Anschauung wurde damals scharf zurückgewiesen. Im Verlaufe eines Jahres ist sie das Grunddogma der Liquidatoren geworden. Die angeblichen oder wirklichen Tatsachen, auf die diese Theorie sich stützt, werden in dem Artikel von A. Friedrich kritisch behandelt. Hier handelt es sich für uns vor allen Dingen darum, die platte vulgärökonomische Methode dieser „Theorie" ans Licht zu setzen. Wir schicken noch voraus, daß, wenn dem so wäre, wie Paul Levi behauptet, daß der Kapitalismus in Deutschland erstarkt, d. h. daß der Kapitalismus aus eigener Kraft imstande ist, die Krise des Weltkrieges zu überwinden, jede objektive Unterlage für den Kommunismus schwindet. Der Kommunismus wird dann in der Tat frommer Wunsch, bloße Revolutionsromantik. Für den Kommunismus ist natürlich nicht entscheidend das Tempo des kapitalistischen Zerfalls, wohl aber die Richtung, d. h. die Tendenz zur Steigerung der kapitalistischen Anarchie in allen ihren Sphären, in der Produktion, in der Zirkulation und in der Distribution. Und wenn trotzdem Paul Levi sich noch eine revolutionäre Perspektive zurechtkonstruiert aus dem Widerspruch zwischen der angeblichen raschen Entfaltung der Produktivkräfte in Deutschland und der fortdauernden Krise in den umgebenden Siegerländern, so hat das alles mögliche mit der Psychologie des Renegaten zu tun, aber nicht das mindeste mit ökonomischer Theorie. Denn es ist klar, wenn ein so tief geschwächter Wirtschaftskörper, wie das deutsche kapitalistische System, aus eigener Kraft sich aus den kolossalen Zerstörungen des Krieges wieder zu erheben und seine inneren Widersprüche abzustumpfen, seine Krise zu überwinden vermag, so ist klar, daß die Siegerländer dazu ebenfalls imstande sein müßten, und zwar in noch viel stärkerem Tempo. Und weiter folgt daraus ganz allgemein, daß der Kapitalismus auch im Weltrahmen imstande sein muß, die Krise, in die er durch den Krieg geraten ist, aber die der Krieg nicht erst geschaffen hat, sondern die der Krieg nur vertieft hat, aus eigener Kraft zu überwinden und eine dauernde widerspruchslose krisenlose Neuregulierung zu treffen. Denn letzten Endes reduziert sich die Behauptung Paul Levis von dem Erstarken des deutschen Kapitalismus vermittelst der großen kapitalistischen Konzerne auf die Behauptung Bernsteins von der Möglichkeit für den Kapitalismus, seine inneren Widersprüche selbst auszugleichen. Ist das im nationalen Rahmen möglich, so muß es auch im internationalen Rahmen möglich sein. Objektiv ist damit nicht nur die

proletarische Revolution in Deutschland, sondern auch die Weltrevolution liquidiert. Sie wird ein subjektiver Wunsch, nicht mehr, und die politische Praxis, die auf Grundlage einer solchen Theorie folgt, wird zwangsläufig gegenrevolutionär. Das hat Bernstein erlebt, und das erleben wir heute schon bei den Liquidatoren in Deutschland.

Worauf stützt sich die Behauptung Paul Levis von dem Wiedererstarken der Produktivkräfte in Deutschland? Es ist nichts weiter als das vulgärökonomische Mißverständnis der augenblicklichen Scheinkonjunktur. Paul Levi beobachtete im Frühjahr 1919 auf der Fahrt von Berlin nach Frankfurt, daß damals kilometerlang auf der Strecke die kranken Maschinen standen. Er beobachtete heute, „die kranken Maschinen" stehen in Rußland noch (was nicht ganz stimmt. Red. d. Int.) und in Deutschland sind sie weg. Die Kohlenproduktion im August dieses Jahres betrug im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet genau so viel wie 1913, die Braunkohlenproduktion hat sich mehr als verdoppelt, es gibt fast keine Arbeitslosen mehr, ja, die deutsche Industrie beschäftigt heute mehr Arbeiter als selbst im Frieden. Die deutsche Industrie ist bei höchster Anspannung auf Quartale hinaus ausverkauft. Wir haben eine fieberhaft gesteigerte Produktion in Deutschland, die Produktionsbasis ist erweitert. Und der stärkste Beweis für die sich wieder hebenden Industriekräfte ist ihm die Tatsache, daß jetzt das Industrie- und das Bankkapital „die Hand ausstrecken nach dem größten staatswirtschaftlichen und überhaupt dem größten gewerblichen Unternehmen in Deutschland, nach der Eisenbahn."

Paul Levi passiert dabei dasselbe Malheur wie Eduard Bernstein bei der Beurteilung der Kartelle. Er übersieht die Kleinigkeit, daß die Produktionsregelung durch die Kartelle auf einer Verallgemeinerung und Erweiterung der Krankheit beruht, die kuriert werden soll, nämlich auf der planmäßigen Stillegung von Teilen der Industrie auf Kosten anderer Teile, auf einer planmäßigen Niederhaltung der technischen Entwicklung und auf einer planmäßigen Ausplünderung der Konsumenten durch die Kartelle. Es ist eine Regulierung nicht des Aufbaues, sondern eine Regulierung des Zerfalls. Wenn die Schwerindustrie heute die Hand nach den Eisenbahnen ausstreckt, so nicht, um das Verkehrswesen zu heben, sondern um dieses Riesenobjekt zu benützen, um sich noch eine riesigere Kartellrente als bisher auf Kosten der Massen und der übrigen Industrien zu verschaffen. Organisatorisch ist die Übernahme der Eisenbahnen in Privatbetrieb keine so überwältigende Leistung.

Wie die Kartellwirtschaft ökonomisch wirkt — und die Steigerung der Kartellwirtschaft, der kapitalistischen Konzentration, in ihren verschiedenen Formen ist das, was der Phantasie von dem Wiedererstarken des Kapitalismus in Deutschland, von der Verbreiterung der Produktionsbasis zugrunde liegt —, das möge ein typisches Beispiel illustrieren, das von jemand herrührt, der es sicherlich wissen muß. In seiner Schrift „Die Sozialisierung von Kohle und Stahl" schreibt Alfons Horten, früherer Direktor der Thyssenwerke, im Krieg der Leiter der Dewendelschen Werke folgendes über das Zementsyndikat:

„Die Überproduktion an Zement führte vor etwa 25 Jahren zur Gründung der verschiedenen Zementsyndikate. Innerhalb dieser erhielt jedes Werk ein bestimmtes Kontingent. Der ganze vorhandene Bedarf wurde danach auf die Werke verteilt und die Erzeugung entsprechend eingeschränkt. Gleichzeitig wurden die Preise erheblich erhöht. Dies reizte zu Neugründungen, die außerhalb der Syndikate stehen, zwar von den hohen Preisen profitieren, sich deren Produktionseinschränkungen aber nicht unterwerfen wollten. Sofort begann ein erbitterter Kampf der Syndikate gegen solche Außenseiter. Auch wurde mit allen Mitteln die Herstellung neuer billiger Zemente, z. B. von Schlackenzement, verhindert. Die Zementsyndikate gingen sogar soweit, den großen Hüttenwerken hohe Entschädigungen (in einem Falle z. B. jährlich 80 000 Mark) zu zahlen, damit diese sich verpflichteten, ihren Entfall an Schlacken nicht auf Zement zu verarbeiten, sondern nutzlos auf die Halde zu werfen. Die Folge war, daß in den meisten Fällen der Bau neuer Zementfabriken hintertrieben

wurde, so daß zurzeit unsere Zementfabriken im großen und ganzen technisch erheblich rückständig sind. Ist es doch viel bequemer, den Preis hinaufzusetzen als kostspielige Neuanlagen zu bauen. Pro Arbeiter und Jahr leistet ein modernes Zementwerk etwa 6000 Faß; unsere deutschen Zementfabriken im Durchschnitt nur etwa 1000 Faß. Hierdurch und durch die Kosten des Kampfes gegen die außenstehenden Werke und gegen den Schlackenzement wurden die Zementpreise bereits vor dem Kriege sehr erheblich verteuert. Während des Krieges und seit der Revolution haben sich diese Verhältnisse bis zur Unerträglichkeit verschlimmert. Die Regierung überließ nämlich in ihrer Gutgläubigkeit den Zementsyndikaten selber die Zementbewirtschaftung. Die Folge war, daß sofort durch zwei Bundesratsverordnungen der Bau von Zementwerken verboten und die außenstehenden Werke zum Eintritt in die Syndikate gezwungen wurden. Nachdem so der Ring geschlossen war, wurde der Preis von 25 Mark vor dem Kriege nach und nach auf 90 Mark bis zum Ende des Krieges und seitdem weiter auf etwa 390 Mark pro Tonne erhöht. (April 1920. Red. d. Int.) Zu diesem Preise ist jedoch fast nichts zu erhalten, vielmehr muß der Zement meist im Wege des Schleichhandels zum doppelten und dreifachen des offiziellen Preises gekauft werden. Wie sehr diese Preiserhöhungen über das berechtigte Maß hinausgehen, ergibt sich daraus, daß im letzten Kriegsjahre 1918 die Gewinne der Zementwerke trotz der damals bis auf etwa 30 Prozent gesunkenen Erzeugung höher waren wie in irgendeinem Jahre vor dem Kriege. Ein modernes Zementwerk kann besonders bei Verwendung von Schlacke, selbst bei den heutigen Löhnen und Kohlenpreisen zu etwa 90 bis 100 Mark pro Tonne herstellen. Die Allgemeinheit muß aber 390 bis 1000 Mark pro Tonne bezahlen, weil trotz des geringen, infolge des Kohlenmangels nur ein Zehntel bis ein Fünftel der Normalleistung betragenden Beschäftigungsgrades das ganze in den veralteten Zementwerken angelegte Kapital höher verzinst werden soll als in irgendeinem Friedensjahr. So wird die Allgemeinheit rücksichtslos ausgeplündert und der so außerordentlich dringende Neubau von Wohnungen und Siedlungen zur Unerträglichkeit verteuert."

Der so schreibt, ist kein Marxist, aber ein Praktiker. Das Bild, das hier vom Zementsyndikat entworfen wurde, ist typisch für die Wirkungsweise der Syndikate in Deutschland während des Krieges und während der vergangenen Revolutionsjahre. Nur die gröbste Vulgärökonomie und die tiefste Sachunkenntnis kann die Stärkung der Kartelle, Syndikate usw. mit der Erweiterung der Produktionsbasis, mit der Stärkung der Produktivkräfte überhaupt verwechseln. Vielmehr ist umgekehrt die Schwächung der Produktivkräfte, die relative Isolierung Deutschlands durch seine niedrige Valuta der Mutterboden der Kartelle und die Kartelle sind ihrerseits das Mittel, um zugunsten der Kartellrente planmäßig Produktivkräfte brachzulegen. Die Erweiterung der Produktionsbasis hätte sich am ersten zeigen müssen in der Wiederaufnahme des Wohnungsbaues in großem Maßstabe, in der Melioration des durch jahrelangen Raubbau erschöpften Bodens usw. Wir sehen nichts dergleichen, so daß selbst Leute, wie Rathenau, eingestehen müssen:

„Wie im Zimmer eines Todkranken die Angehörigen sich mit einer leichten Senkung der Fieberkurve trösten, obwohl sie heimlich wissen, daß die Stunde schlägt, so suchen die Urteilsunfähigen sich weißzumachen, daß am Ende alles mit kleinen Mitteln wohl nicht von selbst in Ordnung kommt. Nichts kommt in Ordnung, es sei denn durch die größten Mittel. Die Lagunenstadt unserer Wirtschaft ist zum Einstürzen reif, denn ihre sämtlichen Stützbalken sind verfault."

Aber, „regen sich nicht in Deutschland alle Hände, schnurren nicht alle Rädchen?" Paul Levi übersieht dabei die Kleinigkeit, die nicht einmal die Leute von der Börse heute übersehen, daß, während einzelne Kapitalisten sich bei der Valutakonjunktur bereichern, die Wirtschaft, im ganzen besehen, dabei ärmer wird, und daß, wenn wir Waren ausführen zur Bezahlung der Kriegstribute, wir dabei keineswegs die Produktionsbasis der deutschen Wirtschaft erweitern, sondern einem neuen Krach näher bringen. Die Werte,

die heute aus Deutschland exportiert werden, sind zum größten Teil die Form, in der Deutschland seinen Kriegstribut leistet. Es sind Werte, für die keine Gegenwerte hereinkommen, um die das Land ärmer wird, ärmer an Fertigwaren, ärmer an Rohstoffen, bei denen die Maschinerie zerschleißt und bei denen der wichtigste Produktionsfaktor zerschleißt, verkümmert, degeneriert: nämlich die menschliche Arbeitskraft. Der Arbeiter erhält heute nur einen Bruchteil des Wertes seiner Arbeitskraft und er leistet, da er nicht imstande ist, seine volle Arbeitskraft wiederherzustellen, auch nur einen Bruchteil voller Arbeit, wofür die statistischen Daten in Fülle vorliegen. Es läuft das ökonomisch auf dasselbe hinaus, als wenn z. B. freie Lohnarbeit durch Sklavenarbeit ersetzt wird. Die Zahl der beschäftigten Hände steigt, es kann dabei auch die Mehrwertrate (der Grad der Ausbeutung) steigen bei gleichzeitigem Fallen des Gesamtwertproduktes und des Gesamtmehrwertes.

Es beruht auf der plattesten Vulgärökonomie, anzunehmen, daß die Profite, die heute in Deutschland gemacht werden, irgendetwas zu tun haben mit der Erweiterung der Produktionsbasis. Die gesamte Mehrwert- oder Profitmasse kann fallen, die Gesamtproduktion also zurückgehen, die Mehrwertrate kann steigen, gleichzeitig die Profitrate fallen und trotzdem die Profitmasse in einzelnen Industriesphären wachsen. Diese theoretischen Möglichkeiten sind bei Marx mit aller Präzision entwickelt und die vorhandenen Daten deuten darauf hin, daß dies ungefähr dem tatsächlichen Zustand in Deutschland entspricht.

Nehmen wir beispielsweise für die Friedensverhältnisse folgendes Produktionsschema an, wobei nach der Marxschen Bezeichnungsweise mit c das in Produktionsmitteln (Gebäuden, Maschinerie, Rohstoffen, Hilfsstoffen usw.) ausgelegte Kapital bezeichnet wird, mit v das in Arbeitslöhnen angelegte, mit m der Mehrwert, dann kann man das Bild der jährlichen Produktion in Deutschland während des Friedens etwa durch folgendes Schema darstellen:

$$240\ c + 60\ v + 60\ m = 360\ P \text{ (Gesamtjahresproduktion).}$$

Nun kann man annehmen, daß der Wert der Produktionsmittel entsprechend der Verringerung ihres Umfanges, Abnutzung durch den Krieg usw. um etwa ein Drittel reduziert ist. Die Reallöhne der Arbeiterschaft sind rund um zwei Drittel gegenüber der Friedenszeit gesunken. Die Produktivität des einzelnen Arbeiters ist nicht im selben Verhältnis gesunken wie sein Reallohn, aber sie steht sicherlich weit unter dem Niveau der Friedenszeit.

Wir können also dementsprechend für ein Jahr der Nachkriegszeit folgendes Produktionsschema ansetzen:

$$160\ c + 20\ v + 30\ m = 210\ P.$$

Es ergibt sich dann folgendes Bild: Die jährliche Gesamtproduktion ist gesunken von 360 auf 210, also um etwa 45 Prozent. Die Mehrwertrate, d. h. die Ausbeutungsrate des Arbeiters, gemessen durch das Verhältnis von Mehrwert zum variablen Kapital ist gestiegen von 100 auf 150 Prozent, gleichbleibende Arbeiterzahl angenommen, bei vermehrter Arbeiterzahl ist das Wachsen der Mehrwertrate noch bedeutender. Die Profitrate, gemessen durch das Verhältnis des Mehrwertes zum Gesamtkapital (c + v) war ursprünglich 60/300 = 20 Prozent. Sie ist jetzt 30/200 = 15 Prozent.

Mit anderen Worten: eine Einschränkung der Produktionsbasis entspricht einem erhöhten Ausbeutungsgrade der Arbeiterschaft und eine verringerte Gesamtprofitrate einer verringerten Gesamtprofitmasse, gleichzeitig aber ist es sehr wohl möglich und auch wahrscheinlich, daß in den kartellierten Industrien der relative Anteil am Gesamtprofit gewachsen ist.

Die Herabdrückung des Arbeitslohnes auf einen Bruchteil des Wertes der Arbeitskraft, die Pauperisierung der deutschen Arbeiter, ihre Verwandlung in die Weltkulis, die den Kriegstribut auf Kosten ihrer Lebenskraft zu leisten haben, ist die Hauptgrundlage der jetzigen Scheinkonjunktur, und sie stellt an sich selbst die wahnsinnigste Verheerung des wichtigsten Produktionsfaktors dar. Und sie ist tatsächlich verbunden mit einer weiteren Ver-

kümmerung der sachlichen Produktionsgrundlagen, mit dem relativen Zurückbleiben der Produktionsgrundlage im Verhältnis zum Bevölkerungsfortschritt (siehe Wohnungsbau). Mit dem weiteren Zerschleiß des Produktionsapparates, mit der Verschleuderung der Fertigwaren und der Rohstoffe usw.

Was z. B. die Eisenbahnen anbelangt, so hat Paul Levi das Pech, daß gerade in dem Augenblick, wo er das präzise Funktionieren der Eisenbahnen ankündigt, die Regierung ihrerseits eine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs wegen Kohlenmangels ankündigen muß. Was die Verbesserung der Bahn anbetrifft, so diene folgendes Datum zur Illustrierung anderer Scheindaten, die Paul Levi aufgreift. Die normale Reparaturleistung der Bahnstrecken betrug im Frieden 3000 Streckenkilometer. Sie ist jetzt gestiegen auf 2000 Streckenkilometer, was besagt, daß der normale Stand der Strecke nicht aufrecht erhalten wird, daß vielmehr die Verschlechterung des Streckenstandes noch weiter geht.

Eine der Grundvoraussetzungen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wäre die Erhöhung der Arbeitslöhne auf den wirklichen Wert der Arbeitskraft, d. h. die Möglichkeit der Wiedererholung der verkümmerten Arbeitskraft und der Wiederherstellung ihrer vollen Arbeitsleistung. Das würde ungefähr eine Verdreifachung aller Löhne und Gehälter bedingen, einen revolutionären Umsturz der Löhne und Gehälter, und — es würde mit einem Schlage der Valutakonjunktur die Grundlage unter den Füßen wegziehen.

Um zusammenzufassen: Die ökonomische Grundlage des Liquidatorentums ist eine vulgärökonomische Theorie der Erweiterung der privatkapitalistischen Produktionsgrundlage in Deutschland, der Anpassung des Kapitalismus in Deutschland an die Krise, im Vergleich zu der selbst die Bernsteinschen Theorien noch hoch wissenschaftlich sind.

Zu alledem leistet sich dieser Renegat des Kommunismus noch den besonders feinen Scherz, den Kommunisten, die den Zerfall der Produktivkräfte in Deutschland und die kapitalistische Anarchie feststellen, zu unterschieben, daß wir als unsere revolutionäre Aufgabe betrachten, diesen Verfall zu beschleunigen. Er leistet sich z. B. folgendes:

„Der Verfall der Produktivkräfte ist nicht die Mutter der Revolution. Die Eselei, das dem so sei, haben wir uns schon 1919 an den Sohlen abgelaufen, als wir deren Unsinn von der „Sabotage der Produktion" widerlegen mußten. Der Verfall der Produktivkräfte ist gar kein Maßstab für die revolutionäre Situation. Wenn es das absolut Revolutionäre wäre, die Produktivkräfte kurz und kleinzuschlagen, dann müßte ja die Revolution in Rußland die fröhlichsten Fortschritte machen, und wir finden, das dem garnicht so sei."

Und an einer anderen Stelle in etwas versteckterer Form:

„Wir glauben vielmehr, aus den Reden von Lenin entnehmen zu müssen, daß man bei aller Energie und Schärfe des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat doch mit den Produktivkräften und Produktionsstätten und Produktionsformen der bürgerlichen Wirtschaft außerordentlich sorgsam und behutsam umgehen müsse."

Das ist nicht nur der demagogische Kniff eines gewöhnlichen Advokaten. Wir sehen den Zeitpunkt voraus, wo Paul Levi und die Seinen im Interesse der „Produktivkräfte" mit der Arbeitsgemeinschaft marschieren und mit dem bürgerlichen Staat zusammen der Revolution im Interesse der Erweiterung der Produktivkräfte durch Stinnes und Konsorten offen entgegentreten werden, während das heute erst versteckt geschieht. Es ist die letzte Konsequenz seines Ausgangspunktes. Daß sie erreicht werden wird, dafür bürgt die Erfahrung, daß da, wo die objektiven Grundlagen der Revolution aufgegeben werden, die subjektive Einbildung und Selbsttäuschung auf die Dauer nicht standhält. In der Tat, wenn die Stinnes und Kompagnie den Wiederaufbau der Produktivkräfte, die Erweiterung der Produktionsbasis, die Aufhebung der kapitalistischen Anarchie usw. zustande bringen, dann ist die einzig konsequente Politik die der Mehrheitssozialisten und der mehrheitssozialistischen Gewerkschaftsführer, die Koalition mit Stinnes. Und eine objektive Grundlage, um gegen diese Politik anzukämpfen, die unserer Ueberzeugung nach zur steigenden Krise der Produktion führen muß, besteht nicht mehr.

Eine Bilanz.

Stand der deutschen Wirtschaft Dezember 1921.

Von A. Friedrich.

Die „Hochkonjunktur" der deutschen Industrie, der gesteigerte Export der letzten Monate sind alles andere als ein Zeichen einer gekräftigten deutschen Wirtschaft. Daß vielmehr die Geschäftigkeit der deutschen Industrie eine krankhafte Erscheinung ist mit der Wirkung, die Produktivkräfte Deutschlands in ihrer Gesamtheit noch mehr zu zerrütten, das ging auch aus manchen Warnungsrufen der bürgerlichen Presse hervor. Desgleichen wiesen die Monatsberichte des vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen „Reichsarbeitsblattes" darauf hin, daß die augenblickliche Hochkonjunktur zu nichts anderem führe als zu einer weiteren „Verarmung der deutschen Wirtschaft". Die Voraussetzung dieser Hausse ist der sinkende Kredit des Deutschen Reiches gewesen, das Steigen der Dollarwährung bis auf 300. Es ist lediglich Paul Levi, der diese Situation vollkommen verkennt, er schreibt nämlich:

„In Deutschland verfallen die Produktivkräfte nicht! In Deutschland regen sich alle Hände, in Deutschland schnurren alle Rädchen, und Deutschland hat seine Produktivkräfte nach dem Kriege zu einer größeren Kraft zusammengefaßt als selbst vor dem Kriege."

Auch die Ziffern, die der Genosse Schönherr in seinem Aufsatz anführt, können diese Behauptung Paul Levis nur widerlegen. Soviel ist freilich gewiß: Das deutsche Kapital ist viel weitergehend konzentriert als in Friedenszeiten. Aber dieser Zusammenschluß von Kapitalgruppen vom Rohstoff bis zum hochqualifizierten Fertigfabrikat hat mit einer Intensivierung der deutschen Produktion, mit einem Aufbau der deutschen Produktivkräfte nichts zu tun. Auch ist Tatsache, daß die Arbeitslosenzahl heute geringer ist als in der Vorkriegszeit. Der Prozentsatz der Erwerbslosen betrug im Oktober wie im November 1921 nur 1,2, ein Satz, der in den Friedensjahren von 1907 ab um das Doppelte bis Vierfache übertroffen wurde. Dieser Rückgang darf über die wirkliche Verfassung der deutschen Wirtschaftslage nicht Illusionen machen. Ist es doch schon ein bedeutsames Zeichen, daß, wie das „Reichsarbeitsblatt" vom 30. November mitteilt, die Arbeitslosigkeit in denjenigen Industriezweigen, die nur für den Inlandsmarkt arbeiten, auch in den Monaten der Hochkonjunktur nicht zurückgegangen ist. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, im Vervielfältigungsgewerbe, bei den Transportarbeitern, den Fabrikarbeitern ist der Prozentsatz in den letzten Wochen sogar gestiegen, d. h. also in Branchen, in denen dieses Steigen nicht durch die Saison zu erklären ist, wie etwa bei den Landarbeitern und im Baugewerbe.

Aber noch ein anderes. Auch in den fieberhaft arbeitenden Industriezweigen sieht es durchaus anders aus als vor dem Kriege. Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt sagte am 29. November in Cassel folgendes:

„Die Textilindustrie beschäftigt nur 80 Prozent ihrer Spindeln. Die Eisenindustrie hat eine große Zahl von Hochöfen nicht mehr im Betrieb. In der Zement- und Kalkindustrie, für die inländische Rohstoffe genügend vorhanden sind, macht sich trotzdem die Konjunkturlage nicht bemerkbar. Die chemische Industrie leidet stark unter der ausländischen Konkurrenz."

Die „Berliner Börsen-Zeitung" vom 1. Dezember berichtet eingehend über die Lage der Eisen- und Stahlwarenindustrie:

„Wenn man die Lage der Eisen- und Stahlwarenindustrie betrachtet, erscheint sie rein äußerlich recht günstig, es herrschen

aber doch sehr viel Umstände vor, die ihr die Produktion ganz außerordentlich erschweren und vor allem nicht voll ausnutzen lassen."

Es wird in diesem Aufsatz geklagt über den „schreienden Mangel an Material", über Kohlenpreise, Transportkosten. Auch in diesem Bericht sehen wir, wie der gesteigerte Auslandsabsatz, eine bis auf ein Minimum verringerte Arbeitslosigkeit, das Aufhören der Kurzarbeit nebeneinandergehen mit einer „nicht vollen Ausnutzung" der Betriebsanlagen. Das ist nichts Ungewöhnliches: denn die verminderte Kohlenförderung bei vermehrter Arbeiterzahl, die auf die Hälfte gesunkene landwirtschaftliche Erzeugung bei einer zahlenmäßig nicht verringerten Arbeiterschaft, die geringen Leistungen des deutschen Transportwesens bei vermehrtem Angestellten- und Arbeiterstab: all dies sind Zeichen einer Tendenz, die sich durch die gesamten Produktionsverhältnisse Deutschlands hindurchzieht.

Vervollständigen wir zu deren Verständnis noch das Bild.

In der Kohlenproduktion werden für die Zeit vom Januar bis September folgende Förderziffern bekanntgegeben (in 1000 Tonnen):

	1913	1920	1921
Steinkohlen	130 177	95 736	100 601
Braunkohlen	64 132	81 192	90 820
Koks	22 768	18 293	20 761
Steinkohlenbriketts . . .	4 406	3 571	4 274
Braunkohlenbriketts . .	15 993	17 919	21 237

In welchem Maße aber zur Gewinnung der Produktionsziffern von 1921 veriables Kapital herangezogen wurde, geht aus folgender, dem Heft 11 von „Wirtschaft und Statistik" entnommenen Tabelle hervor:

Monat	Ruhrgebiet 1000 Arbeiter	Leistung pro Kopf u. Arbeitstag in kg	Oberschl. 1000 Arbeiter	Leistung pro Kopf u. Arbeitstag in kg	Saargebiet 1000 Arbeiter	Leistung pro Kopf u. Arbeitstag in kg	Uebrige Reviere 1000 Arbeiter
Durchschnittlich							
1913	390.6	972	123.3	1177	46.7	868	—
1920	496.6	582	173.1	616	71.2	479	96.3
1921							
Januar . .	537.4	621	183.5	642	74.7	501	99.7
Februar . .	537.2	633	184.3	662	74.0	489	100.4
März . . .	539.2	569	182.0	592	74.3	447	101.6
April . . .	540.6	559	182.5	617	74.2	480	101.9
Mai	543.3	549	168 1	252	74.1	493	100.1
Juni . . .	547.7	559	167.7	383	75.1	506	99.3
Juli	545.5	546	171.1	465	76.0	519	100.6
August . .	547 4	541	174.7	548	76.2	531	100.0
September .	548.5	547	—	—	—	—	—

Bei verminderter Produktion der Subsistenzmittel des Proletariats und bei Löhnen, deren realer Wert 40—50 Prozent unter dem Friedenslohn steht, ist dessen Leistungsfähigkeit fast unausgesetzt weiter gesunken. Von noch viel größerer Bedeutung für den Rückgang der Produktivität ist aber die Tatsache, daß neue Schachtanlagen nicht mehr abgeteuft wurden und nun infolge Verlängerung der Förderungen in den alten Schächten viel Arbeitszeit verloren geht. Eine wenig erhöhte Produktion parallel mit einem starken Rückgang der Produktivität: Das ist die Bilanz von 1921 gegenüber 1920.

Was die gegenüber 1913 gesteigerte Braunkohlenförderung betrifft, so ist eben hier der Anteil des veriablen Kapitals besonders wichtig:

Er ist — im schroffen Gegensatz zum Steinkohlenbau — zu 90 Prozent Tagebau, es werden — gleichfalls im Gegensatz zum Steinkohlenbau — hierzu hauptsächlich ungelernte Arbeiter verwendet, über die Anwendung von Baggermaschinen kommt die Technik des Braunkohlenbaues im Allgemeinen nicht hinaus; ist die Produktion um 35 Prozent gegenüber 1913 gestiegen, so hat sich die Zahl der Arbeiter in dieser Zeit verdoppelt.

Ueber die Lage der Textilindustrie wird im „Tag" vom 8. Dezember folgendes berichtet:

„Die Baumwollspinnereien des Münsterlandes waren im November noch gut beschäftigt, doch ist die unnormale Preisentwicklung von Einfluß auf den Eingang neuer Aufträge gewesen. Die Aussichten für die nächste Zeit werden ungünstig beurteilt. Der Wollgroßhandel ist infolge der Unsicherheit der zukünftigen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit Ausnahme von einzelnen Notkäufen fast vollständig ins Stocken geraten. Die Beschaffung der Rohstoffe wird von Tag zu Tag schwieriger.

Spätestens im Frühjahr wird von allen Seiten ein Konjunkturrückschlag erwartet. Da verhältnismäßig viel Garn in das Ausland geht, besteht eine ziemliche Warennot. Der Konfektionsindustrie hat das Ausland zu hohen Preisen große Aufträge erteilt. Hierdurch wurde die Warenknappheit verstärkt."

Dieser Bericht stammt zweifellos von der zuständigen Handelskammer. Er stimmt mit den übrigen Berichten der preußischen Handelskammern aus den letzten Tagen des November durchaus überein: In der Maschinenindustrie, auf den Werften, in der Elektrizitätsindustrie macht sich bereits ein Abflauen der Hochkonjunktur bemerkbar. „Mit der Hausse ist es fürs Erste vorbei", sagt Dr. Wiskemann in der „Deutschen Bergwerkszeitung" vom 6. Dezember. Bankkrachs, Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit drohen für die nächsten Monate.

Die kommende Krise findet — und das ist das Entscheidende — einen zerrütteten, wenig widerstandsfähigen Produktionsapparat vor. Die Charakteristik, die Ende November Generaldirektor Vögler, der Vorsitzende der Eisenhüttenleute, in deren Hauptversammlung gab, trifft sicher das Bild richtig:

„Unsere Erzeugungsmittel werden nicht annähernd ausgenützt. Der Leerlauf unserer Wirtschaft nimmt nicht ab, sondern zu. Es folgt aus diesem Leerlauf zwangsläufig ein Sinken des Einkommens. Man rechnet, daß kaum ein Drittel des Volkseinkommens der Vorkriegszeit besteht."

Die Schlußfolgerung, die das Unternehmertum an diese Tatsache knüpft, ist die Forderung nach Beseitigung des Achtstundentages und der Wiederherstellung der Ueberschichten im Bergbau. Der Schwerpunkt bei dem Dahinsiechen des deutschen Wirtschaftskörpers liegt aber nicht an einer zu geringen Masse variablen Kapitals, sondern im Gegenteil, das Verhältnis von variablen zu konstantem Kapital hat sich gegenüber der Vorkriegszeit verschoben zuungunsten des konstanten; die Mehrwertrate, der Grad der Ausbeutung des deutschen Proletariats hat sich erhöht, was freilich noch längst nicht bedeutet, daß die Masse des Mehrwertes sich vergrößert hat. Daß das Unternehmertum, wie es selbst zugibt, die Betriebsanlagen nicht voll ausnutzen kann, daß es nicht die Möglichkeit hat, ausreichend Rohstoffe zu beziehen, daß es in technischer Hinsicht dem Ausland gegenüber weit im Rückstand geblieben ist, daß es die einzige Möglichkeit, die deutsche Produktion zu erhöhen, darin sieht, daß die Mehrwertrate noch größer wird: all dies sind Zeichen für diese Tendenz.

Illustriert wird dies durch ein Beispiel aus dem Werkstattbetrieb. In der vom Verein Deutscher Ingenieure herausgegebenen Zeitschrift „Der Betrieb“ heißt es im Heft vom 12. November 1921:

„Damit das Fördersystem eines Werkes wirtschaftlich arbeitet, müssen die Rohstoffe und Werkstücke während des Herstellungsganges möglichst kurze Förderwege zurücklegen und sämtliche Transporte müssen schnell und mit einem Geringstaufwand an Arbeitskräften durchgeführt werden.

Während man im amerikanischen Betrieb der Forderung nach einer wirtschaftlichen Förderung schon seit langem und in ausgedehntem Maße Rechnung getragen hat, ist man bei uns in dieser Hinsicht noch vielfach rückständig geblieben.“

Daß dieser Rückstand in hohem Grad besteht, wird, um nur die beiden krassesten Beispiele herauszugreifen, jeder Arbeiter im Bergbau und in der Zementindustrie aus eigenster Erfahrung wissen.

Ein anderer Fall aus der Textilindustrie: Eine deutsche Spinnerei, eine der größten des Kontinents, deren Maschinen zum großen Teil aus England stammen, ist trotz der besten Konjunktur nicht in der Lage, ihre Anlagen zu erneuern. So kommt es, daß ihre neuesten Maschinen aus dem Jahre 1912 stammen! Die von Dr. Hugo herausgegebene Tageszeitung „Im- und Export“ vom 30. November drückt das dahin aus, daß „die hochvalutarische Wirtschaft (Vereinigte Staaten) zur Erneuerung des Maschinenbestandes viel leistungsfähiger ist, als die unterwertige, goldarme Papierwirtschaft.“ Und die gleichen Angaben machte Mitte November Dr. Hugo im Steuerausschuß des deutschen Reichstages. Die Steuerscheu deutscher Unternehmer ist so groß, daß sie die Unmöglichkeit der Reproduktion offen zugeben.

Solch eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Kapitals, nämlich die Tatsache, daß die organische Zusammensetzung deutschen Kapitals heute weit niedriger ist als die des englischen oder amerikanischen Kapitals, wirkt sich natürlich nicht nur ökonomisch, sondern zugleich gesellschaftlich und politisch aus. Deutschland ist heute diesen Ländern gegenüber tatsächlich ein geringer entwickeltes Land. Und da, wie wir gezeigt haben, in diesem minder entwickelten Land die Arbeit unproduktiver ist, da also ein größeres Quantum Arbeit sich in ein geringeres Quantum derselben Ware verwandelt, anders ausgedrückt: da der Arbeiter in Deutschland einen größeren Teil von Arbeit zur Reproduktion seiner Existenzmittel oder ihres Wertes verbraucht als vor dem Kriege, zugleich einen weit größeren als sein amerikanischer Kollege, und, parallell dazu, nur ein geringeres Quantum aufwendet zur Erzeugung von Mehrwert, so wird in der Tat die Masse des Mehrwertes in Deutschland immer geringer. Also tatsächlich ein „Leerlauf der deutschen Wirtschaft“, wie Generaldirektor Vögler diese Entwicklung genannt hat.

Nach außen hin zeigt sich dies in dem steigenden deutschen Export und in dem Tiefstand der deutschen Valuta. Die deutsche Außenhandelsstatistik gift folgendes Bild:

	Ausfuhr	Einfuhr	Einfuhrüberschuß
		in Millionen dz	
Dezember 1920	17,6	20,1	2,5
Mai 1921	11,4	15,3	3,9
Juni „	15,0	18,2	3,2
Juli „	15,5	19,2	3,7
August „	18,3	21,1	2,8
September „	18,7	25,3	4,6
		in Milliarden Mark	
Dezember 1920	7,8	—	—
Mai 1921	4,5	5,4	0,9
Juni „	5,4	6,4	1,0
Juli „	6,2	7,5	1,3
August „	6,7	9,4	2,4
September „	7,5	10,6	3,1

Die gesteigerte Einfuhr setzt sich von vor dem Kriege zu 75 Prozent aus Rohstoffen und Lebensmitteln zusammen. Der Anteil dieser beiden Posten betrug:

	August 1913	August 1921
Rohstoffe	47%	35%
Nahrungs- u. Genußmittel	25%	40%

Der Import an Lebensmitteln hat gegenüber der Vorkriegszeit nicht nur relativ, sondern, nach einer Tabelle des Heftes 11 von „Wirtschaft und Statistik", absolut zugenommen:

	August 1913	August 1921
Weizen	1942	2787
Weizenmehl	12	66
Mais	1193	1600
Reis	199	503
Fleisch und Speck	39	143
Salzheringe	113	267
Schweineschmalz	84	152

Zugenommen hat außerdem der Import an Zucker und Kartoffeln, bei denen vor 1914 ein Export-Ueberschuß bestand.

Anders mit Rohstoffen. So beträgt die Enifuhr an Holz im August 1921 nur etwa eine Million Doppelzentner gegen fast elf Millionen 1913. Im übrigen wurden an Rohstoffen importiert in tausend Doppelzentnern:

	August 1913	August 1921
Erze	16227	3817
Steinkohle	8850	1014
Koks	564	5
Oelfrüchte	1274	502
Rohseide	3	1
Flachs, Hanf usw.	161	91

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft kommt in dem zunehmenden Import von Lebensmitteln zum unmittelbaren Konsum und der Abnahme von der Rohstoffeinfuhr zur Veredelung deutlich zum Ausdruck.

Wenn Deutschlands Außenhandelsstatistik in den letzen Monaten einen steigenden Einfuhrüberschuß berichtet — von 0,9 Milliarden Mark im Juni 1921 auf 4,2 Miliarden im Oktober — so spiegelt sich auch hierin die weit geringere Bewertung der deutschen Arbeitsstunde gegenüber der amerikanischen oder englischen wieder . Man muß sich klar machen, daß der Lohn — im Weltmarkt-Maßstab gemessen — in diesen Ländern den deutschen um etwa das Zehnfache übertrifft. Inwieweit der deutschen Außenhandelsstatistik Glauben zu schenken ist, inwieweit insbesondere die Exportziffern aus Profitgründen seitens der Unternehmer, möglicherweise auch seitens des Staates, als viel zu niedrig angegeben sind, können wir hier nicht untersuchen. Jedenfalls zeigt die letzte belgische Außenhandelsstatistik eine Verdoppelung des deutschen Exports gegenüber dem Vorjahr, steigender Export macht sich bemerkbar nach Ungarn, den russischen Randstaaten, nach Skandinavien und im letzten Jahr insbesondere nach den Kolonialländern. Aegypten, Südafrika, Niederländisch-Indien, Brasilien, Argentinien wissen von dem stark anschwellenden deutschen Export zu berichten. Auch nach den Kapitalstaaten des Westens hat, den neuesten Angaben nach, der deutsche Export im laufenden Jahre kaum abgenommen. Wie Anfang November Mr. Baldwin im englischen Unterhause mitteilte, betrug in den ersten 9 Monaten des Jahres 1920 der deutsche Export nach England 20 Millionen Pfund, in der gleichen Zeit des Jahres 1921 15 Millionen Pfund. Im Jahre 1913 wurden deutsche Waren insgesamt für 58 Millionen Pfund nach England exportiert. Die Verringerung des Ausfuhrwertes deutscher Waren 1921 gegenüber 1920 um 5 Millionen Pfund bedeutet aber keineswegs eine Verminderung der deutschen Exportmasse. Nach „The Economist" vom 3. Dezember 1921 haben sich die englischen Großhandels-Indexziffern seit dem vergangenen Jahre erheblich vermindert: Sie betrugen im Januar

1920 353, im November 1921 nur noch 203. Vergleichen wir die Ziffern der ersten 11 Monate bei der Jahre miteinander, so zeigt sich, daß durchschnittlich im Jahre 1921 die Preise im Großhandel nur noch 63 Prozent der vorjährigen ausmachen. Wenn wir dies berücksichtigen, so ergibt sich aus den Ziffern Mr. Baldwins nicht nur keine Abnahme, sondern gegenüber 1920 eine Zunahme des deutschen Exports um fast 30 Prozent.

Der deutsche Schleuderexport beunruhigt das gesamte ausländische Kapital, die deutschen Kulilöhne wirken lohndrückend auf das Proletariat aller Länder. Immer von neuem wird der Verkehr zwischen den Ländern mit hoher und denen mit niedriger Valuta jäh unterbrochen. Das internationale Kreditsystem ist zusammengebrochen, wie der letzte Bericht der Handelskammer der Vereinigten Staaten sagt, und auch innerhalb Deutschlands zeigen sich die Folgen des Währungszusammenbruches in der Frage der Rohstoffbeschaffung und des Absatzes in erschreckender Weise.

„Als Papier hat das Gelddasein der Waren ein nur gesellschaftliches Dasein. Es ist der Glaube, der selig macht. Der Glaube in den Geldwert als imanenten Geist der Waren, der Glaube in die Produktionsweise und ihre prädestinierte Ordnung, der Glaube in die einzelnen Agenten der Produktion als bloße Personifikationen des sich selbst verwertenden Kapitals." (Marx, Kapital, Band III, Kapitel 35, Ende.)

Dieser Glaube ist heute vollkommen erschüttert, die Existenz des Papiers als Gelddasein der Waren in Frage gestellt. Der über die Leistungsfähigkeit Deutschlands, insbesondere über die heutigen Leistungen des deutschen Kapitals hinausgehenden Forderungen der Ententekapitalisten verbieten es dem deutschen Unternehmertum vollends, selbständig eine ausreichende Akkumulation durchzuführen. In dieser Situation ist die vertikale Konzentration verschiedener Kapitalgruppen in Deutschland ein Versuch, die noch vorhandene Kapitalmasse zu verwerten.

Von welcher Bedeutung die Höhe der Forderungen der Entente an Deutschland ist, spiegelte sich in der Gestaltung der deutschen Währung in den letzten Wochen je nach den angeblichen Ergebnissen von Verhandlungen in Paris und London wieder: Daß nämlich bereits die Möglichkeit eines Kredits englischer Finanzleute an Deutschland in Höhe von 25 Millionen Pfund Sterling den Dollar an der Berliner Börse von 250 auf 180 fallen läßt Dabei ist die Zahlung von Goldmilliarden jährlich, mit denen sich das deutsche Budget nicht abzufinden vermag, für England — im Gegensatz zu Frankreich — wirtschaftlich von nur geringer Bedeutung. England erhält von dieser Summe 22 Prozent, das sind 660 Millionen Goldmark oder 33 Millionen Pfund Sterling in Gold. Berücksichtigen wir die englische Valuta, so macht gleich wohl diese Summe im britischen Budget, das nach dem ersterwähnten „Economist" 1,216 Milliarden Pfund beträgt, noch keine 4 Prozent aus. Anders für Frankreich, in dessen Budget die deutschen Zahlungen etwa 23 Prozent ausmachen.

Das geringere finanzielle Interesse Englands bedeutet freilich nicht, daß ihm die Zahlung gleichgültig wäre: Es nutzt seinen Druck dazu aus, um offiziell sich deutscher Produktionsmittel immer mehr zu bemächtigen.

Widerspricht es aber nicht dieser Charakterisierung der Lage des deutschen Kapitals, wenn der „Temps" meldet, daß sich allein in der Schweiz eine Milliarde Goldmark, in Holland ähnlich hohe Guthaben deutscher Unternehmer befinden? Widerspricht es nicht auch, wenn die „Times" vom 22. November über die Stinnesschen Auslandsinteressen folgendes berichten:

An der Alpinen Montan-Gesellschaft in Italien ist Stinnes mit 90 Millionen Lire beteiligt.

Die Luli-Bergwerksgesellschaft (Italien) wird von dieser Alpinen Montan-Gesellschaft kontrolliert.

Stinnes ist beteiligt an der „Promontan"-Gesellschaft in Zug (Schweiz). Mit 32 Millionen Franken ist er durch den Sichel-Konzern in Luzern an der Papierhandelsgesellschaft (Luzern) interessiert.

1,9 Millionen schwedische Kronen hat er angelegt an der Schwedischen Arbeits-Werkstätten-Gesellschaft in Oresundesarvet.

Mit 200 Millionen Kronen, die er dem Prager Magistrat zur Verfügung gestellt hat, kontrolliert er die dortigen städtischen Gaswerke. Mit 30 Millionen Mark ist er an der Oesterreichischen Metall-Gesellschaft in Greinitz beteiligt.

Durch die Badische Anilinfabrik, die mit der italienischen Bianchi-Gesellschaft in Interessengemeinschaft steht, ist er an den Italienischen Dye-Werken interessiert.

In Chile und verschiedenen anderen Teilen Südamerikas hat er große Konzessionen erworben.

In Spanien beutet er Waldland und Mineralsand aus, wobei der Profit an Banken geht, die derartige südamerikanische Konzessionen finanzieren.

In Portugal, Skandinavien und im Baltikum soll Stinnes gleichfalls Kapital angelegt haben.

Wie die „Times" dazu sagen, sind diese Angaben noch durchaus unvollständig. Es sind beispielsweise die Oesterreichische Alpine Montan-Gesellschaft und die Anfang Dezember bekannt gewordenen Konzessionen in Niederländisch-Indien nicht erwähnt.

Wie sind all diese auswärtigen Kapitalsanlagen eines deutschen Unternehmers zu werten? Sie stellen etwas durchaus anderes dar, als ähnliche Erscheinungen vor dem Kriege, da damals hinter dem einzelnen Kapitalisten die politische Macht des Deutschen Reiches mit seinem ganzen militärischen Apparat stand. Wie die „Times" mit Recht hinzufügen, ist Stinnes außerordentlich glücklich, seine Kapitalanlagen aus Deutschland herauszubringen, wobei ihn die „Schwierigkeiten der deutschen Regierung" nicht kümmern. Das geringe Interesse deutscher Kapitalisten am deutschen Staatsapparat, an seinen Einnahmen und seiner Selbständigkeit kommt in derartigen Auslandsunternehmungen zum Ausdruck.

Andererseits dringt seit fast zwei Jahren ausländisches Kapital in einem immer größer werdenden Strom nach Deutschland ein. Der Kapitalist der Ententeländer glaubt, geschützt durch seine Staatsmacht, vor Zugriffen der deutschen Regierung gefeit zu sein. Dazu kommt, daß infolge der großen Ausbeutungsrate beim deutschen Arbeiter der fremde Unternehmer, der mit vollendeten Betriebsanlagen auch in Deutschland produktiv wirtschaftet, einen durchschnittlich höheren Profit erzielt, als in Amerika oder England. Die Angabe Geheimrat Büchers, das in Deutschland investierte Fremdkapital betrage 12 Milliarden Mark, ist zweifellos unzutreffend, es sei denn, daß ein Teil der Werte in Goldmark berechnet worden ist. Sind doch schon ganze Industriezweige, wie die Margarineindustrie, Teile der Montanindustrie, der elektrotechnischen und der chemischen Industrie fast völlig überfremdet. In dem kürzlich erschienenen Buch „Die ausländische Kapitalbeteiligung in Deutschland" gibt Hans Jürgen von Kleist ein sehr anschauliches Material für diese Entwicklung. Es heißt darin zum Schluß:

„Wir haben nur die Wahl, entweder einen bedeutenden Teil unserer Industrie im Laufe der Zeit aus Mangel an Kapital wesentlich einzuschränken oder aber durch Aktien das Ausland zu interessieren.

Der zweite Weg erhält unsere Lebenskraft, die Industrie, lebendig. Wir werden ihn also wählen müssen. Die Wiedergewinnung der politischen Freiheit muß ein wirtschaftlich starkes Volk finden, wenn sie recht ausgenützt werden soll. In diesem Sinne ist die Zulassung ausländischen Kapitals nicht nur praktisch nützlich, sondern auch in einem weitschauenden Begriffe wahrhaft „national".

Sich angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse nationale Illusionen zu machen, bedeutet ganz und gar eine Verkennung der Tendenz, die sich in der Ueberfremdung deutschen Kapitals ausdrückt: es ist zugleich die

Kontrolle englischer, amerikanischer, französischer Finanz- und Industrieleute über Deutschlands Produktionsmittel. Interessant aber ist das Eingeständnis des Verfassers, daß dem deutschen Kapital heute eine ausreichende Akkumulation ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Das Verhalten der deutschen Kapitalisten scheint zwangsläufig zu verlaufen. In ihrer Zähigkeit, die Klassenherrschaft über die ausgebeuteten Schichten um jeden Preis aufrechterhalten zu wollen, spielen in der Tat nationale Bedenken keine Rolle mehr; es liegt vielmehr in dieser Entwicklung, Deutschland zu einer vom Ententekapital kontrollierten Kolonie im Range Aegyptens werden zu lassen.

Fassen wir also das Bild der heutigen Wirtschaftslage Deutschlands zusammen, so sehen wir, ganz anders als Paul Levi, daß die Konzentrationsbewegungen des deutschen Kapitals und die Scheinhausse in der deutschen Industrie dem deutschen Unternehmertum nichts nützen. Ohne „Hilfe" fremden Kapitals sind tatsächlich die Produktivkräfte des kapitalistischen Deutschland dem allmählichen Verfall preisgegeben. Die „Hilfe" des fremden Kapitals, sei es in Form unmittelbarer Beteiligung durch Aufkauf von Aktien, ei es in Form von Krediten, sei es in Form von Lieferungsverträgen nach Wiesbadener Muster – diese „Hilfe" muß dazu führen, daß sich die Klauen des internationalen Kapitals immer fester in die deutsche Wirtschaft eingraben. Die Ententekapitalisten hoffen die Ausbeutung der deutschen werktätigen Bevölkerung ganz nach ihren Interessen durchführen zu können und glauben damit ein Mittel, das zur Ueberwindung der Weltkrise helfen soll, gefunden zu haben. Und so tummeln sich denn wie im Dreißigjährigen Kriege die Großen aus aller Herren Länder auf deutschem Boden. Das bedeutet aber, daß an dem Tage, wo das deutsche Proletariat sich selber zu Herren der Produktionsmittel macht, das internationale Kapital einen tödlichen Stoß erhält.

Die Totengräber der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Von Fritz Heckert.

In der letzten Zeit häufen sich die Stimmen, die die Rote Gewerkschaftsinternationale auf die eine oder andere Art liquidieren wollen. Was dabei besonders interessiert, sind die Stimmen derer, die entweder die RGI. selbst mit aus der Taufe gehoben haben, oder doch zu denen zählen, die bis vor kurzem die Grundsätze der III. Internationale zur Gewerkschaftsfrage für richtig hielten, sie mit beschließen halfen und sie propagierten. Es kommt uns hier nicht darauf an, die unglaublich schnelle und sehr wenig motivierte Wandlungsfähigkeit der neuen Gegner der RGI. und der Gewerkschaftspolitik der Komintern (Kommunistische Internationale) zu zeigen. Wir wollen mehr. Wir wollen untersuchen, ob die jetzt vorgebrachten Argumente gegen den Bestand der RGI. stichhaltig sind und ob es notwendig ist, daß die III. Internationale einen sofortigen Bruch mit ihrer Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeiterklasse vornehmen muß. Bei dieser Untersuchung wird sich allerdings herausstellen, daß die neuen Gegner der RGI. gleichzeitig Gegner von noch mehr als dieser geworden sind — Gegner der III. Internationale überhaupt.

Zu den Gründern der RGI. gehört der Vorsitzende der C. d. L. (Allgemeinen Arbeiterkonföderation Italiens) D'Arragona. Dieser brachte es fertig, auf der letzten Konferenz des Nationalrates des Italienischen Gewerkschaftsbundes die RGI. zu verleugnen und die Wiederverbindung C. d. L. mit dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund beschließen zu lassen. Wie kam D'Arragona zu diesem plötzlichen Gesinnungswechsel? Ist er damit erklärt, daß man feststellt, daß D'Arragona ein Mensch von zweifelhaftem Charakter sei? — D'Arragona hat seinen Verrat schon im Januar dieses Jahres be-

gonnen, als er zu einer Zeit, wo er noch als Mitglied einer Partei, die sich zur III. Internationale bekannte, nach Amsterdam ging, um mit J. H. Thomas, Jouhaux usw. an einem Bannfluch gegen die III. Internationale mitzuarbeiten. Mit der Charakterlosigkeit D'Arragonas aber ist nicht erklärt daß der Italienische Gewerkschaftsrat sich für Amsterdam entschied. Tiefere Ursachen müssen vorliegen. Und da auch in anderen Ländern ähnliche Strömungen sich bemerkbar machen, wie in Italien, ist die Ursache für die Abneigung zur Gewerkschaftstaktik der Komintern und die Gegnerschaft zur RGI. wahrscheinlich auf einen allgemeinen Nenner zurückzuführen.

In den Tagen der Gründung der RGI., als D'Arragona sein und der C. d. L. Wort für sie verpfändete, stieg in Italien die revolutionäre Welle bergan. Die Arbeiter nahmen auf der ganzen Front den Kampf gegen die Bourgeoisie auf, und eine Zeitlang hatte es den Anschein, als ob das italienische Proletariat die ökonomische und politische Macht im Staate erobern würde. Acht Tage lang befanden sich die Fabriken in den Händen der Arbeiter, die Staatsgewalt war machtlos, es hätte nur des entschlossenen Zugreifens bedurft und Italien wäre den Fäusten der Kapitalisten entrissen gewesen. In dieser Situation fiel den Arbeiterführern das Herz in die Hosen. Sie verhandelten mit der Bourgeoisie und brachten den Kampf der Arbeiter zum Scheitern. Von da an resultiert der Rückgang in der italienischen Arbeiterbewegung. Die Arbeiter sind deprimiert. Sie haben das Selbstvertrauen verloren, diese so unbedingt notwendige Voraussetzung für den revolutionären Kampf. Nachdem der Glaube an die eigene Kraft verlorengegangen ist, setzt das verzweifelte Proletariat seine Hoffnung auf die Hilfe von außen. Eine Gravitation zum Reformismus ist die Folge. Die Sozialisten vom Schlage Turatis machen mit den Weißgardisten, den Fascisten, einen Friedensvertrag.

Der Zusammenbruch des Selbstvertrauens der Arbeiterklasse durch den Verrat oder die Feigheit der Führer verwandelte die revolutionäre sozialistische Partei Italiens in eine rein reformistische Partei Scheidemannscher Färbung. Diese Wandlung der Partei bringt auch den Umschlag in der Gewerkschaftsbewegung, die absolut reformistisch wird, in ihrer Leitung. In der Masse der Mitglieder wächst aber der kommunistische Einfluß, der in den einzelnen Bezirken zwischen 30 und 40 Prozent schwankt.

Aehnliche Vorgänge wie in Italien haben in der revolutionären Bewegung anderer kapitalistischer Länder die gleiche rückläufige Bewegung hervorgerufen. In Amerika haben Bergarbeiter und Eisenbahner schwere Schlappen erlitten, und die durch diese hervorgerufene Niedergeschlagenheit der Arbeiter benutzte Samuel Gompers zu einer Attacke gegen die Amsterdamer. Er trat mit der A. F. o. L. aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund aus, weil dieser „zu revolutionär" sei. In Spanien sind die revolutionären Gewerkschaften durch den unerhörten Terror der Bourgeoisie, die die Führer systematisch ermordet und die revolutionären Verbände zerstört, ganz in die Illegalität gedrängt. Das ermöglichte überhaupt erst das Wiederauftreten der Reformisten, die gänzlich abgewirtschaftet hatten. In Jugoslawien ist es genau wie in Spanien: hier erschienen die Amsterdamer erst auf der Bildfläche, als durch das Kommunistengesetz die revolutionären Gewerkschaften vernichtet worden waren.

Die allgemeine Unternehmeroffensive auf die eingeschüchterte Arbeiterklasse in der ganzen kapitalistischen Welt hat allen Gewerkschaftsverbänden große Verluste gebracht. In Frankreich hat die C. G. T. zwei Drittel ihrer Mitglieder verloren, in den skandinavischen Ländern, in England, in der Schweiz sind beträchtliche Verluste zu verzeichnen. Auch der ADGB. hat in diesem Jahre mehr als 600 000 Mitglieder eingebüßt. Wenn man diese Tatsachen betrachtet, so kann man feststellen, daß es eine allgemeine Krise in der Arbeiterbewegung gibt, die ihre Begründung in gleichen Ursachen findet.

Beweist nun diese Erscheinung die Unrichtigkeit der Gewerkschaftspolitik der III. Internationale und die Ueberflüssigkeit der RGI.? Ihre neuen Gegner haben sich noch nicht die Mühe gegeben, die allgemeine

Krise in der internationalen Arbeiterbewegung zu untersuchen. Sie haben sich die Arbeit leicht gemacht und finden den Sündenbock für alle Uebel in der Existenz der RGI. und der Gewerkschaftspolitik der Komintern. Beide müssen darum liquidiert werden. Die Begründung gibt am klarsten dafür Paul Levi. In Nr. 12 von „Unser Weg" stellt er fest: 1. „Die Moskauer Bedingungen" — Beschlüsse des II. Weltkongresses zur Gewerkschaftsfrage — „entsprechen nicht den westeuropäischen, zumal den deutschen Verhältnissen", denn die Zellentaktik führt zur Spaltung, und die deutschen Arbeiter wollen die Gewerkschaften nicht spalten. 2. „Die den kommunistischen Wünschen zuwiderlaufende Politik der Gewerkschaften" beruht in der Hauptsache nicht darin, daß die Gewerkschaftsführer eine falsche Einstellung zu den zu lösenden Problemen haben, sondern darin, „daß die Wünsche der Kommunisten zu weit entfernt sind vom Wesen und Willen der organisierten Massen. Von dieser Quelle des Uebels muß man darum ausgehen, um es zu heilen." 3. „Die Massen gewinnt man durch eine von einer einheitlichen, zielklaren kommunistischen Partei geführten Politik, die von dieser Partei an allen Orten, wo sie zum Proletariat reden und unter Proletariern wirken kann . . . . vertreten wird." — Dieser Weg ist nach Levi der richtige. Oder — man versucht „die organisatorische Herrschaft über die proletarischen Organisationen zu gewinnen und dann auf Grund der erlangten organisatorischen Machtstellung, unter „Führung" der Mitläufer und „Schwankenden", kommunistische Politik zu machen." Das soll nach ihm der Weg der III. Internationale sein. 4. „Die Forderung des organisatorischen Apparates der Gewerkschaften, dessen gewaltigen Wert kein Mensch leugnet, kann nur organisch Hand in Hand mit der Entfaltung des kommunistischen Willens der Gewerkschaftsmassen erfolgen." Darum muß der Punkt in den „21 Thesen", der von den Zellen handelt, aufgegeben werden, weil seine Anwendung uns in einen Konflikt mit den Gewerkschaften bringen wird, bei dem die Kommunisten den Kürzeren ziehen würden. 5. Die Rote Gewerkschaftsinternationale muß beerdigt werden, weil sonst nicht die Möglichkeit gegeben ist, im Rahmen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu arbeiten. 6. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist der Kopf der Gewerkschaften; will man die Gewerkschaften erobern, so darf man ihr nicht den Kopf abschneiden, sonst hat man nur einen Rest, der nicht mehr zu gebrauchen ist. 7. Die Gründung der RGI. war ein Fehler, man lasse sie darum, „die in besseren Tagen nicht war, was sie sein konnte oder wollte, in Frieden eingehen zum Herrn. Die Gewerkschaften, so wie sie sind, bieten Raum genug für alle Menschenkinder". 8. „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht viel zu hoch, als daß sie nicht Garantien brauchte dagegen, daß nicht morgen wieder irgend jemand auf dem Gebiete der Gewerkschaften sich Lorbeeren holen will, die die Märzaktion ihrem Erfinder versagt hat." Und zum Schluß noch mal: Wenn die Kommunisten nicht auf die Zellenbildung verzichten, „dann wird die Antwort der Mehrheit des deutschen Proletariats nicht zweifelhaft sein".

In den Darlegungen Levis sehen wir keinen einzigen neuen positiven Gedanken. Sie sind nichts als eine Kritikasterei, ohne jeden Wert. Sie beweisen obendrein, daß der Mann und alle, die gleich ihm argumentieren, weder Sinn noch Wesen der RGI. begriffen haben. Diese Kritiker haben nicht einmal bemerkt, daß die RGI. vom Tage ihrer Entstehung an bis heute, trotz ihrer Jugend, unendlich viel geleistet hat und hoffentlich noch leisten wird. Wie stand denn die Frage der Gewerkschaftsinternationale vor der Gründung der RGI.? In Amsterdam und in ihren nationalen Sektionen wurden die gewerkschaftlichen Probleme überhaupt nicht im internationalen Maßstabe betrachtet, und vom Standpunkt des proletarischen Klasseninteresses merkte man in der Behandlung der Fragen fast noch weniger. Die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie galt den Amsterdamer Führern bis vor ganz kurzer Zeit als der beste und fast einzig mögliche Boden, auf dem man die Interessen der Arbeiter vertreten kann. Noch am 30. April dieses Jahres verpflichtet sich Amsterdam, sich für die Erfüllung des Versailler Vertrages mit ganzer Kraft einzusetzen. Soll man wirklich noch einmal die

000 Beweise aufführen für das vollständige Versagen dieser Körperschaft im Klassenkampf? Wie sie dachten und handelten, ein Fall für ungezählte.

Vom 1. bis 3. Dezember 1921 fand in London ein Prozeß gegen einige Kommunisten statt, den der im Sommer d. J. zurückgetretene 1. Vorsitzende der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, J. H. Thomas, angestrengt hatte. In diesem Prozeß sagte der Herr, aus welchen Grunde er sich gegen die Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreiks gewandt hat. Hier seine Aussage:

„Wenn es zur Erklärung des Generalstreiks gekommen wäre, hätte der Kampf voraussichtlich mit der Abschaffung von König und Parlament und der Errichtung der Räteherrschaft geendet. Diese Gefahr habe ihn veranlaßt, die Führung nach Möglichkeit in der Hand zu behalten, um im geeigneten Augenblick durch überraschende Absage des Generalstreiks durch die Eisenbahner das zu vereiteln."

Möglich, daß D'Arragona seinen König und das Parlament ebenso schützen wollte, wie Thomas. Das ist also „der Kopf", ohne den man nur ein schäbiger, „unbrauchbarer Rest" ist.

Gewiß ist es eine Tatsache, daß in den letzten Monaten aus Amsterdam Aufrufe kommen, die einen etwas anderen Geist atmen. Aber die Aufrufe in der Hungerhilfe hat der ADGB. und seine ihm angeschlossenen Gewerkschaftsverbände den deutschen Arbeitern fein verschwiegen. Jetzt redet Fimmen schon von der Notwendigkeit eines internationalen Generalstreiks zur Abwehr der Unternehmeroffensive. Man merkt in Amsterdam, daß es mit der Arbeitsgemeinschaft einen Haken hat, einen Haken, an den das Kapital die Arbeiterorganisationen hängen will. Die russischen Gewerkschaften wurden zurückgewiesen, als sie den Berufsinternationalen beitreten wollten. Das geschah bei den Textil- und Bauarbeitern, bei den Buchdruckern und Angestellten. Lüge und Verleumdung wurden dabei als brauchbare Mittel befunden. Die RGI. hat nicht die Tendenz der Gewerkschaftsspaltung erfunden, die war das Werk der anderen Seite. In Frankreich sind die Jouhaux, Bidegaray und Dumoulin eifrig dabei, die CGT. zu spalten. Sie wollen nicht anerkennen, daß in ihr „Raum für alle Menschenkinder" ist. Und in Polen treiben die braven Gewerkschaftserhalter aus den Reihen der PPS. ein gutes Spiel, in dem sie die Spitzelorgane Pilsudskys unterstützen durch systematische Denunziation kommunistischer Gewerkschaftsleiter. Wenn man das Verhalten dieser Patrone beim Maiaufstand in Oberschlesien betrachtet, dann kann man wohl sagen: Amsterdam muß sich noch viel ändern, ehe Moskau sterben darf. Garantien sollen die Gewerkschaften benötigen vor den Zellenbildnern der Komintern? Welche Garantien müssen aber die Arbeiter haben gegen die Thomas, Jouhaux, Daszinksy usw.?

Der III. Weltkongreß der Komintern hat beschlossen, „der Austrittsbewegung aus den Verbänden darf kein Zugeständnis gemacht werden, jeder Kommunist muß in den Gewerkschaften arbeiten". Auf dem Kominternkongreß, wie auf dem 1. Weltkongreß der RGI. wurde ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm aufgestellt. Es gibt Antwort auf alle die Aufgaben, die das Proletariat in der gegenwärtigen Periode der Weltsituation zu erfüllen hat. Es redet nicht von Spaltung, sondern von der Vereinigung der Arbeiterorganisationen. Wenn Amsterdam erkennt, daß dieser Weg für das Proletariat der richtige ist, den das Aktionsprogramm der RGI. vorschlägt, dann wird sich die RGI. mit Amsterdam finden. Niemand würde das bedauern, alle ehrlichen Arbeiter würden es begrüßen. Aber solange noch die Politik der Thomas, D'Arragona, Jouhaux, Gompers Geltung hat, so lange hat die RGI. noch eine gewaltige Aufgabe, so lange muß die Komintern bei ihrer Gewerkschaftspolitik beharren. Ihre Kritiker sollen sich mit den Grundsätzen ihres Aktionsprogramms auseinandersetzen. Sie sollen beweisen, daß dieses falsch und unanwendbar ist. Können sie diesen Beweis antreten, so wollen wir uns bekehren. Können oder wollen sie das nicht, so sollen sie mit ihren unbrauchbaren Ratschlägen zu Hause bleiben. D'Arragona und Levi — zwei Renegaten — sie schrecken uns nicht, sie werden die RGI. nicht töten, sie werden nicht einmal in Amsterdam die Anerkennung finden, nach der sie trachten.

Parteitaktische Bemerkungen.

Von Ernst Friesland.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerkt die Redaktion der Internationale, daß sie mit wesentlichen Teilen des nachfolgenden Artikels nicht einverstanden ist. Dies bezieht sich insbesondere auf die Teile, die die Stellung der Partei zur Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft betreffen.

Die Redaktion der „Internationale".

I.

Die gesamte deutsche Arbeiterbewegung befindet sich in einer schweren Krise. Der Indifferentismus, der weite Schichten des Proletariats erfaßt hat, ist die unmittelbare Folge des Fehlens einer anerkannten revolutionär geführten Partei des Proletariats, die dem Sehnen und Drängen der Arbeitermassen zum Sozialismus Ausdruck und Gestalt zu geben vermag, die alle Energie des deutschen Proletariats zusammenfaßt und durch überlegene politische Führung die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die Bourgeoisie sammelt. Es ist kein Wunder, daß auch unsere Partei von dieser Krisis innerlich erfaßt wird. Die kommunistischen Arbeiter sind in den Betrieben von den anderen Arbeitern nicht so stark getrennt, wie es für den erscheinen mag, für den das Leben der Arbeiterbewegung sich in den Liebenswürdigkeiten der verschiedenen Parteizeitungen erschöpft. Unsere Partei entstand zu einem wesentlichen Teil durch die Anziehungskraft der russischen Revolution. Ungebrochen und im vollen Glanze ihrer Erfolge erfüllte die siegreiche proletarische Revolution der östlichen Sowjetrepublik in dem aufgewühlten Europa der Nachkriegsjahre Köpfe und Herzen Hunderttausender von Proletariern. Nicht nur die Schichten, die, durch die Revolution aufgewühlt, sich den Gang des proletarischen Befreiungskampfes als ein leichtes, schnelles Aufsteigen zum endlichen Siege vorstellten, die nicht im jahrzehntelangen Kampfe mit dem Bürgertum, in der jahrzehntelangen Arbeit für die Gewinnung und Sammlung der Arbeitermassen die ganze Größe und Tragweite der geschichtlichen Aufgabe erkannt hatten, die als Weltrevolution im einfachen und leichten Schlagwort gekennzeichnet wird, tatsächlich mußte und konnte jeder, der das Kräfteverhältnis zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse genauer verfolgte, zu dem Schluß kommen, daß eine sichere, zielbewußte und planmäßige Führung, eine revolutionäre Führung dem deutschen wie dem internationalen Proletariat den Weg unendlich hätte abkürzen können.

Heute ist es kein Geheimnis mehr, daß der erste Ansturm abgeschlagen, das Tempo der Entwicklung langsamer geworden ist. Damit rücken die Fragen der Gegenwart, die Fragen der tagtäglichen Taktik mehr in den Mittelpunkt. Nichts könnte eine revolutionäre Partei wie die unsrige so wenig vertragen, wie Mangel an geistiger Klarheit, an Selbstverständigung und an Zielsicherheit über den zu beschreitenden Weg bis in die untersten Reihen hinein. Das Offiziösentum, das zu einem großen Teil unsere Parteipresse und unsere Organisationen heute noch beherrscht, ist ein Krebsschaden, den es möglichst bald zu überwinden gilt. Zentralisation der politischen Führung kann und darf nicht darin bestehen, daß das eigene politische Leben der Organisationen durch die Initiative einer zentralen Körperschaft ersetzt wird. Umgekehrt, aus der lebendigen politischen Beobachtungen Initiative, mit der jede einzelne kommunistische Organisation um auf ihrem Gebiete zur wirklichen Führerin der Arbeitermassen zu werden, sie nur können der Mutterboden sein, aus dem in der zusammengefaßten Energie lebendiger, geschulter und erfahrener kommunistischer Kräfte die Führung erwächst, die imstande ist, ziel- und richtunggebend für die eigene Partei wie für die Arbeitermassen aufzutreten. Nichts ist unserer Partei gefährlicher als der Eindruck, der gelegentlich entstehen kann, als ob die Entschließungen und Handlungen unserer Partei nicht aus eigener Einsicht und eigenen Erfahrungen hervorwachsen.

II.

Für manche Genossen ist die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft das Schreckgespenst, das ihnen Tag und Nacht keine Ruhe läßt. So wie die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft gleich jenem indischen Fakir geneigt ist, auf die Märzaktion als auf den Nabel der Welt zu schauen, um den sich von nun an bis in alle Ewigkeit alle Fragen der Welt drehen und entscheiden werden, so gibt es in unseren Reihen Genossen, denen die Existenz dieser Arbeitsgemeinschaft keine Ruhe läßt und die die Gefahr dieser Arbeitsgemeinschaft nur dadurch glauben überwinden zu können, daß die Partei ihrerseits den „schärfsten Kampf gegen diese Gesellschaft" eröffnet. Der Arbeitsgemeinschaft selbst würde die Partei wahrscheinlich kaum einen größeren Gefallen tun können, als wenn sie dem wohlmeinenden Ratschlag solcher Genossen folgt. Auf ihrer letzten Reichskonferenz hat die KAG. in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß die Politik der Partei keinen Raum mehr zwischen den Kommunisten und dem, was die übergroße Mehrzahl der revolutionären Arbeiter der USP. und auch des linken Flügels der SPD. wollen, ließe. Die KAG., die daran nur noch den Zweifel knüpft, ob die Partei als Ganzes diese Politik „wirklich ehrlich" betreibe, hat damit selber zugegeben, daß der Zeitpunkt ihrer Liquidation gekommen ist. Sie kann heute, wo nach ihrer eigenen Meinung die sachlichen Gegensätze in den Hintergrund getreten sind, nur die ohnehin vorhandene Verwirrung innerhalb der Arbeiterschaft vergrößern. Die betonte Abneigung der KAG., sich als eine Parteigruppe zu konstituieren oder irgend welche organisatorischen Maßnahmen nach dieser Richtung hin zu ergreifen, ist die Folge der von der Partei betriebenen Politik und der durch diese Politik mit geschaffenen politischen Situation. Die gesteigerte Massenbewegung sowohl wie die kommunistische Führung, durch die die Partei diese steigende Massenbewegung in den letzten Monaten zu beeinflussen suchte und tatsächlich auch beeinflußt hat, sie riß die Schranken zwischen uns und den Massen nieder, sie schuf uns das Vertrauen und jene Verbindung, die die Partei gebraucht, um selber einen sicheren Kompaß für ihre eigene Führung zu bekommen. Darum kann man schon den streitbaren Kämpfern in unseren Reihen ruhig zurufen: der beste Kampf ist die klare, zielsichere Führung, die die Partei sich selber gibt; der beste Kampf ist die Liquidation jener Neigungen zu metaphysischer Scholastik und zu politischer Konfusion, wie sie in einigen Kreisen, die sich als „Linke" bezeichnen, leider heute noch herrscht. Oder wie Sinowjew in seinem letzten Aufsatz sagt:

> „Nur durch den Sieg über die sektierischen „linken" Abweichungen können wir dem Opportunismus den Todesstoß versetzen."

Die Kampfesmethoden des Kommunismus haben sich gründlich verschoben. Das „Demaskieren", das Herunterreißen, das „Entlarven" der „Verräter" ist nicht nur überflüssig, sondern schädlich geworden. Das Proletariat wünscht keine „Entlarvungen" und kein „Verräter"-Geschrei. Es wünscht den Ausweg aus seinem Elend zu sehen und es wird dem folgen, der diesen Ausweg weist und der versteht, ohne Geschrei und ohne Verhetzung die Arbeiter auf diesem Weg zu sammeln. Die primitiven, im üblichen Sinne parteiegoistischen und kurzsichtigen Methoden kleiner Parteiagitatoren, die, über die Schranken ihrer engen Interessen nicht hinaussehend, nicht verstehen und begreifen können, daß der Zusammenschluß der Arbeitermassen auf solch neuen Wegen sich vollzieht, können unter Umständen zu einem schweren Hemmnis für die Entwicklung der Partei werden. Am gefährlichsten könnten wir das spüren, wenn wir das Problem der KAG. nicht richtig zu behandeln verstünden. Es liegt in der Natur der Dinge, daß von den Kreisen der KAG. aus unsere Partei immer wieder auf Fehler und Mängel aufmerksam gemacht werden wird, die der Außenstehende schärfer — sei es aus Liebe, sei es aus Haß — sieht. Die Fülle der politischen Aufgaben erfordert von uns größere Beweglichkeit, größere Sachkenntnis auf allen Gebieten. Die Zeit der Schlagworte, die Zeit billiger und bequemer Volksversammlungen ist vorüber. Zum Mittelpunkt der unterdrückten und

gequälten Arbeitermassen wird nur die Partei werden, die die Fragen der Gegenwart beherrscht und zeigt, daß sie sie zu lösen versteht. Solange eine solche Gruppe wie die KAG. existiert (und sie wird so lange existieren, bis sie in einem neuen Aufstieg der Massenbewegung aufgesogen und fortgeschwemmt wird), so lange wird sie immer wieder der Partei Veranlassung geben, in ernster Selbstkritik und in sachlicher Auseinandersetzung mit den Problemen unserer augenblicklichen Politik zu zeigen, daß sie kommunistische Politik zu betreiben versteht. Darum gibt es gegen die KAG. nur eine Waffe: die geistige Schulung und Erziehung unserer eigenen Partei, das sorgfältige Durchdenken und Behandeln aller großen und kleinen Fragen unserer Bewegung, kurzum die Schaffung einer in dem Mutterboden der deutschen Revolution und den Nöten des revolutionären Proletariats festverankerten, zielsicher geführten Kommunistischen Partei.

Die größte Gefahr besteht in der bequemen Neigung zum Schlagwort, in der billigen Erzeugung von solchen Stimmungen, die an Stelle sachlicher Erörterung die Pogromstimmung zu setzen geneigt ist. Wenn unter dem Eindruck der Märzkämpfe, wenn angesichts der frischen Wunden, die damals der Partei zugefügt wurden, es verständlich war, daß in den Mittelpunkt der Diskussionen die Frage der Disziplin, des Verrats gesetzt und die Frage einer eingehenden sachlichen Prüfung der Ergebnisse und Erfahrungen dieser Kämpfe in den Hintergrund trat, so mochte das hingehen. Heute wäre es nicht verständlich, es wäre sinnlos und verderblich. Es würde der Partei das rauben, was sie am allernötigsten braucht: das Vertrauen bei ihren eigenen Mitgliedern, das Vertrauen bei den Arbeitermassen außerhalb der Partei, daß ihre politischen Entscheidungen nicht disziplinarischen Anweisungen von Parteiinstanzen, sondern der selbständigen Lösung brennender Fragen durch die Mitgliedschaft selbst entspringen.

Nicht der billige, sportmäßig betriebene „Kampf gegen die Leviten" sichert uns gegen Gefahren. Gegen Gefahren sichert uns nur eigene klare, zielbewußte kommunistische Führung.

III.

Die „proletarische Einheitsfront" droht zum neuesten Schlagwort der Partei zu werden. Daß es nicht unsere Aufgabe ist, die Mitwelt wöchentlich mit einer neuen Parole oder mit einem neuen Aufruf zu beglücken, das hat die Partei allmählich begriffen. Aber die Gefahren des Schematismus, des mechanischen Denkens und der gleichmäßigen, allzuoft den Verhältnissen gar nicht entsprechenden Anwendung bestimmter Forderungen, die unter anderen Umständen und Bedingungen entstanden sind, sind noch lange nicht überwunden. Wenn jetzt wir Kommunisten des morgens und des abends betonen, daß die Einheitsfront des Proletariats hergestellt werden muß, daß es nur an den anderen und nicht an uns liegt, wenn sie noch nicht hergestellt ist, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn dieser unser Ruf eine Zeitlang verhallt wie der Ruf des Predigers in der Wüste. Der Drang nach Zusammenschluß ist gewiß eine der elementarsten Erscheinungen, die man heute unter den Arbeitermassen beobachten kann. Der Wille nach Zusammenschluß „über die Köpfe der Führer hinweg" ist bei den von der Zersplitterung ihrer Bewegung tief enttäuschten Arbeitermassen außerordentlich populär. Umso notwendiger ist es, daß wir mit diesem Schlagwort einen klaren Begriff verbinden und daß wir uns über den Weg im klaren sind, der zu diesem Ziele führen kann. Der Begriff der Einheitsfront hat nur dann einen Sinn, wenn ihm bestimmte politische Forderungen zugrunde liegen, wenn es gelingt, für bestimmte politische Forderungen die Arbeitermassen möglichst einheitlich zur Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Klassenstaat zu bringen. Eine Propaganda für die proletarische Einheitsfront kann also nur geführt werden, wenn ihr ein einheitliches Verständnis und eine gemeinsame Auffassung über das, was heute als politische Forderung der Arbeiterklasse zu bezeichnen ist,

zugrunde liegt. Ganz gewiß ist dabei, selbst wenn über bestimmte Forderungen eine Einheitlichkeit in der öffentlichen Meinung des Proletariats hergestellt ist, der Weg zur Einheitsfront kein glatter und ebener. Nicht um unserer schönen Augen willen, sondern nur unter dem Druck der sich steigernden Massenbewegung werden die Spitzenorganisationen der Arbeiterschaft sich mit uns an einen Tisch setzen; denn jeder gemeinsame Kampf des Proletariats, selbst um die bescheidensten Forderungen, widerspricht radikal der bisher von diesen Spitzenorganisationen betriebenen Politik. Wenn in unseren Kreisen die primitive Auffassung herrscht, als könnten wir bei dem heutigen Stärkegrad unserer Partei und bei der Stimmung der Arbeiterschaft zu politisch wirklich bedeutsamen Handlungen (und nicht nur zur Befriedigung unserer propagandistischen Bedürfnisse in Volksversammlungen) kommen ohne die Spitzenorganisationen, so bedeutet das eine katastrophale Ueberschätzung unsere Kräfte und eine vollständige Verkennung unserer politischen Aufgaben. Die organisierten Massen zu gemeinsamem Handeln zu bekommen ohne die Spitzenorganisationen, ist vorläufig unmöglich. Und wenn wir ehrlich den politischen Effekt erreichen wollen, daß, mitbeeinflußt durch unser politisches Auftreten, die Arbeiterschaft in gemeinsamem Kampfe Erfolge erreicht und durchsetzt, dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß der Weg dazu nur über die Spitzenorganisationen gehen wird. Schon die ersten Ansätze des Zusammengehens der USP.- und KPD.-Zentralen eröffneten ganz neue politische Perspektiven. Damit wurde die gesamte bisherige Gewerkschaftspolitik aufgerollt. Die Position der SPD., ihre ganze Koalitionspolitik, wird und muß damit unmittelbar zusammenbrechen. Die einzelnen Organisationen im Lande werden ganz anders geneigt sein, mit uns zusammenzugehen, wenn dieses Zusammengehen zentral und über das ganze Reich erfolgt.

Auf der anderen Seite bedeutet ein solches Zusammengehen nicht die Liquidierung des politischen Kampfes und der politischen Auseinandersetzung. Die Arbeitsgemeinschaft hat das Schlagwort der Kartellierung aller revolutionären Kräfte geprägt und den Gedanken ausgesprochen, daß für absehbare Zeit kein Ereignis eintreten könne, das neue Spaltungen der Arbeiterbewegung ermögliche. Gewiß, neue Spaltungen nach Art der Hallenser Spaltung wird es voraussichtlich in der Entwicklung der Arbeiterbewegung, in Deutschland wenigstens, nicht mehr geben. Aber ohne die Zertrümmerung und Ueberwindung der bisherigen SPD.-Organisation ist eine Gesundung und Entwicklung der Arbeiterbewegung im revolutionären Sinne eine vollständige Unmöglichkeit. Und auch die USP., die ja aus vollkommen heterogenen Elementen, wenigstens in ihrer Führerschaft, besteht, wird durch den Gang der Ereignisse gezwungen werden, sich für die revolutionäre, gegen die reformistische Lösung auszusprechen. Daß der rechte Flügel der USP. theoretisch und praktisch auf demselben Boden steht wie die „Vorwärts"-Leute, das ist doch keine böswillige Erfindung von uns Kommunisten, das kann man alle Tage von linken USP.-Leuten hören und mit drastischen Einzelheiten belegt bekommen. So sehr es also eine primitive Verwirrung unserer politischen Aufgaben ist, wenn bestimmte Kreise unserer Partei davon sprechen, daß wir an Verhandlungen mit Spitzenorganisationen nicht interessiert seien, daß wir uns an die Massen und nicht an die Spitzen zu wenden hätten, und wie diese bequemen Schlagworte mehr lauten, die auf die Gedankenlosigkeit spekulieren und den Verkünder populär machen sollen, so sehr wäre es verkehrt, anzunehmen, daß bei einem konsequenten und ehrlichen Weiterbeschreiten des Weges, den unsere Partei bisher gegangen ist, die Krisis in den beiden anderen proletarischen Parteien nicht unbedingt zu einer Verschärfung, ja über kurz oder lang zu neuen Gruppierungen führen müsse. Freilich, die bequeme und naive Vorstellung, daß nur der Kommunist sei, der schon vor Jahren im Spartakusbund organisiert war, werden noch manche von unseren Genossen aufgeben müssen. Aber daß der Abmarsch der Massen sich nach links vollziehen wird, daß eine Konzentration der revolutionären Kräfte um das Banner des Kommunismus nicht nur notwendig, sondern möglich ist, das können nur diejenigen leugnen, die zwar theoretisch sich zur kommu-

nistischen Massenbewegung bekennen, aber praktisch sich selber ausgeschaltet haben und zu den kommunistischen Massen kein Verhältnis zu gewinnen verstehen.

Indem wir die Einheitsfront täglich und stündlich fordern, fordern wir sie als die gemeinsame Front des Kampfes. Wenn wir auch längst erkannt haben, daß das „Demaskieren" und „Entlarven" zu den überholten Methoden des politischen Kampfes gehört, das in der neuen Periode der Entwicklung es auf die Qualität unserer eigenen Arbeit ankommt, so wissen wir doch, daß die gemeinsame Front des Kampfes nur unter dem Banner einer revolutionären Partei sich vollziehen kann. Gewiß wird diese revolutionäre Partei nicht geschaffen durch den primitiven, etwas militaristischen Zentralismus, der den Köpfen mancher unserer Genossen heute als Ideal vorschwebt, aber sie erwächst mit Notwendigkeit aus den sich steigernden und entwickelnden Auseinandersetzungen. Und ohne die Schaffung dieser Kommunistischen Partei wird die deutsche Arbeiterklasse niemals ihren Klassenkampf zum siegreichen Ende führen können.

IV.

Eine der wichtigsten, wenn auch in der Oeffentlichkeit wenig beachteten Resolutionen unseres letzten Parteitages war die Resolution, in der unsere Parteigenossen aufgefordert werden, alle Anstrengungen zu treffen, um die gesamte Partei auf eigene Füße zu stellen. „Die Partei muß durch die Steigerung der Opferwilligkeit in den Stand gesetzt werden, in kürzester Zeit ihre Aufgaben ohne jede weitere finanzielle Unterstützung durch ausländische Bruderparteien zu erfüllen." Es waren bei der Mehrheit des Parteitages nicht nur finanzielle Erwägungen, die zur Einbringung und Annahme dieser Resolution geführt haben. Ihr lagen zugrunde die Erfahrungen und Beobachtungen, die die Partei im verflossenen Jahre gemacht hat. Es muß offen ausgesprochen werden, daß man keiner Arbeiterschaft eine Kommunistische Partei schenken kann. Unterstützungen in bestimmten Momenten zu bestimmten Zwecken mögen gut und schön sein, aber eine Kommunistische Partei, die Bedeutung und Einfluß haben will, die wirklich mit den Massen verbunden sein will, kann nur dann gedeihen, wenn sie, von der Opferwilligkeit dieser Masen selbst getragen, aus eigenen Mitteln heraus das leistet, was ihr entsprechend der politischen Gesamtsituation zu leisten möglich ist. Man kann mit Geld keine kommunistischen Bewegungen schaffen, man kann sie höchstens auf die Dauer in schwere Gefahren bringen. Eine Politik, die gestützt und getragen wird durch den Besitz organisatorischer und finanzieller Machtmittel, wird deswegen noch nicht unten bei den Massen verstanden und durchgeführt. Unsere einzelnen Organisationen können Bestand und Bedeutung nur dann gewinnen, wenn jeder Arbeiter an ihrem Ausbau mithilft, wenn der letzte Pfennig des letzten Mitgliedes mobilisiert wird, wenn in den Presseorganen, in den Versammlungen, in den propagandistischen und organisatorischen Leistungen der Partei der Arbeiter sein eigenes Werk sieht, zu dem er das letzte, was ihm möglich ist, beigetragen hat. Eine zentrale Instanz, die nicht von unten auf, nicht nur vom Vertrauen der Mitglieder, sondern auch von der Opferwilligkeit der Mitgliedschaft auf die Dauer abhängig ist, kann nie jenen Zentralismus verwirklichen, der aus der sich steigernden revolutionären Entwicklung unbedingt notwendig und erforderlich ist.

Ganz ähnlich steht es auch mit der Bedeutung, die für die Kommunistische Internationale die Exekutive selber haben muß. Gewiß, die Kommunistische Internationale entstand unter dem überragenden Einfluß der russischen Revolution und der überragenden Führung, der sich diese Revolution rühmen kann. Heute aber ist die Kommunistische Internationale in ein neues Stadium eingetretne. „Sie kann der kleinen Alltagsarbeit nicht entsagen." „Nicht nur der Kommunismus überhaupt, sondern auch die kommunistische Organisation soll in die tiefsten Tiefen der Massen dringen." „Sie tritt jetzt in eine schwiergere, aber auch entscheidendere Phase ihrer Arbeit."

Angesichts dieser Lage gilt für die Internationale genau dasselbe wie für unsere Partei. So wie unsere Partei stark und gesund werden kann nur dann,

wenn sie von unten auf in den Massen verankert und verwurzelt und durch überlegene politische Führung zum Sammelpunkt der revolutionären Arbeitermassen zu werden versteht, so kann auch die Kommunistische Internationale sich zum wirklichen Zentrum des revolutionären Ansturms des Weltproletariats in der veränderten politischen Situation nur entwickeln, wenn die Kraft, sowohl die organisatorische wie die politische Kraft der ihr angeschlossenen Sekionen wächst, wenn in zunehmendem Maße die Kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern von Propagandavereinen für kommunistische Ideen sich zu politischen Kampfparteien des Proletariats entwickeln. Die bisherigen Thesen der Kommunistischen Internationale enthalten über die Organisation und den Zusammenhang der Exekutive mit den Sektionen verhältnismäßig wenig.

Die Beschlüsse des Weltkongresses sprechen nur von dem Recht der Exekutive einzelne Personen und Gruppen aus der Internationale auszuschließen, und von der Vollmacht von einem Kongreß bis zum andern die Politik der Internationale verantwortlich zu leiten. Auf dem Dritten Weltkongreß sind über diese Dinge nur einige Bemerkungen in einer „Resolution über die Organisation der Internationale" zusammengefaßt, die mehr oder minder alles der weiteren Entwicklung der Dinge überlassen.

Da die KAG. in ihrer bekannten Resolution die Dinge aufgerollt hat, können wir nicht mehr an diesen Fragen schweigend vorbeigehen. So wenig wir uns mit den Gedanken identisch fühlen, die die KAG. — nach Meinung mancher Genossen — hinter ihren Formulierungen verstecken, so sehr wir der Meinung sind, daß die engste politische Verbindung mit der Internationale als dem Zentrum der gesamten revolutionären Bewegung notwendig ist, und so sehr wir wünschen, daß die Internationale viel mehr als bisher die politische Führung der internationalen kommunistischen Bewegung in die Hand nimmt, so sehr halten wir es doch für notwendig zu betonen: Die Internationale wird nie eine Kraft werden, wenn die ihr angeschlossenen Sektionen nicht stark und selbständig werden. Für die deutsche Partei ist es eine Lebensfrage, daß sie lernt, sich selbst von der kleinsten bis zur größten Organisation zu unterhalten. Und weiter: die internationale Führung darf nicht zur gewollten oder ungewollten Schaffung von organisatorischen Nebengebilden führen, die die Einheitlichkeit der Arbeit eines Landes erschweren. So wie in Deutschland die Zentrale sich an die Bezirke zu halten hat, so können alle internationalen Organisationen ihre Maßnahmen nur durch die Landeszentrale vornehmen, wenn nicht heilloser Wirrwarr entstehen soll. Das gilt insbesondere bei der Publikation von Literatur, die in jedem Lande nur im Einverständnis mit der betreffenden Zentrale vor sich gehen kann, wenn nicht jede Uebersicht und Einheitlichkeit der Arbeit leiden soll. Je eher diese Dinge so geregelt werden, wie sie entsprechend den organisatorischen Bedürfnissen jeder Partei geregelt werden müssen, um so eher wird die Internationale das werden könen, was ihre geschichtliche Aufgabe ist: Das Sammelbecken aller Energien der großen revolutionären Parteien des Weltproletariats, die Stätte von der aus auf Grund der Erfahrungen in den einzelnen Ländern und der Entwicklung des internationalen Kapitalismus diese Energien zu einheitlichem Stoße gegen den gemeinsamen Feind gesammelt werden.

Ist die russische Revolution eine bürgerliche Revolution?

Von K. Radek.

Die Frage der Rolle und des sozialen Charakters der künftigen russischen Revolution hat eine ungeheure Bedeutung gehabt für den Prozeß der Selbstbestimmung der Arbeiterbewegung nach der ersten russischen Revolution, der Revolution der Jahre 1905—1906. Die Frage lautete: wird es eine bürgerliche oder eine proletarische Revolution sein? Welche Klasse wird

sie leiten, wenn sie eine bürgerliche sein wird? Wie wird das Verhältnis dieser Klasse zu den anderen Klassen sein?

Schon die erste Revolution hat viele Streitfragen entschieden. Obgleich sie den Gipfelpunkt nicht erreichte. Obgleich sie unterdrückt wurde, bevor sie sich mit den entscheidenden Fragen, den Machtfragen befassen konnte, wurde doch vollkommen klar, daß die Bourgeoisie eine konterrevolutionäre Klasse ist, die einen Vergleich mit dem alten Regime, dem Zarismus, dem Zustande der Halbleibeigenschaft, abschließen will, um das Proletariat zu bekämpfen. Zwei Klassen, Arbeiterschaft und Bauernschaft, zeigten sich als revolutionär. Die Arbeiterschaft war der Leiter, die treibende Hauptkraft, der Revolution.

Während des Jahrzehnts zwischen der ersten Revolution und der vom Jahre 1917 traten an Stelle des Streites über den Charakter der Revolution bestimmte Fragen über die Bedingungen der Organisierung der Arbeiterklasse in der Zeit nach der Revolution, über die sozialen Veränderungen, die das Ergebnis der ersten Revolution waren, vor allem über die Veränderungen innerhalb der Arbeiterschaft und über die Agrarpolitik von Stolypin. Die März- und die Oktoberrevolutionen, vier Jahre der Sowjetregierung und endlich unsere neue Wirtschaftspolitik, haben wieder die Frage des Charakters unserer Revolution auf die Tagesordnung gestellt. Die Menschewiki und ihre internationalen Freunde — Sozialdemokraten und Zentristen — heulen boshaft über die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung und fragen uns: „Wozu war das ganze notwendig? Es stellt sich doch heraus, daß die Revolution eine bürgerliche war, da ihr Bolschewiki gezwungen seid, den von euch zerstörten Kapitalismus von neuem aufzubauen!"

Die Antwort auf diese Frage ist notwendig, wenn wir selbst den Sinn dieser vierjährigen Kämpfe, der Aenderungen unserer Politik klar begreifen wollen. Verzichten wir wirklich auf die vergangenen vier Jahre? Ist die russische Revolution eine proletarische oder eine bürgerliche?

Wir müssen vor allem einige Tatsachen feststellen.

Alle Revolutionen, vom holländischen Aufstande gegen die spanische Unterdrückung bis zu der englischen und französischen Revolution, genauer bis zu den drei französischen Revolutionen, alle diese Revolutionen nennt man bürgerliche Revolutionen, da ihr Ergebnis die Herrschaft der Bourgeoisie war, für die sie die Stufe zu ihrem Welttriumph, zu ihrer Herrschaft in allen zivilisierten Ländern bedeutete. Aber keine von diesen Revolutionen war eine rein bürgerliche: man muß die Klassen, die an ihnen teilgenommen, und die Ziele, die sich diese Klassen gestellt haben, berücksichtigen. Die Großgrundbesitzerklasse nimmt einen bedeutenden Anteil an der niederländischen und sogar an der englischen Revolution. Cromwell selbst war Großgrundbesitzer; hinter ihm stand ein bedeutender Teil der englischen Großgrundbesitzerklasse.

Gleichzeitig, von der englischen Revolution angefangen, sehen wir bei den Revolutionen nicht nur die Teilnahme der Handwerker, Manufakturarbeiter und der jungen in der Entstehung begriffenen proletarischen Klasse, wir sehen sogar eine starke Strömung, die die Grenzen der sich bildenden bürgerlichen Ordnung überschreiten will. Die Bewegungen von Leweers, Digors, Chiliasten, waren proletarische demokratische Bewegungen, die die Herstellung der sozialistischen Ordnung und des Kollektiveigentums, die Aufhebung des Privateigentums, die Beseitigung der kapitalistischen Konkurrenz anstrebten. Bedeutende Massen nahmen an diesen Bewegungen teil. Der Sozialismus war für sie eine Religion. Er stellte schon damals eine Gefahr für die junge bürgerliche Ordnung dar und wurde mit der ganzen Grausamkeit unterdrückt, zu der die Bourgeoisie zwecks Verteidigung ihrer Interessen fähig ist. Cromwell hat vollkommen den Gegensatz zwischen dem Kapitalismus und diesem religiösen Sozialismus verstanden. In seinen Reden hat er gegen diesen mit denselben Argumenten, wie die Bourgeoisie im 19. Jahrhundert gegen den revolutionären Sozialismus, gekämpft.

Während der französischen Revolution verstärkte sich in den Tiefen der Gesellschaft parallel mit der Entwicklung der Revolution selbst die sozialistische Strömung, die durch die Partei der Enragés vertreten wurde,

deren Geschichte noch nicht geschrieben ist (die diese Partei betreffende Literatur ist sehr arm), die aber eine ungeheure Rolle in den Ereignissen des Jahres 1793 gespielt haben. Robespierre war ein bewußter, überzeugter Gegner dieser Bestrebungen. In den Pamphleten des Girondisten Brissot, des Vertreters der Handelsbourgeoisie von Südfrankreich, findet man nicht nur alle Argumente, mit denen später die Bourgeoisie gegen den Sozialismus kämpfte, man findet auch den tollwütigen Haß, der der Erkenntnis der Kraft der Kommunisten in der französischen Revolution entspringt. Hinter ihnen stand ein bedeutender Teil derjenigen, die Frankreich im Jahre 1793 gerettet haben.

Eine der Ursachen des Sturzes des kleinbürgerlichen Demokraten Robespierre liegt darin, daß er die Arbeitermassen von Paris durch seinen Feldzug gegen die Enragés und ihre Verteidiger in der Pariser Kommune, wie Chaumette, von sich abgestoßen hat. Für den Kopf von Chaumette, für den Kopf von Leroux, hat Robespierre mit dem eigenen Kopfe bezahlt, da er, nachdem er die Verbindung mit den Arbeitermassen verloren hatte, den Termidoristen der jungen Bourgeoisie der französischen Republik, die sich während des Krieges gegen die feudale Welt befestigte, weder von Nutzen sein, noch ihnen Furcht einflößen konnte. Als der Kopf von Robespierre unter fröhlichem Gröhlen der Spekulanten und der Jeunesse dorée fiel, schwiegen boshaft die Pariser Vororte.

In der Revolution von 1789, und noch mehr in der Revolution von 1848, war schon die Arbeiterklasse Frankreichs samt den mit ihr zusammengehenden Handwerkern eine wachsende, drohende Macht, die klar den Gegensatz der proletarischen und der kapitalistischen Interessen begriff. Diese Massen, die noch nicht durch die Großindustrie vereinigt waren, die noch keine Partei hatten, die sie durch einen Gedanken vereinigen könnte, diese Massen, die mit der unklaren Lösung der sozialistischen Republik kämpften, waren schon die treibende Kraft der Revolution, waren ihr Leiter. Die Niederlage dieser Massen im Juni war die Niederlage der Revolution. Die Bourgeoisie entwickelte nicht die Revolution nach ihrem Siege, vielmehr die Arbeiter; sie beendigte diese vielmehr und fügte sich dem Säbel Napoleon des III.

Was bedeutet diese geschichtliche Reminiszenz?

Die Existenz der Bourgeoisie ist eine notwendige Vorbedingung einer bürgerlichen Revolution. In allen bürgerlichen Revolutionen trat aber gleichzeitig mit der Bourgeoisie auch die Arbeiterklasse auf der geschichtlichen Arena auf, da es ohne Arbeiterschaft keine Bourgeoisie gibt. Die Arbeiterklasse bewegte sich anfangs unter der Leitung der Bourgeoisie. Im Revolutionsprozesse wurde sie sich des Gegensatzes ihrer Interessen und jener der Bourgeoisie bewußt, sie versuchte, die Grenze der französischen Revolution, ihre Ziele im Kampfe um die Interessen der Arbeiterklasse, im Kampfe um die unklar formulierten sozialistischen Losungen zu überschreiten. Schon im Jahre 1896 bewies Eduard Bernstein, der damals noch als revolutionärer Marxist galt, im Vorworte zu der Geschichte der französischen Revolution von 1848 von Heritier, daß dies der Fehler der Arbeiterklasse war, daß sie mit Rücksicht auf den bürgerlichen Charakter der Revolution keine Forderungen aufstellen durfte, die die Grenzen der bürgerlichen Ordnung überschritten. Aber die Arbeiter haben ihre Forderungen in den bürgerlichen Revolutionen nicht reduziert. Wohl haben sie den Bernstein verstanden. Dasselbe, was Bernstein sagte, wird ihnen stets von den Vertretern der Bourgeoisie und des kleinbürgerlichen Sozialismus gesagt. Die Arbeiter konnten nicht verzichten, weil sie aus den Kellern und Hundehütten, aus den schmutzigen Werkstätten herausgekommen waren. Sie litten und konnten deshalb nicht ruhig zuschauen, wie die Bourgeoisie die Ernte einheimste. Sie mußten um ihre eigenen Interessen kämpfen, sie mußten um ihre eigenen Interessen kämpfen, sie mußten ihre eigenen Ziele verfolgen, da sie fühlten, daß sie die Kraft sind, die die alte Ordnung gestürzt hat, und daß die Bourgeoisie ihre Sklaverei nur modifizieren will. Sie mußten noch vorwärts gehen, da ohne dies sie nicht imstande wären, die alte Ordnung zu besiegen: Sie haben diese vernichtet, indem sie Ziele verfolgten, die jenseits der bürgerlichen Interessen lagen. Friedrich Engels hatte Recht, indem er von dem Gesetz der

Geschichte sprach, nach dem die revolutionäre Klasse, der Leiter der Revolution, Ziele aufstellt, die weit die Grenzen des im gegebenen Augenblicke Möglichen überschreiten, um das Alte zu stürzen. Auch Rosa Luxemburg hat Recht mit ihrem Hinweis, daß die proletarischen kommunistischen Bestrebungen der Arbeiter in allen bürgerlichen Revolutionen die Kraft waren, dank der es möglich war, die Feudalordnung zu stürzen.

Diese Erkenntnis der geschichtlichen Tendenzen aller bürgerlichen Revolutionen ist eine notwendige Voraussetzung des theoretischen Verständnisses der Schicksale der russischen Revolution.

Als in den Jahren 1905 über den Charakter der russischen Revolution gestritten wurde, wies Trotzki vollkommen richtig darauf hin, daß die Arbeiterklasse die bürgerlichen Grenzen der Revolution überschreiten wird, ohne Rücksicht darauf, ob wir es wollen oder nicht, da, wenn sie zwecks Beendigung der bürgerlichen Revolution, zwecks Sturzes des zaristischen Regimes, die Macht, sei es auch zusammen mit der Bauernschaft, ergreifen muß, und vor der praktischen Lösung der Fragen der Arbeitslosigkeit, der Aussperrung usw. steht, sie diese Fragen auf Grund ihrer eigenen Interessen, d. h. des Sozialismus, entscheiden wird. Karl Kautsky, der jetzt wie ein Menschewik redet, erklärte damals zusammen mit Rosa Luxemburg, daß die russische Revolution gleichzeitig eine bürgerliche und eine nichtbürgerliche, eine proletarische sei, da sie, obgleich sie durch die Ueberlassung des Grund und Bodens an die Bauern, an Warenproduzenten, die bürgerliche Ordnung auf dem flachen Lande aufrichtet, den Sozialismus in den Städten zu verwirklichen versuchen muß. Die russische Revolution, sprach damals Kautsky, ist, ihrer Stelle in der Geschichte nach, der Uebergang von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution.

Sollte der Einfluß der russischen Revolution die Revolutionskräfte in Europa entfesseln — und in Westeuropa kann es nur eine proletarische Revolution geben —, so wird sie gezwungen sein, auf eigenartigen Wegen die Verwirklichung des Sozialismus anzustreben.

Als 10 Jahre nach diesen Betrachtungen Kautskys über die treibenden Kräfte der Revolution die Märzrevolution erfolgte, haben die Führer der proletarischen Avantgarde, die Bolschewiki, da sie sich über den kleinbürgerlichen Charakter der russischen Wirtschaft vollkommen klar waren, bewußt versucht, die Ziele, um die das Proletariat kämpfte, zu beschränken, indem sie nicht den Sozialismus, sondern die Uebergangsmaßregeln zum Sozialismus auf die Tagesordnung stellten. Die Staatsmaschinerie unter die Kontrolle der Arbeiter- und Bauernräte zu bringen, die Nationalisierung der Banken, ohne die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums — dies war das Ziel, das Genosse Lenin in seinem Programm im April 1917 aufstellte. Schon nach der Machtergreifung durch das Proletariat und die Bauernschaft versuchte die Sowjetregierung nicht, die Bourgeoisie zu expropriieren, sondern die Arbeiterkontrolle über die Industrie zu entwickeln und zu organisieren. Die Arbeiterklasse ging aber mit Elementargewalt weiter. Sie ergriff von den Fabriken Besitz und nationalisierte Unternehmungen in der Provinz gegen den Willen der Zentralregierung. Und dies tat sie nicht aus Unkenntnis des Programms der Bolschewikipartei, sondern infolge des Widerstandes der Bourgeoisie, die die Arbeiterkontrolle zu sabotieren oder die für die Weiterführung der Industrie nötigen Kapitalien zu verstecken versuchte. Die Arbeiter mußten die Bourgeoisie beim Kragen packen. Wäre aber auch diese wirtschaftliche Notwendigkeit nicht vorhanden, so könnte die Klasse, die die Bourgeoisie gestürzt und die Macht ergriffen hat, die Bourgeoisie im ruhigen Besitz der Produktionsmittel nicht zulassen. Das Proletariat herrscht im Lande, und es konnte nicht zulassen, daß die Bourgeoisie auf dem wirtschaftlichen Gebiete herrscht und dementsprechend lebt.

Die Sowjetregierung versuchte im April 1918 in einer Rede des Genossen Lenin die nächsten Aufgaben aufzustellen und den Weg zu zeigen, den wir jetzt mit dem Namen „Neue Wirtschaftspolitik" bezeichnen. Sie versuchte, Abmachungen mit den Kapitalisten abzuschließen, den Privatkapitalismus in den Kapitalismus unter der Kontrolle der proletarischen Staatsgewalt zu verwandeln. Genosse Lenin sagte, wir müssen bei den Trustkönigen lernen, die

Wirtschaft aufzubauen. Gleichzeitig aber mußte die Sowjetregierung auf dem flachen Lande, wo es keine Vorbedingungen für den Sozialismus gab, in vollkommen entgegengesetzter Richtung wirken. Um das Getreide zu bekommen, mußte sie die Arbeiter und die Dorfarmut bewaffnen, Komitees der Dorfarmut zur Bekämpfung des Hauswuchers schaffen. Der durch den Krieg zerstörte Kapitalismus hat uns nicht genügend Mittel für den Austausch der Industriewaren gegen das Getreide gelassen. Die Sowjetregierung war noch nicht genügend befestigt, verfügte noch über einen allzu schwachen Apparat und war infolgedessen nicht imstande, das Getreide auf dem Wege der Naturalsteuer zu erhalten. Bauern, die mit Hilfe von Arbeitern das Joch der Großgrundbesitzer, des Zaren und der Bourgeoisie abgeschüttelt, mit Hilfe der Arbeiter Grund und Boden erhalten haben, wollten sich nicht beschränken. Sie wollten ein freies, staatsloses Leben führen, keine Verpflichtungen dem Arbeiter- und Bauernstaate gegenüber haben. Die Getreideproduzenten wollten das Getreide nur gegen einen möglichst großen Teil des dem Lande verbliebenen Warenrestes umtauschen, was eine Benachteiligung des Staates, der Arbeiterklasse und der Dorfarmut bedeutete.

Aber auch die dritte Klasse, die Bourgeoisie, wollte nichts von Beschränkungen wissen. Sie wollte den Ausgleich mit dem Sowjetstaat, den Lenin ihr im April 1918 angeboten hat, nicht annehmen. Mit Hilfe der Weltbourgeoisie hat sie den Kampf auf Leben und Tod mit Sowjetrußland begonnen. Im Sommer 1918 erklärte sich die gesamte russische Bourgeoisie einmal zu Lettland, das andere Mal zu Polen, das dritte Mal zu Estland bzw. zur Ukraine und zu Deutschland, um dank dem Schutze des deutschen Imperialismus der Notwendigkeit enthoben zu sein, den Vergleich mit der Sowjetregierung abzuschließen. Nach dem tschechoslowakischen Aufstande, besonders nach der Besiegung Deutschlands durch die Alliierten, hat die russische Bourgeoisie, die auf die Unterstützung durch die Entente hoffte, den unmittelbaren heftigsten Kampf gegen die Sowjetregierung begonnen. Sie wollte nicht einmal eigene Unternehmungen pachten, da sie hoffte, diese als Eigentum zurückzuerhalten. Um die Möglichkeit zu haben, die neue Wirtschaftspolitik durchzuführen, mußte man die Bourgeoisie nicht nur juristisch, sondern auch faktisch zu Boden werfen. Man mußte sie im zweijährigen Kriege auf den Kopf schlagen. Wir mußten ihr und dem Weltkapital beweisen, daß die russische Industrie das Eigentum des proletarischen Staates und nicht das der Bourgeoisie ist, um daran denken zu können, wie man die Kräfte der Bourgeoisie im Interesse der Weiterentwicklung der Produktion ausnutzt. Der Krieg führte unvermeidlich zu einer Gesamtnationalisierung.

Die Nationalisierung war nicht nur das Ergebnis der Notwendigkeit, die herrschende Klasse zu zerschmettern, ihre politische Macht, die auf der wirtschaftlichen Macht basierte, aufzuheben. Wir mußten nationalisieren auch aus einem anderen Grunde, weil es anders nicht möglich war, den von der Bourgeoisie begonnenen Krieg zu führen. Unsere grenzenlose Zentralisation war nichts anderes, als die Ausplünderung des ganzen Landes, um alle Industriemittel, die zur Kriegsführung notwendig waren, zu erhalten. Wie Genosse Lenin in seiner Broschüre über die Naturalsteuer richtig schreibt, haben die militärischen Maßregeln in den Städten zu militärischem Kommunismus und auf dem flachen Lande zu Requirierungen, d. h. zur Getreideplünderung für die Ernährung der Armee und der Städte geführt. Bestand eine andere Möglichkeit, eine genügende Metallmenge, die wir zur Kriegsführung benötigten, eine genügende Getreidemenge, die wir zu demselben Zwecke brauchten, aufzubringen? Nein, es bestand eine solche Möglichkeit nicht. Man konnte nicht die kleinen Vorräte an Industriewaren der Willkür des Spekulanten überlassen. Wie sollte man das Getreide auf dem Wege der statistisch richtig berechneten Steuer aufbringen, wenn der für diese Berechnung notwendige staatliche Apparat fehlte? Die Getreidevorräte Zentralrußlands (Sibirien und Ukraine gehörten uns nicht bis zum Ende des Jahres 1919) waren so gering, daß es nicht möglich war, irgendeinen Ueberschuß wegzunehmen; übrigens hätten die Bauern für den Ueberschuß auf den freien Märkten, falls solche vorhanden wären, gar nichts bekommen können, da alle Industrieerzeugnisse konfisziert waren.

Die Politik des Kriegskommunismus hatte, abgesehen von der politisch-strategischen und von der ökonomischen Notwendigkeit, noch eine sozialpsychologische Quelle. Wenn die Siegerklasse schon am Anfang der Revolution dem Feinde nicht die materiellen Quellen überlassen konnte, die die Bourgeoisie instandsetzten, legal ein luxuriöses Leben zu führen, so konnte das Proletariat dies noch weniger in einem Augenblicke tun, da Rußland ein einziges bewaffnetes Lager war, da die Arbeiter- und Bauernmassen zur Erringung des Sieges über die Bourgeoisie unerhörte Leiden ertragen mußten. War es in einem Augenblicke, da die Arbeiterinnen hungrig und frierend Tag und Nacht bei schlechter Beleuchtung Mäntel für die Armeen nähten, möglich, zu gestatten, daß schön beleuchtete herrliche Auslagen der Läden den leidenden Kämpfern frech zeigten, wie die Bourgeoisie lebt und genießt? Dies war unmöglich! Die Sowjetregierung mußte eine spartanische Lebensweise anstreben, da nur eine solche dem grauen Soldatenmantel Sowjetrußlands entsprach.

Der Kriegskommunismus hat doch der Struktur Rußlands, ihren Wirtschaftsverhältnissen, widersprochen? Ja, er hat ihnen widersprochen, soweit es sich um das flache Land handelt. Sein Sieg in den Städten war nicht ausgeschlossen. Hätte die Weltrevolution so schnell gesiegt, wie man es noch im Jahre 1919 vor der Entwaffnung der Arbeiterschaft Europas oder wie man es noch im Jahre 1920 während unseres Vormarsches nach Warschau erwarten konnte, so wäre die Wiederherstellung der gesamten russischen Großindustrie auf der Grundlage des Staatseigentums und des genauen Wirtschaftplanes geschichtlich nicht ausgeschlossen. Die Sowjetregierung hätte daran denken können, die gesamte Großindustrie in eigenen Händen zu behalten, da sie von den europäischen Arbeitern die Maschinen bekommen hätte. Sogar in dem Falle, daß die Weltrevolution nicht in europäischem Maßstabe siegte — hätten wir nur Polen eingenommen, würden wir an den Toren Deutschlands mit den Waffen in der Hand stehen —, wäre die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß unsere Kraft die Bourgeoisie zwingen würde, mit uns ein Kompromiß zu schließen, nach dem wir von der Weltbourgeoisie Produktionsmittel für unsere staatliche Industrie im europäischen Rußland um den Preis der Konzessionen in den Randgebieten Rußlands — Sibirien, Kaukasus und Turkestan — um den Preis des Rechtes der Schaffung der neuen Produktion in diesen entfernten Gebieten auf Grundlage der Konzessionen bekommen hätten.

Was wäre Rußland in diesem Falle in sozialer Beziehung? In den Händen der Arbeiterklasse wären die gesamte Industrie und die Verkehrsmittel. In den Händen der Bauernschaft Grund und Boden. Die wiederhergestellte Industrie hätte dem Proletariat die Möglichkeit gegeben, auf die Requirierungen auf dem flachen Lande zu verzichten und das Getreide zum Teil auf dem Wege der Naturalsteuer, zum Teil auf dem Wege des Warenaustausches gegen die Erzeugnisse der staatlichen Industrie zu bekommen. Dies wäre kein Kommunismus, es wäre aber der bedeutendste Schritt auf dem Wege des Uebergangs zum Sozialismus, es wäre der Weg zum bedeutenden Fortschritt der Elektrifizierung, zur Schaffung der Vorbedingungen des Ueberganges der Bauernschaft zu der höheren kollektivistischen Produktionsordnung.

Dies ist nicht gelungen. Der langdauernde Bürgerkrieg hat uns wirtschaftlich geschwächt. Wir können nach seiner Beendigung nicht zur industriellen Produktion unter den Bedingungen des für uns vorteilhaften Konpromisses mit der Weltbourgeoisie übergehen. Die Unsicherheit unserer Außenlage gab der Bourgeoisie die Möglichkeit, von uns weitere Zugeständnisse zu erhalten, die Verhandlungen über die Konzessionen unter für uns minder günstigen Bedingungen zu beginnen. Wir müssen deshalb die Wiederherstellung der Klein- und Mittelindustrie auf Grundlage der Verpachtungen zulassen. Dies wird selbstverständlich auch einen Teil der russischen Bourgeoisie wiederherstellen. Wir sind gezwungen, die Konzessionen unter weniger günstigen Bedingungen zu erteilen: Wir müssen Konzessionen in Zentralrußland gewähren, wir müssen dem ausländischen Kapital gestatten, die schon vorhandenen Fabriken in Gang zu setzen, anstatt daß es die noch nicht be-

genützten Produktivkräfte entwickelt. Unsere gegenwärtige Aufgabe ist die Behaltung nur der zentralen Industrieunternehmungen in den Händen der Arbeiterregierung. Wir bereiten uns bewußt auf das Zusammenleben mit der Bourgeoisie vor, das zweifellos eine Gefahr für das Bestehen der Sowjetregierung bedeutet, da diese das Monopol der Industrieerzeugnisse gegenüber der Bauernschaft verliert.

Bedeutet dies nicht den vollen Sieg des Kapitalismus? Können wir nicht von dem Verlust des sozialistischen Charakters unserer Revolution sprechen? Waren alle unsere Bemühungen, unser ganzer dreijähriger Kampf ein nutzloses Opfer?

Wir beginnen mit dieser letzteren Frage. Der ganze Gang der Entwicklung hat gezeigt, daß die Bourgeoisie keinen Grund hätte, zu uns als Pächter zu gehen, wenn wir sie nicht in wirtschaftlicher Beziehung geschlagen, wenn wir sie nicht expropriiert hätten, da sie der Eigentümer der Produktionsmittel war. Hätten wir sie nicht geschlagen, könnte man nicht von den Konzessionen sprechen. Wenn aber, wie wir schon gesagt haben, unsere Wirtschaftspolitik in den Jahren 1920 zum Siege notwendig war, so war sie auch eine Vorbedingung unserer neuen Wirtschaftspolitik.

Wie hat diese neue Wirtschaftspolitik das Klassenverhältnis geändert? Auf dem flachen Lande konnte die Politik der Requirierungen nur eine Uebergangspolitik sein. Sogar im Falle des Sieges des Weltproletariats hätten wir auf sie verzichtet. Auf dem Gebiete der Industrie sind unsere gegenwärtigen Zugeständnisse nur Uebergangszugeständnisse; selbstverständlich nicht in dem Sinne, daß wir in einem Jahre die neuakkumulierten Kapitalien konfiszieren. Unsere Wirtschaftspolitik ist eine auf eine längere Zeitperiode berechnete, aber immerhin nur eine Uebergangspolitik. Unser Ziel bleibt dasselbe: die Industrie in den Händen des Arbeiterstaates. Aber gegenwärtig ist die staatliche Industrie nur ein Teil der gesamten Industrie; sie ist bloß eine schmale Basis der proletarischen Regierung. Was bedeutet dies? Dies bedeutet, daß wir zurückgeworfen sind, daß wir nur diejenigen Stellungen behalten, die zur Aufrechterhaltung der Macht der Arbeiter und Bauern notwendig sind.

Bedeutet dies, daß die Revolution eine nichtsozialistische ist? Nein. Es bedeutet nur, daß die siegreiche Arbeiterklasse nicht imstande ist, ihr gesamtes Programm zu verwirklichen, nicht einmal jenes Programm, das in Rußland, einem kleinbürgerlichen Lande, vom theoretischen Standpunkte aus durchführbar wäre. Aber die Klasse, die infolge des starken Widerstandes des noch nicht gestürzten Weltkapitals, einen Rückzug antreten muß, diese Klasse hört nicht auf, die siegreiche Klasse, die herrschende Klasse zu sein. Als der Zarismus, die Regierung der Großgrundbesitzer, gezwungen war, dem Kapital Zugeständnisse zu machen, so daß die Bourgeoisie zur wirtschaftlich herrschenden Klasse wurde, hörte der Zarismus nicht auf, zu existieren, hörte die Großgrundbesitzerklasse nicht auf, die politisch herrschende Klasse zu sein. Ebensowenig hörte Rußland auf, das Land der Halbleibeigenschaft zu sein. Wenn die Bourgeoisie in Europa versuchen wird, die Revolution zu hemmen, indem sie sich zu dem Staatskapitalismus und sogar zur Arbeiterkontrolle über diesen bequemt, so wird sie trotzdem nicht aufhören, die herrschende Klasse zu sein. Hiermit kommen wir zur letzten Frage. Es handelt sich nicht um den Charakter unserer Revolution: Sie ist durch die Arbeiterklasse durchgeführt und wird in den Annalen der Geschichte als sozialistische Revolution verzeichnet sein, auch wenn die russische Arbeiterklasse zeitweilig besiegt wäre. Wir sprechen über den Ausgang der Revolution.

Werden die Bolschewiki unter den Bedingungen der Warenproduktion auf dem flachen Lande und der teilweisen Wiederherstellung des Kapitalismus in der Industrie die Macht behalten? Unsere Feinde weisen darauf hin, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Politik bestimmen, daß die wirtschaftlichen Zugeständnisse, die wir der Bourgeoisie machen, zu politischen Zugeständnissen führen müssen.

Dieses angeblich marxistische ABC hat nichts mit Marxismus gemeinsam, da es abstrakt ist, weder mit der Zeit noch mit dem Raum rechnet. Würden die Kräfte des Weltkapitalismus im Laufe von wievielen Jahren wachsen, die

Revolutionskräfte sich aber abschwächen, so müßte die Arbeiterklasse zu allerletzt besiegt werden. Aber als die Großgrundbesitzerklasse in Rußland wirtschaftliche Zugeständnisse an die Bourgeoisie machte, hat sie sich doch noch sehr lange politisch gehalten. Wohl folgten die politischen Zugeständnisse, zuletzt die Kapitulation der Großgrundbesitzerklasse, den wirtschaftlichen Zugeständnissen. Der Grund liegt aber nur darin, daß die Großgrundbesitzerklasse eine sich auf dem absteigenden Aste der Entwicklung befindliche Klasse, eine absterbende Klasse war. Vom Weltstandpunkt aus ist aber die Arbeiterklasse, die dem Siege sich nähernde Klasse; von diesem Standpunkt aus ist die Bourgeoisie die sich auflösende, geschichtlich absterbende Klasse. Deshalb kann die Arbeiterklasse Rußlands sich auf die ökonomischen Zugeständnisse beschränken und politische Zugeständnisse der Bourgeoisie verweigern, da sie eine berechtigte Hoffnung hat, daß ihre Kräfte in russischem und im internationalen Maßstab schneller wachsen werden, als die Kräfte der russischen Bourgeoisie.

Die Geschichte der russischen Revolution bestätigt, daß sie die erste sozialistische, die erste proletarische Revolution ist. Sie ist eine proletarische Revolution, in einem kleinbürgerlichen Lande. Ihr Ergebnis wird sich aus diesem Grunde von dem Ergebnis der proletarischen Revolution in solchen Ländern wie England und Amerika unterscheiden, wo die Arbeiterklasse nach der eine lange Kampfperiode krönenden Machtergreifung viel schneller als wir ihr Programm sogar auf dem flachen Lande verwirklichen können wird. Sie ist eine proletarische Revolution, die unter ungünstigeren inneren und äußeren Bedingungen vor sich geht als jede andere Revolution; die Tradition vom Oktober ist das Programm der Weltrevolution.

Der Oktober ist kein Jahrestag der Komödie der Irrungen, des Kampfes, in dem die Arbeiterklasse unbewußt, wie die Menschewiki sagen, zum Werkzeug einer fremden Klasse geworden ist. Er ist Jahrestag des Beginnes der großen internationalen proletarischen Revolution. Auch jetzt, da wir in den zurückgeschobenen Stellungen kämpfen, die Opfer unseres Kampfes ausrechnen, können wir mit voller Ueberzeugung und in voller Ruhe sagen: Wir sind im Oktober den richtigen Weg gegangen und unser ist der Sieg.

Washington.

2. Sowjetrußland und die Washington-Konferenz.

6. 12. 21.

KM. Sowjetrußland ist auf der Washington-Konferenz nicht vertreten. Die imperialistischen Mächte, die sich dort über ihre Ziele auseinandersetzen, lassen das proletarische Staatswesen nicht zu. Denn Sowjetrußland, das jede imperialistische Bestrebung prinzipiell bekämpft, macht sich damit zum Feind aller. Sowjetrußland ist aber noch kein solcher Machtfaktor, daß die Weltmächte gezwungen wären, es zur Konferenz zuzulassen. Zurzeit betrachten die Mächte Sowjetrußland, oder zum mindesten Teile davon, noch als Ausbeutungsobjekt; für Washington kommt zunächst Ostsibirien, das Nachbarland Chinas, in Frage. Andererseits bedeutet aber das Gerede über Sonderkonferenzen mit Rußland, die Tatsache, daß Tschita auf der Tribüne zugelassen wird, Rußland aber nicht einmal an dem Tisch der stummen Zuhörer (Portugal, Holland, Belgien) Platz nehmen darf, geradezu eine gewisse Anerkennung der Stärke Sowjetrußlands. Die Mächte wollen aber unter allen Umständen vermeiden, daß eine Einladung zur offiziellen Anerkennung wird und Sowjetrußland auf der Friedenskonferenz die Führerrolle unter den unterdrückten Völkern und Klassen übernimmt. Beides würde nicht nur Sowjetrußland, sondern auch die Opposition im eigenen Machtbereich dieser Länder stärken.

Sowjetrußland ist für die auf der Washington-Konferenz vertretenen Mächte nicht nur ein außenpolitisches, sondern auch ein innenpolitisches Problem. Ueber die ganze Konferenz fällt der Schlagschatten Sowjetrußland und außerdem steht hinter jedem einzelnen Vertreter der Großmächte eine dunkle Gestalt, deren Griff er schon gespürt hat: das eigene Proletariat — die unterdrückten Klassen und Völker.

Japan hat zwar durch sein Parlament wilhelminischen Musters eine politische Vertretung der Arbeiterschaft bis heute unterdrückt. Es hat aber nicht verhindern können, daß sich die unterdrückte Klasse zu konstituieren beginnt (Arbeiterverein, Gewerkschaftsbewegung). Das hat sich in der Krisenzeit im Reisaufstand und in den zahlreichen industriellen Streiks gezeigt. Trotzdem hat Japan die innerpolitischen Schwierigkeiten zumal bei dem Abflauen der Krise leicht überwinden können. Da außerdem seine bürgerlichen und feudalen Parteien über den Inhalt der Außenpolitik — die Expansion — vollkommen einig sind und sich nur in den Methoden unterscheiden, so steht der Militarist Japan als die geschlossenste und stoßbereiteste Großmacht auf der Konferenz. Schon die Tatsache, daß sich alle Mächte in der Zurückdrängung dieses agressivsten Faktors einig sind, zeigt die Gefährlichkeit der politischen Spannung.

Amerika mit seiner seit Generationen fast ungehemmt aufsteigenden kapitalistischen Entwicklung hat die geschlossenste demokratische Ideologie. Es ist in der Lage, das größte Arbeitslosenheer der Welt (6 Millionen) zu verdauen und die ungeheuren Streiks der Eisenbahner, Bergleute, Transportarbeiter usw. erfolgreich niederzuwerfen. Die politische Organisation des Proletariats, die Farmer- und Arbeiterpartei (Farmer Labor Party) ist noch jung und zu gering an Zahl. Sie spielt nur insofern eine gewisse politische Rolle, als sie gelegentlich den Ausschlag zwischen den beiden bürgerlichen Parteien geben kann: den an der Macht befindlichen imperialistischen Republikanern, die auf Schutzzoll und Expansion eingestellt sind, und den Demokraten, die freihändlerischen Illusionen nachlaufen. Da die Demokraten aber der gesamten amerikanischen Außenpolitik die Schlagworte liefern (Abrüstung, offene Tür, Bund der Nationen), so bleibt die Farmer- und Arbeiterpartei gegenüber dieser Geschlossenheit des Bürgertums doch ohnmächtig. Die amerikanische Außenpolitik ist durch innerpolitische Schwierigkeiten ungehemmt.

Dagegen steht das englische Imperium einer Fülle innerer Schwierigkeiten gegenüber. Die selbständig gewordenen Dominions, die innerpolitisch ganz ähnlich gelagerte Verhältnisse wie Nordamerika haben,*) gehen ihre eigenen Wege und tendieren zu Nordamerika. In den Kolonialgebieten und Einflußsphären Englands häufen sich die Aufstände der unterdrückten Völker (in Indien, Aegypten und Vorderasien) und zwingen England zu immer weitergehenden Konzessionen bis zur Anerkennung ihrer vollen Selbstständigkeit (Persien, Türkei, Afghanistan, schließlich auf der Washington-Konferenz in gewissem Sinne auch China). Bei den Freiheitsbestrebungen dieser vorkapitalistischen Länder ist der unmittelbare Einfluß Sowjetrußlands das ausschlaggebende Moment. Die Unabhängigkeitsbewegung Irlands schließlich bedroht England unmittelbar; sie ist seit dem Weltfriedensschluß in einen offenen Krieg übergegangen; gleichzeitig stellen die Iren den revolutionär-aktivsten Teil der kommunistischen Bewegung in England. Außerdem gehört England, das Mutterland der organisierten

*) In Australien, Kanada und Südafrika sind im Krieg die probritischen Unionistenparteien entstanden, die auch jetzt noch am Ruder sind aber auf schwachen Füßen stehen. Nach Loslösung vom Imperium streben die alte Arbeiterpartei in Australien, die Autonomisten in Kanada und die Nationalisten in Südafrika. Die Loslösungsbestrebungen werden in noch schärferer Form durch die in allen Dominions während der Krise entstandenen Farmer und unabhängigen Arbeiterparteien (Farmer and Independent Labor Party) betrieben. (Die probritische Partei Kanadas wurde mittlerweile bei der letzten Wahl geschlagen, Ministerpräsident Meighes und seine Kollegen gar nicht wieder gewählt. A. d. R.)

Arbeiterbewegung, zu der Gruppe von Staaten, deren Arbeiterparteien sich durch die Kriegserfahrungen, die objektive Notlage infolge der Krise und das Beispiel Sowjetrußlands von der alten Linie des Reformismus lossagen und deren Massen den Willen zur Revolution bereits bewiesen haben. Schon seit Jahr und Tag wird bei einer englischen Neuwahl ein Arbeiterkabinett erwartet. Daß die Aussichten hierfür nach der Niederwerfung des englischen Märzstreiks noch die gleichen sind, ist nicht zu hoffen. Bei diesem Uebermaß an inneren Schwierigkeiten ist eine aggressive Außenpolitik Englands jedenfalls schon deshalb nicht zu erwarten, weil jeder größere Konflikt nur auf Kosten des über die fünf Erdteile zerstreuten englischen Weltreichs ausgetragen werden kann.

Frankreich mit seinem geschlossenen afrikanischen Kolonialreich am Mittelmeer ist viel weniger gehemmt, zumal seine innerpolitische Lage durch die imperialistische Expansion entspannt ist. Die innenpolitische Spannung hat in Frankreich eine ganz andere Auswirkung auf die Außenpolitik als in England: nicht lähmend, sondern verschärfend. Der Militarist Frankreich wird ähnlich wie Italien, das Mutterland der Fascisten, auch im Falle innerpolitischer Spannungen zu außenpolitischen Abenteuern greifen. Frankreichs Außenpolitik hat schon aus diesem Grunde eine aggressive Tendenz.

Deutschland ist insofern in einer ganz besonderen Lage, als hier die Notlage des Proletariats zusammen mit der nationalen Unterdrückung auch die Bourgeoisie auf den Anschluß an Sowjetrußland hindrängt.

Ist so der gesamte Organismus der imperialistischen Staaten schon von innen heraus angekränkelt, ein Prozeß, dem durch die Existenz Sowjetrußlands immer neue Kräfte zuwachsen, so werden alle außenpolitischen Bewegungen dieser Staaten gehemmt und verzerrt durch das jeweilige Verhältnis zu dem in Washington nicht vertretenen proletarischen Staat.

Die Stellung der imperialistischen Staaten zu Sowjetrußland ist keineswegs mehr geschlossen und einheitlich. Gemeinsam ist allerdings das Interesse, die proletarische Vormacht nicht hochkommen zu lassen. Dazu tritt die Tendenz, die russischen Gebiete dem Kapital wieder zu erschließen.

Am stärksten macht sich dieses Bestreben bei England geltend. Englands Weltstellung ist durch das Erwachen der asiatischen Völker gefährdet. In Sowjetrußland sieht England den Rückhalt dieser Bewegung, der ausgeschaltet werden muß. Da die kriegerischen Unternehmungen keinen Erfolg hatten und auch keinen versprechen, da nur Frankreich daraus Nutzen ziehen könnte, versucht England durch den Handelsvertrag Sowjetrußland zu zwingen, seinem Einfluß auf die asiatischen Kolonialvölker zu entsagen. Es rechnet dabei auf die wirtschaftliche Schwäche Rußlands, die es von den westlichen Industrieländern abhängig macht. Der Handel Rußlands soll durch den Vertrag von seinem Verhältnis zu Asien abhängig gemacht werden. Hinzu kommt, daß gerade England ein starkes wirtschaftliches Interesse an der Verbindung mit Rußland hat. Das wirtschaftlich unentwickelte Rußland (geringe Produktivität) bietet dem eingeführten Kapital große Gewinnmöglichkeiten. Die Konzessionspolitik öffnet die Tore, ohne daß allerdings das Kapital denselben politischen Einfluß hätte wie in den Kolonialländern, die deshalb auch bevorzugt werden. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Rußlands vom Westen bietet die Gewähr für Einhaltung der Konzessionsverpflichtungen von seiten Rußlands. Durch die Verbindung mit Rußland gewinnt England neben der Markterweiterung eine billige Rohstoff- und Lebensmittelquelle, die seine Abhängigkeit von den valutastarken Bezugsländern vermindert, in denen Amerika immer den Vorrang hat.

Der entscheidende Gesichtspunkt bei dem Abschluß des russischen Vertrages, der zweifellos Gefahren in sich birgt, ist der Gegensatz zu Frankreich, der England zwingt, in ein Verhältnis zu Rußland zu treten, das Frankreich womöglich ausschaltet. England sucht Frankreich mit allen Mitteln einzudämmen, neuerdings auch, indem es Deutschland zum Gegengewicht entwickelt. England scheint sogar im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem bereit zu sein, Deutschland eine Anleihe zu gewähren und für ein Moratorium und die Auflösung der Abrüstungs-Kommission einzu-

treten. Eine Stärkung der deutschen Industrie, die durch die Anleihe erfolgen soll, hat aber eine Verbindung Deutschlands mit Rußland zur Voraussetzung. An den wirtschaftlichen Inhalt dieser Verbindung wäre England durch die Verpfändung der deutschen Fabriken beteiligt. Gleichzeitig würde die Schleuderkonkurrenz im Westen nachlassen. Das bedeutet aber eine Stärkung Sowjetrußlands und seines Einflusses auf Deutschland. Dadurch werden die Vorteile, die England aus dieser Kombination ziehen kann, fraglich. Verständlich ist dieser Schritt aus dem Gegensatz Englands zu Frankreich, der für England im Augenblick wichtiger ist als selbst der Gegensatz zum Bolschewismus.

Frankreich hatte mit Hilfe des Völkerbundes seinen Einfluß in Europa soweit gesteigert, daß es eine eigene den englischen Interessen widersprechende Politik betreiben konnte. Den Ausgangspunkt bildete die französische Angorapolitik, die England bereits zu Konzessionen in Oberschlesien gezwungen hat. Während aber für England die eigentlichen Lebensinteressen im nahen Orient liegen, ist dieses Gebiet für Frankreich nur ein Mittel. Durch Schaffung eines Ringes abhängiger Kleinstaaten ist es bestrebt, eine geschlossene Front gegen Rußland aufzurichten. Durch die Herbstbündnisse zwischen Polen, Rumänien und Tschechoslowakei hat es die Kleine Entente wieder ganz unter seinen Einfluß gebracht. Indem es Bulgarien und Jugoslawien die Aussicht auf das griechische Thrazien eröffnet, will es auch diese Gebiete in seine politische Machtsphäre einbeziehen. Dadurch hat es die englischen Gegenpositionen Griechenland, Ungarn, Italien, Oesterreich, Deutschland bis auf den litauischen Korridor von Rußland abgeschnürt. Frankreich besitzt also eine sehr starke Position in Europa, die es gegen Rußland ausnützen kann. Durch den Vorstoß Petljuras kommt es bereits auf russisches Gebiet. Während also Frankreich gegen Rußland gerichtet ist, zeigt sich in der englischen Flottendemonstration vor dem bisher französischen, jetzt durch den Angora-Vertrag der Türkei überlassenen Mersina, daß die englische Angriffsrichtung auf die Türkei und ihren europäischen Hintermann Frankreich zielt. Die Rivalität der beiden europäischen Vormächte bedeutet für Sowjetrußland und seinen Verbündeten Angora eine Erleichterung der Lage. Die englische Spekulation auf den Zugang zum Schwarzen Meer ist äußerst unsicher geworden. Denn während England am Bosporus und auf den Jonischen Inseln sitzt, bedroht Frankreich durch seine Versprechungen an Bulgarien und Angora die Dardanellen. Das bedeutet eine Schwächung der Position Englands und macht es gegen Rußland nachgiebiger.

Frankreich, das in Sowjetrußland den einzigen seine Kontinentalstellung, seine „Friedens-Verträge", seine Beherrschung Deutschlands ernstlich bedrohenden Machtfaktor sieht, richtet seine militärische Macht gegen den Bolschewismus in Europa. In Asien dagegen, wo seine Interessen nicht so wichtig sind, hat es bereits Verträge England dagegen, dessen Lebensinteresse in Asien liegt, schickt Griechenland und seine Kriegsschiffe gegen die Türkei, während es in Europa Schrittmacher für die friedlichen Beziehungen zu Rußland ist. Beide machen auf Kosten des Kapitalismus an Rußland und seine Verbündeten „Konzessionen" und nicht nur der Bolschewismus an den Kapitalismus.

Sogar für Deutschland hat sich die Aussicht ergeben, aus den Rivalitäten Vorteile zu ziehen. Durch die auf der Washington-Konferenz vollzogene Annäherung Englands an Amerika ist die bisher schwache englische Position gegenüber Frankreich bedeutend gestärkt worden. Es ist möglich, aber nicht wahrscheinlich, daß sich daraus für Frankreich die Notwendigkeit einer Verständigung mit England ergibt. Dies würde auf Kosten sowohl Rußlands wie Deutschlands gehen, deren Annäherung dadurch zur unumgänglichen Notwendigkeit würde.

Japans Verhältnis zu Sowjetrußland hat mit den Geschehnissen in Europa bisher keinen unmittelbaren Zusammenhang gehabt. Das zeigt sich schon darin, daß im fernen Osten noch weiße Truppen auf russischem Gebiet

stehen (sie halten allerdings nach dem Zusammenbruch Koltschaks nur mehr die Küstenpunkte und einen Teil der Bahn), während in Europa das Stadium friedlicher Beziehungen durch Handelsverträge bereits eingeleitet ist. Bisher hat Japan im fernen Osten ziemlich freie Hand gehabt; seine Kräfte waren allerdings in der Hauptsache in China gebunden. Dort griff Sowjetrußland erfolgreich ein, indem es durch die Karachan-Note der chinesischen Regierung den Rücken stärkte, wobei der deutsch-chinesische Vertrag diese Wirkung noch erhöhte. Das Zurückkehren der weißen Mächte hat bisher eine wesentliche Veränderung in der Position Japans nicht gebracht. Erst die Washington-Konferenz bedeutet für die Beziehungen Sowjetrußlands zu Japan eine neue Phase. Sowjetrußland kommt durch die Neugruppierung der Mächte auf der Washington-Konferenz in Beziehung zu Amerika, der ausgesprochenen Vormacht der imperialistischen Staaten, die aber schon durch ihre geographische Entfernung weniger an einem antibolschewistischen Eingreifen interessiert ist wie die anderen Länder. Unmittelbar wirkt sich die Rückkehr Amerikas zu einer aktiven Außenpolitik in Ostsibirien aus: Im Osten tritt eine neue Macht auf, die mit Japan rivalisiert. Damit ist nicht mehr Sowjetrußland der stärkste Gegner Japans, sondern die Vereinigten Staaten, gegen die sich Japans Kräfte wenden müssen. Zwar liegt Amerikas Hauptinteresse zunächst noch in China, greift aber natürlich auf die Dauer auf Ostsibirien über. Ostsibirien nimmt damit eine ähnliche Position wie China ein: als gesuchtes Ausbeutungsobjekt hat es die Möglichkeit, die Rivalen Amerika—Japan gegeneinander auszuspielen. In diesem Streben kann es mit China zusammengehen. Auf der Gegenseite besteht die Gefahr eines dauernden Zusammengehens zwischen Japan und Amerika nicht: einmal wegen der Gegensätze zwischen diesen Ländern, die die stärksten im imperialistischen Getriebe sind, andererseits, weil Amerika durch die russische Konzessionspolitik die Möglichkeit hat, auch ohne Japan oder gar gegen Japan auf friedlichem Weg seine Ziele in Ostsibirien zu erreichen. Amerika muß sogar auf friedliche Verhältnisse in Ostsibirien bedacht sein, um Ruhe in China zu haben. Japan aber, das bisher im Osten die französische Weißgardisten-Rolle gespielt hat, wird von Amerika, dem es zur Zeit nur an wirtschaftlicher Expansion liegt, zurückgedrängt. Dies tritt um so leichter ein, als eine Randstaatenbildung im europäischen Sinne sich in Ostsibirien nicht vollzogen hat, und damit für Japan derartige politische Anknüpfungspunkte fehlen.

Durch das Wiedereintreten Amerikas in die Weltpolitik erleichtert sich also der Druck, der bisher im fernen Osten auf Sowjetrußland lastete. Der Militarist Japan wird beiseite geschoben. An seine Stelle tritt Amerika mit der Tendenz, wirtschaftliche Beziehungen anzubahnen. Das Konfliktsfeld Japan-Sowjetrußland in Ostsibirien tritt in den Hintergrund gegenüber dem Konfliktsfeld Japan—Vereinigte Staaten in China.

Der wichtigste Anknüpfungspunkt für friedliche, wirtschaftliche und politische Beziehungen lag für Sowjetrußland aber bisher nicht im Osten, sondern in Europa, wo durch den englischen Handelsvertrag für Sowjetrußland bereits ein großer Schritt nach vorwärts getan war. Durch Washington erfolgte auch hier eine Aenderung: die Annäherung England—Vereinigte Staaten bedeutete zunächst einmal, daß für England die Möglichkeit besteht, seinen Rivalen Frankreich in höherem Maße als bisher zurückzudrängen. Durch die Verstärkung seiner Position gewinnt es aber auch an Aktionsfreiheit gegenüber Sowjetrußland. Die englische Tendenz ist aber: Vermeidung jeder ernsten kriegerischen Verwicklung, die den erhofften Erstarkungsprozeß beeinträchtigen könnte. Da sich England jetzt mit allen Kräften der Weltpolitik zuwenden muß, um der neueintretenden Großmacht Amerika die Stange zu halten, ist sein erstes Bedürfnis, Ruhe in Europa und Vorderasien. Das heißt natürlich keine schroffe Rußlandpolitik, vielmehr wirtschaftliche Ausnutzung Rußlands möglichst mit fremden Kräften. Je näher das Verhältnis zu Amerika wird, um so mehr wird die englische Rußlandpolitik an Stetigkeit gewinnen. Hinzukommt, daß, je mehr die Vereinigten Staaten in ihrer unmittelbaren Interessenzone in Ostasien sich wirt-

schaftlich ausbreiten, umso mehr England versuchen muß, auf dem Kontinent vor allem in Sowjetrußland Märkte zu erschließen.

Auch in Europa wird also der Militärstaat durch die Neugruppierung der Mächte zurückgedrängt; das bedeutet, aggressive Unternehmungen Frankreichs werden nun nicht mehr allein durch das englische, sondern auch noch durch das amerikanische Schwergewicht gehemmt. Aktionsfähig in Europa wird England. Englands Kraft reicht aber auch in der jetzigen viel besseren Lage nicht aus, um seine Ziele in Europa und Asien zugleich durchzusetzen. Seine asiatischen Ziele aber bleiben dominierend; wenn sie durch Frankreich in Frage gestellt werden, muß England auf Kosten Europas nachgeben. Zur Kompensation kommt aber nicht Sowjetrußland, sondern Deutschland in Frage. Das Moratorium ist vielleicht als Arrangement zu diesem Zweck gedacht.

Deutschlands Lage ist wesentlich vom Erfolg oder Mißerfolg der englischen Politik abhängig: Setzt England seine Politik durch, so würde sich die Verbindung des bürgerlichen Deutschland mit Sowjetrußland ohne Schwierigkeiten vollziehen, da England diese Beziehungen fördert. Deutschland, das keine Kolonien mehr hat, würde diese Beziehungen ohne weiteres aufnehmen, da es mit Anknüpfung jedwelcher Wirtschaftsbeziehungen zufrieden sein muß (vergleiche Chinafrage) und die Anerkennung Rußlands durch England ihm die Anknüpfung erleichtert. Die Bereitschaft hierzu zeigt sich in bürgerlichen Blättern aller Richtungen. Hoetzsch in der deutschnationalen Kreuz-Zeitung, das Stinnesblatt Deutsche Allgemeine Zeitung, die schwerindustrielle Bergwerks-Zeitung, Spahn auf dem deutschen Eisenhüttentag, das Berliner Tageblatt haben die Notwendigkeit eindeutig ausgesprochen. Für das deutsche Proletariat aber bedeutet die Verständigung Deutschlands mit Rußland über England eine große Gefahr, da Deutschland in den englischen Gegensatz zu Frankreich hineingerissen wird. Dadurch wird die Reaktion unterstützt, deren verrostete Parolen gegen den Erbfeind wieder aufleben und zum Kriege treiben können. Auf dieser politischen Spekulation beruht das englische Geschäft des Herrn Stinnes. Die SPD. folgt ihm kritiklos. Sie sieht nicht, daß eine Anlehnung an England keinen Ausweg bietet, denn England benutzt Deutschland, solange es schwach ist, als Kompensationsobjekt und wenn es stärker wird, als Waffe gegen Frankreich. Zu erstreben ist vielmehr unter Ausnutzung der vorhandenen Tendenz eine direkte Annäherung an Rußland ohne Stinnes und ohne England. Die Verbindung mit Amerika ist ungefährlicher als mit England, weil das franzosenfreundliche Amerika an ein Ausspielen Deutschlands gegen Frankreich nicht denkt. Eine amerikanische Expansion über Deutschland nach Sowjetrußland macht sich bereits geltend. Amerikanisches Kapital hat sich bereits in deutschen Unternehmungen kontrollierend festgesetzt, und zwar bevorzugt es, wie in China, Monopolgebiete: Transport (Hapag, Flugunternehmen), Drahtlose Telegraphie, Oel (Deag, I. P. U.).

Setzt England seine Politik gegen Frankreich nicht durch, so ist die Annäherung an Rußland nur gegen den französischen Widerstand möglich. Der Zwang hierzu ist aber durch die französische Unterdrückung verstärkt.

In jedem Fall ist Deutschland gezwungen, sich nach Sowjetrußland zu orientieren.

An den drei Ausgängen Rußlands liegen die Vorländer Deutschland, Türkei und China. Um Deutschland und die Türkei gruppiert sich der englisch-französische Gegensatz, um China und Ostsibirien der amerikanisch-japanische. Während im Osten die schwersten imperialistischen Konflikte zwischen ungeschwächten Gegnern liegen, entwickelt der europäische Gegner Rußlands, Frankreich, die größte Aggressivität.

Für Frankreichs Kontinentalstellung bringt die Washington-Konferenz eine außerordentliche Erschwerung. Dadurch wird seine Aggressivität noch gesteigert, da das Prestige verletzt ist, das die Basis seiner europäischen Säbel-Vormacht ist. Es läßt sich nicht übersehen, ob Frankreich sich seinem Schicksal fügen wird. Sicher wird es, falls sein Prestige ernstlich gefährdet ist, vor einem Krieg nicht zurückschrecken. Dieser könnte sich nur gegen

Sowjetrußland richten, worauf auch alle Vorbereitungen der französischen Politik hindeuten. Frankreich hat Eile. Sein einziger Rückhalt, das militärische Prestige, nimmt rasch ab, während Rußland langsam aber stetig an Macht gewinnt. Abschwächend wirkt einstweilen die italienische Schwenkung zu England und weiter, daß den Franzosen durch die Schuldenanerkennung ein guter Vorwand zum Krieg gegen Rußland genommen ist.

Es ist also als äußerst fraglich zu bezeichnen, ob ein französisches Unternehmen gegen Rußland, das natürlich in der Hauptsache von den Vasallenstaaten zu tragen wäre, auf Europa beschränkt bliebe. Es ist sogar möglich, daß ein französisches Vorgehen die imperialistischen Spannungen zum Austrag brächte. Heute schon ist als unwahrscheinlich zu bezeichnen, daß durch einen derartigen Konflikt eine Gesamtkoalition der Imperialisten gegen das proletarische Staatswesen eintreten würde, wie etwa zur Zeit des Völkerbundes. Die Vertuschung der Gegensätze auf der Washington-Konferenz treibt zu einer Entladung in dieser Richtung.

Berichtigung.

Durch ein technisches Versehen ist der Artikel „Washington" (Die Umgruppierung der Mächte) von K. M. in No. 17 der „I." verstümmelt worden. Wir bitten unsere Leser, ihn wie folgt zu berichtigen: Vor dem ersten Absatz, Seite 595, ist einzufügen: „Washington ist das wichtigste Ereignis seit Kriegsende. Amerika tritt in den Mittelpunkt des Weltgeschehens." Ferner muß der letzte Absatz auf Seite 595, der mit dem Wort „Amerika" beginnt, gestrichen, dafür aber an die Spitze der Seite 597 gesetzt werden.

Außerdem sind folgende sinnstörende Druckfehler zu verbessern: Seite 596, 3. Zeile von oben: „Außenländer" statt „Außenhändler"; Seite 596, 16. Zeile von oben: „aufsteigende Klasse" statt „aufsteigende Schuld"; Seite 597, 40. Zeile von oben: „Japan hat durch das" statt „Japan hat dadurch".

Genosse K. M. ersucht uns ferner, festzustellen, daß manche unscharfe Formulierung des Artikels darauf zurückzuführen ist, daß er den Artikel als Postarbeit abliefern mußte und nicht einmal mehr in die Lage kam, die Korrekturabzüge selbst durchzusehen.

Die Tätigkeit des internationalen Proletariats in der Hilfsaktion.

Von Willi Münzenberg, Sekretär des Auslands-Hilfskomitees.

II.

5. Die Aktion der Kommunistischen Internationale.

Durch das etwas verspätete Bekanntwerden der Beschlüsse und Entschließungen der Komunistischen Internationale in der Frage der Hungerhilfsaktion im Westen, verzögerte sich der Beginn ihrer Aktion etwas. Bald aber ging die Initiative und Führung der Hilfsaktion in allen Ländern auf die Kommunistische Internationale und ihre Organisationen über.

Mitte Juli schuf die Exekutive der Kommunistischen Internationale eine eigene Kommission zur Leitung der Hungerhilfsaktion in Moskau mit einer Auslandsvertretung in Berlin.

Die ersten Aufrufe der Kommunistischen Internationale wandten sich an die Werktätigen der ganzen Erde, an alle Parteien und Organisationen ohne Unterschied der politischen und taktischen Einstellung. Demgemäß versuchten sowohl die Auslandsvertretung ihrer Moskauer Kommission international wie die einzelnen Parteizentralen national, gemeinsame, paritätisch zusammengesetzte Komitees zu schaffen und die Hilfsaktion als „proletarisches Werk" zu organisieren.

Die Auslandsvertretung wandte sich an das Wiener Büro der Internationalen Arbeitsgemeinschaft, an das Londoner Büro der zweiten Internationale

und an das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Mit dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes kam es am 14. August zu einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der Auslandskommission. Der Internationale Gewerkschaftsbund wollte aber auf eine gemeinsame Konferenz und gemeinsames Arbeiten nur eingehen, wenn alle drei politischen Internationalen sich an ihn wenden würden. Das Wiener Büro, dessen deutsche und russischen Sektionen in so warmer Weise anfänglich für ein gemeinsames Komitee und Vorgehen bei Propaganda entfaltete, gab überhaupt keine Antwort und schwieg sich hartnäckig aus. Aus London antwortete Macdonald, daß er erst die übrigen Mitglieder der Exekutive befragen müsse. Die Auslandsvertretung der Kommunistischen Internationale, die sich unterdessen als Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland organisiert hatte, setzt seine Bemühungen zur Vereinheitlichung der proletarischen Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland fort und versucht unter anderem durch eine auf den 27. November nach Berlin einberufene internationale Konferenz aller für die Hungernden tätigen Komitees und Organisationen diesem Ziel ein Stück näher zu kommen.

In einzelnen Orten ist es trotz der ablehnenden Haltung der Parteivorstände und Gewerkschaftszentralen zur Bildung gemeinschaftlicher Komitees aus Vertretern der SPD., USP., KPD. und Gewerkschaften gekommen. So in Jena und anderen deutschen Orten.

Nachdem die Bemühungen zur Bildung eines gemeinsamen internationalen Komitees zur Leitung der proletarischen Hilfsaktion an dem Widerstand oder der Passivität der Exekutiven der übrigen Arbeiterinternationalen gescheitert waren, versuchte die Auslandsvertretung durch Zuziehung einer Anzahl prominenter Persönlichkeiten, Künstler, Wissenschaftler usw., ihre Arbeit auf möglichst breiter Basis zu organisieren. Unter anderem erklärten sich zur regsten Mitarbeit bereit und zeichneten als Mitglieder des Auslandskomitees: Klara Zetkin, Käthe Kollwitz, Prof. Einstein, Arthur Holitscher, Max. Harden, Prof. Eltzbacher, Heinrich Vogeler, Alex. Moissi, Dr. Alf. Goldschmidt, Theodor Liebknecht, Adolph Hoffmann, Tom Thomas, George Groß, Max Barthel, Edwin Hoernle, Prof. Paul Oesterreich, Leonhard Frank (Deutschland); Anderson Nexö, Ture Herman, Fris Lindhagen, Höglund, Joh. Falkberget (Skandinavien); Bernhard Shaw, Erward Whitehead, I. B. Montefire (England); Anatole France, Henri Barbusse, Frossard, Vailant-Couturier (Frankreich); Prof. Forel, Otto Volkart, Fritz Platten (Schweiz); Henriette Roland-Holst (Holland); Dr. Grünberg, Iso Brande (Oesterreich); Prof. Graziadei, Bombacci (Italien); Smeral, Karl Kreibich, A. Muna (Tschechoslowakei).

In ähnlicher Weise wurden auch die Hilfskomitees in den einzelnen Ländern gebildet, die sich meist „Arbeiterhilfskomitee für die Hungernden in Rußland" nennen. (Deutschland, England, Dänemark, Frankreich, Holland usw.) Auch dort, wo, wie in der Schweiz, Oesterreich, Italien, der Tschechoslowakei, Norwegen, Schweden, Belgien usw. die Komitees den Namen „Hilfskomitee der kommunistischen Partei für die Hungernden in Rußland" tragen, gehören außer Vertretern der Kommunistischen Partei die Frauen- und Jugendorganisationen, mit Rußland sympathisierender Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle den Komitees an. Mitunter, wie in Holland und Frankreich auch Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsverbände, der ehemaligen Kriegsteilnehmer und ähnlicher Vereinigungen.

Eine internationale Konferenz aller dieser Komitees am 14. September in Berlin hat viel zur Herausarbeitung eines einheitlichen Charakters aller dieser Komitees beigetragen und eine feste Verbindung zwischen dem Auslandskomitee und den einzelnen Landeskomitees geschaffen.

Nur in der Tschechoslowakei bestand vorübergehend ein gemeinschaftliches Komitee, das aber wegen der Streitfrage über die Verwendung und Ablieferung der gesammelten Gelder auseinanderfiel.

Aufgaben.

Das Auslandskomitee sowohl wie die Landeskomitees hatten sich zur Aufgabe gestellt, die breitesten Massen der Arbeiter und aller Werktätigen für

die Hungerhilfsaktion zu interessieren und zu gewinnen mit oder ohne den Leitungen der übrigen Parteien und Organisationen, die Aktion zu einem wirklichen „proletarischen Werk" zu gestalten, gleichzeitig die ganze politische Macht der Arbeiterklasse zu einem neuen und erhöhten Druck auf die Regierungen einzusetzen und in eine intensive Sammeltätigkeit Summen zu dem Einkauf größerer Getreidemengen zusammenzubringen, die allein eine praktische Hilfe im Kampf gegen den Hunger bringen konnten.

6. Methoden.

Demgemäß kamen während der Aktion alle Methoden, von der parlamentarischen Interpellation bis zur Straßendemonstration und Kundgebung zur Anwendung.

In Italien und Frankreich stellten die kommunistischen Fraktionen wiederholt die Frage, Rußland, Einstellung aller direkten und indirekten Feindseligkeiten gegen Sowjetrußland, Erleichterung der Handelsbeziehungen, Gewährung von Krediten, Hilfe in der Hungeraktion auf die Tagesordnung. Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages brachte einen Antrag auf Unterstützung von 20 Millionen für die Hungerhilfe ein. Das gleiche geschah in Holland, Norwegen, Schweden und anderen Parlamenten. Das gleiche geschah in zahlreichen deutschen, französischen, italienischen, holländischen und anderen Städten durch die kommunistische Gemeindevertretung.

Die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften und Betrieben setzten in zahlreichen Fällen die Gewährung größerer Summen durch die Gewerkschaftssektionen und die Belegschaften der einzelnen Betriebe durch. Meist waren es kommunistische Arbeiter, die zuerst zur Leistung von Ueberstunden, Sonntagsarbeit, Abführung eines Tagelohnes in den einzelnen Betrieben aufforderten.

Für die Abführung eines Tagelohnes wurde seit Beginn der Aktion in allen Ländern Propaganda gemacht.

Einzelne Parteien und Hilfskomitees, vor allen in Bulgarien und Deutschland begannen eine besondere Sammeltätigkeit unter den armen und kleinen Bauern. In Italien gelang es vor allem, die Soldaten für die Hilfsaktion zu interessieren. So haben unter anderem in der Stadt Cuneo 116 Soldaten der dortigen Garnison ihre Fleischkonservenrationen dem Komitee „Pro Russia" übergeben. Mehrere Soldaten des 34. Infanterieregimentes senden dem „Pro Russia"-Komitee 29 Konserven. Im Begleitschreiben betonen sie, daß die Soldaten leider über keine Geldmittel verfügen, um die Hilfsaktion zu unterstützen, doch werden sie wöchentlich einen Teil ihrer Lebensmittel den russischen Brüdern zukommen lassen.

In Holland, Deutschland später, im Oktober, begannen die Jugendorganisationen und Kindergruppen ihre Sammeltätigkeit. Von den deutschen Kindergruppen wurden bis Ende Oktober für ein „Luxemburg-Liebknecht-Heim" in Rußland gesammelt:

Berlin, Moabit	700,—	M.
Berlin, Osten	2270,—	„
Berlin, Gesundbrunnen	2000,—	„
Berlin, Lichtenberg	1800,—	„
Berlin, Norden	1000,—	„
Berlin, Schöneberg	1225,—	„
Berlin, Neukölln	2000,—	„
Berlin, Schönhauser Vorstadt	245,50	„
Dresden	2103,35	„
Chemnitz	1000,—	„
Halle	5000,—	„
Jena	1500,—	„
Braunschweig	3000,—	„
Hannover	2000,—	„
Mühlhausen i. Th.	209,—	„
Greiz	80,—	„
	25939,85	M.

Ein Bravo den fleißigen kleinen Sammlern.

Die Kindergruppen des Jugendverbandes Birsfelden in der Schweiz sammelten 1052,— Frs.

Bei der Zusammensetzung der Gelder und Produkten wurden von den einzelnen Komitees und Hilfsorganisationen die verschiedenartigsten Mittel und Methoden benutzt. Die Gewerkschaftsverbände der einzelnen Länder begnügten sich fast ausschließlich damit, Sammellisten herauszugeben und sie in den einzelnen Fabriken und Betrieben zirkulieren zu lassen. Die Arbeiterhilfskomitees und die mit ihnen in Verbindung stehenden Organisationen gaben ebenfalls Sammmellisten heraus, dazu noch besondere Marken, die vor allen Dingen Deutschland in sehr starkem Maße vertrieben hat. Wieder andere gaben Karten heraus (Deutschland, Schweiz, Frankreich). Andere wieder Broschüren, Bilder, Abzeichen usw. Fast alle Arbeiterhilfskomitees veranstalteten große Werbeversammlungen, Meetings, Massen- und Straßenkundgebungen, Sammlungen von Haus zu Haus. Sammlungen auf der Straße, Veranstaltungen von Blumentagen, von großen Arbeitersportfesten, Kunstabenden, Theatervorführungen, Ausstellungen russischer Plakate und Bilder; in letzter Zeit sind fast alle Arbeiterhilfskomitees dazu übergegangen, zur Entgegennahme von Geld und Produkten in einzelnen Stadtbezirken Annahmestellen einzurichten. In Deutschland wurden Nähstuben geschaffen, in denen Arbeiterfrauen nach Feierabend, die Kleider usw. die gesammelt wurden und reparaturbedürftig sind, gebrauchsfertig machen. In einzelnen Ländern, besonders in Deutschland wird innerhalb der Betriebe Propaganda dafür gemacht, daß für die Hungernden Ueberstunden gemacht wurden, um entweder die Gelder dafür oder die erarbeiteten Produkte den Hungernden zur Verfügung zu stellen.

Am 4. September fand ein besonderer Sammeltag und in der Woche vom 10. bis 16. Oktober eine besondere internationale Sammelwoche statt. In hunderten von Versammlungen wurden Lichtbilder aus Rußland, vor allem über die Folgen der Hungersnot gezeigt und am Schluß der Veranstaltung Sammlungen für die Hungernden in Rußland unternommen. In einzelnen Ländern, in Deutschland und Holland vor allem, wurden besondere Sammlungen für die Ausstattung und Einrichtungen mehrerer Kinderheime (Luxemburg-Liebknecht-Kinderheim) eingeleitet. In Holland und England brachte eine besondere Schmucksachensammlung gute Resultate usw. Hunderte von Mitteln wurden benutzt, um möglichst günstige Resultate der Sammlung zu erzielen. Die von uns ständig propagierte Forderung zur Abführung eines Tagelohnes wurde in vielen Ländern aufgenommen, aber nicht streng einheitlich durchgeführt. Von den SPD.- und USPD.-Parteien und den Gewerkschaften wurde sie bisher nicht befolgt. Nur ein Teil der Arbeiter in den Fabriken beschloß auf Antrag der kommunistischen Fraktionen eine derartige Unterstützung. In England wurden sämtliche Mitglieder der kommunistischen Partei durch Beschluß verpflichtet, einen Tagelohn abzuführen. Die holländische kommunistische Partei ging noch weiter und forderte Abführung zweier Tagesverdienste. Diese Sammlung legte den Grundstock zu der Summe, die die kommunistische Partei Hollands aufbrachte (15 000 Gulden). Eine Forderung der dänischen kommunistischen Partei nach Abführung eines Tagelohnes erbrachte am 18. September 2000 Kronen. In Frankreich wurde ebenfalls von dem Arbeiterhilfskomitee die Forderung der Abführung eines Tagelohnes aufgenommmen. In der Tschecho-Slowakei hatte das einheitliche Komitee beschlossen, durch vier Wochen einen Stundenlohn von allen politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern einzufordern. Diesem Beschluß wurde nachgelebt. In Deutschland hat nur ein Teil der Betriebe die Forderung nach Abführung eines Tagelohnes befolgt.

Die Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Solingen) beschloß gegen eine Stimme, zugunsten der hungernden russischen Brüder und Schwestern eine Woche hindurch eine Ueberstunde zu leisten. Der finanzielle Ertrag dieser freiwilligen Mehrleistung wird restlos an das Hilfskomitee abgeführt.

Die Betriebsversammlung der Kesselfabrik Brand & Sohn, Dortmund, faßte einstimmig folgenden Beschluß: Verheiratete mit 3 und mehr Kindern geben einen halben, alle anderen einen ganzen Tagelohn für den Hilfsfond für Sowjetrußland. Dieser Betrag wird laut Beschluß vom Lohn einbehalten, in besonderen Fällen ratenweise.

Die Arbeiterschaft der Schwarzkopff-Werke, Berlin, faßte einstimmig folgenden Beschluß: Die am 17. August 1921 tagende Betriebsversammlung der Schwarzkopffwerke Wildau bei Berlin, beschließt im Interesse der notleidenden russischen Arbeitsbrüder an zwei Sonntagen ohne Bezahlung zu arbeiten und den Arbeitsverdienst restlos den russischen Arbeitsbrüdern zuzuführen.

Erneut und mit besonderem Eifer wurde die Forderung eines Tagelohnes zum 7. November propagiert und in fast allen kommmunistischen Parteizeitungen dafür eine starke Agitation entfaltet. Die Schweizer und andere Länder gaben spezielle Flugblätter zur Erreichung dieses Zieles heraus.

7. Was wurde gesammelt?

Vor allem sollte bares Geld gesammelt werden. Nur damit war Getreide und Brot zu kaufen. Diese Aufgabe der Hilfsaktion wurde immer und immer wieder in den Mittelpunkt der Sammeltätigkeit gerückt. Aber von selbst, zuerst ohne Aufforderung, brachten die Arbeiter und Kleinbauern Produkte, Gegenstände aller Art, lieferten Schuhe und Kleider ab, spendeten Werkzeuge und Instrumente. Die Belegschaften einzelner Betriebe schenkten Maschinen, die ihre Fabriken produzieren (Lastautos, Dampfpflug usw.).

8. Bisherige praktische Resultate.

Ueber die erreichten politischen Erfolge wird besser später, nach Abschluß der Aktion zu berichten sein. Schwer ist auch eine genaue Summe für die durch die Tätigkeit der Organisationen, Komitees und Mitglieder der kommunistischen Internationale indirekt erreichte finanzielle Hilfe (durch Parlamente, Gemeinden, Gewerkschaften) anzugeben, da alle diese Gelder nicht direkt, oder durch das Auslandskomitee den Hungernden zugestellt wurden, sondern entweder durch das Rote Kreuz oder den internationalen Gewerkschaftsbund. Von den Parlamenten beschlossen größere Summen: Schweden ½ Millionen Kronen, Norwegen 1 Million Kronen, Dänemark 2 Millionen Kronen, Frankreich 7 Millionen Francs. Auf kommunistische Anträge bewilligten folgende deutsche Gemeinden: Berlin 100 000 Mark, Leutzsch 10 000 Mark, Mühlberg 1000 Mark, Urdingen 5000 Mark, Ammendorf 1000 Mark, Augustusburg 1000 Mark, Remscheid 5000 Mark, Werdau 10 000 Mark, Hörde 5000 Mark, Frankfurt a. M. 50 000 Mark, Nürnberg 50 000 Mark, Barmen 50 000 Mark, Köln 100 000 Mark, Suhl 50 000 Mark usw. — Von französischen Städten bewilligten Sait-Etienne 30 000 Frs., Mülhausen 5000 Frs.

Die Summe die auf diese Weise für die Hungernden flüssig gemacht wurde, dürfte mit 70 Millionen Mark nicht zu hoch eingeschätzt sein. Bestimmtere Angaben liegen über die Summen vor, die durch die Organe des Auslandskomitees gesammelt wurden. In den ersten Novembertagen hatte die Summe die immerhin respektable Höhe von

70 Millionen Mark

erreicht.

Zahlenmäßig steht an der Spitze der Sammlung das amerikanische Komitee „Freunde von Sowjetrußland“ in New York, das bis Ende Oktober

200 000 Dollars = 36 Millionen Mark

aufgebracht hat.

Aber unter Berücksichtigung der organisatorischen Stärke und der allgemeinen Schwierigkeiten stehen bis heute an der Spitze der internationalen Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland die kleine Schweiz, Holland, Frankreich und Oesterreich.

Die kleine, nur 700 Mitglieder zählende kommunistische Partei der Schweiz hat dem Auslandskomitee an barem Geld 2 200 000 Mark überwiesen,

dazu noch einen Posten Maggiprodukte im Werte von 420 000 Mark und 60 Kisten Kleider und Schuhe im Werte von 800 000 Mark. Einen größeren Betrag hat die Schweiz noch zur weiteren Verfügung gestellt. Alles in allem also hat die Schweiz

4 Millionen Mark

aufgebracht.

Holland hat 70 000 Gulden, das sind 4 340 000 Mark gesammelt. Die kleine KP. hat von diesem Betrag allein 15 000 Gulden zusammengebracht. Das Arbeitersekretariat 20 000, das allgemeine Hilfskomitee 30 000, das Komitee der Intellektuellen 2500, die große Straßensammlung in Amsterdam am 26. Oktober 12 000 Gulden. Die Sammlungen werden ungeschwächt fortgesetzt. Für das Geld wurde im Einverständnis mit dem Auslandskomitee

400 000 Kilogramm Mehl

gekauft, und mit den Schiffen des Auslandskomitees nach Petrograd transportiert.

Einen anerkennenswerten Erfolg hat auch das französische Hilfskomitee zu verzeichnen, das bis heute

1 Million Francs, d. s. über 13 Millionen Mark

zusammenbrachte. Das Geld wird im Einverständnis mit dem Auslandskomitee dazu verwendet, ein Schiff zu organisieren, das Mitte November Marseille verlassen soll und

1 Million kg Reis und 20 000 kg Sachwerte

nach Odessa bringt.

Prächtige Erfolge hat Oesterreich aufzuweisen. Die kommunistische Hilfsaktion hat allein

2 300 000 Kronen

aufgebracht. An kommunistischen Beiträgen in den Sammlungen des Arbeiterrats waren weiter 1 Million und in den Sammlungen der Gewerkschaften weitere 2 Millionen, so daß also die Kommunisten in Oesterreich insgesamt

5 300 000 Kronen

aufgebracht haben. Von den durch Kommunisten gesammelten Geldern wurde gemeinschaftlich mit den Geldern des Arbeiterrates ein Waggon Medikamente und Instrumente gekauft, der mit dem 7. November-Schiff des Auslandskomitees nach Petrograd verladen werden soll.

Die übrigen Summen verteilen sich auf England, das 1½ Million aufbrachte, Italien 3 Millionen, Norwegen 2 Millionen, Schweden 3 Millionen, Dänemark 1 Million, Belgien 500 000 Mark, Deutschland Arbeiterhilfskomitee 1½ Million bar, 1 Million an Sachwerten, Arbeiter-Union Gelsenkirchen 45 000 Mark, Tschecho-Slowakei 1 Million (nach der Spaltung des gemeinsamen Komitees, das 3 Million aufbrachte), allein von den Kommunisten gesammelt, Spanien: Kommunisten 50 000, Bauarbeiter-Verband 20 000 Mark, Luxemburg 30 000 Mark, Einzelbeträge, Clarté-Gruppen usw. 30 000 Mark. Dazu 4 Millionen polnische Mark von dem Hilfskomitee in Warschau gesammelt.

Einen prächtigen Erfolg hat auch die bulgarische kommunistische Partei zu verzeichnen, die 550 000 Leva aufbrachte und die in der Lage war,

30 Waggons Getreide nach Rußland

zu senden.

Außer 2 amerikanischen Schiffen, die vor allem Getreide an Bord hatten sind folgende Transporte durch das Auslandskomitee und seine Landeskomitees nach Rußland geschickt: Ein schwedischer Dampfer „Miranda“ mit 400 000 Kilogramm Lebensmittel, Maschinen usw. Der norwegische Dampfer „Delphinus“ mit Heringen, Tran und Milch, 30 Waggons Getreide aus Bulgarien, ein Transport aus Stettin mit dem Dampfer „Siegfried“ mit 6 Waggons Lebensmitteln usw. Der Dampfer „Börklund“ mit 350 000 kg hochwertiger Lebensmittel aus Hamburg, am 31. Oktober 1 Million Büchsen Milch aus Dänemark. Den Transporten folgte am 7. November ein Schiff aus Stettin mit 800 000 kg Lebensmittel, Kleider usw., das französische Schiff

Mitte November aus Marseille mit 1 260 000 kg Lebensmitteln, Sachwerten, ein drittes skandinavisches Schiff und ein italienisches Schiff, dann mehrere Waggons Zucker aus der Tschecho-Slowakei.

Unterstützung der Aktion der Kommunistischen Internationale durch sympathisierende Gruppen.

Die Hilfsaktion und Sammeltätigkeit der Kommunistischen Internationale und ihrer einzelnen Landeskomitees wurde in einzelnen Ländern wirksam unterstützt durch Gruppen mit Sowjetrußland stark sympathisierender Künstler und Intellektueller. In Frankreich haben sich wiederholt Anatole France, Frossart und Henri Barbusse mit leidenschaftlichen Appellen an die gesamte Oeffentlichkeit gewandt und zu einer starken Unterstützung der Sammlung aufgefordert. In Deutschland hat sich auf die Initiative des Arbeiterhilfskomitees ein Komitee Künstlerhilfe gebildet, dem weltbekannte Künstler vom besten Klang wie Käte Kollwitz, George Groß, Artur Holitscher, Heinrich Vogeler, Alexander Moissi, Leonhard Frank usw. angehören. Das Komitee bereitet Vorstellungen und Theateraufführungen im Deutschen Staatstheater zugunsten der Hungernden vor. Seine Mitglieder wirkten in zahlreichen Arbeiterveranstaltungen und Arbeiterkunstabenden unentgeltlich mit. Mehrere Künstler haben bei ihren Verlagen zugunsten der Hungernden auf ihr Honorar verzichtet, so Alexander Nexö. Andere haben ihr Kunstwerk zur Verfügung gestellt, die demnächst zu einer Ausstellung vereinigt, um dann verkauft und verlost werden sollen. Andere wieder stifteten Entwürfe zu Werbeplakaten, Postkarten, Illustrationen für Zeitungen und Werbeschriften. Der belgische Maler Hiquet sandte dem Auslandskomitee 12 000 Mark als Erlös für den Verkauf einiger Bilder. Die Genfer Gruppe Clarté steuerte der Sammlung 9000 Mark bei. In ganz hervorragender Weise beteiligten sich holländische Künstler und Intellektuelle. Ueber ihre Erfolge berichten folgende Zahlen: Das holländische Propaganda-Komitee unter dem Intellekt für die Unterstützung Sowjetrußlands (Kompinrus) hat im Laufe des Monats Oktober 150 000 Mark an unmittelbaren Beiträgen empfangen. Anfänglich war die Absicht, diese Einkünfte sofort dem Auslandskomitee in Berlin zu übergeben, aber im Einklang mit dem internationalen Sekretariat wird man diese Summe zum Einkauf von Roggenmehl benutzen, welches in Verbindung mit den Komitees der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland in Rotterdam verschifft wird. Schon sind am 25. Oktober 1000 Frs. = 50 000 Mark zur Verfügung gestellt, und am Jahrestage der Russischen Revolution werden abermals 1500 Frs. = 75 000 Mark für diesen Zweck abgegeben werden. Unter den Beiträgen gibt es viele, von armen Intellektuellen, so schickte z. B ein Lehrer einer Dorfschule 25.25 Frs. = 750 Mark, eine Summe, die er mit seiner Familie in einer Woche ausgespart hatte, ein nachahmenswertes Beispiel.

In letzter Zeit haben sich auch mehrere

jüdische Organisationen

mit dem Auslandskomitee in Verbindung gesetzt und den Verkehr mit ihm aufgenommen und teilweise, wie die jüdische Organisation Zürich finanzielle Beiträge für die Hungernden eingeschickt (25 000 Mark).

Einzelne Gruppen und Arbeiter haben glänzende Beispiele von praktischer Solidarität gegeben.

In Berlin-Schöneberg sammelten einige Kinder an einem Sonntag 2100 Mark. Die Kinder der Kindergruppe Steglitz stifteten die volle Ausrüstung für 10 russische Kinder, in Holland und England brachten Arbeiter ihren einzigen Schmuck, die Trauringe. Einige Genossen, die seit Monaten auf der Festung Niederschönfeld in Bayern der Freiheit beraubt sind, lieferten an das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland 486 Mark ab.

Der seit dem letzten württembergischen Generalstreik, September 1920, im Gefängnis sitzende Genosse Heer überwies der Rußlandhilfe 20 Mark. Die proletarische Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland ist die erste allgemeine internationale Aktion seit dem Kriege, an der sich alle Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen — wenn auch in geringer oder stärkerer Weise — beteiligten, und die so viele Beweise tiefer und fester internationaler Solidarität zeitigten, die deutlicher und eindringlicher als Resolutionen und

Spezialadressen beweisen, wie fest und inbrünstig sich die Arbeitermassen aller Länder mit Sowjetrußland verbunden fühlen und daß die neue Internationale, die Internationale der lebendigen Wirklichkeit und Tat, sich mehr und mehr festigt und bildet.

Wir wiederholen: im Vergleich zur Größe der Not und die zu ihrer Beseitigung nötigen Riesensummen ist die von den Arbeiterorganisationen aufgebrachte und geleistete Hilfe verschwindend wenig, ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage und die ungeheuerliche Stärke der Organisationen und Komitees, die den Löwenanteil aufbrachten, haben einzelne Organisationen gute, teilweise sogar vorzügliche Resultate gebracht. Im großen Ganzen haben die kommunistischen Komitees viel, viel mehr gebracht, als die übrigen Arbeiterorganisationen. Zwei Beispiele zeigen das in klassischer Weise. Während über 300 000 Gewerkschaftler in der Schweiz 45 000 Frs. sammelten, sammelten in der gleichen Zeit 7000 Kommunisten, von denen die Hälfte arbeitslos ist, 90 000 Franks in bar und Kleider und Wäsche im Werte von weiteren 20 000 Frs. Zweites Beispiel: Die gesamten englischen Gewerkschaften bringen 1200 £ auf, die ebenfalls nur wenige Tausend zählende, kommunistische Partei in gleicher Zeit 220 £.

Da die schweizerische Kommunistische Partei nur 7000 Mitglieder zählt, von denen obendrein gut die Hälfte arbeitslos ist, beträgt das von den Mitgliedern aufgebrachte den mehrmaligen Betrag eines Tagelohnes. Desgleichen trifft für Holland und Oesterreich zu.

Und das trotz aller Erschwerung durch die Behörden und bürgerlichen Gerichte und Polizeiinstanzen, unter denen ganz besonders die bulgarischen und deutschen Genossen zu leiden haben. In Danzig und München wurden die Versammlungen für die Russenhilfe verboten. In Böblingen bei Stuttgart beschlagnahmte man die Gelder der Gewerkschaftsfunktionäre. In Köln verbot man die Sammlungen und der Bremer Senat versagte die ganze Rußlandhilfe. Die Frankfurter Polizei beschlagnahmte sogar die vom Auslandskomitee herausgegebene Broschüre: „Helft! Sowjetrußland in Not!“ In Berlin wurden Genossen verhaftet, weil sie für die Hungernden sammelten.

Der Moplah-Aufstand von Malabar (Indien).

Von Abani Mukherji (Mitglied der K. P. Indien).

Am 19. August d. J. brach in Malabar, dem südwestlichen Teil der Madras-Präsidentschaft von Indien ein Aufstand aus. Berichtet wird, daß Massen von Moplahbauern, aufgereizt durch die Nationalisten der „Kalifats-Bewegung“ gegen die konstitutionell eingesetzte Regierung sich bewaffneten, um die britische Herrschaft in Indien zu stürzen.

Auch wird behauptet, daß es die ursprüngliche Absicht dieser fanatischen mohammedanischen Massen gewesen sei, die alttürkische Unabhängigkeit wieder aufzurichten; im ersten Gefecht sei aber das Ziel der Kalifatsbewegung vergessen gewesen und die Mullaha, die Führer der fanatisierten Massen, sollen diese gegen ihre friedlichen Nachbarn, die Hindus, geführt haben, denen sie „Tod oder Islam“ anboten. Das Ergebnis war die zwangsweise Bekehrung von etwa 79 Hindufamilien zur islamitischen Religion und der Tod von einigen Dutzend, die den Tod der Schande und dem Verlust der Religion vorzogen.

Die Informationen gehen weiter dahin, daß die Moplahmassen gut bewaffnet waren mit Kriegsmessern, Schwertern, vom Dorfgrobschmied aus Baumsägen hergestellt, Stöcken und Feuerwaffen, welche sie sich aus den ge-

plünderten Polizeistationen und aus dem in Hernad, dem Zentrum des Moplahlandes, stationierten Armeedepot verschafften; diese Tatsachen wurden angeführt, um darzutun, daß der Aufstand ein vorbereiteter war, erdacht und geplant von den Führern der Kalifats-Bewegung, welche eine Reihe von Monaten emsig bemüht waren, die Boykott-Propaganda gegen die Engländer in jenem Teile des Landes zu predigen.

Die oben erwähnten Tatsachen sind historisch korrekt bis zum kleinsten Punkte, aber der Schluß und die Beweisführung, die daraus hergeleitet werden, sind reine Mache der Regierung, welche ein vielseitiges Interesse daran hat, die Bevölkerung in dieser Weise irre zu führen. Das hauptsächlichste und direkteste Interesse der Regierung an dieser absichtlichen Entstellung der Ursachen des Aufstandes war, eine Spaltung in die neuerworbene Einheit der ständig kämpfenden indischen Gemeinschaften hineinzutragen. Die Hindus und Moslems beabsichtigten außerdem, einen Teil der Nationalisten abzuspalten und wieder auf ihre Seite zu ziehen, indem sie ihnen die Gefahr des Spielens mit dem Feuer zeigten, wie sie jetzt bemüht sind, mit den Massen anzubändeln, deren Interesse dem ihren diametral entgegengesetzt ist.

Und wir sehen, daß die Regierung nicht fehlgegangen ist, da alle nationalistschen Zeitungen, vor allem die von den Hindus herausgegebenen, in einem Atem die Moplah verdammen und von der Regierung Maßregeln verlangen, die sie in Zukunft vor ähnlichen Unglücksfällen bewahren.

Mich, der ich Moplah-Land und -Leute kenne, hat überrascht, daß sogar die „Prawda" sich von diesen Regierungslügen täuschen ließ. Die Tatbestände, aus allen verfügbaren Zeitungen gesammelt, zusammen mit den laufenden Nachrichten aus jener Gegend in den letztvergangenen wenigen Monaten werden klar beweisen, daß der Aufstand ursprünglich eine Bauernrevolte war, die sich gegen die Bodenbesitzer und Wucherer richtete. Daß der Aufstand keine Revolte einiger fanatischer Muselmänner war, ist durch die Tatsache bewiesen, daß das erste Opfer der Massen „Khan Bahadur K. V. Chekkuty", ein pensionierter Polizeiinspektor, Landbesitzer und Wucherer, ein Muselmann war. Außerdem waren die Moplah ebenso sehr gegen die Moplah-Landbesitzer, wie gegen die Hindus, obwohl die erstgenannten zu ihrer eigenen Rasse und Religion gehören.

Ueberdies sollte in Erwägung gezogen werden, daß die Aufständischen ein besonderes Interesse daran hatten, die Büros der Urkunden-Registratur der Regierung und die Familien-Urkunden der eingeborenen Land- und Geldmagnaten zu verbrennen; denn dies sind ja die Orte, an denen die Dokumente aufbewahrt werden, welche sich auf Boden und die Volksschulden beziehen. Die erste Aktion der Moplah „Swaraj" (home rule = Selbstbestimmungsrecht) war eine „Steuer-Nachlaß-Proklamation". Dieser Moplah-Aufstand war eine Fortsetzung der Bauern-Urruhen, welche in Indien in den letzten Jahren um sich greifen. 1920 waren die Unruhen in Oudh, einer Provinz Nordindiens, wo die Bauern die gleiche Taktik anwandten und die Häuser der eingeborenen Magnaten anzündeten. Der Hauptunterschied zwischen dem Aufstand von Oudh und dem von Malabar ist, daß die Bauern von Oudh in einer besser organisierten Form vorgingen; sie gründeten eine eigene Organisation, bekannt als „Kishan Sabhas" (Bauern-Vereinigung).

Das Wort Moplah ist abgeleitet von dem Tamil-Wort Mupala, welches Schwiegersohn bedeutet, und man sagt, daß ursprünglich ein arabischer Freund des Ortsoberhauptes eine von dessen Verwandten heiratete und so genannt wurde; danach erhielten alle arabischen Siedler den Namen. Die Moplahs sind die Abkömmlinge kriegerischer Araber, welche sich vor Jahrhunderten an der Malabarküste festsetzten, doch hat eine starke Blutmischung stattgefunden. Sie zählen insgesamt etwa eine Million und sind von den dortigen Moslems sehr leicht zu unterscheiden durch ihre hohen, schlanken, gutgebauten Gestalten und ihr hochmütiges unverträgliches Temperament. Ihr angenommenes Heimatland Malabar umfaßt 13 Distrikte und einige Inseln, von denen nur 5 von ihnen bewohnt werden, nämlich Walavand, Ponani, Hernad, Kalkutta und Wynaad. Die Hauptstadt ist Kalkutta, der bekannte Hafen, in dem Vasco de Gama 1498 zum ersten Male landete. Er ist auch das Handelszentrum.

Es ist dieser Teil Indiens, in dem die soziale Unterdrückung und das Kasten-System am furchtbarsten ist, und infolgedessen ist das Christentum hier viel mehr eingedrungen als in anderen Teilen Indiens. Interessant zu bemerken ist, daß unter den „Nair Hindus" dieser Gegend noch das „Mutterrecht" in veränderter Form vorherrscht. Es ist vorwiegend ein Ackerbauland und der größte Teil des Volkes ist mit seinem Unterhalt vom Boden abhängig. Diejenigen, die ihrer Kaste nach Anspruch auf einen gesellschaftlichen Vorrang machen, sind gleichzeitig die Landeigentümer. Die Gewalt, welche sie über die ärmeren Klassen ausüben, ist gleichzeitig eine soziale und eine ökonomische. Es gibt in Malabar eine starke Bewegung gegen die der ärmeren Bevölkerung auferlegte soziale Ungerechtigkeit, sie war aber infolge der ökonomischen Hilflosigkeit nicht fähig, diesen Opfern sozialer Tyrannei irgendetwas Bemerkenswertes zu erreichen. „Nach Jahren trauriger Erfahrung ist es jetzt bestätigt (durch die Massen), daß ohne ökonomische Befreiung die soziale absolut unmöglich ist", schreibt die anti-brahminische Tageszeitung „Gerechtigkeit" von Madras.

Den Boden hat in Malabar eine Klasse inne, bekannt als „Jenmis", die das Bodenbesitzrecht ausübt und der Regierung eine Rente zahlt, die von den Ortsbeamten für eine Periode von 10 Jahren willkürlich festgelegt wird. Es gibt sowohl Hindu,— wie moslemitische Jenmis, aber sie gehören ausschließlich der höheren Kaste an. Diese Jenmis verpachten das Land in kleineren Teilen wieder an den eigentlichen Bauer. In den meisten Fällen verpachten die Unterpächter wieder selbst ihr Land so oft, daß, bevor der Boden in die Hände der wirklichen Bauern gelangt, er durch 3 oder 4 verschiedene Interessen-Kanäle hindurchgegangen ist. Den verderblichen Charakter dieses Systems kann man sich durch die Tatsache vergegenwärtigen, daß im Laufe dieses Weges die Bodenrente immer höher und höher steigt, bis sie zuletzt mit zermalmender Wucht auf die Köpfe der armen Bauern herabfällt.

So wird der arme Landmann durch Renten ausgesogen, und es bleibt ihm nur wenig Kraft, der Hungersnot zu widerstehen.

Außer den Jenmis gibt es noch einen anderen Faktor im Leben des Bauern von Malabar. Dies sind die „Kanomdars", eine Gesellschaft von Wucherern, welche Gewalt über das Land bekommt durch Geldverleihen zu Wucherzinsen (schwankend zwischen 100 bis 700 Prozent), entweder an den Jenmis oder unmittelbar an den Bauer. In einigen Fällen kaufen sie den Jenmis das Recht der Unterverpachtung des Landes ab; dieses so erkaufte Recht wird das „Kanom-Pachtbesitzrecht" genannt. Diese Kanomdars oder Landbesitzer durch Uebertragung sind lediglich Geldverleiher und keine Bauern. „Das Wort Pächter auf sie angewandt, ist in Wirklichkeit eine irreführende Bezeichnung, aber als Gebieter des Geldes beherrschen sie Länder." So schreibt die nationalistische Tageszeitung „Hindu" von Madras. Die Kanomdars traten vor etwa 100 Jahren in Erscheinung, mit der Akkumulation des Reichtums in den Händen der Intellektuellen, welche die Vorläufer der Bourgeoisie in Indien sind. Diese Intellektuellen, die ziemlich zahlreich sind, aber wenig verglichen mit der Gesamtstärke der Bevölkerung, verdienen Geld als Beamte, Juristen, Aerzte, Kaufleute usw., und sind sehr darauf aus, es irgendwie in Land zu investieren. Da die Industrie noch unentwickelt und gehemmt und der Zinsfuß der Regierungspapiere zu niedrig ist, so bleiben ihnen keine anderen Anlage-Möglichkeiten. Diesen Wunsch befriedigten sie als Kanomdars. Sie sind bestrebt, ihr Kapital zu vermehren, sei es mit ehrlichen oder unehrlichen Mitteln und sie versuchen die letzte Kopeke aus dem armen Bauer herauszuziehen.

Die Funktion des Kanomdars, die einen unnötig unproduktiven und oft hemmenden Bestandteil des Agrarsystems von Malabar bildet, ist der ökonomische Ruin des Landes.

Dank diesem gefährlichen Agrarsystem sind Bauernunruhen eine sehr gewöhnliche Erscheinung in Malabar. So sehr, daß die Regierung in den letzten 70 Jahren gezwungen war, eine europäische Mannschaft in Hernad zu unterhalten. Die ersten bemerkenswerten Unruhen fanden im Jahre 1836 statt. Als Ergebnis derselben wurden einige Agrargesetze erlassen, welche den Bauern besseren Schutz verleihen sollten. 1851 nach Unterdrückung

eines anderen Aufstandes kam das „Moplah-Messer-Gesetz“ heraus, welches den Besitz und die Herstellung langer Messer verbietet, die einzige Waffe, welche die Massen meistern können. Doch die Erhebung von 1887 war eine sehr ernsthafte, während der Unruhen wurden einige Tausend Moplahs von den Truppen niedergeschossen, als sie sich weigerten, sich zu ergeben, da ihnen der Tod in jedem Fall sicher war, entweder durch langsames Verhungern oder durch die Kugeln. Aber diese Verluste an Leben verursachten eine Umfrage über ihre Lage, und das „Pächter-Besitzergreifungs-Gesetz“, das einen besseren Schutz der wirklichen Landbewohner garantieren sollte, wurde erlassen. Alle diese Erlasse wurden nie zu einer praktischen Hilfe, um die Lage der armen Ausgebeuteten zu verbessern, da sie von den niederen Beamten, die nahezu alle Eingeborene und daran interessiert waren, falsch ausgelegt wurden. Durch sie wurden diese Erlasse in eine Farce und leeren Schein verwandelt. 1900, als Ergebnis weiterer Unruhen, wurde ein anderes Gesetz unter dem Namen „Pacht-Verbesserungsgesetz“ erlassen. Dieses Gesetz sollte den Bauern keine wirtschaftliche Sicherheit geben, sondern nur Sicherheit vor Vertreibung.

Man muß bedenken, daß Malabar im wesentlichen ein Ackerbauland und fast die gesamte Bevölkerung mit ihrem Unterhalt vom Boden abhängig ist. 99 Prozent der Moplahs sind arme Kleinbauern. Dieses letzte Gesetz war für die Kanomdars in weitem, für die Unterpächter in geringerem Umfang von Nutzen, hat aber in keiner Weise zur Verbesserung des Loses der armen arbeitenden Bauern beigetragen.

Der gegenwärtige Konflikt erwuchs aus dem Umstand, daß die Kanomdars durch die vorerwähnte Land-Gesetzgebung von 1930 außerordentlich begünstigt wurden und planten, sich zu den alleinigen Herren des Bodens zu machen. Zu diesem Zwecke fand am 18. Juli dieses Jahres in Thoothakal, Walavand Distrikt von Malabar (ebenfalls ein Moplah-Distrikt) eine Zusammenkunft der Kanomdars statt, auf dem Wohnsitz des Herrn N. P. Ahmed Kutti Shahib, einem großen Holzhändler des Ortes, seinem Bekenntnis nach Muselmann, wo 800 Kanomdars, sowohl Hindus wie Muselmänner anwesend waren. Der Vorsitzende der Versammlung war ein Hindu Mr. K. Koru Nair, der Führer der Rechtsgelehrten v. Ottapalam. In dieser Versammlung wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, ein „Gesetz zur Festigung des Besitzes“ für die Kanom-Pächter (?) von Malabar zu erlassen. Devau Bahader M. K. Nair, Hindu und pensionierter Regierungsbeamter, Kanom-Pächter und Geldverleiher, Mitglied des Gesetzgebenden Rates von Madras, wurde gewählt, um bei der Regierung die Resolution in Form der „Tenaucy-Bill“ durchzusetzen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß mit der Bezeichnung Pächter nur die Kanom-Pächter gemeint und nicht die armen Kleinbauern. Nach Ansicht der Kanomdars ist dies das einzige Mittel, welches die Landschwierigkeiten Malabars zu lösen imstande sei. Die von den Kanomdars gewünschte Resolution war gebührend dem Gesetzgebenden Rat von Madras vorgelegt worden und wurde trotz der starken Opposition der Jenmis und aufgeklärten Bauern von der Regierung günstig aufgenommen. Obgleich das Gesetz noch nicht in Kraft getreten war, fingen die Kanomdars — ihres Erfolges sicher — an, das zu erwartende Recht ausübend, die am Ende ihrer Hilfsquellen und Geduld angelangten Bauern auszupressen. Das Ergebnis war der Moplah-Aufstand vom 19. August, dessen historische Tatsachen allgemein bekannt sind.

Den unpolitischen Charakter des Aufstandes in seinem Ursprung kann man leicht zwischen den Zeilen einer Rede lesen, die Lord Reading, der Vize-König von Indien vor der gesetzgebenden Körperschaft (Rat) von Indien gehalten hat, über die die Londoner Times vom 6. September berichtete. Stellenweise wird da folgendes gesagt: „Der Funke, welcher die Flamme entzündete, war der Widerstand einer großen, feindlichen Masse von Moplahs, bewaffnet mit Schwertern und Messern gegen eine gesetzlichen Versuch der Polizei, gewisse Verhaftungen in Verbindung mit einem Ueberfall vorzunehmen. Die Polizei war machtlos, die Gefangennahme des Verbrechers

durchzuführen und die Bedeutung des Zwischenfalls liegt darin, daß man ihn als einen Angriff auf die Polizei und damit auf die Regierung ansah."

Die Tatsache ist folgende: Da die hitzköpfigen Moplahs kein anderes Mittel gegen die Unterdrückung der Kanomdars und Jenmis fanden, nahmen sie das Recht in ihre eigenen Hände und verbrannten einige Häuser der Unterdrücker in Trirungadi, einer Stadt mitten im Walavand-Distrikt. Als die Behörden kamen, um die Führer der Aktion festzunehmen, begleitet von einer Kompagnie der Leinster-Garde (die in Kanad stationierte europäische Kompagnie) und der Polizei, stellte sich eine Menge von 2000 Menschen der Behörde entgegen und zwang sie, sich zurückzuziehen. In diesem Augenblick nahmen fanatische Mullaha, wie Ali Musalier, Kunki Tangal u. a. zusammen mit einigen Freibeutern die Gelegenheit wahr und das Ergebnis ist bekannt, als die Kalifats-Bewegung zum Sturze der Regierung.

Diese Abenteurer waren in einer günstigen Lage, da sie Feuerwaffen und Munition der unlängst geräumten Polizeistationen und militärischen Vorposten von Hernad in die Hände bekamen, so daß die Behörde zum Rückzug gezwungen war. Außerdem gelangten sie in den Besitz von 40 000 £ aus der Kasse von Hernad.

Als derart die Lage in den Städten sich gestaltete, benutzten die Kulis der umgebenden Pflanzungen den Vorteil der Situation und rächten sich für die Unterdrückungen durch die europäischen Pflanzer, indem sie einen Pflanzer namens Eton töteten. „Der Engländer hatte nur Zeit drei Schüsse aus seinem Revolver abzufeuern, bevor er von seinen eigenen Kulis zertreten wurde." Ein anderer Pflanzer „Mr. Tippet würde getötet worden sein, ohne seinen Diener, welcher sagte, „wir sind mit Mr. Tippet 5 Jahre zusammen gewesen, kann irgend jemand eine ungerechte Handlung von seiner Seite nennen." Niemand war imstande zu bewirken, daß die Kulis abließen" (wie in der Londoner Times vom 5. September 1921 berichtet wird). Die Nationalisten und Führer der Kalifats-Bewegung erklärten Swaraj (home rule = Selbstbestimmungsrecht) und hißten die grüne Flagge, aber sie konnten nicht verhindern, daß die Massen zerstörten und ihrem eigenen Vorteil gemäß handelten. Ein anderes offizielles Communiqué wirft mehr Licht auf den agrarischen Charakter der Bewegung: „Einem Moplah-Landbesitzer, seinem Sohn und seinen Dienern, die über 100 zählten, gelang eine wunderbare Flucht. Eine Rettungsabteilung fand sie im Jungel, versteckt vor den Rebellen, die bereits Swaraj erklärt und eine Steuernachlaßproklamation veröffentlicht hatten (Londoner Times, 5. September 1921). Die Hindus litten am meisten unter diesem Aufstand, nicht weil sie ein anderes Glaubensbekenntnis haben, sondern weil sie die Majorität der Unterdrücker darstellen. Die Moplahs sind im Interesse der Bourgeoisie durch Maschinengewehrfeuer vernichtet worden, aber dadurch hat die Regierung in keiner Weise die revolutionäre Tendenz der aufständischen Massen der armen indischen Kleinbauern und Arbeiter gehemmt.

Moskau, im Oktober 1921.

Marx-Parasiten.*

Von Pelle.

II.

Marx und Engels und die Sozialdemokratie.

Wir haben bislang die Kritik des „Vorwärts", die er mit Hilfe von Marx und Engels an den Kommunisten zu üben versuchte, zerpflückt. Jetzt wollen wir, „um den Streit endgültig zu erledigen", den Spieß umdrehen und Marx und Engels einmal für uns, gegen die Sozialdemokratie sprechen lassen.

* Vergl. Internationale Nr. 7. Der Abdruck verzögerte sich wegen Platzmangel und technischer Schwierigkeiten.

Demokratie oder Diktatur?

Marx und Engels reden in ihren Schriften sowohl von der Demokratie als auch von der Diktatur. Diesen Umstand benutzt die Sozialdemokratie, um für sich zu sagen, beide hätten unter Diktatur nur die parlamentarische Majorität des Proletariats mit Hilfe der Demokratie verstanden. Wir Kommunisten behaupten indessen, daß beide Altmeister die Demokratie nur als eine historisch bedingte und berechtigte Epoche ansahen, als ein Mittel, um das Proletariat zum endgültigen letzten Kampfe zu sammeln und vorzubereiten. Die Demokratie war für Marx und Engels die letzte und höchste Herrschaftsform der bürgerlichen Klasse, unter der sich alle proletarischen Kräfte zur entscheidenden Niederlage der Bourgeoisie sammeln. Beide haben die formale Scheindemokratie stets bekämpft. Und aus der Art ihrer Kritik geht klar und deutlich hervor, was sie unter Diktatur verstanden. Im Mai 1875 schrieb Karl Marx an Bracke einen Brief, in dem es u. a. heißt:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Dieser Brief ist eine Kritik von Marx und Engels an dem Gothaer Programm der Sozialdemokratie. Er ist geradezu klassisch zu nennen, was die Beurteilung der Sozialdemokratie und die Voraussicht über ihre weitere Entwicklung anbelangt. Die folgenden Sätze der Kritik wirken heute noch mehr als damals wie Peitschenhiebe für die Sozialdemokratie:

„Das Programm (von Gotha) nun hat es weder mit letzterer (mit der Diktatur) zu tun, noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.

Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der alten weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr usw. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes. Es sind lauter Forderungen, die, soweit sie nicht zu phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits realisiert sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten usw. Diese Sorte „Zukunftsstaat" ist heutiger Staat, obgleich außerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches existierender."

Und schließlich sei noch folgende Stelle aus der Kritik erwähnt, die sich vollkommen mit dem vereinbart, wie wir Kommunisten die Auffassung Marx und Engels über Demokratie auslegen:

„Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist — selbst sie stehen noch bergehoch über solcher Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten."

In der Tat mußte sich während des Krieges die Sozialdemokratie sehr oft von Vertretern der „vulgären Demokratie" beschämen lassen, die bergehoch über dem Demokratentum der Scheidemänner standen. Es sei nur an H. v. Gerlach erinnert.

Solche und und ähnliche Auslassungen von Marx und Engels über die Demokratie lassen sich noch eine Unmenge anführen. So z. B. die „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund" vom März 1850 und Juni 1850, den Brief Marxens über die Haltung der Züricher Sozialdemokratie an Sorge vom September 1879, wo er „die ‚friedlichen' Entwicklungsmänner" als Halbmenschen bezeichnet, „die der Parlamentarismus auf den Esel gebracht hat" usw. Besonders verweisen wir jedoch auf Engels Anti-Dühring, III. Abschnitt

(II. Theoretisches); wiederum eine klassische Abhandlung über den Begriff Staat im marxistischen Sinne.

Eine Aeußerung von Engels soll indessen hier noch angeführt werden. Mitte der achtziger Jahre schrieb er in einem Brief folgendes:

„Wie man dann (d. h. wenn die bürgerlichen Parteien in der „reinen Demokratie" die Majorität haben. D. Red.) als Minorität nicht zu handeln hat, hat die sozialdemokratische Minorität der Pariser Februarregierung 1848 gezeigt. Im Fall, wo unsere Reserve von 20 bis 25 Jahren, die nicht stimmt, aber exerziert in Aktion träte, könnte die reine Demokratie übersprungen werden. — Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher die um die „reine Demokratie" sich gruppierende Gesamtreaktion."

Also: Engels war sogar so „frivol", die reine Demokratie überhaupt unter gewissen Umständen überspringen zu wollen und gleich die proletarische Diktatur aufzurichten! Lebte Engels heute noch, er würde sicherlich von allen Sozialdemokraten und Unabhängigen als größter Putschist und Bakunist verschrien werden.

Damit wollen wir die Frage, wer mehr Recht hat, sich auf Marx und Engels zu berufen, wir Kommunisten oder die Sozialdemokratie aller Schattierungen, verlassen und uns zuwenden der Frage, was beide unter der Diktatur des Proletariats verstehen. Marx und Engels prägten den Begriff der „Diktatur des Proletariats" mit Berücksichtigung der Erfahrungen von 1848 und besonders auch von 1871. In vielen Briefen und Schriften kehrt die Formel „Diktatur des Proletariats" wieder als der konkrete Begriff über die historische Aufgabe des Proletariats, die politische Macht zu erproben, den bürgerlichen Staatsapparat „zu zerbrechen" und an seine Stelle den proletarischen Staat zu setzen, der die Bourgeoisie niederhält, die Vergesellschaft der Produktionsmittel vornimmt und damit die Klassengesellschaft aufhebt. Engels sagt im Anti-Dühring:

„Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft, hat den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unserer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht „abgeschafft", er stirbt ab. Hieran ist die Phrase vom „freien Volksstaat" zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung, wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzuläng-

lichkeit; hieran ebenfalls die Forderung der sogenannten Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden."

„Ihr Herren, wollt Ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht Euch die Pariser Kommune an: das war die Diktatur des Proletariats", so sagt Engels im Vorwort zu Marxens „Bürgerkrieg in Frankreich". — Diese Diktatur bestand nun aber nicht, wie die verschiedenen abhängigen und unabhängigen Sozialdemokraten heute annehmen, in dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, sondern — lassen wir Marx selber reden:

„Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen. ...

Das erste Dekret der Kommune war die Unterdrückung des bestehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.

Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstverständlich aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt, ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Maschine der alten Regierung, einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht zu brechen; sie dekretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volke unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staates und der Kirche gereinigt. Dadurch war nicht nur die Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenvorurteil und die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln befreit usw."

Und Engels sagt zum Vorwort im „Bürgerkrieg in Frankreich":

„Und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten. Und hätte sich die Pariser Kommune nicht der Autorität eines bewaffneten Volkes gegen die Bourgeoisie bedient, hätte sie sich länger als einen Tag behauptet? Können wir sie nicht umgekehrt tadeln, daß sie sich zu wenig dieser Autorität bedient habe?

Sollen wir diesen klaren und eindeutigen Auslassungen von Marx und Engels noch etwas hinzufügen? „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein" — „Die Stadträte der Kommune waren verantwortlich und jederzeit absetzbar", — sind diese Grundsätze nicht verwirklicht im Rätesystem? Und Engels bestätigt ausdrücklich unsere Auffassung, daß nur die Bewaffnung des Proletariats, die der Bourgeoisie Schrecken einflößt, die Macht behaupten kann, weil sie eben der proletarischen Staatsmacht Autorität verleiht.

Wem aber diese klare Formulierung der proletarischen Diktatur noch nicht genügen sollte, dem werden hoffentlich folgende Stellen aus der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund" vom März 1850 (von Marx und Engels verfaßt) überzeugen, wenn er überhaupt überzeugungsfähig ist:

„Sie müssen überhaupt den Siegesrausch und die Begeisterung für den neuen Zustand, der nach jedem siegreichen Straßenkampf eintritt, in jeder Weise durch ruhige und kaltblütige Auffassung der Zustände und durch unverhohlenes Mißtrauen gegen die neue Regierung so sehr wie möglich

zurückhalten. Sie müssen neben den neuen offiziellen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in der Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterklubs oder Arbeiterkomitees errichten, so daß die bürgerlichen, demokratischen Regierungen nicht nur sogleich den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern sich von vornherein von Behörden überwacht und bedroht sehen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter steht".

Ist das nicht eine geradezu klassische Voraussicht der Notwendigkeit von Arbeiterräten? Aber nicht nur die Wahl revolutionärer Arbeiterräte wurde von Marx und Engels dem Kommunistenbund 1850 empfohlen, sondern auch die Notwendigkeit selbständiger legaler und illegaler Organisationen dargelegt. In derselben Ansprache heißt es:

„Statt sich abermals dazu herabzulassen, den bürgerlichen Demokraten als beifallklatschender Chor zu dienen, müssen die Arbeiter, vor allem der Bund, dahin wirken, neben den offiziellen Demokraten eine selbständige, geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen und jede Gemeinde zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats, unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden."

Und schließlich wollen wir noch folgende, wiederum glänzende Rechtfertigung der Notwendigkeit einer proletarischen Armee mit selbstgewählten Führern unter Aufsicht der revolutionären Räte usw. anführen (a. a. O.):

„Um dieser Partei, deren Verrat an den Arbeitern mit der ersten Stunde des Sieges anfangen wird, energisch und drohend entgegentreten zu können, müssen die Arbeiter bewaffnet und organisiert sein."

Wie angesichts so glänzender Zeugnisse von Marx und Engels über die Diktatur des Proletariats und ihres Inhalts heute vermeintlich gute Marxkenner kommen können und behaupten, Marx und Engels hätten mit allen ihren Auslassungen über diese Frage „keine Regierungsform im Auge", sondern waren der Ansicht, „der Uebergang könne sich friedlich auf demokratischem Wege vollziehen" (Kautsky), bleibt rätselhaft. Wir können unser Urteil über solche Marx-Epigonen nur dahin zusammenfassen, daß sie entweder Marx niemals begriffen haben oder bewußte Schändung an unseren verstorbenen Lehrmeistern treiben. Vielleicht trifft auch auf diese das Wort Engels zu, das er auf Eugen Düring prägte: „Unzurechnungsfähigkeit aus Größenwahn".

Kritik der „reinen Demokratie".

Die sogenannte reine Demokratie ist das Steckenpferd unserer heutigen Sozialdemokratie. Diese inhaltlose Phrase glauben heute Millionen von Arbeitern und Kleinbürgern. Es erscheint uns daher angebracht, bei Marx und Engels nachzuschlagen, wie sie über diese „reine Demokratie" dachten. Und wir werden wiederum finden, daß sich ihre Anschauungen vollkommen mit unserer Kritik an der heutigen Sozialdemokratie, und zwar der Abhängigen sowohl wie auch der Unabhängigen, decken. Untersuchen wir also die Differenzen zwischen uns und der Sozialdemokratie und nehmen wir zunächst den Fall, wie ihn die Novemberrevolution 1918 in Deutschland auf die Tagesordnung der Geschichte stellte, d. h. den Fall des Sieges der kleinbürgerlichen Idee von der „reinen Demokratie" an Stelle des revolutionären Zieles: der Diktatur des Proletariats. In der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund von 1850 sagt Marx:

„Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei zur kleinbürgerlichen Demokratie ist dies: sie geht mit ihr zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezweckt; sie tritt ihnen gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen.

Die demokratischen Kleinbürger, weit entfernt, für die revolutionären Proletarier die ganze Gesellschaft umwälzen zu wollen, erstreben eine Aenderung der gesellschaftlichen Zustände, wodurch ihnen die bestehende

Gesellschaft möglichst erträglich und bequem gemacht wird. Sie verlangen daher vor allem Verminderung der Staatsausgaben durch Beschränkung der Bürokratie und Verlegung der Hauptsteuer auf die großen Grundbesitzer und Bourgeois. Sie verlangen ferner die Beseitigung des Drucks des großen Kapitals auf das kleine, durch öffentliche Kreditinstitute und Gesetze gegen den Wucher."

Und weiter heißt es dann:

„Was die Arbeiter angeht, so steht vor allem fest, daß sie Lohnarbeiter bleiben sollen wie bisher, nur wünschen die Demokraten und Kleinbürger dem Arbeiter besseren Lohn und eine gesichertere Existenz und hoffen, dies durch teilweise Beschäftigung von seiten des Staates und durch Wohltätigkeitsmaßregeln zu erreichen, kurz, sie hoffen, die Arbeiter durch mehr oder minder versteckte Almosen zu bestechen, und ihre revolutionäre Kraft durch momentane Erträglichmachung ihrer Lage zu brechen."

Man setze an die Stelle „Kleinbürgerliche Demokratie" das Wort „Sozialdemokratische" und man hat die denkbar beste Kritik an der heutigen Sozialdemokratie. Marx und Engels schildern hier eine Arbeiterpartei, wie sie niemals sein soll, wie es die heutige Sozialdemokratie aber tatsächlich ist. Doch gehen wir weiter. Wie soll sich das revolutionäre Proletariat gegenüber den Forderungen und der Herrschaft der „kleinbürgerlichen (sozialdemokratischen) Demokratie" verhalten. Auch auf diese Frage antworten Marx und Engels in derselben Ansprache:

„Diese Forderungen können der Partei des Proletariats aber keineswegs genügen. Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der demokratischen Ansprüche zum Abschluß bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, solange, bis alle mehr- oder minderbesitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind. Es kann sich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern nur um seine Vernichtung, nicht um Vertuschung der Klassengegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um Gründung einer neuen."

Hat die Kommunistische Partei, haben unsere ermordeten Genossen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht jemals etwas anderes gesagt und verfochten? Die Kommunisten wurden und werden deshalb von allen Marx-Verrätern als Verbrecher, Putschisten, Gesindel und was sonst noch für schöne Schimpfworte bedacht. Und die Sozialdemokraten Noske, Heine, Hörsing usw. haben die revolutionären Proletarier dafür zu Tausenden hinrichten und erschießen lassen. Wahrlich, der Sozialdemokratie Verbrechen am Proletariat und damit an der Menschheit steht einzigartig in der Geschichte da; es ist so unerhört, daß sich kein Beispiel dafür finden läßt. Auf ihr Haupt kommt nicht nur das Blut der Millionen Kriegsopfer, kommt nicht nur all der Jammer und das Elend, sie sind auch die einzigen Schuldigen, daß der Leidensweg der proletarischen Revolution so ungeheuer qualvoll und opferreich für das Proletariat ist. Eines haben sie indessen doch erreicht: Zehntausenden von Proletariern kommt heute erst die ganze Schwere und Klarheit des Wortes Engels zum Bewußtsein: Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher die um die „reine Demokratie" sich gruppierende Gesamtreaktion.

III.
Schlußbetrachtungen.

Wir glauben, in den vorhergehenden Kapiteln genügend nachgewiesen zu haben, daß die Berufung der Sozialverräter auf Marx und Engels eine ungeheure Profanierung des Marxismus ist. Die Partei, auf die einst Marx und Engels ihre größten Hoffnungen setzten, die deutsche Sozialdemokratie, sie hat sich heute dank ihrer Bernstein, Lensch, Scheidemann, Kautsky, wieder zu jener Art von kleinbürgerlichem Sozialismus zurückgemausert, von dem es im Kommunistischen Manifest schon heißt:

„Seinem positiven Gehalte nach will jedoch dieser Sozialismus entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wieder herstellen und mit ihnen die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesellschaft, oder er will die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Rahmen der alten Eigentumsverhältnisse ..... gewaltsam wieder einsperren. In beiden Fällen ist er reaktionär und utopistisch zugleich.

Die Phrase von dem „Wiederaufbau der Produktion", von der Notwendigkeit des „Wiederaufbaues des Kapitalismus", daß die „Zeit der Sozialisierung noch nicht gekommen ist" — was bedeuten sie anders als kleinbürgerlichen Sozialismus, der die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesellschaft wieder herstellen will? Der Sozialdemokrat Lensch bringt es sogar fertig, unter Berufung auf Friedrich Engels in dem Sinnesorgan (D.A.A. Nr. 220 vom 13. Mai 1921) zu schreiben: „Haben wir in der Vergangenheit Kapitalismus gehabt, so werden wir in Zukunft Hochkapitalismus haben ..... und die Sozialdemokratie muß dabei helfen."

Gibt es mit diesen Leuten eine Vereinigung? Marx gibt die Antwort darauf in der schon mehrfach erwähnten Ansprache:

Eine solche Vereinigung würde allein zu ihrem Vorteile und ganz zum Nachteile des Proletariats ausfallen. Das Proletariat würde seine ganze selbständige, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie herabsinken. (Siehe Görlitzer Beschluß. D. Red.) Diese Vereinigung muß also auf das entschiedenste zurückgewiesen werden."

Und Engels schreibt in einem Briefe vom 20. Juni 1873 in Bezug auf die Einigungsbestrebungen der Eisenacher mit den Lassalleanern:

Diese Einigungsfanatiker sind entweder beschränkte Köpfe, die alles in einen unbestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich bloß zu setzen braucht, um die Unterschiede in weit schärferem Gegensatze wiederherzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden (in Deutschland haben wir ein schönes Exempel an den Leuten, die die Versöhnung der Arbeiter und Kleinbürger predigen), oder aber Leute, die die Bewegung bewußt oder unbewußt verfälschen wollen."

Und am Schlusse des Briefes heißt es:

Jedenfalls glaube ich, daß die tüchtigen Elemente unter den Lassalleanern Ihnen mit der Zeit von selbst zufallen werden und daß es deshalb unklug wäre, die Frucht vor der Reife zu brechen, wie die Einigungsleute wollen. Uebrigens hat schon der alte Hegel gesagt: Eine Partei bewährt sich dadurch als die siegende, daß sie sich spaltet und die Spaltung vertragen kann. Die Entwicklung des Proletariats macht notwendig verschiedene Entwicklungsstufen durch, auf jeder Stufe bleibt ein Teil der Leute hängen und geht nicht weiter mit; daraus allein erklärt sich, weshalb die „Solidarität des Proletariats" in der Wirklichkeit überall in verschiedene Parteigruppierungen sich verwirklicht, die sich auf Tod und Leben befehden, wie die christlichen Sekten im römischen Reich unter den schlimmsten Verfolgungen."

Damit wollen die Kommunisten es auch halten. Die guten Elemente, die heute noch als irregeführte Proletarier bei den Verrätern sind, sie werden uns mit der Zeit von selbst zufallen. Die Führer mögen indessen bleiben, wo der Pfeffer wächst, wenn sie durchaus nicht leinen wollen.

Zum Schluß sei noch kurz der aktuellsten Tagesfrage gedacht: der Steuern. Der Kriegsverlust in Verbindung mit dem Versailler Friedensvertrag und seiner Ausführung haben dem ohnehin schon bankrotten Deutschland Schuldenlasten auferlegt, um deren Zahlung ein Kampf der Klassen entbrennen muß. Die Bourgeoisie will nicht zahlen, das Proletariat kann nicht zahlen. Und da beide Klassen darum kämpfen, wer zahlen soll, wird der zahlen müssen, der in diesem Kampfe besiegt wird. Die Sozialdemokratie als echte kleinbürgerliche Partei will dem Kampfe unter allen Umständen ausweichen. Sie sucht zu vermitteln und glaubt, durch eine politische Spekulation die Bourgeoisie wenigstens zu einer Teilzahlung zu bewegen: Wir meinen den Görlitzer Beschluß. Indessen, die Bourgeoisie ist klug genug, um auch hieraus ein Geschäft zu machen. Sie erklärt ihre Bereitschaft zur Stinnes-Koalition und zur Kreditgewährung — aber sie stellt ihre Bedingungen: das bekannte Kreditangebot der Schwerindustrie. Was bleibt dem Kleinbürgertum anderes übrig, als entweder diese Bedingungen zu schlucken oder die Arbeiterschaft zur Abwehr aufzurufen. Wie es scheint, versuchen die Sozialdemokraten mit Hilfe der Gewerkschaften zu bluffen durch ein radikales Programm, das die Erfassung der Sachwerte fordert. Auf diese Weise hofft man — wie es den Anschein hat, nicht ohne Grund — die Bourgeoisie für Konzessionen gefügig zu machen, andererseits aber die Arbeiter noch einmal vom Kampf zurückzuhalten.

Was raten Marx und Engels in einer derartigen Situation dem Proletariat? Karl Marx sagt in der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850:

1. Die Demokraten dazu zwingen, nach möglichst vielen Seiten hin in die bisherige Gesellschaftsordnung einzugreifen, ihren regelmäßigen Gang zu stören und sich selbst zu kompromittieren sowie möglichst viele Produktivkräfte, Transportmittel, Fabriken, Eisenbahnen usw. in den Händen des Staates zu konzentrieren.

2. Sie müssen die Vorschläge der Demokraten, die jedenfalls nicht revolutionär, sondern bloß reformierend auftreten werden, auf die Spitze treiben und sie in direkte Angriffe auf das Privateigentum verwandeln, so z. B. wenn die Kleinbürger vorschlagen, die Eisenbahnen und Fabriken zu kaufen, so müssen die Arbeiter fordern, daß diese Eisenbahnen und Fabriken als Eigentum von Reaktionären vom Staate einfach und ohne Entschädigung konfisziert werden. Wenn die Demokraten die proportionelle Steuer vorschlagen, fordern die Arbeiter progressive; wenn die Demokraten selbst eine gemäßigte progressive beantragen, bestehen die Arbeiter auf einer Steuer, deren Sätze so rasch steigen, daß das große Kapital dabei zu Grunde geht; wenn die Demokraten die Regulierung der Staatsschulden verlangen, verlangen die Arbeiter den Staatsbankrott. Die Forderungen der Arbeiter werden sich also überall nach den Konzessionen und Maßregeln der Demokraten richten müssen.

Wenn die deutschen Arbeiter nicht zur Herrschaft und Durchführung ihrer Klasseninteressen kommen können, ohne eine längere revolutionäre Entwicklung ganz durchzumachen, so haben sie diesmal wenigstens die Gewißheit, daß der erste Akt dieses bevorstehenden revolutionären Schauspiels mit dem direkten Sieg ihrer eigenen Klasse zusammenfällt und dadurch sehr beschleunigt wird.

Aber sie selbst müssen das meiste zu ihrem endlichen Sieg dadurch tun, daß sie sich über ihre Klasseninteressen aufklären, ihre selbständige Parteistellung sobald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irre machen lassen. Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz.

Und Engels ergänzt diese Stellung von Marx nur, wenn er zu einer ähnlichen Frage, wo sich die Forderungen der Arbeiterklasse darstellen als „eine Verzehrung der Akkumulation", ausführt:

„Keine Regierung kann so etwas unternehmen, außer einer sozialistischen; wenn die Sozialisten am Ruder sind, werden sie Dinge durchzuführen haben, bei denen jede Steuerreform nur als eine momentane, ganz unbedeutende Abschlagszahlung figuriert."

Tut die Kommunistische Partei recht, wenn sie sich bei ihren Forderungen nach Erfassung der Sachwerte und der Sozialistischen Regierung auf Marx und Engels beruft?

Damit wollen wir schließen, in der Hoffnung, daß nunmehr der Streit, „wer die echten Söhne der Kommunisten von 1847 sind: die heutigen Kommunisten oder die Sozialdemokraten" — wirklich „endgültig erledigt ist". Die Kommunisten fühlen sich, und mit vollem Recht, als die wahren Nachfolger von Marx und Engels, und wir werden das Angedenken unserer Lehrmeister verteidigen gegen alle Angriffe und Schändungen, wie es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht schon getan haben. Den falschen Söhnen von Marx und Engels gilt das Wort: Entehrt Euch selber, soviel Ihr wollt, aber entehrt nicht unsere großen Toten!

Notizen.

Der Reichsbetriebsräte-Kongreß der Metallarbeiter.

Der Betriebsräte-Kongreß des DMV., der vom 5. bis 7. Dezember in Leipzig tagte, war, trotzdem er in einer Zeit stattfand, wo sich die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufs schärfste zuspitzen, wo das Unternehmertum auf der ganzen Front zum Angriff übergeht, kein Kongreß des Kampfes, sondern ein vom Vorstand des DMV. wohl vorbereiteter Kongreß der Parade. Die Art der Einberufung, insbesondere die Wahl der Delegierten, war derartig in die Wege geleitet, daß die Mitgliedermassen, die Arbeiter der Metallindustrie, davon völlig unberührt blieben. Die Wahl der Delegierten wurde nicht von den Mitgliedschaften, sondern lediglich von den Betriebsräten selbst vorgenommen, aber auch nur, soweit sie Mitglieder des DMV. waren. Die Betriebsräte der übrigen Organisationen der freien Gewerkschaften innerhalb der Metallindustrie waren ausgeschaltet.

Ebenso war die Aufstellung der Tagesordnung für den Kongreß vom Vorstand so arrangiert, daß die in der gegenwärtigen Situation wichtigsten Lebensfragen der Arbeiterschaft: die Durchführung der Lohn- und Wirtschaftskämpfe gegenüber den verschärften, planmäßigen Ausbeutungsbestrebungen der Unternehmer; des Abwehrkampfes gegen den Raub des Achtstundentages, des Streiks- und Koalitionsrechtes; die Durchführung der Steuerkämpfe, Erfassung der Sachwerte unter der Kontrolle der Betriebsräte und Arbeiter, nicht auf der Tagesordnung standen. An Stelle dessen ließ man den dreitägigen Kongreß ausfüllen mit 6 Referaten. Im ersten Abschnitt Wirtschaftsfragen: Weltwirtschaftslage, deutsche Wirtschaft, Sozialisierung und Konzerne, Eisen und Kohle. Der zweite Abschnitt — 2 Referate über die allgemeinen Aufgaben und Bildung der Betriebsräte. Der Arbeiterschaft in der Metallindustrie wurde vorher keine Gelegenheit gegeben, zu diesem Kongreß Stellung zu nehmen, um irgendwie den Delegierten bestimmte Direktiven mit auf den Weg zu geben; die Voraussetzungen der innigen Verbindung und Fundamentierung durch die Arbeiterschaft fehlten also der Tagung dieses Kongresses vollständig.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist es zu verstehen, daß der Verlauf des Kongresses eine Enttäuschung für die Arbeiter sein mußte, der ja keinen Schritt tat zur Stärkung ihrer Position in der Vorbereitung der Kämpfe mit dem Kapital.

Ein Teil der Betriebsräte versuchte zu Beginn der Tagung die Tagesord-

nung zu korrigieren, um dem Kongreß durch die Stellungnahme der oben genannten wichtigen Fragen das Gepräge des Kampfes zu geben. Dißmann und der Stab seiner Vorstandsmitglieder, Bezirksleiter usw. waren natürlich ängstlich bemüht, das aufgestellte Programm vorschriftsmäßig abzuwickeln. Und weil die Delegierten ihre Mandate nicht gestützt auf den Massenwillen der Arbeiter hatten, brachten sie nicht die notwendige Energie und Initiative auf. Dißmann, der früher bei jeder Gelegenheit mit hochtönenden Worten erklärte: „Die Betriebsräte und Gewerkschaften sind eng verbunden miteinander, zum Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft", konnte auch auf diesem Kongreß wieder anders. Als unsere Genossen durch Anträge und Entschließungen konkrete Richtlinien für die Vorbereitungen und Durchführung der Kämpfe der Arbeiterklasse dem Kongreß unterbreiteten, erklärte er mehrmals: „die Fragen der Lohn- und Wirschaftskämpfe sind nicht Aufgaben der Betriebsräte", ferner: „die Steuerkämpfe sind Aufgaben der Parteien". Die Furcht vor den Konsequenzen bevorstehender Kämpfe und dem Massenwillen der Arbeiterschaft können nur solche verirrten Aussprüche zeitigen.

Die Referate von Professor Lederer und Hilferding ließen jede Schlußfolgerung für die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterschaft vermissen. Trotzdem sie durch ihre Schilderungen der Weltwirtschaftslage und der deutschen Wirtschaft die verheerenden Folgen des kapitalistischen Systems für die gesamte Volkswirtschaft nachweisen mußten. Professor Lederer erklärte in seinem Referat: **„die heutige Industrie ist keinen Tag existenzfähig ohne die Gewerkschaften"**. Er kam aber nicht etwa zu der Schlußfolgerung, daß die Gewerkschaften ihre Taktik ändern müßten, um durch ihre organisatorischen Machtmittel mit Hilfe ihrer 8 bis 9 Millionen Mitglieder den schärfsten Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus aufzunehmen, sondern er erklärte: „die Arbeiter müßten mit Hilfe der Gewerkschaften ihre jetzige Position behaupten, um nach der Ueberwindung der kapitalistischen Krise für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu kämpfen". Das heißt also, daß der Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft sich erst wieder auf Kosten der Arbeiterklasse vollziehen soll!

Hilferding, der bei der Festsetzung der Tagesordnung ausdrücklich aufgefordert worden war, in seinem Referat Mittel und Wege zu zeigen für den Kampf zur Durchführung der 10 Forderungen des ADGB., gebrauchte wohl nach seinen theoretischen Ausführungen einige radikale Aeußerungen, ging aber mit keinem Wort auf die revolutionäre Bedeutung der Betriebsräte, oder auf den Kampf der Arbeiterschaft für die Durchführung der 10 Forderungen überhaupt ein. Kein Wort von dem notwendigen entschlossenen Klassenkampf.

Dißmann erledigte sich seiner Aufgabe, indem er an einer Anzahl von Beispielen die Unzulänglichkeit und Untauglichkeit des Betriebsrätegesetzes nachwies. Er schilderte, wie die Unternehmer am Werke sind, durch alle möglichen juristischen Einrichtungen, die sie sich schaffen, das Gesetz zu umgehen und den Betriebsräten ihre Tätigkeit zu erschweren. Auch er fand recht radikale Worte, aber keine konkreten Richtlinien zum Kampf für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.

So wie die Referate jede konsequente Schlußfolgerung für die Durchführung der Kämpfe vermissen ließen, so sind auch die auf dem Kongreß angenommenen Resolutionen und Anträge ganz allgemein gehalten und verpflichten zu nichts.

Die Delegierten kehren von dem Kongreß zurück, ohnen jede Marschroute, ohne den Arbeitern in den Betrieben in ihrer gegenwärtigen schwierigen Situation im Kampf mit dem Unternehmertum konkrete Richtlinien geben zu können.

Es ist charakteristisch, daß dieser Kongreß der Metallarbeiter, der in einer so gespannten wirtschaftlichen und politischen Situation tagte und einen derartig negativen Verlauf nahm, fast ausschließlich von Referenten der USPD. besetzt war. Die großen Theoretiker, Professor Lederer, Dr. Hilferding und der große Gewerkschaftsstratege, Robert Dißmann, hatten hier Gelegenheit, nachzuweisen, ob sie ernsthaft die Arbeiter zum Kampf aufrufen wollten. Sie wissen, daß nicht nur die Kommunisten, sondern auch der größte Teil der USP.- und SPD.-Arbeiter zum einmütigen und geschlossenen Kampf

bereit sind für ihre Existenz, für die Erfassung der Sachwerte, für die Erweiterung der Machtposition des Proletariats. Es ist ihnen bekannt, daß der ADGB. trotz seiner 10 Forderungen vollständig versagt und hinter den Kulissen mit den Stinnesleuten verhandelt über die Durchführung der Kreditaktion und Entstaatlichung der Eisenbahnen. Sie haben durch ihr Versagen auf dem Betriebsrätekongreß in Leipzig sich mitschuldig gemacht, sie haben erneut bewiesen, daß sie gar nicht daran denken, das Aktionsprogramm ihres Parteitags von Leipzig: vom revolutionären Rätesystem, vom Klassenkampf, von der Diktatur des Proletariats usw. durchzuführen. Der ADGB. und die SPD.-Bürokratie konnten auf dem Betriebsrätekongreß der Metallarbeiter keine besseren Sachwalter ihrer Politik hinschicken, als die Hilferdinge und Dißmänner.

Aber auch aus dem Verlauf dieses Kongresses müssen wir unsere Lehren ziehen für die Einberufung kommender Kongresse. Dieser Kongreß hat erneut zum Ausdruck gebracht, daß es in der Eigenart und im Wesen des Rätesystems begründet ist, daß die Macht und Bedeutung der Räte sich nur stützen kann auf den jeweiligen Kampfeswillen der Arbeiterklasse. Die Stürme und Kämpfe des Proletariats vor und nach den Novembertagen 1918 haben des öfteren ganz prägnant bewiesen, daß die Räte nur Kraft und Inhalt haben können, wenn sie aus bestimmten politischen und ökonomischen Vorgängen, die das Proletariat bis ins Tiefste aufrütteln, spontan von dem Willen und Wollen der Massen getragen sind. Das Betriebsrätegesetz war das bewußte Werk der kapitalistischen Klasse, mit Hilfe der bürgerlich-rechtsozialistischen Regierung und Nationalversammlung den ihr verhaßten revolutionären Rätegedanken durch eine Fülle von Paragraphen in der Verfassung des kapitalistischen Staates umzufälschen und einzuengen. Die Gewerkschaftsbürokratie, geführt und geleitet von ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik mit dem Unternehmertum, tat das übrige. Sie hatte das Bestreben, durch die organisatorische Erfassung der Betriebsräte innerhalb der einzelnen Verbände dieselben im Rahmen ihrer Statuten für ihre Taktik und Politik dienstbar zu machen.

Der Kongreß der Metallarbeiter mit seinem negativen Ergebnis ist ein künstliches Produkt der Gewerkschaftsbürokratie. Aber auch der Verlauf dieses Kongresses wird für die Arbeiterschaft eine Lehre sein. Sie haben gesehen, daß die Betriebsräte es nicht verstanden haben, selbständig, gestützt auf die Erfahrungen in den Betrieben, die Fragen, die im Interesse der Arbeiter liegen, zu lösen. Schon die bevorstehenden Betriebsrätewahlen, die in einer Zeit der heftigsten Kämpfe der Arbeiter mit dem Unternehmertum stattfinden, in einer Zeit der politischen Hochspannung durch die Steuerkämpfe, werden ganz andere Resultate zeitigen. Der von den Arbeitern immer dringender geforderte Reichsbetriebsräte-Kongreß muß die unterlassenen Voraussetzungen erfüllen. Die Fragen, die auf dem Reichsbetriebsräte-Kongreß gelöst werden sollen, müssen vorher überall in den Betrieben und Gewerkschaften, in der Arbeiter- und Gewerkschaftspresse, lebhaft diskutiert werden. Die Wahlen der Delegierten müssen von den Arbeitern direkt getätigt werden. Nur unter diesen Voraussetzungen, gestärkt und getragen von dem Massenwillen der Arbeiterklasse, hervorgegangen aus der Kampfsituation, kann der Reichsbetriebsräte-Kongreß die Aufgaben erfüllen, die als Vorbereitung für den einmütigen und geschlossenen Kampf der Arbeiter für ihre Befreiung aus dem kapitalistischen Joch erforderlich sind. hm.

Leitsätze zur Bildungsarbeit der KPD.

Entwurf des Reichs-Bildungsausschusses.

I.

A. Grundsätzliches.

1. Die ökonomische Ausbeutung und politische Knechtung des Proletariats durch die besitzende Klasse wird ergänzt und gewährleistet durch die geistige Beherrschung der Arbeiterköpfe. Der Kampf des Proletariats um seine ökonomische und politische Befreiung ist deshalb notwendig zugleich ein Kampf um die Befreiung des proletarischen Denkens und Fühlens von den überkommenen Formen der bürgerlichen Weltanschauung und Lebensführung, sowie um die Schaffung einer höheren sozialistischen Kultur.

Dieser geistige Kampf kann nur geführt werden in engster Wechselwirkung mit den ökonomischen und politischen Kämpfen des Proletariats. Nur aus diesen Kämpfen gewinnt das Proletariat im Laufe der geschichtlichen Entwicklung Schritt um Schritt den Willen und die Erfahrungen, die es befähigen, den seiner Klasse feindlichen Inhalt der bürgerlichen Ideologie zu durchschauen, ihn kritisch aufzulösen und die neuen Formen proletarischen Denkens, Fühlens und Handelns systematisch zu entwickeln.

Die Methode, die das Proletariat zur Erfüllung dieser Aufgabe anwenden muß, ist der dialektische Materialismus (Marxismus). Je klarer die fortschreitenden politischen und ökonomischen Kämpfe des Proletariats die Dialektik des historischen Entwicklungsprozesses enthüllen, desto besser lernt das Proletariat die neue, ihm eigentümliche Erkenntnismethode handhaben.

2. Zumal in einer Periode revolutionärer Gärung und fortschreitender Zersetzung des Kapitalismus ist eine systematische und gründliche Bildungsarbeit zur Ergänzung und Vertiefung des ökonomisch - politischen Machtkampfes unerläßlich. Das Proletariat steht fast täglich vor neuen wirtschaftlichen und politischen Situationen; das Chaos in der kapitalistischen Welt steigert sich auf Perioden scheinbarer Stabilisierung, folgen Perioden um so heftigerer Krisen. Nicht nur, daß die hungernden und enttäuschten Massen immer wieder gegen die wachsende bürgerliche Ausbeutung und Knechtung rebellieren, auch die Kolonialvölker ringen um ihre nationale Selbständigkeit. Die alten imperialistischen Systeme zerfallen, neue treten ins Dasein. Die kleinbürgerlichen und halbproletarischen Zwischenschichten taumeln hilflos zwischen den sich bekämpfenden Mächtegruppen und Klassen hin und her. Zugleich sammelt die Bourgeoisie ihre Kräfte zum entscheidenden Schlag gegen das revolutionäre Proletariat, teilweise heimlich unter dem Schutze einer demokratisch - sozialistischen Atrappe, teilweise offen und brutal mit Hilfe von Ausnahmegesetzen und blutiger Säbeldiktatur. Die revolutionären Kämpfe des Proletariats selbst schwanken zwischen Angriff und Rückzug, Siegen und Niederlagen. In Perioden politischer Depression und scheinbarer Konsolidierung des Kapitalismus bedarf der revolutionäre Klassenkampf anderer Mittel und Losungen, als in Perioden der akuten Krise und steigenden, revolutionären Erregung unter den Massen

Hinzu kommt, daß in revolutionären Zeiten die Bourgeoisie ihre Anstrengungen verdoppelt die Arbeiterklasse unter den Einfluß ihrer Ideologie zu bringen, sie durch pseudosozialistische Theorien mit Hilfe der kleinbürgerlich demokratischen und sozialdemokratischen Parteien zu verwirren und zu spalten. Schule und Kirche, Wissenschaft und Kunst, Kino und Sport verwandeln sich in mächtige Werkzeuge einer bewußten und systematischen gegenrevolutionären Propaganda, wobei sie um so gefährlicher wirken, wo sie mit dem Anspruch auf Objektivität, auf Unparteilichkeit, auftreten.

Unter solchen Umständen kann ein zielklarer und erfolgreicher Klassenkampf des Proletariats nur dann geführt werden, wenn an der Spitze der Arbeiterklasse eine revolutionäre Partei steht, deren Politik nicht diktiert ist von Augenblicksinteressen und Rechnungsträgerei. Sie muß imstande sein, kühn vorwärts zu stürmen und gleichzeitig verstehen, in ernster wissenschaftlicher Arbeit die gesellschaftlichen Kampfbedingungen zu studieren, bei grundsätzlicher Festigkeit dennoch ihre Taktik den konkreten Gegebenheiten anzupassen und durch eine breite volkstümliche Propaganda die Massen ihrer Führung zu unterstellen, Aktionen sorgfältig vorzubereiten.

3. Deshalb ist es notwendig, daß die KPD. eine systematische und intensive Bildungsarbeit sowohl unter ihren Mitgliedern als unter den breiten Massen organisiert. Sie kann sich nicht darauf beschränken, eine kleine Anzahl von „Führern" mit der marxistischen Theorie vertraut zu machen, sie muß diese Theorie im besten Sinne des Worts popularisieren, sie muß es verstehen materialistisches und dialektisches Denken nicht nur in einer kleinen Oberschicht auszubilden, sondern in breite Kreise zu tragen. Sie muß das um so mehr, als der an Erbitterung und Ausdehnung wachsende Kampf fortwährend breite Lücken in ihre Reihen reißt, die Kräfte der verantwortlichen Parteiarbeiter vorzeitig aufbraucht und die systemati-

sche Heranschulung von Ersatzkräften zu einer Existenzfrage der Partei macht. Die Uebung im täglichen Kampfe allein genügt für die Schulung des Nachwuchses nicht. Der Nachwuchs der Partei muß in den Stand gesetzt werden, die durch den Kampf gerissenen Lücken nicht bloß notdürftig auszufüllen, sondern darüber hinaus die organisatorische und ideologische Schlagfertigkeit der Partei zu erhöhen.

4. Die kommunistische Bildungsarbeit muß sich infolgedessen wesentlich unterscheiden, sowohl von der Bildungsarbeit sozialliberaler Volksbildungsinstitute, als auch von der Bildungsarbeit der kleinbürgerlich sozialistischen Parteien. Sie hat nicht den Zweck, dem Proletariat eine sogenannte „höhere Allgemeinbildung" zu vermitteln. Im Gegenteil! Jede solche Bildungsarbeit bedeutet eine Ablenkung vom ökonomisch politischen Machtkampf und dient nur der Heranzüchtung einer zahlenmäßig geringen „Arbeiteraristokratie". Die Partei muß das Proletariat aufrufen, der herrschenden Klasse die Bildungsmöglichkeiten und Institutionen in zähem Kampfe abzuringen. Die Kommunistische Parei beschränkt bewußt ihre Bildungsarbeit auf die ideologische Kampfvorbereitung und Kampfschulung. Sie begnügt sich aber nicht damit, ihren Mitgliedern nur Kenntnisse zu vermitteln, sie muß ihre Mitglieder anleiten, selbständig die ökonomischen und politischen Ereignisse zu verfolgen, die großen wie die kleinen Erfahrungen des proletarischen Klassenkampfes im Lichte marxistischer Grundsätze zu betrachten, aus den Erfolgen sowohl, wie aus den Fehlern und Niederlagen zu lernen und die so erworbenen Kenntnisse in revolutionäres Handeln umzusetzen. Die Bildungsarbeit der Partei wendet sich darum nicht nur an den Verstand, sie erstrebt zugleich die Weckung der revolutionären Initiative. Sie appelliert gleichzeitig an die Vernunft und an die Empfindungen und Instinkte. Ihr Ziel ist sowohl die sorgfältige marxistische Auswertung der Kampferfahrungen und theoretischen Schulung der Parteimitglieder, als auch die Steigerung der organisatorischen Straffheit, der Disziplin und Schlagkraft der Partei.

5. Die kommunistische Bildungsarbeit kann diesen Zweck nur erreichen in engstem lebendigen Zusammenhang mit dem organisatorischen und politischen Leben der Partei. Organisatorisch muß sie aufgebaut sein auf den kommunistischen Kampfeinheiten (Arbeitsgruppen, Zellen, Fraktionen, Zehnergruppen usw.). Politisch muß sie ausgehen von den konkreten Problemen und Aufgaben des Tages. In ihrer Methode muß sie abzielen auf die Selbsttätigkeit und Initiative der Teilnehmer (seminaristischer Unterricht, Verbindung der Kurse mit mündlicher und schriftlicher Propaganda). Die Resultate ihrer Arbeit müssen fortlaufend nachgeprüft und erprobt werden durch die tägliche Praxis. Kurz gesagt: Die kommunistische Bildungsarbeit muß sowohl politisch wie organisatorisch vollkommen eingegliedert sein in das der Parteiorganisation, sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit und des Kampfes der Partei.

6. Demgemäß sind drei Arten der kommunistischen Bildungsarbeit zu unterscheiden:

a) Die Ausbildung eines sowohl theoretisch wie praktisch geschulten Stabes verantwortlicher Parteiarbeiter (Redakteure, Sekretäre, Propagandisten, Wanderlehrer, Organisatoren, Parlamentarier, kommunistischen Gewerkschafler, Genossenschaftler usw.).

b) Das Vertrautmachen der Mitgliedermassen mit den Grundbegriffen des Marxismus, mit der Geschichte, den Grundsätzen und der Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Kommunistischen Internationale im besonderen. Hierzu gehört Anleitung und auch die Schulung der Mitglieder in der praktischen Propagandaarbeit, sei es im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der Genossenschaft, in der Mieterorganisation, Wohnbezirk oder in irgend einem proletarischen Verein.

c) Die Gewinnung breiter Massen für den Klassenkampf mit den Mitteln volkstümlicher Propaganda und Kunstdarbietungen.

(Schluß folgt.)

Auslandschronik.

A.R. Die Reparationsfrage hat sich wieder kritisch zugespitzt. Die Verhandlungen zwischen Stinnes und Rathenau auf der einen Seite und englischen Finanzgrößen und

Ministern auf der anderen Seite hatten den Zweck, ein deutsch-englisches Zusammenarbeiten herzustellen. Das deutsche Kapital wollte von England zunächst einen Kredit zur Begleichung der Januarrate der Reparation erhalten, ferner sollte England für Deutschland ein Moratorium herbeiführen und so der deutschen Wirtschaft eine Atempause verschaffen. Daran schlossen sich die weitergehenden Projekte über eine deutsch-englische Interessengemeinschaft in Rußland usw. England hat es aber unter dem Druck Frankreichs nicht gewagt, eine Hilfsaktion für Deutschland einzuleiten. Der Idee des Moratoriums stellte Frankreich die Forderung einer verschärften Kontrolle der deutschen Finanzen und überhaupt der deutschen Wirtschaft zwecks Herauspressung der Reparationssummen entgegen. Die Rede des englischen Ministers Horne scheint anzudeuten, daß England auch in dieser Frage wieder nachgeben muß.

England versucht wiederum durch Nachgiebigkeit in der deutschen Frage von den Franzosen Zugeständnisse im Orient zu erkaufen. England hat den Franzosen neue eingehende Besprechungen über die türkische Frage vorgeschlagen. Aber Frankreich fordert nach wie vor den völligen Rückzug der Griechen aus Kleinasien. Die Landschaft Cilicien ist inzwischen von den Franzosen geräumt und von den Türken besetzt worden. In Persien haben die Amerikaner sehr zum Mißbehagen Englands, eine wichtige Petroleumkonzession erlangt. Es ist den Engländern gelungen, einen Vertrag mit Afghanistan abzuschließen, der wenigstens die Wiederaufnahme formeller Beziehungen zwischen den beiden Staaten bringt. Der Moplahaufstand in Südindien ist immer noch nicht unterdrückt. Auch in indischen Großstädten, Bombay, Kalkutta usw. kam es zu revolutionären Unruhen.

Weißgardisten aus Finnland sind in die Landschaft Karelien vorgestoßen, die zu Sowjetrußland gehört. Die finnische Regierung wendet sich in der karelischen Angelegenheit an den Völkerbund. Die Niederwerfung des Petljura-Aufstandes in der Ukraine hat neue Beweise für die Intrigen Rumäniens und der polnischen Militärpartei gegen Sowjetrußland geliefert. Die Lage an der Westgrenze Rußlands bleibt nach wie vor gespannt, wenn auch ernste militärische Zwischenfälle zunächst nicht zu erwarten sind. Der russische Vorschlag auf einer internationalen Konferenz die Frage der russischen Schulden und die damit zusammenhängenden Probleme zu erörtern, wird zwar von der liberalen englischen Presse unterstützt, ist aber seiner Verwirklichung noch nicht näher gekommen. Die amerikanische Regierung verweigert nach wie vor die Anerkennung der Sowjetmacht. Herr Harding will aber trotzdem die Hilfsaktion für die Hungernden Rußlands unterstützen.

In Wilna stehen die Wahlen bevor, die das Geschick dieses Gebietes entscheiden sollen. Der polnische Gewaltherrscher von Wilna, General Zeligowski, ist von seinem Posten zurückgetreten, um angeblich den Wahlausgang nicht zu beeinflussen. Dies ändert aber an den tatsächlichen Verhältnissen in Wilna nichts. Ebenso wird in Oedenburg die Volksabstimmung vorbereitet, die über die Zugehörigkeit dieses Gebietes zu Ungarn oder zu Oesterreich zu entscheiden hat. Der ungarische Terror ist im Abstimmungsgebiet noch keineswegs beseitigt.

In Irland ist eine Verständigung zwischen den Sinnfeinern und der englischen Regierung zustande gekommen. Irland soll danach Selbstverwaltung erhalten, aber die Sonderstellung von Ulster bleibt aufrechterhalten. Der Vertrag bedeutet eine Kapitulation des irischen republikanischen Kleinbürgertums vor dem englischen Großkapital und einen wichtigen Erfolg der englischen Bourgeoisie.

In Washington ist mittlerweile die Pazifikententente zwischen Amerika, England, Japan und Frankreich geschlossen worden.

Adresse für Zusendungen: VIVA, Vereinigung internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H. (Frankes Verlag / Seehof & Co.-Verlag). **Berlin SW., Blücherplatz 2. — Redaktionelle Zusendungen: Berlin C., Rosenthaler Str. 38.** Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet. — Für den Inhalt verantwortl.: Aug. Thalheimer-Berlin, im Auftrag der Zentrale der KPD. — Druck: Friedrichstadt-Druckerei G.m.b.H., Berlin SW.48.

BOD / Pur

25,—

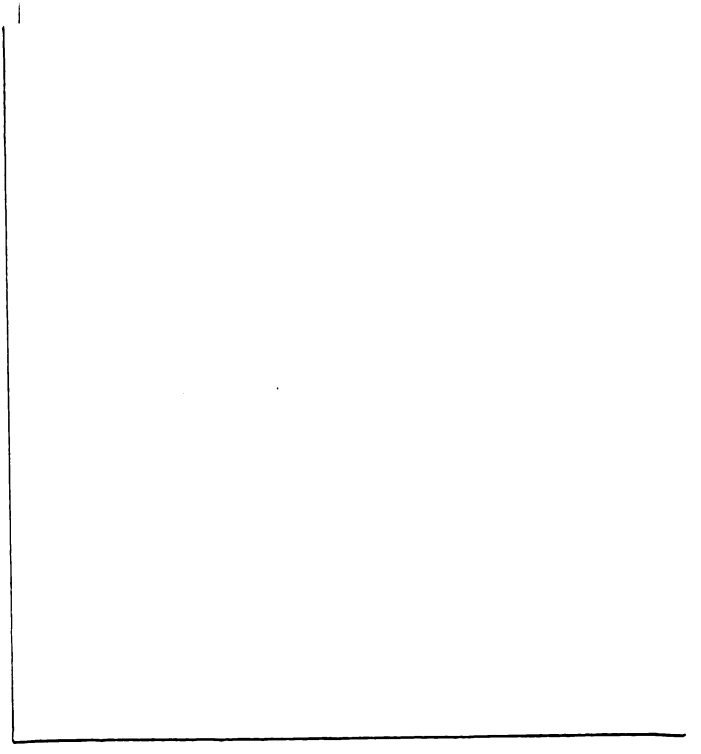
+ 21,10 binding charge

Die Internationale

Praktischer Kristallisationspunkt der Diskussionen und Richtungskämpfe in der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands ist 1920 die „Märzaktion". Sie bleibt es bis zum Dritten Weltkongress der Kommunistischen Internationale im selben Jahre, dessen Verhandlungen überwiegend durch Richtungskämpfe bestimmt sind, die ihre Schärfe eben vor allem durch die jeweilige Stellung zur „Märzaktion" erhalten. Dieser spontane, teilweise militärisch geführte Abwehrkampf der Arbeiter des mitteldeutschen Industriereviers gegen dessen provokative Besetzung durch die Reichswehr endet unmittelbar in einer schweren Niederlage, unter anderem deshalb, weil der von der KPD propagierte Generalstreik in ganz Deutschland nur von wenigen Arbeitern befolgt wird. Die „Märzaktion" wurde nun einerseits von der „linken" Mehrheit der KPD durch eine abstrakt bleibende „Offensivtheorie", in der sich auch die praktischen Fehler der Partei in den Kämpfen selbst niederschlugen, interpretiert, während andererseits die „Rechte" unter dem Einfluss Paul Levis im Verhalten der Partei putschistische Elemente erblickte und ihre Vorwürfe theoretisch verkürzt prinzipialisierte. Tatsächlich wird in dieser Auseinandersetzung das Verhältnis von kommunistischer Massenpartei und Aktion und der politische Charakter der aus der akuten Krise des Kapitalimus hervorgehenden spontanen Massenaktion radikaler, grossindustriell organisierter Arbeiter allgemein bestimmt. Der vorliegende Band der „Internationale" enthält zu dieser Diskussion u. a. folgende wichtige Beiträge:

Frölich, Offensive; Radek, Die Krise in der VKPD; Thalheimer, Der erste Versuch; Frölich, Der Fall Levi; Fischer, War die Märzaktion der VKPD eine „Bettelheimerei"?; Stoecker, Vom Bakunismus; Lukacs, Spontaneität der Massen, Aktivität der Partei; Radek, Lehren der Märzkämpfe; Lukacs, Organisatorische Fragen der revolutionären Offensive;

Aus dem sonstigen Inhalt dieses Bandes:

Allgemeine Aufsätze: Radek, Die Bildung der einheitlichen proletarischen Kampffront; Preobraschensky, Zur russischen Gewerkschaftsdebatte; Stucke, Das Problem des Lumpenproletariats; Ludwig, Das Ende des Kapitalismus; Friedrich, Der Gegensatz zwischen Stadt und Land; Lenin, Neue Zeiten und alte Fehler in neuer Gestalt; Thalheimer, Staatskapitalismus; Radek, Ist die russische Revolution eine bürgerliche Revolution?

Ausserdem: Viele Beiträge zur ökonomischen Situation der Weltwirtschaft, des deutschen Kapitalismus und des deutschen Proletariats; Aufsätze zur internationalen Arbeiterbewegung; fortlaufende „Wirtschaftliche Übersicht"; fortlaufende Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus; Rezensionen der zeitgenössischen revolutionären Literatur.